

BETEILIGUNGSBERICHT 2023

der Stadt Halle (Saale)



Herausgeberin:

Stadt Halle (Saale)
Der Oberbürgermeister
Marktplatz 1
06108 Halle (Saale)

Erstellt durch:

BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)
Universitätsring 6a
06108 Halle (Saale)
Telefon: (0345) 581-2822
Telefax: (0345) 581-2835
E-Mail: info@bma-halle.de

Fotos Titelseite und Vorwort:

Quelle: Stadt Halle (Saale) / Thomas Ziegler

Redaktionsschluss: 6. September 2024

INHALTSVERZEICHNIS

1.0	EINLEITUNG	7
	Vorwort	8
2.0	GRUNDINFORMATIONEN	9
2.1	AUFGABE UND AUFBAU DES BETEILIGUNGSBERICHTES	10
	Gesetzliche Grundlagen	11
	Zielsetzung	12
	Aufbau	13
2.2	ÜBERSICHT ÜBER DEN STAND AN BETEILIGUNGEN	14
	Übersicht über den Stand an Beteiligungen - Organigramm zum 31.12.2023	15
	Beteiligungsliste	16
2.3	UNTERNEHMENSORGANISATION UND -FÜHRUNG	20
	Unternehmensorganisation	21
	Unternehmensführung	22
2.4	BETEILIGUNGSPOLITIK	24
2.5	ÜBERSICHT ÜBER AUSGEWÄHLTE FINANZ- UND BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHE DATEN ALLER BEDEUTSAMEN BETEILIGUNGEN	26
	Finanzbeziehungen 2023 zwischen Kernhaushalt und Beteiligungen	27
	Geschäfts- und Ertragslage	
	- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2023	38
	- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2022	42
	- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2021	46

2.6	ERLÄUTERUNGEN BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHER FACHBEGRIFFE	50
2.7	ERLÄUTERUNGEN DER BILANZ- UND LEISTUNGSKENNZAHLEN	55
3.0	EINZELBERICHTERSTATTUNG	60
3.1	UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLUSS	61
	Stadtwerke Halle GmbH	62
3.2	VER- UND ENTSORGUNG	88
	Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	89
	A/V/E GmbH	103
	Cives Dienste GmbH	110
	Container Terminal Halle (Saale) GmbH	120
	EEM Verwaltung GmbH	133
	EGE-B Verwaltung GmbH	136
	EGE-DVV Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG	140
	EGE-DVV Verwaltung GmbH	145
	EGE-PE Verwaltung GmbH	149
	EGE-P Verwaltung GmbH	152
	Energiedienste GmbH	156
	Energieversorgung Halle Netz GmbH	163
	Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)	174
	Erneuerbare Energien Mitteldeutschland GmbH & Co. KG	183
	EVH GmbH	186
	EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG	204
	EVH Grüne Energie - Projekt 1 GmbH & Co. KG	210
	EVH Grüne Energie - Projekt 2 GmbH & Co. KG	216
	EVH Grüne Energie - Projekt 3 GmbH & Co. KG	222
	EVH Grüne Energie - Projektentwicklung GmbH & Co. KG	228
	EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG	231
	Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	237
	Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	248

Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	269
IT-Consult Halle GmbH	277
RAB Halle GmbH	291
RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH	301
SP 21 GmbH & Co. KG	310
SP X GmbH & Co. KG	316
SP XVII GmbH & Co. KG	322
SP XVIII GmbH & Co. KG	328
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	334
Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG	339
Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH	345
WER-Wertstoffeffassung und Recycling Halle GmbH	350
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	361
WWB Wasserwerk Besitz- und Betriebsgesellschaft mbH	374

3.3 VERKEHR **380**

Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin	381
Hallesche Verkehrs-AG	388
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	407
Servicegesellschaft Saale mbH	418

3.4 WOHNUNGSWIRTSCHAFT **427**

Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH	428
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH	434
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	445
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	464

3.5 WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG UND STADTENTWICKLUNG **467**

Bio-Zentrum Halle GmbH	468
Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG	480
Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH	487
MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH	496

Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	503
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	518

3.6 GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG UND SPORT 531

Bäder Halle GmbH	532
Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH	544
Eigenbetrieb für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale)	554
Eigenbetrieb Kindertagesstätten	565
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	580
Maya mare GmbH & Co. KG	586
Oelhafe-Zeysesche-Stiftung	597
Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	601
Serva GmbH	610
Stadion Halle Betriebs GmbH	613
Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)	618
Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung	621

3.7 KULTUR 625

Stiftung Händel-Haus	626
Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	634
Zoologischer Garten Halle GmbH	644

3.8 ANSTALTEN DES ÖFFENTLICHEN RECHTS 653

BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	654
Saalesparkasse	661

1.0 EINLEITUNG

Vorwort des Bürgermeisters



Für die Stadt Halle (Saale) war auch das Jahr 2023 ereignisreich und es gab sehr bewegende Momente.

Hervorzuheben ist sicherlich die Entscheidung, dass das „Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation“ in unserer Stadt entstehen soll. Das Zukunftszentrum wird im Zentrum der Stadt, am Riebeckplatz, gebaut werden. Damit verbunden ist auch die Umgestaltung des Verkehrsknotens zu einem lebendigen und attraktiven Stadtraum geplant.

Die Eröffnung des Planetariums im März 2023 war ein weiteres bedeutendes Ereignis, mit dem die Stadt um eine wunderbare Attraktion reicher ist.

Zahlreiche - für die Stadt positive - Vorhaben wurden im Jahr 2023 ebenfalls durch die städtischen Beteiligungen umgesetzt, fortgeführt oder neu begonnen.

Die Stadtwerke Halle-Gruppe hat unter anderem im Geschäftsfeld Energie die regenerativen Erzeugungskapazitäten über Photovoltaikgroßprojekte weiter ausgebaut, um für die Zukunft Klimaneutralität zu erreichen und die Versorgungsunabhängigkeit zu stärken. Im Geschäftsfeld Mobilität wurde mit dem STADTBahn-Programm die Modernisierung für ein leistungsstarkes Liniennetz fortgeführt.

Im neuen Wohngebiet „Am Mühlwerder“ wurden die ersten Neubauten in Betrieb genommen und die Mieterinnen und Mieter konnten ihre neuen Wohnungen beziehen. Das Projekt am Böllberger Weg wird von der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH umgesetzt.

In diesem Beteiligungsbericht finden sich noch viele weitere interessante Informationen über das Wirken der städtischen Beteiligungen für die Stadt Halle (Saale).

Viele Projekte der städtischen Beteiligungen werden erst durch den Einsatz und die qualifizierte Arbeit der Beschäftigten und Geschäftsleitungen sowie das Engagement der Mitglieder in den Aufsichtsgremien möglich. Dafür bedanke ich mich ausdrücklich. Für die vertrauensvolle Unterstützung in Beteiligungsangelegenheiten danke ich der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale).

Halle (Saale), im August 2024



Egbert Geier
Bürgermeister

2.0 GRUNDINFORMATIONEN

Aufgabe und Aufbau des Beteiligungsberichtes

Übersicht über den Stand an Beteiligungen

Unternehmensorganisation und -führung

Beteiligungspolitik

Übersicht über ausgewählte finanz- und betriebswirtschaftliche Daten aller bedeutsamen Beteiligungen

Erläuterungen betriebswirtschaftlicher Fachbegriffe

Erläuterungen der Bilanz- und Leistungskennzahlen

2.1 AUFGABE UND AUFBAU DES BETEILIGUNGSBERICHTES

Gesetzliche Grundlagen

Zielsetzung

Aufbau

Gesetzliche Grundlagen

Das Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) verpflichtet die Kommunen zur Erstellung eines Beteiligungsberichtes. Nach § 130 Abs. 2 KVG LSA hat die Stadtverwaltung dem Stadtrat einen Bericht über die Beteiligungen und Unterbeteiligungen an Unternehmen in einer Rechtsform des öffentlichen und privaten Rechts, an denen sie mit mindestens 5 % beteiligt ist, vorzulegen.

Der Beteiligungsbericht hat insbesondere Angaben zu enthalten über:

1. den Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse, die Besetzung der Organe und die Beteiligungen des Unternehmens,
2. den Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen,
3. die Grundzüge des Geschäftsverlaufes, die Lage des Unternehmens, die wichtigsten Kennzahlen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens, die Kapitalzuführungen und -entnahmen durch die Kommune und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft für das jeweilige letzte Geschäftsjahr sowie im Vergleich mit den Werten des vorangegangenen Geschäftsjahres die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer,
4. die gewährten Gesamtbezüge an die Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates oder der entsprechenden Organe des Unternehmens.

Der Beteiligungsbericht ist im Stadtrat in öffentlicher Sitzung zu erörtern.

Die Stadtverwaltung hat die Einwohner über den Beteiligungsbericht in geeigneter Form zu unterrichten.

Zielsetzung

Der Beteiligungsbericht zielt auf eine transparente und fundierte Information über die wirtschaftlichen Betätigungen der Stadt Halle (Saale) ab und dient somit als zusammenfassendes Informationsinstrument nicht nur den städtischen Entscheidungsträgern. Adressiert wird der Bericht auch an die Öffentlichkeit, zu denen nicht nur die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle (Saale) zählen. Angesprochen fühlen sollen sich auch die Partner der Stadt und ihrer Unternehmen.

Die Stadt Halle (Saale) hält im Berichtsjahr 2023 bedeutsame unmittelbare oder mittelbare Beteiligungen an 60 Kapital- und Personengesellschaften, zwei Eigenbetrieben sowie fünf Stiftungen und ist (Gewähr-) Trägerin zweier Anstalten öffentlichen Rechts.

Diese 69 bedeutsamen städtischen Beteiligungen stellen gemeinsam mit der Stadt Halle (Saale) einen wichtigen Wirtschaftsfaktor dar und bieten neben ihren kommunalen Dienstleistungen nahezu 7.000 Mitarbeitenden und 300 Auszubildenden im Jahresdurchschnitt 2023 einen zukunftsorientierten und attraktiven Arbeitsplatz.

Die rechtlichen Verhältnisse und die wirtschaftliche Lage der Beteiligungen werden komprimiert dargestellt. Neben einer kurzen Darstellung des Gegenstandes des einzelnen Unternehmens wird auch eine Aussage zum Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks getroffen. Branchen- oder geschäftsspezifische Leistungsdaten (in der Regel nichtmonetäre Größen) stellen mengenmäßige Informationen über die Art und den Umfang der sachlichen Unternehmensleistung dar.

Die Entwicklung der Beteiligungen und deren derzeitiger Status lassen sich darüber hinaus anhand von Mehrjahres-Vergleichen unter Anwendung marktüblicher Kennziffern nachvollziehen.

Berichte zur Lage der Beteiligungen geben dazu Erläuterungen und bieten gleichzeitig einen Ausblick auf die zukünftige Geschäftsentwicklung.

Aufbau

Der Beteiligungsbericht ist so gegliedert, dass die Beteiligungsunternehmen nach der Einleitung zunächst in einer Übersicht zusammengefasst und danach einzeln dargestellt werden.

Die Übersichtsdarstellungen ermöglichen dem interessierten Leser sowohl mit einer grafischen Veranschaulichung in Form eines Organigramms als auch mit tabellarischen Darstellungen einen raschen Überblick über das wesentliche städtische Beteiligungs-Portfolio.

Die Einzeldarstellungen bieten dann weitergehendere und tiefgreifendere Auskünfte.

Gegenüber dem letzten Beteiligungsbericht 2022 wurde der grundsätzliche Aufbau unverändert weitergeführt.

Aus dem vom Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt veröffentlichten „Handbuch über die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden in Sachsen-Anhalt“ ergeben sich zur Zeit keine Änderungsbedarfe für den Beteiligungsbericht der Stadt Halle (Saale) in seiner derzeitigen Form.

Die Beteiligungen werden im Rahmen der Einzeldarstellung in acht Bereiche gegliedert.

Zur schnelleren Orientierung werden die Beteiligungen innerhalb des jeweiligen Bereiches alphabetisch aufgeführt.

Die automatisch erstellten Einzelberichte werden nach Nennung des Unternehmens wie folgt strukturiert:

- a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen
(einschließlich Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks)
- b) Besetzung der Organe
- c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe
- d) Beteiligungen
- e) Geschäftsentwicklung
 - aa) Bilanzdaten
 - bb) Gewinn- und Verlustrechnung (GuV)
 - cc) Kennzahlen zur Ertragslage
 - dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur
 - ee) Leistungsdaten
- f) Lage des Unternehmens

Die Struktur der Darstellungsform ist für die einzelnen Beteiligungen einheitlich gewählt.

Alle im Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt geforderten Informationen sind enthalten.

2.2 ÜBERSICHT ÜBER DEN STAND AN BETEILIGUNGEN

Organigramm

Beteiligungsliste

Übersicht über den Stand an Beteiligungen - Organigramm zum 31.12.2023

		STADT HALLE (SAALE)			
		PRIVATRECHTLICHE UNTERNEHMEN	EIGEN-BETRIEBE	KOMMUNALE STIFTUNGEN o. ä.	
1. Unternehmenszusammenschluss		Rommeler Halle GmbH 100,00% 30.000 TEUR			
2. Ver- und Entsorgung		Abfallwirtschaft GmbH Halle-Locher 100,00% 50 TEUR			
		AV/E GmbH 100,00% 50 TEUR			
		Civis Dienste GmbH 23,84% 600 TEUR			
		Container Terminal Halle (Saale) GmbH 100,00% 25 TEUR			
		Energiefirma GmbH 100,00% 25 TEUR			
		Energie- Wasser- Abwasserwirtschaft Gesellschaft mbH (EWAW) 20,00% 260 TEUR			
		EVH GmbH 100,00% 10.200 TEUR			
		EGE-B Versorgung GmbH 100,00% 25 TEUR			
		Energieversorgung Halle NaG GmbH 100,00% 25 TEUR			
		EVH Grine Energie - Heizleistung GmbH & Co. KG 100,00% 500 TEUR			
		EEH Verwaltung GmbH 50,00% 25 TEUR			
		EGE-DW Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG 50,00% 50 TEUR			
		EGE-DVV Vertriebs GmbH 50,00% 25 TEUR			
		EGE-PE Verwaltung GmbH 50,00% 25 TEUR			
		EGE-P Verwaltung GmbH 50,00% 25 TEUR			
		Erneuerbare Energien Mitteldeutschland GmbH & Co. KG 50,00% 50 TEUR			
		EVH Grine Energie - Heizleistung GmbH & Co. KG 50,00% 25 TEUR			
		EVH Grine Energie - Projekt GmbH & Co. KG 50,00% 50 TEUR			
		EVH Grine Energie - Projekt 1 GmbH & Co. KG 100,00% 10 TEUR			
		EVH Grine Energie - Projekt 2 GmbH & Co. KG 100,00% 10 TEUR			
		EVH Grine Energie - Projekt 3 GmbH & Co. KG 100,00% 10 TEUR			
		SP 21 GmbH & Co. KG 100,00% 10 TEUR			
		SP X GmbH & Co. KG 100,00% 10 TEUR			
		SP XXII GmbH & Co. KG 100,00% 10 TEUR			
		SP XXIII GmbH & Co. KG 100,00% 10 TEUR			
		SP XXIV GmbH & Co. KG 100,00% 10 TEUR			
		SP XXV GmbH & Co. KG 100,00% 10 TEUR			
		Hadikubank Halle-Tribüne GmbH 100,00% 300 TEUR			
		Transar Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG 10,00% 4.488 TEUR			
		Transar Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH 100,00% 25 TEUR			
		Fernwärmeversorgung Ebnau-Oranien GmbH 24,50% 127.862 TEUR			
		WWD Wasserwerk Berlin- und Selenbergwerk mbH 50,00% 25 TEUR			
		fränkische Wasser- und Stadtwerke GmbH 100,00% 10.000 TEUR			
		Maya more GmbH & Co. KG 10,00% 10.200 TEUR			
		WER-Verfallsfassung und Recycling Halle GmbH 60,00% 256 TEUR			
		WHH Wasser- und Hausdienst GmbH 100,00% 26 TEUR			
		WWD Wasserwerk Berlin- und Selenbergwerk mbH 50,00% 25 TEUR			
		IT-Consult Halle GmbH 100,00% 250 TEUR			
		RAB Halle GmbH 100,00% 300 TEUR			
		RES Recycling und Entsorgung-Service Sangerhausen GmbH 50,00% 620 TEUR			
	TELONON Abwasserbehandlung GmbH 100,00% 26 TEUR				
3. Verkehr		Fluggesellschaft mbH Halle-Opitz 41,10% 1.200 TEUR			
		Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH 12,03% 76 TEUR			
		Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH 10,59% 76 TEUR			
4. Wohnungswirtschaft		DVG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbestreitigkeiten Halle-Neustadt mbH 100,00% 12.750 TEUR			
		Bau- und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH 100,00% 256 TEUR			
		Halleische Wohnungsgesellschaft mbH 100,00% 102.200 TEUR			
		DVG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG 99,95% 10 TEUR			
		Bio-Zentrum Halle GmbH 50,00% 26 TEUR			
5. Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung		Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH & Co. KG 100,00% 25 TEUR			
		Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH 100,00% 25 TEUR			
		MUZ Mitteldeutsches Multimediale Zentrum Halle (Saale) GmbH 100,00% 26 TEUR			
		BadMarketing Halle (Saale) GmbH 55,00% 25 TEUR			
		ITIZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH 60,00% 26 TEUR			
		ITIZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH 15,00% 26 TEUR			
		ITIZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH 15,00% 26 TEUR			
		ITIZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH 15,00% 26 TEUR			
		ITIZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH 15,00% 26 TEUR			
		ITIZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH 15,00% 26 TEUR			
6. Gesundheit, Soziales, Bildung und Sport		Bäder Halle GmbH 100,00% 300 TEUR	Eigenbetrieb für Arbeitsförderung bei Stadt Halle (Saale) 100,00% 25 TEUR	Deutscher-Jugendliche-Stiftung 311 TEUR	
		FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH 100,00% 26 TEUR	Eigenbetrieb Kindertagesstätten 100,00% 0 TEUR	Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale 12.823 TEUR	
		Maya more GmbH & Co. KG 62,42% 10.220 TEUR		Serva GmbH 100,00% 26 TEUR	
				Stiftung Hospital St. Cyriak et Adolph zu Halle (Saale) 12.382 TEUR	
7. Kultur		Theater, Oper und Orchester GmbH Halle 100,00% 26 TEUR		Wilhelm-Helbert-Musik-Stiftung 344 TEUR	
		Zoologischer Garten Halle GmbH 100,00% 26 TEUR		Stiftung Händel-Haus 6.591 TEUR	
				EMM Beteiligung/Managementdienst Halle (Saale) 100,00% 10 TEUR	
8. Anstalten des öffentlichen Rechts				Stadtparkhaus 0 TEUR	
				ITIZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH 20,00% 26 TEUR	

Beteiligungsliste

BETEILIGUNG	gezeichnetes Kapital in TEUR	Anteil der Stadt in % (Gesamtquote)
--------------------	---	--

1. UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLUSS

Stadtwerke Halle GmbH	30.000	100,00
-----------------------	--------	--------

2. VER- UND ENTSORGUNG

Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	30	100,00
A/V/E GmbH	550	23,90
Cives Dienste GmbH	25	100,00
Container Terminal Halle (Saale) GmbH	25	100,00
EEM Verwaltung GmbH	25	50,00
EGE-B Verwaltung GmbH	25	100,00
EGE-DVV Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG	50	50,00
EGE-DVV Verwaltung GmbH	25	50,00
EGE-PE Verwaltung GmbH	25	50,00
EGE-P Verwaltung GmbH	25	50,00
Energiedienste GmbH	25	100,00
Energieversorgung Halle Netz GmbH	25	100,00
Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)	260	20,00
Erneuerbare Energien Mitteldeutschland GmbH & Co. KG	50	50,00
EVH GmbH	10.250	100,00
EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG	500	100,00
EVH Grüne Energie - Projekt 1 GmbH & Co. KG	10	50,00
EVH Grüne Energie - Projekt 2 GmbH & Co. KG	10	50,00
EVH Grüne Energie - Projekt 3 GmbH & Co. KG	10	50,00
EVH Grüne Energie - Projektentwicklung GmbH & Co. KG	25	50,00
EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG	50	50,00
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	127.823	24,30
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	10.000	100,00

BETEILIGUNG	gezeichnetes Kapital in TEUR	Anteil der Stadt in % (Gesamtquote)
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	300	100,00
IT-Consult Halle GmbH	250	100,00
RAB Halle GmbH	300	100,00
RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH	620	50,00
SP 21 GmbH & Co. KG	10	50,00
SP X GmbH & Co. KG	10	50,00
SP XVII GmbH & Co. KG	10	50,00
SP XVIII GmbH & Co. KG	10	50,00
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	26	100,00
Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG	5.468	18,37
Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH	25	18,37
WER-Wertstoffeffassung und Recycling Halle GmbH	256	60,00
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	26	100,00
WWB Wasserwerk Besitz- und Betriebsgesellschaft mbH	25	62,15

3. VERKEHR

Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin	1.000	41,10
Hallesche Verkehrs-AG	51.200	100,00
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	76	22,62
Servicegesellschaft Saale mbH	50	100,00

4. WOHNUNGSWIRTSCHAFT

Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH	256	100,00
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH	12.782	100,00
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	102.259	100,00
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	10	99,95

BETEILIGUNG

gezeichnetes
Kapital in
TEUR

Anteil der
Stadt
in %
(Gesamtquote)

5. WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG UND STADTENTWICKLUNG

Bio-Zentrum Halle GmbH	26	50,96
Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG	25	100,00
Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH	25	100,00
MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH	25	100,00
Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	25	55,00
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	26	75,00

6. GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG UND SPORT

Bäder Halle GmbH	300	100,00
Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH	30	16,00
Eigenbetrieb für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale)	25	100,00
Eigenbetrieb Kindertagesstätten	0	100,00
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	26	100,00
Maya mare GmbH & Co. KG	10.226	94,90
Oelhafe-Zeysesche-Stiftung	311	
Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	12.823	
Serva GmbH	26	100,00
Stadion Halle Betriebs GmbH	25	100,00
Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)	12.382	
Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung	344	

BETEILIGUNG

gezeichnetes
Kapital in
TEUR

Anteil der
Stadt
in %
(Gesamtquote)

7. KULTUR

Stiftung Händel-Haus	6.591	
Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	25	100,00
Zoologischer Garten Halle GmbH	26	100,00

8. ANSTALTEN DES ÖFFENTLICHEN RECHTS

BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	10	100,00
Saalesparkasse	0	

2.3 UNTERNEHMENSORGANISATION UND -FÜHRUNG

Unternehmensorganisation

Unternehmensführung

Unternehmensorganisation

Im Vergleich zum Beteiligungsbericht 2022 haben sich folgende wesentliche Veränderungen in der Unternehmensorganisation ergeben:

Die Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH und die Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH haben im Februar 2023 gemeinsam die WWB Wasserwerk Besitz- und Betriebsgesellschaft mbH gegründet. Die WWB Wasserwerk Besitz- und Betriebsgesellschaft mbH plant die Reaktivierung des Wasserwerks Beesen als Spitzenlastwasserwerk im Rahmen des Versorgungsnetzes der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH.

Die Stadtwerke Halle GmbH hat von der Stadt Halle (Saale) den Geschäftsanteil (24,3 %) an der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH gekauft. Der Kaufvertrag wurde am 22. Juni 2023 beurkundet und am 13. Juli 2023 mittels Kaufpreiszahlung vollzogen.

Die EVH GmbH hat im Geschäftsfeld „Erneuerbare Energien“ ihr Beteiligungsportfolio über die EGE-Gruppe gemeinsam mit Kooperationspartnern zur Umsetzung von Photovoltaikgroßprojekten weiter ausgebaut. Hinzugekommen sind die SP 21 GmbH & Co. KG, die EVH Grüne Energie - Projektentwicklung GmbH & Co. KG, die EGE-PE Verwaltung GmbH, die EGE-DVV Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG, die EGE-DVV Verwaltung GmbH sowie die Erneuerbare Energien Mitteldeutschland GmbH & Co. KG und die EEM Verwaltung GmbH.

Weitere wesentliche Veränderungen in der Unternehmensorganisation haben sich im Berichtsjahr 2023 nicht ergeben.

Direkt beteiligt ist die Stadt Halle (Saale) unverändert an zwei Eigenbetrieben und fünf kommunalen Stiftungen.

Die Stadt Halle (Saale) ist an zwei Anstalten öffentlichen Rechts, die BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) und die Saalesparkasse, beteiligt. Für die BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) ist die Stadt Gewährträgerin. Träger der Saalesparkasse sind die Stadt Halle (Saale) und der Landkreis Saalekreis.

Die Stadt Halle (Saale) ist direkt an 15 Kapital- bzw. Personengesellschaften beteiligt, die in diesem Beteiligungsbericht aufgeführt sind. Ein privatrechtliches Unternehmen erfüllt eine Holdingfunktion.

Die Stadtwerke Halle GmbH ist an zahlreichen Kapital- und Personengesellschaften direkt und indirekt beteiligt. Diese Gesellschaft bündelt die Aktivitäten in den Geschäftsfeldern Energie, (Ab-)Wasser, Entsorgung, Mobilität und Logistik sowie Services.

Das Organigramm der beteiligungsberichtspflichtigen städtischen Unternehmen und Beteiligungen kann Ziffer 2.2 (Übersicht über den Stand an Beteiligungen) dieses Beteiligungsberichtes entnommen werden.

Unternehmensführung

Die Steuerung und Überwachung der städtischen Beteiligungen erfolgt durch die Stadt unter Berücksichtigung der kommunalpolitisch orientierten Zielvorgaben.

Instrumente für die laufende Steuerung und Überwachung sind Beschlüsse des Aufsichtsgremiums oder der Gesellschafter / Hauptversammlung zu Wirtschaftsplänen, Jahresabschlüssen, Lageberichten und sonstigen Vorlagen.

Die Stadt wird als Gesellschafter in der Gesellschafterversammlung tätig. Ferner wird die Stadt über städtische Vertreter in den Aufsichtsgremien tätig.

Die Entscheidung über die Errichtung, Übernahme, wesentliche Erweiterung, Einschränkung oder Auflösung kommunaler Einrichtungen und Unternehmen, die Beteiligung an Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechts und die Änderung der Beteiligungsverhältnisse sowie die Umwandlung der Rechtsform kommunaler Einrichtungen und Unternehmen bleibt dem Stadtrat vorbehalten (vgl. § 45 Abs. 2 Ziffer 9 KVG LSA).

Gleiches gilt bei Stiftungen für die Zweckänderung, Zusammenlegung, Zulegung und Aufhebung sowie die Verwendung des Stiftungsvermögens von Stiftungen im Sinne von § 121 Abs. 1 Nr. 2 und § 122 Abs. 1 KVG LSA, soweit der Stifterwille nicht entgegensteht (vgl. § 45 Abs. 2 Ziffer 11 KVG LSA).

Die Stadt Halle (Saale) hat gemäß Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) ein Beteiligungsmanagement zu gewährleisten.

Diese Gewährleistungsverpflichtung wurde durch Satzung als eigene Aufgabe auf die „BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)“ (nachfolgend BMA) übertragen.

Die BMA unterstützt die Stadt Halle (Saale) bei der Überwachung der Einhaltung der öffentlichen Aufgabenerfüllung und der Sicherstellung der wirtschaftlichen Ziele der Beteiligungsunternehmen.

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) hat in seiner Sitzung am 25. Oktober 2006 die Beteiligungsrichtlinie der Stadt Halle (Saale), zuletzt geändert durch Beschluss des Stadtrates am 26. Mai 2010, beschlossen.

Diese Richtlinie beschreibt einen verbindlichen Rahmen, wie das Beteiligungsmanagement in der Stadt Halle (Saale) im Zusammenwirken zwischen der Stadt, den städtischen Vertretern in Aufsichtsgremien und den Beteiligungen gewährleistet werden soll.

Die Stadt legt mit dieser Beteiligungsrichtlinie für sämtliche unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen verbindlich die Regeln für das Beteiligungsmanagement fest.

Nicht zuletzt bildet die Beteiligungsrichtlinie die Grundlage für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der Stadt Halle (Saale) und ihren Beteiligungen.

Einen „Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale) – Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung der Stadt Halle (Saale)“ hat der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) in seiner Sitzung vom 25. Juni 2014 beschlossen.

Diese Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung dienen dem Ziel einer Steigerung von Effizienz, Transparenz und Kontrolle der städtischen Beteiligungen. Insbesondere Standards guter und verantwortungsvoller Führung bzw. Steuerung werden damit festgelegt. Letztlich werden darin Grundregeln für das Beteiligungsmanagement in der Stadt konkretisiert.

Der Public Corporate Governance Kodex gilt grundsätzlich für alle unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen der Stadt Halle (Saale). Er gilt nicht für Eigenbetriebe und Stiftungen.

2.4 BETEILIGUNGSPOLITIK

Beteiligungspolitik

Die **Beteiligungspolitik** der Stadt Halle (Saale) hat ihren Ursprung in der Ausgliederung von kommunalen Leistungen aus der Kernverwaltung. Insbesondere Aufgaben aus dem Bereich der Daseinsvorsorge sollen durch die städtischen Beteiligungen in ihren unterschiedlichen Rechtsformen wirtschaftlich erbracht werden.

Die Balance zwischen einem effektiven Umgang mit den finanziellen Ressourcen und einer qualitativ hochwertigen Daseinsvorsorge ist das zentrale Ziel der Stadt Halle (Saale) bei der Steuerung ihrer Beteiligungen. Im Interesse des Gemeinwohls können die Beteiligungen die ihnen übertragenen Aufgaben in einer hohen Qualität erbringen sowie an den Bedürfnissen der Kundinnen und Kunden / Bürgerinnen und Bürger ausrichten (Gebot der Erfüllung eines **öffentlichen Zwecks**).

Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist eine leistungsstarke Kommunalwirtschaft eine wichtige Säule kommunalpolitischen Handelns. Dabei ist eine moderne und kosteneffiziente Infrastruktur für die Bürgerinnen und Bürger sowie für die ansässigen Unternehmen gleichermaßen wichtig wie die Gewährleistung von Versorgungssicherheit.

Neben der eigenen Wirtschaftskraft der Beteiligungen bilden diese das Grundfundament für eine aktive kommunale Wirtschaftspolitik. Eine **nachhaltige Beteiligungssteuerung** unter Berücksichtigung der zukünftigen **demografischen und ökologischen Herausforderungen** leistet einen wichtigen Beitrag zur Schaffung und Sicherung von **hoher Lebensqualität** und **Wirtschaftsattraktivität**.

Unter Berücksichtigung angespannter Haushaltslagen gewinnt die Stärkung der kommunalen **Finanzkraft** durch eine erfolgreiche und zugleich nachhaltige Beteiligungspolitik weiter an Bedeutung. Es müssen nachhaltige und zukunftsträgliche Wege im Zusammenwirken der Stadt Halle (Saale) mit ihren Beteiligungen beschritten werden. Die Betrachtungsweise als „**Konzern-Stadt**“ rückt immer mehr ins Zentrum einer umsichtigen Beteiligungspolitik.

Mit dieser Zielsetzung übt die Stadt Halle (Saale) als Gesellschafterin ihren **strategischen Einfluss** auf die Beteiligungen aus; unterstützt durch die städtischen Vertreterinnen und Vertreter in den Aufsichtsgremien.

Die **fortwährende Überprüfung** des Beteiligungsportfolios und dessen Steuerung zur Sicherung einer leistungsstarken und zukunftsfähigen Kommunalwirtschaft ist wichtiger Teil der Beteiligungsstrategie.

Ein Beleg für eine wirkungsvolle Beteiligungspolitik sind die wirtschaftlichen Erfolge der städtischen Beteiligungen mit ihren positiven Effekten auf den Haushalt der Stadt Halle (Saale).

2.5 ÜBERSICHT ÜBER AUSGEWÄHLTE FINANZ- UND BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHE DATEN ALLER BEDEUTSAMEN BETEILIGUNGEN

**Finanzbeziehungen 2023 zwischen Kernhaushalt und
Beteiligungen**

Geschäfts- und Ertragslage

Finanzbeziehungen 2023 zwischen Kernhaushalt und Beteiligungen

		Angaben in TEUR									
		Transfer- aufwen- dungen	Investi- tions- zuschüsse	Kapital- zuführung	Sonstige Zahlungen	Stand Darlehen (31.12.23)	Stand Bürg- schaften (31.12.23)	nicht ausge- schüttete Gewinne	Gewinn- abführung o.ä.	Kon- zessions- abgaben	Rück- zahlung von Darlehen
1.	UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLUSS	20.944					1.389	12.279			
	Stadtwerke Halle GmbH	20.944 ¹⁾					1.389 ²⁾	12.279 ³⁾			
2.	VER- UND ENTSORGUNG		457				5.903		11.004		
	Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau							(748 ³⁾)			
	A/V/E GmbH							(77 ³⁾)			
	Cives Dienste GmbH							(20 ³⁾)			
	Container Terminal Halle (Saale) GmbH										
	EEM Verwaltung GmbH										

¹⁾ davon städtischer Eigenanteil zur Finanzierung des ÖPNV gemäß öDA 2023 (10.346 TEUR), Bonus 2022 (125 TEUR), Zuschuss § 8 ÖPNVG LSA (3.300 TEUR), Mittel aus Billigkeitsleistungen Deutschlandticket (4.004 TEUR), Mehraufwendungen Stadtbahnprogramm (400 TEUR), Modellprojekt StadtLand+ 2023 (170 TEUR), Modellprojekt StadtLand+ 2022 (153 TEUR), Bonus 2021 (250 TEUR) sowie Zuschüsse Saalekreis zur Weiterleitung an HAVAG (2.047 TEUR) und Mittel aus Billigkeitsleistungen Deutschlandticket Saalekreis (149 TEUR)

[Eine Rückzahlung an die Stadt von Mitteln ÖPNV-Rettungsschirm für 2021 und 2022 erfolgte in Höhe von insgesamt 1.763 TEUR]

²⁾ Bürgschaft für die ehemalige Hafen Halle GmbH (961 TEUR) und bürgschaftsähnliche Urkunde (428 TEUR)

³⁾ (quotaler) Gewinn des Vorjahres vor Ergebnisverwendung

	<i>Transfer- aufwen- dungen</i>	<i>Investi- tions- zuschüsse</i>	<i>Kapital- zuführung</i>	<i>Sonstige Zahlungen</i>	<i>Stand Darlehen (31.12.23)</i>	<i>Stand Bürg- schaften (31.12.23)</i>	<i>nicht ausge- schüttete Gewinne</i>	<i>Gewinn- abführung o.ä.</i>	<i>Kon- zessions- abgaben</i>	<i>Rück- zahlung von Darlehen</i>
--	---	--	-------------------------------	-------------------------------	--	--	---	---------------------------------------	---------------------------------------	---

VER- UND ENTSORGUNG

EGE-B Verwaltung GmbH										
EGE-DVV Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG										
EGE-DVV Verwaltung GmbH										
EGE-PE Verwaltung GmbH										
EGE-P Verwaltung GmbH							(1 ³⁾)			
Energiedienste GmbH ⁴⁾							(101 ³⁾)			
Energieversorgung Halle Netz GmbH							(283 ³⁾)			
Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)										
Erneuerbare Energien Mitteldeutschland GmbH & Co. KG										

³⁾ (quotaler) Gewinn des Vorjahres vor Ergebnisverwendung

⁴⁾ Umfirmierung im Jahr 2021 (vorher: SHS Energiedienste GmbH)

Transfer- aufwen- dungen	Investi- tions- zuschüsse	Kapital- zuführung	Sonstige Zahlungen	Stand Darlehen (31.12.23)	Stand Bürg- schaften (31.12.23)	nicht ausge- schüttete Gewinne	Gewinn- abführung o.ä.	Kon- zessions- abgaben	Rück- zahlung von Darlehen
--------------------------------	---------------------------------	-----------------------	-----------------------	---------------------------------	--	---	------------------------------	------------------------------	-------------------------------------

VER- UND ENTSORGUNG

EVH GmbH		311 ⁵⁾				(32.462 ³⁾)		8.507 ⁶⁾	
EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG						(196 ³⁾)			
EVH Grüne Energie - Projekt 1 GmbH & Co. KG						(1.065 ³⁾)			
EVH Grüne Energie - Projekt 2 GmbH & Co. KG						(1.346 ³⁾)			
EVH Grüne Energie - Projekt 3 GmbH & Co. KG						(554 ³⁾)			
EVH Grüne Energie - Projektentwicklung GmbH & Co. KG									
EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG						(4.077 ³⁾)			
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH						(342 ³⁾)			

³⁾ (quotaler) Gewinn des Vorjahres vor Ergebnisverwendung

⁵⁾ Fördermittel (Stadtumbau Ost und Hochwasser) für verschiedene Maßnahmen an den Netzen, zusätzlich wurden zu viel gezahlte Fördermittel in Höhe von 116 TEUR von der EVH GmbH an die Stadt Halle (Saale) im Jahr 2023 zurückgezahlt

⁶⁾ Auf Basis der Zahlungsflüsse: 8.150 TEUR für Strom und Gas sowie 357 TEUR für Fernwärmegestattung.

Im Jahresabschluss der EVH GmbH für das Jahr 2023 nach periodengerechter Zuordnung wird demgegenüber ein Netto-Betrag von insgesamt 7.525 TEUR abgebildet, und zwar für Konzessionsabgabe Strom (6.782 TEUR) und Gas (443 TEUR) sowie Entgelt für Fernwärmegestattung (300 TEUR).

	<i>Transfer- aufwen- dungen</i>	<i>Investi- tions- zuschüsse</i>	<i>Kapital- zuführung</i>	<i>Sonstige Zahlungen</i>	<i>Stand Darlehen (31.12.23)</i>	<i>Stand Bürg- schaften (31.12.23)</i>	<i>nicht ausge- schüttete Gewinne</i>	<i>Gewinn- abführung o.ä.</i>	<i>Kon- zessions- abgaben</i>	<i>Rück- zahlung von Darlehen</i>
--	---	--	-------------------------------	-------------------------------	--	--	---	---------------------------------------	---------------------------------------	---

VER- UND ENTSORGUNG

Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH		146 ⁷⁾				5.903	(11.791 ³⁾)		2.497 ⁸⁾	
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH							(10.213 ³⁾)			
IT-Consult Halle GmbH							(760 ³⁾)			
RAB Halle GmbH							(448 ³⁾)			
RES Recycling und Entsorgungs- Service Sangerhausen GmbH							(48 ³⁾)			
SP 21 GmbH & Co. KG										
SP X GmbH & Co. KG							(753 ³⁾)			
SP XVII GmbH & Co. KG							(516 ³⁾)			
SP XVIII GmbH & Co. KG										
TELONON Abwasserbehandlung GmbH										

³⁾ (quotaler) Gewinn des Vorjahres vor Ergebnisverwendung

⁷⁾ Fördermittel für verschiedene Maßnahmen

⁸⁾ Zahlungen Konzessionsabgabe Trinkwasser von 498 TEUR für 2022 und 1.999 TEUR für 2023

	<i>Transfer- aufwen- dungen</i>	<i>Investi- tions- zuschüsse</i>	<i>Kapital- zuführung</i>	<i>Sonstige Zahlungen</i>	<i>Stand Darlehen (31.12.23)</i>	<i>Stand Bürg- schaften (31.12.23)</i>	<i>nicht ausge- schüttete Gewinne</i>	<i>Gewinn- abführung o.ä.</i>	<i>Kon- zessions- abgaben</i>	<i>Rück- zahlung von Darlehen</i>
VER- UND ENTSORGUNG										
Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG							(1.908 ³⁾)			
Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH							(4 ³⁾)			
WER-Wertstoffeffassung und Recycling Halle GmbH							(4 ³⁾)			
W + H Wasser- und Haustechnik GmbH							(290 ³⁾)			
WWB Wasserwerk Besitz- und Betriebsgesellschaft mbH										

³⁾ (quotaler) Gewinn des Vorjahres vor Ergebnisverwendung

	<i>Transfer- aufwen- dungen</i>	<i>Investi- tions- zuschüsse</i>	<i>Kapital- zuführung</i>	<i>Sonstige Zahlungen</i>	<i>Stand Darlehen (31.12.23)</i>	<i>Stand Bürg- schaften (31.12.23)</i>	<i>nicht ausge- schüttete Gewinne</i>	<i>Gewinn- abführung o.ä.</i>	<i>Kon- zessions- abgaben</i>	<i>Rück- zahlung von Darlehen</i>
3. VERKEHR	6.820	3.843					65			
Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin							65 ³⁾			
Hallesche Verkehrs-AG	5.446 ⁹⁾	3.843 ¹⁰⁾					(310 ³⁾)			
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	1.374 ¹¹⁾									
Servicegesellschaft Saale mbH							(34 ³⁾)			

³⁾ (quotaler) Gewinn des Vorjahres vor Ergebnisverwendung

⁹⁾ Zahlungen für Stadtbahnprogramm (1.886 TEUR), Ausgleichsleistungen Ausbildungsverkehr (3.515 TEUR) und Betreiberentgelt Parkeisenbahn (45 TEUR)

¹⁰⁾ Ersatzbeschaffung Straßenbahnen (3.116 TEUR), Beschaffung Elektrobusse (387 TEUR), Barrierefreies Informations- und Orientierungssystem (BIOS) (240 TEUR) und Fahrgastunterstände (100 TEUR)

¹¹⁾ Betriebskostenzuschuss (416 TEUR) und Ausgleich verbundbedingter Belastungen (958 TEUR)

	<i>Transfer- aufwen- dungen</i>	<i>Investi- tions- zuschüsse</i>	<i>Kapital- zuführung</i>	<i>Sonstige Zahlungen</i>	<i>Stand Darlehen (31.12.23)</i>	<i>Stand Bürg- schaften (31.12.23)</i>	<i>nicht ausge- schüttete Gewinne</i>	<i>Gewinn- abführung o.ä.</i>	<i>Kon- zessions- abgaben</i>	<i>Rück- zahlung von Darlehen</i>
4. WOHNUNGSWIRTSCHAFT							66.055	7.000		
Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH							(117 ³⁾)			
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH							1.696 ¹²⁾	2.000 ¹²⁾		
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH							64.359 ¹³⁾	5.000 ¹³⁾		
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG										

³⁾ (quotaler) Gewinn des Vorjahres vor Ergebnisverwendung

¹²⁾ Bilanzgewinn 2022 in Summe 3.696 TEUR, aus Jahresüberschuss 2022 (2.362 TEUR) und Gewinnvortrag aus Vorjahr von 1.334 TEUR

¹³⁾ Bilanzgewinn 2022 in Summe 69.359 TEUR, aus Jahresüberschuss 2022 (8.054 TEUR abzgl. satzungsmäßiger Rücklage 805 TEUR) und Gewinnvortrag aus Vorjahren von 62.110 TEUR, davon 39.000 TEUR in Bauerneuerungsrücklage und 7.840 TEUR in andere Gewinnrücklagen eingestellt.

	<i>Transfer- aufwen- dungen</i>	<i>Investi- tions- zuschüsse</i>	<i>Kapital- zuführung</i>	<i>Sonstige Zahlungen</i>	<i>Stand Darlehen (31.12.23)</i>	<i>Stand Bürg- schaften (31.12.23)</i>	<i>nicht ausge- schüttete Gewinne</i>	<i>Gewinn- abführung o.ä.</i>	<i>Kon- zessions- abgaben</i>	<i>Rück- zahlung von Darlehen</i>
5. WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG UND STADTENTWICKLUNG	1.521				322		292			46
Bio-Zentrum Halle GmbH							35 ³⁾			
Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG										
Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH							81 ³⁾			
MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH					322					46
Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	1.521 ¹⁴⁾									
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH							176 ³⁾			

³⁾ (quotaler) Gewinn des Vorjahres vor Ergebnisverwendung

¹⁴⁾ davon 245 TEUR für Projekt Standortmarketing 2023 (350 TEUR abzgl. 105 TEUR im Vorjahr gezahlter Rate)

	Transfer- aufwen- dungen	Investi- tions- zuschüsse	Kapital- zuführung	Sonstige Zahlungen	Stand Darlehen (31.12.23)	Stand Bürg- schaften (31.12.23)	nicht ausge- schüttete Gewinne	Gewinn- abführung o.ä.	Kon- zessions- abgaben	Rück- zahlung von Darlehen
6. GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG UND SPORT	64.496	5.394		500	160	7.242				40
Bäder Halle GmbH	5.435 ¹⁵⁾						(4 ³⁾)			
Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH										
Eigenbetrieb für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale) **	1.994									
Eigenbetrieb Kindertagesstätten **	56.197	5.394 ¹⁶⁾								
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH							(1 ³⁾)			
Maya mare GmbH & Co. KG										
Oelhafe-Zeysesche-Stiftung										
Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale					160	3.901				40

** Ein geprüfter Jahresabschluss 2023 lag bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes nicht vor.

3) (quotaler) Gewinn des Vorjahres vor Ergebnisverwendung

15) Betriebskostenzuschuss der Stadt Halle (Saale) gemäß Bäderfinanzierungsvertrag von 4.605 TEUR (netto) zzgl. 322 TEUR USt. und Mittel für den Olympiastützpunkt SH Neustadt von 32 TEUR. Zuwendungen der Stadt Halle (Saale) in Höhe von 476 TEUR (brutto) erhielt die Bäder Halle GmbH zum Ausgleich für Besucherverluste und Mehraufwendungen. [Vorangegangen war eine Rückzahlung der Bäder Halle GmbH an die Stadt Halle (Saale) im Jahr 2023 für das Jahr 2022 in Höhe von 476 TEUR (brutto).]

16) davon für Kindertagesstätten „Traumland/Sausewind“ (2.546 TEUR), „Ökolino“ (1.327 TEUR), „Am Breiten Pfuhl/Einstein“ (1.196 TEUR), „Stadtzwerge“ (160 TEUR), „Kinderinsel“ (126 TEUR) und „Tabaluga/Fuchs und Elster“ (39 TEUR)

	Transfer- aufwen- dungen	Investi- tions- zuschüsse	Kapital- zuführung	Sonstige Zahlungen	Stand Darlehen (31.12.23)	Stand Bürg- schaften (31.12.23)	nicht ausge- schüttete Gewinne	Gewinn- abführung o.ä.	Kon- zessions- abgaben	Rück- zahlung von Darlehen
--	--------------------------------	---------------------------------	-----------------------	-----------------------	---------------------------------	--	---	------------------------------	------------------------------	-------------------------------------

**GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG
UND SPORT**

Serva GmbH										
Stadion Halle Betriebs GmbH	870 ¹⁷⁾			500 ¹⁷⁾						
Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)						3.341				
Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung										

7. KULTUR

44.540

150

Stiftung Händel-Haus	1.987									
Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	39.243 ¹⁸⁾									
Zoologischer Garten Halle GmbH	3.310						150 ³⁾			

³⁾ (quotaler) Gewinn des Vorjahres vor Ergebnisverwendung

¹⁷⁾ Zuschuss und Pacht Leuna-Chemie-Stadion (nach Verrechnung 370 TEUR)

¹⁸⁾ davon Dynamisierung (5.642 TEUR) und Sonderzuschuss Verstärkungsmittel zu Strukturanpassung (524 TEUR)

	<i>Transfer- aufwen- dungen</i>	<i>Investi- tions- zuschüsse</i>	<i>Kapital- zuführung</i>	<i>Sonstige Zahlungen</i>	<i>Stand Darlehen (31.12.23)</i>	<i>Stand Bürg- schaften (31.12.23)</i>	<i>nicht ausge- schüttete Gewinne</i>	<i>Gewinn- abführung o.ä.</i>	<i>Kon- zessions- abgaben</i>	<i>Rück- zahlung von Darlehen</i>
8. ANSTALTEN DES ÖFFENTLICHEN RECHTS	1.119						70			
BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	1.119						70 ¹⁹⁾			
Saalesparkasse										
SUMME	139.440	9.694		500	482	14.534	78.911	7.000	11.004	86

¹⁹⁾ Co-Finanzierung im Folgejahr

Geschäfts- und Ertragslage

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2023

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeitende im Jahres- durchschnitt	Auszubildende im Jahres- durchschnitt
Unternehmenszusammenschluss										
Stadtwerke Halle GmbH*	27.471	9.089	8.088	801.445	610.399	131.734	292.212	36,5	108	1
Ver- und Entsorgung										
Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	8.613	5.034	1.630	56.186	31.548	1	6.997	12,5	33	0
A/V/E GmbH	17.414	17.140	603	5.613	283	242	2.356	42,0	251	7
Cives Dienste GmbH	683	682	39	130	1	0	25	19,2	13	1
Container Terminal Halle (Saale) GmbH	15.048	14.724	-1.768	5.013	1.031	482	290	5,8	78	0
EEM Verwaltung GmbH	4	4	0	30	0	0	25	84,1	0	0
EGE-B Verwaltung GmbH	13	12	0	34	0	0	27	78,1	0	0
EGE-DVV Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG	0	0	-52	2.624	0	0	2.598	99,0	0	0
EGE-DVV Verwaltung GmbH	12	12	0	39	0	0	25	65,1	0	0
EGE-PE Verwaltung GmbH	17	17	0	33	0	0	25	76,9	0	0
EGE-P Verwaltung GmbH	18	18	3	45	0	0	35	77,7	0	0
Energiedienste GmbH ¹⁾	5.708	5.707	100	7.283	6.431	1.005	2.025	27,8	0	0
Energieversorgung Halle Netz GmbH	152.166	145.973	-5.758	31.994	10.616	1.805	7.954	24,9	269	38
Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)	6.143	5.995	232	11.712	8.758	4.461	2.717	23,2	55	0
Erneuerbare Energien Mitteldeutschland GmbH & Co. KG	0	0	-33	27	0	0	17	64,2	0	0
EVH GmbH	756.760	745.850	31.098	540.230	364.801	39.813	129.384	23,9	336	0
EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG	2	0	3.995	18.965	14.263	1.625	13.691	72,2	0	0
EVH Grüne Energie - Projekt 1 GmbH & Co. KG	1.562	1.558	136	17.326	16.134	0	3.410	19,7	0	0

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist noch keine Feststellung des Jahresabschlusses 2023 erfolgt.

¹⁾ Umfirmierung im Jahr 2021 (vorher: SHS Energiedienste GmbH)

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2023

	Gesamtleistung in T€	Umsatz in T€	Jahresergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlagevermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeitende im Jahresdurchschnitt	Auszubildende im Jahresdurchschnitt
Ver- und Entsorgung										
EVH Grüne Energie - Projekt 2 GmbH & Co. KG	2.166	2.157	453	21.887	20.822	0	4.610	21,1	0	0
EVH Grüne Energie - Projekt 3 GmbH & Co. KG	1.677	1.442	563	19.464	13.855	0	3.510	18,0	0	0
EVH Grüne Energie - Projektentwicklung GmbH & Co. KG	0	0	-55	451	4	4	420	93,3	0	0
EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG	138	137	1.341	27.676	23.149	10	26.776	96,7	0	0
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	53.769	49.667	-222	188.135	172.213	16.535	131.564	69,9	234	3
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	145.058	136.412	14.025	579.554	533.611	25.148	98.624	17,0	546	29
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	21.062	20.706	3.933	45.710	21.321	1.113	25.522	55,8	0	0
IT-Consult Halle GmbH	40.437	39.695	960	11.675	6.089	1.173	522	4,5	256	19
RAB Halle GmbH	10.728	10.558	968	4.921	2.440	607	1.828	37,1	8	0
RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH	7.334	7.235	270	5.709	1.638	1.897	4.407	77,2	56	1
SP 21 GmbH & Co. KG	441	399	105	3.761	3.136	504	0	0	0	0
SP X GmbH & Co. KG	1.345	1.342	267	12.110	10.127	413	2.030	16,8	0	0
SP XVII GmbH & Co. KG	1.014	1.012	115	9.818	7.780	319	2.294	23,4	0	0
SP XVIII GmbH & Co. KG	2.266	2.264	381	20.850	18.298	7.267	4.574	21,9	0	0
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	0	0	-8	32	0	0	26	79,4	0	0
Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG	2.928	2.952	3.051	49.850	37.380	43	48.965	98,2	15	0
Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH	38	0	21	72	0	0	67	92,5	0	0
WER-Wertstoffeffassung und Recycling Halle GmbH	300	300	27	639	0	0	531	83,1	1	0
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	5.127	4.953	275	1.330	264	115	225	16,9	59	3
WWB Wasserwerk Besitz- und Betriebsgesellschaft mbH*	0	0	-10	2.322	0	0	2.315	99,7	0	0

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist noch keine Feststellung des Jahresabschlusses 2023 erfolgt.

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2023

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeitende im Jahres- durchschnitt	Auszubildende im Jahres- durchschnitt
Verkehr										
Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin	1.068	752	55	2.565	1.676	14	2.024	78,9	9	0
Hallesche Verkehrs-AG	129.768	74.288	564	423.112	379.710	95.147	83.583	19,8	796	50
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH***	6.239	1.433	0	3.358	1.063	372	477	14,2	52	0
Servicegesellschaft Saale mbH	7.658	7.416	20	1.075	239	174	303	28,2	163	8
Wohnungswirtschaft										
Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH	3.478	3.556	119	904	32	15	496	54,8	31	4
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH	56.743	51.768	3.485	406.392	380.339	51.867 ¹⁾	191.671	47,2	109	6
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	107.084	96.845	12.650	684.139	609.979	17.718	328.513	48,0	257	13
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	3.264	3.258	0	61.152	60.569	0	10	0,0	0	0
Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung										
Bio-Zentrum Halle GmbH	2.278	2.120	13	7.232	3.701	3	6.851	94,7	0	0
Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG	1.538	259	59	10.743	1.085	1.119	10.679	99,4	0	0
Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH	1.235	512	62	548	4	1	325	59,3	8	0
MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH	2.012	883	-5	19.522	19.189	2	1.029	5,3	4	0
Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	2.933	1.137	12	432	47	12	167	38,6	40	4
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	4.915	4.443	-174	22.703	18.023	3.335	14.448	63,6	22	0

***Die Feststellung des Jahresabschlusses 2023 durch die Gesellschafterversammlung erfolgte unter dem Vorbehalt der Zustimmung der zu beteiligenden kommunalen Gremien. Diese Zustimmung stand zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes noch aus.

¹⁾ inkl. Instandsetzung und Instandhaltung

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2023

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeitende im Jahres- durchschnitt	Auszubildende im Jahres- durchschnitt
Gesundheit, Soziales, Bildung und Sport										
Bäder Halle GmbH	6.599	6.114	5	14.518	11.277	1.063	6.859	47,2	51	3
Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH	6.579	6.157	-553	12.624	9.684	216	7.074	56,0	63	0
Eigenbetrieb für Arbeitsförderung**										
Eigenbetrieb Kindertagesstätten**										
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	25	25	1	68	0	0	60	87,9	0	0
Maya mare GmbH & Co. KG	10.799	9.264	0	6.805	3.470	542	3.513	51,6	135	3
Oelhafe-Zeysesche-Stiftung	19	0	6	598	311	0	598	100,0	0	0
Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	35.588	35.004	1.590	59.399	50.229	916	26.105	43,9	510	43
Serva GmbH	4.210	4.191	-28	366	4	0	74	20,1	101	0
Stadion Halle Betriebs GmbH	1.410	1.410	0	451	72	0	28	6,1	0	0
Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)	11.725	11.048	-283	27.694	25.426	216	17.667	63,8	128	16
Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung	18	0	6	565	344	0	565	100,0	0	0
Kultur										
Stiftung Händel-Haus	3.687	86	-28	10.959	7.981	73	9.732	88,8	19	0
Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	44.183	3.048	824	38.285	23.011	2.822	33.309	87,0	464	9
Zoologischer Garten Halle GmbH	11.190	4.795	179	16.627	15.123	714	7.408	44,6	84	4
Anstalten des öffentlichen Rechts										
BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	1.097	233	40	764	150	3	491	64,3	9	0
Saalesparkasse	207.770 ¹⁾	0	26.433 ²⁾	6.434.700	170.930	43.730	217.838	3,4	542	30

** Ein geprüfter Jahresabschluss 2023 lag bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes nicht vor.

¹⁾ Grundlage für die Gesamtleistung bildet die Summe aus Zinserträgen, laufenden Erträgen, Provisionserträgen und sonstigen betrieblichen Erträgen

²⁾ Jahresüberschuss zzgl. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2022

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeitende im Jahres- durchschnitt	Auszubildende im Jahres- durchschnitt
Unternehmenszusammenschluss										
Stadtwerke Halle GmbH	33.115	8.859	12.279	754.235	559.573	118.146	284.125	37,7	104	1
Ver- und Entsorgung										
Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	9.376	6.697	748	59.021	31.549	24.168 ¹⁾	5.367	9,1	33	0
A/V/E GmbH	16.919	16.332	323	6.262	411	89	2.077	33,2	259	8
Cives Dienste GmbH	751	751	20	84	3	3	25	29,7	14	5
Container Terminal Halle (Saale) GmbH	18.188	17.805	-113	3.774	891	173	290	7,7	83	0
EGE-B Verwaltung GmbH	13	12	0	33	0	0	26	79,0	0	0
EGE-P Verwaltung GmbH	16	15	3	41	0	0	32	78,9	0	0
Energiedienste GmbH ²⁾	4.729	4.729	101	6.973	5.923	438	2.025	29,0	0	0
Energieversorgung Halle Netz GmbH	137.696	133.349	283	24.546	10.494	1.530	7.954	32,4	268	41
Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)	6.781	5.964	-477	6.364	4.807	751	2.485	39,0	55	0
EVH GmbH	707.640	710.575	32.462	530.373	354.418	23.742	122.838	23,2	310	0
EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG	2	0	196	14.970	12.638	500	9.696	64,8	0	0
EVH Grüne Energie - Projekt 1 GmbH & Co. KG	3.714	3.701	2.130	19.045	17.007	0	3.410	17,9	0	0
EVH Grüne Energie - Projekt 2 GmbH & Co. KG	4.575	4.364	2.692	28.905	21.801	1.186	4.610	15,9	0	0
EVH Grüne Energie - Projekt 3 GmbH & Co. KG	2.090	1.829	1.108	25.991	14.470	9.122	3.510	13,5	0	0
EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG	102	102	8.154	36.481	24.769	5.400	33.695	92,4	0	0
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	51.505	47.393	1.409	178.371	166.149	14.981	131.786	73,9	220	4

¹⁾ Umgliederung und Neuanlage von Finanzmitteln für die Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge der Deponie

²⁾ Umfirmierung im Jahr 2021 (vorher: SHS Energiedienste GmbH)

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2022

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeitende im Jahres- durchschnitt	Auszubildende im Jahres- durchschnitt
Ver- und Entsorgung										
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	139.149	130.266	11.791	567.199	531.951	22.775	94.328	16,6	551	28
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	29.353	29.229	10.213	54.756	22.947	1.209	25.522	46,6	0	0
IT-Consult Halle GmbH	33.881	32.910	760	11.238	5.667	631	522	4,6	249	12
RAB Halle GmbH	9.015	8.942	448	4.290	2.273	83	1.708	39,8	8	0
RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH	6.046	5.917	95	4.831	1.085	200	4.189	86,7	53	0
SP X GmbH & Co. KG	2.542	2.533	1.507	13.873	10.164	132	2.030	14,6	0	0
SP XVII GmbH & Co. KG	1.838	1.838	1.032	11.101	7.800	1.074	2.294	20,7	0	0
SP XVIII GmbH & Co. KG	0	0	-184	14.407	11.727	10.809	6.011	41,7	0	0
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	0	0	-9	32	0	0	26	80,9	0	0
Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG	2.116	2.010	10.388	54.425	39.262	25	51.446	94,5	9	0
Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH	32	0	21	73	0	0	68	92,9	0	0
WER-Wertstoffeffassung und Recycling Halle GmbH	220	217	7	552	0	0	504	91,2	2	0
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	5.022	4.776	290	1.486	226	47	225	15,1	55	2
Verkehr										
Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin	971	724	158	2.359	1.753	227	1.969	83,5	9	0
Hallesche Verkehrs-AG	100.906	50.117	310	364.041	328.630	97.569	83.583	23,0	759	48
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	5.581	1.143	0	2.881	980	157	477	16,6	48	0
Servicegesellschaft Saale mbH	7.118	6.847	34	932	155	54	283	30,3	152	7

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2022

	Gesamtleistung in T€	Umsatz in T€	Jahresergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlagevermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeitende im Jahresdurchschnitt	Auszubildende im Jahresdurchschnitt
Wohnungswirtschaft										
Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH	3.261	3.148	117	942	40	7	526	55,8	30	4
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH	53.594	52.094	2.362	374.256	350.359	50.615 ¹⁾	190.185	50,8	114	6
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	102.258	97.130	8.054	674.049	603.542	16.509	320.863	47,6	252	14
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	3.366	3.363	0	61.819	61.809	0	10	0,0	0	0
Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung										
Bio-Zentrum Halle GmbH	2.062	2.006	69	7.420	5.535	2.007	6.838	92,2	0	0
Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG	1.896	1.068	-231	10.830	0	0	10.633	98,2	0	0
Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH	1.181	618	81	605	5	13	263	43,5	7	0
MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH	1.990	863	-23	20.787	20.308	4	1.035	5,0	3	0
Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	2.694	1.023	-4	446	53	4	155	34,7	40	3
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	5.176	4.653	234	23.422	18.950	3.704	14.622	62,4	22	0
Gesundheit, Soziales, Bildung und Sport										
Bäder Halle GmbH	6.356	6.055	4	14.185	10.853	1.487	6.854	48,3	53	5
Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH	6.599	6.184	-437	13.810	10.210	86	7.627	55,2	66	0
Eigenbetrieb für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale)	5.473	9.566	0	6.976	29	29	37	0,5	204	0
Eigenbetrieb Kindertagesstätten	64.452	55.574	-166	79.814	67.470	7.414	19.353	24,2	901	0
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	25	25	1	68	0	0	59	86,6	0	0
Maya mare GmbH & Co. KG	8.922	7.571	0	6.195	4.268	510	3.516	56,8	121	2
Oelhafe-Zeysesche-Stiftung	21	0	7	592	311	0	592	100,0	0	0

¹⁾ inkl. Instandsetzung und Instandhaltung

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2022

	Gesamtleistung in T€	Umsatz in T€	Jahresergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlagevermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeitende im Jahresdurchschnitt	Auszubildende im Jahresdurchschnitt
Gesundheit, Soziales, Bildung und Sport										
Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	33.679	32.175	1.360	59.315	51.620	2.728	24.515	41,3	504	40
Serva GmbH	3.955	3.890	21	354	5	2	102	28,7	97	0
Stadion Halle Betriebs GmbH	1.425	1.424	0	410	87	0	28	6,7	0	0
Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)	11.142	10.096	-341	28.396	26.322	796	17.951	63,2	126	9
Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung	17	0	8	558	344	0	558	100,0	0	0
Kultur										
Stiftung Händel-Haus	3.743	97	-181	10.929	8.119	41	9.760	89,3	18	0
Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	41.829	2.597	-55	38.251	21.985	1.758	32.485	84,9	464	9
Zoologischer Garten Halle GmbH	9.418	3.789	150	18.106	16.459	930	7.229	39,9	85	4
Anstalten des öffentlichen Rechts										
BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	1.072	228	70	733	155	3	451	61,5	9	0
Saalesparkasse	155.541 ¹⁾	0	20.548 ²⁾	6.199.665	166.981	38.525	215.505	3,5	575	32

¹⁾ Grundlage für die Gesamtleistung bildet die Summe aus Zinserträgen, laufenden Erträgen, Provisionserträgen und sonstigen betrieblichen Erträgen

²⁾ Jahresüberschuss zzgl. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2021

	Gesamtleistung in T€	Umsatz in T€	Jahresergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlagevermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeitende im Jahresdurchschnitt	Auszubildende im Jahresdurchschnitt
Unternehmenszusammenschluss										
Stadtwerke Halle GmbH	23.602	8.370	16.340	652.808	510.269	195.140	271.845	41,6	98	1
Ver- und Entsorgung										
Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	8.773	6.115	743	57.977	7.384	0	4.618	8,0	33	0
A/V/E GmbH	18.281	18.006	523	7.439	535	165	2.277	30,6	276	10
Cives Dienste GmbH	673	672	32	96	3	3	25	26,0	13	5
Container Terminal Halle (Saale) GmbH	16.204	15.459	-203	3.162	1.068	708	290	9,2	77	0
EGE-B Verwaltung GmbH	13	13	0	32	0	0	26	81,7	0	0
EGE-P Verwaltung GmbH	17	17	3	37	0	0	29	79,4	0	0
Energiedienste GmbH ¹⁾	4.832	4.832	101	7.908	5.944	975	2.025	25,6	0	0
Energieversorgung Halle Netz GmbH	131.628	130.677	274	21.710	10.475	1.350	7.954	36,6	261	42
Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)	6.404	6.268	309	6.538	4.504	0	3.278	50,1	56	0
EVH GmbH	595.611	592.383	35.241	510.792	362.042	36.677	117.413	23,0	298	0
EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG	1	0	160	14.338	12.138	5.600	9.500	66,3	0	0
EVH Grüne Energie - Projekt 1 GmbH & Co. KG	1.763	1.694	359	19.038	17.881	0	3.410	17,9	0	0
EVH Grüne Energie - Projekt 2 GmbH & Co. KG	2.017	1.241	939	33.348	21.568	10.591	4.610	13,8	0	0
EVH Grüne Energie - Projekt 3 GmbH & Co. KG	523	386	167	14.518	5.872	3.926	3.510	24,2	0	0
EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG	55	54	1.567	28.745	22.302	10.772	25.268	87,9	0	0
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	52.656	48.802	2.586	170.853	160.924	13.354	130.377	76,3	213	4

¹⁾ Umfirmierung im Jahr 2021 (vorher: SHS Energiedienste GmbH)

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2021

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeitende im Jahres- durchschnitt	Auszubildende im Jahres- durchschnitt
Ver- und Entsorgung										
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	135.227	126.514	12.453	562.242	532.443	24.625	91.177	16,2	561	29
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	20.741	18.979	6.416	32.184	24.459	10.957	15.308	47,6	0	0
IT-Consult Halle GmbH	33.122	32.322	786	11.194	5.682	2.907	522	4,7	248	7
RAB Halle GmbH	9.555	9.484	364	3.836	2.663	375	1.708	44,5	8	0
RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH	6.166	6.057	159	4.553	1.504	399	4.152	91,2	51	3
SP X GmbH & Co. KG	897	876	396	12.444	10.465	9.850	2.530	20,3	0	0
SP XVII GmbH & Co. KG	0	0	-98	10.165	7.050	6.622	3.222	31,7	0	0
SP XVIII GmbH & Co. KG	0	0	-26	2.238	918	226	2.229	99,6	0	0
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	0	0	-12	32	0	0	26	81,1	0	0
Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG	1.803	1.406	1.110	48.003	43.490	60	46.468	96,8	7	0
Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH	33	0	22	74	0	0	67	90,8	0	0
WER-Wertstoffeffassung und Recycling Halle GmbH	227	218	7	541	0	0	496	91,7	2	0
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	4.824	4.781	440	1.413	248	95	225	15,9	52	1
Verkehr										
Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin	952	706	194	2.358	1.608	51	1.811	76,8	9	0
Hallesche Verkehrs-AG	81.577	50.314	349	283.753	263.535	10.604	83.583	29,5	740	42
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	4.994	1.087	0	2.703	1.120	631	477	17,7	42	0
Servicegesellschaft Saale mbH	6.084	5.826	40	900	189	128	248	27,6	147	7

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2021

	Gesamtleistung in T€	Umsatz in T€	Jahresergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlagevermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeitende im Jahresdurchschnitt	Auszubildende im Jahresdurchschnitt
Wohnungswirtschaft										
Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH	3.364	3.439	243	1.131	70	33	526	46,5	31	4
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH	55.406	50.368	4.900	350.130	323.134	24.720 ¹⁾	189.823	54,2	109	7
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	105.129	91.288	13.748	671.358	602.247	19.718	317.809	47,3	257	11
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	3.471	3.468	0	63.060	63.048	0	10	0,0	0	0
Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung										
Bio-Zentrum Halle GmbH	2.049	1.867	45	7.726	4.117	235	6.769	87,6	0	0
Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG	2.141	2.363	-223	12.388	0	0	12.193	98,4	0	0
Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH	972	679	31	342	5	4	182	53,1	7	0
MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH	1.563	835	-59	21.920	21.454	1.523	1.058	4,8	4	0
Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	2.479	883	38	408	74	61	158	38,8	32	1
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	5.011	4.721	51	23.878	16.599	320	14.388	60,3	24	0
Gesundheit, Soziales, Bildung und Sport										
Bäder Halle GmbH	5.133	4.791	1	12.329	10.012	196	6.850	55,6	53	7
Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH	7.709	7.276	312	14.871	10.944	383	8.063	54,2	67	0
Eigenbetrieb für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale)	6.276	6.085	0	12.806	21	5	37	0,3	266	0
Eigenbetrieb Kindertagesstätten	56.423	54.009	-586	73.662	63.531	11.582	19.520	26,5	910	0
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	25	25	1	64	0	0	58	90,5	0	0
Maya mare GmbH & Co. KG	5.889	3.898	0	6.457	4.975	78	3.516	54,5	110	4
Oelhafe-Zeysesche-Stiftung	19	0	6	586	311	0	586	100,0	0	0

¹⁾ inkl. Instandsetzung und Instandhaltung

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2021

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeitende im Jahres- durchschnitt	Auszubildende im Jahres- durchschnitt
Gesundheit, Soziales, Bildung und Sport										
Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	32.269	30.482	1.992	60.329	52.371	994	23.155	38,4	458	38
Serva GmbH	3.617	3.563	38	304	4	0	81	26,5	94	0
Stadion Halle Betriebs GmbH	1.715	1.715	1	336	104	38	27	8,2	0	0
Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)	10.968	9.689	134	29.086	26.472	380	18.292	62,9	118	12
Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung	15	0	4	550	344	0	550	100,0	0	0
Kultur										
Stiftung Händel-Haus	2.470	46	-30	11.137	8.316	26	9.940	89,2	17	0
Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	40.350	1.122	5.828	37.412	21.972	1.456	32.540	87,0	464	5
Zoologischer Garten Halle GmbH	8.474	2.769	238	19.243	17.561	892	7.079	36,8	81	4
Anstalten des öffentlichen Rechts										
BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	1.078	222	96	683	165	8	381	55,8	9	0
Saalesparkasse	127.126 ¹⁾	0	20.729 ²⁾	6.050.480	146.002	46.330	213.357	3,5	617	37

¹⁾ Grundlage für die Gesamtleistung bildet die Summe aus Zinserträgen, laufenden Erträgen, Provisionserträgen und sonstigen betrieblichen Erträgen

²⁾ Jahresüberschuss zzgl. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken

2.6 ERLÄUTERUNGEN BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHER FACHBEGRIFFE

Abschreibung

Über die Abschreibung soll die Wertminderung abgebildet werden, die im Laufe der Nutzung der Vermögensgegenstände (in der Regel das Anlagevermögen eines Unternehmens) eintritt. Die Abschreibungen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung als Aufwand abgebildet. Die Abschreibungen werden nicht liquiditätswirksam.

Abschreibungsursachen (Abschreibungsgründe)

Technische Ursachen können in gewöhnlichem Verschleiß oder in außergewöhnlichem Verschleiß (Katastrophenverschleiß) liegen. Als wirtschaftliche Ursachen kommen Nachfrageverschiebungen und Fehlinvestitionen sowie Ineffizienz in Frage. Rechtliche Ursachen können auf Entwertung durch gesetzgeberische Maßnahmen, auf dem zeitlichen Ablauf von Verträgen (Miet-, Pacht-, Leasing-, Franchiseverträge) oder Schutzrechten (Konzessionen, Patente, Lizenzen, Musterschutz) beruhen.

Abschreibungsarten

Im Handelsrecht unterscheidet man planmäßige Abschreibungen (im Voraus in einem Abschreibungsplan festgelegte Abschreibungen) und außerplanmäßige Abschreibungen. Das Steuerrecht subsumiert unter Abschreibungen sechs Unterarten: Absetzung für Abnutzung (AfA) und Absetzung für außergewöhnliche technische oder wirtschaftliche Abnutzung (AfaA), Absetzung für Substanzverringerung (AfS), erhöhte Absetzungen, Sofortabschreibung für geringwertige Wirtschaftsgüter, Sonderabschreibungen und Teilwertabschreibungen.

Abschreibungsmethoden

Die lineare Abschreibung verteilt die Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten gleichmäßig auf die voraussichtlichen Nutzungsjahre. Die degressive Abschreibung verteilt die entsprechenden Beträge in fallenden Raten über die voraussichtliche Nutzungsdauer. Eine Kombination der degressiven und der linearen Abschreibung ist unter bestimmten Bedingungen zulässig. Seltener wird eine Leistungsabschreibung verwendet, welche die Abschreibungen nach der verbrauchten Leistungsmenge bei einer vorher definierten Gesamtleistung ermittelt.

Abschreibungen (Bedeutung)

Abschreibungen mindern als Aufwand den ausgewiesenen Gewinn, der u. a. für Ausschüttungen und Steuerzahlungen maßgeblich ist. Durch die Wahl der Abschreibungsmethode und die Schätzung der betrieblichen Nutzungsdauer lässt sich der auszuweisende Periodengewinn beeinflussen. Damit wird den Unternehmen ein Bewertungsspielraum eingeräumt, durch den ein Unternehmen u. a. die Möglichkeit besitzt, stille Rücklagen (stille Reserven) zu bilden.

Anlagevermögen

Das Anlagevermögen bezeichnet die Teile des Vermögens eines Unternehmens, die nicht zur Veräußerung bestimmt sind und die dem Betriebszweck dauerhaft dienen. Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme (Vermögensstruktur) ist in der Regel in der Industrie erheblich höher als im Handel. Die Finanzierung des Anlagevermögens sollte mit langfristig dem Unternehmen zur Verfügung stehendem Kapital erfolgen (Eigenkapital und langfristiges Fremdkapital).

Anlagevermögen (Zusammensetzung)

Das Anlagevermögen unterteilt sich in immaterielle Vermögensgegenstände (z. B. Konzessionen, Firmenwert, geleistete Anzahlungen), Sachanlagen (z. B. Grundstücke und Bauten, technische Anlagen und Maschinen, Betriebs- und Geschäftsausstattung) und Finanzanlagen (z. B. Beteiligungen, Wertpapiere des Anlagevermögens). Der Verbrauch bzw. Verschleiß des Anlagevermögens wird über Abschreibungen oder Wertberichtigungen abgebildet.

Bilanz

Die Bilanz ist eine Gegenüberstellung von Vermögen (Aktiva) und Kapital (Passiva) zu einem bestimmten Zeitpunkt (Bilanzstichtag). Dabei zeigt das Vermögen die Verwendung der eingesetzten Finanzmittel und das Kapital die Ansprüche der Gläubiger (Fremdkapital) und Unternehmer (Eigenkapital). Das Eigenkapital resultiert aus dem Saldo zwischen Vermögen und Fremdkapital. Es gilt die sogenannte Bilanzgleichung mit $\text{Aktiva} = \text{Passiva}$.

Cashflow

Der Cashflow gibt den in einer Periode erwirtschafteten Zahlungsmittelüberschuss an. Dieser steht dem Unternehmen u. a. für Investitionen, Kredittilgung und Ausschüttungen zur Verfügung. Er ist Indikator für die Innenfinanzierungskraft eines Unternehmens.

Die vereinfachte, einheitliche Cashflow-Berechnung für den Beteiligungsbericht der Stadt Halle (Saale) wird unter Ziffer 2.7 Erläuterungen der Bilanz- und Leistungskennzahlen dargestellt.

Cashflow (Beurteilung)

Die Cashflow-Analyse erlaubt gute Einsichten in die Aktivitäten eines Unternehmens. Weil die Cashflow-Analyse aber historische Daten verarbeitet, ist ihr Prognosewert begrenzt.

Gewinn- und Verlustrechnung (GuV)

Die GuV ist eine Gegenüberstellung von Aufwendungen und Erträgen einer Periode zur Ermittlung des Jahresergebnisses und der Darstellung seiner Quellen. Sie ist Pflichtbestandteil des Jahresabschlusses von Kaufleuten (§ 242 Abs. 3 HGB). Die GuV kann in Konto- oder Staffelform aufgestellt werden. Wegen der größeren Übersichtlichkeit ist für Kapitalgesellschaften die Staffelform zwingend vorgeschrieben (§ 275 Abs. 1 HGB). Dabei kann von ihnen entweder das Gesamtkostenverfahren oder das Umsatzkostenverfahren angewendet werden.

Investition

Zielgerichtete, in der Regel langfristige Kapitalbindung zur Erwirtschaftung zukünftiger Erträge. Nach ihrem Zweck ist zwischen Gründungs-, Ersatz-, Erweiterungs- und Rationalisierungsinvestition zu unterscheiden, wobei sich diese Zwecke zum Teil auch gegenseitig überlagern. Nach der Art kann zwischen Realinvestition (z. B. in Betriebs- und Geschäftsausstattung), Finanzinvestitionen (z. B. Beteiligungen an anderen Unternehmen) und immateriellen Investitionen (z. B. Software) unterschieden werden.

Jahresüberschuss und Jahresfehlbetrag; Bilanzgewinn (-verlust)

Jahresüberschuss und Jahresfehlbetrag sind Begriffe der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) (§ 275 HGB) sowie der Bilanz (§ 266 HGB) von Kapitalgesellschaften. Der Jahresüberschuss/-fehlbetrag ergibt sich als Differenz zwischen Erträgen und Aufwendungen eines Geschäftsjahres. Ein Jahresüberschuss ergibt sich aus einer positiven Differenz, ein Jahresfehlbetrag aus einer negativen. Bei der Ermittlung des Jahresergebnisses werden Gewinn-/Verlustvortrag, Entnahmen aus bzw. Einstellungen in Rücklagen nicht berücksichtigt.

Zur Ermittlung des Bilanzgewinn (-verlust) wird die Ergebnisverwendung berücksichtigt. In der GuV werden in diesem Fall unterhalb des Jahresüberschuss/-fehlbetrag zusätzlich Ausschüttungen, Entnahmen oder Einstellungen aus bzw. in Rücklagen und der Gewinn- oder Verlustvortrag eingerechnet.

Rechnungsabgrenzungsposten (RAP)

Die RAP dienen der zeitlichen Zuordnung von Einnahmen und Ausgaben und somit der periodengerechten Erfolgsermittlung. Sie beinhalten Geschäftsvorfälle, die im alten Jahr zu Ausgaben bzw. Einnahmen geführt haben, deren Ergebniswirkung jedoch eine bestimmte Zeit nach dem Bilanzstichtag eintritt. Man unterscheidet in den aktiven RAP (auf künftige Jahre zuzurechnender Aufwand) und passiven RAP (auf künftige Jahre zuzurechnende Erträge).

Rückstellungen

Rückstellungen sind nach dem Handelsrecht Verbindlichkeiten, Verluste oder Aufwendungen, die hinsichtlich ihrer Entstehung oder Höhe ungewiss sind. Durch die Bildung der Rückstellungen sollen die später zu leistenden Ausgaben den Perioden zugerechnet werden, in denen sie wirtschaftlich verursacht wurden.

Rückstellungen werden u. a. für Instandhaltungen, Prozesse, Garantieverpflichtungen und Pensionen gebildet. Üblich sind Rückstellungen für weitere Aufwendungen, die dem Geschäftsjahr oder einem früheren Geschäftsjahr zuzuordnen sind. Alle Rückstellungen sind bei Inanspruchnahme oder Wegfall des Grundes aufzulösen.

Sonderposten

Der Sonderposten stellt für das Unternehmen eine unversteuerte Rücklage dar, der erst bei seiner Auflösung das steuerliche Ergebnis wieder erhöht. Die Auflösung des Sonderpostens richtet sich nach den steuerrechtlichen Vorschriften. Ein Sonderposten mit Rücklageanteil darf handelsrechtlich nicht mehr neu gebildet werden.

Im Fall von kommunalen Unternehmen enthält der Sonderposten häufig die für Investitionen in das Anlagevermögen erhaltenen Fördermittel und Zuschüsse. Der Sonderposten wird in diesem Fall analog der Abschreibung über den Nutzungszeitraum des Anlagevermögens ertragswirksam aufgelöst.

Umlaufvermögen

Vermögensgegenstände, die nicht dazu bestimmt sind, dem Geschäftsbetrieb dauerhaft zu dienen. Es enthält die Vermögensgegenstände, die relativ kurzfristig verbraucht bzw. umgesetzt werden, z. B. Vorräte, Forderungen, Bankguthaben, Schecks (Gegensatz: Anlagevermögen).

Verlustvortrag

Einkommens- und körperschaftsteuerrechtlicher Begriff. Verluste, die nicht durch Verlustrücktrag berücksichtigt sind, sind in den dem Verlustentstehungsjahr folgenden Veranlagungszeiträumen vorrangig vor Sonderausgaben vom Gesamtbetrag der Einkünfte abzuziehen. Ein Abzug ist nur zulässig, wenn die Verluste nicht in den vorangegangenen Veranlagungszeiträumen abgezogen wurden. Als Verlustvortrag ins nächste Jahr übertragen wird der nicht verbrauchte Rest des Verlustvortrags. Der zum Ende des Veranlagungszeitraums verbleibende Verlustvortrag ist gesondert festzustellen.

(Quellen: Springer Gabler Verlag (Hrsg.), Gabler Wirtschaftslexikon, 18., aktualisierte und erweiterte Auflage 2014, Springer Fachmedien Wiesbaden; Handelsgesetzbuch)

2.7 ERLÄUTERUNGEN DER BILANZ- UND LEISTUNGSKENNZAHLEN

Umsatzrentabilität

$$\frac{\text{Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag vor Ergebnisabführung} \times 100}{\text{Umsatzerlöse}}$$

Kennzahlen-Aussage

Die Kennzahl zeigt auf, welcher Prozentsatz des Umsatzes nach Abzug aller Kosten, des Finanzergebnisses und Steuern dem Unternehmen als Gewinn zufließt. Die Umsatzrendite ist insbesondere innerhalb der Unternehmung für den Vergleich einzelner Konzerneinheiten eine sinnvolle Größe, um zu beurteilen, welcher Teilbereich welche Rendite erwirtschaften konnte. Somit lassen sich rentable von unrentablen Geschäftseinheiten unterscheiden.

Kennzahlen-Herkunft

Der Gewinn kann aus der Gewinn- und Verlustrechnung entnommen werden, ebenso die Umsatzerlöse.

Eigenkapitalrentabilität

$$\frac{\text{Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag vor Ergebnisabführung} \times 100}{\text{bilanzielles Eigenkapital}} \\ \text{(bereinigt um Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag bzw. Bilanzgewinn/Bilanzverlust*)}$$

Kennzahlen-Aussage

Die Rendite gibt Aufschluss, in welcher Höhe das von den Eigentümern zur Verfügung gestellte Kapital verzinst wurde. Die Eigenkapitalrendite ist bei konstantem Gewinn umso höher, je niedriger das eingesetzte Eigenkapital ist.

Ziel eines Unternehmens muss es sein, eine Rentabilität zu erwirtschaften, die dem Kapitalmarktzins plus einer branchenabhängigen Risikoprämie (in der Regel zwischen 5-10 %) entspricht.

Kennzahlen-Herkunft

Das Jahresergebnis kann aus der Gewinn- und Verlustrechnung und das Eigenkapital aus der Bilanz entnommen werden.

* Wenn die Bilanz unter Berücksichtigung der vollständigen oder teilweisen Verwendung des Jahresergebnisses aufgestellt wurde.

Cash-Flow

Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag vor Ergebnisabführung
+ Abschreibungen auf Anlage- und Umlaufvermögen
+ Abschreibungen auf aktivierte Aufwendungen für Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes
+ Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens
- Zuschreibungen auf Anlagevermögen
- Zuschreibungen auf Wertpapiere des Umlaufvermögens
= Cash-Flow

Kennzahlen-Aussage

Der Cash-Flow ist eine Kennzahl, die angibt, welchen Mittelzufluss ein Unternehmen in einer Periode aus dem Umsatzprozess erwirtschaftet hat und was somit unterjährig für Investitionen, Tilgungszahlungen oder Gewinnausschüttungen zur Verfügung steht (Finanzmittelüberschuss). Er ist ein Maßstab für die Selbstfinanzierungskraft eines Unternehmens und zeigt die finanzielle Flexibilität und finanzielle Unabhängigkeit von außenstehenden Geldgebern an. Ein niedriger Cash-Flow führt zu einer Schwächung des Eigenkapitals, somit zu einem erhöhten Verschuldungsgrad und schließlich zwangsläufig zu einer wachsenden Zinslast. Das Wachstumspotential des Unternehmens wird eingeschränkt.

Kennzahlen-Herkunft

Die für den Cash-Flow relevanten Angaben sind aus der Gewinn- und Verlustrechnung, der Bilanz sowie dem Anlagenspiegel ersichtlich.

Gesamtleistung je Mitarbeiter

Umsatzerlöse
+/- Bestandsveränderungen
+ aktivierte Eigenleistungen
+ sonstige betriebliche Erträge
+ Zuschüsse der Gesellschafter/Betriebskostenzuschüsse

Anzahl der Mitarbeitenden im Jahresdurchschnitt**

Kennzahlen-Aussage

Die Gesamtleistung je Mitarbeitenden gibt den Anteil eines Mitarbeitenden an der Gesamtleistung des Unternehmens in einer bestimmten Periode an.

Kennzahlen-Herkunft

Die Zahlen sind aus der Buchhaltung sowie der Personalwirtschaft ersichtlich.

** nicht zu berücksichtigen sind z. B. Vertretungsorgane, Auszubildende, ruhende Arbeitsverhältnisse; vgl. § 285 Nr. 7 HGB i. V. m. § 267 Abs. 5 HGB

Personalaufwandsquote

Personalaufwand x 100

Umsatzerlöse

+/- Bestandsveränderungen

+ aktivierte Eigenleistungen

+ sonstige betriebliche Erträge

+ Zuschüsse der Gesellschafter/Betriebskostenzuschüsse

Kennzahlen-Aussage

Diese Kennzahl gibt Aufschluss über die Personal- und Arbeitsintensität des Unternehmens. Sie stellt eine wichtige Kennzahl dar, da Personalkosten fixe Kosten sind und problematisch werden, wenn die Erlöse sinken.

Kennzahlen-Herkunft

Neben den Löhnen und Gehältern sind soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung zu berücksichtigen. Ein kalkulatorischer Unternehmerlohn wird dagegen nicht berücksichtigt.

Sachanlagenintensität

Sachanlagen x 100

Bilanzsumme

Kennzahlen-Aussage

Die Sachanlagenintensität beschreibt die Beziehung zwischen Sachanlage- und Gesamtvermögen. Je höher die Anlagenintensität, desto länger ist die zeitliche Bindung finanzieller Mittel und desto höher sind i. d. R. die damit verbundenen Fixkosten. Die Kennzahl gibt Aufschluss über die Anpassungsfähigkeit des Unternehmens an veränderte Marktbedingungen. Bei Betrachtung der Anlagenintensität ist die Branchenzugehörigkeit eines Unternehmens zu berücksichtigen.

Kennzahlen-Herkunft

Die benötigten Informationen erhält man aus der Bilanz.

Eigenkapitalquote

$$\frac{\text{bilanzielles Eigenkapital} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$$

Kennzahlen-Aussage

Diese Kennzahl sagt aus, wie hoch der Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital ist. Sie wird zur Beurteilung der Kapitalkraft des Unternehmens herangezogen. Je höher die Eigenkapitalquote, umso größer ist prinzipiell die Ausgleichsmöglichkeit durch Eigenkapital von eingetretenen Verlusten der Unternehmung.

Kennzahlen-Herkunft

Unter dem Begriff Eigenkapital ist zusammenzufassen: das (gezeichnete) Kapital, Kapital- und Gewinnrücklagen, Gewinnvortrag/Verlustvortrag und Jahresüberschuss/-fehlbetrag (bzw. Bilanzgewinn/-verlust). Alle Angaben sind aus der Bilanz abzulesen.

Fremdkapitalquote

$$\frac{(\text{Bilanzsumme} - \text{bilanzielles Eigenkapital}) \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$$

Kennzahlen-Aussage

Diese Kennzahl gibt Auskunft darüber, wie hoch der Anteil des Fremdkapitals am Gesamtkapital ist. Die Fremdkapitalquote lässt Rückschlüsse auf die finanzielle Stabilität eines Unternehmens zu.

Kennzahlen-Herkunft

Aus der Bilanz kann die Höhe der Bankverbindlichkeiten entnommen werden, ferner alle Verbindlichkeiten, Sonderposten und Rückstellungen.

3.0 EINZELBERICHTERSTATTUNG

Unternehmenszusammenschluss

Ver- und Entsorgung

Verkehr

Wohnungswirtschaft

Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung

Gesundheit, Soziales, Bildung und Sport

Kultur

Anstalten des öffentlichen Rechts

3.1 UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLUSS

Stadtwerke Halle GmbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	30.000		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	30.000	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die kommunalwirtschaftliche Betätigung, insbesondere die Versorgung der Bevölkerung mit Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser, die Abfallbeseitigung einschließlich der Sammlung, Verwertung, Behandlung und Deponierung von Abfällen, der Hafendienst, der öffentliche Personennahverkehr einschließlich des Betriebs von Tiefgaragen und der Parkraumbewirtschaftung, die Erbringung von Telekommunikationsdienstleistungen, sowie die Betätigung im Bäder- und Freizeitbereich. Zum Gegenstand des Unternehmens gehören auch der Erwerb und das Halten von Beteiligungen an kommunalwirtschaftlichen Unternehmen der Stadt Halle (Saale) sowie die Ausübung einer Geschäftsleitungsfunktion gegenüber Beteiligungsgesellschaften.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Als Holdinggesellschaft für die Unternehmen der Stadtwerke Halle-Gruppe, die u. a. in den Bereichen Energieversorgung, Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung, Abfallentsorgung sowie öffentlicher Verkehr tätig sind, ergibt sich deren öffentlicher Zweck aus § 128 Abs. 2 KVG LSA.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Vorsitzender	Lux, Matthias
	Arbeitsdirektor	Walther, René
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Geier, Egbert
	stellv. Vorsitzende	König, Simona
		Blasche, Steffen
		Brandt, Enrico
		Dr. Brock-Harder, Inés
		Dr. Meerheim, Bodo
	Eigendorf, Eric	

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist noch keine Feststellung des Jahresabschlusses 2023 erfolgt.

Aufsichtsrat:

Franke, Frank
Poppe, Susanne
Salz, Roland
Scholtyssek, Andreas
Sehrndt, Martin
Unger, Jens
Wels, Andreas
Winkler, Uwe
Wolter, Tom

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021
	T€	T€	T€
Geschäftsführung	447	446	448
Aufsichtsrat	31	31	30

d) Beteiligungen

unmittelbar

	T€	%
Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	30	100,00
A/V/E GmbH	131	23,90
Bäder Halle GmbH	300	100,00
Cives Dienste GmbH	25	100,00
Container Terminal Halle (Saale) GmbH	25	100,00
Energiedienste GmbH	25	100,00
Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)	52	20,00
EVH GmbH	10.250	100,00
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	31.059	24,30
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	26	100,00
Hallesche Verkehrs-AG	51.200	100,00
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	10.000	100,00
IT-Consult Halle GmbH	250	100,00
Maya mare GmbH & Co. KG	8.426	82,40
RAB Halle GmbH	300	100,00
RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH	310	50,00
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	26	100,00
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	4	15,00
Trianel GmbH	317	1,57
Versorger-Allianz 450 Beteiligungs GmbH & Co. KG		0,34

mittelbar	T€	%
450connect GmbH	1	0,09
ABO Wind UW Uckley GmbH & Co. KG		3,57
ARGE "Elektronisches Personenstandsregister Sachsen-Anhalt (ePR-LSA)"	15	50,00
beka GmbH	2	0,63
EEM Verwaltung GmbH	13	50,00
EGE-B Verwaltung GmbH	25	100,00
EGE-DVV Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG	25	50,00
EGE-DVV Verwaltung GmbH	13	50,00
EGE-PE Verwaltung GmbH	13	50,00
EGE-P Verwaltung GmbH	13	50,00
Energieversorgung Halle Netz GmbH	25	100,00
Erneuerbare Energien Mitteldeutschland GmbH & Co. KG	25	50,00
EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG	500	100,00
EVH Grüne Energie - Projekt 1 GmbH & Co. KG	5	50,00
EVH Grüne Energie - Projekt 2 GmbH & Co. KG	5	50,00
EVH Grüne Energie - Projekt 3 GmbH & Co. KG	5	50,00
EVH Grüne Energie - Projektentwicklung GmbH & Co. KG	13	50,00
EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG	25	50,00
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	300	100,00
Infrastruktur Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG		0,04
Infrastruktur Windkraftwerk Borkum Verwaltungs GmbH	0	0,04
Maya mare GmbH & Co. KG	1.278	12,50
Meter1 GmbH & Co. KG	833	33,33
Meter1 Verwaltung GmbH	8	33,33
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	8	10,59
Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH	25	100,00
Netzleitung Lünen GmbH	0	0,05
Servicegesellschaft Saale mbH	50	100,00
SP 21 GmbH & Co. KG	5	50,00
SP X GmbH & Co. KG	5	50,00
SP XVII GmbH & Co. KG	5	50,00
SP XVIII GmbH & Co. KG	5	50,00
TAP Windpark Bad Arolsen GmbH & Co. KG		4,16
TAP Windpark Treis II GmbH & Co. KG		3,30
TAP Windprojekte GmbH & Co. KG		3,30
TEP Netze GmbH & Co. KG		1,57
TEP Projektverwaltungs GmbH	0	1,57
Trianel Energie B.V.	1	1,57
Trianel Energieprojekte GmbH & Co. KG		1,57
Trianel Energieprojekte Verwaltungs GmbH	0	1,57
Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH	1	4,16
Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG		0,17

mittelbar

	T€	%
Trianel Gaskraftwerk Hamm Verwaltungs GmbH	0	1,57
Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG		0,12
Trianel Gasspeicher Epe Verwaltungs GmbH	0	1,57
Trianel Kohlekraftwerk Lünen GmbH & Co. KG		0,10
Trianel Kohlekraftwerk Lünen Verwaltungs GmbH	0	1,57
Trianel Onshore Nordost Verwaltungs GmbH	5	18,37
Trianel Onshore Windkraftwerk Bendorf-Oersdorf GmbH & Co. KG		18,37
Trianel Onshore Windkraftwerk Bendorf-Oersdorf Verwaltungs GmbH	5	18,37
Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG	1.005	18,37
Trianel Onshore Windkraftwerk Eisleben GmbH & Co. KG		18,37
Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH	5	18,37
Trianel Onshore Windkraftwerk Gerdshagen/Falkenhagen II GmbH & Co. KG		18,37
Trianel Onshore Windkraftwerk GKN GmbH & Co. KG		18,37
Trianel Onshore Windkraftwerk Hünfelden GmbH & Co. KG		18,37
Trianel Onshore Windkraftwerk Rabenau GmbH & Co. KG		18,37
Trianel Onshore Windkraftwerk Wendorfer Berg GmbH & Co. KG		18,37
Trianel Solarpark Grüssow GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Solarpark Lübars GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Solarpark Nauen GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Solarpark Pritzen GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Solarpark Schipkau GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Solarpark Schleich GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Solarpark Südwestpfalz GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Solarpark Theinfeld GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Solarpark Uchtdorf GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Solarpark Zachow GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG		0,04
Trianel Windkraftwerk Borkum II GmbH & Co. KG		0,03
Trianel Windkraftwerk Borkum II Verwaltungs GmbH	0	0,03
Trianel Windkraftwerk Borkum Verwaltungs GmbH	0	1,57
Trianel Windpark Buchenau GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Creußen GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Emmerthal GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Gande GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Gebersreuth GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Görzig GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Grünberg GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Jeckenbach GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Karthaus GmbH & Co. KG		3,30
Trianel Windpark Pfullendorf GmbH & Co. KG		3,30
Trianel Windpark Spreeau GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Treis GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Uckley GmbH & Co. KG		4,16

mittelbar

	T€	%
Trianel Windpark Vogelherd GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Wahlheim GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Wennerstorf II GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Windpark Zellertal GmbH & Co. KG		4,16
Trianel Wind und Solar GmbH & Co. KG		0,03
Trianel Wind und Solar Verwaltungs GmbH	0	0,03
Versorger Allianz 450 Verwaltungsgesellschaft mbH	0	0,34
WER-Wertstoffeffassung und Recycling Halle GmbH	153	60,00
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	26	100,00
Windpark Bendorf-Oersdorf GmbH & Co. Infrastruktur KG		10,21
Windpark Gerdshagen/Falkenhagen GmbH & Co. Infrastruktur KG		13,12
Windpark Wendorfer Berg GmbH & Co. Infrastruktur KG		7,56
WWB Wasserwerk Besitz- und Betriebsgesellschaft mbH	16	62,15

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2023		2022		2021		Veränderungen 2023 zu 2022	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	610.399	76	559.573	74	510.269	78	50.826	9
Umlaufvermögen	189.863	24	193.453	26	141.215	22	-3.590	-2
Rechnungsabgrenzungsposten	1.183	0	1.209	0	1.324	0	-26	-2

Bilanzsumme	801.445	100	754.235	100	652.808	100	47.210	6
--------------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	---------------	----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	292.212	36	284.125	38	271.845	42	8.087	3
Sonderposten für Investitionszulagen	239	0	266	0	293	0	-27	-10
Rückstellungen	23.188	3	19.575	3	27.659	4	3.613	18
Verbindlichkeiten	485.088	61	449.408	59	352.000	54	35.680	8
Rechnungsabgrenzungsposten	718	0	861	0	1.011	0	-143	-17

Bilanzsumme	801.445	100	754.235	100	652.808	100	47.210	6
--------------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	---------------	----------

bb) GuV

	2023	2022	2021
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	9.089	8.859	8.370
sonstige betriebliche Erträge	18.382	24.257	15.232
Personalaufwand	9.494	8.344	8.369
Abschreibungen	1.600	1.638	1.617
sonstige betriebliche Aufwendungen	11.110	10.813	10.946
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	47.754	45.893	49.327
Erträge aus Beteiligungen	854	295	196
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	6.812	5.666	5.241
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	5.840	2.350	1.787
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	32.010	37.185	26.126
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	1.776	122	214
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	14.044	8.666	5.938
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	10.562	8.227	10.556
Ergebnis nach Steuern	8.135	12.325	16.387
sonstige Steuern	47	46	47
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	8.088	12.279	16.340

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2023	2022	2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	88,98	138,61	195,22	%
Eigenkapitalrentabilität:	2,85	4,52	6,40	%
Cash-Flow:	41.698	51.103	44.078	T€
Gesamtleistung ¹⁾ je Mitarbeitenden:	91	143	100	T€
Personalaufwandsquote ¹⁾ :	97,07	56,19	85,09	%

¹⁾ Gesamtleistung ohne Erträge im Rahmen des öffentlichen Dienstleistungsauftrages (bis 2020: Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag)

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	2,34	2,57	3,11	%
Eigenkapitalquote:	36,46	37,67	41,64	%
Fremdkapitalquote:	63,54	62,33	58,36	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

- 1. Grundlagen der Stadtwerke Halle GmbH**
 - 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.2. Ziele und Strategien
 - 1.3. Steuerung
 - 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft
 - 1.5. Veränderungen des Beteiligungsportfolios
- 2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**
 - 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
 - 2.2. Arbeitsmarkt
 - 2.3. Bevölkerungsentwicklung
- 3. Geschäftsverlauf**
 - 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
 - 3.2. Marktbezogene Entwicklung
 - 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
 - 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
- 4. Erklärung zur Unternehmensführung**
- 5. Lage der Gesellschaft**
 - 5.1. Ertragslage
 - 5.2. Finanzlage
 - 5.3. Vermögenslage
 - 5.4. Gesamtaussage zur Lage
- 6. Chancen- und Risikobericht**
 - 6.1. Risikomanagementsystem
- 7. Prognosebericht**
 - 7.1. Ergebniserwartung
 - 7.2. Investitionen
 - 7.3. Finanzierung
 - 7.4. Risiken

Hinweis zu den Zahlenangaben in diesem Lagebericht:

Die Zahlen in den Tabellen dieses Lageberichtes wurden mathematisch exakt berechnet und summiert. Durch Summenbildung bzw. Aufrundungen der Angaben (TEUR bzw. %) können Rundungsdifferenzen entstehen.

1. Grundlagen der Stadtwerke Halle GmbH

1.1. Geschäftsmodell

In der Stadtwerke Halle GmbH (SWH) bündelt die Stadt Halle (Saale) als alleinige Gesellschafterin ihre wirtschaftlichen Aktivitäten in den Bereichen der kommunalen Ver- und Entsorgungswirtschaft, öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) und diverse Serviceleistungen. Mit der Zusammenfassung der vorgenannten Aktivitäten unter dem Dach der Holding wird das Ziel einer einheitlichen Steuerung zueinander affiner Unternehmen und der Nutzung von Größen- und Synergievorteilen verfolgt.

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Mit der vorgenannten Zielsetzung vereinen wir als Muttergesellschaft der SWH-Gruppe in unserem Beteiligungsportfolio unmittelbare und mittelbare Beteiligungen an insgesamt 35 Unternehmen. Die wirtschaftlichen Aktivitäten unserer Beteiligungen erstrecken sich auf die Energie-, Gas-, Wärme- und Wasserversorgung, die Ableitung und Behandlung von Abwässern, die Abfallbeseitigung einschließlich der Sammlung, Verwertung, Behandlung und Deponierung von Abfällen, den öffentlichen Personennahverkehr, den Hafен- und Containerterminalbetrieb, den Betrieb der Bäder der Stadt Halle (Saale) sowie diverse kommunalnahe Dienstleistungen und Services.

Für die Unternehmen der SWH-Gruppe erbringt die Holding zentrale Dienstleistungen in den Bereichen Personalmanagement, Revision, Compliance, interne/externe Kommunikation und Image-Marketing, Beteiligungscontrolling und Steuern, Finanz- und Cash Pool-Management sowie Unternehmensbewertungen und Projektkoordination.

Unsere interne Organisation ist in die Struktureinheiten Recht, Personal, Konzernkommunikation, Konzerncompliance, Konzernrevision, Unternehmensentwicklung, Konzerncontrolling (Konzernrechnungswesen, Beteiligungsmanagement und -controlling, Steuern und Risikomanagement), Konzern-IT sowie Konzern-Finanzmanagement gegliedert.

1.1.2. Geschäftsfelder

Unser Beteiligungsportfolio unterteilt sich in die strategischen Geschäftsfelder „Energie“, „Wasser und Entsorgung“, „Mobilität“ und „Services“ entsprechend nachfolgender Übersicht:

STADTWERKE HALLE GMBH			
ENERGIE	WASSER & ENTSORGUNG	MOBILITÄT	SERVICES
<ul style="list-style-type: none"> ▶ EVH GmbH 100 % SWH • Energieversorgung Halle Netz GmbH 100 % EVH • Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH 100 % EVH • Energiedienste GmbH 100 % SWH • Energie-, Wasser-, Abwasser- gesellschaft Geiseltal mbH (EWAG) 20 % SWH • EGE-B Verwaltung GmbH 100 % EVH EVH Grüne Energie Beteiligung GmbH & Co. KG Kommanditist: 100 % EVH • Meter1 Verwaltung GmbH 33 % EVH Meter1 GmbH & Co. KG Kommanditist: 33% EVH • Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH 100 % EVH • Trianel Onshore Windkraft-werke GmbH & Co.KG Kommanditist 18,8 % EVH • Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co.KG Kommanditist 4,1 % EVH • Trianel GmbH 1,57 % SWH 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (HWS) 100 % SWH • Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau 100 % SWH • RAB Halle GmbH 100 % SWH • TELONON Abwasserbehandlung GmbH 100 % SWH • Wertstofferrfassung und Recycling Halle GmbH 60 % HWS • WWB Wasserwerk Beesen Besitz- und Betriebsgesellschaft mbH 50 % HWS • RES Recycling und Entsorgungs- Service Sangerhausen GmbH 50 % SWH • Fernwasserversorgung Elbaue- Ostharz GmbH (FEO) 24,3 % SWH 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Hallesche Verkehrs-AG (HAVAG) 100 % SWH • Container Terminal Halle (Saale) GmbH (CTHS) 100 % SWH • Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH (MDV) 10,59 % HAVAG • beka GmbH 0,63 % HAVAG 	<ul style="list-style-type: none"> • IT-Consult Halle GmbH 100 % SWH • Bäder Halle GmbH 100 % SWH • W+H Wasser und Haustechnik GmbH 100 % HWS • Cives Dienste GmbH 100 % SWH • FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH 100 % SWH Maya mare GmbH & Co. KG Kommanditist 82,4 % SWH Kommanditist 12,5 % HWS • Servicegesellschaft Saale mbH 100 % HAVAG • A/V/E GmbH 23,9 % SWH • TGZ - Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH 15 % SWH • Versorger-Allianz 450 Beteiligungs GmbH & Co. KG Kommanditist: 0,4 % SWH
Stand 31.12.2023			
▶ Geschäftsfeldführungsgesellschaft • Tochterunternehmen/Beteiligungen			

Abbildung 1: Gruppenstruktur

1.2. Ziele und Strategien

Unsere Ziele sind auf den Ausbau der Ertragskraft, die dauerhafte Sicherung der Finanzierungsfähigkeit für die Investitionen der SWH-Gruppe sowie auf den nachhaltigen Substanzerhalt ausgerichtet. Wir verfolgen diese Ziele mit Strategien zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und zur weiteren Leistungs- und Prozessoptimierung, letzteres bevorzugt durch konzernweite Lösungen und Standards.

Für die SWH-Unternehmen mit direkter oder indirekter Mehrheitsbeteiligung werden diese Strategien durch zentrale funktionsbezogene Strategien (Finanzierungsstrategie, Personalstrategie, Kommunikations- und Imagestrategie, Asset-Managementstrategie und Beteiligungsstrategie) ergänzt und bilden zusammen den verbindlichen Handlungsrahmen für unsere Mehrheitsbeteiligungen. Wir überprüfen die Strategien regelmäßig im Hinblick auf Einhaltung, Wirksamkeit und Verbesserungsnotwendigkeit.

1.3. Steuerung

Wir steuern die SWH-Gruppe im Selbstverständnis einer Management-Holding. Die strategische Führung der Beteiligungsunternehmen erfolgt in den Steuerungsebenen „Ressourcen“, „Prozesse“, „Kunde/Markt“ und „Finanzen“, die im Jahr 2011 im Rahmen des konzernweiten Strategieprojektes „SWH-Kompass 2020“ entwickelt und seitdem weiter detailliert wurden. Die Führungsinstrumente (Mission, Vision, Leitbild, strategische Ziele und Führungsgrundsätze sowie Verhaltenskodex) bilden zusammen mit den zentralen funktionsbezogenen Strategien den Handlungsrahmen, innerhalb dessen die Beteiligungsunternehmen ihre Strategien entwickeln und unter Einbeziehung und Zustimmung der Holding umsetzen.

Die Planung und Steuerung erfolgt auf Basis von Wirtschaftsplänen (Gewinn- und Verlustrechnung, Bilanz, Investitionsplan, Kapitalflussrechnung und Personalplan) für einen Zeitraum von fünf Jahren (ein Wirtschaftsplanjahr und vier Vorschaujahre). Hierbei gliedert sich die Planungs- und Berichtsstruktur entsprechend der Geschäftsfelder in die Bereiche Energie, Wasser und Entsorgung, Mobilität sowie Services.

Hauptindikatoren für die Planung, den Bericht und für die Steuerung der Beteiligungen ist der Netto-Cashflow aus Organschafts- und Beteiligungsverhältnissen (gesamt und je Beteiligung).

Der Netto-Cashflow aus Organschafts- und Beteiligungserträgen ermittelt den Saldo aus Gewinnabführungsforderungen und Verlustausgleichsverpflichtungen, den Beteiligungserträgen und dem Saldo aus Körperschaft-/Gewebesteuer und Kapitalertragsteuer.

Die Steuerung der Finanzierungsfähigkeit der SWH-Gruppe erfolgt durch Verwendung eines eigenentwickelten Rating-Tools, mit dem quantitative Ratings simuliert werden. Mit dem Rating-Tool werden die Auswirkungen der jeweils aktuellen Planung bzw. der Jahresabschlüsse oder einzelner Investitionsvorhaben auf die Bonität der SWH-Gruppe anhand von sechs Finanzkennzahlen und elf Bonitätsklassen abgebildet, um darauf aufbauend Handlungsbedarfe abzuleiten. Die finanzwirtschaftliche Zielstellung für die SWH-Gruppe besteht darin, die bisher erreichte Bonitätsklasse mindestens zu erhalten. Die Steuerung der Finanzierungsfähigkeit ergänzt die auf ertragswirtschaftliche Ziele ausgerichtete Steuerung des Beteiligungsportfolios.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Wesentliche Veränderungen in der Gesellschaft erfolgten im Geschäftsjahr nicht, die Geschäftsorganisation hat sich in personeller, organisatorischer, regulatorischer und wirtschaftlicher Hinsicht weiterhin bewährt.

1.5. Veränderungen des Beteiligungsportfolios

1.5.1. Anteile an der Versorger Allianz 450 GmbH & Co. KG

Im Geschäftsjahr 2021 erwarb die SWH einen Kommanditanteil an der Versorger-Allianz 450 Beteiligungs GmbH & Co. KG (VA450) in Höhe von 0,34 %. Dieser wurde, wie bereits im Vorjahr, im Jahr 2023 um 20 TEUR geringfügig weiter erhöht (Vorjahr: 30 TEUR). Die Bestätigung dieses Anteilswertes erfolgte mit Gesellschaftsvertrag der Versorger Allianz in der Beschlussfassung vom 17. Oktober 2023.

1.5.2. Erwerb der Anteile der Stadt Halle (Saale) an der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH (FEO)

Der der SWH zugeflossene Kaufpreisanteil aus der am 31. Dezember 2022 vollzogenen Rückabwicklung des Anteilskaufvertrags der Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH (FSA) wurde in Abstimmung mit der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) zum Erwerb des FEO-Geschäftsanteils der Stadt Halle (Saale) durch SWH verwendet.

Nachdem Mitte Januar 2023 auch die Gesellschafterversammlung der FEO dieser Übertragung einstimmig zugestimmt hat, lagen alle notwendigen Gremienbeschlüsse vor, die Anteilsübertragung umzusetzen. Der Kaufvertrag wurde am 22. Juni 2023 beurkundet und am 13. Juli 2023 mittels Kaufpreiszahlung vollzogen.

1.5.3. Gründung der Wasserwerk Beesen Besitz- und Beteiligungsgesellschaft mbH (WWB)

Am 23. Februar 2023 gründeten die HWS und die Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH (FEO) die gemeinsame Gesellschaft, WWB Wasserwerk Besitz- und Betriebsgesellschaft mbH durch notarielle Beurkundung des Gesellschaftsvertrages. Die Eintragung der Gesellschaft in das Handelsregister erfolgte im März 2023 unter der Registernummer HRB 32649 beim Amtsgericht Stendal. Die Gewerbeanmeldung erfolgte am 12. April 2023. Die WWB plant die Reaktivierung des Wasserwerks Beesen als Spitzenlastwasserwerk im Rahmen des Versorgungsnetzes der FEO.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die trotz der jüngsten Rückgänge nach wie vor hohen Preise auf allen Wirtschaftsstufen dämpften die Konjunktur Deutschlands in 2023. Ebenso beeinflussten ungünstige Finanzierungsbedingungen durch steigende Zinsen und eine geringere Nachfrage aus dem In- und Ausland die konjunkturelle Entwicklung. Hinzu gekommen sind neue geopolitische Unsicherheiten durch den Krieg im Nahen Osten ab Oktober 2023. Insgesamt konnte sich dadurch die Erholung der deutschen Wirtschaft vom tiefen Einbruch im Corona-Jahr 2020 nicht weiter fortsetzen.

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) Deutschlands sank nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes in 2023 um 0,4 % im Vergleich zum Vorjahr.

2.2. Arbeitsmarkt

Die schwache Konjunktur ist ebenfalls nicht spurlos am Arbeitsmarkt vorübergegangen. Dennoch behauptet sich der Arbeitsmarkt angesichts des Ausmaßes an Belastungen und Unsicherheiten nach wie vor gut. Nach Informationen der Bundesagentur für Arbeit sind Erwerbstätigkeit und Beschäftigung so hoch wie nie zuvor und auch 2023 zählt zu den Jahren mit der niedrigsten Arbeitslosigkeit seit der Wiedervereinigung. Die Arbeitslosenquote stieg in Deutschland gegenüber dem Vorjahr um +0,4 Prozentpunkte auf 5,7 %, in Sachsen-Anhalt auf 7,5 % (Vorjahr 7,1 %).

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum 31. Dezember 2023 einen Einwohnerstand von 244.501 (Vorjahr 244.099) aus. Damit konnte die Stadt zum dritten Mal in Folge einen leichten Zuwachs gegenüber dem Vorjahr verzeichnen.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

3.1.1. Globale Krisenherde

Am 24. Februar 2022 begann mit dem Einmarsch der russischen Truppen auf ukrainisches Staatsgebiet eine folgenschwere Erschütterung der gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Ordnung in Deutschland und der Welt. Die Folgen waren und sind sowohl in politischer als auch wirtschaftlicher Hinsicht enorm, konnten jedoch durch umsichtiges und schnelles Handeln sowohl der Bundesregierung als auch der wirtschaftlichen Akteure begrenzt werden. Aufgrund der Störung von Lieferketten hauptsächlich im Bereich Energie durch die Verminderung bzw. den vollständigen Stopp von Erdgaslieferungen aus Russland im Jahresverlauf 2022 ergaben sich teilweise immense Preissteigerungen auf den Handelsmärkten für Gas, Strom und Wärme, die sich auch im Jahr 2023 erheblich auf das Markt- und Preisgefüge der gesamten Wirtschaft auswirkten.

Darüber hinaus steht zum fünften Mal binnen der vergangenen zwanzig Jahre der Gazastreifen seit dem 7. Oktober 2023 im Zentrum eines weiteren Krieges. Die Auswirkungen reichen weit über die Grenzen Deutschlands hinaus. Die Europäische Union als Ganzes steht vor der Herausforderung, wie sie mit den aus dem Nahostkonflikt resultierenden Flüchtlingsströmen umgeht, ohne dabei ihre eigenen Sicherheitsstandards zu gefährden. Eine erhöhte Terrorwarnstufe z.B. in Ländern wie Österreich ist ein klares Zeichen dafür, dass die Auswirkungen des Konflikts tiefgreifend und weitreichend sind. Weitere Störungen in den Handelsketten durch eine Verschärfung des Konflikts können sich wiederum auf das Markt- und Preisgeschehen auswirken.

3.1.2. Begrenzung der Investitions- und Kostenbudgets der SWH-Gruppe

Im Zuge der Entwicklungen der globalen Krisenherde und der damit einhergehenden Energiepreissteigerungen und Inflationsraten wurden bereits in 2022 konzernweit Maßnahmen zur Begrenzung des Kostenaufwuchses und zur Risikobegrenzung festgelegt. Der Schwerpunkt lag dabei im Geschäftsfeld Energie und in der Sicherung der Liquidität der SWH-Gruppe. Bedingung dafür war die Einhaltung der Planergebnisse durch eine stabile und gesicherte Ertragslage. Investitionen wurden unter weitestgehender Einhaltung des vorgesehenen Budgets bzw. des Finanzierungsrahmens der Wirtschaftsplanung umgesetzt, erforderlichenfalls wurden Leistungskürzungen und/oder Einsparungen vorgenommen und langfristige Handlungsziele zurückgestellt. Im Hinblick auf die Preisgestaltung der SWH Unternehmen wurden die Kalkulationszeiträume soweit möglich verkürzt bzw. die Kalkulationszeitpunkte verschoben, um weitere Erkenntnisse zu gewinnen sowie eine bessere Datengrundlage zu erhalten. Flankiert wurden diese Maßnahmen mit einer zusätzlichen Kreditlinie über 86 Mio. Euro zur Liquiditätssicherung seit dem Jahr 2022. Die Kreditlinie musste bis dato nicht in Anspruch genommen werden. Die beschriebenen Maßnahmen sowie die Kreditlinie bleiben mindestens bis zum zweiten Quartal des Geschäftsjahres 2024 bestehen.

3.1.3. Reformierung des Manteltarifvertrages AVEU und Tarifverhandlungen

Mit dem 1. Januar 2023 wurde der Manteltarifvertrag des AVEU reformiert. Damit traten Änderungen im Bereich der Rufbereitschaft, des Krankengeldzuschusses und der Jubiläumsregelung in Kraft. Zukünftig wird es die Möglichkeit der Umwandlung von Entgeltbestandteilen in Freizeit geben. Neben einer variablen Vergütungskomponente gibt es seit dem 1. Januar 2023 die Möglichkeit der Zahlung einer temporär befristeten Leistungskomponente.

Die Vergütungstarifverhandlungen fanden am 28. September 2023 ihren Abschluss. Die Einigung be-inhaltete u.a. folgende Eckpunkte:

- Anhebung der Tabellenentgelte um 6 % zum 1. September 2023,
- weitere Anhebung der Tabellenentgelt um 4,5 % zum 1. November 2024,
- Anhebung der Ausbildungsvergütungen um einen Sockelbetrag pro Ausbildungsjahr,
- Zahlung einer Inflationsausgleichsprämie in Höhe von mindestens 3.000 Euro bis spätestens 31. Januar 2024.

Die Laufzeit der Tarifeinigung gilt vom 1. September 2023 bis 31. März 2025.

3.1.4. Zulässige Finanzinstrumente und Limite für das Zinsrisiko-Management der SWH-Gruppe: Konzern-Richtlinie „Treasury-Handbuch“

Mit der Konzernrichtlinie K/R-049 „Treasury-Handbuch der Stadtwerke Halle-Gruppe“ besteht ein entsprechendes Instrumentarium, in dem die Ziele, Grundsätze, Aufgabe und Kompetenzen im Rahmen des Treasury-Management für die SWH-Gruppe festgehalten sind.

Mindestens einmal im Quartal erfolgt durch das Zinsrisikokomitee eine Überprüfung der Risikostrategie auf Basis der monatlichen Risikomessung und -analyse sowie einer aktualisierten Markteinschätzung. Die Inhalte der Zinsrisikokomitee-Sitzung werden durch das Konzern-Finanzmanagement in einem Bericht zusammengefasst.

Weiterhin wird monatlich die Einhaltung der von der Geschäftsführung der SWH GmbH vergebenen Limits durch das Konzern-Finanzmanagement geprüft. Bei dessen Überschreitung erfolgt umgehend eine Meldung an die Geschäftsführung der SWH GmbH.

3.1.5. Notenbankfähigkeit der SWH-Gruppe durch die Bundesbank auch für 2023

Der SWH-Gruppe wurde auf Basis des Jahresabschlusses 2022 von der Deutschen Bundesbank am 8. September 2023 erneut die Notenbankfähigkeit zuerkannt. Notenbankfähige Unternehmen werden in ein elektronisches Verzeichnis aufgenommen, das nur von Kreditinstituten einsehbar ist. Die Notenbankfähigkeit wird grundsätzlich für ein Jahr ausgesprochen.

Die SWH-Gruppe hatte im Jahr 2013 ihre Notenbankfähigkeit infolge der Energieerzeugungskrise verloren und seit der Umsetzung des Programms „Exzellenz plus 20“ regelmäßig wiedererlangt.

3.1.6. Modellprojekt Smart City Halle (Saale)

Nach erfolgreicher Beteiligung der Stadt Halle (Saale) an der dritten Staffel des Bundesprogramms „Modellprojekte Smart Cities“ erfolgt innerhalb der Stadtverwaltung die Strategieentwicklung und Bearbeitung der Einzelprojekte. Die Bearbeitung erfolgt dabei in vier Handlungsfeldern: Handlungsfeld Wirtschaft, Handlungsfeld Bildung, Handlungsfeld Mobilität und Handlungsfeld Verwaltung. Zudem wurde im Jahr 2022 eine Arbeitsgruppe und ein Smart City-Beirat mit Vertretern aus Wissenschaft, Politik und Praxis zur fachlichen Begleitung und unabhängigen Beratung des Smart City-Prozesses gebildet. Seitens der SWH GmbH werden die Teilprojekte im Handlungsfeld Mobilität federführend betreut und im Jahr 2023 fortgesetzt.

In der zurückliegenden Strategieweise haben die SWH als Partner der Stadtverwaltung gemeinsam mit weiteren Partnerinnen und Partnern aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und unter Beteiligung der Bevölkerung die Smart-City-Strategie erarbeitet. Anlässlich seiner Sitzung am 28. Juni 2023 hat der Stadtrat dem Smart-City-Halle (Saale)-Strategiepapier zugestimmt, welches inzwischen seitens der Verwaltung beim Fördermittelgeber eingereicht wurde.

Als Partner der Stadt und Innovationstreiber entwickelt die SWH-Gruppe die Handlungsfelder „Mobilität“ und „Bildung“ mit. Die vier Teilprojekte der SWH-Gruppe sind:

1. Wissensvermittlung im Vorüberfahren und –gehen,
2. Besetztgradermittlung im ÖPNV,
3. Datenerfassung und -kommunikation (zur Optimierung der Mobilität sowie weiterer Handlungsfelder in der Stadt Halle),
4. Erweiterung der Auskunftsplattform "Mobile M.app".

3.1.7. Ranking der 100 größten Unternehmen Sachsen-Anhalts

Die Nord-LB erstellt jährlich ein Ranking der größten Unternehmen Sachsen-Anhalts nach Beschäftigten und Umsatz. In der jüngsten Auswertung für das Geschäftsjahr 2022 vom 28. Dezember 2023 belegt die SWH-Gruppe in der Kategorie „Beschäftigte 2022“ den zehnten Platz in Sachsen-Anhalt (Vorjahresplatzierung Platz 9) und in der Kategorie „Umsatz“ den neunten Platz in Sachsen-Anhalt (Vorjahresplatzierung Platz 10).

In Halle (Saale) ist die SWH-Gruppe das größte Unternehmen (910,5 Mio. € Umsatz 2022) und der drittgrößte Arbeitgeber (2.866 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter) nach der Deutschen Post DHL Group und dem Universitätsklinikum Halle.

3.1.8. Unternehmenstransparenz

Im Rahmen der Sicherstellung der Unternehmenstransparenz werden die jährlichen Übersichten zu allen von der Stadtwerke Halle Gruppe abgeschlossenen Werbevereinbarungen sowie Werbepartner und zu allen von der Stadtwerke Halle Gruppe geleisteten Spenden im Internet veröffentlicht.

Ebenso sind alle nebenamtlichen und ehrenamtlichen Tätigkeiten der Geschäftsführungen der Stadtwerke-Unternehmen sowie die Vereinsmitgliedschaften der Unternehmen der SWH-Gruppe auf unserer Homepage einsehbar.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Maßgeblich für die Holding sind die Marktbeziehungen unserer Beteiligungen, die sich nach wie vor einem hohen Erlös- und Kostendruck auf ihren jeweiligen Absatz- und Bezugsmärkten stellen müssen. Zugleich bestehen weiterhin hohe Anforderungen an die Qualität und Beschaffenheit der Produkte und Dienstleistungen.

Darüber hinaus haben die Entwicklungen auf den Rohstoffmärkten eine fortgesetzt hohe Relevanz für die Ergebnispotentiale unserer Beteiligungsunternehmen. Bezugsseitig haben die Preise für Strom, Gas, erneuerbare Energien sowie für CO₂-Zertifikate und Wasserpreise sowie zunehmend steigende Bauleistungspreise den größten Einfluss auf die Kostenentwicklung unserer Beteiligungen, wobei absatzseitig weiterhin Preisspielräume aufgrund der fortgesetzt hohen Wettbewerbsintensitäten sensibel und effizient genutzt wurden.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Die politischen und rechtlichen Entwicklungen des Jahres 2023 waren weiterhin geprägt von den Auswirkungen der globalen Krisenherde wie des Ukrainekrieges und der weltweiten Energiekrise. Gleichzeitig standen der Klimaschutz und die Förderung der erneuerbaren Energien im Fokus, um die Unabhängigkeit der deutschen Wirtschaft von fossilen Brennstoffen zu forcieren und den Wirtschaftsstandort Deutschland zu sichern.

3.3.1. Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz

Das Gesetz soll der Verbesserung der internationalen Menschenrechtslage dienen, indem es Anforderungen an ein verantwortungsvolles Management von Lieferketten festlegt und ist ab 1. Januar 2023 für in Deutschland ansässige Unternehmen und Unternehmen mit einer Zweigniederlassung gemäß § 13 d HGB mit mind. 1.000 Beschäftigten in Deutschland anzuwenden. Ab 1. Januar 2024 sind Unternehmen mit mind. 3.000 Beschäftigten in Deutschland und damit auch die SWH-Gruppe erfasst.

Um die Einhaltung des LkSG zu gewährleisten, wurden im Jahr 2023 mit der Umsetzung einzelner Sorgfaltspflichten begonnen. Hierbei lag der Fokus insbesondere auf:

- der Festlegung einer internen Zuständigkeit (sog. Menschenrechtsbeauftragte nach dem LkSG),
- der Errichtung eines Beschwerdeverfahrens, welches für jedermann öffentlich zugänglich ist,
- der Durchführung einer abstrakten Risikoanalyse in den konzernangehörigen Unternehmen,

- der Erstellung einer Konzernrichtlinie zur Umsetzung des LkSG in der SWH Gruppe, in der Festlegungen zum Anwendungsbereich, zu Verantwortlichkeiten und konkrete Vorgaben zu Prozessen und Maßnahmen für die Einhaltung und Umsetzung der gesetzlichen Regelungen des LSG getroffen werden, sowie
- der Durchführung einer Schulung zum LkSG.

Noch im Dezember 2023 erfolgte die Veröffentlichung der Grundsatzerklärung sowie die Verfahrensordnung zum Beschwerdeverfahren des LkSG auf der Homepage der SWH. Die vollständige Darstellung der Umsetzung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes ist auf der Homepage der SWH dargestellt - <https://swh.de/stadtwerke/unternehmen/compliance/lieferkettensorgfaltspflichtengesetz>.

In 2024 werden die Anforderungen des LkSG weiter umgesetzt, die in der Durchführung einer konkreten Risikoanalyse sowie im Jahr 2025 in der Berichterstattung gegenüber dem Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) bestehen.

3.3.2. Entlastungspaket 2022 für Energiekosten

Die Koalitionsparteien haben am 24. März 2022 ein Maßnahmenbündel beschlossen, mit dem Bürgerinnen und Bürger entlastet werden und Deutschlands Energieversorgung unabhängiger werden soll. Das sogenannte Entlastungspaket enthält neben Einmalzahlungen, steuerlichen Entlastungen, kostengünstigen ÖPNV-Tickets und vorübergehend reduzierten Kraftstoffsteuern auch mehrere Maßnahmen, mit denen im Gebäudebereich die Abhängigkeit von Erdgas reduziert und der Umstieg auf Erneuerbare Energien beschleunigt werden soll.

Als Nachfolgemodell des 9-Euro-Tickets aus dem Jahr 2022 wurde laut Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz vom 2. November 2022 ein digitales, deutschlandweit gültiges „Deutschlandticket“ eingeführt und soll zur Attraktivitätssteigerung des ÖPNV beitragen. Der Verkauf startete am 1. Mai 2023.

3.3.3. Einführung des Deutschland-Tickets

Insbesondere die Einführung des Deutschlandtickets im Jahr 2023 wird den ÖPNV im Nutzungsverhalten der Kunden und beim Thema Tarifentwicklung nachhaltig beeinflussen. Die Tarifanzeige erfolgte zum 31. Dezember 2023 durch den Aufgabenträger bei der Genehmigungsbehörde.

Am 30. November 2023 wurde der Beschluss in der Gesellschafterversammlung des MDV zur Fortführung der Anerkennung und Anwendung des D-Tickets auf Basis der Beschlussfassung der Ministerpräsidentenkonferenz vom 6. November 2023 gefasst. Dieser gilt unter der Maßgabe des vollständigen Ausgleichs nicht gedeckter Ausgaben im Zusammenhang mit dem Deutschlandticket durch Bund und Länder. Weiterhin zeitlich unklar ist die Etablierung eines Einnahmearbeitungsverfahrens zum Deutschlandticket, insbesondere durch die deutschlandweite Nutzungsmöglichkeit im Nahverkehr.

Im Jahr 2023 konnten die Verkehrsunternehmen die Einnahmen durch den Verkauf der Tickets zu 100 % einbehalten, wobei diese wiederum im Rahmen der Antragstellung der Billigkeitsleistungen gegen den originären Verlust anzurechnen waren. Derzeit wird davon ausgegangen, dass sich diese Methode auch in 2024 fortsetzen und die zweite Stufe eines Einnahmearbeitungsverfahrens erst im Jahr 2025 zum Tragen kommen wird. Die Tarife außerhalb des Deutschlandtickets werden sich zum 1. August 2024 um 5 % bis 8 % erhöhen.

3.3.4. Erlass des Ersatzkraftwerkebereithaltungsgesetzes (EKBG)

Der Bundestag und der Bundesrat beschlossen am 8. Juli 2022 im Rahmen des neuen „Gesetzes zur Bereithaltung von Ersatzkraftwerken zur Reduzierung des Gasverbrauchs im Stromsektor im Fall einer drohenden Gasmangellage“ (Ersatzkraftwerkebereithaltungsgesetz) Änderungen des Energiewirtschaftsgesetzes sowie weiterer Gesetze. Für Steinkohle- und Mineralölanlagen sind diese Neuregelungen am 11. Juli 2022 in Kraft getreten, für Braunkohleanlagen der neuen Versorgungsreserve am 30. September 2022.

Ziel des Ersatzkraftwerkebereithaltungsgesetzes ist es, vor dem Hintergrund der aktuellen Gasversorgungssituation kurzfristig Erdgas einzusparen. Zu diesem Zweck soll unter anderem die Stromerzeugung mit dem Energieträger Erdgas soweit wie möglich durch andere Energieträger ersetzt werden. Hierzu werden auch solche Kohlekraftwerke eingesetzt, die derzeit nur bedingt betriebsbereit sind, mittelfristig stillgelegt würden oder sich in einer Reserve befinden.

Diese Neuregelungen galten zeitlich begrenzt bis zum 31. März 2024.

Anfang März 2024 gab das Bundeswirtschaftsministerium bekannt, dass derzeit nicht geplant ist, die seit Sommer 2022 geltende Alarmstufe des Notfallplans Gas zu beenden. Die Bundesregierung schätzt ein, dass die Gasversorgungslage im Vergleich zum Vorkrisenniveau weiterhin angespannt ist.

3.3.5. Abwehrschirm der Bundesregierung für Entlastungen in der Energiekrise

Am 28. Oktober 2022 genehmigte der Bundesrat einen vom Bundestag gebilligten Abwehrschirm der Bundesregierung für die deutsche Wirtschaft und die deutsche Bevölkerung. Außerhalb des normalen Bundeshaushaltes wurde dafür ein sogenanntes Sondervermögen in Höhe von 200 Milliarden Euro aufgelegt. Voraussetzung war eine erneute Ausnahme der Schuldenbremse und die Anpassung des Wirtschaftsstabilisierungsfonds.

Der Bundeskanzler und die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder beschlossen die Umsetzung auf ihrer Konferenz am 2. November 2022 in Berlin. Der Abwehrschirm stützt sich auf drei Entlastungspakete, die z.B. Preisbremsen für Strom, Gas und Fernwärme ab 1. Januar 2023, Härtefallregelungen für Krankenhäuser, Universitätskliniken und Pflegeeinrichtungen und Hilfen für belastete Unternehmen beinhalten. Der Umsatzsteuersatz auf Gas und Fernwärme wurde zum 1. Oktober 2022 von 19 % auf 7 % gesenkt. Diese Senkung der Umsatzsteuersätze war befristet bis zum 31. März 2024.

3.3.6. CSRD Corporate Social Responsibility Directive zur Nachhaltigkeitsberichterstattung in der Europäischen Union

Mit dem europäischen Green Deal soll der Übergang zu einer modernen, ressourceneffizienten und wettbewerbsfähigen Wirtschaft geschaffen werden, die bis 2050 keine Netto-Treibhausgase mehr ausstößt, ihr Wachstum von der Ressourcennutzung abkoppelt und niemanden, weder Mensch noch Region, im Stich lässt. Dazu hat die EU eine Verpflichtung zum Erstellen einer Nachhaltigkeitsberichterstattung erlassen.

Die Europäische Kommission veröffentlichte am 16. Dezember 2022 im Europäischen Amtsblatt die CSRD-Richtlinie RL 2022/2464/EU für die Erweiterung der Berichtspflichten zur Nachhaltigkeit in der Europäischen Union. Die Richtlinie trat am 6. Januar 2023 in Kraft. Sie bedeutet eine umfassende Überarbeitung der CSR-Richtlinie RL 2022/2464/EU der EU, die ab 2017 in die Nichtfinanzielle Berichterstattung in Deutschland mündete. Kernelement der Überarbeitung ist die stufenweise Einführung einer Berichterstattung mit verpflichtender Prüfung nach verbindlichen Standards gemäß den entwickelten European Sustainability Reporting Standards (ESRS).

Im Zusammenhang mit der CSRD-Richtlinie wurde ebenso die Taxonomie-Verordnung der Europäischen Union veröffentlicht, die am 1. Januar 2023 in Kraft getreten ist. Im Rahmen der Taxonomie-VO werden Wirtschaftstätigkeiten der Unternehmen klassifiziert.

Beide Vorschriften, die CSRD-Richtlinie und die Taxonomie-Verordnung werden durch gesetzte Standards und Prüfungspflichten stark miteinander verschränkt. Die Taxonomie-Verordnung gilt durch delegierte Rechtsakte unmittelbar seit 1. Januar 2023 in allen Mitgliedsstaaten. Die CSRD-Richtlinie als europäischer Umsetzungsrahmen ist bis zum 6. Juli 2024 in allen Mitgliedsstaaten in nationales Recht umzusetzen. Ein entsprechender Referentenentwurf wurde am 20. März 2024 durch das Bundesministerium der Justiz veröffentlicht.

Die umfangreichen Berichtspflichten gelten für die SWH und die gesamte SWH-Gruppe ab dem Geschäftsjahr 2025. Deren Umsetzung wird seit März 2023 in einer von der SWH geführten Arbeitsgruppe auf Holdingebene entwickelt. Im Mai 2024 wird die SWH eine Wesentlichkeitsanalyse auf Geschäftsfeldebene und Konzernebene durchgeführt haben und daraus die weiteren Schritte ableiten.

Der erste Nachhaltigkeitsbericht gemäß CSRD-Richtlinie wird als Teil des Konzernlageberichts für die SWH-Gruppe für das Geschäftsjahr 2025 in 2026 aufgestellt.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Ausschlaggebend für den Erfolg der Holding ist der Saldo aus den Erträgen/Aufwendungen aus Organisationsverhältnissen mit unseren Tochterunternehmen.

Direkte Ergebnisabführungs- bzw. Beherrschungsverträge bestehen zur Cives Dienste GmbH, Container Terminal Halle Saale GmbH (CTHS), EVH GmbH, Hallesche Verkehrs AG (HAVAG), Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (HWS), IT-Consult Halle GmbH (ITC), RAB Halle GmbH (RAB), Energiedienste GmbH (SHS) und zur TELONON Abwasserbehandlung GmbH (TELONON).

Der Saldo aus Organisationsverhältnissen erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr geringfügig um 206,2 TEUR bzw. um 0,5 %, liegt allerdings mit 3.041,5 TEUR über unseren Planerwartungen (42.936,1 TEUR).

Saldo aus Organschaftsverhältnissen	2022	2023	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Cives	20,0	39,0	19,0	95,0%
CTHS	-113,1	-1.768,2	-1.655,1	1.462,9%
EVH	32.461,9	31.097,7	-1.364,2	-4,2%
HAVAG	310,4	563,6	253,2	81,6%
HWS	11.791,1	14.024,9	2.233,8	18,9%
ITC	760,3	960,0	199,7	26,3%
RAB	448,3	968,4	520,0	116,0%
SHS	101,0	100,4	-0,6	-0,6%
TELONON	-8,6	-8,2	0,3	-4,0%
Saldo Organschaft	45.771,4	45.977,6	206,2	0,5%

Tabelle 1: Saldo aus Organschaftsverhältnissen

4. Erklärung zur Unternehmensführung

Am 1. Mai 2015 ist das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst durch den Bundestag in Kraft getreten. Änderungen und Ergänzungen brachte das am 12. August 2021 in Kraft getretene Gesetz zur Ergänzung und Änderung der Regelungen für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an Führungspositionen in der Privatwirtschaft. Mit den gesetzlichen Regelungen zur Geschlechterquote und der Festlegung verbindlicher Zielgrößen soll der Anteil von Frauen in Führungspositionen mittelfristig gesteigert werden.

Mit Einführung des Gesetzes wurden alle Unternehmen der Stadtwerke Halle Gruppe auf den Ebenen Geschäftsführung/Vorstand und den beiden oberen Führungsebenen analysiert. Daraufhin wurde eine Zielgröße mit einer Umsetzungsfrist jeweils bis zum 30. Juni 2017 und bis zum 30. Juni 2022 entwickelt.

Ziel ist es, über eine freiwillige Zielvereinbarung, den Vorgaben des Gesetzes "für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst" (FührposGleichberG) gerecht zu werden. Die entwickelten Zielvereinbarungen beziehen sich auf die Ebenen Geschäftsführung/Vorstand und die beiden oberen Führungsebenen auf die Stadtwerke Halle-Gruppe in ihrer Gesamtheit, also auf die Stadtwerke Halle GmbH und ihre unmittelbaren und mittelbaren Tochtergesellschaften, an denen sie mit einem Anteil von mindestens 50 % beteiligt ist.

Als Ziele zur Entwicklung der Frauenquote für einzelne Tochterunternehmen wurden daher Ziele für die Stadtwerke Halle Gruppe entwickelt. Auf der Ebene Geschäftsführung/Vorstand sollten bis Mitte 2017 ca. 22 % in Summe erreicht werden. Bis Mitte 2022 lag die vereinbarte Zielgröße bei 25 %. Auf den beiden Führungsebenen darunter soll der Frauenanteil bei ca. 31 % gehalten werden. Der Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH hat der Zielvereinbarung mit Beschluss vom 18. Dezember 2015 zugestimmt.

Die Zielquotenfestlegung/-umsetzung der Jahre 2017 und 2022 soll nun auch weiter erfolgen. In der 90. (ordentlichen) Aufsichtsratssitzung der Stadtwerke Halle GmbH am 14. September 2023 wurde für die Stichtage 30. Juni 2027 und 30. Juni 2032 auf allen Ebenen ein Frauenanteil von 40 % festgelegt.

Auf Geschäftsführer-Ebene der Stadtwerke Halle GmbH betrug und beträgt die Quote 0 %. Auf der 1. Führungsebene (zwölf Personen) lag der Frauenanteil per 31. Dezember 2023 mit neun Frauen und drei Männern bei konstant 75 %. Auf der 2. Führungsebene lag der Frauenanteil zum 31. Dezember 2023 mit drei Frauen und einem Mann ebenso bei 75 % (2022: 100%). Die Zielquotenfestlegung gilt in ihrer Gesamtheit für die SWH Gruppe und ist für die SWH GmbH erreicht.

Der Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH setzt sich zusammen aus Gesellschaftervertretern sowie Arbeitnehmervertretern. Gesellschaftervertreter werden – bedingt durch die Stellung der Gesellschaft als öffentliches Unternehmen der Stadt Halle (Saale) – von den Fraktionen des Stadtrates vorgeschlagen. Die Arbeitnehmervertreter werden von den Beschäftigten des Unternehmens/Konzerns gewählt. Diesem Prozedere immanent ist, dass eine zentrale Steuerung der Geschlechterverteilung durch die Gesellschafterversammlung nicht möglich ist.

Um jedoch den gesetzlichen Anforderungen gerecht zu werden und eine gleichberechtigte Teilhabe zu garantieren, hat der Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH in seiner Sitzung am 15. Dezember 2022 eine Zielgröße des Frauenanteils von 31,25 %, mithin von fünf Frauen, verbindlich beschlossen. Dieses Ziel stellt unter den vorgenannten Rahmenbedingungen eine realistische Größe dar und ist bis 30. September 2027 zu erreichen.

Der Anteil von Frauen im Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH liegt per 31. Dezember 2023 mit drei Frauen und dreizehn Männern bei 18,8 % (2022: 18,8 %; 2021: 43,8 %). Der Frauenanteil sank mithin im Jahr 2022 durch Neuentsendungen um 25,0 % und blieb im Jahr 2023 konstant bestehen. Dies spiegelt die oben genannten Rahmenbedingungen wider. Dennoch wird zukünftig eine ausgewogene Besetzung des Aufsichtsrates mit Frauen und Männern angestrebt.

5. Lage der Gesellschaft

5.1. Ertragslage

Die SWH GmbH konnte das Geschäftsjahr mit einem Jahresüberschuss von 8.087,5 TEUR abschließen. Dieses Ergebnis liegt mit 1.251,7 TEUR geringfügig über unseren Planerwartungen von 6.835,8 TEUR. Zu diesem Erfolg haben 3.041,5 TEUR Überplanergebnisse aus den Organschaftsverhältnissen beigetragen. Die Beteiligungsergebnisse lagen durch Ausschüttungen der Trianel, A/V/E und RES mit 854 TEUR über Plan. Nicht geplante Steuerermehraufwendungen von 8.904 TEUR konnten signifikant durch eine Reduzierung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 7.748 TEUR aufgefangen werden.

Der handelsrechtliche Erfolgsausweis wird durch die zwischen der Stadt Halle (Saale) und SWH getroffenen Modalitäten zur Finanzierung des ÖPNV der Stadt Halle (Saale) maßgeblich beeinflusst. Für die Analyse und Beurteilung der Ertragslage werden diese Modalitäten deshalb isoliert ausgewiesen:

Erfolgsrechnung SWH (Kurzfassung)	2022	2023	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Umsatzerlöse	8.858,6	9.089,0	230,5	2,6%
Übrige betriebliche Erträge	24.256,7	18.382,0	-5.874,8	-24,2%
Personalaufwand	8.343,5	9.494,1	1.150,6	13,8%
Übrige betriebliche Aufwendungen	47.997,6	43.120,8	-4.876,9	-10,2%
Ergebnis aus Beteiligungen	51.732,7	53.644,2	1.911,5	3,7%
EBITDA	28.506,8	28.500,3	-6,5	0,0%
Erträge ÖPNV	18.266,4	17.690,3	-576,1	-3,2%
Aufwand ÖPNV	37.185,0	32.005,3	-5.179,6	-13,9%
Saldo ÖPNV	-18.918,5	-14.315,0	4.603,5	-24,3%
EBITDA (vor ÖPNV)	47.425,4	42.815,3	-4.610,1	-9,7%
Abschreibungen	1.638,4	1.600,2	-38,2	-2,3%
EBIT	45.786,9	41.215,1	-4.571,8	-10,0%
Zinsergebnis	-6.315,8	-8.203,5	-1.887,7	29,9%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (vor ÖPNV)	39.471,2	33.011,7	-6.459,5	-16,4%
Ertragsteuern	8.227,1	10.562,0	2.334,8	28,4%
Sonstige Steuern	46,2	47,1	0,9	2,0%
Jahresüberschuss (vor ÖPNV)	31.197,8	22.402,5	-8.795,3	-28,2%
Saldo ÖPNV	-18.918,5	-14.315,0	4.603,5	-24,3%
Jahresüberschuss	12.279,3	8.087,5	-4.191,7	-34,1%

Tabelle 2: SWH Erfolgsrechnung

Die Umsatzerlöse lagen mit 9.089,0 TEUR um 230,5 TEUR über dem Vorjahreswert, was auf höhere Erträge aus Weiterberechnungen von Leistungen der zentralen Dienstleistungsbereiche zurückzuführen ist. Hier wurde die Verbesserung der verursachungsorientierten Weiterberechnung von Dienstleistungsentgelten an die Tochterunternehmen weiter vorangetrieben.

Die übrigen betrieblichen Erträge sanken um 5.874,8 TEUR oder -24,2 % gegenüber dem Vorjahr. Dies ist auf einen Sondereffekt aus dem Verkauf der Anteile an der FSA im Jahr 2022 in Höhe von 4.979 TEUR zurückzuführen. Die weitere Verringerung ist darüber hinaus u.a. Folge des öffentlichen Dienstleistungsauftrages zur Durchführung des ÖPNV mit Bussen und Straßenbahnen im Stadtgebiet von Halle (Saale) (öDA). Dessen Finanzierungsmodalitäten sehen vor, dass sämtliche Zuschüsse von der SWH vereinnahmt und anschließend an die HAVAG weitergeleitet werden. Die Mindererträge sind auf den verringerten Ausgleichsbedarf öDA der HAVAG im Rahmen der Finanzierung des ÖPNV zurückzuführen.

Die Stadt Halle (Saale) hat im Jahr 2023 einen Eigenanteil zur ÖPNV-Finanzierung in Höhe von 9.104,3 TEUR aufgebracht (Vorjahr: 55 TEUR). Im Ergebnis beträgt der Anteil der SWH an der ÖPNV-Finanzierung 14.315,0 TEUR.

Der Personalaufwand lag mit 9.494,1 TEUR um 1.150,6 TEUR über dem entsprechenden Vorjahresniveau. Mit dem 1. Januar 2023 wurde der Manteltarifvertrag des AVEU reformiert. Die Kostenerhöhung resultiert im Wesentlichen aus denen in Punkt 3.1.3 beschriebenen Vertragsanpassungen. Darüber hinaus stieg die Anzahl der Beschäftigten um vier Personen. Beides schlägt sich in der Erhöhung der Personalaufwendungen nieder.

Die übrigen betrieblichen Aufwendungen sind insgesamt um 4.876,9 TEUR auf 43.120,8 TEUR gesunken. Auch hierbei waren die Regelungen des öDA bestimmend, während sich die sonstigen Aufwendungen nur geringfügig um 298,0 TEUR änderten.

Übrige betriebliche Aufwendungen	2022	2023	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	37.185,0	32.010,1	-5.174,8	-13,9%
<i>darunter ÖPNV-Zuschuss*</i>	37.185,0	32.005,3	-5.179,6	-13,9%
Sonstiger betrieblicher Aufwand	10.812,7	11.110,6	298,0	2,8%
Gesamt (mit ÖPNV)	47.997,6	43.120,8	-4.876,9	-10,2%

**Der gesamte ÖPNV-Zuschuss wird als verdeckte Einlage geleistet und direkt wieder abgeschrieben*

Tabelle 3: Übriger betrieblicher Aufwand

Das Beteiligungsergebnis und Zinserträge aus Ausleihungen erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 1.911,5 TEUR oder 3,7 % auf 53.644,2 TEUR. Sowohl der Saldo aus Organschaftsverhältnissen als auch die Beteiligungserträge erhöhten sich um gesamt 765,1 TEUR. Die Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens in Folge der von SWH ausgereichten Gesellschafterdarlehen und deren Verzinsung seitens der Tochterunternehmen stiegen infolge eines höheren Zinsniveaus um 1.146,5 TEUR:

Beteiligungsergebnis und Zinserträge aus Ausleihungen	2022	2023	Veränderung	
	Vorjahr	TEUR	TEUR	%
Aufwand aus Verlustübernahme	-121,6	-1.776,4	-1.654,7	>100,0%
Erträge aus Ergebnisabführung	45.893,0	47.754,0	1.860,9	4,1%
Saldo aus Organschaftsverhältnissen	45.771,4	45.977,6	206,2	0,5%
Beteiligungserträge	295,5	854,3	558,9	>100,0%
Erträge aus Wertpapieren/ Ausleihungen des Finanzanlagevermögen	5.665,8	6.812,3	1.146,5	20,2%
Gesamt	51.732,7	53.644,2	1.911,5	3,7%

Tabelle 4: Beteiligungsergebnis und Zinserträge aus Ausleihungen

Das EBITDA verringert sich auf 28.500,3 TEUR geringfügig um -6,5 TEUR gegenüber dem entsprechenden Vorjahreswert. Das um den ÖPNV bereinigte EBITDA in Höhe von 42.815,3 TEUR sank gegenüber dem Vorjahr um 4.428,4 TEUR.

Das bereinigte EBITDA gibt das bereinigte operative Ergebnis der SWH vor Kapitaldienst und anderer Verpflichtungen - insbesondere der Co-Finanzierung des ÖPNV - wieder. Das erhöhte operative Ergebnis des Vorjahres war im Saldo durch den Mehrerlös aus dem Verkauf der Anteile an der FSA verursacht. Im Ergebnis verringert sich damit das bereinigte EBITDA des Jahres 2023 um 4.610,1 TEUR im Vergleich zum Vorjahr.

Die Abschreibungen lagen mit 1.600,2 TEUR um -38,2 TEUR geringfügig unter dem Vorjahresniveau.

Das Zinsergebnis verringerte sich zum Vorjahr um -1.887,7 TEUR auf -8.203,5 TEUR. Dies ist im Wesentlichen auf höhere Zinszahlungen für die EIB-Darlehen sowie für den variabel verzinslichen Teil des Konsortialdarlehens und auf eine erhöhte variable Verzinsung der Cash Pool-Linien im Rahmen der Konzernfinanzierung zurückzuführen. Dagegen stehen Zinserträge aus der Weiterberechnung der Zinsaufwendungen an die Tochterunternehmen, deren Konditionen in den Gesellschafterdarlehen und Cash Pool-Linien festgeschrieben sind sowie höhere Erträge aus Termingeldern.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (vor ÖPNV) verminderte sich um 6.459,5 TEUR und umfasst alle wesentlichen Erträge und Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Beteiligungsportfolio der SWH nach Kapitaldienst.

Die höheren Ertragsteuern sind der Risikovorsorge durch gebuchte Steuerrückstellungen für die Vorjahre sowie den Mehrergebnissen aus den Organschaftsverhältnissen geschuldet. Die steuerliche Betriebsprüfung für die Jahre 2011 bis 2014 konnte im Geschäftsjahr nicht abgeschlossen werden. Hier ist nach Erlass des Betriebsprüfungsberichtes und der entsprechenden Steuerbescheide ein durch SWH angestrebtes Rechtsbehelfsverfahren anhängig. Die festgesetzten Steuernachzahlungen und entsprechenden Wirkungen für die Folgejahre sind aus Risikogesichtspunkten in die Position Ertragsteuern aufgenommen worden. Die Ertragsteuerbelastung erhöht sich damit gesamt um 2.334,8 TEUR im Vergleich zum Vorjahr.

5.2. Finanzlage

5.2.1. Finanzmanagement

Wir haben sowohl für die eigenen, als auch für die Darlehensaufnahmen der verbundenen Unternehmen konzern einheitliche Rahmenbedingungen in einer Finanzierungsrichtlinie geregelt. Seit 1. Juli 2022 ist diese überarbeitet als Konzern-Richtlinie „Treasury-Handbuch“ in Kraft getreten. Inhalt des Treasury-Handbuchs ist die konzernweite Vereinheitlichung von Sicherungsinstrumenten und weiteren Vertragsbedingungen, welche im Rahmen von Kreditgeschäften eingegangen werden dürfen. Seit Ende 2017 erfolgt die Finanzmittelversorgung der Stadtwerke-Unternehmen einheitlich und zentral über die Holding. Die damit im Zusammenhang stehenden Obliegenheiten sind in einem Treasury-Handbuch verbindlich hinterlegt.

In der SWH-Gruppe kommt ein aktives Zinsmanagement zur Anwendung, in dem Zinssicherungsinstrumente ausschließlich zur Begrenzung von Zinsänderungsrisiken eingesetzt werden dürfen. Instrumente der Zinssicherung sind Swaps, Caps und Floors oder diesbezügliche Optionsgeschäfte. Der spekulative Handel mit Finanzderivaten ist grundsätzlich ausgeschlossen. Zum Bilanzstichtag bestehen drei in 2022 geschlossene Zinssicherungsinstrumente zur teilweisen Zinssicherung des variabel verzinslichen Konsortialdarlehens in Höhe von Mio. EUR 120,0. Die aus diesen Grund- sowie Sicherungsgeschäften resultierenden Zahlungsströme gleichen sich über die Laufzeit des Konsortialdarlehens, soweit eine Sicherungsbeziehung besteht, mit hoher Wahrscheinlichkeit aus. Die Bilanzierung erfolgt entsprechend § 254 HGB als Bewertungseinheit unter Anwendung der Einfrierungsmethode.

Nach den Richtlinien für Geldanlagen der Stadtwerke wurden Geldanlagen (auch innerhalb des Cash-Pools) nur bei Banken, die Mitglied im Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken sind, getätigt.

5.2.2. Kapitalstruktur

Im Geschäftsjahr 2023 stieg das Eigenkapital in Höhe des Jahresüberschusses auf 292.212,1 TEUR an. Unter Hinzurechnung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse (238,1 TEUR) verringerte sich die Quote des so berechneten wirtschaftlichen Eigenkapitals von 37,7 % auf 36,5 %.

Der Grund für diese Entwicklung liegt in der zentralen Finanzmittelbeschaffung für die Stadtwerke-Unternehmen im Namen und auf Rechnung der Holding. Die aufgenommenen Finanzverbindlichkeiten werden als Gesellschafterdarlehen weitergereicht und erhöhen im Regelfall sukzessive die Bilanzsumme (Ausleihungen an verbundene Unternehmen sowie Kreditverbindlichkeiten).

Die Finanzverbindlichkeiten betragen insgesamt 348.452,1 TEUR. Die Abnahme um 1.564,0 TEUR (-0,6 %) gegenüber dem Vorjahr resultiert größtenteils aus Umschichtungen und einer geringfügigen Abnahme der Bankdarlehen der Konsortialbanken. Die Tilgungen und Neuaufnahmen halten sich in weiten Teilen die Waage. Diese Bankdarlehen werden über Gesellschafterdarlehen an die Tochterunternehmen weitergeleitet. Diese Ausleihungen an verbundene Unternehmen erhöhten sich im laufenden Geschäftsjahr um 29.099,1 TEUR auf 322.854,3 TEUR. Diese Erhöhung wurde weitestgehend über eine Steigerung der Cash Pool-Verbindlichkeiten an die verbundenen Unternehmen und den Abbau von Bankguthaben in den liquiden Mitteln finanziert. Als Folge verringerten sich per Saldo die Finanzverbindlichkeiten der Holding unter Abzug der Ausleihungen um -30.663,1 TEUR (-54,5 %).

Finanzverbindlichkeiten	2022	2023	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Anleihen	73.341,2	73.341,2	0,0	0,0%
Bankdarlehen	276.674,9	275.110,9	-1.564,0	-0,6%
Gesamt	350.016,2	348.452,1	-1.564,0	-0,4%
dav. Ausleihungen an verb. Unternehmen	293.755,2	322.854,3	29.099,1	9,9%
Finanzverbindlichkeiten Holding	56.261,0	25.597,9	-30.663,1	-54,5%

Tabelle 5: Finanzverbindlichkeiten

Die Finanzverbindlichkeiten umfassen Bankdarlehen in Höhe von 275.110,9 TEUR und Anleihen analog der Vorjahre in Höhe von 73.341,2 TEUR (jeweils inklusive Zinsabgrenzungen).

Nettoverschuldungsgrad	2022	2023	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Finanzverbindlichkeiten*	56.261,0	25.597,9	-30.663,1	-54,5%
Liquide Mittel	52.830,0	9.251,8	-43.578,1	-82,5%
Nettofinanzverbindlichkeiten	3.431,0	16.346,0	12.915,0	>100,0%
EBITDA (vor ÖPNV)	47.243,7	42.815,3	-4.428,4	-9,4%
Net Debt/EBITDA	0,1	0,4		

* ohne Ausleihungen an verbundene Unternehmen

Tabelle 6: Nettoverschuldungsgrad

Die liquiden Mittel (Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Wertpapiere) der Holding (ohne Cash Pool-Salden der einbezogenen Tochter- und Beteiligungsunternehmen) betragen 9.251,8 TEUR. Durch die Abnahme der Finanzverbindlichkeiten aber auch der liquiden Mittel erhöhten sich die Nettofinanzverbindlichkeiten (ohne Berücksichtigung der Ausleihungen an verbundene Unternehmen) auf 16.346,0 TEUR. Der EBITDA (vor ÖPNV) verringerte sich um -4.428,4 TEUR (-9,4 %) auf 42.815,3 TEUR. Der Nettoverschuldungsgrad lag damit bei 0,4.

5.2.3. Investitionen

Im Geschäftsjahr 2023 wurden Investitionen in Höhe von 131.734,2 TEUR getätigt:

Investitionen Spalte 1	2022	2023	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Immaterielle VG	0,0	60,2	60,2	100,0%
Sachanlagen	674,8	969,5	294,6	43,7%
darunter Anlagen im Bau	436,8	523,3	86,6	19,8%
Finanzanlagen	117.471,5	130.704,5	13.233,0	11,3%
dar. Anteilsrwerb	30,0	11.348,2	11.318,2	>100,%
dar. Gesellschafterdarlehen	71.679,1	76.388,4	4.709,3	6,6%
dar. Einlagen in die Kapitalrücklage	8.577,5	10.962,6	2.385,2	27,8%
dar. Einlage HAVAG	37.185,0	32.005,3	-5.179,6	-13,9%
Gesamt	118.146,3	131.734,2	13.587,9	11,5%

Tabelle 7: Investitionen

Der größte Teil der Investitionen entfiel mit 130.704,5 TEUR auf die Finanzanlagen und dort auf die ausgereichten Gesellschafterdarlehen mit 76.388,4 TEUR. Im Wirtschaftsplan 2023 waren 5.419 TEUR für Anschaffungen in die Betriebs- und Geschäftsausstattung vorgesehen. Die relativ geringe Investitionstätigkeit außerhalb der Finanzanlagen im Vergleich zum Plan ist auf die bestehende Begrenzung der Investitionen auf das Mindestmaß infolge des Ukraine-Krieges und der Energiekrise zurückzuführen.

Die Einlagen in die Kapitalrücklage betrafen die EVH (6.546,2 TEUR), die HWS (4.296,4 TEUR) und die RAB (120 TEUR) und dienten jeweils der Stärkung des Eigenkapitals. Der Anteilswerb betraf im Wesentlichen den Kauf der Anteile an der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH (FEO) in Höhe von 11.303 TEUR von der Stadt Halle (Saale) und die Erhöhung der Kommanditanteile an der Versorger Allianz um 20 TEUR.

Daneben erfolgte eine verdeckte Einlage in die HAVAG in Höhe von 32.005,3 TEUR (2022: 37.185,0 TEUR), die im Geschäftsjahr wieder abgeschrieben wurde.

5.2.4. Liquidität

Im Geschäftsjahr minderte sich der Finanzmittelfonds um 20.476,5 TEUR auf 86.538,5 TEUR.

Kapitalflussrechnung	2022	2023	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	-7.646,3	-1.871,3	5.775,0	-75,5%
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-29.609,0	-29.092,2	516,8	-1,7%
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	76.067,5	10.486,6	-65.580,8	-86,2%
Zahlungswirksame Veränderungen	38.812,3	-20.476,9	-59.289,1	>100,0%
Finanzmittelfonds zum 01.01.	68.203,1	107.015,3	38.812,3	56,9%
Finanzmittelfonds zum 31.12.	107.015,3	86.538,5	-20.476,9	-19,1%

Tabelle 8: Kapitalflussrechnung

5.3. Vermögenslage

Bilanz (Kurzfassung)	2022	2023	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Anlagevermögen	559.572,9	610.399,3	50.826,4	9,1%
Immaterielle Vermögensgegenstände	18,4	67,7	49,3	>100,0%
Sachanlagen	19.391,7	18.758,9	-632,8	-3,3%
Finanzanlagen	540.162,9	591.572,8	51.409,9	9,5%
Umlaufvermögen	194.662,0	191.701,8	-2.960,2	-1,5%
Forderungen und sonstige VG	86.131,2	103.678,9	17.547,7	20,4%
Wertpapiere und liquide Mittel	107.321,8	86.840,1	-20.481,6	-19,1%
Rechnungsabgrenzungsposten	1.209,1	1.182,8	-26,3	-2,2%
Bilanzsumme Aktiva	754.234,9	802.101,1	47.866,2	6,3%
Eigenkapital	284.124,6	292.212,1	8.087,5	2,8%
Investitionszuschüsse	265,5	238,1	-27,4	-10,3%
Rückstellungen	19.574,9	23.188,0	3.613,1	18,5%
Verbindlichkeiten	449.408,4	485.744,9	36.336,5	8,1%
Rechnungsabgrenzungsposten	861,5	717,9	-143,6	-16,7%
Bilanzsumme Passiva	754.234,9	802.101,1	47.866,2	6,3%

Tabelle 9: Bilanz

Insbesondere die zentrale Finanzmittelversorgung der Stadtwerke-Unternehmen durch die Holding führte analog der Vorjahre zu einem Anstieg der Finanzanlagen um 51.409,9 TEUR oder 9,5 %.

Die im Vorjahresvergleich leicht erhöhten Ergebnisbeiträge der Tochterunternehmen führten zu einer geringen Erhöhung der Forderungen aus Ergebnisabführungsverträgen. Zusätzlich erhöhten sich die Forderungen an die Tochterunternehmen aus dem Cash-Pooling der SWH-Gruppe. Demgegenüber steht eine Verminderung der Forderungen aus der umsatzsteuerlichen Organschaft, sodass sich die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände insgesamt erhöhten. Bei einer gleichzeitigen Minderung der Stichtagsliquidität (-20.481,6 TEUR) verringerte sich das Umlaufvermögen (inkl. Abgrenzungsposten) insgesamt geringfügig um -2.960,2 TEUR.

Zusammengenommen zeigt die Aktivseite die für eine Holding typische Finanzanlagenintensität mit einem Anteil von 73,8 % an den Aktiva.

Auf der Passivseite stieg das Eigenkapital in Höhe des Jahresüberschusses auf 292.212,1 TEUR an (2,8 %). Die Gewinnthesaurierung konnte mit dem Zuwachs des überwiegend fremdfinanzierten Anlagevermögens (aus der Ausreichung von Gesellschafterdarlehen und Leistung von Kapitaleinlagen) in absoluten Beträgen nicht schritthalten. Durch den höheren prozentualen Anstieg des Anlagevermögens gegenüber dem Eigenkapital sank der Anlagendeckungsgrad leicht auf 47,9 %.

Anlagendeckungsgrad	2022	2023	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
wirtschaftliches Eigenkapital*	284.390,1	292.450,3	8.060,1	2,8%
Anlagevermögen	559.572,9	610.399,3	50.826,4	9,1%
Deckungsgrad	50,8	47,9	-2,9	-5,7%

*Unter Einbeziehung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse

Tabelle 10: Anlagendeckungsgrad

Die Rückstellungen erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um 3.613,1 TEUR. Hier sind Steuerrückstellungen für das laufende Geschäftsjahr berücksichtigt und ein im Vergleich zum Vorjahr weitaus höherer Anteil an Steuernachzahlungen für die Vorjahre aus den Ergebnissen der Betriebsprüfung der Jahre 2011 bis 2014.

5.4. Gesamtaussage zur Lage

Das Geschäftsjahr schloss mit einem Überschuss von 8.087,5 TEUR. Dieses Ergebnis ist in seiner Kontinuität analog der vergangenen Geschäftsjahre ein weiterer Beleg für die Leistungsfähigkeit der SWH GmbH und der SWH-Gruppe. Trotz der krisenhaften Entwicklungen und der schwierigen gesamtwirtschaftlichen Lage ist es gelungen, weiterhin ein positives, überplanmäßiges Ergebnis zu erreichen.

Mit der Fortführung der im Vorjahr umgesetzten Finanzierungsstruktur sind die Investitionsvorhaben der SWH-Gruppe für die nächsten Jahre gesichert. Die vertraglichen Regelungen erlauben einen ausreichenden Spielraum für mögliche, darüber hinaus gehende Investitionen.

In Folge dessen sind wir mit dem erreichten Ergebnis, der erreichten finanziellen und bilanziellen Absicherung insgesamt zufrieden und sehen uns für die kommenden Jahre und die kommenden Herausforderungen gut aufgestellt.

6. Chancen- und Risikobericht

6.1. Risikomanagementsystem

6.1.1. Übersicht zum Risikomanagementsystem

In der Stadtwerke Halle - Gruppe findet ein konzerneinheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Dieses gruppenweite, bereichsübergreifende System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

6.1.2. Zielstellung des Risikomanagement- und -frühwarnsystems

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

6.1.3. Risikomanagementprozess und -organisation

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

6.1.4. Gesamtbild

Für das Geschäftsjahr 2024 wurden per Stand 31. Dezember 2023 von den Unternehmen der Stadtwerke Halle Gruppe insgesamt 237 Einzelrisiken identifiziert. Hiervon lagen insgesamt vier Einzelrisiken (Vorjahr: sechs) über dem Schwellenwert und wurden als Risiken in das Konzernrisikomanagement aufgenommen. Hierbei fanden Risiken mit einer sehr geringen Eintrittswahrscheinlichkeit < 5 % keine Berücksichtigung.

Die konzernrelevanten Risiken verteilen sich auf die nachfolgend dargestellten Risikokategorien und Risikogruppen:

Risikokategorie	Anzahl	davon Risikogruppe:	
		1	2
Allgemeine Geschäftsrisiken	17	0	0
Finanzrisiken	26	1	0
Führung/ Organisation	26	0	0
Marktrisiken	89	0	1
Rechtliche Risiken	45	1	0
Technische Risiken	34	0	1
Gesamt	237	2	2

Tabelle 11: Risikogruppen

Die Risiken der Gruppe 1 umfassen wie im Vorjahr steuerliche Risiken aus laufender Betriebsprüfung im Organkreis der SWH Holding. Darüber hinaus werden sich die Ausgleichsbedarfe für die Finanzierung des ÖPNV durch steigende laufende Kosten und erhöhte Tarifentgelte weiter erhöhen. Diesem Kostendruck zu begegnen, wird eine Hauptaufgabe darstellen, da sich die verwendeten Jahresergebnisse der Tochterunternehmen infolge der zukünftigen Herausforderungen perspektivisch nicht in gleichem Maß entwickeln werden.

In der Gruppe 2 bestehen zwei Risiken im Geschäftsfeld Energie. Im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine ist das Risiko Gasversorgungsunterbrechung deutlich gestiegen. Um diesem Risiko zu begegnen, ist eine weitere Diversifikation notwendig. Hierbei handelt es sich jedoch um eine nationale bzw. gesamteuropäische Herausforderung, die nur langfristig bewältigt werden kann. Nach der Einschätzung der Bundesnetzagentur ist die Gasversorgung in Deutschland im Moment stabil und die Versorgungssicherheit ist bei einem normalen Witterungsverlauf gewährleistet. Nichtsdestotrotz hat sich die EVH mit einem Gasmangel-Szenario auseinandergesetzt und entsprechende Maßnahmen abgeleitet.

Der derzeit zunehmende Wettbewerbsdruck auf Energieversorgungsunternehmen, aufgrund der wachsenden Anzahl an Marktteilnehmern mit einer Niedrigpreisstrategie, hat auch Auswirkungen auf die EVH und aufgrund der Ergebnisabführung somit auch auf die SWH. Infolgedessen erhöht sich das Risiko einer signifikanten Abwanderung von Endkunden zu Konkurrenzunternehmen.

Für diese aus Konzernsicht existierenden Risiken können sich im Fall ihres Eintritts unterschiedliche Auswirkungen auf die SWH ergeben.

7. Prognosebericht

Im Zuge der Entwicklung der globalen Krisenherde und der damit einhergehenden Energiepreissteigerungen und Inflationsraten seit dem Jahr 2022 erwarten wir vergleichbare Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeiten der Unternehmen der Stadtwerke-Gruppe wie in den vier vergangenen Geschäftsjahren. Im Bereich der Bäder waren beispielsweise immer noch Einnahmeausfälle zu verzeichnen. In diesem Bereich bleibt es das Ziel, die Besucherzahlen wieder zu stabilisieren und auf das Vor-Krisen-Niveau 2019 zu heben.

Durch die Einführung des Deutschland-Tickets im Jahr 2023 konnten die Fahrgastzahlen im ÖPNV wieder erhöht werden. Zielsetzung ist weiterhin, die Anzahl der beförderten Fahrgäste ebenso auf das Vor-Krisen-Niveau 2019 anzuheben. Die Einnahmeausfälle in den Umsatzerlösen aus Ticketverkäufen konnten im Rahmen der Billigkeitsleistungen für das Deutschland-Ticket kompensiert werden. Derzeit wird davon ausgegangen, dass diese Methodik der Abrechnung auch in 2024 fortgesetzt und die zweite Stufe eines Einnahmeaufteilungsverfahrens erst im Jahr 2025 zum Tragen kommen wird. Die Tarife außerhalb des Deutschlandtickets werden sich zum 1. August 2024 um 5 % bis 8 % erhöhen.

In den Unternehmen der Ver- und Entsorgung können Einnahmeausfälle infolge von Insolvenzen und konjunkturell bedingten Absatzzrückgängen eintreten. Aufgrund der globalen Krisenherde sind weiterhin Verwerfungen, aktuell insbesondere Preissteigerungen an den internationalen Beschaffungsmärkten, zu beobachten. Die hieraus resultierenden kurz-, mittel- und langfristigen Folgen lassen sich nach wie vor nicht konkret einschätzen.

Die Energie- und Rohstoffmärkte sind weiterhin von einem hohen Preisniveau geprägt, die sich in Verbraucherpreisen auf noch hohem Niveau auf allen Märkten zeigen. Aufgrund der Nachfragesteigerung durch die sich erholende Weltwirtschaft sowie der verschärften geopolitischen Lage ist die Prognose der zukünftigen Entwicklung der Energie- und Rohstoffmärkte immer noch schwierig.

Am 23. Juni 2022 hat die Bundesregierung die Alarmstufe des Gasnotfallplanes ausgerufen und hält sie bis heute aufrecht.

Das Szenario einer Gasmangellage hätte gravierende Auswirkungen auf die deutsche Energiewirtschaft. Zwar ist auf den Energiemärkten im Verlauf des Jahres 2023 eine Beruhigung eingetreten, jedoch sind im geopolitischen Umfeld neue volatile Marktphasen und weitere Höchstpreise nicht gänzlich ausschließbar.

Um die Energiewende in Deutschland voranzutreiben, sind weiterhin politische Maßnahmen, wie das Gebäudeenergie- und Wärmeplanungsgesetz, für das Geschäftsjahr 2024 geplant. Um die Dekarbonisierung des Gebäudesektors vorantreiben, müssen alle deutschen Haushalte, die derzeit mit Erdgas oder Öl heizen, bis zum Jahr 2045 auf erneuerbare Energieträger umgestellt werden.

In Folge der beschriebenen Lage können Auswirkungen für die SWH in Form von zu leistenden Zuschüssen und/oder Verlustausgleichsverpflichtungen bzw. verminderten Ergebnisabführungen der Tochterunternehmen folgen.

Die Geschäftsführung geht auch mit den veränderten Rahmenbedingungen sowie den dargestellten Risiken und Auswirkungen davon aus, dass die Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit fähig ist. Es bestehen aktuell keine bestandsgefährdenden, berichtspflichtigen Risiken.

7.1. Ergebniserwartung

Wir gingen in unseren Planungen für das Geschäftsjahr 2023 von einem Jahresüberschuss von 6.836 TEUR aus. Für das Geschäftsjahr 2024 rechnen wir mit einem Jahresüberschuss von etwa 7.172 TEUR nach Steuern. Die Planwerte für das Jahr 2024 basieren auf den in der zweiten Jahreshälfte 2023 erstellten Wirtschaftsplänen.

Unsere Erwartungen stützen sich auf die nachfolgenden Ergebnisbeiträge der Organgesellschaften:

Plansaldo aus Organschaftsverhältnissen	IST 2023	PLAN 2024	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Cives GmbH	39	7	-32	-83,3%
CTHS GmbH	-1.768	-724	1.044	-59,1%
EVH GmbH	31.098	31.451	353	1,1%
HAVAG	564	271	-293	-51,9%
HWS GmbH	14.025	9.431	-4.594	-32,8%
ITC GmbH	960	1.056	96	10,0%
RAB GmbH	968	335	-633	-65,4%
SHS GmbH	100	90	-11	-10,9%
TELONON GmbH	-8	-9	-1	10,3%
Saldo Organschaft	45.978	41.907	-4.071	-8,9%

Tabelle 12: Plansaldo aus Organschaftsverhältnissen

7.2. Investitionen

In der Planung für das Jahr 2024 sind Investitionen für die Akquisition fakultativer Beteiligungen von 200 TEUR und Einlagen in die Kapitalrücklage der HWS (2.152 TEUR) und der EVH (6.357 TEUR) vorgesehen. Zudem sollen in Höhe von 4.499 TEUR Investitionen in die Geschäftsausstattung getätigt werden.

Investitionsplan	IST 2023	PLAN 2024	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.030	4.499	3.469	>100,0%
Anteile an verbundenen Unternehmen	10.963	8.509	-2.454	-22,4%
Beteiligungen	11.348	200	-11.148	-98,2%
Gesamt	23.340	13.208	-10.132	-43,4%

Tabelle 13: Planinvestitionen

Daneben ist als verdeckte Einlage in die HAVAG zur Finanzierung des ÖPNV ein Betrag von 46.635 TEUR geplant. Inflations- und tarifbedingt ist für das Geschäftsjahr 2024 und Folgejahre mit steigenden Aufwendungen für den öffentlichen Nahverkehr zu rechnen. Diese Kosten werden von der SWH und der Stadt Halle (Saale) als hoheitliche Aufgabenträgerin gemeinsam getragen, so dass auch der städtische Ausgleichsanteil weiter steigen wird.

7.3. Finanzierung

Auf der Grundlage der Finanzbedarfe der Tochterunternehmen sowie der Prämisse zur Aufrechterhaltung einer kurzfristigen Liquidität von ca. 20.000 TEUR zum Ende des Geschäftsjahres leiten sich die Darlehensaufnahmen im Rahmen der Konzernfinanzierung ab. Entsprechend steigen die Bankdarlehen bis 2028 auf 366.148 TEUR.

7.4. Risiken

Für das Jahr 2024 werden keine bestandsgefährdenden Risiken erwartet.

Die Bundesregierung unterstützte die deutsche Wirtschaft in den vergangenen Monaten mit umfangreichen Maßnahmenpaketen, um die Auswirkungen der Ukraine- und Energiekrise abzufedern und Insolvenzen zu verhindern. Offen wird bleiben, wie die Herausforderungen für die deutsche Wirtschaft im weiteren Verlauf gemeistert werden können.

Es wird erwartet, dass die Preise und Inflationsraten bis mindestens zum ersten Halbjahr 2024 auf einem hohen Niveau verbleiben. Die schrittweise Anhebung des Zinsniveaus durch die Europäische Zentralbank im Geschäftsjahr 2023 hat bereits Wirkung gezeigt, die Inflationsraten von bis zu ca. 8 % in 2022 konnten gesenkt werden. Zum Statistik-Zeitraum März 2024 lag der Verbraucherpreisindex wieder auf einem Normalmaß von 2,2 %, eine wiederholte Erhöhung ist jedoch nicht auszuschließen. Die im Vorjahr erwartete konjunkturelle Abschwächung trat teilweise ein. Für das Jahr 2024 wird jedoch ein leichter Anstieg prognostiziert, durch den erhöhten Innovationsdruck auf die Wirtschaft infolge der Energiekrise wäre sogar eine Verbesserung der Konjunktur und der wirtschaftlichen Aussichten denkbar.

Der Wandel der letzten Jahre am Arbeitsmarkt und die daraus entstehenden neuen Herausforderungen erfordern neue Rekrutierungswege, die wir konsequent umsetzen. Neue Wege bei Innovationen und in der Digitalisierung können - konsequent angewandt - wirksame Hebel sein.

Dieser Lagebericht enthält in die Zukunft gerichtete Aussagen zur Entwicklung der SWH. Diese Aussagen sind ausschließlich Erwartungen, die auf heutigen Annahmen und Einschätzungen beruhen. Auch wenn die Geschäftsführung der SWH davon überzeugt ist, dass die getroffenen Annahmen und Planungen zutreffend sind, können die tatsächliche Entwicklung und die tatsächlichen Ergebnisse in der Zukunft aufgrund einer Vielzahl von internen und externen Einflussfaktoren hiervon abweichen.

3.2 VER- UND ENTSORGUNG

Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Sitz der Gesellschaft: Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)	Postanschrift: Berliner Straße 100 06258 Schkopau OT Döllnitz
Rechtsform:	GmbH	
Stammkapital in T€:	30	
Gesellschafter:		T€ %
	Stadtwerke Halle GmbH	<hr style="width: 100%; border: 0.5px solid black;"/> 30 100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Stilllegung und Nachsorge einer subaquatischen Deponie mit dem Ziel einer nachhaltigen umweltverträglichen Sicherung des Standortes sowie die Ansiedlung von Unternehmen und die Vermarktung von Flächen im Rahmen der Entwicklung eines Abfallwirtschaftszentrums sowie sämtliche damit in Zusammenhang stehende Tätigkeiten.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Abfallentsorgung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Friedrich, Daniel

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2023		2022		2021		Veränderungen 2023 zu 2022	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	31.548	56	31.549	53	7.384	13	-1	0
Umlaufvermögen	24.627	44	27.462	47	50.585	87	-2.835	-10
Rechnungsabgrenzungsposten	11	0	10	0	8	0	1	10

Bilanzsumme	56.186	100	59.021	100	57.977	100	-2.835	-5
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	6.997	12	5.367	9	4.618	8	1.630	30
Rückstellungen	48.684	87	53.041	90	52.879	91	-4.357	-8
Verbindlichkeiten	505	1	613	1	478	1	-108	-18
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0	2	0	0	0

Bilanzsumme	56.186	100	59.021	100	57.977	100	-2.835	-5
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	-----------

bb) GuV

	2023	2022	2021
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	5.034	6.697	6.115
sonstige betriebliche Erträge	3.579	2.679	2.658
Materialaufwand	1.068	1.298	1.043
Personalaufwand	2.213	2.060	2.110
Abschreibungen	2	3	3
sonstige betriebliche Aufwendungen	5.165	6.647	5.276
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	149	140	140
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.578	673	684
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	19	235
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	28	152	27
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	219	-753	145
Ergebnis nach Steuern	1.645	763	758
sonstige Steuern	15	15	15
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.630	748	743

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2023	2022	2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	32,39	11,18	12,14	%
Eigenkapitalrentabilität:	30,38	16,21	19,16	%
Cash-Flow:	1.632	770	974	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	261	284	266	T€
Personalaufwandsquote:	25,70	21,97	24,05	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	2,54	2,42	2,47	%
Eigenkapitalquote:	12,45	9,09	7,97	%
Fremdkapitalquote:	87,55	90,91	92,03	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Abfallmenge	580.287	451.539	484.510	Mg
Durchschnittserlöse	4,67	6,29	7,26	EUR/Mg
Verstromung Deponiegas	8.784.217	9.572.344	11.634.020	KWh

f) Lagebericht

1. Grundlagen der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau

- 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
- 1.2. Ziele und Strategien
- 1.3. Steuerung
- 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

- 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
- 2.2. Arbeitsmarkt
- 2.3. Bevölkerungsentwicklung
- 2.4. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
- 2.5. Marktbezogene Entwicklung
- 2.6. Politische und rechtliche Entwicklung
- 2.7. Wesentliche Erfolgsfaktoren
- 2.8. Forschung und Entwicklung
- 2.9. Personal und Personalentwicklung

3. Lage der Gesellschaft

- 3.1. Ertragslage
- 3.2. Finanzlage
 - 3.2.1. Kapitalstruktur
 - 3.2.2. Investitionen
 - 3.2.3. Liquidität
- 3.3. Vermögenslage
- 3.4. Gesamtaussage

4. Chancen- und Risikobericht

- 4.1. Risikomanagementsystem
- 4.2. Chancen und Risiken
- 4.3. Gesamtbild

5. Prognosebericht

- 5.1. Umsatzentwicklung
- 5.2. Investitionen
- 5.3. Finanzierung
- 5.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die Geschäftstätigkeit der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau umfasst die Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge der Deponie Halle-Lochau mit dem Ziel einer nachhaltigen umweltverträglichen Sicherung des Standortes sowie die Ansiedlung von Unternehmen und die Vermarktung von Flächen im Rahmen der Entwicklung eines Abfallwirtschaftszentrums sowie sämtliche damit in Zusammenhang stehende Tätigkeiten.

Die Gesellschaft ist ein 100%iges Tochterunternehmen der Stadtwerke Halle GmbH und wird in deren Konzernabschluss einbezogen. Eigene Beteiligungen hält die AWH nicht.

1.1.2. Geschäftsfelder

Der Geschäftsbetrieb der AWH ist hauptsächlich auf die Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge der Deponie Halle-Lochau ausgerichtet. Darüber hinaus erfolgen noch Aktivitäten in der sonstigen Geschäftstätigkeit, welche die Vermietung/Verpachtung von Ansiedlungsflächen sowie Infrastrukturdienstleistungen für bereits am Standort Halle-Lochau befindliche Unternehmen betreffen. Außerdem gehört der Betrieb einer Boden- und Bauschuttbörse zur sonstigen Geschäftstätigkeit des Unternehmens. Mit der Verstromung von Deponiegas wurden Leistungen im Sinne des § 6b Abs. 1 EnWG erbracht. Daher ist die Gesellschaft gemäß § 6b Abs. 3 EnWG zur Führung von getrennten Konten für diese Leistungen verpflichtet.

1.2. Ziele und Strategien

Das Hauptziel der AWH ist die konsequente Durchführung einer umweltgerechten, nachhaltigen und kostenoptimierten Sicherung des Standortes Halle-Lochau mit dem Ziel, zum Abschluss der Nachsorge aus der abfallrechtlichen und finanziellen Verantwortung für den Standort entlassen zu werden. Ein weiteres Ziel ist gemäß dem Gesellschaftszweck die Entwicklung eines Abfallwirtschaftszentrums am Standort Halle-Lochau.

Aufgrund der Komplexität und der Alleinstellungsmerkmale des Stilllegungsprozesses unterliegt die AWH seit Beginn der Stilllegung zum 1. Juni 2005 unterschiedlichsten Herausforderungen, die sich sowohl aus den rechtlichen als auch aus den betrieblichen Rahmenbedingungen ergeben. Diese Herausforderungen wurden bis dato in intensiver Zusammenarbeit mit der Gesellschafterin und dem Landesverwaltungsamt Halle als zuständige Überwachungsbehörde angegangen und überwiegend positiv gestaltet.

1.3. Steuerung

Die interne Organisation der AWH gliedert sich außer der Geschäftsführung in die drei Abteilungen Umwelt- und Sicherheitscontrolling (USiCo), Technik und Kaufmann auf.

Zur Steuerung der AWH wurde mit Beginn der Stilllegungsphase zum 1. Juni 2005 eine Profit Center-Rechnung in die kaufmännische Abrechnung integriert, mit deren Hilfe eine exakte Trennung zwischen den beiden Geschäftsfeldern ermöglicht wird. Die sich hieraus ergebenden Steuerungsgrößen sind neben dem Jahresüberschuss, das Betriebsergebnis zur Beurteilung der Wirtschaftlichkeit der sonstigen Geschäftstätigkeit und der jährliche Verbrauch der während der Ablagerungsphase der Deponie bis Mai 2005 gebildeten Rückstellung für Aufwendungen zur Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge. Der jeweilige verbleibende Umfang dieser Rückstellung gibt dabei Hinweise auf die Entwicklung des zu realisierenden Rekultivierungsvorhabens sowie auf dessen zukünftige Finanzierbarkeit.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Die bereits zum 1. Juli 2013 vollzogene Änderung der Organisationsstrukturen aufgrund personeller Veränderungen hat sich bis dato bewährt und wurde im Geschäftsjahr operativ weiter optimiert. Weitere wesentliche Veränderungen gab es im Geschäftsjahr nicht.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die trotz der jüngsten Rückgänge nach wie vor hohen Preise auf allen Wirtschaftsstufen dämpften die Konjunktur Deutschlands in 2023. Ebenso beeinflussten ungünstige Finanzierungsbedingungen durch steigende Zinsen und eine geringere Nachfrage aus dem In- und Ausland die konjunkturelle Entwicklung. Hinzu gekommen sind neue geopolitische Unsicherheiten durch den Krieg im Nahen Osten ab Oktober 2023. Insgesamt konnte sich dadurch die Erholung der deutschen Wirtschaft vom tiefen Einbruch im Corona-Jahr 2020 nicht weiter fortsetzen.

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) Deutschlands sank nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes in 2023 um 0,3 % im Vergleich zum Vorjahr. In Sachsen-Anhalt betrug der Rückgang im ersten Halbjahr 2023 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr 3,2 % und fiel damit deutlich stärker der Durchschnitt aller Bundesländer aus (deutschlandweit -0,3 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Die schwache Konjunktur ist ebenfalls nicht spurlos am Arbeitsmarkt vorübergegangen. Dennoch behauptet sich der Arbeitsmarkt angesichts des Ausmaßes an Belastungen und Unsicherheiten nach wie vor gut. Nach Informationen der Bundesagentur für Arbeit sind Erwerbstätigkeit und Beschäftigung so hoch wie nie zuvor und auch 2023 zählt zu den Jahren mit der niedrigsten Arbeitslosigkeit seit der Wiedervereinigung. Die Arbeitslosenquote stieg in Deutschland gegenüber dem Vorjahr um +0,4 Prozentpunkte auf 5,7 %, in Sachsen-Anhalt auf 7,5 % (Vorjahr 7,1 %).

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum 31. Dezember 2023 einen Einwohnerstand von 244.501 (Vorjahr 244.099) aus. Damit konnte die Stadt zum dritten Mal in Folge einen leichten Zuwachs gegenüber dem Vorjahr verzeichnen.

2.4. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Nach einer externen Überwachungsbegutachtung „Entsorgungsfachbetrieb“ im März 2023 wurde der AWH das Zertifikat für abfallwirtschaftliche Tätigkeit zur Verwertung von Abfällen im Deponiestilllegungsbetrieb sowie für die Behandlung von Boden- und Bauschuttabfällen auf der Boden- und Bauschuttbörse von der Entsorgungsgemeinschaft EdDE erneut bestätigt. Dabei erfolgte die externe Begutachtung nach den Anforderungen der Entsorgungsfachbetriebsverordnung in der Fassung von 2017. Im September 2023 wurde durch ZER-QMS das turnusmäßige alle drei Jahre erforderliche Wiederholungsaudit nach DIN EN ISO 9001:2015 durchgeführt. Das Audit umfasst den Deponiestilllegungsbetrieb einschließlich der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten für die Stilllegung sowie den Betrieb der Boden- und Bauschuttbörse. Im Ergebnis des erfolgreichen Audits wurde der AWH das neue QM-Zertifikat ausgestellt, welches bis zum Oktober 2026 gilt. Für den nach DIN ISO/IEC 17025:2018 akkreditierten Tätigkeitsbereich Probenahme und Bodenmechanik der AWH fand Anfang 2023 eine externe Überwachungsbegutachtung statt, in deren Ergebnis das Weiterbestehen der aktuellen Akkreditierungsurkunde bestätigt wurde. Hier besteht die Akkreditierung sowohl der Probenahmeverfahren als auch des bodenmechanischen Labors nach der aktuellen Normgrundlage unverändert weiter, was insbesondere für die zahlreichen Aufgaben der Probenahme und Eigenüberwachung im Rahmen des Einbaubetriebes sowie des Monitorings für den Deponiestilllegungsbetrieb ein wichtiger Qualitätsnachweis ist.

Im Jahr 2023 war für die AWH bezüglich der Einbaumaßnahmen des Stilllegungsbetriebes insgesamt eine steigende Entwicklung der Gesamtmenge der angenommenen und verwerteten Abfälle im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen. Während die Menge im Segment der geotechnischen Sicherung (Aschen, Schlacken u.ä. mineralische Abfälle mit geringer Wasserdurchlässigkeit) planmäßig auf Grund des sukzessive erfolgenden Auslaufens der genehmigten Maßnahmen im Vergleich zu früheren Jahren auf einem verhältnismäßig geringen Niveau blieb, konnte erneut eine hohe Annahmemenge im Segment der Materialien für den drainablen Horizont (Bauschuttmaterial) sowie im Vergleich zum Vorjahr eine signifikante Steigerung im Segment des für den Aufbau der Wasserhaushaltsschicht benötigten Bodenmaterials erzielt werden. Im Rahmen der geotechnischen Sicherung wurden die Einbauarbeiten nach der 2022 erteilten Genehmigung zur temporären Abdeckung der Deponiewestböschung mit mineralischen Deponieersatzbaustoffen 2023 fortgesetzt. Die Arbeiten im Rahmen dieser Maßnahme werden voraussichtlich noch bis Ende 2024 andauern.

Im Bereich der Bauschuttmaterialien konnten in Fortsetzung der erfolgreichen Entwicklung aus den Vorjahren weitere Teilflächen in den zentralen Deponiebereichen fertig gestellt werden. Hierbei handelt es sich um ca. 7,35 ha Fläche, auf welcher die Errichtung des drainablen Horizontes abgeschlossen wurde, sowie weitere ca. 1,8 ha Fläche, auf denen die erste Lage der Drainageschicht errichtet wurde. Beide Teilflächen befinden sich im Deponiebereich Mitte.

Auch im Segment der Wasserhaushaltsschicht konnten 2023 wieder mehrere Abnahmen für Teilflächen im mittleren, östlichen und südlichen Bereich realisiert werden, darunter auch weitere erfolgreiche Endabnahmen für Teilflächen der Wasserhaushaltsschicht in den Deponiebereichen Mitte, Süd und Ost mit einer Gesamtgröße von ca. 5,04 ha.

Insgesamt ist die Mengenentwicklung im abgelaufenen Jahr 2023 erneut sehr positiv einzuschätzen, auch weil die Einsatzbedingungen für die entsprechenden Abfälle mit den aktuellen Genehmigungen durch das Landesverwaltungsamt und den einzuhaltenden QM-Plänen wesentlich umfangreichere Anforderungen als früher umfassten. Gleichwohl ist mit dem weiteren Auslaufen des Segments der geotechnischen Sicherung zu rechnen, da nach den aktuellen Genehmigungen nur noch die temporäre Abdeckung der Deponiewestböschung als noch nicht abgeschlossene Maßnahme verbleibt. Aus diesem Grund sind auch die Verträge mit den Abfallanlieferern für dieses Material größtenteils ausgelaufen. Von der AWH wird weiterhin angestrebt, einen Übergang zum Projekt der Drehpunktgestaltung hinsichtlich des weiteren Einsatzes der Verwertungsabfälle zur geotechnischen Sicherung zu erreichen. Es wurden auch 2023 entsprechende Abstimmungen mit dem Landesverwaltungsamt durchgeführt, allerdings ist bei dieser Frage genehmigungsrechtlich bis zum jetzigen Zeitpunkt weiterhin nicht mit einer kurzfristigen Entscheidung zu rechnen. Hinsichtlich der weiteren Annahme von Abfällen für den drainablen Horizont wurde Ende 2023 mit der Kündigung der laufenden Verträge auf Grund dessen begonnen, dass die bereits angenommenen und in den kommenden Jahren noch zu brechenden Bauschutt-Verwertungsabfälle bereits den größten Teil des diesbezüglichen Bedarfs zur Deponiestilllegung decken. Hier ist 2024 planmäßig mit einem weiteren Auslaufen von betreffenden Nachweisen und einem entsprechenden Rückgang der Annahmemengen an Bauschutt zu rechnen.

2.5. Marktbezogene Entwicklung

Im Geschäftsjahr 2023 konnte die AWH ein sehr gutes Ergebnis bei den angelieferten Mengen an Verwertungsabfällen erreichen. Bei den Einsatzmengen für die geotechnische Sicherung (Aschen, Schlacken usw.) war im Vergleich zu 2022 auf Grund des Auslaufens der Maßnahme zur Errichtung des Trenn- und Stützsystems im Nordgraben ein entsprechender Rückgang zu verzeichnen. Im Rahmen der verbleibenden Maßnahmen zur Abdeckung der Westböschung entwickelten sich die Mengen planmäßig. Bei den Mengen an Material für den drainablen Horizont (Bauschutt) war ein Zuwachs im Vergleich zu 2022 zu registrieren. Darüber hinaus waren enorme Mengensteigerungen an Bodenmaterial für die Rekultivierung zu verzeichnen. Die 2017/2018 umgesetzte Preispolitik in Richtung auf höhere Annahmepreise für Verwertungsabfälle zur geotechnischen Sicherung entsprechend der Marktsituation wurde im vergangenen Jahr konsequent weitergeführt. Daraus resultierten in diesem Segment erneut sehr gute Umsatzerlöse. Ebenso wurden im Bereich der Bauschuttannahme 2023 Preissteigerungen realisiert, die zu höheren Umsatzerlösen führten.

Für die Zukunft hat weiterhin der Ausbau der Marktposition bei der Annahme von Böden zur Herstellung der Wasserhaushaltsschicht oberste Priorität. Auch im Geschäftsjahr 2023 hat die Geschäftsführung weiter an verschiedenen Projekten gearbeitet, mit deren erfolgreicher Umsetzung auch die Annahmemengen von Böden auf einem hohen Niveau gesichert werden konnten, obwohl die Anforderungen für die Annahme und den Einbau dieser Materialien seit Mitte 2016 mit den neuen Qualitätssicherungs-Anforderungen des Landesverwaltungsamtes wesentlich höher geworden sind. Im Jahr 2023 war hierbei insbesondere beim Bodenmaterial mit einer enormen Steigerung der Annahmemengen eine sehr positive Entwicklung zu registrieren. Insofern ist dies ein Erfolg für den regionalen und überregionalen Vertrieb zur Akquise der betrieblich notwendigen Mengen in diesem Segment, der trotz einer großen Anzahl an Wettbewerbern erreicht werden konnte.

2.6. Politische und rechtliche Entwicklung

Im Jahr 2021 wurde im Juli die sogenannte Mantelverordnung veröffentlicht, die unter anderem eine neue Ersatzbaustoffverordnung enthält, sowie Änderungen der Bodenschutzverordnung und der Deponieverordnung beinhaltet. Das neue Gesetzeswerk wurde 2023 nochmals novelliert, trat zum 1. August 2023 inkraft und wirkt sich intensiv auf den Betrieb der Boden- und Bauschuttbörse aus, während die Folgen für den aktuellen Einbaubetrieb bisher eher gering sind. Es werden aber voraussichtlich Teile des Stilllegungsvorhabens außerhalb des von der Behörde festgelegten Deponierechtsgeltungsbereiches wesentlich davon beeinflusst werden, soweit dafür Ersatzbaustoffe verwendet werden sollen (z.B. Drehpunktgestaltung).

Die Umsetzung der Mantelverordnung für die Boden- und Bauschuttbörse wurde bei der AWH durch eine interne Arbeitsgruppe vorbereitet. Durch die Arbeitsgruppe wurde das System der Eigenüberwachung (werkseigene Produktionskontrolle) entsprechend der Anforderungen des neuen Gesetzeswerkes auf der Börse neu organisiert. Im Rahmen der notwendigen Umstellungen wurde außerdem für die Boden- und Bauschuttbörse ein nach der Ersatzbaustoffverordnung zugelassener Fremdprüfer vertraglich gebunden, von welchem 2023 neben den vorgeschriebenen Fremdüberwachungen der auf der Börse hergestellten Ersatzbaustoffe auch die Eignungsprüfung dieser Materialien inklusive der Betriebsbeurteilung der Boden- und Bauschuttbörse durchgeführt wurde.

Aufgrund der genehmigungsrechtlichen Auflagen des Landesverwaltungsamtes für den Stilllegungsbetrieb resultierte auch im Jahr 2023 ein hoher Aufwand zur Nachweisführung und Qualitätssicherung bei den verschiedenen Einbaumaßnahmen. Letzterer betraf sowohl die Eigenüberwachung als auch die zu beauftragenden Leistungen der Fremdprüfung. Im Vergleich zu früheren Jahren vor 2016 sind damit die Anforderungen des Landesverwaltungsamtes an den zu führenden Nachweis der Materialeignung sowie die Qualitätssicherung im Einbau deutlich gestiegen, die sich weiterhin in deutlich höheren Kosten für die Planung und die Qualitätsüberwachung bei allen Maßnahmen zeigten.

Grundlage für die im Jahr 2023 durchgeführten Stilllegungsmaßnahmen bleibt weiterhin der im Juli 2008 durch das LVWA erlassene und inzwischen mit sechs Ergänzungen (letztmals vom 3. März 2022) und mehreren Bescheiden fortgeschriebene Rekultivierungsbescheid, der auf den Ergebnissen des BMBF-Forschungsvorhabens der AWH basiert. Durch die AWH wurden im vergangenen Jahr weitere Konzeptionen für Stilllegungsmaßnahmen mit dem Landesverwaltungsamt als zuständiger Behörde erörtert, welche u.a. die Gestaltung der Maßnahmen im Drehpunktbereich beinhalteten.

Entsprechend der Forderungen des Landesverwaltungsamtes wurde für die Vergabe der Gesamtplanung des Drehpunktbereiches im Jahre 2016 durch die AWH eine europaweite Ausschreibung durchgeführt. In deren Ergebnis wurde die Entwurfsplanung im April 2019 der AWH übergeben und nach der internen Prüfung im Juni 2019 an das Landesverwaltungsamt übermittelt. Seitdem läuft die behördeninterne Prüfung und Abstimmung zu dieser Planung. Ob und wie dazu entschieden wird, ist weiterhin offen, da eine Lösung für die ablehnenden Standpunkte der Wasserbehörde und des Bergamtes sowie der zu beteiligenden Dritten (LMBV, MUEG) vom Landesverwaltungsamt bisher nicht erreicht werden konnte. Aus Sicht der AWH erscheint deshalb eine Genehmigung und Umsetzung dieser Planung als kaum realistisch. Aus diesem Grund wurde auch 2023 weiter an der Abstimmung zu Alternativkonzeptionen unter Einbeziehung von Planern, ingenieurtechnischen Beratern und Juristen gearbeitet.

Bereits im Jahr 2016 ergaben sich im Segment der Errichtung von Drainage- und Wasserhaushaltsschicht wesentliche Änderungen mit dem von der Behörde geforderten neuen Qualitätsmanagementplan für diese Maßnahmen. Im Ergebnis dessen resultierten wesentlich aufwändigere Kontroll-, Überwachungs- und Nachweispflichten in diesem Teilbereich. Dies führte dazu, dass bis Ende 2018 fast keine neuen Flächen fertig gestellt werden konnten, da erneute Abstimmungen der AWH gemeinsam mit dem Fremdprüfer und der Behörde erforderlich waren. Im Rahmen dieser Abstimmungen konnten 2018 und 2019 praktikable Lösungen für den Nachweis der Anforderungen bei der Errichtung des drainablen Horizontes sowie der Wasserhaushaltsschicht erarbeitet werden, sodass hier ab 2019 wieder substantielle Einbaufortschritte möglich wurden. Diese erfolgreiche Entwicklung konnte mit der Abnahme neuer Teilflächen auch im Jahr 2023 fortgesetzt werden.

Im zweiten Halbjahr 2017 trat die Genehmigung des Landesverwaltungsamtes zur Überhöhung der Einbaubereiche der geotechnischen Sicherung aufgrund des vorgezogenen Setzungsausgleiches in Kraft (vierte Ergänzung vom 18. Mai 2017 zur Rekultivierungsanordnung vom Juli 2008). Damit verbunden war die Erarbeitung neuer Qualitätsmanagementpläne für diese Maßnahmen, die wesentlich höhere und zum Teil auch neue Anforderungen an die Annahme und den Einbau dieser Materialien enthielten. Diese Auflagen führen einerseits zu einem geringeren Portfolio einsetzbarer Materialien im Vergleich zu früheren Jahren als auch zu zeitlichen Verzögerungen und höheren Kosten bei Planung und Qualitätssicherung. Die AWH konnte durch intensive Vorbereitung der umfangreichen geforderten Nachweise und Dokumentationen hier insofern erfolgreich gegensteuern, dass die Annahmemengen und Umsatzerlöse trotz dieser schwierigen Rahmenbedingungen auch im Jahr 2023 wiederum ein planmäßiges Niveau aufwiesen, wobei allerdings durch den Abschluss weiterer Teilmaßnahmen im Jahr 2022 nur noch sehr begrenzte Restvolumen für den Einbau zur Verfügung stehen, sodass die Mengen und Umsatzerlöse in diesem Segment weiter zurückgehen werden. Eine direkte Fortsetzung dieser Maßnahmen bei der geotechnischen Sicherung im Drehpunktbereich ist aufgrund des obenstehend dargestellten schwierigen Abstimmungsprozesses für die Drehpunktgestaltung nicht in Sicht.

Auch im Jahr 2023 fanden weitere Abstimmungen und Beratungen mit der Behörde statt und es erfolgte ein umfangreicher Schriftverkehr zu den verschiedenen Stilllegungsteilmaßnahmen mit dem klaren Ziel einer gemeinsamen Lösungsfindung.

Bei den gesetzlichen Rahmenbedingungen für den Betrieb der Boden- und Bauschuttbörse ergaben sich ab Mitte 2023 wesentlichen Änderungen mit der vom Bundesgesetzgeber erlassenen „Mantelverordnung“ zur Neuregelung des Einsatzes von Abfällen als mineralische Ersatzbaustoffe außerhalb von Deponien. Deren Umsetzung wurde bei der Abfallwirtschaft GmbH langfristig durch eine interne Arbeitsgruppe vorbereitet und konnte fristgerecht im vergangenen Jahr erfolgen. Die entsprechenden neuen Anforderungen werden sich merklich auf das Annahme- und Abgabepportfolio der Boden- und Bauschuttbörse als auch auf die Organisation und Logistik, vor allem im Bereich der Abfallüberwachung, im Sinne deutlich erhöhter Anforderungen auswirken. Aufgrund der aktuellen Vorgaben der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen wird die Überprüfung des Weiterbetriebs der Boden- und Bauschuttbörse für Ende 2025 eingeplant, indem hier unter Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten die weitere Rentabilität der Anlage eingeschätzt werden muss.

2.7. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Wie in den Vorjahren waren auch im Geschäftsjahr 2023 die Umsatzerlöse aus der Annahme von Verwertungsabfällen ein wichtiger wirtschaftlicher Eckpfeiler. Trotz gestiegener Annahmemengen an Verwertungsabfällen mit 580 TMg, im Vergleich zum Vorjahr mit 451 TMg, wurde ein geringerer Umsatz für diesen Bereich mit TEUR 2.707, im Vergleich zum Vorjahr mit TEUR 2.838, verzeichnet. Die Ursache ist hierbei in der Verschiebung der Annahmestoffströme durch erhebliche Mengenanlieferungen des preisgünstigen Stoffstromes an Bodenmaterialien, begründet. Der Planwert von TEUR 2.725 wurde trotz signifikant höherer Annahmemengen (Plan: 356 TMg), wenn auch nur unwesentlich in Höhe von TEUR 18 unterschritten.

Neben den Erlösen aus der Annahme von Verwertungsabfällen stellen die Erlöse aus der Verstromung von Deponiegas einen weiteren wesentlichen Erfolgsfaktor dar. Hier konnte aufgrund der durchgeführten technischen Ertüchtigungsmaßnahmen im Bereich der Gasfassung, des Baus einer Verbindungsleitung zwischen den bestehenden Gasfassungssystemen, der Durchführung der turnusmäßigen Wartungsstufen bei den Deponiegasmotoren sowie auf Grundlage einer positiven Marktentwicklung im Bereich der Einspeisevergütungen ein überplanmäßiges Ergebnis erzielt werden. In Zahlen bedeutet dies einen Umsatz von TEUR 896, der im Vergleich zum Vorjahr mit TEUR 2.257 zwar mengen- und preisbestimmt gesunken ist, im Vergleich zum Planwert von TEUR 580 aber eine überplanmäßige Entwicklung darstellt. Auf der Aufwandsseite haben wie im Vorjahr die Einsparungen bei der Sickerwasserreinigung sowie bei den Fremdleistungen für Reparaturen und Instandhaltungen zu einer geringeren Inanspruchnahme der Rekultivierungsrückstellung beigetragen.

Der Aufwand für die Entsorgung von Sickerwasser hatte im Geschäftsjahr 2023 einen Umfang von TEUR 1.443. Die entsorgte Menge betrug 135 Tm³. Damit ist die Entsorgungsmenge des Geschäftsjahres oberhalb der Vorjahresmenge mit 121 Tm³. Ebenso ist der damit verbundene Aufwand oberhalb des Vorjahreswertes von TEUR 1.245. Die für 2023 angesetzten Planwerte in Höhe von 146 Tm³ und TEUR 1.614 konnten trotzdem unterboten werden. Bei den Aufwendungen für Reparaturen und Instandhaltungen sind im Berichtsjahr TEUR 571 angefallen. Hiermit wurden der Vorjahreswert in Höhe von TEUR 382 überboten aber der Planwert mit TEUR 851 deutlich unterboten.

Ein weiterer Erfolgsfaktor waren die Zinserträge aus den abgeschlossenen Finanzanlagen entsprechend der mit dem Landesverwaltungsamt vorgegebenen Anlagerichtlinie. Mit dieser hieraus resultierenden Anlage- und Risikostruktur konnten an den Kapitalmärkten Erträge in Höhe von TEUR 510 erzielt werden. Der Planwert in Höhe von TEUR 502 wurde somit leicht übertroffen.

2.8. Forschung und Entwicklung

Die Maßnahmen im Rahmen der Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge der Deponie Halle-Lochau basieren auf einem im Jahr 2002 durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung und dem Umweltministerium des Landes Sachsen-Anhalt bestätigten Forschungsvorhaben „Untersuchungen für die nachhaltige Stilllegung von Deponien, die in Restlöchern des Braunkohlenbergbaus eingerichtet wurden, am Beispiel der Deponie Halle-Lochau“, welches im Jahr 2007 beendet wurde. Die Ergebnisse des Forschungs- und Entwicklungsvorhabens beruhen u.a. auf Untersuchungen und Modellprognoserechnungen, die zunächst auf der Grundlage verfügbarer Standortdaten und des in der Fachliteratur veröffentlichten aktuellen Kenntnisstandes auf konzeptionelle, planerische Ansätze abstellen. Um diese begründeten Annahmen kontinuierlich zu untersetzen, sind weiterhin fundierte Untersuchungen zur Bemessung, Umsetzung und Optimierung der Konzeptparameter erforderlich. Dabei werden während der Umsetzung relevante Daten u.a. im Monitoring-Programm ermittelt, um die Wirksamkeit und die Effizienz der verschiedenen technischen Maßnahmen zur Stilllegung zu prüfen.

Unter Einbeziehung aller Monitoring-Daten in der Deponiestilllegungsphase wird eine detaillierte Bemessung und Optimierung von Maßnahmen erreicht, sodass diese im Projektverlauf entsprechend dem fortschreitenden Erkenntnisgewinn angepasst werden können. Gemäß der Rekultivierungsanordnung aus dem Jahr 2008 wird das hieraus entwickelte Stilllegungskonzept regelmäßig alle fünf Jahre modellprognostisch überprüft. Im Jahr 2019 erfolgte turnusmäßig die letzte dieser Überprüfungen auf Grundlage der aktuellen Ergebnisse und Daten bei der Umsetzung des Stilllegungskonzeptes. Im Ergebnis dieser externen Überprüfungen und Modellprognosen wurde bislang stets bestätigt, dass die Ziele hinsichtlich einer umweltgerechten und nachhaltigen Deponiestilllegung weiterhin erreicht werden. Die nächste derartige Überprüfung wird planmäßig im Jahr 2024 erfolgen.

2.9. Personal und Personalentwicklung

Zum Stichtag 31. Dezember 2023 betrug der Personalbestand der AWH 32,9 VBE, was eine Abweichung von +1,2 VBE zum Plan bedeutet. Begründet ist dies durch die personelle Überschneidung im Rahmen von Einarbeitungstätigkeiten eines ausscheidenden Mitarbeiters zum 31. Dezember 2023. Somit wurde die Personalplanung für das Jahr 2023 eingehalten. Grundsätzlich orientiert sich der Personalbestand der AWH an den aus dem Geschäftsbetrieb heraus resultierenden zu leistenden Aufgaben.

Für die nächsten Jahre wird von einer stetigen Absenkung des Personalbestandes ausgegangen, vor allem aufgrund des zunehmenden Projektfortschritts bei der Stilllegung und Rekultivierung der Deponie Halle-Lochau. Für das Geschäftsjahr 2028 bedeutet das einen geplanten Personalbestand von 24,8 VBE.

3. Lage der Gesellschaft

3.1. Ertragslage

Die Ertragslage der AWH war im Geschäftsjahr 2023 konstant gut, was vor allem auf die generierten Umsatzerlöse zurückzuführen ist. Die Umsatzerlöse des Vorjahres in Höhe von TEUR 6.697 konnten im Geschäftsjahr 2023 mit TEUR 5.034 nicht erreicht werden. Dies ist vor allem durch die marktbedingten Entwicklungen der Einspeisevergütungen im Rahmen der Verstromung des Deponiegas und der Annahmestruktur von Verwertungsabfällen unter Beachtung des Projektfortschrittes begründet. Der Planwert für das Berichtsjahr lag bei TEUR 4.642 und wurde somit, trotz Umsatzrückgangs im Vergleich zum Vorjahr, deutlich übertroffen.

Im Bereich der Erlöse aus Ansiedlungen konnte das Ergebnis des Vorjahres von TEUR 1.323 mit dem erzielten Ist-Wert in Höhe von TEUR 1.073 nicht bestätigt werden. Ursachen für den Erlösrückgang im Vergleich zum Vorjahr waren die Preisrückgänge für Dieselkraftstoff und Strom, welche an die angesiedelten Unternehmen am Standort weiterberechnet wurden sowie die gesunkenen Abnahmemengen in diesen Segmenten.

Im Bereich der sonstigen betrieblichen Erträge wird neben den Erträgen aus der Inanspruchnahme der Rückstellung für Aufwendungen aus der Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge mit TEUR 3.458 auf die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen mit TEUR 53 und auf die Erträge aus dem Verkauf von Wirtschaftsgütern mit TEUR 38 verwiesen.

Auf der Aufwandsseite sind zum einen die Personalaufwendungen und zum anderen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen als wesentlich anzusehen. Der Personalaufwand ist im Geschäftsjahr 2023 aufgrund von Tarifsteigerungen um TEUR 153 auf TEUR 2.213 im Vergleich zum Vorjahr gestiegen.

Beim Materialaufwand kam es zu einer Senkung um TEUR 230 im Vergleich zum Vorjahr. Ursachen hierfür sind die bereits unter den Erlösen aus Ansiedlung angeführten Preissenkungen und der gesunkene Bezug an Strom- und Dieselmengen zur Abdeckung des Bedarfs der angesiedelten Unternehmen.

Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind vor allem der Aufwand aus der Entsorgung von Sickerwasser, die Aufwendungen für Fremdleistungen für Reparaturen und Instandhaltungen sowie Fremdleistungen im Rahmen der Realisierung von Stilllegungsmaßnahmen als wesentlich anzusehen. Die Entwicklung des Aufwandes für die Entsorgung von Sickerwasser und für Fremdleistungen für Reparaturen und Instandhaltung wurde bereits unter Punkt 2.7. näher ausgeführt. Die Höhe der Aufwendungen für Fremdleistungen im Rahmen der Realisierung von Stilllegungsmaßnahmen ist abhängig vom erreichten Projektfortschritt bei der Stilllegung der Deponie Halle-Lochau. Im Rahmen der Realisierung von Stilllegungsmaßnahmen sind im Geschäftsjahr 2023 Aufwendungen von TEUR 577 angefallen. Dieser Wert liegt aufgrund von Maßnahmenverschiebungen in die Zukunft deutlich unter dem Planwert in Höhe von TEUR 2.304 und unter dem Vorjahreswert von TEUR 954.

3.2. Finanzlage

3.2.1. Kapitalstruktur

Bei den Rückstellungen hat sich der Gesamtumfang im Vergleich zum Vorjahr deutlich verringert und hat zum 31. Dezember 2023 einen Wert von TEUR 48.684, was eine Abweichung von TEUR 4.357 bedeutet. Schwerpunkt bei den Rückstellungen bildet nach wie vor die Rückstellung für Aufwendungen zur Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge. Dem Prinzip der Bildung der Rückstellung für Aufwendungen zur Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge folgend (Rückstellungsbetrag entspricht den zu erwartenden Gesamtkosten vermindert um künftige Vorteile, d.h. die in der Stilllegungsphase mit der Deponie erzielbaren Erlöse wie z.B. aus der Gasverwertung und der Annahme von Deponiebaustoffen) wurde in Höhe des sich ergebenden Saldos eine Inanspruchnahme in Höhe von TEUR 2.962 gebucht. Diese Inanspruchnahme basiert auf der aktualisierten Decklungsrechnung (Stand 15. Februar 2024). Die Rückstellung für Aufwendungen zur Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge musste im Zuge der Bewertung der zukünftigen Verpflichtung (Berücksichtigung von Preissteigerungen) mit anschließender Abzinsung mit TEUR 1.134 aufgelöst werden. Der sich hieraus neu ergebende Barwert in Höhe von TEUR 47.998 wurde entsprechend in der Bilanz erfasst.

Die weiteren Rückstellungen setzen sich aus Positionen für die Verpflichtungen aus Steuerzahlungen für Gewerbesteuer (TEUR 125), für Personalaufwendungen (TEUR 393) und sonstigen Rückstellungen für Archivierung, ausstehende Rechnungen, Rechts- und Beratungskosten und sonstigen Aufwendungen (TEUR 168) zusammen.

Der Bestand der Verbindlichkeiten zum Stichtag 31. Dezember 2023 mit TEUR 505 hat sich im Vergleich zum Vorjahr mit TEUR 613 verringert.

3.2.2. Investitionen

Die im Rahmen der Stilllegung durchzuführenden Maßnahmen und Ersatzbeschaffungen werden gemäß dem BMF-Schreiben vom 25. Juli 2005 direkt als Aufwand verbucht und nicht als Investitionen erfasst. Im Geschäftsfeld „Sonstige Geschäftstätigkeit“ hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2023 keine Investitionen vorgenommen.

3.2.3. Liquidität

Die Liquidität der Gesellschaft war im Berichtsjahr durchgehend gegeben. Eine Inanspruchnahme der internen Kreditlinie beim Cash Pool war im Geschäftsjahr 2023 nicht notwendig. Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2023 bestand gegenüber dem SWH-Konzern ein positiver Cash Pool-Saldo in Höhe von TEUR 360. Die Finanzierung der SWH-Gruppe erfolgt seit 2017 grundsätzlich zentral über die SWH durch Ausreichung von Gesellschafterdarlehen an die Tochterunternehmen entsprechend der abgestimmten Finanzbedarfsplanung. Die AWH hat im Geschäftsjahr 2023 kein Gesellschafterdarlehen in Anspruch nehmen müssen.

3.3. Vermögenslage

In der Darstellung sind die Posten der Bilanz zum 31. Dezember 2023 nach wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten zusammengefasst und den entsprechenden Bilanzposten des Vorjahres gegenübergestellt.

Vermögensstruktur	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung
	in TEUR	in TEUR	in TEUR
Sachanlagen	1.428	1.430	-2
Sonstige Ausleihungen/Wertpapiere	30.120	30.119	1
Langfristig gebundenes Vermögen	31.548	31.549	-1
Vorräte (RHB)	116	128	-12
Forderungen aus LuL	376	653	-277
Forderung verb. Untern. (LuL)	7	4	3
Forderung verb. Untern. (CP)	360	2.498	-2.138
Sonstige Vermögensgegenstände	18.534	19.564	-1.030
Sonstige Wertpapiere	0	0	0
Flüssige Mittel	5.234	4.615	619
Aktiver RAP	11	10	1
Kurzfristig gebundenes Vermögen	27.472	27.472	-2.834
Gesamtvermögen	56.186	59.021	-2.835
Kapitalstruktur	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung
	in TEUR	in TEUR	in TEUR
Eigenkapital	6.997	5.367	1.630
Langfristige Rückstellungen	41.566	46.842	-5.276
Langfristiges Kapital	48.563	52.209	-3.646
Kurzfristige Rückstellungen	7.119	6.199	920
Verbindlichkeiten aus LuL	218	274	-56
Verbindlichkeiten verb. Untern.	264	113	151
Sonstige Verbindlichkeiten	22	226	-204
Passiver RAP	0	0	0
Kurzfristiges Kapital	7.623	6.812	811
Gesamtkapital	56.186	59.021	-2.835

Aus der Darstellung der Vermögensstruktur wird ersichtlich, dass die Vermögenslage der AWH zum Vorjahr wertmäßig gesunken ist. Im Bereich des kurzfristigen Vermögens kam es zur signifikantesten Reduzierung. Mit dem vorhandenen liquiden Mitteln wurden die Aufwands- und Kostenpositionen der Rekultivierung des Geschäftsjahres ausgeglichen. Hierbei geht die Gesellschaft in Vorleistung und erhält im Folgejahr die Freigabe gesicherter Einlagen zur Liquidation. Aufgrund des sich ergebenden Jahresüberschusses mit TEUR 1.630 hat sich das vorhandene Eigenkapital im Bereich des langfristigen Kapitals entsprechend erhöht. Die wertmäßige Veränderung der langfristigen Rückstellungen entspricht dem geplanten Rückstellungsaufwand für die Rekultivierungs- und Nachsorgephase bis 2061.

3.4. Gesamtaussage

Unter Beachtung der dargestellten Fakten schließt das Geschäftsjahr 2023 mit einem höheren Ergebnis im Vergleich zum Vorjahr ab. Der Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 1.630 liegt oberhalb des Vorjahresergebnisses mit einem Jahresüberschuss von TEUR 748 und deutlich oberhalb des Planwertes von TEUR 11. Zu beachten ist hierbei, dass der Jahresüberschuss durch einen Sondereffekt wesentlich beeinflusst wird. Es erfolgte aus der Stichtagsbewertung der Rekultivierungsrückstellung eine ergebnissteigernde Auflösung der Rekultivierungsrückstellung zur Abbildung des Barwertes in Höhe von TEUR 1.134.

4. Chancen- und Risikobericht

4.1. Risikomanagementsystem

In der Stadtwerke Halle - Gruppe findet ein konzernweit einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Dieses gruppenweite, bereichsübergreifende System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

4.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31. Dezember 2023 wurden für das Jahr 2024 bei der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau insgesamt 13 Risiken ermittelt (Vorjahr 15). Unter diesen Risiken lässt sich ein Einzelrisiko der Gruppe 2 zuordnen, welche sich wie folgt auf die nachfolgend dargestellten Risikokategorien und Risikogruppen unterteilen:

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Absatzmarkt	1	0	0
Beschaffungsmarkt	5	0	0
Konkurrenzunternehmen	0	0	0
Recht und Politik	2	0	0
Technologische Entwicklungen	0	0	0
Naturereignisse	0	0	0
Kapitalmarkt	2	0	1
Sonstige/Interne Prozesse/Strategie	3	0	0
Gesamt	13	0	1

In der aktuellen Risikoeinschätzung der Gesellschaft weist die Risikokategorie „Kapitalmarkt“ ein Einzelrisiko der Gruppe 2 aus. Die Gesellschaft ist aufgrund gesetzlicher Vorgaben verpflichtet, zum Bilanzstichtag die langfristige Rückstellung für Aufwendungen zur Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge neu zu bewerten. Hierbei sind zur Ermittlung des Barwertes einerseits zukünftige Preissteigerungen und andererseits die von der Deutschen Bundesbank vorgegebenen Abzinsungszinssätze gemäß § 253 Abs. 2 HGB (7-Jahresdurchschnitt) zu berücksichtigen. Aufgrund der Diskrepanz zwischen der Entwicklung der Inflations- und Abzinsungszinssätze erwartet die Gesellschaft für die kommenden Jahre, dass die Rückstellung unter Berücksichtigung der erfolgten Inanspruchnahme jährlich auf den zu ermittelnden Barwert aufgestockt werden muss. Der sich hieraus ergebende Aufwand aus der Aufstockung der Rückstellung wirkt sich vollständig ergebnismindernd aus.

4.3. Gesamtbild

Das Risikofrüherkennungssystem der Gesellschaft befindet sich auf aktuellem Stand. In Auswertung der festgelegten Risikofelder stellt die benötigte Menge an Boden, zur Abdeckung der Deponie im Zeitraum 2024 bis 2029 unter Beachtung der vom LVwA festgelegten Annahmeparameter, ein Risiko dar, wenn die Materialien nicht wie geplant auch über den Markt erlösbringend akquiriert werden können, sondern überwiegend aufwandswirksam beschafft werden müssen. Es wird darauf hingewiesen, dass sich dieses Risiko auf mehrere Geschäftsjahre verteilt und nicht als Einmaleffekt eintritt. Somit hat die Gesellschaft die Möglichkeit, mit geeigneten Gegenmaßnahmen das Risiko stetig zu minimieren. Ein weiteres Risiko ergibt sich aus der vorliegenden Entwurfsplanung zur Gestaltung des Drehpunktbereiches. Aufgrund der aktuellen Böschungszustände, vor allem der Bergbauböschungen, erachtet es der Planer für notwendig, wesentlich mehr Einbaumassen zu verwenden, um eine ausreichende Standsicherheit herzustellen. Aus diesen erheblich umfangreicheren Massenbeschaffungen und -bewegungen heraus resultiert auch eine wesentlich längere Bauzeit als bisher in den ingenieurtechnischen Vorplanungen ausgewiesen. Die Gesellschaft befindet sich derzeit in intensiven Abstimmungsgesprächen mit der Genehmigungsbehörde sowie mit der Gesellschafterin zur Umsetzung möglicher Alternativkonzeptionen insbesondere in Bezug auf eine Begrenzung der Verantwortlichkeit der AWH auf die Gestaltung der Deponiewestböschung.

5. Prognosebericht

5.1. Umsatzentwicklung

Für den geplanten Mittelfristzeitraum wird von schwankenden Umsätzen ausgegangen, welche überwiegend von der sich einstellenden Genehmigungssituation und den daraus resultierenden Annahmemengen an Verwertungsabfällen und den entsprechenden Annahmepreisen begründet sind.

Für die Erlöse aus der Verstromung bzw. Bereitstellung von Deponiegas wird von einer stetigen Reduzierung ausgegangen. Hintergrund ist die zu erwartende Abnahme der Deponiegasmengen und der Deponiegasqualität unter Beachtung der vorliegenden Gasprognosen.

Die weiteren Umsatzerlöse werden für die kommenden Jahre als nahezu konstant angenommen.

5.2. Investitionen

Die Geschäftsführung der AWH weist darauf hin, dass im Rahmen der Stilllegung und Nachsorge der Deponie keine Investitionstätigkeit erfolgt, da die durchzuführenden Maßnahmen und Ersatzbeschaffungen direkt als Aufwand verbucht werden müssen (BMF-Schreiben vom 25. Juli 2005). Diese Regelungen finden aber keine Anwendungen auf Neuinvestitionen außerhalb der Stilllegungstätigkeit.

Investitionen im Rahmen der Sonstigen Geschäftstätigkeit sind für das Jahr 2024 nicht geplant.

5.3. Finanzierung

Zu Beginn des Geschäftsjahres 2017 hat die Geschäftsführung der AWH die geplante Neuanlage der vorhandenen liquiden Mittel, welche aus der vollständigen Rückgabe der Anteile an den beiden Spezialfonds heraus resultierten, realisiert. Unter Beachtung der neuen Verpfändungsvereinbarung mit dem Landesverwaltungsamt sowie der zugrundeliegenden Anlagerichtlinie wurden die Finanzmittel seitdem in diversen Schuldscheindarlehen, Termingeldanlagen und festverzinslichen Wertpapieren angelegt.

Die Aufnahme von Darlehen ist für die kommenden Geschäftsjahre weiterhin nicht vorgesehen, sodass sich die AWH auch zukünftig über die vorhandenen Sicherheitsleistungen, die laufenden Einnahmen sowie über den Cash Pool des Stadtwerke-Konzerns finanziert.

5.4. Ergebniserwartung

Unter Berücksichtigung aller vorliegenden Informationen und Erkenntnisse bis zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2023 geht die Geschäftsführung davon aus, dass in den Folgejahren positive Jahresergebnisse erzielt werden. Hierfür muss zum einen die ständige Finanzierbarkeit des Rekultivierungsvorhabens gewährleistet sein und zum anderen müssen die Finanzanlagen eine positive Rendite aufweisen, um somit einen Ergebnisbeitrag zu leisten. Darüber hinaus sind bei der Anwendung der Regelungen des BilMoG die verbindlich anzusetzenden Abzinsungzinssätze der Deutschen Bundesbank im Rahmen der Bewertung von langfristigen Rückstellungen sowie die Preissteigerungsraten zu beachten. Hierfür ist es notwendig, dass sich die Zinspolitik der Europäischen Zentralbank positiv sowohl auf die Preissteigerungsraten als auch auf die Abzinsungzinssätze auswirkt.

Die Geschäftsführung geht auch mit den dargestellten Risiken davon aus, dass die Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit fähig ist. Es bestehen keine bestandsgefährdenden, berichtspflichtigen Risiken.

A/V/E GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Magdeburger Straße 51
06112 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 550

Gesellschafter:	T€	%
envia Mitteldeutsche Energie AG	142,5	25,90
MITGAS Mitteldeutsche Gasversorgung GmbH	138,0	25,10
rhenag Rheinische Energie Aktiengesellschaft	138,0	25,10
Stadtwerke Halle GmbH	131,5	23,90

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Dienstleistungen in den Bereichen Kundenservice, Supportdienstleistungen, Verbrauchs- und Mengenabrechnung, Verbrauchsdaten-, System- sowie Zähler- und Servicemanagement einschließlich der damit im Zusammenhang stehenden Beratung sowie die Vornahme aller damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Der öffentliche Zweck der Gesellschaft ergibt sich aus der Erbringung betriebsnotwendiger Dienstleistungen für Energieversorgungsunternehmen (§ 128 Abs. 2 KVG LSA) und die Stadtwerke Halle-Gruppe.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Preuß, Florian

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2023		2022		2021		Veränderungen 2023 zu 2022	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	283	5	411	6	535	7	-128	-31
Umlaufvermögen	5.252	94	5.740	92	6.876	93	-488	-9
Rechnungsabgrenzungsposten	78	1	111	2	28	0	-33	-30

Bilanzsumme	5.613	100	6.262	100	7.439	100	-649	-10
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-------------	------------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	2.356	42	2.077	33	2.277	31	279	13
Rückstellungen	2.682	48	3.660	59	4.454	60	-978	-27
Verbindlichkeiten	573	10	517	8	694	9	56	11
Rechnungsabgrenzungsposten	2	0	8	0	14	0	-6	-75

Bilanzsumme	5.613	100	6.262	100	7.439	100	-649	-10
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-------------	------------

bb) GuV

	2023	2022	2021
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	17.140	16.332	18.006
sonstige betriebliche Erträge	274	587	275
Materialaufwand	3.846	3.502	3.821
Personalaufwand	10.977	11.305	11.968
Abschreibungen	369	213	205
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.676	1.435	1.545
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	206	0	34
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	8	37	164
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	141	104	89
Ergebnis nach Steuern	603	323	523
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	603	323	523

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2023	2022	2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	3,52	1,98	2,90	%
Eigenkapitalrentabilität:	34,35	18,41	29,80	%
Cash-Flow:	972	536	728	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	69	65	66	T€
Personalaufwandsquote:	63,04	66,82	65,47	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	2,34	2,85	3,02	%
Eigenkapitalquote:	41,98	33,17	30,60	%
Fremdkapitalquote:	58,02	66,83	69,40	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

Unternehmen

Die A/V/E GmbH bietet individuelle Prozess-, Service- und Supportdienstleistungen entlang der Customer Journey. Bis zu 300 Mitarbeitende stehen seit fast 30 Jahren für kompetenten und freundlichen Service von Mensch zu Mensch, wo automatisierte Prozesse und komplexe Produkte und Dienstleistungen Unterstützung brauchen.

Zunehmend digitale Angebote eröffnen neue Möglichkeiten, aber auch eine Flut an Informationen, von denen es gilt, sie zielgerichtet zu nutzen. Gleichzeitig steigen die Erwartungen an einfache und reibungslose Abläufe. In der Umsetzung kommt es daher vor allem auf das richtige Zusammenspiel zwischen Digitalisierungsstrategie und darauf abgestimmte Prozess- und Support-Dienstleistungen an. A/V/E setzt auf ganzheitliche Servicelösungen, die die Akzeptanz und damit die Zufriedenheit bei Kunden und Nutzern erhöht. Dabei reicht die Wertschöpfungstiefe von der Beratung, der kundenindividuellen Anpassung von Lösungen bis hin zum Betrieb und Support.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Das Jahr 2023 stand genau wie das Vorjahr im Zeichen des Krieges in der Ukraine, begleitet von einer hohen Inflation und weiterhin hohen Beschaffungskosten im Energiesektor sowie hoher Endkundenpreise im gesamten Energiesektor. Die gestiegene Investitionsunsicherheit sowie Belastungen durch erhöhte Produktions- und Nebenkosten waren weiterhin über viele Wirtschaftssektoren hinweg deutlich spürbar. Zudem war gerade das energiewirtschaftliche Umfeld von vielen kurzfristigen regulatorischen Änderungen und Anpassungen betroffen. Für A/V/E ergab sich hieraus ein weiterhin stark erhöhtes Kontaktvolumen über alle Kunden sowie Kontaktkanäle hinweg. Dieses hohe Niveau an Anfragen hielt über das gesamte Jahr stand. Besonders hervorzuheben ist hierbei, dass sich neben dem originären Volumen auch die Gesprächsdauern weiterhin auf einem erhöhten Niveau bewegen. Gerade bei Kundenverträgen mit Vorgangsbepreisungen führte dies trotz gestiegener Nachfrage zu einem teils deutlichen Rückgang der Marge in einigen Verträgen und zu der Notwendigkeit Bezugsgrößen, wenn möglich, anzupassen.

Trotz dieser Einflüsse konnte A/V/E auch das Jahr 2023 wirtschaftlich positiv gestalten und verzeichnet weiterhin eine Vielzahl von Anfragen, auch von ehemaligen Kunden, welche ihre Dienstleistungen wieder durch A/V/E erbringen lassen möchten. Hierbei profitiert A/V/E nicht nur vom bisherigen Kerngeschäft, auch im neuen Geschäftsfeld der digitalen Kontaktlösungen konnten viele Interessensbekundungen verzeichnet werden.

Geschäftsentwicklung

Im Jahr 2023 gab es für die Weiterentwicklung der Gesellschaft mehrere strategische Felder. Neben weiteren Maßnahmen zur Sicherstellung der mentalen Gesundheit der Mitarbeitenden sowie Anpassungen bei der Personalbeschaffung, wurden auch die neuen digitalen Produkte weiterentwickelt. Weiterhin erfolgte eine Aktualisierung der Unternehmensstrategie sowie deren Kommunikation zu den Mitarbeitenden. Nicht zuletzt wurde eine Initiative vorangetrieben, die sich mit der Verbesserung der Datenqualität und -erhebungsgeschwindigkeit für die Vertragsabrechnung beschäftigt. Ziel hierbei ist es, eventuelle Informationsverluste beim Zusammentragen der Daten aus unterschiedlichen Systemen zu reduzieren sowie den Rechnungslegungsprozess zu beschleunigen.

Die Maßnahmen zur Bewältigung der hohen Eingangsvolumen aus dem Jahr 2022 sowie der teils noch immer angespannten Stimmung im Kundenservice, wurden in einer Arbeitsgruppe weitergeführt. Im Ergebnis werden sowohl Führungskräfte als auch Mitarbeitende extern sowie intern weiterhin kontinuierlich geschult und Prozesse auf die aktuelle Situation angepasst. Anzumerken ist hierbei, dass die Änderungsgeschwindigkeit in den Vorgaben durch die Versorger bzw. Stadtwerke sowie die Regulatorik in den letzten Jahren deutlich gestiegen ist. Hierdurch müssen neben den Softskills auch die fachlichen Komponenten immer öfter geschult werden. Weiterhin erfolgte eine angepasste Dienstplanung zur Reduzierung der persönlichen Belastung im telefonischen Kundenservice. Die durchgeführten Maßnahmen wurden gut angenommen und haben geholfen, die eigene Belegschaft zu schützen. Einige der Inhalte sind ins Standardrepertoire der Schulungsinhalte überführt worden.

Gerade bei weiterhin sehr hohen Eingangsvolumen ist eine sinnvoll umgesetzte Digitalisierung von Prozessen unerlässlich. Im Jahr 2022 wurden mehrere Sprachbots produktiv eingesetzt, um Arbeiten gänzlich automatisiert zu erledigen oder aber Volumen vom Front- ins Backoffice zu transferieren. Dies wurde im Jahr 2023 fortgeführt. Die Erstellung, Einführung und der Betrieb von digitalen Sprachbots wurde als neuer Geschäftsbereich identifiziert und weiter ausgebaut, sodass die digitalen Lösungen der A/V/E bereits in vielen Interessentengesprächen einen festen Platz eingenommen haben. In diesem Zuge wurde neben der Inhouseentwicklung auch eine belastbare Kooperation mit dem IT-Haus Cursor Software AG begründet. Hier besteht inzwischen eine Standardintegration der A/V/E-Lösungen in den CRM-Produkten.

Angesichts der weiterhin hohen Belastungen für die Mitarbeitenden sowie des notwendigen Generationswechsels in den nächsten Jahren, wurden die Aktivitäten aus dem Jahr 2022 in der Personalbeschaffung weitergeführt und weiter spezifiziert. Im Fokus steht hierbei weiterhin ein schneller und digitaler Ausschreibungsprozess mit geringen Wartezeiten und zielgruppengerechter Ansprache über verschiedenste digitale Plattformen.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die A/V/E blickt im Jahr 2023 auf eine stets stabile Vermögens-, Finanz- und Ertragslage zurück. Die Bilanzsumme der A/V/E verringerte sich zum 31. Dezember 2023 stichtagsbezogen gegenüber dem 31. Dezember 2022 um 10 % auf 5.613 T€.

Die Gesamtinvestitionen in das Anlagevermögen betragen 2023 242 T€ (im Vorjahr: 89 T€). Hierbei handelte es sich im Wesentlichen um Investitionen in IT sowie Ersatzinvestitionen in Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Das Umlaufvermögen verringerte sich stichtagsbezogen um 488 T€ auf 5.252 T€ (31. Dezember 2022: 5.740 T€). Wesentliche Ursache hierfür ist ein geringerer Cash-Pool-Bestand von 3.565 T€ (31. Dezember 2022: 3.927 T€) und stichtagsbedingt geringere Forderungen gegenüber Gesellschaftern aus Lieferungen und Leistungen von 521 T€ (31. Dezember 2022: 625 T€).

Das Eigenkapital erhöhte sich um 280 T€ auf 2.356 T€ (31. Dezember 2022: 2.077 T€). Die Eigenkapitalquote stieg in der Folge auf 42 % (31. Dezember 2022: 33 %); auch wegen der gesunkenen Bilanzsumme.

Die Rückstellungen gingen auf 2.682 T€ (31. Dezember 2022: 3.660 T€) zurück. Wesentliche Ursachen dafür sind die vollständigen Inanspruchnahmen der Rückstellung für den Verkauf des Zählermanagements, der stichtagsbedingte Rückgang der Steuerrückstellungen und die Verringerung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen im Rahmen der Stichtagsbewertung durch versicherungsmathematische Gutachten.

Zum 31. Dezember 2023 lagen die Verbindlichkeiten mit 572 T€ um 55 T€ über dem Vorjahreswert von 517 T€. Dieser Anstieg resultiert im Wesentlichen aus den stichtagsbedingt gestiegenen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

Die Gesellschaft finanzierte sich im Jahr 2023 vollständig aus der laufenden Geschäftstätigkeit und dem Cashpool-Guthaben. Die A/V/E verfügt weiterhin über einen Cash-Managementvertrag mit der envia Mitteldeutsche Energie AG.

Die Zahlungsfähigkeit der A/V/E war zu jedem Zeitpunkt des Geschäftsjahres 2023 und bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses 2023 gewährleistet. Der operative Cashflow betrug 74 T€, im Wesentlichen resultierte dies aus dem Jahresüberschuss und der Abschreibung, sowie der Abnahme von Forderungen aus Lieferung und Leistung gegenüber verbundenen Unternehmen und dem Rückgang von Rückstellungen. Investitionen in das Anlagevermögen, erhaltene Zinsen sowie die Veränderung der Cashpool-Forderung sorgten für einen Cashflow aus Investitionstätigkeit in Höhe von 249 T€. Die Ausschüttung des Jahresüberschusses 2022 zeichnet sich allein ursächlich für einen negativen Cashflow aus Finanzierungstätigkeit von -323 T€. Des Weiteren bestanden zum Stichtag sonstige finanzielle Verpflichtungen in Höhe von 1.622 T€.

Im Jahr 2023 erhöhten sich die Umsatzerlöse um 808 T€ (5 %) gegenüber dem Vorjahr. Dieser Anstieg resultiert im Wesentlichen aus Mengensteigerungen sowie Neuaufnahme im Bereich der sonstigen verbundenen Unternehmen sowie bei Dritten. Dem gegenüber steht ein Umsatzrückgang im Bereich des Gesellschafterkreises. Die Umsatzerlöse im Jahr 2023 entfallen zu 57 % auf die Marktrolle Lieferant und zu 43 % auf die übrigen Marktrollen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sanken im Vergleich zum Vorjahr (588 T€) um 314 T€ auf 274 T€. Ursächlich für den Rückgang sind insbesondere erhöhte Auflösungen von Rückstellungen im Jahr 2022, im Jahr 2023 liegen damit die sonstigen betrieblichen Erträge wieder auf einem normalen Niveau im Vergleich der letzten Jahre.

Der Materialaufwand erhöhte sich im Jahr 2023 um 343 T€ auf 3.846 T€ (Vorjahr: 3.503 T€). Ursächlich dafür zeichnen sich erhöhte Aufwendungen für Fremdleistungen, Leiharbeit und sonstige bezogene Leistungen. Dem gegenüber steht ein geringerer Aufwand für IT-Kosten.

Ein geringerer Aufwand für Altersvorsorge als im Vorjahr ist der wesentliche Treiber, der um 328 T€ auf 10.977 T€ (Vorjahr: 11.305 T€) gesunkenen Personalaufwendungen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen im Jahr 2023 um 241 T€ auf 1.676 T€ (Vorjahr: 1.435 T€). Die Ursachen sind im Wesentlichen gestiegene Aufwendungen für Werbungskosten bzw. Öffentlichkeitsarbeit, so wurde nach Beendigung der Corona-Pandemie die Teilnahme an Messen wieder aufgenommen, als auch der Anstieg der Mietnebenkosten auf Grund der Energiekrise im Jahr 2023.

Mit einem Betriebsergebnis (Ergebnis vor Steuern und Zinsen) von 545 T€ (im Vorjahr: 464 T€) wurde das Ziel des Wirtschaftsplanes leicht unterschritten.

Das Finanzergebnis erhöhte sich um 236 T€ auf 198 T€. Maßgeblich hierfür sind Zinserträge auf Grund von versicherungsmathematischen Gutachten für die betriebliche Altersvorsorge sowie eine maßgebliche Guthabenverzinsung des Cash-Pool-Guthabens.

Der Steueraufwand für das Jahr 2023 beläuft sich auf 141 T€ und ist vollständig periodenfremd. Dies stellt eine Erhöhung um 37 T€ gegenüber dem Vorjahr dar (104 T€). Ursache des Anstiegs sind ausschließlich Steuern für Vorjahre. Die A/V/E schloss das Geschäftsjahr 2023 mit einem Jahresüberschuss von 603 T€ (im Vorjahr: 323 T€) ab.

Leistungsindikatoren

Die wesentlichen Leistungsindikatoren für die A/V/E sind das Betriebsergebnis (im Geschäftsjahr 2023: 545 T€) und der Effizienzgrad.

Das Betriebsergebnis entspricht dem Jahresergebnis vor Steuern und Zinsen. Die Zielsetzung, im Geschäftsjahr 2023 ein Betriebsergebnis von 590 T€ zu erreichen, wurde nicht erfüllt. Mit 545 T€ lag das Betriebsergebnis leicht unter dem Ziel.

Der Effizienzgrad ist eine wesentliche Kennzahl, mit der eine Aussage zum Personaleinsatz und zur Prozesseffizienz getroffen wird. Sie gibt das Verhältnis verschiedener gemessener und kalkulatorischer Zeiten an. Diese Kennzahl konnte 2023 um 1,5 Prozentpunkte auf 108,5 % erneut gesteigert werden. Demzufolge wurde das Ziel, den Effizienzgrad auf mindestens 100 % zu halten, übertroffen.

Rechnungsmäßiges Unbundling

Für A/V/E gelten die Bestimmungen des rechnungsmäßigen Unbundling gemäß § 6b EnWG, da sie zu einer Gruppe verbundener Elektrizitäts- oder Gasunternehmen gehört und energiespezifische Dienstleistungen erbringt.

Im Lagebericht zum 31. Dezember 2023 der A/V/E und in den Tätigkeitsberichten „Elektrizitätsverteilung“ sowie „Gasverteilung“ werden alle Geschäftsvorfälle erfasst, welche mit energiespezifischen Dienstleistungen im Zusammenhang stehen. Den Tätigkeitsabschlüssen liegt der Jahresabschluss der A/V/E zum 31. Dezember 2023 unmittelbar zu Grunde. Die auf Ebene des Gesamtunternehmens angewandten und im Anhang der A/V/E erläuterten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden kommen deshalb durchgängig auch für die Tätigkeitsabschlüsse zur Anwendung. Auf Basis der Kostenrechnung der A/V/E wurden wesentliche Aufwendungen und Erträge direkt den Tätigkeitsbereichen zugeordnet. In den Fällen, in denen dies nicht möglich war oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand verbunden gewesen wäre, erfolgte die Zuordnung unter Anwendung sachgerechter Schlüssel. In der Bilanz erfolgte ebenfalls vorrangig eine direkte Zuordnung wesentlicher Aktiv- und Passivposten. In den Fällen, in denen dies nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist, erfolgte auch hier die Zuordnung unter Anwendung sachgerechter Schlüssel.

Im Tätigkeitsbereich „Elektrizitätsverteilung“ wurden Umsätze aus energiespezifischen Dienstleistungen von 3.871 T€, sowie die korrespondierenden Aufwendungen erfasst, welche beim Empfänger der energiespezifischen Dienstleistungen dem Tätigkeitsbereich „Elektrizitätsverteilung“ zugeordnet werden, wodurch sich ein Jahresergebnis in Höhe von 399 T€ ergibt. Im Tätigkeitsbereich „Gasverteilung“ wurden Umsätze von 301 T€ aus energiespezifischen Dienstleistungen, sowie die korrespondierenden Aufwendungen erfasst, welche beim Empfänger der energiespezifischen Dienstleistungen dem Tätigkeitsbereich „Gasverteilung“ zugeordnet werden, wodurch sich ein Jahresergebnis in Höhe von -43 T€ ergibt.

Prognose-, Chancen und Risikobericht

Chancen und Risiken

Die Energiekrise in Folge des Ukraine-Konflikts scheint aktuell überwunden zu sein, nichtsdestotrotz bleiben der Energiemarkt und die Preissituation volatil. Ein erhöhtes Risiko von Zahlungs- bzw. Forderungsausfällen sowohl bei Endkunden und somit mittelbar auch bei unseren Kunden bleibt bestehen.

Chancen und Risiken ergeben sich, wie auch in den vergangenen Jahren, in der Neukundengewinnung und der Bestandskundenentwicklung. Diese werden bei A/V/E über ein gesondertes Chancen- und Risikomanagementsystem quartalsweise erfasst und verfolgt.

Bereits in der Angebotskalkulation wird jedes Angebot hinsichtlich Chancen und Risiken analysiert und bewertet. Besonderes Augenmerk liegt hier auf den zu vereinbarenden anspruchsvollen Service Level Agreements und dem Datenschutz.

Eine angespannte Lage am Arbeitsmarkt sorgt weiterhin für erschwerte Personalbeschaffung und damit zu Restriktionen bei der Auftragsannahme. Qualifiziertes Personal einzustellen, gestaltet sich aktuell weiterhin schwer. Allein durch Intensivierung von Rekrutierungsmaßnahmen ist das Problem nicht zu lösen. Die A/V/E begegnet der Situation auch zukünftig mit dem Ausbau von Digitalisierungsmaßnahmen und der Verwendung von erweiterten technischen Lösungen zur Reduzierung von manuellen Arbeitsschritten in unseren Prozessen und Dienstleistungen. Dies bietet zudem Chancen, neue Produkte zu entwickeln und weitere Kundengruppen zu erschließen. Insbesondere die Entwicklung von Chat- und Telefonbots für unserer Kunden war im Jahr 2023 Schwerpunkt der Digitalisierung.

Mögliche Risiken fließen bereits in den Planungsprozess ein, so dass diese keinen wesentlichen Einfluss auf den Wirtschaftsplan und die Mittelfristplanung haben. Bestandsgefährdende oder entwicklungsbeeinträchtigende Risiken für die Gesellschaft sind derzeit nicht erkennbar.

Allgemeinen Risiken wie Preisanstiegen für Energie, Material und Personal begegnet die A/V/E mit Preisanpassungen für ihre Produkte, sei es durch Anpassungsklauseln oder über Vertragsgespräche. Lieferengpässe lassen sich derzeit noch durch Alternativlieferanten oder -produkte lösen. Somit lassen sich diese Risiken aus Sicht der A/V/E kontrollieren.

Strategie

Die A/V/E wird auch im Jahr 2024 gemeinsam mit dem Kooperationspartner Cursor Software AG auf der e-world präsent sein, um die neuen digitalen Produkte vorzustellen. Darüber hinaus ist für das Jahr 2024 eine Vielzahl an gemeinsamen Aktivitäten geplant, in denen die von A/V/E bereitgestellten digitalen Kontaktlösungen gemeinsam vermarktet werden sollen. Durch den Partner Cursor Software AG soll die Projektdauer für die Integration dieser Lösungen auf ein Minimum reduziert werden. Dies wurde bereits im Jahr 2023 an mehreren Kunden mit einem positiven Ausgang verprobt. Ziel ist es, diesen Geschäftszweig weiter wachsen zu lassen um einen digitalen, wirtschaftlichen Gegenpol zum klassischen Manpower-Geschäft zu bilden. Dies wird insbesondere mit Hinblick auf die angespannte Lage am Bewerbermarkt zunehmend wichtiger.

Durch die in den letzten Jahren konstant hohe Nachfrage an hochwertigen Dienstleistungen im originären Bestandsgeschäft sowohl für Netz als auch Lieferant, stellt dieser Geschäftszweig weiterhin ein Wachstumsfeld dar. Es ist geplant, hier in beiden Rollen zu wachsen und entsprechend Personal zu gewinnen. Unterstützt wird dies durch die konsequente weitere Digitalisierung von Standardprozessen, um weitere Mitarbeiterkapazität für höherwertige Tätigkeiten nutzen zu können. Die Auswirkungen aus den hinter uns liegenden Krisen haben den Bedarf hierbei nochmals deutlich erhöht. Dadurch erwarten wir insbesondere auch im Bereich Wärmedienstleistungen einen Anstieg an Anfragen.

Aussichten

Für das Geschäftsjahr 2024 weist die Mittelfristplanung ein Betriebsergebnis von 447 T€ aus. Der Effizienzgrad soll mindestens auf dem Niveau von 100 % gehalten werden.

Cives Dienste GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Sitz der Gesellschaft: Äußere Hordorfer Straße 12 06114 Halle (Saale)	Postanschrift: Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)
Rechtsform:	GmbH	
Stammkapital in T€:	25	
Gesellschafter:		T€ %
	Stadtwerke Halle GmbH	<hr style="width: 100%; border: 0.5px solid black;"/> 25 100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung aller Arten von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge und der Infrastrukturentwicklung in und für Gebietskörperschaften, einschließlich der Entwicklung innovativer Leistungsangebote. Zum Gegenstand des Unternehmens gehören auch Werbung, Vertrieb von Waren, Marktbeobachtung, Information, Beratungen und Interessenwahrnehmungen, soweit diese in Zusammenhang mit den vorgenannten Dienstleistungen stehen. Der Unternehmensgegenstand umfaßt auch die Übernahme der Verwaltung und Geschäftsführung als persönlich haftende Gesellschafterin an einer Kommanditgesellschaft.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Gesellschaft erbringt Dienstleistungen im Bereich der Entsorgung von Leichtverpackungen in der Stadt Halle (Saale) sowie die Beratung und Betreuung im Bereich „Ausbildungspool.Halle“, ein Projekt zur Förderung junger Menschen mit sozialen oder individuellen Benachteiligungen. Der von der Gesellschaft verfolgte öffentliche Zweck liegt demnach in der Abfallentsorgung (§ 128 Abs. 2 KVG LSA), der Förderung des Sozialwohls und der Wirtschaft.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Muric, Antje

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2023		2022		2021		Veränderungen 2023 zu 2022	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	1	1	3	4	3	3	-2	-67
Umlaufvermögen	129	99	81	96	93	97	48	59
Bilanzsumme	130	100	84	100	96	100	46	55
Passiva								
Eigenkapital	25	19	25	30	25	26	0	0
Rückstellungen	43	33	28	34	33	34	15	54
Verbindlichkeiten	62	48	31	36	38	40	31	100
Bilanzsumme	130	100	84	100	96	100	46	55

bb) GuV

	2023	2022	2021
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	682	751	672
sonstige betriebliche Erträge	1	0	1
Materialaufwand	64	11	10
Personalaufwand	487	633	545
Abschreibungen	1	3	2
sonstige betriebliche Aufwendungen	93	84	84
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	39	20	32
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	39	20	32
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2023	2022	2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	5,71	2,66	4,81	%
Eigenkapitalrentabilität:	155,95	79,97	129,30	%
Cash-Flow:	40	23	34	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	53	54	52	T€
Personalaufwandsquote:	71,35	84,36	81,04	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,80	4,11	3,24	%
Eigenkapitalquote:	19,20	29,66	25,97	%
Fremdkapitalquote:	80,80	70,34	74,03	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Einsatzstunden Entsorgungsdienste	15.868	16.385	17.314	Stunden

f) Lagebericht

- 1. Grundlagen der Cives Dienste GmbH**
 - 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
 - 1.2. Ziele und Strategien
 - 1.3. Steuerung
 - 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft
- 2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**
 - 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
 - 2.2. Arbeitsmarkt
 - 2.3. Bevölkerungsentwicklung
- 3. Geschäftsverlauf**
 - 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
 - 3.2. Marktbezogene Entwicklung
 - 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
 - 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
 - 3.5. Forschung und Entwicklung
 - 3.6. Personal und Personalentwicklung
- 4. Lage der Gesellschaft**
 - 4.1. Ertragslage
 - 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Kapitalstruktur
 - 4.2.2. Investitionen
 - 4.2.3. Liquidität
 - 4.3. Vermögenslage
 - 4.4. Gesamtaussage
- 5. Chancen- und Risikobericht**
 - 5.1. Risikomanagementsystem
 - 5.2. Chancen und Risiken
 - 5.3. Gesamtbild
- 6. Prognosebericht**
 - 6.1. Umsatzentwicklung
 - 6.2. Investitionen
 - 6.3. Finanzierung
 - 6.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der Cives Dienste GmbH

- 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die Cives Dienste GmbH fungierte im Geschäftsjahr 2023 am Markt als Dienstleister im Bereich der Entsorgungstätigkeit für Leichtverpackungen innerhalb der Stadt Halle (Saale).

Für die Unternehmen der Stadtwerke Halle-Gruppe wurden im Bereich Sicherheitsdienstleistungen Sicherheitsschulungen angeboten bzw. durchgeführt.

Im Geschäftsbereich „Ausbildungspool“ sind die mit dem Geschäftsfeld verbundenen Tätigkeiten am 1. Januar 2023 auf die Stadtwerke Halle GmbH übergegangen.

Eigene Beteiligungen hält die Cives Dienste GmbH nicht.

1.1.2. Geschäftsfelder

Im Bereich der Entsorgungstätigkeit wurde die Gesellschaft mit der Behälterentsorgung für Leichtverpackungen (LVP) beauftragt. Die Gesellschaft strebt eine langfristige Fortsetzung des Geschäftsmodells an, um aus der Gruppe der Stadtwerke heraus konkurrenzfähige Preise für die stark umkämpften Sammelleistungen der Entsorgungsbranche anzubieten.

Das Geschäftsfeld Sicherheitsdienstleistungen, zur Durchführung von Sicherheitsschulungen, wurde im September 2021 implementiert. Die Durchführung von Sicherheitsschulungen zum sicheren Handeln in herausfordernden Kontakt- und Kundensituationen trägt zum Schutz von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Standorten und Unternehmensinteressen bei.

Die Dienstleistungen wurden ausschließlich gegenüber Gesellschaften im Konzernverbund der Stadtwerke Halle GmbH erbracht.

1.2. Ziele und Strategien

Perspektivisch gilt es für die Cives Dienste GmbH, den Geschäftsbereich der Entsorgungstätigkeit für Leichtverpackungen stabil zu gestalten. Diese Dienstleistung wird gegenüber der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH mit dem Anspruch eines hohen Qualitätsniveaus erbracht.

Die Gesellschaft erweiterte ihr Leistungsangebot um die Erbringung von Sicherheitsschulungen. Im Rahmen der Schulungen lernen die Beschäftigten adäquate Strategien und Methoden zum deeskalierenden und gewaltfreien Verhalten in Konflikt- und Bedrohungssituationen kennen, entwickeln und festigen geeignete Reaktions- und Verhaltensweisen, stärken ihre Wahrnehmungskompetenzen und sind in der Lage, Gewaltsituationen zu erkennen und zu benennen. Dies führt u. a. zu einer Stärkung des Sicherheitsempfindens. Gleichzeitig wird auf Seiten des jeweiligen Unternehmens mit der Durchführung gesetzlichen Anforderungen und Vorschriften (z. B. BG-Vorschriften zur Gewaltprävention) zum Arbeitsschutz entsprochen.

Die Cives Dienste GmbH setzt bei der Ausführung kaufmännischer und verwaltungstechnischer Aufgaben auf die vertragliche Vergabe im Konzernverbund.

1.3. Steuerung

Die interne Organisation der Cives Dienste GmbH ist in die Struktureinheiten Entsorgung, Sicherheitsdienstleistungen und Geschäftsführung gegliedert.

Im Rahmen der vertraglichen Vergabe der kaufmännischen und verwaltungstechnischen Leistungen an die Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH werden, die in der Wirtschaftsplanung getroffenen Annahmen und Kennzahlen einer monatlichen Überprüfung unterzogen, um somit zeitnah Gegenmaßnahmen einleiten zu können.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Im Geschäftsjahr 2023 lagen neben der Veränderung im Geschäftsbereich „Ausbildungspool“ keine weiteren wesentlichen Veränderungen der Gesellschaft vor.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die trotz der jüngsten Rückgänge nach wie vor hohen Preise auf allen Wirtschaftsstufen dämpften die Konjunktur Deutschlands in 2023. Ebenso beeinflussten ungünstige Finanzierungsbedingungen, durch steigende Zinsen und eine geringere Nachfrage aus dem In- und Ausland, die konjunkturelle Entwicklung. Hinzu gekommen sind neue geopolitische Unsicherheiten durch den Krieg im Nahen Osten ab Oktober 2023. Insgesamt konnte sich dadurch die Erholung der deutschen Wirtschaft vom tiefen Einbruch im Corona-Jahr 2020 nicht weiter fortsetzen.

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) Deutschlands sank nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes in 2023 um 0,3 % im Vergleich zum Vorjahr. In Sachsen-Anhalt betrug der Rückgang im ersten Halbjahr 2023 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr 3,2 % und fiel damit deutlich stärker als der Durchschnitt aller Bundesländer aus (deutschlandweit -0,3 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Die schwache Konjunktur ist ebenfalls nicht spurlos am Arbeitsmarkt vorübergegangen. Dennoch behauptet sich der Arbeitsmarkt angesichts des Ausmaßes an Belastungen und Unsicherheiten nach wie vor gut. Nach Informationen der Bundesagentur für Arbeit sind Erwerbstätigkeit und Beschäftigung so hoch wie nie zuvor und auch 2023 zählt zu den Jahren mit der niedrigsten Arbeitslosigkeit seit der Wiedervereinigung. Die Arbeitslosenquote stieg in Deutschland gegenüber dem Vorjahr um +0,4 Prozentpunkte auf 5,7 %, in Sachsen-Anhalt auf 7,5 % (Vorjahr 7,1 %).

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum 31. Dezember 2023 einen Einwohnerstand von 244.501 (Vorjahr 244.099) aus. Damit konnte die Stadt zum dritten Mal in Folge einen leichten Zuwachs gegenüber dem Vorjahr verzeichnen.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Die Leistungskapazität der Gesellschaft war durch die vorhandenen Verträge mit der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH zur Erbringung von Entsorgungsleistungen und weiteren Unternehmen des Konzern-Verbundes zur Durchführung von Sicherheitsschulungen fixiert.

Eine Akquise von zusätzlichen Aufträgen war auf operativer Leistungsebene im Bereich Entsorgung mit den derzeitigen Leistungskapazitäten nicht realisierbar. Eine Akquise von zusätzlichen Aufträgen im Bereich Sicherheitsschulungen war aufgrund des krankheitsbedingten Ausfalls des eigenen Dozenten nicht möglich.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Durch die in der Vergangenheit erfolgreiche Teilnahme der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH an der Leistungsvergabe der Entsorgungstätigkeit für Leichtverpackungen im Auftrag der Stadt Halle (Saale) sieht sich die Gesellschaft in ihrem Dienstleistungsansatz bestätigt. Die Vergabeergebnisse zeigen die Bedeutung der Gesellschaft für ein marktfähiges Niveau der privatwirtschaftlichen Entsorgung in der Stadt Halle (Saale).

Die Marktbedingungen der Cives Dienste GmbH sind im Rahmen der operativen Leistungserbringung stabil. Dennoch kann nur eine konsequente Marktausrichtung der Gesellschaft das Geschäft und den gegebenen Leistungsumfang sichern. Im gesamten Bereich der Daseinsvorsorge ist es notwendig, für ein erfolgreiches Agieren eine hohe Flexibilität zu beweisen.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Besondere politische und rechtliche Entwicklungen im Rahmen des Wirkens der Gesellschaft sind nicht bekannt.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Die Gesellschaft strebt die langfristige Fortsetzung des Geschäftsmodells im Bereich der Entsorgungsdienstleistungen an, um aus der Gruppe der Stadtwerke heraus konkurrenzfähige Preise für die stark umkämpften Sammelleistungen der Entsorgungsbranche anzubieten. Für den Bereich Sicherheitsdienstleistungen strebt die Gesellschaft die langfristige Etablierung in den Unternehmen der Stadtwerke Halle an, um so zum Schutz von Mitarbeitenden, Standorten, Unternehmensinteressen sowie unserer Kundinnen und Kunden beizutragen.

3.5. Forschung und Entwicklung

Der Unternehmenszweck der Gesellschaft ist ausschließlich durch die Erbringung von Dienstleistungen bestimmt. Investitionen in Forschung und Entwicklung werden somit nicht getätigt.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2023 hat die Cives Dienste GmbH einen Personalstand von 13 Beschäftigten und 1 Auszubildenden zu verzeichnen. Prinzipiell orientierte sich die Personalarbeit des Unternehmens am Grundsatz, die freiwerdenden Stellen unverzüglich wiederzubesetzen.

Im Geschäftsjahr 2023 war im Bereich der Entsorgungsdienstleistungen ein durchschnittlicher Krankenstand in Höhe von 15,14 % inklusive und 12,37 % exklusive Langzeitkranke zu verzeichnen. Zur Kompensation der krankheitsbedingten Ausfälle war ein Rückgriff auf den temporären Einsatz von Leiharbeitskräften jedoch nicht erforderlich.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Im Bereich der Entsorgungsdienstleistungen für Leichtverpackungen ist eine Steigerung der Umsatzerlöse in Höhe von 41,9 TEUR (2022: 549,0 TEUR; 2023: 590,9 TEUR) zu verzeichnen. Im Vergleich zum Vorjahr sank die Arbeitsleistung im Bereich der Entsorgungsdienstleistungen auf eine Gesamtleistung von 15.868 Arbeitsstunden. Dies entspricht einem Rückgang um 518 Arbeitsstunden.

Im Geschäftsbereich „Ausbildungspool“ sind die mit dem Geschäftsfeld verbundenen Tätigkeiten am 1. Januar 2023 auf die Stadtwerke Halle GmbH übergegangen. Die Umsatzerlöse aus der Erbringung von Dienstleistungen im Rahmen des Geschäftsbereiches „Ausbildungspool“ (Betreuung der in 2023 noch verbleibenden Auszubildenden) belaufen sich zum 31. Dezember auf 37 TEUR und liegen somit 150,8 TEUR unter dem Vorjahr.

Im Rahmen des Geschäftsfeldes Sicherheitsdienstleistungen konnten Erlöse in Höhe von 54,4 TEUR und somit 40,4 TEUR mehr als im Vorjahr erzielt werden.

Der Materialaufwand und Aufwand für bezogene Leistungen verzeichnete im Vergleich zum Vorjahr eine signifikante Zunahme auf 64,0 TEUR (2022: 11,0 TEUR). Begründet ist dies durch einen erhöhten Bedarf an externen Trainerleistungen zur Abdeckung der angeforderten Sicherheitsschulungen im Bereich der Sicherheitsdienstleistungen (2022: 4,1 TEUR; 2023: 53,0 TEUR).

Der Personalaufwand sank von 633,5 TEUR im Geschäftsjahr 2022 auf 487,0 TEUR im Geschäftsjahr 2023. Die Belegschaft im Geschäftsjahr 2022 betrug im Jahresdurchschnitt 19,2 Personen, wobei im Geschäftsjahr 2023, insbesondere aufgrund der eingestellten Tätigkeit im Bereich „Ausbildungspool“, eine Belegschaft von im Jahresdurchschnitt 14,3 Personen (Veränderung: -5,0 Personen) zu verzeichnen ist.

Im Bereich der sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen die Werte im Geschäftsjahr 2023 mit 92,8 TEUR über Vorjahresniveau (2022: 84,0 TEUR). Die Hauptkostenfaktoren im Bereich der sonstigen betrieblichen Aufwendungen bestehen aus Aufwendungen für Shared-Service-Leistungen im Rahmen der kaufmännischen Betriebsführung, für Beratung und Gutachten sowie für Aus- und Fortbildungen. Im Vergleich zum Vorjahr resultiert die Kostensteigerung hauptsächlich durch höhere Revisionskosten und höhere Kosten im Bereich Aus- und Fortbildung.

Alle genannten Entwicklungen an Ertrag und Aufwendungen münden in einem Ergebnis vor Gewinnabführung in Höhe von 39,0 TEUR. Damit wurde das geplante Jahresergebnis in Höhe von 13,8 TEUR um 25,2 TEUR überschritten und liegt 19,0 TEUR über Vorjahr.

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

Die Kapitalstruktur der Gesellschaft ist im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant. Aufgrund des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages mit der Gesellschafterin verändert sich das Eigenkapital nicht und beträgt analog dem Vorjahr 25,0 TEUR.

Unter den Rückstellungen in Höhe von 42,9 TEUR werden Verpflichtungen für die Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses (12,2 TEUR; Vorjahr 13,7 TEUR), Personalarückstellungen (29,9 TEUR, Vorjahr 13,6 TEUR), Rückstellungen für die ausstehende Rechnungen (0,3 TEUR; Vorjahr 0,4 TEUR) sowie Rückstellungen für die Anwartschaft auf Dienstjubiläen (0,5 TEUR, Vorjahr 0,9 TEUR) abgebildet.

Die Verbindlichkeiten setzen sich aus Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung gegenüber Dritten (17,1 TEUR; Vorjahr: 3,9 TEUR), Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (2,2 TEUR, Vorjahr 0,5 TEUR) und sonstigen Verbindlichkeiten (4,0 TEUR, Vorjahr 6,1 TEUR) zusammen. Ferner bestehen Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin im Rahmen der Ergebnisabführung i. H. v. 39,0 TEUR (Vorjahr 20,0 TEUR).

4.2.2. Investitionen

Im Geschäftsjahr 2023 wurden keine Investitionen getätigt.

4.2.3. Liquidität

Die Liquidität der Gesellschaft war im Berichtsjahr unter Einhaltung der internen Cash Pool-Kreditlinie gegeben.

4.3. Vermögenslage

In der folgenden Übersicht sind die Posten der Bilanz zum 31.12.2023 nach wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten zusammengefasst und den entsprechenden Bilanzposten zum Vorjahr gegenübergestellt.

Vermögensstruktur	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung
	in TEUR	in TEUR	in TEUR
Anlagevermögen	1,1	3,5	-2,4
Langfristig gebundenes Vermögen	1,1	3,5	-2,4
Forderung verb. Unternehmen (LuL)	49,8	44,1	+5,7
Forderung verb. Unternehmen (CP)	75,4	32,6	+42,8
Sonstige Vermögensgegenstände	3,9	4,1	-0,2
Kurzfristig gebundenes Vermögen	129,1	80,8	+48,3
Gesamtvermögen	130,2	84,3	+45,9
Kapitalstruktur	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung
	in TEUR	in TEUR	in TEUR
Eigenkapital	25,0	25,0	0,0
Langfristiges Kapital	25,0	25,0	0,0
Rückstellungen	43,0	28,7	+14,3
Verbindlichkeiten aus LuL	17,1	3,9	+13,2
Verbindlichk. verb. Unternehmen (LuL)	1,3	0,4	+0,9
Verbindlichk. verb. Unternehmen (EAV)	39,0	20,0	+19,0
Verbindlichk. verb. Unternehmen (Steuer)	0,8	0,2	+0,6
Übrige Verbindlichkeiten	4,0	6,1	-2,1
Kurzfristiges Kapital	105,2	59,3	+45,9
Gesamtkapital	130,2	84,3	+45,9

Im Bereich des Anlagevermögens führten die ausstehenden Investitionen des Geschäftsjahres unter Ansatz der Abschreibungen des Geschäftsjahres zum 31. Dezember 2023 zu einem Bilanzausweis von 1,1 TEUR. Das Umlaufvermögen ist stark durch die Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen geprägt und liegt mit einem Betrag von 129,1 TEUR um 48,3 TEUR über dem Vorjahreswert. Das Gesamtvermögen der Gesellschaft beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 130,2 TEUR (Vorjahr: 84,3 TEUR).

Auf der Passivseite der Bilanz ist zunächst von einem konstanten Eigenkapital in Höhe der Stammeinlage (25,0 TEUR) zu berichten. Die Rückstellungen zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2023 zeigen eine Steigerung zum Vorjahr von +14,3 TEUR und weisen einen Wert in Höhe von 43,0 TEUR auf. Zum Bilanzstichtag weist die Gesellschaft Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 1,3 TEUR (Vorjahr: 0,4 TEUR), Verbindlichkeiten aus Steuern in Höhe von 0,8 TEUR (Vorjahr: 0,2 TEUR), Verbindlichkeiten aus Ergebnisabführung in Höhe von 39,0 TEUR (Vorjahr: 20,0 TEUR) und Sonstige Verbindlichkeiten von 4,0 TEUR (Vorjahr: 6,1 TEUR) aus.

Des Weiteren weist die Gesellschaft Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegenüber Dritten in Höhe von 17,1 TEUR aus (Vorjahr 3,9 TEUR) aus.

Insgesamt ist die Bilanzsumme im Vergleich zum Vorjahr um 45,9 TEUR von 84,3 TEUR auf 130,2 TEUR in dieser Berichtsperiode gestiegen.

4.4. Gesamtaussage

Die Gesellschaft konnte im Vergleich zum Vorjahr ihr Ergebnis vor Gewinnabführung an ihre Gesellschafterin verbessern. Wies die Gesellschaft im Vorjahr ein Ergebnis vor Gewinnabführung in Höhe von 20,0 TEUR aus, konnte die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2023 ein Ergebnis vor Gewinnabführung von 39,0 TEUR erwirtschaften (+19,0 TEUR). Gründe dafür liegen unter anderem an geringeren Personalkosten, die sich durch überplanmäßige Gehaltskostenrückerstattungen durch Krankenkassen, der dauerhaften Erkrankung des Dozenten und ruhender Arbeitsverhältnisse erklären lassen.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

In der Stadtwerke Halle - Gruppe findet ein konzern einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Dieses gruppenweite, bereichsübergreifende System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

5.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31. Dezember 2023 wurden für das Jahr 2024 bei der Cives Dienste GmbH insgesamt 11 Risiken ermittelt (Vorjahr 11) und 4 Chancen (Vorjahr 4). Unter diesen Risiken lässt sich insgesamt kein Einzelrisiko den Gruppen 1 und 2 zuordnen, da sie mit ihren Eintrittswahrscheinlichkeiten und ihren Schadenshöhen aus Sicht der übergeordneten SWH-Gruppe eine nachrangige Bedeutung einnehmen.

Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden, bestehen nicht. Entsprechend der Risikomatrix bestehen vorrangig Risiken im Zusammenhang mit der Absatzleistung im Bereich der Entsorgungsdienstleistungen und Sicherheitsschulungen. Verschiedenste Gründe, wie krankheitsbedingte Ausfälle oder die schleppende Neubesetzung offener Stellen, führen zu einer Reduzierung der Leistungskapazität der Gesellschaft. Generell wird die Abhängigkeit von der Gesellschafterin sowie den Unternehmen im Konzernverbund in Bezug auf die Abnahme der durch die Cives Dienste GmbH angebotenen Leistungen als Risiko angesehen.

5.3. Gesamtbild

In Auswertung der festgelegten Risikofelder sind keine den Fortbestand der Gesellschaft gefährdenden Risiken bekannt.

6. Prognosebericht

6.1. Umsatzentwicklung

Für das Geschäftsjahr 2024 plant die Gesellschaft mit Umsatzerlösen in Höhe von 728,7 TEUR.

Auf Grund der gegebenen Dienstleistungsverträge und Kapazitäten für die betriebliche Leistungserbringung sind dem Bereich Transportdienstleistung für LVP-Sammlung 679,2 TEUR zugeordnet. Die Umsatzerlöse des Geschäftsbereiches steigen bis zum Geschäftsjahr 2028 auf 742,5 TEUR an.

Im Geschäftsbereich Ausbildung plant die Gesellschaft für das Jahr 2024 noch mit Umsatzerlösen in Höhe von 18,0 TEUR. Diese umfassen das betriebliche Ausbildungsengagement. Für die Folgejahre plant die Gesellschaft noch bis zum Sommer 2025 mit Umsatzerlösen im Bereich Ausbildung, da das Ausbildungsverhältnis nach Verlängerung planmäßig im Sommer 2025 enden wird.

Für die Durchführung von Sicherheitsschulungen plant die Gesellschaft für das Geschäftsjahr 2024 mit Umsatzerlösen in Höhe von 31,5 TEUR. Nach Etablierung der Dienstleistung strebt die Gesellschaft für die Folgejahre Umsatzerlöse zwischen 62,0 TEUR (Geschäftsjahr 2025) und 80,6 TEUR (Geschäftsjahr 2028) an.

6.2. Investitionen

Geplante Investitionen umfassen ausschließlich den Ausbau der technischen Infrastruktur im Rahmen der operativen Leistungserbringung. Der Investitionsbedarf der Gesellschaft beläuft sich im Geschäftsjahr 2024 auf 4,0 TEUR. In den Folgejahren plant die Gesellschaft ebenfalls mit einer jährlichen Investitionssumme von 4,0 TEUR.

6.3. Finanzierung

Etwas notwendige Investitionen können aufgrund der guten Liquidität aus eigenen Mittel abgedeckt werden.

6.4. Ergebniserwartung

Eine solide Leistungserbringung im Geschäftsjahr 2024 soll der Cives Dienste GmbH ein positives Ergebnis vor Gewinnabführung in Höhe von 6,9 TEUR bringen. Auch in den Folgejahren strebt die Gesellschaft nach einer Bestätigung ihres Ergebnispotenzials.

Container Terminal Halle (Saale) GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Am Saalehafen 1
06118 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:	T€	%
Stadtwerke Halle GmbH	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist das Betreiben des Containerterminals und der Hafenanlagen in Halle-Trotha einschließlich aller damit zusammenhängenden Dienstleistungen, die Organisation von Zugverkehren sowie die Durchführung von Gütertransporten im Vor- und Nachlauf des kombinierten Verkehrs im Einzugsbereich der Stadt Halle (Saale) und des Saalekreises.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Der öffentliche Zweck der Gesellschaft ist in der Standortsicherung und Wirtschaftsförderung sowie der Bereitstellung öffentlicher Infrastruktur für den Warenverkehr zu sehen. Eingebunden in den Betrieb der Hafenanlagen und an die Straße stellt der Betrieb des Containerterminals die trimodale Schnittstelle der Transportwege Wasserstraße, Schiene und Straße dar.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Haschke, Andreas
Winkler, Torsten

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2023		2022		2021		Veränderungen 2023 zu 2022	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	1.031	21	891	24	1.068	34	140	16
Umlaufvermögen	3.945	78	2.851	75	2.065	65	1.094	38
Rechnungsabgrenzungsposten	37	1	32	1	29	1	5	16

Bilanzsumme	5.013	100	3.774	100	3.162	100	1.239	33
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	290	6	290	8	290	9	0	0
Sonderposten für Investitionszulagen	0	0	5	0	10	0	-5	-100
Rückstellungen	168	3	240	6	194	6	-72	-30
Verbindlichkeiten	4.555	91	3.239	86	2.668	85	1.316	41

Bilanzsumme	5.013	100	3.774	100	3.162	100	1.239	33
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	-----------

bb) GuV

	2023	2022	2021
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	14.724	17.805	15.459
sonstige betriebliche Erträge	324	383	745
Materialaufwand	9.296	11.456	9.803
Personalaufwand	3.705	3.496	3.195
Abschreibungen	342	302	299
sonstige betriebliche Aufwendungen	3.341	2.968	3.046
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	98	44	30
Ergebnis nach Steuern	-1.734	-78	-169
sonstige Steuern	34	35	34
Erträge aus Verlustübernahmen	1.768	113	203
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2023	2022	2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-12,01	-0,64	-1,31	%
Eigenkapitalrentabilität:	-610,02	-39,03	-69,87	%
Cash-Flow:	-1.426	189	96	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	193	219	210	T€
Personalaufwandsquote:	24,62	19,22	19,71	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	20,25	22,80	32,72	%
Eigenkapitalquote:	5,78	7,68	9,17	%
Fremdkapitalquote:	94,22	92,32	90,83	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Containerumschlag	43.456	60.587	78.349	TEU
Güterverkehrsleistung gesamt	826.944	1.169.240	1.403.427	t
Hafenbahn	336.141	486.266	552.572	t
Straßengüterverkehr	490.803	682.973	850.855	t

f) Lagebericht

1. Grundlagen der Container Terminal Halle (Saale) GmbH

- 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
- 1.2. Ziele und Strategien
- 1.3. Steuerung
- 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

- 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
- 2.2. Arbeitsmarkt
- 2.3. Bevölkerungsentwicklung

3. Geschäftsverlauf

- 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
- 3.2. Marktbezogene Entwicklung
- 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
- 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
- 3.5. Forschung und Entwicklung
- 3.6. Personal und Personalentwicklung

4. Lage der Gesellschaft

- 4.1. Ertragslage
- 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Kapitalstruktur
 - 4.2.2. Investitionen
 - 4.2.3. Liquidität
- 4.3. Vermögenslage
- 4.4. Gesamtaussage

5. Chancen- und Risikobericht

- 5.1. Risikomanagementsystem
- 5.2. Chancen und Risiken
- 5.3. Gesamtbild

6. Prognosebericht

- 6.1. Umsatzentwicklung
- 6.2. Entwicklung des Aufwands
- 6.3. Investitionen
- 6.4. Finanzierung
- 6.5. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der Container Terminal Halle (Saale) GmbH

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die CTHS ist als Infrastrukturbetreiber und Dienstleister in den Bereichen Güterumschlag und Güterverkehr tätig. Der Fokus unseres Leistungsangebotes liegt auf den landseitigen Verkehrsträgern Schiene und Straße. Neben dem Umschlag von Schütt-, Stück- und Flüssiggütern ist Tätigkeitsschwerpunkt die Abwicklung Kombierter Verkehre (KV) im Seehafen-Hinterland-Verkehr. Trotz einer im Jahresvergleich rückläufigen Umschlagmenge ist die CTHS das größte öffentliche Container-Terminal im Land Sachsen-Anhalt und nimmt bei den deutschen Binnenhäfen mit einem Umschlagsvolumen von bis zu 100.000 TEU (Twenty Feet Equivalent Unit) unverändert einen vorderen Platz ein.

Neben den genannten Leistungsbereichen vermietet und verpachtet die Gesellschaft auch Liegenschaften und Infrastruktureinrichtungen und erbringt damit im Zusammenhang stehende Dienstleistungen.

Mit dem über 9 km langen Gleisnetz ist die CTHS gemäß Allgemeinem Eisenbahngesetz (AEG) auch Serviceeinrichtung. Damit bieten wir – in Verbindung mit unserem direkten Anschluss an das Netz der Deutschen Bahn AG – für jeden Zugangsberechtigten einen diskriminierungsfreien Zugang zu öffentlichen Eisenbahninfrastrukturen an.

1.1.2. Geschäftsfelder

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft gliedert sich intern in die fünf Bereiche

- Containerumschlag,
- Dispositive Leistungen,
- Bahnleistungen,
- Infrastruktur und Ansiedlungen,
- Schiffsverkehr.

Das Leistungsbild **Containerumschlag** umfasst das Handling und die Depotverwaltung von standardisierten See-Containern über das CTHS im Kombinierten Verkehr Schiene-Straße und umgekehrt.

Der wesentliche Leistungsinhalt der **Dispositiven Leistungen** ist die Organisation von komplexen Transportketten im Kombinierten Verkehr zwischen Überseehafen und Kunde. Hierbei werden Leistungen Dritter im Zug- und Lkw-Verkehr in Anspruch genommen. Im Lkw-Nach- und -Vorlauf zwischen CTHS und Kunden kommen auch eigene Lkw zum Einsatz.

Unter den **Bahnleistungen** werden der Betrieb der Gleisinfrastruktur einschließlich Nebenanlagen und die Erbringung sämtlicher bahnseitiger Dienstleistungen abgebildet. Hierzu zählen u. a. die Erbringung von Zugleistungen/Traktionen und Rangierleistungen.

Die Leistungsbilder im Bereich **Infrastruktur und Ansiedlungen** umfassen – neben der Unterhaltung der Infrastrukturen – die Vermietung und Verpachtung von Flächen und Büros, den Verkauf von Dieselmotoren an gewerbliche Dritte (Straßen- und Bahn-Fahrzeuge) sowie Umschlagsleistungen (z.B. Verriegelung von Straßenfahrzeugen Dritter, Verriegelung von Übersee-Containern gemäß SOLAS-Richtlinie (International Convention for the Safety of Life at Sea) der Vereinten Nationen).

Der **Schiffsverkehr** umfasst sämtliche schiffsbezogene Infrastruktur. Das Leistungsbild beinhaltet im Wesentlichen die Unterhaltung der vorgenannten Strukturen sowie den Umschlag von Schiffsgütern.

Aufgrund der unwirtschaftlichen und nicht planbaren Schifffahrtsbedingungen auf der Saale und anschließenden Elbe sind in den letzten Jahren hier kaum Leistungen erbracht worden.

1.2. Ziele und Strategien

Das Geschäftsjahr 2023 war von einem ausgeprägten Rückgang der zu transportierenden Übersee-Container-Mengen beeinflusst. Die noch im Frühjahr für den weiteren Jahresverlauf erwartete positivere Wirtschaftsentwicklung hat sich nicht eingestellt. Es ist vielmehr ein weiterer Rückgang der wirtschaftlichen Entwicklung und der damit verbundenen Transportmengen zu verzeichnen gewesen, der nach derzeitiger Einschätzung der Industrie und der Transportbranche auch bis ins Jahr 2024 hinein anhalten wird.

Daher mussten die Leistungen im Kombinierten Verkehr im gesamten Jahr in einem flexiblen, auf die Container-Mengen angepassten operativen Transportsystem durchgeführt werden.

Trotz dieser Rahmenbedingungen ist es im Bereich des Container-Terminal-Betriebes weiterhin Zielstellung, die vorhandene Infrastruktur auszubauen. Nur damit kann die Grundlage geschaffen werden, den Systemen des Kombinierten Verkehrs weitere Mengen zuführen zu können. Dies ist notwendig, um Gütermengen von der Straße auf die Schiene zu verlagern und damit die Dekarbonisierung des Güterverkehrs zu befördern. Nicht zuletzt wird damit auch das Ziel verfolgt, die praktischen Abläufe im Bereich der Terminal-Dienstleistungen abzusichern und ein hohes Maß an Verlässlichkeit und Effizienz zu gewährleisten.

1.3. Steuerung

Die Organisationsstruktur des Unternehmens ist vergleichsweise flach gehalten. Neben der Geschäftsführung ist das Unternehmen in die Bereiche Logistik und kaufmännische Verwaltung bzw. Hafenleitung unterteilt. Der Bereich Logistik, dem etwa 90 % der Mitarbeiter zuzuordnen sind, umfasst die gesamten Tätigkeiten für Containerumschlag, **Dispositive Leistungen** (einschließlich Lkw-Verkehr) sowie **Bahnleistungen**. Wesentliche Zielstellung bleibt es, die Prozesse weiter zu beschleunigen und dabei zeitgemäß und effektiv zu gestalten. Die Planungen zur Unternehmensentwicklung (jährlicher Wirtschaftsplan, Mittelfristplanung für vier Folgejahre), monatliche Berichterstattung, das Controlling sowie das Risikomanagement erfolgen nach den vom Gesellschafter vorgegebenen Parametern und werden im Wesentlichen durch den kaufmännischen Bereich realisiert. Die Buchhaltung erfolgt vertraglich gebunden im verbundenen Unternehmen Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (HWS). Das weiterhin hohe Abrechnungsvolumen konnte mit einer konstant gehaltenen Zahl von Mitarbeitern bewältigt werden. Effizienzeffekte sollen zukünftig beispielsweise durch die Teilautomatisierung der Prozesse der Rechnungsbearbeitung angestrebt werden. Die notwendigen konzeptionellen Arbeiten wurden 2023 finalisiert. Eine Implementierung des Workflows erfolgte im Januar 2024.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Das Geschäftsjahr 2023 war durch die globalen Entwicklungen mit signifikanten Auswirkungen insbesondere an den Beschaffungsmärkten für Energie, Kraftstoffe und Dienstleistungen bestimmt. Hinzu kamen die weiter anhaltenden Einflüsse durch die Afrikanische Schweinepest (ASP), die den Kühlcontainer-Export wie schon in den letzten Jahren fast zum Erliegen brachten. Im Hinblick auf die noch nicht absehbaren Auswirkungen der weltwirtschaftlichen Veränderungsprozesse und der damit einhergehenden Veränderung der strukturellen Leistungserbringung bei unseren Auftraggebern haben die Veränderungsprozesse an Fahrt aufgenommen und uns ein noch höheres Maß an Flexibilität abverlangt.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die trotz der jüngsten Rückgänge nach wie vor hohen Preise auf allen Wirtschaftsstufen dämpften die Konjunktur Deutschlands in 2023. Ebenso beeinflussten ungünstige Finanzierungsbedingungen durch steigende Zinsen und eine geringere Nachfrage aus dem In- und Ausland die konjunkturelle Entwicklung. Hinzu gekommen sind neue geopolitische Unsicherheiten durch den Krieg im Nahen Osten ab Oktober 2023. Insgesamt konnte sich dadurch die Erholung der deutschen Wirtschaft vom tiefen Einbruch im Corona-Jahr 2020 nicht weiter fortsetzen.

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) Deutschlands sank nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes in 2023 um 0,3 % im Vergleich zum Vorjahr. In Sachsen-Anhalt betrug der Rückgang im ersten Halbjahr 2023 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr 3,2 % und fiel damit deutlich stärker als der Durchschnitt aller Bundesländer aus (deutschlandweit -0,3 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Die schwache Konjunktur ist ebenfalls nicht spurlos am Arbeitsmarkt vorübergegangen. Dennoch behauptet sich der Arbeitsmarkt angesichts des Ausmaßes an Belastungen und Unsicherheiten nach wie vor gut. Nach Informationen der Bundesagentur für Arbeit sind Erwerbstätigkeit und Beschäftigung so hoch wie nie zuvor und auch 2023 zählt zu den Jahren mit der niedrigsten Arbeitslosigkeit seit der Wiedervereinigung. Die Arbeitslosenquote stieg in Deutschland gegenüber dem Vorjahr um +0,4 Prozentpunkte auf 5,7 %, in Sachsen-Anhalt auf 7,5 % (Vorjahr 7,1 %).

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum 31. Dezember 2023 einen Einwohnerstand von 244.501 (Vorjahr 244.099) aus. Damit konnte die Stadt zum dritten Mal in Folge einen leichten Zuwachs gegenüber dem Vorjahr verzeichnen.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Neben den weltweiten Logistikproblemen und den stark rückläufigen Kühlcontainer-Exporten infolge der Afrikanischen Schweinepest hatten die fortgesetzten Krisen an den Energie- und Kraftstoffmärkten nachhaltig negative Auswirkungen auf unsere Geschäftsabläufe. Trotz einzelner Akquisitionserfolge in den konventionellen Container-Segmenten musste die Anzahl der Rundläufe Hamburg-CTHS-Hamburg regelmäßig angepasst werden und blieb sowohl unter dem Planansatz als auch dem Vorjahresniveau.

Die vor fünf Jahren begonnenen und im August 2022 zum Erliegen gekommenen regelmäßigen Zugverkehre zwischen Rostock und dem CTHS mit einem Ganzzug je Woche und Richtung wurden aufgrund von anhaltenden Absatzproblemen des Geschäftspartners durch Produktionseinschränkungen der regionalen chemischen Industrie im Jahr 2023 nicht wiederaufgenommen.

Die bahnseitigen Leistungen für das am Standort befindliche Bioölwerk wurden auf niedrigem Niveau fortgeführt.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Die Marktsituation in der Logistik und insbesondere im Segment des Kombinierten Verkehrs (KV) hat sich im gesamten Jahr 2023 angespannt dargestellt. Die Wirtschaftsleistung des Nordeuropäischen Wirtschaftsraumes und insbesondere Deutschlands hat sich nicht wie erhofft konsolidiert, sondern war weiter rückläufig. Die noch im Frühjahr für den weiteren Jahresverlauf erwartete positivere Wirtschaftsentwicklung und Container-Umschlags-Entwicklung hat sich nicht eingestellt. Es war vielmehr europa- und deutschlandweit ein stetiger Rückgang der Transportmengen zu verzeichnen. Hinzu kamen Preissteigerungen bei den Transportkosten insbesondere durch die seitens der Bahntochter DB Energie GmbH aufgerufenen signifikant höheren Bahnstromkosten. Durch sinkende Dieselpreise stand der Kombinierte Verkehr auch wieder verstärkt im Wettbewerb zum Lkw.

Auch zum Jahresende 2023 zeigte die Marktsituation in der Logistik und insbesondere im Segment des Kombinierten Verkehrs (KV) weiter keine positiven Entwicklungstendenzen. Nach dem Logistik-Indikator der Bundesvereinigung Logistik (BVL) e.V. hat sich die Geschäftslage im 4. Quartal 2023 gegenüber dem Vorquartal nochmals deutlich verschlechtert und der Geschäftsklima-Indikator sank auf 79,7 Indexpunkte. Für die nächsten sechs Monate wird in der Branche mehrheitlich mit Geschäftsrückgängen gerechnet. Im Vergleich zu den Vorjahren hat die Preissensibilität des Marktes stark zugenommen und bereits Ende 2023 zu negativen Preisentwicklungen geführt.

Trotz erfolgreicher Akquisition von Neukunden lagen die Umsatzerlöse in der Kernsparte Dispositive Leistungen aufgrund der Marktsituation mit rückläufigen und unterdurchschnittlichen Mengen unter denen des Vorjahres und unter den Erwartungen für das laufende Geschäftsjahr.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Die gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich im abgelaufenen Geschäftsjahr weiter spürbar verändert. Die wirtschaftspolitischen Entwicklungen, wie z.B. die hohe Inflation und auch die in Zusammenhang stehenden Leistungsdefizite von Auftraggebern und Auftragnehmern erschweren die Planbarkeit von Logistiksystemen zusehends.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Als öffentliches Terminal des Kombinierten Verkehrs und Dienstleister im Logistikbereich ist die Gesellschaft in einem sehr wettbewerbsintensiven Wirtschaftsbereich tätig. Um dauerhaft Mengen und Leistung aufrecht zu erhalten, ist es daher notwendig, einerseits den wachsenden Kundenbedürfnissen flexibel und effizient gerecht zu werden. Andererseits ist die Akquisition von Neukunden und auch ein tieferer Einstieg in die Wertschöpfungskette der Logistik für die Steigerung des Unternehmenserfolgs von großer Bedeutung. Für alle diese Erfolgsfaktoren sind kontinuierliche Mengenströme eine wesentliche Voraussetzung.

So übernimmt die Gesellschaft neben den Umschlagleistungen im Terminal auch die Organisation komplexer Transportketten Überseehafen-Kunde und umgekehrt (Dispositive Leistungen). In den Bereichen **Containerumschlag** und **Dispositive Leistungen** erreichte die CTHS im Jahr 2023 einen Umsatz von 13.701 T€ (Vorjahr 16.784 T€).

Die für den Unternehmenserfolg signifikanten operativen Aufwandsposten betreffen die Kosten für Kraft- und Schmierstoffe sowie Fremdleistungen (Erbringung von Zug- und Lkw-Verkehren durch Dritte). Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind Kosten für Mieten, Reparatur- und Instandhaltungskosten sowie Versicherungskosten zu nennen.

3.5. Forschung und Entwicklung

Prozesse im Rahmen der Effizienzsteigerung auf sinnvolle Digitalisierungsmöglichkeiten hin zu überprüfen, war auch im Jahr 2023 einer der organisatorischen Schwerpunkte. Zwei grundlegende Erkenntnisse der Entwicklungen sind, dass die Prozessanalyse im Sinne des Proof of value entscheidend für den Erfolg eines digitalisierten Prozesses ist und außerdem über deren Akzeptanz bei den Anwendern bestimmt. Problematisch bleiben die zur Verfügung stehenden Entwicklerressourcen. Die die Gesellschaft begleitenden externen IT-Unternehmen sind nach wie vor kaum noch in der Lage, verlässliche Angaben über Ressourcen oder Umsetzungszeiträume zu geben. Dies wird mittel- bis langfristig weiterhin das größte Hindernis darstellen, sich die Möglichkeiten der Prozessdigitalisierung zu Nutze zu machen und eine positive Akzeptanz zu erzeugen.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Alle Aufgaben konnten im Rahmen der organisatorischen Belange bewältigt werden. Der Personalstamm konnte in 2023 gefestigt und an die Leistungsvolumina angepasst werden.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Die CTHS GmbH erzielte im Jahr 2023 Umsatzerlöse in Höhe von 14.723,7 T€ (Vorjahr: 17.805,1 T€). Mit 13.557,1 T€ (Vorjahr: 16.435,8 T€) hatten die Dispositiven Leistungen einen Anteil von etwa 92 % am Gesamtumsatz der Gesellschaft. Der im Jahresvergleich deutliche Rückgang der Umsatzerlöse ist im Wesentlichen auf die unter 3.2. dargestellten Rahmenbedingungen zurückzuführen.

Die Gesellschaft erzielte per 31. Dezember 2023 Sonstige betriebliche Erträge in Höhe von 324,6 T€ (Vorjahr: 383,1 T€). Neben 43,1 T€ Versicherungserträgen wurden 26,2 T€ aus der Auflösung von Rückstellungen, etwa 129 T€ Erträge aus der Erstattung von Trassenentgelten nach der TraFöG-Richtlinie (Trassenpreisförderung im Güterverkehr) des Bundes, 43,8 T€ Zuschuss für eine Studie zum Einsatz klimaneutraler Fahrzeuge, 2,0 T€ Erträge aus Anlagenabgängen sowie 36,8 T€ aus der Erstattung nach § 16 AEG für die Unterhaltung von Bahnübergängen erzielt. Auf die Auflösung von Fördermitteln entfielen 4,8 T€. Auf Erträge aus der Auflösung von Einzel- und Pauschalwertberichtigungen entfielen etwa 5,0 T€.

Der Materialaufwand belief sich im Berichtszeitraum auf 9.295,5 T€.

Die Aufwendungen für Betriebsstoffe und bezogene Waren in Höhe von 1.481,8 T€ wurden durch den Aufwand an Kraft- und Hilfsstoffen (1.422,1 T€, Vorjahr: 1.977,7 T€) sowie den Energiebezug (32,3 T€, Vorjahr: 64,1 T€) geprägt. Die Aufwendungen für bezogene Leistungen lagen im Jahr 2023 bei 7.813,7 T€ (Vorjahr: 9.376,2 T€). Bestimmende Größe waren mit 7.642,2 T€ (Vorjahr: 9.180,5 T€) die Fremdleistungen für Zug- und Lkw-Verkehre durch Dritte. Die Gesellschaft erhielt in 2023 etwa 239,9 T€ Erstattungsbeiträge nach StromPBG. Auf Kosten für die Betriebsführung, Trassen und Fremdpersonale der Hafenbahn entfielen 166,4 T€. Der im Jahresvergleich deutliche Rückgang des Materialaufwands betraf im Wesentlichen Kosten des operativen Betriebs und ergab sich damit analog zum Rückgang der Umsatzerlöse.

Im Jahr 2023 fiel ein Personalaufwand in Höhe von 3.705,5 T€ an. Die gegenüber dem Vorjahr um etwa 210 T€ gestiegenen Personalkosten bei gleichzeitig um 5 Mitarbeiter geringerem Personalstand sind im Wesentlichen auf einen Neuabschluss der tariflichen Vergütungen ab Januar 2023 sowie Inflationsausgleichszahlungen zurückzuführen.

Die Abschreibungen beliefen sich mit 342,3 T€ in etwa auf Vorjahresniveau.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen lagen im Jahr 2023 bei 3.341,0 T€ (Vorjahr: 2.968,5 T€). Als signifikante Positionen sind die Aufwendungen für Mieten/Leasing von Maschinen und Anlagen (1.305,3 T€, Vorjahr: 1.278,1 T€), Reparaturen und Instandhaltung von Maschinen und Anlagen (410,4 T€, Vorjahr: 418,8 T€), Mautkosten (373,9 T€, Vorjahr: 359,3 T€), Versicherungen (191,4 T€, Vorjahr: 197,7 T€) sowie die Instandhaltung an Grundstücken und Gebäuden (413,3 T€, Vorjahr: 96,0 T€) zu nennen. Der im Vergleich zum Anlagevermögen hohe Versicherungsaufwand ergibt sich daraus, dass die Gesellschaft gemäß Pachtvertrag verpflichtet ist, den Pachtgegenstand ausreichend zu versichern. Der gegenüber dem Vorjahr deutliche Anstieg (+452,4 T€) ist insbesondere auf die Veränderungen der Bereiche Instandhaltung Grundstücke und Gebäude (+317,3 T€, i.W. Sanierung einer Gefahrgutfläche, einer Weiche und eines Prellbocks), Rechts- und Beratungskosten (+51,4 T€, i.W. Studie zum Einsatz klimaneutraler Sattelzugmaschinen) sowie Ausbuchung von Forderungen in Höhe von etwa 79,2 T€ zurückzuführen.

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

Das Finanzergebnis (-98,1 T€) der Gesellschaft wurde durch den Zinsaufwand für die Inanspruchnahme der Kreditlinie beim Gesellschafter sowie Aval-Zinsen für die Sicherheitsleistungen gemäß BImSchG-Genehmigung geprägt.

4.2.2. Investitionen

Die CTHS GmbH investierte im Geschäftsjahr 2023 insgesamt 481,9 T€. Wesentliche Investitionen betrafen 450,0 T€ für die Anschaffung von sechs ehemals angemieteten Sattelzugmaschinen. Auf Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Anpassungen und Erweiterung von Hard- und Software sowie aktivierbare Beratungs- und Planungsleistungen entfielen jeweils 10,9 T€.

4.2.3. Liquidität

Die Liquidität der Gesellschaft ist durch den Kreditrahmen der Muttergesellschaft (SWH) in Höhe von 3.500 T€ im Rahmen des bestehenden Cash Pools und den Gewinnabführungsvertrag gesichert.

Die Finanzierung der SWH-Gruppe erfolgt seit November 2017 grundsätzlich über die SWH durch Ausreichung von Gesellschafterdarlehen an die Tochterunternehmen entsprechend der abgestimmten Finanzbedarfsplanung. Im Jahr 2023 wurde ein Gesellschafterdarlehen über 450 T€ für die Anschaffung von Sattelzugmaschinen in Anspruch genommen.

4.3. Vermögenslage

Zum 31. Dezember 2023 betrug das Anlagevermögen der Gesellschaft 1.031,0 T€.

Das Umlaufvermögen in Höhe von 3.944,6 T€ wurde maßgeblich durch Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 1.895,3 T€ (Vorjahr: 2.481,1 T€) sowie Forderungen gegen verbundene Unternehmen in Höhe von 1.776,2 T€ (Vorjahr: 141,8 T€) bestimmt. Der Rückgang der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen korrespondiert mit den geringeren Leistungen des operativen Betriebs. Die Zunahme der Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen resultiert aus der Verlustübernahme durch den Gesellschafter (1.768,2 T€)

Das Eigenkapital der Gesellschaft belief sich zum Bilanzstichtag auf 289,9 T€. Der Sonderposten für Investitionszuschüsse lag bei 0,4 T€. Die Rückstellungen über 167,6 T€ wurden maßgeblich durch Rückstellungen für Personalaufwand (109,5 T€) sowie für ausstehende Rechnungen (35,5 T€) geprägt. Mit den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (615,0 T€, Vorjahr 1.277,2 T€, Veränderung analog der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen), gegenüber verbundenen Unternehmen (3.870,6 T€, darunter 864,7 T€ aus Darlehen sowie 2.865,4 T€ (Vorjahr: 972,6 T€) aus Cash Pool) und sonstigen Posten (69,4 T€) belief sich die Summe der Verbindlichkeiten per 31. Dezember 2023 auf insgesamt 4.555,0 T€.

Zum 31. Dezember 2023 ergab sich eine Bilanzsumme der Gesellschaft in Höhe von 5.012,9 T€.

4.4. Gesamtaussage

Die Container Terminal Halle (Saale) GmbH hat im Geschäftsjahr 2023 ein Ergebnis vor Verlustausgleich in Höhe von -1.768,2 T€ erzielt (Vorjahr -113,1 T€). Die im Jahresvergleich geringeren Umsatzerlöse (-3.081,4 T€) konnten wegen des nur unterproportional gesunkenen Materialaufwands (-2.160,2 T€, darunter Kraft- und Hilfsstoffe -555,6 T€, Transportleistungen Dritte -1.538,3 T€) bei gleichzeitig gegenüber dem Vorjahr gestiegenem Personalaufwand (+209,6 T€), Abschreibungen (+40,6 T€) sowie sonstigen betrieblichen Aufwendungen (+452,4 T€) nicht ausgeglichen werden, sodass das Jahresergebnis deutlich unter den Erwartungen der Gesellschaft liegt.

Die für das Geschäftsjahr prognostizierten Umsätze konnten dabei aufgrund der unter 3.2 beschriebenen Rahmenbedingungen in allen Sparten nicht erreicht werden.

Während der Materialaufwand und der Personalaufwand unter der Prognose lag, fielen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen etwa auf Planniveau aus.

Für den Erfolg unserer Geschäftstätigkeit als komplexer Dienstleister haben externe Rahmenbedingungen – wie z.B. die Abhängigkeiten von Geschäftsverläufen Dritter und die weltwirtschaftliche Gesamtlage – unverändert signifikante Bedeutung. Nur mit der stärkeren Bindung bestehender und der Akquisition neuer Verkehre, einem hohen qualitativen Niveau unserer Leistungserbringung und einer marktgerechten Diversifizierung unseres Leistungsportfolios haben wir die Möglichkeit, auf dem volatilen Logistikmarkt zu bestehen. Daneben betrachten wir es als Priorität, infrastrukturelle Voraussetzungen sowohl für die Absicherung bestehender als auch für die Akquisition neuer Geschäfte zu schaffen. Dazu gehören im Wesentlichen die Instandsetzung defekter als auch die Schaffung neuer Infrastrukturen im Bereich der Terminalflächen sowie der bedarfsgerechte Ersatz von Umschlagtechnik. Die Zurverfügungstellung und die Beherrschung logistischer Infrastrukturen wird zunehmend zu einem entscheidenden Erfolgsfaktor.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

In der Stadtwerke Halle - Gruppe findet ein konzerneinheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Dieses gruppenweite, bereichsübergreifende System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

5.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31. Dezember 2023 wurden für das Jahr 2024 bei der CTHS insgesamt 21 Risiken ermittelt (Vorjahr 26). Unter diesen Risiken lassen sich insgesamt 12 Einzelrisiken der Gruppe 2 zuordnen, welche sich wie folgt auf die nachfolgend dargestellten Risikokategorien und Risikogruppen unterteilen:

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Allgemeine Geschäftsrisiken	0	0	0
Finanzrisiken	1	0	1
Führung/Organisation	0	0	0
Marktrisiken	8	0	8
Rechtliche Risiken	1	0	1
Technische Risiken	2	0	2
Gesamt	12	0	12

In der Kategorie Finanzrisiken wurden Liquiditätsprobleme durch Zahlungsverzögerungen bzw. Zahlungsausfälle bei Großkunden als Risiko ermittelt.

In der Kategorie Marktrisiken haben wir acht Risiken identifiziert. Neben dem Risiko der aus der derzeitigen globalen Entwicklung (Absatzmarkt) sehen wir in der Gruppe 2 die Marktrisiken

- aus dem Wegfall oder der signifikanten Reduzierung der Mengen von Großkunden (Absatzmarkt),
- der Ersatzbeschaffung von Zuleistungen (Beschaffungsmarkt),
- der aggressiven Preispolitik im tangierenden Verkehrsgewerbe (Wettbewerber),
- Kostensteigerungen der bezogenen Leistungen (Beschaffungsmarkt),
- unzureichender Transportkapazitäten im (straßenseitigen) Terminalverkehr (Beschaffungsmarkt) sowie
- aus der anhaltenden Diskussion um Lärmemissionen und die Durchführung eines B-Plan-Verfahrens am Standort (Politik/Regulation).

In der Kategorie Rechtliche Risiken sehen wir unverändert die Diskussion über innerstädtische Fahrverbote für Lkw.

Als technische Risiken wurden der Umschlag und die Zwischenlagerung wassergefährdender Stoffe sowie massive Störungen des Geschäftes durch Cyberkriminalität ermittelt.

Die beschriebenen Risiken werden auch in den Folgejahren fortbestehen.

Als mittel- und langfristige Risiken schätzen wir eine signifikante Erhöhung des Preis- und Leistungsdrucks ein. Verstärkte Konsolidierungen von Akteuren, auch infolge globaler Konflikte, werden uns in den Folgejahren stärker beeinflussen. Insbesondere durch den Ukraine-Krieg sowie den Krieg im Nahen Osten sind einerseits weitere Störungen der Logistikketten, andererseits signifikante Erhöhungen der Beschaffungskosten z.B. für Kraftstoffe und Energie sowie bei Drittleistungen im Transport möglich.

Die größten Chancen für eine positive Weiterentwicklung der Gesellschaft sehen wir im Ausbau der Geschäftstätigkeiten im Kombinierten Verkehr und einer Kapazitätserweiterung des Terminalbereichs. Hierbei solle es vor allem darum gehen, sowohl die Umschlags- und Terminalleistungen aggressiver zu vermarkten als auch die vorhandenen Bahninfrastrukturen besser auszulasten.

Für die **Bahnleistungen** können sich durch bahnseitige Verkehre für das Biodieselwerk im Hafen und den städtischen Gewerbepark an der A 14 weiterhin Umsatz- und Ergebnisverbesserungen einstellen.

Aufgrund der Schifffahrtsbedingungen auf der Saale wird in den kommenden Jahren kaum nennenswerter **Schiffsverkehr** erfolgen. Allerdings hält die Gesellschaft daran fest, mit geeigneten Partnern die prinzipielle Durchführbarkeit von Schiffstransporten darzustellen.

5.3. Gesamtbild

Bestandsgefährdende Risiken wurden nicht ermittelt.

6. Prognosebericht

Die Wirtschaftsleistung des Nordeuropäischen Wirtschaftsraumes und insbesondere Deutschlands hat sich im Jahr 2023 nicht wie erhofft konsolidiert, sondern ist weiter rückläufig. Es ist deutschland- und europaweit ein weiterer Rückgang der Transportmengen zu verzeichnen gewesen.

Das rückläufige bzw. stagnierende Transportaufkommen wird nach heutiger Einschätzung auch über das Ende des Jahres 2023 hinaus anhalten. Aufgrund des extremen Wettbewerbs um geringere zu transportierende Mengen, sind Preissteigerungen am Markt absehbar nicht platzierbar.

Darüber hinaus herrscht in einigen Branchen derweilen ein Umdenken hinsichtlich der Neugestaltung von Logistikketten im Rahmen der nationalen oder internationalen Handels- und Güterströme. Dies macht es ebenfalls notwendig, die Leistungsketten des Kombinierten Verkehrs und die daraus resultierenden Erfordernisse neu zu bewerten.

Aufgrund dieser zum jetzigen Zeitpunkt zu bewertenden Rahmenbedingungen hat sich die Gesellschaft entschlossen, die Wirtschaftsplanung bzw. Vorschau nur für die Jahre 2024 und 2025 aufzustellen. Dies erfolgte in Absprache mit der Gesellschafterin SWH GmbH. Ursächlich ist dafür, dass eine verlässliche Prognose des Verlaufs in der deutschen und europäischen Industrie- und Logistikbranche kaum möglich ist.

6.1. Umsatzentwicklung

In den Planungen für das Jahr 2024 gehen wir von einer Umsatzsteigerung der Sparte **Dispositive Leistungen** aus, die sich im Wesentlichen aus der Fortführung der Beauftragung eigener Züge ergibt. Im Jahr 2024 haben wir im **Containerumschlag** Umsätze über etwa 528 T€ geplant, die in 2025 auf 633 T€ steigen. Bei den Umsätzen der **Dispositiven Leistungen** gehen wir für das Jahr 2024 von einem Umsatzanstieg auf insgesamt 14.879 T€ und für das Jahr 2025 auf 16.021 T€ aus. Bei den **Bahnleistungen** erwarten wir im Jahr 2024 und 2025 Umsätze von jeweils etwa 400 T€.

6.2. Entwicklung des Aufwands

Im Jahr 2024 erwarten wir für Kraft- und Schmierstoffe, Energiebezug sowie Materialaufwendungen in Höhe von etwa 1.569 T€, die im Jahr 2025 auf 1.695 T€ ansteigen. Die Aufwendungen für bezogene Leistungen werden auch in den Folgejahren zu 85 bis 90 % durch die Fremdleistungen in den **Dispositiven Leistungen** bestimmt, die sich entsprechend der Umsatzerwartungen einstellen.

Der Personalaufwand wird sich in den Folgejahren bei annähernd gleichbleibendem Personalstand erhöhen. Die Ergebnisse der tarifvertraglichen Neuregelungen hat die Gesellschaft in den Planungen berücksichtigt. Korrespondierend mit vergleichsweise geringen Investitionen der CTHS (ohne Berücksichtigung Flächenerweiterung KV-Terminal und Anschaffung Umschlagtechnik) nehmen die Abschreibungen nur moderat zu. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen, zu etwa 50 % durch den Aufwand an Mieten/Pachten, Reparaturen und Instandhaltung an Grundstücke und Gebäuden sowie für Versicherungsprämien geprägt, liegen in 2024 bei etwa 2.510 T€ und steigen in 2025 auf etwa 2.698 T€.

Bei einem Deckungsbeitrag in Höhe von 6.771 T€ im Jahr 2024 und 7.792 T€ in 2025 erwarten wir für das Jahr 2024 ein EBIT von -593 T€ und -5 T€ im Jahr 2025.

Das Finanzergebnis wird zwischen -95 T€ in 2024 und -92 T€ in 2025 erwartet. Für Kraftfahrzeugsteuern wurden jährlich 35 T€ in die Planungen eingestellt.

6.3. Investitionen

Unsere Investitionstätigkeit wird sich auch in den Folgejahren im Wesentlichen auf betriebsnotwendige Maßnahmen konzentrieren. Daneben werden Investitionen in die Bereiche IT- und IT-Infrastruktur erforderlich sein. Die Gesellschaft wird weiterhin versuchen, für anstehende Investitionen über entsprechende Landes- und Bundesprogramme eine angemessene anteilige Finanzierung zu erhalten.

6.4. Finanzierung

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft ist auch zukünftig von der entsprechenden Unterstützung durch die Alleingesellschafterin Stadtwerke Halle GmbH – im Wege des bestehenden Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrags sowie der Einbindung in den Cash Pool der Stadtwerke Halle GmbH – abhängig.

6.5. Ergebniserwartung

Für das Jahr 2024 planen wir ein Ergebnis von -723,7 T€ vor Verlustausgleich. Für das Jahr 2025 wird sich dieses auf -132,6 T€ vor Gewinnabführung verändern.

Ausdrücklich weisen wir darauf hin, dass zum jetzigen Zeitpunkt alle weiteren Auswirkungen der geopolitischen und weltwirtschaftlichen Entwicklungen auf das Transportaufkommen sowie die weiteren Kostenentwicklungen insbesondere im Energie-, Kraftstoff- und Dienstleistungssektor noch nicht berücksichtigt sind. Die Geschwindigkeit und Höhe der Energiepreisentwicklung sowie Engpässe bei der Beschaffung von Betriebsmitteln, Fahrzeugen und Maschinen sowie Dienstleistungen haben einen signifikanten Einfluss auf die planmäßige Entwicklung unserer Gesellschaft. Insoweit unterstellt der Prognosebericht eine auf den aktuellen Rahmenbedingungen basierende Entwicklung.

Aufgrund der Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten sind Verwerfungen zu verzeichnen. Die hieraus resultierenden kurz-, mittel- und langfristigen Folgen lassen sich gegenwärtig nicht konkret einschätzen und sind demzufolge nur bedingt in den Planungs- und Prognoserechnungen der Gesellschaft reflektiert. Es ist jedoch insbesondere mit weiter steigenden Energie- und Kraftstoffkosten sowie Kosten für bezogene Leistungen und sonstige Dienstleistungen auch für die Gesellschaft zu rechnen.

Darüber hinaus hat sich bereits eine konjunkturelle Abschwächung eingestellt, deren weitere Ausprägung allerdings derzeit ebenso nicht hinreichend quantifiziert werden kann.

Die Geschäftsführung geht auch mit den dargestellten Risiken und Auswirkungen davon aus, dass die Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit fähig ist. Es bestehen keine bestandsgefährdenden berichtspflichtigen Risiken.

EEM Verwaltung GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Bornknechtstraße 5
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:	T€	%
EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG	12,5	50,00
GP Günter Papenburg AG	12,5	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin an

- a) der Erneuerbare Energien Mitteldeutschland GmbH & Co. KG sowie
 - b) weiteren Gesellschaften, an denen die Erneuerbare Energien Mitteldeutschland GmbH & Co. KG beteiligt ist (sog. „Projektbündelgesellschaften“),
- mit Sitz in Halle (Saale) und die Übernahme ihrer Geschäftsführung.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Energieversorgung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des konzerninternen Risikomanagements der Stadtwerke Halle-Gruppe sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Hollstein, Thomas
Windrich, Felix

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Die Geschäftsführung erhält keine Bezüge von der EEM Verwaltung GmbH.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2023	
	T€	%
Aktiva		
Umlaufvermögen	30	100

Bilanzsumme	30	100
--------------------	-----------	------------

	T€	%
Passiva		
Eigenkapital	25	84
Rückstellungen	2	7
Verbindlichkeiten	3	9

Bilanzsumme	30	100
--------------------	-----------	------------

bb) GuV

	2023
	T€
Umsatzerlöse	4
sonstige betriebliche Erträge	0
sonstige betriebliche Aufwendungen	4
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0
Ergebnis nach Steuern	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2023	Angaben in
Umsatzrentabilität:	1,17	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,21	%
Cash-Flow:	0	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:		T€
Personalaufwandsquote:		%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2023	Angaben in
Sachanlagenintensität:		%
Eigenkapitalquote:	84,10	%
Fremdkapitalquote:	15,90	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

EGE-B Verwaltung GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	EVH GmbH	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin an der EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG mit Sitz in Halle (Saale) und die Übernahme ihrer Geschäftsführung.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Energieversorgung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des konzerninternen Risikomanagements der Stadtwerke Halle-Gruppe sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Horn, Torsten

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2023		2022		2021		Veränderungen 2023 zu 2022	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Umlaufvermögen	34	100	33	100	32	100	1	3
Bilanzsumme	34	100	33	100	32	100	1	3
Passiva								
Eigenkapital	27	78	26	79	26	82	1	4
Rückstellungen	5	16	3	9	4	12	2	67
Verbindlichkeiten	2	6	4	12	2	6	-2	-50
Bilanzsumme	34	100	33	100	32	100	1	3

bb) GuV

	2023	2022	2021
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	12	12	13
sonstige betriebliche Erträge	1	1	0
Personalaufwand	8	7	7
sonstige betriebliche Aufwendungen	5	6	6
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2023	2022	2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	3,33	3,42	3,13	%
Eigenkapitalrentabilität:	1,60	1,66	1,62	%
Cash-Flow:	0	0	0	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:				T€
Personalaufwandsquote:	58,82	52,85	53,16	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	78,06	78,98	81,66	%
Fremdkapitalquote:	21,94	21,02	18,34	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

1. Grundlagen der EGE-B Verwaltung GmbH

Gegenstand der EGE-B Verwaltung GmbH (EGE-B Verwaltung) ist die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin an der EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG (EGE-B) mit Sitz in Halle (Saale) und die Übernahme ihrer Geschäftsführung.

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000 €. Alleinige Gesellschafterin der EGE-B Verwaltung ist die EVH GmbH, Halle (Saale).

Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeiter. Durch einen Dienstleistungsvertrag ist der kaufmännische Betrieb sichergestellt.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Steigende Preise, der anhaltende Ukraine-Konflikt und hohe Zinsen belasteten die deutsche Wirtschaft im Jahr 2023. Während das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in den ersten drei Quartalen laut Daten des statistischen Bundesamtes stagnierte, erwarten führende Wirtschaftsforschungsinstitute für das Gesamtjahr einen Rückgang des BIP um 0,6 %. Für 2024 wird hingegen eine Erholung der Konjunktur erwartet.

3. Lage der Gesellschaft

Im Geschäftsjahr 2023 erzielte die EGE-B Verwaltung einen Jahresüberschuss in Höhe von 0,4 T€ und lag damit auf dem Vorjahresniveau (0,4 T€).

Die ausgewiesenen Umsatzerlöse in Höhe von 13 T€ (Vorjahr: 13 T€) enthalten den Aufwändungsersatz für die im Rahmen der Übernahme der Geschäftsführung angefallenen Kosten sowie die Haftungsvergütung. Die sonstigen betrieblichen Erträge betragen 1 T€ (Vorjahr: 1 T€). Im Geschäftsjahr entstanden der Gesellschaft Aufwendungen in Höhe von 13 T€ (Vorjahr: 13 T€). Diese beinhalteten den Personalaufwand sowie die sonstigen betrieblichen Aufwendungen im Wesentlichen für Geschäftsbesorgung und Steuerberater- bzw. Prüfungskosten.

Der Finanzmittelbestand der EGE-B Verwaltung beinhaltet ausschließlich Bankguthaben und belief sich am 31. Dezember 2023 auf 34 T€ (Vorjahr: 33 T€).

Das Eigenkapital ist gegenüber dem Vorjahr um 1 T€ gestiegen und beträgt 27 T€ (Vorjahr: 26 T€). Darüber hinaus bestehen Rückstellungen in Höhe von 5 T€ (Vorjahr: 3 T€) sowie Verbindlichkeiten in Höhe von 2 T€ (Vorjahr: 4 T€).

Die EGE-B Verwaltung schloss das Geschäftsjahr 2023 planmäßig ab.

4. Chancen- und Risikobericht

In der Stadtwerke Halle - Gruppe findet ein konzern einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement als gruppenweites, bereichsübergreifendes System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken. Der Risikomanagementprozess wird durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

Für die EGE-B Verwaltung ergeben sich Risiken insbesondere aus der Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin und der Übernahme der Geschäftsführung.

Aus heutiger Sicht sind keine Risiken erkennbar, die den Bestand der Gesellschaft gefährden oder ihre Entwicklung wesentlich beeinträchtigen könnten.

5. Prognosebericht

Die Geschäftsführung erwartet auf Basis der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2024 ein Ergebnis nach Steuern in Höhe von 0,4 T€.

EGE-DVV Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz	
Anschrift:	Albrechtstraße 48 06844 Dessau-Roßlau	
Rechtsform:	GmbH & Co. KG	
Haftkapital in T€:	50	
Gesellschafter:		T€ %
	Dessauer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH - DVV - Stadtwerke	25 50,00
	EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG	25 50,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung, Errichtung und der Betrieb von Photovoltaikfreiflächenanlagen auf Flurstücken der Flur 1 und Bahnlinie in Mühlstedt, Dessau-Roßlau (PV-FFA). Die Gesellschaft bezweckt damit auch die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung der Stadt Halle (Saale) und der Stadt Dessau-Roßlau. Die Gesellschaft kann Unternehmen im Bereich der Stromerzeugung durch erneuerbare Energien gründen oder sich daran beteiligen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Energieversorgung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des konzerninternen Risikomanagements der Stadtwerke Halle-Gruppe sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	EGE-DVV Verwaltung GmbH	<i>(vertreten durch Daniel, Ulrike und Hollstein, Thomas)</i>
--------------------------	-------------------------	---

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Die Geschäftsführung erhält ihre Bezüge von der EGE-DVV Verwaltung GmbH.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2023	
	T€	%
Aktiva		
Umlaufvermögen	2.624	100

Bilanzsumme	2.624	100
--------------------	--------------	------------

	T€	%
Passiva		
Eigenkapital	2.598	99
Rückstellungen	12	0
Verbindlichkeiten	14	1

Bilanzsumme	2.624	100
--------------------	--------------	------------

bb) GuV

	2023
	T€
sonstige betriebliche Aufwendungen	54
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2
Ergebnis nach Steuern	-52
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-52
Belastung des Verlustvortragskontos	52
Ergebnis nach Verwendungsrechnung	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2023	Angaben in
Umsatzrentabilität:		%
Eigenkapitalrentabilität:	-2,02	%
Cash-Flow:	-52	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:		T€
Personalaufwandsquote:		%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2023	Angaben in
Sachanlagenintensität:		%
Eigenkapitalquote:	99,00	%
Fremdkapitalquote:	1,00	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2023	Angaben in
installierte Erzeugungsleistung	0,00	MWp

f) Lagebericht

Lagebericht für das Rumpfgeschäftsjahr 2023

1. Grundlagen der EGE-DVV Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG

1.1. Geschäftsmodell

Gegenstand der EGE-DVV Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG (EGE-DVV) ist die Entwicklung, Errichtung und der Betrieb von Photovoltaikfreiflächenanlagen auf Flurstücken der Flur 1 und Bahnlinie in Mühlstedt, Dessau-Roßlau. Die Gesellschaft bezweckt damit auch die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung der Stadt Halle (Saale) und der Stadt Dessau-Roßlau.

1.2. Steuerung und Struktur

Geschäftsführendes Vertretungsorgan der EGE-DVV ist ihre Komplementärin, die EGE-DVV Verwaltung GmbH. Kommanditisten der Gesellschaft sind mit einem Anteil von jeweils 50 % des Festkapitals die EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG sowie die Dessauer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH – DVV – Stadtwerke.

Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeiter. Durch Dienstleister ist die Geschäftsbesorgung sichergestellt.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Trotz des anhaltenden Ukraine-Konflikts nahmen die Unsicherheiten im Energiemarkt ab und die Marktpreise an den Strombörsen sanken im Vergleich zum Vorjahr auf ein geringeres Niveau. Der für die Betreiber von Photovoltaikanlagen relevante Marktwert Solar verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr signifikant. Zu Jahresbeginn betrug er 12 ct/kWh und bewegte sich im Verlauf des Jahres in einer Spanne von 5 ct/kWh bis ca. 9 ct/kWh. Damit lag er deutlich unter dem Allzeithoch vom August 2022 in Höhe von 39 ct/kWh, aber weiterhin höher als in den Jahren vor 2022.

Steigende Preise, der anhaltende Ukraine-Konflikt und hohe Zinsen belasteten die deutsche Wirtschaft im Jahr 2023. Während das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in den ersten drei Quartalen laut Daten des statistischen Bundesamtes stagnierte, weist es nach den Daten des statistischen Bundesamtes für das Gesamtjahr einen Rückgang des BIP um 0,3 % auf. Für 2024 wird hingegen eine Erholung der Konjunktur erwartet.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Nach Gründung der Gesellschaft im Juli 2023 konnte der Geschäftsbetrieb aufgenommen werden. Im Zuge dessen wurde der Gesellschaft Eigenkapital in Höhe von 2.650 T€ zur Verfügung gestellt. Der Abschluss eines Projektentwicklungsvertrages für die Umsetzung der geplanten Photovoltaikprojekte wurde vorbereitet.

3.2. Politische und rechtliche Entwicklung

Zum 1. Januar 2023 trat das neue Erneuerbare-Energien-Gesetz in Kraft. Ziel ist es, den Ausbau der erneuerbaren Energien weiter zu verstärken und zu fördern. Für die Betreiber von Photovoltaikanlagen ergeben sich aus der Gesetzesanpassung viele Erleichterungen, unter anderem soll Photovoltaikanlagen in Planungsprozessen Vorrang vor anderen Interessen eingeräumt werden und Genehmigungen dadurch schneller erteilt werden.

Nachdem das Europäische Parlament am 12. September 2023 die novellierte Fassung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie (RED III) verabschiedete, erteilte am 9. Oktober 2023 auch der Rat seine Zustimmung. Zu den wichtigsten Neuerungen gehörte die Erhöhung des EU-Ziels für den Anteil erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch bis 2030 auf 42,5 %. Zuvor lag der angestrebte Anteil bei 32 %. Zur Erreichung des Ziels ist u.a. der Ausbau der erneuerbaren Energien im Wärmesektor erforderlich. Zudem sollen die Genehmigungsverfahren beschleunigt werden. Die Genehmigungszeit darf dann maximal 12 Monate betragen.

3.3. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Wesentliche Erfolgsfaktoren der EGE-DVV sind die Errichtung und der zuverlässige technische Betrieb der Erzeugungsanlagen, um den Verkauf von Strom sicherzustellen. Zu diesem Zweck wurde im Rumpfgeschäftsjahr 2023 mit der Entwicklung eines Projektes am Standort Mühlstedt begonnen.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Im Rumpfgeschäftsjahr 2023 erzielte die EGE-DVV einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 52 T€. Das negative Ergebnis ist auf die Projektierungsphase zurückzuführen, da noch keine Erzeugungsanlagen in der Gesellschaft in Betrieb sind. Es fielen im Wesentlichen sonstige betriebliche Aufwendungen für den Aufwandsersatz gegenüber der Komplementär-GmbH, Prüfungskosten, Geschäftsbesorgung sowie Aufwendungen für die Gründung des Unternehmens in Höhe von insgesamt 54 T€ an.

4.2. Finanzlage

Der Finanzmittelbestand der EGE-DVV belief sich am 31. Dezember 2023 auf insgesamt 2.614 T€ (Eröffnungsbilanz: 0 T€).

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von -36 T€ ergab sich insbesondere aus den Aufwendungen für den laufenden Geschäftsbetrieb.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit in Höhe von 2.650 T€ beinhaltet die Eigenkapitalzuführungen der Gesellschafter.

4.3. Vermögenslage

Zum 31. Dezember 2023 betrug die Bilanzsumme der EGE-DVV 2.624 T€. Auf der Aktivseite war die Bilanz durch die liquiden Mittel in Höhe von 2.614 T€ (Eröffnungsbilanz: 0 T€) geprägt. Auf der Passivseite bildete das Eigenkapital der Gesellschafter mit 2.598 T€ (Eröffnungsbilanz: 0 T€) die größte Position.

4.4. Gesamtaussage

Die EGE-DVV schloss das Rumpfgeschäftsjahr 2023 wie geplant mit einem Jahresfehlbetrag ab. Ursächlich waren die Aufwendungen für die Gründung und den laufenden Geschäftsbetrieb während der Projektentwicklungsphase.

5. Chancen- und Risikobericht

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Unternehmen dar.

Während der Errichtungsphase können verschiedene Risiken auftreten, die die zeitgerechte Fertigstellung und den budgetierten Kostenrahmen beeinträchtigen könnten. Technische Herausforderungen, wie unerwartete Bodenverhältnisse oder Lieferengpässe bei den benötigten Materialien, können zu Verzögerungen führen. Um solchen Risiken vorzubeugen, wird im Vorfeld eine detaillierte Risikoanalyse durchgeführt und auf eine sorgfältige Auswahl der Lieferanten und Auftragnehmer geachtet. Ein umfassendes Projektmanagement sorgt während der Errichtungsphase für die Minimierung eventuell auftretender Risiken und stellt einen reibungslosen Ablauf sicher.

Aus heutiger Sicht sind keine Risiken erkennbar, die den Bestand der Gesellschaft gefährden oder ihre Entwicklung wesentlich beeinträchtigen könnten.

6. Prognosebericht

Die Geschäftsführung erwartet auf Basis der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2024 ein Ergebnis nach Steuern in Höhe von -42 T€.

EGE-DVV Verwaltung GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Albrechtstraße 48 06844 Dessau-Roßlau		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	Dessauer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH - DVV - Stadtwerke EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG	12,5	50,00
		12,5	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin an der EGE-DVV Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG und deren Tochtergesellschaften, mit Sitz in Dessau-Roßlau und die Übernahme ihrer Geschäftsführung und die Geschäftsführung deren Tochtergesellschaften.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Energieversorgung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des konzerninternen Risikomanagements der Stadtwerke Halle-Gruppe sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Daniel, Ulrike Hollstein, Thomas
--------------------------	-------------------------------------

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2023	
	T€	%
Aktiva		
Umlaufvermögen	39	100

Bilanzsumme	39	100
--------------------	-----------	------------

	T€	%
Passiva		
Eigenkapital	25	65
Rückstellungen	4	10
Verbindlichkeiten	10	25

Bilanzsumme	39	100
--------------------	-----------	------------

bb) GuV

	2023
	T€
Umsatzerlöse	12
Personalaufwand	8
sonstige betriebliche Aufwendungen	4
Ergebnis nach Steuern	0
sonstige Steuern	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2023	Angaben in
Umsatzrentabilität:	1,79	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,84	%
Cash-Flow:	0	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:		T€
Personalaufwandsquote:	63,25	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2023	Angaben in
Sachanlagenintensität:		%
Eigenkapitalquote:	65,14	%
Fremdkapitalquote:	34,86	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

Lagebericht für das Rumpfgeschäftsjahr 2023

1. Grundlagen der EGE-DVV Verwaltung GmbH

Gegenstand der EGE-DVV Verwaltung GmbH (EGE-DVV Verwaltung) ist die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin und Übernahme der Geschäftsführung der EGE-DVV Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG (EGE-DVV).

Ferner soll die Gesellschaft zukünftig auch gegenüber weiteren Projektgesellschaften die Position der persönlich haftenden Gesellschafterin sowie die Geschäftsführung übernehmen.

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000 €. Es gliedert sich in zwei Geschäftsanteile zu je 12.500 €, welche durch die EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG, Halle (Saale), sowie die Dessauer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH – DVV – Stadtwerke, Dessau-Roßlau, gehalten werden.

Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeiter. Durch Dienstleister ist die Geschäftsbesorgung sichergestellt.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Steigende Preise, der anhaltende Ukraine-Konflikt und hohe Zinsen belasteten die deutsche Wirtschaft im Jahr 2023. Während das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in den ersten drei Quartalen laut Daten des statistischen Bundesamtes stagnierte, weist es nach den Daten des statistischen Bundesamtes für das Gesamtjahr einen Rückgang des BIP um 0,3 % auf. Für 2024 wird hingegen eine Erholung der Konjunktur erwartet.

3. Lage der Gesellschaft

Nach der Gründung der Gesellschaft im Juli 2023 wurde der Geschäftsbetrieb aufgenommen.

Im Rumpfgeschäftsjahr 2023 erzielte die EGE-DVV Verwaltung einen Jahresüberschuss in Höhe von 0,2 T€.

Die ausgewiesenen Umsatzerlöse in Höhe von 12 T€ enthalten den Aufwendersersatz für die im Rahmen der Übernahme der Geschäftsführung angefallenen Kosten sowie die Haftungsvergütung. Im Rumpfgeschäftsjahr entstanden der Gesellschaft Aufwendungen in Höhe von 11 T€. Diese beinhalteten den Personalaufwand sowie sonstige betriebliche Aufwendungen im Wesentlichen für Geschäftsbesorgung sowie Steuerberatungs- und Prüfungskosten.

Der Finanzmittelbestand der EGE-DVV Verwaltung beinhaltet ausschließlich Bankguthaben und belief sich am 31. Dezember 2023 auf 25 T€ (Eröffnungsbilanz: 0 T€).

Das Eigenkapital beträgt 25 T€ (Eröffnungsbilanz: 0 T€). Darüber hinaus bestehen Rückstellungen in Höhe von 4 T€ (Eröffnungsbilanz: 0 T€) sowie Verbindlichkeiten in Höhe von 10 T€ (Eröffnungsbilanz: 0 T€). Auf der Aktivseite bestanden neben den oben genannten liquiden Mitteln Forderungen in Höhe von 14 T€ (Eröffnungsbilanz: 0 T€).

4. Chancen- und Risikobericht

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Unternehmen dar.

Für die EGE-DVV Verwaltung ergeben sich Risiken insbesondere aus der Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin und der Übernahme der Geschäftsführung.

Aus heutiger Sicht sind keine Risiken erkennbar, die den Bestand der Gesellschaft gefährden oder ihre Entwicklung wesentlich beeinträchtigen könnten.

5. Prognosebericht

Die Geschäftsführung erwartet auf Basis der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2024 ein Ergebnis nach Steuern in Höhe von 0,5 T€.

EGE-PE Verwaltung GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Bornknechtstraße 5
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:	T€	%
bejulo GmbH	12,5	50,00
EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG	12,5	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung bei anderen Gesellschaften, insbesondere in der Rechtsform der Kommanditgesellschaft. Die Gesellschaft kann alle Geschäfte betreiben und Handlungen vornehmen, die geeignet sind, dem Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Energieversorgung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des konzerninternen Risikomanagements der Stadtwerke Halle-Gruppe sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Hollstein, Thomas
Küllmer, Barbara Doris
Anneliese

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Die Geschäftsführung erhält keine Bezüge von der EGE-PE Verwaltung GmbH.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2023	
	T€	%
Aktiva		
Umlaufvermögen	33	100

Bilanzsumme	33	100
--------------------	-----------	------------

	T€	%
Passiva		
Eigenkapital	25	77
Rückstellungen	2	6
Verbindlichkeiten	6	17

Bilanzsumme	33	100
--------------------	-----------	------------

bb) GuV

	2023
	T€
Umsatzerlöse	17
sonstige betriebliche Erträge	0
Personalaufwand	12
sonstige betriebliche Aufwendungen	5
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0
Ergebnis nach Steuern	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2023	Angaben in
Umsatzrentabilität:	2,53	%
Eigenkapitalrentabilität:	1,68	%
Cash-Flow:	0	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:		T€
Personalaufwandsquote:	67,56	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2023	Angaben in
Sachanlagenintensität:		%
Eigenkapitalquote:	76,94	%
Fremdkapitalquote:	23,06	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

EGE-P Verwaltung GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG	12,5	50,00
	Ingenieurversorgung Baden Württemberg	12,5	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin an im Einzelnen genannten Projektbündelgesellschaften, die die Errichtung und den Betrieb von Projekten und Anlagen zur Erzeugung von Strom und Wärme aus Erneuerbaren Energien zum Gegenstand haben, sowie die Übernahme ihrer Geschäftsführung.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Energieversorgung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des konzerninternen Risikomanagements der Stadtwerke Halle-Gruppe sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Hollstein, Thomas

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2023		2022		2021		Veränderungen 2023 zu 2022	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Umlaufvermögen	45	100	41	100	37	100	4	10
Bilanzsumme	45	100	41	100	37	100	4	10
Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	35	78	32	79	29	79	3	9
Rückstellungen	7	15	5	12	5	13	3	40
Verbindlichkeiten	3	7	4	9	3	8	-1	-25
Bilanzsumme	45	100	41	100	37	100	4	10

bb) GuV

	2023	2022	2021
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	18	15	17
sonstige betriebliche Erträge	0	1	0
Personalaufwand	8	7	7
sonstige betriebliche Aufwendungen	6	6	7
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1	0	0
Ergebnis nach Steuern	3	3	3
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	3	3	3

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2023	2022	2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	17,78	19,21	14,94	%
Eigenkapitalrentabilität:	9,80	10,19	9,48	%
Cash-Flow:	3	3	3	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:				T€
Personalaufwandsquote:	44,86	42,91	42,77	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	77,68	78,92	79,40	%
Fremdkapitalquote:	22,32	21,08	20,60	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

1. Grundlagen der EGE-P Verwaltung GmbH

Gegenstand der EGE-P Verwaltung GmbH (EGE-P Verwaltung) ist die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin und Übernahme der Geschäftsführung der EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG (EGE-P) sowie den von der EGE-P gehaltenen Projektgesellschaften.

Ferner soll die Gesellschaft zukünftig auch gegenüber weiteren Projektgesellschaften die Position der persönlich haftenden Gesellschafterin sowie die Geschäftsführung übernehmen.

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000 €. Es gliedert sich in zwei Geschäftsanteile zu je 12.500 €, welche durch die EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG sowie die Ingenieurversorgung Baden-Württemberg (Einrichtung der Ingenieurkammer Baden-Württemberg) gehalten werden.

Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeiter. Durch einen Dienstleistungsvertrag ist der kaufmännische Betrieb sichergestellt. Die Geschäftsführung wird durch Herrn Thomas Hollstein wahrgenommen.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Steigende Preise, der anhaltende Ukraine-Konflikt und hohe Zinsen belasteten die deutsche Wirtschaft im Jahr 2023. Während das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in den ersten drei Quartalen laut Daten des statistischen Bundesamtes stagnierte, erwarten führende Wirtschaftsforschungsinstitute für das Gesamtjahr einen Rückgang des BIP um 0,6 %. Für 2024 wird hingegen eine Erholung der Konjunktur erwartet.

3. Lage der Gesellschaft

Im Geschäftsjahr 2023 erzielte die EGE-P Verwaltung einen Jahresüberschuss in Höhe von 3 T€. Damit liegt das Ergebnis auf Vorjahresniveau. Mit dem Kauf der SP 21 GmbH & Co. KG (SP 21) durch die EGE-P im Juni 2023 hat die EGE-P Verwaltung die persönliche Haftung und Geschäftsführung für die SP 21 übernommen.

Die ausgewiesenen Umsatzerlöse in Höhe von 18 T€ (Vorjahr: 15 T€) enthalten den Aufwendungsersatz für die im Rahmen der Übernahme der Geschäftsführung angefallenen Kosten sowie die Haftungsvergütung. Im Geschäftsjahr entstanden der Gesellschaft Aufwendungen in Höhe von 14 T€ (Vorjahr: 13 T€). Diese beinhalteten den Personalaufwand sowie sonstige betriebliche Aufwendungen im Wesentlichen für Geschäftsbesorgung und Prüfungskosten.

Der Finanzmittelbestand der EGE-P Verwaltung beinhaltet ausschließlich Bankguthaben und belief sich am 31. Dezember 2023 auf 45 T€ (Vorjahr: 38 T€).

Das Eigenkapital ist gegenüber dem Vorjahr um 3 T€ gestiegen und beträgt 35 T€ (Vorjahr: 32 T€). Darüber hinaus bestehen Rückstellungen in Höhe von 7 T€ (Vorjahr: 5 T€) sowie Verbindlichkeiten in Höhe von 3 T€ (Vorjahr: 4 T€).

Die EGE-P Verwaltung schloss das Geschäftsjahr 2023 planmäßig ab.

4. Chancen- und Risikobericht

In der Stadtwerke Halle - Gruppe findet ein konzern einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement als gruppenweites, bereichsübergreifendes System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken. Der Risikomanagementprozess wird durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

Für die EGE-P Verwaltung ergeben sich Risiken insbesondere aus der Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin und der Übernahme der Geschäftsführung.

Aus heutiger Sicht sind keine Risiken erkennbar, die den Bestand der Gesellschaft gefährden oder ihre Entwicklung wesentlich beeinträchtigen könnten.

5. Prognosebericht

Die Geschäftsführung erwartet auf Basis der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2024 ein Ergebnis nach Steuern in Höhe von 4 T€.

Energiedienste GmbH¹⁾

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadtwerke Halle GmbH	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Energiedienst- und Lieferleistungen in und für die Stadt Halle (Saale) sowie die in ihrem Alleineigentum stehenden Gesellschaften, insbesondere die Wärmeversorgung, die Gewährleistung der öffentlichen technischen Infrastruktur des Individualverkehrs, der Stadtbeleuchtung und die Vornahme aller damit in Zusammenhang stehenden Geschäfte. Das Unternehmen ist zu allen Maßnahmen berechtigt, die mittelbar oder unmittelbar diesen Zwecken dienen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft u. a. im Bereich der Energieversorgung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des konzerninternen Risikomanagements der Stadtwerke Halle-Gruppe sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Böttcher, Jens

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

¹⁾ Umfirmierung im Jahr 2021 (vorher: SHS Energiedienste GmbH)

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2023		2022		2021		Veränderungen 2023 zu 2022	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	6.431	88	5.923	85	5.944	75	508	9
Umlaufvermögen	848	12	1.045	15	1.958	25	-197	-19
Rechnungsabgrenzungsposten	4	0	5	0	6	0	-1	-20

Bilanzsumme	7.283	100	6.973	100	7.908	100	310	4
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	2.025	28	2.025	29	2.025	26	0	0
Rückstellungen	109	1	26	0	34	0	83	319
Verbindlichkeiten	5.149	71	4.922	71	5.849	74	227	5

Bilanzsumme	7.283	100	6.973	100	7.908	100	310	4
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	----------

bb) GuV

	2023	2022	2021
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	5.707	4.729	4.832
sonstige betriebliche Erträge	1	0	0
Materialaufwand	4.988	4.035	4.148
Personalaufwand	7	7	8
Abschreibungen	469	452	432
sonstige betriebliche Aufwendungen	87	59	60
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	27	5	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	84	80	83
Ergebnis nach Steuern	100	101	101
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	100	101	101
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2023	2022	2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	1,76	2,14	2,09	%
Eigenkapitalrentabilität:	4,96	4,99	4,99	%
Cash-Flow:	569	553	533	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:				T€
Personalaufwandsquote:	0,13	0,16	0,16	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	55,74	47,69	39,47	%
Eigenkapitalquote:	27,80	29,04	25,61	%
Fremdkapitalquote:	72,20	70,96	74,39	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Heizungsanlagen	153	150	152	Anzahl

f) Lagebericht

1. Grundlagen der Energiedienste GmbH

1.1. Geschäftsmodell

Die Energiedienste GmbH (Energiedienste) erbringt Energiedienst- und Lieferleistungen in und für die Stadt Halle (Saale) sowie für die in ihrem Alleineigentum stehenden Gesellschaften, insbesondere die Wärmeversorgung, die Gewährleistung der öffentlichen technischen Infrastruktur des Individualverkehrs und nimmt alle damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte vor.

Alleinige Gesellschafterin der Energiedienste ist die Stadtwerke Halle GmbH (SWH). Eigene Beteiligungen besitzt die Gesellschaft nicht.

1.2. Ziele und Strategien

Ziel ist die Bereitstellung von Energiedienstleistungen für die Stadt Halle (Saale) und für Gesellschaften, welche in deren Alleineigentum stehen mit dem Ziel der effizienten Leistungserbringung und der Maßgabe der Ausschöpfung von Potentialen zur Energieeinsparung.

1.3. Steuerung

Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeiter, sondern bezieht Dienstleistungen über Vertragsbeziehungen innerhalb des Stadtwerkekonzerns.

Das Geschäftsfeld der Energiedienstleistungen wird durch zwei Mitarbeiter der EVH GmbH (EVH), welche jeweils hälftig im Rahmen der Arbeitnehmerüberlassung für die Energiedienste tätig sind, betreut. Die Geschäftsführung wird durch Herrn Jens Böttcher wahrgenommen.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die trotz der jüngsten Rückgänge nach wie vor hohen Preise auf allen Wirtschaftsstufen dämpften die Konjunktur Deutschlands in 2023. Ebenso beeinflussten ungünstige Finanzierungsbedingungen durch steigende Zinsen und eine geringere Nachfrage aus dem In- und Ausland die konjunkturelle Entwicklung. Hinzu gekommen sind neue geopolitische Unsicherheiten durch den Krieg im Nahen Osten ab Oktober 2023. Insgesamt konnte sich dadurch die Erholung der deutschen Wirtschaft vom tiefen Einbruch im Corona-Jahr 2020 nicht weiter fortsetzen.

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) Deutschlands sank nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes in 2023 um 0,3 % im Vergleich zum Vorjahr. In Sachsen-Anhalt betrug der Rückgang im ersten Halbjahr 2023 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr 3,2 % und fiel damit deutlich stärker der Durchschnitt aller Bundesländer aus (deutschlandweit -0,3 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Die schwache Konjunktur ist ebenfalls nicht spurlos am Arbeitsmarkt vorübergegangen. Dennoch behauptet sich der Arbeitsmarkt angesichts des Ausmaßes an Belastungen und Unsicherheiten nach wie vor gut. Nach Informationen der Bundesagentur für Arbeit sind Erwerbstätigkeit und Beschäftigung so hoch wie nie zuvor und auch 2023 zählt zu den Jahren mit der niedrigsten Arbeitslosigkeit seit der Wiedervereinigung. Die Arbeitslosenquote stieg in Deutschland gegenüber dem Vorjahr um +0,4 Prozentpunkte auf 5,7 %, in Sachsen-Anhalt auf 7,5 % (Vorjahr 7,1 %).

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum 31. Dezember 2023 einen Einwohnerstand von 244.501 (Vorjahr 244.099) aus. Damit konnte die Stadt zum dritten Mal in Folge einen leichten Zuwachs gegenüber dem Vorjahr verzeichnen.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Die Gesellschaft investierte in die Modernisierung von insgesamt 12 Heizungsanlagen sowie die Übernahme von vier Heizungsanlagen von der Stadt Halle (Saale) insgesamt 1.005 T€.

3.2. Politische und rechtliche Entwicklung

Das Gesetz zur Einsparung von Energie und zur Nutzung erneuerbarer Energien zur Wärme- und Kälteerzeugung in Gebäuden (Gebäudeenergiegesetz) wurde am 8. September 2023 im Bundestag beschlossen. Der Betrieb von Heizkesseln mit fossilen Brennstoffen wurde bis zum 31. Dezember 2044 begrenzt. Ab 2024 müssen unter Berücksichtigung von Ausnahmen sowie Übergangsfristen neu eingebaute Heizungen mit mindestens 65 % erneuerbarer Energie betrieben werden. Für die durch die Energiedienste zu modernisierenden Anlagen gilt eine Übergangsfrist bis 1. Juli 2026.

Am 17. November 2023 beschloss der Bundestag mit Wirkung zum 1. Januar 2024 das „Wärmeplanungsgesetz“. Darin werden die Bundesländer zur Erstellung von Wärmeplänen verpflichtet sowie das Ziel festgelegt, bis zum Jahr 2030 die Hälfte der leitungsgebundenen Wärme im bundesweiten Mittel klimaneutral zu erzeugen. Da Fernwärme ein wichtiger Bestandteil der Energiewende in Halle darstellt, verfolgt die Energie-Initiative Halle (Saale) einen weiteren Ausbau des Fernwärmenetzes. Hierfür wird derzeit im Rahmen der Erstellung der kommunalen Wärmeplanung an einer Ausbaustrategie gemeinsam mit der Stadt Halle gearbeitet.

Die im Herbst 2022 vereinbarte Preisbremse für Gas und Wärme galt im gesamten Geschäftsjahr 2023 und lief zum 31. Dezember 2023 aus. Für private Endkunden sowie kleine und mittlere Unternehmen wurde mit Wirkung zum 1. Januar 2023 der Preis für 80 % ihres Vorjahresverbrauchs auf 12 Cent/kWh (Gas) bzw. 9,5 Cent/kWh (Fernwärme) brutto begrenzt. Für Industriekunden griff eine Begrenzung bei einem Preis von 7 Cent/kWh (Gas) bzw. 7,5 Cent/kWh (Fernwärme) netto für 70 % des Vorjahresverbrauchs.

3.3. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Für den künftigen Geschäftsverlauf spielt die Aufnahme zusätzlicher städtischer Heizungsanlagen eine wichtige Rolle. Dabei kann es sich um bisher nicht im Portfolio enthaltene Bestandsanlagen, aber auch um Heizungsanlagen künftiger Neubauvorhaben der Stadt Halle (Saale) handeln.

Ein weiterer Erfolgsfaktor für den künftigen Geschäftsverlauf kann der Abschluss neuer Verträge zur Erbringung von Energiedienstleistungen sein.

3.4. Personal und Personalentwicklung

Am 31. Dezember 2023 beschäftigte die Gesellschaft keine Mitarbeiter. Die Mitarbeiterzahl veränderte sich gegenüber dem Vorjahr nicht.

Mit der EVH bestehen Arbeitnehmerüberlassungsverträge für zwei Mitarbeiter, die das neue strategische Geschäftsfeld „Energiedienstleistungen“ betreuen. Darüber hinaus werden Servicedienstleistungen von der EVH über einen Geschäftsbesorgungsvertrag bezogen.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Die Gesellschaft erzielte Umsatzerlöse in Höhe von insgesamt 5.708 T€ (Vorjahr: 4.729 T€), die schwerpunktmäßig auf den Vertrag zur Belieferung städtischer Liegenschaften mit Wärme mit der Stadt Halle (Saale) entfallen. Der Anstieg ist vor allem auf höhere Preise für Fernwärme zurückzuführen.

Variable Aufwendungen für Roh-, Hilfs und Betriebsstoffe sowie für bezogene Leistungen beliefen sich auf 4.988 T€ (Vorjahr: 4.035 T€) und betrafen Dienstleistungen sowie Energielieferungen von der EVH. Für fixe Aufwendungen (Personal, Sonstige betriebliche Aufwendungen, Abschreibungen) fielen insgesamt 563 T€ (Vorjahr: 518 T€) an.

Die Gesellschaft weist zum 31. Dezember 2023 ein Jahresergebnis in Höhe von 100 T€ (Vorjahr: 101 T€) aus, welches aufgrund des Gewinnabführungsvertrages an die SWH abgeführt wird.

4.2. Finanzlage

Per 31. Dezember 2023 verfügt die Energiedienste über ein Eigenkapital in Höhe von 2.025 T€ (Vorjahr: 2.025 T€).

Im Geschäftsjahr 2023 wurden Investitionen in Höhe von 1.005 T€ (Vorjahr: 438 T€) getätigt, welche u.a. durch die Aufnahme von Gesellschafterdarlehen der SWH in Höhe von 900 T€ (Vorjahr: 200 T€) finanziert wurden.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr und betrug im Berichtsjahr 833 T€ (Vorjahr: 544 T€). Der Cashoutflow aus Investitionstätigkeit war mit -1.245 T€ (Vorjahr: -1.013 T€) höher als im Vorjahr und ergibt sich im Wesentlichen durch höhere Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen. Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit in Höhe von 395 T€ (Vorjahr: -282 T€) beinhaltet vor allem die Aufnahme und die Tilgung von Gesellschafterdarlehen sowie die Ergebnisabführung an die Gesellschafterin. Der Anstieg resultiert aus einer höheren Aufnahme von Gesellschafterdarlehen. Die Kapitalflussrechnung weist insgesamt einen Finanzmittelabfluss in Höhe von 17 T€ (Vorjahr: Finanzmittelabfluss von 751 T€) aus.

Zum 31. Dezember 2023 ergab sich ein Finanzmittelfonds in Höhe von 565 T€ (Vorjahr: 582 T€), der hauptsächlich aus einem Guthaben im Rahmen des Cash-Poolings mit der SWH besteht. Der bestehende Cash Pool-Vertrag integriert die Gesellschaft in das Cash Pool-System des Konzerns, welches der Minimierung des gesamteinheitlichen finanziellen Risikos dient.

4.3. Vermögenslage

Die Bilanzsumme des Unternehmens betrug zum Ende des Geschäftsjahres 7.283 T€ und lag somit 310 T€ über dem Stand des Vorjahres.

Auf der Aktivseite war die Bilanz überwiegend vom Anlagevermögen bestimmt. Die Passivseite verfügt über eine Eigenkapitalquote von 28 % (Vorjahr: 29 %).

4.4. Gesamtaussage

Das Ergebnis der Energiedienste für das Geschäftsjahr 2023 entsprach den Erwartungen.

5. Chancen- und Risikobericht

In der Stadtwerke Halle - Gruppe findet ein konzernweit einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Dieses gruppenweite, bereichsübergreifende System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potenzielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

Die weltweite Wirtschaft war auch im Geschäftsjahr 2023 von den Auswirkungen des Ukraine-Konflikts sowie des Krieges im Nahen Osten geprägt. Für die Gesellschaft ergaben sich daraus jedoch keine unmittelbaren oder mittelbaren Folgen auf den Geschäftsverlauf. Dennoch kann auf Basis der aktuellen Erkenntnisse und der Krisensituation nicht ausgeschlossen werden, dass sich Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergeben.

Insbesondere aus der Novellierung des Gebäudeenergiegesetzes (siehe Gliederungspunkt 3.2) ergeben sich finanzielle Risiken für die Gesellschaft. Eine mögliche technische Lösung wäre der verstärkte Einsatz von Wärmepumpen in Verbindung mit konventionellen Gaskesselanlagen (Hybridanlage). Die aufgrund der technischen Komplexität der Hybridanlagen gestiegenen Modernisierungskosten ziehen einen erhöhten Finanzierungsbedarf nach sich. Des Weiteren ist mit höheren Wartungs- und Instandhaltungsaufwendungen zu rechnen.

Aus heutiger Sicht sind keine Risiken erkennbar, die den Bestand der Gesellschaft gefährden oder ihre Entwicklung wesentlich beeinträchtigen könnten.

6. Prognosebericht

Die Planung der Gesellschaft für das Jahr 2024 umfasst weitere Investitionen für die Modernisierung von Heizungsanlagen mit einem Volumen in Höhe von 1.056 T€. Die diesbezügliche Finanzierung soll durch die Aufnahme weiterer Gesellschafterdarlehen erfolgen.

Die Gesellschaft geht davon aus, im Jahr 2024 ein positives Ergebnis in Höhe von 90 T€ vor Ergebnisabführung zu erzielen und dieses auch mittelfristig zu halten.

Energieversorgung Halle Netz GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz	
Anschrift:	Zum Heizkraftwerk 12 06112 Halle (Saale)	
Rechtsform:	GmbH	
Stammkapital in T€:	25	
Gesellschafter:		T€ %
	EVH GmbH	<hr style="width: 100%; border: 0.5px solid black;"/> 25 100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist

- Planung, Erwerb, Betrieb, Vermarktung und sonstige Nutzung von Transport-, Verteilungs- und Speicherungssystemen sowie von Zähl- und Messsystemen für elektrische Energie, Gas, Wärme und von Telekommunikationsanlagen und sonstigen Anlagen der Informationsübertragung vornehmlich im Stadtgebiet von Halle (Saale),
- Errichtung von Transport-, Verteilungs- und Speicherungssystemen sowie von Zähl- und Messsystemen für elektrische Energie, Gas, Wärme und von Telekommunikationsanlagen und sonstigen Anlagen der Informationsübertragung durch Dritte,
- jede Art der Beschaffung und der gewerblichen Nutzung elektrischer Energie, Gas und Wärme,
- Erbringung und Vermarktung von Leistungen und Diensten auf den Gebieten der Verteilung von elektrischer Energie, Gas und Wärme sowie der Versorgung mit Telekommunikation vornehmlich im Stadtgebiet von Halle (Saale).

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Energieversorgung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Göpfert, Heike

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2023		2022		2021		Veränderungen 2023 zu 2022	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	10.616	33	10.494	43	10.475	48	122	1
Umlaufvermögen	21.061	66	13.760	56	10.989	51	7.301	53
Rechnungsabgrenzungsposten	317	1	292	1	246	1	25	9

Bilanzsumme	31.994	100	24.546	100	21.710	100	7.448	30
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	--------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	7.954	25	7.954	32	7.954	37	0	0
Rückstellungen	10.822	34	13.067	53	11.502	53	-2.245	-17
Verbindlichkeiten	13.218	41	3.525	15	2.254	10	9.693	275

Bilanzsumme	31.994	100	24.546	100	21.710	100	7.448	30
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	--------------	-----------

bb) GuV

	2023	2022	2021
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	145.973	133.349	130.677
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen andere aktivierte Eigenleistungen	0	-21	-92
sonstige betriebliche Erträge	6.193	4.212	1.043
Materialaufwand	115.963	99.995	95.869
Personalaufwand	23.500	21.227	20.354
Abschreibungen	1.671	1.509	1.373
sonstige betriebliche Aufwendungen	16.894	14.661	13.679
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	235	126	61
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	59	76	66
Ergebnis nach Steuern	-5.686	354	348
sonstige Steuern	72	71	74
Erträge aus Verlustübernahmen	5.758	0	0
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	0	283	274
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2023	2022	2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-3,94	0,21	0,21	%
Eigenkapitalrentabilität:	-72,39	3,56	3,45	%
Cash-Flow:	-4.087	1.792	1.647	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	566	514	504	T€
Personalaufwandsquote:	15,44	15,42	15,46	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	24,85	31,74	37,30	%
Eigenkapitalquote:	24,86	32,40	36,64	%
Fremdkapitalquote:	75,14	67,60	63,36	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Netznutzung Gas	976	1.062	1.269	GWh
Netznutzung Strom	722	748	776	GWh

f) Lagebericht

1. Grundlagen der Energieversorgung Halle Netz GmbH

1.1. Geschäftsmodell

Die Energieversorgung Halle Netz GmbH (Netzgesellschaft Halle) ist Strom- und Gasnetzbetreiber im Sinne des § 11 EnWG im Konzessionsgebiet Halle (Saale). Die Verteilernetze wurden durch die Netzgesellschaft Halle von der EVH GmbH (EVH) gepachtet. Darüber hinaus ist sie für die technische Betriebsführung des Fernwärmenetzes der EVH verantwortlich.

Im Rahmen der Umsetzung des Gesetzes zur Digitalisierung der Energiewende hat die Netzgesellschaft Halle die Rolle des grundzuständigen Messstellenbetreibers bei der Bundesnetzagentur angezeigt und setzt den Rollout für moderne Messeinrichtungen und intelligente Messsysteme um.

Weitere unternehmerische Tätigkeiten bestehen in der Erbringung von Dienstleistungen, hauptsächlich für die EVH. In deren Auftrag übernimmt sie kundennahe Energiedienstleistungen, den Betrieb von Fernwärme- und Nahwärmanlagen sowie die Planung und den Bau für Instandhaltungs-, Abrüstungs- sowie Investitionsmaßnahmen für die Medien Strom, Gas und Fernwärme.

Alleinige Gesellschafterin der Netzgesellschaft Halle ist die EVH. Eigene Beteiligungen besitzt die Gesellschaft nicht.

1.2. Ziele und Strategien

Ziel der Gesellschaft ist die effiziente Bewirtschaftung des Strom-, Gas- und Fernwärmeverteilnetzes im Stadtgebiet Halle (Saale), deren laufende Anpassung im Rahmen der Energiewende und Dekarbonisierung sowie die optimale Anwendung und Umsetzung der regulatorischen Rahmenbedingungen.

Eine weitere Zielstellung der Netzgesellschaft Halle ist die Bereitstellung von den bereits genannten Dienstleistungen für die Gesellschaften des Stadtwerkekonzerns.

1.3. Steuerung

Die interne Organisation der Gesellschaft gliedert sich in die Struktureinheiten Netzbetrieb (Netzbetrieb Gas, Netzbetrieb Strom, Netzbetrieb Wärme, Messstellenbetrieb, Lager), Netzstrategie (Strategie/Planung Kabel, Strategie/Planung Rohrtechnik, Dokumentation/Liegenschaften) und Marktgebietsmanagement (Vertragsmanagement, Wechselprozesse, Energiedatenmanagement, Regulierungsmanagement).

Als Steuerungsgröße dient jeweils das Betriebsergebnis (EBIT). Mit Hilfe dieser Kennzahl werden unternehmerische Entscheidungen getroffen. Weitere wesentliche Steuerungsgrößen als Netzbetreiber sind die Höhen der zulässigen Erlöse aus Netznutzung Strom und Gas (Erlösobergrenzen), welche durch die Anreizregulierung reglementiert sind.

Nach § 6b Abs. 3 EnWG sind bei einem „vertikal integrierten“ Energieversorgungsunternehmen gemäß § 3 Nr. 38 EnWG für die Tätigkeitsbereiche jeweils getrennte Konten in der internen Rechnungslegung zu führen und Tätigkeitsabschlüsse zu erstellen und diese im Bundesanzeiger zu veröffentlichen. Als Tätigkeitsbereiche werden die unter der Nummer 1 bis 6 genannten Bereiche Elektrizitätsübertragung, Elektrizitätsverteilung, Gasfernleitung, Gasverteilung, Gasspeicherung und Betrieb von LNG-Anlagen verstanden.

Mit den Tätigkeitsabschlüssen erfüllt die Netzgesellschaft Halle die Berichtspflicht nach § 6b Abs. 3 EnWG. So führt die Netzgesellschaft Halle in der internen Rechnungslegung jeweils getrennte Konten für die Tätigkeitsbereiche Gasverteilung, Elektrizitätsverteilung und Messstellenbetrieb sowie für Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors.

Nach Maßgabe der für Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches (§§ 264 ff. HGB) wurde für die jeweiligen Tätigkeiten eine Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) und eine Bilanz aufgestellt.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Das Jahr 2023 blieb auch durch den seit Februar 2022 andauernden Ukraine-Krieg von Krisen geprägt. Hinzu kam im Oktober 2023 der eskalierende Nahostkonflikt. Diese sowie politische und wirtschaftliche Unruhen hatten erhebliche Einflüsse und Auswirkungen auf die Energie-, Waren- und Finanzmärkte.

Die Energiepreise sind gegenüber dem Jahr 2022 wieder gesunken, haben sich jedoch 2023 auf einem deutlich höheren Preisniveau im Vergleich zu den Jahren vor den Krisen stabilisiert.

Darüber hinaus konnten vor dem Hintergrund neuer und komplexer Anforderungen aus Energiewende und Digitalisierung weitere Prozesse vor allem im Netzbetrieb zukunftssicher, massenprozessfähig und kundenorientiert ausgestaltet werden.

Im Jahr 2023 laufende Maßnahmen wie etwa die Umsetzung der Digitalisierung von Bauprojekten werden auch in 2024 sukzessive fortentwickelt. Das in 2023 abgeschlossene Vorprojekt zur Ablösung des bisherigen Abrechnungssystems wird mit dem Implementierungsprojekt in 2024/2025 fortgesetzt, um den geänderten Anforderungen auch in Zukunft gerecht zu werden.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die trotz der jüngsten Rückgänge nach wie vor hohen Preise auf allen Wirtschaftsstufen dämpften die Konjunktur Deutschlands in 2023. Ebenso beeinflussten ungünstige Finanzierungsbedingungen durch steigende Zinsen und eine geringere Nachfrage aus dem In- und Ausland die konjunkturelle Entwicklung. Hinzu gekommen sind neue geopolitische Unsicherheiten durch den Krieg im Nahen Osten ab Oktober 2023. Insgesamt konnte sich dadurch die Erholung der deutschen Wirtschaft vom tiefen Einbruch im Corona-Jahr 2020 nicht weiter fortsetzen.

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) Deutschlands sank nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes in 2023 um 0,3 % im Vergleich zum Vorjahr. In Sachsen-Anhalt betrug der Rückgang im ersten Halbjahr 2023 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr 3,2 % und fiel damit deutlich stärker als der Durchschnitt aller Bundesländer aus (deutschlandweit -0,3 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Die schwache Konjunktur ist ebenfalls nicht spurlos am Arbeitsmarkt vorübergegangen. Dennoch behauptet sich der Arbeitsmarkt angesichts des Ausmaßes an Belastungen und Unsicherheiten nach wie vor gut. Nach Informationen der Bundesagentur für Arbeit sind Erwerbstätigkeit und Beschäftigung so hoch wie nie zuvor und auch 2023 zählt zu den Jahren mit der niedrigsten Arbeitslosigkeit seit der Wiedervereinigung. Die Arbeitslosenquote stieg in Deutschland gegenüber dem Vorjahr um +0,4 Prozentpunkte auf 5,7 %, in Sachsen-Anhalt auf 7,5 % (Vorjahr: 7,1 %).

3. Geschäftsverlauf

3.1. Politische und rechtliche Entwicklung

Durch die fortlaufende Änderung rechtlicher Rahmenbedingungen und die hohe Taktung bei neuen Gesetzen in Folge sowohl der Umsetzung der Energiewende („Klimaschutz“) als auch der Beherrschung der Folgen des Ukraine-Krieges („Energiesicherheit“) steht auch die Netzgesellschaft Halle vor immensen Herausforderungen. Folgende Gesetze mit zum Teil erheblichen Auswirkungen wurden bis heute verabschiedet oder es liegen Gesetzentwürfe vor.

Das „Gesetz zur Einführung von Preisbremsen für leitungsgebundenes Erdgas und Wärme und zur Änderung weiterer Vorschriften“ und das „Gesetz zur Einführung einer Strompreisbremse und zur Änderung weiterer energierechtlicher Bestimmungen“ sind mit Vorliegen der beihilferechtlichen Genehmigungen der EU-Kommission zum 24. Dezember 2022 in Kraft getreten. Am 3. August 2023 trat das novellierte „Gesetz zur Änderung des Erdgas-Wärme-Preisbremsengesetzes, zur Änderung des Strompreisbremsengesetzes sowie zur Änderung weiterer energiewirtschaftlicher, umweltrechtlicher und sozialrechtlicher Gesetze“ in Kraft. Damit mussten Neuregelungen für die Entlastungsseite sowie zur Überschusserlösabschöpfung in 2023 beachtet werden.

Am 24. Dezember 2022 ist die Bezuschussung der Übertragungsnetzbetreiber-Netzentgelte gemäß § 24b EnWG für das Geschäftsjahr 2023 in Kraft getreten, die für stabile Netzentgelte sorgte.

Am 22. Dezember 2022 wurde die Verordnung zur Festlegung eines Rahmens für einen beschleunigten Ausbau der Nutzung Erneuerbarer Energien in der Europäischen Union beschlossen. Seit Inkrafttreten am 30. Dezember 2022 gilt sie für 18 Monate unmittelbar in allen EU-Mitgliedstaaten. Für eine begrenzte Zeit sollen somit vereinfachte Genehmigungsverfahren für Erneuerbare-Energien-Anlagen und für den damit verbundenen Netzausbau gelten.

Das Gesetz zum Neustart der Digitalisierung der Energiewende (GNDEW) ist am 27. Mai 2023 im Kraft getreten und soll den Einbau intelligenter Messsysteme schneller voranbringen. Die Markterklärungen des BSI gehören der Vergangenheit an. Für Verbraucher bis 100.000 kWh/a und Anlagen bis 100 kW können die Messstellenbetreiber den Rollout auf für sie freiwilliger Basis sofort beginnen oder fortsetzen. Zur Pflicht wird der Rollout für grundzuständige Messstellenbetreiber spätestens ab 1. Januar 2025. Neben dem Messstellenbetriebsgesetz harmonisiert das GNDEW auch das Erneuerbare-Energien-Gesetz 2023 (EEG) und das Energiewirtschaftsgesetz (EnWG).

Das Europäische Parlament, der Rat der EU und die EU-Kommission haben sich am 27. November 2023 auf eine Überarbeitung der Gasbinnenmarkt-Richtlinie als Teil des EU-Gaspakets geeinigt. Dabei wurden insbesondere zum Unbundling ein positiver Kompromiss gefunden: Gas-Verteilnetzbetreiber (VNB), die künftig ein H2-Verteilnetz betreiben wollen, müssen keine eigene Gesellschaft gründen. Auch auf der Fernleitungsebene kann der nationale Regulierer bestimmen, dass keine separate H2-Netzgesellschaft erforderlich ist.

Im Jahr 2023 wurde eine Vielzahl von entgeltregulatorischen Rechtsprechungen entschieden:

Am 30. August 2023 hat das OLG Düsseldorf die Entscheidung verkündet, dass die Festlegungen der BNetzA aufgehoben werden und die Behörde verpflichtet wird, die Eigenkapitalzinssätze unter Beachtung der Rechtsauffassung des Gerichts neu festzulegen. Die BNetzA hat nun Rechtsbeschwerde beim BGH gegen die Beschlüsse eingelegt, so dass das Urteil nicht rechtskräftig wird.

Am 26. September 2023 hat der BGH den Effizienzvergleich der dritten Regulierungsperiode im Gas zu Gunsten der Verteilnetzbetreiber aufgehoben. Da zu diesem Zeitpunkt auch der Effizienzvergleich für die vierte Regulierungsperiode - mit einer weitestgehend gleichen Systemantik - bereits veröffentlicht wurde, ist die BNetzA angehalten, diesen ebenfalls neu zu berechnen.

Ende 2022 wurde von der Bundesnetzagentur (BNetzA) die Festlegung von kalkulatorischen Nutzungsdauern von Erdgasleitungsinfrastrukturen („KANU“) veröffentlicht, die Gasverteilnetzbetreibern eine Verkürzung der Nutzungsdauern bis 2045, jedoch nur für Neuinvestitionen, ermöglicht. Da die Bestandsanlagen davon unberücksichtigt bleiben, hat die Netzgesellschaft Halle im Rahmen einer Prozesskostengemeinschaft Beschwerde eingelegt.

Ebenso hat die BNetzA im August 2023 bei der Festlegung zur Bestimmung des kalkulatorischen Fremdkapitalzinssatzes im Rahmen des Kapitalkostenaufschlags nur die Neuinvestitionen ab dem Jahr 2024 berücksichtigt. Vor dem Hintergrund der Zinswende ist auch die fehlende Rückwirkung zum 1. Januar 2022 nicht nachvollziehbar. Aus diesem Grund nimmt die Netzgesellschaft Halle ebenfalls an einer Prozesskostengemeinschaft teil.

3.2. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Strom- und Gasversorgungsnetze unterliegen einer staatlichen Regulierung. Durch die Anreizregulierungsverordnung (ARegV) wird den Netzbetreibern eine Erlösobergrenze gesetzt, die den zulässigen Netzkosten entspricht. Mit Hilfe eines Regelverfahrens im Rahmen eines bundesweiten Effizienzvergleichs werden durch die Regulierungsbehörden die individuellen Effizienzwerte eines jeden Netzbetreibers ermittelt. Auf Basis dieses Effizienzvergleichs wird die relative Kosteneffizienz des Netzbetreibers bestimmt. Der effizienteste Netzbetreiber gilt als Messgröße für alle anderen. Es gilt die unter Umständen bestehenden individuellen Ineffizienzen abzubauen.

Ein effizientes Kostenmanagement bildet unter Sicherstellung von Netzqualität und -stabilität einen wesentlichen Faktor für den Erfolg der Netzgesellschaft Halle.

Die Festlegung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen der Netzgesellschaft Halle für die dritte Regulierungsperiode Strom (2019 bis 2023) erfolgte mit Beschluss der Beschlusskammer 8 der BNetzA vom 9. Juli 2019. Ein Bescheid für die vierte Regulierungsperiode Gas (2023 bis 2027) seitens der Landesregulierungsbehörde für Elektrizität und Gas des Landes Sachsen-Anhalt steht noch aus. Dieser wird im kommenden Geschäftsjahr nach erfolgter Festlegung der Effizienzwerte Gas erwartet.

3.3. Personal und Personalentwicklung

Am 31. Dezember 2023 beschäftigte die Netzgesellschaft Halle 279 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie 36 Auszubildende. Die Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter liegt damit zum Stichtag auf dem Niveau des Vorjahres (280 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter).

Das durchschnittliche Lebensalter der Belegschaft lag zum Ende des Geschäftsjahres bei 43 Jahren. Die durchschnittliche Unternehmenszugehörigkeit belief sich auf 18 Jahre.

Die Netzgesellschaft Halle stellt sich den Herausforderungen des demographischen Wandels. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Rekrutierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus den eigenen Reihen durch Berufsausbildung sowie die kooperative Ingenieursausbildung bzw. dualen Studiengängen. Eine detaillierte Nachfolgeplanung ist weiterhin die zentrale Maßnahme, um den Folgen der demografischen Entwicklung rechtzeitig entgegenzuwirken und den wichtigen Wissenstransfer abzusichern. Darüber hinaus wird das Angebot an Diplomanden-, Praktikantinnen- und Praktikanten- und Traineestellen im Rahmen der Hochschulkontaktpflege kontinuierlich ausgebaut.

Des Weiteren unterstützt die Netzgesellschaft Halle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, welche sich berufsbegleitend qualifizieren wollen, sowohl organisatorisch als auch finanziell. Zusätzlich haben diese die Möglichkeit, die Angebote der SWH-Mitarbeiterentwicklung zu nutzen. So steht mit der elektronischen Bibliothek im Flurfunk allen Mitarbeitenden ein digitales Weiterbildungsangebot mit zahlreichen eBooks und Audio-Lerneinheiten zur Verfügung.

Im Rahmen der zentralen Mitarbeitendenentwicklung wurden Workshops und Trainings in den Bereichen Resilienz, Projektmanagement, MS-Office sowie ein Visualisierungstraining angeboten. Des Weiteren wurde das Austausch- und Beteiligungsformat „Zukunftswerkstatt“ eingeführt und sowie ein Sekretariats- und Assistentenitag durchgeführt. Auch die zentrale Führungskräfteentwicklung wurde in 2023 intensiv fortgeführt.

Im Rahmen der unternehmensweiten Lern- und Veränderungsinitiative „ukw – unsere Kultur wandeln“ widmen sich Mitarbeitende der EVH und Netzgesellschaft Halle in vier Arbeitsgruppen Themen, um die Attraktivität als Arbeitgeber innerhalb der Unternehmen sowie nach außen zu fördern. Kollegen, Führungskräfte und das Management arbeiten dabei hierarchieunabhängig zusammen, um gewohnte Vorgehensweisen zu überdenken und zu optimieren. Aufgrund der sich rasant wandelnden wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ist eine Neuausrichtung an einigen Stellen erforderlich. Durch dieses Projekt wurde bereits das Kaffeeangebot sowie die Kommunikation von Mitarbeiterbenefits optimiert. Aktuell befinden sich die Überarbeitung des Arbeitsmarktmarketings (moderne Stellenausschreibungen, EVH als eigene Arbeitgebermarke, Sozial Media Recruiting sowie QR-Codes am Fuhrpark der Netzgesellschaft Halle) und die Entwicklung neuer Raumkonzepte in der Umsetzung.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2023 erzielte die Netzgesellschaft Halle ein negatives Ergebnis. Der Jahresfehlbetrag, der im Rahmen des Gewinnabführungsvertrages von der EVH ausgeglichen wird, betrug 5,8 Mio. € und lag damit deutlich unter dem Vorjahresniveau (Vorjahr: Jahresüberschuss 0,3 Mio. €). Die zusammengefasste Ertragslage stellt sich folgendermaßen dar:

Ertragslage	2023	2022	Veränderung	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	in Prozent
Umsatzerlöse	146,0	133,3	12,7	9,5
Übrige Erträge	6,2	4,3	1,9	42,5
Materialaufwand	116,0	99,9	16,1	16,0
Deckungsbeitrag	36,2	37,7	-1,5	-4,0
Personalaufwand	23,5	21,2	2,3	10,7
Sonstige betriebliche Aufwendungen	16,9	14,7	2,2	15,2
EBITDA	-4,2	1,8	-6,0	<-100
Abschreibungen	1,7	1,5	0,2	10,7
EBIT	-5,9	0,3	-6,2	<-100
Finanzergebnis	0,2	0,1	0,1	>100
Steuern	0,1	0,1	0,0	1,4
Jahresergebnis	-5,8	0,3	-6,1	<-100

Die Umsatzerlöse des abgelaufenen Geschäftsjahrs stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 12,7 Mio. €, was im Wesentlichen auf höhere Umsatzerlöse aus der Netznutzung Strom aufgrund höherer Netzentgelte sowie aus der Abrechnung von Mehr- und Mindermengen zurückzuführen war. Die übrigen Erträge erhöhten sich um 1,9 Mio. € auf 6,2 Mio. €, was insbesondere auf periodenfremde Einmaleffekte zurückzuführen war.

Im Materialaufwand zeigte sich ein zu den Umsatzerlösen korrespondierender Anstieg der Aufwendungen aus der Abrechnung von Mehr- und Mindermengen. Außerdem stiegen die Aufwendungen für vorgelagerte Netzkosten sowie für Netzverluste Strom, sodass der Materialaufwand gegenüber dem Vorjahr um 16,1 Mio. € auf 116,0 Mio. € anstieg. Im Ergebnis ergab sich eine Verminderung des Deckungsbeitrages um 1,5 Mio. €.

Die Position Personalaufwand wies im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung von 2,3 Mio. € aus. Dies ist auf den neuen Tarifvertrag ab 1. September 2023, die Erhöhung der variablen Vergütung sowie die Zahlung einer Inflationsausgleichprämie zurückzuführen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich um 2,2 Mio. €, im Wesentlichen verursacht durch gestiegene Aufwendungen für Geschäftsbesorgung, die Zuführung zu übertragenen Rückstellungen sowie die Wertberichtigung von Forderungen. Das EBITDA sank um 6,0 Mio. € auf -4,2 Mio. €.

Die Abschreibungen lagen etwa auf dem Vorjahresniveau, so dass sich zum 31. Dezember 2023 aufgrund eines zinsbedingt verbesserten Finanzergebnisses bei gleichbleibendem Steueraufwand ein Jahresergebnis in Höhe von -5,8 Mio. € ergab.

Der Jahresfehlbetrag in Höhe von -5,8 Mio. € beinhaltet in Höhe von -4,7 Mio. € die Tätigkeiten der Elektrizitätsverteilung, in Höhe von -1,7 Mio. € die Tätigkeiten der Gasverteilung sowie in Höhe von -0,2 Mio. € den Messstellenbetrieb.

4.2. Finanzlage

Die Netzgesellschaft Halle wies zum 31. Dezember 2023 ein Eigenkapital in Höhe von 7,9 Mio. € (Vorjahr: 7,9 Mio. €) aus. Die Eigenkapitalquote beträgt 24,9 Prozent (Vorjahr: 32,4 Prozent).

Die Kapitalflussrechnung verzeichnete im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Finanzmittelabfluss in Höhe von 7,4 Mio. € (Vorjahr: Zufluss 1,5 Mio. €).

Liquiditätsentwicklung	2023	2022
	Mio. €	Mio. €
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	-5,7	3,2
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-1,4	-1,4
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-0,3	-0,3
Zahlungswirksame Veränderungen	-7,4	1,5
Finanzmittelfonds zum 01.01. des Jahres	1,8	0,3
Finanzmittelfonds zum 31.12. des Jahres	-5,6	1,8

Die Verminderung des Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit gegenüber dem Vorjahr war hauptsächlich auf die Entwicklung des Jahresergebnisses und die Abnahme der Rückstellungen zurückzuführen.

Im Geschäftsjahr 2023 wurden Investitionen in Höhe von 1,8 Mio. €, im Wesentlichen für Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie für Software, getätigt. Der im abgelaufenen Geschäftsjahr zahlungswirksame Teil der Investitionen in Höhe von 1,4 Mio. € spiegelt sich im Cashflow aus der Investitionstätigkeit wider.

Insgesamt ergab sich zum Bilanzstichtag ein negativer Finanzmittelbestand in Höhe von 5,6 Mio. €, der im Rahmen des Cash-Poolings mit der SWH als Verbindlichkeit gegenüber der SWH besteht. Der bestehende Cash-Pool-Vertrag integriert die Netzgesellschaft Halle in das Cash Pool-System des Konzerns, welches der Minimierung des gesamtheitlichen finanziellen Risikos dient.

4.3. Vermögenslage

Die Netzgesellschaft Halle hat mit der EVH einen Pachtvertrag abgeschlossen, welcher die Überlassung der für den Netzbetrieb erforderlichen Vermögensgegenstände regelt.

Die Bilanzsumme des Unternehmens betrug zum Ende des Geschäftsjahres 32,0 Mio. € und lag somit 7,4 Mio. € über dem Vorjahr.

Auf der Aktivseite lag das Anlagevermögen mit 10,6 Mio. € auf dem Vorjahresniveau. Das Umlaufvermögen stieg insbesondere aufgrund der Forderung zum Ausgleich des Jahresfehlbetrages gemäß Gewinnabführungsvertrag um 7,3 Mio. € auf 21,1 Mio. €.

Die Passivseite war im Vergleich zum Vorjahr aufgrund des negativen Cash-Pool-Bestandes vor allem durch höhere Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (+6,4 Mio. €) geprägt. Insgesamt stiegen die Verbindlichkeiten um 9,7 Mio. € auf 13,2 Mio. €. Die Rückstellungen verringerten sich um 2,2 Mio. € auf 10,8 Mio. €.

Die Bilanzsummen der Tätigkeitsbereiche betrugen zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2023 bei der Elektrizitätsverteilung 21,2 Mio. €, bei der Gasverteilung 3,0 Mio. € und beim Messstellenbetrieb 0,9 Mio. €.

4.4. Gesamtaussage

Die Netzgesellschaft Halle schloss das Geschäftsjahr 2023 mit einem Ergebnis unterhalb des Wirtschaftsplanes ab. Ursächlich waren vor allem höhere Material-, Personal und sonstige betriebliche Aufwendungen.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

In der Stadtwerke Halle - Gruppe findet ein konzernweit einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Dieses gruppenweite, bereichsübergreifende System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern / vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert. Bei der Netzgesellschaft Halle sind keine Risiken der Gruppe 1 oder Gruppe 2 vorhanden.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

5.2. Chancen und Risiken

Entsprechend der Anforderungen des konzernweit einheitlichen Risikofrüherkennungssystems betreibt die Netzgesellschaft Halle gemeinsam mit der EVH ein kontinuierliches Chancen- und Risikomanagement, welches als Bestandteil des Planungs-, Steuerungs- und Berichterstattungsprozesses in die bestehende Organisation der Gesellschaft integriert ist. Die Geschäftsführung wird regelmäßig über die aktuellen Chancen und Risiken informiert.

Hinsichtlich der bestehenden Finanzinstrumente ist die Netzgesellschaft Halle nur in geringem Umfang Ausfall- und Liquiditätsrisiken bzw. Risiken aus Zahlungsstromschwankungen ausgesetzt. Dies begründet sich mit dem aktiven Management dieser Risiken sowie dem relativ stabilen geschäftlichen Umfeld. Zur Minderung der Ausfallrisiken von Kunden werden regelmäßige Abschlüsse vereinbart und eingezogen.

Die bestehenden Ergebnisrisiken resultieren im Wesentlichen aus dem ständigen Wandel im rechtlichen und politischen Umfeld. Vor allem die Änderungen des regulatorischen Rahmens haben einen maßgeblichen Einfluss auf die Ergebnissituation der Netzgesellschaft Halle.

Risiken aus Lieferanteninsolvenzen resultieren auf Grund möglicher Insolvenzanfechtungen nach § 129 ff. Insolvenzordnung (InsO), wonach Insolvenzverwalter gemäß § 133 InsO von Kunden geleistete Zahlungen rückwirkend für den Zeitraum von bis zu zehn Jahren vor Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens anfechten können. Bei Erfolg dieser Anfechtung sind die erhaltenen Zahlungen, hoch verzinst, in vollem Umfang an die Insolvenzmasse zu zahlen. Diese Risiken können nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden.

Im Zusammenhang mit dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine im Jahr 2022 ist das Risiko einer Gasversorgungsunterbrechung auf der Importstufe und dem daraus folgenden Ausfall russischer Erdgaslieferungen nach Deutschland deutlich gestiegen. Um diesem Risiko zu begegnen, ist eine Diversifikation - weg vom russischen Gas - notwendig. Hierbei handelt es sich jedoch um eine nationale bzw. gesamteuropäische Herausforderung, die kurzfristig nicht vollständig bewältigt werden kann. Die Versorgungssicherheit könnte deutschlandweit nur noch eingeschränkt gewährleistet sein. In solch einem Falle kommt der Notfallplan Gas zur Anwendung. Er legt die grundsätzliche Vorgehensweise für die Entscheidungsfindung der Gasverteilung im nationalen Krisenfall fest. Erst in der dritten Eskalationsstufe dieses Notfallplans, der sogenannten „Notfallstufe“, werden nach Ausschöpfen aller marktlichen Maßnahmen hoheitliche Eingriffe mit Aufforderungen zur Gasbezugsreduzierung auch für Kunden im Gasnetz in Halle möglich.

Die dargestellten Chancen und Risiken waren Bestandteil einer umfassenden Chancen- und Risikobewertung zum Jahresabschluss. Die Gesellschaft geht davon aus, dass die im Jahresabschluss abgebildeten Maßnahmen zur Risikovorsorge einem ausgewogenen Verhältnis von Chancen und Risiken entsprechen. In Summe bestanden während des Berichtsjahres keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Risiken. Derartige Risiken sind auch für das folgende Geschäftsjahr nicht erkennbar.

6. Prognosebericht

Um weiterhin einen sicheren Betrieb der Anlagen und die qualitätsgerechte Versorgung der Kunden zu gewährleisten, werden im Verteilnetz der Gesellschaft entsprechend dem notwendigen Umfang Investitionen, Instandhaltungen und Abrüstungen durchgeführt. Die Netzgesellschaft Halle verantwortet in ihrer Rolle als Netzbetreiber im Stadtgebiet Halle Entscheidungen über den Bau oder die Modernisierung von Verteilleitungen sowie zugehöriger Stationen und Anlagenkomponenten der Sparten Strom und Gas.

Die technischen Dienstleistungen für die Sparte Fernwärme werden im Rahmen eines Dienstleistungsvertrages an die EVH erbracht.

Zur Gewährleistung der Effizienzsteigerung werden im Rahmen der Anlagenbewertungen auf Basis der technischen Daten, der Störungsdaten und praxisbezogener Handlungsempfehlungen Schwachstellenanalysen der Netzkomponenten der Sparten Strom, Gas und Fernwärme durchgeführt, im Netzzustandsbericht fixiert und für eine zukünftige Netzausbauplanung zusammengeführt.

Der regulierte Messstellenbetrieb Strom wird gemäß § 29 Abs. 3 MsbG bis spätestens 2032 durch den "intelligenten Messstellenbetrieb" von modernen Messeinrichtungen und intelligenten Messsystemen abgelöst. Das MsbG soll zu mehr Wettbewerb im Messstellenbetrieb führen.

Am 15. Dezember 2023 hat der Bundesrat das Gesetz für die Wärmeplanung und zur Dekarbonisierung der Wärmenetze (Wärmeplanungsgesetz) verabschiedet. Damit ist der Weg frei für die Schaffung einer klimafreundlichen und bezahlbaren Wärmeversorgung in Deutschland. Das Wärmeplanungsgesetz wird gemeinsam mit der Novelle des Gebäudeenergiegesetzes zum 1. Januar 2024 in Kraft treten. Beide Gesetze tragen dazu bei, die Klimaziele im Jahr 2045 zu erreichen.

Damit steht nicht nur die Netzgesellschaft Halle vor immensen Herausforderungen bzw. großen Veränderungen, sondern auch die gesamte Branche. In Zusammenarbeit im Konzernverbund und mit der Stadt Halle gestalten wir einen Transformationspfad bzw. die Wärmeplanung in Richtung Klimaneutralität gemeinsam, die bis 30. Juni 2026 vorliegen muss. Dies konfrontiert die Netzgesellschaft Halle wie alle anderen Betreiber von Versorgungsinfrastrukturen mit erheblichen Investitions Herausforderungen zur Umsetzung des Technologiewandels.

Am 27. November 2023 hat die BNetzA zwei weitere Festlegungen erlassen. Die Festlegung der Beschlusskammer (BK) 6 befasst sich mit der Integration von steuerbaren Verbrauchseinrichtungen und steuerbaren Netzanschlüssen nach § 14a EnWG. Die andere Festlegung der BK 8 befasst sich mit der damit verbundenen Reduzierung der Netzentgelte. Die Netzgesellschaft Halle hat eine übergreifende Projektgruppe ins Leben gerufen, um die neuen Anforderungen im Unternehmen auch weiter im Jahr 2024 umzusetzen.

Das „Gesetz zur Anpassung des Energiewirtschaftsrechts an unionsrechtliche Vorgaben und zur Änderung weiterer energierechtlicher Vorschriften“ ist am 28. Dezember 2023 veröffentlicht worden. Damit sind die Änderungen am EnWG (mit Ausnahme des § 24c), aber auch an weiteren Gesetzen, wie beispielsweise dem Messstellenbetriebsgesetz – bis auf wenige Ausnahmen (einzelne Änderungen der Kapazitätsreserveverordnung und des Netzausbaubeschleunigungsgesetzes (NABEG)) – am 29. Dezember 2023 in Kraft getreten und die neuen Regelungen nun auch in der Praxis anzuwenden. Fest steht auch, dass die Netzzugangsverordnungen (Gas-/StromNZV) jeweils am 31. Dezember 2025 sowie die Netzentgeltverordnungen (Gas-/StromNEV) und die Anreizregulierungsverordnung (ARegV) zum Ende der vierten Regulierungsperiode am 31. Dezember 2027 (Gas) bzw. am 31. Dezember 2028 (Strom) außer Kraft treten

Im Rahmen der meisten in den letzten Jahren sichtbaren Entscheidungen und Entwicklungen der gesetzlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen ist die Kostenreduzierung für die Netznutzer als Primat von Politik und Regulierungsbehörden zu beobachten. Für Verteilnetzbetreiber und damit auch die Netzgesellschaft Halle bedeutet dies zukünftig weiteren Druck auf die zulässigen Erlöse und damit eigenen Kosten sowie Kosten der Dienstleister, gleichermaßen auf deren Effizienz der Leistungserbringung. Wirkungen weiterer Festlegungen – beispielhaft diejenigen zu den Erlösobergrenzen der vierten Regulierungsperiode – sowie Risiken daraus werden regelmäßig im Chancen- und Risikomanagement berichtet.

Es sind keine Risiken erkennbar, die den Bestand der Gesellschaft gefährden. Die weitere Entwicklung der Gesellschaft ist insbesondere von den Auswirkungen der wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen für Netzbetreiber abhängig.

Die Geschäftsführung rechnet im Jahr 2024 mit einem negativen Jahresergebnis vor Ergebnisübernahme in Höhe von 3,8 Mio. €. Dieses ist das Ergebnis regulatorischer Eingriffe. Im Wesentlichen ergaben sich Erlöskürzungen durch die Landesregulierungsbehörde und die Bundesnetzagentur im Rahmen des Anhörungsverfahrens bei den noch nicht abgeschlossenen Verfahren zur Festlegung der Erlösobergrenze für die vierte Regulierungsperiode im Gas und im Strom. Darüber hinaus wurde zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit der Instandhaltungsaufwand erhöht.

Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Grubenweg 3
06242 Braunsbedra

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 260

Gesellschafter:	T€	%
Stadt Mücheln	101	39,00
Stadt Braunsbedra	55	21,00
Stadtwerke Halle GmbH	52	20,00
Stadt Bad Lauchstädt	26	10,00
Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG) (eigene Anteile)	26	10,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist:

- die Versorgung von Gebietskörperschaften und privatrechtlichen Partnern mit Wasser, Fernwärme, Elektroenergie und Gas sowie die Entsorgung von Abwasser einschließlich aller in diesem Zusammenhang stehenden Leistungen bezüglich Planung, Realisierung und Betriebsführung;
- die Versorgung Dritter mit Energieträgern in fester und flüssiger Form einschließlich Gasen;
- die Geschäftsbesorgung im Bereich von Gebühren, Beiträgen, Steuern und Dienstleistungen für Dritte, die im Zusammenhang mit der Versorgung von Energie und Wasser sowie der Entsorgung von Abwasser stehen;
- die Annahme, Aufbereitung, Verwertung und Vermittlung von regenerativen Brennstoffen und anderen Reststoffen;
- die Betreibung nachhaltiger Energie- und Stoffwirtschaft.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft in den Bereichen Energieversorgung sowie Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Schiller, Hartmut

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2023		2022		2021		Veränderungen 2023 zu 2022	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	8.758	75	4.807	75	4.504	69	3.951	82
Umlaufvermögen	2.910	25	1.507	24	1.974	30	1.403	93
Rechnungsabgrenzungsposten	9	0	8	0	8	0	1	13
Aktive latente Steuern	35	0	42	1	52	1	-7	-17
Bilanzsumme	11.712	100	6.364	100	6.538	100	5.348	84
Passiva								
Eigenkapital	2.717	23	2.485	39	3.278	50	232	9
Sonderposten für Investitions- und Baukostenzuschüsse	448	4	498	8	475	7	-50	-10
Rückstellungen	328	3	277	4	320	5	51	18
Verbindlichkeiten	8.219	70	3.104	49	2.465	38	5.115	165
Bilanzsumme	11.712	100	6.364	100	6.538	100	5.348	84

bb) GuV

	2023	2022	2021
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	5.995	5.964	6.268
andere aktivierte Eigenleistungen	12	11	22
sonstige betriebliche Erträge	136	806	114
Materialaufwand	1.440	2.793	1.383
Personalaufwand	2.483	2.279	2.262
Abschreibungen	430	447	483
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.467	1.686	1.763
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	118	29	26
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-41	10	115
Ergebnis nach Steuern	246	-463	372
sonstige Steuern	14	14	63
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	232	-477	309

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2023	2022	2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	3,87	-7,99	4,94	%
Eigenkapitalrentabilität:	9,33	-16,10	10,43	%
Cash-Flow:	662	-30	792	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	112	123	114	T€
Personalaufwandsquote:	40,42	33,60	35,32	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	74,75	75,47	68,79	%
Eigenkapitalquote:	23,20	39,05	50,14	%
Fremdkapitalquote:	76,80	60,95	49,86	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Absatz Fernwärme	20,2	19,6	21,7	GWh
Absatz Strom	14,1	16,3	16,5	GWh
Verwertung EBS-Brennstoffe	47,8	41,6	53,0	Tt

f) Lagebericht

1. Geschäftsmodell und allgemeiner Geschäftsverlauf

a. Energieerzeugung in den Standorten Heizkraftwerk Grubenweg, Holzkesselanlagen Großkayna und Mücheln

Das Kerngeschäft der EWAG bezieht sich im Geschäftsjahr 2023 weiterhin auf die Energieerzeugung zur Wärmeversorgung der Standorte Braunsbedra, Großkayna und Mücheln sowie der Stromerzeugung mit der Einspeisung ins örtliche Stromnetz und hat sich vergleichsweise zum Geschäftsjahr 2022 nicht verändert.

Die Energieerzeugung im Heizkraftwerk Grubenweg Braunsbedra erfolgt im Prozess einer Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) durch die thermische Verwertung von Ersatzbrennstoffen (EBS). Im bisherigen Betriebsteil Kraftwerk VKH in der Geiseltalstraße Braunsbedra wurde mittels thermischer Verwertung von Ersatzbrennstoffen (EBS) nur Strom erzeugt.

Die in den zwei weiteren Wärmeerzeugungsanlagen Großkayna und Mücheln produzierte Wärmeenergie wird auf der Basis von Altholz (Redundanz Heizöl leicht) bzw. Holzhackschnitzel (hier Redundanz Erdgas) erzeugt.

Die in den Energieerzeugungsanlagen der EWAG erzeugte Wärme wird über eigene Fernwärmenetze in Braunsbedra (einschließlich des Ortsteils Großkayna) und in Mücheln den Kunden zur Verfügung gestellt.

Die im Heizkraftwerk Grubenweg en Betriebsteil Kraftwerk VKH erzeugte Elektroenergie wird bzw. wurde in das Netz der Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH (MITNETZ Strom) eingespeist.

Auf Grundlage eines zwischen der E.MAGIS energy GmbH (E.MAGIS) Weimar und der EWAG bestehenden Dienstleistungsvertrages erfolgt die Stromvermarktung durch die E.MAGIS.

Nach den wirtschaftlichen und finanziellen Problemen des Jahres 2022, hervorgerufen durch den monatelang dauernden Generatorschaden im Heizkraftwerk Grubenweg, bestand für die EWAG als wichtigste Aufgabe die Energieerzeugung im Heizkraftwerk Grubenweg zu stabilisieren, ein stabile Wärmeversorgung zu garantieren und somit die im Jahr 2022 erwirtschafteten Verluste abzubauen.

Mit Beginn des Geschäftsjahr 2023 stellten sich erneute betriebswirtschaftliche Probleme ein. Die bereits im Dezember durch Brennstofflieferanten angekündigten Preisminderungen für Ersatzbrennstoffe wurden in die Realität umgesetzt. Unter dem Vorwand einer „künstlichen Verknappung“ von Ersatzbrennstoffen wurden die Preise je nach Lieferanten zwischen 3 bis 15 €/t vermindert.

Auch die Strompreise an der Strombörse verringerten sich monatlich. Trotz vorsichtiger Preisansätze im Wirtschaftsplan 2023 konnten die geplanten Stromerlöse nicht realisiert werden.

Mit Ausnahme der Kraftwerksanlage im Betriebsteil VKH verliefen die technischen Prozesse der jeweiligen Energieerzeugungsanlagen in den Versorgungsgebieten planmäßig.

Im 2. Halbjahr des Geschäftsjahres stiegen die Entsorgerpreise für Ersatzbrennstoffe wieder leicht an, ohne die geplanten Preise des Wirtschaftsplanes bzw. die Entsorgerpreise des Vorjahres zu erreichen.

Die Sparte Fernwärme entwickelte sich bis zum Jahresende planmäßig.

Der Betrieb der Wärmeerzeugungs- und Wärmeverteilungsanlagen in Braunsbedra, Großkayna und Mücheln war stets gewährleistet, die Versorgung unserer Kunden mit Wärme jederzeit garantiert. Auch aus Sicht des Stör- bzw. Instandhaltungsgeschehens war der Anlagenbetrieb als normal einzuschätzen. Alle Versorgungsaufgaben wurden qualitativ und quantitativ gut erfüllt.

Es ist festzustellen, dass sich die Fernwärmeverbrauchsmengen der Bestandsanlagen von Jahr zu Jahr vermindern. Neben den klimatischen Verhältnissen spielt auch das Sparsamkeitsverhalten der Kunden beim Heizen der Wohnräume aber auch der gegenwärtige Wohnungsleerstand in Braunsbedra eine zunehmende Rolle.

Die Planung zur Sparte Stromverkauf-Stromlieferung konnte auch im Geschäftsjahr 2023 nicht umgesetzt und realisiert werden. Neben objektiven Bedingungen in Form der nicht erwirtschafteten Strompreise gab es auch betriebsinterne Gründe, so z.B. im Heizkraftwerk Grubenweg, die zum Nichterreichen der geplanten Vorgaben beigetragen haben.

Seit der Inbetriebnahme des Generators nach dem Generatorschaden bzw. der Inbetriebnahme der Turbine nach der Wartung im Oktober 2022 gab es im Heizkraftwerk Grubenweg kontinuierlich technische Probleme, die sich eine stabile Stromerzeugung sowie auf die Verwertung von Ersatzbrennstoffen auswirkten. Erst zum Ende des 1. Halbjahres konnten die Ursachen gefunden und abgestellt werden.

b. Stromerzeugung im Kraftwerk Betriebsteil VKH

Im bisherigen Betriebsteil Kraftwerk VKH in der Geiseltalstraße Braunsbedra wurde mittels thermischer Verwertung von Ersatzbrennstoffen (EBS) nur Strom erzeugt und in das Netz der Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH (MITNETZ Strom) eingespeist.

Die technischen Probleme der Stromerzeugungsanlage im Betriebsteil VKH wurden im Laufe des Geschäftsjahres immer größer. Durch einer hohen Ausfallhäufigkeit der Erzeugeranlage infolge notwendiger Reparaturen verbunden mit nicht geplanten Reparaturaufwendungen konnten auch die geplanten Strommengen und somit Stromerlöse nicht erwirtschaftet werden.

Während der Wartung der Emissionsmessanlage wurde ein Totschaden der Messanlage festgestellt. Der Kauf einer neuen Emissionsmessanlage mit einer Angebotssumme in Höhe von 150.000€ wurde erforderlich. Zwar wurde eine transportable Messanlage zur kontinuierlichen Messung gemietet, diese ist jedoch für die Emissions-Jahresmessung nicht zugelassen.

Seitens des Zweckverbandes für Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung Braunsbedra (ZWAG) wurde der EWAG weitere Zwangsmaßnahmen auferlegt. So musste ein neuer Abwasseranschluss in Höhe von ca. 80.000 € gebaut werden. Weiterhin forderte der ZWAG Braunsbedra eine Regenwasserreinigungsanlage. Eingeholte Angebote wiesen Aufwendungen in Höhe von ca. 255.000 € aus.

Ein weiteres Problem entwickelte sich beim Krankenstand. Waren die Mitarbeiter der VKH-Anlage während der Corona-Pandemie weitestgehend verschont geblieben, war es nunmehr immer schwieriger den Schichtbetrieb aufrecht zu erhalten.

In der Zeit August/September konnte die Anlage 16 Tage auf Grund fehlenden Personals nicht gefahren werden.

Unter Berücksichtigung aller dieser technischen, betriebswirtschaftlichen und personellen Probleme war eine Wirtschaftlichkeit der Stromerzeugungsanlage im Betriebsteil VKH nicht mehr gegeben, eine positive Zukunftsprognose nicht mehr darstellbar.

Diese Feststellung veranlasste die Geschäftsführung den Gesellschaftern die Stilllegung des Betriebsteils VKH zu unterbreiten.

In der Gesellschafterberatung am 23.08.2023 wurde durch die Gesellschafter die Stilllegung des Betriebsteils VKH zum 31.10.2023 beschlossen.

Mit dieser Betriebsstilllegung waren auch personelle Veränderungen verbunden. Auf Grundlage eines Sozialplanes blieben 6 Mitarbeiter bei der EWAG beschäftigt. Den nicht in der EWAG verbleibenden Mitarbeitern wurden in Zusammenarbeit mit der Personalabteilung der Stadtwerke Halle GmbH Arbeitsplatz-Vermittlungen angeboten.

Im November 2023 wurden aus dem Betriebsteil VKH alle noch vorhandenen Reparaturmaterialien, Roh- und Hilfsstoffe umgelagert sowie Rost- und Filteraschen entsorgt. Weiterhin wurden erforderliche Sicherungsmaßnahmen wie Außenbeleuchtung sowie Verschluss von Fenster, Türen und Toren durchgeführt.

c. Investitionen

Die Investitionen zur Erweiterung des Fernwärmenetzes in Großkayna bestimmten die Investitionstätigkeiten ganzjährig. Sie begannen im März 2023 mit dem Bauabschnitt 1 Karl-Marx-Straße und dem Bauabschnitt 2 Mittelstraße-Naumburger Straße.

Auf Grund von nicht vorhersehbaren Bauschwierigkeiten wie veränderte Leitungsverläufe, zusätzliche Anschlusswünsche von Anwohnern sowie zusätzliche Sanierungsmaßnahmen konnten die Maßnahmen nicht wie geplant umgesetzt werden.

Ein im November 2023 anfallender kurzer Wintereinbruch führte zu Verschiebungen innerhalb dieses Projektes, so dass nicht alle Bautätigkeiten planmäßig beendet werden konnten.

2. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

2.1. Ertragslage

Die EWAG hat im Geschäftsjahr 2023 einen Jahresüberschuss in Höhe von T€UR 232 erwirtschaftet (Vorjahr: Jahresfehlbetrag in Höhe von T€ 476).

Die Umsatzerlöse haben sich im Vergleich zum Vorjahr um T€ 31 von T€ 5.964 auf T€ 5.995 erhöht.

Den Mehrerlösen aus Lieferungen und Leistungen, aus Fernwärme, aus der Verwertung von Ersatzbrennstoffen sowie aus den sonstigen Erlösen stehen Mindererlöse aus der Stromlieferung vergleichsweise zum Vorjahr gegenüber.

Die höheren Erlöse im Vergleich zum Vorjahr sind weitestgehend auf eine kontinuierliche Fahrweise der Dampferzeuger im Heizkraftwerk Grubenweg sowie der Energieerzeugungsanlage im Großkayna und Mücheln zurückzuführen.

Der Umsatzrückgang bei der Stromlieferung ist weitestgehend durch die geringere Stromerzeugung in Folge technischer Probleme im Betriebsteil VKH und der damit verbundenen Betriebsteilstilllegung begründet.

Die Gesamtleistung der EWAG beträgt T€ 6.143 und liegt mit T€ 638 unter dem Vorjahreswert. Grund dafür ist eine im Vorjahr in den sonstigen betrieblichen Erträgen enthaltene Versicherungsentschädigung in Höhe von T€ 700.

Die Materialaufwendungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr um T€ 1.353 verringert.

Den verminderten Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe um T€ 1.485 stehen höhere Aufwendungen für bezogene Leistungen um T€ 132 entgegen.

Die Verringerung der Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe im laufenden Geschäftsjahr sind hauptsächlich auf geringere Strombezugskosten zurückzuführen. Infolge des Generatorschadens im Jahr 2022 waren zusätzliche Stromzukäufe zur Absicherung der Einhaltung unserer Stromlieferverpflichtungen sowie zur Absicherung des benötigten Stroms zur Energieerzeugung (Stromeigenverbrauch) notwendig.

Die höheren Aufwendungen für bezogene Leistungen sind weitestgehend auf Mehraufwendungen für die Entsorgung der Rost- und Filteraschen sowie durch Mehraufwendungen für Abgas- und Emissionsmessungen zurückzuführen.

Der Rohertrag, als Überschuss der Betriebsleistung (Umsatzerlöse, aktivierte Eigenleistungen und sonstige betriebliche Erträge) über die Materialaufwendungen, hat sich im Vergleich zum Vorjahr deutlich um T€ 715 erhöht.

Mit Beginn des neuen Geschäftsjahres 2023 wurden die Löhne- und Gehälter für alle Arbeitnehmer angepasst. Damit begründen sich teilweise die um T€ 180 höheren Personalaufwendungen vergleichsweise zum Vorjahr.

Die mit der Betriebsschließung und somit geringeren Mitarbeiterzahl verbundenen Aufwandsminderungen wirken sich erst im Geschäftsjahr 2024 aus.

Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich vergleichsweise zum Vorjahr von T€ 1.686 um T€ 219 auf T€ 1.467 verringert. Diese Minderungen beruhen im Wesentlichen auf geringeren Aufwendungen für Dienst- und Fremdleistungen, für Reparaturen/Instandhaltungen sowie für Beiträge, Gebühren, Versicherungen.

2.2. Vermögenslage

Die Bilanzsumme des Geschäftsjahres 2023 hat sich im Vergleich zum Vorjahr von T€ 6.364 um T€ 5.347 auf T€ 11.711 erhöht.

Hauptgründe dafür sind die Erhöhung des Anlagevermögens um T€ 3.950 auf T€ 8.757 sowie des Umlaufvermögens um T€ 1.403 auf T€ 2.910.

Die Erhöhung des Anlagevermögens ergibt sich schwerpunktmäßig durch die im Ortsteil Großkayna durchgeführten Investitionen im Rahmen der Fernwärmenetzerweiterung. Durch die aktivierten Fernwärme-Hauptleitungen sowie Fernwärmehausanschlüsse haben sich die technischen Anlagen und Maschinen um T€ 1.015 sowie die Anlagen im Bau um T€ 2.930 erhöht.

Beim Umlaufvermögen sind im Wesentlichen die Erhöhung der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (Anhebung des Umsatzsteuersatzes auf 19% bei der Abrechnung der Fernwärme) sowie die Erhöhung der Guthaben bei Kreditinstituten als Grund für die Veränderung zu nennen. Allerdings sind mit der Höhe des Guthabens gleichzeitig offene Zahlungsverbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen im Rahmen der Investitionstätigkeiten in Großkayna zu betrachten.

Die zum 31. Dezember 2023 bilanzierten aktiven latenten Steuern in Höhe von T€ 35 begründen sich aus dem Unterschied zwischen dem steuerrechtlichen und dem handelsrechtlichen Wertansatz für Sachanlagen, langfristigen Rückstellungen bzw. für steuerrechtliche Aktivierungen. Diese haben sich vergleichsweise zum Vorjahr um T€ 7 verringert.

Die Erhöhung der Bilanzsumme auf der Passivseite der Bilanz ist im Wesentlichen auf die Veränderungen beim Eigenkapital von T€ 2.485 um T€ 232 auf T€ 2.717, auf Erhöhungen der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten von T€ 4.063 auf T€ 6.138 sowie der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistung um T€ 1.241 auf T€ 1.920 zurückzuführen.

Das Eigenkapital hat sich im Jahr 2023 durch den erwirtschafteten Jahresüberschuss mit T€ 232 verändert.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beinhalten zum Bilanzstichtag Darlehen in Höhe von T€ 3.917 zur Finanzierung der Investitionen im Rahmen der Fernwärme-Netzerweiterung Großkayna. Nach Erhalt der zugesagten Fördermittel werden damit 40 % dieses Darlehensbetrages getilgt.

Die höheren Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind auf die Investitionstätigkeiten bzw. deren Abrechnung zurückzuführen.

Zum Bilanzstichtag wurden Rückstellungen für Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag in Höhe von TEUR 29 eingestellt.

Zum Bilanzstichtag hat sich die Eigenkapitalquote von 39 % auf 23 % im Vergleich zum Vorjahr verringert.

Unter Hinzuziehen von 50 % der bilanzierten Sonderposten hat sich das wirtschaftliche Eigenkapital ebenfalls von 43 % auf 25 % vermindert.

2.3. Finanzlage

Die Liquiditäts- und Finanzlage hat sich im Geschäftsjahr 2023 verbessert.

Das wird auch durch Bilanzkennzeichen mit der Steigerung der Liquidität 1. Grades im Vergleich zum Vorjahr von 46,5 % auf 68,9 % sowie der Liquidität 2. Grades von 98,3 % auf 111,3 % verdeutlicht.

Die Minderungen des Anlagendeckungsgrades 1 von 51,7 % im Jahr 2022 auf 31,0 % sowie des Anlagendeckungsgrades 2 von 62,1 % im Vorjahr auf 36,1 % weisen aus, dass die durchgeführten Investitionen im Jahr 2023 hauptsächlich mit Fremdkapital finanziert wurden.

Die Erhöhung des finanzwirtschaftlichen Überschusses (Cashflow) erhöhte sich, bedingt durch das positive Betriebsergebnis im Jahr 2023, von T€ -77 im Vorjahr auf T€ 612. Diese Erhöhung ist ebenfalls ein Ausdruck für die sich verbesserte wirtschaftliche Lage im Vergleich zum Vorjahr.

Zum Bilanzstichtag standen Kontokorrentlinien in Höhe von T€ 700 zur Verfügung. Verbindlichkeiten aus Kontokorrentkrediten gegenüber Kreditinstituten bestanden am Abschlussstichtag nicht.

3. Investitionen

Im Geschäftsjahr 2023 wurden Investitionen in Höhe von T€ 4.461 getätigt.

Zum 31.12.2023 wurden 15 Fernwärme-Hausanschlüsse, 2 Straßen-Bauabschnitte sowie der Bau des Holzplatzes im Rahmen der Erweiterung des Fernwärmenetzes Großkayna in Höhe von T€ 1.155 (Anlagenzugänge) aktiviert.

Die bereits begonnenen und noch nicht fertiggestellten Bautätigkeiten, Investitionsnebenkosten sowie Planungsleistungen wurden als Anlagen im Bau in Höhe von T€ 3.177 (Anlagenzugänge) eingestellt.

Weitere getätigte Investitionen waren unter anderem ein Abwasseranschluss in Höhe von T€ 46 auf dem Betriebsteil VKH, die Inbetriebnahme einer Abluftanlage für die Brennstofflagerhalle im Heizkraftwerk Grubenweg in Höhe von T€ 63 sowie für Betriebs- und Geschäftsausstattungen in Höhe von T€ 19.

4. Entwicklung nach dem 31. Dezember 2023

Die Betriebsabläufe in allen Versorgungsgebieten laufen seit Beginn des neuen Geschäftsjahres planmäßig.

Die Investitionen zur Erweiterung des Fernwärmenetzes wurden in Großkayna mit Jahresbeginn fortgeführt und zum 28.06.2024 abgeschlossen.

Die Bautätigkeiten zur Erneuerung der Wärmeerzeugungsanlage Großkayna werden zum 31.12.2024 abgeschlossen.

Im Zeitraum 14. KW bis 17. KW 2024 erfolgte der planmäßige Reparatur- und Wartungsstillstand im Heizkraftwerk Grubenweg. Neben dem Einbau eines neuen Schaltschranks zur Turbinen-Generator-Steuerung, der Wartung der Gegendruckturbine, der Sanierung des Brennstoffbunkers wurden weitere, erforderliche Wartungs-, Reparatur- und Reinigungsaufgaben realisiert.

Mit Beginn des Jahres 2024 besteht für die EWAG die Pflicht zur CO₂-Abgabe für verwertete Brennstoffe. Alle damit verbundenen Maßnahmen sowie Erfordernisse wurden vorbereitet.

Ein Lieferant verweist auf eine Vertragsklausel, in der die Änderungen von öffentlichen Abgaben und Steuern nicht definiert sind. Somit können die entstandenen Aufwendungen der CO₂-Abgabe nur anteilig von der EWAG an den Lieferanten weitergereicht werden.

Für die EWAG entsteht dadurch ein zusätzlicher Aufwand in Höhe von T€ 277 € im aktuellen Geschäftsjahr 2024. Bei allen anderen Brennstofflieferanten wird mit der monatlichen Abrechnung die CO₂-Abgabe in Rechnung gestellt.

Zu Beginn des Jahres 2024 wurden seitens der Lieferanten in fast allen Branchen und Bereichen Preisanpassungen vorgenommen. Zum Teil sind diese bereits in der Planung für das Jahr 2024 kalkulatorisch berücksichtigt worden, zum Teil liegen diese Anpassungen über den geplanten Preisansätzen.

5. Risikobericht

Die Versorgungsbedingungen im Geschäftsjahr 2023 können trotz schwerwiegender Folgen des Generatorschadens des Vorjahres als stabil eingeschätzt werden. Die Stromerzeugung lief stabil. Alle Lieferverpflichtungen zur Versorgung mit Wärme und Warmwasser wurden jederzeit realisiert.

Aus betriebswirtschaftlicher Sicht war es erforderlich, den Betriebsteil VKH zum 31.10.2023 zu schließen, um weiteren Schaden von der EWAG abzuwenden.

Die Entgelte für die Verwertung von Ersatzbrennstoffen (EBS) des Geschäftsjahres 2023 gelten derzeit als stabil, sind aber weiterhin kritisch zu betrachten. Vor allem mit der Pflicht zur CO₂- Abgabe ist die weitere Preisentwicklung der Marktpreise nicht planbar.

Auf Grund dieser gestiegenen Einkaufspreise war es erforderlich, die Wärmepreise in allen Versorgungsbereichen im Geschäftsjahr 2023 anzupassen.

Auch im Bereich der Investitions- und Bautätigkeiten haben sich die Baukosten infolge Preisanpassungen der Baufirmen stark erhöht. Das wurde vor allem nach der Ausschreibung des Tief- und Rohrleitungsbaus für alle Bauabschnitte zur Fernwärmenetzerweiterung im Ortsteil Großkayna sichtbar. Die erzielten Baukosten sind im Vergleich zu den kalkulierten Kosten um rund 20% teurer.

Bei dieser Investitionsmaßnahme besteht das Risiko, dass bei weiteren steigenden Baukosten der finanzielle Gesamtrahmen überschritten werden könnte.

Eine ständige Zusammenarbeit mit dem für diese Maßnahme verantwortlichen Bauplanungs- und Bauüberwachungsbüro sowie mit den ausführenden Baufirmen soll mögliche Risiken minimieren.

Ein stetiger Zuwachs der Kosten ist seit einigen Jahren auch bei der Inanspruchnahme von Fremdleistungen zu verzeichnen. Vor allem durch abgerechnete Nebenkosten (Fahrt- und Reisekosten, Auslösen, Zuschläge usw.) sind die Stundensätze enorm gestiegen.

In Auswertung der möglichen Risiken werden im Rahmen des Risikomanagements die innerbetrieblichen Kontrollmaßnahmen kontinuierlich durchgeführt.

Erhöhte Anforderungen an die Vorbereitung, Organisation sowie Durchführung der täglichen Produktionsprozesse in allen Energieerzeugungsanlagen sollen dazu beitragen, unvorhergesehene Produktionsausfälle zu minimieren.

Die monatlichen Plan-Ist-Auswertungen werden noch intensiver ausgeführt, um auf mögliche betriebswirtschaftliche Auswirkungen infolge sich veränderter Marktsituationen rechtzeitig reagieren zu können.

Die für das Unternehmen bestehenden Risiken werden umfassend im betrieblichen Risikomanagement stetig neu eingeschätzt und bewertet.

6. Prognosebericht

Im Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2023 wurde festgestellt, das Jahr 2023 als ein so genanntes „Übergangsjahr“ zu betrachten. Auch das Geschäftsjahr 2024 ist als ein „Übergangsjahr“ zu betrachten. Der Grund dafür ist für die EWAG als Wärmeversorger die zukünftige Herstellung der benötigten Wärmeenergie am Standort Braunsbedra.

Der Ausstieg aus der fossilen Energieerzeugung ist durch die Bundesregierung gesetzlich geregelt. Die Errichtung von Windkraftanlagen ist im Stadtgebiet Braunsbedra untersagt.

Gegen den Bau eines großen Solarparks in Braunsbedra formiert sich der Widerstand der Braunsbedraer Anwohner. Ein für die Energieerzeugung brauchbare Erdgasanschluss liegt nicht vor.

Folglich setzt die EWAG nach wie vor auf die Energieerzeugung mittels Verwertung von Ersatzbrennstoffen. Wir sind der Meinung, dass auch zukünftig in allen privaten und wirtschaftlichen Bereichen Abfälle anfallen, die nicht recycelbar sind und somit eine thermischen Verwertung erfordern. Steigende Abfallaufkommen in Sachsen-Anhalt in den vergangenen Jahren sowie durch Deutschland seit Jahren getätigte Abfallexporte, laut Statistischem Bundesamt Wiesbaden wurden allein im Jahr 2022 ca. 715.000 t Plastikmüll exportiert, bestärken unsere Ansichten.

Ein im Geschäftsjahr 2023 erarbeitetes Konzept zum Neubau eines EBS-Kraftwerks wurde Anfang 2024 zur Prüfung der Wirtschaftlichkeit sowie der Finanzierbarkeit bei einem Finanzinstitut eingereicht. Mit Ergebnisse ist frühesten im September 2024 zu rechnen.

Mit dem im November 2023 durch die Gesellschafterversammlung beschlossenen Wirtschaftsplan für 2024 und den Folgejahren 2025 bis 2028 wurden weitere Schritte für die zukünftige Entwicklung der EWAG festgelegt.

Für das Geschäftsjahr 2024 ist ein Jahresergebnis vor Ertragssteuer in Höhe von T€ 404 geplant.

Hauptschwerpunkt der Tätigkeiten der EWAG ist die Gewährleistung einer weiteren stabilen Wärmeversorgung in den Versorgungsgebieten Bereichen Stadt Braunsbedra mit dem Ortsteil Großkayna sowie in der Stadt Mücheln.

Erneuerbare Energien Mitteldeutschland GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH & Co. KG		
Haftkapital in T€:	50		
Gesellschafter:		T€	%
	EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG	25	50,00
	GP Günter Papenburg AG	25	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung an Gesellschaften und Unternehmen mit Sitz in Deutschland, die unmittelbar oder mittelbar Projekte und Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien planen, errichten und betreiben (sog. Projektbündelgesellschaften). Die Gesellschaft bezweckt damit auch die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung u. a. der Stadt Halle (Saale).

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Energieversorgung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des konzerninternen Risikomanagements der Stadtwerke Halle-Gruppe sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	EEM Verwaltung GmbH	<i>(vertreten durch Hollstein, Thomas und Windrich, Felix)</i>
--------------------------	---------------------	--

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Die Geschäftsführung erhält keine Bezüge von der Erneuerbare Energien Mitteldeutschland GmbH & Co. KG.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2023	
	T€	%
Aktiva		
Umlaufvermögen	27	100

Bilanzsumme	27	100
--------------------	-----------	------------

	T€	%
Passiva		
Eigenkapital	17	64
Rückstellungen	8	29
Verbindlichkeiten	2	7

Bilanzsumme	27	100
--------------------	-----------	------------

bb) GuV

	2023
	T€
sonstige betriebliche Aufwendungen	33
Ergebnis nach Steuern	-33
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-33
Belastung des Verlustvortragkontos	-33
Ergebnis nach Verwendungsrechnung	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2023	Angaben in
Umsatzrentabilität:		%
Eigenkapitalrentabilität:	-185,81	%
Cash-Flow:	-33	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:		T€
Personalaufwandsquote:		%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2023	Angaben in
Sachanlagenintensität:		%
Eigenkapitalquote:	64,16	%
Fremdkapitalquote:	35,84	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2023	Angaben in
installierte Erzeugungsleistung	0,00	MWp

EVH GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	10.250		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadtwerke Halle GmbH	10.250	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Erzeugung und Lieferung von Elektrizität, Gas und Wärme, die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb von Anlagen, die der Versorgung mit Elektrizität, Gas und Fernwärme dienen, die Vornahme von Kommunikationsdienstleistungen aller Art sowie aller Geschäfte, die den vorerwähnten Unternehmensgegenständen unmittelbar oder mittelbar dienen können.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Energieversorgung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Beschluss zur Bildung der EVH und dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Schneider, Olaf
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Geier, Egbert
	stellv. Vorsitzende	Poppe, Susanne
		Baier, Stephan
		Dr. Burkert, Silke
		Dr. Lochmann, Mario
		Ernst, Johannes
		Gärtner, Steffen
		König, Simona
		Krischok, Marion
		Luppe, Ulrich
		Mischke, Brita
		Schaper, Torsten
		Schmidt, Claudia

Aufsichtsrat:

Schramm, Rudenz
Teichfuß, Sylke

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	26	26	26

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

d) Beteiligungen

unmittelbar	T€	%
EGE-B Verwaltung GmbH	25	100,00
Energieversorgung Halle Netz GmbH	25	100,00
EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG	500	100,00
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	300	100,00
Meter1 GmbH & Co. KG	833	33,33
Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH	25	100,00
Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG	0	4,09
Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG	1.000	18,29
mittelbar	T€	%
ABO Wind UW Uckley GmbH & Co. KG		3,50
EEM Verwaltung GmbH	13	50,00
EGE-DVV Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG	25	50,00
EGE-DVV Verwaltung GmbH	13	50,00
EGE-PE Verwaltung GmbH	13	50,00
EGE-P Verwaltung GmbH	13	50,00
Erneuerbare Energien Mitteldeutschland GmbH & Co. KG	25	50,00
EVH Grüne Energie - Projekt 1 GmbH & Co. KG	5	50,00
EVH Grüne Energie - Projekt 2 GmbH & Co. KG	5	50,00
EVH Grüne Energie - Projekt 3 GmbH & Co. KG	5	50,00
EVH Grüne Energie - Projektentwicklung GmbH & Co. KG	13	50,00
EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG	25	50,00
Meter1 Verwaltung GmbH	8	33,33
SP 21 GmbH & Co. KG	5	50,00
SP X GmbH & Co. KG	5	50,00
SP XVII GmbH & Co. KG	5	50,00
SP XVIII GmbH & Co. KG	5	50,00
TAP Windpark Bad Arolsen GmbH & Co. KG		4,09

mittelbar

	T€	%
TAP Windpark Treis II GmbH & Co. KG		2,73
TAP Windprojekte GmbH & Co. KG		2,73
Trianel Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH	1	4,09
Trianel Onshore Nordost Verwaltungs GmbH	5	18,29
Trianel Onshore Windkraftwerk Bendorf-Oersdorf GmbH & Co. KG		18,29
Trianel Onshore Windkraftwerk Bendorf-Oersdorf Verwaltungs GmbH	5	18,29
Trianel Onshore Windkraftwerk Eisleben GmbH & Co. KG		18,29
Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH	5	18,29
Trianel Onshore Windkraftwerk Gerdshagen/Falkenhagen II GmbH & Co. KG		18,29
Trianel Onshore Windkraftwerk GKN GmbH & Co. KG		18,29
Trianel Onshore Windkraftwerk Hünfelden GmbH & Co. KG		18,29
Trianel Onshore Windkraftwerk Rabenau GmbH & Co. KG		18,29
Trianel Onshore Windkraftwerk Wendorfer Berg GmbH & Co. KG		18,29
Trianel Solarpark Grüssow GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Solarpark Lübars GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Solarpark Nauen GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Solarpark Pritzen GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Solarpark Schipkau GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Solarpark Schleich GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Solarpark Südwestpfalz GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Solarpark Theinfeld GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Solarpark Uchtdorf GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Solarpark Zachow GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Buchenau GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Creußen GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Emmerthal GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Gande GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Gebersreuth GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Görzig GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Grünberg GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Jeckenbach GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Karthaus GmbH & Co. KG		2,73
Trianel Windpark Pfullendorf GmbH & Co. KG		2,73
Trianel Windpark Spreeau GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Treis GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Uckley GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Vogelherd GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Wahlheim GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Wennerstorf II GmbH & Co. KG		4,09
Trianel Windpark Zellertal GmbH & Co. KG		4,09
Windpark Bendorf-Oersdorf GmbH & Co. Infrastruktur KG		10,16
Windpark Gerdshagen/Falkenhagen GmbH & Co. Infrastruktur KG		13,06
Windpark Wendorfer Berg GmbH & Co. Infrastruktur KG		7,53

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2023		2022		2021		Veränderungen 2023 zu 2022	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	364.801	68	354.418	67	362.042	71	10.383	3
Umlaufvermögen	167.231	31	170.047	32	142.467	28	-2.816	-2
Rechnungsabgrenzungsposten	8.198	1	5.908	1	6.283	1	2.290	39

Bilanzsumme	540.230	100	530.373	100	510.792	100	9.857	2
--------------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	--------------	----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	129.384	24	122.838	23	117.413	23	6.546	5
Sonderposten mit Rücklagenanteil	633	0	929	0	1.232	0	-296	-32
Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen und Anschlusskosten	50.342	9	37.481	7	36.345	7	12.861	34
Rückstellungen	67.227	13	77.180	15	56.846	11	-9.953	-13
Verbindlichkeiten	292.641	54	291.940	55	298.956	59	701	0
Rechnungsabgrenzungsposten	3	0	5	0	0	0	-2	-40

Bilanzsumme	540.230	100	530.373	100	510.792	100	9.857	2
--------------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	--------------	----------

bb) GuV

	2023	2022	2021
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	745.850	710.575	592.383
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	820	-7.849	-4.182
andere aktivierte Eigenleistungen	748	350	501
sonstige betriebliche Erträge	9.342	4.564	6.909
Materialaufwand	632.693	588.414	484.287
Personalaufwand	28.856	28.543	23.247
Abschreibungen	28.991	28.694	29.040
sonstige betriebliche Aufwendungen	29.716	24.220	18.496
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	3.933	283	274
Erträge aus Beteiligungen	1.258	412	388
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.301	500	147
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	5.758	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4.977	5.572	5.204
Ergebnis nach Steuern	32.261	33.392	36.146
sonstige Steuern	1.163	930	905
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	31.098	32.462	35.241
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2023	2022	2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	4,17	4,57	5,95	%
Eigenkapitalrentabilität:	24,04	26,43	30,01	%
Cash-Flow:	60.021	61.156	64.282	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	2.252	2.283	1.999	T€
Personalaufwandsquote:	3,81	4,03	3,90	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	57,48	58,20	62,03	%
Eigenkapitalquote:	23,95	23,16	22,99	%
Fremdkapitalquote:	76,05	76,84	77,01	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2023	31.12.2021	31.12.2020	Angaben in
Absatz Erdgas	3.851	3.958	3.187	GWh
Absatz Strom	2.430	3.144	2.922	GWh
Absatz Wärme	574	701	630	GWh

f) Lagebericht

1. EVH im Überblick

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die EVH GmbH (EVH) ist ein deutschlandweit aktiver Versorger mit langjähriger Erfahrung im Energiebereich. Sie beliefert Privat-, Gewerbe- sowie Großkunden mit Strom, Wärme und Erdgas. Der Strom- und Wärmebedarf wird zum Teil durch Eigenerzeugung im Energiepark Dieselstraße gedeckt. Zusätzlich besteht ein Strom- und Wärmebezugsvertrag mit dem Tochterunternehmen Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH (KWT). Ein eigenes Portfoliomanagement ermöglicht eine aktive Überwachung der Marktpreisrisiken sowie einen strukturierten Einkauf, der zur Beschaffungsoptimierung genutzt wird.

Weitere unternehmerische Tätigkeiten bestehen in der Erbringung kaufmännischer und technischer Dienstleistungen, in der Verpachtung von Anlagevermögen sowie in der Erzeugung erneuerbarer Energien.

Die EVH ist eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der Stadtwerke Halle GmbH (SWH).

Das Unternehmen ist alleiniger Anteilseigner an der Energieversorgung Halle Netz GmbH (Netzgesellschaft Halle), welche als Strom- und Gasnetzbetreiber vorrangig für den Betrieb und den Ausbau des Elektrizitäts- und Gasverteilnetzes in Halle (Saale) verantwortlich ist. Darüber hinaus ist sie Dienstleister für die technische Betriebsführung des Fernwärmenetzes der EVH.

Weiterhin hält die EVH 100 % der Anteile an der KWT, welche am Standort Halle-Trotha durch den Betrieb einer Gas- und Dampfturbinen-Anlage Elektrizität und Fernwärme erzeugt.

Im Geschäftsjahr 2020 gründete die EVH die 100-prozentige Tochtergesellschaft EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG (EGE-B). Gemeinsam mit Co-Investoren beteiligte sich diese an der EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG (EGE-P), der EVH Grüne Energie - Projektentwicklung GmbH & Co KG (EGE-PE), der EGE-DVV Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG (EGE-DVV) sowie der Erneuerbare Energien Mitteldeutschland (EEM). Die genannten Gesellschaften planen, errichten und betreiben Anlagen zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien entweder direkt oder über Beteiligungsmodelle.

An der Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG (TOW) hält die EVH 18,3 % der Kommanditanteile. Mittels der Beteiligung an Tochter- und Beteiligungsgesellschaften betreibt diese Gesellschaft ein Onshore-Windparkportfolio in Deutschland. Mit 4,1 % ist die EVH an der Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG (TEE) als Kommanditistin beteiligt. Über die Beteiligung an weiteren Gesellschaften besteht ein Portfolio von Onshore- und Photovoltaikanlagen, welches von der TEE betrieben wird.

1.1.2. Geschäftsfelder

Die Kern-Handlungsfelder der EVH werden strategisch mit einer geschäftsfeldorientierten Struktur abgebildet:

- Vertrieb Privat- und Gewerbekunden/Industrie- und Geschäftskunden
- Kundennahe Energiedienstleistungen
- Portfoliomanagement und Beschaffung
- Regenerative Erzeugung
- Zentrale Erzeugung
- Netzgeschäft.

1.2. Ziele und Strategien

Die Rahmenbedingungen für Energieversorgungsunternehmen unterliegen einem kontinuierlichen Veränderungsprozess. Dies gilt gleichermaßen für die Netzregulierung mit ihren komplexen Planungsstrukturen wie auch für die hoch volatilen Vertriebs- und Großhandelsmärkte, welche höhere Anforderungen an die Flexibilität der Erzeugungsanlagen stellen sowie die Tendenz zur verstärkten Digitalisierung der gesamten Branche. Dieser Entwicklung muss sich die EVH stellen. Der intensive Wettbewerb in den Kundensegmenten der Gesellschaft führt gleichermaßen sowohl zu höheren Risiken als auch zu neuen Wachstumschancen.

Um Kunden auch weiterhin wettbewerbsfähig mit Strom, Gas und Wärme beliefern zu können und die vorhandenen Kraftwerkskapazitäten möglichst optimal zu vermarkten, ist es erforderlich, die Marktentwicklungen permanent zu analysieren, die Wirkung von Preisveränderungen unmittelbar abzuleiten und möglichst optimale Zeitpunkte für die Beschaffung und Vermarktung zu bestimmen. Mit dem strategischen Geschäftsfeld Portfoliomanagement und Beschaffung sind sämtliche diesbezüglichen Aktivitäten der EVH in einem Bereich gebündelt. So wird sichergestellt, dass die Bewirtschaftung sowie die Risikobewertung und -steuerung der Portfolien Strom, Gas und Emissionszertifikate zentral und koordiniert erfolgen.

Zur Förderung der CO₂-Neutralität plant die EVH die langfristige Umstellung des Wärmebereichs auf regenerative Energien. Dahingehend wird derzeit ein Konzept – der kommunale Wärmeplan – im Auftrag der Stadtverwaltung für die zukünftig klimaneutrale Wärmeversorgung der Stadt Halle (Saale) erstellt. Derzeit werden in Halle etwa 60 % des Wärmebedarfs über Fernwärme gedeckt. Die Energieparks an den Standorten Dieselstraße und Trotha sind energieeffiziente Kraft-Wärme-Kopplungs-Kraftwerke (KWK). Auch durch Modernisierungen dieser Anlagen konnte die CO₂-Emission seit 1990 bereits um etwa 70 % reduziert sowie der Brennstoffnutzungsgrad auf 97 % ausgeweitet werden. Die Fernwärme und das Fernwärmenetz stellen wichtige Bestandteile zur Umsetzung der Wärmewende dar. Da die Fernwärme durch den Betrieb der KWK-Anlagen entsteht, ist diese umweltfreundlich und verdrängt die dezentrale, gasbasierte Wärmeerzeugung. Ein Transformationsplan für die Dekarbonisierung der Fernwärmeerzeugung und den Ausbau des Fernwärmenetzes wird bis Ende 2024 erstellt. Bereits vorliegende Ergebnisse werden der Öffentlichkeit über einen digitalen und interaktiven Fernwärmeatlas zur Verfügung gestellt.

Zur Koordination der o.g. Themenkomplexe sowie der Zusammenarbeit der Partner der Energieinitiative, wurde in der EVH der Bereich „Klimaneutralität und Energiewende“ etabliert.

Das strategische Geschäftsfeld „Regenerative Erzeugung“ wird stetig ausgebaut. Durch die Gründung der EGE-B sowie weiterer Beteiligungs-Tochtergesellschaften wurde die Basis für den Anlagenbetrieb sowie die Umsetzung weiterer Photovoltaikgroßprojekte geschaffen, verbunden mit einem minimierten Kapitalbedarf. Auch die Beteiligungen TOW und TEE tragen durch ihre Portfolien an erneuerbaren Energien in erheblichem Maße zu einer nachhaltigen, ökologischen Stromproduktion der EVH bei. Die EVH verfügt zum 31. Dezember 2023 über eine regenerative Erzeugungskapazität (unter Einbeziehung mittelbarer Kapazitäten) von ca. 174,5 MW_{Peak}.

Die EGE-B investierte im Geschäftsjahr 2023 insgesamt 1,6 Mio. € in die Gründungen der EGE-PE, EGE-DVV und EEM sowie in die dazugehörigen Verwaltungsgesellschaften. Zudem sind die Einlagen in die EGE-PE und EGE-DVV für Erstinvestitionen bestimmt. Darüber hinaus finanzierte die EGE-P durch thesaurierte Jahresüberschüsse der Projektgesellschaften einen weiteren Portfolioausbau ebenfalls in Höhe von 1,6 Mio. €. Das Ausbauziel liegt bei einer installierten Leistung von rund 800 MW_{Peak} bis zum Jahr 2030.

1.3. Steuerung

Die interne Organisation der EVH ist vertikal in die Struktureinheiten Grundsatzfragen/Infrastruktur/Sicherheit, Digitalisierung/IT-Management/Abrechnung, Unternehmenssteuerung/kaufmännischer Service, Portfoliomanagement/Beschaffung, Vertrieb, Zentrale Erzeugung sowie Klimaneutralität/Energiewende gegliedert. Darüber hinaus werden Themen von strategischer Relevanz durch horizontal übergreifende Teams aus Fachexperten bearbeitet.

Die gesamtunternehmerische Steuerung der Gesellschaft erfolgt auf Grundlage der in Gliederungspunkt 1.1.2. genannten strategischen Geschäftsfelder. Diese beinhalten jeweils eigenständige Geschäftsmodelle, Verantwortliche, Erfolgsfaktoren und Kennzahlen. Im Sinne eines effizienten und messbaren Kosten- und Erlös-Managements wird jedes Geschäftsfeld separat geplant und verfügt über eine eigenständige Berichterstattung. Als kritische Steuerungsgrößen dienen Deckungsbeiträge sowie das EBIT des Geschäftsfeldes.

Nach § 3 Nr. 38 EnWG sind bei einem „vertikal integrierten“ Energieversorgungsunternehmen gemäß § 6b Abs. 3 EnWG für die Tätigkeitsbereiche jeweils getrennte Konten in der internen Rechnungslegung zu führen und Tätigkeitsabschlüsse zu erstellen und diese im Bundesanzeiger zu veröffentlichen. Als Tätigkeitsbereiche werden die unter der Nummer 1 bis 6 genannten Bereiche Elektrizitätsübertragung, Elektrizitätsverteilung, Gasfernleitung, Gasverteilung, Gasspeicherung und Betrieb von LNG-Anlagen verstanden.

Mit den Tätigkeitsabschlüssen erfüllt die EVH die Berichtspflicht nach § 3 Nr. 38 EnWG gemäß § 6b Abs. 3 EnWG. So führt die EVH in der internen Rechnungslegung jeweils getrennte Konten für die Tätigkeitsbereiche Gasverteilung, Elektrizitätsverteilung und Messstellenbetrieb, für Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors sowie für andere Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors.

Nach Maßgabe der für Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches (§§ 264 ff. HGB) wurde für die jeweiligen Tätigkeiten eine Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) und eine Bilanz aufgestellt.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die trotz der jüngsten Rückgänge nach wie vor hohen Preise auf allen Wirtschaftsstufen dämpften die Konjunktur Deutschlands in 2023. Ebenso beeinflussten ungünstige Finanzierungsbedingungen durch steigende Zinsen und eine geringere Nachfrage aus dem In- und Ausland die konjunkturelle Entwicklung. Hinzu gekommen sind neue geopolitische Unsicherheiten durch den Krieg im Nahen Osten ab Oktober 2023. Insgesamt konnte sich dadurch die Erholung der deutschen Wirtschaft vom tiefen Einbruch im Corona-Jahr 2020 nicht weiter fortsetzen.

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) Deutschlands sank nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes in 2023 um 0,3 % im Vergleich zum Vorjahr. In Sachsen-Anhalt betrug der Rückgang im ersten Halbjahr 2023 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr 3,2 % und fiel damit deutlich stärker der Durchschnitt aller Bundesländer aus (deutschlandweit -0,3 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Die schwache Konjunktur ist ebenfalls nicht spurlos am Arbeitsmarkt vorübergegangen. Dennoch behauptet sich der Arbeitsmarkt angesichts des Ausmaßes an Belastungen und Unsicherheiten nach wie vor gut. Nach Informationen der Bundesagentur für Arbeit sind Erwerbstätigkeit und Beschäftigung so hoch wie nie zuvor und auch 2023 zählt zu den Jahren mit der niedrigsten Arbeitslosigkeit seit der Wiedervereinigung. Die Arbeitslosenquote stieg in Deutschland gegenüber dem Vorjahr um +0,4 Prozentpunkte auf 5,7 %, in Sachsen-Anhalt auf 7,5 % (Vorjahr 7,1 %).

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum 31. Dezember 2023 einen Einwohnerstand von 244.501 (Vorjahr 244.099) aus. Damit konnte die Stadt zum dritten Mal in Folge einen leichten Zuwachs gegenüber dem Vorjahr verzeichnen.

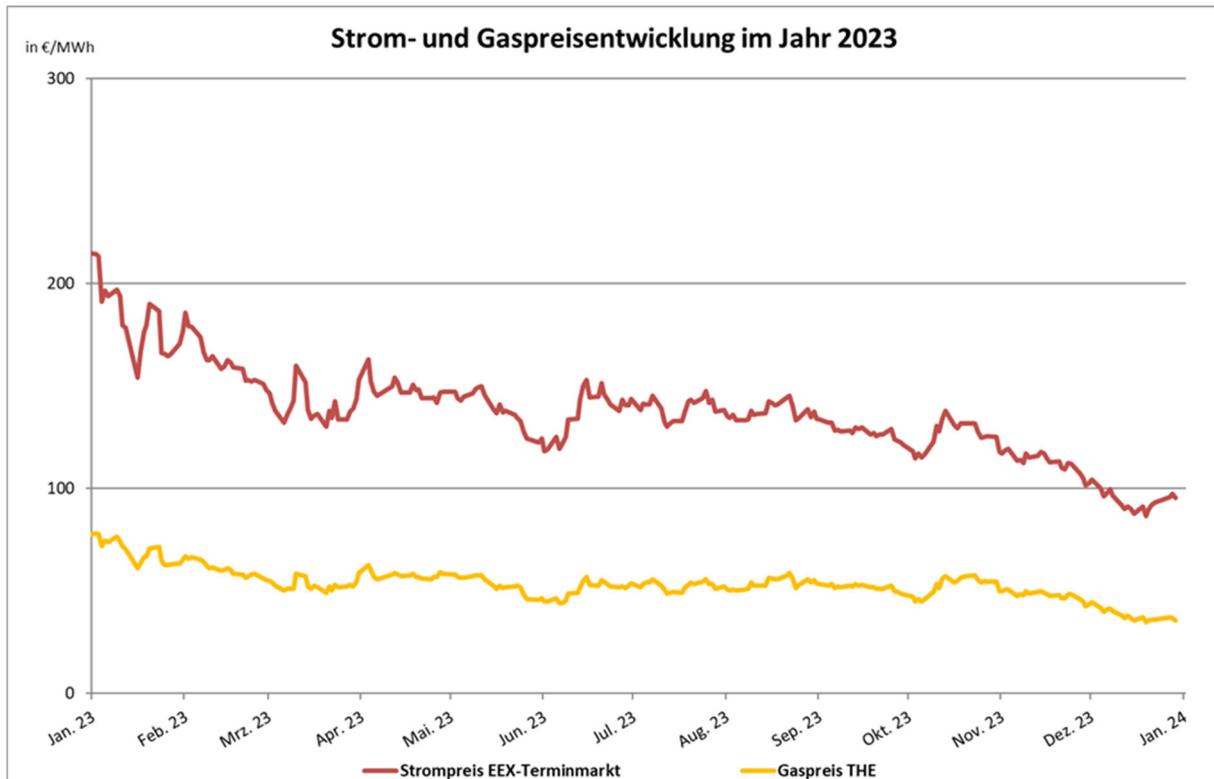
3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Im Geschäftsjahr 2023 waren die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine weiterhin spürbar. Die Auswirkungen auf die EVH sowie weitere wesentliche Entwicklungen werden in den folgenden Gliederungspunkten dargelegt. Die Versorgungssicherheit war ganzjährig vollumfänglich gewährleistet und der operative Geschäftsbetrieb der EVH und ihrer Tochterunternehmen abgesichert.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Im Verlauf des Geschäftsjahres 2023 sind die Preise für Strom und Gas gesunken, befinden sich jedoch weiterhin über Vorkriegsniveau. Die Entwicklung der Großhandelspreise ist in der nachfolgenden Abbildung dargestellt:



Diese Preisentwicklung wurde durch die EVH per 1. April 2023 an die Kunden der Grundversorgung sowie aller variablen HALPLUS-Tarife für Strom und Erdgas weitergegeben. Zum 1. Juli 2023 folgte eine weitere Preissenkung für alle variablen Stromtarife.

Die Preisverläufe von Strom, Gas und Emissionszertifikaten bedingen den für die EVH erfolgsrelevanten „Clean Spark Spread“ für die Stromerzeugung. Dieser sank im Jahresverlauf 2023 kontinuierlich von ca. 90 €/MWh zu Jahresbeginn auf ca. 30 €/MWh zum Jahresende.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Im Jahr 2023 war das Thema Energiewende (Klimaneutralität bis zum Jahr 2045) im Fokus der politischen Bemühungen. Vor dem Hintergrund der geopolitischen Krisen, wurde weiterhin die Etablierung einer Unabhängigkeit von Erdgaslieferungen angestrebt.

Zu Beginn des Jahres plante das Bundeswirtschaftsministerium die Entwicklung eines neuen Strommarktdesigns. Vier Arbeitsgruppen erarbeiteten Konzepte, damit der Strommarkt bis 2030 zu 80 % aus erneuerbaren Energien bedient werden kann.

Das EU-Parlament einigte sich im Dezember 2023 auf ein Konzept, nach dem es künftig einen garantierten Mindestpreis für Stromlieferverträge sowie eine Abschöpfung von Erlösen oberhalb einer festgelegten Preisobergrenze geben soll. Zudem ist ein europaweites Stromsperren-Verbot geplant. Der EU-Rat soll die Möglichkeit zu Ausrufung einer Energiekrise erhalten, welche eine Strompreissenkung für zahlungsschwache und benachteiligte Kunden zur Folge hat.

Von Dezember 2022 bis Juni 2023 griff die Maßnahme der Erlösabschöpfung besonders hoher Gewinne bei Energieunternehmen. Durch die Abschöpfung sollte eine teilweise Kompensation der staatlichen Ausgaben für die Energiepreisbremse erfolgen.

Die im Herbst 2022 vereinbarte Strompreisbremse für Strom, Gas und Wärme galt im gesamten Geschäftsjahr 2023 und lief zum 31. Dezember 2023 aus. Für private Endkunden sowie kleine und mittlere Unternehmen wurde mit Wirkung zum 1. Januar 2023 der Preis für 80 % ihres Vorjahresverbrauchs auf 12 Cent/kWh (Gas), 9,5 Cent/kWh (Fernwärme) bzw. 40 Cent/kWh (Strom) brutto begrenzt. Für Industriekunden griff eine Begrenzung bei einem Preis von 7 Cent/kWh (Gas), 7,5 Cent/kWh (Fernwärme) bzw. 13 Cent/kWh (Strom) netto für 70 % des Vorjahresverbrauchs. Durch die Preissenkung sollten Verbraucher zum Stromsparen animiert und zeitgleich finanziell entlastet werden.

Im Geschäftsjahr 2023 wirkte, die seit dem 1. Oktober 2022 geltende, Mehrwertsteuersenkung auf Erdgas und Fernwärme von 19 % auf 7 %. Diese Maßnahme bestand bis zum 31. März 2024 fort.

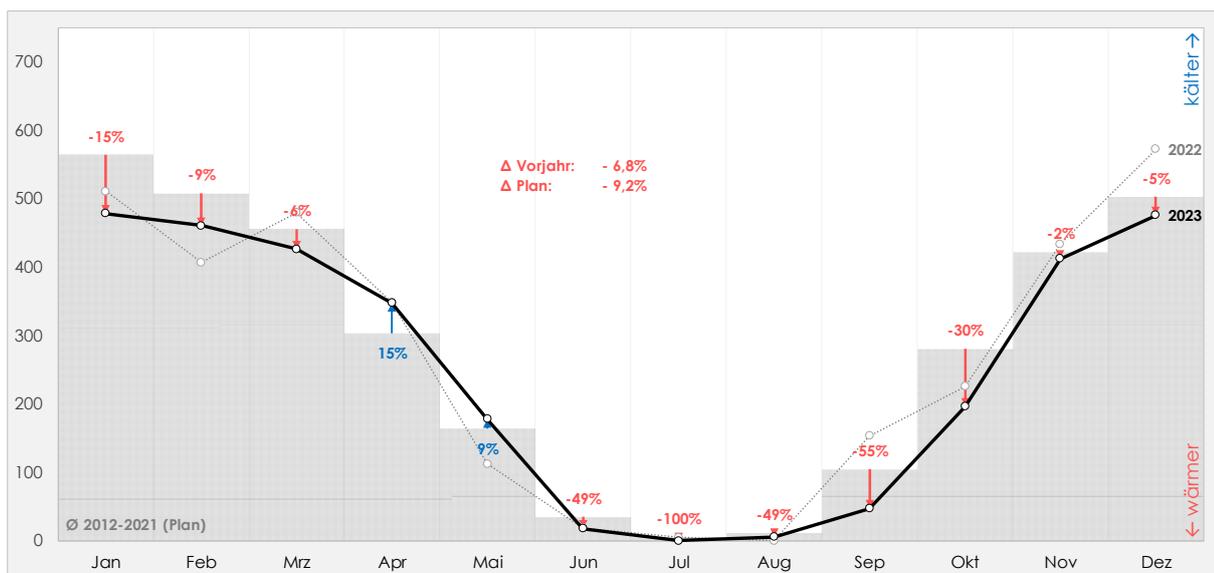
Die Bundesländer werden entsprechend dem Gesetzesentwurf zur Wärmeplanung verpflichtet, in den kommenden Jahren Pläne für die Umstellung auf klimafreundliche Wärme vor Ort zu entwickeln. Dieses Vorhaben steht in Zusammenhang mit der Reform des Gebäudeenergiegesetzes. Demnach sollen Heizungen, die ab 2024 verbaut werden, mit mindestens 65 % erneuerbaren Energien betrieben werden.

Die Bundesregierung erließ im Mai 2023 ein Gesetz, welches zum Einbau intelligenter Strommesssysteme (Smart-Meter) verpflichtet. Diese liefern eine Echtzeitübertragung von Stromverbräuchen und -erzeugungen, welche ein wichtiges Instrument für die Energiewende darstellt.

In Deutschland wurde an einer verstärkten Stromversorgung aus erneuerbaren Energien gearbeitet. Anfang des Jahres wurde die Beschleunigung des Windkraft- und Netzausbaus durch das Bundeskabinett vorangetrieben. Die Genehmigungsverfahren für den Bau von Windkraftträdern, Stromleitungen, Wärmepumpen und Solaranlagen sollen vereinfacht und schneller durchgeführt werden. Durch das sogenannte „Solarpaket“ soll die Bürokratie für die Errichtung von Balkonkraftwerken und Photovoltaikanlagen auf Mehrfamilienhäusern reduziert werden. Im April 2023 wurde im Rahmen des „Nordsee-Gipfels“ der Ausbau von Offshore-Windenergieanlagen beschlossen. Bis zum Jahr 2030 sollen 120 GW errichtet und bis 2050 auf 300 GW ausgeweitet werden. Zudem begann im September 2023 der Bau der Stromtrasse „Suedlink“. Die Trasse dient dem Transport von, durch Windanlagen produzierten, Strom nach Süddeutschland. Zusätzlich soll der Bau von Hochspannungsleitungen in den kommenden Jahren beschleunigt werden. Diese sollen ebenfalls Ökostrom von nördlichen Offshore-Windanlagen in den Süden Deutschlands sowie in die westlichen Teile des Landes transportieren.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Wesentlicher Erfolgsfaktor der EVH für den Verkauf von Strom, Gas und Wärme ist das Verbraucherverhalten infolge der Witterungsverhältnisse. Die Entwicklung der Gradtagzahl spiegelt die vergleichsweise warme Witterung im abgelaufenen Geschäftsjahr wider. Zum 31. Dezember 2023 summierte sich die Gradtagzahl auf 3.045 und zeigte im Vergleich mit dem Durchschnitt der Jahre 2012 bis 2021 (Grundlage der Planung) eine Unterschreitung (-9,2 %). Gegenüber dem Vorjahr ergab sich eine um 6,8 % niedrigere Gradtagzahl.



Neben den Witterungseinflüssen wirkte sich die derzeit angespannte Situation an den Energiemärkten auf die Absatzentwicklung im Endkundensegment aus.

Erfolgsfaktor für den Erzeugungsbereich ist der Clean Spark Spread (Erzeugungsmarge). Dieser entspricht der Differenz zwischen dem Stromerlös und den für die Produktion notwendigen Aufwendungen für den Gaseinsatz sowie den Kosten für Emissionszertifikate.

3.5. Forschung und Entwicklung

Forschungs- und Entwicklungsthemen, wie die mittel- und langfristige Strategie zur Erzeugung von Strom und Wärme, der Ausbau der erneuerbaren Energien sowie innovative Energieanwendungen, werden in bereichsübergreifenden Projekten vorangetrieben.

Die diesbezügliche Strategie zur langfristigen Umstellung des Wärmebereichs auf regenerative Energien sowie das Konzept zur kommunalen Wärmeplanung wurde bereits in Gliederungspunkt 1.2 dargelegt.

Darüber hinaus werden erste regenerative Erzeugungsanlagen realisiert. Im Energiepark Dieselstraße wurde im Jahr 2023 ein Elektrodenheizkessel unter dem Projektnamen „Power-to-Heat“ errichtet. Überschüssiger Strom aus erneuerbaren Energien kann durch den Heizkessel in Wärme umgewandelt werden und anschließend in das Fernwärmenetz eingespeist werden.

Die Realisierung eines energieautarken Klärwerks wurde bereits teilweise im Stadtwerkeverbund umgesetzt. Die Großkläranlage entlässt nach Reinigung das Abwasser in die Vorflut der Saale. Die entstandene überschüssige Wärme des entlassenen Wassers soll durch den Einsatz einer Wärmepumpe zukünftig als regenerative Quelle für Fernwärme genutzt werden.

In den folgenden Jahren soll die Fernwärmetechnologie sowie das Fernwärmenetz weiter ausgebaut und optimiert werden. Dafür wird in den nächsten Jahren der Einsatz verschiedenster Technologieoptionen, wie industrielle Abwärme, Geothermie und der Einsatz von Wasserstoff, überprüft.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Am 31. Dezember 2023 beschäftigte die EVH gemeinsam mit der Netzgesellschaft Halle 640 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie 36 Auszubildende. 361 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren unmittelbar bei der EVH beschäftigt. Die Anzahl der Beschäftigten der EVH ist im Vergleich zum Vorjahr (337 Beschäftigte) um vierundzwanzig Beschäftigte gestiegen.

Das Durchschnittsalter der Belegschaft betrug zum Geschäftsjahresende 45 Jahre. Die durchschnittliche Unternehmenszugehörigkeit lag bei 18 Jahren.

Wissenstransfer und Verbesserung der Altersstruktur sind auch weiterhin Herausforderungen für die Personalarbeit der nächsten Jahre. Eine detaillierte Nachfolgeplanung ist ein wichtiges Instrument, um diese Herausforderungen zu meistern. Mit dieser werden frühzeitig Mitarbeiterpotentiale entdeckt und entwickelt, um dem aktuellen und zukünftigen Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Außerdem werden neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter frühzeitig rekrutiert und eingearbeitet. Darüber hinaus ist die EVH weiterhin bestrebt, durch die Teilnahme an verschiedenen Job-Messen und die Pflege der Hochschulkontakte Diplomanden, Praktikantinnen und Praktikanten sowie Trainees zu gewinnen.

Des Weiteren unterstützt die EVH Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, welche sich berufsbegleitend qualifizieren wollen, sowohl organisatorisch als auch finanziell. Zusätzlich haben diese die Möglichkeit, die Angebote der SWH-Mitarbeiterentwicklung zu nutzen. So steht mit der elektronischen Bibliothek im Flurfunk allen Mitarbeitenden ein digitales Weiterbildungsangebot mit zahlreichen eBooks und Audio-Lerneinheiten zur Verfügung.

Im Rahmen der zentralen Mitarbeitendenentwicklung wurden Workshops und Trainings in den Bereichen Resilienz, Projektmanagement, MS-Office sowie ein Visualisierungstraining angeboten. Des Weiteren wurde das Austausch- und Beteiligungsformat „Zukunftswerkstatt“ eingeführt und sowie ein Sekretariats- und Assistenztag durchgeführt. Auch die zentrale Führungskräfteentwicklung wurde in 2023 intensiv fortgeführt.

Die Grundlage für den Personalaufwand ist der Tarifvertrag über die Tabellenvergütung für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Tarifgruppe Energie/Versorgung/Umwelt des AVEU, welcher im Jahr 2023 neu verhandelt wurde. Im Ergebnis ergab sich eine Tarifsteigerung um 6 % ab 1. September 2023 sowie eine weitere Erhöhung um 4,5 % ab 1. November 2024. Für die Auszubildenden ergab sich eine Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um Festbeträge je Ausbildungsjahr. Des Weiteren wurde die Zahlung einer Inflationsausgleichsprämie in Höhe von 3.000 Euro verhandelt.

Am 1. Mai 2015 ist das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst durch den Bundestag in Kraft getreten. Änderungen und Ergänzungen brachte das am 12. August 2021 in Kraft getretene Gesetz zur Ergänzung und Änderung der Regelungen für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an Führungspositionen in der Privatwirtschaft. Mit den gesetzlichen Regelungen zur Geschlechterquote und der Festlegung verbindlicher Zielgrößen soll der Anteil von Frauen in Führungspositionen mittelfristig gesteigert werden.

Mit Einführung des Gesetzes wurden alle Unternehmen der SWH-Gruppe auf den Ebenen Geschäftsführung/Vorstand und den beiden oberen Führungsebenen analysiert. Daraufhin wurde eine Zielgröße mit einer Umsetzungsfrist jeweils bis zum 30. Juni 2017 und bis zum 30. Juni 2022 entwickelt. Der Aufsichtsrat der SWH hat der Zielvereinbarung mit Beschluss vom 18. Dezember 2015 zugestimmt.

Auf der Ebene Geschäftsführung/Vorstand sollte ein Frauenanteil von ca. 25 % bis Mitte 2022 erreicht werden. Auf den beiden Führungsebenen darunter sollte der Frauenanteil bei ca. 31 % gehalten werden. Die Zielquotenfestlegung/-umsetzung soll nun auch weiter erfolgen. Daher wurde für die Stichtage 30. Juni 2027 und 30. Juni 2032 auf allen Ebenen ein Frauenanteil von 40 % zum Ziel gesetzt. Zusätzlich zu der reinen prozentualen Betrachtung müssen Maßnahmen und Instrumente zur Motivation und Qualifizierung von Frauen in Führungspositionen weiter eine Rolle spielen.

Auf Geschäftsführer-Ebene der EVH beträgt die Quote 0 % (0 Frauen/ 1 Stelle), welches insbesondere auf die Bestellung nur eines Geschäftsführers für die Gesellschaft zurückzuführen ist. Auf der 1. Führungsebene lag der Frauenanteil per 31. Dezember 2023 bei 25 % (2 Frauen/ 8 Stellen). Auf der 2. Führungsebene lag der Frauenanteil zum 31. Dezember 2023 bei 24 % (4 Frauen/ 17 Stellen). Bei der Besetzung offener Stellen der 1. und 2. Führungsebene konnten nicht im erforderlichen Umfang Kandidatinnen mit der entsprechenden Qualifikation gefunden werden.

Der Aufsichtsrat der EVH setzt sich zusammen aus Gesellschaftervertretern sowie Arbeitnehmervertretern. Gesellschaftervertreter werden – bedingt durch die Stellung der Gesellschaft als öffentliches Unternehmen der Stadt Halle (Saale) – von den Fraktionen des Stadtrates vorgeschlagen. Die Arbeitnehmervertreter werden von den Beschäftigten des Unternehmens gewählt. Diesem Prozedere immanent ist, dass eine zentrale Steuerung der Geschlechterverteilung durch die Gesellschafterversammlung nicht möglich ist, insofern eine konkrete Zielgröße nicht festgelegt wurde. Dennoch wird eine ausgewogene Besetzung des Aufsichtsrates mit Frauen und Männern angestrebt, soweit die aufgezeigten Rahmenbedingungen dies zulassen. Der Anteil von Frauen im Aufsichtsrat der EVH liegt per 31. Dezember 2023 bei 47 % (7 Frauen/15 Sitze). Entsprechend des Aufsichtsratsbeschlusses vom 29. November 2022, wird der Gesellschafterversammlung empfohlen, bis zum 31. Dezember 2026 einen Frauenanteil im Aufsichtsrat der EVH von 7 Personen zu halten.

Im Rahmen der unternehmensweiten Lern- und Veränderungsinitiative „ukw – unsere Kultur wandeln“ widmen sich Mitarbeitende der EVH und Netzgesellschaft Halle in vier Arbeitsgruppen Themen, um die Attraktivität als Arbeitgeber innerhalb der Unternehmen sowie nach außen zu fördern. Kollegen, Führungskräfte und das Management arbeiten dabei hierarchieunabhängig zusammen, um gewohnte Vorgehensweisen zu überdenken und zu optimieren. Aufgrund der sich rasant wandelnden wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ist eine Neuausrichtung an einigen Stellen erforderlich. Durch dieses Projekt wurde bereits das Kaffeeangebot sowie die Kommunikation von Mitarbeiterbenefits optimiert. Aktuell befinden sich die Überarbeitung des Arbeitsmarktmarketings (moderne Stellenausschreibungen, EVH als eigene Arbeitgebermarke, Social Media Recruiting sowie QR-Codes am Fuhrpark der Netzgesellschaft Halle) und die Entwicklung neuer Raumkonzepte in der Umsetzung.

3.7. Nachhaltigkeitsbericht

Im Rahmen der Energie-Initiative Halle (Saale) werden verschiedene Projekte zur Versorgungssicherheit, Energiewende und Klimaneutralität entwickelt. Mit dem Ziel der Dekarbonisierung der Energieerzeugung wurde ein Solar-Masterplan entworfen, welcher das Programm „Solar auf halleschen Dächern“ beinhaltet. Bis 2026 sollen insgesamt 40 Objekte mit Photovoltaik ausgestattet werden. Das erste Objekt wurde Ende 2023 fertiggestellt. Der Energie-Initiative schlossen sich in 2023 zwei neue Mitglieder an: Das Leibniz-Institut für Pflanzenbiochemie IPB und die Finsterwalder Transport und Logistik GmbH.

In Halle (Saale) wird etwa die Hälfte des Stadtgebiets bereits mit Fernwärme versorgt. Die Energie-Initiative Halle (Saale) verfolgt einen weiteren Ausbau eines zuverlässigen und umweltschonenden Fernwärmenetzes. Die EVH erarbeitet hierfür eine Ausbaustrategie.

Der in Gliederungspunkt 1.2 beschriebene Ausbau des strategischen Geschäftsfelds Regenerative Erzeugung trägt in erheblichem Maße zu einer nachhaltigen, ökologischen Stromproduktion der EVH bei. Mit dem kontinuierlichen Ausbau der erneuerbaren Erzeugungskapazitäten bekennt sich die EVH zu ihrer gesellschaftlichen Verantwortung und leistet einen wertvollen Beitrag zum Gelingen der Energiewende. Allein im Jahr 2023 wurden durch den bisher erreichten Ausbaustand des regenerativen Erzeugungsportfolios rund 140.000 Tonnen CO₂ eingespart. Durch die konsequente Umsetzung des geplanten Ausbaupfades wird im Jahr 2030 eine CO₂-Einsparung in Höhe von rund 538.000 Tonnen prognostiziert.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Gesamtbeurteilung

Im Geschäftsjahr 2023 lag das Ergebnis der EVH 0,5 Mio. € über dem Planwert. Die Planabweichung resultierte aus gegenläufigen Effekten, welche sich annähernd saldierten.

4.2. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2023 erzielte die EVH einen Jahresüberschuss (vor Ergebnisabführung) in Höhe von 31,1 Mio. € und lag damit 1,4 Mio. € unter dem Vorjahreswert. Die zusammengefasste Ertragslage stellt sich folgendermaßen dar:

Ertragslage	2023	2022	Veränderung	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	in %
Umsatzerlöse	745,9	710,6	35,3	5,0
Übrige Erträge	10,9	-3,0	13,9	>100
Materialaufwand	632,7	588,4	44,3	7,5
Deckungsbeitrag	124,1	119,2	4,9	4,1
Personalaufwand	28,9	28,5	0,4	1,1
Sonstige betriebliche Aufwendungen	29,7	24,2	5,5	22,7
Beteiligungsergebnis	-0,6	0,7	-1,3	<-100
EBITDA	64,9	67,2	-2,3	-3,3
Abschreibungen	29,0	28,7	0,3	1,0
EBIT	35,9	38,5	-2,6	-6,6
Finanzergebnis	-3,7	-5,1	1,4	-27,5
Steuern	1,1	0,9	0,2	25,1
Jahresergebnis	31,1	32,5	-1,4	-4,2

Die Umsatzerlöse fielen mit 745,9 Mio. € im Vorjahresvergleich um 35,3 Mio. € (+5,0 %) höher aus. In den Kundensegmenten Strom, Gas und Wärme lagen die Absatzmengen unter dem Vorjahresniveau. Aufgrund der vorherrschenden Preissituation für Strom und Gas wurde diese Entwicklung überkompensiert.

Die übrigen Erträge stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 13,8 Mio. € (>100 %) auf 10,9 Mio. €. Dies lag insbesondere an einer Bestandserhöhung bei den unfertigen Leistungen sowie Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen.

Trotz gesunkener Bezugsmengen sind die Beschaffungskosten für Strom und Gas preisbedingt gestiegen. Gegenläufig haben sich die Aufwendungen für Emissionszertifikate und die Aufwendungen aus Umlagen entwickelt. Der Deckungsbeitrag lag im Ergebnis um 4,8 Mio. € (+4,1 %) über dem Vorjahreswert.

Der Personalaufwand lag mit 28,9 Mio. € (+1,1 %) leicht über dem Vorjahresniveau. Dies ist auf eine Erhöhung der Aufwendungen für Lohn und Gehalt aufgrund des neuen Tarifvertrags ab 1. September 2023, der Erhöhung der variablen Vergütung, der gestiegenen Mitarbeiterzahl sowie der Zahlung einer Inflationsausgleichprämie zurückzuführen. Die Aufwendungen für Altersversorgung haben sich hingegen bedingt durch geringere Zuführungen zu Altersteilzeitrückstellungen im Vergleich zum Vorjahr vermindert. Die Erhöhung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen um 5,5 Mio. € resultiert im Wesentlichen aus höheren Aufwendungen für IT-Dienstleistungen sowie der Zuführung von Rückstellungen. Das EBITDA sank um 2,2 Mio. € auf 64,9 Mio. €.

Die Abschreibungen lagen etwa auf dem Vorjahresniveau, so dass sich zum 31. Dezember 2023 aufgrund eines zinsbedingt verbesserten Finanzergebnisses bei leicht gestiegenem Steueraufwand ein Jahresergebnis in Höhe von 31,1 Mio. € ergibt.

4.3. Finanzlage

4.3.1. Kapitalstruktur

Die EVH wies zum 31. Dezember 2023 ein Stammkapital in Höhe von 10,3 Mio. € aus. Das betriebswirtschaftliche Eigenkapital belief sich einschließlich Sonderposten auf 180,4 Mio. €, was einer Steigerung von 19,1 Mio. € gegenüber dem Vorjahr entsprach.

Daraus ergab sich eine Eigenkapitalquote inklusive Sonderposten über Vorjahresniveau von 33,3 %.

Entwicklung des Eigenkapitals	2023	2022	Veränderung	
	%	%	%	in %
Eigenkapitalquote	23,9	23,2	0,7	3,2
Eigenkapitalquote (inkl. Sonderposten)	33,4	30,4	3,0	9,6

Die Kennzahlen zur Nettoverschuldung stellen sich folgendermaßen dar:

Nettoschulden	2023	2022	Veränderung	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	in %
Finanzverbindlichkeiten	174,2	187,3	-13,1	-7,0
Liquide Mittel	63,8	38,9	24,9	64,0
Nettoschulden	110,4	148,4	-38,0	-25,6
EBITDA	64,9	67,2	-2,3	-3,4
Nettoschulden/EBITDA	1,7	2,2	-0,5	-23,0

Die Nettoverschuldung reduzierte sich um 38,0 Mio. € auf 110,4 Mio. €. In Kombination mit der gesunkenen Kennzahl EBITDA lag der Verschuldungsfaktor (Nettoschulden/EBITDA) auf einem Wert von 1,7. Die Finanzverbindlichkeiten betrafen Bankdarlehen sowie Gesellschafterdarlehen der SWH.

4.3.2. Investitionen

Im Berichtsjahr 2023 tätigte die EVH Investitionen in Sachanlagen, immaterielle Vermögensgegenstände und Finanzanlagen in Höhe von 39,8 Mio. € (Vorjahr: 23,7 Mio. €), die im Wesentlichen den Ausbau und die Erneuerung der Netzinfrastruktur betrafen.

Schwerpunkte im Fernwärmenetz waren der Ersatz, die Netzverdichtung sowie die Optimierung und Erweiterung der Leitungen im Fernwärmeprimär- und -sekundärnetz innerhalb des Stadtgebietes Halle (Saale). Ebenso investierte das Unternehmen in die Erneuerung von Leitungsabschnitten im Mittelspannungs- und Niederspannungskabelbereich. Des Weiteren wurden Investitionen für den Ersatz von Hochdruck- und Niederdruckleitungen, Ersatzmaßnahmen im Strom- und Gasbereich, die Erweiterung und den Ersatz von Info-, Übertragungs-, Fernwirk- und Leittechnik, die Erschließung von Wohngebieten sowie für den Ersatz von Hard- und Software getätigt. Im Rahmen des Stadtbahnprogramms wurden ebenfalls Investitionen im Strom-, Gas-, Fernwärme- und Fernwirknetz durchgeführt.

Weiterhin investierte die Gesellschaft im Wesentlichen in die beschriebene Errichtung der Power-to-Heat-Anlage sowie in den Ausbau der SAP-Systemlandschaft.

Die Investitionen für den Ausbau des strategischen Geschäftsfeldes Regenerative Erzeugung erfolgen mittelbar über das Beteiligungsunternehmen EGE-B.

4.3.3. Liquidität

Im Geschäftsjahr 2023 war bei der EVH ein Finanzmittelzufluss in Höhe von 24,9 Mio. € (Vorjahr: Zufluss 12,9 Mio. €) zu verzeichnen.

Liquiditätsentwicklung	2023	2022
	Mio. €	Mio. €
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	97,6	57,4
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-38,4	-20,1
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-34,3	-24,4
Zahlungswirksame Veränderungen	24,9	12,9
Finanzmittelfonds zum 01.01. des Jahres	38,9	26,0
Finanzmittelfonds zum 31.12. des Jahres	63,8	38,9

Die Erhöhung des Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit gegenüber dem Vorjahr um 40,2 Mio. € war im Wesentlichen auf stichtagsbedingte bilanzielle Effekte (vor allem Forderungen und Verbindlichkeiten) zurückzuführen.

Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit in Höhe von -38,4 Mio. € beinhaltet insbesondere neben den Auszahlungen für Investitionen in Höhe von 39,8 Mio. € im Geschäftsjahr erhaltende Dividenden in Höhe von 1,3 Mio. €.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit beinhaltet unter anderen Darlehensaufnahmen in Höhe von 14,5 Mio. €, Tilgungen in Höhe von 27,6 Mio. € sowie die Abführung des Vorjahresergebnisses in Höhe von 32,5 Mio. € an die Gesellschafterin.

Der Finanzmittelbestand der EVH belief sich am 31. Dezember 2023 auf insgesamt 63,8 Mio. € und bestand überwiegend aus einem Guthaben im Rahmen des Cash Pools mit der SWH. Ziel dieser Vereinbarung des Finanzmanagements ist es, finanzielle Risiken im Konzern zu minimieren.

4.4. Vermögenslage

Zum 31. Dezember 2023 betrug die Bilanzsumme der EVH 540,2 Mio. € und erhöhte sich damit gegenüber dem Vorjahr um 9,8 Mio. €.

Auf der Aktivseite stieg das Anlagevermögen um 10,4 Mio. € auf 364,8 Mio. €, was auf die in Gliederungspunkt 4.3.2 beschriebenen Investitionen zurückzuführen ist. Das Umlaufvermögen in Höhe von 167,2 Mio. € lag 2,8 Mio. € unter dem Vorjahreswert. Dies lag insbesondere an der Abnahme des Vorratsbestands an entgeltlichen Emissionsrechten. Die Entwicklung der Forderungen und der Liquiden Mittel wirkte gegenläufig.

Auf der Passivseite wurde die Reduktion der Bankdarlehen sowie der Rückstellungen durch einen Anstieg der Sonderposten und der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen kompensiert. Darüber hinaus stieg das Eigenkapital infolge einer Kapitalzuführung durch die Gesellschafterin in Höhe von 6,5 Mio. € auf 129,4 Mio. €.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

In der Stadtwerke Halle - Gruppe findet ein konzerneinheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Dieses gruppenweite, bereichsübergreifende System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

5.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31. Dezember 2023 wurden für das Jahr 2024 bei der EVH insgesamt 36 Risiken ermittelt (Vorjahr 29). Unter diesen Risiken lassen sich insgesamt 2 Einzelrisiken den Gruppen 1 und 2 zuordnen, welche sich wie folgt auf die nachfolgend dargestellten Risikokategorien und Risikogruppen unterteilen:

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Allgemeine Geschäftsrisiken	0	0	0
Finanzrisiken	1	0	0
Führung/Organisation	6	0	0
Marktrisiken	20	0	1
Rechtliche Risiken	2	0	0
Technische Risiken	7	0	1
Gesamt	36	0	2

Im Ergebnis der Risikoinventur wurden insbesondere folgende Risiken für das Jahr 2024 mit einer potentiell hohen Bruttoschadenshöhe identifiziert:

Im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine ist das Risiko Gasversorgungsunterbrechung deutlich gestiegen. Um diesem Risiko zu begegnen, ist eine weitere Diversifikation notwendig. Hierbei handelt es sich jedoch um eine nationale bzw. gesamteuropäische Herausforderung, die nur langfristig bewältigt werden kann. Nach der Einschätzung der Bundesnetzagentur ist die Gasversorgung in Deutschland im Moment stabil und die Versorgungssicherheit ist bei einem normalen Witterungsverlauf gewährleistet. Nichtsdestotrotz hat sich die EVH mit einem Gasmangel-Szenario auseinandergesetzt und entsprechende Maßnahmen abgeleitet.

Im Rahmen der strukturierten Beschaffungsstrategie hat die EVH mit diversen Handelspartnern Beschaffungs- bzw. Vermarktungsgeschäfte zu günstigen Konditionen geschlossen. Aufgrund von Marktpreisentwicklungen können diese Handelsgeschäfte im Rahmen einer Mark-to-Market-Bewertung eine Risikoposition darstellen, sollte der Handelspartner ausfallen.

Der derzeit zunehmende Wettbewerbsdruck auf Energieversorgungsunternehmen, aufgrund der wachsenden Anzahl an Marktteilnehmern mit einer Niedrigpreisstrategie, hat auch Auswirkungen auf die EVH. Infolgedessen erhöht sich das Risiko einer signifikanten Abwanderung von Endkunden zu Konkurrenzunternehmen.

Für die EVH ergeben sich mittelbar Risiken insbesondere aus dem Betrieb der Photovoltaikanlagen in den Projektgesellschaften der EGE-B sowie der TOW und TEE. Die Jahresergebnisse dieser Gesellschaften und somit auch die Beteiligungserträge der EVH werden durch die Sonneneinstrahlung im Jahresverlauf beeinflusst. In besonders sonnenarmen Jahren kann es dadurch zu Ertragsminderungen kommen. Durch das Betreiben mehrerer Anlagen an unterschiedlichen Standorten in Deutschland wird das Risiko mittels Diversifizierung jedoch im Portfolio der EVH verringert.

5.3. Gesamtbild

Die Gesellschaft geht davon aus, dass die im Jahresabschluss abgebildeten Maßnahmen zur Risikovorsorge einem ausgewogenen Verhältnis von Chancen und Risiken entsprechen. Im Berichtszeitraum bestehen weder Einzelrisiken noch aggregierte Positionen, welche den Fortbestand der Gesellschaft gefährden. Derartige Risiken sind auch für das Geschäftsjahr 2024 aktuell nicht erkennbar.

Die Wahrnehmung unternehmerischer Chancen ist ein wichtiger Bestandteil der strategischen Aufstellung der EVH.

6. Prognosebericht

6.1. Konjunktureller Ausblick und Rahmenbedingungen

Für das Jahr 2024 prognostizieren renommierte Wirtschaftsforschungsinstitute eine Inflation von etwa 2,3 %, welche sich bis 2025 auf 1,6 % reduziert. Konjunkturprognosen gehen aufgrund der gesunkenen Großhandelspreise für Energie und der Entwicklung der Inflation von einem moderaten Wachstum des deutschen Bruttoinlandsprodukts aus. Demnach wird für das Jahr 2024 bzw. 2025 ein Anstieg der deutschen Wirtschaftsleistung von 0,2 % bzw. 1,5 % prognostiziert.

Das in Gliederungspunkt 5.2 beschriebene Szenario einer Gasmangellage hätte gravierende Auswirkungen auf die deutsche Energiewirtschaft. Zwar ist auf den Energiemärkten im Verlauf des Jahres 2023 eine Beruhigung eingetreten, jedoch sind im geopolitischen Umfeld neue volatile Marktphasen und weitere Höchstpreise nicht gänzlich ausschließbar.

Um die Energiewende in Deutschland voranzutreiben, sind weiterhin politische Maßnahmen, wie das Gebäudeenergie- und Wärmeplanungsgesetz, für das Geschäftsjahr 2024 geplant. Um die Dekarbonisierung des Gebäudesektors vorantreiben, müssen alle deutschen Haushalte, die derzeit mit Erdgas oder Öl heizen, bis zum Jahr 2045 auf erneuerbare Energieträger umgestellt werden.

Die Geschäftsführung geht auch mit den veränderten Rahmenbedingungen sowie den dargestellten Risiken und Auswirkungen davon aus, dass die Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit fähig ist. Es bestehen aktuell keine bestandsgefährdenden, berichtspflichtigen Risiken.

6.2. Umsatzentwicklung

Die EVH erwartet im den Endkundensegmenten Strom- und Erdgas einen Rückgang der Umsatzerlöse gegenüber dem Jahr 2023, aufgrund von vertriebsseitig angenommenen Absatzmengen sowie Preisanpassungen. Ein Großteil der Wärmeversorgungsverträge basiert ab dem Jahr 2024 wieder auf Festpreisvereinbarungen mit 3-jähriger Laufzeit. Bei Unterstellung eines normalen Temperaturverlaufes wird in diesem Segment mit einem Anstieg der Umsatzerlöse gerechnet.

6.3. Investitionen

Der Investitionsschwerpunkt des Jahres 2024 liegt im Bereich der Versorgungsnetze. Es handelt sich vor allem um Neubau- und Ersatzmaßnahmen, um Projekte der Netzerweiterung und -verdichtung sowie Maßnahmen im Rahmen des Stadtbahnprogramms.

6.4. Finanzierung

Die Finanzierung der SWH-Gruppe erfolgt grundsätzlich im Wege einer Konzernfinanzierung über die SWH und wird über Gesellschafterdarlehen an die Tochterunternehmen entsprechend ihrer Finanzbedarfsplanung ausgereicht.

Weiterhin werden aufgrund der steigenden Investitionstätigkeit in der EVH zur Sicherstellung der erforderlichen Eigenkapitalstruktur – in Abstimmung mit der Gesellschafterin SWH – Zuführungen zu den Kapitalrücklagen erfolgen.

Die Liquidität wird auch im Geschäftsjahr 2024 gemäß der aktuellen Finanzplanung gegeben sein.

6.5. Ergebniserwartung

Die Erfolgsrechnung der EVH weist für den Wirtschaftsplan 2024 ein Ergebnis vor Ergebnisabführung an SWH in Höhe von 31,5 Mio. € aus. In den Folgejahren wird von einem leichten Rückgang des Unternehmensergebnisses ausgegangen.

Dieser Lagebericht enthält in die Zukunft gerichtete Aussagen zur Entwicklung der EVH. Diese Aussagen sind ausschließlich Erwartungen, die auf heutigen Annahmen und Einschätzungen beruhen. Auch wenn die Geschäftsführung der EVH davon überzeugt ist, dass die getroffenen Annahmen und Planungen zutreffend sind, können die tatsächliche Entwicklung und die tatsächlichen Ergebnisse in der Zukunft aufgrund einer Vielzahl von internen und externen Einflussfaktoren hiervon abweichen.

EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz	
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle	
Rechtsform:	GmbH & Co. KG	
Haftkapital in T€:	500	
Gesellschafter:		T€ %
	EVH GmbH	<hr style="width: 100%; border: 0.5px solid black;"/> 500 100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung an Gesellschaften und Unternehmen mit Sitz in Deutschland, die unmittelbar oder mittelbar Projekte und Anlagen zur Erzeugung von Strom und Wärme aus Erneuerbaren Energien planen, errichten und betreiben, insbesondere die Beteiligung an der EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG. Die Gesellschaft bezweckt damit auch die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung der Stadt Halle (Saale).

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Energieversorgung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des konzerninternen Risikomanagements der Stadtwerke Halle-Gruppe sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: EGE-B Verwaltung GmbH (vertreten durch
Horn, Torsten)

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Die Geschäftsführung erhält ihre Bezüge von der EGE-B Verwaltung GmbH.

d) Beteiligungen

unmittelbar

	T€	%
EEM Verwaltung GmbH	13	50,00
EGE-DVV Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG	25	50,00
EGE-DVV Verwaltung GmbH	13	50,00
EGE-PE Verwaltung GmbH	13	50,00
EGE-P Verwaltung GmbH	13	50,00
Erneuerbare Energien Mitteldeutschland GmbH & Co. KG	25	50,00
EVH Grüne Energie - Projektentwicklung GmbH & Co. KG	13	50,00
EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG	25	50,00

mittelbar

	T€	%
EVH Grüne Energie - Projekt 1 GmbH & Co. KG	5	50,00
EVH Grüne Energie - Projekt 2 GmbH & Co. KG	5	50,00
EVH Grüne Energie - Projekt 3 GmbH & Co. KG	5	50,00
SP 21 GmbH & Co. KG	5	50,00
SP X GmbH & Co. KG	5	50,00
SP XVII GmbH & Co. KG	5	50,00
SP XVIII GmbH & Co. KG	5	50,00

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2023		2022		2021		Veränderungen 2023 zu 2022	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	14.263	75	12.638	84	12.138	85	1.625	13
Umlaufvermögen	4.702	25	2.332	16	2.200	15	2.370	102

Bilanzsumme	18.965	100	14.970	100	14.338	100	3.995	27
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	--------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	13.691	72	9.696	65	9.500	66	3.995	41
Rückstellungen	77	0	77	0	56	1	0	0
Verbindlichkeiten	5.197	28	5.197	35	4.782	33	0	0

Bilanzsumme	18.965	100	14.970	100	14.338	100	3.995	27
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	--------------	-----------

bb) GuV

	2023	2022	2021
	T€	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	2	2	1
sonstige betriebliche Aufwendungen	47	47	46
Erträge aus Beteiligungen	4.131	363	274
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	25	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	116	122	69
Ergebnis nach Steuern	3.995	196	160
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	3.995	196	160
Gutschrift auf Rücklagenkonto	-3.995	-196	0
Gutschrift auf Verrechnungskonto	0	0	-160
Ergebnis nach Verwendungsrechnung	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2023	2022	2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	29,18	2,02	1,69	%
Cash-Flow:	3.995	196	160	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	72,19	64,77	66,26	%
Fremdkapitalquote:	27,81	35,23	33,74	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

1. Grundlagen der EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG

1.1. Geschäftsmodell

Gegenstand der EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG (EGE-B) ist die Beteiligung an Gesellschaften und Unternehmen mit Sitz in Deutschland, die unmittelbar oder mittelbar Projekte und Anlagen zur Erzeugung von Strom und Wärme aus erneuerbaren Energien planen, errichten und betreiben. Die Gesellschaft bezweckt damit auch die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung der Stadt Halle (Saale).

1.2. Steuerung und Struktur

Geschäftsführendes Vertretungsorgan der EGE-B ist ihre Komplementärin, die EGE-B Verwaltung GmbH. Alleinige Kommanditistin der Gesellschaft ist die EVH GmbH (EVH).

Die EGE-B hält jeweils Kapitalanteile entsprechend der im Anhang Abschnitt III 2. genannten Anteilsverhältnisse.

Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeiter. Durch Dienstleistungsverträge ist die Geschäftsbesorgung sichergestellt.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Trotz des anhaltenden Ukraine-Konflikts nahmen die Unsicherheiten im Energiemarkt ab und die Marktpreise an den Strombörsen sanken im Vergleich zum Vorjahr auf ein geringeres Niveau. Der für die Betreiber von Photovoltaikanlagen relevante Marktwert Solar verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr signifikant. Zu Jahresbeginn betrug er 12 ct/kWh und bewegte sich im Verlauf des Jahres in einer Spanne von 5 ct/kWh bis ca. 9 ct/kWh. Damit lag er deutlich unter dem Allzeithoch vom August 2022 in Höhe von 39 ct/kWh, aber weiterhin höher als in den Jahren vor 2022.

Die Witterungsbedingungen waren 2023 für den Betrieb von Photovoltaikanlagen ungünstig. Im bundesweiten Schnitt bewegten sich die Regenmengen über dem mehrjährigen Durchschnitt. Bereits im Herbst war die Regenquote des langjährigen Mittels überschritten. Laut Daten des Deutschen Wetterdienstes fielen über alle Regionen hinweg bis Mitte November im Schnitt 788,9 Liter pro Quadratmeter.

Steigende Preise, der anhaltende Ukraine-Konflikt und hohe Zinsen belasteten die deutsche Wirtschaft im Jahr 2023. Während das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in den ersten drei Quartalen laut Daten des statistischen Bundesamtes stagnierte, erwarten führende Wirtschaftsforschungsinstitute für das Gesamtjahr einen Rückgang des BIP um 0,6 %. Für 2024 wird hingegen eine Erholung der Konjunktur erwartet.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Im Geschäftsjahr 2023 beteiligte sich die EGE-B an weiteren Unternehmensgründungen, um das Portfolio an Projektgesellschaften zur Entwicklung und zum Betrieb von Photovoltaikanlagen zu erweitern und somit dem Unternehmenszweck Rechnung zu tragen.

Im März erfolgte die Gründung der EVH Grüne Energie - Projektentwicklung GmbH & Co. KG (EGE-PE), im Juni die Gründung der EGE-DVV Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG (EGE-DVV) und schließlich im November die Gründung der Erneuerbare Energien Mitteldeutschland GmbH & Co. KG (EEM). Außerdem wurde jeweils eine dazugehörige Komplementär-GmbH gegründet. Die EGE-B hält jeweils 50 % der Kapitalanteile an allen sechs Gesellschaften. Im Zuge der Gründung wurde den Gesellschaften von der EGE-B Eigenkapital in Höhe von 1.625 T€ zur Verfügung gestellt.

Im Geschäftsjahr 2023 wurde durch die Projektgesellschaften der EVH Grüne Energie – Projekt GmbH & Co. KG (EGE-P) die bisher größte Photovoltaikanlage mit einer Leistung von 31,4 MWp in Betrieb genommen. Zum Stichtag 31. Dezember 2023 sind insgesamt 31 Anlagen mit einer Gesamtleistung von 136,6 MWp am Netz.

3.2. Politische und rechtliche Entwicklung

Die vom Gesetzgeber eingeführten Regeln zur Abschöpfung von Mehrerlösen am Strommarkt betraf Anlagen mit einer installierten Leistung von mehr als 1 MWp im Zeitraum vom 1. Dezember 2022 bis zum 30. Juni 2023. Diesen Anlagen, zu denen teilweise auch Anlagen in den Beteiligungen der EGE-P zählen, wurden folglich Erlöse im ersten Halbjahr des Geschäftsjahres nur in Höhe der jeweiligen EEG-Vergütung zuzüglich eines Sicherheitsaufschlages zugestanden.

Zum 1. Januar 2023 trat das neue Erneuerbare-Energien-Gesetz in Kraft. Ziel ist es, den Ausbau der erneuerbaren Energien weiter zu verstärken und zu fördern. Für die Betreiber von Photovoltaikanlagen ergeben sich aus der Gesetzesanpassung viele Erleichterungen, unter anderem soll Photovoltaikanlagen in Planungsprozessen Vorrang vor anderen Interessen eingeräumt werden und Genehmigungen dadurch schneller erteilt werden.

Nachdem das Europäische Parlament am 12. September 2023 die novellierte Fassung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie (RED III) verabschiedete, erteilte am 9. Oktober 2023 auch der Rat seine Zustimmung. Zu den wichtigsten Neuerungen gehörte die Erhöhung des EU-Ziels für den Anteil erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch bis 2030 auf 42,5 %. Zuvor lag der angestrebte Anteil bei 32 %. Zur Erreichung des Ziels ist u.a. der Ausbau der erneuerbaren Energien im Wärmesektor erforderlich. Zudem sollen die Genehmigungsverfahren beschleunigt werden. Die Genehmigungszeit darf dann maximal 12 Monate betragen.

3.3. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Wesentliche Erfolgsfaktoren der EGE-B sind die Generierung von Beteiligungserträgen der Beteiligungsgesellschaften. Des Weiteren wird der Markt fortwährend nach attraktiven Investitions- und Beteiligungsmöglichkeiten überprüft.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2023 erzielte die EGE-B einen Jahresüberschuss in Höhe von 3.995 T€, was einem Anstieg von 3.799 T€ gegenüber dem Vorjahr entspricht. Die Erhöhung ist insbesondere auf höhere Beteiligungserträge von der EGE-P (4.131 T€; Vorjahr: 363 T€) zurückzuführen.

Aufgrund ihrer Funktion als Holding erzielte die EGE-B keine Umsatzerlöse. Sonstige betriebliche Erträge in Höhe von 2 T€ (Vorjahr: 2 T€) resultierten aus der Auflösung von Rückstellungen.

Es fielen sonstige betriebliche Aufwendungen, im Wesentlichen für Geschäftsbesorgung, Steuerberatungs- und Prüfungskosten sowie Versicherungen, in Höhe von insgesamt 47 T€ (Vorjahr: 47 T€) an.

Zinsen und ähnliche Aufwendungen, insbesondere für die Darlehen aus der Mitarbeiter- und Bürgerbeteiligung betragen 116 T€ (Vorjahr: 122 T€). Aufgrund der Verzinsung von festverzinslich angelegtem Bankguthaben fielen Zinserträge in Höhe von 25 T€ an (Vorjahr: 0 T€).

4.2. Finanzlage

Der Finanzmittelbestand der EGE-B belief sich am 31. Dezember 2023 auf insgesamt 4.276 T€ (Vorjahr: 1.969 T€).

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von -30 T€ (Vorjahr: -37 T€) ergab sich insbesondere aus den Aufwendungen für die Geschäftsbesorgung sowie dem Aufwandsersatz der Komplementärin.

Im Cashflow aus der Investitionstätigkeit in Höhe von 2.452 T€ (Vorjahr: -226 T€) sind unter anderem die Investitionen in das Finanzanlagevermögen in Höhe von -1.625 T€ (Vorjahr: -500 T€) enthalten. Des Weiteren beinhaltet die Position den ausgeschütteten Jahresüberschuss 2022 der EGE-P in Höhe von 4.077 T€ (Vorjahr: 274 T€).

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit in Höhe von -116 T€ (Vorjahr: 306 T€) beinhaltet ausschließlich Zinszahlungen. Weitere Darlehensaufnahmen (Mitarbeiter- und Bürgerbeteiligung) erfolgten im Geschäftsjahr nicht (Vorjahr: 575 T€).

4.3. Vermögenslage

Zum 31. Dezember 2023 betrug die Bilanzsumme der EGE-B 18.965 T€ und erhöhte sich damit gegenüber dem Vorjahr um 3.995 T€.

Auf der Aktivseite stieg das Finanzanlagevermögen um 1.625 T€ auf 14.263 T€. Das Umlaufvermögen beinhaltete liquide Mittel in Höhe von 4.276 T€ (Vorjahr: 1.969 T€) sowie Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände in Höhe von 427 T€ (Vorjahr: 363 T€).

Auf der Passivseite der Bilanz bildete das Eigenkapital mit 13.691 T€ weiterhin die größte Position (Vorjahr: 9.696 T€). Der Anstieg in Höhe von 3.995 T€ betrifft die Einstellung des Jahresüberschusses in die Rücklagen. Die Verbindlichkeiten betragen unverändert 5.197 T€ und beinhalten die Darlehen im Rahmen der Mitarbeiter- und Bürgerbeteiligung.

4.4. Gesamtaussage

Die EGE-B schloss das Geschäftsjahr 2023 mit einem Ergebnis oberhalb des Wirtschaftsplans ab. Ursache waren die hohen Beteiligungserträge durch die Ausschüttung von Rücklagen der EGE-P.

5. Chancen- und Risikobericht

In der Stadtwerke Halle - Gruppe findet ein konzern einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement als gruppenweites, bereichsübergreifendes System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und -frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

Da die Gesellschaft nicht an den Cash Pool der Konzernmutter angeschlossen ist, besteht ein erhöhtes Liquiditätsrisiko. Insbesondere die Kapitalabrufe der Finanzbeteiligungen sowie der Kapitaldienst im Rahmen der Mitarbeiter- und Bürgerbeteiligung erfordern eine vorausschauende Liquiditätsplanung. Die Aussteuerung der Kapitalströme gehört somit zu den wesentlichen Steuerungsinstrumenten und Erfolgsfaktoren der Gesellschaft.

Für die EGE-B ergeben sich mittelbar Risiken insbesondere aus dem Betrieb der Photovoltaikanlagen in den Projektbündelgesellschaften der EGE-P. Hier kann es zu technischen Störungen kommen, die zu einer Unterbrechung der Produktion führen können. Dies kommt bei Photovoltaikanlagen jedoch grundsätzlich selten vor, außerdem sind die Gesellschaften gegen zahlreiche Schäden durch Versicherungs- und Instandhaltungsverträge abgesichert. Des Weiteren ergeben sich Risiken in der Projektentwicklungsphase der EGE-DVV, EGE-PE und EEM.

Die Jahresergebnisse der Projektgesellschaften werden durch die Sonneneinstrahlung im Jahresverlauf beeinflusst. In besonders schattigen Jahren kann es dadurch zu Ertragsminderungen kommen. Durch das Betreiben mehrerer Anlagen an unterschiedlichen Standorten in Deutschland wird das Risiko mittels Diversifizierung jedoch verringert.

Aus heutiger Sicht sind keine Risiken erkennbar, die den Bestand der Gesellschaft gefährden oder ihre Entwicklung wesentlich beeinträchtigen könnten.

6. Prognosebericht

Die Geschäftsführung erwartet auf Basis der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2024 ein Ergebnis nach Steuern in Höhe von 294 T€.

EVH Grüne Energie - Projekt 1 GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH & Co. KG		
Haftkapital in T€:	10		
Gesellschafter:		T€	%
	EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG	10	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb von Projekten und Anlagen zur Erzeugung von Strom und Wärme aus Erneuerbaren Energien. Die Gesellschaft bezweckt damit auch die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung der Stadt Halle (Saale).

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Energieversorgung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des konzerninternen Risikomanagements der Stadtwerke Halle-Gruppe sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	EGE-P Verwaltung GmbH	<i>(vertreten durch Hollstein, Thomas)</i>
--------------------------	-----------------------	--

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Die Geschäftsführung erhält ihre Bezüge von der EGE-P Verwaltung GmbH.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2023		2022		2021		Veränderungen 2023 zu 2022	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	16.134	93	17.007	89	17.881	94	-873	-5
Umlaufvermögen	1.185	7	2.038	11	1.156	6	-853	-42
Rechnungsabgrenzungsposten	7	0	0	0	1	0	7	

Bilanzsumme	17.326	100	19.045	100	19.038	100	-1.719	-9
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	3.410	20	3.410	18	3.410	18	0	0
Rückstellungen	21	0	25	0	122	1	-4	-16
Verbindlichkeiten	13.523	78	15.307	80	15.451	81	-1.784	-12
Passive latente Steuern	372	2	303	2	55	0	69	23

Bilanzsumme	17.326	100	19.045	100	19.038	100	-1.719	-9
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	-----------

bb) GuV

	2023	2022	2021
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.558	3.701	1.694
sonstige betriebliche Erträge	4	13	69
Materialaufwand	252	119	103
Abschreibungen	873	873	873
sonstige betriebliche Aufwendungen	134	106	115
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	5		
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	162	175	257
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	11	310	56
Ergebnis nach Steuern	135	2.131	359
sonstige Steuern	-1	1	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	136	2.130	359
Gutschrift auf Verrechnungskonto	-136	-2.130	-359
Ergebnis nach Verwendungsrechnung	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2023	2022	2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	8,74	57,55	21,22	%
Eigenkapitalrentabilität:	3,99	62,45	10,54	%
Cash-Flow:	1.009	3.003	1.233	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	93,12	89,30	93,92	%
Eigenkapitalquote:	19,68	17,91	17,91	%
Fremdkapitalquote:	80,32	82,09	82,09	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
installierte Erzeugungsleistung	19,6	19,6	19,6	MWp

f) Lagebericht

1. Grundlagen der EVH Grüne Energie - Projekt 1 GmbH & Co. KG

1.1. Geschäftsmodell

Gegenstand der EVH Grüne Energie - Projekt 1 GmbH & Co. KG (EGE-P1) ist die Errichtung und der Betrieb von Projekten und Anlagen zur Erzeugung von Strom und Wärme aus erneuerbaren Energien. Die Gesellschaft bezweckt damit auch die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung der Stadt Halle (Saale).

1.2. Steuerung

Geschäftsführendes Vertretungsorgan der EGE-P1 ist ihre Komplementärin, die EGE-P Verwaltung GmbH. Alleinige Kommanditistin der Gesellschaft ist die EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG.

Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeiter. Durch Dienstleistungsverträge sind der technische und kaufmännische Betrieb der Anlagen sichergestellt.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Trotz des anhaltenden Ukraine-Konflikts nahmen die Unsicherheiten im Energiemarkt ab und die Marktpreise an den Strombörsen sanken im Vergleich zum Vorjahr auf ein geringeres Niveau. Der für die Betreiber von Photovoltaikanlagen relevante Marktwert Solar verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr signifikant. Zu Jahresbeginn betrug er 12 ct/kWh und bewegte sich im Verlauf des Jahres in einer Spanne von 5 ct/kWh bis ca. 9 ct/kWh. Damit lag er deutlich unter dem Allzeithoch vom August 2022 in Höhe von 39 ct/kWh, aber weiterhin höher als in den Jahren vor 2022.

Die Witterungsbedingungen waren 2023 für den Betrieb von Photovoltaikanlagen ungünstig. Im bundesweiten Schnitt bewegten sich die Regenmengen über dem mehrjährigen Durchschnitt. Bereits im Herbst war die Regenquote des langjährigen Mittels überschritten. Laut Daten des Deutschen Wetterdienstes fielen über alle Regionen hinweg bis Mitte November im Schnitt 788,9 Liter pro Quadratmeter.

Steigende Preise, der anhaltende Ukraine-Konflikt und hohe Zinsen belasteten die deutsche Wirtschaft im Jahr 2023. Während das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in den ersten drei Quartalen laut Daten des statistischen Bundesamtes stagnierte, erwarten führende Wirtschaftsforschungsinstitute für das Gesamtjahr einen Rückgang des BIP um 0,6 %. Für 2024 wird hingegen eine Erholung der Konjunktur erwartet.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Abgesehen von den in Gliederungspunkt 2 genannten Preisentwicklungen und Witterungsbedingungen hat es keine wesentlichen Ereignisse für den Geschäftsverlauf 2023 gegeben.

3.2. Politische und rechtliche Entwicklung

Die vom Gesetzgeber eingeführten Regeln zur Abschöpfung von Mehrerlösen am Strommarkt betraf Anlagen mit einer installierten Leistung von mehr als 1 MWp im Zeitraum vom 1. Dezember 2022 bis zum 30. Juni 2023. Diesen Anlagen, zu denen teilweise auch die Anlagen der EGE-P1 zählen, wurden folglich Erlöse im ersten Halbjahr des Geschäftsjahres nur in Höhe der jeweiligen EEG-Vergütung zuzüglich eines Sicherheitsaufschlages zugestanden.

Zum 1. Januar 2023 trat das neue Erneuerbare-Energien-Gesetz in Kraft. Ziel ist es, den Ausbau der erneuerbaren Energien weiter zu verstärken und zu fördern. Für die Betreiber von Photovoltaikanlagen ergeben sich aus der Gesetzesanpassung viele Erleichterungen, unter anderem soll Photovoltaikanlagen in Planungsprozessen Vorrang vor anderen Interessen eingeräumt werden und Genehmigungen dadurch schneller erteilt werden.

Nachdem das Europäische Parlament am 12. September 2023 die novellierte Fassung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie (RED III) verabschiedete, erteilte am 9. Oktober 2023 auch der Rat seine Zustimmung. Zu den wichtigsten Neuerungen gehörte die Erhöhung des EU-Ziels für den Anteil erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch bis 2030 auf 42,5 %. Zuvor lag der angestrebte Anteil bei 32 %. Zur Erreichung des Ziels ist u.a. der Ausbau der erneuerbaren Energien im Wärmesektor erforderlich. Zudem sollen die Genehmigungsverfahren beschleunigt werden. Die Genehmigungszeit darf dann maximal 12 Monate betragen.

3.3. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Wesentlicher Erfolgsfaktor der EGE-P1 ist der zuverlässige technische Betrieb der Erzeugungsanlagen, um den Verkauf von Strom sicherzustellen.

Die installierte Leistung der Photovoltaikanlagen beläuft sich auf insgesamt 19,6 MW (Vorjahr: 19,6 MW).

Im Geschäftsjahr 2023 wurden insgesamt 16,8 GWh (Vorjahr: 21,5 GWh) Strom in den Erzeugungsanlagen produziert. Damit wurde ein kumuliertes Verhältnis zwischen produziertem und prognostiziertem Ertrag von 85,4 % (Vorjahr: 109,4 %) erreicht. Die technische Verfügbarkeit betrug 98,2 % (Vorjahr: 96,8 %).

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2023 erzielte die EGE-P1 einen Jahresüberschuss in Höhe von 136 T€ (Vorjahr: 2.130 T€). Die Umsatzerlöse aus der Stromvermarktung betragen 1.558 T€ (Vorjahr: 3.701 T€). Ursache für den Rückgang waren der im Vergleich zum Vorjahr geringere Marktwert Solar und die witterungsbedingt geringere erzeugte Menge Strom. Außerdem fielen sonstige betriebliche Erträge in Höhe von 4 T€ (Vorjahr: 13 T€) an.

Der im Rahmen des Anlagenbetriebs anfallende Materialaufwand stieg im Geschäftsjahr 2023 um 133 T€ auf 252 T€, was vor allem auf gestiegene Aufwendungen für bezogene Dienstleistungen zurückzuführen ist. Abschreibungen fielen in Höhe von 873 T€ an (Vorjahr: 873 T€).

Des Weiteren betragen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen im Wesentlichen für Geschäftsbesorgung, Pachtzahlungen, Versicherungen und die Erlösabschöpfung insgesamt 134 T€ (Vorjahr: 106 T€). Zinsen und ähnliche Aufwendungen reduzierten sich durch den Wegfall von Verwarentgelten um 13 T€ auf 162 T€. Aufgrund der Verzinsung von Bankguthaben fielen Zinserträge in Höhe von 5 T€ an (Vorjahr: 0 T€).

Die Ertragsteuern haben sich ergebnisbedingt sowie aufgrund der Entwicklung der passiven latenten Steuern um 298 T€ auf 11 T€ verringert.

4.2. Finanzlage

Der Finanzmittelbestand der EGE-P1 belief sich am 31. Dezember 2023 auf insgesamt 793 T€ (Vorjahr: 1.779 T€).

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 1.097 T€ (Vorjahr: 3.380 T€) war insbesondere durch die Umsatzerlöse und Aufwendungen im Rahmen des Anlagenbetriebs geprägt.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit belief sich auf -2.083 T€ (Vorjahr: -2.423 T€) und beinhaltet unter anderem Ausschüttungen an Unternehmenseigner in Höhe von 1.000 T€ (Vorjahr: 1.328 T€), Darlehenstilgungen in Höhe von 921 T€ (Vorjahr: 921 T€) sowie Zinszahlungen in Höhe von 162 T€ (Vorjahr: 174 T€).

4.3. Vermögenslage

Zum 31. Dezember 2023 betrug die Bilanzsumme der EGE-P1 17.326 T€ und verringerte sich damit gegenüber dem Vorjahr um 1.719 T€.

Auf der Aktivseite reduzierte sich das Sachanlagevermögen aufgrund von planmäßigen Abschreibungen um 873 T€ auf 16.134 T€. Das Umlaufvermögen beinhaltete liquide Mittel in Höhe von 793 T€ (Vorjahr: 1.779 T€) und Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände in Höhe von 392 T€ (Vorjahr: 259 T€).

Auf der Passivseite der Bilanz reduzierten sich die Bankverbindlichkeiten durch planmäßige Tilgung um 921 T€ auf 12.248 T€ und bildeten die größte Position. In Summe bestanden Verbindlichkeiten in Höhe von 13.523 T€ (Vorjahr: 15.307 T€). Passive latente Steuern bestanden in Höhe von 372 T€ (Vorjahr: 303 T€).

4.4. Gesamtaussage

Die EGE-P1 schloss das Geschäftsjahr 2023 mit einem Ergebnis unterhalb der Wirtschaftsplanung ab, was im Wesentlichen auf den geringeren Marktwert Solar und die ungünstigen Witterungsbedingungen zurückzuführen war.

5. Chancen- und Risikobericht

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Unternehmen dar.

Für die EGE-P1 ergeben sich Risiken insbesondere aus dem Betrieb der Photovoltaikanlagen. Hier kann es zu technischen Störungen kommen, die zu einer Unterbrechung der Produktion führen können. Dies kommt bei Photovoltaikanlagen jedoch grundsätzlich selten vor, außerdem ist die Gesellschaft gegen zahlreiche Schäden durch Versicherungs- und Instandhaltungsverträge abgesichert.

Des Weiteren wird der Ertrag der Anlagen durch die Sonneneinstrahlung im Jahresverlauf beeinflusst. In besonders schattigen Jahren kann es dadurch zu Ertragsminderungen kommen. Durch das Betreiben mehrerer Anlagen an unterschiedlichen Standorten in Deutschland wird das Risiko mittels Diversifizierung jedoch für die EGE-P1 verringert.

Aus heutiger Sicht sind keine Risiken erkennbar, die den Bestand der Gesellschaft gefährden oder ihre Entwicklung wesentlich beeinträchtigen könnten.

6. Prognosebericht

Die Geschäftsführung erwartet auf Basis der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2024 ein Ergebnis nach Steuern in Höhe von 256 T€.

EVH Grüne Energie - Projekt 2 GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH & Co. KG		
Haftkapital in T€:	10		
Gesellschafter:		T€	%
	EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG	10	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb von Projekten und Anlagen zur Erzeugung von Strom und Wärme aus Erneuerbaren Energien. Die Gesellschaft bezweckt damit auch die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung der Stadt Halle (Saale).

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Energieversorgung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des konzerninternen Risikomanagements der Stadtwerke Halle-Gruppe sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	EGE-P Verwaltung GmbH	(vertreten durch Hollstein, Thomas)
--------------------------	-----------------------	--

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Die Geschäftsführung erhält ihre Bezüge von der EGE-P Verwaltung GmbH.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2023		2022		2021		Veränderungen 2023 zu 2022	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	20.822	95	21.801	75	21.568	65	-979	-4
Umlaufvermögen	1.056	5	7.095	25	11.775	35	-6.039	-85
Rechnungsabgrenzungsposten	9	0	9	0	5	0	0	0

Bilanzsumme	21.887	100	28.905	100	33.348	100	-7.018	-24
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	4.610	21	4.610	16	4.610	14	0	0
Rückstellungen	86	0	42	0	50	0	44	105
Verbindlichkeiten	16.674	76	23.757	82	28.542	86	-7.083	-30
Passive latente Steuern	517	3	496	2	146	0	21	4

Bilanzsumme	21.887	100	28.905	100	33.348	100	-7.018	-24
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------

bb) GuV

	2023	2022	2021
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	2.157	4.364	1.241
sonstige betriebliche Erträge	9	211	776
Materialaufwand	291	190	105
Abschreibungen	978	953	549
sonstige betriebliche Aufwendungen	197	138	92
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	183	186	186
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	65	415	146
Ergebnis nach Steuern	452	2.693	939
sonstige Steuern	-1	1	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	453	2.692	939
Gutschrift auf Verrechnungskonto	-453	-2.692	-939
Ergebnis nach Verwendungsrechnung	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2023	2022	2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	20,99	61,69	75,68	%
Eigenkapitalrentabilität:	9,82	58,40	20,38	%
Cash-Flow:	1.431	3.645	1.489	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	95,14	75,42	64,67	%
Eigenkapitalquote:	21,06	15,95	13,82	%
Fremdkapitalquote:	78,94	84,05	86,18	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
installierte Erzeugungsleistung	30,0	30,0	28,5	MWp

f) Lagebericht

1. Grundlagen der EVH Grüne Energie - Projekt 2 GmbH & Co. KG

1.1. Geschäftsmodell

Gegenstand der EVH Grüne Energie - Projekt 2 GmbH & Co. KG (EGE-P2) ist die Errichtung und der Betrieb von Projekten und Anlagen zur Erzeugung von Strom und Wärme aus erneuerbaren Energien. Die Gesellschaft bezweckt damit auch die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung der Stadt Halle (Saale).

1.2. Steuerung

Geschäftsführendes Vertretungsorgan der EGE-P2 ist ihre Komplementärin, die EGE-P Verwaltung GmbH. Alleinige Kommanditistin der Gesellschaft ist die EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG.

Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeiter. Durch Dienstleistungsverträge sind der technische und kaufmännische Betrieb der Anlagen sichergestellt.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Trotz des anhaltenden Ukraine-Konflikts nahmen die Unsicherheiten im Energiemarkt ab und die Marktpreise an den Strombörsen sanken im Vergleich zum Vorjahr auf ein geringeres Niveau. Der für die Betreiber von Photovoltaikanlagen relevante Marktwert Solar verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr signifikant. Zu Jahresbeginn betrug er 12 ct/kWh und bewegte sich im Verlauf des Jahres in einer Spanne von 5 ct/kWh bis ca. 9 ct/kWh. Damit lag er deutlich unter dem Allzeithoch vom August 2022 in Höhe von 39 ct/kWh, aber weiterhin höher als in den Jahren vor 2022.

Die Witterungsbedingungen waren 2023 für den Betrieb von Photovoltaikanlagen ungünstig. Im bundesweiten Schnitt bewegten sich die Regenmengen über dem mehrjährigen Durchschnitt. Bereits im Herbst war die Regenquote des langjährigen Mittels überschritten. Laut Daten des Deutschen Wetterdienstes fielen über alle Regionen hinweg bis Mitte November im Schnitt 788,9 Liter pro Quadratmeter.

Steigende Preise, der anhaltende Ukraine-Konflikt und hohe Zinsen belasteten die deutsche Wirtschaft im Jahr 2023. Während das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in den ersten drei Quartalen laut Daten des statistischen Bundesamtes stagnierte, erwarten führende Wirtschaftsforschungsinstitute für das Gesamtjahr einen Rückgang des BIP um 0,6 %. Für 2024 wird hingegen eine Erholung der Konjunktur erwartet.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Abgesehen von den in Gliederungspunkt 2 genannten Preisentwicklungen und Witterungsbedingungen hat es keine wesentlichen Ereignisse für den Geschäftsverlauf 2023 gegeben.

3.2. Politische und rechtliche Entwicklung

Die vom Gesetzgeber eingeführten Regeln zur Abschöpfung von Mehrerlösen am Strommarkt betraf Anlagen mit einer installierten Leistung von mehr als 1 MWp im Zeitraum vom 1. Dezember 2022 bis zum 30. Juni 2023. Diesen Anlagen, zu denen teilweise auch die Anlagen der EGE-P2 zählen, wurden folglich Erlöse im ersten Halbjahr des Geschäftsjahres nur in Höhe der jeweiligen EEG-Vergütung zuzüglich eines Sicherheitsaufschlages zugestanden.

Zum 1. Januar 2023 trat das neue Erneuerbare-Energien-Gesetz in Kraft. Ziel ist es, den Ausbau der erneuerbaren Energien weiter zu verstärken und zu fördern. Für die Betreiber von Photovoltaikanlagen ergeben sich aus der Gesetzesanpassung viele Erleichterungen, unter anderem soll Photovoltaikanlagen in Planungsprozessen Vorrang vor anderen Interessen eingeräumt werden und Genehmigungen dadurch schneller erteilt werden.

Nachdem das Europäische Parlament am 12. September 2023 die novellierte Fassung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie (RED III) verabschiedete, erteilte am 9. Oktober 2023 auch der Rat seine Zustimmung. Zu den wichtigsten Neuerungen gehörte die Erhöhung des EU-Ziels für den Anteil erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch bis 2030 auf 42,5 %. Zuvor lag der angestrebte Anteil bei 32 %. Zur Erreichung des Ziels ist u.a. der Ausbau der erneuerbaren Energien im Wärmesektor erforderlich. Zudem sollen die Genehmigungsverfahren beschleunigt werden. Die Genehmigungszeit darf dann maximal 12 Monate betragen.

3.3. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Wesentlicher Erfolgsfaktor der EGE-P2 ist der zuverlässige technische Betrieb der Erzeugungsanlagen, um den Verkauf von Strom sicherzustellen.

Die installierte Leistung der Photovoltaikanlagen beläuft sich auf insgesamt 30,0 MW (Vorjahr: 30,0 MW).

Im Geschäftsjahr 2023 wurden insgesamt 25,5 GWh (Vorjahr: 32,9 GWh) Strom in den Erzeugungsanlagen produziert. Damit wurde ein kumuliertes Verhältnis zwischen produziertem und prognostiziertem Ertrag von 84,9 % (Vorjahr: 109,9 %) erreicht. Die technische Verfügbarkeit betrug 99,6 % (Vorjahr: 99,7 %).

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2023 erzielte die EGE-P2 einen Jahresüberschuss in Höhe von 453 T€ (Vorjahr: 2.692 T€). Die Umsatzerlöse aus der Stromvermarktung betragen 2.157 T€ (Vorjahr: 4.364 T€). Ursache für den Rückgang waren der im Vergleich zum Vorjahr geringere Marktwert Solar und die witterungsbedingt geringere erzeugte Menge Strom. Außerdem fielen sonstige betriebliche Erträge in Höhe von 9 T€ (Vorjahr: 210 T€) an.

Der im Rahmen des Anlagenbetriebs anfallende Materialaufwand stieg im Geschäftsjahr 2023 um 101 T€ auf 291 T€, was vor allem auf gestiegene Aufwendungen für bezogene Dienstleistungen zurückzuführen ist. Abschreibungen fielen in Höhe von 978 T€ an (Vorjahr: 953 T€).

Des Weiteren betragen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen im Wesentlichen für Geschäftsbesorgung, Pachtzahlungen, Versicherungen und die Erlösabschöpfung insgesamt 198 T€ (Vorjahr: 138 T€). Zinsen und ähnliche Aufwendungen betragen 183 T€ (Vorjahr: 186 T€).

Die Ertragsteuern haben sich vor allem aufgrund der Entwicklung der passiven latenten Steuern um 350 T€ auf 65 T€ verringert.

4.2. Finanzlage

Der Finanzmittelbestand der EGE-P2 belief sich am 31. Dezember 2023 auf insgesamt 749 T€ (Vorjahr: 6.093 T€).

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 1.611 T€ (Vorjahr: 4.929 T€) war insbesondere durch die Umsatzerlöse und Aufwendungen im Rahmen des Anlagenbetriebs geprägt.

Die Auszahlungen für Investitionen in Photovoltaikanlagen in Höhe von 4.537 T€ (Vorjahr: 6.714 T€) spiegeln sich im Cashflow aus der Investitionstätigkeit wider.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit belief sich auf -2.418 T€ (Vorjahr: -1.410 T€) und beinhaltet unter anderem Ausschüttungen an Unternehmenseigner in Höhe von 2.000 T€ (Vorjahr: 1.224 T€), Darlehenstilgungen in Höhe von 235 T€ (Vorjahr: 0 T€) sowie Zinszahlungen in Höhe von 183 T€ (Vorjahr: 186 T€).

4.3. Vermögenslage

Zum 31. Dezember 2023 betrug die Bilanzsumme der EGE-P2 21.887 T€ und reduzierte sich damit gegenüber dem Vorjahr um 7.018 T€.

Auf der Aktivseite reduzierte sich das Sachanlagevermögen aufgrund von planmäßigen Abschreibungen um 978 T€ auf 20.822 T€. Das Umlaufvermögen beinhaltete liquide Mittel in Höhe von 749 T€ (Vorjahr: 6.093 T€) und Forderungen in Höhe von 307 T€ (Vorjahr: 1.002 T€).

Auf der Passivseite der Bilanz reduzierten sich die Bankverbindlichkeiten durch planmäßige Tilgung um 235 T€ auf 15.510 T€ und bildeten die größte Position. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen für die ausstehenden Kaufpreiszahlungen der erworbenen Photovoltaikanlagen reduzierten sich um 5.295 T€. In Summe bestanden Verbindlichkeiten in Höhe von 16.674 T€ (Vorjahr: 23.757 T€). Passive latente Steuern bestanden in Höhe von 517 T€ (Vorjahr: 495 T€).

4.4. Gesamtaussage

Die EGE-P2 schloss das Geschäftsjahr 2023 mit einem Ergebnis unterhalb der Wirtschaftsplanung ab, was im Wesentlichen auf den geringeren Marktwert Solar und die ungünstigen Witterungsbedingungen zurückzuführen war.

5. Chancen- und Risikobericht

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Unternehmen dar.

Für die EGE-P2 ergeben sich Risiken insbesondere aus dem Betrieb der Photovoltaikanlagen. Hier kann es zu technischen Störungen kommen, die zu einer Unterbrechung der Produktion führen können. Dies kommt bei Photovoltaikanlagen jedoch grundsätzlich selten vor, außerdem ist die Gesellschaft gegen zahlreiche Schäden durch Versicherungs- und Instandhaltungsverträge abgesichert.

Des Weiteren wird der Ertrag der Anlagen durch die Sonneneinstrahlung im Jahresverlauf beeinflusst. In besonders schattigen Jahren kann es dadurch zu Ertragsminderungen kommen. Durch das Betreiben mehrerer Anlagen an unterschiedlichen Standorten in Deutschland wird das Risiko mittels Diversifizierung jedoch für die EGE-P2 verringert.

Aus heutiger Sicht sind keine Risiken erkennbar, die den Bestand der Gesellschaft gefährden oder ihre Entwicklung wesentlich beeinträchtigen könnten.

6. Prognosebericht

Die Geschäftsführung erwartet auf Basis der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2024 ein Ergebnis nach Steuern in Höhe von 534 T€.

EVH Grüne Energie - Projekt 3 GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH & Co. KG		
Haftkapital in T€:	10		
Gesellschafter:		T€	%
	EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG	10	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb von Projekten und Anlagen zur Erzeugung von Strom und Wärme aus Erneuerbaren Energien. Die Gesellschaft bezweckt damit auch die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung der Stadt Halle (Saale).

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Energieversorgung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des konzerninternen Risikomanagements der Stadtwerke Halle-Gruppe sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	EGE-P Verwaltung GmbH	<i>(vertreten durch Hollstein, Thomas)</i>
--------------------------	-----------------------	--

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Die Geschäftsführung erhält ihre Bezüge von der EGE-P Verwaltung GmbH.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2023		2022		2021		Veränderungen 2023 zu 2022	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	13.855	71	14.470	56	5.872	40	-615	-4
Umlaufvermögen	5.601	29	11.516	44	8.645	60	-5.915	-51
Rechnungsabgrenzungsposten	8	0	5	0	1	0	3	60

Bilanzsumme	19.464	100	25.991	100	14.518	100	-6.527	-25
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	3.510	18	3.510	14	3.510	24	0	0
Rückstellungen	19	0	19	0	14	0	0	0
Verbindlichkeiten	15.694	81	22.291	86	10.975	76	-6.597	-30
Passive latente Steuern	241	1	171	0	19	0	70	41

Bilanzsumme	19.464	100	25.991	100	14.518	100	-6.527	-25
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------

bb) GuV

	2023	2022	2021
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.442	1.829	386
sonstige betriebliche Erträge	235	261	137
Materialaufwand	195	115	42
Abschreibungen	615	523	166
sonstige betriebliche Aufwendungen	110	50	30
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	125	142	99
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	70	152	19
Ergebnis nach Steuern	562	1.108	167
sonstige Steuern	-1	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	563	1.108	167
Gutschrift auf Verlustvortragkonto	0	0	-31
Gutschrift auf Verrechnungskonto	-563	-1.108	-136
Ergebnis nach Verwendungsrechnung	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2023	2022	2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	39,01	60,56	43,28	%
Eigenkapitalrentabilität:	16,03	31,55	4,76	%
Cash-Flow:	1.177	1.631	333	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	71,19	55,67	40,45	%
Eigenkapitalquote:	18,03	13,50	24,18	%
Fremdkapitalquote:	81,97	86,50	75,82	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
installierte Erzeugungsleistung	20,4	19,6	7,0	MWp

f) Lagebericht

1. Grundlagen der EVH Grüne Energie - Projekt 3 GmbH & Co. KG

1.1 Geschäftsmodell

Gegenstand der EVH Grüne Energie - Projekt 3 GmbH & Co. KG (EGE-P3) ist die Errichtung und der Betrieb von Projekten und Anlagen zur Erzeugung von Strom und Wärme aus erneuerbaren Energien. Die Gesellschaft bezweckt damit auch die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung der Stadt Halle (Saale).

1.2. Steuerung

Geschäftsführendes Vertretungsorgan der EGE-P3 ist ihre Komplementärin, die EGE-P Verwaltung GmbH. Alleinige Kommanditistin der Gesellschaft ist die EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG.

Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeiter. Durch Dienstleistungsverträge sind der technische und kaufmännische Betrieb der Anlagen sichergestellt.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Trotz des anhaltenden Ukraine-Konflikts nahmen die Unsicherheiten im Energiemarkt ab und die Marktpreise an den Strombörsen sanken im Vergleich zum Vorjahr auf ein geringeres Niveau. Der für die Betreiber von Photovoltaikanlagen relevante Marktwert Solar verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr signifikant. Zu Jahresbeginn betrug er 12 ct/kWh und bewegte sich im Verlauf des Jahres in einer Spanne von 5 ct/kWh bis ca. 9 ct/kWh. Damit lag er deutlich unter dem Allzeithoch vom August 2022 in Höhe von 39 ct/kWh, aber weiterhin höher als in den Jahren vor 2022.

Die Witterungsbedingungen waren 2023 für den Betrieb von Photovoltaikanlagen ungünstig. Im bundesweiten Schnitt bewegten sich die Regenmengen über dem mehrjährigen Durchschnitt. Bereits im Herbst war die Regenquote des langjährigen Mittels überschritten. Laut Daten des Deutschen Wetterdienstes fielen über alle Regionen hinweg bis Mitte November im Schnitt 788,9 Liter pro Quadratmeter.

Steigende Preise, der anhaltende Ukraine-Konflikt und hohe Zinsen belasteten die deutsche Wirtschaft im Jahr 2023. Während das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in den ersten drei Quartalen laut Daten des statistischen Bundesamtes stagnierte, erwarten führende Wirtschaftsforschungsinstitute für das Gesamtjahr einen Rückgang des BIP um 0,6 %. Für 2024 wird hingegen eine Erholung der Konjunktur erwartet.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Abgesehen von den in Gliederungspunkt 2 genannten Preisentwicklungen und Witterungsbedingungen hat es keine wesentlichen Ereignisse für den Geschäftsverlauf 2023 gegeben.

3.2. Politische und rechtliche Entwicklung

Die vom Gesetzgeber eingeführten Regeln zur Abschöpfung von Mehrerlösen am Strommarkt betraf Anlagen mit einer installierten Leistung von mehr als 1 MWp im Zeitraum vom 1. Dezember 2022 bis zum 30. Juni 2023. Diesen Anlagen, zu denen teilweise auch die Anlagen der EGE-P3 zählen, wurden folglich Erlöse im ersten Halbjahr des Geschäftsjahres nur in Höhe der jeweiligen EEG-Vergütung zuzüglich eines Sicherheitsaufschlages zugestanden.

Zum 1. Januar 2023 trat das neue Erneuerbare-Energien-Gesetz in Kraft. Ziel ist es, den Ausbau der erneuerbaren Energien weiter zu verstärken und zu fördern. Für die Betreiber von Photovoltaikanlagen ergeben sich aus der Gesetzesanpassung viele Erleichterungen, unter anderem soll Photovoltaikanlagen in Planungsprozessen Vorrang vor anderen Interessen eingeräumt werden und Genehmigungen dadurch schneller erteilt werden.

Nachdem das Europäische Parlament am 12. September 2023 die novellierte Fassung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie (RED III) verabschiedete, erteilte am 9. Oktober 2023 auch der Rat seine Zustimmung. Zu den wichtigsten Neuerungen gehörte die Erhöhung des EU-Ziels für den Anteil erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch bis 2030 auf 42,5 %. Zuvor lag der angestrebte Anteil bei 32 %. Zur Erreichung des Ziels ist u.a. der Ausbau der erneuerbaren Energien im Wärmesektor erforderlich. Zudem sollen die Genehmigungsverfahren beschleunigt werden. Die Genehmigungszeit darf dann maximal 12 Monate betragen.

3.3. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Wesentlicher Erfolgsfaktor der EGE-P3 ist der zuverlässige technische Betrieb der Erzeugungsanlagen, um den Verkauf von Strom sicherzustellen.

Die installierte Leistung der Photovoltaikanlagen beläuft sich auf insgesamt 20,4 MW (Vorjahr: 20,4 MW).

Im Geschäftsjahr 2023 wurden insgesamt 17,3 GWh (Vorjahr: 19,2 GWh) Strom in den Erzeugungsanlagen produziert. Damit wurde ein kumuliertes Verhältnis zwischen produziertem und prognostiziertem Ertrag von 82,9 % (Vorjahr: 104,4 %) erreicht. Die technische Verfügbarkeit betrug 99,4 % (Vorjahr: 98,2 %).

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2023 erzielte die EGE-P3 einen Jahresüberschuss in Höhe von 563 T€ (Vorjahr: 1.108 T€). Die Umsatzerlöse aus der Stromvermarktung betragen 1.442 T€ (Vorjahr: 1.829 T€). Ursache für den Rückgang waren der im Vergleich zum Vorjahr geringere Marktwert Solar und die witterungsbedingt geringere erzeugte Menge Strom. Außerdem fielen sonstige betriebliche Erträge in Höhe von 235 T€ (Vorjahr: 262 T€) im Wesentlichen für den Ersatz der durch die verspätete Anlagenübernahme im Geschäftsjahr 2022 entgangenen Erträge und entstandenen Aufwendungen an.

Der im Rahmen des Anlagenbetriebs verbuchte Materialaufwand stieg im Geschäftsjahr 2023 um 80 T€ auf 195 T€, was vor allem auf gestiegene Aufwendungen für bezogene Dienstleistungen zurückzuführen ist. Abschreibungen fielen in Höhe von 615 T€ an (Vorjahr: 524 T€).

Des Weiteren betragen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen im Wesentlichen für Geschäftsbesorgung, Pachtzahlungen, Versicherungen und die Erlösabschöpfung insgesamt 110 T€ (Vorjahr: 51 T€). Zinsen und ähnliche Aufwendungen fielen in Höhe von 125 T€ an (Vorjahr: 142 T€).

Die Ertragsteuern haben sich aufgrund der Entwicklung der passiven latenten Steuern um 82 T€ auf 70 T€ verringert.

4.2. Finanzlage

Der Finanzmittelbestand der EGE-P3 belief sich am 31. Dezember 2023 auf insgesamt 5.340 T€ (Vorjahr: 10.738 T€). Darin enthalten ist ein Teilbetrag in Höhe von 4.742 T€ aus der Aufnahme eines Darlehens, über den die Gesellschaft nur in Absprache mit der Bank frei verfügen kann.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 911 T€ (Vorjahr: 2.907 T€) war insbesondere durch die Umsatzerlöse und Aufwendungen im Rahmen des Anlagenbetriebs geprägt.

Die Auszahlungen für Investitionen in die Photovoltaikanlagen in Höhe von 5.184 T€ (Vorjahr: 532 T€) spiegeln sich im Cashflow aus der Investitionstätigkeit wider.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit belief sich auf -1.125 T€ (Vorjahr: -142 T€) und beinhaltet Ausschüttungen an Unternehmenseigner in Höhe von 1.000 T€ (Vorjahr: 0 T€) sowie Zinszahlungen in Höhe von 125 T€ (Vorjahr: 142 T€).

4.3. Vermögenslage

Zum 31. Dezember 2023 betrug die Bilanzsumme der EGE-P3 19.464 T€ und verringerte sich damit gegenüber dem Vorjahr um 6.527 T€.

Auf der Aktivseite verringerte sich das Sachanlagevermögen aufgrund von planmäßigen Abschreibungen um 615 T€ auf 13.855 T€. Das Umlaufvermögen beinhaltete liquide Mittel in Höhe von 5.340 T€ (Vorjahr: 10.738 T€) und Forderungen in Höhe von 261 T€ (Vorjahr: 778 T€).

Auf der Passivseite der Bilanz bildeten die Bankverbindlichkeiten in Höhe von 10.826 T€ unverändert zum Vorjahr die größte Position. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen für ausstehende Kaufpreiszahlungen der erworbenen Photovoltaikanlagen reduzierten sich um 6.169 T€ auf 4.053 T€. In Summe bestanden Verbindlichkeiten in Höhe von 15.694 T€ (Vorjahr: 22.291 T€). Passive latente Steuern bestanden in Höhe von 241 T€ (Vorjahr: 171 T€).

4.4. Gesamtaussage

Die EGE-P3 schloss das Geschäftsjahr 2023 mit einem Ergebnis unterhalb der Wirtschaftsplanung ab, was im Wesentlichen auf den geringeren Marktwert Solar und die ungünstigen Witterungsbedingungen zurückzuführen war.

5. Chancen- und Risikobericht

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Unternehmen dar.

Für die EGE-P3 ergeben sich Risiken insbesondere aus dem Betrieb der Photovoltaikanlagen. Hier kann es zu technischen Störungen kommen, die zu einer Unterbrechung der Produktion führen können. Dies kommt bei Photovoltaikanlagen jedoch grundsätzlich selten vor, außerdem ist die Gesellschaft gegen zahlreiche Schäden durch Versicherungs- und Instandhaltungsverträge abgesichert.

Des Weiteren wird der Ertrag der Anlagen durch die Sonneneinstrahlung im Jahresverlauf beeinflusst. In besonders schattigen Jahren kann es dadurch zu Ertragsminderungen kommen. Durch das Betreiben mehrerer Anlagen an unterschiedlichen Standorten in Deutschland wird das Risiko mittels Diversifizierung jedoch für die EGE-P3 verringert.

Aus heutiger Sicht sind keine Risiken erkennbar, die den Bestand der Gesellschaft gefährden oder ihre Entwicklung wesentlich beeinträchtigen könnten.

6. Prognosebericht

Im Geschäftsjahr 2024 beabsichtigt die EGE-P3 den Erwerb zwei weiterer Photovoltaikanlagen von der EVH.

Die Geschäftsführung erwartet auf Basis der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2024 ein Ergebnis nach Steuern in Höhe von 682 T€.

EVH Grüne Energie - Projektentwicklung GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Bornknechtstraße 5
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH & Co. KG
Haftkapital in T€: 25

Gesellschafter:	T€	%
bejulo GmbH	12,5	50,00
EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG	12,5	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens sind das Planen, Errichten und Betreiben von Projekten und Anlagen zur Erzeugung von Strom und Wärme aus regenerativer Energie, das Erbringen von Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Projektentwicklung und dem Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Strom und Wärme aus regenerativen Energien, der Erwerb und die Veräußerung von solchen Anlagen sowie die Beteiligung als Gesellschafterin an Gesellschaften und Unternehmen mit Sitz in Deutschland, die unmittelbar oder mittelbar Projekte und Anlagen zur Erzeugung von Strom und Wärme aus Regenerativen Energien planen, errichten und betreiben sowie Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Projektentwicklung und dem Betrieb derartigen Anlagen erbringen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Energieversorgung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des konzerninternen Risikomanagements der Stadtwerke Halle-Gruppe sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: EGE-PE Verwaltung GmbH *(vertreten durch Hollstein, Thomas und Küllmer, Barbara Doris Anneliese)*

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Die Geschäftsführung erhält keine Bezüge von der EVH Grüne Energie - Projektentwicklung GmbH & Co. KG.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2023	
	T€	%
Aktiva		
Anlagevermögen	4	1
Umlaufvermögen	445	99
Rechnungsabgrenzungsposten	2	0

Bilanzsumme	451	100
--------------------	------------	------------

	T€	%
Passiva		
Eigenkapital	420	93
Rückstellungen	4	1
Verbindlichkeiten	27	6

Bilanzsumme	451	100
--------------------	------------	------------

bb) GuV

	2023
	T€
Abschreibungen	1
sonstige betriebliche Aufwendungen	54
Ergebnis nach Steuern	-55
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-55
Belastung der Kapitalkonten	-55
Ergebnis nach Verwendungsrechnung	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2023	Angaben in
Umsatzrentabilität:		%
Eigenkapitalrentabilität:	-13,00	%
Cash-Flow:	-54	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:		T€
Personalaufwandsquote:		%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2023	Angaben in
Sachanlagenintensität:		%
Eigenkapitalquote:	93,29	%
Fremdkapitalquote:	6,71	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2023	Angaben in
installierte Erzeugungsleistung	0,00	MWp

EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH & Co. KG		
Haftkapital in T€:	50		
Gesellschafter:		T€	%
	EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG	25	50,00
	Ingenieurversorgung Baden Württemberg	25	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung an Gesellschaften und Unternehmen mit Sitz in Deutschland, die unmittelbar oder mittelbar Projekte und Anlagen zur Erzeugung von Strom und Wärme aus Erneuerbaren Energien planen, errichten und betreiben (sog. Projektbündelgesellschaften). Die Gesellschaft bezweckt damit auch die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung der Stadt Halle (Saale).

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Energieversorgung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des konzerninternen Risikomanagements der Stadtwerke Halle-Gruppe sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: EGE-P Verwaltung GmbH *(vertreten durch Hollstein, Thomas)*

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Die Geschäftsführung erhält ihre Bezüge von der EGE-P Verwaltung GmbH.

d) Beteiligungen

unmittelbar

	T€	%
EVH Grüne Energie - Projekt 1 GmbH & Co. KG	10	100,00
EVH Grüne Energie - Projekt 2 GmbH & Co. KG	10	100,00
EVH Grüne Energie - Projekt 3 GmbH & Co. KG	10	100,00
SP 21 GmbH & Co. KG	10	100,00
SP X GmbH & Co. KG	10	100,00
SP XVII GmbH & Co. KG	10	100,00
SP XVIII GmbH & Co. KG	10	100,00

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2023		2022		2021		Veränderungen 2023 zu 2022	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	23.149	84	24.769	68	22.302	78	-1.620	-7
Umlaufvermögen	4.526	16	11.711	32	6.442	22	-7.185	-61
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	1	0	1	0	0	0
Bilanzsumme	27.676	100	36.481	100	28.745	100	-8.805	-24
Passiva								
Eigenkapital	26.776	97	33.695	92	25.268	88	-6.919	-21
Rückstellungen	18	0	18	0	10	0	0	0
Verbindlichkeiten	882	3	2.768	8	3.467	12	-1.886	-68
Bilanzsumme	27.676	100	36.481	100	28.745	100	-8.805	-24

bb) GuV

	2023	2022	2021
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	137	102	54
sonstige betriebliche Erträge	1	0	1
Materialaufwand	269	200	104
sonstige betriebliche Aufwendungen	316	143	239
Erträge aus Beteiligungen	1.722	8.396	1.861
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	66	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	1	6
Ergebnis nach Steuern	1.341	8.154	1.567
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.341	8.154	1.567
Gutschrift auf Rücklagenkonto	-507	-7.427	-1.018
Gutschrift auf Verrechnungskonten	-834	-727	-549
Ergebnis nach Verwendungsrechnung	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2023	2022	2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	976,39	7.981,44	2.914,39	%
Eigenkapitalrentabilität:	5,01	24,20	6,20	%
Cash-Flow:	1.341	8.154	1.567	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	96,75	92,36	87,90	%
Fremdkapitalquote:	3,25	7,64	12,10	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

1. Grundlagen der EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG

1.1. Geschäftsmodell

Gegenstand der EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG (EGE-P) ist die Beteiligung an Gesellschaften und Unternehmen mit Sitz in Deutschland, die unmittelbar oder mittelbar Projekte und Anlagen zur Erzeugung von Strom und Wärme aus erneuerbaren Energien planen, errichten und betreiben (sog. Projektbündelgesellschaften). Die Gesellschaft bezweckt damit auch die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung der Stadt Halle (Saale).

1.2. Steuerung und Struktur

Geschäftsführendes Vertretungsorgan der EGE-P ist ihre Komplementärin, die EGE-P Verwaltung GmbH. Kommanditisten der Gesellschaft sind mit einem Anteil von jeweils 50 % des Festkapitals die EVH Grüne Energie - Beteiligung GmbH & Co. KG sowie die Ingenieurversorgung Baden-Württemberg (Einrichtung der Ingenieurkammer Baden-Württemberg).

Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeiter. Durch Dienstleistungsverträge ist die Geschäftsbesorgung sichergestellt.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Trotz des anhaltenden Ukraine-Konflikts nahmen die Unsicherheiten im Energiemarkt ab und die Marktpreise an den Strombörsen sanken im Vergleich zum Vorjahr auf ein geringeres Niveau. Der für die Betreiber von Photovoltaikanlagen relevante Marktwert Solar verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr signifikant. Zu Jahresbeginn betrug er 12 ct/kWh und bewegte sich im Verlauf des Jahres in einer Spanne von 5 ct/kWh bis ca. 9 ct/kWh. Damit lag er deutlich unter dem Allzeithoch vom August 2022 in Höhe von 39 ct/kWh, aber weiterhin höher als in den Jahren vor 2022.

Die Witterungsbedingungen waren 2023 für den Betrieb von Photovoltaikanlagen ungünstig. Im bundesweiten Schnitt bewegten sich die Regenmengen über dem mehrjährigen Durchschnitt. Bereits im Herbst war die Regenquote des langjährigen Mittels überschritten. Laut Daten des Deutschen Wetterdienstes fielen über alle Regionen hinweg bis Mitte November im Schnitt 788,9 Liter pro Quadratmeter.

Steigende Preise, der anhaltende Ukraine-Konflikt und hohe Zinsen belasteten die deutsche Wirtschaft im Jahr 2023. Während das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in den ersten drei Quartalen laut Daten des statistischen Bundesamtes stagnierte, erwarten führende Wirtschaftsforschungsinstitute für das Gesamtjahr einen Rückgang des BIP um 0,6 %. Für 2024 wird hingegen eine Erholung der Konjunktur erwartet.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Im Geschäftsjahr 2023 hat die EGE-P Eigenkapitalrückzahlungen in Höhe von 1.630 T€ von den Projektgesellschaften erhalten und 10 T€ reinvestiert. Kapitaleinlagen durch die Kommanditisten in die EGE-P erfolgten im Geschäftsjahr 2023 nicht.

Im Februar 2023 fand die erfolgreiche Inbetriebnahme der Photovoltaikanlage Sergen West II in der SP XVIII GmbH & Co. KG (SP XVIII) statt, die mit einer Leistung von 31,4 MWp die bisher größte Anlage in den Projektgesellschaften darstellt. Damit befinden sich zum Stichtag 31. Dezember 2023 insgesamt 31 Photovoltaikanlagen mit einer Gesamtleistung von 136,6 MW im Portfolio der EGE-P.

Im Juli 2023 wurde die SP 21 GmbH & Co. KG (SP 21) wie geplant in das Portfolio der EGE-P integriert. In der SP 21 wird das Umspannwerk der SP X GmbH & Co. KG (SP X), SP XVII GmbH & Co. KG (SP XVII) und SP XVIII betrieben.

3.2. Politische und rechtliche Entwicklung

Die vom Gesetzgeber eingeführten Regeln zur Abschöpfung von Mehrerlösen am Strommarkt betraf Anlagen mit einer installierten Leistung von mehr als 1 MWp im Zeitraum vom 1. Dezember 2022 bis zum 30. Juni 2023. Diesen Anlagen, zu denen auch Anlagen der Projektgesellschaften der EGE-P zählen, wurden folglich Erlöse im ersten Halbjahr des Geschäftsjahres nur in Höhe der jeweiligen EEG-Vergütung zuzüglich eines Sicherheitsaufschlages zugestanden.

Zum 1. Januar 2023 trat das neue Erneuerbare-Energien-Gesetz in Kraft. Ziel ist es, den Ausbau der erneuerbaren Energien weiter zu verstärken und zu fördern. Für die Betreiber von Photovoltaikanlagen ergeben sich aus der Gesetzesanpassung viele Erleichterungen, unter anderem soll Photovoltaikanlagen in Planungsprozessen Vorrang vor anderen Interessen eingeräumt werden und Genehmigungen dadurch schneller erteilt werden.

Nachdem das Europäische Parlament am 12. September 2023 die novellierte Fassung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie (RED III) verabschiedete, erteilte am 9. Oktober 2023 auch der Rat seine Zustimmung. Zu den wichtigsten Neuerungen gehörte die Erhöhung des EU-Ziels für den Anteil erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch bis 2030 auf 42,5 %. Zuvor lag der angestrebte Anteil bei 32 %. Zur Erreichung des Ziels ist u.a. der Ausbau der erneuerbaren Energien im Wärmesektor erforderlich. Zudem sollen die Genehmigungsverfahren beschleunigt werden. Die Genehmigungszeit darf dann maximal 12 Monate betragen.

3.3. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Wesentliche Erfolgsfaktoren der EGE-P sind die Generierung von Beteiligungserträgen der Tochtergesellschaften sowie die Erbringung von kaufmännischen Dienstleistungen im Rahmen von Geschäftsbesorgungsverträgen. Des Weiteren wird der Markt fortwährend nach attraktiven Investitions- und Beteiligungsmöglichkeiten überprüft.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2023 erzielte die EGE-P einen Jahresüberschuss in Höhe von 1.341 T€ (Vorjahr: 8.154 T€). Der Rückgang ist auf preis- und witterungsbedingt geringere Beteiligungserträge von den Projektbündelgesellschaften zurückzuführen. Diese betragen 1.722 T€ (Vorjahr: 8.396 T€).

Der Anstieg der Umsatzerlöse auf 137 T€ (Vorjahr: 102 T€) betrifft vor allem die Erbringung kaufmännischer Dienstleistungen und resultiert aus der gestiegenen Anlagenkapazität in den Projektbündelgesellschaften. Sonstige betriebliche Erträge in Höhe von 1 T€ (Vorjahr: 0 T€) betreffen die Auflösung von Rückstellungen.

Der um 69 T€ auf 269 T€ gestiegene Materialaufwand ist ebenfalls auf die höhere Anlagenkapazität zurückzuführen. Außerdem fielen sonstige betriebliche Aufwendungen, im Wesentlichen für kaufmännische Dienstleistungen, Rechts- und Beratungskosten sowie den Investitionsausschuss, in Höhe von insgesamt 316 T€ (Vorjahr: 143 T€) an. Die Erhöhung gegenüber dem Vorjahr resultiert insbesondere aus gestiegenen Rechts- und Beratungskosten. Aufgrund der Verzinsung von festverzinslich angelegtem Bankguthaben konnten Zinserträge in Höhe von 67 T€ (Vorjahr: 0 T€) vereinnahmt werden.

4.2. Finanzlage

Der Finanzmittelbestand der EGE-P belief sich am 31. Dezember 2023 auf insgesamt 628 T€ (Vorjahr: 1.515 T€).

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von -819 T€ (Vorjahr: -173 T€) ergab sich insbesondere aus Aufwendungen und Erträgen aus der Geschäftsbesorgung sowie dem Aufwandsersatz der Komplementärin.

Eigenkapitalrückzahlungen der Projektgesellschaften (1.630 T€), Investitionen in die Finanzanlagen in Form von Kapitaleinlagen (10 T€) sowie Zahlungseingänge aus den Jahresergebnissen der Projektbündelgesellschaften (6.467 T€) spiegeln sich im Cashflow aus der Investitionstätigkeit in Höhe von 8.086 T€ (Vorjahr: 512 T€) wider.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit in Höhe von -8.154 T€ (Vorjahr: 450 T€) beinhaltet den an die Gesellschafter ausgeschütteten Jahresüberschuss des Vorjahres.

4.3. Vermögenslage

Zum 31. Dezember 2023 betrug die Bilanzsumme der EGE-P 27.676 T€ und verringerte sich damit gegenüber dem Vorjahr um 8.805 T€.

Auf der Aktivseite reduzierte sich das Finanzanlagevermögen aufgrund von Eigenkapitalrückzahlungen um 1.620 T€ auf 23.149 T€. Im Umlaufvermögen verringerten sich die Forderungen und sonstigen Vermögensstände insbesondere aufgrund der Einzahlung von Beteiligungserträgen der Projektgesellschaften um 6.299 T€ auf 3.898 T€. Die liquiden Mittel betragen 628 T€ (Vorjahr: 1.515 T€).

Auf der Passivseite der Bilanz bildete das Eigenkapital mit 26.776 T€ weiterhin die größte Position (Vorjahr: 33.695 T€). Der Rückgang ist auf die Ausschüttung von Rücklagen an die Kommanditisten in Höhe von 7.427 T€ zurückzuführen. Des Weiteren erfolgte in Höhe von 508 T€ (Vorjahr: 7.427 T€) eine anteilige Einstellung des Jahresüberschusses 2023 in die Rücklagen der Gesellschaft. Die Verbindlichkeiten reduzierten sich im Vergleich zum Vorjahr um 1.885 T€ auf 883 T€.

4.4. Gesamtaussage

Die EGE-P schloss das Geschäftsjahr 2023 mit einem Ergebnis unterhalb des Wirtschaftsplans ab. Ursächlich waren niedrigere Beteiligungserträge aus den Projektbündelgesellschaften, was im Wesentlichen auf den geringeren Marktwert Solar und die ungünstigen Witterungsbedingungen zurückzuführen war.

5. Chancen- und Risikobericht

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Unternehmen dar.

Für die EGE-P ergeben sich mittelbar Risiken insbesondere aus dem Betrieb der Photovoltaikanlagen in den Projektbündelgesellschaften. Hier kann es zu technischen Störungen kommen, die zu einer Unterbrechung der Produktion führen können. Dies kommt bei Photovoltaikanlagen jedoch grundsätzlich selten vor, außerdem sind die Gesellschaften gegen zahlreiche Schäden durch Versicherungs- und Instandhaltungsverträge abgesichert.

Des Weiteren werden die Jahresergebnisse der Projektbündelgesellschaften durch die Sonneneinstrahlung im Jahresverlauf beeinflusst. In besonders schattigen Jahren kann es dadurch zu Ertragsminderungen kommen. Durch das Betreiben mehrerer Anlagen an unterschiedlichen Standorten in Deutschland wird das Risiko mittels Diversifizierung jedoch im Portfolio der EGE-P verringert.

Aus heutiger Sicht sind keine Risiken erkennbar, die den Bestand der Gesellschaft gefährden oder ihre Entwicklung wesentlich beeinträchtigen könnten.

6. Prognosebericht

Die Geschäftsführung erwartet auf Basis der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2024 ein Ergebnis nach Steuern in Höhe von 2.268 T€.

Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Naundorfer Straße 46
04860 Torgau

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 127.823

Gesellschafter:	T€	%
Stadt Leipzig	31.249,39	24,45
Stadtwerke Halle GmbH	31.058,68	24,30
Trinkwasserversorgung Magdeburg GmbH	10.692,52	8,37
Stadt Bitterfeld-Wolfen	8.038,53	6,29
Zweckverband für Wasserversorgung und Abwasserentsorgung Ostharz	6.191,23	4,84
Stadt Aschersleben	3.103,16	2,43
Stadt Bernburg	2.657,44	2,08
Stadt Dessau-Roßlau	2.519,26	1,97
Stadt Merseburg	2.376,23	1,86
Stadt Hettstedt	2.313,47	1,81
Stadt Gräfenhainichen	1.943,80	1,52
Lutherstadt Eisleben	1.903,03	1,49
Stadt Sandersdorf-Brehna	1.566,60	1,23
Große Kreisstadt Torgau	1.510,23	1,18
Zweckverband für Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung Bad Dürrenberg	1.296,00	1,01
Gemeinde Teutschenthal	1.270,56	0,99
Stadt Leuna	1.192,08	0,93
Stadt Schkeuditz	1.151,81	0,90
Gemeinde Petersberg	1.059,01	0,83
Gemeinde Muldestausee	997,79	0,78
Gemeinde Kabelsketal	956,50	0,75
Wasser- und Abwasserzweckverband Saalkreis	827,65	0,65
Große Kreisstadt Eilenburg	810,65	0,63
Gemeinde Schkopau	809,50	0,63
Stadt Nienburg/Saale	790,07	0,62
GbR Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH / Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH	728,59	0,57
Gemeinde Mockrehna	696,00	0,54
Stadt Bad Schmiedeberg	661,74	0,52
Große Kreisstadt Wurzen	578,53	0,45
Stadt Taucha	552,71	0,43
Stadt Gerbstedt	524,20	0,41
Stadt Wettin-Löbejün	521,39	0,41

Gesellschafter:

	T€	%
Stadt Markleeberg	464,13	0,36
Stadt Mansfeld	434,34	0,34
Stadt Landsberg	428,97	0,34
Gemeinde Laußig	407,63	0,32
Stadt Könnern	384,88	0,30
Gemeinde Klostermansfeld	324,29	0,25
Stadt Arnstein	272,90	0,21
Gemeinde Helbra	217,17	0,17
Stadt Dommitzsch	217,17	0,17
Verbandsgemeinde Saale-Wipper	196,98	0,15
Stadt Kemberg	196,46	0,15
Gemeinde Trossin	194,93	0,15
Gemeinde Doberschütz	191,99	0,15
Stadt Raguhn-Jeßnitz	176,65	0,14
Stadt Südliches Anhalt	171,03	0,13
Gemeinde Elsnig	155,94	0,12
Gemeinde Wimmelburg	144,31	0,11
Gemeinde Bornstedt	114,53	0,09
Gemeinde Dreiheide	114,53	0,09
Gemeinde Benndorf	101,24	0,08
Zweckverband für Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung Geiseltal (ZWAG)	89,99	0,07
Stadt Belgern-Schildau	65,06	0,05
Stadt Blankenburg	58,42	0,05
Gemeinde Hergisdorf	53,69	0,04
Stadt Zörbig	48,57	0,04
Stadt Köthen (Anhalt)	28,63	0,02
Gemeinde Jesewitz	9,84	0,01
Gemeinde Lossatal	9,84	0,01
Einheitsgemeinde Osternienburger Land	0,51	0,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Gewinnung und qualitätsgerechte Aufbereitung von Grund- und Oberflächenwasser zu Trinkwasser sowie die Überleitung des Trinkwassers mittels Fernleitungen. Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte zu betreiben, die mit der Wasserversorgung unmittelbar oder mittelbar zusammenhängen und die der Förderung des vorgenannten Gegenstandes dienen. Belange des Umweltschutzes sind zu berücksichtigen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Wasserversorgung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Kaufmännische Geschäftsführung:		Wollenberg, Jan	
Technische Geschäftsführung:		Dr. Brinschwitz, Dirk	
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Lux, Matthias	
	stellv. Vorsitzender	Hörning, Ulrich	(bis 20.09.2023)
		Bergner, Rayk	
		Dr. Meyer, Ulrich	(seit 20.09.2023)
		Dr. Ruhland, Alexander	
		Fuchshuber, Bernhard	
		Gawantka, Mario	
		Geier, Egbert	
		Gründler, Cornelia	(seit 22.03.2023)
		Günther, Peter	(seit 01.01.2023)
		Kunau, Jan	(bis 31.03.2023)
		Kunert, Franz-Xaver	
		Rosenthal, Heiko	
		Schenk, Armin	
		Schilling, Enrico	
		Schlicke, Friedhelm	
		Schütze, Karsten	
		Simon, Henrik	
		Störzner, Uwe	
		Walther, René	

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	23	23	25

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

d) Beteiligungen

unmittelbar	T€	%
WWB Wasserwerk Besitz- und Betriebsgesellschaft mbH	13	50,00

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2023		2022		2021		Veränderungen 2023 zu 2022	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	172.213	92	166.149	93	160.924	94	6.064	4
Umlaufvermögen	13.470	7	10.924	6	9.769	6	2.546	23
Rechnungsabgrenzungsposten	2.452	1	1.298	1	160	0	1.154	89

Bilanzsumme	188.135	100	178.371	100	170.853	100	9.764	5
--------------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	--------------	----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	131.564	70	131.786	74	130.377	76	-222	0
Sonderposten für Investitionszulagen	47	0	49	0	52	0	-2	-4
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	945	1	1.065	1	1.065	1	-120	-11
Empfangene Ertragszuschüsse	839	0	823	0	280	0	16	2
Rückstellungen	8.684	5	7.352	4	7.125	4	1.332	18
Verbindlichkeiten	46.056	24	37.296	21	31.954	19	8.760	23

Bilanzsumme	188.135	100	178.371	100	170.853	100	9.764	5
--------------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	--------------	----------

bb) GuV

	2023	2022	2021
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	49.667	47.393	48.802
andere aktivierte Eigenleistungen	2.800	3.264	2.663
sonstige betriebliche Erträge	1.302	848	1.191
Materialaufwand	19.479	18.671	19.884
Personalaufwand	16.286	15.073	14.249
Abschreibungen	9.882	9.642	9.788
sonstige betriebliche Aufwendungen	7.733	6.115	5.415
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	83	4	1
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	613	441	439
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	98
Ergebnis nach Steuern	-141	1.567	2.784
sonstige Steuern	81	158	198
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-222	1.409	2.586

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2023	2022	2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-0,45	2,97	5,30	%
Eigenkapitalrentabilität:	-0,17	1,08	2,02	%
Cash-Flow:	9.660	11.051	12.373	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	230	234	247	T€
Personalaufwandsquote:	30,29	29,26	27,06	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	90,80	93,03	94,06	%
Eigenkapitalquote:	69,93	73,88	76,31	%
Fremdkapitalquote:	30,07	26,12	23,69	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Fassungsvermögen Speicherbehälter	221.400,00	196.250,00	201.250,00	Tm ³
Fernleitungsnetz	807,00	800,00	796,00	km
Trinkwasserverkauf	81,30	82,30	80,00	Mio. m ³

f) Lagebericht

I. Grundlagen des Unternehmens

1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Die Kernaufgabe des Unternehmens besteht in der Gewinnung und Aufbereitung von Grund- und Oberflächenwasser zu Trinkwasser sowie dessen Verteilung an die an das Fernwassersystem angeschlossenen Zweckverbände, Wasserversorgungsunternehmen und große industrielle Direktabnehmer. Damit ist das Unternehmen ein wichtiger Baustein der Daseinsvorsorge in den Ländern Sachsen-Anhalt, Sachsen und in Teilen Nordthüringens. Dokumentiert wird dies auch durch die kommunale Gesellschafterstruktur des Unternehmens.

Bis Juli 2023 konnte aufgrund der warmen und weitestgehend trockenen Witterung eine positive unterjährige Absatzentwicklung verzeichnet werden. Aufgrund der ab Juli einsetzenden und bis zum Jahresende andauernden umfangreichen Niederschläge und dem damit einhergehenden Abnahmeverhalten insbesondere im kommunalen Umfeld konnte der geplante Jahresabsatz von 81,5 Mio. m³ nicht erreicht werden. Im Geschäftsjahr 2023 wurden 81,3 Mio. m³ an die Kunden geliefert. Die Absätze liegen durch eine befristete Sonderlieferung an einen großen kommunalen Kunden im Vorjahr und die Witterungsverhältnisse im zweiten Halbjahr unter dem Trinkwasserabsatz von 82,3 Mio. m³ im Vorjahr.

Die Versorgung unserer Kunden mit qualitätsgerechtem Trinkwasser konnte jederzeit sichergestellt werden.

Neben dem Trinkwasserabsatz wurde durch das Unternehmen 8,5 GWh regenerativer Strom in den Turbinen im Ostharz-Ableitungssystem und in den Photovoltaikanlagen in der Elbaue erzeugt. Für Trinkwasser- und andere Kunden aus dem Versorgungssystem wurden Labordienstleistungen in einer Höhe von 157 T€ erbracht.

Es konnten alle wichtigen bestellten Materiallieferungen und Fremdleistungen realisiert werden, wo sinnvoll wurde die Bevorratung weiter auf einem erhöhten Niveau gehalten. Die Arbeitsfähigkeit des Unternehmens war jederzeit sichergestellt.

Aufgrund durchschlagender Kostensteigerungen für Material und Fremdleistungen sowie gesunkener Erlöse aus der Stromerzeugung und Einspeisung nach dem Gesetz für Erneuerbare Energien (EEG) wurde für das Geschäftsjahr ein Jahresfehlbetrag ausgewiesen.

Die Leitlinien der Unternehmenspolitik sind weiterhin Basis des zukünftigen Handelns der Gesellschaft:

- Sichere Wasserversorgung
- Sozialverträgliche Entgelte
- Angemessene Substanzerhaltung und
- Berücksichtigung des Umweltschutzes und der Nachhaltigkeit.

2. Forschung und Entwicklung

Im Jahr 2023 wurden an bekannten Schwerpunktthemen weitergearbeitet und gezielter durch die angepasste Organisationsstruktur verfolgt:

- Klimafolgen und Ressourcenschutz nach Menge und Beschaffenheit,
- Stoffeinträge Landwirtschaft/Forstwirtschaft/Kläranlagen,
- sowie die Optimierung von Aufbereitungs- und Reststoffwertungsprozessen entwickelt.

Klimafolgebetrachtungen werden dabei über den neuen Unternehmensbereich Ressourcenschutz/Qualitätssicherung im Rahmen einer Ressourcenstudie durchgeführt.

Ein neues Thema Brunnenersatz durch Überbohrungen wurde im Bereich Wassergewinnung angegangen. Dabei werden Untersuchungen zur stofflichen Veränderung des Korngerüsts im Nahraum des Altbrunnens als Entscheidungsgrundlage für großkalibrige Überbohrungen (ca. 1300 mm) herangezogen. Partner wie das Umweltforschungszentrum Leipzig/Halle (UFZ), das Technologiezentrum Wasser (TZW) des DVGW, die Arbeitsgemeinschaft der Wasserwerke im Elbeinzugsgebiet (AWE), die Koalition der Flussgebietsgemeinschaften (über die AWE) sowie Consultants und Beratende Ingenieure stehen uns dabei zur Verfügung.

Die neu verabschiedete Trinkwasserverordnung sowie die Einzugsgebietsverordnung schaffen seit 2023 einen veränderten Ordnungs- und Berichtsrahmen, Spurenstoffe wie u.a. das PFAS-Thema und ihre Verlagerung aus dem Elbewasser in die Uferfiltratbereiche, spielen weiterhin ebenso eine Rolle, wie auch die Beschaffenheitsentwicklung in den Talsperren Deutschlands (DOC versus Cyanobakterien).

Die Reststoffproblematik der Eisen- und Aluminiumschlämme hat sich durch Bedarfsentwicklungen teilweise positiv entwickelt (Biogas, Abwasserthemen u.a. für Eisen), so dass perspektivisch die Reststoffverwertung eher ein Rohstoffthema wird. Für Aluminiumschlämme gibt es weitere neue Ansätze aus der Baustoffwirtschaft (Ziegel).

Als Ausblick für die Folgejahre wird FEO weiter im F&E-Sektor Signale setzen müssen und dabei zwangsläufig die relevanten Kernthemen in den entsprechenden Gremien (ATT, VKU, BDEW u.a.) vertreten.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die konjunkturellen/wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Vorjahre waren auch im Jahr 2023 weiterhin angespannt und konnten sich nur teilweise, z.B. Liefersicherheit von ausgewählten Produkten, verbessern. Die vorsichtige Planung des Vorjahres hat sich bestätigt und die Planungsannahmen werden im Jahr 2024 fortgeführt. Gleichzeitig zeigte das sehr feuchte Jahr 2023, dass auch zukünftig mit einem Mindestabsatz von ca. 81 Mio. m³ pro Jahr gerechnet werden kann.

Zusätzliche Absätze können sich aus konjunkturellen und kommunalen Entwicklungen im Versorgungsgebiet ergeben. Demgegenüber stehen in vielen Bereichen gestiegene Beschaffungskosten für Material, Fremdleistungen und Energie, die zukünftig Berücksichtigung in den Wirtschaftsplänen finden müssen.

Ebenso können durch eine allgemeine konjunkturelle Abschwächung punktuelle Schließungen von Gewerbeeinheiten nicht ausgeschlossen werden und sich damit unmittelbar und mittelbar partielle Absatzrückgänge des Unternehmens ergeben. Die Abnahmen des kommunalen Bereichs folgen den demographischen Entwicklungen im Versorgungsgebiet und können regionalbedingt sowohl zu- bzw. abnehmen. Witterungsbereinigt wird mittlerweile nur noch mit geringfügigen demographisch bedingten Rückgängen der Absatzmengen gerechnet. Vielmehr müssen klimatische Veränderungen zukünftig berücksichtigt werden, um das Fernwassersystem resilienter aufzustellen. Klimateffekte können zu Spitzen in den Jahresverbräuchen oder aber auch nur an wenigen Tagen im Jahr führen, die durch das Unternehmen durch eine entsprechende Kapazitätsvorhaltung beherrscht werden müssen.

Darüber hinaus müssen die Themen des Klimawandels in den Bereichen des quantitativen und qualitativen Erhalts der Rohwasserdarbote beachtet werden. So sollte der Vorrang der öffentlichen Wasserversorgung vor anderen Nutzungsinteressen seitens der Politik gesetzlich festgeschrieben werden und damit einhergehend ein entsprechender Schutz der Rohwasserdarbote erfolgen. Diese Ziele erfordern eine koordinierte und gemeinsame Herangehensweise mit weiteren Wasserversorgungsunternehmen, gelebt in der AWE-Arbeitsgemeinschaft sowie die aktive Mitwirkung in Gremien des BDEW, DVGW bzw. VKU.

Dem gesamtwirtschaftlichen Ziel des nachhaltigen Wirtschaftens sieht sich auch die Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz verpflichtet. Dazu zählt u.a. ein entsprechender ressourcenschonender Energieeinsatz. Seit 2014 wird der effiziente Energieeinsatz durch ein implementiertes Energiemanagementsystem DIN EN ISO 50001: 2018 begleitet, welches seitdem fortlaufend erfolgreich einer Zertifizierung unterzogen wurde.

2. Geschäftsverlauf und Lage

a. Ertragslage

Der erreichte Trinkwasserabsatz von 81,3 Mio. m³ liegt mit ca. 0,2 Mio. m³ unter den Erwartungen des Wirtschaftsplans und unter dem Vorjahreswert von 82,3 Mio. m³. Insbesondere die feuchte Witterung im zweiten Halbjahr 2023 führte zu dieser Abweichung. Die gewerblichen Abnahmen sanken um ca. 0,6 Mio. m³ und die Abgaben an die kommunalen Weiterverteiler um ca. 0,4 Mio. m³ gegenüber dem Vorjahr.

Die Erlöse aus dem Trinkwasserverkauf 2023 machen 47,91 Mio. € aus. Aufgrund der vertraglich vereinbarten Weiterberechnung der erhöhten Wasserentnahmeabgabe in Sachsen konnte der Vorjahreswert (44,70 Mio. €) übertroffen werden. Der Planwert für das Jahr 2023 ging von einem Umsatz von 46,71 Mio. € aus und enthielt nicht die Erhöhung der Wasserentnahmeabgabe in Sachsen.

Sonstige Umsatzerlöse resultieren im Jahr 2023 im Wesentlichen aus der Erzeugung regenerativen Stroms nach dem EEG und Labordienstleistungen gegenüber Dritten.

Mit 1,30 Mio. € Erlösen aus der Stromerzeugung durch die eingebauten Trinkwasserturbinen und die installierten Photovoltaikanlagen wurde der Vorjahreswert (2,32 Mio. €) unterschritten. Ursächlich hierfür ist, dass der Strompreis für diese Strommengen an der Börse deutlich gegenüber dem Vorjahr gesunken ist. Die Erlöse aus Wasseranalysen für unsere Kunden umfassen 157 T€ und liegen damit unter dem Vorjahresniveau (202 T€). Die gesamten Sonstigen Umsatzerlöse liegen mit 1,76 Mio. € im Berichtsjahr somit deutlich unter dem Vorjahr (2,69 Mio. €). Daraus ergeben sich für 2023 Gesamtumsatzerlöse von 49,67 Mio. €. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr (47,39 Mio. €) ergibt sich aus oben genannten Gründen.

Im Geschäftsjahr 2023 konnten im Rahmen von Investitionsprojekten aktivierbare Eigenleistungen in einer Höhe von 2,80 Mio. € realisiert werden.

Die sonstigen betrieblichen Erträge (1,30 Mio. €) umfassen im Wesentlichen die Stromsteuererstattung für energieintensive Gewerbebetriebe, Ermäßigungen für Netznutzungsentgelte und Versicherungsentschädigungen sowie Erträge aus der Auflösung von Pensionsrückstellungen.

Die Gesamtleistung des Geschäftsjahres 2023 beträgt 53,77 Mio. € und liegt aufgrund der eingangs erwähnten höheren Erlöse aus dem Trinkwasserabsatz über dem Vorjahreswert von 51,51 Mio. €.

Der Materialaufwand 2023 umfasst 19,44 Mio. € und liegt mit 0,77 Mio. € über dem Vorjahreswert von 18,67 Mio. €. Wesentliche Positionen des Materialaufwandes betreffen den Bezug von Rohwasser vom Talsperrenbetrieb Sachsen-Anhalt AöR, den Stromeinkauf und Aufwendungen im Zusammenhang von Instandhaltungsmaßnahmen. Die Abweichungen ergeben sich hauptsächlich aus der starken Erhöhung der Strompreise aufgrund der Ukraine Krise um 1,7 Mio. € sowie durch weitere Preissteigerungen bei der Beschaffung von Reparatur- und Baumaterialien und des im Allgemeinen hohen Niveaus von Baupreisen für notwendige Instandhaltungsmaßnahmen.

Der Personalaufwand lag mit 16,29 Mio. € über dem Vorjahreswert in Höhe von 15,07 Mio. €. Gründe hierfür sind die tariflichen Entwicklungen, Inflationsausgleichszahlungen und notwendige Einstellungen zur Sicherung der Funktionsfähigkeit des Fernwassersystems.

Im Jahr 2023 erfolgten Abschreibungen auf das Anlagevermögen in einem Umfang von 9,88 Mio. € (Vorjahr 9,64 Mio. €).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen umfassen in 2023 7,73 Mio. € und liegen damit über dem Vorjahreswert (6,11 Mio. €). Die größten Einzelpositionen des sonstigen betrieblichen Aufwandes sind die Entgelte bzw. Abgaben für die Wasserentnahme in den Ländern Sachsen und Sachsen-Anhalt.

Aufgrund der genannten Einflussfaktoren im laufenden Berichtsjahr wurde ein Jahresfehlbetrag nach Steuern von 0,22 Mio. € erreicht (Plan - 0,28 Mio. €). Das Vorjahresergebnis betrug 1,41 Mio. €.

b. Finanzlage

Die Liquidität des Unternehmens war jederzeit gesichert. Kreditmittel zur Teilfinanzierung notwendiger Investitionen waren jederzeit verfügbar. Im Geschäftsjahr 2023 wurden zwei Kredite in einer Höhe von insgesamt 10,00 Mio. € abgerufen. Dem gegenüber standen Tilgungen von Krediten in einem Umfang von 2,82 Mio. €.

Für die Beteiligung an der WWB Wasserwerk Besitz- und Betriebsgesellschaft mbH wurden das Stammkapital gemäß Gesellschaftsvertrag eingelegt sowie die Einzahlung in die Kapitalrücklage in Höhe von 1,15 Mio. € vorgenommen.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit ist gegenüber dem Vorjahr (10,87 Mio. €) auf 10,21 Mio. € gesunken. Die Abweichung begründet sich im Wesentlichen aus dem Verlust im Berichtsjahr, den Veränderungen der Rückstellungen und Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

Die Eigenkapitalquote der Gesellschaft ist aufgrund der Finanzierungstätigkeit gegenüber dem Vorjahr (73,9%) auf 69,9% gesunken.

Die bestehenden Kreditverbindlichkeiten haben mittelfristige und langfristige Laufzeiten und sind durch feste Zinskonditionen charakterisiert. Fremdwährungsrisiken und Risiken aus dem Abschluss derivater Finanzinstrumente bestehen nicht. Die Zahlungsfähigkeit des Unternehmens wird durch die taggenaue Planung aller Ausgaben und Einnahmen über mehrere Monate und die mittelfristige Planung der Finanzmittelbedürfnisse innerhalb der Wirtschaftsplanung sichergestellt. Der Deckungsgrad II des Anlagevermögens aus Eigen- sowie mittel- und langfristigem Fremdkapital liegt zum Bilanzstichtag mit 100,2 % auf Vorjahresniveau.

c. **Vermögenslage**

Die wesentlichsten Investitionsprojekte im Jahr 2023 waren:

- Weiterführung der Komplexerneuerung des Hochbehälters Spiegelsberge (Inbetriebnahme zweite Behälterkammer)
- Fortführung der Erneuerung der Kalkanlage im Wasserwerk Wienrode sowie die weitere Umsetzung des Standortkonzeptes im Wasserwerk Mockritz
- Fertigstellung des Neubaus einer Trinkwasserleitung für den Kundenneuanschluss ZWAG Geiseltal sowie des Neubaus einer Notstromversorgung für das Wasserwerk Torgau/Ost (teilweise Förderung Bund)
- Ertüchtigung der Fernwasserleitung Klostermansfeld-Helbra und auf dem Südring den 1. Bauabschnitt
- die Errichtung neuer Brunnen in den Elbauewasserwerken
- sowie die Erneuerung des LWL-Kabels DB Güsten bis SST Heideberg.

Darüber hinaus erfolgten kleinere Investitionsmaßnahmen zur Erneuerung des Anlagenbestandes der Fernwasserversorgung im Bereich der Netze und Wasserwerksanlagen.

Neben den Investitionen in noch im Bau befindliche Anlagen (8,87 Mio. €) wurde hauptsächlich in technische Anlagen und Maschinen (5,28 Mio. €) investiert. Auf Investitionen in Betriebs- und Geschäftsausstattung entfielen Investitionen in Höhe von 1,01 Mio. €, auf immaterielle Vermögensgegenstände 0,12 Mio. € und auf Grundstücke, Dienstbarkeiten und Bauten 0,10 Mio. €.

3. **Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren**

Neben den qualitativen Indikatoren, wie Versorgungssicherheit und qualitätsgerechte Trinkwasserlieferung sind der Trinkwasserabsatz und die damit verbundenen Umsatzerlöse sowie das erzielte Jahresergebnis die wichtigsten finanziellen Leistungsindikatoren. Der Trinkwasserabsatz liegt trotz der weiterhin schwierigen Rahmenbedingungen bei ca. 81,3 Mio. m³. Aufgrund der Weiterberechnung der vertraglich vereinbarten Preisgleitung und gestiegenen Wasserentnahmeabgabe in Sachsen konnten die Umsatzerlöse aus dem Trinkwasserabsatz um 3,2 Mio. € gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden. Das Jahresergebnis beträgt -0,2 Mio. € und liegt geringfügig über dem geplanten Jahresfehlbetrag.

4. **Gesamtaussage**

Die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage wird als gut und stabil eingeschätzt. Die Absatz- und damit einhergehende Umsatzentwicklung bestätigt die positiven Prognosen im Kerngeschäft des Unternehmens. Kostensteigerungen insbesondere im Bereich der Lieferungen und Leistungen und Personalaufwendungen konnten überwiegend durch die Erlöse kompensiert werden. Die stabile und qualitätsgerechte Versorgung unserer Kunden mit Trinkwasser konnte jederzeit sichergestellt werden.

III. Prognosebericht

Die positive Absatzentwicklung bei Bestandskunden in den letzten Geschäftsjahren und weitere durch entsprechende Vertragsabschlüsse abgesicherte Absatzmengen werden auch in den Folgejahren trotz der Unsicherheiten aus den aktuellen Rahmenbedingungen zu einem stabilen Absatzniveau von ca. 81 Mio. m³ führen. Inwieweit zukünftige Absätze deutlich die 80 Mio. m³- Marke übersteigen können, hängt von der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung im Versorgungsgebiet ab.

Für das Geschäftsjahr 2024 wird ein Trinkwasserabsatz von 82,6 Mio. m³ erwartet. Es wird eingeschätzt, dass sich der Absatz auch in den Folgejahren auf Basis der bestehenden Wasserlieferverträge im Bereich oberhalb von 80 Mio. m³ p.a. bewegen wird. Neben den Absatzerweiterungen in bestehende Kundenbeziehungen wurden auch demographische Entwicklungen berücksichtigt. Die zu erwartenden Umsatzerlöse aus dem Trinkwasserabsatz werden sich von 54,12 Mio. € im Jahr 2024 bis auf 55,14 Mio. € im Jahr 2028 erhöhen. Darin enthalten sind die weiter zu berechnenden Wasserentnahmeentgelte/-abgaben der Länder Sachsen-Anhalt und Sachsen.

Die Investitionsstrategie der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH folgt der Zielstellung, die bedarfs- und qualitätsgerechte Versorgung der Kunden jederzeit sicherzustellen. Die witterungsbedingten Extremsituationen der letzten Jahre beeinflussten die Fortschreibung des Fernwasserentwicklungskonzeptes. Investitionsstrategien und -schwerpunkte wurden im Rahmen des Fernwasserentwicklungskonzeptes analysiert und für die nächsten Jahre festgeschrieben. Im Jahr 2024 werden Investitionsprojekte der Vorjahre weiter fortgeführt, aber auch neue Vorhaben begonnen. Dafür sind Investitionen in einem Umfang von 16,41 Mio. € eingeplant.

Anhand weiter anhaltender positiver Absatzentwicklungen durch gewerbliche Anfragen und zunehmender Produktionsspitzen an einzelnen Tagen muss über die Erweiterung von Aufbereitungs- und Transportkapazitäten in den Gremien des Unternehmens entschieden werden.

Die Liquidität des Unternehmens zur Erfüllung aller Aufgaben im Geschäftsjahr 2024 ist gesichert. Es bestehen auch weiterhin keine Fremdwährungsrisiken oder Risiken aus dem Bestand bzw. Abschluss derivativer Finanzinstrumente.

Für das Geschäftsjahr 2024 wird mit einem Jahresüberschuss von 1,30 Mio. € gerechnet. Mittelfristig wird eingeschätzt, dass sich die Jahresergebnisse in den aktuellen Rahmenbedingungen von 1,0 – 1,4 Mio. € bewegen werden.

Die Risiken der aktuellen Krisen, z.B. Ukraine-Krieg, Preissteigerungen und Zinsniveau, können sich negativ auf die Kosten- und Erlössituation des Unternehmens auswirken und somit die Höhe des Jahresergebnisses beeinflussen.

IV. Chancen- und Risikobericht

Zweimal pro Jahr werden bestehende Risiken analysiert und bezüglich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und Risikopotenziale eingeschätzt.

Die einzelnen erkannten Risiken werden folgenden Kategorien zugeordnet:

- Absatz
- Einkauf/Beschaffung
- Ertrags- und Finanzlage
- Höhere Gewalt
- Informationsmanagement
- Personalmanagement
- Produktion
- Wirtschaftspolitisches Umfeld
- Rechtsstreitigkeiten.

Im Jahr 2023 wurde ergänzend zu den o.g. Kategorien eine Gruppierung der Risiken hinsichtlich gleichartiger bzw. auf eine Ursache zurückzuführende Risiken vorgenommen. Mit dieser Ergänzung des Risikomanagements im Sinne einer Fokussierung ist eine Verbesserung der Überwachung und Steuerung der Risiken erreicht wurden.

Die aktuelle Risikosituation ist geprägt durch die Beschaffungsrisiken im Einkauf, der mangelhaften Fachkräfteverfügbarkeit am Arbeitsmarkt und dem wachsenden Risiko der Bedrohung durch Cyberkriminalität.

Folgende wesentliche Einzelrisiken wurden identifiziert:

- Risiko im Einkauf durch den Ausfall eines wesentlichen Lieferanten/Dienstleisters oder eines Einsatzproduktes
- Langfristige Gefährdung der wasserwirtschaftlichen Prozesse aufgrund eines zu geringen Investitions-/Instandhaltungsniveaus
- Hohe Gefährdung der Informationssicherheit durch Cyber-Kriminalität
- Risiko aufgrund starker Preissteigerungen für Material, Leistungen und Energie
- Gefährdung durch die Fachkräftemangelsituation am Arbeitsmarkt im Hinblick auf notwendige Personalrekrutierungen

Den aktuellen Risiken soll insbesondere durch eine vorausschauende Beschaffung von Materialien bei geplanten Maßnahmen entgegengewirkt und Materialbestände erhöht werden. Entsprechende Sicherungsmaßnahmen zur Verbesserung der IT-Sicherheit werden weiter intensiviert. Die Beherrschung dieser Risiken ist mit zusätzlichen Aufwendungen verbunden.

Für alle Einzelrisiken werden entsprechende Risikobeschreibungen vorgenommen, Zuständigkeiten definiert und Maßnahmen zur Verringerung bzw. Vermeidung festgelegt.

Im Rahmen der installierten Unternehmensprozesse erfolgt eine laufende, systematische Überwachung aller Risiken. Insbesondere durch das Fernwasserentwicklungskonzept wurden wesentliche Rahmenbedingungen analysiert und zukünftige Zielstellungen bzw. Handlungsrahmen formuliert. Bei der Feststellung von Abweichungen, z. B. durch veränderte Bedarfsanforderungen von Bestands- und Neukunden, wird entsprechend zeitnah reagiert. Begleitet wird dies durch ein aktives Management des Versicherungsschutzes mit der Zielstellung einer Risikoreduzierung. Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden, bestehen auch für die Zukunft nicht.

Neben den prognostischen Absatzplanungen für die nächsten Jahre, welche auf bestehenden Wasserlieferverträgen beruhen, ergeben sich derzeit Chancen aus zusätzlichen Fernwasserabsätzen aus einer Reihe von Anfragen aus dem gewerblichen Bereich bzw. Industriebereich. So sollen zusätzliche Gewerbe- und Industriestandorte mit höheren Wasserbedarfen entstehen bzw. bestehende umgebaut werden. Die daraus sich ergebenden Mehrabsätze müssen durch Anlagenanpassungen in der Zukunft im Rahmen des Fernwasserentwicklungskonzeptes Beachtung finden.

Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	10.000		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadtwerke Halle GmbH	10.000	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens sind die Versorgung mit Wasser, die Abwasserbeseitigung, die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb von Anlagen zur Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung, die Abfallentsorgung, die Abfallsortierung, die Reststoffverwertung, der Winterdienst, Reinigungsleistungen einschließlich der Gebäudereinigung sowie damit in Zusammenhang stehende Leistungen im Gebiet der Stadt Halle (Saale) und in anderen Gebietskörperschaften.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft in den Bereichen Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Abfallentsorgung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Günther, Peter	(seit 01.01.2023)
Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Ranft, Melanie	
	stellv. Vorsitzender	Franke, Frank	
		Bernstiel, Christoph	
		Blasche, Steffen	
		Dr. Ernst, Martin	
		Dr. Marquardt, Judith	(seit 01.11.2023)
		Ernst, Johannes	
		Geier, Egbert	(bis 31.10.2023)
		Lange, Hendrik	
		Liedtke, Monika	
		Raschke, Jens	
		Senius, Kay	
		Weiland, Mathias	

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	22	22	21

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

d) Beteiligungen

unmittelbar	T€	%
Maya mare GmbH & Co. KG	1.278	12,50
WER-Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH	153	60,00
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	26	100,00
WWB Wasserwerk Besitz- und Betriebsgesellschaft mbH	13	50,00

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2023		2022		2021		Veränderungen 2023 zu 2022	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	533.611	92	531.951	94	532.443	95	1.660	0
Umlaufvermögen	45.106	8	34.293	6	28.699	5	10.813	32
Rechnungsabgrenzungsposten	837	0	955	0	1.100	0	-118	-12
Bilanzsumme	579.554	100	567.199	100	562.242	100	12.355	2

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	98.624	17	94.328	17	91.177	16	4.296	5
Sonderposten mit Rücklagenanteil	3.632	1	3.927	1	4.242	1	-295	-8
Sonderposten für Investitions- und Baukostenzuschüsse	182.182	31	180.250	32	172.664	31	1.932	1
Rückstellungen	9.548	2	8.709	1	12.650	2	839	10
Verbindlichkeiten	285.564	49	279.975	49	281.488	50	5.589	2
Rechnungsabgrenzungsposten	4	0	10	0	21	0	-6	-60
Bilanzsumme	579.554	100	567.199	100	562.242	100	12.355	2

bb) GuV

	2023	2022	2021
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	136.412	130.266	126.514
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-35	65	-4
andere aktivierte Eigenleistungen	813	832	1.020
sonstige betriebliche Erträge	7.868	7.986	7.697
Materialaufwand	49.185	45.848	44.642
Personalaufwand	35.796	34.112	32.639
Abschreibungen	23.282	23.213	22.413
sonstige betriebliche Aufwendungen	16.198	16.406	14.815
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	275	290	440
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	957	160	36
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	7.682	8.107	8.623
Ergebnis nach Steuern	14.147	11.913	12.571
sonstige Steuern	122	122	118
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	14.025	11.791	12.453
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2023	2022	2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	10,28	9,05	9,84	%
Eigenkapitalrentabilität:	14,22	12,50	13,66	%
Cash-Flow:	37.307	35.004	34.866	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	266	253	241	T€
Personalaufwandsquote:	24,68	24,51	24,14	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	91,73	93,62	94,52	%
Eigenkapitalquote:	17,02	16,63	16,22	%
Fremdkapitalquote:	82,98	83,37	83,78	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Absatzmenge Schmutzwasser	10.281,00	10.390,00	10.616,00	Tm ³
Absatzmenge Trinkwasser gesamt	17.821,00	18.476,00	18.196,00	Tm ³
Abwassereinleitung Kläranlage Halle-Nord	14.898,00	13.975,00	14.355,00	Tm ³
Anzahl Einzelgebührenbescheide	5.211,00	7.092,00	7.737,00	Anzahl
Anzahl Gebührenbescheide	35.463,00	35.218,00	35.126,00	Anzahl
Entsorgungstonnagen	215.044,00	205.467,00	267.700,00	Mg
Gebäudereinigungsleistung	75.753.081,00	73.732.558,00	71.470.000,00	m ²
Hausanschlüsse	27.984,00	27.908,00	27.911,00	Anzahl
Stadtreinigungsleistung (Flächen)	10.034.339,00	10.582.062,00	9.527.548,00	m ²
Stadtreinigungsleistung (Straßen)	59.300,00	61.461,00	60.141,00	KKm (Kehr- Kilometer)

f) Lagebericht

1. Grundlagen der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH

- 1.1. Geschäftsmodell
- 1.1.1. Struktur, Beteiligungen und Geschäftsmodell
- 1.1.2. Geschäftsfelder
- 1.2. Ziele und Strategien
- 1.3. Steuerung
- 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

- 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
- 2.2. Arbeitsmarkt
- 2.3. Bevölkerungsentwicklung

3. Geschäftsverlauf

- 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
- 3.2. Marktbezogene Entwicklung
- 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
- 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
- 3.5. Forschung und Entwicklung
- 3.6. Personal und Personalentwicklung
- 3.6.1. Personalentwicklung
- 3.6.2. Führungskräfte- und Mitarbeiterentwicklung
- 3.6.3. Compliance-Schulungsprogramm
- 3.6.4. TalentPool
- 3.6.5. Kooperation Freiwilligenagentur
- 3.6.6. Betriebliches Gesundheitsmanagement
- 3.6.7. Unternehmenserklärung Frauenquote

4. Lage der Gesellschaft

- 4.1. Ertragslage

5. Finanzlage

- 5.1. Kapitalstruktur
- 5.2. Liquidität
- 5.3. Vermögenslage
- 5.4. Gesamtaussage

6. Chancen- und Risikobericht

- 6.1. Risikomanagementsystem
- 6.2. Chancen und Risiken

7. Prognosebericht

- 7.1. Umsatzentwicklung
- 7.2. Investitionen
- 7.3. Finanzierung
- 7.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur, Beteiligungen und Geschäftsmodell

Als 100%iges Tochterunternehmen der Stadtwerke Halle GmbH (SWH) fungiert die Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (HWS) als Geschäftsfeldführungsgesellschaft für die Geschäftsfelder Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Abfallentsorgung, Reinigung und Sekundärrohstoffe im Rahmen der Branchen-, Geschäfts- und Führungsstruktur der Stadtwerke Halle-Gruppe. Im Rahmen dieser Funktion hat sie inhaltliche Führungsaufgaben, unabhängig einer Beteiligung, bei der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau (AWH), der RAB Halle GmbH (RAB), der RES Recycling und Entsorgungsservice Sangerhausen GmbH (RES) sowie der WWB Wasserwerk Besitz- und Betriebsgesellschaft mbH (WWB).

Die HWS hält 100,0 % der Geschäftsanteile an der Wasser- und Haustechnik GmbH (W + H), Halle (Saale). Zu den Leistungen der W + H gehören die Wasserzähler- und Standrohrbewirtschaftung im Versorgungsgebiet der HWS, der Bau von Trinkwasseranschlüssen und die Verlegung von Trinkwasserleitungen, die Bewirtschaftung der Hauptsammelkanäle der Stadt Halle (Saale), die Wartung und Instandhaltung der Fernwärmestationen der Energieversorgung Halle GmbH (EVH), der Gaszählerwechsel, die Installation von Hausanschlussstationen sowie sonstige Instandhaltungsmaßnahmen.

Weiterhin hält die HWS im Geschäftsjahr 2023 mit 60,0 % der Geschäftsanteile an der WER - Wertstoffeffassung und Recycling Halle GmbH (WER), Halle (Saale) die Mehrheit. Die WER erbringt Entsorgungsleistungen für Sekundärrohstoffe. Mit Ablauf des Geschäftsjahres informierte der Mitgesellschafter an der WER Halle GmbH, die Fehr Umwelt Ost GmbH, über seinen Wunsch, die Anteile an der WER Halle GmbH zu veräußern. Die Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH als Mehrheitsgesellschafter machte von dem Vorkaufsrecht Gebrauch und verständigte sich auf einen Kauf der Gesellschafteranteile mit Wirkung zum 31. Dezember 2023 mit der aufschiebenden Bedingung der Zustimmung durch die entsprechenden Genehmigungsbehörden (Kartellamt, Landesverwaltungsamt). Insofern gingen die Anteile von 40 % erst nach dem Stichtag in Geschäftsjahr 2024 auf die HWS über.

Neben der Hauptgesellschafterin SWH hält die HWS 12,5 % der Geschäftsanteile an der Maya mare GmbH & Co. KG. Das Maya mare ist ein Spaß- und Erlebnisbad in der Stadt Halle (Saale).

Mit der Unterzeichnung des Gesellschaftsvertrages hat sich am 23. Februar 2023 die WWB Wasserwerk Besitz und Betriebsgesellschaft mbH (WWB), Halle (Saale), gegründet, an der die HWS und die Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH (FEO), Torgau, jeweils mit 50,0 % beteiligt sind. Gesellschaftszweck der WWB ist die Reaktivierung des Wasserwerkes Beesen zu einem Spitzenlastwasserwerk.

1.1.2. Geschäftsfelder

Die Gesellschaft agiert in den Geschäftsfeldern Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Abfallentsorgung und Sekundärrohstoffe, Straßen- und Gebäudereinigung sowie Labordienstleistungen, welche strukturell über entsprechende Geschäftsbereiche geführt werden. Der Hauptschwerpunkt liegt dabei in der Daseinsvorsorge für die Stadt Halle (Saale) beziehungsweise für das erweiterte Versorgungs- und Entsorgungsgebiet.

Im Geschäftsfeld Wasserversorgung und Abwasserentsorgung wird die Versorgung der Bevölkerung der Stadt Halle (Saale) mit Trinkwasser sowie die Ableitung und Behandlung von Abwässern entsprechend der aktuellen Gesetze und Regelungen sichergestellt. Mit der Stadt Halle (Saale) bestehen langfristige Konzessionsverträge, auf deren Grundlage die HWS die Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung auf eigene Rechnung wahrnimmt. Zu den Aufgaben zählen neben der nachhaltigen Ver- und Entsorgungssicherheit auch die laufende Instandhaltung der Netze und Anlagen sowie die Planung und Ausführung von Investitionsmaßnahmen zum Erhalt beziehungsweise zur Erneuerung der Netzsubstanz. Neben den Konzessionsverträgen sichert die HWS auf Grundlage von Dienstleistungsverträgen die Trinkwasserbereitstellung für den WAZV Saalkreis, für die MIDEWA im Bereich Merseburg und die Dow Olefinverbund GmbH.

Wesentliche Aufgaben der satzungsgemäßen Abfallentsorgung, die damit verbundenen technischen Dienstleistungen, aber auch die Entsorgung von Papierkörben, die Reinigung der städtischen Sinkkästen sowie die Straßenreinigung und der Winterdienst im Stadtgebiet werden im Geschäftsfeld der Abfallentsorgung und Straßenreinigung realisiert. Der Geschäftsbereich Entsorgung sichert ebenfalls die Wartung, Reparatur, Pflege und das Ausstellen und Einholen sämtlicher Müllgroßbehälter. Grundlage der Leistungserbringung sind langfristige Dienstleistungsverträge mit der Stadt Halle (Saale). Auch die Erbringung von Dienstleistungen für gewerbliche Kunden und der Containerdienst sind diesem Geschäftsfeld zuzuordnen und ergänzen die Leistungen gegenüber dem kommunalen Hautauftraggeber. Die ebenfalls zum Geschäftsbereich Entsorgung gehörende Werkstatt nimmt für die Stadtwerke Halle-Gruppe die Funktion der Zentralwerkstatt für reifengebundene Fahrzeuge wahr. Das zugehörige zentrale Fuhrparkmanagement realisiert umfangreiche Dienstleistungen für alle Fahrzeuge der Unternehmen der Stadtwerke Halle-Gruppe.

Im Geschäftsfeld Gebäudereinigung werden Gebäudereinigungsdienstleistungen im Stadtgebiet erbracht. Dies erfolgt insbesondere für die Stadt Halle (Saale) im Rahmen eines langfristigen Dienstleistungsvertrages sowie für die SWH, ihre Tochtergesellschaften und Dritte.

Zur Steuerung der einzelnen Geschäftsfelder wird im Geschäftsbereich Finanzen/Rechnungswesen/Einkauf die Jahres-, Mittelfrist- und langfristige Planung des Unternehmens erstellt. Durch das in diesem Bereich angesiedelte Controlling wird die permanente Auswertung der Erfolgs-, Liquiditäts- und Vermögenslage durchgeführt und interne sowie externe Berichterstattungen zusammengetragen. Des Weiteren erfolgt durch die Unternehmenssteuerung die Koordination der Umsetzung der operativen Exzellenz, der IT-Strategie, der Geschäftsprozessmodellierung sowie der für die Erreichung dieser Ziele umzusetzenden HWS Impuls-Projekte im Rahmen des Projektmanagements. Im Rechnungswesen werden sowohl die kaufmännischen Aufgaben für die Gesellschaft als auch für Dritte als Serviceleistung erbracht. Auch der zentrale Einkauf gehört zu diesem Geschäftsbereich.

Die Akquise und Verhandlung von Ver- und Entsorgungs- sowie Dienstleistungsverträgen wird im Geschäftsbereich Vertrieb realisiert. Neben der Kundenbetreuung ist es die Aufgabe des Geschäftsbereiches, die Weiterentwicklung und Kontrolle von festgelegten Servicelevels sicherzustellen. Die Bewirtschaftung sowie Optimierung der drei Wertstoffmärkte der HWS gehört ebenso zum Aufgabenbereich, wie der Betrieb der Recyclinganlagen inklusive der Umschlags-, Lager- und Aufbereitungsprozesse von Abfällen am Standort Äußere Hordorfer Straße sowie das Stoffstrommanagement. Darüber hinaus führt der Geschäftsbereich die Abstimmung und vertragliche Bindung mit den Kunden für Hausanschlussleitungen durch.

Auf die Entwicklung und Einhaltung eines strukturierten Betriebs- und Prozessmanagement sowie eines Qualitäts- und Umweltmanagement des Unternehmens sind die Aufgaben des Referats der Geschäftsführung gerichtet. Die Arbeitssicherheit sowie der Brand- und Gesundheitsschutz gehören ebenfalls zu den Tätigkeitsfeldern, welche der Geschäftsbereich auch für Tochter- und Schwesterunternehmen erbringt. Darüber hinaus werden Werbe- und Marketingaufgaben, das betriebliche Gesundheitsmanagement und das betriebliche Eingliederungsmanagement, das Vertrags- sowie das Beschwerdemanagement der HWS wahrgenommen sowie die Unternehmensversicherungen verwaltet. Auch das akkreditierte Zentrallabor der HWS, welches die Prüftätigkeiten für Trinkwasser, Abwasser und Abfall für die HWS und für Dritte durchführt, ist strukturell diesem Geschäftsbereich zugeordnet.

1.2. Ziele und Strategien

Die Hauptaufgabe der HWS ist es, für den Konzessions- und Auftraggeber Stadt Halle (Saale), einige Gebietskörperschaften im Umland sowie private und gewerbliche Auftraggeber die wesentlichsten Dienstleistungen in den jeweiligen Geschäftsfeldern stabil, nachhaltig, sicher, umweltgerecht und effizient zu erbringen. Um dies zu erreichen, ist es Ziel der Gesellschaft, eine kundenorientierte und kontinuierliche Verbesserung der angebotenen Dienstleistungen vorzunehmen und gleichzeitig wirtschaftliche Optimierungspotenziale zu erschließen. Bestandteil dieser Aufgabenstellung ist das Bemühen der HWS, durch weitere Erschließung von Effektivitäts- und Effizienzpotenzialen zum einen die Entgelte für die Dienstleistungen auf einem angemessenen Niveau für die Bevölkerung zu halten, zum anderen die Gewinnerwartung des Gesellschafters zu erfüllen und um diese Ziele zu erreichen, die Anlagensubstanzen des Unternehmens zu erhalten und auszubauen.

Den anhaltenden Veränderungen durch die Neuordnung der geopolitischen Lage aufgrund des Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine konnte das Unternehmen gut entgegenwirken, sodass die Versorgung mit Trinkwasser und die Entsorgung des Schmutz- und Niederschlagswassers sowie die Abfallentsorgung und Gebäudereinigung ohne Einschränkungen im Jahr 2023 sichergestellt wurden.

Im Jahr 2023 wurden im Rahmen des Investitions- und Substanzwerterhaltungsprogramms im Bereich Trink- und Abwasser umfangreiche Mittel für die Infrastruktur der HWS eingesetzt. Im Ergebnis der Maßnahmen zur weiteren Reduzierung der Fremdverbindlichkeiten konnten diese um 734 TEUR gegenüber dem Vorjahr gesenkt werden. Das geplante Ergebnis 2023 vor Ergebnisabführung wurde um 3.266 TEUR übertroffen.

Ein permanentes Ziel der HWS ist die Umsetzung der operativen Exzellenz als ständiger Verbesserungsprozess im Rahmen des Strategie- und Kulturentwicklungsprozesses. Im Rahmen des Effizienz- und Effektivitätsprogramms HWS Impuls wurden zahlreiche Projekte bearbeitet, die zur Hebung von Potenzialen geführt haben. Im Rahmen der Roadmap Klimaneutralität der Stadtwerke Halle-Gruppe werden auch von der HWS Projekte bearbeitet, die neben der Erreichung betriebswirtschaftlicher Effekte auch ökologische Zielstellungen verfolgen und so zur Erhöhung der Klimaneutralität beitragen sollen.

Ein ebenfalls wesentlicher strategischer Schwerpunkt der HWS ist die Digitalisierung. Hierzu werden in den einzelnen Geschäftsbereichen diverse Projekte, wie zum Beispiel das Betriebsinformationssystem im Wasser/Abwasser, die Projekte für die Softwareablösungen SAP S/4HANA und opti.AWI oder auch die digitalen Leitstände in der Entsorgung vorangetrieben und umgesetzt. Durch die Verbesserung und Gestaltung effizienter und effektiver Prozesse wird für die Kundinnen und Kunden des Unternehmens ein Mehrwert generiert und die Wettbewerbsfähigkeit erhalten beziehungsweise auch gesteigert.

1.3. Steuerung

In der Stadtwerke Halle-Gruppe wird seit Jahren mit gemeinsam erarbeiteten strategischen Zielen, Führungsgrundsätzen und dem Leitbild ein zukunftsorientierter Entwicklungsprozess verfolgt.

Dazu verfügt die Unternehmenssteuerung der HWS über ein System verschiedener Instrumente, wie beispielsweise die langfristige Geschäftsplanung, das Projektmanagement über HWS Impuls, ein umfangreiches Kennzahlensystem sowie die Einbeziehung der Mitarbeitenden und Führungskräfte in Entscheidungs- und Entwicklungsprozesse.

Die Geschäftsleitung der HWS wird durch einen alleinvertretungsberechtigten Geschäftsführer und drei Prokuristen wahrgenommen. Schwerpunkte der betriebswirtschaftlichen Steuerung sind die strategische, die Mittelfrist- und die jährliche Wirtschaftsplanung. Die Planung wird für weitere neun Jahre erstellt und somit mittelfristig fortgeschrieben. Die 30-Jahres-Planung wird jährlich durch Abstimmung mit den Jahresplanungen aktualisiert und permanent den sich verändernden Bedingungen im Unternehmen sowie den äußeren Rahmenbedingungen angepasst. Im Rahmen von Monats- und Quartalsabschlüssen werden Periodenergebnisse und Kennzahlen ermittelt und den Planwerten gegenübergestellt. Die Zielerreichung wird in monatlichen Auswertungen sowohl mit den Bereichsleitenden als auch mit den Abteilungsleitenden sowie den operativen Führungskräften thematisiert. Strategische Aufgabenstellungen, wie die Kennzahlenentwicklung und die Umsetzung des Projektmanagements sowie der Investitionen werden durch den Geschäftsführer regelmäßig in den Quartalsgesprächen mit allen Bereichen umfassend diskutiert.

Des Weiteren erfolgt eine Projektberichterstattung zu Meilensteinen der HWS Impuls-Projekte und der IT-Strategie sowie des Geschäftsprozessmanagements. Dabei werden die Projekte über Projektnummern eindeutig den genannten Arbeitsschwerpunkten des HWS Impuls-Prozesses zugeordnet und ihr Fortschritt dokumentiert. Abgeschlossene HWS Impuls-Maßnahmen mit langfristiger strategischer Wirkung werden über jährliche Qualitätsberichte nachhaltig verfolgt. In speziellen, zweimal jährlich stattfindenden, Strategieworkshops mit der Führungsebene kommt es deshalb insbesondere darauf an, Schwerpunkte der künftigen Arbeit zu definieren, zu priorisieren und Festlegungen zu deren Umsetzung zu treffen. Gleichzeitig werden Nachjustierungen an strategischen Zielen vorgenommen.

Eine laufende Liquiditätskontrolle und Kreditüberwachung erfolgen durch die Abteilung Rechnungswesen/Finanzen/Service. Unter Führung der SWH ist auf Konzernebene ein Cash-Pool-Management eingerichtet, in dem Soll- und Haben-Salden auf Konten der beteiligten Unternehmen täglich zu Gunsten beziehungsweise zu Lasten der Leitkonten bei der SWH valutarisch auf „null“ gestellt werden. Dazu werden von der HWS täglich Ein- und Auszahlungen (Tagesvorschau, Vorschau für die nächsten 20 Arbeitstage sowie eine 12-monatige Einnahmen- und Ausgabenfortschreibung auf Basis der erstellten Jahresplanung) EDV-gestützt geplant, überwacht und an die SWH übermittelt.

Ein wesentliches Instrument für die Steuerungs- und Führungsprozesse ist das gemeinsam im Konzernverbund installierte Risikomanagementsystem. Es zielt darauf ab, bestehende Risiken sowie zukünftige potenzielle Risiken frühzeitig zu identifizieren, zu bewerten sowie zu steuern und ist eng mit der Wirtschaftsplanung verknüpft.

Die HWS stellt sich weiterhin einem stetigen Verbesserungsprozess, der am Erreichen der operativen Exzellenz gemessen wird. Diese wird in der HWS in 28 Organisationseinheiten anhand von Kennziffern gemessen, welche in Vereinbarungen zwischen der Geschäftsführung und den Bereichen festgeschrieben sind. Mit dem Anspruch „Wir wollen zu den 25 % der Besten der Branche gehören.“ formuliert die HWS ihre langfristige strategische Zielstellung, die durch Umsetzung von Maßnahmen des Effizienz- und Effektivitätsprogramms HWS Impuls untersetzt wird.

Vor dem Hintergrund einer steigenden Bedrohung auf die IT-Sicherheit wurden im SWH-Konzern und somit auch in der HWS diverse Maßnahmen getroffen. Diese reichen vom technischen Ausschluss von unbefugten Zugriffen, einer Verschärfung von Zugangsberechtigungen bis zur permanenten Belehrung und Sensibilisierung der Mitarbeitenden. In enger Abstimmung mit der IT-Sicherheit der Stadtwerke Halle-Gruppe beteiligt sich die IT-Koordination am regelmäßigen Austausch auf diesem Themengebiet. Ein organisatorisches Element zur operativen Steuerung von Unternehmensvorgängen stellt das Regelwerk der HWS dar, welches in Abstimmung mit dem Konzern kontinuierlich überprüft und an die aktuellen rechtlichen, technischen und organisatorischen Gegebenheiten angepasst wird. Ergebnisse der Risikomanagementauswertungen und der im Rahmen des Jahresrevisionsplanes durchgeführten Prüfungen werden in die Nachjustierung der Regelungen einbezogen.

Ein weiteres Steuerungsinstrument ist die Umsetzung des Qualitäts- und Umweltmanagements in der HWS. Schwerpunkte und gleichzeitig wesentliche Überprüfungskriterien sind die jährlichen Zertifizierungen durch externe Überwachungs-gremien.

Im Geschäftsjahr 2023 konnten folgende Überwachungen und Zertifizierungen erfolgreich abgeschlossen werden:

- Re-Zertifizierung zum Qualitäts- und Umweltmanagement nach ISO 9001:2015 und ISO 14001:2015, Zertifikate sind gültig bis 14.10.2026,
- Zertifizierung des Bereiches Entsorgungsdienste zum Entsorgungsfachbetrieb, Zertifikat ist gültig bis 18.03.2025,
- Überwachung der Akkreditierung des Zentrallabors nach Norm DIN EN ISO/IEC 17025:2018,
- Überwachung nach DIN EN ISO/IEC 27001:2017 (IT-Sicherheit), Zertifikat ist gültig bis 22. Mai 2025.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Im Geschäftsjahr 2023 gab es keine aufbau- und ablauforganisatorischen Veränderungen im Unternehmen.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Durch die, trotz der jüngsten Rückgänge, nach wie vor hohen Preise auf allen Wirtschaftsstufen wurde die Konjunktur Deutschlands im Jahr 2023 gedämpft. Ebenso beeinflussten ungünstige Finanzierungsbedingungen durch steigende Zinsen und eine geringere Nachfrage aus dem In- und Ausland die konjunkturelle Entwicklung. Hinzugekommen sind neue geopolitische Unsicherheiten durch den Krieg im Nahen Osten ab Oktober 2023. Insgesamt konnte sich dadurch die Erholung der deutschen Wirtschaft vom tiefen Einbruch im Corona-Jahr 2020 nicht weiter fortsetzen.

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) Deutschlands sank nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2023 um 0,3 % im Vergleich zum Vorjahr. In Sachsen-Anhalt betrug der Rückgang im ersten Halbjahr 2023 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr 3,2 % und fiel damit deutlich stärker als der Durchschnitt aller Bundesländer aus.

2.2. Arbeitsmarkt

Die schwache Konjunktur ist ebenfalls nicht spurlos am Arbeitsmarkt vorübergegangen. Dennoch behauptet sich der Arbeitsmarkt angesichts des Ausmaßes an Belastungen und Unsicherheiten nach wie vor gut. Nach Informationen der Bundesagentur für Arbeit sind Erwerbstätigkeit und Beschäftigung so hoch wie nie zuvor und das Jahr 2023 zählt zu den Perioden mit der niedrigsten Arbeitslosigkeit seit der Wiedervereinigung. Die Arbeitslosenquote stieg in Deutschland gegenüber dem Vorjahr um 0,4 Prozentpunkte auf 5,7 %, in Sachsen-Anhalt auf 7,5 %, wobei der Vorjahreswert bei 7,1 % lag.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum 31. Dezember 2023 einen Einwohnerstand von 244.501 (Vorjahr 244.099) aus. Damit konnte die Stadt zum dritten Mal in Folge einen leichten Zuwachs gegenüber dem Vorjahr verzeichnen.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Das Jahr 2023 war gekennzeichnet durch die anhaltenden Einflüsse der geopolitischen Lage. Mit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine ist nicht nur ein gefährlicher politischer, militärischer Krisenherd inmitten Europas entstanden, der unsägliches menschliches Leid nach sich zieht, sondern auch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich in Europa und weltweit erheblich verschlechtert. Durch die sich verschärfende Marktsituation sind zum einen weiterhin deutlich erhöhte Einkaufspreise gegeben, zum anderen haben sich Lieferzeiten deutlich verlängert.

Die Erbringung der Leistungen der Daseinsfürsorge konnte aber auch unter den erschwerten Bedingungen und ohne Einschränkungen sichergestellt werden. Für die Trinkwasserversorgung, die Abwasserentsorgung, die Abfallentsorgung sowie die Gebäudereinigung konnten und können alle Aufgaben im vollen Leistungsumfang erbracht werden.

In Umsetzung des Roll-outs der fernauslesbaren Funkzähler sollen bis Ende 2024 alle Hausanschlüsse mit dieser Technologie ausgestattet sein. Die Umsetzung läuft nach gesetztem Zeitplan. Zum Jahresende 2023 waren 24.621 Funkzähler im Stadtgebiet verbaut.

Im Jahr 2023 hat eine Evaluierung des Substanzwerterhaltungskonzeptes die ersten Ergebnisse aus den Projekten Alterungsmodell im Kanalnetz und strategisches Anlagenmanagement aufgenommen und die Prognosen und Maßnahmen des Konzeptes maßgebend fortgeschrieben.

Ein Schwerpunktthema im Bereich Abwasser war die Umsetzung von Maßnahmenpaketen zur Etablierung eines energieautarken Klärwerkes. Ziel dieses Projektes ist es, den mittleren jährlichen Energiebetrag der Kläranlage Halle-Nord mit Hilfe der dort betriebenen Anlagen zu decken und damit den Netzenergiebezug weitestgehend zu vermeiden. Dieser Umstand soll bis zum Jahr 2026 erreicht werden, wofür viele Einzelprojekte und Maßnahmen umgesetzt werden. Die Maßnahmen wie die Erneuerung der Gebläsestation und die Erhöhung des Wirkungsgrades der Blockheizkraftwerke, die Reduktion der Schlammmenge im Belebungsbecken, die Innenreinigung der Faultürme führten im Jahr 2023 zu einem Grad der Versorgung des Standortes mit Eigenstrom von 69,0 %.

Die HWS hat im Jahr 2022 ein Versorgungskonzept für die Sicherung der Trinkwasserversorgung bei flächendeckendem Stromausfall erarbeitet. Dieses wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr finalisiert und die Details zur Umsetzung gebracht, sodass im Bedarfsfall alle Voraussetzungen für die Absicherung der Trinkwasserversorgung geschaffen und alle Aktivitäten klar geregelt sind. Die hierzu notwendigen Notstromaggregate wurden installiert und in einen betriebsfähigen Zustand gebracht. Mit dem Vorlieferanten Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH wurde die Konzeption abgestimmt und dieser in die notwendigen Betrachtungen mit einbezogen. Ebenfalls wurde im Jahr 2023 dazu eine praxisnahe Übung durchgeführt, um die Meldekettens zu etablieren und die notwendigen Handlungen zu trainieren.

Zur Verbesserung des Kundenservice im Geschäftsfeld Abfallentsorgung und Sekundärrohstoffe arbeitet die HWS auch weiterhin an digitalen Lösungen, um Dienstleistungen und Informationen online anzubieten. Dass der Wunsch des Kunden nach schneller und permanenter Zugriffsmöglichkeit über digitale Medien besteht, zeigt sich darin, dass die Anmeldung zur Sperrmüllentsorgung zu ca. 80 % über die digitale Sperrmüllkarte und die Abholung von Elektro-Altgeräten zu ca. 35 % über die Online-Beantragung abgewickelt wird. Insofern hat sich die HWS 2023 weiterhin intensiv mit der Entwicklung des Kundenportals beschäftigt. Dies ist ein Anwendungssystem, in dem Neu- und Bestandskunden online personalisierte Informationen einsehen, Aufträge auslösen, Auftragsbestätigungen sowie Rechnungen erhalten und Stammdaten bei Bedarf ändern können.

Der Bereich Entsorgung setzt drei Leitstände zur digitalen Tourensteuerung in den Fachabteilungen Behälter-/Sperrmüllentsorgung, Straßenreinigung/Winterdienst und Containerdienst um. Der Leitstand in der Behälter-/Sperrmüllentsorgung ist im dauerhaften Regelbetrieb. Die Produktivsetzung des zweiten digitalen Leitstandes für die Abteilung Straßenreinigung/Winterdienst konnte im Jahr 2023 ebenfalls fast vollständig erreicht werden. Für einen dritten Leitstand in der Abteilung Containerdienst wurde im Jahr 2023 die Testphase weitestgehend abgeschlossen.

Durch zielgerichtete Akquisetätigkeit von Neukunden sowie markt- und zielgerichtete Preisanpassungen des Vertriebs der HWS ist es auch 2023 gelungen, ein zusätzliches Umsatzpotenzial zu generieren.

Eine deutliche Umsatzsteigerung in der Gebäudereinigung konnte durch Sonderleistungen auf Grund des Digitalisierungspaktes an Schulen der Stadt Halle (Saale) und des damit einhergehenden Wiederbezugs nach der Sanierung und des Flächenzuwachses gegenüber den Interimsquartieren erzielt werden.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Eine stetige Erhöhung der Baupreise war im Geschäftsjahr weiterhin zu verzeichnen. Der Baupreisindex für Tiefbau (Ortskanäle) in Sachsen-Anhalt, welcher für die Gesellschaft als maßgeblicher Index betrachtet wird, entwickelte sich von 2022 auf 2023 um 20,1 Prozentpunkte im Jahresdurchschnitt, zum zweiten Mal in Folge ein solch hoher Wert.

Die Preise für Wertstoffe entwickelten sich im Geschäftsjahr sehr differenziert, zum Jahresende konnte aber eine überwiegende Stabilisierung verzeichnet werden. Der Schrottpreis zeigte zum Jahresende einen leichten Aufwärtstrend, für Kunststoffe zeigt sich ein nachlassender Marktpreis. Gleichzeitig sind zudem die Preise auf dem deutschen Altpapiermarkt leicht gesunken. Alle Preise bleiben weiterhin deutlich unterhalb ihrer Höchststände, es sind jedoch keine markanten Veränderungen beobachtbar.

Die Wirkungen der geopolitischen Neuausrichtung bleiben bestehen. Daraus resultierende Probleme mit Lieferketten und zusätzlicher Fachkräftemangel verschärfen vielerorts die Gesamtlage. Eine Prognose der weiteren Entwicklung ist von vielen Unsicherheiten geprägt. Grundsätzlich wirkt eine mögliche Rohstoffverknappung eher positiv auf den Markt für Sekundärrohstoffe. Es zeigt sich aber inzwischen, dass die Wirtschaftskonjunktur zunehmend durch den Krieg beeinflusst wird. Die andauernden Unsicherheiten und starken Preisentwicklungen bei der Elektro-, Energie- und Gasversorgung, der Bereitstellung von Rohstoffen, Treibstoffen sowie die hohe Inflation betreffen jedoch sämtliche Wirtschaftszweige und erschweren wirtschaftliche Prognosen. Gasintensive Wirtschaftszweige wie beispielsweise die Papierindustrie reagieren dabei zunehmend nervös. Ob und in welchem Maße das auf die künftige Nachfrage nach Sekundärrohstoffen wirkt, wird weiterhin beobachtet und bewertet. Mögliche zusätzliche Auswirkungen von LKW-Maut und Brennstoffemissionshandelsgesetz werden erst im Jahr 2024 die Preisentwicklung weiter unter Druck setzen.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Im Dezember 2019 hat die Kommission der Europäischen Union einen Ergebnisbericht zur Überprüfung der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) veröffentlicht. Insgesamt kam die Europäische Kommission zu dem Schluss, dass die WRRL ihren Zweck weitgehend erfüllt und zu einem höheren Schutzniveau für Wasserkörper sowie einem besseren Hochwasserrisikomanagement geführt hat. Die Umsetzung hat sich erheblich verzögert und die Ziele konnten noch nicht vollständig erreicht werden. Dies ist auf unzureichende Finanzierung, eine zu langsame Umsetzung sowie die unzureichende Einbeziehung der umweltpolitischen Zielsetzungen in anderen Politikbereichen zurückzuführen, nicht jedoch auf Mängel an der WRRL selbst. Im dritten Quartal 2020 hat die Kommission entschieden, dass die WRRL selbst nicht geöffnet werden soll und keine Überarbeitung notwendig ist. Vielmehr muss die Umsetzung verbessert und beschleunigt werden. Die Kommission hat Folgemaßnahmen im Null-Schadstoff-Aktionsplan, welcher am 12. Mai 2021 veröffentlicht wurde, festgelegt. Der Aktionsplan sieht Maßnahmen in allen einschlägigen Politikfeldern vor. Während er selbst nicht bindend ist, kündigt er die Überarbeitung bestehender EU-Gesetzgebung an, um die Maßnahmen umzusetzen. Auch die Überprüfung der Stofflisten für Grund- und Oberflächenwasser im Rahmen der Wasserrahmenrichtlinie, die Überarbeitung der Pflanzenschutzmittelrichtlinie sowie der Kommunalabwasserrichtlinie sollen darunter gefasst werden.

Das Kartellverfahren gegen einige LKW-Hersteller wird weiter fortgeführt. Das geltende europäische Kartellrecht räumt den durch unlautere Absprachen benachteiligten Marktteilnehmern die Möglichkeit ein, Schadenersatzansprüche geltend zu machen. Da die Fahrzeuge der Stadtwerke Halle-Gruppe hiervon betroffen sind, hat das zentrale Fuhrparkmanagement der HWS für alle Tochterunternehmen der SWH sowie für die Stadt Halle (Saale) die erforderlichen Daten für die Geltendmachung von Schadenersatz erfasst. Zur Reduzierung der Gerichtskosten wurde ein Pool aus der Stadt Halle (Saale), der Stadtwerke Halle-Gruppe und weiteren kommunalen Unternehmen gebildet. Die Klageschrift wurde bei Gericht zum Jahresende 2018 eingereicht. Im Jahr 2023 wurde vom Landgericht Stuttgart ein unabhängiges Gutachten beschlossen und von der HWS eine Vorauszahlung für die Aufwendungen abgefordert.

Mit der am 8. April 2022 durch die EU veröffentlichten Verordnung 2022/567 zur Änderung der Verordnung Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, wurden seit Ausbruch des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine erstmals auch Sanktionen erlassen, die die Vergabe und die Ausführung öffentlicher Aufträge und Konzessionen ab Erreichen der Schwellenwerte nach § 106 GWB unmittelbar und ohne weitere nationale Umsetzungsrechtsakte betreffen. Das bedeutete für Ausschreibungsverfahren, das seit dem 9. April 2022 bei europaweiten Verfahren kein Zuschlag erteilt werden durfte, ohne zuvor geprüft zu haben, ob der für den Zuschlag vorgesehene Bieter/Bewerber den in Artikel 5 k genannten Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen, oder von diesen Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, vorgesehen sind, auf die mehr als 10 % des Auftragswertes entfällt.

Zur Umsetzung der Ziele der Mantelverordnung trat im August 2023 die Ersatzbaustoffverordnung (EBV) in Kraft. Mit dieser sollte das Recycling mineralischer Abfälle gefördert sowie nachvollziehbarer gestaltet werden. Nach nun knapp einem halben Jahr in der praktischen Umsetzung sind die tatsächlichen Auswirkungen überschaubar und die beabsichtigte Wirkung fraglich. Viele Entsorgungsunternehmen sind weiter an die Vorgaben und Grenzwerte der LAGA oder DepV gebunden und arbeiten nach wie vor nicht mit der EBV. Insbesondere bei Marktabfragen führt das zu erhöhtem Aufwand für chemische Analysen, um keine Marktteilnehmer auszuschließen. Die HWS stellt sich den neuen Herausforderungen insofern, als dass nun alle mineralischen Abfälle, die auf dem Betriebshof in der Äußeren Hordorfer Straße anfallen, regelmäßig nach den Kriterien der EBV analysiert werden.

Der Bundesrat hat am 28. Oktober 2022 dem Zweiten Gesetz zur Änderung des Brennstoffemissionshandelsgesetzes (BEHG) zugestimmt. Damit werden Emissionen aus Abfallbrennstoffen und Altöl ab 2024 mit einem CO₂-Preis belegt. Ziel der Gesetzesänderung ist, dass die Abfallverbrennungsanlagen zu ihren Treibhausgasen aus der Verbrennung von fossilen Anteilen der verbrannten Abfälle berichten, Emissionsberechtigungen kaufen und die bei der Deutschen Emissionshandelsstelle abgeben müssen. Die vom Bundesrat geforderte Ausnahme für Sonderabfallverbrennungsanlagen fand hingegen keine Berücksichtigung. Der EU-Emissionshandel sieht das Einbeziehen der Abfallwirtschaft nicht vor, geplant ist dies ab 2026, wobei ein Gesetzgebungsverfahren noch nicht abgeschlossen ist. Mit dem Inkrafttreten des Haushaltsfinanzierungsgesetzes 2024 zum 1. Januar 2024 wird auch eine Änderung des BEHG einhergehen, welches eine stärkere Anhebung des CO₂-Preises zum Jahreswechsel rechtsverbindlich beschlossen hat.

Sowohl der Klima- und Transformationsfonds als auch das Gesetz für die Wärmeplanung und zur Dekarbonisierung der Wärmenetze (WPG) beeinflussen vor allem die strategische Planung der Investitionen. Für die Umsetzung der Versorgung der Standorte mit Strom und Wärme befindet sich die HWS im intensiven Austausch mit der Schwestergesellschaft EVH.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Einer der wesentlichsten Erfolgsfaktoren der HWS ist die klare mittelfristige und strategische Ausrichtung des Unternehmens, welche durch die Jahres-, Mittel- und Langfristplanung und deren konsequente Umsetzung untersetzt ist. Das Effizienz- und Effektivitätssteigerungsprogramm HWS Impuls, die Umsetzung der einzelnen Arbeitsschritte der Projekte, deren Überführung in das Tagesgeschäft und die weiterführende Verfolgung der anvisierten Ziele hat im Wesentlichen zur gewünschten Hebung von Optimierungspotenzialen in den letzten Jahren geführt.

Eine umfangreiche Nachfolgeplanung und ein Aus- und Weiterbildungsprogramm für alle Mitarbeitenden und insbesondere auch die Nachwuchsförderung durch den TalentPool stellen gute Voraussetzungen dar, um die Entwicklungsmöglichkeiten und die Motivation der Mitarbeitenden sicherzustellen. Darüber hinaus wurde in den letzten Jahren intensiv daran gearbeitet, durch ein gut ausgerichtetes Qualitätsmanagement und die Einführung von Servicelevel die Kundenbindung in allen Bereichen zu erhöhen. Unterstützt durch Marketing-Kampagnen, verbesserten Internetauftritt und die Nutzung des Social Networks wird eine breite Öffentlichkeitsarbeit zur Sicherung der Kundenbindung realisiert.

Ein weiterer wesentlicher Erfolgsfaktor ist die strategische Sicherung des Geschäftsmodells durch mittel- und langfristige Verträge, insbesondere mit der Hauptauftraggeberin Stadt Halle (Saale). Die wesentlichsten sind der Konzessionsvertrag zur Trinkwasserversorgung in der Stadt Halle (Saale) mit einer Laufzeit bis 31. Dezember 2041 (Verlängerungsoption zehn Jahre), der Konzessionsvertrag zur Abwasserbeseitigung mit einer Laufzeit bis zum 31. Dezember 2026, sowie die Verträge für die Abfallentsorgung und die Stadtreinigung mit gleichlautender Laufzeit, der Vertrag für den Winterdienst mit einer Laufzeit bis 31. März 2027 sowie für die Gebäudereinigung mit einer Laufzeit bis 30. September 2026. Zur Sicherung der Trinkwasserversorgung ist zudem ein Liefervertrag mit der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH (FEO) mit einer Laufzeit bis 31. Dezember 2032 geschlossen.

3.5. Forschung und Entwicklung

Die Aufgabe der Wasserwirtschaft ist es, Wasser im Rahmen der staatlichen und kommunalen Daseinsvorsorge nachhaltig zu bewirtschaften. Ein sehr komplexes Thema, denn der Wasserbedarf der Industrie steigt, extreme Wetterereignisse, wie Starkniederschläge oder Trockenperioden erfordern ein völlig neues Regenwassermanagement und ein hoher Medikamentenverbrauch durch die demografische Entwicklung, Spurenelemente und Rückstände aus Kosmetika, Reinigungs- und Lösungsmitteln, Dünger verlangen nach neuen Lösungen, die wirksam die Belastungen im Wasser mindern. Weitere Anforderungen an die Wasserwirtschaft resultieren auch aus der Substanzwerterhaltung und Entwicklung der sehr umfangreichen wasserwirtschaftlichen Infrastruktur. Um innovative Lösungen zu erforschen und zu entwickeln, schloss die HWS gemeinsam mit der Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH (TGZ) im Jahr 2023 einen Kooperationsvertrag „Kompetenzzentrum Wasserwirtschaft“. Das Ziel ist es, den notwendigen ökonomischen und ökologischen Transformationsprozess der Wasserwirtschaft in der Region länderübergreifend zu fördern. Das Kompetenzzentrum Wasserwirtschaft will alle relevanten Stakeholder der Wasserwirtschaft im mitteldeutschen Raum und die Akteure der gesamten Branche sowie Nutzer, Zulieferer und Dienstleister vernetzen, um die künftigen Herausforderungen der Bereitstellung der Ressource Wasser zu meistern. Das Ziel dabei ist eine neue Qualität der Zusammenarbeit. Schwerpunkt ist die Entwicklung und Umsetzung innovativer, nachhaltiger ökologisch und ökonomisch ausgewogener Strategieansätze mittels konkreter Modellprojekte.

Im Berichtsjahr wurde das für die Gesellschaft wesentliche Projekt Alterungsmodell im Kanalnetz in Zusammenarbeit mit der Hochschule Aachen intensiv weiterverfolgt. Die Präsentation der belastbaren Zwischenergebnisse fand jedoch erst Anfang März 2024 statt.

Im Rahmen der Unterstützung des Forschungsprogramms „Ressourceneffiziente Kreislaufwirtschaft – Kunststoffrecyclingtechnologien“, federführend durch die Hochschule Merseburg, beteiligt sich die HWS am Verbundvorhaben pool-in-loop – Entwicklung eines energieeffizienten Depolymerisationsverfahrens für polyolefinhaltige Kunststoffabfälle mit Hilfe von Katalysatoren zur direkten Herstellung von Polymeren für Kunststoffneueware, zu welchem im Jahr 2023 der Fördermittelantrag gestellt wurde und der positive Bescheid bereits ergangen ist. Die HWS unterstützt das Vorhaben hinsichtlich der Sammlung und Aufbereitung kommunaler Abfälle, in Zusammenarbeit mit der RAB Halle GmbH.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Zum Stichtag 31. Dezember 2023 waren im Unternehmen 542 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Personalstand) beschäftigt. Das Durchschnittsalter der Belegschaft betrug 45 Jahre, bei einer mittleren Betriebszugehörigkeit von 17 Jahren.

Wie bereits in den vergangenen Jahren ist die HWS bestrebt, dem zu erwarteten Fachkräftemangel vor allem in den technischen Bereichen entgegenzuwirken. Die HWS setzt dabei verstärkt auf die Gewinnung von Fachkräften aus den eigenen Reihen. So waren zum Jahresende 2023 insgesamt 33 Auszubildende bei der HWS beschäftigt, darunter zwei duale Studierende.

Die Ausbildung erfolgt in folgenden Ausbildungsberufen:

- Berufskraftfahrerin und Berufskraftfahrer,
- Fachkraft für Kreislauf- und Abfallwirtschaft,
- Industriemechanikerin und Industriemechaniker,
- Chemielaborantin und Chemielaborant,
- Kauffrau /-mann für Büromanagement,
- duale Studiengänge in den Bereichen Wasserwirtschaft und Bauwesen.

3.6.1. Personalentwicklung

Im Kalenderjahr 2023 wurden in der Personalentwicklung die Programme in der Mitarbeitenden- und Führungskräfteentwicklung überarbeitet und um neue Formate ergänzt.

Im Rahmen der zentralen Entwicklungsangebote wurden Workshops und Trainings in den Bereichen Resilienz, Projektmanagement, MS-Office sowie ein Visualisierungstraining angeboten. Des Weiteren wurde das Austausch- und Beteiligungsformat „Zukunftswerkstatt“ eingeführt und sowie ein Sekretariats- und Assistenztag durchgeführt.

An der ersten Zukunftswerkstatt mit dem Titel „Roadmap Klimaneutralität <2024“ beteiligten sich viele Mitarbeitende und Führungskräfte aus der Stadtwerke Halle-Gruppe. In verschiedenen Formaten wie Podiumsdiskussion mit der Geschäftsführung, Lego Serious Play, Argumentations-, Zielgruppen- und Denkwerkstatt erweiterten sie ihr Wissen und erarbeiteten Ideen für den Weg zur Erreichung der Klimaneutralität in unserer Stadt.

Mit dem Entwicklungskompass soll ein neues Feedbacksystem in der HWS etabliert werden, welches die Entwicklung und Zusammenarbeit im Team stärken und somit einen Beitrag zur Stärkung der Themen Motivation, Lernen, Leistungsbereitschaft und Engagement leisten soll. Neu an diesem Feedbacksystem ist außerdem der 180° Fokus. Neben der jeweiligen Selbsteinschätzung, schätzen die Führungskräfte ihre direkten Mitarbeitenden ein und die Mitarbeitenden haben die Möglichkeit ihre Führungskraft einzuschätzen. Unterstützt wird die Durchführung des Feedbacks mittels digitalem Tool. In 2023 hat die HWS GmbH den Entwicklungskompass unternehmensweit eingeführt.

Seit 2019 steht mit der elektronischen Bibliothek im Flurfunk allen Mitarbeitenden der HWS ein digitales Weiterbildungsangebot mit zahlreichen eBooks und Audio-Lerneinheiten zur Verfügung. Sogenannte Learning Journeys kombinieren eBooks und Audio-Lerneinheiten zu einzelnen Themen, wie zum Beispiel: Marketing, Leadership oder persönliche Entwicklung. Nach Absolvierung eines Abschlussquiz, kann sich der Teilnehmende ein Zertifikat generieren.

3.6.2. Führungskräfte- und Mitarbeiterentwicklung

Im Rahmen der zentralen Führungskräfteentwicklung wurden im Jahr 2023 die Themen „Mitarbeitergespräche führen“, „Konflikttraining“, „Gesundheitsstärkend Führen“ sowie „Führen im Generationenmix“ in ein- bis zweitägigen Seminaren in der Stadtwerke Halle-Gruppe angeboten. Teilnehmende der HWS, die bereits Führungsverantwortung übernommen haben oder für die Übernahme von fachlichen und/oder disziplinarischen Führungsaufgaben vorgesehen sind, arbeiteten sowohl in Präsenz, als auch virtuell an ihren Führungskompetenzen. Zudem wurde mit den „Führungs-Impulsen“ ein neues Format etabliert. Hier setzen sich die Führungskräfte in drei- bis vierstündigen Terminen mit einer aktuellen Fragestellung austauschorientiert auseinander. Durchgeführt wurden Führungs-Impulse zum Thema „Wie schaffe ich das noch 20 Jahre“, „Führung in der Krise“ sowie „Führung in Sandwichpositionen“.

Im Rahmen der Begleitung von Mitarbeitenden, die erstmalige Führungsverantwortung übernommen haben oder perspektivisch dafür vorgesehen sind, startete im Mai 2023 das Grundlagenprogramm Führung. Bis zum Jahresende haben die Teilnehmenden sich intensiv mit ihrer Führungsrolle auseinandergesetzt und zum Thema Teamführung gearbeitet. Ein Teil der Teilnehmenden hat zudem das sechstägige Intensivprogramm „Führung und Kommunikation mit Mehrwert“ absolviert. Für 2024 ist eine Fortsetzung des Grundlagenprogramms mit Modulen zum „Konflikttraining“, „Gesundheitsstärkenden Führen“ und „Führen in Veränderungsprozessen“ geplant.

Nach einer pandemiebedingten Pause der Jahre 2020 – 2022 konnte der moderierte Geschäftsführungsaustausch wieder aufgenommen werden. In zwei Gruppen arbeiteten rückblickend die Auswirkungen der Pandemie auf die Unternehmen auf und warfen mittels SWOT-Analyse einen strategischen Blick auf die Zukunft. Dabei wurde diese Maßnahme nicht nur von der Geschäftsführung wahrgenommen, sondern auch auf die zweite Führungsebene ausgeweitet.

Zur Kompetenzstärkung der Geschäftsführenden und obersten strategischen Führungsebene der Unternehmen der Stadtwerke Halle-Gruppe startete zudem im Herbst 2023 das General Management Programm in Zusammenarbeit mit der HHL gemeinnützige GmbH (Leipzig Graduate School of Management).

3.6.3. Compliance-Schulungsprogramm

Nach dem Compliance-Schulungsplan wurden im Kalenderjahr 2023 teilweise wieder Präsenzveranstaltungen angeboten. Entsprechend des Zweijahresturnus absolvierten Führungskräfte und Mitarbeitende mit übertragenen Unternehmerpflichten ein Präsenzseminar zur Sensibilisierung für die eigene Verantwortung in den Bereichen Arbeitssicherheit, Datenschutz und Informationssicherheit. Während die Themen Datenschutz und Informationssicherheit durch interne Beauftragte vermittelt wurden, wurde das Thema Arbeitssicherheit durch eine externe Referentin vermittelt.

Zum „Kommunikativen Verhalten bei behördlichen Ermittlungen“ wurde auch im Jahr 2023 mit einem externen Anwalt für Strafrecht und entsprechender Praxiserfahrung zusammengearbeitet. Zum Jahresanfang wurde ein dreistündiges Webinar für Mitarbeitende durchgeführt, die im Vorjahr nicht teilnehmen konnten.

Auch die jährlich angebotene Korruptionspräventionsschulung wurden im Geschäftsjahr als Webinar angeboten. Führungskräfte mit Schulungsbedarf entsprechend des Compliance Management Systems (CMS) hatten die Möglichkeit, aus zwei Terminoptionen zu wählen.

Neu ins Schulungsprogramm des CMS aufgenommen wurde eine Schulung zum „Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz“. Angesprochen werden hier Geschäftsführungen sowie Mitarbeitende mit entsprechender Fachverantwortung. Mit externer Unterstützung werden die Teilnehmenden mit den neuen Regelungen des Gesetzes und den bereits abgestimmten Maßnahmen der Stadtwerke Halle-Gruppe vertraut gemacht.

3.6.4. TalentPool

Nachdem der dritte TalentPool Ende des Jahres 2022 seinen Abschluss fand, wurde das TalentPool-Format überarbeitet. Die Teilnehmenden haben nun die Möglichkeit an einer von drei Durchführungsvarianten teilzunehmen. So gibt es eine Basisvariante mit ausgewählten Schulungen & Trainings. In der Basis+-Variante werden diese, um ausgewählte Bausteine wie zum Beispiel „Grundlagen Führung“, „Projektmanagement“ oder „Gesundheitsstärkendes Arbeiten“ optional und bedarfsorientiert ergänzt. In der dritten Variante – „TalentPool_Praxis“ – geht es im Schwerpunkt um die Bearbeitung eines konzernweiten Projektthemas. Bis zum 30. Juni 2023 konnten Führungskräfte ihre Mitarbeitenden für die Teilnahme am TalentPool melden.

Alle TalentPool-Teilnehmer absolvierten in 2023 den Hogan-Persönlichkeitstest, welcher mit ihnen ausgewertet wurde. Gemeinsam mit der Führungskraft wurde ein individuelles Entwicklungsgespräch durchgeführt, in welchem die mit der TalentPool-Teilnahme verbundenen Ziele besprochen und vereinbart wurden. Am 1. Dezember 2023 startete mit einer Auftaktveranstaltung der TalentPool 2023 offiziell.

3.6.5. Kooperation Freiwilligenagentur

Die Stadtwerke Halle kooperieren seit einigen Jahren mit der Freiwilligenagentur Halle-Saalekreis, um das bürgerliche Engagement der Beschäftigten zu stärken. Im Rahmen dessen werden von der Freiwilligenagentur monatlich drei Engagementangebote vorgeschlagen, welche im Flurfunk der Stadtwerke Halle-Gruppe veröffentlicht werden.

3.6.6. Betriebliches Gesundheitsmanagement

„Gut zu Fuß“ – so hieß das Motto, unter dem die Aktivitäten des betrieblichen Gesundheitsmanagements der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2023 standen. Muskel-Skelett-Erkrankungen verursachen laut AOK-Report die häufigsten Arbeitsunfähigkeitstage in der HWS. Deshalb lag in diesem Jahr der Fokus das ganze Jahr über auf den Füßen, auf richtigem Gehen/Laufen und passendem Schuhwerk. Hierzu fanden Check-ups zur „Fuß- und Ganganalyse“ an allen Unternehmensstandorten statt. Weiterhin wurde unter anderem ein Webinar über den richtigen Einstieg ins Joggen angeboten. Die Schuhfirma Atlas bot ein genaues Vermessen der Füße an.

Ein Hautschutztag wurde auf Anregung des Arbeitssicherheitsausschusses organisiert. Eine Schulung zur Hautpflege mit kleinem Vortrag von einem Hautarzt und Testen von Schutz- und Pflegemitteln wurde angeboten. Weiterhin wurde wie in den vergangenen Jahren eine Grippe-Schutzimpfung für die Mitarbeitenden angeboten.

Das Bonussystem wurde 2023 erneut allen Mitarbeitenden angeboten. Dabei werden individuelle Gesundheitsaktivitäten mit Geldprämien oder Maya mare-Gutscheinen belohnt.

Über das Betrieblichen Eingliederungsmanagement (BEM) wurden Mitarbeitende zu einem Gespräch eingeladen und, sofern gewünscht, anschließend BEM-Verfahren eingeleitet. Es ging hierbei u. a. um Lösungen für Altersübergänge, um die Umsetzung auf leidensgerechte Arbeitsplätze, um eine Stehhilfe und um einen Folgeschaden nach einem Arbeitsunfall.

3.6.7. Unternehmensklärung Frauenquote

Am 1. Mai 2015 ist das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst durch den Bundestag in Kraft getreten. Änderungen und Ergänzungen brachte das am 12. August 2021 in Kraft getretene Gesetz zur Ergänzung und Änderung der Regelungen für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an Führungspositionen in der Privatwirtschaft. Mit den gesetzlichen Regelungen zur Geschlechterquote und der Festlegung verbindlicher Zielgrößen soll der Anteil von Frauen in Führungspositionen mittelfristig gesteigert werden.

Mit Einführung des Gesetzes wurden alle Unternehmen der Stadtwerke Halle-Gruppe auf den Ebenen Geschäftsführung/Vorstand und den beiden oberen Führungsebenen analysiert. Daraufhin wurde eine Zielgröße mit einer Umsetzungsfrist jeweils bis zum 30. Juni 2017 und bis zum 30. Juni 2022 entwickelt. Der Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH hat der Zielvereinbarung mit Beschluss vom 18. Dezember 2015 zugestimmt.

Auf der Ebene Geschäftsführung/Vorstand sollte ein Frauenanteil von ca. 25 % bis Mitte 2022 erreicht werden. Auf den beiden Führungsebenen darunter sollte der Frauenanteil bei ca. 31 % gehalten werden. Die Zielquotenfestlegung/-umsetzung soll nun auch weiter erfolgen. Daher wurde für die Stichtage 30. Juni 2027 und 30. Juni 2032 auf allen Ebenen ein Frauenanteil von 40 % zum Ziel gesetzt. Zusätzlich zu der reinen prozentualen Betrachtung müssen Maßnahmen und Instrumente zur Motivation und Qualifizierung von Frauen in Führungspositionen weiter eine Rolle spielen.

Auf Geschäftsführungsebene der HWS beträgt die Quote 0 % (0 Personen), welches insbesondere auf die Bestellung nur eines Geschäftsführers für die Gesellschaft zurückzuführen ist. Auf der 1. Führungsebene beläuft sich der Frauenanteil per 31. Dezember 2023 auf 33,3 % (2 Personen) und auf der 2. Führungsebene auf 30,0 % (6 Personen).

Der Aufsichtsrat der HWS setzt sich zusammen aus Gesellschaftervertretern sowie Arbeitnehmervertretern. Gesellschaftervertreter werden – bedingt durch die Stellung der Gesellschaft als öffentliches Unternehmen der Stadt Halle (Saale) – von den Fraktionen des Stadtrates vorgeschlagen. Die Arbeitnehmervertreter werden von den Beschäftigten des Unternehmens gewählt. Diesem Prozedere immanent ist, dass eine zentrale Steuerung der Geschlechterverteilung durch die Gesellschafterversammlung nicht möglich ist, insofern eine konkrete Zielgröße nicht festgelegt wurde. Dennoch wird eine ausgewogene Besetzung des Aufsichtsrates mit Frauen und Männern angestrebt, soweit die aufgezeigten Rahmenbedingungen dies zulassen. Der Anteil von Frauen im Aufsichtsrat der HWS liegt zum 31. Dezember 2023 bei 16,7 % (2 Personen). Entsprechend des Aufsichtsratsbeschlusses vom 24. November 2022 wird der Gesellschafterversammlung empfohlen, bis zum 31. Dezember 2024 einen Anteil an Frauen im Aufsichtsrat der HWS von 4 (33,3 %) zu erreichen/zu halten. Die Gesellschafterversammlung der HWS hat am 6. Dezember 2022 einen entsprechenden Beschluss gefasst.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Erfolgsrechnung HWS -Kurzfassung- (Angaben in T€)	2022	2023	Veränderung	
			absolut	in %
Umsatzerlöse	130.266	136.412	6.146	4,7
Bestandsveränderungen	65	-35	-101	>100
Andere aktivierte Eigenleistungen	832	813	-19	-2,2
Übrige betriebliche Erträge	7.986	7.868	-118	-1,5
Materialaufwand	45.848	49.185	3.337	7,3
Personalaufwand	34.112	35.796	1.684	4,9
Übrige betriebliche Aufwendungen	16.406	16.198	-208	-1,3
Erträge aus Beteiligungen und Gewinnabführungsverträgen	290	275	-15	-5,2
EBITDA	43.074	44.153	1.079	2,5
Abschreibungen	23.213	23.282	68	0,3
EBIT	19.861	20.871	1.011	5,1
Zinsergebnis	-7.948	-6.725	1.223	-15,4
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	11.913	14.147	2.234	18,8
Sonstige Steuern	122	122	0	-0,1
Ergebnis vor Gewinnabführung	11.791	14.025	2.234	18,9

Die Absatzmengen für Trinkwasser sind sowohl für die Stadt Halle (Saale) auf Grund der regenreichen Witterung als auch die Lieferung an Dritte auf Grund von Minderabnahmen im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Durch Umsetzung des Konzessionsvertrages können die gestiegenen Entgelte die Verluste ausreichend kompensieren.

Basierend auf dem Konzessionsvertrag zwischen der Stadt Halle (Saale) und der HWS über die Abwasserentsorgung erfolgt die Erhebung privatrechtlicher Entgelte für die Abwasserentsorgung unter analoger Anwendung des im Kommunalabgabengesetz des Landes Sachsen-Anhalt verankerten Kostendeckungsprinzips. Die Entwicklung der Erlöse ist daher stets von der Entwicklung der Kosten der Sparte Abwasser beeinflusst. Die gestiegenen Kosten führten zu höheren Erlösen als im Vorjahr.

Im Geschäftsfeld Abfallentsorgung und Sekundärrohstoffe ist eine positive Entwicklung der Umsatzerlöse im Vorjahresvergleich festzustellen. Umsatzsteigerungen in den Bereichen Behälter-, Container- und Sammelleistungen können aufgrund von städtischen Bautätigkeiten sowie zielgerichteter Akquisetätigkeiten im gewerblichen Bereich erreicht werden. Die gesammelten Stoffe erzielen Umsätze in der Entsorgung und der Verwertung wie im Vorjahr.

Wiederholt konnte durch Sonderleistungen der Gebäudereinigung auf Grund des Digitalisierungspaktes und Wiederbezugs nach der Sanierung der Schulen der Stadt Halle und dem damit einhergehenden Flächenzuwachs gegenüber den Interimsquartieren eine deutliche Umsatzsteigerung erzielt werden.

Die aus den Strom- und Gaspreisbremsen erhaltenen Entlastungsbeträge in Höhe von 637 TEUR wirken einer geringeren Rückstellungsauflösung und geringeren Versicherungserträgen aus Schadensfällen weitestgehend entgegen.

Im Vergleich zum Vorjahr ist der Materialaufwand um 3.337 TEUR gestiegen. Verantwortlich für die höheren Aufwendungen für Roh- Hilfs- und Betriebsstoffe sind die erhöhten Aufwendungen für den Strombezug, den Fernwasserbezug und den Bezug von Chemikalien. Der Anstieg der Aufwendungen für bezogene Leistungen wird verursacht durch gestiegene Reparaturleistungen, höheren Aufwendungen für Kfz-Reparaturen und einer umfangreichen Tätigkeit im Bereich der Abfallentsorgung und -verwertung.

Der Personalaufwand zeigt sich trotz geringerer Mitarbeiterzahl gegenüber dem Vorjahr um 1.684 TEUR höher. Hier wirkt der Tarifabschluss seit Jahresbeginn 2023.

Die gesunkenen übrigen betrieblichen Aufwendungen sind ursächlich durch geringere Aufwendungen für die Liegenschaften der Gesellschaft erreicht worden.

Für die Erträge aus Beteiligungen und Gewinnabführungsverträgen ist zum Jahresende ein Wert von 275 TEUR festzustellen.

In der Grundbetrachtung der vorgenannten Kostenarten zeigt das EBITDA mit 44.153 TEUR eine Überschreitung des Vorjahreswerts um 1.079 TEUR.

Die Abschreibungen bewegen sich auf Vorjahresniveau mit 68 TEUR Abweichung.

Im Vergleich zum Vorjahr konnte das Zinsergebnis durch 798 TEUR höhere Zinserträge, aufgrund der Entwicklungen am Kapitalmarkt, und durch eine Verringerung der Zinsaufwendungen um 425 TEUR verbessert werden.

Somit übersteigt das Ergebnis vor Gewinnabführung von 14.025 TEUR das Vorjahresergebnis um 2.234 TEUR. Das geplante Ergebnis der HWS von 10.760 TEUR wurde um 3.266 TEUR übererfüllt. Im Wesentlichen kann das Ergebnis der Gesellschaft auf die preisbedingt gestiegenen Umsatzerlöse, einer moderaten Entwicklung der Aufwendungen und dem gestärkten Zinsergebnis im abgelaufenen Geschäftsjahr zurückgeführt werden.

5. Finanzlage

5.1. Kapitalstruktur

Im Geschäftsjahr erhielt die HWS eine Gesellschaftereinlage in Höhe von 4.296 TEUR, welche als Kapitaleinlage zugeführt wurde. Unter Berücksichtigung der nachträglichen Wertaufholung von Sonderposten aus der Übernahme der Vermögenswerte des AZV Elster-Kabelsketal in 2015 ergibt sich im Jahr 2023 eine Erhöhung des bilanziellen Eigenkapitals um insgesamt 4.295 TEUR. Das bilanzielle Eigenkapital zum 31. Dezember 2023 betrug 98.624 TEUR.

Der Sonderposten für Investitions- und Baukostenzuschüsse erhöhte sich im Geschäftsjahr um 1.932 TEUR auf 182.183 TEUR. Diese Erhöhung resultiert bei planmäßiger Auflösung hauptsächlich aus dem Ansatz kalkulatorischer Abschreibungen auf Wiederbeschaffungszeitwerte für die Preiskalkulation in der Sparte Abwasser sowie aus unentgeltlichen Übernahmen.

Auf der Grundlage des unveränderten Ergebnisabführungsvertrages wird der Jahresüberschuss zu 100 % an die Gesellschafterin abgeführt.

Kumulativ erhöhte sich das wirtschaftliche Eigenkapital um 5.933 TEUR auf 284.438 TEUR.

Das Fremdkapital belief sich zum Bilanzstichtag auf 295.115 TEUR, wobei die Verbindlichkeiten inkl. Zinsabgrenzung 285.563 TEUR betragen.

Im Geschäftsjahr wurden Gesellschafterdarlehen in Höhe von 12.600 TEUR zur Finanzierung der Investitionen des laufenden Jahres sowie 22.500 TEUR zur Refinanzierung eines auslaufenden Schuldscheindarlehens im Rahmen der Konsortialfinanzierung der Stadtwerke Halle GmbH aufgenommen. Außerdem wurden im Jahr 2023 für sechs Darlehen nach auslaufender Zinsbindung neue Vereinbarungen abgeschlossen.

Im Jahr 2013 schloss die HWS einen Portfolioswap zur Zinsoptimierung sowie zur Erhöhung der Zins- und Planungssicherheit ab. Er hat eine Laufzeit bis 30. Juni 2043. Der Bezugsbetrag des Swaps betrug anfänglich 5.294 TEUR und stieg im Laufe des Vertragszeitraumes auf max. 95.986 TEUR. Zum 31. Dezember 2023 betrug der Nominalbetrag 70.003 TEUR.

In der folgenden Tabelle wird das Verhältnis der Nettoschulden zum EBITDA ausgewiesen.

Nettoschulden (Angaben in T€)	2022	2023	Veränderung	
			absolut	in %
Finanzverbindlichkeiten	245.684	244.413	-1.271	-0,5
Liquide Mittel	16.932	27.774	10.842	64,0
Nettoschulden	228.752	216.639	-12.113	-5,3
EBITDA	43.074	44.153	1.079	2,5
Nettoschulden/EBITDA	5,3	4,9	-0,4	-7,6

5.2. Liquidität

Zum 31. Dezember 2023 verfügte die HWS über nicht zweckgebundene Zahlungsmittel in Höhe von 27.216 TEUR (Vorjahr: 16.260 TEUR) und einen Kreditrahmen in Höhe von 10.000 TEUR in Form einer Kontokorrentlinie im Rahmen der Cash-Pool-Vereinbarung mit der Stadtwerke Halle GmbH. Damit befindet sich die HWS in einer sehr stabilen finanziellen Situation und wird auch im kommenden Geschäftsjahr ausreichend liquide Mittel zur Verfügung haben, um allen finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

Die Finanzierung der Stadtwerke Halle-Gruppe erfolgt seit November 2017 grundsätzlich über die SWH durch Ausreichung von Gesellschafterdarlehen an die Tochterunternehmen entsprechend der abgestimmten Finanzbedarfsplanung.

5.3. Vermögenslage

Die Bilanzsumme erhöht sich im Vergleich zum Vorjahresstichtag um 12.355 TEUR auf 579.554 TEUR. Das entspricht einem Zuwachs von 2,2 %.

Diese Erhöhung resultiert hauptsächlich aus der Erhöhung der sonstigen Vermögensgegenstände sowie aus dem im Vergleich zum Vorjahr um 10.798 TEUR höheren Cash Pool-Bestand.

Den Investitionen und unentgeltlichen Übernahmen in Höhe von 25.148 TEUR stehen Abschreibungen von 23.282 TEUR und Buchwertabgänge von 206 TEUR gegenüber.

In der folgenden Tabelle wird die Veränderung des Anteils von Anlagevermögen und Umlaufvermögen an der Bilanzsumme dargestellt:

Anteil an Bilanzsumme	2022	2023	Veränderung
	in %	in %	in %
Anlagevermögen	93,8	92,1	-1,8
Umlaufvermögen	6,2	7,9	27,6

Als Ver- und Entsorgungsunternehmen zählt die HWS zu einer anlagenintensiven Branche. Aus diesem Grund ist der prozentuale Anstieg des Anlagendeckungsgrades I um 1,8 % im Jahr 2023 positiv zu bewerten:

Entwicklung des Anlagendeckungsgrades I	2022	2023	Veränderung	
	T€	T€	T€	in %
Anlagevermögen	531.951	533.611	1.660	0,3
Wirtschaftliches Eigenkapital	278.505	284.438	5.933	2,1
Deckungsgrad	52,4 %	53,3 %		1,8

5.4. Gesamtaussage

Die HWS hat im Geschäftsjahr 2023 ihre strategischen Zielsetzungen erfüllt. Die geplanten Umsätze konnten in fast allen Bereichen überboten werden. Durch die Realisierung von 25.148 TEUR Investitionen konnten wesentliche Schwerpunkte der Sicherung, der Modernisierung und des Ausbaus der Infrastruktur erreicht werden. Dies erfolgt immer in Übereinstimmung mit den ökonomischen und ökologischen Zielstellungen des Unternehmens.

Die konsequente Umsetzung der Digitalisierungsstrategie der HWS, die intensive Zusammenarbeit mit Wirtschafts- und Forschungseinrichtungen sowie die Mitwirkung in branchenbedingten Arbeitskreisen sichert die Zukunftsfähigkeit der HWS.

Als Treiber der Weiterentwicklung sind die Aktivitäten zur Erreichung der operativen Exzellenz einzuordnen. Die Umsetzung der operativen Exzellenz wird neben der langfristigen Geschäftsplanung und den begonnenen Digitalisierungsprozessen zum Erfolg des Unternehmens beitragen.

Die Qualifizierung sowie die Einbeziehung der Mitarbeitenden sind weiterhin wesentliche Aufgaben, um das Humankapital des Unternehmens stetig weiterzuentwickeln und zu stärken.

Es kann insgesamt konstatiert werden, dass die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage der HWS im Jahr 2023 weiterhin stabil war und dass die Grundlagen geschaffen sind, die geplanten Ziele auch in den Folgejahren erreichen zu können.

6. Chancen- und Risikobericht

6.1. Risikomanagementsystem

In der Stadtwerke Halle-Gruppe findet ein konzernweit einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Dieses gruppenweite, bereichsübergreifende System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

6.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31. Dezember 2023 wurden für das Jahr 2024 bei der HWS insgesamt 33 Risiken ermittelt (Vorjahr 32). Unter diesen Risiken lassen sich insgesamt 2 Einzelrisiken den Gruppen 1 und 2 zuordnen, welche sich wie folgt auf die nachfolgend dargestellten Risikokategorien und Risikogruppen unterteilen:

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Allgemeine Geschäftsrisiken	0	0	0
Finanzrisiken	1	0	0
Führung/Organisation	1	0	0
Marktrisiken	11	0	0
Rechtliche Risiken	14	0	2
Technische Risiken	6	0	0
Gesamt	33	0	2

Bei den Risiken der Gruppe 2 handelt es sich um eine eventuell zu entrichtende Niederschlagswasserabgabe aufgrund des Wegfalls von Befreiungsvoraussetzungen mit einem Erwartungswert von 515 TEUR sowie eine eventuell zu entrichtende Abwasserabgabe aufgrund der Abweichung von bestehenden Auflagen mit einem Erwartungswert von 590 TEUR.

Des Weiteren wurden zum Stichtag drei Chancen ermittelt (Vorjahr vier). Diese setzen sich aus einer erfolgreichen Auseinandersetzung in einem Kartellverfahren, den überplanmäßigen Effekten aus dem Prozess zur operativen Exzellenz und weiteren überplanmäßigen Erlösen im Stoffstrommanagement zusammen.

7. Prognosebericht

Die HWS hat den Wirtschaftsplan 2024 sowie die Vorschau für die Jahre 2025 bis 2028 mit den Bestandteilen Kennzahlen, Gewinn- und Verlustrechnung, Planbilanz, Kapitalflussrechnung, Personalplan, Investitionsplan und Mengenplan erstellt. Die aktuell vorliegende Planung basiert auf der Vorschau des Jahresergebnisses 2023, die für den Zeitraum bis 2028 fortgeschrieben wurde. Die Vorschau der Unternehmensentwicklung berücksichtigt die für die Leistungen der Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Abfallentsorgung und Reinigung erkennbaren Rahmenbedingungen und allgemeinen Entwicklungsdaten für die Folgejahre.

Aufgrund des Russland-Ukraine-Krieges sind weiterhin Verwerfungen, aktuell insbesondere Preissteigerungen an den internationalen Beschaffungsmärkten, zu beobachten. Die hieraus resultierenden kurz-, mittel- und langfristigen Folgen lassen sich nicht konkret einschätzen und sind demzufolge nicht in den Planungs- und Prognoseberechnungen der Gesellschaft reflektiert. Es ist jedoch insbesondere mit steigenden Bezugskosten aufgrund steigender Materialeinstandspreise für die Gesellschaft zu rechnen. Darüber hinaus wird eine konjunkturelle Abschwächung erwartet, die aber derzeit nicht hinreichend quantifiziert werden kann.

Die Geschäftsführung geht auch mit den dargestellten Risiken und Auswirkungen davon aus, dass die Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit fähig ist. Es bestehen keine bestandsgefährdeten, berichtspflichtigen Risiken.

7.1. Umsatzentwicklung

Für die Verkaufsmengen Trink- und Abwasser wurde im Tarifgebiet Halle weiterhin ein leichter Rückgang eingeplant. Dieser resultiert aus der Bevölkerungsprognose der Stadt Halle (Saale). Im Abwasser verlaufen die geplanten Mengen analog zur Trinkwassermenge. Das Niederschlagswasser wird geprägt durch leicht gesteigerte Flächen.

Die Bevölkerungsentwicklung wirkt sich nicht wesentlich auf die Entsorgungsleistungen aus, sodass trotz des anhaltenden Müllvermeidungsgedankens, mit einer leicht steigenden Tendenz gerechnet wird. Ebenso entwickeln sich die Kosten für die Entsorgung. Das Mengengerüst der sonstigen Entsorgungs- und Reinigungsdienstleistungen bleibt weitestgehend konstant. Die steigende Marktpreisentwicklung in der Verwertung bzw. Beseitigung korreliert mit den entsprechenden Umsätzen der Entsorgung und Verwertung. Die Planung der Umsatzerlöse für Entsorgungs- und Reinigungsdienstleistungen sowie den Behälterservice erfolgt ebenfalls auf der Grundlage der anzunehmenden Entwicklung der Verkaufsmengen. Für den Planungszeitraum wurde für Entsorgungs- und Reinigungsdienstleistungen eine moderate Steigerung der Leistungspreise um jährlich ca. 0,4 % bis 2,0 % angenommen.

Die Planung der Gebäudereinigung erfolgt in Abstimmung mit der Auftraggeberin Stadt Halle (Saale) und unterstellt ein sich moderat erweiterndes Leistungsspektrum.

7.2. Investitionen

Für das Jahr 2024 stehen Investitionsmittel von insgesamt 24.528 TEUR zur Verfügung, darunter werden Fördermittel, Zuschüsse und kostenlose Übernahme in Höhe von 1.646 TEUR erwartet. Budgeterhöhend wirken Investitionsüberhänge aus nicht umgesetzten Maßnahmen der Vorjahre.

Für die Wasserversorgung sind im Jahr 2024 Investitionen in Höhe von 6.982 TEUR geplant. Demgegenüber zeigt die Abwasserbeseitigung für das Planjahr ein Investitionsvolumen in Höhe von 11.052 TEUR für die Teilbereiche Kanalnetz, Kläranlagen und Grundstücksanschlusskanäle in der Stadt Halle und im Verbandsgebiet des AZV Elster-Kabelsketal. Die Investitionsvorhaben 2024 und der kommenden Jahre sind maßgeblich auf die Umsetzung des Substanzwerterhaltungsprogramms im Trink- und Abwasserbereich in Verbindung mit ökologisch nachhaltigen Schwerpunktsetzungen sowie durch die Investitionsanforderungen Dritter zur Beteiligung an städtischen Komplexbau- und Infrastrukturmaßnahmen geprägt. Einen weiteren Schwerpunkt bilden die Beteiligung der HWS am Stadtbahnprogramm der HAVAG entsprechend des Koordinierten Investitionsplanes sowie die Beteiligung an der Entwicklung des Zukunftszentrums Deutsche Einheit und Europäische Transformation nördlich des Riebeckplatzes.

Die aktuellen Preissteigerungen in Höhe von ca. 30 % (Baupreisindex für Ortskanäle) beeinflussen die Investitionen maßgeblich und werden eine Nachsteuerung der Investitionsbudgets erfordern. Hauptaugenmerk wird maßgeblich auf das Substanzwerterhaltungskonzept und das strategische Anlagenmanagement der HWS im Trink- und Abwasserbereich gerichtet.

Im Bereich Entsorgungsdienste sind Investitionen in Höhe von 1.870 TEUR geplant, welche vorwiegend von Ersatzinvestitionen in den Fuhrpark geprägt sind. Für PKWs werden nach Möglichkeit alternative Antriebsarten unter Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten beschafft. Bei Kleintransportern laufen Testreihen.

Im Bereich Vertrieb stehen die Investitionen zur Erweiterung bzw. zum Ersatz von IT-Lösungen im Vordergrund. Nennenswerte Projekte sind die Einführung des Kundenportals, die Digitalisierung im Hausanschlusswesen sowie die Ablösung der ERP-Software „opti.AWI“.

Die Investitionen für die Bereiche Geschäftsführung und Finanzen/Rechnungswesen/Einkauf in Höhe von 2.629 TEUR umfassen Maßnahmen für die Ausrüstung der HWS mit Hardware, Software sowie die weitere Ausstattung des Zentrallabors. Bauliche Veränderungen an Grundstücken und Gebäuden, die Umsetzung des in 2018 erstellten Sicherheitskonzeptes und die Einführung von SAP S/4HANA sind in der Planung berücksichtigt.

7.3. Finanzierung

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit ist durch hohe Einzahlungen in den Sonderposten für Investitions- und Baukostenzuschüsse sowie durch die Gesellschaftereinlage in Höhe von 4.296 TEUR im Jahr 2023 charakterisiert. Darüber hinaus hat die HWS im Jahr 2023 ein geplantes Gesellschafterdarlehen in Höhe von 12.600 TEUR erhalten. Für das Geschäftsjahr 2024 sind eine Wiedereinlage von 2.151 TEUR, eine Gesellschaftereinlage in Höhe von 32.570 TEUR und 4.323 TEUR aus den Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen und Zuwendungen geplant.

7.4. Ergebniserwartung

Im Planungszeitraum sind folgende Jahresergebnisse vor Ergebnisabführung geplant:

(in TEUR)	WIPL 2024	Vorschau			
		2025	2026	2027	2028
HWS	9.431	9.152	9.242	9.429	9.592

Mit einem engagierten Team stellt sich die HWS den Anforderungen des Jahres 2024 und setzt dabei mindestens auf die Einhaltung des selbstgesteckten Ergebnisses. Dazu werden begonnene Projekte konsequent fortgesetzt und langjährige Strategien weiterverfolgt.

Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	300		
Gesellschafter:		T€	%
	EVH GmbH	300	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens sind der Ausbau und die Erweiterung des bestehenden Heizkraftwerks Halle-Trotha, dessen Betrieb und der Betrieb von weiteren Heizkraftwerken sowie die Vornahme aller diesem Unternehmensgegenstand dienlichen unmittelbaren oder mittelbaren Geschäfte.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Energieversorgung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Kern, Marcel

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2023		2022		2021		Veränderungen 2023 zu 2022	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	21.321	47	22.947	42	24.459	76	-1.626	-7
Umlaufvermögen	24.063	52	31.440	57	7.313	23	-7.377	-23
Rechnungsabgrenzungsposten	326	1	369	1	412	1	-43	-12

Bilanzsumme	45.710	100	54.756	100	32.184	100	-9.046	-17
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	25.522	56	25.522	47	15.308	48	0	0
Rückstellungen	3.784	8	8.556	15	2.479	7	-4.772	-56
Verbindlichkeiten	16.404	36	20.678	38	14.397	45	-4.274	-21

Bilanzsumme	45.710	100	54.756	100	32.184	100	-9.046	-17
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------

bb) GuV

	2023	2022	2021
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	20.706	29.229	18.979
sonstige betriebliche Erträge	356	124	1.762
Materialaufwand	13.416	13.551	10.191
Personalaufwand	8	8	7
Abschreibungen	2.739	2.721	842
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.141	849	2.126
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	585	72	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	179	199	228
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	1.703	804
Ergebnis nach Steuern	4.164	10.394	6.543
sonstige Steuern	231	181	127
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	3.933	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	10.213	6.416

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2023	2022	2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	19,00	34,94	33,81	%
Eigenkapitalrentabilität:	15,41	66,72	72,15	%
Cash-Flow:	6.672	12.934	7.258	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:				T€
Personalaufwandsquote:	0,04	0,03	0,03	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	46,64	41,91	76,00	%
Eigenkapitalquote:	55,83	46,61	47,57	%
Fremdkapitalquote:	44,17	53,39	52,43	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Absatz Fernwärme	135	158	144	GWh
Absatz Strom	127	154	145	GWh
Gaseinsatz	339	400	378	GWh

f) Lagebericht

1. Grundlagen der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH

1.1 Geschäftsmodell

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb des Heizkraftwerkes Halle-Trotha, das der Erzeugung von Elektrizität und Fernwärme in Halle dient sowie die Vornahme aller Geschäfte, die dem vorerwähnten Unternehmensgegenstand unmittelbar oder mittelbar dienen können.

Dem Unternehmensgegenstand entsprechend, produziert die Gesellschaft Strom. Aufgrund dessen ist die Gesellschaft gemäß § 6b Abs. 3 EnWG zur Führung von getrennten Konten für die Tätigkeiten verpflichtet.

1.2 Ziele, Strategien und Steuerung

Das Ziel der der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH (KWT) ist der sparsame und umweltschonende Umgang mit knappen Energieressourcen sowie die Optimierung der Energieerzeugungsanlagen unter betriebswirtschaftlichen und ökonomischen Aspekten. Die kaufmännische und technische Steuerung des Heizkraftwerkes Halle-Trotha wird im Rahmen des Dienstleistungsvertrages durch die EVH GmbH (EVH) wahrgenommen.

1.3 Veränderungen in der Gesellschaft

Im Geschäftsjahr 2023 sind keine Veränderungen in der Gesellschaft aufgetreten.

2 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1 Wirtschaftliche Entwicklung

Die trotz der jüngsten Rückgänge nach wie vor hohen Preise auf allen Wirtschaftsstufen dämpften die Konjunktur Deutschlands in 2023. Ebenso beeinflussten ungünstige Finanzierungsbedingungen durch steigende Zinsen und eine geringere Nachfrage aus dem In- und Ausland die konjunkturelle Entwicklung. Hinzu gekommen sind neue geopolitische Unsicherheiten durch den Krieg im Nahen Osten ab Oktober 2023. Insgesamt konnte sich dadurch die Erholung der deutschen Wirtschaft vom tiefen Einbruch im Corona-Jahr 2020 nicht weiter fortsetzen.

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) Deutschlands sank nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes in 2023 um 0,3 % im Vergleich zum Vorjahr. In Sachsen-Anhalt betrug der Rückgang im ersten Halbjahr 2023 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr 3,2 % und fiel damit deutlich stärker als der Durchschnitt aller Bundesländer aus (deutschlandweit -0,3 %).

2.2 Arbeitsmarkt

Die schwache Konjunktur ist ebenfalls nicht spurlos am Arbeitsmarkt vorübergegangen. Dennoch behauptet sich der Arbeitsmarkt angesichts des Ausmaßes an Belastungen und Unsicherheiten nach wie vor gut. Nach Informationen der Bundesagentur für Arbeit sind Erwerbstätigkeit und Beschäftigung so hoch wie nie zuvor und auch 2023 zählt zu den Jahren mit der niedrigsten Arbeitslosigkeit seit der Wiedervereinigung. Die Arbeitslosenquote stieg in Deutschland gegenüber dem Vorjahr um +0,4 Prozentpunkte auf 5,7 %, in Sachsen-Anhalt auf 7,5 % (Vorjahr: 7,1 %).

2.3 Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum 31. Dezember 2023 einen Einwohnerstand von 244.501 (Vorjahr: 244.099) aus. Damit konnte die Stadt zum dritten Mal in Folge einen leichten Zuwachs gegenüber dem Vorjahr verzeichnen.

3 Geschäftsverlauf

3.1 Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

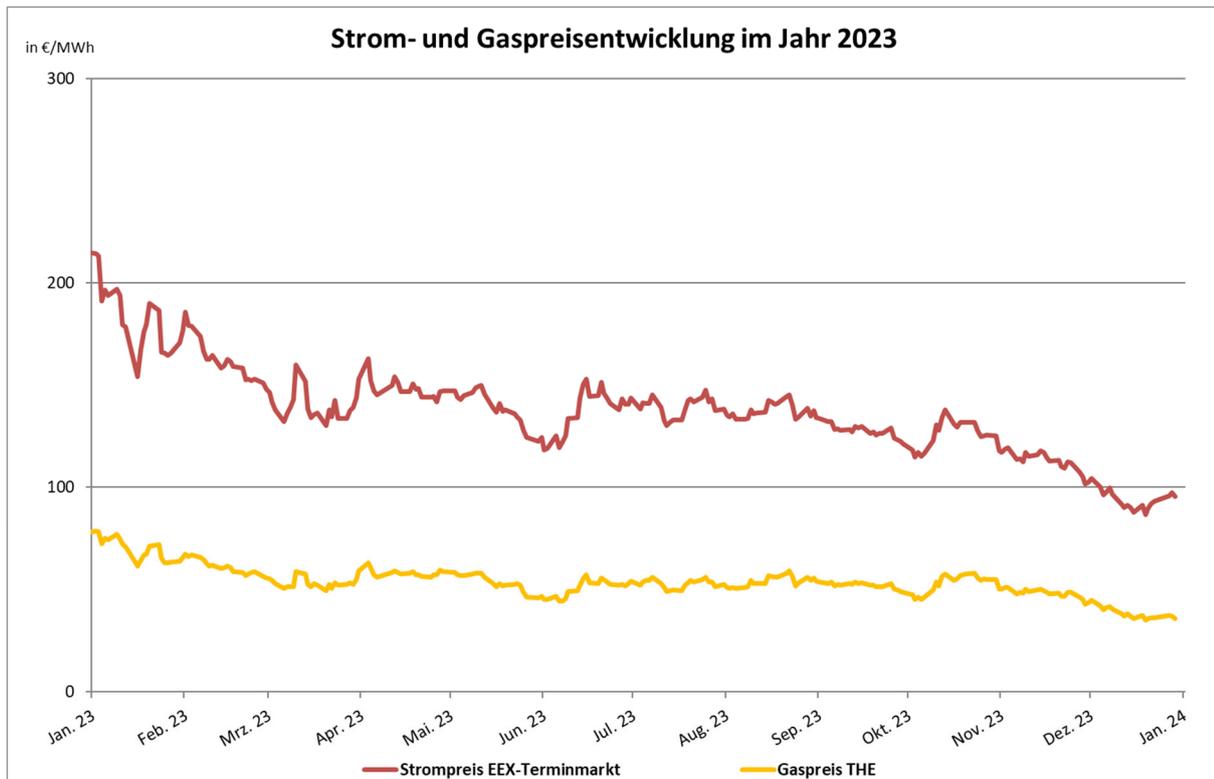
Im Geschäftsjahr 2023 wurde die Ertüchtigung des Prozessleitsystems der Kraftwerksanlagen abgeschlossen.

Weiter wurde ein Gewinnabführungsvertrag mit der EVH geschlossen. Er regelt die Abführung des Gewinns oder den Ausgleich des Verlusts der KWT an die EVH und gilt ab dem 1. Januar 2023.

3.2 Marktbezogene Entwicklung

Die Preisverläufe von Strom, Gas und Emissionszertifikaten bedingen den für die KWT erfolgsrelevanten „Clean Spark Spread“ für die Stromerzeugung. Im Verlauf der Geschäftsjahres 2023 sind die Preise für Strom und Gas gesunken, befinden sich jedoch weiterhin über dem Niveau vor Ausbruch des Ukrainekrieges.

Die Entwicklung der Großhandelspreise für Strom und Gas sind in der nachfolgenden Abbildung dargestellt:



3.3 Politische und rechtliche Entwicklung

Im Jahr 2023 war das Thema Energiewende (Klimaneutralität bis zum Jahr 2045) im Fokus der politischen Bemühungen. Vor dem Hintergrund der Ukrainekrise, wurde die Etablierung der Unabhängigkeit von russischem Erdgas forciert.

Am 17. November 2023 beschloss der Bundestag mit Wirkung zum 1. Januar 2024 das „Wärmeplanungsgesetz“. Darin werden die Bundesländer zur Erstellung von Wärmeplänen verpflichtet sowie das Ziel festgelegt, bis zum Jahr 2030 die Hälfte der leitungsgebundenen Wärme im bundesweiten Mittel klimaneutral zu erzeugen.

Um die CO₂-Neutralität zu fördern, plant die EVH gemeinsam mit der KWT die langfristige Umstellung des Wärmebereichs auf regenerative Energien. Zur Erreichung dieser Zielstellung wird derzeit ein Konzept – der kommunale Wärmeplan – im Auftrag der Stadtverwaltung für die zukünftig klimaneutrale Wärmeversorgung der Stadt Halle (Saale) erstellt.

Derzeit werden in Halle etwa 60 % des Wärmebedarfs über Fernwärme gedeckt. Die Energieparks an den Standorten Dieselstraße und Trotha sind energieeffiziente Kraft-Wärme-Kopplungs-Kraftwerke. Durch Modernisierungen dieser Anlagen konnte die CO₂-Emission seit 1990 bereits um etwa 70 % reduziert sowie der Brennstoffnutzungsgrad auf 97 % ausgeweitet werden.

Die Fernwärme und das Fernwärmenetz stellen wichtige Bestandteile zur Umsetzung der Wärmewende dar. Da die Fernwärme durch den Betrieb der KWK-Anlagen entsteht, ist diese umweltfreundlich und verdrängt die dezentrale, gasbasierte Wärmeerzeugung. Ein Transformationsplan für die Dekarbonisierung der Fernwärmeerzeugung und den Ausbau des Fernwärmenetzes wird bis Ende 2024 erstellt. Bereits vorliegende Ergebnisse werden der Öffentlichkeit über einen digitalen und interaktiven Fernwärmeatlas zur Verfügung gestellt.

3.4 Wesentliche Erfolgsfaktoren

Wesentlicher Erfolgsfaktor des Geschäftes ist der Clean Spark Spread für die Stromerzeugung, Dieser wird beeinflusst durch die Preisverläufe von Strom, Gas und CO₂-Zertifikaten. Darüber hinaus sind ausschlaggebend für die Wirtschaftlichkeit des Kraftwerkes die Förderbedingungen im Rahmen des KWK-Gesetzes sowie die Erlöse aus vermiedener Netznutzung.

3.5 Personal und Personalentwicklung

Die Gesellschaft beschäftigt kein eigenes Personal. Durch einen Dienstleistungsvertrag mit der EVH sind der technische und kaufmännische Betrieb des Heizkraftwerkes sichergestellt.

4 Lage der Gesellschaft

4.1 Produktion

Im Geschäftsjahr 2023 produzierte die Gas- und Dampfturbinen-Anlage mit 2.174 (Vorjahr: 2.730) Betriebsstunden Strom und Wärme. Es wurden 127 GWh Strom (Vorjahr: 154 GWh) und 106 GWh Wärme (Vorjahr: 128 GWh) produziert. Der Gaseinsatz lag hierfür bei 299 GWh (Vorjahr: 361 GWh). Zusätzlich produzierte die Spitzenkesselanlage 30 GWh (Vorjahr: 30 GWh) Wärme, bei einem Gaseinsatz von 40 GWh (Vorjahr: 39 GWh).

4.2 Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2023 weist die Gesellschaft einen Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung in Höhe von 3,9 Mio. € (Vorjahr: 10,2 Mio. €) aus. Zum einen ist die Strom- und Wärmeproduktion aufgrund der mildereren Witterung zurückgegangen. Zum anderen konnte im Vergleich zum Vorjahr ein deutlich geringerer Clean Spark Spread in der Stromproduktion erzielt werden.

Die Umsatzerlöse verzeichneten aufgrund der oben beschriebenen Mengen- und Preiseffekte einen Rückgang im Vergleich zum Vorjahr (29,2 Mio. €) um 8,5 Mio. € auf 20,7 Mio. €. Darüber hinaus wirkten periodenfremde Effekte für vermiedene Netzentgelte und KWK-Förderung in Höhe von 1,4 Mio. € belastend.

Materialaufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sind auf 10,1 Mio. € (Vorjahr: 10,6 Mio. €) gesunken. Die bezogenen Leistungen in Höhe von 3,3 Mio. € (Vorjahr: 3,0 Mio. €) lagen um 0,3 Mio. € über dem Vorjahresniveau.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen fielen im Wesentlichen durch höhere Versicherungsentgelte mit 1,1 Mio. € (Vorjahr: 0,8 Mio. €) um 0,3 Mio. € höher aus. Die Abschreibungen lagen mit 2,7 Mio. € auf Vorjahresniveau.

Im Vergleich zum Vorjahr konnte die Gesellschaft ihre Zinserträge um 0,5 Mio. € auf 0,6 Mio. € (Vorjahr: 0,1 Mio. €) aufgrund des hohen Cash-Pool-Bestandes steigern. Der Zinsaufwand mit 0,2 Mio. € (Vorjahr: 0,2 Mio. €) lag annähernd auf Vorjahresniveau.

Durch den Gewinnabführungsvertrag fielen im Vergleich zum Vorjahr keine Ertragsteuern (Vorjahr: 1,7 Mio. €) an.

4.3 Finanzlage

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr und betrug im Berichtsjahr 5,4 Mio. € (Vorjahr: 17,8 Mio. €). Die Abnahme ist insbesondere auf das geringere Jahresergebnis sowie gesunkene Rückstellungen und Verbindlichkeiten zurückzuführen.

Der negative Cashflow aus der Investitionstätigkeit in Höhe von 1,0 Mio. € (Vorjahr: -1,2 Mio. €) betrifft im Wesentlichen die Zahlungen aus der Ertüchtigung des Prozessleitsystems.

Der Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit in Höhe von -1,5 Mio. € (Vorjahr: -1,5 Mio. €) setzt sich aus der Tilgung von Verbindlichkeiten in Höhe von insgesamt 1,3 Mio. € (Vorjahr: 1,3 Mio. €) gegenüber verbundenen Unternehmen sowie den gezahlten Zinsen von 0,2 Mio. € (Vorjahr: 0,2 Mio. €) zusammen.

Insgesamt erhöhte sich der Finanzmittelbestand um 3,0 Mio. € auf 18,2 Mio. € (Vorjahr: 15,2 Mio. €).

4.4 Vermögenlage

Die Bilanzsumme belief sich zum 31. Dezember 2023 auf 45,7 Mio. € und hat sich damit gegenüber dem Vorjahr um 9,0 Mio. € verringert.

Das Sachanlagevermögen mit einem Buchwert von 21,3 Mio. € (Vorjahr: 22,9 Mio. €) hat einen wesentlichen Anteil an den Vermögenswerten der Gesellschaft. Die Verringerung um 1,6 Mio. € gegenüber dem Vorjahr ist auf die planmäßigen Abschreibungen zurückzuführen. Das Umlaufvermögen in Höhe von 24,1 Mio. € (Vorjahr: 31,4 Mio. €) verringerte sich im Wesentlichen bedingt durch geringere Bestände an Emissionszertifikaten des Vorratsvermögens sowie gesunkene Forderungen aus Lieferungen und Leistungen.

Auf der Passivseite blieb das Eigenkapital aufgrund des in 2023 abgeschlossenen Gewinnabführungsvertrages unverändert in Höhe von 25,5 Mio. € (Vorjahr: 25,5 Mio. €). Die Rückstellungen verringerten sich insbesondere aufgrund eines geringeren Rückstellungsbedarfs für den Verbrauch von Emissionsrechten um 4,8 Mio. € auf 3,8 Mio. € (Vorjahr: 8,6 Mio. €). Die Verbindlichkeiten verringerten sich um 4,3 Mio. € auf 16,4 Mio. € (Vorjahr: 20,7 Mio. €), was im Wesentlichen auf geringere Energierechnungen und gesunkene Gesellschafterdarlehen zurückzuführen ist. Gegenläufig entwickelte sich die erstmals ausgewiesene Verbindlichkeit für Gewinnabführung.

4.5 Gesamtaussage

Die KWT konnte das Geschäftsjahr mit einem Jahresergebnis vor Ergebnisabführung leicht oberhalb der Wirtschaftsplanung abschließen.

5 Chancen- und Risikobericht

In der Stadtwerke Halle - Gruppe findet ein konzerneinheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Dieses gruppenweite, bereichsübergreifende System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

Zum Stand 31. Dezember 2023 wurden für das Jahr 2024 bei der KWT insgesamt 2 Einzelrisiken der Gruppen 1 oder 2 ermittelt.

Chancen und Risiken im operativen Geschäft ergeben sich für die KWT aus den Produktionsmengen für Strom und Fernwärme (optimierte Kraftwerksfahrweise mit der EVH) sowie aus der Entwicklung des Clean-Spark-Spread (Gruppe-1-Risiko).

Durch die dezentrale Einspeisung von Strom reduzieren sich die Netznutzungsentgelte für den Bezug von Strom aus der vorgelagerten Netzebene. Die Vergütung für die vermiedene Netznutzung erhalten die Betreiber von dezentralen Erzeugungsanlagen von dem Verteilnetzbetreiber in dessen Netz sie einspeisen. Die endgültigen Preiskomponenten und den Zeitpunkt der Netzhöchstlast werden erst im Folgejahr vom vorgelagerten Netzbetreiber veröffentlicht. Für die KWT ergeben sich in Hinblick auf den Zeitpunkt der Erstellung des Jahresabschlusses insofern Preisrisiken (Gruppe-1-Risiko).

Im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine ist das Risiko einer freiwilligen oder unfreiwilligen Gasversorgungsunterbrechung deutlich gestiegen. Um diesem Risiko zu begegnen, ist eine weitere Diversifikation notwendig. Hierbei handelt es sich jedoch um eine nationale bzw. gesamteuropäische Herausforderung, die nur langfristig bewältigt werden kann.

Nach der Einschätzung der Bundesnetzagentur ist die Gasversorgung in Deutschland im Moment stabil und die Versorgungssicherheit ist gewährleistet. Nichtsdestotrotz hat sich die KWT mit diesem Szenario auseinandergesetzt, aus welchem sich folgende Risiken ergeben würden:

Fehlende Liefermengen müssten wahrscheinlich zu deutlich höheren Preisen beschafft werden oder es fallen deutlich höhere Kosten für Ausgleichsenergie an. Entsprechende Kostensteigerungen müssten an die EVH weitergegeben werden.

Die Versorgungssicherheit könnte deutschlandweit nur noch eingeschränkt gewährleistet sein. In solch einem Falle würde der Notfallplan Gas zur Anwendung kommen. Er legt die grundsätzliche Vorgehensweise für die Entscheidungsfindung der Gasverteilung im nationalen Krisenfall fest. Danach wird der Versorgung sogenannter schützenswerter Kunden eine hohe Priorität eingeräumt. Unter den Schutzbereich fällt neben der reinen Gasversorgung für Heizzwecke von Haushaltskunden auch die Wärmeversorgung von Haushaltskunden und die dafür benötigten Gasmengen. Da die Erzeugungsanlagen der KWT diesem Zweck dienen, ist die Gasversorgung auch in einer Mangellage privilegiert zu gewährleisten. Aus heutiger Sicht sind keine Risiken erkennbar, die den Bestand der Gesellschaft gefährden oder ihre Entwicklung wesentlich beeinträchtigen könnten.

6 Prognosebericht

Das Heizkraftwerk Halle-Trotha ist in das Gesamterzeugungsportfolio der EVH integriert. Unter der Prämisse einer sicheren Fernwärmeversorgung für die Stadt Halle wird die Fahrweise der Anlagen auch wirtschaftlich über die einheitliche Portfoliosteuerung der EVH optimiert.

Planmäßig wird das Kraftwerk im Jahr 2024 eine Stromproduktion in Höhe von 157 GWh und eine Fernwärmeproduktion in Höhe von 175 GWh erzeugen. Bedarfsweise steht die Spitzenkesselanlage zur Erzeugung von Wärme zur Verfügung.

Die Entwicklung der Gesellschaft wird auch weiterhin maßgeblich von den wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen für die Stromproduktion in Gas- und Dampfturbinenanlagen beeinflusst.

Vor dem Hintergrund der preislich abgesicherten Produktion und der KWK-Förderung ist ein wirtschaftlicher Betrieb der KWT für die kommenden Geschäftsjahre gesichert.

Für das Geschäftsjahr 2024 prognostiziert die KWT, bei Umsatzerlösen von 25,2 Mio. €, einen Jahresüberschuss von 6,3 Mio. €.

IT-Consult Halle GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz	
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)	
Rechtsform:	GmbH	
Stammkapital in T€:	250	
Gesellschafter:		T€ %
	Stadtwerke Halle GmbH	<hr style="width: 100%; border: 0.5px solid black;"/> 250 100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens sind Dienstleistungen für Kommunen und kommunale Unternehmen auf dem gesamten Gebiet der Informationstechnologie und Informationsverarbeitung sowie Leistungen in den Bereichen Internet/Intranet Computing, Multimedia, Grafische Datenverarbeitung, Softwareentwicklung, IT und Organisationsberatung sowie die Vornahme aller damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die IT-Consult Halle GmbH als Ausgliederung der IT-Bereiche der Stadt Halle (Saale) und der Unternehmen der SWH-Gruppe erbringt u. a. für die Stadt und den SWH-Konzern notwendige Dienstleistungen. Die Gesellschaft dient demnach dem von der Stadt Halle (Saale) sowie den Stadtwerke-Unternehmen verfolgten öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Dr. Pankewitsch, Kerstin	
	Walther, René	(bis 31.05.2023)

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

d) Beteiligungen

unmittelbar	T€ %
ARGE "Elektronisches Personenstandsregister Sachsen-Anhalt (ePR-LSA)"	<hr style="width: 100%; border: 0.5px solid black;"/> 15 50,00

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2023		2022		2021		Veränderungen 2023 zu 2022	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	6.089	52	5.667	50	5.682	51	422	7
Umlaufvermögen	5.322	46	5.270	47	5.241	47	52	1
Rechnungsabgrenzungsposten	264	2	301	3	271	2	-37	-12

Bilanzsumme	11.675	100	11.238	100	11.194	100	437	4
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	------------	----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	522	4	522	5	522	5	0	0
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	859	8	918	8	968	9	-59	-6
Rückstellungen	2.404	21	2.736	24	2.537	22	-332	-12
Verbindlichkeiten	7.732	66	6.939	62	7.022	63	793	11
Rechnungsabgrenzungsposten	158	1	123	1	145	1	35	28

Bilanzsumme	11.675	100	11.238	100	11.194	100	437	4
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	------------	----------

bb) GuV

	2023	2022	2021
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	39.695	32.910	32.322
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen andere aktivierte Eigenleistungen	-228	554	-86
sonstige betriebliche Erträge	318	161	180
Materialaufwand	14.508	11.163	11.446
Personalaufwand	18.613	16.545	15.939
Abschreibungen	589	516	780
sonstige betriebliche Aufwendungen	5.698	4.841	4.130
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	13	5	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	80	58	38
Ergebnis nach Steuern	962	763	789
sonstige Steuern	2	3	3
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	960	760	786
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2023	2022	2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	2,42	2,31	2,43	%
Eigenkapitalrentabilität:	184,05	145,76	150,75	%
Cash-Flow:	1.549	1.277	1.566	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	158	136	134	T€
Personalaufwandsquote:	46,03	48,83	48,12	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	43,66	43,33	46,17	%
Eigenkapitalquote:	4,47	4,64	4,66	%
Fremdkapitalquote:	95,53	95,36	95,34	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

1. Grundlagen der IT-Consult Halle GmbH

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die IT-Consult Halle GmbH (ITC) ist eine 100%ige Tochtergesellschaft der Stadtwerke Halle GmbH (SWH). Die ITC ist ein moderner IT-Service-Provider und erbringt umfassende Dienstleistungen im Bereich der Informationstechnologie hauptumfänglich für die Unternehmen der SWH-Gruppe sowie die Stadt Halle (Saale). Weitere Dienstleistungen werden gegenüber weiteren kommunalen und privatwirtschaftlichen Kunden erbracht. Darüber hinaus erbringt sie Abrechnungsdienstleistungen für die Schwestergesellschaften EVH GmbH (EVH), Energieversorgung Halle Netz GmbH (Netzgesellschaft Halle) und Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (HWS) innerhalb der SWH-Gruppe.

Eine Beteiligung besitzt die ITC mit 50 % an der Arbeitsgemeinschaft Elektronisches Personenstandsregister Sachsen-Anhalt (ARGE).

1.1.2. Geschäftsfelder

Das Leistungsspektrum des Unternehmens ist breit gefächert: Kern-Handlungsfelder sind nach wie vor SAP-basierte Geschäftsprozesse, branchenbezogene Lösungen für den Energiesektor und den öffentlichen Bereich mit all seinen Facetten sowie branchenunabhängige IT-Services.

Neue Technologien zur Unterstützung mobiler, virtueller oder digitalisierter Organisationen sind ein wichtiger Bestandteil des IT-Serviceangebotes. Die Modernisierung langfristig bestehender IT-Infrastruktur-Komponenten und -systeme, wie zum Beispiel die komplette Netzwerk- und Serverlandschaft der SWH-Gruppe zählen ebenso zu den vereinbarten Aufgaben der ITC. Dies alles unter Berücksichtigung informationssicherheits- und datenschutzrelevanter Aspekte.

Ein fundiertes, professionelles IT-Projektmanagement bildet hierbei eine wichtige Kernkompetenz.

Entsprechend § 6b Abs. 3 EnWG i.V.m. § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG werden energiespezifische Dienstleistungen erbracht. Aufgrund dessen ist die Gesellschaft zur Führung von getrennten Konten für diese Tätigkeiten sowie zur Aufstellung von Tätigkeitsabschlüssen für die Bereiche Elektrizitätsverteilung, Gasverteilung und grundzuständiger Messstellenbetrieb verpflichtet. Diese sind mit weiteren Erläuterungen dem Jahresabschluss beigelegt.

Bei den betreffenden Dienstleistungen handelt es sich im Wesentlichen um Abrechnungs- und IT-Dienstleistungen für die Gesellschaften EVH und Netzgesellschaft Halle. Die diesbezüglichen Aufwendungen und Erträge wurden den Tätigkeiten Elektrizitätsverteilung bzw. Gasverteilung bzw. grundzuständiger Messstellenbetrieb zugeordnet. Die übrigen Aufwendungen und Erträge entfallen auf die restlichen Tätigkeiten innerhalb und außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors.

1.2. Ziele und Strategien

Die Geschäftstätigkeit der ITC zielt ab auf die Gewährleistung der digitalen Daseinsfürsorge für die Region Halle mit dem Schwerpunkt der Versorgungssicherheit. So unterstützt die ITC Daseinsfürsorge durch die Ermöglichung von Leistungen insbesondere der SWH-Gruppe und der Stadt Halle (Saale) und durch die Bereitstellung eigener Leistungen. Diese sind langfristig und stetig im Sinne der Versorgungssicherheit.

Darauf aufbauend beruht die Strategie der Gesellschaft auf der Umsetzung der nachfolgenden Zielstellungen:

- Gewährleistung einer stabilen, wirtschaftlichen, sicheren und gleichzeitig innovativen IT-Infrastruktur der Unternehmen der SWH-Gruppe und der Stadt Halle (Saale) durch die Erbringung anforderungsgerechter IT-Services,
- Zufriedenheit der Unternehmen der SWH-Gruppe sowie der Stadt Halle (Saale) hinsichtlich des wahrgenommenen Mehrwerts der Leistungen der ITC für die Erfüllung ihrer eigenen, sich verändernder Aufgaben durch passende flexible, innovative und gleichzeitig nachhaltige Lösungen,
- die weitere Stabilisierung der ITC als attraktiver, verlässlicher Arbeitgeber und Geschäftspartner sowie als führendes Mitglied der IT-Branche in der Region Mitteldeutschland.

1.3. Steuerung

Das Geschäftsjahr 2023 war geprägt von der finalisierenden Umsetzung einer markt- und wettbewerbsfähigen Aufbauorganisation infolge des seit 2020 laufenden ITC- Reorganisationsprozesses. Damit einhergehend wurden wichtige Voraussetzungen für die Realisierung der Ablauforganisation innerhalb der Prozesslandschaft geschaffen, welche zukünftig einer fortlaufenden Überprüfung hinsichtlich der Kundenanforderungen unterzogen werden. Wesentliche Zielstellungen sind

- eine nachhaltige Verbesserung der Leistungserbringung gegenüber den Kunden,
- die Implementierung arbeitsteiliger sowie effizienter Prozesse
- und damit eine zielgerichtete Hebung vorhandener ITC-Potentiale.

Mit der Umsetzung des Kostenträgerprojektes und der damit verbundenen Entwicklung eines IT-Service-Kataloges wurden 2023 die Weichen für neue IT-Serviceverträge gestellt. Der Abschluss dieser IT-Serviceverträge mit den bestehenden Hauptvertragspartnern, der SWH-Gruppe, zum 1. Januar 2024, ist somit ein zentraler Meilenstein in der Sicherstellung einer erfolgreichen Zusammenarbeit mit den Kunden und damit in der Gesamtstrategie der Steuerung, Neuausrichtung und Optimierung der neuen Prozesslandschaft.

Ein weiterer wichtiger Baustein in der Optimierung intern als auch extern gerichteter Prozesse ist die Überarbeitung des IT-Service-Portals, welches in der SWH-Gruppe ausgerollt wurde. Mit der digitalen Service-Lösung für die Kunden steht vor allem die Steigerung von Effizienz, Transparenz und Qualität bei der Bearbeitung von Services und der Steuerung von Service-Anfragen und -Prozessen im Vordergrund, was durch eine passgenaue IT-Unterstützung, bis hin zu Teilautomatisierung von Prozessen, Self-Services und Personalisierung realisiert werden soll.

Hinsichtlich der Aufbauorganisation gab es eine Veränderung auf Ebene der Geschäftsführung. Seit 1. Juni 2023 ist Frau Dr. Kerstin Pankewitsch die alleinige Geschäftsführerin der ITC.

Die gesamtunternehmerische Steuerung der Gesellschaft erfolgt auf Grundlage der in Gliederungspunkt 1.1.2. genannten strategischen Geschäftsfelder durch den Führungskreis der ITC mit Hilfe konkreter Erfolgsfaktoren und Kennzahlen.

Die Gesellschaft beschäftigte im Jahresdurchschnitt 256 Mitarbeitende und 19 Auszubildende und bezieht kaufmännische und personalwirtschaftliche Dienstleistungen über Vertragsbeziehungen innerhalb des Stadtwerkekonzerns.

Der ab dem 1. Januar 2021 geltende Geschäftsbesorgungsvertrag über die Erbringung kaufmännischer Dienstleistungen zwischen der ITC und der EVH bestand im Geschäftsjahr 2023 fort. Gleiches gilt für den Geschäftsbesorgungsvertrag über die personalwirtschaftlichen Dienstleistungen zwischen der ITC und der SWH.

Zudem bestanden die Geschäftsbesorgungsverträge für die zentrale Kommunikation/Medien, das Marketing, die Konzernrevision sowie für die zwischen der ITC und der SWH getroffene Cash Pool-Vereinbarung mit einem Kontokorrentkreditrahmen von 3.000 T€.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Das Geschäftsjahr 2023 war weiterhin geprägt von hohen Energiepreisen, Kostensteigerungen und Unsicherheiten über die wirtschaftlichen Perspektiven bei Verbrauchern und Unternehmen, auch bei der ITC. Zusätzlich verstärkten die weiterhin bestehenden Herausforderungen am Personalmarkt die Situation. Die aufgrund der Corona-Pandemie aufgetretene Störung der globalen Lieferketten von IT-bezogenen Waren war hingegen im Berichtszeitraum rückläufig, sodass kein maßgeblicher negativer Einfluss auf die Bereitstellung von IT-Dienstleistungen und IT-Waren für die SWH-Gruppe und die Stadt Halle (Saale) zu verzeichnen war.

Vor diesem Hintergrund war es weiterhin wichtig, Chancen für die Weiterentwicklung der Gesellschaft frühzeitig zu erkennen, um auf die stark schwankenden Rahmen- und Marktbedingungen flexibel reagieren zu können.

Dem bestehenden Bedarf an qualifizierten IT-Fachkräften wird mittels gezielter kurzfristiger und langfristiger Maßnahmen entgegengewirkt. So intensiviert die ITC seit 2023 verstärkt die Ausbildung junger IT-Fachkräfte und die seit 2022 bestehende Kooperation mit der Hochschule Merseburg wird intensiv weitergeführt. Aber auch eine verstärkte Präsenz und Kommunikation auf bekannten medialen Plattformen sowie lokalen Messen und Veranstaltungen steht im Fokus der Personalakquise.

Hinsichtlich des bestehenden Personals konnte durch die im Rahmen der Reorganisation implementierte Organisationsstruktur und die sukzessive Erfassung und Optimierung der Prozesslandschaft der Einsatz von Ressourcen effizienter gestaltet werden.

Die mittlerweile vollständig etablierte IT-Governance in der SWH-Gruppe hat die Rolle der Gesellschaft als kompetenter IT-Service-Provider der Gruppe gestärkt. Neben effizienten IT-Service-Management-Prozessen sowie einem professionellen IT-Projektportfoliomanagement sind vor allem innovative, effiziente, sichere und nachhaltige IT-Lösungen mit Mehrwert für die Geschäftsfelder der Gruppe gefordert. Das monatlich stattfindende operative IT-Forum mit den IT-Ansprechpersonen der Unternehmen der SWH-Gruppe und der IT-Koordination der SWH ist dabei ein wichtiger Multiplikator und Entscheidungsträger zur Schaffung von Synergieeffekten und ein entscheidender Faktor des innovativen Fortschritts.

Folgende Entwicklungsfelder wurden im Jahr 2023 besonders priorisiert:

- die finale Umsetzung des Reorganisationsprozesses mit Fokus auf die Implementierung neuer und effizienter Geschäftsprozesse,
- die Fertigstellung des IT-Service-Katalogs und die damit verbundene Kosten- und Preiskalkulation der Kunden-Services als Basis für die Neugestaltung der IT-Serviceverträge für die SWH-Töchter ab dem 1. Januar 2024 unter Berücksichtigung der Einhaltung von Preisrechtskonformität,
- die Implementierung und Weiterentwicklung des IT-Service Portals (ITSM) sowie damit einhergehend der Aufbau einer Configuration Management Database (CMDB) als Basis für ein effizientes IT-Infrastruktur Management,
- die Einführung eines digitalen Vertragsmanagements mit umfangreichen Funktionalitäten,
- die Implementierung einer ITC-Lagerwirtschaft im SAP System, zur transparenten Darstellung der Buchungen hinsichtlich der Lagerbestände und zur Gewährleistung der vollständigen Dokumentation,
- der Abschluss eines SAP-Rahmenvertrages mit der EVH als Vertragseigner zum 1. Januar 2023 inkl. Regelung der Weiterverrechnung von SAP-Lizenzen und der durch ITC erbrachten Leistungen im SAP-Umfeld sowie die Etablierung eines konzernweiten Change Advisory Boards (CAB) zur Steuerung.

1.5. Kontinuierliches Verbesserungsmanagement

Ein wichtiger Schritt in der Optimierung der Organisations- und Ablauforganisation ist die Einführung einer digitalen Lernwerkstatt „eLernwerkstatt“. Diese ergänzt das vorhandene Schulungsangebot und dient der zielgruppen- und bedarfsgerechten Schulung und Unterweisung der Mitarbeitenden sowie Führungskräfte der ITC. Die personengenaue Zuordnung und digitale Nachweisführung mit anschließender Ablage der Zertifikate in der Personalakte bilden hierfür eine rechtssichere Basis. Zudem ist die Durchführung der Schulungen zeitlich und örtlich für die Mitarbeitenden unabhängig, was zusätzlich den Aufwand für Personal und Verwaltung reduziert.

Die Einführung des digitalen Vertragsmanagements wurde im Geschäftsjahr 2023 weiter vorangetrieben, was ebenfalls zur Verbesserung der internen Geschäftsprozesse beigetragen hat. Wichtige Vertragsinformationen und deren Inhalte werden in einer Plattform zentralisiert, strukturiert und für alle Geschäftsbereiche im vollen Umfang digital zur Verfügung gestellt.

Um auch Buchungen hinsichtlich der Lagerbestände transparenter darzustellen und um eine vollständige Dokumentation dieser Buchungen zu gewährleisten, wurde eine ITC Lagerwirtschaft im SAP System bis Ende 2023 implementiert. Damit können nun alle Warenbewegungen direkt im SAP gebucht und Lagerbestände im SAP abgerufen werden. Auch die Durchführung der Inventur kann ab sofort systemgestützt im SAP erfolgen, was den manuellen Aufwand für Umbuchungen entfallen lässt.

Das in 2022 bei der ITC eingeführte All-in-One Projektmanagement Tool „Stackfield“ wurde 2023 nachhaltig in die Prozesslandschaft der ITC hinsichtlich der Durchführung von Projekten und Aufgaben implementiert. „Stackfield“ beinhaltet alle wesentlichen Funktionen innerhalb einer Plattform, in der die Teams der ITC, aber auch Tochterunternehmen der SWH-Gruppe, unabhängig von Ort und Zeit gemeinsam an Aufgaben und Projekten gezielt und effizient arbeiten können.

Die unternehmensweite Prozesslandkarte und einzelne Geschäftsprozessmodelle wurden und werden im Zuge des Reorganisationsprojektes durch das Architektur- und Prozessmanagement unter Nutzung eines entsprechenden Werkzeugs in der BPMN 2.0-Notation weiter erfasst, in den Teams analysiert und bei Bedarf angepasst.

Die ITC absolvierte in 2023 mit Erfolg das externe Überwachungsaudit gemäß DIN EN ISO 9001:2015 (Qualitätsmanagement) und die daran geknüpfte Zertifizierung DIN EN ISO/IEC 27001:2017 (IT-Sicherheit).

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die trotz der jüngsten Rückgänge nach wie vor hohen Preise auf allen Wirtschaftsstufen dämpften die Konjunktur Deutschlands in 2023. Ebenso beeinflussten ungünstige Finanzierungsbedingungen durch steigende Zinsen und eine geringere Nachfrage aus dem In- und Ausland die konjunkturelle Entwicklung. Hinzu gekommen sind neue geopolitische Unsicherheiten durch den Krieg im Nahen Osten ab Oktober 2023. Insgesamt konnte sich dadurch die Erholung der deutschen Wirtschaft vom tiefen Einbruch im Corona-Jahr 2020 nicht weiter fortsetzen.

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) Deutschlands sank nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes in 2023 um 0,3 % im Vergleich zum Vorjahr. In Sachsen-Anhalt betrug der Rückgang im ersten Halbjahr 2023 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr 3,2 % und fiel damit deutlich stärker als der Durchschnitt aller Bundesländer aus (deutschlandweit -0,3 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Die schwache Konjunktur ist ebenfalls nicht spurlos am Arbeitsmarkt vorübergegangen. Dennoch behauptet sich der Arbeitsmarkt angesichts des Ausmaßes an Belastungen und Unsicherheiten nach wie vor gut. Nach Informationen der Bundesagentur für Arbeit sind Erwerbstätigkeit und Beschäftigung so hoch wie nie zuvor und auch 2023 zählt zu den Jahren mit der niedrigsten Arbeitslosigkeit seit der Wiedervereinigung. Die Arbeitslosenquote stieg in Deutschland gegenüber dem Vorjahr um +0,4 Prozentpunkte auf 5,7 %, in Sachsen-Anhalt auf 7,5 % (Vorjahr 7,1 %).

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum 31. Dezember 2023 einen Einwohnerstand von 244.501 (Vorjahr 244.099) aus. Damit konnte die Stadt zum dritten Mal in Folge einen leichten Zuwachs gegenüber dem Vorjahr verzeichnen.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Tätigkeitsschwerpunkte des Geschäftsjahres waren die Sicherstellung der Abrechnungsdienstleistungen für die EVH, die Netzgesellschaft Halle und die HWS (insbesondere auch durch die Herausforderungen auf dem Energiemarkt durch erhebliche Preissteigerungen sowie häufiger und kurzfristiger Gesetzesänderungen), die Sicherstellung des Betriebes der zu betreuenden IT-Infrastruktur, IT-Sicherheit und Fachanwendungen sowie die Umsetzung der beauftragten Projekte. Nachfolgend seien für die Kernpartner ausgewiesene Projekte dargestellt.

Projekte für die Stadtverwaltung Halle

In der Stadtverwaltung Halle (Saale) wird mit dem Projekt Kommunalmaster Steuern/Abgaben (KM-StA) ein SAP-integratives und HANA-fähiges Produkt zur Abwicklung steuerlicher Prozesse in der kommunalen Verwaltung implementiert. Die Implementierung des Produktes KM-StA ist eine wichtige Voraussetzung für die zukünftige Umstellung auf S/4 HANA mit KM-Finanzen. Das derzeit genutzte Verfahren Kommunalmaster Veranlagung (KM-V) wird durch das offizielle Nachfolgeprodukt KM-StA ersetzt. Die Implementierung des Produkts in der bestehenden Entwicklungslandschaft ist technisch erfolgt. Das Projekt wird voraussichtlich bis Ende Februar 2026 abgeschlossen sein.

Das von der ITC ganzheitlich entwickelte Grobkonzept zur Erneuerung der IT-Landschaft der 64 halleischen Schulen (mit über 70 Standorten und ca. 27.500 Schülern sowie 2.000 LehrerInnen) geht mit der Finalisierung des DigitalPakts bis Ende 2024 in eine tragende Phase über. Im Geschäftsjahr 2023 wurden insgesamt 16 Schulen mit der durch den DigitalPakt geförderten Technik in Betrieb genommen. Parallel beginnt der Aufbau eines Rechenzentrums für die städtischen Schulen. Neben den langfristig geplanten Projekten werden parallel kurzfristige Projekte wie Sofortausstattungsprogramme oder auch Schulumzüge umgesetzt.

Mit der Erneuerung zweier Exchange Server der Stadt Halle (Saale) im Rechenzentrum ITC und der damit verbundenen Migration der Daten wurde 2023 ein großer Meilenstein erreicht. Auch die Erneuerung der Virtualisierungsumgebung der Stadt Halle (Saale) wurde nach erfolgter Inbetriebnahme der Server und der Migration der Daten Ende des Geschäftsjahres 2023 abgeschlossen.

Projekte innerhalb der SWH-Gruppe

Ein einheitliches, dem Stand der Technik entsprechendes Firewall-/Secure-Web-Proxy-System (next generation firewall) mit erweiterten Sicherheitsfunktionen zur Ablösung der bisherigen Lösung der Stadtwerke und der Stadt Halle (Saale) wurde beschafft und befand sich Ende 2023 in der finalen Phase. Dabei wird neben den technischen Parametern auch die sichere Bereitstellung von Diensten und der reibungslose Betrieb sichergestellt. Nach dem erfolgten Rollout der neuen VPN-Umgebung im Jahr 2022 konnte im November 2023 das Rollout des Web-Proxy auf die SWH-Gruppe und die Stadt Halle (Saale) durchgeführt werden.

Das Projekt Nachfolge IS-U (NAFISU) ist ein unternehmensübergreifendes Organisations- und IT-Projekt der SWH und soll das bisher eingesetzte SAP IS-U bis 2027 ablösen. Ziel ist die Umgestaltung der kundenbezogenen Prozess- und IT-Landschaft der EVH, Netzgesellschaft Halle und HWS. Das Vorprojekt konnte 2023 erfolgreich abgeschlossen werden. Dabei hat die ITC durch ihre umfassenden technischen Fachkenntnisse bei der Umsetzung der prozessualen, organisatorischen und technischen Anforderungen intensiv mitgewirkt und nachhaltig unterstützt.

Die SAP-Umgebungen der SWH und der Abfallwirtschaft Halle-Lochau GmbH konnten auf die S/4HANA-Landschaft der SWH-Gruppe migriert werden.

Im Geschäftsfeld Energie werden zur Sicherstellung der Anforderungen aus dem Messstellenbetriebsgesetz und den gesetzlich geforderten Formatwechseln eine Vielzahl von IT-Projekten umgesetzt.

Darüber hinaus erfolgten die Priorisierung und Umsetzungsplanung weiterer Digitalisierungsprojekte für die Gesellschaften der SWH-Gruppe, insbesondere im Zusammenhang mit der Energiekrise.

Interne Projekte zur Prozessverbesserung

Die noch laufende Reorganisation der ITC hat umfangreiche Prozessanpassungen zur Erreichung der in Abschnitt 1.3 beschriebenen Zielstellungen zur Folge. Der Kernleistungserbringungsprozess des Unternehmens ist dabei der Ausgangspunkt.

Mit der Finalisierung des IT-Service Katalogs und der damit verbundenen Kosten- und Preiskalkulation der Kunden-Services konnten bis Ende 2023 die Vorbereitungen zur Einführung der neuen IT-Serviceverträge abgeschlossen werden. Die Verhandlungen zum IT-Servicevertrag für die Stadt Halle (Saale) mit Beginn 1. Januar 2025 werden voraussichtlich im dritten Quartal 2024 abgeschlossen sein.

Vor diesem Hintergrund konnte die Weiterentwicklung des IT-Service-Managements (ITSM) weiter vorangetrieben werden. Im Vordergrund steht der Aufbau einer CMDB (Configuration Management Database). Die Integration IT-Discovery- und Inventory-Tools des Quellsystems wurde bereits Ende 2023 erfolgreich abgeschlossen. Die Migration weiterer Quellsysteme erfolgt zu Beginn 2024. Parallel wird eine Governance erarbeitet, die CMDB-Prozesse und -Verantwortlichkeiten festlegt und somit die Aktualität der CMDB sicherstellt.

Im Teilprojekt Request Fulfillment werden die für die Abbildung im ITSM relevanten Service Requests identifiziert, priorisiert und beschrieben. Im Teilprojekt Incident Management stehen die Umsetzung des Bearbeitergruppen-Konzeptes sowie der Wissensdatenbank im Fokus. Parallel erfolgt der Rückbau des derzeitigen Incident Managements auf den ITIL-Standard. Die Teilprojekte Service Catalogue Management sowie Lizenzmanagement werden erst Mitte des Jahres 2024 begonnen.

Im Zuge der übergeordneten Reorganisation in der ITC wurde auch der kaufmännische Bereich auf die neue Aufbauorganisation und die definierten Zielstellungen ausgerichtet. Ziel ist die stärkere Vernetzung zwischen den Fachbereichen und dem kaufmännischen Bereich als interner Dienstleister unterstützt durch Bereichscontrollerinnen und -controllern. Auch die damit verbundenen kaufmännischen Prozesse galt es in Hinblick auf die neuen IT-Serviceverträge zu entwickeln und zu implementieren.

Umfeldaktivitäten

Die ITC hat auf dem Gebiet der IT-Betriebsführung nur noch eine Kommune in Sachsen-Anhalt als Kunden und plant mittelfristig, keinen weiteren Kommunen diese Leistung anzubieten. Mit der Konzentration auf die Erhöhung der Servicequalität für die Unternehmen der SWH-Gruppe und der Stadt Halle (Saale) werden hier weiterhin Anpassungen vorgenommen. Das Projektgeschäft mit Drittkunden wird vorerst nicht mehr priorisiert.

Kommunen aus Sachsen, Brandenburg und anderen Bundesländern greifen weiterhin über das Rechenzentrum auf „Das elektronische Personenstandsregister ePR21+“ für Standesämter zu und nutzen dabei auch die Sammelaktenlösung, die alle Anforderungen der Personenstandsverordnung zur Führung des elektronischen Registers erfüllt. Dies schließt die produktive Nutzung des automatisierten, elektronischen Datenaustausches zwischen den Standesämtern nach dem normierten Übermittlungsstandard „X-Personenstand“ mit ein. Die mit der KID Magdeburg GmbH gebildete ARGE "Elektronisches Personenstandsregister Sachsen-Anhalt (ePR-LSA)" arbeitet weiter erfolgreich. Diese erhielt vom Land Sachsen-Anhalt den Auftrag, das zentrale elektronische Personenstandsregister für die Kommunen im Land zu führen. Aktuell befindet sich der Vertrag in der automatischen, jährlichen Verlängerung.

Die ITC war auch 2023 Mitglied im Cluster IT-Mitteldeutschland e.V.

3.2. Politische und rechtliche Entwicklung

Über die bereits beschriebenen Änderungen der politischen Umwelt hinaus sind keine politischen und rechtlichen Änderungen mit wesentlichem Einfluss auf die Unternehmensentwicklung hervorzuheben.

3.3. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Wesentliche Erfolgsfaktoren für das Geschäft der ITC sichern die möglichst störungsfreie und anforderungsgerechte Bereitstellung der IT-Services für die KundInnen der ITC. Dazu zählen geeignete Managementprozesse, eine vertrauensvolle und faire Zusammenarbeit mit der Gesellschafterin, den KundInnen und GeschäftspartnerInnen, hinreichend qualifizierte und motivierte Beschäftigte, passende, d.h. innovative und sichere Technologien und Produkte sowie bei Bedarf bewusst gelenkte externe Lieferanten. Diese kritischen Erfolgsfaktoren werden im Rahmen der Managementbewertung des Informationsmanagementsystems (IMS) kontinuierlich bewertet und weiterentwickelt. Die Führungskräfte der ITC tragen hierfür eine besondere Verantwortung.

3.4. Forschung und Entwicklung

Um in der IT-Branche langfristig erfolgreich zu sein und den stets komplexer werdenden Anforderungen der Geschäftsprozesse gerecht zu werden, ist es auch wichtig, organisatorische und personelle Rahmenbedingungen für disruptive Innovationen oder Technologien zu schaffen. Etablierten Lösungsanbietern stehen immer öfter Marktteilnehmer mit derartigen Strategien gegenüber. Um hier schritthalten zu können, hat die ITC eine eigene Organisationseinheit gebildet und kreative Mitarbeitende zusammengebracht. Zudem erfolgt eine verstärkte projektbezogene Zusammenarbeit mit Hochschulen des Landes Sachsen-Anhalt.

3.5. Personal und Personalentwicklung

Zum Jahresende waren bei der ITC insgesamt 268 Beschäftigte tätig. Das sind 13 Personen mehr als im Vorjahr. Gründe dafür sind Neueinstellungen.

Mit den in 2023 abgeschlossenen Tarifverhandlungen zum Haustarifvertrag der ITC wurden mit der Zusatztarifvereinbarung die Tabellenentgelte zum 1. Juli linear erhöht.

Wissenstransfer und Verbesserung der Altersstruktur sind auch weiterhin eine große Herausforderung für die Personalarbeit der nächsten Jahre. Vor allem der bestehende Bedarf an qualifizierten IT-Fachkräften, geschuldet durch den rasanten Ausbau digitaler Infrastrukturen in allen Wirtschaftszweigen einhergehend mit sinkenden Absolventenzahlen, führt maßgeblich zu anhaltenden Herausforderungen in der Besetzung offener Stellen. Mittels gezielter kurzfristiger, aber auch langfristiger Maßnahmen – wie zum Beispiel die weiterführende und vertiefende Kooperation mit der Hochschule Merseburg sowie einer stärkeren Präsenz und Kommunikation auf medialen Plattformen, aber auch die verstärkte Ausbildung von Fachinformatikerinnen und Fachinformatikern sowie dual Studierenden – kann dieser geschäftskritischen Problematik frühzeitig entgegengewirkt werden.

Neben dem Fachkräftemangel rückt vor allem die Mitarbeiterbindung immer mehr in den Fokus. Mit Hilfe von Weiterbildungs-, Motivations- und internen Kommunikationsmaßnahmen wird die Bindung zum Unternehmen gestärkt. Beispielsweise soll mit dem Talentpool und weiteren Qualifizierungsprogrammen der SWH-Gruppe angestrebt werden, Mitarbeitende der ITC über verschiedene Bausteine laufbahnunabhängig zu qualifizieren, anhand ihrer Kompetenzen weiterzuentwickeln und folglich auch langfristig zu binden.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2023 erzielte die ITC ein positives Ergebnis. Der Jahresüberschuss, der im Rahmen des Gewinnabführungsvertrages an die SWH abgeführt wird, betrug 960 T€ und lag damit über dem Vorjahresniveau. Die zusammengefasste Ertragslage stellt sich folgendermaßen dar:

Ertragslage	2023	2022	Veränderung	
	T€	T€	T€	in %
Umsatzerlöse	39.695	32.910	6.785	20,6
Übrige Erträge	742	971	-229	-23,6
Materialaufwand	14.508	11.163	3.345	30,0
Deckungsbeitrag	25.929	22.718	3.211	14,1
Personalaufwand	18.613	16.545	2.068	12,5
Sonstige betriebliche Aufwendungen	5.698	4.842	856	17,7
EBITDA	1.618	1.331	287	21,6
Abschreibungen	589	516	73	14,1
EBIT	1.029	815	214	26,3
Finanzergebnis	-67	-53	-14	-26,4
Steuern	2	2	0	0,0
Jahresergebnis	960	760	200	26,3

Die Umsatzerlöse des Unternehmens sind im Vergleich zum Vorjahr um 6.785 T€ (20,6 %) auf 39.695 T€ gestiegen.

Die ITC erzielte durch Dienstleistungen aus dem Geschäftsbesorgungsvertrag für die Datenverarbeitung (IT-Vertrag) mit der Stadt Halle (Saale) im Geschäftsjahr 2023 Umsatzerlöse in Höhe von 10.698 T€. Dies sind 1.822 T€ mehr als im Vorjahr. Die Umsatzerlöse für Dienstleistungen mit den Unternehmen der SWH-Gruppe betragen 21.107 T€. Im Vergleich zum Vorjahr (18.791 T€) erhöhten sich diese um 2.316 T€. Der Anstieg entfällt im Wesentlichen auf SWH und EVH.

Der Umsatz durch die Realisierung von Projekten im Umfeld der SWH-Gruppe und der Stadt Halle (Saale) stieg im Geschäftsjahr 2023 (6.194 T€) im Vergleich zum Vorjahr (3.542 T€) um 2.652 T€. Ursache für den Anstieg sind insbesondere höhere Leistungen für EVH und Stadt Halle (Saale). Darüber hinaus war das Dienstleistungs- und Projektgeschäft mit Dritten in Höhe von 1.658 T€ etwa auf dem Vorjahresniveau (1.663 T€).

Aufwendungen für bezogene Waren und bezogene Leistungen fielen im abgelaufenen Geschäftsjahr in Höhe von 14.508 T€ an. Der Anstieg in Höhe von 3.345 T€ korrespondiert mit den höheren Umsatzerlösen und war insbesondere auf gestiegene Aufwendungen für den Bezug von Hard- und Software sowie von IT-Projekt- und Beratungsleistungen zurückzuführen.

Die Personalaufwendungen betragen 18.613 T€ und haben sich damit gegenüber dem Vorjahr (16.545 T€) deutlich erhöht. Die Steigerung in Höhe von 2.068 T€ war vor allem Ergebnis von Tarifsteigerungen und der Einstellung von neuen Mitarbeitenden im Verlauf des Geschäftsjahres.

Die Abschreibungen im Geschäftsjahr 2023 lagen mit 589 T€ über dem Vorjahreswert (516 T€), was auf höhere Investitionen als in den Vorjahren zurückzuführen ist.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen um 856 T€ auf 5.698 T€, was maßgeblich auf gestiegene Aufwendungen für die Geschäftsbesorgung, Aufwendungen für Weiterbildungen, Mieten und Pachten sowie IT-Dienstleistungen zurückzuführen war. Gegenläufig wirkten geringere Aufwendungen für Rechts- und Beratungskosten sowie für Kommunikation.

4.2. Finanzlage

Die ITC wies zum 31. Dezember 2023 ein Eigenkapital in Höhe von 522 T€ (Vorjahr 522 T€) aus, was einer Eigenkapitalquote von 4,5 % (Vorjahr 4,6 %) entspricht.

Die Kapitalflussrechnung verzeichnete im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Finanzmittelabfluss in Höhe von 922 T€ (Vorjahr Abfluss 288 T€).

Liquiditätsentwicklung	2023	2022
	T€	T€
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	38	1.743
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-916	-494
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-44	-1.537
Zahlungswirksame Veränderungen	-922	-288
Finanzmittelfonds zum 01.01. des Jahres	290	578
Finanzmittelfonds zum 31.12. des Jahres	-632	290

Die Verringerung des Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit gegenüber dem Vorjahr war hauptsächlich auf bilanzielle Effekte (vor allem die Abnahme der Verbindlichkeiten und Rückstellungen sowie der Zunahme der Forderungen) zurückzuführen.

Im Geschäftsjahr 2023 wurden Investitionen in Höhe von 1.173 T€, im Wesentlichen für Hard- und Software sowie für Betriebs- und Geschäftsausstattung, getätigt. Der im abgelaufenen Geschäftsjahr zahlungswirksame Teil der Investitionen in Höhe von 916 T€ spiegelt sich im Wesentlichen im Cashflow aus der Investitionstätigkeit wider.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit betrug -44 T€ und lag damit um 1.493 T€ über dem Vorjahreswert. Ursächlich war die Aufnahme von Gesellschafterdarlehen in Höhe von 1.675 T€ im Geschäftsjahr 2023 im Unterschied zum Vorjahr (0 T€).

Insgesamt ergab sich zum Bilanzstichtag ein Finanzmittelbestand in Höhe von -632 T€, der im Rahmen des Cash-Poolings mit der SWH als Verbindlichkeit gegenüber der SWH besteht. Der bestehende Cash Pool-Vertrag integriert die ITC in das Cash-Pool-System des Konzerns, welches der Minimierung des gesamtheitlichen finanziellen Risikos dient.

4.3. Vermögenslage

Zum 31. Dezember 2023 betrug die Bilanzsumme der ITC 11.675 T€ und lag damit leicht über dem Vorjahresniveau (11.238 T€).

Auf der Aktivseite stieg das Anlagevermögen um 422 T€ auf 6.089 T€ und das Umlaufvermögen erhöhte sich von 5.270 T€ auf 5.322 T€.

Die Passivseite war im Vergleich zum Vorjahr vor allem durch höhere Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und sonstigen Verbindlichkeiten geprägt. Die Verbindlichkeiten aus den Gesellschafterdarlehen erhöhten sich um 772 T€ auf 3.353 T€. Ferner haben sich die unter den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesenen Verbindlichkeiten aus Steuern um 734 T€ erhöht. Dagegen haben sich die Rückstellungen um 332 T€ auf 2.404 T€ und die erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen um 588 T€ auf 68 T€ vermindert.

4.4. Gesamtaussage

Die ITC schloss das Geschäftsjahr 2023 mit einem Ergebnis oberhalb des Wirtschaftsplanes ab.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzernweit einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Dieses gruppenweite, bereichsübergreifende System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potenzielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern / vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

5.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31. Dezember 2023 wurden für das Jahr 2024 bei der Risikoinventur insgesamt 40 Risiken ermittelt (Vorjahr 41). Unter diesen Risiken lassen sich insgesamt 4 Einzelrisiken den Gruppen 1 und 2 zuordnen, welche sich wie folgt auf die nachfolgend dargestellten Risikokategorien und Risikogruppen unterteilen:

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Allgemeine Geschäftsrisiken	4	-	-
Finanzrisiken	7	-	1
Führung/Organisation	6	-	-
Marktrisiken	13	-	2
Rechtliche Risiken	5	-	-
Technische Risiken	5	-	1
Gesamt	40	-	4

Eines der ermittelten Marktrisiken ergibt sich aus einer starken Abhängigkeit von Großkunden. Aufgrund der Geschäftsgrundlage der ITC stellt die Stadt Halle (Saale) mit einem Anteil von etwa 41 % den zweitgrößten Kunden dar. Ein Wegfall würde zu einem massiven Personalüberhang führen. Ein weiteres Marktrisiko besteht in der Notwendigkeit, Fremdleistungen wie Berater, Dienstleistungen zu beschaffen, da durch die aktuelle Arbeitsmarktsituation ein Mangel an Arbeitskräften vorherrscht, sodass offene Stellen nur schwer besetzt werden können. Dies führt zu einer deutlichen Absenkung der Wertschöpfungstiefe und Deckungsbeiträge in IT-Projekten. Gleichzeitig steigt aber die Gefahr bei steigender Anzahl und Größe von IT-Projekten, dass kurzfristig entstehende Kapazitätsnachfragen nicht vollständig mit eigenem Personal gelöst werden können.

Ein maßgebliches finanzielles Risiko ergibt sich mit der Umstellung der bestehenden Systemlandschaft SAP R/3 auf die neue Technologie SAP HANA und SAP S/4. Insbesondere Aus- und Weiterbildungskosten und Kosten für Beratungsleistungen im Rahmen der Einführung und Implementierung führen zu einem erhöhten Risiko.

Unter dem technischen Risiko sind die IT-Risiken der SWH-Gruppe zu sehen, welche über den Risikobehandlungsplan der ITC gesteuert werden. Dieser Risikobehandlungsplan enthält alle relevanten IT-Risiken mit Maßnahmen sowie Verantwortlichkeiten und wird regelmäßig aktualisiert.

5.3. Gesamtbild

Die dargestellten Risiken waren Bestandteil einer umfassenden Chancen- und Risikobewertung zum Jahresabschluss. Die Gesellschaft geht davon aus, dass die im Jahresabschluss abgebildeten Maßnahmen zur Risikovorbeugung einem ausgewogenen Verhältnis von Chancen und Risiken entsprechen.

6. Prognosebericht

Zukünftig werden die Wachstumstreiber in den Kernbereichen der ITC weiter Bestand haben. Hierzu zählen:

- die kontinuierliche Absicherung der Datenverarbeitung und IT-Sicherheit in den Unternehmen der SWH-Gruppe, der Stadt Halle (Saale) und anderer Vertragspartner;
- die qualitätsgerechte und rationelle Durchführung von Abrechnungsdienstleistungen der Sparten Strom, Gas, Fernwärme, Wasser und Abwasser für die Unternehmen EVH, Netzgesellschaft Halle und HWS.

Speziell die gesetzlichen Anforderungen in der Energiewirtschaft und die Energiewende stellen stetig neue Anforderungen an die Unternehmen. Darüber hinaus ergeben sich auch aus den verstärkten Konsolidierungsanforderungen in den Kommunen und der sich ausweitenden Digitalisierung von Geschäftsprozessen neue Handlungsfelder für das Unternehmen. Dabei ist insbesondere zu nennen die Schärfung der Kompetenzen in Verbindung mit Projekten zur Optimierung der Geschäftsprozesse und des effektiven und effizienten Hard- und Softwareeinsatzes für die Unternehmen der SWH-Gruppe und der Stadt Halle (Saale). Informationssicherheits- und datenschutzrelevanten Aspekten kommt hierbei eine immer größere Bedeutung zu.

Die wirtschaftliche Lage hat sich trotz anhaltender Schwankungen als widerstandsfähig erwiesen. Weiterhin stabil und vergleichbar mit der Situation vor der Corona-Pandemie ist auch die Lieferzeitsituation im Bereich IT-Hard- und Software ist. Somit ergibt sich kein entscheidender Einfluss auf die Bereitstellung von IT-Dienstleistungen und IT-Waren in der SWH-Gruppe und der Stadt Halle (Saale). Dennoch gilt es weiterhin den Fokus auf eine verstärkte Marktbeobachtung, eine intensivere Prüfung bestehender Lieferantenverträge, Neuverhandlungen und Lieferantenwechsel zu legen, um den steigenden Kosten und der andauernden instabilen Marktsituation entgegenzuwirken.

Ob aber mit Blick in das Jahr 2024 die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage negativ beeinflusst wird, kann nicht genau abgeschätzt werden. Notwendige Maßnahmen werden weiterhin umgesetzt.

Die Situation am Personalmarkt verschärft sich weiterhin. Mit der zunehmenden Digitalisierung und dem demografischen Wandel ist dabei die IT-Branche stark betroffen. Dies wird durch den anhaltenden durch Corona induzierten Trend zum mobilen Arbeiten verstärkt, sodass in allen IT-Berufsgruppen ein zunehmender und auch überregionaler Wettbewerb um Fachkräfte besteht. Gezielte kurzfristige vor allem aber auch langfristige Maßnahmen, sollen dabei helfen, dieser mittlerweile ernsthaften Problematik frühzeitig entgegenzuwirken.

Weitere Risiken können aus den schon im Chancen- und Risikobericht berücksichtigten zusätzlichen Beschaffungseingängen sowie aus zusätzlichen IT-Sicherheitsrisiken entstehen.

Die Geschäftsführung geht auch mit den dargestellten Risiken und Auswirkungen davon aus, dass die Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit fähig ist. Es bestehen keine bestandsgefährdenden Risiken.

6.1. Umsatzentwicklung

Für das Jahr 2024 erwartet die ITC einen Anstieg der Umsatzerlöse von aktuell 39.695 T€ auf 40.784 T €.

Die Steigerung gegenüber dem Geschäftsjahr 2023 resultiert vor allem aus höheren erwarteten Dienstleistungen und Projektgeschäft gegenüber der SWH-Gruppe und Stadt Halle (Saale). Die zusätzlichen Umsätze aus IT-Dienstleistungen beruhen maßgeblich auf zusätzlichen Leistungen; der Anstieg des Projektgeschäfts neben einer zunehmenden Mengenkomponente nach der Reorganisation auch auf einer Preiskomponente. Die Realisierung moderater Umsätze aus dem Drittgeschäft ist weiterhin Ziel der ITC, hier wird für 2024 von Umsatzerlösen auf dem aktuellen Niveau ausgegangen.

6.2. Investitionen

Aufgrund der rasanten technologischen Entwicklung im Bereich Informationstechnologie verbunden mit der schnelleren Verarbeitung und Speicherung von großen Datenmengen sowie der Einführung von neuen Softwarelösungen sind regelmäßige Neu- und Ersatzinvestitionen in die IT-Landschaft der ITC notwendig. Gleichsam steigen die Anforderungen an die Sicherheit für die IT-Infrastruktur deutlich.

Für das Jahr 2024 sind im Wirtschaftsplan der ITC Investitionen in Höhe von 2.094 T€ berücksichtigt. Nachfolgende Projekte stellen ausgewählte Investitionen für die ITC und für die Kunden „managed service“ dar:

- Hardware PC-Arbeitsplätze
- Implementierung und Weiterentwicklung des IT Service Portals
- Erneuerung der TK-Anlage als Cloud-Lösung innerhalb der SWH-Gruppe.

Der Investitionsbedarf der ITC verbleibt auf einem hohen Niveau, da die ITC in Zukunft nicht nur Investitionen für sich selbst durchführen wird, sondern auch im Rahmen der Bereitstellung von Services für mehrere Kunden der SWH-Gruppe.

6.3. Finanzierung

Die Finanzierung der SWH-Gruppe erfolgt grundsätzlich im Wege einer Konzernfinanzierung über die SWH und wird über Gesellschafterdarlehen an die Tochterunternehmen entsprechend ihrer Finanzbedarfsplanung ausgereicht.

Die Investitionsmaßnahmen werden zu 80 % durch Gesellschafterdarlehen der SWH und 20 % Eigenkapital finanziert.

Die Liquidität wird auch im Geschäftsjahr 2024 gemäß der aktuellen Finanzplanung gegeben sein.

6.4. Ergebniserwartung

Die Geschäftsführung erwartet auf Basis der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2024 ein Ergebnis vor Steuern und Ergebnisabführung in Höhe von 1.057 T€.

Unabhängig von den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen geht die Gesellschaft auch für die Folgejahre von einer stabilen Ergebnissituation aus.

RAB Halle GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Sitz der Gesellschaft: Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)	Postanschrift: Berliner Straße 100 06258 Schkopau OT Döllnitz
Rechtsform:	GmbH	
Stammkapital in T€:	300	
Gesellschafter:		T€ %
	Stadtwerke Halle GmbH	<hr style="width: 100%; border: 0.5px solid black;"/> 300 100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb einer Anlage zur Behandlung von Siedlungsabfällen, Bau- und Abbruchabfällen, Abfällen aus der mechanischen Behandlung sowie Abfällen, die im Gebiet der Stadt Halle (Saale) tatsächlich anfallen und der Stadt Halle (Saale) als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger überlassen werden.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Abfallentsorgung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Jänicke, Burkhardt

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2023		2022		2021		Veränderungen 2023 zu 2022	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	2.440	50	2.273	53	2.663	69	167	7
Umlaufvermögen	2.481	50	2.017	47	1.173	31	464	23
Bilanzsumme	4.921	100	4.290	100	3.836	100	631	15
Passiva								
Eigenkapital	1.828	37	1.708	40	1.708	45	120	7
Rückstellungen	473	10	503	12	500	13	-30	-6
Verbindlichkeiten	2.620	53	2.079	48	1.628	42	541	26
Bilanzsumme	4.921	100	4.290	100	3.836	100	631	15

bb) GuV

	2023	2022	2021
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	10.558	8.942	9.484
sonstige betriebliche Erträge	170	73	71
Materialaufwand	8.576	7.321	7.974
Personalaufwand	432	390	361
Abschreibungen	440	469	531
sonstige betriebliche Aufwendungen	346	379	309
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	46	6	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	8	10	12
Ergebnis nach Steuern	972	452	368
sonstige Steuern	4	4	4
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	968	448	364
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2023	2022	2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	9,17	5,01	3,84	%
Eigenkapitalrentabilität:	52,98	26,25	21,33	%
Cash-Flow:	1.409	917	895	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	1.341	1.127	1.194	T€
Personalaufwandsquote:	4,03	4,33	3,78	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	49,58	52,98	69,43	%
Eigenkapitalquote:	37,15	39,81	44,52	%
Fremdkapitalquote:	62,85	60,19	55,48	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
angelieferte Abfallmengen	83.402,00	76.502,00	82.453,00	Mg
gesicherte Kapazitäten	87.744,00	73.000,00	81.000,00	Mg/a

f) Lagebericht

- 1. Grundlagen der RAB Halle GmbH**
 - 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
 - 1.2. Ziele und Strategien
 - 1.3. Steuerung
 - 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft
- 2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**
 - 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
 - 2.2. Arbeitsmarkt
 - 2.3. Bevölkerungsentwicklung
- 3. Geschäftsverlauf**
 - 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
 - 3.2. Marktbezogene Entwicklung
 - 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
 - 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
 - 3.5. Forschung und Entwicklung
 - 3.6. Personal und Personalentwicklung
- 4. Lage der Gesellschaft**
 - 4.1. Ertragslage
 - 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Kapitalstruktur
 - 4.2.2. Investitionen
 - 4.2.3. Liquidität
 - 4.3. Vermögenslage
 - 4.4. Gesamtaussage
- 5. Chancen- und Risikobericht**
 - 5.1. Risikomanagementsystem
 - 5.2. Chancen und Risiken
- 6. Prognosebericht**
 - 6.1. Umsatzentwicklung
 - 6.2. Investitionen
 - 6.3. Finanzierung
 - 6.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der RAB Halle GmbH

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Das Leistungsangebot der RAB Halle GmbH zielt auf die Nutzung der Ressource Abfall zur Bereitstellung von Sekundärrohstoffen sowie als Energieträger zur Substitution von Primärenergieträgern ab. Dazu betreibt die Gesellschaft am Standort der Deponie Halle-Lochau eine Behandlungsanlage, welche kommunale Siedlungsabfälle sowie gewerbliche Abfälle aufbereitet und verwertet.

Die Gesellschaft ist ein verbundenes Unternehmen der Stadtwerke Halle GmbH und wird in deren Konzernabschluss einbezogen. Eigene Beteiligungen hält die RAB Halle GmbH nicht.

1.1.2. Geschäftsfelder

Die Gesellschaft übernimmt im Kerngeschäft als beauftragter Dritter der Stadt Halle (Saale) die überlassungspflichtigen Abfälle (Rest- und Sperrmüll) des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers. Aus dem kommunalen Auftrag der Behandlung der überlassungspflichtigen Abfälle der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle (Saale) resultiert entsprechend das Hauptgeschäft der Gesellschaft.

Ergänzt wird dieses Kerngeschäft durch die Annahme und Sortierung gewerblicher Abfallmengen aus unterschiedlichen Herkunftsbereichen.

1.2. Ziele und Strategien

Die Gesellschaft hat sich das Ziel gesetzt, über die reine Sicherung der Daseinsvorsorge hinaus, den Grad der stofflichen Verwertung zu forcieren sowie die alternative Energieerzeugung mit Ersatzbrennstoffen zu unterstützen. In der effizienten Verwertung des biogenen Anteils im Restmüll und der mittelkalorischen Ersatzbrennstoffe für die Stromerzeugung, bei gleichzeitiger Wiederverwertung von Sekundärrohstoffen, sieht die RAB Halle GmbH eine geeignete Antwort auf eine klimaschonende Ressourcenwirtschaft, gekoppelt an eine nachhaltige Energiewirtschaft.

Zur Optimierung der Kosten- und Leistungsstruktur sowie zur Erfüllung der gesetzlichen Anforderungen überprüft die Gesellschaft fortlaufend ihr Behandlungskonzept und die entsprechenden Prozesse. Ziel der Gesellschaft ist es, eine effektive und effiziente Behandlung der Abfälle zu gewährleisten und flexibel auf die Gegebenheiten des Marktes mit organisatorischen und technologischen Anpassungen reagieren zu können.

1.3. Steuerung

Die interne Organisation der RAB Halle GmbH ist in die Struktureinheiten der Technischen Betriebsführung und der Geschäftsführung gegliedert.

Die Unternehmenssteuerung erfolgt ausschließlich anhand von Kosten- und Umsatzgrößen. Im Rahmen der vertraglichen Vergabe der kaufmännischen Leistungen werden die in der Wirtschaftsplanung getroffenen Annahmen und Kennzahlen einer stetigen Überprüfung unterzogen.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Wesentliche Veränderungen lagen in der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2023 nicht vor.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die trotz der jüngsten Rückgänge nach wie vor hohen Preise auf allen Wirtschaftsstufen dämpften die Konjunktur Deutschlands in 2023. Ebenso beeinflussten ungünstige Finanzierungsbedingungen durch steigende Zinsen und eine geringere Nachfrage aus dem In- und Ausland die konjunkturelle Entwicklung. Hinzu gekommen sind neue geopolitische Unsicherheiten durch den Krieg im Nahen Osten ab Oktober 2023. Insgesamt konnte sich dadurch die Erholung der deutschen Wirtschaft vom tiefen Einbruch im Corona-Jahr 2020 nicht weiter fortsetzen.

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) Deutschlands sank nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes in 2023 um 0,3 % im Vergleich zum Vorjahr. In Sachsen-Anhalt betrug der Rückgang im ersten Halbjahr 2023 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr 3,2 % und fiel damit deutlich stärker der Durchschnitt aller Bundesländer aus (deutschlandweit -0,3 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Die schwache Konjunktur ist ebenfalls nicht spurlos am Arbeitsmarkt vorübergegangen. Dennoch behauptet sich der Arbeitsmarkt angesichts des Ausmaßes an Belastungen und Unsicherheiten nach wie vor gut. Nach Informationen der Bundesagentur für Arbeit sind Erwerbstätigkeit und Beschäftigung so hoch wie nie zuvor und auch 2023 zählt zu den Jahren mit der niedrigsten Arbeitslosigkeit seit der Wiedervereinigung. Die Arbeitslosenquote stieg in Deutschland gegenüber dem Vorjahr um +0,4 Prozentpunkte auf 5,7 %, in Sachsen-Anhalt auf 7,5 % (Vorjahr 7,1 %).

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum 31. Dezember 2023 einen Einwohnerstand von 244.501 (Vorjahr 244.099) aus. Damit konnte die Stadt zum dritten Mal in Folge einen leichten Zuwachs gegenüber dem Vorjahr verzeichnen.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Die turnusmäßige Zertifizierung des Entsorgungsfachbetriebes wurde zum Jahresbeginn erfolgreich durchgeführt. Des Weiteren wurde der Gesellschaft der Status einer Vorbehandlungsanlage nach Gewerbeabfallverordnung bestätigt. Dazu hat sich die RAB Halle GmbH im Monat Januar des Geschäftsjahres 2023 der jährlichen externen Überprüfung gestellt und konnte in allen Belangen ihre fachliche Eignung nachweisen.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Der Entsorgungsmarkt war im Geschäftsjahr 2023 durch eine grundsätzlich sehr gute Anlagenauslastung gekennzeichnet, wodurch sich die Entsorgungspreise auf einem konstant hohen Niveau bewegt haben.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Weitergehende besondere politische und rechtliche Entwicklungen welche Auswirkungen auf die Gesellschaft hatten, ergaben sich in 2023 nicht. Es ist jedoch zukünftig damit zu rechnen, dass weitere Verschärfungen von gesetzlichen Auflagen zur Behandlung, Sortierung und Verwertung von Abfällen aus dem kommunalen und gewerblichen Bereich verabschiedet werden.

Hervorzuheben ist die Einbeziehung der thermischen Abfallbehandlung in das „Gesetz über einen nationalen Zertifikatehandel für Brennstoffemissionen (Brennstoffemissionshandelsgesetz –BEHG)“ ab dem Jahr 2024. Die damit im Zusammenhang stehenden Abgaben erhöhen einerseits den Aufwand für die Verwertung von Abfällen und andererseits führen diese Kostensteigerungen möglicherweise zu Mengenverschiebungen in den Export.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Bestimmt durch den Unternehmensgegenstand der Gesellschaft sind sowohl die kommunalen Siedlungsabfälle als auch die Abfallmengen aus dem gewerblichen Bereich als wesentliche nicht finanzielle Leistungsindikatoren anzusehen.

Bei der Beurteilung des kommunalen Mengenstroms ist im Vergleich zum Vorjahr ein minimaler Anstieg zu verzeichnen. Im Geschäftsjahr 2023 erhöhte sich die Inputtonnage um 2 %. Im Vergleich der beiden Inputstoffströme des kommunalen Bereiches ist bei den gemischten Siedlungsabfällen und hausmüllähnlichen Gewerbeabfällen ein Anstieg der Jahrestonnage um 1 % und beim Sperrmüll von 7 % zu verzeichnen.

Im Bereich der gewerblichen Abfälle hatte die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2023 einen deutlichen Mengenanstieg gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Hier stieg die angenommene Jahrestonnage des Geschäftsjahres 2023 um 51 %.

3.5. Forschung und Entwicklung

Der Unternehmenszweck der Gesellschaft ist ausschließlich durch die Erbringung von Dienstleistungen bestimmt. Auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung ist die Gesellschaft daher nicht tätig.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2023 waren im Unternehmen acht Mitarbeiter beschäftigt, davon ein Betriebsleiter, drei Schichtleiter sowie vier Anlagen- und Baumaschinenführer. Über die eigenen Mitarbeiter hinaus, welche die operative Führungsebene abdecken, wird der Anlagenbetrieb durch zertifizierte Personaldienstleister aus Halle (Saale) unterstützt. Die Leiharbeitskräfte werden sowohl für Wartungsarbeiten an der Anlage als auch zur operativen Leistungserbringung im Rahmen des Anlagenbetriebes eingesetzt.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Insgesamt resultieren aus den Leistungen der Gesellschaft Umsatzerlöse in Höhe von 10.558 TEUR.

Im Vergleich zum Vorjahr ist die Gesamtleistung der Umsatzerlöse von 8.942 TEUR um 1.616 TEUR gestiegen. Die positive Entwicklung der Umsatzerlöse ist durch die signifikante Entwicklung der Annahmemengen für die Behandlung und Entsorgung der gewerblichen Abfälle begründet.

Der Materialaufwand der Gesellschaft stieg im Vergleich zum Vorjahr um 1.255 TEUR und ist hauptsächlich durch höhere Endverwertungsmengen sowie durch gestiegene Aufwendungen für Strombedarf begründet.

Im Bereich der Personalaufwendungen verzeichnete die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2023 eine Steigerung um 42 TEUR.

Der Abschreibungsaufwand auf Vermögensgegenstände des Anlagevermögens betrug im Geschäftsjahr 440 TEUR und stellt im Vergleich zum Vorjahr eine um 29 TEUR geringere Belastung für das Ergebnis der Gesellschaft dar. Die Veränderung des Abschreibungsaufwandes erklärt sich insbesondere durch die Verschiebung geplanter Investitionen für Ersatzbeschaffungen im Bereich der Mobil- und Anlagentechnik.

Im Bereich der sonstigen betrieblichen Aufwendungen war im abgelaufenen Geschäftsjahr ein Kostenrückgang zu verzeichnen. Der Rückgang ist insbesondere auf nicht in Anspruch genommene Rechts- und Beratungskosten zurückzuführen. Kumuliert belaufen sich die sonstigen betrieblichen Aufwendungen im Geschäftsjahr 2023 auf 346 TEUR. Dies entspricht einem Rückgang von 32 TEUR im Vergleich zum Vorjahr.

Im Vergleich zum Vorjahr konnte die Gesellschaft ihr abzuführendes Ergebnis im Rahmen des geschlossenen Gewinnabführungsvertrages mit ihrer Gesellschafterin, der Stadtwerke Halle GmbH, auf einen Betrag von 968 TEUR steigern. Dies entspricht im Vergleich zum Vorjahr einer Steigerung von 520 TEUR.

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

Die Kapitalstruktur der Gesellschaft ist im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Aufgrund des bestehenden Gewinnabführungsvertrages mit der Gesellschafterin Stadtwerke Halle GmbH wurde das Jahresergebnis des Geschäftsjahres 2022 vollumfänglich abgeführt. Um zukünftige Investitionen aus Eigenmitteln realisieren zu können erfolgte die Rückführung von 120 TEUR, in Form einer Kapitaleinlage. Somit ist im Bereich des Eigenkapitals ein Anstieg auf 1.828 TEUR zu verzeichnen.

Unter den sonstigen Rückstellungen in Höhe von 473 TEUR werden Verpflichtungen für die Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses (20 TEUR; Vorjahr 21 TEUR), Personalarückstellungen (19 TEUR; Vorjahr 20 TEUR), Rückstellungen für ausstehende Rechnungen (81 TEUR; Vorjahr 59 TEUR) sowie Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen (354 TEUR; Vorjahr 403 TEUR) abgebildet.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegenüber verbundenen Unternehmen werden zum Bilanzstichtag mit einer Höhe von 140 TEUR ausgewiesen. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einer Steigerung um 105 TEUR. Im Bereich der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen mit Dritten werden 1.038 TEUR ausgewiesen. Im Vergleich zum Vorjahr stellt dies eine Erhöhung von 89 TEUR dar.

Zur Realisierung von Investitionsmaßnahmen wurde im Geschäftsjahr 2020 die Aufnahme eines Kredites notwendig. Dieser wurde durch die Gesellschafterin, der Stadtwerke Halle GmbH, im Dezember 2020 in Höhe von 800 TEUR gewährt. Unter Einhaltung des Zins- und Tilgungsplans werden zum Bilanzstichtag Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen aus der Gewährung von Krediten in Höhe von 400 TEUR (Vorjahr 533 TEUR) ausgewiesen. Des Weiteren werden Verbindlichkeiten aus der Gewinnabführung gegenüber der Gesellschafterin in Höhe von 968 TEUR ausgewiesen.

Die sonstigen Verbindlichkeiten betragen 74 TEUR. Die geleisteten Abschlagszahlungen des kommunalen Auftraggebers übersteigen die Kosten der tatsächlich behandelten überlassungspflichtigen Abfälle um 68 TEUR. Dies stellt den Hauptgrund für die sonstigen Verbindlichkeiten dar.

4.2.2. Investitionen

Die geplanten Investitionen für das Geschäftsjahr 2023 betragen 772 TEUR und waren geprägt durch Investitionen in der mechanischen Behandlungsanlage sowie in Ersatzbeschaffungen der Mobiltechnik.

Im Geschäftsjahr 2023 wurden Investitionen in Höhe von 607 TEUR vorgenommen. Diese resultieren aus Investitionen für die Ersatzbeschaffung eines Radladers und Elektroumschlagbaggers von kumuliert in Höhe von 564 TEUR und für die Ersatzinvestition eines FE-Abscheiders in der Sortieranlage in Höhe von 38 TEUR. Das nicht in Anspruch genommene Investitionsvolumen in Höhe von 165 TEUR wird auf das Folgejahr verschoben.

4.2.3. Liquidität

Im Vergleich zum Vorjahr ist der Finanzmittelbestand der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2023 um 77 TEUR gesunken und stellt zum Bilanzstichtag eine Forderung im Rahmen des Cash Pools in Höhe von 1.290 TEUR sowie den Bestand an flüssigen Mitteln von 4 TEUR dar. Unter Berücksichtigung der internen Kreditlinie der Gesellschaft im Rahmen der Cash Pool-Vereinbarung war die Liquidität im Berichtsjahr gegeben und die Gesellschaft konnte ihren Zahlungsverpflichtungen jederzeit nachkommen.

Die Finanzierung der SWH-Gruppe erfolgt seit November 2017 grundsätzlich über die SWH durch Ausreichung von Gesellschafterdarlehen an die Tochterunternehmen entsprechend der abgestimmten Finanzbedarfsplanung.

4.3. Vermögenslage

In der folgenden Übersicht sind die Posten der Bilanz zum 31. Dezember 2023 zusammengefasst und dem Vorjahr gegenübergestellt.

Vermögensstruktur	31.12.2023 TEUR	31.12.2022 TEUR	Veränderung TEUR
Langfristiges Vermögen	2.626	2.459	+167
Kurzfristiges Vermögen	2.295	1.831	+464
Gesamtvermögen	4.921	4.290	+631
Langfristiges Kapital	2.095	2.109	-14
Kurzfristiges Kapital	2.826	2.181	+645
Gesamtkapital	4.921	4.290	+631

Im Bereich des Anlagevermögens überstiegen die Investition der Sachanlagen und Immaterielle Vermögensgegenstände die Abschreibungen des Geschäftsjahres 2023. Im Vergleich zum Vorjahr (2.273 TEUR) beträgt das aktive Vermögen im Bereich des Anlagevermögens zum Berichtsdatum 2.440 TEUR.

Auf Grundlage des Forderungsbestandes aus Lieferungen und Leistungen gegen Dritte (670 TEUR; Vorjahr 154 TEUR) sowie der ausgewiesenen Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen (1.485 TEUR; Vorjahr 1.529 TEUR) wird im Vergleich zum Vorjahr ein um 464 TEUR höheres Vermögen im Bereich des kurzfristigen Vermögens ausgewiesen.

Durch die Wiedereinlage des Gesellschafters im Geschäftsjahr 2023 ist eine Veränderung des Eigenkapitals in Höhe von 120 TEUR zu verzeichnen. Das Eigenkapital beträgt zum Berichtsdatum 1.828 TEUR. Im Gegensatz zur Erhöhung des Eigenkapitals ist eine Minderung des Bilanzwertes im Bereich des langfristigen Kapitals in Höhe von 133 TEUR zu erkennen. Begründet ist dies durch die fortlaufende Tilgung eines im Dezember 2020 aufgenommenen Gesellschafterdarlehens von 800 TEUR, wovon zum Berichtsdatum entsprechend dem Tilgungsplan 267 TEUR dem langfristigen Kapital zuzuordnen sind.

Im Bereich des kurzfristigen Kapitals verzeichnet die Gesellschaft einen Anstieg von 645 TEUR im Vergleich zum Vorjahr, welcher hauptsächlich durch den Anstieg der Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistungen begründet ist.

4.4. Gesamtaussage

Das geplante Jahresergebnis für das Geschäftsjahr 2023 in Höhe von 325 TEUR konnte die Gesellschaft übertreffen. Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2023 mit einem Ergebnis in Höhe von 968 TEUR vor Gewinnabführung ab.

Insgesamt blickt die Gesellschaft auf ein überaus positives Geschäftsjahr zurück. Die überplanmäßigen Kosten für Instandhaltungen und Endverwertungskosten konnten durch die überplanmäßigen Umsatzerlöse aus der Annahme und Behandlung von kommunalen und gewerblichen Abfällen kompensiert werden.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

In der Stadtwerke Halle - Gruppe findet ein konzernweit einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Dieses gruppenweite, bereichsübergreifende System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern / vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

5.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31. Dezember 2023 wurden für das Jahr 2024 bei der RAB Halle GmbH insgesamt 13 Risiken ermittelt (Vorjahr 10). Unter diesen Risiken lassen sich insgesamt 6 Einzelrisiken den Gruppen 1 und 2 zuordnen, welche sich wie folgt auf die nachfolgend dargestellten Risikokategorien und Risikogruppen unterteilen:

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Allgemeine Geschäftsrisiken	1	-	-
Finanzrisiken	-	-	-
Führung/Organisation	-	-	-
Marktrisiken	5	-	-
Rechtliche Risiken	4	-	4
Technische Risiken	3	-	2
Gesamt	13	0	6

6. Prognosebericht

6.1. Umsatzentwicklung

Im Geschäftsjahr 2024 plant die RAB Halle GmbH für die Behandlung von überlassungspflichtigen Abfällen des öffentlichen Auftraggebers sowie aus verschiedenen Gewerbebereichen mit Umsatzerlösen in Höhe von 9.119 TEUR. Diese ergeben sich maßgeblich aus dem abgestimmten Abfallaufkommen an kommunalen Siedlungsabfällen der Stadt Halle (Saale) unter Berücksichtigung des kalkulierten Selbstkostenfestpreises nach LSP für das Geschäftsjahr 2024 sowie aus den Leistungsbeziehungen mit Dritten.

Der weiterhin sehr volatile Markt für die Verwertung gewonnener metallischer Sekundärrohstoffe macht die Planung etwaiger Verwertungserlöse im Rahmen der Wirtschaftsplanung 2024 herausfordernd. Für die Verwertung von Eisen- und Nicht-Eisen-Metallen plant die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2024 mit Erlösen in Höhe von 35 TEUR.

Kumuliert betrachtet, plant die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2024 mit Umsatzerlösen in Höhe von 9.154 TEUR.

6.2. Investitionen

Die grundsätzlich geplanten Investitionen im Geschäftsjahr 2024 in Höhe von 365 TEUR sind geprägt durch Investitionen im Rahmen der Anlagentechnik sowie für Ersatzinvestitionen für die vorhandene Mobiltechnik.

Geplant wurden hierbei 175 TEUR für die Ersatzinvestition eines gebrauchten Lastkraftwagens (150 TEUR) und eines Gabelstaplers (25 TEUR). Ergänzend werden Investitionen für EDV-Hardware (40 TEUR) und für die Anlagentechnik (150 TEUR) geplant.

Ergänzend plant die Gesellschaft die Verwendung des nicht ausgeschöpften Investitionsbudgets von 167 TEUR.

Das Agieren der Gesellschaft sowie zukünftige Strategien bei der Verwertung von Abfällen richtet sich stark nach den gesetzlichen Anforderungen sowie den selbstgesetzten Zielen zum Ressourcen- und Klimaschutz. Insbesondere kann hier die Gesellschaft durch Rückgewinnung von Sekundärrohstoffen einen entsprechenden Beitrag leisten. Konkret beschäftigt sich die Gesellschaft mit der Prüfung zur technischen Erweiterung der Anlage im Jahr 2024, um die Menge an verwertbarem Altholz aus Sperrmüll durch eine automatisierte Sortierung zu erhöhen.

Ein neuer Schwerpunkt der Investitionstätigkeit wird zukünftig die Erweiterung der Branderkennung und -bekämpfungstechnik sein. Einerseits durch ein weiterhin latent bestehendes Brandrisiko auf Grund falsch entsorgter Lithium-Ionen-Akkus in den Abfällen und andererseits durch steigende Anforderungen der Versicherer ist hier die Gesellschaft gezwungen, entsprechende Erweiterungen respektive Verbesserungen vorzunehmen.

In den Geschäftsjahren 2025 bis 2028 wird von einem kumulierten Investitionsvolumen von 1.800 TEUR, für notwendige Investitionen für Ersatzbeschaffungen in Anlagen- und Mobiltechnik, für die Umsetzung von Auflagen der Genehmigungsbehörde sowie für die Steigerung der Wertstoffausschleusung, ausgegangen. Die Gesellschaft bewegt sich in ihrer operativen Tätigkeit im Rahmen von „Alt“-Genehmigungen und es besteht ein latentes Risiko von Nachforderungen seitens der Genehmigungsbehörde (z.B. verschärfte Auflagen zum Immissions- und Gewässerschutz).

6.3. Finanzierung

Die grundsätzlich geplanten notwendigen Investitionen können durch Eigenmittel abgedeckt werden.

6.4. Ergebniserwartung

Eine solide Leistungserbringung im Geschäftsjahr 2024 versetzen die RAB Halle GmbH in die Lage, ein positives geplantes Ergebnis in Höhe von 335 TEUR vor Gewinnabführung zu erwirtschaften. Gleichwohl gilt es, die Suche nach Potenzialen voranzutreiben, um zusätzliche Ergebnisbeiträge zu erschließen. Diese Herausforderung wird das Agieren im Geschäftsjahr 2024 kennzeichnen und die positive Fortentwicklung sichern. Auch in den Folgejahren strebt die Gesellschaft nach einer Bestätigung ihres Ergebnispotenzials.

RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Hasentorstraße 9
06526 Sangerhausen

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 620

Gesellschafter:	T€	%
Landkreis Mansfeld-Südharz	310	50,00
Stadtwerke Halle GmbH	310	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die umwelt- und gemeinwohlverträgliche Erfüllung von Entsorgungsaufgaben in Bezug auf andienungspflichtige Abfälle aller Art im Bereich des Landkreises Mansfeld-Südharz und dem Gebiet der Stadt Halle (Saale).

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Abfallentsorgung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Lammert, Dominik

Aufsichtsrat:

Vorsitzender	Schröder, André	
stellv. Vorsitzender	Lux, Matthias	
	Bieder, Marco	
	Jänicke, Burkhardt	(seit 01.01.2023)
	Kretschmann, Reiner	
	Probst, Michael	
	Walther, René	

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021
	T€	T€	T€
Geschäftsführung	keine Angabe	81	79
Aufsichtsrat	1	1	1

Auf die Angabe der Gesamtbezüge im Jahr 2023 für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2023		2022		2021		Veränderungen 2023 zu 2022	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	1.638	29	1.085	23	1.504	33	553	51
Umlaufvermögen	4.056	71	3.731	77	3.030	67	325	9
Rechnungsabgrenzungsposten	15	0	15	0	19	0	0	0
Bilanzsumme	5.709	100	4.831	100	4.553	100	878	18
Passiva								
Eigenkapital	4.407	77	4.189	87	4.152	91	217	5
Rückstellungen	804	14	83	2	76	2	721	869
Verbindlichkeiten	422	8	531	11	325	7	-109	-21
Passive latente Steuern	76	1	28	0	0	0	48	171
Bilanzsumme	5.709	100	4.831	100	4.553	100	878	18

bb) GuV

	2023	2022	2021
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	7.235	5.917	6.057
sonstige betriebliche Erträge	99	129	109
Materialaufwand	1.810	1.307	1.398
Personalaufwand	2.648	2.486	2.376
Abschreibungen	680	618	681
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.804	1.483	1.466
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	12	1	1
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	114	38	67
Ergebnis nach Steuern	290	115	179
sonstige Steuern	20	20	20
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	270	95	159

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2023	2022	2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	3,73	1,61	2,62	%
Eigenkapitalrentabilität:	6,53	2,32	3,98	%
Cash-Flow:	950	713	840	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	131	114	121	T€
Personalaufwandsquote:	36,11	41,11	38,54	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	28,69	22,46	33,01	%
Eigenkapitalquote:	77,19	86,72	91,20	%
Fremdkapitalquote:	22,81	13,28	8,80	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Bioabfall	7.970,00	7.371,00	8.325,00	t
Pappe, Papier	7.340,00	7.708,00	8.401,00	t
Restabfall	23.580,00	23.624,00	24.846,00	t

f) Lagebericht

Wirtschaftsbericht

I. Entwicklung in der Entsorgungswirtschaft (Branchenentwicklung)

Das Jahr 2023 erwies sich in der Entsorgungswirtschaft sowie auch in der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung aufgrund der weltweiten Situation wiederholt als ein schwieriges Jahr. Geprägt wurde das Jahr 2023 von schnellen gesetzlichen Änderungen, die teilweise zu schwankenden wirtschaftlichen Situationen führten. Diese Verhältnisse endeten in der Regel in unvorhersehbaren Preissteigerungen oder erneut bei Lieferproblemen.

Die gesetzlichen Änderungen in der Abfallwirtschaft entstanden aus der Umsetzung des europäischen Abfallrechts in nationales Recht. Weitestgehend erfolgte eine Vertiefung der Bemühungen hin zur Ressourcenschonung, der Klimaneutralität und der Kreislaufwirtschaft. Insbesondere ist hier die Einführung der CO²-Bepreisung und die Mauterhöhung zu nennen, die letztendlich nochmals zu einer deutlichen Marktpreiserhöhung führten.

Bezüglich der Verwertung und Entsorgung konnte für das Jahr 2023 Mengenstabilität festgestellt werden. Ein Mengenrückgang auf dem Markt ist nicht eingetreten.

Die Mengen sind jahreszeitabhängig sehr schwankend.

In den Folgejahren werden die Gesamtmengen weiter im geringeren Maß sinken.

Eine Preisstabilität in der Branche ist nicht eingetreten, so sind in allen Bereichen diverse, teilweise massive Preiserhöhungen in Kraft getreten, vor allem in Bezug auf die CO²-Bepreisung. Der schwankende PPK-Erlösmarkt aus dem Jahr 2022 hat sich im Jahr 2023 weiter beruhigt.

Im gewerblichen Bereich konnte die Erlössituation wie vor den Ereignissen wieder erreicht werden. In Teilbereichen kam es zu Preiserhöhungen, da Lieferverpflichtungen nicht eingehalten werden konnten. Nicht zuletzt wurde es schwieriger Aufträge und Umsätze durch fehlende Fachkräfte in der Branche zu realisieren.

Im kommunalen Bereich wurde von den Entsorgern vor allem über die Zurückhaltung und den Verlust der Kaufkraft der Privathaushalte bei Investitionen berichtet. Aufgrund der steigenden Zinsen wird dieser Trend vorerst anhalten.

Auch im Jahr 2023 sorgten weiterhin diverse Firmenübernahmen durch die großen Entsorgungsunternehmen für einseitige Marktveränderungen und eine anhaltende Verunsicherung in der Entsorgungsbranche.

Im Jahr 2023 sorgten diverse Rechtsänderungen wie die Mantelverordnung für Ersatzbaustoffe und Bodenschutz, das Elektro- und Elektronikgerätegesetz, das Verpackungsgesetz, der nationale Emissionshandel sowie die Pflicht zur Einführung eines Energie- oder Umweltmanagementsystems für ausreichend Handlungsbedarf in der Entsorgungswirtschaft. Die Nachhaltigkeitsberichterstattung beginnt ab dem Jahr 2025.

Weiterhin wird der Ressourcenschonung, der Energieeffizienz, der Produktverantwortung und der Abfallvermeidung auch in der Abfallwirtschaft eine entscheidende Rolle zukommen.

Grundlegende gesetzliche Regelungen werden zu einen Auswirkungen auf das Nutzungsverhalten sowie die Preisentwicklung haben.

Der Beschaffungsmarkt in der Entsorgungswirtschaft steht in den nächsten Jahren vor erheblichen Herausforderungen, um die gesetzlichen Anforderungen umzusetzen. Zum jetzigen Zeitpunkt ist immer noch nicht absehbar, welcher alternative Antrieb sich durchsetzen wird.

II. Unternehmensentwicklung

Das Geschäftsjahr 2023 wurde von der RES GmbH trotz schwieriger Rahmenbedingungen mit einem positiven Jahresergebnis abgeschlossen. Ein positiver Aspekt ist der Beginn der dreijährigen Kalkulationsperiode 2023-2025. Das Jahresergebnis von 269.964,36 € liegt mit 16% über dem geplanten Jahresergebnis. Positiv hat sich die Übernahme der Kompostieranlagen zum 01.04.2023 ausgewirkt. Ziel ist eine langfristige Gewährleistung der Entsorgungssicherheit für die Bioabfälle des Landkreises Mansfeld-Südharz.

Der erwartete Mengenrückgang im Restabfall gegenüber dem Vorjahr ist im Jahr 2023 ausgeblieben. In den Bereichen Bioabfall und Grünabfall sind Steigerungen von 8 % bzw. 7 % gegenüber dem Vorjahr eingetreten, die Mengen des Jahres 2021 wurden nicht erreicht. Die Rückgänge in den Bereichen Sperrmüll und PPK liegen bei 5 % und sind damit höher als geplant. Die Verwertungserlöse für PPK waren im Jahr 2023 außer kleineren Schwankungen konstant. Es wurden 1.072 T€ an den EAW ausgekehrt. Das entspricht dem erwarteten Ergebnis aus der Ausschreibung.

Die für das Jahr 2023 geplanten Kosten für den Diesel sind nicht eingetreten. Im Jahr 2023 lagen die Dieselskosten ca. 60 T€ unter den Dieselskosten des Jahres 2022. Am Ende des Jahres erfolgte die vorgesehene Abrechnung gegenüber dem EAW.

Im Laufe des Jahres hatte sich das Unternehmen mit einer ganzen Reihe von Mehrkosten auseinanderzusetzen. Die Fahrzeugkosten stiegen insgesamt um ca. 1%, Neuanschaffungen von Fahrzeugen ebenfalls um ca. 20 %. Weiterhin wurde der Geschäftsbetrieb durch Lieferengpässe und die massive Verteuerung von Ersatzteilen und Betriebsmitteln beeinflusst.

Die Kosten für Fremdarbeiter stiegen um ca. 23 % und beliefen sich zusammen mit dem Mehrbedarf auf ca. 354 T€. Ab 01.04.2023 wurde der Geschäftsbetrieb der Kompost GmbH im Rahmen eines ASSET-Deals übernommen, um langfristig die Entsorgungssicherheit für die anfallenden Bioabfälle des Landkreises Mansfeld-Südharz gewährleisten zu können. Das Anlagevermögen der RES erhöhte sich durch die Übernahme um 260 T€. Der Betriebsablauf wurde umgestellt und erfolgt weiterhin reibungslos. Zwei Mitarbeiter wurden in das Unternehmen integriert.

Im Jahr 2023 erfolgten keine Ausschreibungen zur Vergabe von Fremdleistungen.

Für die Steuerung des Unternehmens werden sowohl finanzielle Leistungsindikatoren (monatliche Umsatz- und Kostenentwicklung) als auch nicht finanzielle Leistungsindikatoren (Entwicklung des Landkreises und gesetzliche Anforderungen) verwendet. Als ein weiterer sehr wichtiger Faktor für die Unternehmenssteuerung wird darauf geachtet, Entscheidungsprozesse möglichst auf kurzen Wegen schnell zu realisieren und ständig zu kommunizieren.

Die Beschaffung der notwendigen Fahrzeuge erfolgte nach Plan. Der im Jahr 2022 durch Lieferprobleme entstandene Investitionsstau wurde behoben. Trotz allem liegen die Wartezeiten für Müllfahrzeuge bei einem Jahr. Die steigenden Kosten für die Instandhaltung konnten noch vom Unternehmen ausgeglichen werden.

a. Allgemeine Beschreibung

Im Geschäftsjahr 2023 erfolgte die Abfuhr im gesamten Landkreis Mansfeld-Südharz entsprechend den Leistungsvorgaben des Eigenbetriebes für Abfallwirtschaft Landkreis Mansfeld-Südharz. Es gab keine besonderen Vorkommnisse im Rahmen des normalen Betriebsablaufes.

Alle Aufgaben zum Einsammeln und Transportieren von Abfällen auf dem Gebiet des Landkreises Mansfeld-Südharz für die Abfallarten Restabfall, Bioabfall, PPK, Sperrmüll, Elektroaltgeräte sowie gefährliche Abfälle wurden vollständig und wie vertraglich vereinbart zur Zufriedenheit der Auftraggeber erfüllt.

Im Jahr 2023 wurden in der RES vier Aufsichtsratssitzungen durchgeführt. Außerdem wurden zwei Gesellschafterversammlungen abgehalten. Weiterhin wurden jeweils 2 Empfehlungen/Beschlüsse im schriftlichen Umlaufverfahren durchgeführt. Zu den Sitzungen wurden die zuständigen Gremien über den Betriebsablauf aktuell informiert. Notwendige Empfehlungen und Beschlüsse wurden gemäß den Vorgaben des Gesellschaftsvertrages sowie der Aufsichtsratsordnung vorgelegt, beraten und beschlossen.

Das Jahr 2023 wurde mit einem positiven Jahresergebnis von 270 T€ abgeschlossen.

b. Investitionstätigkeit

Entsprechend des Investitionsplanes wurden im Jahr 2023 die geplanten Investitionen ausgeschrieben und vergeben.

Aufgrund der sehr angespannten Liefersituation aus dem Jahr 2022 wurden 4 Fahrzeuge erst im Jahr 2023 geliefert. Die im Investitionsplan des Jahres 2023 bestätigten Fahrzeuge wurden planmäßig im Dezember geliefert und im Januar 2024 zugelassen.

Die Gesamtinvestitionen für das Jahr 2023 sollten 656 T€ betragen. Zusätzlich entfallen 220 T€ auf den Kauf der Kompostieranlage sowie 805,8 T€ auf Investitionen aus 2021 und 2022. Durch Beschluss des Aufsichtsrates erfolgte ebenfalls 2023 der Kauf der ehemaligen Kantine zum Preis von 37 T€. Durch den Verkauf von Anlagevermögen wurde ein Erlös in Höhe von 59 T€ erzielt. Der restliche Investitionsbetrag für 2023 wurde aus freien liquiden Mitteln finanziert.

Im Einzelnen werden die Investitionen aus dem Investitionsplan 2023 nachfolgend dargestellt:

In T€	geplante Investitionen 2023	realisierte Investitionen	Differenz
Fahrzeuge	565,0	315,9	-249,2
Betriebs- und Geschäftsausstattung	81,5	13,1	-68,4
EDV	10,0	0,0	-10,0
<i>Invest 2021 und 2022 Fahrzeuge</i>	<i>850,0*</i>	<i>805,8</i>	<i>-44,2</i>
Ehemalige Kantine	40,0	37,3	-2,7
Grundstück Kompost	20,0	22,0	2,0
Anlagevermögen Kompost	200,0	198,0	-2,0
Summe:	1.766,5	1.392,1	-374,4

*) Bei den realisierten Investitionen 2023 handelt es sich in Höhe von 805,8 T€ um geplante Investitionen aus 2021 und 2022, welche durch Lieferverzögerungen erst 2023 realisiert werden konnten.

c. Personal/Sozialbericht

Das Unternehmen hatte zum Stichtag 31. Dezember 2023 einen Personalbestand (ohne Geschäftsführer und Auszubildende) in Höhe von 56. Der durchschnittliche Personalbestand (inkl. Geschäftsführer und Auszubildende) im Jahr 2023 betrug 57.

Die eingerichtete bestehende Altersvorsorge für die Arbeitnehmer wurde fortgeführt. Der Personalaufwand belief sich im abgelaufenen Geschäftsjahr für den Zeitraum bis 31.12.2023 auf 2.648 T€ und lag damit um 162 T€ höher als im Vorjahr. Die Personalkosten stiegen durch die im 4. Zusatz zum Haustarifvertrag festgelegten Regelungen. Pro Beschäftigten fielen durchschnittliche Personalkosten in Höhe von 46,5 T€ inkl. Geschäftsführer an. Abfindungszahlungen wurden keine geleistet. Im abgelaufenen Geschäftsjahr leisteten wir Zahlungen für Altersvorsorge in Höhe von 134 T€.

Der Anteil der Gleichgestellten und Schwerbehinderten in unserer Belegschaft entsprach zum Jahresanfang 1 Arbeitnehmer und zum Jahresende 1 Mitarbeiter.

Ausgleichend wurden Dienstleistungen durch anerkannte Werkstätten für behinderte Menschen in Höhe von 1 T€ erbracht. Bedarfsmäßig erfolgte der Einsatz von Leiharbeitern in Höhe von 354 T€.

In der RES wurde im Jahr 2023 die bereits vorhandene Nachfolgeplanung fortgeschrieben, um eventuell entstehenden Personalengpässen rechtzeitig entgegenzuwirken. Es wurden gemäß Plan zwei Auszubildende zum Berufskraftfahrer eingestellt, ein Auszubildender hat das Unternehmen im November verlassen. Im Jahr 2024 sollen 2 Auszubildende eingestellt werden.

d. Umweltschutz

Die RES hat sich auch im Jahr 2024 zur kontinuierlichen Verbesserung der Leistungen in Umweltschutz und Sicherheit verpflichtet. So wurden die Investitionen in die Neufahrzeuge maßgeblich von abgas- und lärmarmen Bedingungen abhängig gemacht. Bei den Zulieferern wurde ganzjährig die Einhaltung von umweltschutz- und sicherheitsrelevanten Bestimmungen geprüft.

Die RES Sangerhausen GmbH selbst wurde im Dezember 2023 vom TÜV Nord als Entsorgungsfachbetrieb bestätigt.

Die Umsetzung des Gesetzes über die Beschaffung sauberer Straßenfahrzeuge ab dem Jahr 2025 wird weiterhin vorangetrieben. Im Jahr 2024 soll damit begonnen werden, einzelne ausgewählte Fahrzeuge durch alternativ angetriebene Fahrzeuge zu ersetzen.

Als beschwerlich wird in diesem Zusammenhang die Preisentwicklung eingeschätzt. Durch den Wegfall der Förderungen und der unausgereiften Entwicklung verschiedener Fahrzeugarten in Verbindung mit den Tank- bzw. Ladestrukturen, ist es für ein Unternehmen wie die RES schwierig, die Nachhaltigkeit und Umsetzung der Vorgaben ohne erhebliche Mehrkosten umzusetzen.

Die für das Unternehmen geltenden Rechtsvorschriften zum Umweltschutz wurden eingehalten.

e. Umsatz- und Auftragsentwicklung

Die RES GmbH hatte mit dem Eigenbetrieb Abfallwirtschaft Landkreis Mansfeld-Südharz einen Vertrag für die Teilleistungen Restmüll, Sperrmüll, PPK, Bioabfall, Grünabfall, Elektroaltgeräte und gefährliche Abfälle (Teilleistung 1-7) für die Jahre 2020 bis 2028 geschlossen. Alle drei Jahre erfolgt eine Kalkulation entsprechend den Richtlinien für Selbstkostenfestpreise. Diese wird durch den EAW geprüft und bestätigt. Die zweite Kalkulationsperiode sind die Jahre 2023-2025.

Der Gesamtvertrag wurde im Rahmen einer Inhousevergabe an die RES GmbH vergeben. 93,8 % des Gesamtumsatzes der RES GmbH wurden im Jahr 2023 über kommunale Verträge generiert. Der Erlös im Bereich der Wertstoffhöfe betrug 197 T€. Die Kompostieranlagen erwirtschafteten einen Erlös von 704 T€.

Die Entwicklung stellt sich wie folgt dar:

	Leerungen 2022	Tonnage 2022	Leerungen 2023	Tonnage 2023
Restmüll	985.443	23.624	978.418	23.580
PPK	516.133	7.708	512.857	7.340
Bioabfall	368.929	7.371	380.850	7.970
Grünabfall	0	2.116	0	2.260
Sperrmüll	0	2.504	0	2.356
Elektroaltgeräte	0	267	0	248
gefährliche Abfälle	0	76	0	79

Im Rahmen der gewerblichen Leistungen wurden die Kehrmaschinenaufträge der Wohnungsgenossenschaften um ein weiteres Jahr verlängert. Ein Vertrag für die Kehrleistungen mit der Stadt Sangerhausen besteht für die Jahre 2023-2026.

f. Darstellung der Lage

Die Vermögenslage zum 31.12.2023 hat sich weiterhin verbessert. Das zugegangene Sachanlagevermögen ist weiterhin eigenkapitalfinanziert. Der Kassenbestand und das Bankguthaben haben sich zum 31.12.2023 insgesamt um 641 T€ erhöht.

Das Eigenkapital stieg zum Stichtag um 217 T€. Die Eigenkapitalquote beträgt 77 %.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bestehen weiterhin nicht. Zu berücksichtigende Verbindlichkeiten bestehen nur noch aus dem operativen Geschäft für laufende Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 180 T€ und 242 T€ für sonstige Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit Steuern sowie Personalkosten.

Für mögliche Verpflichtungen wurden im Jahr 2023 zusätzlich Rückstellungen in Höhe von 675,5 T€ gebildet. Davon entfallen 275,5 T€ auf Entsorgungskosten für den Bestand der Kompostieranlage sowie 400 T€ auf die Abrechnung § 7 Abs. 10 des Vertrages mit dem EAW.

Das Unternehmen wird auch zukünftig seine finanziellen Verpflichtungen erfüllen können. Liquide Mittel in Form von Bankguthaben und Kassenbestand belaufen sich auf 3.617 T€.

g. Beteiligungen

Es bestehen zum Bilanzstichtag keine Beteiligungen.

III. Risikobericht

Im Jahr 2023 sind alle Maßnahmen und Zahlungen planmäßig umgesetzt worden, sodass sich die Prognose für das Jahr 2023 erfüllt hat. Durch die Übernahme der Kompostieranlagen wurde die Prognose übertroffen. Das Unternehmen konnte aufgrund der Risikobewertungen immer relativ schnell auf Marktveränderungen reagieren und den Betriebsablauf anpassen. Es sind einige der analysierten Risiken eingetreten.

Auf folgende der überwachten Kriterien war es notwendig zu reagieren und diese wurden kontinuierlich beobachtet sowie monatlich erneut bewertet:

- der Bereich der unerwarteten möglichen Kostensteigerungen für Ersatzteil- und Reparaturkosten im Fuhrpark, die Entwicklung von Treibstoff- und Ölpreisen, Kosten für Leiharbeiter, Anordnungen und gesetzliche Änderungen sowie die demografische Entwicklung
- die Entwicklung des Preisniveaus der Verwertung von Abfällen sowie die Entwicklung des Preisniveaus im Verwertungsbereich.

Direkte Auswirkungen durch den Ukrainekrieg auf das Unternehmen gab es keine. Die indirekten Auswirkungen in Form von den eingetretenen Risiken waren im Unternehmen spürbar.

Wie in der Vergangenheit wird im Rahmen des Risikomanagements im Unternehmen zeitnah auf aktuelle Entwicklungen reagiert und die Aufsichtsgremien werden informiert.

Der Hauptvertrag der RES mit dem Eigenbetrieb Abfallwirtschaft Mansfeld-Südharz ist bis zum 31.12.2028 gesichert.

a. Prognose

Für die derzeit geltenden Vertragsverhältnisse wird im Jahr 2024 und den folgenden Jahren von einer weiterhin positiven Entwicklung entsprechend den Wirtschaftsplänen der Gesellschaft ausgegangen. Die Entgeltkalkulation für die Kalkulationsperiode 2023-2025 wurde durch die Einhaltung des Ergebnisses bestätigt. So ist für die Gesellschaft im Jahr 2024 ein Umsatz von 7.003 T€ bei einem Ergebnis von 153 T€ geplant. Im Jahr 2024 sollen insgesamt inklusive der Fahrzeugbeschaffung aus den Vorjahren 790 T€ investiert werden.

Für das Jahr 2024 geht die Unternehmensleitung trotz der Preiserhöhungen, vor allem im technischen Bereich, von einer konstanten Entwicklung aus. Um den technischen zukünftigen Anforderungen gerecht zu werden, sollen im Jahr 2024 eine Reihe von Maßnahmen begonnen werden, um die Leistungen weiterhin fristgerecht und vollumfänglich umsetzen zu können. Das Jahr 2024 und folgende werden wie im Wirtschaftsplan 2024 und der dazugehörigen Vorausschau dargestellt, prognostiziert.

Für den Bereich der Wertstoffhöfe gehen wir davon aus, dass sich die Erlöse im Jahr 2024 nicht verändern werden. Die Verwertungsorte der Abfälle von den Wertstoffhöfen werden durch den Eigenbetrieb Abfallwirtschaft Landkreis Mansfeld-Südharz vorgegeben. Bezüglich der folgenden Jahre ist davon auszugehen, dass aufgrund der demografischen Entwicklung und der Inflation ein stärkerer Mengenrückgang eintreten wird.

Es wird erwartet, dass im Jahr 2024 im Bereich Restabfall die Mengen nur zu einem geringen Teil sinken werden. Im PPK-Bereich werden sich die Mengen ebenfalls reduzieren, bei gleichbleibendem Volumen. Im Rahmen dieser Verschiebung wird die Qualität der Sammelware weiterhin sinken.

Bei den Kompostieranlagen gehen wir im Jahr 2024 bei gleichbleibenden Wetterverhältnissen wie im Jahr 2023 mit stabilen Mengen und Umsatz aus.

Unter Beibehaltung des derzeit hohen Organisationsstandards und der Effizienz der Betriebsabläufe wird die Unternehmensentwicklung ab dem Jahr 2024 wie erwartet fortgesetzt. Die hohen Standards sollen durch die Einführung verschiedener weiterer Kontrollmechanismen gefestigt werden.

Kostensteigerungen im Bereich Personal und Fuhrpark wurden in die Planung für das Jahr 2024 einbezogen.

IV. Nachtragsbericht

Der Nachtragsbericht soll alle nennenswerten Vorfälle bis zur Erstellung des Lageberichtes nach dem Schluss des Geschäftsjahres enthalten. Nach Abschluss des Geschäftsjahres bis zur Erstellung des Berichtes sind im Rahmen des betrieblichen Ablaufes keine wesentlichen Geschäftsvorfälle zu berichten.

V. Vorschlag zur Ergebnisverwendung

Die Geschäftsführung schlägt auf Grundlage der bestehenden Verträge mit den Stadtwerken Halle GmbH die folgende Ergebnisverwendung vor:

- Der Jahresüberschuss beträgt 269.964,36 €.
- Von dem Jahresüberschuss werden 3 % bezogen auf die Restbuchwerte des Sachanlagevermögens in Höhe von 49.137,58 € an die Gesellschafter zu gleichen Teilen ausgeschüttet.
- Weiterhin schlägt die Geschäftsführung auf der Grundlage der Jahresabrechnung eine zusätzliche Ausschüttung in Höhe von 76.141,42 € im Jahr 2024 an die Gesellschafter zu gleichen Teilen vor. Der zusätzliche auszuschüttende Anteil ist das Ergebnis der gewerblichen Leistungen aus dem Jahr 2023.
- Es sollen 144.685,36 € auf neue Rechnung vorgetragen werden.

VI. Sonstiges

Zweigniederlassungen

Im Rahmen des Auftrages zum Einsammeln und Befördern der Abfälle des Landkreises Mansfeld-Südharz wurde zum 01.01.2011 eine unselbstständige Betriebsstätte zur Abstellung von Fahrzeugen in der Lutherstadt Eisleben, Kasseler Straße 47, errichtet.

Seit dem 01.04.2023 betreibt das Unternehmen die Kompostieranlage Deponie Edersleben sowie die Kompostieranlage Silo Edersleben zur Gewährleistung der Sicherung der Entsorgung der kompostierbaren Abfälle aus dem Landkreis Mansfeld-Südharz.

Während des Geschäftsjahres wurde das Unternehmen von einem Geschäftsführer, Herrn Dominik Lammert, geführt. Prokura wurde Herrn Steffen Möckel im Jahr 2018 erteilt.

SP 21 GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH & Co. KG		
Haftkapital in T€:	10		
Gesellschafter:		T€	%
	EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG	10	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb eines Umspannwerks zum Netzanschluss von Projekten und Anlagen zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Energieversorgung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des konzerninternen Risikomanagements der Stadtwerke Halle-Gruppe sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	EGE-P Verwaltung GmbH	<i>(vertreten durch Hollstein, Thomas)</i>
--------------------------	-----------------------	--

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Die Geschäftsführung erhält ihre Bezüge von der EGE-P Verwaltung GmbH.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2023		2022		Veränderungen 2023 zu 2022	
	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva						
Anlagevermögen	3.136	83	2.741	80	395	14
Umlaufvermögen	88	3	538	16	-450	-84
Rechnungsabgrenzungsposten	2	0	18	1	-16	-89
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	535	14	124	3	411	331

Bilanzsumme	3.761	100	3.421	100	340	10
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva						
Eigenkapital	0	0	1	0	-1	-100
Rückstellungen	53	1	13	1	40	308
Verbindlichkeiten	34	1	7	0	27	386
Rechnungsabgrenzungsposten	3.674	98	3.400	99	274	8

Bilanzsumme	3.761	100	3.421	100	340	10
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	-----------

bb) GuV

	2023	2022
	T€	T€
Umsatzerlöse	399	191
sonstige betriebliche Erträge	42	0
Materialaufwand	191	159
Abschreibungen	109	79
sonstige betriebliche Aufwendungen	26	16
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	10	0
Ergebnis nach Steuern	105	-63
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	105	-63
Gutschrift auf Verlustvortragskonto	-105	0
Belastung der Kapitalkonten	0	64
Gutschrift auf Kapitalkonten	0	-1
Ergebnis nach Verwendungsrechnung	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2023	2022	Angaben in
Umsatzrentabilität:	26,22	-33,14	%
Eigenkapitalrentabilität:		-5.070,38	%
Cash-Flow:	214	16	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:			T€
Personalaufwandsquote:			%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2023	31.12.2022	Angaben in
Sachanlagenintensität:	82,97	79,68	%
Eigenkapitalquote:		0,04	%
Fremdkapitalquote:	100,00	99,96	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2023	31.12.2022	Angaben in
installierte Erzeugungsleistung	66,60	35,30	MWp

f) Lagebericht

1. Grundlagen der SP 21 GmbH & Co. KG

1.1. Geschäftsmodell

Gegenstand der SP 21 GmbH & Co. KG (SP 21) ist die Errichtung und der Betrieb eines Umspannwerks zum Netzanschluss von Projekten und Anlagen zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien.

1.2. Steuerung

Geschäftsführendes Vertretungsorgan der SP 21 ist ihre Komplementärin, die EGE-P Verwaltung GmbH. Alleinige Kommanditistin der Gesellschaft ist die EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG (EGE-P).

Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeiter. Durch Dienstleistungsverträge sind der technische und kaufmännische Betrieb des Umspannwerkes sichergestellt.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Trotz des anhaltenden Ukraine-Konflikts nahmen die Unsicherheiten im Energiemarkt ab und die Marktpreise an den Strombörsen sanken im Vergleich zum Vorjahr auf ein geringeres Niveau. Der für die Betreiber von Photovoltaikanlagen relevante Marktwert Solar verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr signifikant. Zu Jahresbeginn betrug er 12 ct/kWh und bewegte sich im Verlauf des Jahres in einer Spanne von 5 ct/kWh bis ca. 9 ct/kWh. Damit lag er deutlich unter dem Allzeithoch vom August 2022 in Höhe von 39 ct/kWh, aber weiterhin höher als in den Jahren vor 2022.

Die Witterungsbedingungen waren 2023 für den Betrieb von Photovoltaikanlagen ungünstig. Im bundesweiten Schnitt bewegten sich die Regenmengen über dem mehrjährigen Durchschnitt. Bereits im Herbst war die Regenquote des langjährigen Mittels überschritten. Laut Daten des Deutschen Wetterdienstes fielen über alle Regionen hinweg bis Mitte November im Schnitt 788,9 Liter pro Quadratmeter.

Steigende Preise, der anhaltende Ukraine-Konflikt und hohe Zinsen belasteten die deutsche Wirtschaft im Jahr 2023. Während das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in den ersten drei Quartalen laut Daten des statistischen Bundesamtes stagnierte, erwarten führende Wirtschaftsforschungsinstitute für das Gesamtjahr einen Rückgang des BIP um 0,6 %. Für 2024 wird hingegen eine Erholung der Konjunktur erwartet.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Mit Inbetriebnahme der Photovoltaikanlage Sergen West II der SP XVIII GmbH & Co. KG im Februar 2023 erfolgte der Anschluss der dritten Anlage an das Umspannwerk der SP 21.

Am 25. Juli 2023 kam es zu einem Wechsel des Gesellschafters der SP 21. Der bisherige Gesellschafter Procon GmbH verkaufte alle Anteile an die EGE-P. Damit einher ging der Wechsel des geschäftsführenden Vertretungsorgans der SP 21 zur EGE-P Verwaltung GmbH (zuvor Erste SP Solar Verwaltungs- und Beteiligungs GmbH) sowie eine Sitzverlegung der Gesellschaft nach Halle (Saale).

3.2. Politische und rechtliche Entwicklung

Zum 1. Januar 2023 trat das neue Erneuerbare-Energien-Gesetz in Kraft. Ziel ist es, den Ausbau der erneuerbaren Energien weiter zu verstärken und zu fördern. Für die Betreiber von Photovoltaikanlagen ergeben sich aus der Gesetzesanpassung viele Erleichterungen, unter anderem soll Photovoltaikanlagen in Planungsprozessen Vorrang vor anderen Interessen eingeräumt werden und Genehmigungen dadurch schneller erteilt werden.

Nachdem das Europäische Parlament am 12. September 2023 die novellierte Fassung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie (RED III) verabschiedete, erteilte am 9. Oktober 2023 auch der Rat seine Zustimmung. Zu den wichtigsten Neuerungen gehörte die Erhöhung des EU-Ziels für den Anteil erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch bis 2030 auf 42,5 %. Zuvor lag der angestrebte Anteil bei 32 %. Zur Erreichung des Ziels ist u.a. der Ausbau der erneuerbaren Energien im Wärmesektor erforderlich. Zudem sollen die Genehmigungsverfahren beschleunigt werden. Die Genehmigungszeit darf dann maximal 12 Monate betragen.

3.3. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Wesentlicher Erfolgsfaktor der SP 21 ist der zuverlässige technische Betrieb eines Umspannwerks zum Netzanschluss von Projekten und Anlagen zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien.

Im Geschäftsjahr 2023 waren drei Photovoltaikanlagen (Vorjahr: zwei) mit einer Gesamtleistung von 66,6 MWp (Vorjahr: 35,3 MWp) an das Umspannwerk angeschlossen.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2023 erzielte die SP 21 einen Jahresüberschuss in Höhe von 105 T€ (Vorjahr: Jahresfehlbetrag 63 T€). Die Umsatzerlöse betragen 399 T€ (Vorjahr: 191 T€) und beinhalten den Aufwendungsersatz für die im Rahmen der Betriebsführung angefallenen Kosten, die planmäßige Auflösung des passiven Rechnungsabgrenzungspostens für den Nutzungsvertrag des Umspannwerks sowie die Weiterberechnung von Aufwendungen für einen Miettrafo. Außerdem fielen sonstige betriebliche Erträge im Wesentlichen für Zuschüsse auf den Strombezug im Rahmen der gesetzlichen Strompreisbremse in Höhe von 43 T€ (Vorjahr: 0 T€) an.

Der im Rahmen des Betriebs des Umspannwerks anfallende Materialaufwand stieg im Geschäftsjahr 2023 um 33 T€ auf 192 T€, was vor allem auf gestiegene Aufwendungen für Strombezug aufgrund des Anschlusses einer dritten Photovoltaikanlage zurückzuführen ist. Abschreibungen fielen in Höhe von 109 T€ an (Vorjahr: 79 T€).

Des Weiteren betragen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen im Wesentlichen für Geschäftsbesorgung, Versicherungen und Prüfungskosten insgesamt 26 T€ (Vorjahr: 16 T€).

Der Steueraufwand betrug 10 T€ (Vorjahr: 0 T€).

4.2. Finanzlage

Der Finanzmittelbestand der SP 21 belief sich am 31. Dezember 2023 auf insgesamt 83 T€ (Vorjahr: 478 T€).

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 625 T€ war insbesondere durch die Umsatzerlöse und Aufwendungen im Rahmen des Anlagenbetriebs geprägt.

Die Auszahlungen für Investitionen in das Umspannwerk in Höhe von 504 T€ spiegeln sich im Cashflow aus der Investitionstätigkeit wider.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit belief sich auf -517 T€ und beinhaltet Auszahlungen zu Lasten der Kapitalkonten an die bisherigen Gesellschafter Procon GmbH und Erste SP Solar Verwaltungs- und Beteiligungs GmbH in Höhe von 526 T€ sowie eine Kapitaleinlage des neuen Gesellschafters in Höhe von 9 T€.

4.3. Vermögenslage

Zum 31. Dezember 2023 betrug die Bilanzsumme 3.761 T€ und erhöhte sich damit gegenüber dem Vorjahr um 340 T€.

Auf der Aktivseite stieg das Sachanlagevermögen aufgrund von Investitionen in das Umspannwerk auf 3.121 T€ (Vorjahr: 2.726 T€). Das Umlaufvermögen beinhaltete liquide Mittel in Höhe von 83 T€ (Vorjahr: 478 T€) und Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände in Höhe von 6 T€ (Vorjahr: 60 T€). Die nicht durch Vermögenseinlagen gedeckten Verlustanteile und Entnahmen der Kommanditisten betragen 535 T€ und sind im Wesentlichen auf Auszahlungen zu Lasten der Kapitalkonten an den bisherigen Gesellschafter Procon GmbH zurückzuführen. Mit Thesaurierung der Jahresüberschüsse der Folgejahre soll der Betrag kontinuierlich verringert werden.

Auf der Passivseite der Bilanz erhöhte sich der Rechnungsabgrenzungsposten durch den Anschluss der Photovoltaikanlage Sergen West II um 274 T€ auf 3.674 T€ und bildete die größte Position. Dieser resultiert aus dem Abschluss von langfristigen Nutzungsverträgen für die angeschlossenen Photovoltaikanlagen und wird über den Nutzungszeitraum kontinuierlich aufgelöst. Rückstellungen bestanden in Höhe von 54 T€ (Vorjahr: 13 T€) und Verbindlichkeiten in Höhe von 34 T€ (Vorjahr: 7 T€).

4.4. Gesamtaussage

Die SP 21 schloss das Geschäftsjahr 2023 mit einem positiven Ergebnis von 105 T€ (Vorjahr: Jahresfehlbetrag von 63 T€) ab. Erhöhungen der Umsätze und Aufwendungen ergaben sich insbesondere aufgrund des Anschlusses einer dritten Photovoltaikanlage an das Umspannwerk.

5. Chancen- und Risikobericht

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Unternehmen dar.

Für die SP 21 ergeben sich Risiken insbesondere aus dem Betrieb des Umspannwerks. Hier kann es zu technischen Störungen kommen, die zu einer Unterbrechung des Betriebs führen können. Dies kommt bei Umspannwerken jedoch grundsätzlich selten vor, außerdem ist die Gesellschaft gegen zahlreiche Schäden durch Versicherungs- und Instandhaltungsverträge abgesichert.

Die Geschäftsführung der SP 21 geht aufgrund der Auflösung des passiven Rechnungsabgrenzungspostens in Folgejahren trotz der ausgewiesenen nicht durch Vermögenseinlagen gedeckten Verlustanteile und Entnahmen der Kommanditisten von einer positiven Fortführungsprognose aus.

Aus heutiger Sicht sind keine Risiken erkennbar, die den Bestand der Gesellschaft gefährden oder ihre Entwicklung wesentlich beeinträchtigen könnten.

6. Prognosebericht

Die Geschäftsführung erwartet auf Basis der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2024 ein leicht positives Jahresergebnis.

SP X GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH & Co. KG		
Haftkapital in T€:	10		
Gesellschafter:		T€	%
	EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG	10	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb von Projekten und Anlagen zur Erzeugung von Strom und Wärme aus Erneuerbaren Energien. Die Gesellschaft bezweckt damit auch die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung der Stadt Halle (Saale).

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Energieversorgung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des konzerninternen Risikomanagements der Stadtwerke Halle-Gruppe sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	EGE-P Verwaltung GmbH	<i>(vertreten durch Hollstein, Thomas)</i>
--------------------------	-----------------------	--

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Die Geschäftsführung erhält ihre Bezüge von der EGE-P Verwaltung GmbH.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2023		2022		2021		Veränderungen 2023 zu 2022	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	10.127	84	10.164	73	10.465	84	-37	-0
Umlaufvermögen	883	7	2.569	19	799	6	-1.686	-66
Rechnungsabgrenzungsposten	1.100	9	1.140	8	1.180	10	-40	-4

Bilanzsumme	12.110	100	13.873	100	12.444	100	-1.763	-13
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	2.030	17	2.030	15	2.530	20	0	0
Rückstellungen	31	0	36	0	32	0	-5	-14
Verbindlichkeiten	9.857	81	11.650	84	9.882	80	-1.793	-15
Passive latente Steuern	192	2	157	1	0	0	35	22

Bilanzsumme	12.110	100	13.873	100	12.444	100	-1.763	-13
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------

bb) GuV

	2023	2022	2021
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.342	2.533	876
sonstige betriebliche Erträge	3	9	21
Materialaufwand	312	177	86
Abschreibungen	449	432	214
sonstige betriebliche Aufwendungen	124	86	77
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	157	172	124
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	36	167	0
Ergebnis nach Steuern	267	1.508	396
sonstige Steuern	0	1	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	267	1.507	396
Belastung der Kapitalkonten	0	0	30
Gutschrift auf Verrechnungskonto	-267	-1.507	-426
Ergebnis nach Verwendungsrechnung	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2023	2022	2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	19,92	59,47	45,22	%
Eigenkapitalrentabilität:	13,17	74,22	15,65	%
Cash-Flow:	716	1.939	610	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	83,63	73,26	84,10	%
Eigenkapitalquote:	16,77	14,64	20,33	%
Fremdkapitalquote:	83,23	85,36	79,67	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
installierte Erzeugungsleistung	20,0	20,0	20,0	MWp

f) Lagebericht

1. Grundlagen der SP X GmbH & Co. KG

1.1. Geschäftsmodell

Gegenstand der SP X GmbH & Co. KG (SP X) ist die Errichtung und der Betrieb von Projekten und Anlagen zur Erzeugung von Strom und Wärme aus erneuerbaren Energien. Die Gesellschaft bezweckt damit auch die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung der Stadt Halle (Saale).

1.2. Steuerung

Geschäftsführendes Vertretungsorgan der SP X ist ihre Komplementärin, die EGE-P Verwaltung GmbH. Alleinige Kommanditistin der Gesellschaft ist die EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG.

Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeiter. Durch Dienstleistungsverträge sind der technische und kaufmännische Betrieb der Anlagen sichergestellt.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Trotz des anhaltenden Ukraine-Konflikts nahmen die Unsicherheiten im Energiemarkt ab und die Marktpreise an den Strombörsen sanken im Vergleich zum Vorjahr auf ein geringeres Niveau. Der für die Betreiber von Photovoltaikanlagen relevante Marktwert Solar verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr signifikant. Zu Jahresbeginn betrug er 12 ct/kWh und bewegte sich im Verlauf des Jahres in einer Spanne von 5 ct/kWh bis ca. 9 ct/kWh. Damit lag er deutlich unter dem Allzeithoch vom August 2022 in Höhe von 39 ct/kWh, aber weiterhin höher als in den Jahren vor 2022.

Die Witterungsbedingungen waren 2023 für den Betrieb von Photovoltaikanlagen ungünstig. Im bundesweiten Schnitt bewegten sich die Regenmengen über dem mehrjährigen Durchschnitt. Bereits im Herbst war die Regenquote des langjährigen Mittels überschritten. Laut Daten des Deutschen Wetterdienstes fielen über alle Regionen hinweg bis Mitte November im Schnitt 788,9 Liter pro Quadratmeter.

Steigende Preise, der anhaltende Ukraine-Konflikt und hohe Zinsen belasteten die deutsche Wirtschaft im Jahr 2023. Während das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in den ersten drei Quartalen laut Daten des statistischen Bundesamtes stagnierte, erwarten führende Wirtschaftsforschungsinstitute für das Gesamtjahr einen Rückgang des BIP um 0,6 %. Für 2024 wird hingegen eine Erholung der Konjunktur erwartet.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Abgesehen von den in Gliederungspunkt 2 genannten Preisentwicklungen und Witterungsbedingungen hat es keine wesentlichen Ereignisse für den Geschäftsverlauf 2023 gegeben.

3.2. Politische und rechtliche Entwicklung

Die vom Gesetzgeber eingeführten Regeln zur Abschöpfung von Mehrerlösen am Strommarkt betraf Anlagen mit einer installierten Leistung von mehr als 1 MWp im Zeitraum vom 1. Dezember 2022 bis zum 30. Juni 2023. Diesen Anlagen, zu denen auch die Anlage der SP X zählt, wurden folglich Erlöse im ersten Halbjahr des Geschäftsjahres nur in Höhe der jeweiligen EEG-Vergütung zuzüglich eines Sicherheitsaufschlages zugestanden.

Zum 1. Januar 2023 trat das neue Erneuerbare-Energien-Gesetz in Kraft. Ziel ist es, den Ausbau der erneuerbaren Energien weiter zu verstärken und zu fördern. Für die Betreiber von Photovoltaikanlagen ergeben sich aus der Gesetzesanpassung viele Erleichterungen, unter anderem soll Photovoltaikanlagen in Planungsprozessen Vorrang vor anderen Interessen eingeräumt werden und Genehmigungen dadurch schneller erteilt werden.

Nachdem das Europäische Parlament am 12. September 2023 die novellierte Fassung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie (RED III) verabschiedete, erteilte am 9. Oktober 2023 auch der Rat seine Zustimmung. Zu den wichtigsten Neuerungen gehörte die Erhöhung des EU-Ziels für den Anteil erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch bis 2030 auf 42,5 %. Zuvor lag der angestrebte Anteil bei 32 %. Zur Erreichung des Ziels ist u.a. der Ausbau der erneuerbaren Energien im Wärmesektor erforderlich. Zudem sollen die Genehmigungsverfahren beschleunigt werden. Die Genehmigungszeit darf dann maximal 12 Monate betragen.

3.3. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Wesentlicher Erfolgsfaktor der SP X ist der zuverlässige technische Betrieb der Erzeugungsanlage am Standort Laubsdorf, um den Verkauf von Strom sicherzustellen.

Die installierte Leistung der Photovoltaikanlage beläuft sich auf insgesamt 20,0 MW (Vorjahr: 20,0 MW).

Im Geschäftsjahr 2023 wurden insgesamt 16,5 GWh (Vorjahr: 20,8 GWh) Strom in der Erzeugungsanlage produziert. Damit wurde ein kumuliertes Verhältnis zwischen produziertem und prognostiziertem Ertrag von 79,4 % (Vorjahr: 112,8 %) erreicht. Die technische Verfügbarkeit betrug 100,0 % (Vorjahr: 98,8 %).

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2023 erzielte die SP X einen Jahresüberschuss in Höhe von 267 T€ (Vorjahr: 1.507 T€). Die Umsatzerlöse aus der Stromvermarktung betragen 1.343 T€ (Vorjahr: 2.534 T€). Ursache für den Rückgang waren der im Vergleich zum Vorjahr geringere Marktwert Solar und die witterungsbedingt geringere erzeugte Menge Strom. Außerdem fielen sonstige betriebliche Erträge in Höhe von 3 T€ (Vorjahr: 9 T€) an.

Der im Rahmen des Anlagenbetriebs verbuchte Materialaufwand stieg im Geschäftsjahr 2023 um 135 T€ auf 312 T€, was vor allem auf gestiegene Aufwendungen für bezogene Dienstleistungen zurückzuführen ist. Abschreibungen fielen in Höhe von 449 T€ an (Vorjahr: 433 T€).

Des Weiteren betragen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen im Wesentlichen für Geschäftsbesorgung, Pachtzahlungen, Erlösabschöpfung und Prüfungskosten insgesamt 124 T€ (Vorjahr: 86 T€). Zinsen und ähnliche Aufwendungen verringerten sich um 15 T€ auf 157 T€.

Die Ertragsteuern haben sich vor allem aufgrund der Entwicklung der passiven latenten Steuern um 132 T€ auf 35 T€ verringert.

4.2. Finanzlage

Der Finanzmittelbestand der SP X belief sich am 31. Dezember 2023 auf insgesamt 802 T€ (Vorjahr: 2.400 T€).

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 1.026 T€ (Vorjahr: 1.504 T€) war insbesondere durch die Umsatzerlöse und Aufwendungen im Rahmen des Anlagenbetriebs geprägt.

Die Auszahlungen für Investitionen im Wesentlichen in die Photovoltaikanlage in Höhe von 413 T€ (Vorjahr: 132 T€) spiegeln sich im Cashflow aus der Investitionstätigkeit wider.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit belief sich auf -2.211 T€ (Vorjahr: -395 T€) und beinhaltet Ausschüttungen an Unternehmenseigner in Höhe von 1.507 T€ (Vorjahr: 426 T€), Darlehenstilgungen in Höhe von 547 T€ (Vorjahr: 647 T€) sowie Zinszahlungen in Höhe von 157 T€ (Vorjahr: 170 T€).

4.3. Vermögenslage

Zum 31. Dezember 2023 betrug die Bilanzsumme der SP X 12.110 T€ und verringerte sich damit gegenüber dem Vorjahr um 1.763 T€.

Auf der Aktivseite lag das Sachanlagevermögen in Höhe von 10.127 T€ auf dem Vorjahresniveau, da den planmäßigen Abschreibungen unter anderem Nachaktivierungen in Höhe von 398 T€ für Projektentwicklungsleistungen gegenüberstanden. Das Umlaufvermögen beinhaltete liquide Mittel in Höhe von 802 T€ (Vorjahr: 2.400 T€) sowie Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände in Höhe von 80 T€ (Vorjahr: 169 T€). Der Rechnungsabgrenzungsposten (1.100 T€; Vorjahr: 1.140 T€) resultiert aus dem Abschluss eines langfristigen Nutzungsvertrages für ein Umspannwerk.

Auf der Passivseite der Bilanz reduzierten sich die Bankverbindlichkeiten durch planmäßige Tilgung um 547 T€ auf 9.579 T€ und bildeten die größte Position. Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen verringerten sich im Geschäftsjahr um 1.246 T€ auf 278 T€ im Wesentlichen durch das an die Kommanditistin ausgeschüttete Vorjahresergebnis. In Summe bestanden Verbindlichkeiten in Höhe von 9.857 T€ (Vorjahr: 11.650 T€). Passive latente Steuern bestanden in Höhe von 192 T€ (Vorjahr: 157 T€).

4.4. Gesamtaussage

Die SP X schloss das Geschäftsjahr 2023 mit einem Ergebnis unterhalb der Wirtschaftsplanung ab, was im Wesentlichen auf den geringeren Marktwert Solar und die ungünstigen Witterungsbedingungen zurückzuführen war.

5. Chancen- und Risikobericht

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Unternehmen dar.

Für die SP X ergeben sich Risiken insbesondere aus dem Betrieb der Photovoltaikanlage. Hier kann es zu technischen Störungen kommen, die zu einer Unterbrechung der Produktion führen können. Dies kommt bei Photovoltaikanlagen jedoch grundsätzlich selten vor, außerdem ist die Gesellschaft gegen zahlreiche Schäden durch Versicherungs- und Instandhaltungsverträge abgesichert.

Des Weiteren wird der Ertrag der Anlagen durch die Sonneneinstrahlung im Jahresverlauf beeinflusst. In besonders schattigen Jahren kann es dadurch zu Ertragsminderungen kommen.

Aus heutiger Sicht sind keine Risiken erkennbar, die den Bestand der Gesellschaft gefährden oder ihre Entwicklung wesentlich beeinträchtigen könnten.

6. Prognosebericht

Die Geschäftsführung erwartet auf Basis der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2024 ein Ergebnis nach Steuern in Höhe von 449 T€.

SP XVII GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH & Co. KG		
Haftkapital in T€:	10		
Gesellschafter:		T€	%
	EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG	10	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb von Projekten und Anlagen zur Erzeugung von Strom und Wärme aus Erneuerbaren Energien. Die Gesellschaft bezweckt damit auch die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung der Stadt Halle (Saale).

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Energieversorgung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des konzerninternen Risikomanagements der Stadtwerke Halle-Gruppe sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	EGE-P Verwaltung GmbH	<i>(vertreten durch Hollstein, Thomas)</i>
--------------------------	-----------------------	--

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Die Geschäftsführung erhält ihre Bezüge von der EGE-P Verwaltung GmbH.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2023		2022		2021		Veränderungen 2023 zu 2022	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	7.780	79	7.800	70	7.050	69	-20	0
Umlaufvermögen	918	9	2.141	19	1.915	19	-1.223	-57
Rechnungsabgrenzungsposten	1.120	12	1.160	11	1.200	12	-40	-3

Bilanzsumme	9.818	100	11.101	100	10.165	100	-1.283	-12
--------------------	--------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	2.294	23	2.294	21	3.222	32	0	0
Rückstellungen	29	0	35	0	9	0	-6	-17
Verbindlichkeiten	7.466	77	8.759	79	6.934	68	-1.293	-15
Passive latente Steuern	29	0	13	0	0	0	16	123

Bilanzsumme	9.818	100	11.101	100	10.165	100	-1.283	-12
--------------------	--------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------

bb) GuV

	2023	2022	2021
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.012	1.838	0
sonstige betriebliche Erträge	2	0	0
Materialaufwand	308	177	0
Abschreibungen	338	325	0
sonstige betriebliche Aufwendungen	108	138	32
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	128	143	66
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	17	23	0
Ergebnis nach Steuern	115	1.032	-98
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	115	1.032	-98
Belastung der Kapitalkonten	0	0	26
Gutschrift auf (-)/Belastung des Verlustvortragskonto	0	-72	72
Gutschrift auf Verrechnungskonto	-115	-960	0
Ergebnis nach Verwendungsrechnung	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2023	2022	2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	11,36	56,16		%
Eigenkapitalrentabilität:	5,01	44,99	-3,04	%
Cash-Flow:	453	1.357	-98	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	79,25	70,26	69,36	%
Eigenkapitalquote:	23,37	20,67	31,69	%
Fremdkapitalquote:	76,63	79,33	68,31	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
installierte Erzeugungsleistung	15,3	15,3	0,0	MWp

f) Lagebericht

1. Grundlagen der SP XVII GmbH & Co. KG

1.1. Geschäftsmodell

Gegenstand der SP XVII GmbH & Co. KG (SP XVII) ist die Errichtung und der Betrieb von Projekten und Anlagen zur Erzeugung von Strom und Wärme aus erneuerbaren Energien. Die Gesellschaft bezweckt damit auch die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung der Stadt Halle (Saale).

1.2. Steuerung

Geschäftsführendes Vertretungsorgan der SP XVII ist ihre Komplementärin, die EGE-P Verwaltung GmbH. Alleinige Kommanditistin der Gesellschaft ist die EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG.

Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeiter. Durch Dienstleistungsverträge sind der technische und kaufmännische Betrieb der Anlagen sichergestellt.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Trotz des anhaltenden Ukraine-Konflikts nahmen die Unsicherheiten im Energiemarkt ab und die Marktpreise an den Strombörsen sanken im Vergleich zum Vorjahr auf ein geringeres Niveau. Der für die Betreiber von Photovoltaikanlagen relevante Marktwert Solar verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr signifikant. Zu Jahresbeginn betrug er 12 ct/kWh und bewegte sich im Verlauf des Jahres in einer Spanne von 5 ct/kWh bis ca. 9 ct/kWh. Damit lag er deutlich unter dem Allzeithoch vom August 2022 in Höhe von 39 ct/kWh, aber weiterhin höher als in den Jahren vor 2022.

Die Witterungsbedingungen waren 2023 für den Betrieb von Photovoltaikanlagen ungünstig. Im bundesweiten Schnitt bewegten sich die Regenmengen über dem mehrjährigen Durchschnitt. Bereits im Herbst war die Regenquote des langjährigen Mittels überschritten. Laut Daten des Deutschen Wetterdienstes fielen über alle Regionen hinweg bis Mitte November im Schnitt 788,9 Liter pro Quadratmeter.

Steigende Preise, der anhaltende Ukraine-Konflikt und hohe Zinsen belasteten die deutsche Wirtschaft im Jahr 2023. Während das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in den ersten drei Quartalen laut Daten des statistischen Bundesamtes stagnierte, erwarten führende Wirtschaftsforschungsinstitute für das Gesamtjahr einen Rückgang des BIP um 0,6 %. Für 2024 wird hingegen eine Erholung der Konjunktur erwartet.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Abgesehen von den in Gliederungspunkt 2 genannten Preisentwicklungen und Witterungsbedingungen hat es keine wesentlichen Ereignisse für den Geschäftsverlauf 2023 gegeben.

3.2. Politische und rechtliche Entwicklung

Die vom Gesetzgeber eingeführten Regeln zur Abschöpfung von Mehrerlösen am Strommarkt betraf Anlagen mit einer installierten Leistung von mehr als 1 MWp im Zeitraum vom 1. Dezember 2022 bis zum 30. Juni 2023. Diesen Anlagen, zu denen auch die Anlage der SP XVII zählt, wurden folglich Erlöse im ersten Halbjahr des Geschäftsjahres nur in Höhe der jeweiligen EEG-Vergütung zuzüglich eines Sicherheitsaufschlages zugestanden.

Zum 1. Januar 2023 trat das neue Erneuerbare-Energien-Gesetz in Kraft. Ziel ist es, den Ausbau der erneuerbaren Energien weiter zu verstärken und zu fördern. Für die Betreiber von Photovoltaikanlagen ergeben sich aus der Gesetzesanpassung viele Erleichterungen, unter anderem soll Photovoltaikanlagen in Planungsprozessen Vorrang vor anderen Interessen eingeräumt werden und Genehmigungen dadurch schneller erteilt werden.

Nachdem das Europäische Parlament am 12. September 2023 die novellierte Fassung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie (RED III) verabschiedete, erteilte am 9. Oktober 2023 auch der Rat seine Zustimmung. Zu den wichtigsten Neuerungen gehörte die Erhöhung des EU-Ziels für den Anteil erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch bis 2030 auf 42,5 %. Zuvor lag der angestrebte Anteil bei 32 %. Zur Erreichung des Ziels ist u.a. der Ausbau der erneuerbaren Energien im Wärmesektor erforderlich. Zudem sollen die Genehmigungsverfahren beschleunigt werden. Die Genehmigungszeit darf dann maximal 12 Monate betragen.

3.3. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Wesentlicher Erfolgsfaktor der SP XVII ist der zuverlässige technische Betrieb der Erzeugungsanlage am Standort Sergen West, um den Verkauf von Strom sicherzustellen.

Die installierte Leistung der Photovoltaikanlage beläuft sich auf insgesamt 15,3 MW (Vorjahr: 15,3 MW).

Im Geschäftsjahr 2023 wurden insgesamt 12,0 GWh (Vorjahr: 15,8 GWh) Strom in der Erzeugungsanlage produziert. Damit wurde ein kumuliertes Verhältnis zwischen produziertem und prognostiziertem Ertrag von 74,6 % (Vorjahr: 107,1 %) erreicht. Die technische Verfügbarkeit betrug 99,6 % (Vorjahr: 98,6 %).

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2023 erzielte die SP XVII einen Jahresüberschuss in Höhe von 115 T€ (Vorjahr: 1.032 T€). Die Umsatzerlöse aus der Stromvermarktung betragen 1.012 T€ (Vorjahr: 1.838 T€). Ursache für den Rückgang waren der im Vergleich zum Vorjahr geringere Marktwert Solar und die witterungsbedingt geringere erzeugte Menge Strom. Außerdem fielen sonstige betriebliche Erträge in Höhe von 2 T€ (Vorjahr: 0 T€) an.

Der im Rahmen des Anlagenbetriebs anfallende Materialaufwand stieg im Geschäftsjahr 2023 um 132 T€ auf 308 T€, was vor allem auf gestiegene Aufwendungen für bezogene Dienstleistungen zurückzuführen ist. Abschreibungen fielen in Höhe von 338 T€ an (Vorjahr: 325 T€).

Des Weiteren betragen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen im Wesentlichen für Geschäftsbesorgung, Pachtzahlungen, Erlösabschöpfung und Prüfungskosten insgesamt 108 T€ (Vorjahr: 138 T€). Zinsen und ähnliche Aufwendungen verringerten sich um 16 T€ auf 128 T€.

Die Ertragsteuern haben sich ergebnisbedingt sowie aufgrund der Entwicklung der passiven latenten Steuern um 6 T€ auf 17 T€ verringert.

4.2. Finanzlage

Der Finanzmittelbestand der SP XVII belief sich am 31. Dezember 2023 auf insgesamt 865 T€ (Vorjahr: 2.034 T€).

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 681 T€ (Vorjahr: 3.099 T€) war insbesondere durch die Umsatzerlöse und Aufwendungen im Rahmen des Geschäftsbetriebes geprägt.

Die Auszahlungen für Investitionen im Wesentlichen in die Photovoltaikanlage in Höhe von 319 T€ (Vorjahr: 1.075 T€) spiegeln sich im Cashflow aus der Investitionstätigkeit wider.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit belief sich auf -1.531 T€ (Vorjahr: -282 T€) und beinhaltet Ausschüttungen an Unternehmenseigner in Höhe von 960 T€ (Vorjahr: 0 T€), Darlehenstilgungen in Höhe von 445 T€ (Vorjahr: 888 T€) sowie Zinszahlungen in Höhe von 127 T€ (Vorjahr: 142 T€). Darlehensaufnahmen sowie Kapitaleinlagen und -entnahmen erfolgten im Geschäftsjahr 2023 nicht.

4.3. Vermögenslage

Zum 31. Dezember 2023 betrug die Bilanzsumme der SP XVII 9.818 T€ und verringerte sich damit gegenüber dem Vorjahr um 1.283 T€.

Auf der Aktivseite lag das Sachanlagevermögen in Höhe von 7.780 T€ auf dem Vorjahresniveau, da den planmäßigen Abschreibungen Nachaktivierungen in Höhe von 296 T€ für Projektentwicklungsleistungen gegenüberstanden. Das Umlaufvermögen beinhaltete liquide Mittel in Höhe von 865 T€ (Vorjahr: 2.034 T€) sowie Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände in Höhe von 53 T€ (Vorjahr: 107 T€). Der Rechnungsabgrenzungsposten (1.120 T€; Vorjahr: 1.160 T€) resultiert aus dem Abschluss eines langfristigen Nutzungsvertrages für ein Umspannwerk.

Auf der Passivseite der Bilanz reduzierten sich die Bankverbindlichkeiten durch planmäßige Tilgung um 445 T€ auf 7.344 T€ und bildeten die größte Position. Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen verringerten sich im Geschäftsjahr um 848 T€ auf 122 T€ im Wesentlichen durch das an die Kommanditistin ausgeschüttete Vorjahresergebnis. In Summe bestanden Verbindlichkeiten in Höhe von 7.466 T€ (Vorjahr: 8.759 T€). Passive latente Steuern bestanden in Höhe von 29 T€ (Vorjahr: 12 T€).

4.4. Gesamtaussage

Die SP XVII schloss das Geschäftsjahr 2023 mit einem Ergebnis unterhalb der Wirtschaftsplanung ab, was im Wesentlichen auf den geringeren Marktwert Solar und die ungünstigen Witterungsbedingungen zurückzuführen war.

5. Chancen- und Risikobericht

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Unternehmen dar.

Für die SP XVII ergeben sich Risiken insbesondere aus dem Betrieb der Photovoltaikanlagen. Hier kann es zu technischen Störungen kommen, die zu einer Unterbrechung der Produktion führen können. Dies kommt bei Photovoltaikanlagen jedoch grundsätzlich selten vor, außerdem ist die Gesellschaft gegen zahlreiche Schäden durch Versicherungs- und Instandhaltungsverträge abgesichert.

Des Weiteren wird der Ertrag der Anlagen durch die Sonneneinstrahlung im Jahresverlauf beeinflusst. In besonders schattigen Jahren kann es dadurch zu Ertragsminderungen kommen, besonders sonnige Jahre führen aber auch zu höheren Ertragsperspektiven.

Aus heutiger Sicht sind keine Risiken erkennbar, die den Bestand der Gesellschaft gefährden oder ihre Entwicklung wesentlich beeinträchtigen könnten.

6. Prognosebericht

Die Geschäftsführung erwartet auf Basis der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2024 ein Ergebnis nach Steuern in Höhe von 217 T€.

SP XVIII GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH & Co. KG		
Haftkapital in T€:	10		
Gesellschafter:		T€	%
	EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG	10	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb von Projekten und Anlagen zur Erzeugung von Strom und Wärme aus Erneuerbaren Energien. Die Gesellschaft bezweckt damit auch die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung der Stadt Halle (Saale).

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Energieversorgung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des konzerninternen Risikomanagements der Stadtwerke Halle-Gruppe sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	EGE-P Verwaltung GmbH	<i>(vertreten durch Hollstein, Thomas)</i>
--------------------------	-----------------------	--

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Die Geschäftsführung erhält ihre Bezüge von der EGE-P Verwaltung GmbH.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2023		2022		2021		Veränderungen 2023 zu 2022	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	18.298	88	11.727	81	918	41	6.571	56
Umlaufvermögen	1.098	5	1.580	11	495	22	-482	-31
Rechnungsabgrenzungsposten	1.454	7	1.100	8	825	37	354	32

Bilanzsumme	20.850	100	14.407	100	2.238	100	6.443	45
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	--------------	------------	--------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	4.574	22	6.011	42	2.229	100	-1.437	-24
Rückstellungen	34	0	14	0	7	0	20	143
Verbindlichkeiten	16.242	78	8.382	58	2	0	7.860	94

Bilanzsumme	20.850	100	14.407	100	2.238	100	6.443	45
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	--------------	------------	--------------	-----------

bb) GuV

	2023	2022	2021
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	2.264	0	0
sonstige betriebliche Erträge	2	0	0
Materialaufwand	430	0	0
Abschreibungen	696	0	0
sonstige betriebliche Aufwendungen	154	44	11
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	594	140	15
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	11	0	0
Ergebnis nach Steuern	381	-184	-26
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	381	-184	-26
Belastung der Kapitalkonten	0	0	17
Gutschrift auf (-)/ Belastung des Verlustvortragskontos	-193	184	9
Gutschrift auf Verrechnungskonto	-188	0	0
Ergebnis nach Verwendungsrechnung	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2023	2022	2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	16,83			%
Eigenkapitalrentabilität:	8,33	-3,07	-1,15	%
Cash-Flow:	1.077	-184	-26	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	87,76	81,40	41,00	%
Eigenkapitalquote:	21,94	41,72	99,56	%
Fremdkapitalquote:	78,06	58,28	0,44	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
installierte Erzeugungsleistung	31,3	0,0	0,0	MWp

f) Lagebericht

1. Grundlagen der SP XVIII GmbH & Co. KG

1.1. Geschäftsmodell

Gegenstand der SP XVIII GmbH & Co. KG (SP XVIII) ist die Errichtung und der Betrieb von Projekten und Anlagen zur Erzeugung von Strom und Wärme aus erneuerbaren Energien. Die Gesellschaft bezweckt damit auch die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung der Stadt Halle (Saale).

1.2. Steuerung

Geschäftsführendes Vertretungsorgan der SP XVIII ist ihre Komplementärin, die EGE-P Verwaltung GmbH. Alleinige Kommanditistin der Gesellschaft ist die EVH Grüne Energie - Projekt GmbH & Co. KG.

Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeiter. Durch Dienstleistungsverträge sind der technische und kaufmännische Betrieb der Anlagen sichergestellt.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Trotz des anhaltenden Ukraine-Konflikts nahmen die Unsicherheiten im Energiemarkt ab und die Marktpreise an den Strombörsen sanken im Vergleich zum Vorjahr auf ein geringeres Niveau. Der für die Betreiber von Photovoltaikanlagen relevante Marktwert Solar verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr signifikant. Zu Jahresbeginn betrug er 12 ct/kWh und bewegte sich im Verlauf des Jahres in einer Spanne von 5 ct/kWh bis ca. 9 ct/kWh. Damit lag er deutlich unter dem Allzeithoch vom August 2022 in Höhe von 39 ct/kWh, aber weiterhin höher als in den Jahren vor 2022.

Die Witterungsbedingungen waren 2023 für den Betrieb von Photovoltaikanlagen ungünstig. Im bundesweiten Schnitt bewegten sich die Regenmengen über dem mehrjährigen Durchschnitt. Bereits im Herbst war die Regenquote des langjährigen Mittels überschritten. Laut Daten des Deutschen Wetterdienstes fielen über alle Regionen hinweg bis Mitte November im Schnitt 788,9 Liter pro Quadratmeter.

Steigende Preise, der anhaltende Ukraine-Konflikt und hohe Zinsen belasteten die deutsche Wirtschaft im Jahr 2023. Während das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in den ersten drei Quartalen laut Daten des statistischen Bundesamtes stagnierte, erwarten führende Wirtschaftsforschungsinstitute für das Gesamtjahr einen Rückgang des BIP um 0,6 %. Für 2024 wird hingegen eine Erholung der Konjunktur erwartet.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Im Februar 2023 wurde die Photovoltaikanlage Sergen West II mit einer Leistung von 31,3 MWp erfolgreich in Betrieb genommen.

3.2. Politische und rechtliche Entwicklung

Die vom Gesetzgeber eingeführten Regeln zur Abschöpfung von Mehrerlösen am Strommarkt betraf Anlagen mit einer installierten Leistung von mehr als 1 MWp im Zeitraum vom 1. Dezember 2022 bis zum 30. Juni 2023. Diesen Anlagen wurden folglich Erlöse im ersten Halbjahr des Geschäftsjahres nur in Höhe der jeweiligen EEG-Vergütung zuzüglich eines Sicherheitsaufschlages zugestanden. Die SP XVIII war von den Regelungen aufgrund des mit der EVH GmbH geschlossenen langfristigen Rahmenvertrags zur Stromlieferung nicht betroffen.

Zum 1. Januar 2023 trat das neue Erneuerbare-Energien-Gesetz in Kraft. Ziel ist es, den Ausbau der erneuerbaren Energien weiter zu verstärken und zu fördern. Für die Betreiber von Photovoltaikanlagen ergeben sich aus der Gesetzesanpassung viele Erleichterungen, unter anderem soll Photovoltaikanlagen in Planungsprozessen Vorrang vor anderen Interessen eingeräumt werden und Genehmigungen dadurch schneller erteilt werden.

Nachdem das Europäische Parlament am 12. September 2023 die novellierte Fassung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie (RED III) verabschiedete, erteilte am 9. Oktober 2023 auch der Rat seine Zustimmung. Zu den wichtigsten Neuerungen gehörte die Erhöhung des EU-Ziels für den Anteil erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch bis 2030 auf 42,5 %. Zuvor lag der angestrebte Anteil bei 32 %. Zur Erreichung des Ziels ist u.a. der Ausbau der erneuerbaren Energien im Wärmesektor erforderlich. Zudem sollen die Genehmigungsverfahren beschleunigt werden. Die Genehmigungszeit darf dann maximal 12 Monate betragen.

3.3. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Wesentlicher Erfolgsfaktor der SP XVIII ist der zuverlässige technische Betrieb der Erzeugungsanlage am Standort Sergen West, um den Verkauf von Strom sicherzustellen.

Die installierte Leistung der neu in Betrieb genommenen Photovoltaikanlage beläuft sich auf insgesamt 31,3 MW.

Im Geschäftsjahr 2023 wurden insgesamt 29,1 GWh Strom in der Erzeugungsanlage produziert. Damit wurde ein kumuliertes Verhältnis zwischen produziertem und prognostiziertem Ertrag von 92,7 % erreicht. Die technische Verfügbarkeit betrug 99,0 %.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2023 erzielte die SP XVIII einen Jahresüberschuss in Höhe von 381 T€ (Vorjahr: Jahresfehlbetrag 184 T€). Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr ist insbesondere auf erstmalige Umsatzerlöse aus dem Betrieb der Photovoltaikanlage zurückzuführen. Diese betragen 2.264 T€ (Vorjahr: 0 T€). Außerdem fielen sonstige betriebliche Erträge in Höhe von 2 T€ (Vorjahr: 0 T€) an.

Der im Rahmen des Anlagenbetriebs anfallende Materialaufwand betrug 430 T€ (Vorjahr: 0 T€). Abschreibungen fielen in Höhe von 696 T€ an (Vorjahr: 0 T€).

Des Weiteren betragen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen im Wesentlichen für Geschäftsbesorgung, Pachtzahlungen, Prüfungskosten sowie Versicherungen insgesamt 154 T€ (Vorjahr: 44 T€). Zinsen und ähnliche Aufwendungen erhöhten sich aufgrund der Auszahlung weiterer Kreditmittel um 454 T€ auf 594 T€.

Der Steueraufwand betrug im Geschäftsjahr 11 T€ (Vorjahr: 0 T€).

4.2. Finanzlage

Der Finanzmittelbestand der SP XVIII belief sich am 31. Dezember 2023 auf insgesamt 626 T€ (Vorjahr: 371 T€).

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 2.049 T€ (Vorjahr: -1.310 T€) war insbesondere durch die Umsatzerlöse und Aufwendungen im Rahmen des Anlagenbetriebs geprägt.

Die Auszahlungen für Investitionen im Wesentlichen in die Photovoltaikanlage in Höhe von 7.267 T€ (Vorjahr: 10.809 T€) spiegeln sich im Cashflow aus der Investitionstätigkeit wider.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit belief sich auf 5.473 T€ (Vorjahr: 12.180 T€) und beinhaltet die Einzahlungen aus der Aufnahme von Darlehen in Höhe von 9.380 T€ (Vorjahr: 8.354 T€), Darlehenstilgungen in Höhe von 1.683 T€ (Vorjahr: 0 T€), Zinszahlungen in Höhe von 594 T€ (Vorjahr: 140 T€) sowie Kapitalentnahmen der Kommanditistin in Höhe von 1.630 T€ (Vorjahr: 1.434 T€). Kapitaleinlagen wurden im Geschäftsjahr 2023 nicht vorgenommen (Vorjahr: 5.400 T€).

4.3. Vermögenslage

Zum 31. Dezember 2023 betrug die Bilanzsumme der SP XVIII 20.850 T€ und erhöhte sich damit gegenüber dem Vorjahr um 6.443 T€.

Auf der Aktivseite stieg das Sachanlagevermögen im Wesentlichen im Zusammenhang mit der Inbetriebnahme der Photovoltaikanlage um 6.571 T€ auf 18.298 T€. Das Umlaufvermögen beinhaltete liquide Mittel in Höhe von 626 T€ (Vorjahr: 371 T€) und Forderungen in Höhe von 472 T€ (Vorjahr: 1.209 T€). Der aus dem Abschluss eines langfristigen Nutzungsvertrages für ein Umspannwerk resultierende Rechnungsabgrenzungsposten erhöhte sich um 354 T€ auf 1.454 T€.

Auf der Passivseite der Bilanz verringerte sich das Eigenkapital der Gesellschaft aufgrund von Eigenkapitalrückführungen und dem Ausgleich des Verlustvortragskontos um 1.437 T€ auf 4.574 T€. Die Bankverbindlichkeiten erhöhten sich aufgrund der Aufnahme weiterer Kreditmittel um 7.697 T€ auf 16.051 T€ und bildeten die größte Position. In Summe bestanden Verbindlichkeiten in Höhe von 16.243 T€ (Vorjahr: 8.382 T€).

4.4. Gesamtaussage

Die SP XVIII schloss das Geschäftsjahr 2023 mit einem Ergebnis unterhalb der Wirtschaftsplanung ab, was im Wesentlichen auf die ungünstigen Witterungsbedingungen zurückzuführen war.

5. Chancen- und Risikobericht

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Unternehmen dar.

Für die SP XVIII ergeben sich Risiken insbesondere aus dem Betrieb der Photovoltaikanlagen. Hier kann es zu technischen Störungen kommen, die zu einer Unterbrechung der Produktion führen können. Dies kommt bei Photovoltaikanlagen jedoch grundsätzlich selten vor, außerdem ist die Gesellschaft gegen zahlreiche Schäden durch Versicherungs- und Instandhaltungsverträge abgesichert.

Des Weiteren wird der Ertrag der Anlagen durch die Sonneneinstrahlung im Jahresverlauf beeinflusst. In besonders schattigen Jahren kann es dadurch zu Ertragsminderungen kommen, besonders sonnige Jahre führen aber auch zu höheren Ertragsperspektiven.

Aus heutiger Sicht sind keine Risiken erkennbar, die den Bestand der Gesellschaft gefährden oder ihre Entwicklung wesentlich beeinträchtigen könnten.

6. Prognosebericht

Die Geschäftsführung erwartet auf Basis der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2024 ein Ergebnis nach Steuern in Höhe von 595 T€.

TELONON Abwasserbehandlung GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	26		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadtwerke Halle GmbH	26	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens der Gesellschaft ist der kaufmännische und technische Betrieb von Kläranlagen, deren Reparatur und Wartung sowie die Errichtung, Erwerb und Verwaltung von Anlagen zur Abwasserbehandlung.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Der kaufmännische und technische Betrieb der Kläranlage Halle-Nord, der als Betätigung im Bereich der Abwasserbeseitigung gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einen öffentlichen Zweck darstellt, wurde zum Jahreswechsel 2018/2019 mit der Übernahme der Kläranlage durch die Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH eingestellt.

Es ist beabsichtigt, die Gesellschaft für einen anderen öffentlichen Zweck zu nutzen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Schirrmeister, Claudia

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Die Geschäftsführung erhielt im Berichtsjahr 2023 keine Bezüge von der TELONON Abwasserbehandlung GmbH.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2023		2022		2021		Veränderungen 2023 zu 2022	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Umlaufvermögen	32	100	32	100	32	100	0	0
Bilanzsumme	32	100	32	100	32	100	0	0
Passiva								
Eigenkapital	26	79	26	81	26	81	0	0
Rückstellungen	6	21	6	19	5	17	0	0
Verbindlichkeiten	0	0	0	0	1	2	0	0
Bilanzsumme	32	100	32	100	32	100	0	0

bb) GuV

	2023	2022	2021
	T€	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	0	0	0
Personalaufwand	0	0	0
sonstige betriebliche Aufwendungen	9	9	12
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	0	0
Ergebnis nach Steuern	-8	-9	-12
Erträge aus Verlustübernahmen	8	9	12
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2023	2022	2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	-31,93	-33,25	-45,62	%
Cash-Flow:	-8	-9	-12	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:				T€
Personalaufwandsquote:			27,68	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	79,37	80,89	81,14	%
Fremdkapitalquote:	20,63	19,11	18,86	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

Struktur

Alleinige Gesellschafterin der TELONON Abwasserbehandlung GmbH ist die Stadtwerke Halle GmbH, Halle (Saale). Mit der Stadtwerke Halle GmbH besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag. Die TELONON Abwasserbehandlung GmbH verfügt über keine Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Geschäftstätigkeit und wirtschaftliche Situation

Gegenstand des Unternehmens ist der kaufmännische und technische Betrieb von Kläranlagen, deren Reparatur und Wartung sowie die Errichtung, der Erwerb und die Verwaltung von Anlagen zur Abwasserbehandlung.

Die TELONON Abwasserbehandlung GmbH wurde im Geschäftsjahr 2023 operativ nicht tätig. Der kaufmännische und technische Betrieb der Kläranlage Halle-Nord wurde zum Jahreswechsel 2018/2019 mit der Übernahme der Kläranlage durch die Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH eingestellt. Die Geschäftstätigkeit der TELONON Abwasserbehandlung GmbH beschränkt sich seitdem auf die Erfüllung der Verpflichtungen, die der Geschäftsführung nach den Gesetzen, dem Gesellschaftsvertrag und den Beschlüssen der Gesellschafterin obliegen.

Umsatzerlöse wurden im Geschäftsjahr 2023 wegen der Einstellung des operativen Geschäfts nicht erzielt. Die Sonstigen betrieblichen Erträge betragen zum 31. Dezember 2023 TEUR 0,1 und betreffen die Auflösung von Rückstellungen.

Betriebliche Aufwendungen fielen in Höhe von TEUR 9,2 an. Diese Position beinhaltet Kosten für kaufmännische Dienstleistungen, Wirtschaftsprüfung, Steuerberatung, Versicherungen und Beiträge.

Die TELONON Abwasserbehandlung GmbH weist im Jahr 2023 einen Jahresfehlbetrag vor Verlustausgleich von TEUR 8,2 aus.

Die Liquidität der Gesellschaft war während des gesamten Geschäftsjahres gegeben und ist auch künftig gesichert. Zum einen verfügt die TELONON Abwasserbehandlung GmbH im Rahmen des Cash Pools über ein ausreichendes Guthaben bei der Stadtwerke Halle GmbH, zum anderen ist die Stadtwerke Halle GmbH der TELONON Abwasserbehandlung GmbH durch den Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zum Ausgleich eines eventuell entstehenden Jahresfehlbetrages verpflichtet.

Steuerung

Die TELONON Abwasserbehandlung GmbH beschäftigt neben der Geschäftsführerin kein weiteres eigenes Personal.

Für das Geschäftsjahr 2023 wurde ein Wirtschaftsplan erstellt, der die Bereiche Erfolgsrechnung, Kapitalflussrechnung und Bilanz umfasst. Im Rahmen von Monats- und Quartalsabschlüssen werden Periodenergebnisse ermittelt. Aufgrund der geringen Anzahl von Geschäftsvorfällen erfolgte eine Gegenüberstellung von Ist- und Planwerten lediglich zum Quartals- und Jahresende.

Eine laufende Liquiditätskontrolle erfolgt durch die Abteilung Service Rechnungswesen/Finanzen der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH.

Veränderungen in der Gesellschaft

Im Geschäftsjahr 2023 gab es keine Veränderungen in der TELONON Abwasserbehandlung GmbH.

Chancen- und Risikobericht

In der SWH-Gruppe findet ein konzernweitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement wird als ein gruppenweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt. Das Risikomanagementsystem benennt für das Jahr 2023 keine den Bestand der TELONON Abwasserbehandlung GmbH gefährdende Risiken.

Wesentliche Chancen und Risiken sind in der aktuellen Situation der Gesellschaft nicht erkennbar. Chancen und Risiken können sich jedoch im Zusammenhang mit einer in der Zukunft unter Umständen erfolgenden erneuten Aufnahme einer Geschäftstätigkeit ergeben.

Ausblick

Die Gesellschaft wird nach außen unternehmerisch tätig werden, sobald sich im wirtschaftlichen Umfeld der Gesellschafterin eine Gelegenheit dazu bietet. Über den zeitlichen Rahmen und die weitere geschäftliche Entwicklung lassen sich derzeit keine Aussagen treffen. Bis dahin wird durch die Verwaltungskosten ein jährlicher Fehlbetrag vor Verlustausgleich in Höhe von TEUR 9 erwartet.

Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Krefelder Straße 203
52070 Aachen

Rechtsform: GmbH & Co. KG
Haftkapital in T€: 5.468

Gesellschafter:	T€	%
EVH GmbH	1.000	18,29
Salzburg AG für Energie, Verkehr und Telekommunikation	1.000	18,29
Stadtwerke Solingen GmbH	500	9,14
Energie- und Wasserversorgung Rheine GmbH	300	5,49
enwor - energie & wasser vor ort GmbH	300	5,49
SOLSA Solarenergie Sachsen-Anhalt GmbH	300	5,49
Stadtwerke Schwäbisch Hall GmbH	300	5,49
Stadtwerke Sindelfingen GmbH	300	5,49
Trianel GmbH	293	5,35
Stadtwerke Energie Jena-Pößneck GmbH	250	4,57
Stadtwerke Gronau Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG	240	4,39
Allgäuer Überlandwerk GmbH	200	3,66
Energie- und Wasserversorgung Bonn/Rhein-Sieg GmbH	200	3,66
Stadtwerke Lengerich GmbH	200	3,66
Stadtwerke Beverungen GmbH	40	0,73
Stadtwerke Steinheim GmbH	30	0,55
Stadtwerke Bad Driburg GmbH	15	0,27

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist

- die Planung und Entwicklung, die Errichtung und der Betrieb von Anlagen in Deutschland zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien und
- die Beteiligung an Gesellschaften und Unternehmen mit Sitz in Deutschland, die Anlagen in Deutschland zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien betreiben oder zu betreiben beabsichtigen.

Die Gesellschaft verfolgt mit ihrem Unternehmensgegenstand den Zweck der Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung durch Energieversorgungsunternehmen mit kommunaler Beteiligung.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Energieversorgung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH	<i>(vertreten durch Dr. Hakes, Markus und Hesse Arvid (seit 01.10.2023))</i>
--------------------------	---	--

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021
	T€	T€	T€
Geschäftsführung	260	222	185

d) Beteiligungen

unmittelbar	T€	%
Trianel Onshore Nordost Verwaltungs GmbH	25	100,00
Trianel Onshore Windkraftwerk Bendorf-Oersdorf GmbH & Co. KG		100,00
Trianel Onshore Windkraftwerk Bendorf-Oersdorf Verwaltungs GmbH	25	100,00
Trianel Onshore Windkraftwerk Eisleben GmbH & Co. KG		100,00
Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH	25	100,00
Trianel Onshore Windkraftwerk Gerdshagen/Falkenhagen II GmbH & Co. KG		100,00
Trianel Onshore Windkraftwerk GKN GmbH & Co. KG		100,00
Trianel Onshore Windkraftwerk Hünfelden GmbH & Co. KG		100,00
Trianel Onshore Windkraftwerk Rabenau GmbH & Co. KG		100,00
Trianel Onshore Windkraftwerk Wendorfer Berg GmbH & Co. KG		100,00
mittelbar	T€	%
Windpark Bendorf-Oersdorf GmbH & Co. Infrastruktur KG		55,56
Windpark Gerdshagen/Falkenhagen GmbH & Co. Infrastruktur KG		71,43
Windpark Wendorfer Berg GmbH & Co. Infrastruktur KG		41,15

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2023		2022		2021		Veränderungen 2023 zu 2022	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	37.380	75	39.262	72	43.490	91	-1.882	-5
Umlaufvermögen	12.444	25	15.163	28	4.508	9	-2.719	-18
Rechnungsabgrenzungsposten	26	0	0	0	5	0	26	

Bilanzsumme	49.850	100	54.425	100	48.003	100	-4.575	-8
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	48.965	98	51.446	95	46.468	97	-2.481	-5
Rückstellungen	252	1	351	0	289	0	-99	-28
Verbindlichkeiten	633	1	2.628	5	1.246	3	-1.995	-76

Bilanzsumme	49.850	100	54.425	100	48.003	100	-4.575	-8
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	-----------

bb) GuV

	2023	2022	2021
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	2.952	2.010	1.406
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-136	69	328
sonstige betriebliche Erträge	112	38	69
Materialaufwand	909	678	649
Personalaufwand	1.944	1.333	1.134
Abschreibungen	25	13	9
sonstige betriebliche Aufwendungen	157	214	111
Erträge aus Beteiligungen	3.158	10.509	1.187
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	-23
Ergebnis nach Steuern	3.051	10.388	1.110
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	3.051	10.388	1.110

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2023	2022	2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	103,38	516,76	78,92	%
Eigenkapitalrentabilität:	6,65	25,30	2,45	%
Cash-Flow:	3.076	10.401	1.119	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	195	235	258	T€
Personalaufwandsquote:	66,40	62,97	62,88	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,11	0,06	0,05	%
Eigenkapitalquote:	98,22	94,53	96,80	%
Fremdkapitalquote:	1,78	5,47	3,20	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Stromproduktion der Windparks (eingespeist und vergütet)	272.955	241.484	208.620	MWh

f) Lagebericht

A. Grundlagen der Gesellschaft

I. Rechtliche Grundlagen und organisatorische Struktur

Die Geschäftstätigkeit der Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG (im Folgenden „TOW“ oder „Gesellschaft“) umfasst die Planung und Entwicklung, die Errichtung und den Betrieb von Anlagen in Deutschland zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien sowie die Beteiligung an Gesellschaften und Unternehmen mit Sitz in Deutschland, die Anlagen in Deutschland zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien betreiben oder zu betreiben beabsichtigen. Die Gesellschaft verfolgt mit ihrem Unternehmensgegenstand den Zweck der Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung durch Energieversorgungsunternehmen mit kommunaler Beteiligung.

Gesellschafter der TOW sind kommunale und kommunalnahe Energieversorgungsunternehmen aus Deutschland und Österreich. Insgesamt sind siebzehn Energieversorgungsunternehmen der Gesellschaft als Kommanditisten beigetreten.

Die persönlich haftende Gesellschafterin (Komplementärin) der TOW ist die Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH („TOWV“) mit Sitz in Aachen. Da die Gesellschaft als sogenannte „Einheits-KG“ strukturiert ist, ist die TOWV eine 100%ige Tochtergesellschaft der TOW. Die TOWV hat ein Stammkapital von TEUR 25 und erbringt bei der TOW keine Einlagen und hat keinen Kapitalanteil. Sie ist weder am Gewinn noch am Verlust der TOW beteiligt.

Seit dem 01.01.2017 ist Herr Dr. Markus Hakes bei der TOW als Geschäftsführer angestellt. Mit Wirkung zum 01.10.2023 wurde Herr Arvid Hesse als weiterer Geschäftsführer bestellt. Darüber hinaus sind zum Stichtag 31. Dezember 2023 16 weitere Mitarbeiter bei der TOW beschäftigt. Ergänzt wird die Belegschaft um studentische Hilfskräfte und Praktikanten.

II. Steuerungssystem

Zur Steuerung der TOW wird als wesentlicher finanzieller Leistungsindikator auf das Jahresergebnis abgestellt. Ein wesentlicher nichtfinanzieller Leistungsindikator sind die Winderträge der Beteiligungsgesellschaften.

B. Wirtschaftsbericht

I. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Seit dem 1. August 2014 ist eine Novellierung des EEG in Kraft, mit der teilweise neue Richtungen eingeschlagen wurden. So wurden die Vergütungssätze moderat gekürzt, der jährliche Zubau gedeckelt sowie die Direktvermarktung des erzeugten Stroms verpflichtend gemacht. Nunmehr soll die Vergütungshöhe des zu erzeugenden Stroms grundsätzlich im Ausschreibungsverfahren ermittelt werden. Alle Windparkprojekte der TOW wurden vor dieser Wirksamkeit der EEG-Novelle 2016 errichtet und in Betrieb genommen, sodass das Ausschreibungsverfahren für die TOW Projekte nicht mehr in Anwendung kam. Ebenso haben aktuelle Änderungen des EEG keine Auswirkungen auf die bestehenden Windparks der TOW.

II. Geschäftsverlauf

Da die TOW die von den Gesellschaftern gesteckten Investitionsziele erreicht hat, wurde im Jahr 2023 nicht in den Erwerb weiterer Beteiligungen investiert. Die TOW hat im Geschäftsjahr wesentlich die Beteiligungsgesellschaften an der Erreichung der jeweils gesetzten Ziele unterstützt. Der Erfolg der Beteiligungsgesellschaften ist dabei jedoch wesentlich durch den Windertrag bestimmt.

Das Geschäftsjahr 2023 zeichnet sich durch einen überdurchschnittlichen Windertrag aus. Die Windertragsprognose (nichtfinanzieller Leistungsindikator) von 253.638 MWh für 2023 wurde mit 272.955 MWh (i. Vj. 241.484 MWh) zu 108% erreicht. Die gemittelte technische Verfügbarkeit lag bei 97%.

III. Lage der Gesellschaft

Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2023 endet mit einem Jahresüberschuss von TEUR 3.051 (i. Vj. TEUR 10.388) und liegt damit TEUR 1.485 über dem im Rahmen der Wirtschaftsplanung erwarteten Überschuss von TEUR 1.566. Die Ursache hierfür waren im Wesentlichen höhere Beteiligungserträge als geplant (Ist: TEUR 3.158; Plan: TEUR 1.656). Die höheren Beteiligungserträge sind insbesondere auf die erhöhten Strommarktwerte zurückzuführen, die zu einer deutlich verbesserten Vergütung der Produktion führten.

Insgesamt wird das Geschäftsjahr als zufriedenstellend angesehen.

Vermögens- und Finanzlage

Die Finanzmittel reduzieren sich zum 31. Dezember 2023 um TEUR 259 auf TEUR 628.

Die Zahlungsfähigkeit war im Geschäftsjahr 2023 stets gegeben. Auch für das laufende Geschäftsjahr werden keine Einschränkungen erwartet.

Die Eigenkapitalquote liegt zum 31. Dezember 2023 bei 98,2% (i. Vj. 94,5%).

C. Bericht über die zukünftige Entwicklung sowie Chancen und Risiken

I. Chancen und Risiken

Chancen und Risiken ergeben sich aus der Holdingfunktion der Gesellschaft und stehen damit in engem Zusammenhang mit dem wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen, an denen die TOW beteiligt ist und aus denen Beteiligungserträge erwartet werden. Die Chancen und Risiken der Beteiligungsgesellschaften ergeben sich im Wesentlichen aus den tatsächlich durch Wind bzw. Sonne produzierten Strommengen. Denn die Einspeisevergütungen für die regenerativ erzeugten Strommengen sind im EEG festgeschrieben und stellen daher eine verlässliche Plangröße dar. Zusätzliche Ertragschancen ergeben sich aus der Direktvermarktung und dem Repowering. Das Risiko aus Schäden an Windenergie- und Solaranlagen wird durch entsprechende Versicherungen gedeckt.

Grundsätzlich besteht die Möglichkeit, dass eventuelle Strommarktwerte oberhalb der EEG-Vergütung der Beteiligungsgesellschaften zu Mehrerlösen und somit höheren Beteiligungserträgen im Jahr 2024 führen können.

II. Prognosebericht

Das Ziel der TOW war der Aufbau eines Onshore Windparkportfolios von bis zu 150 MW. Dieses Ziel wurde bereits im Geschäftsjahr 2016 erreicht.

Für das Geschäftsjahr 2024 wird laut verabschiedeter Wirtschaftsplanung mit einem positiven Ergebnis (finanzieller Leistungsindikator) von TEUR 1.737 gerechnet. Für die Geschäftsjahre ab 2025 wird auch weiterhin mit positiven Jahresergebnissen gerechnet.

Sollten sich die der Planung zugrunde liegenden Annahmen, insbesondere die Höhe der zukünftigen Winderträge, als unrichtig erweisen, können die tatsächlichen Ergebnisse naturgemäß von den erwarteten Ergebnissen abweichen.

III. Berichterstattung nach § 108 Abs. 2 GO NRW

Gesellschaftsvertraglicher Unternehmensgegenstand ist:

- Die Planung und Entwicklung, die Errichtung und der Betrieb von Anlagen in Deutschland zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien und
- Die Beteiligung an Gesellschaften und Unternehmen mit Sitz in Deutschland, die Anlagen in Deutschland zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien betreiben und zu betreiben beabsichtigen.

Die im Anhang und Lagebericht gegebenen Erläuterungen und Daten veranschaulichen, dass die Gesellschaft ihrer gesellschaftsrechtlichen Aufgabenstellung der öffentlichen Zwecksetzung gerecht wird.

Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Krefelder Straße 203 52070 Aachen		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin an der Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG mit dem Sitz in Aachen und die Übernahme ihrer Geschäftsführung.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Energieversorgung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Dr. Hakes, Markus Hesse, Arvid	(seit 01.10.2023)
--------------------------	-----------------------------------	-------------------

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Die Geschäftsführer erhielten im Berichtszeitraum von der Gesellschaft keine Vergütung.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2023		2022		2021		Veränderungen 2023 zu 2022	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Umlaufvermögen	72	100	73	100	74	100	-1	-1
Bilanzsumme	72	100	73	100	74	100	-1	-1
Passiva								
Eigenkapital	67	93	68	93	67	91	-1	-1
Rückstellungen	5	7	4	5	6	8	1	25
Verbindlichkeiten	0	0	1	2	1	1	-1	-100
Bilanzsumme	72	100	73	100	74	100	-1	-1

bb) GuV

	2023	2022	2021
	T€	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	38	32	33
sonstige betriebliche Aufwendungen	13	7	9
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	4	4	2
Ergebnis nach Steuern	21	21	22
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	21	21	22

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2023	2022	2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	45,76	45,06	47,71	%
Cash-Flow:	21	21	22	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	92,51	92,89	90,76	%
Fremdkapitalquote:	7,49	7,11	9,24	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

A. Grundlagen der Gesellschaft

I. Rechtliche Grundlagen und organisatorische Struktur

Die Geschäftstätigkeit der Trianel Onshore Windkraftwerke Verwaltungs GmbH, Aachen, (im Folgenden „TOWV“ oder „Gesellschaft“) umfasst die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin an der Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG mit Sitz in Aachen. Da die TOWV als sogenannte „Einheits-KG“ strukturiert ist, ist die TOWV eine 100%-ige Tochtergesellschaft der TOW. Die TOWV hat ein Stammkapital von TEUR 25 und erbringt bei der TOW keine Einlage und hat keinen Kapitalanteil. Sie ist weder am Gewinn noch am Verlust der TOW beteiligt.

Die Gesellschaft hat im Berichtszeitraum kein eigenes Personal und es ist auch nicht geplant, eigenes Personal einzustellen.

II. Steuerungssystem

Zur Steuerung der TOWV wird als wesentlicher finanzieller Leistungsindikator auf das Jahresergebnis abgestellt.

B. Wirtschaftsbericht

I. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die gesamtwirtschaftlichen und branchenbezogenen Rahmenbedingungen der Projektgesellschaften, bei denen die TOWV als persönlich haftende Gesellschafterin fungiert, treffen indirekt auf die TOWV zu:

Seit dem 1. August 2014 ist eine Novellierung des EEG in Kraft, mit der die Vergütungssätze moderat gekürzt, der jährliche Zubau gedeckelt sowie die Direktvermarktung des erzeugten Stroms verpflichtend gemacht wurde. So wird die Förderung für Photovoltaik-Freiflächenanlagen ab 2015 in einem Pilotverfahren im Zuge von Ausschreibungen gewährt. Seit 2017 wird die Vergütungshöhe des zu erzeugenden Stroms grundsätzlich im Ausschreibungsverfahren ermittelt. Die Anpassungen des EEG führen zwar zu einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, allerdings bleiben die Realisierung und der wirtschaftliche Betrieb von Onshore-Windparks und Solarparks auch weiterhin möglich.

II. Geschäftsverlauf

Der Geschäftsverlauf ist geprägt von der Tätigkeit als Komplementärin der TOWV sowie deren Tochtergesellschaften. Der TOWV werden nach dem Gesellschaftsvertrag sämtliche marktangemessenen Aufwendungen für die Geschäftsführung erstattet, sofern diese entstehen. Darüber hinaus erhält die Gesellschaft von der TOWV sowie deren Tochtergesellschaften eine jährliche Haftungsvergütung.

III. Lage der Gesellschaft

Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2023 endet mit einem Jahresüberschuss von TEUR 21 (i. Vj. TEUR 21), welcher dem in der Wirtschaftsplanung erwarteten Ergebnis entspricht.

Vermögens- und Finanzlage

Die Finanzmittel erhöhen sich im Geschäftsjahr 2023 um TEUR 8 von i. Vj. TEUR 37 auf TEUR 45 zum 31. Dezember 2023.

Die Zahlungsfähigkeit war im Geschäftsjahr 2023 stets gegeben. Auch für das laufende Geschäftsjahr werden keine Einschränkungen erwartet.

Die Eigenkapitalquote liegt zum 31. Dezember 2023 bei 92,5% (i. Vj. 92,9%).

C. Bericht über die zukünftige Entwicklung sowie Chancen und Risiken

I. Chancen und Risiken

Das Risikomanagement erfolgt durch die Geschäftsführung. Die Gesellschaft ist ausschließlich als persönlich haftende Gesellschafterin der TOW sowie der unter 6.4 des Anhangs aufgeführten Gesellschaften tätig; hieraus ergibt sich auch ihr Geschäftsrisiko.

II. Prognosebericht

Neben den jährlichen Vergütungen erhält die Gesellschaft Erstattungen für sämtliche ihr im Zusammenhang mit der Geschäftsführung entstehenden Ausgaben und Aufwendungen. Somit ist auch für die zukünftigen Geschäftsjahre mit Jahresüberschüssen zu rechnen. Für das Jahr 2024 wird ein Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 21 erwartet.

Aktuell ergibt sich keine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage. Für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der TOWV werden für die zukünftigen Geschäftsjahre keine wesentlichen Änderungen erwartet.

III. Berichterstattung nach § 108 Abs. 2 GO NRW

Gesellschaftsvertraglicher Unternehmensgegenstand ist die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin an der TOW.

Gesellschaftsvertraglicher Unternehmensgegenstand der Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG ist die Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung durch Energieversorgungsunternehmen mit kommunaler Beteiligung.

Die im Anhang und Lagebericht gegebenen Erläuterungen und Daten veranschaulichen, dass die Gesellschaft ihrer gesellschaftsrechtlichen Aufgabenstellung der öffentlichen Zwecksetzung gerecht wird.

WER-Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Äußere Hordorfer Straße 12
06114 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 256

Gesellschafter:	T€	%
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	154	60,00
Fehr Umwelt Ost GmbH	102	40,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Erfassung, Sammlung und Logistik von Wertstoffen auf der Grundlage der Verpackungsverordnung und aller begleitenden Verordnungen in den jeweils gültigen Fassungen unter Berücksichtigung von gemeindlichen Belangen, vornehmlich im Gebiet der Stadt Halle (Saale) sowie gegebenenfalls in den umliegenden Kreisen. Die Gesellschaft kann weitere Aufgaben im Rahmen des Dualen Systems übernehmen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Abfallentsorgung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des konzerninternen Risikomanagements der Stadtwerke Halle-Gruppe sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Jänicke, Burkhardt (seit 01.01.2023)

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2023		2022		2021		Veränderungen 2023 zu 2022	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0	0	0
Umlaufvermögen	638	100	551	100	540	100	87	16
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	1	0	1	0	0	0

Bilanzsumme	639	100	552	100	541	100	87	16
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	531	83	504	91	496	92	27	5
Rückstellungen	20	3	15	3	17	3	5	33
Verbindlichkeiten	88	14	33	6	28	5	55	167

Bilanzsumme	639	100	552	100	541	100	87	16
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------	-----------

bb) GuV

	2023	2022	2021
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	300	217	218
sonstige betriebliche Erträge	0	3	9
Materialaufwand	231	158	162
Personalaufwand	16	22	22
sonstige betriebliche Aufwendungen	31	33	33
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	18	3	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	13	3	3
Ergebnis nach Steuern	27	7	7
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	27	7	7

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2023	2022	2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	9,05	3,41	3,17	%
Eigenkapitalrentabilität:	5,38	1,49	1,41	%
Cash-Flow:	27	7	7	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	300	110	114	T€
Personalaufwandsquote:	5,33	9,80	9,53	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,01	0,01	0,01	%
Eigenkapitalquote:	83,06	91,22	91,67	%
Fremdkapitalquote:	16,94	8,78	8,33	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Wertstoffaufkommen Glas	4.052,64	4.124,40	4.173,58	Mg

f) Lagebericht

1. Grundlagen der WER – Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH

- 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
- 1.2. Ziele und Strategien
- 1.3. Steuerung
- 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

- 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
- 2.2. Arbeitsmarkt
- 2.3. Bevölkerungsentwicklung

3. Geschäftsverlauf

- 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
- 3.2. Marktbezogene Entwicklung
- 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
- 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
- 3.5. Forschung und Entwicklung
- 3.6. Personal und Personalentwicklung

4. Lage der Gesellschaft

- 4.1. Ertragslage
- 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Kapitalstruktur
 - 4.2.2. Investitionen
 - 4.2.3. Liquidität
- 4.3. Vermögenslage
- 4.4. Gesamtaussage

5. Chancen- und Risikobericht

- 5.1. Risikomanagementsystem
- 5.2. Chancen und Risiken
- 5.3. Gesamtbild

6. Prognosebericht

- 6.1. Umsatzentwicklung
- 6.2. Investitionen
- 6.3. Finanzierung
- 6.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der WER – Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die WER Halle GmbH ist ein Entsorgungs- und Dienstleistungsunternehmen, welches sich auf die Erfassung von systembeteiligten Verpackungen aus Glas spezialisiert hat. Unter der Geschäftsfeldführungsgesellschaft Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH, der Sparte Wasser und Entsorgung der SWH-Gruppe, welche zugleich mit 60 % Mehrheitsgesellschafter ist, erbringt die Gesellschaft einen bedeutenden Anteil bei der regionalen Erfassung von Sekundärrohstoffen und rundet damit die Daseinsvorsorge im Bereich Entsorgung in der Stadt Halle (Saale) ab. Als zweiter Gesellschafter der WER Halle GmbH ist die Fehr Umwelt Ost GmbH mit 40 % der Anteile an der Gesellschaft beteiligt. Die WER Halle GmbH hält selbst keine Unternehmensbeteiligungen.

Mit Ablauf des Geschäftsjahres informierte der Gesellschafter Fehr Umwelt Ost GmbH über seinen Wunsch, die Anteile an der WER Halle GmbH zu veräußern. Die Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH als Mehrheitsgesellschafter macht hier von dem Vorkaufsrecht Gebrauch und verständigte sich auf einen Kauf der Gesellschafteranteile mit Wirkung zum 31. Dezember 2023 mit der aufschiebenden Bedingung der Zustimmung durch die entsprechenden Genehmigungsbehörden (Kartellamt, Landesverwaltungsamt). Insofern war die Fehr Umwelt Ost GmbH am 31.12.2023, 24:00 Uhr, noch an der WER Halle GmbH beteiligt.

1.1.2. Geschäftsfelder

Kerngeschäft der WER Halle GmbH ist die Erfassung der systembeteiligungspflichtigen Verpackungen aus Glas gemäß Verpackungsgesetz in der Stadt Halle (Saale). Für die Erfassung der Glasmengen ist eine gut ausgebaute Infrastruktur mit Depotcontainern und Unterflurbehältern auf öffentlichen Standplätzen vorhanden.

1.2. Ziele und Strategien

Die vornehmliche Ausrichtung des unternehmerischen Handelns der WER Halle GmbH besteht in der Sicherung der Qualität der Entsorgungsleistung und Sammlung insbesondere von systembeteiligten Verpackungen aus Glas im Gebiet der Stadt Halle (Saale). Weiter ist eine permanente Überprüfung der Prozesse und der eingesetzten Kapazitäten die Voraussetzung für die Hebung von Synergie- und Effizienzpotenzialen. Ziel ist dabei die Ausrichtung des Angebotes an die Marktbedürfnisse sowie die Erarbeitung von Rationalisierungspotenzialen zur Reduzierung des Aufwandes, zum effektiven Ressourceneinsatz und zur Schaffung von finanziellen Freiheiten für die Gestaltung von Unternehmensprozessen.

1.3. Steuerung

Für das Unternehmen ist die konsequente Steuerung auf der Grundlage der geplanten Aufwendungen und Erträge maßgeblich. Mit dem Vergleich zwischen der detaillierten Planung des Geschäftsjahres und den erreichten Ist-Werten analysiert die Geschäftsführung die Wirtschaftlichkeit der Prozesse und greift bei erkennbaren Abweichungen umgehend ein.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

In ihrer Struktur und mit den Gesellschaftern setzt die WER Halle GmbH im Geschäftsjahr 2023 im Vergleich zum Vorjahr auf Konstanz und weist keine Veränderungen auf.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die trotz der jüngsten Rückgänge nach wie vor hohen Preise auf allen Wirtschaftsstufen dämpften die Konjunktur Deutschlands in 2023. Ebenso beeinflussten ungünstige Finanzierungsbedingungen durch steigende Zinsen und eine geringere Nachfrage aus dem In- und Ausland die konjunkturelle Entwicklung. Hinzu gekommen sind neue geopolitische Unsicherheiten durch den Krieg im Nahen Osten ab Oktober 2023. Insgesamt konnte sich dadurch die Erholung der deutschen Wirtschaft vom tiefen Einbruch im Corona-Jahr 2020 nicht weiter fortsetzen.

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) Deutschlands sank nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes in 2023 um 0,3 % im Vergleich zum Vorjahr. In Sachsen-Anhalt betrug der Rückgang im ersten Halbjahr 2023 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr 3,2 % und fiel damit deutlich stärker der Durchschnitt aller Bundesländer aus (deutschlandweit -0,3 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Die schwache Konjunktur ist ebenfalls nicht spurlos am Arbeitsmarkt vorübergegangen. Dennoch behauptet sich der Arbeitsmarkt angesichts des Ausmaßes an Belastungen und Unsicherheiten nach wie vor gut. Nach Informationen der Bundesagentur für Arbeit sind Erwerbstätigkeit und Beschäftigung so hoch wie nie zuvor und auch 2023 zählt zu den Jahren mit der niedrigsten Arbeitslosigkeit seit der Wiedervereinigung. Die Arbeitslosenquote stieg in Deutschland gegenüber dem Vorjahr um +0,4 Prozentpunkte auf 5,7 %, in Sachsen-Anhalt auf 7,5 % (Vorjahr 7,1 %).

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum 31. Dezember 2023 einen Einwohnerstand von 244.501 (Vorjahr 244.099) aus. Damit konnte die Stadt zum dritten Mal in Folge einen leichten Zuwachs gegenüber dem Vorjahr verzeichnen.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

In 2022 wurde von den dualen Systemen die Sammelleistung von Verkaufsverpackungen aus Glas für den Zeitraum vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2025 ausgeschrieben. In diesem marktwirtschaftlichen Wettbewerb konnte sich die WER Halle GmbH abermals als Bestbieter für den Auftrag durchsetzen. Die Ausschreibung bzw. der damit verbundene Auftrag bildet nicht nur Vorgabe für die Leistungserbringung in 2023, sondern ist gleichsam auch die Grundlage für die wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens in 2023.

Die turnusmäßige Zertifizierung nach Entsorgungsfachbetriebsverordnung wurde im dritten Quartal 2023 erfolgreich durchgeführt. Dazu hat sich die WER Halle GmbH am 18. September 2023 der jährlichen Überprüfung durch den TÜV Rheinland gestellt. Als Ergebnis der externen Überprüfung testiert das Prüfungsunternehmen der Gesellschaft einen hohen Qualitätsstandard und sieht damit die Grundlage für ein erfolgreiches Fortbestehen in der Entsorgungsbranche als gegeben an.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Größere Mengenverschiebungen bzw. Änderungen bei den Anteilen je System ergaben sich zusammenfassend im Jahr 2023, trotz intensiver Preisverhandlungen zwischen den Systemen und Kunden, nicht.

Bei der Entwicklung der Kosten für die Sammlung von Verkaufsverpackungen stiegen die Preise in 2023 deutlich. Im Ergebnis der Ausschreibung der dualen Systeme in 2022 für die Altglassammlung in 155 Städten und Kreisen sowie für die Erfassung von Leichtverpackungen in 139 Gebieten sind die Preise für die Sammelaufträge in den nächsten drei Jahren im Mittel um etwa 30 % gestiegen. Eine wesentliche Ursache für die höheren Kosten ist, dass es, trotz der übereinstimmenden Forderung der potenziellen Auftragnehmer, keine Preisgleitklauseln in den Sammelverträgen gibt. Dadurch ergibt sich ein erhebliches Kalkulationsrisiko für die Auftragnehmer.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Mit dem am 1. Januar 2019 in Kraft getretenen Verpackungsgesetz wird u.a. auch die Absicherung gegen Insolvenzen bzw. deren Folgen für den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger gestärkt. Kommt ein System, etwa wegen einer Insolvenz, seinen Aufgaben bei der Verpackungsentsorgung in Gänze oder zum Teil nicht nach, können Kommunen oder die zuständigen Behörden Kostenerstattung wegen Ersatzvornahme verlangen. Auch die gesetzliche Pflicht der Systeme zur Zahlung der Neben- und Mitbenutzungsentgelte ist nun im Rahmen der Festsetzung der Sicherheitsleistung nach Verpackungsgesetz absicherbar.

Im Jahr 2021 erfolgte eine Novellierung des Verpackungsgesetzes. Eine Herausforderung ergibt sich bei der Umsetzung der Novellierung aus der vorgeschriebenen Recyclingquote von 90,0 % für die Gesamtmenge des in Verkehr gebrachten Behälterglases. Hier setzt sich seit 2021 der Trend einer sinkenden Recyclingquote weiter fort. Aktuell liegt die Recyclingquote in 2022 nur noch bei 81,4 %. Die Gründe für die Quotenunterschreitungen sind unterschiedlich, unter anderem spielt auch die Rezession seit Herbst 2022 eine gewisse Rolle. Weil die Inflation auf die Konsumstimmung drückt, sanken mit Ausnahme von Papier auch die Verpackungsmengen. Hinzu kommt das 2022 erweiterte Einwegpfand, das für weniger Glas und Kunststoffe im dualen System sorgte.

Zur Steigerung der Sammelmenge müssen einerseits die Maßnahmen in Bereich der Öffentlichkeitsarbeit verstärkt werden – dem wird insbesondere durch die Kampagne „Mülltrennung wirkt“ Rechnung getragen. Andererseits wird auch ein deutliches Potential bei der Ausgestaltung der Vertragsstrukturen der dualen Systeme mit Erfassern und Kommunen gesehen, da die bestehenden Pauschalverträge keinen wirklichen Ansporn für eine Steigerung der Altglaserfassung sowie den Erhalt und die Ausweitung von bedarfsgerechten Containerstandorten darstellen.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Ein wesentlicher Erfolgsfaktor sind die ca. 1.311 Depotcontainer und Unterflurbehälter, welche im gesamten Stadtgebiet für die Entsorgung aufgestellt sind. Kontinuierlich muss die WER Halle GmbH dieses Behältersystem pflegen und instandsetzen.

Die erfasste Glasmenge der WER Halle GmbH im Geschäftsjahr 2023 ist mit einer Sammelleistung von 4.053 Mg gegenüber dem Vorjahreswert von 4.124 Mg um 1,75 % gesunken. Diese nahezu Konstanz des Sammelwertes wird von der Gesellschaft als Bestätigung der Qualität in der Leistungserbringung angesehen. Darüber hinaus begründet sich die Tonnage auf einer intensiven Nutzung des Sammelsystems für systembeteiligte Verpackungen aus Glas aufgrund der allgemeinen gesellschaftlichen Diskussion mit einem hohen Umweltbewusstsein.

Da die Dienstleistungsverträge mit den dualen Systemen nicht an die Mengenentwicklung gekoppelt sind, kann aus der leicht reduzierten Sammeltonnage keine Wirkung auf die Umsatzerlöse gegenüber der Planung festgestellt werden. Die nahezu konstante Anzahl der Verbraucherinnen und Verbraucher in der Stadt Halle (Saale) bildet die Basis für die Sammelmenge des Jahres 2023.

Zur Sicherung der Tonnage steht die WER Halle GmbH im ständigen Kontakt mit dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger, um somit eine bessere Auslastung der vorhandenen und die Gewinnung neuer Standplätze zu erreichen. Die aktuelle Anzahl der betriebsbereiten Sammelstellen umfasste zum Jahresende 2023 im Stadtgebiet 319 öffentliche Standplätze und 149 Anfallstellen gemäß § 3 Abs. 11 des Verpackungsgesetzes und Anfallstellen des Freizeitbereiches. Der leichte Rückgang um sechs Sammelstellen gegenüber dem Vorjahr ist auf einen permanenten Wandel von Standplätzen zurückzuführen, indem die WER Halle GmbH die infrastrukturelle Attraktivität und die Akzeptanz in der Stadt Halle (Saale) unterstützt. Zudem wurden einige Standplätze umgebaut oder verlegt beziehungsweise neu errichtet, was gleichfalls die Anpassung der Entsorgungsabläufe erfordert. Gemeinsam mit der Verwaltung der Stadt Halle (Saale) sucht die WER Halle GmbH nach zusätzlichen Standplätzen, um die Kundenfreundlichkeit für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle (Saale) zu steigern.

3.5. Forschung und Entwicklung

Kontinuierlich setzt die Gesellschaft ihr Engagement in den zentralisierten Arbeitsgebieten der SWH-Gruppe fort. Nennenswerte Einzelaktivitäten sind dabei die Teilnahme am Energiemanagementsystem zur Optimierung der Energieeffizienz und das Wirken in der Arbeitsgruppe zum betrieblichen Umweltschutz, mit dem Ziel der Generierung von Synergieeffekten im konzernweiten Umweltschutz. Weitere Aktivitäten im abgelaufenen Geschäftsjahr ergaben sich zudem aus der zentral durch die SWH-Holding gesteuerten Umsetzung der Anforderungen aus dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz sowie zur Corporate Sustainability Reporting Directive-Berichterstattung des SWH-Konzerns.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Zum 31. Dezember 2023 lag die Beschäftigung in der WER Halle GmbH bei 0,1 Vollzeitbeschäftigteinheiten und liegt somit um 0,1 Vollzeitbeschäftigteinheiten unter dem Vorjahreswert. Vor dem Hintergrund, dass in der Gesellschaft keine operative Leistung ausgeführt wird, beschränkt sich der Personaleinsatz hauptsächlich auf die Planung und Abrechnung der Sammeltätigkeit.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Mit dem neuen Vertragszeitraum konnten die Umsatzerlöse aus der Sammelleistung in 2023 gesteigert werden.

Insgesamt wurden im Jahr 2023 Umsatzerlöse von 300 TEUR erwirtschaftet, was eine Steigerung von 83 TEUR gegenüber dem Vorjahr darstellt. Im Vergleich zum Vorjahr gingen die sonstigen betrieblichen Erträge von 3 TEUR im Jahr 2022 auf 0 TEUR im Jahr 2023 zurück. Einen wesentlichen Einfluss auf diese Erträge im Vorjahr hatten die Auflösungen von Rückstellungen. Mit der Kostenentwicklung im Logistikbereich mussten für 2023 die Verrechnungspreise für die Sammlung (Leistungserbringung durch die Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH) neu verhandelt und angepasst werden. Darüber hinaus, einerseits der sehr geringen Investitionstätigkeit in Ersatzbeschaffungen für Depotcontainer und andererseits dem Alter des Behältersystems geschuldet, hat die Gesellschaft zur Wert- und Funktionserhaltung des Behältersystems mit einer umfangreichen Instandhaltung der Behälter im Jahr 2023 begonnen. Dies führte zu einer überproportionalen Entwicklung in der Position der Aufwendungen für bezogene Leistungen und einer Steigerung um 73 TEUR im Vergleich zum Vorjahr.

Erfolgsrechnung (Kurzfassung)	2022	2023	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Umsatzerlöse	216,8	299,8	83,0	38,0
Sonstige betriebliche Erträge	3,1	0,0	-3,1	-100,0
Materialaufwand	158,1	230,8	72,7	46,0
Personalaufwand	21,6	16,0	-5,6	-26,0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	32,4	31,3	-1,0	-3,0
EBITDA⁽¹⁾	7,9	21,7	13,8	>100,0
Abschreibungen	0,0	0,0	0,0	0,0
EBIT⁽²⁾	7,9	21,7	13,8	>100,0
Zinsergebnis	2,9	18,0	15,1	-
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	10,8	39,7	28,9	>100,0
Ertragsteuern	3,4	12,5	9,1	> 100,0
Sonstige Steuern	0,0	0,0	0,0	0,0
Jahresergebnis	7,4	27,1	19,8	>100,0

⁽¹⁾ Earnings Before Interest, Taxes, Depreciation and Amortization
(Unternehmensergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen)

⁽²⁾ Earnings Before Interest and Taxes (Unternehmensergebnis vor Zinsen und Steuern)

Der Personalaufwand von 16 TEUR und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen von 31 TEUR umfassen im Wesentlichen die Fixkosten des Unternehmens. Eine wesentliche Kostenposition stellen dabei die Aufwendungen für Buchführungs-, Abschluss- und Prüfungsleistungen und Instandhaltung dar. Mit einem geringeren Personalaufwand als im Vorjahr (-5,6 TEUR) setzt die Gesellschaft ihr Agieren mit knappen Personalkapazitäten fort.

Unter Berücksichtigung der Steuerzahlungen auf Einkommen und vom Ertrag erwirtschaftete die WER Halle GmbH im Geschäftsjahr 2023 ein Ergebnis von 27,1 TEUR. Mit dem Ergebnis stellt das Unternehmen, trotz eindimensionaler Leistungsausrichtung, auf der Grundlage von schwierigen Rahmenbedingungen seine Wirtschaftskraft unter Beweis.

4.2. Finanzlage

Aufgrund des steigenden Zinsniveaus war es der Gesellschaft möglich, Erträge aus ihrer guten Liquiditätsausstattung im Cash Pool der SWH-Gruppe zu schöpfen. Die WER Halle GmbH verfügt über einen, im Rahmen der Cash Pool-Vereinbarung bei der SWH-Gruppe angelegten, ausreichenden Bestand an Eigenmitteln, sodass sie zum Bilanzstichtag und zu keinem Zeitpunkt im unterjährigen Verlauf für den Geschäftsbetrieb auf die eingerichtete Kontokorrentkreditlinie zurückgreifen muss. Die kurz- und mittelfristigen Verbindlichkeiten sowie die Zahlungsverpflichtungen für Rückstellungen sind durch den Bestand an liquiden Mitteln gesichert.

4.2.1. Kapitalstruktur

Zur Finanzierung des Geschäftsbetriebes ist keine Kreditaufnahme notwendig. Darüber hinaus kann die Gesellschaft über eine Eigenkapitalquote von 82,9 % berichten.

Nettoschulden	2022	2023	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Finanzverbindlichkeiten	0,0	0,0	0,0	0,0
Liquide Mittel	509,7	591,6	81,9	16,1
Nettoschulden	-509,7	-591,6	81,9	16,1
EBITDA	7,9	21,7	13,8	>100,0
Nettoschulden/EBITDA	-64,5	-27,3	37,2	57,7

Die Vermögensstruktur der WER Halle GmbH hat sich im Vergleich zum Vorjahr nur geringfügig verändert. Das langfristig gebundene Vermögen, vor allem in Form von Anlagevermögen, ist nur von untergeordneter Bedeutung. Stärker ins Gewicht fallen die Forderungen gegen verbundene Unternehmen aus Einlagen im Cash Pool der SWH-Gruppe.

Den Vermögensgegenständen gegenüber steht insbesondere das Eigenkapital, welches sich lediglich durch den Jahresüberschuss verändert. Die Eigenkapitalquote liegt mit 83,1 % unter dem Vorjahreswert von 91,4 %, was insbesondere auf höhere Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag zurückzuführen ist.

4.2.2. Investitionen

Im Jahr 2023 waren keine Ersatzinvestitionen notwendig, sodass die WER Halle GmbH mit den vorhandenen Kapazitäten ihre Leistung erbringen konnte. Zwar waren geringe Beträge für das Behältersystem geplant, diese wurden aber bis zum Jahresende nicht ausgelöst.

4.2.3. Liquidität

Die Liquidität der Gesellschaft war zu jedem Zeitpunkt im Jahresverlauf gesichert.

Die freien Eigenmittel sind über den Cash Pool der SWH-Gruppe zur Verfügung gestellt. Das Netto-Geld- bzw. Netto-Umlaufvermögen der Gesellschaft beträgt zum Bilanzstichtag TEUR 592 und ist als Forderung gegen verbundene Unternehmen in der Bilanz ausgewiesen.

Liquiditätsentwicklung	2022	2023
	T€	T€
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	15	82
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	0	0
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	0	0
Zahlungswirksame Veränderungen	15	82
Finanzmittelfonds zum 01.01. d. J.	495	510
Finanzmittelfonds zum 31.12. d. J.	510	592

Die Finanzierung der SWH-Gruppe erfolgt seit November 2017 grundsätzlich über eine Konsortialfinanzierung durch Ausreichung von Gesellschafterdarlehen an die Tochterunternehmen entsprechend der abgestimmten Finanzbedarfsplanung. Von der WER Halle GmbH wurden bis zum Bilanzstichtag keine Finanzierungsmittel abgerufen.

4.3. Vermögenslage

Von 552,1 TEUR zum Vorjahresstichtag steigt die Bilanzsumme um 87,0 TEUR auf 639,1 TEUR zum 31. Dezember 2023. Auf der Aktivseite der Bilanz ist die Steigerung der Forderungen aus Cash Pool-Guthaben um TEUR 82 im Umlaufvermögen ausgewiesen. Auf der Passivseite steigert der diesjährige Jahresüberschuss das Eigenkapital um TEUR 27. Zugleich ist der Bestand an Rückstellungen mit TEUR 20 gegenüber dem Bilanzstichtag 2022 auf einem um TEUR 5 höherem Niveau. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen erhöhten sich stichtagsbedingt um TEUR 54.

4.4. Gesamtaussage

Im abgelaufenen Geschäftsjahr galt es für die WER Halle GmbH vornehmlich, den Leistungsauftrag für die Sammlung von systembeteiligungspflichtigen Verpackungen aus Glas vertragskonform fortzuführen. Gleichzeitig war die Gesellschaft bestrebt, die Kundenzufriedenheit durch eine geringe Anzahl an Reklamationen auszudrücken. Der erweiterte Kundenkreis auf die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle (Saale), welche die eigentlichen Leistungsempfänger sind, sollte im Jahresvergleich keine erkennbaren Änderungen erfahren. Für diese dargestellten Ziele konnte die WER Halle GmbH im vergangenen Jahr ein positives Resümee ziehen und schließt deshalb ein zufriedenstellendes Geschäftsjahr 2023 ab.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

In der Stadtwerke Halle - Gruppe findet ein konzernweit einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Dieses gruppenweite, bereichsübergreifende System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern / vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

5.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31. Dezember 2023 wurden für das Jahr 2023 bei der WER Halle GmbH insgesamt neun Risiken ermittelt (Vorjahr: neun). Unter diesen Risiken lassen sich keine Einzelrisiken den Gruppen 1 und 2 zuordnen, da sie mit ihren Eintrittswahrscheinlichkeiten und ihren Schadenshöhen aus Sicht der übergeordneten SWH-Gruppe eine nachrangige Bedeutung einnehmen. Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden, bestehen nicht. Entsprechend der Bewertungsmatrix sind Risiken im Zusammenhang mit dem zunehmenden Druck auf den Marktpreis für den Leistungsauftrag, den Mehrkosten bei der Schalldämmung der Depotcontainer, dem Ausfall beziehungsweise der Systemsicherheit der IT-Rechentechnik sowie Schäden durch Brand und Vandalismus an den Einrichtungen der Gesellschaft jedoch besonders unter Beobachtung. Bereits im Jahr 2020 wurden die drei Risiken von formellen und materiellen Verstößen gegen den Datenschutz und damit mögliche Sanktionen aus der Datenschutzgrundverordnung sowie die Compliance-Risiken in die Betrachtung aufgenommen.

Chancen ergeben sich insbesondere bei der Erweiterung der Geschäftstätigkeit über das Stadtgebiet Halle (Saale) hinaus, wenn diese im dreijährigen Rhythmus marktwirtschaftlich vergeben werden.

5.3. Gesamtbild

Die Rahmenbedingungen für die WER Halle GmbH haben sich nach der Einschätzung der Geschäftsführung in den letzten Jahren zunehmend verschärft. Der zwischenzeitliche Verlust der Direktbeauftragung des Sammelauftrages 2017 bis 2019 spiegelt den hart umkämpften Markt bei der Erfassung von Sekundärrohstoffen wider. Um gegenüber den zumeist privatwirtschaftlich organisierten Konkurrenten bestehen zu können, ist eine intensive und detaillierte Betrachtung der Marktentwicklung notwendig. Die frühzeitige und detaillierte Analyse des Marktes und die konsequente Auseinandersetzung mit den kostenbeeinflussenden Faktoren in der Gesellschaft konnte die Gewinnung des direkten Leistungsauftrages 2023 bis 2025 in der Stadt Halle (Saale) sichern.

6. Prognosebericht

6.1. Umsatzentwicklung

Die anspruchsvolle Zielstellung der WER Halle GmbH für die Planjahre 2024 bis 2028 besteht darin, das Umsatzniveau zu stabilisieren. Für die Folgejahre beabsichtigt die Gesellschaft die vertragskonforme Leistungserbringung in der Stadt Halle (Saale) mit einem wirtschaftlichen Erfolg.

6.2. Investitionen

Zur Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebes plant die WER Halle GmbH notwendige Ersatzinvestitionen in Höhe von TEUR 3 im Jahr 2024.

6.3. Finanzierung

Diese geplanten Investitionen sollen aus der eigenen Wirtschaftskraft des Unternehmens finanziert werden und zu keinen Fremdfinanzierungen führen.

6.4. Ergebniserwartung

Die Gesellschaft beabsichtigt, ihre Position als Dienstleistungsunternehmen für die Erfassung von Glasverpackungen in der Stadt Halle (Saale) nicht nur im Status Quo beizubehalten, sondern nachhaltig auszubauen und zu sichern. Über den Zeitraum ab dem Jahr 2023 entschied eine erneute Ausschreibung der Leistungen im Sammelgebiet der Stadt Halle (Saale) im Frühjahr 2022. Hierbei plante die WER Halle GmbH die erfolgreiche Fortsetzung der Direktbeauftragung mit dem dualen System.

Die Vergabe der operativen Tätigkeiten an den Subunternehmer Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH für die Sammel- und Transportleistungen sichert die Bindung der notwendigen Kapazitäten und wird aufgrund der Wirtschaftlichkeit in bewährter Form fortgesetzt.

Die Gesellschafterversammlung hat in ihrer Sitzung am 9. Oktober 2023 dem Wirtschaftsplan 2024 und der Vorschau 2025 bis 2028 zugestimmt. Für das Geschäftsjahr 2024 plant die WER Halle GmbH bei gegebener Liquidität ein Ergebnis von TEUR 19,6. Überzeugt leitet die Gesellschaft ihre strategische Ausrichtung und die Stellung am Markt aus der erfolgreichen Rückgewinnung der Leistungsaufträge gegenüber dem dualen System ab.

W+H Wasser- und Haustechnik GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Liebenauer Straße 130 06110 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	26		
Gesellschafter:		T€	%
	Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	26	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, Installation, Betriebsführung, Wartung und Reparatur von haustechnischen Anlagen aller Art, die Bewirtschaftung von Zähl- und Messeinrichtungen der Ver- und Entsorgungswirtschaft sowie die Bewirtschaftung von Versorgungsanlagen einschließlich deren baulicher Hüllen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft in den Bereichen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Kloß, Romy Kuschnik, Jens
--------------------------	------------------------------

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2023		2022		2021		Veränderungen 2023 zu 2022	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	264	20	226	15	248	18	38	17
Umlaufvermögen	1.061	80	1.260	85	1.165	82	-199	-16
Rechnungsabgrenzungsposten	5	0	0	0	0	0	5	

Bilanzsumme	1.330	100	1.486	100	1.413	100	-156	-10
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-------------	------------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	225	17	225	15	225	16	0	0
Rückstellungen	533	40	701	47	531	38	-168	-24
Verbindlichkeiten	572	43	560	38	657	46	12	2

Bilanzsumme	1.330	100	1.486	100	1.413	100	-156	-10
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-------------	------------

bb) GuV

	2023	2022	2021
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	4.953	4.776	4.781
sonstige betriebliche Erträge	174	246	43
Materialaufwand	1.602	1.389	1.418
Personalaufwand	2.705	2.756	2.380
Abschreibungen	77	68	67
sonstige betriebliche Aufwendungen	474	517	510
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	14	7	1
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1	2	2
Ergebnis nach Steuern	282	297	448
sonstige Steuern	7	7	8
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	275	290	440
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2023	2022	2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	5,54	6,07	9,19	%
Eigenkapitalrentabilität:	122,28	128,99	195,71	%
Cash-Flow:	351	358	507	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	87	91	93	T€
Personalaufwandsquote:	52,75	54,88	49,34	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	19,87	15,09	17,23	%
Eigenkapitalquote:	16,89	15,11	15,90	%
Fremdkapitalquote:	83,11	84,89	84,10	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Beglaubigung von Wasserzählern	542	614	332	Anzahl
Jahresstichtagsablesungen	25.353	23.978	12.097	Anzahl
operativer Zählerwechsel	281	380	453	Anzahl
turnusmäßiger Zählerwechsel	4.050	4.630	4.318	Anzahl

f) Lagebericht

1. Grundlagen der W+H Wasser- und Haustechnik GmbH

- 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
- 1.2. Ziele und Strategien
- 1.3. Steuerung
- 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

- 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
- 2.2. Arbeitsmarkt
- 2.3. Bevölkerungsentwicklung

3. Geschäftsverlauf

- 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
- 3.2. Marktbezogene Entwicklung
- 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
- 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
- 3.5. Forschung und Entwicklung
- 3.6. Personal und Personalentwicklung

4. Lage der Gesellschaft

- 4.1. Ertragslage
- 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Kapitalstruktur
 - 4.2.2. Investitionen
 - 4.2.3. Liquidität
- 4.3. Vermögenslage
- 4.4. Gesamtaussage

5. Chancen- und Risikobericht

- 5.1. Risikomanagementsystem
- 5.2. Chancen und Risiken

6. Prognosebericht

- 6.1. Umsatzentwicklung
- 6.2. Investitionen
- 6.3. Finanzierung
- 6.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der W + H Wasser- und Haustechnik GmbH

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur

Die W + H Wasser- und Haustechnik GmbH (W + H) wurde mit Gesellschaftsvertrag vom 14. Dezember 1998 gegründet und ist ein 100%iges Tochterunternehmen der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (HWS). Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, Installation, Betriebsführung, Wartung und Reparatur haustechnischer Anlagen aller Art, die Bewirtschaftung von Zähl- und Messeinrichtungen der Ver- und Entsorgungswirtschaft sowie die Bewirtschaftung von Versorgungsanlagen einschließlich deren baulicher Hüllen.

1.1.2. Geschäftsfelder

Das Unternehmen gliedert sich in die Geschäftsfelder (Sparten):

- Wasser
Bewirtschaftung der Wasserzähler und Standrohre; Angebot Dienstleistungen Prüfstelle; Installationen an Trinkwasseranlagen
- Sammelkanal
Bewirtschaftung/Wartung/Instandhaltung der Kollektoren bzw. Sammelkanäle der Stadt Halle; Erbringung von Bau- und Sanierungsleistungen sowie der Instandhaltung von Fernwärme- und Gasanlagen; Erbringung von Elektrodienstleistungen
- Haustechnik (Fernwärme)
Betriebsführung/Wartung/Contracting von Fernwärme- und Gasanlagen
- Tief- und Rohrleitungsbau
Errichtung von Trinkwasserversorgungsleitungen, Trinkwasserhausanschlüssen; Erbringung von Tiefbau-, Reparatur- und Sanierungsleistungen im Trink- und Abwasserbereich
- Gas/Strom
spartenübergreifendes Zählermanagement; Wechsel von Gas- und Stromzählern sowie Messeinrichtungen.

Entsprechend § 128 der Kommunalverfassung des Landes Sachsen-Anhalt betätigt sich die W + H als kommunales Unternehmen grundsätzlich auf dem gemeindlichen Gebiet der Stadt Halle bzw. dem Ver- und Entsorgungsgebiet der HWS.

1.2. Ziele und Strategien

Die W + H wird auch zukünftig als Dienstleistungsunternehmen innerhalb der Stadtwerkegruppe sowie auf dem freien Markt tätig sein und sich mit einer hohen Flexibilität an die gegebenen Erfordernisse anpassen und sich neuen Herausforderungen stellen. Perspektivisch sollen vorrangig Dienstleistungen für die Unternehmen der Stadtwerke Halle (SWH)-Gruppe erbracht werden. Dafür werden neue interne Geschäftsfelder erschlossen bzw. vorhandene Geschäftsfelder weiter ausgebaut. Grundlage dafür ist der Erhalt und weitere Ausbau der Inhouse-Fähigkeit des Unternehmens. Anhand vorhandener Entwicklungen und Innovationen des freien Marktes wird auch das Angebot neuer Dienstleistungen durch die W + H ständig überprüft.

Die Erhöhung von Umsatz und Ertrag sind jedoch nur zu gewährleisten, wenn die Marktfähigkeit der W + H weiter erhalten bleibt, personelle Entwicklungsmaßnahmen umgesetzt werden und die Ausrichtung auf kundenorientierte Serviceprozesse weiter verbessert wird. Der Fokus richtet sich dabei auf alle Bereiche des Unternehmens. Vorrangig betrachtet wird die Erweiterung des Leistungsspektrums im Rahmen der Energiewende. Aktuelle Schwerpunkte liegen hierbei z.B. im Ausbau der regenerativen Energien und der Wärmetransformation, aber auch im Tiefbau-, Sanierungs- und Reparaturbereich sowie bei internen Elektrodienstleistungen.

1.3. Steuerung

Die Steuerung des Unternehmens ist durch die bestehende Organisationsstruktur gesichert. Neben der Geschäftsführung erfolgt die direkte Steuerung durch den Betriebsleiter bzw. die Teamleiter der unter Pkt. 1.1.2. genannten Geschäftsfelder bzw. Sparten.

Die W + H erstellt jährlich einen Wirtschaftsplan, der u.a. die Bereiche Erfolgsrechnung, Kapitalflussrechnung und Bilanz umfasst. Darüber hinaus wird eine Mittelfristplanung für weitere neun Jahre erstellt und fortgeschrieben.

Im Rahmen von Monats- und Quartalsabschlüssen werden Periodenergebnisse ermittelt und den Planwerten gegenübergestellt.

Eine laufende Liquiditätskontrolle erfolgt durch die Abteilung Rechnungswesen/Finanzen/Service der HWS GmbH.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Im Jahresverlauf haben sich keine Veränderungen in der Gesellschaft ergeben.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die trotz der jüngsten Rückgänge nach wie vor hohen Preise auf allen Wirtschaftsstufen dämpften die Konjunktur Deutschlands in 2023. Ebenso beeinflussten ungünstige Finanzierungsbedingungen durch steigende Zinsen und eine geringere Nachfrage aus dem In- und Ausland die konjunkturelle Entwicklung. Hinzu gekommen sind neue geopolitische Unsicherheiten durch den Krieg im Nahen Osten ab Oktober 2023. Insgesamt konnte sich dadurch die Erholung der deutschen Wirtschaft vom tiefen Einbruch im Corona-Jahr 2020 nicht weiter fortsetzen.

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) Deutschlands sank nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes in 2023 um 0,3 % im Vergleich zum Vorjahr. In Sachsen-Anhalt betrug der Rückgang im ersten Halbjahr 2023 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr 3,2 % und fiel damit deutlich stärker der Durchschnitt aller Bundesländer aus (deutschlandweit -0,3 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Die schwache Konjunktur ist ebenfalls nicht spurlos am Arbeitsmarkt vorübergegangen. Dennoch behauptet sich der Arbeitsmarkt angesichts des Ausmaßes an Belastungen und Unsicherheiten nach wie vor gut. Nach Informationen der Bundesagentur für Arbeit sind Erwerbstätigkeit und Beschäftigung so hoch wie nie zuvor und auch 2023 zählt zu den Jahren mit der niedrigsten Arbeitslosigkeit seit der Wiedervereinigung. Die Arbeitslosenquote stieg in Deutschland gegenüber dem Vorjahr um +0,4 Prozentpunkte auf 5,7 %, in Sachsen-Anhalt auf 7,5 % (Vorjahr 7,1 %).

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum 31. Dezember 2023 einen Einwohnerstand von 244.501 (Vorjahr 244.099) aus. Damit konnte die Stadt zum dritten Mal in Folge einen leichten Zuwachs gegenüber dem Vorjahr verzeichnen.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Die Auftragssituation gestaltete sich im Jahr 2023 grundsätzlich positiv. Jedoch war neben einer erhöhten Fluktuation auch ein steigender krankheitsbedingter Ausfall der Mitarbeitenden zu verzeichnen. Durch den flexiblen Einsatz der Beschäftigten konnten aber diskontinuierliche Umsätze im Jahresverlauf spartenübergreifend ausgeglichen werden.

In der Sparte Tief- und Rohrleitungsbau war insgesamt eine gute Auftragslage, jedoch auch eine hohe Fehlzeitenquote zu verzeichnen. Durch die HWS wurden, neben der Errichtung von Hausanschlüssen, auch Auswechslungen von verschiedenen Trinkwasserversorgungsleitungen (u.a. in der Jonasstraße und der Ernst-Eckstein-Straße) beauftragt. Weiterhin konnte die W + H im Abwasserbereich durch die Auswechslung von Schachtabdeckungen für das Kanalnetz der Stadt Halle sowie die Sanierung von Abwasserschächten zusätzliche Umsatzerlöse generieren. Die Anzahl der sanierten Schächte verringerte sich mit 28 Stück im Vergleich zum Vorjahr (38 Stück). Die Anzahl der im Geschäftsjahr gewechselten Schachtabdeckungen betrug 45 Stück und lag damit im Vergleich ebenfalls unter dem Jahr 2022 (163 Stück). Die Sanierungstätigkeit im Bereich der begehbaren Abwasserkanäle wurde fortgeführt. Im Auftrag der HWS wurde der Mischwasserkanal in der Leopoldstraße saniert.

Im Rahmen des turnusmäßigen Wechsels der Wasserzähler wurde der Einbau von Funkwasserzählern planmäßig umgesetzt. Eine weitere Steigerung war bei der Bewirtschaftung der Wasserzähler für die Abwasserentgeltminderung zu verzeichnen. Infolge der Witterungssituation in den Jahren 2018 bis 2023 ist hier eine kontinuierliche Steigerung von 9.217 auf 11.199 Zähler erkennbar.

Durch zusätzliche Installations- und Sanierungsaufträge (u.a. Installationsarbeiten im I-Gang, Elektroinstallationen an Abwasseranlagen, Betonsanierungsarbeiten im Sammelkanal sowie die Umsetzung von Bau- und Sanierungsleistungen innerhalb der SWH-Gruppe) wurden die geplanten Umsatzerlöse in der Sparte Sammelkanal überschritten. Erste Projekte zur Errichtung von PV-Anlagen auf Dachflächen sowie die Installation von Wallboxen wurden umgesetzt

Das Geschäftsfeld „Stromzählerwechsel“ wurde im Geschäftsjahr fortgeführt. Der geplante Umsatz konnte aufgrund eines fehlenden Mitarbeiters nicht vollständig erbracht werden. Die Anzahl der gewechselten Stromzähler konnte im Vergleich zu den Vorjahren gesteigert werden.

In der Sparte Haustechnik/Fernwärme wurden aufgrund der mangelhaften Auftragssituation sowie der erhöhten Fluktuation die geplanten Umsatzerlöse nicht erreicht.

Zwischen der vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und der Geschäftsführung der W + H wurde zum 1. Januar 2022 der bestehende Dienstleistungstarifvertrag angepasst. In diesem Zusammenhang wurde u.a. vereinbart, dass ab 2023 zukünftige Tarifentwicklungen zeitgleich und in gleicher Höhe zum TVöD-V erfolgen. Somit wurde im Juni 2023 ein einmaliger Inflationsausgleich und für die Monate Juli-Dezember 2023 ein monatlicher Inflationsausgleich gezahlt.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Die wirtschaftliche Entwicklung im Land sowie die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt haben sich weiter positiv auf die Auslastung und damit auf die Wirtschaftlichkeit der W + H ausgewirkt.

Durch die Erweiterung des Leistungsspektrums und die Übernahme von zusätzlichen Leistungen insbesondere innerhalb der SWH-Gruppe konnte das Unternehmen weiterentwickelt werden.

Bedingt durch die am Markt immer knapper werdenden Kapazitäten (u.a. im Tief- und Rohrleitungsbau, bei den Sanierungs- und Instandhaltungsleistungen sowie den Elektrodienstleistungen) wurden mit der Beauftragung von Sanierungsleistungen für den Abwasserbereich der HWS, der Beauftragung des Stromzählerwechsels durch die Energieversorgung Halle Netz GmbH und die Beauftragung von Elektrodienstleistungen diese Geschäftsfelder in der W + H weiter ausgebaut.

(Eine Übersicht der Geschäftstätigkeit 2023 mit Mehrjahresvergleich ist in der Anlage zum Lagebericht dargestellt).

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Auswirkungen der politischen und rechtlichen Entwicklung auf die Geschäftsfelder der W + H waren nicht zu verzeichnen.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Eine wesentliche Grundlage für die Stabilität der W + H ist der zum 1. Januar 2019 mit einer Laufzeit bis zum 31. Dezember 2030 abgeschlossene Rahmenvertrag zwischen der HWS und der W + H über die komplette Wasserzählerbewirtschaftung unter Berücksichtigung des flächendeckenden Einbaues von Funkwasserzählern einschließlich der Bewirtschaftung der privaten Garten- und Brauchwasserzähler im Versorgungsgebiet der HWS.

Der Rahmenvertrag zwischen der HWS und der W + H zur Ausführung von Bauleistungen am Trinkwasserversorgungsnetz der HWS wurde bis zum 31. Dezember 2024 verlängert.

Für die Tätigkeiten in der Abwassersparte wurden für 2023 Vereinbarungen für die Sanierung von Abwasserschächten und zur Auswechslung von Schachtabdeckungen geschlossen.

Seit 2018 wurde die W + H mittels Rahmenvertrag von der Energieversorgung Halle mit dem Wechsel von Stromzählern beauftragt. Der bestehende Vertrag wurde bis zum 31. Dezember 2024 verlängert. Dieses Geschäftsfeld soll zukünftig noch erweitert werden.

Für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 wurde ein Rahmenvertrag über die Inspektion, Wartung und Störungsbeseitigung der EVH-eigenen Fernwärmehausanschlussstationen (Contracting) mit der EVH abgeschlossen.

Für den Betrieb der Sammelkanäle der Stadt Halle (Betrieb, Inspektion, Wartung, Instandsetzung, Prüfung, Dokumentation) wurde eine Vereinbarung bis zum 31. Dezember 2024 abgeschlossen.

3.5. Forschung und Entwicklung

Auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung ist die W + H nicht tätig.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Im Jahresdurchschnitt 2023 waren im Unternehmen 63 Mitarbeiter (Vorjahr 56 Mitarbeiter), davon drei Auszubildende beschäftigt.

Die gemäß Wirtschaftsplan vorgesehene Anzahl von Mitarbeitenden wurde infolge von Langzeiterkrankungen von Mitarbeitenden sowie zusätzlichen Aufträgen überschritten. Das vorhandene Personal wurde entsprechend des Bedarfes flexibel und spartenübergreifend eingesetzt.

Für die Gewinnung von Fachkräften setzt die W + H auf die Ausbildung und Qualifikation eigener Mitarbeiter. So waren zum Jahresende 2023 drei Auszubildende bei der W + H beschäftigt. Die Ausbildung erfolgt in dem Ausbildungsberuf Elektroniker für Betriebstechnik. Die W + H beteiligt sich an Ausbildungsprojekten der SWH, welche u.a. langzeitarbeitslosen Hallensern die Möglichkeit einer Wiedereingliederung in das Berufsleben bietet. Sehr gut qualifiziertes Fachpersonal konnte auch durch die Einstellung von externen Mitarbeitern gewonnen werden.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Die Gesellschaft hat im Berichtszeitraum Umsatzerlöse in folgenden Sparten erzielt:

in TEUR	2023	2022
Tief- und Rohrleitungsbau	1.319,1	1.051,2
Wasser	1.252,3	1.223,5
Sammelkanal	1.329,3	1.374,2
Haustechnik	883,6	980,5
Gas/Strom	172,3	141,9
Schrotterlöse	4,5	14,1
Sonstige Umsatzerlöse/Skonti	-7,7	-9,3
Summe Umsatzerlöse	4.953,4	4.776,1

Die Umsatzerlöse der W + H betragen im Wirtschaftsjahr 4.953,4 TEUR und liegen damit um +177,3 TEUR (+3,7 %) über dem Vorjahr.

In der Sparte Tief- und Rohrleitungsbau wurden Umsatzerlöse in Höhe von 1.319,1 TEUR realisiert. Diese Erlöse liegen um 267,9 TEUR (+25,5 %) über Vorjahresniveau. Die HWS hat im Bereich Tiefbau sowohl im Trink- wie auch im Abwasserbereich mehrere Großsanierungsaufträge z.B. in der Carl-Robert-Str. und der Leopoldstraße beauftragt.

Die Umsatzerlöse in der Sparte Wasser liegen mit 1.252,3 TEUR (+2,4 %) auf Vorjahresniveau. Der turnusmäßige Wechsel des Zählerbestandes der HWS auf Funkzähler (smart metering) wurde planmäßig mit 4.050 Stück erbracht. Auch für die Standrohrbewirtschaftung wurden vergleichbare Umsätze wie im Vorjahr abgerechnet.

In der Sparte Sammelkanal wurden insgesamt Umsatzerlöse in Höhe von 1.329,3 TEUR erwirtschaftet. Zum Vorjahr waren die Umsätze geringfügig um -3,3 % rückläufig, der geplante Umsatz 2023 konnte jedoch erreicht werden.

Die Sparte Haustechnik (Fernwärme) weist gegenüber dem Vorjahr um -96,9 TEUR (-9,9 %) geringere Umsatzerlöse aus. Die Auftragseingänge der EVH und der Wohnungsgesellschaften zu Sanierungs- und sonstigen Leistungen erfolgten nur zögerlich.

Für das Geschäftsfeld zum Wechsel von Stromzählern liegen die Umsatzerlöse in der Sparte Gas/Elektro um 30,4 TEUR (+21,4 %) über dem Vorjahreswert. 2023 wurden 5.659 Stromzähler gewechselt, das sind 763 Stück mehr als 2022. Der im Plan 2023 vorgesehene dritte Mitarbeiter für den Zählerwechsel konnte nicht eingestellt werden.

An sonstigen Umsatzerlösen wurden -7,7 TEUR verbucht. In dieser Position wird u.a. das Kundenskonto abgebildet, der negative Wert beschreibt die entgangenen Erlöse durch Skontoabzug.

In den sonstigen betrieblichen Erträgen wurden 174,0 TEUR erzielt. Maßgeblich wurden hier Rückstellungen im Bereich Sozialplan und unterlassene Instandhaltung aufgelöst.

Der Aufwand für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe liegt um 114,8 TEUR (+10,8 %) über dem Vorjahresniveau. Hauptsächlich im Materialdirektverbrauch für die Baustellen im Tief- und Rohrleitungsbau wurde mehr Material benötigt.

Der Aufwand für bezogene Leistungen wurde im Vergleich zu 2022 um 98,8 TEUR (+30,6 %) überschritten. Das wird u.a. durch die Beauftragung von Fremdleistungen für die Baustellen im Tief- und Rohrleitungsbau und die gestiegenen Kfz-Kosten verursacht.

Der Personalaufwand lag im Wirtschaftsjahr bei 2.704,9 TEUR und liegt damit um -51,3 TEUR (-1,9 %) unter dem Vorjahr. Da 2022 Rückstellungen für geplante Personalmaßnahmen gebildet wurden, ist der Vergleich zum Vorjahr nicht zielführend. Zum Planwert wurde eine Überschreitung von lediglich +2,0 % ausgewiesen.

Die Abschreibungen liegen um +8,0 TEUR (+11,6 %) über dem Vorjahreswert. Für die Sparte Tief- und Rohrleitungsbau wurden mehrere Fahrzeuge angeschafft.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen um -43,3 TEUR (-8,4 %) unter dem Vorjahresniveau, da in der Position „übriger betrieblicher Aufwand“ im Vorjahr Leistungen aus gebildeten Rückstellungen finanziert wurden.

Das Finanzergebnis beträgt +12,9 TEUR und liegt damit +7,8 TEUR über Vorjahresniveau. Aufgrund der aktuellen positiven Zinsentwicklung am Markt werden wieder Zinsen für das Guthaben im Cash-Pool der SWH gezahlt.

Das Ergebnis nach Steuern liegt um -15,1 TEUR (-5,2 %) unter dem Vorjahr.

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

Unter dem Eigenkapital sind das Stammkapital (26,0 TEUR), die Kapitalrücklage (194,9 TEUR) sowie die Gewinnrücklagen (3,7 TEUR) zusammengefasst.

Auf der Grundlage des unveränderten Ergebnisabführungsvertrages wird der Jahresüberschuss zu 100 % an die HWS GmbH abgeführt.

Trotz der Abnahme des Bestandes an Mittel für Rückstellungen auf 532,6 TEUR befindet sich die W +H in einer stabilen finanziellen Situation und wird auch im kommenden Geschäftsjahr ausreichend liquide Mittel zur Verfügung haben.

4.2.2. Investitionen

Die Investitionen wurden in Höhe von 114,6 TEUR realisiert. Das entspricht einem Erfüllungsstand von 107,5 % zum Investitionsbudget (Investitionsplan zzgl. Überhanginvestitionen aus 2022). Durch Lieferverzögerungen bei zahlreichen Herstellern konnten geplante Anschaffungen 2022 nicht getätigt werden und konnten erst im Geschäftsjahr 2023 umgesetzt werden.

4.2.3. Liquidität

Zur Absicherung der Liquidität besteht zwischen der W + H und den Stadtwerken eine Cash Pool-Vereinbarung. Die Vereinbarung mit der SWH von 2021 umfasst die Abwicklung der Betriebsmittelfinanzierung über den Cash Pool. Der Gesellschaft wird ein Kontokorrentkreditrahmen von 250,0 TEUR eingeräumt. Für die Sicherung der Liquidität des Unternehmens über das gesamte Geschäftsjahr war auch in diesem Jahr eine Inanspruchnahme des internen Kreditrahmens nicht notwendig.

4.3. Vermögenslage

Die Bilanzsumme verringert sich um 156,5 TEUR (-10,5 %) auf 1.329,6 TEUR. Im Wesentlichen ist der Rückgang der Bilanzsumme auf die Abnahme der Forderungen gegen verbundene Unternehmen (782,1 TEUR; Vorjahr 1.091,0 TEUR) zurückzuführen. Auf der Passivseite betrifft der Rückgang der Bilanzsumme im Wesentlichen die sonstigen Rückstellungen (Sozialplan) 278,9 TEUR; Vorjahr 435,5 TEUR.

4.4. Gesamtaussage

Bedingt durch z.T. diskontinuierliche Auftragserteilungen und Lieferengpässe bei Materialien sowie durch einen anhaltenden krankheitsbedingten Ausfall von Mitarbeitenden hat es in einigen Bereichen kurzzeitige Umsatzrückgänge gegeben, die aber zum Jahresende im Gesamtumsatz kompensiert werden konnten.

Eine wichtige Voraussetzung für den Unternehmenserfolg sind langfristig gesicherte Verträge sowie qualifiziertes Fachpersonal. Bestehende Leistungen und neue Aufgabengebiete wurden weiter ausgebaut. Dazu zählen beispielsweise der zunehmende Leistungsumfang bei der Verlegung von Trinkwasserversorgungsleitungen, die Sanierungsleistungen an den baulichen Anlagen der SWH-Gruppe, die Sanierungsleistungen und Elektroinstallationsarbeiten für die Abwassersparte der HWS sowie der Wechsel von Stromzählern für die EVH. Aber auch der Ausbau der Dienstleistungen im Rahmen der Energiewende und der Wärmetransformation sind ein wichtiger Garant für die zukünftige Entwicklung.

Mit dem erreichten Jahresergebnis von 274,7 TEUR und damit +15,5 TEUR über dem geplanten Ergebnis wird der anhaltende Erfolg und die positive Entwicklung des Unternehmens dokumentiert.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

In der Stadtwerke Halle - Gruppe findet ein konzernweit einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Dieses gruppenweite, bereichsübergreifende System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern / vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

5.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31. Dezember 2023 wurden für das Jahr 2024 bei der W + H insgesamt 6 Risiken ermittelt (Vorjahr 7). Risiken der Gruppen 1 und 2 sind dabei nicht enthalten.

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Allgemeine Geschäftsrisiken	1	0	0
Finanzrisiken	0	0	0
Führung/Organisation	1	0	0
Marktrisiken	1	0	0
Rechtliche Risiken	3	0	0
Technische Risiken	1	0	0
Gesamt	6	0	0

6. Prognosebericht

Die W + H erstellt den Wirtschaftsplan 2024 sowie die Vorschau für die Jahre 2025 bis 2028 mit den Bestandteilen Kennzahlen, Gewinn- und Verlustrechnung, Planbilanz, Kapitalflussrechnung, Personalplan und Investitionsplan.

Die aktuell vorliegende Planung basiert auf der Vorschau des Jahresergebnisses 2023, die für den Zeitraum bis 2028 fortgeschrieben wurde. Die Vorschau der Unternehmensentwicklung berücksichtigt die erkennbaren Rahmenbedingungen für die Leistungen der Wasserzähler- und Standrohrbewirtschaftung im Versorgungsgebiet der HWS, das Erstellen von Trinkwasserhausanschlüssen, die Verlegung von Trinkwasserversorgungsleitungen sowie die Sanierungs- und Reparaturarbeiten in der Abwassersparte. Weiterhin werden die Bewirtschaftung der Sammelkanäle der Stadt Halle, die Wartung und Instandhaltung von Fernwärmestationen der EVH, die Aufträge zum Gas- und Stromzählerwechsel sowie die allgemeinen Entwicklungsdaten für die Folgejahre berücksichtigt.

6.1. Umsatzentwicklung

Für eine dauerhafte Stabilisierung und Verbesserung der Ertragslage der W + H, wird die zukünftige strategische Ausrichtung an die aktuellen Erfordernisse angepasst. Insbesondere die Aufgaben, welche sich aus der Energiewende und der Wärmetransformation ergeben, erfordern die Optimierung vorhandener Prozesse und Strukturen. In diesem Sinne wurde auch die Organisationsstruktur der W + H zum 1. Januar 2024 angepasst.

Insgesamt ergeben sich folgende Schwerpunkte:

- Durch die Entscheidung zum flächendeckenden Einbau der Funkwasserzähler im Versorgungsgebiet der HWS sind ab 2025 erhebliche Rückgänge der Umsatzerlöse in der Sparte Wasser zu erwarten. Um diese Rückgänge kompensieren zu können, sind zusätzliche Installationsleistungen im Sanitärbereich (z.B. Erneuerung von Sanitäranlagen im Bereich der SWH-Gruppe bzw. bei Wohnungsunternehmen) geplant. Weiterhin sollen Mitarbeiter für den Aufbau neuer Geschäftsfelder im Zuge der Energiewende und im Rahmen der künftigen Wärmeversorgung eingesetzt werden. Durch zusätzliche Aufträge der EVH Netz beim Stromzählerwechsel sowie Aufträge zur Inspektion von Gas- und Stromhausanschlüssen in Verbindung mit dem Smart Meter Rollout sollen weitere Umsatzerlöse generiert werden.
- Die Leistungen in der Sparte Tiefbau/Hausanschlüsse sollen vor allem bei der Auswechslung von Trinkwasserleitungen im Versorgungsgebiet der HWS weiter ausgebaut werden. Hier liegt der Fokus auf der Erneuerung von störanfälligen Graugussleitungen bzw. Asbestzementleitungen vor allem in den älteren Wohnvierteln der Stadt. Die Sanierung von begehbaren Abwasserkanälen der HWS wurde 2023 mit weiteren Projekten umgesetzt und wird auch in den Folgejahren weitergeführt. Die Sanierung von Abwasserschächten und die Erneuerung von Schachtabdeckungen werden ebenfalls fortgeführt.
- Umsatzsteigerungen durch zusätzliche Aufträge der HWS bei der Mängelbeseitigung an Ex-Schutzanlagen im Abwasserbereich (z.B. Abwasserpumpwerke) sowie weiterer Elektrodienstleistungen für HWS und EVH.
- Weiterer Ausbau von Sanierungsarbeiten an und in den Gebäuden der SWH-Gruppe.
- Weiterer Ausbau der Leistungen im HAST-Bau im Rahmen der Fernwärmeverdichtung auf Basis von Contracting Verträgen der EVH.
- Aufbau neuer Geschäftsfelder wie z.B. die Errichtung von PV –Anlagen auf Dachflächen; die Installation von Wallboxen für die E-Mobilität sowie die Errichtung von Wärmepumpen und Batteriespeichern.
- Struktur- und Prozessanpassungen infolge der aktuellen Entwicklungen durch Energiewende, E-Mobilität und zukünftige Technologien der Wärmeversorgung.
- Prüfung zur Einführung einer Software sowie der Einsatz mobiler Endgeräte im Rahmen der Digitalisierung der Prozesse mit dem Ziel, Aufträge effizienter zu bearbeiten (z.B. Wasserzählerwechsel).
- Nachfolgeplanung und Qualifikation von Mitarbeitern (u.a. SIVV-Schein für Betonsanierung, Meisterausbildung, Befähigungsnachweise zur Wartung und Installation von Wärmepumpen).

6.2. Investitionen

Im Wirtschaftsjahr 2024 ist ein Investitionsvolumen von 100 TEUR in der Planung berücksichtigt. In den Folgejahren bis 2028 wird das Investitionsvolumen auf diesem Niveau beibehalten, um eine Optimierung des Fahrzeugbestandes zu gewährleisten.

6.3. Finanzierung

Entsprechend der unternehmenseigenen Konzeption erfolgt die komplette Finanzierung der Investitionen auch weiterhin aus Eigenmitteln.

6.4. Ergebniserwartung

Im Planungszeitraum werden folgende Jahresergebnisse erwartet:

(in TEUR)	WIPL 2024	WIPL 2025	WIPL 2026	WIPL 2027	WIPL 2028
W + H	226,2	74,7	85,4	82,6	81,7

Der Wirtschaftsplan 2024 weist ein Ergebnis vor Gewinnabführung von 226,2 TEUR aus. Das entspricht einer EBITDA-Marge von 5,2 %.

Die Entwicklung des Ergebnisses für den Planungszeitraum bis 2028 wurde im Rahmen der Wirtschaftsplanung 2024 bis 2028 detailliert untersucht und dargestellt. Für den Planungszeitraum wird ab dem Jahr 2025 ein deutlicher Rückgang des Ergebnisses erwartet. In der vorliegenden Planung wurde berücksichtigt, dass die Leistungen der Wasserzählerbewirtschaftung für das Versorgungsgebiet der HWS abnehmen. Ab dem Jahr 2025 verlängern sich die Eichgültigkeitsdauer der elektronische Funkwasserzähler um sechs Jahre.

Das erwirtschaftete Ergebnis wird entsprechend dem Ergebnisabführungsvertrag an die HWS abgeführt. Zur Erreichung des Ergebnisses ist es vorgesehen, die vorhandenen Geschäftsfelder weiter auszubauen und zukünftig auch neue Geschäftsfelder und Aufgabengebiete zu erschließen, um die Tarifentwicklungen bei den Personalkosten, steigende Material- und Fremdleistungskosten sowie Erhöhungen konzerninterner Umlagen auszugleichen. Ziel ist es weiterhin, die Dienstleistungen vorrangig innerhalb der SWH-Gruppe anzubieten.

Das für 2023 geplante Jahresergebnis von 237,7 TEUR wurde um 37,0 TEUR übererfüllt, und das erwirtschaftete Ergebnis in Höhe von 274,7 TEUR wird in Erfüllung des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages an die HWS abgeführt.

Anlage

Kurzübersicht der Geschäftstätigkeit 2023

Kurzübersicht der Geschäftstätigkeit 2023 (ungeprüfte Angaben der Gesellschaft)

		2023	2022	2021	2020	2019
Bewirtschaftung des Zählerbestandes der HWS	Stück	28.026	27.952	27.955	27.826	27.957
turnusmäßiger Zählerwechsel	Stück	4.050	4.630	4.318	4.450	5.448
operativer Zählerwechsel	Stück	281	380	453	514	618
Regenerierung von Großwasserzählern (Qn 15 - Qn 150)	Stück	6	2	0	0	0
Bewirtschaftung des Standrohrbestandes	Stück	160	165	171	142	141
Beglaubigung von Wasserzählern bis Qn 60	Stück	542	614	332	449	1.501
Befundprüfung von Wasserzählern	Stück	90	89	110	209	190
Stichprobenprüfung von Wasserzählern	Stück	50	0	100	100	210
Warenannahmeprüfung von Wasserzählern	Stück	363	482	546	407	490
Jahresstichtagsablesung Nov/Dez für die HWS	Stück	25.353	23.978	12.097	19.225	17.113
Bewirtschaftung von Zählern für Abwasser- entgeltminderung der HWS	Stück	11.152	11.152	10.903	10.063	9.935
Zählerablesung Januar	Stück	19.449	14.383	10.584		
Zwischenablesung Funkzähler Juli	Stück	19.174	17.834	1.015	9.820	
Fernwärmeservice Neubau	Stück	17	22	22	24	28
Fernwärmeservice Übergabestellen/Primär- leitung	Stück	12	11	12	14	18
Fernwärmeservice Bewirtschaftung	HAST	718	721	711	652	647
Wartung an Gaskesselanlagen	Stück	67	68	68	69	69
Gaszählerwechsel für die EVH	Stück	0	0	0	94	0
Stromzählerwechsel für die EVH	Stück	5.659	4.896	4.251	4.772	3.603
Schachtsanierung	Stück	28	38	28	49	46
Schachtdeckel	Stück	45	163	132	146	171

WWB Wasserwerk Besitz- und Betriebsgesellschaft mbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Bornknechtstraße 5
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:	T€	%
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	12,5	50,00
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	12,5	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist der Besitz und Betrieb von wasserwirtschaftlichen Anlagen, die der Wasserversorgung dienen, insbesondere:

- Ertüchtigung, Betrieb und Besitz des Wasserwerks Halle-Beesen und zugehöriger Anlagen,
- Gewinnung, Aufbereitung und Weiterverteilung von Trink- und Brauchwasser,
- Planung, Errichtung, Erwerb, Pacht und Betrieb von Anlagen und Einrichtungen zur Wasserversorgung.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Wasserversorgung dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des konzerninternen Risikomanagements der Stadtwerke Halle-Gruppe sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dr. Brinschwitz, Dirk
Schulze, Jörg

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Die Geschäftsführung erhielt im Berichtsjahr 2023 keine Bezüge von der WWB Wasserwerk Besitz- und Betriebsgesellschaft mbH.

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist noch keine Feststellung des Jahresabschlusses 2023 erfolgt.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2023	
	T€	%
Aktiva		
Umlaufvermögen	2.322	100

Bilanzsumme	2.322	100
--------------------	--------------	------------

	T€	%
Passiva		
Eigenkapital	2.315	100
Rückstellungen	7	0
Verbindlichkeiten	0	0

Bilanzsumme	2.322	100
--------------------	--------------	------------

bb) GuV

	2023
	T€
sonstige betriebliche Aufwendungen	10
Ergebnis nach Steuern	-10
Jahresfehlbetrag	-10

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2023	Angaben in
Umsatzrentabilität:		%
Eigenkapitalrentabilität:	-0,45	%
Cash-Flow:	-10	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:		T€
Personalaufwandsquote:		%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2023	Angaben in
Sachanlagenintensität:		%
Eigenkapitalquote:	99,68	%
Fremdkapitalquote:	0,32	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

1. **Grundlagen der WWB Wasserwerk Besitz- und Betriebsgesellschaft mbH (WWB)**
2. **Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**
 - 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
 - 2.2. Arbeitsmarkt
 - 2.3. Bevölkerungsentwicklung
3. **Geschäftsverlauf**
4. **Lage der Gesellschaft**
 - 4.1. Ertragslage
 - 4.2. Finanzlage
 - 4.3. Vermögenslage
5. **Prognose-, Chancen- und Risikobericht**

1. Grundlagen der WWB Wasserwerk Besitz- und Betriebsgesellschaft mbH (WWB)

Die Gesellschaft wurde am 23. Februar 2023 in Halle (Saale) gegründet. Sie wurde am 11. April 2023 unter der Geschäftsnummer HRB 32649 in das Handelsregister des Amtsgerichtes Stendal eingetragen. Das Stammkapital beträgt 25 TEUR. Am Stammkapital beteiligt sind die Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (HWS) mit 50 % sowie die Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH (FEO) mit 50 %. Mit Schreiben vom 22. Dezember 2022 teilte das Bundeskartellamt mit, dass die Gründung der Gesellschaft aus kartellrechtlicher Sicht vollzogen werden kann.

Zu den Geschäftsführern der Gesellschaft wurden Herr Jörg Schulze, Projektmitarbeiter der Stadtwerke Halle GmbH, und Herr Dr. Dirk Brinschwitz, Geschäftsführer der FEO, bestellt.

Gegenstand des Unternehmens ist der Besitz und der Betrieb von wasserwirtschaftlichen Anlagen, die der Wasserversorgung dienen, insbesondere

- Ertüchtigung, Betrieb und Besitz des Wasserwerkes Halle Beesen und zugehöriger Anlagen,
- Gewinnung, Aufbereitung und Weiterverteilung von Trink- und Brauchwasser,
- Planung, Errichtung, Erwerb, Pacht und Betrieb von Anlagen und Einrichtungen zur Wasserversorgung.

Am Standort Halle-Beesen wurde 1868 das erste Wasserwerk in Betrieb genommen. Aufgrund steigender Wasserbedarfsmengen wurde das zweite Wasserwerk 1988 bis 1993 errichtet. Insbesondere aufgrund der Wasserhärte wurde das Wasserwerk 2007 außer Betrieb genommen. Nach der Außerbetriebnahme wurde der Betriebsstandort ununterbrochen genutzt und die Wasserförderung als Notwasserreserve für Katastrophenfälle sichergestellt. Mit zunehmendem Wasserbedarf wurde gemeinsam mit der FEO die Wiederinbetriebnahme und der Umbau zum Spitzenlastwasserwerk geplant. Dazu wurden 2015 erfolgreich Leistungspumpversuche durchgeführt.

Der Klimawandel und ein ökologisch, ökonomisch und sozial in Gang gesetzter Transformationsprozess erfordern in den nächsten Jahren teilweise auch sehr kurzfristige Veränderungen und Anpassungen der wasserwirtschaftlichen Infrastruktur. In Sachsen-Anhalt steht die wasserwirtschaftliche Infrastruktur durch den Strukturwandel vor besonderen Herausforderungen, wie

- Stark steigende und zeitlich variierende Spitzenlasten durch hohe Temperaturen und Trockenheit,
- Sinkende Grundwasserstände und angespannte Speicherbewirtschaftung in Folge stärkerer und schwankender Niederschläge mit häufigen und langanhaltenden Trockenphasen,
- Bevölkerungswanderung durch Strukturveränderung in der Wirtschaft, neue Industrieansiedlung und demografische Entwicklung,
- Herausbildung neuer Siedlungsstrukturen entsprechend der neuen Beschäftigungsangebote,
- Neuansiedlung von Industrie, Gewerbe, Forschung, Bildung und Tourismus mit verändertem Verbrauchsverhalten an neuen Standorten, insbesondere durch:
 - o Strukturveränderung in der Kohleregion und Schaffung neuer Gewerbegebiete zur Sicherung der Wertschöpfungsketten,

- Neuansiedlung von Zukunftstechnologien,
- Strukturveränderung in den strukturbestimmenden Industriezweigen und
- Umsetzung der Wasserstoffstrategie des Bundes.

Diese Herausforderungen führen dazu, dass die Wasserversorgungskapazitäten nicht mehr ausreichen und insbesondere bei Spitzenlasten Stresssituationen entstehen. Deshalb wurde zwischen der HWS und der FEO der Umbau des Wasserwerkes Beesen zum Spitzenlastwasserwerk geplant, um Kapazitäten, die schnell aktivierbar sind, für die künftigen Bedarfe aufzubauen.

Dazu ist eine vollständige Veränderung der Aufbereitungstechnologie erforderlich. Mit dem Technologiezentrum Wasserwirtschaft des DVGW (Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches) wurde gemeinsam eine Membrantechnologie erarbeitet, die das Spitzenlastwasserwerk in die Lage versetzt, die Vorhaltung der Kapazitäten kosten- und ressourcenseitig mit geringem Aufwand sicherzustellen (150 bis 200 m³/h, Feuchthalten), zur Absicherung der Versorgungssicherheit jedoch innerhalb von 1,5 Tagen auf die maximale Kapazität von 20 Tm³/d Reinwasser hochzufahren. Darüber hinaus wurde zur Mischbarkeit des Wassers mit allen von der FEO produzierten Wässern eine Umkehrosmose zur Sicherung eines Härtegrades von 5 Grad deutscher Härte vorgesehen.

Das Ziel der WWB ist es, für künftige Bedarfe und zur Erhöhung der Klimaresilienz eine Sicherheitsreserve, welche kurzfristig verfügbar gemacht werden kann, für die Sicherung der Trinkwasserversorgung in Sachsen-Anhalt vorzuhalten.

Durch die Nutzung von insbesondere Uferfiltrat aus Saale und Weißer Elster wird zudem keine Konkurrenz zu anderen grundwassernutzenden Bedarfsträgern hergestellt und ein weiteres Wasseraufkommen neben dem Oberflächenwasser aus der Rappbodetalsperre und den Uferfiltratwässern aus der Elbe aus den Wasserwerken Mockritz und Torgau in das Netz der FEO eingespeist.

Die eingehend geschilderten Voraussetzungen erfordern die schnelle Schaffung neuer Trinkwasseraufbereitungskapazitäten. Das vorhandene Altwerk Wasserwerk Beesen bietet hierzu die besten Voraussetzungen, da wesentliche wasserrechtliche und baurechtliche Voraussetzungen gegeben sind. Die HWS wird das Wasserwerk Beesen, einschließlich sämtlicher Rechte an die WWB veräußern. Die WWB wird einen langfristigen Wasserliefervertrag mit der FEO schließen. Die Mengensteuerung erfolgt durch die FEO.

Zur Optimierung des Personaleinsatzes wird die WWB einen technischen Betriebsführungsvertrag mit der FEO schließen. Darüber hinaus wird sie einen kaufmännischen Betriebsführungsvertrag mit der HWS vereinbaren. Es ist geplant, somit nur Wartungspersonal für das Wasserwerk und die Geschäftsleitung in der WWB zu etablieren und damit nur geringe Personalkapazitäten in der Gesellschaft vorzuhalten.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Durch die, trotz der jüngsten Rückgänge, nach wie vor hohen Preise auf allen Wirtschaftsstufen wurde die Konjunktur Deutschlands im Jahr 2023 gedämpft. Ebenso beeinflussten ungünstige Finanzierungsbedingungen durch steigende Zinsen und eine geringere Nachfrage aus dem In- und Ausland die konjunkturelle Entwicklung. Hinzugekommen sind neue geopolitische Unsicherheiten durch den Krieg im Nahen Osten ab Oktober 2023. Insgesamt konnte sich dadurch die Erholung der deutschen Wirtschaft vom tiefen Einbruch im Corona-Jahr 2020 nicht weiter fortsetzen.

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) Deutschlands sank nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2023 um 0,3 % im Vergleich zum Vorjahr. In Sachsen-Anhalt betrug der Rückgang im Jahr 2023 gegenüber dem Vorjahr 1,4 % und fiel damit deutlich stärker als der Durchschnitt aller Bundesländer aus.

2.2. Arbeitsmarkt

Die schwache Konjunktur ist ebenfalls nicht spurlos am Arbeitsmarkt vorübergegangen. Dennoch behauptet sich der Arbeitsmarkt angesichts des Ausmaßes an Belastungen und Unsicherheiten nach wie vor gut. Nach Informationen der Bundesagentur für Arbeit sind Erwerbstätigkeit und Beschäftigung auf hohem Niveau und das Jahr 2023 zählt zu den Perioden mit der niedrigsten Arbeitslosigkeit seit der Wiedervereinigung. Die Arbeitslosenquote stieg in Deutschland gegenüber dem Vorjahr um 0,4 Prozentpunkte auf 5,7 %, in Sachsen-Anhalt auf 7,5 %, wobei der Vorjahreswert bei 7,1 % lag.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum 31. Dezember 2023 einen Einwohnerstand von 244.501 (Vorjahr 244.099) aus. Damit konnte die Stadt zum dritten Mal in Folge einen leichten Zuwachs gegenüber dem Vorjahr verzeichnen.

3. Geschäftsverlauf

Das Wasserwerk dient nicht als Sicherheitsreserve für die heute vorhandenen und bekannten Nutzer und Sachverhalte der FEO. Es wird vielmehr für einen nicht definierten, noch offenen Nutzerkreis in der Zukunft errichtet. Es handelt sich um eine auf Vorrat geschaffene Kapazität („unechte Vorhalteleistung“), die kostenseitig nicht auf die aktuellen Nutzer der FEO umgelegt werden kann. Insofern ist die Umsetzung des Projektes nur möglich, wenn eine Förderung erfolgt.

Das Vorhaben liegt im besonderen Interesse des Landes Sachsen-Anhalt und schafft die Voraussetzung zur Erreichung des strategischen Zieles, die zukünftig zusätzlichen Wasserbedarfe aufgrund der Entwicklung verschiedener Gewerbe- und Industriegebiete abzusichern, die Klimaresilienz zu erhöhen und damit die Wirtschaftsentwicklung positiv zu gestalten. Der Landtag von Sachsen-Anhalt hat am 14. Dezember 2023 den Haushalt für das Jahr 2024 beschlossen. Darin sichert das Land Sachsen-Anhalt die finanzielle Unterstützung für Planung und Bau der im besonderen Landesinteresse liegenden Wassergewinnungs- und -aufbereitungsanlagen zu. Für Planungskosten wurden im Haushalt 2024 Barmittel von 2,5 Mio. EUR und für Planungs- und Investitionskosten Verpflichtungsermächtigungen in den Jahren 2025 (10,5 Mio. EUR), 2026 (25,0 Mio. EUR), 2027 (12,0 Mio. EUR) und 2028 (5,0 Mio. EUR) festgelegt. Die Sicherstellung der Fördermittel ist eine grundlegende Voraussetzung und war damit Aufgabe für die WWB im Jahr 2023.

Darüber hinaus war es erforderlich, zur Sicherung der Antragstellung und zur Umsetzung des Projektes in kürzester Zeit mit der Planung des Spitzenlastwasserwerkes zu beginnen. Dazu erfolgte die europaweite Ausschreibung und Vergabe aller Leistungsstufen durch den Gesellschafter HWS. Bis Dezember 2023 konnte die Planungsstufe 3 HOAI – Entwurfsplanung fertiggestellt werden. Damit ist die Voraussetzung geschaffen, im Jahr 2024 den entsprechenden Förderantrag zu stellen.

Darüber hinaus wurden im Jahr 2023 zur Beschleunigung des Verfahrens umfangreiche Abstimmungsmaßnahmen mit den Genehmigungsbehörden der Stadt Halle (Saale) insbesondere der Unteren Naturschutzbehörde, der Unteren Wasserbehörde und der Baubehörde vorgenommen. Da sich das Wasserwerk im Fauna-Flora-Habitatrichtlinie- und Natura 2000-Schutzgebiet befindet, wurden in Abstimmung mit den Behörden diskutierte Schwerpunkte durch Gutachten untersetzt. Damit wurden die Voraussetzungen geschaffen, ein zügiges Genehmigungsverfahren sicherzustellen.

Insbesondere zur Kostenoptimierung, sowohl im investiven als auch im Betriebskostenbereich, und zur Sicherung des geplanten Durchsatzes wurde im Oktober 2023 mit der Pilotierung der Anlage begonnen. Diese wird voraussichtlich im Februar 2025 abgeschlossen.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Die WWB hat im Geschäftsjahr 2023 noch nicht mit dem operativen Geschäftsbetrieb begonnen. Die bisherigen Projektaufwendungen wurden durch die Gesellschafter getragen. Es ist beabsichtigt, diese Aufwendungen im Folgejahr an die WWB weiter zu berechnen.

Dementsprechend ist die Ertragslage der Gesellschaft im Gründungsjahr 2023 geprägt von Rechts- und Beratungskosten in Höhe von 9,6 TEUR. Der Jahresfehlbetrag beläuft sich auf 10,5 TEUR.

4.2. Finanzlage

Die WWB verfügt über ein bilanzielles Eigenkapital von 2.314,5 TEUR. Neben dem Stammkapital der Gesellschaft in Höhe von 25,0 TEUR wird das Eigenkapital hauptsächlich durch die Kapitalrücklage in Höhe von 2.300,0 TEUR bestimmt.

4.3. Vermögenslage

Zum 31. Dezember 2023 verfügt die WWB GmbH über eine Bilanzsumme von 2.321,9 TEUR.

Hauptsächlich steht dabei ein Bankguthaben in Höhe von 2.321,4 TEUR dem Stammkapital und den durch die Gesellschafter geleisteten Kapitaleinlagen in Höhe von insgesamt 2.325,0 TEUR gegenüber.

5. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Ein Risikomanagementsystem ist derzeit in der WWB nicht implementiert und wird aufgrund des fehlenden operativen Geschäftsbetriebes momentan nicht als notwendig eingeschätzt. Zukünftig ist die Einbeziehung in das Risikomanagementsystem der Stadtwerke Halle-Gruppe beabsichtigt.

Im Februar 2024 wurde auf Grundlage eines Beschlusses des Stadtrats der Fördermittelantrag durch die Stadt Halle (Saale) beim Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt eingereicht, mit der Maßgabe, die bewilligten Fördermittel an die WWB weiterzuleiten. Die Förderung soll über die Richtlinie der Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von wasserwirtschaftlichen Vorhaben erfolgen. Fördermittelstelle ist das Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass der Fördermittelbescheid voraussichtlich im dritten Quartal 2024 erteilt wird.

Die europaweite Ausschreibung der Planungsleistungen durch den Gesellschafter HWS umfasste alle Leistungsstufen. Konkret in Auftrag gegeben wurden bislang die Leistungsphasen 1 bis 6. Die Leistungsphase 4 konnte bis Juni 2024 abgeschlossen werden. Es wird davon ausgegangen, dass die Genehmigungsphase bis Januar 2025 abgeschlossen werden kann. Die Tätigkeiten der Umsetzungsphase 1 mit dem Umbau des heutigen Werkstattgebäudes, der Sanierung des Rohwasserpumpwerks, der allgemeine Abbruch, das Freimachen bestehender Gebäude, die Errichtung einer neuen Mittelspannungsanlage und der Spezialtiefbau sollen bis Januar 2025 vergeben sein. Grund hierfür sind vorhandene Bestellfristen bzw. durchzuführende lärmintensive Baumaßnahmen außerhalb der Brutzeit der Vögel. Insgesamt soll 2028 die Bereitstellung von Trinkwasser gesichert werden.

Die Anpassung der vorhandenen baurechtlichen- und wasserrechtlichen Genehmigungen wurden in enger Abstimmung mit den Genehmigungsbehörden seit Dezember 2022 vorbereitet. Die Behörden wurden bei der Planung des Projektes in den einzelnen Schritten eingebunden und mitgenommen. Die Anpassung der wasserrechtlichen Nutzungsgenehmigung vom 11. Februar 1983 wurde am 20. März 2024 gestellt, der Antrag auf Anpassung der wasserrechtlichen Erlaubnis für die Direkteinleitung im Juni 2024. Die Anpassung des Baurechtes wurde ebenfalls im Juni 2024 beantragt. Von der Stadt Halle liegt eine grundsätzliche Erklärung vor, dass das Projekt genehmigungsfähig ist. Mit der Erteilung der wasserrechtlichen Genehmigung wird im August 2024 gerechnet, die Anpassung des Baurechtes wird voraussichtlich im 4. Quartal 2024 erfolgen.

Die Investitionskosten in Höhe von 58,4 Mio. EUR wurden mit Preisstand 2023 ermittelt. Für die Wasseraufbereitung wurde im kleintechnischen Versuch eine Pilotanlage errichtet. Die ersten Ergebnisse haben die in der Planung ausgewiesenen Parameter bestätigt, sodass keine Mehraufwendungen erforderlich sind. Sollten im Verlauf der Umsetzung des Projektes Kostenerhöhungen auftreten, wird eine Aufstockung der Fördermittel angestrebt. Sollte dies nicht möglich sein, ist eine Finanzierung über die Zuführung weiteren Eigenkapitals durch die Gesellschafter beabsichtigt.

Sollten die Fördermittel in Höhe von 52,5 Mio. EUR nicht bereitgestellt werden, wird das Projekt gestoppt.

Im Jahr 2024 ist vorgesehen, nach positiver Fördermittelbescheidung, sämtliche bisher durch die HWS und die FEO ausgelösten Leistungsverträge für das Projekt Wasserwerk Beesen durch die WWB zu übernehmen und verauslagte Kosten zu erstatten. Aus diesen Verträgen wurden durch die Gesellschafter bis zum 31. Dezember 2023 bereits Auslagen in Höhe von 1,9 Mio. EUR geleistet. Zum Aufstellungszeitpunkt des Lageberichts beliefen sich die Auslagen kumulativ auf 2,7 Mio. EUR. Darüber hinaus ist vorgesehen, den Erwerb der Grundstücke und der Rechte ebenfalls im Jahr 2024 zu vollziehen. Ebenso werden derzeit Gespräche mit Banken zur finanziellen Absicherung des Projektes für die Zwischenfinanzierung und die Finanzierung der Eigenmittel geführt.

Der Wirtschaftsplan 2024 weist, unter Annahme der Bereitstellung von Fördermitteln und der weiteren Umsetzung des Projektes, einen Jahresfehlbetrag von TEUR 267 aus. Die Entwicklung des Ergebnisses für den Planungszeitraum bis 2028 wurde im Rahmen der Wirtschaftsplanung untersucht und dargestellt. Für den Planungszeitraum werden anhaltend negative Ergebnisse erwartet bis zur Bereitstellung von Trinkwasser ab 2028.

3.3 VERKEHR

Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Flugplatz 12
06188 Landsberg, OT Oppin

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 1.000

Gesellschafter:	T€	%
Landkreis Saalekreis	411	41,10
Stadt Halle (Saale)	411	41,10
Mitteldeutsche Baustoffe GmbH	158	15,80
Stadt Landsberg	14	1,40
Gemeinde Petersberg	6	0,60

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb, die Unterhaltung und der Ausbau des Verkehrslandeplatzes Halle/Oppin, sowie sämtliche Geschäfte, die mit dem Betrieb des Verkehrslandeplatzes, dessen Ausbau und der auf dem Verkehrslandeplatz errichteten Anlagen zusammenhängen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Der regionale Flugplatz (Verkehrslandeplatz) dient der lokalen Wirtschaft, indem er zur Erschließung der Region beiträgt. Am Flugplatz sind neben Unternehmen für Flugdienste und -services unter anderem auch eine Station der DRF Luftrettung ansässig. Der öffentliche Zweck ist in der Daseinsvorsorge, Bereitstellung von Verkehrsinfrastruktur und der Wirtschaftsförderung zu sehen.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Brüning, Reinhard

Aufsichtsrat:

Vorsitzender	Rebenstorf, René
stellv. Vorsitzende	Kleinert, Christina
	Däumler, Lutz
	Hambacher, Kurt
	Krimm, Ronny
	Kupski, Christian

Aufsichtsrat:

Letsch, Roy
Nagel, Elisabeth (seit 27.09.2023)
Schaaf, Mario
Schied, Thomas (bis 27.09.2023)

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet. Den Mitgliedern des Aufsichtsrates wurden im Berichtszeitraum keine Vergütungen gewährt.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2023		2022		2021		Veränderungen 2023 zu 2022	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	1.676	65	1.753	74	1.608	68	-77	-4
Umlaufvermögen	888	35	604	26	749	32	284	47
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	2	0	1	0	-1	-50

Bilanzsumme	2.565	100	2.359	100	2.358	100	206	9
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	2.024	79	1.969	83	1.811	77	55	3
Sonderposten aus öffentlicher Förderung	88	3	93	4	99	4	-5	-5
Rückstellungen	118	5	39	2	53	2	79	203
Verbindlichkeiten	192	7	178	8	262	11	14	8
Rechnungsabgrenzungsposten	23	1	1	0	0	0	22	2.200
Passive latente Steuern	120	5	79	3	133	6	41	52

Bilanzsumme	2.565	100	2.359	100	2.358	100	206	9
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	----------

bb) GuV

	2023	2022	2021
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	752	724	706
sonstige betriebliche Erträge	316	247	246
Personalaufwand	328	386	346
Abschreibungen	84	75	77
sonstige betriebliche Aufwendungen	505	348	252
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1	1	2
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	89	-3	75
Ergebnis nach Steuern	61	164	200
sonstige Steuern	6	6	6
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	55	158	194

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2023	2022	2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	7,28	21,86	27,51	%
Eigenkapitalrentabilität:	2,78	8,74	12,02	%
Cash-Flow:	139	233	271	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	119	108	106	T€
Personalaufwandsquote:	30,68	39,72	36,31	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	65,33	74,29	68,20	%
Eigenkapitalquote:	78,90	83,47	76,80	%
Fremdkapitalquote:	21,10	16,53	23,20	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Flugbewegungen	32.252,00	30.722,00	30.976,00	Anzahl
durchschnittlicher Erlös je Flugbewegung	4,92	4,93	4,36	EUR
Kraftstoffverkauf	245.500,00	280.015,00	283.154,00	Liter

f) Lagebericht

1. Geschäftsverlauf

Die Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin kann für das Geschäftsjahr 2023 einen positiven Geschäftsverlauf verzeichnen. Es konnte ein Jahresüberschuss von 55 T€ und damit weiterhin ein positives Ergebnis (Vorjahr 158 T€) erzielt werden.

Die auch in diesem Jahr anhaltenden Flugbewegungszahlen von über 32.000 spiegeln die vorhandene Zuverlässigkeit und zunehmende Attraktivität des Verkehrslandeplatzes Halle/Oppin wider, die weiterhin im Wesentlichen durch den Rettungsflug, die Flugschulen mit der praktischen Ausbildung von Privatpiloten und sonstigen gewerblichen Flügen geprägt ist. Die Einstufung als Verkehrslandeplatz und der Betrieb an allen Tagen der Woche mit dem entsprechenden Service (Nachtanflug, Betankung) bleiben dabei grundlegende Basis.

Die vorhandene Möglichkeit zur Wartung und Instandhaltung von Luftfahrzeugen bietet den Kunden einen verlässlichen Service und Sicherheit. Gleichzeitig stellt dies für den Flugplatz durch die damit verbundenen Mieteinnahmen, Flugbewegungen und Tankungen einen wichtigen wirtschaftlichen Faktor dar.

Auch die Vermietung der inzwischen 42 Hangar-Plätze der Flugplatzgesellschaft ist ein wesentliches Element. Der Trend zur schnellen Erreichbarkeit hält unvermindert an und zeigt sich u.a. auch in der Zunahme des Werkverkehrs, zumal die Anflugmöglichkeit für kleinere Flugzeuge in Leipzig immer schwieriger wird und der Verkehrslandeplatz Halle/Oppin eine gute Alternative für diese Zielgruppe darstellt.

Die von ansässigen Firmen geplanten Erweiterungen ihrer Standorte bestätigen die anhaltende Stabilität im Bereich der allgemeinen Luftfahrt. Darüber hinaus hält die Nachfrage nach Stellplätzen in den Hangars des Flugplatzes auch nach der in 2023 durch Flugplatzgesellschaft und K&P bereitgestellten zusätzlichen Kapazitäten unvermindert an. Zudem existieren Angebote von weiteren möglichen Investoren, um zusätzliche Hangars am Standort zu realisieren.

Wie in fast jedem Jahr kam der Flugverkehr zum Jahresanfang aufgrund relativ schlechter Witterungsbedingungen nur schleppend in Bewegung.

Nach dem Wegfall aller pandemiebedingter Einschränkungen konnten die Flugschulen und Flugdienste gleich zu Beginn des Jahres komplett ihren Betrieb aufnehmen sowie Schulungs- und Rundflüge wieder uneingeschränkt durchgeführt werden. Damit wurde hier eine stabile positive Situation erreicht.

Auch die Gaststätte, die im Laufe der Pandemie von Schließungen betroffen war, konnte uneingeschränkt öffnen.

Mit 32.252 Flugbewegungen (VJ 2022 30.722, 2021 30.975, 2020 30.508, 2019 29.452) konnte auch in 2023 wieder ein überdurchschnittliches Ergebnis auf hohem Niveau erreicht werden.

Die Erlöse sind insgesamt, ohne einmalige Erträge aus Grundstücksveräußerung, auf 832 T€ gestiegen und liegen damit 15 T€ über denen des Vorjahres. Dies resultiert aus zusätzlichen Erlösen durch die seit Februar 2023 erfolgte Vermietung des neuen Rundhangars (+ 12,4 T€), sowie den in 2023 weiterhin gestiegenen Einnahmen aus der Hangar Vermietung (+ 8,3 T€), Landeentgelten (+ 6,8 T€) und sowohl privaten als auch gewerblichen Mieten nach Wohnungssanierung im Wohnblock (+ 3,3 T€ bzw. + 2,4 T€)

Die Mindereinnahmen bei Erlösen aus Tagesab-/unterstellungen (- 3,2 T€) sind eine Folge der Bereitstellung und Vermietung der zusätzlich zur Verfügung stehenden Hangar Plätze, da bisherige „Dauerparker“ ihre Fluggeräte nun auf einem angemieteten Hangar Platz abstellen. Den geringeren Erlösen aus BK (Betriebskosten) steuerfrei (-1,3 T€) steht ein geringerer Aufwand für umlagefähige Betriebskosten gegenüber. Der Kraftstoffverkauf an der FPG-Tankstelle ist gegenüber den Vorjahren weiterhin rückgängig und erreichte 245.500 Liter (VJ 2022 280.015 Liter). Insgesamt konnten 69,9 T€ (VJ 2022 73,0 T€) Provisionen für Kraftstoff Erlöst werden.

Auch im Jahr 2023 gab es mit der Tankstelle wiederholt auftretende technische Mängel, insbesondere bei der Übertragung der Tankdaten an die Luftaufsicht. Zur verlässlichen und dauerhaften Beseitigung dieses Problems hat die Flugplatzgesellschaft zwischen der Tankstelle und der Luftaufsicht eine Glasfaserverbindung installieren lassen, für den damit verbundenen Aufwand erhielt die Flugplatzgesellschaft vom Land Sachsen-Anhalt eine Förderung in Höhe von 50% der Kosten.

Die Zuverlässigkeit der eingesetzte Software AIRIELD für den Tower hat sich nach der Beseitigung bisheriger Fehlerquellen gegenüber den Vorjahren deutlich verbessert. Trotzdem gelegentlich auftretende Probleme werden durch den Support zügig geklärt und behoben.

Die jährlichen Überprüfungen durch das Landesverwaltungsamt / Obere Luftfahrtbehörde wurden ohne wesentliche Beanstandungen absolviert.

Die konstruktive Zusammenarbeit mit den ansässigen Firmen ist nach wie vor ein wichtiger Stabilitätsfaktor für beide Seiten. Die Mitarbeiter der Flugplatzgesellschaft konnten durch eine Vielzahl von Reparatur- und Serviceleistungen zum stabilen Betrieb der ansässigen Betriebe, Flugschulen und zur Zufriedenheit der Mieter beitragen.

Nach dem der ADAC im Januar 2020 intern die endgültige Freigabe von seinem Stiftungsrat für das Projekt „Neue Werft Oppin“ (in vergangenen Berichten mehrfach beschrieben) bekommen hat, wurden 2022 mit dem ADAC weitere Abstimmungen auf Basis einer vorliegenden bestätigten Bauvoranfrage zum Bauprojekt vorgenommen. Alle Vorbereitungen zum Abschluss des Kaufvertrages mit der ADAC Heliservice GmbH (vorher ADAC Luftfahrt Technik) wurden erfolgreich abgeschlossen und die Vertragsunterzeichnung (Kaufpreis 238 T€) fand wie geplant am 23.06.2022 beim Notariat Lilie statt. Die Zahlung der Kaufsumme erfolgte im April 2023.

Nach Erwerb einer Grundstücksfläche hat die Firma K+P die Errichtung eines Hangars abgeschlossen. Die zusätzlichen Hangarplätze tragen dazu bei, dass die Attraktivität des Flugplatzes steigt.

Das Projekt Hangar 2022 konnte im Januar 2023 erfolgreich abgeschlossen werden. Der Rundhangar mit 7 zusätzlichen Stellplätzen und einem Anbau für Lager/Werkstatt ist seit Februar 2023 komplett an Lips Flugdienst vermietet. Die durch den Umzug von Lips Flugdienst frei gewordenen Hangarplätze in den großen Abstellhallen konnten direkt an Interessenten von der Warteliste vermietet werden, in der Regel war diese Neuvermietung mit einer angemessenen Steigerung der Miete verbunden.

Wie zurückliegend berichtet, konnten in den vergangenen Jahren eine Reihe von positiven personellen Veränderungen umgesetzt werden. Durch diesen Werdegang konnte jederzeit eine stabile Absicherung der erforderlichen BFL / Flugleiterbesetzung und eine hohe Kontinuität in den Bereichen Buchhaltung und Technik erreicht werden. Die zuverlässige Unterstützung durch die älteren Kollegen, die als geringfügig beschäftigte Flugleiter fungieren, hat sich auch in diesem Jahr wieder als erforderlich und unabdingbar erwiesen. Insgesamt ist mit diesen Veränderungen das Team der Flugplatzgesellschaft stabil und leistungsfähig aufgestellt. Auch in diesem Geschäftsjahr wurde den Mitarbeitern eine anteilige Inflationsausgleichsprämie ausbezahlt.

Der Geschäftsführer der Flugplatzgesellschaft war im gesamten Jahr erkrankt und daher überwiegend nicht anwesend. Aufgrund der festgelegten Organisationsstruktur mit klaren Vertretungsregelungen und nachvollziehbarer Systematik konnte der laufende Geschäftsbetrieb ohne Einschränkungen erfolgreich weitergeführt werden. Der Geschäftsführer und die Gesellschafter verständigten sich auf Bitten des Geschäftsführers im August darüber, dass er Ende März 2024 ausscheiden wird, woraufhin eine Stellenausschreibung erfolgte. Die Entscheidung bezüglich der Neubesetzung der Stelle des Geschäftsführers ab April 2024 wurde im Dezember 2023 getroffen.

2. Vermögens-, Finanz-, Ertragslage

Durch den Wegfall der pandemiebedingten Beschränkungen hatte Corona im Jahr 2023 keinen Einfluss mehr auf die Erlöse der Flugplatzgesellschaft. Auch der Krieg in der Ukraine und der Konflikt in Israel zeigten keine erkennbaren Auswirkungen auf den Betrieb des Flugplatzes und die damit verbundenen Erlöse. Die liquide Situation kann das ganze Jahr über als insgesamt sehr gut und stabil eingeschätzt werden.

Die Erlöse aus der Vermietung und Verpachtung der vorhandenen Immobilien sind nach wie vor eine wichtige Einnahmequelle. Lang- und mittelfristige Verträge im Bereich der privaten (steuerfreien) und gewerblichen Vermietung sichern eine gewisse Stabilität der entsprechenden Erlöse.

Im Wohnblock mit insgesamt 40 Wohnungen betrug der Leerstand zum Jahresende drei Wohnungen, davon war eine Wohnung saniert und bereit zur erneuten Vermietung. Zur Umsetzung der notwendigen grundlegenden Sanierung von insgesamt zwei Wohnungen wurde dieselbe ortsansässige Firma (nach entsprechender Auswahl aus drei Angeboten in 2022) mit den Arbeiten beauftragt.

Insgesamt wurden 2023 sechs Wohnungen nach Auszug/Umzug kurzfristig neu vermietet. Dies zeigt, dass ein anhaltendes Interesse an den Wohnungsangeboten der Flugplatzgesellschaft besteht und die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum nach wie vor gegeben ist.

Insgesamt bestanden nach Abschluss der Abrechnungen der Betriebskosten 2023 im Saldo 431 € offene Nachzahlungen von Mietern bei nur in Einzelfällen angepassten Vorauszahlungssätzen gegenüber dem Vorjahr. Die Flugplatzgesellschaft konnte unter anderem durch eine rechtzeitige langfristige Bindung von günstigen Gaspreisen wesentlich zu dieser positiven Situation für die Mieter beitragen.

Die Vermietung im Bereich der Flugzeugabstellhallen (Hangar) verläuft kontinuierlich. Alle vorhandenen Stellplätze waren das ganze Jahr 2023 über dauerhaft vermietet. Bei Neuvermietungen konnten leichte Mieterhöhungen umgesetzt werden. Das Interesse an Stellplätzen ist auch nach Schaffung der zusätzlichen Hangarplätze (7 durch die Flugplatzgesellschaft, 12 durch den Investor K&P) hoch.

Auf der Basis des vom Landesverwaltungsamt (LVWA) vorgegebenen Bewertungssystems der Flugbewegungen und eines entsprechenden Bescheides erfolgte die Zahlung des Zuschusses für die Kosten des Luftaufsichtspersonals. Auf Basis der Flugbewegungen in dem für die Berechnung relevanten Abrechnungszeitraum 01.10.2022 – 30.09.2023 konnten zum Stichtag 35.390 Punkte erzielt werden.

Damit wurde die notwendige Erreichung der 30.000 Punkte für eine volle Bezuschussung vor allem durch die zusätzlichen Leistungen der Flugleiter im Sommer wiederum kontinuierlich und zuverlässig sichergestellt. Dafür erhielt die Flugplatzgesellschaft im November eine Zuwendung von 56,1 T€. Der Sachkostenzuschuss für die Ausstattung der Luftaufsichtsstelle wurde in Höhe von 1,8 T€ beantragt und vom LVWA in voller Höhe bezuschusst.

Auf Basis zusätzlich verfügbarer Mittel konnten der Flugplatzgesellschaft die maximale Bezuschussung von jeweils 50 % für 11 Einzelprojekte in Höhe von 31,9 T€ bewilligt werden (Sanierungsarbeiten an der Fassade und dem Laufsteg des Towers, Malerarbeiten am Hangartor der Bundespolizei, in der Verwaltung und im Tower, Sanierungsarbeiten einer Teilfläche der SLB Segelflug, Glasfaser-Datenverbindung zwischen Tower und Tankstelle, Erneuerung von drei Elektro-Verteilern sowie Anschaffung einer Schneefräse und eines Flugzeugschleppers).

Der Anstieg der Kosten gegenüber der Planung und dem Vorjahr resultiert vorrangig aus zusätzlichen Aufwendungen für Gutachten/Planungsleistungen wegen wiederkehrender Rissbildung SLB (+ 60,0 T€), Instandhaltungsmaßnahmen im Bereich Verwaltungsgebäude/Tower (ges. + 23 T€), der Erneuerung der Elektro-Steigleitungen im Wohnblock privat (+ 93,9 T€), einer umfassenden Instandhaltung aller Fenster im Wohnblock privat (33,5 T€) und die Glasfaserverbindung zwischen Tankstelle und Luftaufsicht (15,1 T€).

Die Sondereinkünfte aus Landverkauf ADAC Heliservice GmbH (Zahlungseingang April 2023), die allgemeine positive Erlössituation im Jahresverlauf und die geringeren Aufwendungen für Gehaltskosten durch Erkrankung des Geschäftsführers ermöglichten den kurzfristigen zusätzlichen Einsatz von Mitteln für die im letzten Absatz beschriebenen Sondervorhaben.

Die Tilgung der noch vorhandenen Darlehen bei der Saalesparkasse erfolgte weiter kontinuierlich. Die verbleibende Verbindlichkeit aus Darlehen reduziert sich zum Ende des Jahres 2023 auf 50 T€. Die Gesellschaft zahlt seit dem Haushaltsjahr 2014 Gewerbesteuer.

Die Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2023 jederzeit in der Lage alle laufenden Verbindlichkeiten aus liquiden Mitteln (Stichtag 2023 611 T€) zu begleichen.

Eine Bezuschussung der Gesellschaft durch die Gesellschafter war auch im Geschäftsjahr 2023 nicht notwendig.

3. Chancen, Risiken, zukünftige Entwicklung

Die 42 Hangar-Plätze der Flugplatzgesellschaft waren im Jahr 2023 konstant zu 100 % vermietet. Der Bau eines neuen Rundhangars in 2022 und die damit verbundene Schaffung von sieben neuen Hangar Plätzen hat sich unmittelbar als Erfolg erwiesen. Das geplante Konzept (Umzug Flugschule Lips und die Neuvermietung der frei gewordenen Hallen) konnte nach dem Jahreswechsel 2022/2023 umgesetzt und alle Hallen zeitnah wieder vermietet werden.

In 2021 wurde ein Grundstück an die Firma K+P verkauft, verbunden mit der Verpflichtung zur Schaffung von Hangar Plätzen. K&P hat die Baumaßnahmen Ende 2022 begonnen und im November 2023 abgeschlossen. Damit stehen am Platz 12 weitere Hangarplätze zur Verfügung. Auch wenn die Flugplatzgesellschaft an dieser Stelle nicht an den Mieteinnahmen partizipiert, entsteht dem Unternehmen durch die zusätzlichen Kapazitäten dennoch Nutzen. Zusätzliche Hangarplätze bedeuten zusätzlich am Platz eingestellte Fluggeräte und diese bringen in der Folge zusätzliche Landeentgelte und Provision aus Kraftstoffverkauf. Da am Flughafen Leipzig die Bedingungen für Kleinflieger immer schwieriger werden, entstehen weitere Chancen für Bedarfe an Abstellmöglichkeiten und damit für die Entwicklung der Flugbewegungen am Verkehrslandeplatz Halle/Oppin.

Aus den avisierten Landkäufen durch die DRF und des Investors für „Hangar Fluggesellschaft“ ergeben sich zusätzliche finanzielle Möglichkeiten für die in den nächsten Jahren erforderliche Sanierung oder Erneuerung der Landebahn.

Die bevorstehenden und erfolgten Grundstücksverkäufe sind zwar mit entsprechenden Einnahmen verbunden, jedoch ist in Folge davon auszugehen, dass sich daraus in der Wartungshallenbelegung Veränderungen ergeben werden, die negativ auf die wirtschaftliche Situation wirken könnten. Hier sind deshalb rechtzeitig Maßnahmen einzuleiten, um eine mögliche Neuvermietung oder Nutzungsänderung der Räumlichkeiten und damit entsprechende Erlöse zu sichern.

Aufgrund der vorhandenen alten Bausubstanz vieler Gebäude am Platz kann nicht ausgeschlossen werden, dass es zum Eintritt unvorhergesehener Schäden kommt. Insbesondere ist hier auf den Zustand der Start- und Landebahn zu achten. Für die Planung von notwendigen Sanierungsarbeiten an der Landebahn wurden 2023 entsprechende Gutachten in Auftrag gegeben. Mit der Sanierung der Graslandebahn für den Segelflug zur Beseitigung von Gefahrenstellen / Unebenheiten wurde 2023 begonnen, die übrigen Arbeiten sind für 2024 vorgesehen. Die Ausführung erfolgt so, dass die Arbeiten keinen Einfluss auf Flugbetrieb und Flugbewegungen haben.

Aus o.g. Grund wird von der Geschäftsführung eine Mängelliste geführt, die in den kommenden Jahren nach Dringlichkeit und finanziellen Möglichkeiten abgearbeitet werden kann. Dazu sind in den laufenden langfristigen Jahresplanungen entsprechende Vorhaben eingeplant. Ferner wird versucht durch ständige Kontrollen an bekannten Problemstellen und die Einleitung vorbeugender Maßnahmen größere Schwierigkeiten zu vermeiden.

Weiter zu beobachten ist die Entwicklung in den ansässigen Flugschulen, da sie insgesamt betrachtet ebenfalls ein wichtiger Faktor für die Erreichung der Flugbewegungszahlen am Flugplatz sind. Die Altersstruktur bei den Fluglehrern ist teils weiter recht hoch, jedoch werden offensichtlich Bemühungen unternommen, um den Fortbestand der Firmen zu sichern. Insofern sind bisher befürchtete negative Auswirkungen auf den Flugplatz vorerst nicht zu erwarten.

Um auch zukünftig eine belastbare Grundlage für die Befreiung von den Einschränkungen nach §1 der Landeplatz-Lärmschutz-VO vorweisen zu können, wurde im Jahr 2023 ein aktuelles Schallschutzgutachten in Auftrag erarbeitet. Dies war erforderlich, da die weitere Gültigkeit des bisher zugrunde gelegten Gutachtens aus dem Jahr 1996 aufgrund veränderter Rahmenbedingungen in Frage gestellt wurde. Die Befreiung von den Einschränkungen ist erforderlich, um den Flugbetrieb am Verkehrslandeplatz an Arbeitstagen auch zwischen 13 Uhr und 15 Uhr sowie an Samstagen, Sonntagen, Feiertagen vor 9 Uhr und nach 13 Uhr zu ermöglichen.

Aufgrund einer Neuregelung der gesetzlichen Grundlagen erfolgte 2023 eine Neubewertung der Kategorie bezüglich Brandbekämpfung und Rettungswesen. Die Anforderungen richten sich nun nach den Gemeinsamen Grundsätzen des Bundes und der Länder über das Feuerlösch- und Rettungswesen auf Flugplätzen. Auch wenn die Bewertung eine andere ist, als es bisher der Fall war, hat die neue Regelung bei der gegenwärtigen Nutzung des Flugplatzes (insbesondere im Hinblick auf gewerblichen Flugverkehr und Größe der Luftfahrzeuge) voraussichtlich keine Folgen auf die sächliche oder personelle Ausstattung oder Organisation des Feuerlösch- und Rettungswesens der Flugplatzgesellschaft, die Einstufung erfolgte in die (niedrigste) Flugplatzkategorie eins.

Für zukünftige Entscheidungen über eventuelle Erweiterungen des Angebotes für gewerblichen Flugverkehr oder/und der Anzahl größerer Luftfahrzeuge ist diese Neuregelung jedoch wichtig, da dies mit einer Erhöhung der Flugplatzkategorie verbunden sein kann, die dann erhöhte Anforderungen an das Feuerlösch- und Rettungswesen zur Folge hätte.

Alle Gebäude auf dem Gelände der Flugplatzgesellschaft wurden 2023 an des Glasfasernetz der Telekom angeschlossen. Der Flugplatzgesellschaft und den Mietern eröffnet sich damit die Möglichkeit eines Datenanschlusses von jeweils bis zu 1 GBit. Neben der damit gestiegenen Attraktivität für aktuelle und zukünftige Mieter eröffnet sich dadurch für die Flugplatzgesellschaft die Möglichkeit, Datenspeicherung/Server an spezialisierte Dienstleister auszulagern.

Die Personalstellenstruktur der Flugplatz GmbH war im Jahr 2023 unverändert und hat sich als praktikabel und notwendig erwiesen. Die zuverlässige Unterstützung durch die älteren Kollegen, die als geringfügig beschäftigte Flugleiter fungieren, hat sich auch in diesem Jahr wieder als erforderlich und unabdingbar erwiesen. Darüber hinaus können bei Bedarf zur Absicherung der Flugleitertätigkeit zusätzlich externe Mitarbeiter auf Stundenbasis eingesetzt werden.

Kosteneinsparungen durch Personalreduzierungen oder Kurzarbeit sind in den Bereichen des Flugplatzes auf Grund der durchgängigen Aufrechterhaltung des Flugbetriebes, der Betriebspflicht als Verkehrslandeplatz Halle/Oppin und der Sicherstellung der Arbeitsfähigkeit ansässiger Firmen auch im Jahr 2024 nicht realistisch. Vielmehr ist ab 2024 aufgrund der allgemeinen Entwicklung von Inflation/Kosten/Löhnen mit einer spürbaren Steigerung der Aufwendungen zu rechnen, die auch schon in der Planung berücksichtigt wurde. Mittelfristig wird diese Entwicklung eine Anpassung der Landentgelte und Mietpreise erforderlich machen.

Aus gegenwertiger Sicht kann eingeschätzt werden, dass die Krisen in der Ukraine und im Nahen Osten keine wesentlichen Auswirkungen auf den Betrieb des Flugplatzes haben werden. Längerfristig könnten aber weiter sehr stark steigende Preise für Energie, Material und Dienstleistungen eine negative Veränderung des Ergebnisses ergeben, die aber aller Wahrscheinlichkeit nach zu keiner Bestandsgefährdung des Unternehmens führen wird.

Hallesche Verkehrs-AG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Freiimfelder Straße 74 06112 Halle (Saale)		
Rechtsform:	AG		
Stammkapital in T€:	51.200		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadtwerke Halle GmbH	51.200	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist der öffentliche Personennahverkehr mit Straßenbahnen und Omnibussen, Mietwagenverkehr mit Omnibussen, Gelegenheitsverkehr mit Omnibussen sowie die Errichtung und der Betrieb von Einrichtungen des ruhenden Verkehrs (Parkhäuser etc.).

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich des öffentlichen Verkehrs dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine der Satzung entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Vorstand:		Schwarz, Vinzenz	
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Geier, Egbert	
	stellv. Vorsitzender	Salz, Roland	(seit 03.03.2023 stellv. Vorsitzender)
		Dr. Thomas, Sven	(seit 01.01.2023 bis 31.12.2023)
		Ernst, Johannes	
		Krimmling-Schoeffler, Anja	
		Rademacher, Grit	
		Sonnabend, Undine	(seit 09.06.2023)
		Streckenbach, Johannes	
		Thomann, Beate	

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	15	16	16

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für den Vorstand wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

d) Beteiligungen

unmittelbar	T€	%
beka GmbH	2	0,63
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	8	10,59
Servicegesellschaft Saale mbH	50	100,00

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2023		2022		2021		Veränderungen 2023 zu 2022	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	379.710	90	328.630	90	263.535	93	51.080	16
Umlaufvermögen	43.133	10	35.135	10	19.909	7	7.998	23
Rechnungsabgrenzungsposten	269	0	276	0	309	0	-7	-3

Bilanzsumme	423.112	100	364.041	100	283.753	100	59.071	16
--------------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	---------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	83.583	20	83.583	23	83.583	29	0	0
Sonderposten aus Zuwendungen Dritter	223.628	53	187.211	51	149.093	53	36.417	19
Rückstellungen	5.892	1	6.745	2	6.657	2	-853	-13
Verbindlichkeiten	106.855	25	82.694	23	41.200	15	24.161	29
Rechnungsabgrenzungsposten	3.154	1	3.808	1	3.220	1	-654	-17

Bilanzsumme	423.112	100	364.041	100	283.753	100	59.071	16
--------------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	---------------	-----------

bb) GuV

	2023	2022	2021
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	74.288	50.117	50.314
andere aktivierte Eigenleistungen	142	165	191
sonstige betriebliche Erträge ¹⁾	23.246	14.017	4.946
Ausgleichsleistungen	32.092	36.607	26.126
Materialaufwand	44.708	26.476	22.216
Personalaufwand	43.606	40.713	37.093
Abschreibungen	10.805	10.050	9.927
sonstige betriebliche Aufwendungen ²⁾	27.571	22.035	11.307
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	34	1	61
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.484	1.258	681
Ergebnis nach Steuern	628	375	414
sonstige Steuern	64	65	65
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	564	310	349
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

¹⁾ inkl. Zuschüsse auf Folgekosten von nicht aktivierungsfähigen Verkehrsbaumaßnahmen (2023: 12.958 T€; 2022: 8.111 T€; 2021: 951 TEUR)

²⁾ inkl. Aufwand aus Folgekosten von nicht aktivierungsfähigen Verkehrsbaumaßnahmen (2023: 15.521 T€; 2022: 11.833 T€; 2021: 1.759 TEUR)

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2023	2022	2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,76	0,62	0,69	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,67	0,37	0,42	%
Cash-Flow:	11.369	10.360	10.277	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	163	133	110	T€
Personalaufwandsquote:	33,60	40,35	45,47	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	88,99	89,59	92,50	%
Eigenkapitalquote:	19,75	22,96	29,46	%
Fremdkapitalquote:	80,25	77,04	70,54	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Beförderte Personen	54.000	52.006	41.146	in 1.000
Fahrplan-km	8.616	8.533	8.528	in 1.000
Nutz-Wagen-km	10.150	9.763	9.823	in 1.000
Personen-km	337	326	242	in Mio.
Platz-km	1.101	1.050	1.052	in Mio.

f) Lagebericht

1. Grundlagen der Hallesche Verkehrs-Aktiengesellschaft

- 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfeld
- 1.2. Ziele und Strategien
- 1.3. Steuerung
- 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

- 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
- 2.2. Arbeitsmarkt
- 2.3. Bevölkerungsentwicklung

3. Geschäftsverlauf

- 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
- 3.2. Marktbezogene Entwicklung
- 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
- 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
- 3.5. Forschung und Entwicklung
- 3.6. Personal und Personalentwicklung

4. Lage der Gesellschaft

- 4.1. Ertragslage
- 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Kapitalstruktur
 - 4.2.2. Investitionen
 - 4.2.3. Liquidität
- 4.3. Vermögenslage
- 4.4. Gesamtaussage

5. Chancen- und Risikobericht

- 5.1. Risikomanagementsystem
- 5.2. Chancen und Risiken
- 5.3. Gesamtbild

6. Prognosebericht

- 6.1. Umsatz- und Ergebnisentwicklung
- 6.2. Investitionen
- 6.3. Finanzierung
- 6.4. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der Hallesche Verkehrs-Aktiengesellschaft

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die Hallesche Verkehrs-Aktiengesellschaft (HAVAG) ist ein 100%iges Tochterunternehmen der Stadtwerke Halle GmbH (SWH). Als Führungsgesellschaft des Geschäftsfeldes Mobilität erstreckt sich der Gegenstand des Unternehmens hauptsächlich auf den öffentlichen Personennahverkehr mit Straßenbahnen und Omnibussen im Stadtgebiet Halle (Saale).

Das Führungsteam der HAVAG besteht neben dem Vorstand aus drei Stabstellen sowie aus den Bereichsleitenden der fünf Struktureinheiten. Diese untergliedern sich in Betriebswirtschaft, Verkehr und Betrieb, Marketing/Vertrieb/ Kundenservice, Technik/Fahrzeuge und Technik/Infrastruktur. Mit Hilfe dieser Organisationsstruktur wird der Alleinvorstand durch eine zweite Führungsebene unterstützt. Die Gesellschaft wird derzeit durch den Vorstand und vier Prokuristen vertreten.

Anteile an verbundenen Unternehmen hält die HAVAG zum Bilanzstichtag ausschließlich an der Servicegesellschaft Saale mbH, Halle (Saale). Vervollständigt werden die Unternehmensverbindungen durch die Beteiligungen an der Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH, Halle (Saale) und der Einkaufs- und Wirtschaftsgesellschaft für Verkehrsunternehmen (beka) mbH, Köln.

1.1.2. Geschäftsfeld

Kerngeschäftsfeld der HAVAG ist der flächendeckende öffentliche Personennahverkehr in der Stadt Halle (Saale). Dazu bietet das Unternehmen eine Infrastruktur für den Straßenbahnbetrieb sowie eine Flotte von Straßenbahnen und Fahrzeugen für den Omnibusbetrieb, an. Für das Stadtgebiet stellt das Unternehmen den wesentlichen Mobilitätsanbieter dar und wird im öffentlichen Personennahverkehr für die Bürgerinnen und Bürger durch weitere Marktteilnehmer des mitteldeutschen Verkehrsverbundes ergänzt. Das Rand- und Nebengeschäft der HAVAG erstreckt sich auf ergänzende Tätigkeiten, wie zum Beispiel Fahrten im Zuge der Sanierung von Grundschulen, die Betreibung der Parkeisenbahn sowie weitere Leistungen für Dritte. Des Weiteren erbringt die HAVAG aufgrund einer besonderen Betrauung Straßenbahnverkehrsleistungen im Landkreis Saalekreis. Im Jahr 2022 hat die HAVAG begonnen, getragen durch das Modellprojekt zur Stärkung des ÖPNV („STADTLand+“), eine Geschäftsfelderweiterung im Auftrag der Stadt Halle (Saale) umzusetzen. Dies beinhaltet u.a. die Einführung von OnDemand-Verkehren und Multimodalitätsdienstleistungen, mit denen konkret in 2023 begonnen wurde und welche auch in 2024 im Sinne eines Markthochlaufes weiter vorangetrieben werden.

Angaben zu § 6b Energiewirtschaftsgesetz (EnWG)

Mit dem Verbund des Stadtwerke Halle Konzerns und unter Berücksichtigung des Betriebes einer Photovoltaikanlage, welche in das öffentliche Netz einspeist, ergibt sich, dass die HAVAG nach § 3 Nr. 38 EnWG ein vertikal integriertes Energieversorgungsunternehmen darstellt. Entsprechend § 6b Abs. 3 EnWG ist die HAVAG demzufolge aufgefordert, getrennte Konten für die Tätigkeit der Stromerzeugung zu führen. Die Zuordnung zu den Konten innerhalb des Elektrizitätssektors erfolgt dabei auf Basis direkt zurechenbarer Kosten, Erlöse sowie Vermögen und Schulden. Wesentliche Zuordnungsschlüssel sind wegen des überschaubaren Geschäftsumfanges nicht notwendig.

1.2. Ziele und Strategien

Die Stadt Halle (Saale) hat als Aufgabenträger für den öffentlichen Straßenpersonennahverkehr einen Nahverkehrsplan aufgestellt. Dieser gibt den allgemeinen Rahmen für die Entwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs im Stadtgebiet als Aufgabe der Daseinsvorsorge vor. Auf dieser Basis beauftragt die Stadt Halle (Saale) die Verkehrsleistungen, welche im öffentlichen Dienstleistungsauftrag (öDA) zwischen dem kommunalen Auftraggeber, der Muttergesellschaft und dem Nahverkehrsunternehmen beschrieben sind. Da der Betrieb des öffentlichen Personennahverkehrs mit Straßenbahnen und Omnibussen grundsätzlich nicht kostendeckend erfolgen kann, ist die HAVAG zur Finanzierung der Ausgaben und Durchführung von Investitionen sowie zur Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit auf Zuschüsse (sog. öDA-Ausgleichsleistungen) angewiesen.

Die Priorität der HAVAG besteht in der Sicherung der Qualität des Angebotes für den öffentlichen Personennahverkehr auf einem wirtschaftlichen Niveau. Dabei strebt die HAVAG eine Begrenzung der öDA-Ausgleichsleistung an.

Seit September 2019 stellt die Weiterentwicklung der HAVAG-Strategie „HAVAG 2030“ ein zentrales Handlungsfeld dar. Ziel ist es, die Fahrgastzahlen (insbesondere nach der Beendigung der Corona-Pandemie und in Begleitung mit dem Deutschlandticket) zu steigern sowie die Kundenzufriedenheit weiter zu erhöhen. Des Weiteren stellt die Umstellung der Busflotte auf alternative Antriebe ein zentrales Handlungsfeld dar.

1.3. Steuerung

Mit der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007, die am 3. Dezember 2009 in Kraft gesetzt wurde, ist ein Rechtsrahmen für die Vergabe und Finanzierung öffentlicher Personenverkehrsleistungen geschaffen worden. Durch die Inkraftsetzung eines novellierten Personenbeförderungsgesetzes zum 1. Januar 2013 wurde zugleich das nationale Recht an die Vorgaben der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 angepasst.

Seit dem 1. Januar 2021 bildet der öDA die wesentliche Basis für das unternehmerische Handeln der HAVAG. Er trägt den veränderten Vorgaben für die Direktvergabe von Verkehrsleistungen laut Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 Rechnung und untersetzt die Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs unter Beachtung der beihilferechtlichen Anforderungen. Im Zuge der Einführung und Anwendung des Deutschlandtickets wurde eine Ergänzung zum öffentlichen Dienstleistungsauftrag durch die Stadt Halle (Saale) auf den Weg gebracht, im Stadtrat beschlossen und Ende September 2023 unterzeichnet. Mit der Gesellschafterweisung vom 15. September 2023 wurden die SWH und die HAVAG zur Umsetzung des Ergänzungstextes angewiesen.

Für den Saalekreis wurde rückwirkend zum 1. Mai 2023 die Allgemeine Vorschrift über die Gewährung von Mitteln für eigenwirtschaftlich ausgestaltete Personenverkehrsdienste im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) des Landkreises Saalekreis im Territorium des Linienbündels 1 „Saalekreis Nord“ sowie über die Anwendung und Anerkennung des Deutschlandtickets in Kraft gesetzt.

Für das Unternehmen ist die konsequente Steuerung auf der Grundlage der geplanten Aufwendungen und Erträge maßgeblich. Die Planung jeder Struktureinheit für sich und der Gesellschaft gesamt sind dabei für die Einhaltung der Vorgabe maßgeblich. Mit der detaillierten Planung der einzelnen Geschäftsprozesse ist die Beurteilung der Wirtschaftlichkeit sowohl im Jahresvergleich als auch über seine standardisierten Tätigkeiten als Verkehrsdienstleister im Drittvergleich möglich.

Für die Vorabfestlegung der jährlichen öDA-Ausgleichsleistungen sind Plan-Aufwendungen und Plan-Erträge in einer Plan-Trennungsrechnung anzusetzen. Die Plan-Trennungsrechnung bildet die konkretisierende Vorabfestlegung der Ausgleichsparameter für das Folgejahr.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Die HAVAG arbeitet an der Implementierung eines strukturierten Geschäftsprozessmanagements (GPM). Das GPM umfasst die Analyse und Überwachung sowie die Konstruktion und Anwendung von konzeptionellen Modellen der Geschäftsabläufe des Unternehmens. Die Umsetzung ist mit der Einführung einer entsprechenden Software verbunden. Im Rahmen dieses Projekts wurde in 2021 damit begonnen, die Prozesse im Bereich Betriebswirtschaft, Abteilung Rechnungswesen & Finanzen, aufzunehmen. Die Aufnahme relevanter Prozesse wurde im Jahr 2022 im Bereich ausgeweitet, bereichsübergreifend die Schnittstellen betrachtet und eine Modellierung vorgenommen. Eine strukturierte Prozessaufnahme wurde in 2023 mit anderen Bereichen und Prozessen fortgesetzt (z.B. Stadtbahnprogramm), befindet sich aber noch im Anfangsstadium.

Im Rahmen von Tarifverhandlungen zwischen dem KAV und der ver.di wurde zum 1. Oktober 2023 eine neue Entgeltordnung in Kraft gesetzt. Die neue Entgeltordnung kann frühestens zu dem Zeitpunkt gekündigt werden, zu dem der TV-N LSA in der ab 1. Januar 2024 gültigen Fassung frühestens kündbar ist. Ende 2023 wurden seitens der Gewerkschaft ver.di der Manteltarifvertrag zum TV-N LSA, der Entgelttarifvertrag sowie der Tarifvertrag für Auszubildende mit Wirkung zum 31. Dezember 2023 gekündigt. Die Tarifverhandlungen für das Jahr 2024 sind angelaufen. In den Monaten Januar bis April 2024 wurde die HAVAG bereits an 8 Tagen von der ver.di bestreikt. In der Nacht zum 6. April 2024 konnte eine Einigung herbeigeführt werden. Die für die Wirtschaftsplanung 2024 unterstellte Tarifsteigerung in Höhe von 5,0 % wird nach jetzigem Erkenntnisstand nicht ausreichen, um den Abschluss wirtschaftlich abzudecken. Die HAVAG befindet sich derzeit noch in der Ermittlung der genauen Auswirkung. Die Einspruchsfrist für die Tarifparteien endet am 31. Mai 2024.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die trotz der jüngsten Rückgänge nach wie vor hohen Preise auf allen Wirtschaftsstufen dämpften die Konjunktur Deutschlands in 2023. Ebenso beeinflussten ungünstige Finanzierungsbedingungen durch steigende Zinsen und eine geringere Nachfrage aus dem In- und Ausland die konjunkturelle Entwicklung. Neben dem Ukraine-Krieg sind neue geopolitische Unsicherheiten durch den Krieg im Nahen Osten ab Oktober 2023 hinzugekommen. Insgesamt konnte sich dadurch die Erholung der deutschen Wirtschaft vom tiefen Einbruch im Corona-Jahr 2020 nicht weiter fortsetzen.

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) Deutschlands sank nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes in 2023 um 0,3 % im Vergleich zum Vorjahr. In Sachsen-Anhalt betrug der Rückgang im ersten Halbjahr 2023 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr 3,2 % und fiel damit deutlich stärker der Durchschnitt aller Bundesländer aus (deutschlandweit -0,3 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Die schwache Konjunktur ist ebenfalls nicht spurlos am Arbeitsmarkt vorübergegangen. Dennoch behauptet sich der Arbeitsmarkt angesichts des Ausmaßes an Belastungen und Unsicherheiten nach wie vor gut. Nach Informationen der Bundesagentur für Arbeit sind Erwerbstätigkeit und Beschäftigung so hoch wie nie zuvor und auch 2023 zählt zu den Jahren mit der niedrigsten Arbeitslosigkeit seit der Wiedervereinigung. Die Arbeitslosenquote stieg in Deutschland gegenüber dem Vorjahr um +0,4 Prozentpunkte auf 5,7 %, in Sachsen-Anhalt auf 7,5 % (Vorjahr 7,1 %).

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum 31. Dezember 2023 einen Einwohnerstand von 244.501 (Vorjahr 244.099) aus. Damit konnte die Stadt zum dritten Mal in Folge einen leichten Zuwachs gegenüber dem Vorjahr verzeichnen.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Die Auswirkungen für die HAVAG im Rahmen der Corona-Pandemie haben sich im Jahr 2023 weiter abgeschwächt. Im Jahr 2023 waren im Fahrgastbetrieb, aber auch für die Mitarbeitenden keine Corona-Einschränkungen mehr zu verzeichnen.

Am 1. Mai 2023 ist das Deutschlandticket an den Start gegangen – digital, bundesweit gültig und monatlich kündbar. Für 49 EUR im Monat können Bürgerinnen und Bürger den öffentlichen Nahverkehr in ganz Deutschland nutzen - unabhängig von Bundesland, Verkehrsverbund oder Tarifgebiet. Zuvor hatten Bundestag und Bundesrat am 31. März 2023 dem Entwurf zum Neunten Gesetz zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes zugestimmt. Bund und Länder stellen für das Deutschlandticket ab 2023 jeweils 1,5 Mrd. EUR jährlich zur Verfügung. Sie haben sich weiterhin darauf verständigt, dass die notwendige Auskömmlichkeit des Tarifs für das Deutschlandticket für 2023 gewährleistet wird (Verlustrücklage). Etwaige Mehrkosten für die Kontrolle und Umstellung des Vertriebs, die den Unternehmen im Einführungsjahr entstehen, werden pauschal ausgeglichen. Die Richtlinie über die Gewährung von Billigkeitsleistungen zum Ausgleich nicht gedeckter Ausgaben im öffentlichen Personennahverkehr im Zusammenhang mit dem Deutschlandticket im Jahr 2023 in Sachsen-Anhalt (Richtlinien Deutschlandticket-Billigkeitsleistungen ÖPNV LSA 2023) wurde am 25. Juli 2023 in Kraft gesetzt. Die HAVAG hat im Jahr 2023 den Antrag fristgerecht gestellt und die Billigkeitsleistungen vereinnahmt.

Im September 2021 erhielt die HAVAG die Fördermittelzusage für die 1. Stufe des Modellprojektes „Stärkung des ÖPNV“ (HAVAG-Antrag „STADTLand+“) und wurde dabei als ein Modellpartner des Bundes aus ca. 160 Anträgen ausgewählt. Der entsprechende Zuwendungsbescheid in Folge des gestellten Fördermittelantrages erging am 29. Dezember 2021. Zur Attraktivierung des ÖPNV sieht das Modellprojekt „STADTLand+“ die Schaffung neuer Schnellbuslinien (StarPark, X1 + X2), die modellhafte Einführung eines OnDemand-Verkehrs sowie die Taktverdichtung bestehender Linienverkehre vor. Des Weiteren werden multimodale Mobilitätsstationen errichtet, die unter anderem als Zugangspunkt zum ebenfalls geplanten E-Bikesharing-System (inkl. Lastenräder) dienen sollen. Im Hinblick auf Tarifpreismaßnahmen soll u.a. ein eTarif eingeführt werden. Die Schaffung und Integration eines multimodalen Tarifs ermöglicht darüber hinaus die kundenfreundliche Nutzung aller verfügbaren Mobilitätsformen. Mit dem Ziel, die ÖPNV-Nutzung im Pendlerverkehr zu steigern, sollte der bestehende Jobticket-Tarif weiterentwickelt und eine betriebliche Mobilitätsberatung für Arbeitgeber geschaffen werden. Aufgrund der Einführung des Deutschlandtickets wurde jedoch von der Umsetzung dieser Maßnahme abgesehen. Infrastrukturell ist außerdem die technische Aufrüstung von existenten Haltepunkten zu digitalen Haltestellen im Stadtgebiet geplant. Hinsichtlich der Stadt-Land-Verzahnung im ÖPNV sind umfangreiche Verknüpfungs- und Verbesserungsmaßnahmen vorgesehen. Takte werden enger aufeinander abgestimmt, neue Linienverkehre eingeführt, Verknüpfungspunkte geschaffen und ausgebaut sowie technische Komponenten zur Anschlusssicherung optimiert. Verbundweit wird die Konzeption und Einführung der multimodalen Mobilitätsplattform „Movemix“ angestrebt.

Im Jahr 2022 konnten insbesondere die Schnellbuslinien zum StarPark, die Verbesserung der Stadt-/Umlandverkehre durch eine Anpassung von Regional- und Stadtlinien sowie der e-Tarif (Luftlinientarif) im Stadtgebiet Halle (Saale) erfolgreich eingeführt werden. Für das Jahr 2023 kann die Einführung eines 10-Grundminuten-Taktes auf der Linie 7 (Montag bis Freitag) sowie die Inbetriebnahme des OnDemand-Verkehres mit der parallelen Inbetriebnahme der offiziellen Mobilitätsplattform der HAVAG (App) „movemix“ sowie der verbundweite Start der Check-In-Check-out-App „Fairtiq“ als wesentliche Meilensteine nachgewiesen werden. Darüber hinaus startete das öffentliche Fahrradverleihsystem movemix_bike unter der neuen Mobilitätsmarke der HAVAG „movemix“. Mit dem neuen BikeSharing-System konnten auch die ersten beiden Mobilitätsstationen movemix_station an den Haltestellen Büschdorf und Trotha in Betrieb genommen werden. Die Projektlaufzeit ist aus Sicht des Fördermittelgebers bis zum 31. Dezember 2024 begrenzt. Ab 2025 wird die HAVAG die Maßnahmen fortführen. Die laufenden Betriebskosten werden von der Stadt Halle (Saale) im Rahmen des öDA übernommen.

Der Entfall von Corona-Reglungen, den ersten Nutzungseffekten aus dem Projekt „STADT Land+“ sowie dem in 2023 eingeführten Deutschlandticket führten zu einem Anstieg der Fahrgastzahlen gegenüber 2022 und nahezu zum Erreichen der Fahrgastzahlen aus dem Jahr 2019, dem sogenannten Vor-Corona-Jahr.

Die negative Auswirkung der Einführung des Deutschlandtickets auf die Fahrgeldeinnahmen und somit auf die originär durch die Stadt Halle (Saale) und SWH zu erbringende öDA-Ausgleichsleistung wurden durch die Hilfgelder auf Bundes- und Landesebene (der sog. „Billigkeitsleistungen“) kompensiert. Im Saalekreis wurden die Fahrgeldeinnahmeverluste ebenfalls durch die Billigkeitsleistungen ausgeglichen.

Am 24. Dezember 2022 sind die gesetzlichen Strom-, Gas- und Wärmepreisbremsen in Kraft getreten. Durch den maßgeblichen Aufwand für Fahrstrom ist die Strompreisbremse für die HAVAG von großer Bedeutung. Insgesamt konnte die HAVAG durch die Strompreisbremse die Aufwendungen für Strom aus betriebswirtschaftlicher Sicht um TEUR 3.031 reduzieren.

Im Rahmen der Straßenbahnersatzbeschaffung fand am 23. August 2022 die feierliche Vertragsunterzeichnung mit der Stadler Bussnang AG (Schweiz) und der Stadler Deutschland GmbH statt. Die erste Anzahlungsrechnung in Höhe von TEUR 50.400 wurde im September 2022 fällig. Im Jahr 2023 hat die HAVAG die zweite Anzahlungsrechnung ebenfalls in Höhe von TEUR 50.400 beglichen. Als wesentlicher Meilenstein in 2023 ist der Konstruktionsabschluss der neuen Straßenbahnfahrzeuge ‚TINA‘ zu nennen. Die Produktionsphase der neuen Bahnen hat Anfang 2024 begonnen. Damit werden planmäßig zum Jahresende 2024 die ersten Fahrzeuge geliefert. Die bestellten 56 Straßenbahnfahrzeuge sollen alle in Sroda und Sedlice (Polen) gefertigt werden.

Im Jahr 2023 hat die HAVAG zum siebten Mal in Folge an einer bundesweit einheitlichen Kundenzufriedenheitsbefragung im „ÖPNV Kundenbarometer“ teilgenommen und den besten Wert seit Erhebungsbeginn im Jahr 2017 mit 2,54 erreicht. Die Zielgruppe waren ÖPNV-Nutzer, welche die öffentlichen Verkehrsmittel der HAVAG nutzen. Durch telefonische Einzelinterviews sowie über Onlinebefragungen wurde die Zufriedenheit der Kunden mit Hilfe einer 5er-Skala erfasst, um den Einfluss einzelner Leistungsmerkmale auf die Globalzufriedenheit zu messen. Im Ergebnis ist festzustellen, dass die HAVAG in den Merkmalen Informationen bei Störungen oder Verspätungen im Verkehrsmittel, Informationen bei Störungen oder Verspätungen an den Haltestellen oder Stationen, Zugang und Nutzung für mobilitätsbeeinträchtigte Personen an den Haltestellen oder Stationen, Fahrkarten-Verkaufsstellen des Verkehrsunternehmens, Handy-Ticket sich unter den besten drei Unternehmen der Branche platzieren konnte. Darüber hinaus ist allerdings festzustellen, dass die HAVAG insbesondere in den Bereichen Sauberkeit, Sicherheit, Tarifsystem und Preis-Leistungsverhältnis große Verbesserungspotentiale aufweist.

Nachdem der Aufsichtsrat der HAVAG am 29. September 2023 zugestimmt hat, dass sich die HAVAG an der bevorstehenden Ausschreibung der Linienverkehrsleistungen im Saalekreis für den Betrieb der Straßenbahnlinie 5 im Saalekreis ab dem 1. Januar 2025 beteiligen kann, hat die HAVAG die Vergabeabsicht des Saalekreises nach der Ausschreibungsveröffentlichung (EU-weite Bekanntmachung) am 8. November 2023 zur Kenntnis genommen. Die HAVAG hat am 15. Februar 2024 ein Angebot abgegeben und befindet sich derzeit in Verhandlungsgesprächen mit dem Saalekreis. Auskunftsgemäß ist mit einer Zuschlagserteilung bis zum 15. Mai 2024 zu rechnen, nachdem der Kreistag einem Vergabevorschlag seine Zustimmung erteilt hat.

Im Zuge des Stadtbahnprogramms wurden die Planungen für den grundhaften Ausbau der halleischen Straßenbahninfrastruktur fortgesetzt. Besonders hervorzuheben sind hierbei der Ausbau der Merseburger Straße Mitte, des Böllberger Weg Süd und der Mansfelder Straße. Darüber hinaus begannen im Herbst 2023 die Vorleistungen der HWS in der Dessauer Straße.

Die HAVAG erhielt im Juni 2023 ein finales offizielles Schreiben vom Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt zur Förderung bei Baustellenallgemeinkosten im Rahmen des Stadtbahnprogramms. Durch dieses Schreiben musste die Abrechnungssystematik geändert werden, was zur Folge hat bzw. hatte, dass Fördermittel für vergangene und zukünftige Baumaßnahmen reduziert wurden. Die HAVAG hatte im Vorfeld mit Schriftverkehr und in diversen Abstimmungsgesprächen mit dem Landesverwaltungsamt vergeblich versucht, die von der HAVAG bislang praktizierte Verfahrensweise beizubehalten. Diese Änderung betrifft am Stadtbahnprogramm beteiligte Versorgungsunternehmen, deren zu leistende Eigenanteile aufgrund des geringeren Förderumfangs von Baustellenallgemeinkosten steigen werden.

Bei der Errichtung der neuen Elisabethbrücke in der Mansfelder Straße konnten im Jahr 2023 wichtige Meilensteine für den Ersatzneubau erreicht werden. Die alte Brücke, die durch das Hochwasser 2013 stark beschädigt wurde, wird nach Fertigstellung des Brückenneubaus in 2024 abgerissen. Der Brückenneubau wird als Zusatzmaßnahme innerhalb der Stadtbahnbaumaßnahme Mansfelder Straße eingebettet und aus Flutmitteln durch den Baulastträger Stadt Halle (Saale) finanziert.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Der ÖPNV bietet eine umweltschonende Alternative zum motorisierten Individualverkehr. Bei der Beurteilung der Wettbewerbsfähigkeit des Angebotes der HAVAG gegenüber dem Individualverkehr spielt die kundenfreundliche Leistung im öffentlichen Personennahverkehr für seine Nutzer eine entscheidende Rolle. Die HAVAG ist bestrebt, stets nach weiteren Effizienzmöglichkeiten zu suchen und neue Kunden für die Nutzung des ÖPNV zu gewinnen, um den steigenden Aufwendungen zu begegnen. Darüber hinaus werden die Themen Umsetzung von serviceverbessernden Kundenmaßnahmen sowie Digitalisierung den öffentlichen Personennahverkehr in der Zukunft noch stärker beeinflussen und eine zentrale Rolle in der Vernetzung von Fahrgast und Unternehmen einnehmen.

Insbesondere die Einführung des Deutschlandtickets im Jahr 2023 wird den ÖPNV im Nutzungsverhalten der Kunden und beim Thema Tarifentwicklung nachhaltig beeinflussen. Die Tarifanzeige erfolgte zum 31. Dezember 2023 durch den Aufgabenträger bei der Genehmigungsbehörde. Am 30. November 2023 wurde der Beschluss in der Gesellschafterversammlung des MDV zur Fortführung der Anerkennung und Anwendung des D-Tickets auf Basis der Beschlussfassung der Ministerpräsidentenkonferenz vom 6. November 2023 gefasst. Dieser gilt unter der Maßgabe des vollständigen Ausgleichs nicht gedeckter Ausgaben im Zusammenhang mit dem Deutschlandticket durch Bund und Länder. Weiterhin zeitlich unklar ist die Etablierung eines Einnahmeaufteilungsverfahrens zum Deutschlandticket, insbesondere durch die deutschlandweite Nutzungsmöglichkeit im Nahverkehr. Im Jahr 2023 konnten die Verkehrsunternehmen die Einnahmen durch den Verkauf der Tickets zu 100 % einbehalten, wobei diese wiederum im Rahmen der Antragstellung der Billigkeitsleistungen gegen den originären Verlust anzurechnen waren. Derzeit wird davon ausgegangen, dass sich diese Methode auch in 2024 fortsetzen und die zweite Stufe eines Einnahmeaufteilungsverfahrens erst im Jahr 2025 zum Tragen kommen wird. Die Tarife außerhalb des Deutschlandtickets werden sich zum 1. August 2024 um 5 % bis 8 % erhöhen.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Die Stadt Halle (Saale) hat mit Stadtratsbeschluss vom 21. November 2018 entschieden, die HAVAG ab dem 1. Januar 2021 im Wege der Direktvergabe mit dem Betrieb des Stadtverkehrs mit Straßenbahnen und Bussen in der Stadt Halle (Saale) unter Verzicht auf die Durchführung eines wettbewerblichen Verfahrens zu betrauen. Zur Durchführung des Stadtratsbeschlusses erfolgte eine Direktvergabe eines öffentlichen Dienstleistungsauftrags (öDA) seitens der Stadt Halle (Saale) unter Einbeziehung der SWH an die HAVAG. Der öDA trat zum 1. Januar 2021 in Kraft und gilt für 22,5 Jahre.

Für die Ausführungen zum von der Bundesregierung beschlossenen Deutschlandticket verweisen wir auf die Abschnitte 1.3, 3.1 und 3.4.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Das Verkehrsangebot des Jahres 2023 erstreckte sich auf 13 Straßenbahn- und 25 Omnibuslinien der HAVAG mit einer Linienlänge von 359,4 Kilometern.

Die nachlaufenden Auswirkungen für die HAVAG im Rahmen der Corona-Pandemie haben sich im Jahr 2023 weiter abgeschwächt. Im Jahr 2023 waren keine Corona-Einschränkungen mehr vorhanden, sodass eine Fahrgastrückgewinnung die Folge war. Hinzu kam die Einführung des 10-Minuten-Taktes auf der Linie 7 aus dem Fördermittelprojekt STADTLand+ sowie die Einführung des Deutschlandtickets ab Mai 2023.

Die zum 1. August 2019 eingeführte zeitlich eingeschränkte Erweiterung zur verbundweiten Nutzung der ‚SchoolCard‘ führte bereits in den Jahren 2021 und 2022 zu weiteren Zuwächsen in der Stammkundschaft. Im Jahr 2023 konnte der Bestand im Bereich der Schülerkarten, trotz Einführung des Deutschlandtickets, gehalten werden.

Der Bestand an Stammkunden (inkl. Jobticket, Schüler und Kunden des Deutschlandtickets) konnte um 47 % gesteigert werden. Das zum 1. Januar 2021 eingeführte AzubiTicket Sachsen-Anhalt wurde mit der Einführung des Deutschlandtickets abgeschafft. Insgesamt sind ca. 45 % der bisherigen Stammkunden in den etablierten MDV-Produkten geblieben (Stand Jahresende 2023).

Das im November 2019 eingeführte Check-In/Check-Out-System ‚FAIRTIQ‘ wurde als Handyticket mit Tagesbestpreisabrechnung auch im Jahr 2023 als kontaktlose Möglichkeit des Erwerbs von Fahrkarten beworben und genutzt. Auch die im Juli 2020 eingeführte MDV-Fahrplanauskunfts- und Ticket-App ‚moovme‘ als Nachfolge-App für ‚Easy Go‘ wurde aufgrund der neuen Bezahlmöglichkeiten gut angenommen. Im Rahmen des Fördermittelprojektes STADTLand+ konnte im 4. Quartal 2023 die multimodale HAVAG-App ‚movemix‘ eingeführt werden. Gegenüber 2022 wurde im Jahr 2023, trotz und auch wegen der Einführung des Deutschlandtickets, eine Einnahmesteigerung in den beiden Apps von über 20 % erreicht.

Die MDV-Tariferhöhung erfolgte mit durchschnittlich 6,2 % zum 1. August 2023 über alle Fahrkartenarten.

Das gesamte Verkehrsangebot der HAVAG nutzten im Jahr 2023 insgesamt 54,0 Mio. Fahrgäste. Im Vergleich zum Vorjahr stellt dies eine Steigerung um 2,0 Mio. Beförderungsfälle dar. Dies entspricht einer prozentualen Steigerung gegenüber 2022 von 3,9 %. Das gestellte Planziel von 55,8 Mio. Fahrgästen konnte nicht erreicht werden. Ein Großteil der Verluste gegenüber 2019, die durch die Corona-Pandemie eingetreten sind, konnten aufgeholt werden. Die Differenz zu 2019 beträgt nur noch 4,6 % der Fahrgäste. Als Basis der Berechnung der Beförderungsfälle für 2023 wurde die Erhebung der Nutzungshäufigkeiten aus dem Jahr 2019 angesetzt. Die HAVAG führte im Jahr 2022 eine Erhebung durch. Allerdings sind diese Ergebnisse durch die Nachwirkungen der Corona-Pandemie sowie der kurzzeitigen Einführung des 9-Euro-Tickets aus Sicht der HAVAG für das Jahr 2023 nicht mehr ansetzbar. Durch eine Analyse der Linienbeförderungsfälle und deren Tendenz gegenüber 2019 hat sich die HAVAG entschieden, die Ergebnisse aus der Marktforschung aus dem Jahr 2019 (vor Corona) anzusetzen. Somit ist sichergestellt, dass eine gleiche Tendenz zwischen den Jahren 2019 und 2023 bei den Unternehmensbeförderungsfällen und den Linienbeförderungsfällen ausgewiesen wird.

Bei den zahlenden Personen im Linienverkehr erreichte die HAVAG im Jahr 2023 einen Wert von 0,93 EUR je Fahrgast und weist somit, im Wesentlichen bedingt durch das 9-Euro-Ticket im Jahr 2022, eine Steigerung gegenüber dem Vorjahreswert um 0,18 EUR je Fahrgast aus.

Die HAVAG wird als Berater und Gestalter der Mobilitätswende in Halle (Saale) angefragt und arbeitet gemeinsam mit dem Aufgabenträger, der Kommunalpolitik, dem Gesellschafter, dem Verkehrsverbund und den Anspruchsgruppen an der Steigerung der Attraktivität des ÖPNV in der Stadt Halle (Saale). Im Besonderen unterstützt die HAVAG die Stadt Halle (Saale) bei dem im Herbst 2020 begonnenen Entwicklungsprozess für ein „Ganzheitliches städtisches Mobilitätskonzept“, welches die Mobilitätsentwicklungsziele der Saalestadt bis in das Jahr 2040 hinein beschreiben soll. Dies auch mit der Motivation, die Rolle des ÖPNV in Halle (Saale) als zentraler Mobilitätsdienstleister auszubauen und zu stärken, um somit als Unterstützer zur Erreichung der Klimaneutralitätsziele der Stadt mitzuwirken.

3.5. Forschung und Entwicklung

Im Jahr 2022 startete der Einsatz der ersten drei Elektrobusse im Linienbetrieb der HAVAG, die durch kommunale Förderung auf Grundlage der Richtlinie „Förderung von Fahrzeugen mit alternativen Antrieben für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)“ den Fuhrpark erweiterten.

Im gleichen Jahr erhielt die HAVAG die Förderzusage des Bundes für die Durchführung einer Machbarkeitsstudie; Grundlage dafür bildete die BMVI-Richtlinie „... zur Förderung alternativer Antriebe von Bussen im Personenverkehr“ aus dem Jahr 2021. Mit zusätzlicher Unterstützung durch das Land Sachsen-Anhalt konnte die Studie zur Entwicklung eines nachhaltigen Konzeptes für Beschaffung, technische Einsatzbelange, infrastruktureller Erfordernisse und zur Anpassung von Betriebsabläufen durch den Einsatz von Bussen mit elektrischen Antrieben auf Basis der Batterie- und/oder Brennstoffzellentechnologie sowie zu Finanzierungsmöglichkeiten ausgeschrieben und zu Beginn des Jahres 2023 vergeben werden. Erste Ergebnisse bildeten ab Mitte 2023 die Grundlage für die Erarbeitung von Umsetzungsszenarien zur Umstellung der Busflotte und des internen Fuhrparks auf alternative Antriebe. Zum Ende des Jahres 2023 wurde nach Auswertung der Ergebnisse der Machbarkeitsstudie die Technologie-Entscheidung für batteriebetriebene Elektrobusse und der diesbezüglichen Infrastruktur getroffen. Auf dieser Grundlage erfolgte im ersten Quartal 2024 die konkretisierende Projektplanung. Parallel dazu sollen Varianten der Förderung und Finanzierung auf kommunaler Ebene und Landesebene geprüft werden, da eine Bundesförderung zur Elektromobilität gemäß BMDV aktuell nicht mehr vorgesehen ist.

Im Jahr 2023 konnte die Umrüstung von mehr als 60 Fahrzeugen mit dem „Barrierefreien Informations- und Orientierungssystem“ (BIOS) abgeschlossen werden. Das System wird künftiger Standard in den Fahrzeugen der HAVAG und leistet einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Nutzbarkeit des HAVAG-Angebots für Blinde und sehbehinderte Fahrgäste.

Die kontinuierliche Verbesserung der Fahrgastinformation ist eines der Fokusthemen der HAVAG. Nachdem bereits in den Vorjahren im Rahmen eines geförderten Projekts 24 Haltestellen mit modernen Informationsanlagen ausgestattet wurden, konnten im Verlauf des Jahres 2023 im Rahmen des Modellprojektes STADTLand+ neun zusätzliche digitale Haltestellen eingerichtet werden.

An zwei ausgewählten Standorten wurden im ersten Quartal 2023 im Rahmen eines Pilotprojektes Displays installiert, die Fahrplaninformationen als E-Paper präsentieren. Die Geräte benötigen keine Netzanbindung (Strom, Daten), liefern Informationen zu den nächsten Abfahrten, Fahrplänen sowie Preisen und verfügen zusätzlich über eine Vorlesefunktion als zusätzlichen Service. Nach Ende der Pilotphase werden Nutzerbewertungen (Fahrgastumfrage) und Erfahrungen seitens der HAVAG analysiert und die Möglichkeiten einer Ausweitung des E-Paper-Einsatzes für weitere Standorte geprüft.

Über das Bundesförderprogramm ‚Digitalisierung kommunaler Verkehrssysteme‘ des BDMV hat die HAVAG die Bewilligung von Fördermitteln zur Umsetzung von Maßnahmen erhalten, die im Rahmen des Masterplanes „Luftreinhaltung Green-City-Plan der Stadt Halle (Saale) gemeinsam definiert worden waren. Zu den ausgewählten Maßnahmen gehört die Einführung eines „Elektronischen Ticketings“. Ziel sind die Ablösung des klassischen Papierfahrscheins und die Einführung des bargeldlosen Zahlens. Aus der Einführung des 9-Euro-Tickets im Jahr 2022 und des Nachfolgers Deutschlandticket ergaben sich veränderte vertriebliche Bedingungen, so dass 2023 die konzeptionelle Anpassung sowie die daraus resultierenden IT-Arbeiten im Fokus standen. Der Abschluss des Projekts ist für die zweite Jahreshälfte 2024 geplant.

Mit der Weiterentwicklung des Handytickets und der Fortführung der Pilotphase für den Luftlinientarif FAIRTIQ auf Basis des digitalen Ticketing-Systems per Check-In-/Check-Out-Verfahren konnte der digitale Vertrieb der HAVAG signifikant gestärkt werden. Nach Abschluss der Pilotphase Ende 2024 wird es auf Basis der ausgewerteten Daten zu Akzeptanz, zum vertrieblichen Erfolg und zur Umweltwirkung eine Entscheidung zum weiteren Ausbau des digitalen Vertriebs geben.

Mit der Inbetriebnahme der modernisierten Leitstelle zu Beginn des Jahres 2023 startete der Einsatz eines weiterentwickelten Systems für die Fahrgastinformation für die akustische Übertragung von Verkehrsmeldungen. Weitere Maßnahmen zur Ausstattung des Fuhrparks mit Technik zur Fahrgastinformation sowie ein Ereignismanagementtool werden im nächsten Schritt folgen.

Seit Mitte des Jahres 2023 erfolgte die Bestandsaufnahme und Bedarfsermittlung für ein umfassendes Digitalisierungsprojekt: die Einführung von mobilen Endgeräten für alle HAVAG-Beschäftigten im Fahrdienst. Auf der Grundlage der Erhebungen (z.B. Mitarbeiterbefragung) und der definierten technischen Anforderungen entstand das Konzept für CLARA „CLevererARbeitsplatzAssistent“, das künftige Fahrentablet. Für das Jahr 2024 stehen in den nächsten Schritten Entscheidungen zu Soft- und Hardware, Ausschreibung und interne Kommunikation sowie die Vorbereitung der Einführung nach einem Testbetrieb an.

Um den Umweltverbund in der Stadt Halle (Saale) sowie im Saalekreis zu stärken und um die Attraktivität und Leistungsfähigkeit des ÖPNV zu steigern, werden im Rahmen der laufenden Strategieentwicklung zusätzliche Maßnahmen entwickelt. Als Verkehrsunternehmen kann die HAVAG einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele leisten, zu denen sich die SWH-Gruppe mit der „Roadmap Klimaneutralität“ (Erreichung der Klimaneutralität bis 2045) verpflichtet hat. Auch dafür werden Maßnahmen und Projekte erarbeitet sowie technische Lösungen getestet und evaluiert. Beispielhaft sei hier der Testbetrieb von Kleinst-PV-Anlagen auf den Dächern von Haltestellen genannt. Die Auswertung der Pilotphase führte zur Entscheidung, dass eine Ausweitung nicht erfolgen wird.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Zum Stichtag 31. Dezember 2023 sind in der HAVAG 793 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Personalstand) und 55 Auszubildende beschäftigt. Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr resultiert aus zusätzlichem Personalbedarf im Fahrdienst aufgrund der Aufnahme der Leistungen im on-Demand-Verkehr und der Taktverdichtung auf der Linie 7 im Zuge des Projektes STADTLand+. Des Weiteren wurden insbesondere in den Verwaltungsbereichen zum 31. Dezember 2022 offene Stellen im Jahr 2023 wiederbesetzt sowie zusätzliche Stellen im Rahmen der Einführung des Deutschlandtickets geschaffen. Auch bei der Analyse der Vollzeitbeschäftigteneinheiten ergibt sich eine Steigerung um 18,0 von 744,0 im Vorjahr auf 762,0 zum Stichtag. Damit wurde der angestrebte Planwert von 763,5 Vollzeitbeschäftigten nur knapp unterschritten.

Das Durchschnittsalter zum Stichtag verringerte sich von 46,7 Jahren auf 46,4 Jahre. Auch die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit sank um 1,0 Jahre auf nun 18,3 Jahre.

Das Niveau der durchschnittlichen Fehlzeiten in Folge von Krankheit ist mit 10,3 %, im Vergleich zu 11,1 % im Vorjahr, gesunken. Die HAVAG wird weiterhin durch unterstützende Maßnahmen im betrieblichen Gesundheitsmanagement an der Verringerung der krankheitsbedingten Fehlzeiten arbeiten.

Die HAVAG stellt sich den Herausforderungen des demographischen Wandels. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Rekrutierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus den eigenen Reihen durch Berufsausbildung. Eine detaillierte Nachfolgeplanung ist weiterhin die zentrale Maßnahme, um den Folgen der demographischen Entwicklung rechtzeitig entgegenzuwirken. In sämtlichen Unternehmensbereichen ist das Finden und Binden von geeignetem Personal für das Unternehmen schwieriger geworden. Die Anspannung am Arbeitsmarkt fällt am ehesten im Bereich des Fahrdienstes auf, da hier eine große Anzahl an Mitarbeitenden benötigt wird, aber auch da aufgrund des direkten Bezugs zur Leistungserstellung die Situation für unseren Kunden direkt greifbar ist.

16 Auszubildende beendeten im Jahr 2023 ihre Ausbildung bei der HAVAG. Aufgrund ihrer positiven Prüfungsergebnisse und gemäß Betriebsvereinbarung konnten drei Auszubildende in ein befristetes und 12 Auszubildende in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen werden.

Des Weiteren unterstützt die HAVAG Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, welche sich berufsbegleitend qualifizieren wollen, sowohl organisatorisch als auch finanziell. Darüber hinaus haben diese die Möglichkeit, die Angebote der SWH-Mitarbeiterentwicklung zu nutzen.

Im Rahmen der zentralen Mitarbeitendenentwicklung wurden Workshops und Trainings in den Bereichen Resilienz, Projektmanagement, MS-Office sowie ein Visualisierungstraining angeboten. Des Weiteren wurde das Austausch- und Beteiligungsformat „Zukunftswerkstatt“ eingeführt und sowie ein Sekretariats- und Assistenztag durchgeführt.

Im Rahmen der zentralen Führungskräfteentwicklung wurden in 2023 die Themen „Mitarbeitergespräche führen“, „Konflikttraining“, „Gesundheitsstärkend Führen“ sowie „Führen im Generationenmix“ in ein- bis zweitägigen Seminaren angeboten. Zudem wurde mit den „Führungs-Impulsen“ ein neues Format etabliert. Hier setzen sich die Führungskräfte in drei- bis vierstündigen Terminen mit einer aktuellen Fragestellung austauschorientiert auseinander. Durchgeführt wurden Führungs-Impulse zum Thema „Wie schaffe ich das noch 20 Jahre“, „Führung in der Krise“ sowie „Führung in Sandwichpositionen“.

Erklärung zur Unternehmensführung

Am 1. Mai 2015 ist das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst durch den Bundestag in Kraft getreten. Änderungen und Ergänzungen brachte das am 12. August 2021 in Kraft getretene Gesetz zur Ergänzung und Änderung der Regelungen für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an Führungspositionen in der Privatwirtschaft. Mit den gesetzlichen Regelungen zur Geschlechterquote und der Festlegung verbindlicher Zielgrößen soll der Anteil von Frauen in Führungspositionen mittelfristig gesteigert werden.

Mit Einführung des Gesetzes wurden alle Unternehmen der Stadtwerke Halle-Gruppe auf den Ebenen Geschäftsführung/Vorstand und den beiden oberen Führungsebenen analysiert. Daraufhin wurde eine Zielgröße mit einer Umsetzungsfrist jeweils bis zum 30. Juni 2017 und bis zum 30. Juni 2022 entwickelt. Der Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH hat der Zielvereinbarung mit Beschluss vom 18. Dezember 2015 zugestimmt.

Auf der Ebene Geschäftsführung/Vorstand sollte ein Frauenanteil von ca. 25 % bis Mitte 2022 erreicht werden. Auf den beiden Führungsebenen darunter sollte der Frauenanteil bei ca. 31 % gehalten werden. Die Zielquotenfestlegung/-umsetzung soll nun auch weiter erfolgen. Daher wurde für die Stichtage 30. Juni 2027 und 30. Juni 2032 auf allen Ebenen ein Frauenanteil von 40 % zum Ziel gesetzt. Zusätzlich zu der reinen prozentualen Betrachtung müssen Maßnahmen und Instrumente zur Motivation und Qualifizierung von Frauen in Führungspositionen weiter eine Rolle spielen.

Auf Vorstandsebene der HAVAG beträgt die Quote 0 %, was insbesondere auf die Bestellung nur eines Vorstands für die Gesellschaft zurückzuführen ist. Der Frauenanteil zum Bilanzstichtag für die 1. Führungsebene konnte im Vergleich zum Vorjahr konstant bei 40 % gehalten werden. Für die 2. Führungsebene ergab sich eine geringfügige Veränderung von 25 % im Vorjahr auf 24 % im Betrachtungsjahr.

Der Aufsichtsrat der HAVAG setzt sich zusammen aus Gesellschaftervertretern sowie Arbeitnehmervertretern. Gesellschaftervertreter werden – bedingt durch die Stellung der Gesellschaft als öffentliches Unternehmen der Stadt Halle (Saale) – von den Fraktionen des Stadtrates vorgeschlagen. Die Arbeitnehmervertreter werden von den Beschäftigten des Unternehmens gewählt. Diesem Prozedere immanent ist, dass eine zentrale Steuerung der Geschlechterverteilung durch die Hauptversammlung nicht möglich ist. Dennoch wird eine ausgewogene Besetzung des Aufsichtsrates mit Frauen und Männern angestrebt. Der Aufsichtsrat der HAVAG hat am 2. Dezember 2022 beschlossen, bis zum 31. Dezember 2026 einen Anteil an Frauen im Aufsichtsrat von vier (44 %) zu erreichen. Der Anteil von Frauen im Aufsichtsrat der HAVAG liegt per 31. Dezember 2023 bei 44 %.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Die HAVAG konnte ein ereignisreiches Jahr 2023 mit einer Gewinnabführung in Höhe von TEUR 563 abschließen.

Erfolgsrechnung (Kurzfassung)	2023	2022	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Umsatzerlöse	74.287,6	50.116,6	24.171,1	48,2
Andere aktivierte Eigenleistungen	142,6	165,2	-22,6	-13,7
Übrige betriebliche Erträge	36.204,1	26.375,0	9.829,1	37,3
Materialaufwand	44.707,8	26.476,1	18.231,6	68,9
Personalaufwand	43.606,0	40.712,7	2.893,3	7,1
Übrige betriebliche Aufwendungen	27.571,4	22.035,3	5.536,1	25,1
Beteiligungsergebnis und Zinserträge aus Ausleihungen	0,0	0,0	0,0	0,0
EBITDA	-5.250,8	-12.567,4	7.316,6	58,2
Abschreibungen	23.763,2	22.407,9	1.355,3	6,0
EBIT	-29.014,0	-34.975,3	5.961,3	17,0
Zinsergebnis	-2.450,0	-1.256,4	-1.193,6	-95,0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-31.464,0	-36.231,7	4.767,7	13,2
Ertragsteuern	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausgleichsleistungen öDA	32.092,1	36.606,8	-4.514,7	-12,3
Sonstige Steuern	64,5	64,7	-0,2	-0,3
Erträge aus Verlustübernahme	0,0	0,0	0,0	0,0
Aufwand aus Gewinnabführung	563,6	310,4	253,2	81,6
Jahresergebnis	0,0	0,0	0,0	0,0

Insgesamt wurden im Jahr 2023 Umsatzerlöse von TEUR 74.288 erwirtschaftet, dies entspricht einem Zuwachs von TEUR 24.171 gegenüber dem Vorjahr. Im Wesentlichen resultiert dieser Zuwachs aus der Erhöhung der Fahrgeldeinnahmen um TEUR 10.082 sowie verbesserte Erträge aus Weiterberechnung von Investitionen um TEUR 14.328.

Die sonstigen betrieblichen Erträge erhöhen sich um TEUR 9.829 gegenüber dem Jahr 2022. Hauptursache für die Steigerung gegenüber dem Vorjahr sind die Erträge aus nichtaktivierungsfähigen Folgekosten in Höhe von TEUR 4.848. Eine weitere ertragssteigernde Position, im Vergleich zum Vorjahr, sind die sonstigen Erträge in Höhe von TEUR 4.495. Positiv wirken in dieser Position maßgeblich die Entlastungsbeträge nach Strompreisbremsegesetz sowie die Erträge im Zusammenhang mit dem Modellprojekt STADTLand+.

Für den Materialaufwand von TEUR 44.707 ist ein Aufwuchs von TEUR 18.232 gegenüber dem Jahr 2022 ausgewiesen. Die wesentlichste Abweichung in dieser Position stellen die Aufwendungen aus der Weiterberechnung von Investitionen für Verkehrsbaumaßnahmen mit TEUR 14.328 sowie die Antriebsenergie mit TEUR 3.453 dar. Bei den Weiterberechnungen von Investitionen ist der Bau der Elisabethbrücke maßgeblich. Bei der Antriebsenergie sind die gestiegenen Bezugspreise für den Fahrstrom als wesentliche Begründung zu nennen.

Auf Grundlage des geltenden Tarifvertrages ergibt sich für das abgeschlossene Jahr 2023 ein Personalaufwand von TEUR 43.606. Gegenüber dem Jahr 2022 wird somit ein Anstieg von TEUR 2.893 ausgewiesen. Ursächlich dafür ist im Wesentlichen der gem. Entgelttarifvertrag zum 1. April 2023 vereinbarte Anstieg in der Entgelttabelle, die neue Entgeltordnung sowie ein Aufwuchs an Mitarbeitern insbesondere beim Fahrpersonal und im Bereich Marketing/Vertrieb/Kundenservice.

Der wesentliche Anstieg der übrigen betrieblichen Aufwendungen um TEUR 5.536 ist maßgeblich durch den Aufwuchs der Aufwendungen für Folgekosten für Verkehrsbaumaßnahmen von TEUR 3.688 zu erklären. Des Weiteren sind gestiegene Kosten der Verwaltung zu verzeichnen.

Die Abschreibungen von TEUR 23.763 im Jahr 2023 weisen gegenüber dem Vorjahr einen Anstieg um TEUR 1.355 aus.

Das Zinsergebnis stellt sich gegenüber dem Jahr 2022 um TEUR 1.194 verschlechtert dar. Wesentlich hierfür sind die allgemeinen Zinssteigerungen und die hohe Cash Pool-Inanspruchnahme.

Die sonstigen Steuern liegen auf dem Niveau von 2022.

Die Ausgleichsleistung des abgelaufenen Geschäftsjahres beträgt TEUR 32.092 und ist im Vorjahresvergleich um TEUR 4.515 gesunken. Der Rückgang der benötigten öDA-Ausgleichsleistungen ist im Wesentlichen auf die gestiegenen Fahrgeldeinnahmen zurückzuführen, wobei die temporäre Einführung des 9-Euro-Tickets mindern auf die Fahrgeldeinnahmen im Jahr 2022 wirkte und somit im Vorjahr den Umfang der benötigten öDA-Ausgleichsleistungen erhöhte. Trotz der Einführung des preisverminderten Deutschlandtickets konnten die Fahrgeldeinnahmen gegenüber 2022 vor allem deshalb deutlich erhöht werden. Gegenläufig wirken Aufwandssteigerungen in den Bereichen Personalaufwand und Antriebsenergie, wobei die vereinnahmten Entlastungsbeträge gemäß Strompreisbremsegesetz die Aufwandssteigerungen um TEUR 3.031 dämpften. In den Ausgleichsleistungen sind für das Jahr 2023 TEUR 2.953 Billigkeitsleistungen für das Deutschlandticket enthalten (im Vorjahr Billigkeitsleistungen ÖPNV-Rettungsschirm 2022: TEUR 10.543). Der Ausgleichsbedarf des Stadtbahnprogramms betrug 2023 TEUR 2.563 und lag damit um TEUR 1.159 unter dem des Vorjahres.

Insgesamt kann die HAVAG ein ereignisreiches Jahr 2023 mit einem positiven Ergebnis vor Ergebnisabführungsvertrag abschließen.

4.2. Finanzlage

Ohne Berücksichtigung der Ausgleichsleistungen, der Ergebnisabführung sowie wesentlicher periodenfremder oder einmaliger Sondereffekte erreichte die Gesellschaft einen Kostendeckungsgrad von 74,1 % (Vorjahr: 74,9 %).

Im Geschäftsjahr 2023 hat die HAVAG Zugänge zum Anlagevermögen (investive Leistungen) in Höhe von TEUR 95.147 abgerechnet. Die Finanzierung erfolgte über Zuschüsse des Bundes und des Landes in Höhe von TEUR 62.434 zuzüglich neu aufgenommenen Kredite von TEUR 23.623 sowie über Eigenmittel.

Zur unterjährigen Finanzierung des operativen Geschäftsverlaufes nutzt die HAVAG ihren Cash Pool-Rahmen.

4.2.1. Kapitalstruktur

Nach Abrechnung aller tatsächlich realisierten Investitionen erfolgt die endgültige Entscheidung ihrer Finanzierung über Eigen- beziehungsweise Fremdmittel. Für das Geschäftsjahr 2022 ergab die endgültige Abrechnung einen Finanzierungsbedarf im Folgejahr 2023 in Höhe von TEUR 1.350. Im Geschäftsjahr 2023 wurde darüber hinaus ein Gesellschafterdarlehen für die Straßenbahnbeschaffung in Höhe von TEUR 22.273 aufgenommen. Die Finanzverbindlichkeiten lagen nach der Neuaufnahme in 2023 für den Finanzierungsbedarf aus 2022 und der Tilgung bestehender Verbindlichkeiten aus Vorjahren zum Bilanzstichtag bei TEUR 61.477 und erhöhten sich damit zum vorjährigen Bestand um TEUR 21.503.

Nettoschulden	2023	2022	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Finanzverbindlichkeiten	61.477	39.974	21.503	53,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	5.297	6.494	-1.197	-18,4
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	56.179	33.480	22.700	67,8
Liquide Mittel	-26.980	-17.305	-9.675	55,9
Kasse	571	6.435	-5.864	-91,1
Cash Pool	-27.551	-23.740	-3.811	-16,1
Nettoschulden	88.456	57.279	31.178	54,4
EBITDA	-5.250	-12.567	7.317	-58,2
Nettoschulden/EBITDA	-16,8	-4,6	-12,2	>100,0

Das Eigenkapital der HAVAG von TEUR 83.583 bleibt konstant und bildet somit eine Eigenkapitalquote von 19,8 %. Unter Einbeziehung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse ergibt sich ein wirtschaftliches Eigenkapital mit einer Quote von 72,6 %.

Aus der Entwicklung der Finanzierungsverbindlichkeiten von TEUR 39.974 auf TEUR 61.477 bei gleichzeitiger Verringerung der liquiden Mittel um TEUR 9.675 berechnet sich eine Nettoverschuldung von TEUR 88.456. Im Jahresverlauf stellt dies eine Erhöhung um TEUR 31.178 dar. Aufgrund des negativen EBITDA ergibt sich ein negativer dynamischer Verschuldungsgrad von 16,8 Jahren für das Jahr 2023.

4.2.2. Investitionen

Die HAVAG hatte für das Jahr 2023 Investitionen von TEUR 101.011 gemäß bestätigtem Wirtschaftsplan vorgesehen. Es wurden Investitionen in einem Gesamtvolumen von TEUR 95.213 realisiert. Einen maßgeblichen Anteil am Investitionsvolumen des Jahres 2023 hat die 2. Anzahlungsrechnung für die Ersatzbeschaffung von 56 Niederflur Gelenktriebwagen in Höhe von TEUR 50.400.

Auch im Jahr 2023 wurden die Bauaktivitäten im Rahmen des Stadtbahnprogramms fortgeführt. Die Baumaßnahmen Böllberger Weg Süd und Südstadtring sowie Merseburger Straße (Mitte) wurden in 2023 weitergeführt und werden voraussichtlich im Jahr 2024 abgeschlossen. Des Weiteren wurde die Baumaßnahme Mansfelder Straße sowie die Dessauer Straße in 2023 begonnen. Insgesamt belief sich das Investitionsvolumen für die Maßnahmen im Stadtbahnprogramm auf TEUR 37.558.

Im Rahmen der Realisierung des BMDV-Förderprogramms „Modellprojekte zur Stärkung des ÖPNV“ (STADTLand+) wurden Investitionen im Umfang von TEUR 2.543 getätigt.

Darüber hinaus wurde unter anderem in die Erneuerung/Nachrüstung von Bahnstromunterwerken, in Anlagen zur Weichensteuerung sowie in Router für Busse und Bahnen im Rahmen des Projekts Green City Plan investiert.

4.2.3. Liquidität

Die Liquidität der Gesellschaft wurde durch die stetige Bereitstellung der Ausgleichsleistungen öDA, die Ausgleichszahlungen für den Ausbildungsverkehr, die Erstattungsleistungen nach § 231 Sozialgesetzbuch IX, die Investitionszuschüsse, die Zahlungen im Rahmen der Billigkeitsleistungen im Zusammenhang mit dem Deutschlandticket sowie die Einbindung der HAVAG in den Cash Pool der SWH-Gruppe jederzeit gesichert. Der zusätzliche Finanzierungsbedarf des Geschäftsjahres ist über die zuvor beschriebenen Kredite abgebildet.

Liquiditätsentwicklung	2023	2022
	TEUR	TEUR
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	-30.390	-26.258
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-92.820	-95.486
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	113.535	118.404
Zahlungswirksame Veränderungen	-9.675	-3.340
Finanzmittelfonds zum 01.01. d.J.	-17.305	-13.965
Finanzmittelfonds zum 31.12. d.J.	-26.980	-17.305

Die Finanzierung der SWH-Gruppe erfolgt seit November 2017 grundsätzlich zentral über die SWH durch Ausreichung von Gesellschafterdarlehen an die Tochterunternehmen entsprechend der abgestimmten Finanzbedarfsplanung.

4.3. Vermögenslage

Zum 31. Dezember 2023 weist die HAVAG eine Bilanzsumme von TEUR 423.112 aus. Dieser Wert steigt gegenüber dem Vorjahr um TEUR 59.071 und wird wesentlich durch eine Erhöhung des Anlagevermögens und der Forderungen beeinflusst.

Anteil an	2023	2022	Veränderung
Bilanzsumme	%	%	%
Anlagevermögen	89,7	90,3	-0,7
Umlaufvermögen und Rechnungsabgrenzungsposten	10,3	9,7	6,2

Auf der Passivseite wird ein unverändertes Eigenkapital ausgewiesen. In dem Sonderposten für Investitionszuschüsse ist eine erhöhte Zuführung im Vergleich zum Verbrauch aufgezeigt, daraus resultiert die nachfolgend dargestellte Entwicklung des wirtschaftlichen Eigenkapitals.

Entwicklung	2023	2022	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Anlagendeckungsgrad				
Anlagevermögen	379.710	328.630	51.080	15,5
wirtschaftliches Eigenkapital	307.211	270.793	36.417	13,4
Deckungsgrad	80,9%	82,4%		-1,8

Eine Reduzierung der Rückstellungen auf TEUR 5.892 ist zum Bilanzstichtag zu verzeichnen. Für den Anstieg der Verbindlichkeiten sind insbesondere die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen ausschlaggebend.

4.4. Gesamtaussage

Mit einer Gewinnabführung in Höhe von TEUR 564 und damit TEUR 277 über Plan schließt die HAVAG ein erfolgreiches Jahr 2023 ab.

Insbesondere die Einführung des Deutschlandtickets gab dem ÖPNV einen Aufschwung. Aufgrund der Zahlungen der Billigkeitsleistungen vom Land konnten die negativen finanziellen Auswirkungen kompensiert werden. Die Kostensteigerungen in der Antriebsenergie konnten im Wesentlichen durch die Strompreisbremse aufgefangen werden. Des Weiteren wurden erhöhte Schadensersatzleistungen im Jahr 2023 verbucht. Diese Einmaleffekte wirkten sich positiv auf den geplanten Ausgleichsbedarf aus. Diese zuletzt genannten Einmaleffekte wirkten sich positiv auf den geplanten Ausgleichsbedarf aus.

Neben der wirtschaftlichen Beurteilung ist für die HAVAG die Entwicklung der Zahl der Fahrgäste von Bedeutung. Die im Jahr 2014 zu konstatierende positive Wende der zuvor stets rückläufigen Entwicklung der Beförderungsfälle konnte in den Jahren 2020 und 2021 pandemiebedingt nicht fortgesetzt werden. Im Jahr 2022 konnte allerdings ein positiver Trend mit einem deutlichen Fahrgastwachstum gegenüber dem Vorjahr verzeichnet werden, welcher sich im Jahr 2023 erfolgreich fortsetzte. Die HAVAG ist bestrebt, an das Fahrgastaufkommen des Jahres 2019 sukzessive wieder anzuknüpfen.

Im Rahmen der im öDA geforderten Trennungsrechnung auf Basis der tatsächlichen Aufwendungen und Erträge wird die Beurteilung der Erfüllung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung des Geschäftsjahres bestätigt.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

In der Stadtwerke Halle - Gruppe findet ein konzernweit einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Dieses gruppenweite, bereichsübergreifende System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

5.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31. Dezember 2023 wurden für das Jahr 2024 bei der HAVAG insgesamt 12 Risiken ermittelt (Vorjahr 16). Unter diesen Risiken lässt sich kein Einzelrisiko der Gruppen 1 und 2 zuordnen, welche sich wie folgt auf die nachfolgend dargestellten Risikokategorien und Risikogruppen unterteilen:

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Allgemeine Geschäftsrisiken	0	0	0
Finanzrisiken	1	0	0
Führung/Organisation	1	0	0
Marktrisiken	4	0	0
Rechtliche Risiken	5	0	0
Technische Risiken	1	0	0
Gesamt	12	0	0

Insbesondere die Entwicklung der Investitionskosten des Stadtbahnprogramms und der damit einhergehenden teilweisen Finanzierung über die öDA-Ausgleichsleistung der Stadt stellt ein Risiko dar. Darüber hinaus erfordert auch die Abkündigung von einzelnen Bauteilen im Straßenbahn- und Busbereich ein ständiges Monitoring und wird im Risikomanagementsystem der HAVAG gepflegt. Des Weiteren werden Compliance- sowie Datenschutzthemen als Risiken geführt.

Ein weiteres Risiko liegt in der abgeschlossenen Tarifverhandlung des Kommunalen Arbeitgeberverband Sachsen-Anhalt (KAV) mit der Gewerkschaft ver.di. Im Wirtschaftsplan unserer Gesellschaft für das Jahr 2024 wurde eine gegenüber den Steigerungsraten der Vorjahre überdurchschnittliche Tarifierhöhung berücksichtigt. Jedoch ist mit Abschluss der Tarifverhandlung ersichtlich, dass die vorsorglich berücksichtigte Steigerung den Tarifabschluss nicht vollumfänglich abfangen kann. Dies führt zu einer zusätzlichen Belastung und zu einer Erhöhung des Ausgleichsbedarfs. Dementgegen stehen die positiven Entwicklungen der Fahrgeldeinnahmen gegenüber der Planung, welche zu einer Reduzierung des Ausgleichsbedarfs führen. Zusammenfassend schätzt die Gesellschaft gemäß aktuellen Erkenntnissen ein, dass die geplante öDA-Ausgleichsleistung für das Jahr 2024 ausreichend ist.

Das Investitionsprogramm der HAVAG (insbesondere Stadtbahnprogramm, Straßenbahnen) erfordert zur Finanzierung die eingeplanten Fördermittel. Kürzungen oder Rückzahlungen von Fördermitteln würden zu risikobehafteten Auswirkungen auf die Finanzlage der Gesellschaft führen. Als wesentliche Chance ist die politisch forcierte Mobilitätswende zu sehen.

5.3. Gesamtbild

Die Herausforderung, sich in einem ständig wechselnden Umfeld und an immer neue Rahmenbedingungen anzupassen, nimmt die HAVAG an. Nur durch eine intensive und detaillierte Betrachtung der örtlichen Marktentwicklungen und der politischen Rahmenbedingungen kann eine rechtzeitige Reaktion hergeleitet werden, um gleichfalls die Risiken für das Unternehmen zu minimieren und Wachstumspotenziale zu begreifen. Dabei ist die Gesellschaft stets auf der Suche nach Chancen, um sich für einen erfolgreichen Fortbestand weiterzuentwickeln und um die Wachstumsmöglichkeiten auszuschöpfen.

6. Prognosebericht

6.1. Umsatz- und Ergebnisentwicklung

Die Zielstellung der HAVAG für die nächsten Jahre besteht darin, die Qualität und Wirtschaftlichkeit des Angebotes für den öffentlichen Personennahverkehr in der Stadt Halle (Saale) durch eine weiterführende und konsequente Umsetzung der Ergebnisse des Strategieentwicklungsprozesses zu sichern und auszubauen. Diese Projekte beinhalten unter anderem die Ausrichtung und Erweiterung des Verkehrsangebotes an die Marktbedürfnisse bei gleichzeitiger Ertragssteigerung, die Erarbeitung von Rationalisierungspotenzialen zur Aufwandsreduzierung und einem effektiven Ressourceneinsatz.

Oberstes Ziel der HAVAG ist es, an den Erfolgen der Fahrgastgewinnung bis 2019 anzuknüpfen, um nach dem coronabedingten Fahrgastverlust ein erneutes Wachstumspotenzial anzustreben. Das bereits in 2022 und 2023 angestiegene Fahrgastaufkommen soll in 2024 auf ein erneut wachsendes Fahrgastniveau in Höhe von ca. 60,9 Mio. Beförderungsfällen gesteigert werden. Dieses Ziel versucht die HAVAG zu erreichen. In den Monaten Januar bis März 2024 konnte die geplante Zielstellung noch nicht erreicht werden.

Mit der Einführung des Semester-Deutschlandtickets ab dem Sommersemester 2024 wird sich der positive Trend in der Nutzung des Deutschlandtickets fortsetzen. Die mit dem Deutschlandticket einhergehenden Fahrgeldeinnahmenverluste werden auch in 2024 durch eine Billigkeitsrichtlinie des Landes im Rahmen des öffentlichen Dienstleistungsauftrages ausgeglichen. Diese Billigkeitsleistungen werden gesetzlich geregelt vom Bund und Land bereitgestellt.

Die Umsatz- und Leistungsziele, denen ein stabiles Grundverkehrsangebot in Verbindung mit einem abgestimmten Schienenersatz- und Umleitungsverkehrskonzept im Zuge der Baumaßnahmen im Stadtbahnprogramm zugrunde liegt, sollen mit einer gezielten Preis-/Produkt-/Vertriebs- und Kommunikationsstrategie erreicht werden. Grundsätzlich geht die HAVAG in der Wirtschaftsplanung von steigenden Beförderungsfällen und im Rahmen des verbliebenen Gestaltungsspielraums bei den MDV-Tarifprodukten von einer Optimierung der Fahrgeldeinnahmen aus. Dies hängt aber maßgeblich von der inhaltlichen und preislichen Weiterentwicklung des Deutschlandtickets ab, welches kein MDV-Ticket sondern ein Bundesticket darstellt. Zum 1. August 2024 erfahren die Tickets des MDV eine Tarifierhöhung von 5 % bis 8 %.

Insgesamt beruhen die geplanten Fahrgeldeinnahmen und Beförderungsfälle auf der Umsetzung der Vertriebs- und Marketingstrategie der HAVAG mit Hilfe der geplanten Umsetzung der eTicket-Ziele, der Weiterentwicklung der MDV-Tarifprodukte, einem verbesserten Online-Ticket, dem Ausbau der Mobilitäts-App ‚FAIRTIQ‘ sowie der zunehmenden Digitalisierung von Kundenbetreuungsprozessen. Zudem ist geplant, dass durch die Realisierung verschiedenster Maßnahmen aus dem Modellprojekt STADTLand+ (z.B. Multimodalität, OnDemand), das Kundenverhalten durch die neuen alternativen Verkehrsangebote ein weiteres Wachstumspotenzial bieten wird.

Die weitere Entwicklung am Markt mit Auswirkungen auf die Energiepreise sowie auf die Beschaffungspreise für Material und Leistungen stellt die HAVAG vor große Herausforderungen, insbesondere um den Ausgleichsfinanzierungsbetrag auf ein Mindestmaß zu beschränken. Zum Zeitpunkt der Wirtschaftsplanung bekannte Entwicklungen wurden entsprechend in dieser berücksichtigt.

Insbesondere der oben genannte Tarifabschluss zum Mantel- und Entgelttarifvertrag TV-N hat maßgeblichen Einfluss auf den Personalaufwand der kommenden Jahre und war in dieser Größenordnung nicht in der Wirtschaftsplanung verankert. Ebenfalls werden sich die Arbeitsniederlegungen negativ auf die Ertrags- und Finanzlage (vor Ausgleichsleistungen) der Gesellschaft niederschlagen.

Der Vorstand geht davon aus, dass die Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit fähig ist. Es bestehen keine bestandsgefährdenden, berichtspflichtigen Risiken.

Die vom Aufsichtsrat am 29. September 2023 bestätigte Wirtschaftsplanung für das Jahr 2024 sieht eine Ausgleichsleistung im Rahmen des öffentlichen Dienstleistungsauftrages in Höhe von TEUR 46.635 vor. In dieser Ausgleichsleistung sind die Billigkeitsleistung für die Fahrgeldeinnahmenverluste im Zuge des Deutschlandtickets in Höhe von TEUR 10.286 enthalten. Die Planung unterstützt den hohen Qualitätsanspruch an den öffentlichen Personennahverkehr in der Stadt Halle (Saale), nach den im Nahverkehrsplan formulierten Rahmenbedingungen. Sie berücksichtigt die Wirtschaftlichkeit der Verkehrsleistung und entspricht den grundlegenden Anforderungen der EU-Verordnung (EG) Nr. 1370/2007. Derzeit geht die Gesellschaft davon aus, dass die in der Wirtschaftsplanung ermittelte öDA-Ausgleichsleistung für das Jahr 2024 ausreichend ist.

6.2. Investitionen

Die HAVAG hat für das Jahr 2024 Investitionen von TEUR 50.728 gemäß bestätigtem Wirtschaftsplan vorgesehen. Den Hauptanteil liegt in der Fortführung des Stadtbahnprogramms als Komplexmaßnahme der Stadt Halle (Saale) und der Unternehmen der SWH-Gruppe. Zudem wird das Investitionsgeschehen von der Einführung einer digitalen Informations- und Kommunikationsplattform für den Fahrdienst (so genannte Fahrttablets = CLARA) sowie die Umsetzung des letzten Projektjahres zum BMDV-Förderprogramm „Modellprojekt zur Stärkung des ÖPNV“ (STADTLand+) bestimmt.

6.3. Finanzierung

Das Stadtbahnprogramm nimmt in den nächsten Jahren weiterhin eine zentrale Position in den Investitionen ein. Diese Investitionen werden zu einem Großteil durch Fördermittel des Bundes und des Landes abgedeckt.

Des Weiteren stehen die Ersatzbeschaffung von 56 Straßenbahnfahrzeuge und deren finanzielle Auswirkungen im Mittelpunkt des Handelns für die folgenden Jahre. Diese Nachhaltigkeitsinvestition wird durch Fördermittel des Landes, der Stadt Halle (Saale) sowie über die Inanspruchnahme eines Gesellschafterdarlehens abgesichert.

Im Rahmen des „Modellprojekts zur Stärkung des ÖPNV (STADTLand+)“ setzt sich die Finanzierung der Einzelmaßnahmen aus einer Bundesförderung in Höhe von 80 %, einer anteiligen Landesfinanzierungsbeteiligung in Höhe von 10 % an ausgewählten Projektmodulen sowie einer städtischen Beteiligung zusammen. Neben den projektbegleitend geplanten Fahrgeldeinnahmen und Abschreibungen soll der dann verbleibende, geringe Eigenmittelanteil für Aufwendungen sowie Investitionen durch die HAVAG gedeckt werden. Da die HAVAG diese Modellprojektmaßnahmen für die Stadt Halle (Saale) erbracht hat, wird sich diese -gedeckt durch einen Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) vom September 2021 - auch nach Projektende (ab 2025) finanziell an den Nachhaltigkeitskosten der evaluierten und mit einem Nachhaltigkeitsnachweis versehenen Maßnahmen beteiligen.

Ein Ausgleich der Verluste im Zusammenhang mit der Anwendung des Deutschlandtickets erfolgt durch Billigkeitsleistungen von Bund und Land als öDA-Ausgleichsleistungen.

6.4. Ergebniserwartung

Die HAVAG als zentraler Dienstleister für den öffentlichen Personennahverkehr beabsichtigt, an der Stärkung des ÖPNV und einer permanenten Steigerung der Attraktivität des Verkehrsangebotes für die Einwohner/-innen und Gäste der Stadt Halle (Saale) weiterzuarbeiten. Eine qualitativ hochwertige innerstädtische Mobilität beziehungsweise die Sicherung der Aufgabe aus der Daseinsvorsorge soll mit einer stabilen Lage des Unternehmens einhergehen. Mit seinen prinzipiellen klima- und umweltpolitischen Vorteilen eines modernen Nahverkehrsunternehmens will die Gesellschaft zur Senkung der Emissions- und Immissionsbelastung in der Stadt beitragen.

Für die Erfüllung der Ergebniserwartung vor Ausgleichszahlungen ist es erforderlich, dass die Gesellschaft flexibel auf mögliche Veränderungen der wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen reagiert. Dazu sollen die initiierten Projekte und Maßnahmen beitragen sowie geeignete neue Möglichkeiten gesucht werden, um den Erfolg der HAVAG nachhaltig zu sichern. Die HAVAG strebt an, die geplante öDA-Ausgleichsleistung für das Jahr 2024 in Höhe von TEUR 46.635, trotz der schwierigen Rahmenbedingungen im Zusammenhang mit aktuellen Marktentwicklungen insbesondere im Personalbereich, einzuhalten. Der Ausgleich der Fahrgeldverluste aus der Einführung des Deutschlandtickets ist in den geplanten Ausgleichsleistungen enthalten. Darüber hinaus geht die Gesellschaft davon aus, aus dem Rand- und Nebengeschäft ein positives Ergebnis in Höhe von TEUR 271 zu erwirtschaften, welches über den Gewinnabführungsvertrag mit der SWH an den Gesellschafter abzuführen ist. Demzufolge ergibt sich für die HAVAG am Ende des Jahres 2024 ein ausgeglichenes Ergebnis nach Gewinnabführung/Verlustübernahme.

Trotz der anhaltenden wirtschaftlichen Folgen der seit dem 24. Februar 2022 eingesetzten Ukraine-Krise wird die HAVAG versuchen, die Versorgung mit Mobilitätsdienstleistungen in der Stadt Halle (Saale) qualitätsgerecht und zuverlässig sicherzustellen. Die HAVAG kann auf Basis der aktuellen Erkenntnisse und der Krisensituation nicht ausschließen, dass sich weitere bislang nicht geplante Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergeben. Die Auswirkungen des Deutschlandtickets auf den Ausgleichsfinanzierungsbetrag werden annahmegemäß durch Bund und Land gedeckt. Die HAVAG baut darauf, dass die SWH und die Stadt Halle (Saale) als Aufgabenträger Wege finden werden, um den in den letzten Jahren gestiegenen Ausgleichsfinanzierungsbedarf zur Sicherung des aktuellen Fahrplanangebotes für die jährlich ca. 54 Mio. Fahrgäste bereitstellen zu können.

Die HAVAG wird als Berater und Gestalter der Mobilitätswende in Halle (Saale) angefragt und arbeitet gemeinsam mit dem Aufgabenträger, der Kommunalpolitik, dem Gesellschafter, dem Verkehrsverbund, dem zuständigen Landesministerium und weiteren Anspruchsgruppen an der Steigerung der Attraktivität des ÖPNV in der Stadt Halle (Saale). Im Besonderen unterstützt die HAVAG die Stadt Halle (Saale) bei dem im Herbst 2020 begonnenen Entwicklungsprozess für ein „Ganzheitliches städtisches Mobilitätskonzept“, welches die Mobilitätsentwicklungsziele der Saalestadt bis in das Jahr 2040 hinein beschreiben wird. Dies mit der besonderen Motivation, die Rolle des ÖPNV in Halle (Saale) auszubauen und zu stärken sowie als Unterstützer zur Erreichung der Klimaneutralitätsziele der Stadt mitzuwirken.

Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH***

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Sitz der Gesellschaft: Freiimfelder Straße 74/75 06112 Halle (Saale)	Postanschrift: Prager Straße 8 04103 Leipzig
-------------------	--	--

Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	76

Gesellschafter:	T€	%
Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) Gesellschaft mit beschränkter Haftung Stadt Leipzig	12,90	16,96
Stadt Halle (Saale)	11,70	15,38
Hallesche Verkehrs-AG	9,15	12,03
DB Regio Aktiengesellschaft	8,05	10,59
Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH	4,95	6,51
Burgenlandkreis	3,50	4,60
Landkreis Leipzig	2,60	3,42
Landkreis Nordsachsen	2,60	3,42
Landkreis Saalekreis	2,60	3,42
Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL)	2,60	3,42
Personenverkehrsgesellschaft Burgenlandkreis mbH	2,20	2,89
Regionalbus Leipzig GmbH	2,20	2,89
Abellio Rail Mitteldeutschland GmbH	1,15	1,51
Gesellschaft bürgerlichen Rechts der Verkehrsunternehmen Nordsachsen Mobil GmbH und Döllnitzbahn GmbH	1,10	1,45
Nordsachsen Mobil GmbH	1,10	1,45
OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH	1,10	1,45
Personennahverkehrsgesellschaft Merseburg-Querfurt mbH	1,10	1,45
Freistaat Thüringen	0,75	0,99
Landkreis Altenburger Land	0,75	0,99
THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH	0,75	0,99
Erfurter Bahn GmbH	0,30	0,39
Transdev GmbH	0,30	0,39

***Die Feststellung des Jahresabschlusses 2023 durch die Gesellschafterversammlung erfolgte unter dem Vorbehalt der Zustimmung der zu beteiligenden kommunalen Gremien. Diese Zustimmung stand zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes noch aus.

Gegenstand des Unternehmens:

Die Gesellschaft hat im Mitteldeutschen Verkehrsverbundgebiet Aufgaben des öffentlichen Personennahverkehrs im Sinne der ÖPNV-Gesetze für den straßengebundenen Verkehr und den Schienenverkehr, insbesondere auf dem Gebiet der konzeptionellen Planung und der Koordinierung des betrieblichen Leistungsangebots, zu erfüllen und die tarifliche Integration dieses Verkehrs durch einen Gemeinschaftstarif herbeizuführen und künftig sicherzustellen sowie die im Rahmen des Verbundverkehrs von den Verbundunternehmen erzielten Einnahmen zu erfassen und aufzuteilen.

Die Gesellschaft handelt gegenüber den Gesellschaftern interessen- und wettbewerbsneutral.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die MDV GmbH koordiniert im Auftrag mehrerer Gebietskörperschaften und Verkehrsunternehmen das ÖPNV-Angebot in Mitteldeutschland. Diese dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich des öffentlichen Verkehrs dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:

Lehmann, Steffen

Aufsichtsrat:

Vorsitzender

Dienberg, Thomas

1. stellv. Vorsitzender

Schwarz, Vinzenz

2. stellv. Vorsitzender

Thieme, Ronny

Aldag, Wolfgang

Böhm, Thomas

Bonert, Tatjana

Brachmann, Sandy

Bretzger, Frank-Peter

Däumler, Lutz

Emanuel, Kai

Hellwig, Annett

Irrgang, Bernd

Juhrs, Ronald

Klemens, Holger

Kretzschmar, Enrico

Krimmling-Schoeffler, Anja

Kultscher, Andreas

Lüpfert, Ines

Middelberg, Ulf

Neubert, Ronald

Panitz, Peter

Rebenstorf, René

Riekewald, Franziska

Schafferath, Rolf

(seit 01.01.2023
bis 31.12.2023)

Seidel, Sigrun

Singer, Christine

(seit 28.04.2023)

Aufsichtsrat:

Völker, Andreas
beratendes Mitglied
Gerstenberg, Stephan
beratendes Mitglied
Stadler-Roes, Annett

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	4	4	4

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2023		2022		2021		Veränderungen 2023 zu 2022	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	1.063	32	980	34	1.120	41	83	8
Umlaufvermögen	2.247	67	1.880	65	1.563	58	367	20
Rechnungsabgrenzungsposten	48	1	21	1	20	1	27	129

Bilanzsumme	3.358	100	2.881	100	2.703	100	477	17
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	-----------

Treuhandvermögen	1.894		4.054		5.154		-2.160	-53
------------------	-------	--	-------	--	-------	--	--------	-----

	2023		2022		2021		Veränderungen 2023 zu 2022	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	477	14	477	17	477	18	0	0
Sonderposten für Investitionszulagen	849	25	714	25	812	30	135	19
Rückstellungen	169	5	145	5	167	6	24	17
Verbindlichkeiten	1.509	45	1.252	43	1.037	38	257	21
Rechnungsabgrenzungsposten	354	11	293	10	210	8	61	21

Bilanzsumme	3.358	100	2.881	100	2.703	100	477	17
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	-----------

Treuhandverbindlichkeiten	1.894		4.054		5.154		-2.160	-53
---------------------------	-------	--	-------	--	-------	--	--------	-----

bb) GuV

	2023	2022	2021
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.433	1.143	1.087
Zuschüsse Gesellschafter	3.403	3.351	3.046
sonstige betriebliche Erträge	1.403	1.087	861
Materialaufwand	2.080	1.818	1.654
Personalaufwand	3.292	2.895	2.478
Abschreibungen	288	295	320
sonstige betriebliche Aufwendungen	622	562	524
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	47	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4	11	18
Ergebnis nach Steuern	0	0	0
sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2023	2022	2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	288	295	320	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	120	116	119	T€
Personalaufwandsquote:	52,76	51,88	49,61	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	1,90	3,34	3,48	%
Eigenkapitalquote:	14,22	16,57	17,66	%
Fremdkapitalquote:	85,78	83,43	82,34	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Brutto-Fahrgeldeinnahmen	267.614	215.944	224.007	T€
erbrachte Fahrzeugkilometer	93.079	92.178	91.479	in 1000

f) Lagebericht

Organisationsstruktur

Der Mitteldeutsche Verkehrsverbund erstreckt sich über die drei Ländergrenzen von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen und umfasst ein Gebiet von fünf Landkreisen und zwei kreisfreien Städten. Außerdem gilt der MDV-Tarif auch für die Fahrgäste in allen S-Bahnen und Regionalzügen nach Dessau-Roßlau und in die Landkreise Wittenberg und Anhalt-Bitterfeld (MDV-Nord).

Mit einem Anteil von 51 % halten die zehn Aufgabenträger die Mehrheit der Gesellschafteranteile. Die verbleibenden 49 % werden von den im Verbundraum tätigen 13 Verkehrsunternehmen des straßen- und schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) bzw. deren Zusammenschlüssen gehalten.

Entwicklungen und Aufgabenschwerpunkte 2023

Die **Entwicklung der Verbundeinnahmen** war 2023 stark durch die Einführung des Deutschlandtickets zum 1.05.2023 geprägt. Gegenüber dem Vorjahr stiegen die Tarifeinnahmen um EUR 51,7 Mio. bzw. 24,0 % auf EUR 267,7 Mio. Allerdings ist die Vergleichbarkeit aufgrund der Sondersituation in 2022 wegen der zu Jahresbeginn noch spürbaren Wirkungen der Corona-Pandemie und des 9-Euro-Ticket im Zeitraum Juni bis August 2022 sowie der Einführung des Deutschlandtickets im Mai 2023 stark eingeschränkt. Gegenüber den auf Basis 2019 zzgl. Verbunderweiterung und Tarifanpassungen geplanten Einnahmen von EUR 284,9 Mio. ist eine Mindereinnahme von ca. EUR 17,2 Mio. bzw. 6,0 % zu verzeichnen. Diese ergibt sich als Saldo der positiven Entwicklung im Zeitraum Januar bis April 2023 mit EUR 1,8 Mio. über dem Planwert und der Wirkung aus dem Deutschlandticket ab Mai 2023 mit Mindereinnahmen gegenüber dem Planwert von ca. EUR 19,0 Mio. Hätte sich die positive Entwicklung zu Jahresbeginn ohne die Einführung des Deutschlandtickets fortgesetzt, wären hochgerechnet 2023 Tarifeinnahmen von EUR 290,3 Mio. erzielbar gewesen. Unter Berücksichtigung des Mindereinnahmeausgleichs von Bund und Ländern für das Deutschlandticket im Zeitraum Mai bis Dezember inkl. des pauschalen Zuschlags von 1,3 % wird eine Gesamteinnahme von EUR 287,4 Mio. abgeschätzt, die damit EUR 2,9 Mio. unter den möglichen Einnahmen liegt.

Durch das Deutschlandticket stiegen die Stückzahlen im Zeitkartenbereich (ohne Schüler und Studenten) bis zum Dezember gegenüber dem April 2023 um 28 %, wobei die MDV-Zeitkarten aufgrund der Wanderung in das neue Zeitkartenprodukt um 69 % sanken. Dieses Wachstum begründet sich wesentlich aus einer spürbaren Wanderung aus dem Bartarif in das Deutschlandticket, aber auch aus der Gewinnung neuer Fahrgäste.

Im Monat Dezember 2023 lag der Anteil der Deutschland-Einnahmen bereits bei 41 % der Gesamteinnahmen im Verbund.

Aufgrund der veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen war auch für das Jahr 2023 eine zusätzliche preisliche **Fortschreibung** des **Verbundtarifs** erforderlich (Preisstufe Leipzig 6 %, Preisstufe Halle 6 %, Preisstufen Region 7,19 %).

Darüber hinaus wurde im MDV-Tarif zum 10.12.2023 die Tarifzonenreform Burgenlandkreis umgesetzt, welche der Kreistag in Auftrag gegeben hatte. Mit der deutlichen Reduzierung und Vergrößerung der Tarifzonen im Burgenlandkreis wird die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel für den Fahrgast kostengünstiger und attraktiver.

Eine besondere tarifliche Situation ergab sich durch die von Bund und Ländern initiierte Einführung des bundesweit im Nahverkehr gültigen **Deutschlandtickets** zum 01.05.2023. Mit diesem zu einem Monatspreis von 49 EUR sehr günstigen ABO-Angebot soll die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel noch attraktiver werden.

Allerdings ergab sich aufgrund der bundesweiten Ticketgültigkeit gleichzeitig die Notwendigkeit umfassender **Änderungen und Standardisierungen in den tariflichen, den vertrieblichen und den EAV-Regelungen**. So wurden die ABO Stammdatenverwaltungssysteme dafür ertüchtigt, dass Kunden die Deutschlandtickets beantragen können. Die Ausgabe der Tickets erfolgt sowohl über Apps als auch über die Chipkarten im MDV, wofür die Ausgabesysteme angepasst werden mussten. Darüber hinaus wurden alle Kontrollgeräte mit neuer Software versehen, so dass sie die Deutschlandtickets auf Chipkarte aus allen Regionen Deutschlands sowie auf Handy mit verschiedenen Barcodes prüfen können. Der letzte Arbeitsschritt zum Kontrollstandard umfasst die Anbindung des MDV-Berechtigungssystems BerSy an den deutschlandweiten Sperrservice KOSE. Im Jahr 2023 wurde der Auftrag erteilt, die Umsetzung erfolgt im Jahr 2024.

Die Finanzierung der durch das Deutschlandticket entstehenden Mindereinnahmen soll hälftig durch Bund und Länder finanziert werden. Mit der **9. Änderung des Regionalisierungsgesetzes** wurde dafür die finanzielle Grundlage geschaffen. Inwieweit die dort vorgesehenen Finanzmittel perspektivisch auskömmlich sind, wird Gegenstand weiterer Betrachtungen sein.

Bereits im 2. Halbjahr 2022 hat die MDV-Geschäftsstelle gemeinsam mit seinen Gesellschaftern die **unerwartet hohe Kostendynamisierung** im Nahverkehr analysiert, deren Auswirkung für den MDV-Raum bewertet sowie notwendige Handlungsschritte aufgezeigt. Demnach beträgt die zusätzliche Belastung MDV-weit ca. EUR 100 Mio. p. a. Das damit verbundene Risiko einer anteiligen Reduzierung von Verkehrsleistungen bei einem Teil der Verkehrsunternehmen bestand auch weiterhin im Jahr 2023, trotz erster zusätzlicher Bundesmittel für die Finanzierung des Bestandsangebots. Der MDV setzte sich dafür ein, dass Bund und Länder einen erheblich größeren Anteil an der Finanzierung des Verkehrsangebots übernehmen müssen, da aktuelle und künftig absehbare Kostensteigerungen durch Effizienz und Tarifierungsanpassungen allein nicht mehr finanziert werden können.

Im Rahmen der Umsetzung der **Strategie „Die Zukunft der Mobilität in Mitteldeutschland 2025“** wurde weiter an den 38 Arbeitspaketen mit den folgenden Schwerpunkten gearbeitet:

Seit der Einführung im Juli 2020 hat sich die **MDV-App MOOVME** weiterhin gut am Markt etabliert. Durch den Beitritt des Verkehrsverbundes Mittelsachsen (VMS) als neuer Kundenvertragspartner, konnte ein neuer starker MOOVME-Partner hinzugewonnen werden. So konnten die Downloadziele auch in 2023 übertroffen werden. Durch die Einführung des Deutschlandtickets, das insgesamt zu Minderungen der Bartarifeinnahmen führte, konnte die starke Umsatzentwicklung von Januar bis März 2023 jedoch nicht beibehalten werden, so dass der monatliche Umsatz in MOOVME ab April 2023 rückläufig war. Der angestrebte Gesamtumsatz für das Jahr 2023 konnte somit nicht erreicht werden. Viele Nutzer*innen von Wochen- und Monatskarten sind in das Deutschlandticket gewechselt, welches ebenfalls seit April 2023 in MOOVME ausgegeben werden kann. Hierdurch und durch eine zielgerichtete, kontinuierliche Vermarktung konnte auch in 2023 eine höhere Akzeptanz und Offenheit der Bevölkerung für digitale Zahlverfahren und ÖPNV-Apps im Verbundgebiet und darüber hinaus erreicht werden. Durch die Mehr-App-Strategie im MDV konnten im Jahr 2023 bereits 30 % der freien Ticketkäufe über die Apps umgesetzt werden. Durch die Abbildung des Deutschlandtickets in den einzelnen Apps, haben sich verbundübergreifende Beauskunftungen weiter etabliert. Die Umsatzzahlen stiegen bis zur Einführung des Deutschlandtickets auch in diesem Segment der verbundübergreifenden Verkäufe stetig an. Bewährt hat sich für **MitteldeutschlandMobil** auch die gemeinsame Personalstelle der Verbünde, die beim MDV platziert ist. Diese Personalstelle bringt die Vertriebsverantwortlichen der sächsischen Verbünde und der DB Regio sowie zunehmend weitere Eisenbahnverkehrsunternehmen zusammen, um die Prozesse im App-Vertrieb in Sachsen und Mitteldeutschland zu vereinheitlichen.

Des Weiteren unterstützte die Verbundgesellschaft die **THÜSAC** und die **PVG Burgenlandkreis** bei der Einführung der neuen **Bordrechner**. Die Bordrechner der THÜSAC wurden 2023 in Betrieb genommen und sukzessive um neue Funktionen erweitert. Die Inbetriebnahme des **eTicketing** und die Einführung des ReTSy bei der **PVG Burgenlandkreis** wurden 2023 weitestgehend abgeschlossen.

Im Rahmen der **Kooperationsvereinbarung Verkehrsmanagement (KOV-VM)** organisiert die Verbundgesellschaft den fachlichen Austausch der Partner und Stakeholder in den Bereichen automatisiertes Fahren, umweltsensitive Verkehrssteuerung, kommunales Verkehrsmanagement und Datenaustausch. Intensiviert wurde insbesondere das Thema "künstliche Intelligenz". Durch die Einbindung der regionalen Wissenschaft konnten in verschiedenen Veranstaltungen konkrete KI-Themen bei den Kooperationspartnern initiiert werden. Diese reichen von intelligenter Anschlussicherung bis hin zur Prognose des gesamten Verkehrssystems. Das Projekt "ABSOLUT" wurde erfolgreich abgeschlossen. Neue Beziehungen wurden unter anderem zum Fraunhofer ENAS und den Straßenverkehrsämtern der Städte Chemnitz, Potsdam und Erfurt aufgebaut. Weitere interdisziplinäre Themen fanden Einzug in die Arbeit der Kooperation. So stand die strategische Auseinandersetzung mit Themen rund um NIS2, ÖPNV-Bevorrechtigung und dynamischer virtueller Kopie eines physischen Assets auf der Agenda. Etablierte Themeninhalte rund um autonomes Fahren, Kritische Infrastrukturen (KRITIS) und der Flächengerechtigkeit in urbanen Räumen wurden fortgeführt.

Im Januar 2022 startete das im Rahmen des Bundesprogramms „Modellprojekte zur Stärkung des ÖPNV“ sowie des ZVNL und der NASA GmbH geförderte Projekt **„STADTLand+ Mitteldeutschland vernetzt“** unter der Konsortialführung der HAVAG mit einem Gesamtvolumen von EUR 25 Mio. für den Zeitraum 2022 bis 2024. Der MDV ist an zwei der fünf Teilprojekte mit einem Volumen von EUR 2,7 Mio. beteiligt. Die Verbundgesellschaft ist federführend als Projektleiter für die Teilprojekte 2 und 4 zuständig. Im Teilprojekt 2 konnten in 2023 zwei der vier baulichen Maßnahmen zum Ausbau der Verknüpfungsstellen (Halle-Trotha und Halle-Büschdorf) abgeschlossen werden, die Maßnahmen in Halle-Neustadt und Merseburg Zentrum folgen leicht verzögert im 1. Quartal 2024. Das Betriebliche Mobilitätsmanagement (BMM) konnte im Saalekreis zeitgleich mit den in 2022 umgesetzten Angebotsmaßnahmen insbesondere im Stadt-Umland-Verkehr etabliert werden. Bereits 2022 konnte u. a. für das Industriegebiet Star Park Halle und in 2023 für das Gewerbegebiet Merseburg-Süd erfolgreich ein neues Verkehrsangebot etabliert und die Nutzung der Öffentlichen Verkehrsmittel von und zu den Gewerbebeständen erhöht werden. Die Maßnahmen im Bereich Vernetzung von Auskunft- und Vertriebssystemen im **Teilprojekt 4** haben eine hohe Themenkomplexität mit unterschiedlichen Herstellern/Dienstleistern von Vertriebssystemen der betreffenden 10 Projektpartner. Die Arbeiten zur Umsetzung aller Teilmaßnahmen erfolgen in enger Abstimmung mit den beteiligten Verkehrsunternehmen. In 2023 wurden die KA-Bezahlverfahren bei LVB und HAVAG inklusive der notwendigen Zentralsysteme technisch umgesetzt, die Tests und die Inbetriebnahme werden 2024 erfolgen. Im Bereich CheckIn-CheckOut-Apps wurden 2023 Abstimmungen zu den Prozessen und Spielregeln geführt. Der Tarifserver wurde um die notwendigen Funktionen erweitert. Schließlich konnte im Dezember 2023 die App FAIRTIQ verbundweit eingeführt werden. Im Jahr 2024 folgen die CICO-Funktionen in MOOVME und LeipzigMOVE. Das Onlineportal für die Stammkundenverwaltung bei den Regionalbusunternehmen wurde im Jahr 2023 beauftragt und soll im Jahr 2024

abgeschlossen zur Verfügung gestellt werden. Die Kontrollgeräte im MDV werden um zusätzliche Barcodetypen erweitert. Die Umsetzung hierfür erfolgt anteilig in den Jahren 2023 und 2024. Die Realisierung der Ausgabe dieser neuen Typen in den Apps wird 2024 erfolgen. Neu aufgenommen wurde in STADTLand+ das Projekt „Konsolidierung im Vertrieb“. Hierbei ging es darum, geeignete Maßnahmen zwischen allen Verkehrsunternehmen zu erarbeiten, die es unter den aktuellen und künftigen Rahmenbedingungen erlauben, den Vertrieb gemeinsam, zukunftssicher und digital abzusichern. Das Projekt wurde Ende 2023 weitestgehend fachlich abgeschlossen, die Beschlussfassung soll in 2024 erfolgen.

Im Januar 2023 startete im MDV-Raum das 2. Projekt im Rahmen des Bundesprogramms „Modellprojekte zur Stärkung des ÖPNV“ mit dem **Thema Stärkung der Pendlermobilität in Leipzig + Umland (PUMa)**. Unter dem Lead der LVB GmbH wird die Verbundgesellschaft mit den Partnern Regionalbus Leipzig GmbH, Nordsachsen Mobil GmbH und dem ZVNL bis 2025 das Thema Pendlermobilität sowohl in der Stadt Leipzig als auch im vernetzten Umland bearbeiten. Dazu sollen in 4 Teilprojekten u. a. die Anbindung der Gewerbestandorte insbesondere zu den Schichtzeiten verbessert und Angebote für die sogenannte letzte Meile geschaffen werden. Gepaart mit verschiedenen Marketingaspekten und dem Betrieblichen Mobilitätsmanagement sollen damit noch mehr Pendler für den ÖPNV gewonnen werden. Der Gesamtaufwand des MDV liegt bei EUR 0,61 Mio. bei einer Fördersumme von EUR 0,49 Mio. In 2023 konnten u. a. zwei Expressbuslinien zu den Schichtwechselzeiten am Gewerbehotsport Schkeuditz/Flughafen Leipzig eingerichtet werden. In Wurzen und Colditz wurden wichtige Gewerbestandorte besser an den ÖPNV angeschlossen und mit Maßnahmen des Betrieblichen Mobilitätsmanagements intensiv für Mitarbeiter und Kunden beworben. In Leipzig konnten in 2023 wichtige Bus- und Straßenbahnlinien morgens und abends häufiger bedient werden, so dass dadurch die Nutzung des ÖPNV auf dem Weg von und zur Arbeit deutlich verbessert wurde.

Seit 2022 wurde das **Betriebliche Mobilitätsmanagement (BMM)** auf den gesamten MDV-Raum ausgeweitet. Auf Basis von Potenzialstudien und Vorschlägen der Gesellschafter wurden konkrete Standorte benannt, die durch die MDV-Geschäftsstelle in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Verbundpartnern betreut werden. Ziel ist dabei, über das ÖPNV-Angebot vor Ort zu informieren, Schwachstellen im Angebot aufzudecken, zu beheben und zum Abschluss von Ticketverträgen zu animieren. Prinzipiell ist der Modal Split Anteil der ÖPNV Nutzer insbesondere bei Pendlern eher gering, sodass hier noch Potenziale und teils noch freie Kapazitäten in den Fahrzeugen je nach Linie vorhanden sind, die durch die Arbeit des BMM-Teams gehoben werden sollen. Katalysator waren in beiden Jahren sowohl das 9-Euro-Ticket als auch das Deutschlandticket, das eine günstige und einfache Nutzung des ÖPNV ermöglicht. Die Diskussion über die dauerhafte Finanzierung und die Fortführung erschwerten aber auch die Bewerbung des Deutschlandtickets im Rahmen von BMM.

Seit 2015 erarbeiten die MDV-Geschäftsstelle und die MDV-Landkreise die **Nahverkehrspläne** im Rahmen einer gemeinsamen Kooperation. In 2023 wurde mit der Bearbeitung des Nahverkehrsplans für den Landkreis Nordsachsen gestartet. Eine Beschlussfassung ist für 2024 vorgesehen.

Das mit dem Deutschen Verkehrswendepreis ausgezeichnete Produkt **PlusBus** feierte im Dezember 2023 zeitgleich mit der S-Bahn Mitteldeutschland sein 10-jähriges Jubiläum. Aus den anfangs 26 Linien im MDV-Raum sind inzwischen 46 geworden. Deutschlandweit sind es Ende 2023 bereits fast 160 Linien. Die Fahrgastzahlen entwickeln sich weiterhin positiv. Bei den verschiedenen Konzeptionen für landesbedeutsame Linien gehört der PlusBus zu einer der am weitesten verbreiteten Marke. In 2024 findet ein großes PlusBus-Event in Zusammenarbeit mit DB Regio, NASA und VBB statt. Seit 2023 werden mit Gesellschaftern und Lizenznehmern weitere Überlegungen zu den Angebotsmerkmalen der PlusBus-Marke vor dem Hintergrund der angestrebten Verkehrswende besprochen. Die Abstimmungen dazu werden in 2024 weitergeführt.

Ebenso konnte die Aktualisierung der **Leitlinie zu den flexiblen Bedienformen bzw. On-Demand-Verkehren** in 2023 noch nicht abgeschlossen werden. Zwar wurde zwischen den Gesellschaftern des MDV prinzipielle Einigung zu einer Neufassung und zu den grundlegenden Merkmalen von vorab zu bestellenden Verkehren erzielt, die Namensgebung für das bisherige RufBus-Angebot ist dagegen noch offen und soll in 2024 weiter diskutiert werden.

Schwerpunkte der Arbeiten im Rahmen der **Kooperationsvereinbarung mit dem Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL)** waren in 2023 u. a. die folgenden Themenstellungen:

- Durchführung von Fahrplankonferenzen zur frühzeitigen Information und Abstimmung der veränderten Fahrplanlagen im SPNV und auch im straßengebundenen ÖPNV
- Unterstützung der regionalen Aufgabenträger bei der Herausforderung der Netzanpassung, die sich durch veränderte Zeitlagen im SPNV ab Ende 2026 ergeben
- Qualitätskontrollen im laufenden SPNV wie auch im Schienenersatzverkehr (SEV).

Die aktuelle Kooperationsvereinbarung hat eine Laufzeit von drei Jahren und endet im Dezember 2025.

Schwerpunkte im **Bereich Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation** waren im Jahr 2023 über die bereits benannten Themen hinaus u. a. die Vermarktung neuer Angebote **in den Landkreisen**, zum Beispiel die Erweiterung der RufBus-Gebiete im Landkreis Nordsachsen. Im Landkreis Saalekreis wurde im Rahmen des Projekts STADTLand+ der Stadtverkehr in Merseburg mittels Vermarktungskampagne weiter beworben. Im Burgenlandkreis wurde die **Tarifzonenreform** im Dezember mittels einer Vermarktungs- und Informationskampagne an die Zielgruppen breite Öffentlichkeit und Stammkund*innen kommuniziert.

Das Projekt „**Digitale Karte/interaktiver Liniennetzplan**“ wurde fertiggestellt und im zweiten Halbjahr 2023 aufgeschaltet. Der Onlinegang der digitalen Karte wird nach einer Anlaufphase in 2024 durch ausgesuchte Maßnahmen kommunikativ begleitet.

Gänzlich neu entwickelt wurde das **Gestaltungsbild** für MDV-Kampagnen, das im Rahmen der Kampagne zur Tarifzonenreform im Burgenlandkreis erstmals zur Anwendung kam.

Ende 2023 wurde das **MDV-Infotelefon** neu ausgeschrieben. Der Zuschlag ging Anfang 2024 an das Dienstleistungsunternehmen o.phon, welches das MDV-Infotelefon zunächst für die begrenzte Laufzeit von einem Jahr betreut. Für 2024 wird angestrebt mit weiteren Verbundpartnern, die ebenfalls ihre Kundentelefone vom Dienstleistungsunternehmen betreuen lassen, im Sinne der Effizienzsteigerung und Kostensenkung, Synergien gemeinsam auszuschreiben. Gespräche hierzu sind in der ersten Jahreshälfte 2024 geplant.

Um dem erhöhten Anrufaufkommen am MDV-Infotelefon und den E-Mails am MOOVME-Kundensupport effizient gerecht zu werden, soll zudem auf der MDV- und MOOVME-Website sowie ggf. in der App MOOVME ein **Chatbot (KIM)** integriert werden. Der Onlinegang auf der MDV-Website erfolgte im ersten Quartal 2024.

Um den Bedürfnissen der Verbundpartner entgegenzukommen, die Produktion von gedruckten Publikationen bedarfsgerechter auszurichten, über Schulungsangebote und Verbundmaterialien zu informieren sowie (teilweise neue) Ansprechpersonen kennenzulernen, wurden in 2023 die entsprechenden Marketingkolleg*innen der Verbundpartner in **Vor-Ort-Terminen** besucht. Die Ergebnisse aus diesen Terminen werden in die Erstellung von Publikationen für die Zielgruppen Verbundpartner und Fahrgast maßgeblich in 2024 einfließen und so zur Kostensenkung und verbesserten, zielgerichteten Kommunikation beitragen.

Alle Schwerpunktthemen in der MDV-Geschäftsstelle wurden mit **Pressearbeit und Medienterminen, einige gemeinsam mit den Gesellschaftern**, begleitet.

Realisierung des Wirtschaftsplans 2023

Der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2023 wurde auf der Gesellschafterversammlung am 08.12.2022 beschlossen. Entsprechend dem Wirtschaftsplan schließt der MDV das Geschäftsjahr 2023 mit einem ausgeglichenen Ergebnis ab. Der durch die Gesellschafter entsprechend § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrags in 2023 zu zahlende Zuschuss von TEUR 3.461 entsprach der mittelfristigen Planung des Vorjahres. Mit dem Wirtschaftsplan 2023 und dem Beschluss zum Jahresabschluss 2022 wurden zusätzlich nicht verbrauchte Zuschüsse in Höhe von TEUR 631 auf Folgejahre zweckgebunden übertragen. Im Berichtsjahr wurden davon Zuschüsse von TEUR 3.403 in Anspruch genommen, da den Aufwendungen von TEUR 6.239 Erträge einschließlich ertragswirksam vereinnahmter Fördermittel von TEUR 2.836 gegenüberstanden. Der nicht verbrauchte Zuschussbetrag von TEUR 689 wurde passiviert. Mit dem Wirtschaftsplan 2024 wurde davon durch die Gesellschafter am 30.11.2023 bereits ein Übertrag von TEUR 595 auf die Jahre 2024 bis 2026 beschlossen. Über die Verwendung der zusätzlich nicht verbrauchten Betriebskostenzuschüsse von TEUR 94 werden die Gesellschafter entscheiden.

Neben den Betriebskostenzuschüssen der Gesellschafter erfolgte die Finanzierung des Betriebsaufwands der Gesellschaft durch Erträge aus dem projektbezogenen Erfolgsanteil der Verkehrsunternehmen sowie durch Zuwendungen des Bundes, des Zweckverbands für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL) und der Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH (NASA). Weitere Erträge wurden aus der Realisierung der Kooperationsvereinbarungen mit verschiedenen Verbundunternehmen und Verkehrsverbänden, dem ZVNL sowie zum Verkehrsmanagement, zur Bearbeitung von Nahverkehrsplänen sowie den ÖPNV-Konzepten entsprechend den mit den Verbundpartnern geschlossenen Verträgen erzielt. Hinzu kommen Erlöse aus Beteiligungen der jeweiligen Partner an verschiedenen Strategieprojekten.

Zum 31.12.2022 waren unverbrauchte Mittel von TEUR 400 des **projektbezogenen Erfolgsanteils** abgegrenzt. Zusätzlich wurden in 2023 Zahlungen von TEUR 512 von den Verkehrsunternehmen abgefordert. Damit standen für 2023 TEUR 912 zur Verfügung, von denen TEUR 467 ertragswirksam in Anspruch genommen und TEUR 49 in den Sonderposten für Investitionszuschüsse eingestellt wurden. Der Restbetrag von TEUR 396 wurde passiviert. TEUR 249 sind davon bereits im Wirtschaftsplan 2024 übertragen. Zusätzlich wurden Mittel in Höhe von TEUR 147 nicht in Anspruch genommen, die sich über mehrere geplante Maßnahmen verteilen und in den Folgejahren als Eigenmittel in Anspruch genommen werden sollen.

Die **Bilanzsumme** von TEUR 3.358 ist gegenüber dem Vorjahr (TEUR 2.881) um 17 % gestiegen. Dies begründet sich wesentlich aus einem Anstieg der Sonstigen Vermögensgegenstände (TEUR 424) aufgrund ausstehender Fördermittel in den beiden Bundesprojekten.

Auf der Passivseite erhöhte sich der Sonderposten aus Investitionszuschüssen um TEUR 135, da die anteilige Förderung der Anlagenzugänge (TEUR 324) die planmäßige Auflösung für das Geschäftsjahr 2023 in Höhe von TEUR 189 überstieg. Außerdem stiegen die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um TEUR 199 im Zusammenhang mit den Bundesförderprojekten und der externen Begleitung des Strategieprozesses.

Die Finanzierung der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2023 trotz der veränderten Kostensituation im ÖPNV gesichert, da die geplanten Betriebskostenzuschüsse der Gesellschafter vollständig gezahlt wurden.

Ausblick auf 2024 und 2025

Die in den Jahren 2013 und 2015 erarbeitete Strategie „MDV 2025“ sollte in 2019 fortgeschrieben werden, was jedoch aufgrund der besonderen Pandemie-Situation gestoppt wurde. Seit 2021 haben sich wesentliche Änderungen in den Rahmenbedingungen (Energiekrise, Fachkräftemangel, 9-Euro-Ticket, Deutschlandticket) ergeben, die eine Neuausrichtung der Strategie notwendig gemacht haben. Auf dieser Grundlage haben die Gesellschafter in 2023 die MDV-Geschäftsstelle mit der Fortschreibung der MDV-Strategie beauftragt. Dabei hat vor allem das Deutschlandticket eine besondere Beachtung, da es die ÖPNV-Welt grundlegend verändert und bislang bewährte Wege in Frage stellt.

Die Geschäftsleitung führt diesen Prozess zur **Erarbeitung der neuen Verbund-Strategie „MDV 2030“** mit externer Unterstützung der Firma HPP Strategie- und Marketingberatung GmbH durch. Neben dem MDV-Projektteam aus Führungskräften und Fachexperten ist ein Gesellschafter-Projektteam an der Erarbeitung beteiligt.

Seit Ende August 2023 wurden monatliche Workshops durchgeführt, deren Ergebnisse in zwei Bereichsleiter-Klausuren im Oktober 2023 und März 2024 diskutiert wurden. Im Nachgang wurden und werden die besprochenen Inhalte und Hinweise weiter vertieft.

Aufgrund der o. g. veränderten Rahmenbedingungen werden im Zuge der Strategieerarbeitung weitere kurzfristige Herausforderungen aufgezeigt.

Ziel ist es, die erarbeitete Verbund-Strategie in einer gemeinsamen Sitzung des Aufsichtsrats und der Gesellschafter im Juni 2024 vorzustellen, offene Fragen und Hinweise zu klären und zu einem gemeinsamen Stimmungsbild zu gelangen. Die Beschlussfassung zur Strategie „MDV 2030“ ist dann im August 2024 vorgesehen.

Im Rahmen der Strategie wird außerdem eine erste Maßnahmen-Roadmap für die Jahre 2024-2030 entlang der zwölf strategischen Handlungsfelder ausgearbeitet, die nach der Behandlung in Facharbeitsgruppen mit den Aufgabenträgern und Verkehrsunternehmen durch Einzelmaßnahmen untersetzt, priorisiert und dort, wo erforderlich, in den Gremien zur Beschlussfassung gebracht werden.

Neben den umfangreichen Linienaufgaben der Verbundarbeit werden bis 2030 zunehmend Maßnahmen aus der Verbundstrategie die Schwerpunkte in der gemeinsamen Verbundarbeit bestimmen.

Seitens Bund und Ländern wird für das **Deutschlandticket** eine Weiterentwicklung angestrebt. Hierzu gehört die Umsetzung eines Deutschlandsemestertickets für Studierende ab dem Sommersemester 2024. Allerdings steht die Weiterentwicklung des D-Tickets immer unter der Prämisse, dass damit sämtliche Mindereinnahmen durch Bund und Länder ausgeglichen werden. Ob und zu welchem Preis eine generelle Weiterführung in 2024 ggf. realistisch ist, hängt im Wesentlichen von der Auskömmlichkeit der zur Verfügung stehenden Bundes- und Landesmittel sowie dem bundesweiten Einnahmenaufteilungsverfahren ab.

Für die Weiterentwicklung des MDV-Tarifs werden die Arbeiten zur „**Tarifstrategie 2027**“ fortgeführt. Im Fokus stehen dabei die Digitalisierung sowie die perspektivische Abschaffung von Tarifprodukten, die aufgrund des Deutschlandtickets obsolet geworden sind.

Im Jahr 2024 werden die technischen Umsetzungen innerhalb des **STADTLand+ Projekts** einschließlich der durch das Deutschlandticket zusätzlich notwendigen Anpassungen in allen Systemen abgeschlossen. Außerdem wird auch im Jahr 2024 die Bearbeitung bestehender und weiterer Arbeitspakete zu den Themenfeldern Tarif & Vertrieb, Multimodalität, Systemzugang/Benutzeroberfläche, Paradigmenwechsel in der Erschließung der Landkreise durch neue Busnetze und das verbundweite Marketing fortgeführt.

Eine wichtige Aufgabe der Verbundgesellschaft liegt in der Unterstützung der **MOOVME**-Partner zu Vornahme wichtiger Erweiterungen. So wird in 2024 die CICO-Funktion sowie neue Bezahlfverfahren ApplePay und GooglePay in die App integriert. Zusätzlich werden weitere Partner in die MOOVME-Kooperation aufgenommen.

Der Fokus der **Kooperation Intermodales Verkehrsmanagement** liegt im Jahr 2024 weiterhin auf der Stärkung des Austauschs insbesondere mit der Wissenschaft und den Verwaltungen zur Unterstützung hinsichtlich intelligenter Algorithmen, Verbesserung der Datenqualität und des autonomen Fahrens sowie die Erweiterung des Netzwerks um neue Partner. Weiterhin findet ein verstärktes Monitoring aktueller technischer Entwicklungen statt, sodass Trends schneller in die Kooperationsarbeit einfließen können. Außerdem sollen zunehmend Kooperationen antizipiert werden, um den Herausforderungen des Fachkräftemangels und den steigenden gesellschaftlichen und politischen Anforderungen an ÖPNV und MIV zu begegnen.

Schwerpunktaufgaben im Rahmen der **Kooperationsvereinbarung mit dem Zweckverband** sollen in 2024 neben Zuarbeiten zum ZVNL-Nahverkehrsplan auch Erhebungen zur Nutzung des SPNV im Rahmen der EURO 2024 sein. Daneben werden klassische Aufgaben wie die ZVNL-Fahrplankonferenz durch den MDV durchgeführt; der Baustellenkalender für die sächsischen MDV-Gesellschafter wird regelmäßig aufgestellt und verschickt. Stichpunktartige Qualitätskontrollen sowohl im laufenden SPNV-Angebot als auch beim Schienenersatzverkehr gehören auch 2024 und den Folgejahren zu den Aufgaben.

Die Arbeiten zu den zukünftigen Ausgestaltungsmerkmalen von **PlusBus** und die Diskussion zu den **On-Demand-Verkehren** werden 2024 fortgesetzt.

Im Jahr 2024 bilden die **Vermarktung** der App MOOVME (verbundweit sowie im VMS und in weiteren sächsischen Verbänden) und der Busmarken die Schwerpunkte. Darüber hinaus unterstützt der MDV die regionalen Verkehrsunternehmen bei der Vermarktung von Projekten in den Landkreisen. Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Kommunikation und Vermarktung von Fahrplan- und Vertriebsprodukten aus den Fördermittelprojekten STADTLand+ sowie Pendlermobilität in Leipzig und Umland stärken. Auch die MDV-Website soll in 2024 im Zuge der Chatbot-Integration und des interaktiven Liniennetzplans Schritt für Schritt (technisch und perspektivisch auch optisch) aktualisiert werden.

Der MDV verfügt über eine **mittelfristige Wirtschaftsplanung**, die zurzeit bis 2028 reicht. Der darin eingebundene Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2024 wurde von der Gesellschafterversammlung am 30.11.2023 beschlossen. Für das Wirtschaftsjahr 2024 wird wiederum ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet, da die geplanten Aufwendungen durch eigene Erträge und Betriebskostenzuschüsse der Gesellschafter gedeckt sind. Der Wirtschaftsplan 2024 sieht durch die Gesellschafter zu zahlende Zuschüsse von TEUR 3.676 vor. Zusätzlich beinhaltet die Planung einen Übertrag nicht verbrauchter Gesellschafterzuschüsse der Vorjahre von TEUR 595, wovon TEUR 303 auf das Jahr 2024 und TEUR 292 auf 2025 und 2026 entfallen. Die Finanzierung der Eigenmittel für die Modellprojekte STADTLand+ bis 2024 und Stärkung der Pendlermobilität in Leipzig und Umland bis 2025 ist vollständig aus dem projektbezogenen Erfolgsanteil der Verkehrsunternehmen geplant.

Auf Grundlage der mittelfristigen Finanzplanung geht die Geschäftsführung auch für die Folgejahre von einem ausgeglichenen Ergebnis aus. Die Fortführung der Gesellschaft ist daher nicht gefährdet.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Chancen der zukünftigen Entwicklung im Verbundgebiet sieht die Geschäftsführung in der im Sommer 2024 angestrebten Beschlussfassung der neuen Verbund-Strategie „MDV 2030“. Sie soll zum einen die inhaltliche Richtschnur für die Schwerpunkte der künftigen gemeinsamen Verbundarbeit mit allen Gesellschaftern schaffen. Zum anderen soll sie die Verbundakteure in die Lage versetzen, trotz der aktuell schwierigen Rahmenbedingungen wieder deutlich stärker im aktiven Handlungsmodus agieren zu können. Als größte Herausforderungen sieht die MDV-Geschäftsstelle die auskömmliche Finanzierung des ÖPNV und die Weiterentwicklung des Einnahmeaufteilungsverfahrens, vor allem unter dem Einfluss des Deutschlandtickets.

Das Unternehmen verfügt über ein Risikomanagementsystem. Das aktuell gültige Risikomanagementhandbuch datiert vom Januar 2015 in seiner überarbeiteten Fassung vom Juni 2023. Das darin enthaltene Risikoinventar definiert folgende Risikofelder:

- Rechtliche und politische Risiken durch Gebietsreformen und sonstige Veränderung von gesetzlichen Rahmenbedingungen
- Strategische Risiken in Bezug auf die Ausrichtung des MDV, seinem öffentlichen Image sowie dem Erreichen der Verbundziele, auch durch politisch initiierte Tarifprodukte
- Finanzielle und wirtschaftliche Risiken in Bezug auf die Einhaltung des Wirtschaftsplans und von Förder- und Zuwendungsbestimmungen
- Fachbereichsspezifische Risiken aufgrund von Störungen bei der Erfüllung von Kooperations- und Lieferverträgen oder im Rahmen der Einnahmeaufteilung sowie technische Risiken in Bezug auf die durch den MDV genutzten EDV-Systeme
- Organisatorische und personalwirtschaftliche Risiken.

Die Risiken der künftigen Entwicklung der Verbundgesellschaft werden durch die Geschäftsleitung insgesamt als gering eingestuft. Allerdings wird die Finanzierung wesentlich von der vollständigen und termingerechten Bereitstellung von beantragten Fördermitteln und der gemäß § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrags von den Gesellschaftern zu leistenden Abschlagszahlungen bestimmt.

Zusätzlich wird die Finanzierung durch den 2009 eingeführten und 2017 fortgeschriebenen flexiblen projektbezogenen Finanzierungsbaustein der Verkehrsunternehmen, der sich auf Grundlage der Tarifeinnahmeansprüche ermittelt, gesichert. Eine Evaluation dieser Herangehensweise fand im Jahr 2022 statt. Das aktuelle Verfahren wird zunächst befristet für die Jahre 2023 und 2024 fortgeführt.

Der Ersatz von ursprünglich mit Fördermitteln angeschafftem Anlagevermögen, für den über die laufenden Zuschüsse der Gesellschafter keine Mittel amortisiert werden, kann mittelfristig bis 2028 durch ausreichende Mittel der Kapitalrücklage finanziert werden.

Die Gesellschaft ist keinen wesentlichen Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungskursschwankungen in Bezug auf die verwendeten Finanzinstrumente (insbesondere Forderungen und Verbindlichkeiten) ausgesetzt.

Servicegesellschaft Saale mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Freiimfelder Straße 43 06112 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	50		
Gesellschafter:		T€	%
	Hallesche Verkehrs-AG	50	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Dienstleistungen in der Stadt Halle (Saale) und den umliegenden Landkreisen, insbesondere in den Bereichen

- Sicherheits- und Kontrolldienste, u.a. Fahrausweisprüfung
- Reinigung und Pflege von Fahrzeugen
- Reinigung und Pflege von Gebäuden, Glas und sonstigen baulichen Anlagen
- Landschaftsbau und Vegetationspflege
- Parkraumbewirtschaftung
- Vermietung von Beförderungsmitteln aller Art zu Freizeit- und Erholungszwecken außer PKW und Bussen

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Das Unternehmen erbringt u. a. im Auftrag der HAVAG die Fahrausweisprüfung sowie Sicherheits- und Reinigungsdienstleistungen.

Diese dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich des öffentlichen Verkehrs dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Milewski, Thomas

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2023		2022		2021		Veränderungen 2023 zu 2022	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	239	22	155	17	189	21	84	54
Umlaufvermögen	825	77	773	83	709	79	52	7
Rechnungsabgrenzungsposten	11	1	4	0	2	0	7	175

Bilanzsumme	1.075	100	932	100	900	100	143	15
--------------------	--------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------

	2023		2022		2021		Veränderungen 2023 zu 2022	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	303	28	283	30	248	28	20	7
Sonderposten aus Zuschüssen und Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	1	0	2	0	5	1	-1	-50
Rückstellungen	485	45	495	53	515	57	-10	-2
Verbindlichkeiten	286	27	152	17	132	14	134	88

Bilanzsumme	1.075	100	932	100	900	100	143	15
--------------------	--------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------

bb) GuV

	2023	2022	2021
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	7.416	6.847	5.826
sonstige betriebliche Erträge	242	271	258
Materialaufwand	771	791	649
Personalaufwand	6.292	5.736	4.909
Abschreibungen	89	82	107
sonstige betriebliche Aufwendungen	484	449	358
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	10	1	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	7	22	16
Ergebnis nach Steuern	25	39	45
sonstige Steuern	5	5	5
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	20	34	40

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2023	2022	2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,27	0,50	0,68	%
Eigenkapitalrentabilität:	7,09	13,82	19,06	%
Cash-Flow:	109	116	147	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	47	47	41	T€
Personalaufwandsquote:	82,17	80,59	80,68	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	20,79	16,63	20,82	%
Eigenkapitalquote:	28,17	30,34	27,61	%
Fremdkapitalquote:	71,83	69,66	72,39	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Umsatzrendite bezogen auf Betriebsergebnis	0,43	0,89	1,03	%
Wertschöpfung je Mitarbeiter gesamt	38,83	38,11	33,77	TEUR

f) Lagebericht

1. Grundlagen der Servicegesellschaft Saale mbH

1.1. Geschäftsmodell

Die Servicegesellschaft Saale mbH (SGS) ist als 100%iges Tochterunternehmen der Halleschen Verkehrs-AG (HAVAG) Teil der Stadtwerke Halle - Gruppe und als Dienstleistungsunternehmen überwiegend in der Stadt Halle (Saale) tätig. Die Leistungsbereiche der Gesellschaft werden unterteilt in die Bereiche Reinigung und Fahrausweisprüfung sowie sonstige Leistungen.

In dem Bereich der Reinigung sind die Fahrzeug- und Gebäudereinigung verankert, dazu zählen die Innenreinigung von Verkehrsmitteln des öffentlichen Personennahverkehrs, die Unterhaltsreinigung von Schulen, Kindertages-, Verwaltungs- und Betriebsstätten inklusive der Glas- und Rahmenreinigung, weiterhin die Vegetationspflege der entsprechenden Außenanlagen, die Graffiti-Entfernung, Vandalismusschädenbeseitigung und die Tätigkeiten im Bereich des Haltestellendienstes sowie der Haltestelleninformation. Der Schwerpunkt liegt im Bereich der Gebäudereinigung, dieser ist in den letzten Geschäftsperioden am stärksten gewachsen.

Die Fahrausweisprüfung umfasst die Kontrolle der Einhaltung der geltenden Tarif- und Beförderungsbestimmungen in den jeweiligen öffentlichen Verkehrsmitteln, weiterhin die Erfassung der erhöhten Beförderungsentgelte sowie verschiedene Leistungen, die damit in Verbindung stehen. Hierzu zählen die Besetzung von Kundencentern oder die Bearbeitung und Betreuung der erhöhten Beförderungsentgelte. Darüber hinaus werden Erhebungen entsprechend des Sozialgesetzbuches IX in turnusmäßigen Abständen durchgeführt.

Die sonstigen Leistungen umfassen aktuell die Beauftragungen des Winterdienstes sowie Sicherheits- und Postdienste an verschiedenen Standorten. Die Sicherheitsdienstleistungen bei den verschiedenen Unternehmen der Stadtwerke Halle Gruppe wurden ausgebaut.

1.2. Ziele und Strategien

Für die SGS ist es innerhalb der Reinigungsbranche neben der Zufriedenstellung aller Kunden wichtig, dass ein nachhaltiges Handeln bei der Leistungserbringung sowie ein ständiges Prüfen möglicher innovativer Reinigungstechnologien bestehen. Die SGS versteht sich als Konzerndienstleister in der Gebäudereinigung und kann als Spezialist auch im Bereich der Verkehrsmittelreinigung auf ein sehr entscheidendes Alleinstellungsmerkmal zurückgreifen. Der Ausbau des Bereiches Gebäudereinigung steht weiter im Vordergrund und wird durch den Konzernverbund unterstützt.

In der Fahrausweisprüfung ist die Serviceoptimierung ein Ziel der SGS. Dies erfolgt stets in enger Abstimmung mit dem Hauptauftraggeber HAVAG und unterstützt somit deren Zielerreichung. Darüber hinaus ist die SGS als Serviceunternehmen im gesamten Gebiet des Mitteldeutschen Verkehrsverbunds tätig und will in diesem Gebiet weitere Kunden akquirieren, um somit mittelfristig ein größeres Gebiet zu bedienen.

Der Bereich der Sicherheit befindet sich bei der SGS im Ausbau, dies erfolgt ausschließlich für Leistungen innerhalb des Stadtwerke Halle (SWH) Konzerns. In diesem Bereich können eine Vielzahl von Tätigkeiten ausgeführt werden, wobei die Flexibilität und Verfügbarkeit der vorhandenen Kräfte bei der SGS entscheidend helfen können.

1.3. Steuerung

Das Unternehmen ist nach der operativen und administrativen Organisation getrennt. Dabei liegt die operative Organisation ausschließlich bei der am Firmensitz befindlichen Geschäftsleitung sowie den zu den Bereichen gehörigen Leistungsebenen. Die administrative Organisation ist nach kaufmännischen und personellen Aufgaben getrennt und wird durch Geschäftsbesorgungsverträge innerhalb des SWH-Konzerns erbracht.

Die Planungs- und Berichtsstruktur gliedert sich entsprechend der Geschäftsfelder in die Bereiche Reinigung, Fahrausweisprüfung und Sicherheit sowie sonstige Aufträge. Hauptindikatoren für die Planung, den Bericht und für die Steuerung sind das operative Betriebsergebnis sowie die einzelnen spezifischen Kennzahlen der Bereiche.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die trotz der jüngsten Rückgänge nach wie vor hohen Preise auf allen Wirtschaftsstufen dämpften die Konjunktur Deutschlands in 2023. Ebenso beeinflussten ungünstige Finanzierungsbedingungen durch steigende Zinsen und eine geringere Nachfrage aus dem In- und Ausland die konjunkturelle Entwicklung. Hinzu gekommen sind neue geopolitische Unsicherheiten durch den Krieg im Nahen Osten ab Oktober 2023. Insgesamt konnte sich dadurch die Erholung der deutschen Wirtschaft vom tiefen Einbruch im Corona-Jahr 2020 nicht weiter fortsetzen.

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) Deutschlands sank nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes in 2023 um 0,3 % im Vergleich zum Vorjahr. In Sachsen-Anhalt betrug der Rückgang im ersten Halbjahr 2023 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr 3,2 % und fiel damit deutlich stärker der Durchschnitt aller Bundesländer aus (deutschlandweit -0,3 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Die schwache Konjunktur ist ebenfalls nicht spurlos am Arbeitsmarkt vorübergegangen. Dennoch behauptet sich der Arbeitsmarkt angesichts des Ausmaßes an Belastungen und Unsicherheiten nach wie vor gut. Nach Informationen der Bundesagentur für Arbeit sind Erwerbstätigkeit und Beschäftigung so hoch wie nie zuvor und auch 2023 zählt zu den Jahren mit der niedrigsten Arbeitslosigkeit seit der Wiedervereinigung. Die Arbeitslosenquote stieg in Deutschland gegenüber dem Vorjahr um +0,4 Prozentpunkte auf 5,7 %, in Sachsen-Anhalt auf 7,5 % (Vorjahr 7,1 %).

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum 31. Dezember 2023 einen Einwohnerstand von 244.501 (Vorjahr 244.099) aus. Damit konnte die Stadt zum dritten Mal in Folge einen leichten Zuwachs gegenüber dem Vorjahr verzeichnen.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Die Ukraine-Krise sowie die höheren Energiepreise führten zu weiteren Preisanpassungen bei den Reinigungs- und Hilfsmitteln im Vergleich zum Vorjahr. Es folgten Anpassungen bei den Energiekosten in den verschiedenen Bereichen der Geschäftstätigkeit. Ebenso sind weitere Schwankungen bei Reinigungsmitteln zu verzeichnen, die nicht planbar sind.

Bereits im Jahr 2022 einigten sich die Gewerkschaft IG Bau sowie der Bundesinnungsverband des Gebäudereiniger-Handwerks auf einen Branchenmindestlohn von 13 Euro pro Stunde. Es folgten zu Beginn des Jahres 2023 Tarifgespräche für die Fahrausweisprüfung. Die Tarifpartner haben im Sinne der Vereinbarungen vom 29. November 2021 in Bezug auf den Dienstleistungstarifvertrag (DLB) Gespräche und Verhandlungen geführt. Diese sahen vor, dass Anpassungen möglich sind, sollte es vorzeitig deutliche Tarifsteigerungen beim Mindestlohn oder in dem Tarifvertrag der Gebäudereinigung geben. Als Ergebnis der Verhandlungen zwischen den Tarifparteien des DLB kam es zu einer Tarifierhöhung in 2023 sowie einer weiteren Anhebung in 2024 inkl. Laufzeitverlängerung.

In einem gesonderten Gesellschafterbeschluss wurde festgelegt, dass alle Mitarbeitenden entsprechend ihres Beschäftigungsgrads einen Inflationsausgleich in Höhe von 1.000 Euro erhalten.

3.2. Politische und rechtliche Entwicklung

Der gesetzliche Mindestlohn wurde im Jahr 2015 eingeführt. Wie im Mindestlohngesetz (MiLoG) vorgesehen wird er turnusmäßig angepasst. Zur Anpassung des Mindestlohns hat der Gesetzgeber eine ständige unabhängige Mindestlohnkommission eingerichtet. Die Kommission hat zuletzt am 26. Juni 2023 die vierte Anpassung des Mindestlohns beschlossen. Zum 1. Januar 2024 wurde der gesetzliche Mindestlohn von 12,00 Euro auf 12,41 Euro angehoben, gefolgt von einer weiteren Erhöhung zum 1. Januar 2025 auf 12,82 Euro.

Um den vom Mindestlohngesetz geforderten Mindestschutz und einen Ausgleich der Inflation zum Erhalt der Kaufkraft für die untersten Einkommensbezieher*innen zu gewährleisten, hätte nach Ansicht der Vertreter*innen der Gewerkschaften der Mindestlohn deutlich, zumindest auf 13,50 Euro steigen müssen.

Spätestens bis Ende 2024 muss die EU-Mindestlohnrichtlinie in nationales Recht umgesetzt werden, wonach die Mindestlöhne in der Europäischen Union mindestens 60 % des Medianlohns von Vollzeitbeschäftigten erreichen sollen. Dies würde einem Mindestlohn in Höhe von mindestens 14 Euro entsprechen.

3.3. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Im Bereich der Reinigung wurde zur Einhaltung der Reinigungsintervalle in der Straßenbahn- und Busreinigung sowie der Glas- und Gebäudereinigung das Vorgabenprogramm weiter verbessert und gemeinsam mit den Auftraggebern an die veränderten Rahmenbedingungen für die Durchführung einzelner Reinigungsarten angepasst. Dabei steht die bedarfsgerechte Reinigung im Vordergrund. In der Gebäudereinigung hat die Gesellschaft durch ihre Leistungsbereitschaft und ihren Qualitätsanspruch weitere Aufträge erhalten. In der Fahrausweisprüfung führt die Gesellschaft für den bekannten Kundenkreis Prüfdienste und Serviceleistungen aus. Einen besonderen Anspruch stellte die Bearbeitung der Forderungen sowie die Kundenberatung in Service-Centern für die Verkehrsunternehmen dar, welche erfolgreich durchgeführt wurde. Im Bereich der Sicherheit werden vor allem für die HAVAG und die EVH GmbH regelmäßige Empfangsdienste erbracht. Weiterhin wurden Erweiterungen für die Sicherheitsleistungen angeboten.

Zu den wesentlichen Erfolgsfaktoren gehört in der Servicebranche darüber hinaus die Akquirierung und der Erhalt von Mitarbeiterkapazitäten. Grundlegend wird an der Attraktivität der Ausbildung in der Gebäudereinigung gearbeitet.

Aufgrund der weiter vorangeschrittenen Baumaßnahmen im Liniennetz der HAVAG wurde der Vertragsumfang im Winterdienst um die Bedarfshaltestellen, die neu fertiggestellten Haltestellen sowie die weiteren Liegenschaften der HAVAG erweitert, die ausschließlich mit eigenen Mitarbeitenden beräumt werden.

3.4. Personal und Personalentwicklung

Im Geschäftsjahr wurden durchschnittlich 173 (Vorjahr 162) Arbeitnehmende beschäftigt; zum 31. Dezember 2023 waren es 179 (Vorjahr 167). Darin enthalten sind 11 Gehaltsempfänger sowie 8 Auszubildende, die im Bereich der Gebäudereinigung die berufliche Erstausbildung absolvieren.

Der Personalaufwand ist der größte Aufwandsposten der Gesellschaft und betrug im Geschäftsjahr 6.292 T€ (Vorjahr 5.736 T€). Darin enthalten sind die unter 3.1 beschriebene Inflationsausgleichsprämie sowie Ausgleichszahlungen für die in Vorjahren von der HAVAG auf die SGS übergegangenen Mitarbeitenden. Die Ausgaben für Aus- und Weiterbildungen betragen 53 T€ (Vorjahr 55 T€) im Geschäftsjahr.

Die für Mitarbeitende im Rahmentarifvertrag der SWH vereinbarte Form der betrieblichen Altersvorsorge wird über einen Rahmenvertrag bei einem Direkt-Versicherer sowie eine Gesundheitscard für die Mitarbeitenden abgeschlossen. Des Weiteren wurden die entsprechenden Rückstellungen für Jubiläumszahlungen angepasst.

Die Personalrekrutierung hat sich weiter verändert. Dieser stetigen Veränderung versucht die Gesellschaft sich anzupassen und verstärkt Bewerber mit Migrationshintergrund anzusprechen. Zum 31. Dezember 2023 haben 24 % der Belegschaft (im Vorjahr 20 %) einen Migrationshintergrund. Damit verbunden sind veränderte Anforderungen an die Betriebsorganisation.

Hierzu zählt auch, sich den Veränderungen der Altersstruktur der Gesellschaft anzunehmen und diese innerbetrieblich zu lösen. Kurz- und langfristige Personalausfälle führen zu einer starken Belastung für alle Mitarbeitenden in einem sehr personalintensiven Dienstleistungsbereich.

Um die Fehlzeiten im Unternehmen zu minimieren, werden verstärkt Gespräche im Rahmen des betrieblichen Eingliederungsmanagements geführt und wenn möglich gesundheitsverbessernde Maßnahmen angeboten. Der Krankenstand ist im Vergleich zum Vorjahr geringfügig angestiegen.

Die Gesellschaft hat einen Dienstleister aus der SWH-Gruppe zum Thema Arbeitsschutz vertraglich gebunden. Die Unterweisungen erfolgen entsprechend den gesetzlichen und berufsgenossenschaftlichen Vorschriften. Im Berichtsjahr haben sich keine schweren Arbeitsunfälle ereignet. Berufskrankheiten, mit schweren Auswirkungen, sind im Berichtszeitraum nicht vorgekommen.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Die SGS konnte ein erfolgreiches Jahr 2023 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 20 T€ abschließen.

(Angaben in T€)	2023	2022	Veränderung	
			absolut	in %
Umsatzerlöse	7.416	6.847	569	8,3
Sonstige Erträge	242	271	-29	-10,7
Gesamtleistung	7.658	7.118	540	7,6
Aufwendungen für RHB	229	202	27	13,3
Aufwendungen für bezogene Leistungen	542	589	-47	-8,0
<i>Deckungsbeitrag</i>	<i>6.887</i>	<i>6.327</i>	<i>560</i>	<i>8,8</i>
Personalaufwand	6.292	5.736	556	9,7
Sonstige betriebliche Aufwendungen	484	450	34	7,6
EBITDA	111	141	-30	-21,3
Abschreibungen	89	81	8	9,9
EBIT	22	60	-38	-63,3
Finanzergebnis	10	1	9	>100,0
Ergebnis vor Steuern	32	61	-29	-47,5
Steuern	12	27	-15	-55,5
Ergebnis nach Steuern	20	34	-14	-41,2

Die SGS konnte im Geschäftsjahr 2023 Umsatzerlöse in Höhe von 7.416 T€ (Vorjahr 6.847 T€) verzeichnen. Davon entfielen 3.803 T€ (Vorjahr 3.610 T€) auf die Gebäudereinigung, 932 T€ (Vorjahr 881 T€) auf die Fahrzeugreinigung, 1.475 T€ (Vorjahr 1.394 T€) auf die Fahrausweisprüfung, 487 T€ (Vorjahr 352 T€) auf Poststelle, Sicherheitsdienstleistungen und den Empfang, 367 T€ (Vorjahr 310 T€) auf die Haltestellenreinigung, 245 T€ (Vorjahr 200 T€) auf die Vegetationspflege sowie 108 T€ (Vorjahr 100 T€) auf den Winterdienst. Aufgrund der Tarifanpassungen, die zu erhöhten Umsatzerlösen führten sowie den Vertragserweiterungen in der Gebäudereinigung wurden mehr Leistungen als im Vorjahr erbracht.

Der Anstieg der Umsatzerlöse wurde durch höhere Aufwendungen für Personal (6.292 T€; Vorjahr 5.736 T€), gestiegenen Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (229 T€; Vorjahr 202 T€) und höheren sonstigen betrieblichen Aufwendungen (484 T€; Vorjahr 449 T€) bei einem Rückgang der bezogenen Leistungen (541 T€; Vorjahr 589 T€) begleitet. Insgesamt wurde ein positives Jahresergebnis erreicht, das jedoch um 14 T€ unter dem des Vorjahres liegt.

4.2. Finanzlage

Fremdkapitalaufnahmen waren im Geschäftsjahr nicht erforderlich. Die Investitionen wurden aus der laufenden Geschäftstätigkeit und dem Finanzmittelbestand finanziert.

Die Gesellschaft verfügt zum Ende des Geschäftsjahres über ein Eigenkapital von 303 T€ (Vorjahr 283 T€). Das Anlagevermögen ist damit vollständig (Vorjahr 100 %) durch Eigenkapital finanziert.

Im Geschäftsjahr wurden Investitionen in Höhe von 174 T€ (Vorjahr 54 T€) getätigt.

Der Finanzmittelbestand erhöhte sich um 52 T€ auf 69 T€ (Vorjahr 17 T€).

Die kurzfristigen Verbindlichkeiten betragen 286 T€ (Vorjahr 152 T€), woraus sich ein Liquiditätsgrad (1. Grades) von 24 % (Vorjahr 10 %) ergibt. Die Liquidität war über das gesamte Geschäftsjahr gesichert. Eine Inanspruchnahme der internen Kreditlinie beim Cash Pool war unterjährig kurzzeitig erfolgt.

4.3. Vermögenslage

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr um 143 T€ bzw. 15 % auf 1.075 T€ gestiegen. Dieser Anstieg ist auf die Erhöhung des Anlage- und Umlaufvermögens zurückzuführen. Passivisch sind insbesondere das Eigenkapital sowie die Verbindlichkeiten gestiegen.

Der Buchwert des Anlagevermögens zum 31. Dezember 2023 beträgt 239 T€ (Vorjahr 155 T€). Das langfristige Vermögen beläuft sich auf 239 T€ (Vorjahr 155 T€).

4.4. Gesamtaussage

Der Jahresüberschuss vor Steuern beträgt im Geschäftsjahr 32 T€ (Vorjahr 61 T€). Dies entspricht einer Brutto-Umsatzrendite von 0,43 % (Vorjahr 0,89 %). Der Jahresüberschuss nach Steuern beträgt im Geschäftsjahr 20 T€ (Vorjahr 34 T€).

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

In der Stadtwerke Halle - Gruppe findet ein konzerneinheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Dieses gruppenweite, bereichsübergreifende System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

5.2. Chancen und Risiken

Zum 31. Dezember 2023 wurden für das Jahr 2024 bei der SGS insgesamt neun Risiken ermittelt (Vorjahr sieben). Unter diesen Risiken lassen sich keine Risiken den Gruppen 1 und 2 zuordnen. Schwerpunktmäßig fallen die Risiken (Gruppe 3 und 4) auf die Bereiche Marktrisiken und rechtliche Risiken.

Als Risiko der SGS wird, wie bereits in den Vorjahren, der überwiegende Umsatz mit der HAVAG eingeschätzt, dieser ist in vergangenen Jahren gesunken und stellt zugleich die Basis der Gesellschaft dar. Die Verschiebung kam durch den Ausbau der Vertragsleistungen mit der HWS sowie mit Drittkunden zustande. Die Eintrittswahrscheinlichkeit von Schäden aufgrund der Gesellschafteranteile sowie getragenen Philosophie wird auf mittlere Sicht als gering eingeschätzt.

Ebenso wird am Drittmarkt immer mehr deutlich, dass die Kunden bereit sind, bei einer entsprechenden qualitativen Leistung, ein höheres Entgelt zu entrichten. In einzelnen Branchen (z.B. Krankenhäusern) findet wieder ein Wechsel von Fremd- auf Eigenreinigung statt, wovon die Gesellschaft nicht betroffen ist, was aber vor allem einen entscheidenden Einfluss auf die Personalrekrutierung und die Mitarbeiterbindung hat.

Ein weiteres Risiko besteht bei einer ausbleibenden Vertragsverlängerung für die Reinigungsleistungen von kommunalen Einrichtungen. Hier hat die Gesellschaft selbst nur eine sehr geringe Handlungsmöglichkeit und ist auf die HWS als Vertragspartner angewiesen. Die Vertragslage ist zu einem großen Teil langfristig ausgerichtet und gebunden. Hieraus ergibt sich somit auch die Chance der Gesellschaft, auf Basis einer relativ sicheren Auftragslage über Prozessoptimierungen Kosteneinsparungen zu realisieren und so das Ergebnis zu verbessern.

Die stärkere Einbindung in die SWH ist eine wesentliche Chance für die Gesellschaft. Aufgrund der Verflechtung der Gesellschaften könnten aus der Erbringung von Leistungen für andere Konzernunternehmen Einsparungen, Synergieeffekte und Qualitätsverbesserungen realisiert werden. Daher wird intensiv an speziellen Leistungsangeboten gearbeitet, welche Alleinstellungsmerkmale aufweisen und die Prozesse der Konzernunternehmen ergänzen. In der Ausweitung der Leistungserbringung auf die Unternehmen der SWH und somit auch auf die Stadt Halle liegen große Potenziale für die SGS. Die Inhouse-Fähigkeit ist von großer Bedeutung für den Steuerungs- und Entscheidungsprozess. Dies wird beispielhaft im Bereich der Haltestellenreinigung sowie bei Spezialleistungen, wie Graffiti-Entfernung und Anlagenpflege, deutlich. Darüber hinaus wird eine enge Zusammenarbeit mit der Poststelle sowie dem Empfang der SWH angestrebt, um ein einheitliches Erscheinungsbild innerhalb der SWH-Gruppe zu schaffen.

Bestandsgefährdende Risiken für das Unternehmen sind nicht erkennbar.

5.3. Gesamtbild

Die Gesellschaft wird weiterhin an der Generierung von zusätzlichem Umsatz auf dem Drittmarkt arbeiten, um so den Nachweis der Wettbewerbsfähigkeit zu erbringen und dem Konsolidierungsdruck im kommunalen Bereich entgegenzuwirken. Dadurch soll der Umsatz gesteigert und eine positive Entwicklung des Betriebsergebnisses gewährleistet werden.

6. Prognosebericht

Die Regulierungen durch die Ukraine Krise wurden seitens des Gesetzgebers in vielen Bereichen wieder zurückgenommen, was für die SGS zur Folge hat, in der laufenden Geschäftstätigkeit bei einzelnen Positionen entsprechende Handlungsmaßnahmen zu ergreifen. Es bleibt zu abzuwarten, inwieweit die Geschäftspartner nach dem Wegfall gesetzlicher Maßnahmen ihrerseits zu Veränderungen gezwungen sind insbesondere bei Transport- oder Energiekosten.

Ein wesentlicher Punkt für die weitere positive Entwicklung der Gesellschaft ist die enge Zusammenarbeit mit der Gesellschafterin HAVAG und den anderen Konzernunternehmen der SWH. Es wird ständig geprüft, welche zusätzlichen Leistungen für Konzernunternehmen erbracht werden können. Dies betrifft vor allem kurzfristige Vertretungen oder Aushilfen, welche für die grundsätzliche flächendeckende Leistungserbringung der Unternehmen notwendig sind.

Um die Prozesse zu optimieren und Doppelstrukturen abzuschaffen, wurde die Gebäudereinigung innerhalb der SWH-Gruppe neu ausgerichtet. Die Stärken der SGS in der Gebäudereinigung, insbesondere in Schulen und Schwimmhallen der Stadt Halle (Saale), wurden bei der Zuordnung von neuen Reinigungsobjekten im Rahmen der Leistungsbeziehung mit der HWS berücksichtigt und werden künftig intensiviert.

Weiterhin etabliert sich die SGS als zuverlässiger Dienstleister für personalintensive Leistungen, welche zunehmend am Markt schwerer zu beschaffen sind. Dies ist darin begründet, dass ein Arbeitskräfterrückgang in einzelnen Bereichen zu beobachten ist.

Im nächsten Geschäftsjahr sind überwiegend Investitionen für Software sowie für technische Anlagen und Maschinen geplant. Einen wesentlichen Schwerpunkt bilden hierbei die weiteren Anschaffungen von Prüfgeräten in der Fahrausweisprüfung. Ebenso wird Software zum Aufbau weiterer Dienstleistungen in Verbindung mit der Fahrausweisprüfung beschafft. Weiterhin werden spezielle Reinigungsmaschinen angeschafft, um den gestiegenen Reinigungsbedarf zu entsprechen.

Es wird weiter mit den Auftraggebern an einer Lösung gearbeitet, geeignete Möglichkeiten zur Wildkrautbeseitigung zu untersuchen. Eine universelle Lösung die unabhängig von Untergrund, Flächenbeschaffenheit und Nutzungsform ist, konnte aktuell nicht ausfindig gemacht werden. Es wird daher an einem Portfolio zur Wildkrautbekämpfung gearbeitet.

Das Jahresergebnis für das Geschäftsjahr 2024 ist mit 20 T€ geplant. Unter Berücksichtigung der Chancen und Risiken, die sich aus dem operativen Geschäft ergeben, könnte die geplante Ergebnisentwicklung noch gesteigert werden.

3.4 WOHNUNGSWIRTSCHAFT

Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Kaolinstraße 4 06126 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	256		
Gesellschafter:		T€	%
	GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH	256	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens sind die Instandhaltung und Instandsetzung, die Betreuung und Sanierung von Gebäuden und baulichen Anlagen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Wohnungswirtschaft dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Andrae, Annett

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2023		2022		2021		Veränderungen 2023 zu 2022	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	32	4	40	4	70	6	-8	-20
Umlaufvermögen	845	93	869	92	1.041	92	-24	-3
Rechnungsabgrenzungsposten	27	3	33	4	20	2	-6	-18

Bilanzsumme	904	100	942	100	1.131	100	-38	-4
--------------------	------------	------------	------------	------------	--------------	------------	------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	496	55	526	56	526	46	-30	-6
Rückstellungen	140	15	188	20	244	22	-48	-26
Verbindlichkeiten	268	30	228	24	361	32	40	18

Bilanzsumme	904	100	942	100	1.131	100	-38	-4
--------------------	------------	------------	------------	------------	--------------	------------	------------	-----------

bb) GuV

	2023	2022	2021
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	3.556	3.148	3.439
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-92	73	-100
sonstige betriebliche Erträge	14	40	25
Materialaufwand	1.237	1.227	1.238
Personalaufwand	1.579	1.397	1.367
Abschreibungen	24	37	38
sonstige betriebliche Aufwendungen	515	479	474
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	123	121	247
sonstige Steuern	4	4	4
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	119	117	243
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2023	2022	2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	3,35	3,72	7,06	%
Eigenkapitalrentabilität:	24,01	22,28	46,19	%
Cash-Flow:	143	154	281	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	112	109	109	T€
Personalaufwandsquote:	45,39	42,84	40,63	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	3,19	3,36	4,24	%
Eigenkapitalquote:	54,81	55,79	46,48	%
Fremdkapitalquote:	45,19	44,21	53,52	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Umsatz mit Gesellschafter	93	94	94	%

f) Lagebericht

1 Grundlage des Unternehmens

Die Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH (BHT) ist das 100%ige Tochterunternehmen der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH (GWG).

Zum Leistungsumfang der BHT gehören die Instandhaltungs-, Instandsetzungs-, Sanierungs- und Wartungsarbeiten an Wohngebäuden in den Bereichen Haustechnik (Heizung/Lüftung/Sanitär), Maurer, Fliesenleger, Maler, Fußbodenleger, Elektro sowie Innenausbau (inklusive Schlüsseldienst).

Aufgrund des Inhouse-Geschäftes mit der Muttergesellschaft wurde im Geschäftsjahr ein Großteil der möglichen Leistungen erneut für die GWG erbracht.

2 Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Geschäftsjahr 2023 waren von verschiedensten Umständen geprägt (andauernder Krieg in der Ukraine, hohe Inflationsrate, Fachkräftemangel).

Trotz zuletzt stabiler Preise in verschiedenen Warengruppen stiegen die Preise in einzelnen Bereichen weiterhin an oder es gab nur tagesaktuelle Preise. Des Weiteren war es immer noch zum Teil nicht möglich, von Lieferanten Preiszusagen zu erhalten. Die Verfügbarkeit von Baumaterial hat sich im Wesentlichen stabilisiert, für einzelne Materialgruppen blieben die Lieferzeiten weiterhin unklar.

Die Branche unseres Hauptauftraggebers, die Wohnungswirtschaft, war durch die gestiegenen Baupreise sowie die verschlechterten Finanzierungsbedingungen ebenfalls von den Auswirkungen betroffen.

2.2 Geschäftsverlauf

Die Geschäftsentwicklung der BHT im Geschäftsjahr 2023 kann trotz der vorherrschenden Rahmenbedingungen als positiv bewertet werden.

Auf Grund der engen Zusammenarbeit zwischen der GWG und der BHT konnten die Arbeitsabläufe beide Seiten zufriedenstellend gestaltet und eine Kontinuität in der Auslastung erreicht werden.

Wie bereits in den letzten Geschäftsjahren waren die Schwerpunkte der Tätigkeit die Instandhaltung, Instandsetzung, Sanierung und Wartung des Wohnungsbestandes unserer Gesellschafterin.

Des Weiteren konnte die Durchführung der Notdiensteinsätze durch die Bereiche Haustechnik und Elektro für die GWG problemlos abgesichert werden.

Die Umsatzerlöse setzten sich wie folgt zusammen:

Umsatz GWG	T€	3.324	(93 %)
Umsatz Sonstige	T€	232	(7 %)

Die Erhöhung der Kosten auf der Beschaffungsseite konnten größtenteils auf der Absatzseite abgefangen werden.

Es wurden Nachunternehmen für Leistungen beauftragt, die nicht zum Profil der Gesellschaft gehören. Des Weiteren wurden Nachunternehmen und Zeitarbeiter zur Kompensation von Auftragspitzen und dem Ausfall von Beschäftigten gebunden.

In der BHT waren im Jahr 2023 durchschnittlich 31 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Zum Ende des Berichtszeitraumes waren durch das Unternehmen zusätzlich vier Auszubildende (ein Elektroniker mit Schwerpunkt Energie- und Gebäudetechnik, ein Maler, ein Fachpraktiker für Holztechnik sowie ein Fliesenleger) angestellt.

Wie in den vergangenen Jahren erfolgten auch 2023 für die Beschäftigten der BHT Weiterbildungsmaßnahmen.

2.3 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Bilanzsumme hat sich mit T€ 904 gegenüber dem Vorjahresstichtag (T€ 942) um 4,0 % verringert. Unverändert zum Vorjahresstichtag ist das Anlagevermögen vollständig durch Eigenkapital abgedeckt. Durch die um T€ 38 verringerte Bilanzsumme und das um T€ 30 verringerte Eigenkapital hat sich die Eigenkapitalquote auf 54,8 % (Vorjahr 55,8 %) verringert.

Bezogen auf die Bilanzstruktur ergaben sich auf der Aktivseite wesentliche Veränderungen einerseits hauptsächlich durch die Verringerung des Finanzmittelfonds (um T€ 114), der Vorräte (um T€ 13), des Anlagevermögens (um T€ 9) sowie des Rechnungsabgrenzungsposten (um T€ 6). Dem steht andererseits die Erhöhung der Forderungen um T€ 103 gegenüber. Auf der Passivseite wurde die Verringerung der Bilanzsumme durch die um T€ 48 verminderten Rückstellungen, des um T€ 30 verminderten Eigenkapitals sowie die um T€ 40 erhöhten Verbindlichkeiten verursacht.

Die Liquidität der Gesellschaft war jederzeit gesichert. Investitionen wurden vollständig aus eigenen Mitteln finanziert. Der Finanzmittelfonds beläuft sich am Bilanzstichtag auf T€ 565.

Das geplante Ergebnis von mindestens T€ 20 konnte erreicht werden. Das Ergebnis nach Steuern beläuft sich auf T€ 123 (Vorjahr T€ 121). Das nach Abzug sonstiger Steuern verbleibende Jahresergebnis von T€ 119 wird aufgrund des bestehenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages an die GWG abgeführt.

3 Prognose-, Chancen- und Risikobericht

3.1 Prognose

Für die nächsten Jahre ist davon auszugehen, dass das Inhouse-Geschäft zwischen GWG und BHT fortgeführt wird. Der Anteil der Leistungen für die Gesellschafterin wird wie bisher bei mindestens 90 % liegen.

Für die das Geschäftsjahr 2024 betreffenden möglichen Baumaßnahmen wurden Ende des Jahres 2023 zwischen der GWG und der BHT Abstimmungen vorgenommen. Somit ist zum großen Teil eine Auslastung der Mitarbeiter für das Jahr 2024 bereits gewährleistet.

Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass auch das laufende Geschäftsjahr mit einem positiven Ergebnis abschließen wird.

3.2 Chancen

Durch die Fokussierung auf das Inhouse-Geschäft ist es der Gesellschaft möglich, das Auftragsvolumen den Kapazitäten der einzelnen Struktureinheiten anzupassen.

Es ist davon auszugehen, dass das Kerngeschäft auch weiterhin von großer Bedeutung für das Mutterunternehmen und somit auch für die BHT sein wird. Die Absicherung von erforderlichen Notdienstleistungen wird ebenso einen hohen Stellenwert einnehmen.

Durch die Anpassung der Tätigkeitsfelder der BHT an die Erfordernisse der GWG werden beide Gesellschaften profitieren, da sich die enge Zusammenarbeit quantitativ und qualitativ weiterhin positiv auswirken wird.

Mithilfe weiterführender fachspezifischer Qualifikationen der Beschäftigten sowie der Digitalisierung von Arbeitsabläufen können die laufenden Anforderungen der Auftraggeber auch weiterhin erfüllt werden.

3.3 Risiken der künftigen Entwicklung

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind keine Risiken erkennbar, die den Bestand der Gesellschaft gefährden oder einen wesentlichen negativen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben könnten.

Die BHT begegnet der Korruption im Rahmen ihrer internen Organisation. Hierzu sind unter anderem Verhaltensregeln in der Betriebsordnung der Gesellschaft dokumentiert.

Sollten kurzfristig gravierende Einschnitte im Investitions- bzw. Instandhaltungsverhalten der GWG notwendig werden, würde sich das sofort nachteilig auf die Auslastung der Gesellschaft auswirken. Deshalb ist es von großer Bedeutung, das innerbetriebliche Rapporssystem sowie das Berichtswesen und die Abstimmungsprozesse zwischen Mutter- und Tochtergesellschaft kontinuierlich zu pflegen.

Der steigende Fachkräftemangel im Handwerk stellt auch die BHT weiterhin vor große Herausforderungen. Es werden größere wirtschaftliche und organisatorische Anstrengungen nötig sein, um den Arbeitskräftebedarf auch zukünftig den Anforderungen der Gesellschaft anzupassen.

Die weitere Entwicklung der Materialkosten kann auf Grund der derzeitigen gesamtwirtschaftlichen Situation, wie beispielsweise die wieder ansteigenden Energiepreise, nicht hinreichend verlässlich eingeschätzt werden.

GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz	
Anschrift:	Am Bruchsee 14 06122 Halle (Saale)	
Rechtsform:	GmbH	
Stammkapital in T€:	12.782	
Gesellschafter:		T€ %
	Stadt Halle (Saale)	<hr style="width: 100%; border: 0.5px solid black;"/> 12.782 100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Zweck des Unternehmens ist eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung breiter Schichten der Bevölkerung. Dazu gehört auch die angemessene Wohnungsversorgung einkommensschwacher Bevölkerungskreise.

Die Gesellschaft bewirtschaftet, verwaltet, betreut und errichtet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, insbesondere Mietwohnungen sowie Eigentumswohnungen und Eigenheime.

Bei der Bereitstellung von Mietwohnungen sind in angemessener Weise soziale Belange zu berücksichtigen. Die Gesellschaft kann alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, bebaute und unbebaute Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben, soweit die Ertragslage des Unternehmens dies zulässt.

Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten für soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen sowie Dienstleistungen bereitstellen, soweit die Ertragslage des Unternehmens dies zulässt.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Zweck des Unternehmens und dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Wohnungswirtschaft dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Kozyk, Jana	
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Dr. Meerheim, Bodo
	stellv. Vorsitzender	Thielecke, Carsten
		Bernstiel, Christoph
		Dr. Kreuzfeldt, Annette
		Kriedemann, Angelika
		Raue, Alexander

Aufsichtsrat:

Rebenstorf, René
Schachtschneider, Andreas
Weber, Thomas

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	15	16	16

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

d) Beteiligungen

unmittelbar

Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH

T€	%
256	100,00

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2023		2022		2021		Veränderungen 2023 zu 2022	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	380.339	94	350.359	94	323.134	92	29.980	9
Umlaufvermögen	25.924	6	23.804	6	26.841	8	2.120	9
Rechnungsabgrenzungsposten	129	0	93	0	155	0	36	39
Bilanzsumme	406.392	100	374.256	100	350.130	100	32.136	9

	2023		2022		2021		Veränderungen 2023 zu 2022	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	191.671	47	190.185	51	189.823	54	1.486	1
Sonderposten für Investitionszulagen	6.414	2	6.611	2	6.812	2	-197	-3
Rückstellungen	1.353	0	842	0	909	0	511	61
Verbindlichkeiten	206.438	51	176.066	47	152.036	44	30.372	17
Rechnungsabgrenzungsposten	516	0	552	0	550	0	-36	-7
Bilanzsumme	406.392	100	374.256	100	350.130	100	32.136	9

bb) GuV

	2023	2022	2021
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	51.768	52.094	50.368
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	2.427	-1.136	704
sonstige betriebliche Erträge	2.548	2.636	4.334
Materialaufwand	30.511	29.920	25.179
Personalaufwand	7.824	7.477	7.331
Abschreibungen	8.635	8.094	12.445
sonstige betriebliche Aufwendungen	3.103	3.409	2.468
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	119	117	243
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	277	1	-8
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.367	2.417	2.591
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	188	9	703
Ergebnis nach Steuern	3.511	2.386	4.924
sonstige Steuern	26	24	24
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	3.485	2.362	4.900
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0	1.334	2.633
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	3.485	3.696	7.533

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2023	2022	2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	6,73	4,53	9,73	%
Eigenkapitalrentabilität:	1,85	1,27	2,69	%
Cash-Flow:	11.943	10.134	14.935	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	521	470	508	T€
Personalaufwandsquote:	13,79	13,95	13,23	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	93,46	93,47	92,13	%
Eigenkapitalquote:	47,16	50,82	54,21	%
Fremdkapitalquote:	52,84	49,18	45,79	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Wohneinheiten	9.832	9.859	9.876	Einheiten
Leerstand Wohneinheiten	5,60	5,60	7,00	%
Gewerbeeinheiten	114	117	117	Einheiten
Leerstand Gewerbeeinheiten	0,00	1,70	1,70	%

f) Lagebericht**Inhaltsverzeichnis**

- I Grundlagen des Unternehmens
- II Wirtschaftsbericht
 - A. Entwicklung der Gesamtwirtschaft und des Immobilienmarktes
 - B. Entwicklung des Wohnungsmarktes in Halle (Saale)
 - C. Geschäftsverlauf
 - D. Wirtschaftliche Lage der Gesellschaft
- III Prognosebericht
- IV Risikobericht
 - A. Risikomanagementsystem
 - B. Risiken
 - C. Risikoberichterstattung in Bezug auf die Verwendung von Finanzinstrumenten
- V Chancenbericht

I Grundlagen des Unternehmens

Für die sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung breiter Bevölkerungsschichten hat die Stadt Halle (Saale) am 02.05.1990 die GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH gegründet. Die Gesellschaft befindet sich seit der Gründung unverändert zu 100 % im Besitz der Stadt Halle (Saale). Die GWG hat die Aufgabe, Bauten in allen Rechtsformen zu errichten, zu bewirtschaften oder zu betreuen. Seit der Jahrtausendwende betreibt die GWG aktiv den Stadtumbau in Halle-Neustadt. Weiterhin gehören auch gewerbliche Einrichtungen, Stellplätze und Garagen zum Angebotsportfolio der Gesellschaft. Zur Umsetzung bautechnischer Aufgaben besitzt die GWG zu 100 % die Tochtergesellschaft Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH. Die GWG erfüllt seit über 30 Jahren erfolgreich die Aufgabe, die Stadtentwicklung von Halle-Neustadt zu begleiten.

II Wirtschaftsbericht**A. Entwicklung der Gesamtwirtschaft und des Immobilienmarktes**

Die Gesamtwirtschaft konnte sich nach der Coronapandemie erholen, startete auf gutem Niveau in das Jahr 2023, drohte aber in einigen Schlüsselbranchen bereits zu überhitzen. Um auch das damit einhergehende hohe Inflationsniveau zu reduzieren, vollzog die Europäische Zentralbank zu Beginn des Jahres 2023, wenn auch etwas verspätet, eine in sehr hohem Tempo ablaufende Zinswende. Die damit einhergehende starke Abkühlung im Baugewerbe spiegelt sich in deutlich rückläufigen Zahlen zu fertiggestellten Wohnungen in Deutschland wider. Wurden in den vergangenen Jahren monatlich im Durchschnitt 30.000 Wohnungen in Deutschland fertiggestellt, sank der Wert monatlich fertiggestellter Wohnungen auf ca. 20.000 herab und ging damit um ca. 30 Prozent zurück. Neben den weiterhin hohen Baukosten und dem Fachkräftemangel wirkten sich die zunehmend ungünstigeren Finanzierungsbedingungen auf die Bautätigkeit aus, hiervon war vor allem der Hochbau betroffen. Dagegen konnte die Produktion im Tiefbau und im Ausbaugewerbe gesteigert werden. Insgesamt erreichte das Baugewerbe 2023 preisbereinigt ein kleines Plus von 0,2 %.

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) war im Jahr 2023 nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) um 0,3 % niedriger als im Vorjahr. Kalenderbereinigt betrug der Rückgang der Wirtschaftsleistung 0,1 %. Die trotz der jüngsten Rückgänge nach wie vor hohen Preise auf allen Wirtschaftsstufen dämpften die Konjunktur. Im Vergleich zu 2019, dem Jahr vor Beginn der Corona-Pandemie, war das BIP 2023 um 0,7 % höher.

Der völkerrechtswidrige Einmarsch russischer Streitkräfte am 24.02.2022 auf ukrainisches Staatsgebiet und der damit begonnene Krieg zwischen Russland und der Ukraine hatte immense Folgen auf die Politik in Europa und die Wirtschaftsbeziehungen zu Russland. Die daraufhin stark gestiegenen Energiepreise gingen aufgrund zahlreicher Änderungen in der Beschaffung Ende des Geschäftsjahres 2023 wieder zurück. In Deutschland bewirkten die befristete Reduzierung des Umsatzsteuersatzes sowie verschiedene Preisbremsen eine spürbare Entlastung der Kosten für Gas- und Wärmelieferungen.

Die Grundstücks- und Wohnungswirtschaft zählt damit auch weiterhin zu den Wirtschaftszweigen, die keinen konjunkturellen Einbruch zu verzeichnen hatten. Die GWG Halle-Neustadt mbH selbst blickt auf ein gutes Geschäftsjahr zurück, wenngleich einige der erwarteten Planwerte nicht durchweg erzielt werden konnten.

B. Entwicklung des Wohnungsmarktes in Halle (Saale)

Wurde seit 2015 die Zuwanderung durch arabischstämmige Geflüchtete dominiert, verzeichnete die Stadt Halle (Saale) auch 2023 Zuwanderungen aus der Ukraine und anderen von Krieg und Not betroffenen Ländern. Der Wohnungsmarkt in Halle (Saale) war im Jahr 2023 weiterhin entspannt und stellenweise von Angebotsüberhängen gekennzeichnet. In einigen beliebten Stadtvierteln wie Kröllwitz, dem Paulusviertel oder Dölau ist die Nachfrage weiterhin größer als das vorhandene Angebot, dies gilt jedoch nicht für andere Stadtteile und Großwohnsiedlungen wie die Silberhöhe oder Halle-Neustadt.

Die Einwohnerzahlen der Stadt Halle (Saale) und im Stadtgebiet Halle-Neustadt verzeichneten gegenüber dem Vorjahr wieder einen leichten Zuwachs:

	Einwohner*innen mit Hauptwohnsitz in Halle (Saale)				
	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023
Stadt Halle (Saale)	240.931	239.870	240.116	244.099	244.501
davon Halle-Neustadt	45.661	45.480	45.808	47.442	47.456

Quelle: Fachbereich Bürgerservice der Stadt Halle (Saale)

Die Altersstrukturen blieben unverändert auf dem Niveau der letzten Jahre. In der Gesamtstadt Halle (Saale) sind die Einwohner durchschnittlich 44,9 Jahre alt (ebenso im Vorjahr), in Halle-Neustadt sind sie mit 44,5 Jahren ein wenig jünger (44,8 Jahre im Vorjahr).

C. Geschäftsverlauf

Geschäftsergebnis

Die Gesellschaft beendete das Geschäftsjahr 2023 erfolgreich und erzielte einen Jahresüberschuss von 3.485 T€. Gegenüber dem im Wirtschaftsplan 2023 eingestellten Zielwert von 1.684 T€ für das Jahresergebnis ergibt sich somit eine positive Abweichung von 1.801 T€.

Aufgrund der allgemeinen Preissteigerungen bei den Nebenkosten wurden Mieterhöhungen im Bestand später als geplant durchgeführt, was zu einer Unterschreitung der für das Geschäftsjahr geplanten Umsatzerlöse aus Sollmieten im in Höhe von ca. 305 T€ führte. Bezüglich der Erlösschmälerungen wurde der Planwert um 359 T€ verbessert. Die Kosten für Wärme- und Gaslieferungen (Umsatzsteuer wurde von 19 % auf 7 % vermindert und die Dezemberabschläge erlassen) sowie die im Jahr 2022 durch die Haushalte vorgenommenen Energieeinsparungen ergaben massive Kosteneinsparungen. Diese Einsparungen wurden über die Heizkostenabrechnungen im Jahr 2023 an die Mieterinnen und Mieter weitergegeben. In der Folge fielen die Umsatzerlöse aus abgerechneten Betriebs- und Heizkosten gegenüber 2022 deutlich geringer aus. Derartige Einsparungen wurden für 2023 eingeplant, aber übertroffen. So verzeichnete die Gesellschaft gegenüber dem Vorjahr rückläufige Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung, verweist aber darauf, dass dieser Rückgang ausschließlich in den staatlichen Subventionen auf Wärme- und Gaslieferungen und deren Weitergabe an die Haushalte begründet ist und im Kerngeschäft der Wohnraumvermietung keine Umsatzrückgänge zu verzeichnen sind.

Unternehmenspolitik

Als städtischer Vermieter bewirtschaftet die GWG in Halle-Neustadt rund ein Drittel des Wohnungsbestandes und ist damit unverändert das führende Wohnungsunternehmen im größten Stadtteil von Halle (Saale).

Qualitative Anpassungen im Wohnungs- und Dienstleistungsangebot sowie Wohnungsneubau zur langfristigen Stärkung des Unternehmens sind erforderlich, um zukünftig erfolgreich am Wohnungsmarkt agieren zu können. Fehlende Förderprogramme für Wohnungsneubau in Quartieren außerhalb der Innenstädte sowie die Haushaltsnotlage der Stadt Halle (Saale), die eine Kofinanzierung von Städtebaufördermitteln in nur geringer Quote zulässt, sind große Hindernisse bei der Qualitätsverbesserung des Wohnungsbestands.

Zunehmend muss sich die Gesellschaft, durch die demografischen Entwicklungen bedingt, mit Wohnraum zur Neuvermietung befassen, der zuvor jahrzehntelang ohne Mieterwechsel vermietet war. Die Instandsetzungsaufwendungen in diesen Wohnungen sind oft größer als in stärker von Fluktuation geprägten Wohnungen. Mehrkosten aufgrund der hohen Inflation bewirken, dass die Wirtschaftlichkeit der notwendigen Wohnraumsanierungen zurückgeht, weil die Mieten nicht mit gleichem Tempo gesteigert werden können.

Die starken Preissprünge bei den Energiepreisen veranlasst alle Wohnungsunternehmen, die Energieeffizienz ihrer Gebäude zu verbessern. Kombiniert mit der Nutzung regenerativer Energien, wie Photovoltaik oder Solarthermie lassen sich die absehbaren Kostensteigerungen für Fernwärme und Erdgas begrenzen. Die Gesellschaft hat die Installation von Photovoltaikanlagen auf Dächern ihres in industrieller Bauweise hergestellten Gebäudebestands untersucht und musste feststellen, dass die statischen Eigenschaften eine großflächige Installation von Modulen nicht zulassen. Nur sehr leichte Module, die ohne Unterkonstruktionen zur Aufständigung auf die Dachhaut gelegt werden, sind möglich. Die Wirtschaftlichkeit derartiger Anlagen steht herkömmlich konstruierten PV-Anlagen zurück. Dennoch wird die GWG solche Anlagen weiter im Rahmen ihrer Modernisierungsmaßnahmen der elektrischen Hausnetzanlagen schrittweise auf ihren Gebäudedächern installieren. Die Installation von größeren Mieterstrom-PV-Anlagen auf Gebäudedächern ist wegen der noch immer inakzeptablen Rahmenbedingungen weiterhin kein Ziel für die GWG. Dort, wo es die Statik zulässt, lässt die GWG die Installation von mieter eigenen, sogenannten Balkonkraftwerken zu, um den Stromverbrauch insgesamt zu reduzieren und den Anteil erneuerbarer Energien zu steigern.

Ein wichtiger Bestandteil des aktiven Kundenmanagements der GWG ist die umfassende Betreuung der Mieter über das übliche Vermietungsgeschäft hinaus. Die Gesellschaft sieht aufgrund der umfassenden Dienstleistungen für ältere Menschen, der guten Standortqualitäten und attraktiven Lebensbedingungen bei der GWG eine erhöhte Chance der Neukundengewinnung sowie der langfristigen Kundenbindung.

Als Beitrag zur Stabilisierung des sozialen Gefüges in Halle-Neustadt unterstützt die GWG auch weiterhin zahlreiche Familien- und Jugendprojekte freier Träger und Sportvereine, wie bspw. das Quartiermanagement der AWO/SPI, den FC Halle-Neustadt e.V., die „Grüne Villa“ inmitten von Halle-Neustadt oder den CVJM beim Betrieb von drei Kindertreffpunkten „Schnitte“. Diese Partner leisten einen sehr wichtigen Beitrag zur Integration von Zuwanderern.

Im professionellen Sport unterstützt die GWG unverändert den SV Union Halle-Neustadt e.V. als Hauptsponsor der Frauen-Handballmannschaft, den Eishockeysportverein MEC Halle 04 e.V. und den Halleschen Fußballclub e.V. als Co-Sponsor.

Bestandsentwicklung

Das Unternehmen bewirtschaftete zum Stichtag 31. Dezember 2023 einen eigenen Hausbesitz von:

	31.12.2023		31.12.2022	
	Anzahl	Fläche (m ²)	Anzahl	Fläche (m ²)
Wohneinheiten	9.832	559.752,26	9.859	559.295,33
Gewerbeeinheiten	114	26.279,24	117	26.375,27
	9.946	586.031,50	9.976	585.670,60

Im Jahr 2023 nahm die GWG die ersten Neubauten im Wohngebiet „Am Mühlwerder“ in Betrieb. Zudem veräußerte sie in zwei Wohnungseigentumsanlagen vollständig ihren noch nicht privatisierten Bestand an Sondereigentumseinheiten. Im Rahmen der Wohnungseigentumsverwaltung betreute die Gesellschaft zum Stichtag neun Wohnungseigentumsanlagen in Halle (Saale) mit nunmehr 303 privatisierten Einheiten auf einer Nutzfläche von 19.043,72 m².

Zum Ende des Jahres 2023 wurde eine Vermietungsquote von über 94 % erreicht. Die Gründe für die Beendigung von Mietverträgen waren, wie auch in den Vorjahren, hauptsächlich durch das Ableben der Mieter, den Wegzug in Alters- bzw. Pflegeheime oder Hospize, die Größe der Wohnung oder die Beendigung des Studiums in der Stadt Halle (Saale) geprägt. Die Gesellschaft analysiert jährlich die beeinflussbaren Kündigungsgründe und arbeitet aktiv und erfolgreich in der Mieterbindung, um den Wegzug aus dem Wohnungsbestand zu vermeiden. Von den per 31.12.2023 bestehenden 9.946 eigenen Wohnungs- und Gewerbemieteinheiten wurden während des Geschäftsjahres 8,6 % gekündigt (Vorjahr 9,2 %) und mit einer Quote von 9,0 % (Vorjahr 10,7 %) neu- bzw. wiedervermietet.

Wiederum waren erfolgreiche Aktivitäten zum Erhalt und der Verbesserung des marktaktiven Kernbestandes die Grundlagen dafür, dass der Anteil nicht vermieteter Wohnungen und Gewerberäume auf dem Vorjahresniveau von **5,5 % per 31.12.2023** gehalten werden konnte. Die durch den Leerstand im Jahr 2023 bedingte **Erlösschmälerung der Sollmieten** betrug **5,2 %** (Vorjahr: 5,7 %). Der Leerstand des gesamten Bestandes der Gesellschaft belief sich stichtagsbezogen ebenfalls mit 6,4 % auf Vorjahresniveau. Die erreichten Kennzahlen stehen im Kontext der Zuwanderung von Geflüchteten aus den Kriegsgebieten der Ukraine und Syrien und dem damit verbundenen stetigen Anstieg der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Halle-Neustadt.

Die Gesellschaft investierte auch 2023 umfangreich in den Wohnungsbestand. Rund 51 Mio. € wurden wieder für zahlreiche Einzelmaßnahmen zur Sanierung, Instandhaltung und Modernisierung des GWG-Bestandes sowie für Neubauten „Am Mühlwerder“ ausgegeben.

Wie bereits in den Vorjahren legte die Gesellschaft auch 2023 wieder besonderen Wert auf den Neu- und Ausbau bedarfsgerechten Wohnraums, den langfristigen Erhalt der Bausubstanz, die Senkung der Energiekosten sowie auf die Funktionssicherheit der technischen Anlagen. Die noch im Vorjahr zu verzeichnende Knappheit von Material hat sich im Geschäftsjahr reduziert.

Das Bedürfnis der Mieter nach Sicherheit ist anhaltend hoch. Die Gesellschaft modernisierte im Geschäftsjahr vier Gebäude und stattete die Haustüren mit einem höheren Einbruchsschutz aus. Modernisierungsumlagen wurden dafür in geringem Umfang erhoben.

Im Rahmen der im Geschäftsjahr 2023 getätigten Ausschreibungen wurden ca. 96 % der beauftragten HOAI-, Wartungs- und Bauleistungen an Firmen in Sachsen-Anhalt und Sachsen vergeben. Zwei Drittel aller Auftragsvergaben nach Sachsen-Anhalt erhielten Unternehmen aus Halle (Saale).

Mietenentwicklung

Der Zweck des Unternehmens ist eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung breiter Schichten der Bevölkerung, auch einkommensschwacher Bürger. Zur Sicherung der wirtschaftlichen Existenz ist die Kostendeckung mit einer moderaten Mietpolitik in Einklang zu bringen.

In der Stadt Halle (Saale) existiert seit dem 1.1.2024 ein qualifizierter Mietspiegel. In Abhängigkeit von der Marktlage sowie Wohnungslage und -zustand wurden im Geschäftsjahr 2023 vorrangig nach Modernisierungen und baulichen Veränderungen die Mieten nach § 559 BGB angepasst. Oftmals geht der maximal umlegbare Kostenanteil auf die Nettokaltmiete für viele Mieter der GWG über ihre finanzielle Leistungsfähigkeit hinaus. Die Gesellschaft berücksichtigt dies bei der Berechnung und kappt den umlagefähigen Anteil der Modernisierungskosten, sodass die Leistungsfähigkeit der Mieter nicht überschritten wird. Vergleichsmieterhöhungen wurden bis Ende 2023 vereinzelt durchgeführt.

Eine Segregation findet weiterhin statt und die Gesellschaft setzt auf eine möglichst breite Mischung unterschiedlich hoher Wohnstandards, um Halle-Neustadt für verschiedene Einkommen auch in Zukunft attraktiv zu halten.

Personalpolitik

In der Gesellschaft arbeiteten per 31.12.2023 insgesamt 119 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sowie sechs Auszubildende. Von den 119 Beschäftigten sind 75 weiblich (63 %). 63 % der Stellen mit Personalverantwortung sind mit Frauen besetzt. Das Durchschnittsalter der Belegschaft belief sich zum Ende des Geschäftsjahres auf 46,1 Jahre.

Ergebnis der Tochtergesellschaft

Die Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH beendete das Geschäftsjahr 2023 erneut erfolgreich und erwirtschaftete ein Jahresergebnis in Höhe von 119 T€ (geplant: 20 T€, Vorjahr: 147,1 T€), welches durch den Ergebnisabführungsvertrag vollständig in das Jahresergebnis der GWG eingeht.

Stadtrendite

Als Unternehmen der öffentlichen Wohnungswirtschaft und kommunale Gesellschaft hat die GWG entsprechend den Vorjahren auch für das vorangegangene Geschäftsjahr 2022 eine quantitative Ermittlung ihrer Leistungen im Rahmen der Stadrendite vorgenommen. Mit dem Begriff „Stadrendite“ werden Leistungen der öffentlichen Wohnungsunternehmen bewertet, die sie aus gesellschaftlicher Verantwortung mit ihrer Geschäftstätigkeit für die Kommune übernehmen und erbringen.

D. Wirtschaftliche Lage der Gesellschaft

Ertragslage

Die Gesellschaft schloss das Geschäftsjahr 2023 mit einem Jahresüberschuss von 3.485 T€ ab, der insbesondere aus dem Kerngeschäft erwirtschaftet wurde.

Das Ergebnis aus der Hausbewirtschaftung weist einen Überschuss in Höhe von 3.457,9 T€ aus, der gegenüber dem Vorjahr um 659 T€ höher ausgefallen ist. Hauptgründe für den Anstieg sind niedrigere Instandsetzungsaufwendungen (um 1.782 T€) und gestiegene Istmieten (1.080 T€). Höhere Zinsaufwendungen (um 931 T€) und höhere sonstige Kosten (um 964 T€) wirkten sich reduzierend auf das Ergebnis aus. Der Anteil des Kapitaldienstes an der Nettomiete beträgt 41,76 %.

Das positive Finanzergebnis von 345 T€ resultiert aus gestiegenen Zinserträgen (277 T€) und dem Beteiligungsgewinn an der Tochtergesellschaft (119 T€) und hat sich gegenüber dem Vorjahr um 255 T€ verbessert.

Der Anstieg des neutralen Ergebnisses gegenüber dem Vorjahr um 301 T€ ist insbesondere auf geringere Aufwendungen früherer Jahre (um 461 T€) sowie höheren Buchgewinnen aus dem Verkauf von Wohnungen (um 88 T€) zurückzuführen, denen höhere außerplanmäßige Abschreibungen (um 225T€) und geringere Zuschreibungen (um 145 T€) gegenüberstehen. Das neutrale Ergebnis schließt mit einem positiven Saldo von 75,3 T€.

Da die Gesellschaft das Geschäftsjahr 2023 mit einem positiven Jahresergebnis abschließt, ist eine Gesamtkapitalverzinsung gegeben.

Finanzlage

Die Finanzlage der Gesellschaft ist im Geschäftsjahr 2023 positiv zu beurteilen. Dies ist hauptsächlich auf Mittelzuflüsse im Bereich des Hauptgeschäftes zurückzuführen.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit von 14.200 T€ reichte nicht aus, um die Mittelabflüsse aus der Investitionstätigkeit in Höhe von 36.126 T€ zu decken. Für die um 2.368 T€ gegenüber dem Vorjahr gestiegenen Investitionen waren Fremdmittel in Höhe von 40.314,6 T€ aufzunehmen. Diesem Zufluss finanzieller Mittel standen planmäßige Zins- und Tilgungszahlungen von 15.472 T€ sowie Gewinnausschüttungen an die Gesellschafterin von 2.000 T€ gegenüber. Somit beläuft sich der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit auf 22.176 T€.

Zum Jahresende nicht abgerufene Zins- und Tilgungszahlungen an die Bank in Höhe von 723 T€ führten zum Anstieg des Finanzmittelfonds am Ende der Periode um 250 T€.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr um 32.137 T€ gestiegen.

Auf der Aktivseite führten umfangreiche Investitionen (39.473 T€), reduziert um Zu- und Abschreibungen (8.131 T€), zu einem Zugang bei den Sachanlagen von 30.027 T€. Der Anstieg noch nicht abgerechneter Betriebskosten (um 2.427 T€) führte ebenfalls zu höheren Bilanzsumme.

Auf der Passivseite verbesserte sich das Eigenkapital durch den erzielten Jahresüberschuss und die anteilige Thesaurierung des Vorjahresgewinnes. Weitere Erhöhungen ergaben sich im Bereich der lang- und mittelfristigen Verbindlichkeiten (um 28.370 T€) – hier vor allem bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten aufgrund der Neuaufnahme von Darlehen in Höhe von 40.315 T€, denen planmäßige Tilgungen von 12.105 T€ gegenüberstanden.

Die Wohn- und Geschäftsbauten wiesen im Durchschnitt einen Buchwert von 519,64 € je m² bei einer Verschuldung von 311,40 € je m² auf.

Das mittel- und langfristige Vermögen wird ausreichend durch mittel- und langfristig verfügbare Eigen- und Fremdmittel gedeckt. Die Eigenkapitalquote (Eigenkapital zuzüglich Sonderposten für Investitionszulagen im Verhältnis zum Gesamtkapital) wird mit 48,7 % ausgewiesen.

Die Vermögens- und Finanzverhältnisse sind geordnet. Die Gesellschaft war jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Folgende Leistungsindikatoren kennzeichnen das Geschäftsjahr 2023:

	Einheit	Ist-Wert	Plan-Wert
Sollmiete des Gesamtbestands	€/m ² monatlich	5,43	5,46
Erlösschmälerung der Sollmiete	%	4,8	6,1
Verschuldungsgrad	%	45,7	46,2
Eigenkapitalquote	%	48,7	48,6
Gesamtkapitalrentabilität	%	1,7	1,3

III Prognosebericht

Die bisher hohe Inflation hat sich Ende 2023 reduziert, das Preisniveau bleibt jedoch anhaltend hoch und stellt die GWG und ihre Kundinnen und Kunden weiterhin vor große finanzielle Herausforderungen. Nach wie vor werden politische Entscheidungen zur Finanz- und Wohnungspolitik nicht oder unverständlich vermittelt und stellen so keine Basis für langfristig stabilen Prognosen dar.

Die mit Beginn des Jahres 2023 stark angestiegenen Fremdkapitalzinsen werden einschätzungsgemäß zur Mitte des Jahres 2024 etwas zurückgehen, bleiben aber im Wesentlichen auf dem Niveau bestehen. Kreditaufnahmen, die auch weiterhin geplant sind, werden dadurch etwas zinsgünstiger. Die Anforderungen an die Wohnungsunternehmen bei der Fremdkapitalbeschaffung werden u.a. durch die Fragenkomplexe zur Nachhaltigkeit höher.

Für den mit Fernwärme versorgten Bestand der GWG sorgt ein dreijähriger Liefervertrag für Preisstabilität. Der ermäßigte Umsatzsteuersatz auf Fernwärme und Gaslieferungen wird zum 1.4.2024 wieder auf den allgemeinen Umsatzsteuersatz erhöht. Im Ergebnis wird wieder ein Kostenaufwuchs im Bereich der Betriebskosten im Jahr 2024 zu erwarten sein. Um das Unternehmen dafür liquiditätsseitig zu sichern, werden weitere Erhöhungen der Vorauszahlungen auf Betriebskostenumlagen notwendig. Durch den hohen Anteil an Transfereinkommensbeziehern wird dies auch die öffentlichen Kassen stark belasten.

Neben der kontinuierlichen, qualitativen Verbesserung des Wohnungsbestandes in Halle-Neustadt wird die Erschließung neuer Wohnungsteilmärkte in Halle (Saale) ein weiteres und ebenso wichtiges, strategisches Element der Bestandsentwicklung sein, um die Portfoliodiversifizierung weiter voranzutreiben. Dabei werden Veräußerungen von Teilportfolien in Halle-Neustadt nicht ausgeschlossen. Den vollständigen Rückbau von Wohngebäuden schließt die Gesellschaft für den Zeitraum bis 2027 derzeit aus.

Für die folgenden Geschäftsjahre geht die Gesellschaft weiterhin von einem Zuwachs an vermietbarer Wohnfläche im Eigenbesitz aus. Mit dem mehrjährigen Bebauungskonzept im Böllberger Weg vergrößert die Gesellschaft ihre Marktposition und kann sich an einem weiteren Standort im Stadtgebiet von Halle (Saale) etablieren. Die nächsten Wohnungen im zukünftigen Wohngebiet „Am Mühlwerder“ werden ab Frühsommer 2024 vermietet.

Die Kosten für die Integration Geflüchteter, die Stadt- und Quartiersentwicklung in Halle-Neustadt und die zunehmenden Anforderungen an die energetische Sanierung des Gebäudebestands sind dem Grunde nach mit weiteren Abführungen aus den Bilanzgewinnen an die Gesellschafterin nicht vereinbar. Dennoch besteht derzeit auch weiterhin die Erwartungshaltung der Gesellschafterin auf jährliche Abführungen an den städtischen Haushalt in Millionenhöhe.

Für das Jahr 2024 erwartet die Gesellschaft keine gravierenden Veränderungen der Bevölkerungszahlen der Gesamtstadt von Halle (Saale) und dem Teilraum von Halle-Neustadt. Die GWG geht davon aus, dass es für Teilbereiche von Halle-Neustadt denkmalrechtliche Unterschutzstellungen geben wird.

Für die Umsatzerlöse aus Sollmieten wird für 2024 ein Wert von ca. 40 Mio. € erwartet, was einer voraussichtlichen Durchschnittsmiete von 5,74 € je m² im Monat entspricht. Die Gesellschaft geht dabei von einer Erlösschmälerung dieser Sollmieten in Höhe von 5,3 % aus.

Aufgrund des in der Stadt Halle (Saale) seit 1.1.2024 gültigen und qualifizierten Mietspiegels sind Wohnungsmieten eigentümerunabhängig vergleichbar. Darauf basierende Anpassungen der Nettokaltmieten wird die Gesellschaft ab Mitte 2024 vornehmen und die soziale Ausgewogenheit besonders beachten.

Modernisierungsumlagen werden auch weiterhin erhoben, um die Wirtschaftlichkeit der Investitionen im Bestand zu gewährleisten.

Die Gesellschaft plant, 2024 ihre Kreditverbindlichkeiten um voraussichtlich 17,5 Mio. € erhöhen und damit die Fremdkapitalquote um ca. einen Prozentpunkt anzuheben. Am Ende des Geschäftsjahres 2024 wird eine voraussichtliche Eigenkapitalquote von ca. 48 % geplant.

Aus den geplanten Investitionen sowie deren Aktivierungsfähigkeit wird sich die Bewertung des Sachanlagevermögens von Wohn- und Geschäftsbauten 2024 voraussichtlich auf das 9,3fache der Jahres-Istmiete (Sollmieten abzüglich der Erlösschmälerungen wegen Leerstands sowie der Umlagen und Gebühren) einstellen. Bei der Bewertung der Verbindlichkeiten geht die Gesellschaft davon aus, dass zum 31.12.2024 ein Wert in Höhe des 4,8fachen der Jahres-Istmiete erreicht wird.

Vorgenannte Prognosen basieren auf der Wirtschafts-, Finanz- und Bilanzplanung, die im November 2023 durch das Gremium der Gesellschaft beschlossen wurde.

IV Risikobericht

A. Risikomanagementsystem

Die Gesellschaft verfügt über ein Risikomanagementsystem, welches den Vorgaben des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) folgt, auf die Erfordernisse der Aufbau- und Ablauforganisation der Gesellschaft ausgerichtet ist und ständig an aktuelle Anforderungen angepasst wird.

Das Risikomanagement zielt auf eine aktive Steuerung und Überwachung der Risiken, die sich wesentlich auf den Erfolg des Unternehmens auswirken könnten. Die frühzeitige Erkennung negativer Tendenzen ermöglicht, zeitnah Maßnahmen zur Gegensteuerung zu ergreifen.

Ein Kernstück der Informationsaufbereitung stellen die monatlichen Chefzahlen dar. Sie enthalten in zusammengefasster Form wesentliche aktuelle Kennzahlen und Einschätzungen aus allen Bereichen des Unternehmens und der 100%igen Tochtergesellschaft Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH (BHT).

Die GWG ist mit ihren Planungs-, Portfolio- und Controllinginstrumenten in der Lage, negative Entwicklungen rechtzeitig zu erkennen und geeignete Steuerungsmaßnahmen zu ergreifen. Eine enge Vernetzung von Vermietungs- und Investitionsstrategien ermöglicht dabei eine effiziente Risikosteuerung.

Zur Einhaltung der Vorgaben des KonTraG wird ein dafür entwickeltes Frühwarnsystem betrieben, welches über die wesentlichen Kennziffern der Sollmiete, des Leerstands sowie über finanzwirtschaftliche Kennziffern wie Verschuldungsgrad und Forderungsquoten die Risiken des Geschäftsbetriebes permanent erfasst und bei Abweichungen an die Geschäftsleitung berichtet.

B. Risiken

Der am 24.02.2022 völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine bewirkt nach Einschätzung der Gesellschaft kurz- und mittelfristig Risiken für die eigene Geschäftstätigkeit aber auch für die Entwicklung der regionalen und europäischen Wirtschaft. Die kommunale Wohnungswirtschaft organisiert für einen großen Teil der Kriegsflüchtlinge, die mit hohen psychischen Belastungen ankommen, die Unterbringung in möblierten Wohnungen und heißt sie dadurch willkommen. Die GWG stellt sich dieser Aufgabe mit Selbstverständnis, muss aber hierfür ihre Geschäftsstrategien anpassen. Kurzfristig nicht erweiterbare Material- und Personalkapazitäten stehen einer Erfüllung der bisher gesetzten Ziele und Aufgaben bezüglich Zeit und Geld entgegen.

Die hohen Kosten, die Städte und Gemeinden für die Unterbringung von Geflüchteten aus Kriegsgebieten in der Welt haben, belasten die öffentlichen Haushalte immer mehr. Die GWG sieht ein Risiko auch bei der Festlegung der Städte und Gemeinden, in welcher Höhe die Kosten für eine Unterkunft von sozial benachteiligten Menschen angemessen sind. Den unabhängig davon weiter steigenden Bewirtschaftungs- und Verwaltungskosten der Wohnungsunternehmen stehen damit ggf. stagnierende Sozialmieten gegenüber.

Die Preissteigerungen in allen Produkten bewirken eine hohe Belastung vor allem der sozial schwachen Bevölkerung. Dies führt unter Umständen dazu, dass ein Teil der GWG-Kundschaft in ihrer Zahlungsfähigkeit eingeschränkter als zuvor sein wird. Die Gesellschaft schätzt daher ein, dass sich Mietrückstände aus aktiven Verträgen und der Arbeitsaufwand für die Sozialbetreuerinnen der Gesellschaft weiter erhöhen werden. Zusätzlich besteht das Risiko des Aufwuchses nicht einbringlicher Forderungen, deren Abschreibungen ergebniswirksam sind.

Durch die weiter gewachsene Binnennachfrage nach handwerklichen Leistungen und die weiterhin hohen energetischen Anforderungen für Neubauten und energetische Bestandssanierungen ist nicht zu erwarten, dass sich Preise für den Neu- bzw. Umbau von Wohnungen rückläufig entwickeln.

Im Integrierten Stadtentwicklungskonzept 2025 wird für die besser nachgefragten Stadtteile Nördliche und Südliche Halle-Neustadt bis 2030 ein Rückgang der Bevölkerung von bis zu 10 % prognostiziert, im westlichen Stadtgebiet von bis zu 15 %. In der Prognoserechnung wird von einer sehr geringen Zunahme der durchschnittlichen Personenzahl pro Haushalt ausgegangen. Dadurch kann sich die Anzahl der Haushalte etwas stärker rückläufig entwickeln als die Bevölkerung. Die Gesellschaft erwartet mittelfristig einen Rückgang der wohnungsnachfragenden Haushalte in Halle-Neustadt, der auch durch die Binnenwanderung im Stadtgebiet in neu gebaute Wohnungen bewirkt wird. Vermindert sich der Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund in Halle-Neustadt im Zuge des Wegfalls von Ursachen für Flucht und Vertreibung wieder, kann dies für die Gesellschaft bedeuten, dass im eigenen Wohnungsbestandes bis zum Jahr 2030 ca. 1.000 Wohnungen in der Großwohnsiedlung nicht mehr vermietet werden können.

Durch den weiterhin stattfindenden demografischen Wandel in der Bewohnerstruktur der GWG werden auch 2024 verstärkt Wohnungen an die Gesellschaft mit Beendigung des Mietvertrags zurückgegeben, die in Teilen sehr langfristig gemietet und bewohnt wurden. Da in der Vergangenheit nur in geringem Umfang Instandsetzungsmaßnahmen durchgeführt werden konnten, ist der Arbeitsumfang für die Herstellung der Wiedervermietbarkeit und die dafür anfallenden Kosten in diesen Wohnungen viel höher als in öfter durch Mieterwechsel betroffenen Wohnungen. Die bereits beschriebenen Engpässe im Bauwesen wirken als zusätzliche Belastung. Insgesamt führt das zu längeren Leerständen bis zur Wiedervermietung.

Die Anforderungen an die energetische Sanierung des Gebäudebestands werden weiter steigen und lassen ggf. Sanierungsmaßnahmen früher als geplant notwendig werden. Die Gesellschaft wird möglicherweise mit gesetzlich vorgeschriebenen Nachinvestitionen an bereits energetisch sanierten Gebäuden konfrontiert, die durch gekappte oder gesetzlich verminderte Modernisierungsumlagen nicht refinanziert werden können.

Die Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) hat im Zeitraum von 2008 bis 2023 zur eigenen Haushaltskonsolidierung ca. 64 Mio. € aus der Gesellschaft entnommen. Weitere Entnahmen der Gesellschafterin in den Folgejahren können derzeit nicht ausgeschlossen werden.

C. Risikoberichterstattung in Bezug auf die Verwendung von Finanzinstrumenten

Derivative Finanzinstrumente werden von der Gesellschaft nicht eingesetzt.

V Chancenbericht

Die GWG bewirtschaftet ihren Wohnungsbestand im Rahmen ihrer Ertragskraft in einem auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Geschäftsmodell und berücksichtigt dabei soziale, städtebauliche und ökologische Aspekte. Ertragspotenziale ergeben sich aus dem Neubau und der Entwicklung von Immobilien außerhalb des Stadtteils Halle-Neustadt. Dabei wird insbesondere das Ziel verfolgt, das eigene Portfolio weiter zu diversifizieren. Kerngeschäft bleibt weiterhin die Entwicklung und Bewirtschaftung des Immobilienbestandes in Halle-Neustadt. Sanierungsmaßnahmen des Halle-Neustädter Wohnungsbestandes werden weiter stattfinden und bedarfsgerecht geplant.

Die Ausweitung mobiler Arbeitsmethoden und die forcierte Digitalisierung in allen Bereichen und Prozessen tragen dazu bei, dass das Unternehmen auch in den kommenden Geschäftsjahren zukunftsfest bleibt.

Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Hansering 19 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	102.259		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	102.259	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Zweck der Gesellschaft ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung.

Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Sie kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Dienstleistungen bereitstellen. Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, andere Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Wohnungswirtschaft dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Danz, Simone	
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Rebenstorf, René	
	stellv. Vorsitzende	Fritz, Melanie	
		Feigl, Christian	
		Haupt, Ute	
		Krause, Johannes	
		Maue, Sven	(seit 24.01.2023)
		Raue, Alexander	
		Rochau, Lothar	
		Rothe, Uwe	

Aufsichtsrat:

Scholtyssek, Andreas
Sommer, Manfred
Winkler, Steffen

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	21	20	23

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

d) Beteiligungen

unmittelbar	T€	%
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	10	99,95
Volksbank Halle (Saale) eG	0	0,00

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2023		2022		2021		Veränderungen 2023 zu 2022	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	609.979	89	603.542	90	602.247	90	6.437	1
Umlaufvermögen	57.239	8	53.260	8	51.822	8	3.979	7
Rechnungsabgrenzungsposten	16.921	3	17.247	2	17.289	2	-326	-2

Bilanzsumme	684.139	100	674.049	100	671.358	100	10.090	1
--------------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	---------------	----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	328.513	48	320.863	48	317.809	47	7.650	2
Sonderposten aus Zuwendungen Dritter	9.765	1	10.009	1	10.253	2	-244	-2
Rückstellungen	5.128	1	4.011	1	3.982	1	1.117	28
Verbindlichkeiten	325.400	48	326.851	48	331.548	49	-1.451	0
Rechnungsabgrenzungsposten	7.960	1	6.465	1	6.705	1	1.495	23
Passive latente Steuern	7.373	1	5.850	1	1.061	0	1.523	26

Bilanzsumme	684.139	100	674.049	100	671.358	100	10.090	1
--------------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	---------------	----------

bb) GuV

	2023	2022	2021
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	96.845	97.130	91.288
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen andere aktivierte Eigenleistungen	3.248	-2.066	1.774
sonstige betriebliche Erträge	886	753	1.059
sonstige betriebliche Erträge	6.105	6.441	11.008
Aufwand für Hausbewirtschaftung, Verkaufsgrundstücke und andere Lieferungen und Leistungen	50.694	42.999	44.755
Personalaufwand	17.103	16.351	16.230
Abschreibungen	13.126	15.521	13.518
sonstige betriebliche Aufwendungen	6.752	7.033	7.398
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.658	427	183
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	6.856	6.498	7.492
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.555	6.222	2.164
Ergebnis nach Steuern	12.656	8.061	13.755
sonstige Steuern	6	7	7
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	12.650	8.054	13.748
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	69.359	70.110	62.736
Ausschüttung	5.000	5.000	5.000
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	48.106	3.805	1.374
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	28.903	69.359	70.110

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2023	2022	2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	13,06	8,29	15,06	%
Eigenkapitalrentabilität:	4,22	3,20	5,55	%
Cash-Flow:	23.897	22.528	23.909	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	417	406	409	T€
Personalaufwandsquote:	15,97	15,99	15,44	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	89,14	89,51	89,67	%
Eigenkapitalquote:	48,02	47,60	47,34	%
Fremdkapitalquote:	51,98	52,40	52,66	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Wohneinheiten	15.155	15.156	15.236	Einheiten
Leerstand Wohneinheiten	6,0	5,8	6,9	Einheiten
Wohneinheiten HWG KG	2.242	2.241	2.241	%
Leerstand Wohneinheiten HWG KG	5,5	3,9	5,8	%
Gewerbeeinheiten	248	249	251	%
Leerstand Gewerbeeinheiten	6,1	9,2	6,4	%
Gewerbeeinheiten HWG KG	18	18	18	Einheiten
Leerstand Gewerbeeinheiten HWG KG	11,1	5,6	0,0	Einheiten

f) Lagebericht

Zusammengefasster Lagebericht der Gesellschaft und des Konzerns für das Geschäftsjahr 2023

1. **Grundlagen des Unternehmens/des Konzerns**
2. **Wirtschaftsbericht**
 - 2.1 Gesamtwirtschaftliche Lage und Branchenentwicklung
 - 2.2 Situation und Rahmenbedingungen der HWG mbH
 - 2.3 Geschäftsverlauf
 - 2.3.1 Hausbewirtschaftung
 - 2.3.2 Bestands- und Quartiersentwicklung
 - 2.3.3 Personal und Organisation
 - 2.4 Wirtschaftliche Lage des Unternehmens/des Konzerns
 - 2.4.1 Vermögenslage
 - 2.4.2 Finanzlage
 - 2.4.3 Ertragslage
 - 2.4.4 Gesamtaussage
3. **Chancen- und Risikobericht**
4. **Prognosebericht**

1. Grundlagen des Unternehmens/des Konzerns

Die Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH (HWG mbH) ist mit rund 17.400 Wohnungen größter Vermieter in Halle (Saale). Die Bewirtschaftung und Vermarktung der Wohnungen orientiert sich am Gesellschaftsvertrag, wonach der Gegenstand/der Zweck der Gesellschaft vorrangig in einer sicheren und sozial verantwortbaren Wohnungsversorgung für breite Schichten der Bevölkerung besteht.

Im Rahmen ihres Geschäftsmodells sind ein kundenorientiertes Quartiers- und Sozialmanagement, die Erwirtschaftung höherer Einnahmeüberschüsse aus der laufenden Geschäftstätigkeit, die stetige Attraktivierung des Wohnraums mittels Modernisierung sowie dem aktiven Entgegenwirken von leerstehenden Wohnungen, der Abschluss des ersten Investitionszyklus, eine konstante Kreditverschuldung in Relation zur Einnahmenentwicklung, der Erhalt der sozialen Durchmischung in den Beständen sowie die Verbesserung der ökologischen Bilanz im Immobilienbestand strategische Zielstellungen zur nachhaltigen Sicherung der wirtschaftlichen Handlungsfähigkeit der Gesellschaft.

Der alleinige Gesellschafter der Hallesche Wohnungsgesellschaft mit beschränkter Haftung ist die Stadt Halle (Saale). Der Geschäfts- und Tätigkeitssitz ist Halle (Saale).

Der Konzern HWG mbH umfasst neben dem Mutterunternehmen HWG mbH als konsolidierte Gesellschaft das Tochterunternehmen HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG, Pullach i. Isartal, (HWG KG).

Die HWG KG hält die im Rahmen eines Sale-and-Lease-Back-Geschäft in 2008 von der HWG mbH erworbenen Wohnungsbestände bilanziell in ihrem Anlagevermögen. Die HWG KG verfügt über kein Personal. Die Bestände werden durch das Personal der Muttergesellschaft im Rahmen der gewerblichen Weitervermietung bewirtschaftet.

Die Ausführungen im Lagebericht zur Gesellschaft gelten, soweit nicht ausdrücklich darauf hingewiesen, für die HWG mbH und den Konzern gleichermaßen.

Die HWG GmbH ist zur Einhaltung des Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale) verpflichtet.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche Lage und Branchenentwicklung

Für die Bestimmung der Wirtschaftsleistung im Jahr 2023 lagen Mitte Januar noch nicht alle Daten vor. Nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes ist das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2023 um 0,3 Prozent gesunken. Hohe Preise auf allen Wirtschaftsstufen, ungünstige Finanzierungsbedingungen und eine geringe Nachfrage im In- und Ausland dämpfen die Konjunktur. Die Erholung der deutschen Wirtschaft setzt sich damit nicht weiter fort.¹

Die Entwicklung der Bruttowertschöpfung verlief in den einzelnen Wirtschaftsbereichen differenziert. Die Wirtschaftsleistung im produzierenden Gewerbe ging insbesondere aufgrund der niedrigeren Produktion im Energiebereich deutlich zurück. Das Baugewerbe blieb hingegen trotz hoher Baukosten, Fachkräftemangel und schlechter Finanzierungsbedingungen stabil. Auch die privaten Konsumausgaben gingen zurück und liegen damit weiterhin unter dem Vorkrisenniveau von 2019. Wichtigste Stütze für die Entwicklung der Wirtschaftsleistungen im Jahr 2023 waren die meisten Dienstleistungsbereiche.²

Die Wirtschaftsleistung wurde im Jahresdurchschnitt von rund 45,9 Millionen Erwerbstätigen erbracht, 0,7 Prozent mehr als im Vorjahr. Der Arbeitsmarkt bleibt damit in dem unsicheren wirtschaftlichen Umfeld stabil. Wesentliche Aspekte hierfür waren die Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte sowie der Beschäftigungsaufbau in den Dienstleistungsbereichen.³ Die Arbeitslosenquote ist leicht auf 5,7 Prozent gestiegen und bewegt sich damit weiterhin auf dem Niveau der Vorjahre⁴.

Die gesamtwirtschaftliche Lage sowie die sonstigen schwierigen Rahmenbedingungen hatten Auswirkungen auf die Entwicklungen in der Stadt Halle (Saale). Die Arbeitslosenquote der Stadt Halle (Saale) entwickelte sich analog der Quote für Deutschland vom III. Quartal 2022 bis zum III. Quartal 2023 und stieg leicht um 0,4 Prozentpunkte auf 9,7 Prozent an.⁵

Die Zahl der Einwohner in der Stadt Halle (Saale) hat sich im Jahr 2023 leicht erhöht. Zum Ende des Jahres wohnten etwa 244.500 Einwohner in der Stadt.⁶ Ursächlich für die Entwicklung im Jahr 2023 ist die Zuwanderung (positiver Saldo der räumlichen Bevölkerungsbewegung).⁷

Trotz der hohen Preisdynamik in vielen Wirtschaftsbereichen im Jahr 2023 sind in Sachsen-Anhalt die Nettokaltmieten nur um 0,7 Prozent gestiegen.⁸ Der Anstieg bei den Mieten in Sachsen-Anhalt fiel damit etwa auf Vorjahresniveau aus.⁹ In Deutschland betrug der Mietenanstieg ca. 2,1 Prozent.¹⁰

Der Verbraucherpreisindex in Sachsen-Anhalt entwickelte sich mit einem Anstieg um 6,0 Prozent im Jahreschnitt deutlich dynamischer als die Mieten, fiel aber geringer aus als im Vorjahr. Zum Jahresende lag die Teuerungsrate bei 3,5 Prozent.

Die sonstigen Wohnnebenkosten ohne Energiekosten sind in Sachsen-Anhalt im Jahr 2023 mit 4,1 Prozent ähnlich stark angestiegen wie im Vorjahr. Aufgrund der im Vergleich zum Vorjahr weniger dynamischen Energiepreise fielen die Wohnkosten im Jahr 2023 im Durchschnitt um 3,9 Prozent höher aus (Vorjahr 6,9 Prozent).¹¹

Die Baupreise haben sich im Berichtsjahr weiterhin sehr dynamisch entwickelt, auch wenn der Preisanstieg nicht so hoch ausfiel wie im Vorjahr. Der Preisindex für die Bauwirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt für Wohngebäude nahm in 2023 um 10,6 Prozent zu. Die Preise für die Instandhaltung sind im gleichen Zeitraum um 12,1 Prozent gestiegen.¹² Damit erhöhten sich insgesamt in der Immobilienwirtschaft die Ausgabenpositionen wiederholt deutlich stärker als die Einnahmenpositionen.

2.2 Situation und Rahmenbedingungen der HWG mbH

Die Entwicklung der Gesellschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr war geprägt von zahlreichen herausfordernden Rahmenbedingungen. Hierzu gehörten hohe Energiepreise, hohe Baupreise, gestiegene Zinsen und die allgemeine Preisentwicklung sowie begrenzte Planungs- und Baukapazitäten. Unsicherheiten aus dem politischen Umfeld, insbesondere bei Gesetzgebungsverfahren, erschwerten darüber hinaus verlässliche Planungen.

¹ Pressemitteilung Nr. 019/2024 des Statistischen Bundesamtes vom 15.01.2024

² Pressemitteilung Nr. 019/2024 des Statistischen Bundesamtes vom 15.01.2024

³ Pressemitteilung Nr. 019/2024 des Statistischen Bundesamtes vom 15.01.2024

⁴ Statistisches Bundesamt (Genesis-Datenbank) Datenabruf 13211-0001 vom 16.01.2024

⁵ Quartalsbericht der Stadt Halle (Saale) 3/2023 S. 36

⁶ Vorabinformation der Stadt Halle (Saale) zum Quartalsbericht 4/2023 vom 31.01.2024

⁷ Quartalsbericht der Stadt Halle (Saale) 3/2023 S. 13

⁸ Pressemitteilung Nr. 3/2024 des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt vom 04.01.2024

⁹ Pressemitteilung Nr. 7/2023 des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt vom 13.01.2023

¹⁰ Pressemitteilung Nr. 20 des Statistischen Bundesamtes vom 16.01.2024

¹¹ Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt (Genesis-Datenbank) Datenabruf 61111-0001 vom 23.01.2024

¹² Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt (Genesis-Datenbank) Datenabruf 61261-0001 vom 15.01.2024

Preissteigerungen bei Energie und Bau-/Instandhaltungsleistungen sind seit Jahren zu beobachten, die Dynamik in Folge von Pandemie, Ukraine-Russland-Konflikt und strukturellen wirtschaftlichen Veränderungen (z. B. Energiewende) bis hin zur Gefährdung der Versorgungssicherheit sind jedoch neu.

Bereits im Vorjahr und im Rahmen der Planung für das Jahr 2023 hat die Gesellschaft Vorsorgemaßnahmen getroffen. Die Auswirkungen sind im Jahr 2023 nicht in dem Ausmaß eingetreten, wie zum Ende des vorangegangenen Geschäftsjahres und zum Planungszeitpunkt noch zweitweise zu befürchten war. Die Energiekostenentwicklungen haben nicht zu Forderungsanstiegen mit erhöhten Risiken durch Liquiditätsengpässe und Forderungsausfälle für die Gesellschaft geführt. Die Risiken bestehen jedoch weiterhin. Die Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sind im Ergebnis dessen derzeit als vergleichsweise gering zu bewerten.

Details dazu werden auch unter dem Punkt 2.4 (Wirtschaftliche Lage des Unternehmens/des Konzerns) und dem Punkt 3 (Chancen- und Risikobericht) ausgeführt.

Die weitere gesamtwirtschaftliche Entwicklung ist auch aufgrund eines weiteren Konfliktes im Nahen Osten nur schwer abschätzbar, die Auswirkungen auf die Gesellschaft jedoch werden unter Berücksichtigung der aktuellen Kenntnisstände als steuerbar eingeschätzt. Die Entwicklung der Umsatzerlöse und der Einnahmen aus der Hausbewirtschaftung, der größten Einnahmeposition der Gesellschaft, war auch in 2023 positiv.

In diesem weiterhin sehr anspruchsvollen Marktumfeld wirken sich die finanziellen Erwartungen des Gesellschafters belastend auf die Unternehmensentwicklung aus. Seit dem Jahr 2008 wird die Entwicklungsgeschwindigkeit der Gesellschaft durch Gewinnausschüttungen an den alleinigen Gesellschafter nachhaltig beeinflusst. Die seit 2013 geleisteten Gewinnausschüttungen sind mit EUR 5 Mio. p.a. unverändert hoch. Zur Absicherung der Handlungsfähigkeit der Gesellschaft wurde unter den gegebenen Rahmenbedingungen in der Planung ab dem Jahr 2024 eine Gewinnausschüttung in Höhe von EUR 2 Mio. eingestellt. Dem entgegen stehen die Haushaltsplanungen der Stadt Halle (Saale), die aufgrund der angespannten Haushaltslage eine Gewinnausschüttung der HWG mbH für die Jahre 2024 ff. von EUR 5 Mio. vorsehen. Dies wird der Konzern beim Aufstellen der mittelfristigen Planung für die Jahre 2025 bis 2029 berücksichtigen müssen.

Zur Förderung der sozialen Durchmischung in Stadtteilen, in denen die Gesellschaft mehr als 1.000 Wohnungen im eigenen Bestand bewirtschaftet, wurde im Jahr 2019 im Rahmen des wohnungspolitischen Konzeptes und im Einklang mit dem Gesellschaftszweck eine freiwillige Selbstverpflichtung für „Bezahlbare Mieten und soziale Wohnungsversorgung“ übernommen. Diese besteht fort und ist in den Planungen der Gesellschaft berücksichtigt.

Die Gesellschaft profitiert mit ihrem diversifizierten Portfolio von den Wanderungspräferenzen. Die Lagevorteile von Teilen ihres Portfolios und dessen weitere Sanierung stabilisieren ihre Marktposition. Allerdings ergeben sich kaum noch Möglichkeiten wie in den letzten Jahren, unterschiedliche Entwicklungstendenzen innerhalb des Portfolios bei beispielsweise lagenbenachteiligten Quartieren auszugleichen.

Insbesondere Bestände in innenstadtnahen Stadtteilen haben zum Teil deutliche Bevölkerungszuwächse in den letzten 10 Jahren erfahren.¹³ Dort hat die Gesellschaft investiert und auch für die nächsten Jahre einen Investitionsschwerpunkt gesetzt.

Ein weiterer Investitionsschwerpunkt der Gesellschaft liegt in den Großwohnsiedlungen. Diese Teilmärkte haben sich in der Vergangenheit durch Investitionen in Verbindung mit Rückbau und Quartiersarbeit konsolidiert, weshalb die Gesellschaft ihre Quartiersarbeit und die Investitionstätigkeit fortsetzen wird.

Weiterhin wird das Investitionsprogramm zukünftig von klimapolitischen Vorgaben geprägt sein. Die energetische Ertüchtigung der Wohnimmobilien ist bereits jetzt Bestandteil der Planungen der Gesellschaft. Der Austausch von Heizgeräten mit fossilen Brennstoffen wird bei der anstehenden Planung als zusätzlicher Investitionsschwerpunkt mit aufgenommen. Derzeit werden noch etwa 3.000 Wohnungen mit Gas mit Wärme und Warmwasser versorgt.

2.3 Geschäftsverlauf

Die Gesellschaft nutzt zur Steuerung finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren. Diese geben auch Auskunft zum Geschäftsverlauf. Zu den wichtigsten Leistungsindikatoren gehören:

- Jahresergebnis
- Einnahmen aus der Hausbewirtschaftung (Soll-Miete) sowie Erlösschmälerung
- Wohnungsleerstand
- Bestandsinvestitionen (Modernisierung und Instandhaltung/Instandsetzung)

¹³ Quartalsberichte der Stadt Halle (Saale) 4/2013 S. 13 und Vorabinformation der Stadt Halle (Saale) zum Quartalsbericht 4/2023 vom 31.01.2024

Im Geschäftsjahr 2023 haben sowohl die Muttergesellschaft als auch der Konzern erneut ein positives Ergebnis erwirtschaftet.

Das Jahresergebnis fällt gegenüber dem Plan deutlich höher aus. Die Planabweichung resultiert im Wesentlichen aus der Entwicklung der Betriebs- und Heizkosten. Diese sind aufgrund der Entwicklungen der Preise, der Preisbremsen sowie dem Verbraucherverhalten weitaus geringer ausgefallen als die Annahmen zum Zeitpunkt der Planung für 2023. Die höheren sonstigen betrieblichen Erträge resultieren unter anderem aus Zuschreibungen zum Anlagevermögen.

In der Hausbewirtschaftung wurde das wichtigste wirtschaftliche Leistungsziel, die Einnahmen aus der Vermietung übertroffen, auch wenn dabei die angestrebte Leerstandsquote nicht vollumfänglich erreicht wurde. Die Mieterhöhungen aus dem Vorjahr sowie Mietanpassungen im Rahmen der Fluktuation haben zu diesem Ergebnis beigetragen.

Die um die Erlösschmälerung wegen Leerstand bereinigten Sollmieten konnten somit überplanmäßig um 4,0 Prozent gesteigert werden. Die Erlösschmälerung wegen Leerstand blieb im abgelaufenen Geschäftsjahr aufgrund des über den Jahresverlauf insgesamt stabilen Leerstandes weitgehend unverändert.

Die Realisierung von Sanierungsmaßnahmen konnte bis auf zwei Maßnahmen im geplanten Umfang umgesetzt werden. Bei der Bauvorbereitung gab es zeitliche Verzögerungen.

Weiteres zu den einzelnen Leistungsindikatoren wird unter den Punkten 2.3.1 Hausbewirtschaftung, 2.3.2 Bestands- und Quartiersentwicklung sowie 2.4.3 Ertragslage ausgeführt.

Weitere nichtfinanzielle Leistungsindikatoren sind für die Gesellschaft von Bedeutung zum Erreichen der Leistungsziele, jedoch für die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage von untergeordneter Bedeutung.

2.3.1 Hausbewirtschaftung

Die Hausbewirtschaftung bildet das Kerngeschäft der Muttergesellschaft HWG mbH. Schwerpunkt der Hausbewirtschaftung ist die Vermietung und Verwaltung der Wohnungen im eigenen Bestand sowie in den angemieteten Beständen des Tochterunternehmens HWG KG.

Der bewirtschaftete Bestand im Konzern ist im Vergleich zum Vorjahr mit 17.397 Wohnungen und 266 Gewerbeeinheiten unverändert. Zwölf Wohnungsabgänge aufgrund des Vollzuges eines Erbbaurechtsvertrages sowie durch Grundrissänderungen im Rahmen einer Investitionsmaßnahme sind entgegen den Planungen noch nicht erfolgt.

Die Gesellschaft geht aktuell in ihrer mittelfristigen Planung von einem zu bewirtschaftenden Bestand auf dem derzeitigen Niveau aus. Jedoch werden angesichts der Erwartungen des Gesellschafters an Gewinnausschüttungen bei einer Planfortschreibung auch erneut Bestandsverkäufe in Betracht gezogen.

Der Gesellschaft ist es im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht vollumfänglich gelungen, den Leerstand auf dem Niveau des Vorjahres zu halten. Er liegt mit 5,9 Prozent leicht über dem Planwert von 5,5 Prozent und dem Vorjahreswert von 5,8 Prozent. Allerdings war der Leerstand entgegen früherer Jahre über das gesamte Geschäftsjahr weniger Schwankungen unterworfen, so dass die Erlösschmälerung in Relation zu den gestiegenen Nettokaltmieten leicht gesenkt werden konnte.

Die Gesellschaft setzte seit vielen Jahren als inflationsausgleichende Maßnahme im Jahr 2022 erstmals wieder umfassendere Mieterhöhungen bei Bestandsmietverhältnissen um, welche im Jahr 2023 zu einer deutlichen Umsatzsteigerung aus Sollmieten führten. Die positive Umsatzentwicklung aus Sollmieten wurde zudem gestützt durch Neuvermietungen der Gesellschaft nach dem Abschluss von Investitionsmaßnahmen und bei Fluktuation. Das Umsatzziel aus Sollmieten wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr deutlich übertroffen.

Zwischenzeitlich wurde mit Wirksamkeit ab 1. Januar 2024 der von der Stadt Halle (Saale) geplante Mietspiegel beschlossen und veröffentlicht. Daraus resultierende Mietpotenziale werden von der Gesellschaft noch geprüft. Zukünftige Mietanpassungen erfolgen unter Berücksichtigung der Quartiers-, Lage- und Ausstattungsqualitäten und unter Beachtung der sozialen Wohnraumversorgung.

Die Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung sind seit Jahren erstmals rückläufig. Verantwortlich hierfür sind Sondereffekte im Bereich der Umsatzerlöse aus der Betriebs- und Heizkostenabrechnung aufgrund von staatlichen Entlastungspaketen (Monatsrate Dezember für Bezug von Energie), stabiler Energiepreise durch Vertragsbindungen sowie dem Verbraucherverhalten im Ergebnis der Energiekrise.

2.3.2 Bestands- und Quartiersentwicklung

Bauleistungen

Das realisierte Bauvolumen fällt mit ca. EUR 17 Mio. etwa EUR 3 Mio. unter Plan aus. Wesentliche Ursachen hierfür sind zum einen mit einer Abweichung von ca. EUR 1,5 Mio. die Verschiebung der Baumaßnahme an einem Bürostandort sowie zum anderen mit einer Abweichung von ca. EUR 1,9 Mio. die Verschiebung des Baubeginns zum Ausbau/Umbau des Multimedianeetzes.

Die Investitionsplanung 2023 sah vor, dass etwa 350 Wohnungen wohnwertverbessernde Maßnahmen im Rahmen von energetischen Sanierungen im bewohnten Zustand erfahren werden. Im Rahmen der umgesetzten Bautätigkeit der HWG mbH wurden in 2023 ca. 280 Wohnungen fertig gestellt. Die verbleibenden ca. 70 Wohnungen befinden sich planmäßig als zweiter Bauabschnitt einer Maßnahme im Bau, welcher im Jahr 2024 abgeschlossen werden soll.

Darüber hinaus gibt es Abweichungen die mit Leistungsveränderungen, Vergabeergebnissen oder Verschiebungen/Verzögerungen bei Bauvorbereitungsprojekten im Zusammenhang stehen. Zudem begann die Gesellschaft abweichend von den Planungen im Geschäftsjahr 2023 mit der Errichtung einer Photovoltaikanlage für den eigenen Verwaltungssitz.

Die Rahmenbedingungen haben immer stärkeren Einfluss auf die Vorbereitung von Bauprojekten. Die Gesellschaft muss bei den noch ausstehenden Bestandssanierungen mehr Zeit für umfassendere Untersuchungen zur Abwägung des Sanierungsumfanges mit Blick auf den Erhalt der Wirtschaftlichkeit bei gleichzeitiger Sicherung vertretbarer Mieten aufwenden.

An Instandhaltungs- und Instandsetzungsleistungen (Fremd- und Eigenleistungen) wurden mit rund EUR 17 Mio. etwa EUR 2,5 Mio. weniger in den Bestand investiert als geplant. Maßgeblich hierfür waren Verzögerungen bei Strangsanierungen in den Gewerken Sanitär und Elektro aufgrund nicht anforderungsgerechter Angebotsabgaben bei Funktionalausschreibung. Die Leistungen wurden als Einzelpreisausschreibung erneut ausgeschrieben und vergeben. Die dafür vorgesehenen Mittel werden für den späteren Maßnahmenbeginn vorgehalten.

Die Tochtergesellschaft HWG KG hat keine Investitionstätigkeit.

Grundstücksverkehr

Grundstücke mit bewirtschafteten Gebäuden wurden nicht veräußert. Ankäufe wurden ebenfalls nicht realisiert.

2.3.3 Personal und Organisation

Zum 31. Dezember 2023 hatte der Konzern 270 Beschäftigte. Die Zahl der Beschäftigten lag damit auf Vorjahresniveau (31. Dezember 2022: 271 Beschäftigte). Alle Beschäftigten sind der HWG mbH zuzuordnen. Die HWG KG beschäftigt kein Personal.

Zum Ende des Geschäftsjahres hat die HWG mbH acht Auszubildende in kaufmännischen Berufen sowie fünf Auszubildende in handwerklichen Berufen in Ausbildung.

Im Geschäftsjahr engagierte sich die HWG mbH gemeinsam mit dem Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH (Berufliches Bildungszentrum für Blinde und Sehbehinderte) für die Integration eines Beschäftigten in den Arbeitsmarkt.

Die Vergütung der Beschäftigten erfolgte nach den Tarifverträgen für die Beschäftigten in der Deutschen Immobilienwirtschaft.

Seit dem Jahr 2012 sind die familienbewusste Personalpolitik der Gesellschaft und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zertifiziert.

Im Jahr 2023 hat sich die Gesellschaft als erstes Wohnungsunternehmen im Land Sachsen-Anhalt zur „Charta der Vielfalt“ bekannt. Das Unternehmen bringt auf diese Weise die vorurteilsfreie Wertschätzung aller Beschäftigten ganz unabhängig von Alter, ethnischer Herkunft und Nationalität, Geschlecht und geschlechtlicher Identität, körperlichen und geistigen Fähigkeiten, Religion und Weltanschauung, sexueller Orientierung sowie sozialer Herkunft zum Ausdruck.

Die Schwerpunkte der Organisationsentwicklung lagen im Geschäftsjahr auf dem Dokumentenmanagement, der Einführung mobiler Lösungen sowie der Nachhaltigkeit. In diesem Zusammenhang wurden die Grundlagen für die Nachhaltigkeitsberichterstattung geschaffen.

2.4 Wirtschaftliche Lage des Unternehmens/des Konzerns

2.4.1 Vermögenslage

Das Anlagevermögen wird in seiner Entwicklung maßgeblich erhöhend durch die Bauinvestitionen und mindernd durch Abschreibungen beeinflusst. Die Erhöhung der Vorräte resultiert aus dem Anstieg der Betriebs- und Heizkosten.

Konzern	31.12.2023		31.12.2022		Veränderung TEUR
	TEUR	%	TEUR	%	
Vermögen					
Anlagevermögen	664.997	94,5	659.982	94,7	5.015
Langfristige Forderungen	2.207	0,3	2.497	0,4	-290
Vorräte	29.526	4,2	26.186	3,8	3.340
Kurzfristige Forderungen	2.610	0,4	2.218	0,3	392
Flüssige Mittel	4.368	0,6	5.352	0,8	-984
Übrige Aktiva (RAP)	209	0,0	270	0,0	-61
Gesamtvermögen	703.917	100,0	696.505	100,0	7.412

HWG mbH	31.12.2023		31.12.2022		Veränderung TEUR
	TEUR	%	TEUR	%	
Vermögen					
Anlagevermögen	609.979	89,2	603.542	89,5	6.437
Langfristige Forderungen	21.319	3,1	19.515	2,9	1.804
Vorräte	29.526	4,3	26.186	3,9	3.340
Kurzfristige Forderungen	2.026	0,3	2.207	0,3	-181
Flüssige Mittel	4.368	0,6	5.352	0,8	-984
Übrige Aktiva (RAP)	16.921	2,5	17.247	2,6	-326
Gesamtvermögen	684.139	100,0	674.049	100,0	10.090

Die Erhöhung der Passivseite der Bilanz war im Geschäftsjahr im Konzern- und im Jahresabschluss vom Anstieg des Eigenkapitals durch den Jahresüberschuss geprägt.

Konzern	31.12.2023		31.12.2022		Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Kapital					
Wirtschaftliches Eigenkapital*	319.745	45,5	311.354	44,7	8.391
Langfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	311.396	44,2	325.020	46,7	-13.624
Kurzfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	72.776	10,3	60.131	8,6	12.645
Gesamtkapital	703.917	100,0	696.505	100,0	7.412

* Wirtschaftliches Eigenkapital = Eigenkapital + Sonderposten

HWG mbH	31.12.2023		31.12.2022		Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Kapital					
Wirtschaftliches Eigenkapital*	338.278	49,4	330.872	49,1	7.406
Langfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	277.084	40,5	286.380	42,5	-9.296
Kurzfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	68.777	10,1	56.797	8,4	11.980
Gesamtkapital	684.139	100,0	674.049	100,0	10.090

* Wirtschaftliches Eigenkapital = Eigenkapital + Sonderposten

Grundstücke und Gebäude wurden mittels Ertragswertverfahren bzw. Bodenwertvergleich bewertet. Im Ergebnis der jährlichen Überprüfungen kam es im Saldo aus außerplanmäßigen Abschreibungen gemäß § 253 HGB und Zuschreibungen zu einer Erhöhung der Buchwerte um TEUR 1.745 (Vorjahr: Minderung um TEUR 1.709).

Die Zuschreibungen und außerplanmäßigen Abschreibungen beeinflussten das Jahresergebnis des Geschäftsjahres ohne Liquiditätsauswirkung. Dies trifft für Konzern und HWG mbH gleichermaßen zu.

2.4.2 Finanzlage

Die **Cashflows aus laufender Geschäftstätigkeit** sind sowohl im Konzern als auch im Einzelunternehmen im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Wesentliche Ursache sind die höheren Jahresergebnisse, aber auch erhaltene Anzahlungen. Die Gesellschaft hat hohe Verbindlichkeiten gegenüber Mietern aufgrund höherer vereinnahmter Vorauszahlungen für Betriebs- und Heizkosten. Da die Betriebs- und Heizkosten aufgrund der Preisentwicklung und der Preisbremsen weitaus geringer ausfielen und die Versorger verspätet abgerechnet haben, kann der Ausgleich erst in 2024 erfolgen.

Konzern	2023	2022	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	45.421	37.442	7.979
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-14.894	-15.267	373
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-31.511	-21.842	-9.669
Zahlungswirksame Veränderungen	-984	333	-1.317
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	5.352	5.019	333
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	4.368	5.352	-984

HWG mbH	2023 TEUR	2022 TEUR	Veränderung TEUR
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	40.758	32.199	8.559
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-15.984	-15.400	-584
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-25.758	-16.466	-9.292
Zahlungswirksame Veränderungen	-984	333	-1.317
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	5.352	5.019	333
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	4.368	5.352	-984

Der **Cashflow aus der Investitionstätigkeit** resultiert im Wesentlichen aus der Bautätigkeit (siehe Kapitel 2.3.2 Bestands- und Quartiersentwicklung).

Die Veränderungen der **Cashflows aus der Finanzierungstätigkeit** zum Vorjahr ergeben sich vor allem daraus, dass Tilgungen höher und Neuaufnahmen geringer ausfielen.

Die Unterschiede zwischen Konzern und HWG mbH ergeben sich aus den im Konzern höheren Zins- und Tilgungszahlungen für Darlehen aufgrund der Verbindlichkeiten der HWG KG.

Der Darlehensbestand der HWG mbH gegenüber Kreditinstituten und anderen Kreditgebern betrug TEUR 278.753 (Vj. TEUR 292.660), im Konzern TEUR 320.783 (Vj. TEUR 337.450). Darin enthalten sind endfällige Schuldscheindarlehen in Höhe von TEUR 33.500 (Vj. TEUR 33.500).

Das Finanz- und Risikomanagement der Gesellschaft und des Konzerns zielt auf die Sicherung der Liquidität der Gesellschaft als Basis für die wirtschaftliche Handlungsfähigkeit und die Erfüllung darlehensvertraglicher und sonstiger Verpflichtungen ab.

Die Muttergesellschaft HWG mbH sowie die HWG KG begrenzen Zinsänderungsrisiken für jeweils ein Darlehen durch den Einsatz von Zinssicherungsinstrumenten (Zinsswaps).

Darlehen der HWG mbH in Höhe von TEUR 13.307 (Vj. TEUR 18.379) waren zum Berichtsstichtag vertraglich vereinbart, aber noch nicht abgerufen.

Die Kreditlinie der HWG mbH bei der Aarealbank AG betrug zum Berichtsstichtag TEUR 6.000 (Vj. TEUR 6.000). Es gab keine Liquiditätsengpässe, die eine Ansprache erforderlich machten.

Am Abschlussstichtag bestehen Investitionsverpflichtungen in Höhe von TEUR 5.804.

2.4.3 Ertragslage

Konzern	2023 TEUR	2022 TEUR	Veränderung TEUR
Betriebsergebnis	17.692	21.176	-3.484
Beteiligungs- und Finanzergebnis	-7.024	-7.344	320
Neutrales Ergebnis	3.621	424	3.197
Ergebnis vor Ertragsteuern	14.289	14.256	33
Ertragsteuern	654	4.466	-3.812
Jahresergebnis	13.635	9.790	3.845

HWG mbH	2023 TEUR	2022 TEUR	Veränderung TEUR
Betriebsergebnis	15.705	19.181	-3.476
Beteiligungs- und Finanzergebnis	-5.121	-5.329	208
Neutrales Ergebnis	3.620	424	3.196
Ergebnis vor Ertragsteuern	14.204	14.276	-72
Ertragsteuern	1.554	6.222	-4.668
Jahresergebnis	12.650	8.054	4.596

Konzern und HWG mbH weisen erneut Jahresüberschüsse aus.

Das **Betriebsergebnis** hat sich im Vorjahresvergleich verringert.

Die Umsatzerlöse werden zu mehr als 99 Prozent aus der Hausbewirtschaftung erzielt. Die Entwicklung der Mieten ist damit wesentlich für die stabile Entwicklung der Ertragslage. Sie sind gestiegen, während die Umsatzerlöse aus Betriebs- und Heizkostenabrechnungen auf Basis der Vorjahresaufwendungen niedriger ausfielen. Wir verweisen hierzu auch auf unsere Ausführungen im Abschnitt 2.3.1.

Der betriebliche Aufwand ist wesentlich gekennzeichnet durch gestiegene Aufwendungen für Betriebs- und Heizkosten sowie Instandhaltung. Der Instandhaltungsaufwand beinhaltet eine Rückstellung bezüglich der Verpflichtung nach Mittelfristenergieversorgungsicherungsmaßnahmenverordnung (EnSimiMaV).

Das **Beteiligungs- und Finanzergebnis** ist im Vorjahresvergleich leicht verbessert. Jedoch wirken sich bei Neuabschlüssen für Darlehen bereits die gestiegenen Zinsaufwendungen aus, die nicht vollständig durch Zinserträge kompensiert werden können. Im Konzern ist der Zinsaufwand höher, weil hier die Darlehenszinsen für den Erwerb der Bestände durch die HWG KG enthalten sind.

Das **neutrale Ergebnis** beinhaltet sonstige betriebliche Erträge und Zinsen, die nicht dem betrieblichen Leistungsprozess zuzuordnen oder periodenfremd sind. Dazu zählten im Geschäftsjahr im Wesentlichen:

- Erträge aus Zuschreibungen des Anlagevermögens nach Überprüfung der Werthaltigkeit (TEUR 1.878; Vj. TEUR 1.047)
- Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (TEUR 616; Vj. TEUR 318)
- Erträge aus Wertschöpfungen und Nutzungsentgelten für Gestattungen (TEUR 1.027; Vj. TEUR 1.024)
- Erträge aus KfW-Tilgungszuschüssen (TEUR 449; Vj. TEUR 221)
- Aufwand aus außerordentlichen Abschreibungen des Anlagevermögens nach Überprüfung der Werthaltigkeit (TEUR 133; Vj. TEUR 2.756)
- Aufwand für Spenden (TEUR 110; Vj. TEUR 94)
- Aufwand aus Abzinsung der Gewinne aus Grundstücksverkäufen im Kontext von Erbbaurechtsverträgen mit aufstehenden Gebäuden (TEUR 104; Vj. TEUR 844)

Der **Ertragssteueraufwand** berücksichtigt passive latente Steuern (TEUR 1.524; Vj. TEUR 4.788; Konzern TEUR 623; Vj. TEUR 3.032). Insgesamt besteht ein Überhang an passiven latenten Steuern, wobei aktive latente Steuern aus nutzbaren steuerlichen Verlustvorträgen unter Beachtung der Mindestbesteuerung bis zur Höhe des Passivüberhangs der latenten Steuern auf temporäre Differenzen werthaltig sind und berücksichtigt werden.

2.4.4 Gesamtaussage

Die Ertragslage ist stabil. Die Vermögens- und Finanzlage ist geordnet. Die HWG mbH war und ist jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. Die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage spricht auch unter Berücksichtigung der bestehenden Risiken nicht gegen eine Bilanzierung unter Annahme der Fortführung der Unternehmenstätigkeit.

3. Chancen- und Risikobericht

Die Gesellschaft hat ihr System zur Identifikation, Bewertung, Überwachung und Steuerung von Risiken analog den Vorjahren umgesetzt.

Das Unternehmen hat ein Risikomanagementsystem, das auch den Konzern beinhaltet. Es umfasst im Sinne einer Definition von Frühwarnsignalen die frühzeitige Identifikation, Analyse und Bewertung der Unwägbarkeiten und Unsicherheiten, welche die Erreichung der Unternehmensziele mit einer bestimmten Eintrittswahrscheinlichkeit gefährden können, einschließlich Reporting, Überwachung und Steuerung. Hierzu gehören insbesondere mittel- und langfristige Risiken mit deren Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie sonstige Entwicklungen der Gesellschaft.

Die Umsetzung erfolgt mit einem integrierten Kennzahlen- und Risikomanagementsystem, welches auf dem strategischen Zielbild mit seinen Handlungsschwerpunkten zur Sicherstellung der wirtschaftlichen Handlungsfähigkeit basiert. Wichtiger Bestandteil ist die jährliche Risikoinventur, in deren Rahmen die Risikomatrix zur Bewertung von Eintrittswahrscheinlichkeiten und Schadenshöhen überprüft wird.

Ergebnisse der Risikoinventur fließen zudem in die Planungen der Gesellschaft ein. Insbesondere Risiken mit hohem Schadenspotential und mittel- bis langfristiger Eintrittswahrscheinlichkeit, wie beispielsweise das Zinsänderungsrisiko, werden über die strategischen Planungen nach der Nettomethode gesteuert und bewertet. Annahmen zur Eintrittswahrscheinlichkeit und Schadenshöhe werden in den Planungen verarbeitet, so dass die Auswirkungen dieser Risiken auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage durch die Planungen als gut steuerbar eingeschätzt werden.

Aus der Anwendung der Nettomethode ergeben sich dabei gleichermaßen Chancen. Entwickeln sich die Annahmen positiver als ursprünglich geplant, hat dies positive Auswirkungen auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit. Diese können wiederum zum Ausgleich negativer Entwicklungen genutzt werden.

Typische Risiken der Geschäftstätigkeit, welche sich abgesehen von der Eintrittswahrscheinlichkeit kurzfristig auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft auswirken könnten, werden im Rahmen des Risikomanagements quantifiziert. Dazu gehörten im Jahr 2023 insbesondere das Mietertrags- und Leerstandsrisiko, das Risiko der Nebenkostenentwicklung, das Baukostenrisiko sowie das Liquiditätsrisiko. Eine Über- oder Unterschreitung der aus der Jahresplanung abgeleiteten Messgrößen führt frühzeitig zu Steuerungsmaßnahmen.

Ab dem Jahr 2022 wurde in Bezug auf die Risiken aus der Energie- und Klimakrise sowie daraus resultierender Gesetzesvorgaben das Risikomanagement intensiviert. Hier agiert eine gesonderte Führungsgruppe „Versorgungssicherheit“, welche Handlungsableitungen trifft und steuert.

Mietertragsrisiko

Im Rahmen der Risikoinventur wird dem Mietertragsrisiko eine besondere Bedeutung beigemessen. Mieterträge sind die Haupteinnahmequelle des Unternehmens und haben unmittelbare Auswirkungen auf die Liquiditätsentwicklung.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde dieses Risiko insbesondere durch folgende Rahmenbedingungen beeinflusst:

- allgemeine Marktentwicklung, differenzierte Entwicklung der Stadtteile
- fehlender Mietspiegel
- Nebenkostenentwicklung (insbesondere Haushaltenergie)
- Preissteigerungen in allen Konsumsegmenten

Die Wohnungsmarktlage in der Stadt Halle (Saale) ist auch im abgelaufenen Geschäftsjahr stabil geblieben. Die allgemeine und die lagebezogene Entwicklung am Mietwohnungsmarkt sind allerdings weiterhin differenziert. Es ist davon auszugehen, dass dies auch künftig der Fall ist. Die Annahme wird von den Bevölkerungsprognosen der Stadt gestützt.

Einige Stadtteile konnten nicht in dem Maße von den insgesamt positiven Entwicklungen in der Stadt Halle (Saale) profitieren. Dies gilt beispielsweise für die Großwohnsiedlungen. Auch wenn sich hier in den letzten Jahren gestützt durch die Zuwanderung zunehmend positive Tendenzen zeigen, ist in diesen Lagen das Mietertragsrisiko höher einzuschätzen. Leerstände sind dort unter anderem mit überdurchschnittlichem Quartiers- und Sozialengagement zu begrenzen.

Aus der differenzierten Marktentwicklung resultieren für die Gesellschaft sowohl Chancen als auch Risiken. Eine wichtige Grundlage für den Unternehmenserfolg ist deshalb das Portfolio der Gesellschaft, welches über Immobilien in differenzierten Lagen und Qualitäten verfügt. Mit diesem lagebegünstigten Portfolio ist die Gesellschaft wettbewerbsfähig. Negative Effekte können durch positive Entwicklungen kompensiert werden, so dass das Mietertragsrisiko insgesamt als moderat eingeschätzt werden kann.

Diese Einschätzung wird auch durch die Entwicklungen im abgelaufenen Geschäftsjahr gestützt. Gemäß den Ausführungen unter 2.3.1 Hausbewirtschaftung konnten der Leerstand stabil gehalten und Umsätze gesteigert werden.

Ein weiteres Risiko in Bezug auf die Mieterträge besteht in der nicht planmäßigen Realisierung von Mietanpassungen. Diese können im Rahmen der Neuvermietung nach Investition oder nach Mieterwechsel sowie auf der Grundlage der §§ 558 BGB ff. vorgenommen werden.

Mit der Erstellung und Beschlussfassung des Mietspiegels im Jahr 2023 besteht das Risiko nun insbesondere in der Durchsetzbarkeit von Mieterhöhungen. Zwar steigen derzeit die Haushaltseinkommen überdurchschnittlich stark, gleichzeitig sind aber auch zum Teil erhebliche Preissteigerungen in allen Konsumsegmenten zu verzeichnen. Im Ergebnis ist die Kaufkraft der privaten Haushalte unverändert geblieben, dies jedoch gestützt durch einmalige Effekte wie beispielsweise Entlastungsmaßnahmen im Energiebereich sowie die Zahlung von Inflationsausgleichsprämien.^{14 15}

Damit ist in den kommenden Jahren ein Anstieg der Kaufkraft der privaten Haushalte fraglich, was die Zahlungsbereitschaft und Zahlungsmöglichkeit höherer Mieten einschränkt. Belastend kann sich dabei auch die weitere Nebenkostenentwicklung auswirken. Steigende Forderungsausfälle oder ein mittel- bis langfristig entstehendes Ungleichgewicht zwischen der Einnahmen- und Ausgabenseite können die Folge sein.

Zielgerichtete Mietanpassungen unter Berücksichtigung von Quartiers-, Lage- und Ausstattungsqualitäten im Rahmen der sozialen Wohnraumversorgung sowie ein funktionierendes Sozialmanagement werden deshalb im Interesse der Erreichung der Unternehmensziele an Bedeutung gewinnen.

Die Mietanpassung auf der Grundlage der §§ 558 BGB ff. sind mit Beschlussfassung des neuen Mietspiegels ab 2024 möglich.

Weitere Risiken zur Mietertragsentwicklung können sich aus Gesetzesänderungen ergeben. Die Absenkung des Umlagesatzes nach Modernisierung sowie die Begrenzung von entsprechenden Mieterhöhungen (Zeitraum/Höhe) schränken die Möglichkeit von Mietanpassungen bei gleichzeitig hoher Inflation ein. Von der Mietpreispbremse ist die Gesellschaft nicht betroffen.

Die Muttergesellschaft trägt für die angemieteten Bestände der Tochtergesellschaft HWG KG das Mietertragsrisiko.

Entwicklung Wohnnebenkosten

Die mit der Nebenkostenentwicklung, im Besonderen der Haushaltsenergie, verbundenen Risiken sind seit dem Ukraine-Russland-Konflikt höher zu bewerten. Die Haushaltseinkommen der Mieterschaft sind begrenzt. Bei deutlich steigenden Ausgaben für die Wohnnebenkosten stehen somit für andere Haushaltsausgaben weniger Mittel zur Verfügung. Dies grenzt die Potentiale im Hinblick auf die Entwicklung der Nettokaltmiete ein und schließt Forderungsanstiege sowie Zahlungsausfälle nicht aus.

Die größten Preisänderungen betreffen die Haushaltsenergie. Der Preisanstieg fiel im Jahr 2023 jedoch deutlich niedriger aus als im Vorjahr. Die Energiepreise liegen aber weiterhin auf einem hohen Niveau. Im Vergleich zu den Nettokaltmieten bleibt die Preisentwicklung bei den Wohnnebenkosten insgesamt weiter deutlich dynamischer.¹⁶

Im Jahr 2023 wurde der Preisanstieg durch diverse entlastende staatliche Maßnahmen gedämpft. Die tatsächlichen Preissteigerungen werden für die Mieterschaft erst mit der Betriebskostenabrechnung für das Jahr 2023 im Jahr 2024 sichtbar werden.

Das Risiko ist aufgrund des Rückgangs der Preissteigerungsdynamik kalkulierbarer, kann aber derzeit immer noch nicht abschließend eingeschätzt werden und wird weiter beobachtet.

Zur Begrenzung der Unwägbarkeiten hat die Gesellschaft in 2023 das Preisniveau mittels eines Dreijahresvertrages für Allgemeinstrom und Wärme mit dem ortsansässigen Energieversorger für die Mieter und Mieterinnen gesichert, um damit einen wesentlichen Kostenbestandteil der Wohnnebenkosten stabil zu halten.

Einfluss auf die Entwicklung der Wohnnebenkosten haben darüber hinaus das Verbraucherverhalten sowie Ausstattung, Zustand und technische Ausrüstung der Gebäude. Die Investitionstätigkeit wird deshalb in den kommenden Jahren verstärkt von diesen Themenfeldern geprägt sein. Ableitungen aus den in den Jahren 2022 und 2023 erstellten CO₂-Bilanzen werden Umfang und Inhalt der Investitionsplanungen der nächsten Jahre bestimmen.

¹⁴ Dokumentation zur Pressekonferenz des Statistischen Bundesamtes vom 15.01.2024, Seite 14+15

¹⁵ Pressemitteilung Nr. 3/2024 des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt vom 04.01.2024

¹⁶ Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt (Genesis-Datenbank) Datenabruf 61111-0001 vom 23.01.2024

Baukostenrisiko

Das Baukostenrisiko wird maßgeblich durch Entwicklungen außerhalb des Unternehmens beeinflusst, beispielsweise durch die allgemeine Marktentwicklung des Baugewerbes. Material- und Lieferengpässe, Fachkräftemangel sowie der Ukraine-Russland-Konflikt haben hier zu einer weiteren Steigerung der Baupreise auf hohem Niveau geführt.

Die Baupreise sind im vergangenen Geschäftsjahr gegenüber dem Vorjahr nochmals deutlich angestiegen.

Seit Jahren übersteigt in den meisten Marktsegmenten des Bauhauptgewerbes die Nachfrage die Leistungsangebote. Dies hat sich im berichtsrelevanten Geschäftsjahr zunehmend verändert. Die Auswirkungen werden im Jahr 2024 in der Baubranche deutlich spürbar werden. Der Wertindex für Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe brach bis Oktober 2023 in Sachsen-Anhalt im Vergleich zum Vorjahr deutlich ein (33,8 Prozent). Im gesamtdeutschen Wirtschaftsraum ist diese Entwicklung noch nicht so deutlich sichtbar. Hier liegt der vergleichbare Index bis Oktober 2023 etwa 13 Prozent unter dem Vorjahreswert.¹⁷

Die erteilten Baugenehmigungen zeigen die gleiche Tendenz als Frühwarnindikator noch deutlicher. In Sachsen-Anhalt liegt die Anzahl erteilter Genehmigungen im November 2023 ca. 42 Prozent unter dem Vorjahreswert, in Deutschland sind es im Stand Oktober 2023 etwa 39 Prozent.¹⁸

Die weitere Entwicklung bei den Baupreisen ist trotz der Einbrüche bei Aufträgen und Baugenehmigungen noch nicht absehbar. Beides lässt einen kurzfristigen Rückgang der Baupreise erhoffen, was erste Ausschreibungsergebnisse zum Jahresende bestätigen. Tarifabschlüsse, Material- und Lieferengpässe, Fachkräftemangel sowie der Ukraine-Russland-Konflikt halten den Preisdruck jedoch hoch. Mögliche Förderungen des Staates für die Bau- und die Wohnungswirtschaft sowie gesetzliche Anforderungen im Rahmen der Energiewende werden die Nachfrage mindestens mittelfristig wieder erhöhen.

Die sehr hohen Baupreise einerseits und die gesetzliche Deckelung von Mieterhöhungen bei Modernisierungsmaßnahmen andererseits machen die Umsetzung von wirtschaftlichen Maßnahmen immer anspruchsvoller. Bei Modernisierungsmaßnahmen im Bestand bedarf es einer genauen Überprüfung von Sanierungsumfang und Sanierungszeitpunkt, um die Wirtschaftlichkeit und die Bezahlbarkeit der daraus resultierenden Mieten weiterhin gewährleisten zu können. Komplexe und umfangreiche Sanierungsmaßnahmen müssen ggf. überprüft, Investitionsziele eher mit Einzelmaßnahmen oder verstärkt mit Instandhaltungs-/Instandsetzungsmaßnahmen erreicht werden.

Dadurch können Umsatzsteigerungs- und Nachhaltigkeitsziele ggf. nicht im erforderlichen Tempo erreicht werden. Vor diesem Hintergrund ist dieses Risiko weiter zu beobachten.

Die Gesellschaft beobachtet den Markt permanent. Darüber hinaus wurde die Marktsituation bei der Aufstellung der Jahresplanung 2024 und der mittelfristigen Planung 2025 bis 2028 bei der projektbezogenen Ermittlung der Investitionskosten berücksichtigt. Zur Sicherstellung der Investitionsziele werden die Planungen und Maßnahmen der Projekte bei Erfordernis angepasst.

Im Unternehmen werden Investitionsentscheidungen so getroffen, dass sich künftig unter den sich ändernden Rahmenbedingungen stabile und an der jeweiligen Zielgruppe ausgerichtete Mietpreise erzielen lassen. Bauinvestitionen führen mit der damit einhergehenden Bestandsqualifizierung zu zukünftigen Mietsteigerungen. Sie sind wichtig für die Wirtschaftlichkeit der Baumaßnahmen.

Das Baukostenrisiko ist nur für die HWG mbH relevant, da sie im Rahmen der Anmietung der Bestände der HWG KG auch Baumaßnahmen in deren Objekten durchführt.

Auch unter Berücksichtigung der Gegensteuerungsmaßnahmen stellt das Baukostenrisiko ein hohes Risiko dar und bedarf intensiver Beobachtung.

Zinsänderungsrisiko

Seit dem Geschäftsjahr 2022 ist die seit einigen Jahren erwartete Zinsänderung eingetreten. Dies zeigt sich an der Entwicklung des Leitzinses für Hauptrefinanzierungsgeschäfte der Europäischen Zentralbank, welcher innerhalb eines sehr kurzen Zeitraumes auf 4,5 Prozentpunkte gestiegen ist.¹⁹ Das Zinsniveau ist als moderat zu bewerten. Weitere signifikante Zinssteigerungen sind derzeit nicht zu erwarten.

¹⁷ Statistisches Bundesamt (Genesis-Datenbank) Datenabruf 44111-0009 vom 15.01.2024

¹⁸ Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt (Genesis-Datenbank) Datenabruf 31111-0007 vom 15.01.2024; Statistisches Bundesamt (Genesis-Datenbank) Datenabruf 31111-0002 vom 15.01.2024

¹⁹ https://www.bundesbank.de/dynamic/action/de/statistiken/zeitreihen-datenbanken/zeitreihen-datenbank/723452/723452?listId=www_szista_mb01&tsId=BBIN1.M.D0.ECB.ECBMIN.EUR.ME&dateSelect=2023; Abruf vom 23.01.2024

Zinsänderungsrisiken werden von der Gesellschaft, soweit absehbar, in den Unternehmensplanungen berücksichtigt. Zudem hat die Gesellschaft in den vergangenen Jahren das Beleihungsportfolio teilweise neu aufgestellt und Darlehen frühzeitig prolongiert. Dabei wurden in der Regel langfristige Finanzierungsverträge abgeschlossen. Das Beleihungsportfolio ist so ausgesteuert, dass es zu keinen Prolongationsspitzen kommt. Vor diesem Hintergrund ist das Zinsänderungsrisiko für die Gesellschaft steuerbar. Im Rahmen von Bauinvestitionen stellt es derzeit bei gleichzeitig steigenden Baukosten einen wesentlichen Einflussfaktor für die Wirtschaftlichkeit dar. Zu den Folgen wurde bereits unter dem Punkt Baukostenrisiko näher ausgeführt.

Liquiditätsrisiko

Die vorstehend beschriebenen Risiken haben Auswirkungen auf die größten Einnahmen- und Ausgabenpositionen der Gesellschaft. Diese Risiken beeinflussen damit wesentlich die Liquidität der Gesellschaft.

Diese und alle weiteren Einnahmen- und Ausgabenpositionen der Gesellschaft werden im Rahmen der jährlichen Wirtschafts- und Finanzplanung im Finanzplan zusammengefasst. Absehbare Entwicklungen/Veränderungen werden in der Planung berücksichtigt. Dazu gehört ab dem Jahr 2024 eine jährliche Gewinnausschüttung in Höhe von EUR 2 Mio. Dem entgegen stehen die Haushaltsplanungen der Stadt Halle (Saale), die aufgrund der angespannten Haushaltslage eine Gewinnausschüttung der HWG mbH für die Jahre 2024 ff. von EUR 5 Mio. und damit auf dem hohen Niveau der Vorjahre vorsehen. Die Maßnahmen zur Beschaffung der liquiden Mittel für die Gewinnausschüttungen sind für die Gesellschaft im Hinblick auf die weiteren Risiken entwicklungsbeeinträchtigend.

Zur Steuerung des Liquiditätsrisikos hat die Gesellschaft ein aktives Liquiditätsmanagement. Dieses umfasst monatliche Plan-Ist-Vergleiche und Abweichungsanalysen sowie einen Forecast der Liquiditätsentwicklung.

Dieser Liquiditätssteuerung kam im abgelaufenen Geschäftsjahr aufgrund der Nebenkostenentwicklung eine besondere Bedeutung zu. Die volatilen Preisentwicklungen sowie sich ständig verändernde Rahmenbedingungen machten eine engmaschige Steuerung unerlässlich.

Hierzu gehörte insbesondere die Überwachung von Forderungsentwicklung und Zahlungsausfällen. Diese Überwachung steht auch im Jahr 2024 im Fokus.

Insgesamt stellt sich unter den aktuellen Rahmenbedingungen das Liquiditätsrisiko als steuerbares Risiko dar.

Klimaschutz und Klimawandel

Weitere Risiken ergeben sich für die Gesellschaft auch aus der zunehmenden Bedeutung von Klimaschutz und dem Umgang mit den Folgen des Klimawandels. Dies wird Auswirkungen auf die Investitionskosten, die Energiepreisentwicklung und damit die Umsatzentwicklung haben. Dieses Themenfeld hat für die Gesellschaft aktuell insbesondere Auswirkungen auf

- die Investitionstätigkeit und die damit verbundene dynamische Entwicklung der bau- und förderrechtlichen Anforderungen,
- die Finanzierungstätigkeit durch veränderte Kreditbedingungen mit Fokus auf Nachhaltigkeit sowie
- die Wirtschaftlichkeit von Investitionen aufgrund der weiter auseinandergehenden Schere zwischen Einnahmen (Mieten) und Ausgaben (Baukosten)

Zur Vorbereitung auf die sich ändernden Rahmenbedingungen und Ableitung von zielgerichteten Maßnahmen stellt die Gesellschaft seit dem Jahr 2022 jährlich eine CO₂-Bilanz nach dem Greenhouse Gas Protocol auf, welche Angaben zur CO₂-Emission und zum Energieverbrauch beinhaltet. Demnach ist der Immobilienbestand der Gesellschaft hinsichtlich Klimaschutz und Dekarbonisierung gut aufgestellt. Seit 1990 wurde der Energieverbrauch um ca. 50% und die CO₂-Emission um mehr als 70% reduziert. Damit hat die Gesellschaft bereits jetzt die gesetzlichen Anforderungen gemäß Klimaschutzgesetz zur CO₂-Reduktion bis zum Jahr 2030 erfüllt.

Die Ergebnisse der CO₂-Bilanz und daraus resultierende Handlungsbedarfe wird die Gesellschaft in zukünftige Investitionsplanungen einfließen lassen. Zudem plant die Gesellschaft diese und weitere Ziele in einem Nachhaltigkeitskonzept zu verankern.

In Vorbereitung darauf hat sich die Gesellschaft im Jahr 2023 mit einer internen Projektgruppe intensiv mit dem Thema Nachhaltigkeit befasst und mittels Wesentlichkeitsanalyse Schwerpunkte ermittelt.

Fast 80 Prozent der Wohnungen der Gesellschaft verfügen über einen Fernwärmeanschluss. Dies weist aufgrund der zugrundeliegenden Energiegewinnung mittels Kraft-Wärme-Kopplung eine hohe Energieeffizienz auf. Zum Erreichen der Klimaneutralität ist die Gesellschaft hier jedoch auf Kooperationen mit Dritten angewiesen. Die Gesellschaft plant, im Sinne der Erfüllung gesetzlicher Vorgaben und der Begrenzung von Energiekosten, Kooperationen mit dem regionalen Versorgungsunternehmen. Ziel ist ein gemeinsamer Stufenplan zur Erreichung eines wirksamen Beitrags der Gesellschaft zur Klimaneutralität.

Zu diesem Zweck arbeiten verschiedene Unternehmen und Organisationen seit Jahren in der Energie-Initiative Halle zusammen. Diese Zusammenarbeit wirkt sich durch eine planbarere Einkaufspolitik für Energie kostendämpfend auf die Wohnnebenkosten aus. Die Gesellschaft ist Mitglied dieser Initiative. Ziel ist es unter anderem, in dem gemeinsamen Projekt „Roadmap Klimaneutralität“ Maßnahmenpläne für die Sektoren Energie, Gebäude, Verkehr, Industrie und Abfall zur Erreichung der Klimaziele zu erarbeiten. Einen wichtigen Rahmen hierfür bietet das Energie- und Klimapolitische Leitbild der Stadt Halle (Saale).

Unter Berücksichtigung der Gegensteuerungsmaßnahmen stellt dieses Risiko ein noch moderates Risiko dar.

Sonstige Risiken

Auch für weitere erkennbare, quantifizierbare Risiken wurde im Geschäftsjahr angemessene Vorsorge getroffen. Dies bezieht sich auf Risiken, die bis zur Erstellung dieses Berichtes bekannt sind. Zukünftige Risiken könnten sich so zum Beispiel aus den finanziellen sowie aufgabenbezogenen Erwartungen des Gesellschafters ergeben. Zukünftige Anforderungen von Gesetzgeberseite können nur bedingt durch Planungen vorhergesehen werden.

Zur Vermeidung wirtschaftlicher Risiken ist es jedoch erforderlich, Änderungen dieser rechtlichen Rahmenbedingungen frühzeitig zu erkennen. Hierfür hat die Gesellschaft organisatorische Vorsorgemaßnahmen festgelegt. Dies betraf im abgelaufenen Geschäftsjahr neue oder geänderte Gesetze und Verordnungen wie das Gebäudeenergiegesetz (Heizungsgesetz) und die Verordnung zu europäischen Standards für die Nachhaltigkeitsberichterstattung (ESRS).

Weitere Aufgaben, aber auch Chancen könnten sich durch den Zuschlag für die Stadt Halle (Saale) für die Errichtung des Zukunftszentrums ergeben.

Aus Sicht der Geschäftsführung bestehen kurz- bis mittelfristig für den Konzern und die HWG mbH keine bestandsgefährdenden Risiken.

4. Prognosebericht

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft hat im Oktober 2023 die mittelfristige Planung der HWG mbH für die Jahre 2025 bis 2028 zur Kenntnis genommen und dem Wirtschafts-, Finanz- und Investitionsplan für das Jahr 2024 zugestimmt.

Wesentlicher Bestandteil der Planung sind Bestandsinvestitionen. Das Investitionsprogramm 2024 umfasst etwa 200 Wohnungen, welche umfassende wohnwertverbessernde Maßnahmen im Rahmen von Sanierungen im bewohnten Zustand erfahren werden. Zudem wird ein Bürostandort als Auftragsbau realisiert. Mit dem Ausbau des Glasfasernetzes soll begonnen werden.

Das Investitionsvolumen beträgt einschließlich Bauvorbereitungsprojekten ca. EUR 22,8 Mio. Die Finanzierung soll durch Darlehensneuaufnahmen, Eigenmittel sowie durch die Inanspruchnahme möglicher Zuschüsse aus Förderprogrammen gewährleistet werden.

Instandhaltungen und Instandsetzungen durch Dritte wurden mit ca. EUR 18 Mio. geplant. Hinzu kommen Handwerkerleistungen des eigenen Servicebetriebes (ca. EUR 3,5 Mio.). Dies dient der Sicherung der Qualität des Gebäudebestandes mit dem Ziel der Mieterbindung und Mietergewinnung.

Desinvestitionsmaßnahmen in Form von Verkäufen und Rückbau hat die Gesellschaft in ihrer derzeitigen Planung für das Jahr 2024 nicht vorgesehen, so dass der Wohnungsbestand im Konzern konstant mit ca. 17.400 Wohnungen geplant ist. Infolge der Umsetzung der städtischen Haushaltsplanung wird die Gesellschaft diesbezüglich ihre Planungen anpassen müssen, um die Gewinnausschüttungen teilweise durch Einnahmen aus Verkäufen realisieren zu können.

Die Realisierung des Investitionsprogramms sowie die zielgruppenorientierte Bestandsbewirtschaftung werden zu einer weiteren Stabilisierung des Vermietungsstandes führen. Zum Jahresende strebt die Gesellschaft eine leicht sinkende Leerstandsquote an.

Die Gesellschaft beabsichtigt in den von ihr verwalteten Beständen die Umsatzerlöse auf der Grundlage von Neuvermietungen in Folge von Investition und Fluktuation sowie auf der Basis des neuen Mietspiegels zu erhöhen. Dem entsprechend wird für das Folgejahr erneut mit einem positiven Geschäftsverlauf gerechnet. Erwartet wird ein steigender Umsatz aus der Hausbewirtschaftung sowohl bei der HWG mbH als auch beim Konzern und ein Jahresüberschuss in Höhe von ca. EUR 10,0 Mio. (HWG mbH) bzw. ca. EUR 10,5 Mio. (Konzern).

Unter Berücksichtigung der bestehenden Risiken wurde in der Planung für 2024 eine Gewinnausschüttung in Höhe von EUR 2 Mio. vorgesehen. Aufgrund des Haushaltsbeschlusses der Stadt Halle (Saale) für das Jahr 2024 im November 2023 ist aus dem Jahresabschluss 2023 und den Folgejahren von einer jährlichen Gewinnausschüttung in Höhe von EUR 5 Mio. auszugehen. Auch für den Folgezeitraum planen die Gesellschaft und der Konzern eine konstant positive Weiterentwicklung mit steigenden Umsätzen und positiven Jahresergebnissen, auch wenn Letztere angesichts der Rahmenbedingungen moderater prognostiziert werden. Die Entwicklung wird dabei wesentlich davon abhängen, wie sich die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen verändern. Eine gewichtige Rolle spielt hierbei die Nebenkostenentwicklung.

HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Emil-Riedl-Weg 6
82049 Pullach i. Isartal

Rechtsform: GmbH & Co. KG
Haftkapital in T€: 10

Gesellschafter:	T€	%
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	10	99,95
MALIMA Beteiligungs GmbH	0	0,05

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, die Verwaltung und Verwertung des Grundbesitzes, der mit Kaufvertrag vom 24. Juni 2008 von der Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH mit allen Rechten und gesetzlichen Bestandteilen, insbesondere Gebäuden und sonstigen baulichen Anlagen, jedoch ohne Zubehör bzw. ohne alle im Gebäude befindlichen Maschinen und Betriebsvorrichtungen im steuerlichen Sinn und ohne Einbauten erworben wurde.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die dem Unternehmensgegenstand entsprechende Betätigung der Gesellschaft im Bereich der Wohnungswirtschaft dient gemäß § 128 Abs. 2 KVG LSA einem öffentlichen Zweck.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:

Kommanditisten:
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH
MALIMA Beteiligungs GmbH

Komplementärin:
Karlo Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH *(vertreten durch die Geschäftsführer Nolte, Markus, Pauly, Björn und Zormaier, Ulrich)*

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Die Mitglieder der Organe erhalten keine Vergütung von der HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2023		2022		2021		Veränderungen 2023 zu 2022	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	60.569	99	61.809	100	63.048	100	-1.240	-2
Umlaufvermögen	583	1	10	0	12	0	573	5.730

Bilanzsumme	61.152	100	61.819	100	63.060	100	-667	-1
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	-------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	10	0	10	0	10	0	0	0
Verbindlichkeiten	61.142	100	61.809	100	63.050	100	-667	-1

Bilanzsumme	61.152	100	61.819	100	63.060	100	-667	-1
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	-------------	-----------

bb) GuV

	2023	2022	2021
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	3.258	3.363	3.468
sonstige betriebliche Erträge	6	3	3
Abschreibungen	1.240	1.240	1.240
sonstige betriebliche Aufwendungen	121	111	110
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.089	133	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.992	2.148	2.121
Ergebnis nach Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2023	2022	2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	1.240	1.240	1.240	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	99,05	99,98	99,98	%
Eigenkapitalquote:	0,02	0,02	0,02	%
Fremdkapitalquote:	99,98	99,98	99,98	%

ee) Leistungsdaten

Angaben vgl. Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH

f) Lagebericht

siehe Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH

3.5 WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG UND STADTENTWICKLUNG

Bio-Zentrum Halle GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Sitz der Geschäftsführung: Heinrich-Damerow-Straße 3 06120 Halle (Saale)	Postanschrift: Weinbergweg 22 06120 Halle (Saale)
Rechtsform:	GmbH	
Stammkapital in T€:	26	
Gesellschafter:		T€ %
	Stadt Halle (Saale)	13 50,96
	Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg	13 49,04

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb eines biologischen Forschungs- und Transferzentrums in Halle.

Dazu gehören insbesondere:

- die Förderung gemeinsamer Projekte der Wirtschaft und der Martin-Luther-Universität auf dem Gebiet der Biowissenschaften,
- die Beratung der Wirtschaft und sonstiger Dritter bei der Anwendung oder Einführung neuer Technologien,
- Bereitstellung von Laborflächen und Arbeitsmöglichkeiten für neu im Bereich der Biowissenschaften tätige Firmen, für Einrichtungen, die auf diesem Gebiet mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zusammenarbeiten („Institute an der Martin-Luther-Universität“) und für Forschungstätigkeiten der Martin-Luther-Universität auf diesem Gebiet.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Mit der Bio-Zentrum Halle GmbH sollen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, die Industriestruktur der gesamten Region positiv zu beeinflussen. Die gemeinsame Nutzung des Gebäudes durch Firmen, Aninstitute und Projektgruppen der Universität schafft optimale Bedingungen für das angestrebte enge Zusammengehen von Grundlagen- und angewandter Forschung. Der mit der Gesellschaft verfolgte öffentliche Zweck ist daher in der stetigen Wirtschaftsförderung zu sehen.

Eine dem Beschluss zur Errichtung der Gesellschaft sowie dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dr. Schmieder, Ulf-Marten

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

d) Beteiligungen

unmittelbar

BMD GmbH

T€	%
2	2,98

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2023		2022		2021		Veränderungen 2023 zu 2022	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	3.701	51	5.535	75	4.117	53	-1.834	-33
Umlaufvermögen	3.523	49	1.877	25	3.607	47	1.646	88
Rechnungsabgrenzungsposten	8	0	8	0	2	0	0	0

Bilanzsumme

7.232	100	7.420	100	7.726	100	-188	-3
--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-------------	-----------

Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	6.851	95	6.838	92	6.769	88	13	0
Sonderposten für Investitionszulagen	0	0	205	3	614	8	-205	-100
Rückstellungen	196	3	244	3	133	2	-48	-20
Verbindlichkeiten	174	2	133	2	200	2	41	31
Rechnungsabgrenzungsposten	11	0	0	0	10	0	11	

Bilanzsumme

7.232	100	7.420	100	7.726	100	-188	-3
--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-------------	-----------

bb) GuV

	2023	2022	2021
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	2.120	2.006	1.867
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	153	52	176
sonstige betriebliche Erträge	5	4	6
Materialaufwand	1.209	1.039	1.118
Abschreibungen	132	179	196
sonstige betriebliche Aufwendungen	961	791	693
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	38	16	3
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	14	69	45
sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	13	69	45
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0	0	-41
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	13	69	4
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2023	2022	2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,62	3,42	2,39	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,19	1,00	0,66	%
Cash-Flow:	145	248	241	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	33,87	37,48	43,50	%
Eigenkapitalquote:	94,73	92,15	87,62	%
Fremdkapitalquote:	5,27	7,85	12,38	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
vermietbare Fläche	10.785 ¹⁾	9.828	9.828	m ²
Auslastung	99,81	100,00	100,00	%

¹⁾ Stammdatenaktualisierung nach Neuermittlung vermietbarer Flächen

f) Lagebericht

I. Grundlage des Unternehmens

1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Gegenstand der Bio-Zentrum Halle GmbH (im Folgenden auch als Gesellschaft bezeichnet) ist die Errichtung und der Betrieb eines biologischen Forschungs-, Transfer- und Produktionszentrums in Halle. Dazu zählt als Kerngeschäft die Vermietung und Betrieb von Infrastruktur für Technologieentwicklung, Gründung und Wachstum im Technologiepark Weinberg Campus in Halle (Saale). Das weitere Geschäftsmodell umfasst Projekte, Dienstleistungen, Vermarktung und Kooperation mit den ansässigen Unternehmen und der Unterstützung von Gründern in den Bereichen Strategie- und Managementberatung, Projektmanagement und Wissens- und Technologietransfer.

Die oben genannten Aufgaben werden im Wesentlichen im Rahmen einer Betriebsführungsvereinbarung von der TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH wahrgenommen.

Die Gesellschaft unterhält keine Zweigniederlassungen.

2. Forschung und Entwicklung

Die Berichterstattung über den Bereich Forschung und Entwicklung entfällt, da das Geschäftsmodell diesen Unternehmensbereich nicht vorsieht.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die deutsche Volkswirtschaft ist nach Jahren des Booms durch die Auswirkungen der weltweiten Pandemie und zuletzt vor allem des Krieges in der Ukraine in eine Rezession geraten.¹

Weltweite Tendenzen zur politischen Blockbildung und zu sich verstärkendem Protektionismus trüben die Zukunftsaussichten ebenso ein, wie daraus resultierende Lieferengpässe und Rohstoffknappheiten. Ein weiteres Ergebnis ist ein im Berichtsjahr weiterhin hohe Inflation², die sich im Januar 2024 leicht auf +2,9 % absenkt³. Zusammengefasst bedingen die weltweiten Entwicklungen zahlreiche gesamtwirtschaftliche, gesellschaftliche und branchenbezogene Risiken und Unsicherheiten, welche im kommenden Geschäftsjahr stets bei strategischen Planungen und insbesondere im operativen Tagesgeschäft zu berücksichtigen sind. Die Ausweitung handels- und geopolitischen Spannungen, vor allem zwischen der EU und Russland oder aber auch mit der VR China stellt die mit Abstand größte Gefahr für die weitere konjunkturelle Entwicklung dar.

Die bereits genannten gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der geopolitischen Unsicherheiten führen zu steigenden Arbeits-⁴ und Energiekosten. Während die explosionsartig gestiegenen Energiekosten zunächst durch staatliche Interventionen⁵ wieder besser kalkulierbar erscheinen, ist ein weiterhin starker Anstieg der Arbeitskosten zu erwarten. Der Fach- und Arbeitskräftemangel führt insbesondere bei Wachstumsunternehmen zu großen Herausforderungen bei der Personalakquisition. In diesem Zusammenhang stehen auch zunehmende Erwartungshaltungen an Personalführung und Personalentwicklung sowie verstärkte Anstrengungen und erhöhte Kosten bei der Organisationsentwicklung.

¹ Destatis, (2024), Pressemitteilung Nr. 019 vom 15.01.2024 URL: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/01/PD24_019_811.html#:~:text=Damit%20setzte%20sich%20die%20Erholung,um%20%2C7%20%25%20h%C3%B6her (Abruf 13.05.2024)

² Destatis (2024), Pressemitteilung NR. 020 vom 16.01.2024, URL: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/01/PD24_020_611.html#:~:text=WIESBADEN%20%E2%80%93%20Die%20Verbraucherpreise%20in%20Deutschland,%20B6%2C9%20%25%20gelegen. (Abruf 14.05.2024)

³ Destatis (2024), Pressemitteilung Nr. 051 vom 09.02.2024, URL: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/02/PD24_051_611.html (Abruf 14.05.2024)

⁴ Destatis (2024), Pressemitteilung Nr. 076 vom 29.02.2024, URL: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/02/PD24_076_62321.html#:~:text=Real%20steigen%20im%204.&text=Quartal%202023%20gegen%20dem%20Vorjahreszeitraum,Verbraucherpreise%20um%20%2C5%20%25. (Abruf 14.05.2024)

⁵ BMF (2022), Schnelle und spürbare Entlastungen in Milliardenhöhe vom 16.12.2022, URL: <https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Schlaglichter/Entlastungen/schnelle-spuerbare-entlastungen.html#:~:text=Um%20die%20finanziellen%20Auswirkungen%20der,Milliarden%20auf%20den%20Weg%20gebracht>. (Abruf 14.05.2024)

Für die Kernzielgruppen der Gesellschaft sind die genannten Aspekte wegen der im Wesentlichen internationalen Ausrichtung eine zentrale Rahmenbedingung für die einzelbetrieblichen Entwicklungsperspektiven. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung stiegen im Jahr 2023 leicht um 7 %⁶.

Der größte Anteil der diesbezüglichen Ausgaben entfällt auf Spitzentechnologien, insbesondere in den relevanten naturwissenschaftlich-technischen Bereichen. Die im Vergleich zu anderen Regionen eingeschränkten finanziellen und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen im Land Sachsen-Anhalt und der Stadt Halle (Saale) erfordern nach wie vor intensive Ansiedlungs-, Gründungs- und Bestandspflegeaktivitäten sowie innovative Ansätze in der Marktbearbeitung. Der nationale und internationale Standortwettbewerb verschärft sich im Hinblick auf die Zielgruppe technologieorientierter Gründungsvorhaben und Wachstumsunternehmen weiterhin und macht verstärkte Aktivitäten zur Positionierung nötig.⁷

2. Geschäftsverlauf

Für die Gesellschaft hatte 2023 auch ohne Berücksichtigung der beschriebenen Herausforderungen die Sicherung des Mieterbestandes und deren Betreuung hinsichtlich betriebs- und finanzwirtschaftlicher Problemstellungen oberste Priorität. Zudem wurde die Umsetzung der strategischen Planungen zur zielgerichteten Akquisition und zur nutzerspezifischen Ausrichtung weiter vorangetrieben. Dies betrifft sowohl die Ansprache potenzieller Neugründungen und Technologieunternehmen mit Ansiedlungsinteresse als auch die Intensivierung der Kontakte zu Projektträgern und Förderinstitutionen sowie die Beschäftigung mit den relevanten Zukunftsthemen. Mit dem Ziel der Zukunftssicherung wurde das Geschäftsmodell der Gesellschaft weiterführend überarbeitet, insbesondere wurden weitere Leistungsangebote und Geschäftsmodellvarianten entwickelt.

Im Weiteren wird über den Geschäftsverlauf berichtet. Die Einschätzung der zukünftigen Herausforderungen erfolgt im Prognosebericht und im Risikobericht.

Die Bereitstellung und Vermietung von moderner Infrastruktur für technologieorientierte Gründungs- und Wachstumsunternehmen zählt seit ihrer Gründung zu den Kernaufgaben der Gesellschaft. Der allgemeine Alterungsprozess der technischen und baulichen Infrastruktur erforderte auch im Berichtsjahr ebenso wie in den Vorjahren größere Investitionen in die Instandhaltungsmaßnahmen, um die Attraktivität und Funktionsfähigkeit der Infrastruktur zu erhalten und zukunftsfähig zu gestalten. Im Berichtszeitraum wurden neben der notwendigen allgemeinen Instandhaltung und Reparatur von Anlagen und Nebenanlagen demzufolge auch umfangreiche Mittel zur Modernisierung von Medientechnik und Innenausstattungen im Gebäudebestand eingesetzt.

Daher sind moderate Mietpreiserhöhungen in den kommenden Jahren zur Gewährleistung der Nachhaltigkeit des Geschäftsmodells allerdings notwendig. Dies wurde bereits 2023 teilweise umgesetzt.

Die Gründungs- und Wachstumsförderung sowie die Unterstützung des Wissens- und Technologietransfers sind weitere Ziele der Gesellschaft.

Der Ansiedlung, der Gründung und der Unterstützung des Wachstums junger Technologieunternehmen diene im Berichtszeitraum die Fortführung des Weinberg-Campus-Accelerator für Startups und Wachstumsunternehmen.

Da die Gesellschaft über keinen KMU-Status verfügt, wird die Akquisition von eigenbetrieblich nutzbaren Projektgeldern auch zukünftig schwierig bleiben. Vor dem Hintergrund der sich negativ verschärfenden Rahmenbedingungen erwies sich zudem sowohl die Akquisition als auch die Umsetzung von Marktprojekten weiter als schwierig. Aus diesen Gründen erfolgt zukünftig eine stärkere Konzentration auf die indirekte Projektförderung betreuter Unternehmen, die Teilnahme an Verbundprojekten sowie das eigene Angebot marktorientierter Beratungs- und Projektmanagementleistungen. Ziel ist es, ein breites Spektrum an Dienstleistungen im Bereich Innovation, Gründung und Technologietransfer durch wirtschaftlich tragfähige Angebote auf lange Sicht für den Standort zu sichern. Zur Unterstützung der Positionierung erfolgt die Marketing-Kommunikation unter der Dachmarke Technologiepark Weinberg Campus.

⁶ Destatis (2024), Pressemitteilung Nr. 089 vom 08. März 2024, URL: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/03/PD23_089_218.html

⁷ IW-Kurzbericht 81/2023 (2023), Standortwettbewerb im Wandel vom 02.11.2023, URL: <https://www.iwkoeln.de/studien/melinda-fremerey-julian-sommer-standortwettbewerb-im-wandel.html> (Abruf 14.05.2024)

3. Lage

a) Ertragslage

Die Ertragslage (in T-€) der Gesellschaft stellt sich im Geschäftsjahr 2023 im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

Die **Betriebsleistung** der Gesellschaft hat sich gegenüber 2022 um 215 T-€ (= 10,4 %) auf 2.277 T-€ erhöht. Dabei sanken die abgerechneten Mietnebenkosten um 41 T-€ und die Mieteinnahmen stiegen um 155 T-€ durch Mieterhöhungen und vermehrte Nutzung der Seminarräume. Durch die Auflösung der erhaltenen Anzahlungen zum Ende des Berichtsjahres ergab sich eine Änderung der nicht abgerechneten Mietnebenkosten aus dem Vorjahr mit 152 T-€. Die sonstigen betrieblichen Erträge sind um 1 T-€ gestiegen. Damit liegt die Betriebsleistung 103 T-€ über Plan.

Die **Raumkosten der Mieter** erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 170 T-€ und lagen damit um 8 T-€ über dem Planansatz.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** erhöhten sich im Vorjahresvergleich um 170 T-€. Dabei haben sich in diesem Posten die eigenen Raumkosten (+8 T-€), die Kosten der Betriebsführung (+50 T-€), die Reparaturen und Instandhaltungen (+9 T-€), die Kosten des Fuhrparks (+2 T-€), die Werbe- und Reisekosten (+28 T-€), die Versicherungen und Beiträge (+1 T-€) sowie die sonstigen Kosten (+72 T-€) erhöht. Der Planansatz wurde um 104 T-€ überschritten. Dabei lagen die Raumkosten um 8 T-€, die Werbe- und Reisekosten um 31 T-€ und die sonstigen Kosten um 77 T-€ über dem Planansatz. Die Reparatur- und Instandhaltungskosten unterschritten den Planansatz um 12 T-€.

Der **EBITDA** hat sich im Vergleich zu 2022 um 125 T-€ auf 107 T-€ vermindert. Dieser lag um 36 T-€ unter Plan.

Bei den **Abschreibungen auf Sachanlagen** handelt es sich um planmäßige Abschreibungen in Höhe von 337 T-€ (Vorjahr: 588 T-€).

Die von den Abschreibungen auf Sachanlagen offen zu saldierenden Erträge aus der Auflösung der **Sonderposten für Investitionszuschüsse** sind im Vergleich zum Vorjahr um 204 T-€ gesunken.

Die saldierten Abschreibungen lagen mit 132 T-€ um 10 T-€ unter Plan.

Das **EBIT** hat sich im Vergleich zu 2022 um 78 T-€ auf -25 T-€ verschlechtert. Gegenüber dem Planansatz von 1 T-€ gab es eine negative Abweichung von 26 T-€.

Das **Finanzergebnis** hat sich gegenüber dem Vorjahr (16 T-€) um 22 T-€ auf jetzt 38 T-€ erhöht und liegt damit um 32 T-€ über dem Planansatz.

Die **Steuern vom Einkommen und Ertrag** betragen aufgrund des erzielten Jahresüberschusses (13 T-€) und des verrechneten Verlustvortrages aus den Vorjahren 0 T-€.

Das **Jahresergebnis** hat sich um 56 T-€ von einem Jahresüberschuss (69 T-€) im Vorjahr auf einen Jahresüberschuss (13 T-€) im Berichtsjahr verschlechtert. Es liegt damit 6 T-€ über dem Planansatz.

b) Finanzlage

Ziel des Finanzmanagements der Gesellschaft ist es, die jederzeitige Aufrechterhaltung der Liquidität der Gesellschaft zu gewährleisten, also die Fähigkeit die bestehenden und künftigen finanziellen Verpflichtungen in vollem Umfang zu erfüllen. Ferner sollte Liquidität in Höhe der satzungsmäßigen Rücklagen für die Infrastruktur und Bau- und Haustechnikinstandhaltung vorhanden sein.

Zu diesem Zweck hält die Gesellschaft liquide Mittel bereit, die zum Bilanzstichtag des Berichtsjahres rund 3.317 T-€ betragen. Die liquiden Mittel haben sich gegenüber denen des Vorjahres um 1.617 T-€ erhöht. Die Erhöhung resultiert aus der Umschichtung von festverzinslichen Wertpapieren des Anlagevermögens in liquiden Mitteln des Umlaufvermögens.

Die Kapitalstruktur (in T-€) der Gesellschaft stellt sich dabei wie folgt dar:

	Bilanz zum		Bilanz zum		Änderung ggü. d.	
	31.12.2023		31.12.2022		Vorjahr in	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	6.850,9	94,7	6.837,7	92,1	13,2	0,2
Sonderposten für Investitionszuschüsse	0,0	0,0	204,7	2,9	-204,7	-100,0
Rückstellungen	196,0	2,7	244,3	3,3	-48,3	-19,8
Lieferverbindlichkeiten	86,2	1,2	70,5	1,0	15,7	22,3
Sonstige Verbindlichkeiten	87,6	1,2	62,7	0,8	24,9	39,7
Summe Verbindlichkeiten	173,8	2,4	133,2	1,8	40,6	30,4
Rechnungsabgrenzungsposten	11,3	0,2	0,0	0,0	11,3	0,0
Summe Passiva	7.232,0	100,0	7.419,9	100,0	-187,9	-2,5

c) **Vermögenslage**

Die Vermögensstruktur (in T-€) der Gesellschaft stellt sich wie folgt dar:

	Bilanz zum		Bilanz zum		Änderung ggü. d.	
	31.12.2023		31.12.2022		Vorjahr in	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielles Anlagevermögen	0,0	0,0	1,3	0,0	-1,3	- 100,0
Sachanlagen	2.449,1	33,9	2.781,2	37,5	-332,1	-11,9
Finanzanlagen	1.252,4	17,3	2.752,4	37,1	-1.500,0	-54,5
Summe Anlagevermögen	3.701,5	51,2	5.534,9	74,6	-1.833,4	-33,2
Forderungen	33,5	0,5	45,9	0,6	-12,4	-27,0
Sonstige Vermögensgegenstände	172,0	2,4	131,8	1,8	40,2	30,5
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten, Wertpapiere	3.317,1	45,9	1.699,4	22,9	1.617,7	95,2
Summe Umlaufvermögen	3.522,6	48,7	1.877,1	25,3	1.645,5	87,7
Rechnungsabgrenzungsposten	7,9	0,1	7,9	0,1	0,0	0,0
Summe Aktiva	7.232,0	100,0	7.419,9	100,0	-187,9	-2,5

Das **Gesamtvermögen** hat sich gegenüber dem Vorjahr um 187,9 T-€ (= -2,5 %) auf 7.232,0 T-€ vermindert.

Der Anteil des **langfristig gebundenen Vermögens** am Gesamtvermögen hat sich im Vorjahresvergleich auf 51,2 % (Vorjahr: 74,6 %) reduziert. Der Anteil des Sachanlagevermögens ist von 37,5 % im Vorjahr auf 33,9 % im Berichtsjahr gesunken, was sich durch die vorgenommenen planmäßigen Abschreibungen begründen lässt.

Das **Finanzanlagevermögen** ist gegenüber dem Vorjahr um 1.500,0 T-€ auf 1.252,4 T-€ gesunken. Daher hat sich der Anteil am Gesamtvermögen gegenüber dem Vorjahr von 37,1 % auf 17,3 % gesunken.

Bei den mit den Abgängen saldierten Investitionen (3,2 T-€) der Gesellschaft und Abschreibungen in Höhe von 336,6 T-€ hat sich das **Sachanlagevermögen** zusammen mit den **immateriellen Vermögensgegenständen** um 333,4 T-€ auf einen Betrag von 2.449,1 T-€ vermindert.

Das **mittel- und kurzfristig gebundene Vermögen** hat sich im Vorjahresvergleich um 1.645,5 T-€ oder 87,7 % auf 3.522,6 T-€ erhöht. Die **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** in Höhe von 33,5 T-€ haben sich um 12,4 T-€ vermindert, die **sonstigen Vermögensgegenstände** haben sich hingegen um 40,2 T-€ auf 172,0 T-€ erhöht.

Die **liquiden Mittel** betragen am Bilanzstichtag 3.317,1 T-€ (Vorjahr: 1.699,4 T-€) und nahmen damit um 1.617,7 T-€ zu. Ein Grund für die Zunahme war der Verkauf von Wertpapieren des Anlagevermögens in Höhe von 1.500,0 T-€.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten waren zum Bilanzstichtag in Höhe von 7,9 T-€ auszuweisen.

4. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Für unsere interne Unternehmenssteuerung ziehen wir insbesondere die Auslastung der zu vermietenden Räumlichkeiten heran. Darüber hinaus ist die Anzahl der betreuten und neu angesiedelten Unternehmen eine wichtige Größe.

Insgesamt waren die Gebäude der Bio-Zentrum Halle GmbH im Berichtsjahr im Durchschnitt mit 99,81 % ausgelastet. Temporäre Leerstandzeiten wurden zur Generalinstandsetzung und Modernisierung der Räumlichkeiten genutzt. Zum Bilanzstichtag bestand eine Auslastung i. H. v. 99,81 % der vermietbaren Gesamtfläche.

Die Struktur der Branchen und Wirtschaftszweige, in denen die Mieter der Bio-Zentrum Halle GmbH tätig sind, setzt sich wie folgt zusammen:

• Life Sciences (Biotechnologie, Pharma, Medizintechnik, Ernährung)	59,09 %
• Analytik	9,09 %
• Wissens- und Technologieorientierte Dienstleistungen	9,09 %
• Sonstige Services	22,73 %

Der Mieterbestand umfasste zum Stichtag 22 Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Institutionen der Wissenschafts-, Transfer- und Wirtschaftsförderung.

Weitere finanzielle Leistungsindikatoren sind die Umsatzentwicklung, das Betriebsergebnis und der Cashflow. Zur Entwicklung der Liquidität und der Finanzkraft der Gesellschaft haben wir eine Kapitalflussrechnung erstellt, diese zeigt, wie sich die Zahlungsmittel (Kassenbestände, Schecks sowie Guthaben bei Kreditinstituten) der Berichtsgesellschaft im Berichtszeitraum durch Mittelzu- und -abflüsse verändert haben. Dabei wird von uns zwischen Zahlungsströmen aus Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit unterschieden.

In der Geschäftstätigkeit ergibt sich hierbei ein Zufluss von 83 T € (Vorjahr 222 T €), in der Investitionstätigkeit ein Zufluss aus 1.534 T € (Vorjahr -1.990 T €) und in der Finanzierungstätigkeit sowohl im Berichts- als auch im Vorjahr von 0 T €. Der Zufluss von 1.617 T € ergibt sich zum erheblichen Teil durch die Einzahlung aus dem Abgang von Finanzanlagevermögen.

5. Gesamtaussage

Unsere Vermögens-, Finanz- und Ertragslage schätzen wir als gut ein. Unsere Umsatz- und Ergebnisentwicklung entspricht unter Berücksichtigung der pandemischen Rahmenbedingungen den Erwartungen. Unser Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen. Die kurzfristigen Verbindlichkeiten sowie die Rückstellungen sind durch liquide Mittel gedeckt.

III. Prognosebericht

In Erfüllung ihrer gesetzlichen Verpflichtung hat die Geschäftsführung ihre Einschätzungen zur voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft und deren wesentliche Chancen und Risiken in einem Wirtschaftsplan 2024 und in Entwurfsfassungen für die Jahre 2025 bis 2028 gebündelt. Diese Wirtschaftspläne, die als reine Ertragsplanungen aufgebaut wurden, ergeben folgendes Bild:

Jahr	Gesamtleistung	Aufwendungen	Finanzergebnis	Ergebnis vor Steuern
	T-EURO	T-EURO	T-EURO	T-EURO
2024	2.260	3.086	6	-820
2025	2.265	2.940	6	-669
2026	2.270	2.276	6	0
2027	2.275	2.311	6	-30
2028	2.280	2.357	6	-71

Durch die Geschäftsführung werden die Entwicklungen der nächsten Jahre insgesamt als verhalten positiv eingeschätzt. Die für die Jahre 2024 und 2025 geplanten negativen Ergebnisse beruhen auf notwendigen Erneuerungen der Lüftungsanlagen im Forschungs- verfügungsgebäude Weinbergweg 22. Erheblich veränderte Auswirkungen durch die aktuelle Wirtschaftskrise werden bei unveränderter politischer Lage nicht erwartet. Aufgrund der Planung ist davon auszugehen, dass die Mieten wie im Geschäftsverlauf erwähnt moderat steigen werden, um die steigenden Instandhaltungskosten zu decken.

Es ist wird dabei mit einem leichten Rückgang der Auslastung von ca. 3 % in den Jahren 2024 und 2025 gerechnet.

Die Mieteinnahmen werden aber aufgrund der geplanten Mieterhöhungen und der Erweiterung der sonstigen Dienstleistungen in 2024 auf 1.040 T € um 40 T € steigen. In 2025 ist noch mit einer leichten Steigerung der Umsatzerlöse auf 1.045 T € zu rechnen. Die Betriebskosten werden wie geplant an die Mieter weiterberechnet und steigen voraussichtlich wie schon 2023 aufgrund der Inflation und sonstigen Kostensteigerungen weiter an. Dabei wird in 2024 und 2025 mit Einnahmen von ca. 1.220 T € kalkuliert. In gleicher Höhe werden die Betriebskosten eingekauft.

Bei den Aufwendungen in den folgenden Jahren gibt es lediglich kleinere Erhöhungen aufgrund zu erwartender Preissteigerungen. Größere Ausnahmen sind hier bei den Instandhaltungen geplant. Hier sind größere Investitionen in 2024 von 1.180 T € und in 2025 von 1.000 T € wie oben erwähnt vorzunehmen. Die Abschreibung wird im Vergleich zu 2023 um ca. 50 T € sinken, da das Forschungsverfügungsgebäude in 2023 vollständig abgeschrieben wurde. Die Kosten für den Betriebsführungsvertrag mit dem TGZ werden in 2024 voraussichtlich um 50 T € auf 400 T € erhöht. In 2025 soll sich dieser Betrag vorerst nicht erhöhen. Die Finanzierung der Instandhaltungsvorhaben erfolgt vor allem durch thesaurierte Gewinne der Vergangenheit.

Dadurch ergibt sich wie oben dargestellt jeweils ein Ergebnis vor Steuer für 2024 von ca. -820 T € und in 2025 von -669 T €.

IV. Chancen- und Risikobericht

1. Chancenbericht

Chancen im Wettbewerbsumfeld ergeben sich trotz Energie- und Wirtschaftskrise insbesondere aus der strategischen Positionierung der Gesellschaft als Standort für Technologieunternehmen und Gründungsprojekte in den Bereichen Biomedical, Life Sciences, Bioökonomie, Material Sciences und Nanotechnologie, Informationstechnologie und Softwareentwicklung sowie aus der diesbezüglich spezialisierten Infrastruktur, einem dem entsprechenden Branchen- und Technologie-Know-How und aus den umfangreichen Netzwerkkontakten.

Weitere Chancen bieten auch die Entscheidungen der Bundesregierung zum sog. „Kohleausstieg“ bis 2038 und die damit verbundene Notwendigkeit einer nachhaltigen Strukturentwicklung im sog. „Mitteldeutschen Revier“, zu dem auch die Stadt Halle (Saale) gehört. Für diesen Zweck stehen investive und projektbezogene Fördermittel zur Verfügung.

Mittel- und langfristig bieten sich für die betreuten Technologieunternehmen und potenzielle Startups auch zukünftig grundsätzlich gute Chancen, unternehmerisches Wachstum zu generieren. Dies hat wiederum zur Folge, dass zusätzlicher Flächenbedarf entsteht. Um diesen in Gebäuden der Gesellschaft realisieren zu können, bedarf es einer detaillierten Kenntnis von unternehmensindividuellen Wachstumspotenzialen sowie einer intensiven Betreuung und proaktiven Begleitung dieser Technologieunternehmen. Zu diesem Zweck werden regelmäßig umfangreiche Kundenbefragungen und Marktanalysen durchgeführt.

Aufgrund des hohen Auslastungsniveaus der Räumlichkeiten in den einzelnen Gebäuden der Gesellschaft besteht die Herausforderung darin, einerseits kurz- bis mittelfristig unternehmensspezifische Bedarfe zu decken und andererseits neue Erweiterungsflächen für diese Bestandsunternehmen und für ansiedlungsinteressierte Wachstumsunternehmen zu schaffen oder zu vermitteln.

Das aktuelle Marktumfeld für Unternehmensgründungen stellt sich je nach Technologie- und Branchenschwerpunkt auch ohne die Einflüsse der aktuellen Energie- und Wirtschaftskrise unterschiedlich dar. Während Start-ups mit naturwissenschaftlich basierten Geschäftsmodellen, insbesondere im Bereich Biotechnologie, Life Sciences und Medizin aufgrund der langen Entwicklungsphasen und hohen Markteintrittsbarrieren über einen relativ großen Investitionsbedarf verfügen, besitzen innovative Start-ups mit skalierbaren Geschäftsmodellen im Bereich IT und Softwareentwicklung relativ geringe Markteintrittsbarrieren, gute Entwicklungschancen und eine positive Wahrnehmung bei privaten und institutionellen Investoren. Chancen für die Gesellschaft bieten sich in diesem Zusammenhang kurz- bis mittelfristig sowohl im naturwissenschaftlichen als auch im IT- und Softwarebereich sowie in der Verbindung beider Technologieschwerpunkte. Dies begründet sich vor allem aus der hohen Dichte an universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, der umfangreichen Gründungsförderung aus der Wissenschaft und guten Kontakten zu Investoren. Um diese Potentiale für den Standort nutzen zu können, bedarf es einer weiterführend abgestimmten Kooperation mit den relevanten Akteuren und dem bedarfsorientierten zur Verfügung stellen geeigneter Infrastruktur. Zu diesem Zweck wurden und werden sukzessive weitere Räumlichkeiten im Weinbergweg 23 modernisiert und umgebaut, die unter dem Label „Weinberg Campus Innovation Hub“ in Verbindung mit umfangreichen Dienstleistungsangeboten als Inkubator und Akzelerator für innovative Technologieunternehmen in den genannten Branchen fungieren sollen. Demselben Zweck dient auch der geplante Erweiterungsneubau der TGZ Halle GmbH auf dem Gelände des Innovation Hub (s.o.). Ziel der Aktivitäten ist es, den Standort in den kommenden Jahren als zentralen Ort für Gründung und Wachstum in der Region Halle (Saale) zu positionieren und in der universitären Gründungsförderung entwickelte Gründungsprojekte nachhaltig am Standort zu verankern.

Wachstum junger Technologieunternehmen in den genannten Kernbranchen wird zumeist durch die Erschließung internationaler Märkte generiert. Notwendig sind hierfür belastbare Marktzugänge, Kompetenzen in der Strategieentwicklung und Marktbearbeitung sowie Fach- und Führungskräfte mit internationaler Ausrichtung. Chancen für die wirtschaftliche Entwicklung der betreuten Unternehmen und damit für die Gesellschaft liegen deshalb insbesondere im Auf- und Ausbau sowie in der Nutzung internationaler Kontakte, in der Vernetzung der Standortakteure und im Angebot dementsprechender Dienstleistungen.

Diesbezügliche Überlegungen sind Bestandteil der beschlossenen Zukunftsstrategie 2030, die es in den nächsten Jahren weiterhin plangemäß umzusetzen gilt.

2. Risikobericht

Kurz- bis mittelfristig bestehen durch die Auswirkungen der Energie- und Wirtschaftskrise, den weltweit zunehmenden Protektionismus, politische Instabilitäten bei Handelspartnern, dadurch bedingte Lieferengpässe und die Notwendigkeiten zur Bewältigung der Auswirkungen des Klimawandels zum Teil nur schwer kalkulierbare wirtschaftspolitische Risiken. Aber auch in der mittleren bis langen Frist unterliegt die Gesellschaft im Rahmen der Kategorie "Umfeld- und Branchenrisiken" einem gewissen Risiko. Hintergrund hierfür sind weiterführende Veränderungen der politischen und gesetzgeberischen Rahmenbedingungen, aber auch technische und infrastrukturelle Entwicklungen, die zu nachfolgend aufgeführten Problemstellungen und Herausforderungen führen:

- Ein grundsätzliches Risiko besteht darin, dass alternde Gebäude und vor allem Nebenanlagen funktional oder aus Kundensicht wahrgenommen nicht mehr dem Stand der Technik und den Kundenbedürfnissen entsprechen. In diesem Zusammenhang steht das Risiko einer abnehmenden Attraktivität und Vermietbarkeit der bestehenden Infrastruktur. Aus diesem Grunde sind neben Instandhaltungs- und Wartungsmaßnahmen zukünftig verstärkt umfassende Investitionen zur Modernisierung der bestehenden Infrastruktur notwendig. Die geplanten Modernisierungsmaßnahmen und Neubauvorhaben wirken dem genannten Risiko mittelfristig entgegen.

- Durch die Energiewende und die kriegsbedingte Energiekrise kam es in den vergangenen Jahren zum Teil zu erheblichen Preissteigerungen für Energie. Dies bedeutet für ansässige Unternehmen mit energieintensiver Forschung und Produktion eine Minimierung der Rendite. Dies hat wiederum grundsätzliche Standortnachteile im internationalen Wettbewerb zur Folge. Aus diesem Grunde werden gemeinsam mit dem langjährigen Partner und Gesellschafter Stadtwerke Halle gemeinsame Strategien und Projekte zur Stärkung der Versorgungssicherheit und der Energieeffizienz geplant und umgesetzt werden. Beispiele hierfür sind die Partnerschaften im Rahmen der Energieinitiative und der Roadmap Klimaneutralität.
- Für die Ansiedlung weiterer Unternehmen kommt es im gesamten Technologiepark Weinberg Campus wegen der Spezifika des Standortes zu technischen Einschränkungen. Dies betrifft insbesondere das Lärmkontingent, welches bereits weitestgehend ausgeschöpft ist (Luft/Klimatisierung). Diesbezüglich werden zukünftig weitere Investitionen und Kooperationspartnerschaften zur weiteren Standortentwicklung zwingend notwendig sein.
- Nach wie vor ist eine eher geringere Gründungsneigung in technologieorientierten Geschäftsfeldern zu verzeichnen, da es potenziellen Gründern insbesondere an privatem Eigenkapital fehlt, aber auch weil genügend gut bezahlte Stellen für Akademiker in Industrie und öffentlichen Institutionen angeboten werden. Eine enge Zusammenarbeit mit den gründungsfördernden Einrichtungen der regionalen Hochschulen und Wirtschaftsförderungsgesellschaften sowie mit nationalen und internationalen Kapitalgebern soll diesem Trend entgegenwirken.
- Technologieorientierte Unternehmen unterliegen zumeist langen und kapitalintensiven Zyklen in der Produktentwicklung. Damit verbunden ist die Notwendigkeit einer Finanzierung über privates oder institutionelles Wagniskapital. Da Wagniskapitalgeber stets eine klare Exit-Strategie verfolgen, entstehen standortbezogene Risiken durch potenzielle Verkäufe dieser Unternehmen u.a. an strategische Investoren und dadurch möglicherweise bedingte Standortwechsel. Eine enge Zusammenarbeit mit den Bestandsunternehmen sichert die Kenntnis der Kapital- und Gesellschafterstrukturen und bietet Möglichkeiten zur längerfristigen Berücksichtigung von diesbezüglichen Herausforderungen und zu standortsichernden Maßnahmen.
- Dem zunehmenden Fachkräftemangel, insbesondere bei Ingenieuren und Naturwissenschaftlern, aber auch bei Labor- und Technikkräften muss ausgehend von der demographischen Entwicklung zwingend entgegengewirkt werden. Sollte dies nicht gelingen, birgt dies erhebliche Risiken für Wachstum und Sicherung der Bestandsfirmen. Zugleich ist die Verfügbarkeit von qualifiziertem Personal auch ein wesentlicher Wettbewerbsfaktor für Unternehmensgründungen und Neuansiedlungen. Verstärkte Aktivitäten zur Unterstützung der Unternehmen bei der Fachkräfteakquisition, -qualifizierung und -sicherung stehen in diesem Zusammenhang.
- Im Wettbewerb um Fach- und Führungskräfte erhalten auch nicht monetäre Rahmenbedingungen zunehmende Bedeutung. Dies hat einen wesentlichen Einfluss auf Standortentscheidungen bestehender und ansiedlungsinteressierter Unternehmen. Aktuell sind diese sogenannten weichen Standortfaktoren im Technologiepark Weinberg Campus und damit auch für die Gesellschaft unzureichend entwickelt. Aus diesem Grunde besteht ein mittel- bis langfristig hohes Risiko von Nachteilen im Standortwettbewerb. Diese gilt es schrittweise und in Kooperation mit den wesentlichen Standortakteuren abzubauen. Handlungsansätze ergeben sich u.a. aus regelmäßig durchgeführten Mieterbefragungen und aus Strategieforen zur Standortentwicklung, gemeinsam mit den strukturbestimmenden Wissenschaftseinrichtungen und Unternehmen.

Die im Prognosebericht bereits erwähnte Unsicherheit hinsichtlich der weiteren Entwicklung der aktuellen Energie- und Wirtschaftskrise stellt auch für das Risikomanagement eine enorme Herausforderung dar. Vor allem die mittel- und langfristigen Auswirkungen der Krise auf die Geschäftstätigkeit und den Bestand der Unternehmen im Mieterbestand sind nur schwer zu beurteilen. Nicht zuletzt bestehen operative Unsicherheiten bezüglich der Arbeitsfähigkeit einzelner Dienstleister und allgemeiner Preisentwicklungen im Bereich technisches Gebäudemanagement, Instandhaltung, Wartung und Bau. Aus den genannten Rahmenbedingungen können für die Gesellschaft Risiken entstehen, deren Kalkulation und Prognose zum Teil nicht möglich ist. Im Rahmen des Risikomanagements hat sich die Intensivierung der Entwicklungsgespräche mit Führungskräften der Mieter, der Dienstleister sowie der relevanten Ministerien und der Investitionsbank als wirksames Mittel zur Reduktion dieser Unsicherheiten erwiesen. Gleiches gilt für Teilnahme am wöchentlichen Jour fixe mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden sowie der Zusammenarbeit im Arbeitskreis Wirtschaft der Stadt und der Energieinitiative Halle.

Aufgrund der bisherigen Erfahrungen kann die weitere Entwicklung der Energie- und Wirtschaftskrise für die Berichtsgesellschaft zu folgenden Risiken führen:

- Wie bereits in den Vorjahren, besteht auch im laufenden Geschäftsjahr eine hohe Wahrscheinlichkeit dafür, dass die Generierung von Erlösen über Beauftragungen der Gesellschaft durch Marktpartner in den Bereichen Beratung und Projektmanagement sowie Marketing und Kommunikation weiterhin nur auf sehr geringem Niveau stagniert. Notwendig ist es deshalb, diesbezügliche Akquisitionsbemühungen insbesondere für die mittlere Frist zu verstärken.

- Einige Mieter könnten nicht mehr in der Lage sein, die Miete fristgerecht zu entrichten. Durch individuelle Vereinbarungen könnten die Mietzahlungen kreditiert werden, bis sich die finanzielle Situation auf der Kundenseite wieder stabilisiert hat. Durch entsprechende Liquiditätsreserven kann die Berichtsgesellschaft diese Zahlungsschübe ausgleichen. Sollte es zu einem endgültigen Ausfall der Mieteinnahmen kommen, müsste zeitnah ein Nachmieter gesucht werden, um die Ertragsseite wieder zu verfestigen.

Im Falle der weiteren nochmaligen Verschlechterung der Finanzierungsmöglichkeiten der Mieter durch eine zurückgehende Risikobereitschaft und weitere Zinserhöhungen insbesondere der privaten und institutionellen Investoren in diesen Unternehmen durch eine insgesamt negative gesamtwirtschaftliche Entwicklung kann hier zu einem Risiko in Form von erhöhtem Leerstand führen, der dann ebenfalls die entsprechend dargestellten Konsequenzen nach sich zieht.

3. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die in der Gesellschaft Verwendung findenden Finanzinstrumente sind Wertpapiere, Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten. Es handelt sich insoweit nur um Finanzinstrumente im weiteren Sinne. Sicherungsgeschäfte werden von der Gesellschaft nicht getätigt.

Wir verfolgen bei unseren Finanzinstrumenten eine konservative Risikopolitik. Zielsetzung unserer Finanz- und Risikomanagement ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen sämtliche finanzielle Risiken.

Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Rathausstraße 7 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH & Co. KG		
Haftkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand der Gesellschaft ist der Erwerb, die Erschließung und Vermarktung von Industriegrundstücken im Wirtschaftsraum Halle-Saalekreis.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Aufgabe der Gesellschaft ist u. a. die Errichtung des gemeindeübergreifenden Industriegebietes Star-Park und die Entwicklung des RAW-Geländes. Der öffentliche Zweck ist demnach in der Standortsicherung und Wirtschaftsförderung zu sehen.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH	(vertreten durch Weber, Robert)
--------------------------	---	------------------------------------

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Die Geschäftsführung erhält ihre Bezüge von der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2023		2022		2021		Veränderungen 2023 zu 2022	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	1.085	10	0	0	0	0	1.085	
Umlaufvermögen	9.658	90	10.817	100	12.353	100	-1.159	-11
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	13	0	35	0	-13	-100

Bilanzsumme	10.743	100	10.830	100	12.388	100	-87	-1
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	------------	-----------

	2023		2022		2021		Veränderungen 2023 zu 2022	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	10.679	99	10.633	98	12.193	98	46	0
Rückstellungen	62	1	104	1	60	1	-42	-40
Verbindlichkeiten	2	0	93	1	135	1	-91	-98

Bilanzsumme	10.743	100	10.830	100	12.388	100	-87	-1
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	------------	-----------

bb) GuV

	2023	2022	2021
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	259	1.068	2.363
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	157	827	-724
sonstige betriebliche Erträge	1.122	1	502
Materialaufwand	1.308	1.754	1.826
Personalaufwand	0	0	0
Abschreibungen	34	0	0
sonstige betriebliche Aufwendungen	214	373	538
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	77	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	59	-231	-223
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	59	-231	-223

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2023	2022	2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	22,71	-21,65	-9,43	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,55	-2,13	-1,79	%
Cash-Flow:	93	-231	-223	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:				T€
Personalaufwandsquote:	0,00	0,00	0,00	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	10,10	0,00	0,00	%
Eigenkapitalquote:	99,40	98,19	98,43	%
Fremdkapitalquote:	0,60	1,81	1,57	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Gesamtfläche Grund und Boden	163,88	163,88	168,38	ha
erworbene Fläche	0,00	0,00	0,00	ha
übergegangene Fläche	0,00	0,00	0,00	ha
verkaufte Fläche	0,00	4,50	4,30	ha

f) Lagebericht

A. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Gemäß Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) vom 22. November 2000 wurde zum Zweck der Beplanung, der Erschließung und der Baulandbeschaffung des gemeindeübergreifenden Industriegebietes Halle-Saalkreis an der A 14 (zwischenzeitlich in „Star Park“ umbenannt) die Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG sowie deren Komplementärin, die Verwaltungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH, Halle, (seit 17. Juli 2002 Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH) gegründet.

Die Gründung der stadt eigenen Gesellschaft war ein wichtiger Baustein zur Entwicklung des gemeindeübergreifenden Star Parks. Die Stadt beabsichtigte, in Kooperation mit den Nachbargemeinden Peißen, Dölbau, Queis und Reußen, in diesem Areal kurzfristig rund 230 ha gewerbliche Bauflächen zu entwickeln.

Im Zusammenhang mit der Vermarktung der Anfang 2019 noch verfügbaren Ansiedlungsflächen im Star Park und einem sehr bedeutsamen Ansiedlungserfolg eines Fertigungsunternehmens aus dem Zulieferbereich der Automobilproduktion zeigte sich, dass es weiteren infrastrukturellen Erschließungsbedarf gibt. In Abstimmung mit der Verwaltung der Stadt Halle (Saale) und dem Wirtschaftsministerium des Landes wurde ein Fördermittelantrag erarbeitet, durch die Stadt Halle (Saale) gestellt und von der Investitionsbank Sachsen-Anhalt mit Bescheid vom 27. September 2019 antragsgemäß positiv beschieden. Die EglG hat die genehmigten Fördermittel auf Grundlage des mit ihr fortbestehenden Erschließungsvertrages zum Star Park von der Stadt Halle (Saale) gemäß Mittelanforderung erhalten und wird den verbleibenden Eigenmittelanteil selbst tragen.

Auf dieser Grundlage und im Auftrag der Stadt Halle (Saale) führte die EglG mit ihrer geschäftsführenden Komplementärin, der EVG, diese Erschließung durch, die Ende Januar 2020 im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung zu einer Vergabeentscheidung geführt wurde. Die Erschließungsmaßnahme wurde im Juni 2021 abgeschlossen. Sie stellt nur einen ersten Bauabschnitt der insgesamt erforderlichen infrastrukturellen Nacherschließung dar. Zwei weitere Bauabschnitte sind als Voraussetzung zur Nutzbarmachung verbliebener Restansiedlungsflächen erforderlich. Entsprechende Planungen sind in Gang gesetzt worden. Es wurden seitens der Stadt Halle (Saale) dafür öffentliche Fördermittel aus dem GRW-Programm bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt für die Nacherschließung der Infrastruktur inklusive Kapazitätserweiterung des Stromnetzes durch eine Verbesserung der äußeren Erschließung im Oktober 2020 und zur Nacherschließung einer Gleisanbindung im Februar 2021 gestellt.

B. Darstellung der Lage

Die aus den geschaffenen Erschließungsanlagen erwachsenden Folgekosten aus Betrieb und Unterhaltung sind teilweise durch die Gesellschaft zu tragen, bis der Eigentumsübergang erfolgt ist. In einigen Bereichen wird die Gesellschaft auch nach Eigentumsübergang an die einzelnen neuen Rechtsträger mit zu finanzierenden Anlaufverlusten wegen der noch ungenügenden Auslastung der geschaffenen Infrastruktur konfrontiert. Diese Folgekosten der Erschließung werden von der Gesellschaft aus den erzielten Grundstücksverkäufen finanziert.

Die EglG hat die Energieanlagen im Star Park auf Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrages mit der Energieversorgung Halle Netz GmbH bis 31. Dezember 2022 vorläufig weiter als Kundenanlage gemäß §3 Nr. 24a EnWG betrieben.

Eine Bewertung des Status der Kundenanlage und die Prüfung ob, wann und unter welchen Umständen die Energieanlagen in ein öffentliches Netz überführt werden können oder ob es alternative Betriebsmöglichkeiten gibt, wurde in den Jahren 2021/2022 durch einen unabhängigen Gutachter geprüft und bewertet. Als Ergebnis wurde festgestellt, unter welchen Bedingungen diese Verteilnetzanlagen als Netz der allgemeinen Versorgung betrieben werden können. Die dafür notwendigen Prüfungen und europaweiten Ausschreibungen sind durch die EVG für die EglG im Jahr 2022 durchgeführt worden.

Als Ergebnis konnten in Zusammenarbeit mit Becker Büttner Held die erforderlichen Pachtverträge verhandelt und abgeschlossen werden, so dass die Anlagen seit dem 01.01.2023 an die Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH (Mitnetz Strom) und Mitteldeutsche Netzgesellschaft Gas mbH (Mitnetz Gas) verpachtet werden konnten. Die dafür notwendigen Genehmigungen nach §4 EnWG wurden beantragt und durch das Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt am 30.12.2022 genehmigt. Die Übergabe der Anlage erfolgte an die Pächter ab dem 01.01.2023 unter der aufschiebenden Bedingung der erforderlichen Bestätigungen der Pacht- und Pachtnebenkosten durch die Landesregulierungsbehörde. Die endgültigen Bestätigungen liegen noch immer nicht in schriftlicher Form vor. Die aufschiebenden Bedingungen wurden entsprechend beidseitig vertraglich verlängert.

Ein Grundstück in der Größe von 3,2 ha befindet sich noch in der Vermarktung. Weitere ca. 35,3 ha sind durch Kaufvertragsangebote notariell beurkundet, welche bis 31. Dezember 2029 bestehen.

Ein erster Bauabschnitt für die Nacherschließung der Optionsflächen des Industriegebietes mit baulichen Maßnahmen zur Ver- und Entsorgung wurde am 30. Juni 2021 abgeschlossen. Auf diesen ersten Bauabschnitt sollen zwei weitere Bauabschnitte zur Erschließung der Flächen mit Gas, Strom (inklusive äußerer Erschließung durch Kapazitätserweiterung des Stromnetzes), Trinkwasser, Abwasser, Regenwasserentsorgung, Straßenbaumaßnahmen sowie die Nacherschließung mittels Schienenanbindung erfolgen.

Für diese zwei Bauabschnitte wurden im Jahr 2020 sowie im Jahr 2021 entsprechende Fördermitelanträge im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt eingereicht. Diese Fördermitelanträge wurden im Jahr 2022 zum Erhalt eines entsprechenden Zuwendungsbescheides durch entsprechende Planungsleistungen vervollständigt.

Das Jahresergebnis lag trotz fehlender Flächenverkäufen und weiteren Kosteneinsparungen im Jahr, im Jahr 2023 bei 58,9 T€ (Vorjahr -231,2T€).

Die Stadt Halle (Saale) und auch die Geschäftsführung der EglG sehen weiterhin einen dringlichen Bedarf an sofort verfügbaren, in der Qualität des Star Park erschlossenen Ansiedlungsflächen. Die weiterhin bestehende Nachfrage von Projektentwicklern und Investoren bestätigt dies.

Im September 2020 wurde durch die Komplementärin der EglG, die EVG, ein Antrag auf Förderung im Rahmen des Förderprogramms „Stärkung der Transformationsdynamik und Aufbruch in den Revieren und an den Kohlekraftwerkstandorten – STARK“ beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) gestellt wurde. Mit diesem Förderprogramm, welches Teil des Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen ist, können konsumtive Ausgaben beispielsweise für Personal oder Sachmittel zur Umsetzung der Strukturwandelprojekte mit bis zu 90% gefördert werden. Der Eigenanteil wird durch Weiterbelastung durch die EglG aufgebracht werden.

Am 21. Dezember 2021 erhielt die EVG als erster Antragssteller bundesweit einen Zuwendungsbescheid für Fördermittel in von Höhe bis zu 2,6 Mio. € bis zum Jahr 2024. Der Zuwendungsbescheid umfasst die Förderung zur Organisation der drei Leuchtturmprojekte (Revitalisierung RAW-Gelände, Umsetzung Star Park 2) und das Zentrum für nachhaltige Materialien im Technologie Park nach dem Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen, Kosten für die Gesamtsteuerung des Strukturwandelprozesses der Strukturwandelprojekte der Stadt Halle (Saale), Kosten für die Öffentlichkeitsarbeit und öffentliche Beteiligungsprozesse, die wissenschaftliche Begleitforschung des Strukturwandelprozesses und die Erstellung einer Klimabilanz.

Am 25. November 2020 wurde durch den Stadtrat ein Grundsatzbeschluss zur Durchführung der prioritären Investitionsprojekte im Rahmen des Strukturstärkungsgesetzes Kohleregionen in der Stadt Halle (Saale) – Revitalisierung des RAW-Geländes, Bau eines Gründerzentrums am Weinberg Campus inklusive Campus Kastanienallee und Schaffung eines klimaneutralen Gewerbegebietes im Strukturwandel gefasst.

Für die Unterstützung der Strukturwandelprozesse in der Stadt Halle (Saale) wurde die Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis (EVG) beauftragt, als kommunale Wirtschaftsförderungs- und Projektentwicklungsgesellschaft die federführende Rolle bei der Umsetzung der Leuchtturmprojekte zu übernehmen.

Die für die Umsetzung notwendigen Beschlüsse wurden wie bereits berichtet im Juli 2021 durch den Stadtrat gefasst, um im Anschluss die für die Umsetzung notwendigen Fördermitelanträge zu stellen und weitere vorbereitende Aktivitäten durchführen zu können.

Demgemäß sind durch die Komplementärin der EglG im Jahr 2021 die vorbereitenden Aktivitäten zur Antragsstellung der Fördermitelanträge im Rahmen des Investitionsgesetzes Kohleregionen eingeleitet worden, um sowohl das innerstädtische RAW-Gelände zu revitalisieren als auch ein neues, großflächiges Gewerbegebiet im Greenfieldbereich (Star Park 2) zu entwickeln.

Gemäß Stadtratsbeschluss vom 21. Juli 2021 der Stadt Halle (Saale) wurde die EglG und deren geschäftsführende Komplementärin, die EVG, mit der Umsetzung beauftragt. Diesbezüglich sind erste Maßnahmen bereits konzipiert und vom Aufsichtsrat, dem Finanzausschuss und der Gesellschafterversammlung der EglG in Form des zur Beratung vorgelegten Nachtragswirtschaftsplanes für das Geschäftsjahr 2021 und dem Wirtschaftsplan 2022 der EglG gebilligt worden. Dem Finanzausschuss der Stadt Halle (Saale) wurde dieser Nachtragswirtschaftsplan zuständigkeitshalber zu dessen Sitzung am 13. Juli 2021 zur Beschlussfassung vorgelegt.

Die vertiefende Standortuntersuchung für das neue Gewerbegebiet (Star Park 2) wurde im Jahr 2021 und bis in das erste Quartal 2022 durchgeführt und im Anschluss der Öffentlichkeit präsentiert. Der Gemeinderat und die Einwohner Kabelsketal wurden kontinuierlich in den Planungsprozess für den Star Park einbezogen (Informationsveranstaltungen, Ausschusssitzungen, Website, einsehbare Studien etc.). Vertiefend hierzu wurde eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Gemeinderäten, Verwaltung, Projektträgern und Bürgern, gegründet. Ziel war es, offene Fragen und zentrale Kritikpunkte der Gemeinde zu diskutieren und aufzuarbeiten. Im Ergebnis an die vier Arbeitsgruppensitzungen wurde eine inhaltlich umfangreiche und stark detaillierte Beschlussvorlage mit den einzelnen Themen der Arbeitsgruppensitzungen erarbeitet. Trotz der Überarbeitungen bei den strittigen Themen hat der Gemeinderat Kabelsketal Ende November 2022 mit einer knappen Mehrheit gegen den Grundsatzbeschluss gestimmt und damit die weitere Planung gestoppt. Die Planungen für ein neues Gewerbegebiet in der Qualität des Star Parks sind auf Grund der Grundsatzentscheidung der Gemeinde Kabelsketal Ende des Jahres 2022 erneut aufgenommen worden. Die Suche nach einem Alternativstandort wurde im Jahr 2023 durchgeführt. In Frage kamen vier Potenzialflächen in Teutschenthal, Merseburg/ Bad Lauchstädt / Schkopau und Landsberg, um das Projekt auf den Flächen des Saalekreises zu entwickeln. Alle vier Standortoptionen wurden anhand einer Bewertungsmatrix mit Grundsatzkriterien wie Lage, Verkehrsanbindung, Vermarktungschancen, Umweltaspekte etc. ausführlich geprüft und bewertet.

Das Auswahlverfahren für den neuen Standort sollte im Jahr 2023 abgeschlossen werden. Die Entscheidung der Lenkungsgruppe des Saalekreises wurde mehrfach vertagt. Am 23.01.2024 hat sich das Gremium allerdings, wie im Lagebericht der für die Umsetzung der kommunalen Vorhaben „Schaffung eines attraktiven Lebensraumes für die industrielle Entwicklung des südlichen Saalekreises und Schaffung eines touristischen Ankers am Geiseltalsee“ und „Goethe Arcadien – Ein Leuchtturmprojekt für Tourismus- und Revierattraktivität im Saalekreis“ entschieden. Damit steht für die Entwicklung des Leuchtturmprojektes Star Park II nicht mehr ausreichend Budget zur Verfügung. Folglich wird eine Umsetzung durch die EglG über das InvKG nun definitiv nicht mehr erfolgen.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war auf der Grundlage vorhandener Liquidität und eigener Einnahmen während des gesamten Geschäftsjahres 2023 und auch darüber hinaus gesichert. Die Gesellschaft wies per 31. Dezember 2023 einen Liquiditätsbestand i. H. v. 3.436,1 T€ (Vorjahr: 4.553,0 T€) aus.

Die Gesellschafterversammlung der EglG trat im Jahr 2023 dreimal zusammen und befasste sich dabei aufgrund eines redaktionellen Fehlers insbesondere zweimal mit dem Jahresabschluss 2022, der Wirtschaftsplanung 2024 und der Mittelfristplanung 2025 bis 2028.

Darüber hinaus befasste sich der Aufsichtsrat der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH, der geschäftsführenden Gesellschaft der EglG, in seinen insgesamt drei ordentlichen Sitzungen regelmäßig mit den wichtigen Angelegenheiten der EglG.

C. Ausblick und Hinweise auf Risiken der künftigen Entwicklung/sonstige Angaben

Die Gesellschaft strebt gemäß dem festgestellten Wirtschaftsplan die vollständige Finanzierung des ihr im Jahr 2024 und auch darüber hinaus entstehenden Aufwandes aus eigenen Einnahmen an.

Der EglG kam nach dem Wirtschaftsförderungskonzept der Stadt Halle (Saale) und dem eigenen Unternehmenskonzept bis Ende 2018 nur die Rolle der die Grundstücke im Star Park besitzenden Gesellschaft zu.

Der Gesellschaft stehen frei verfügbar per 31. Dezember 2023 lediglich noch ca. 3,2 ha vermarktbar Fläche zur Verfügung. Für ca. 35,3 ha sind wie bereits erläutert derzeit Kaufvertragsangebote bis 31.12.2029 gebunden. Es ist davon auszugehen, dass die Vertragspartner diese Kaufangebote für die geplanten Erweiterungsabsichten in Anspruch nehmen.

Für einen Großteil der Flächen im Norden des Industriegebietes sind für eine Veräußerung der Optionsflächen die derzeit laufenden Nacherschließungen notwendig. Für diese Nacherschließungen sind zwei weitere Bauabschnitte mit einem Investitionsvolumen von ca. 25,5 Mio. € vorgesehen. Es war beabsichtigt, diese Maßnahmen mit bis zu 95% gefördert zu bekommen. Die Eigenanteile sollen durch die EglG aufgebracht werden. Zu Erlangung der maximalen Fördersumme von 95% mussten die vollständigen mit der BLSA abgestimmten Bauunterlagen und die dazugehörigen Abstimmungen bis zur Erlangung des Zuwendungsbescheides bis zum 31. Dezember 2023 abgeschlossen sein. Zwischenzeitlich erhielt die EglG am 23.06.2023 die Mitteilung, dass eine Förderung nur noch bis zu 90% möglich sei, wenn das Vorhaben sich in eine regionale Entwicklungsstrategie einbettet und mindestens als eine weitere Voraussetzung die geförderte Infrastrukturmaßnahme im Rahmen einer interkommunalen Kooperation durchgeführt, oder die Maßnahme einen Beitrag zur notwendigen Transformation zu einer klimaneutralen und insgesamt nachhaltigen Wirtschaft leistet oder einen besonderen Beitrag zur Fachkräftesicherung leistet. Eine entsprechende Überprüfung konnte positiv in Bezug auf den Punkt a. abgeschlossen werden und wurde durch ein entsprechendes Schreiben durch den Bürgermeister der Stadt (Halle) an die Staatssekretärin des Wirtschaftsministeriums versandt. Mit Schreiben vom 25.09.2023 wurde die Erfüllung der Voraussetzung als Umsetzung in einer interkommunalen Kooperation bestätigt. Die damit notwendige Erhöhung der Eigenmittel kann durch die vorhandenen liquiden Mittel der EglG aufgebracht werden.

Parallel ist die Revitalisierung des RAW-Geländes zu einem neuen Stadtteil innerhalb des Stadtgebietes für die kommenden Jahre eines der Hauptbetätigungsfelder für die EglG, welche derzeit konkretisiert werden.

Die Gesellschaft selbst kann aus den zwischenzeitlich vereinnahmten Verkaufserlösen und den erhaltenen Netzpachtentgelten sowohl ihren eigenen laufenden Aufwand als auch den sich aus der Geschäftsbesorgung durch die EVG entstehenden Aufwand noch ohne Zuschussbedarf aus dem städtischen Haushalt bestreiten.

Die Kapitalentnahmen zur Ablösung der Verpflichtung anlässlich der Übertragung der Anteile an der MFAG in Höhe von 13,7 Mio. € sind vollständig durch die EglG erfüllt worden.

Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Rathausstraße 7 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen an Handelsgesellschaften sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und Geschäftsführung bei diesen, insbesondere die Beteiligung als persönlich haftende geschäftsführende Gesellschafterin der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG in Halle (Saale), deren Gegenstand der Erwerb, die Erschließung und die Veräußerung von Grundstücken im Wirtschaftsraum Halle-Saalkreis ist.

Gegenstand des Unternehmens ist weiterhin der Erwerb, die Erschließung, die Bewirtschaftung, die Entwicklung, die Vermarktung, Verwaltung und Vermietung von Immobilien sowie die Beteiligung an anderen Gesellschaften mit vergleichbarem Gesellschaftszweck einschließlich der Übernahme der persönlichen Haftung und Geschäftsführung bei diesen Gesellschaften.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Der mit der Gesellschaft verfolgte öffentliche Zweck liegt in der Standortsicherung und Wirtschaftsförderung.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Weber, Robert	
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Geier, Egbert	
	stellv. Vorsitzender	Wolter, Tom	(bis 21.12.2023)
		Haak, Guido	(seit 23.02.2023)
		Heinrich, Andreas	
		Mämecke, Steve	(bis 22.02.2023)
		Menke, Johannes	(seit 22.12.2023)
		Nagel, Elisabeth	
		Ranft, Melanie	

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021
Aufsichtsrat	7	7	11

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2023		2022		2021		Veränderungen 2023 zu 2022	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	4	1	5	1	5	1	-1	-27
Umlaufvermögen	539	98	597	99	337	99	-58	-10
Rechnungsabgrenzungsposten	5	1	3	0	0	0	2	104
Bilanzsumme	548	100	605	100	342	100	-57	-9
Passiva								
Eigenkapital	325	59	263	43	182	53	62	24
Rückstellungen	130	24	165	28	49	15	-35	-21
Verbindlichkeiten	37	7	74	12	72	21	-37	-50
Rechnungsabgrenzungsposten	56	10	103	17	39	11	-47	-46
Bilanzsumme	548	100	605	100	342	100	-57	-9

bb) GuV

	2023	2022	2021
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	512	618	679
sonstige betriebliche Erträge	723	563	293
Materialaufwand	521	469	314
Personalaufwand	517	483	519
Abschreibungen	2	13	10
sonstige betriebliche Aufwendungen	137	135	98
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	62	81	31
sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	62	81	31

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2023	2022	2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	12,14	13,14	4,50	%
Eigenkapitalrentabilität:	23,66	44,74	20,21	%
Cash-Flow:	65	94	41	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	154	169	139	T€
Personalaufwandsquote:	41,88	40,89	53,44	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,69	0,86	1,49	%
Eigenkapitalquote:	59,31	43,47	53,12	%
Fremdkapitalquote:	40,69	56,53	46,88	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

A. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Gemäß Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) am 22. November 2000 (Beschluss Nr. III/2000/01121) wurde zum Zweck der Beplanung, der Erschließung sowie der Baulandbeschaffung des gemeindeübergreifenden Industriegebietes Halle-Saalkreis an der A 14 (zwischenzeitlich in „Star Park“ umbenannt) die Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG (EgIG) sowie deren Komplementärin, die Verwaltungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH, gegründet.

Da der Inhalt der Satzung die Tätigkeiten der Verwaltungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH auf die Entwicklung des Star Parks einschränkte, hat der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) in seiner Sitzung am 19. Juni 2002 (Vorlage Nr. III/2002/02411) Änderungen in der Satzung der Verwaltungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH beschlossen.

Ziel der mit Datum 3. Juni 2003 wirksam im Handelsregister eingetragenen Satzungsänderungen war, dass die Gesellschaft künftig möglichst kurzfristig und flexibel auf sich ergebende Aufgabenstellungen in den Bereichen der Entwicklung von Liegenschaften reagieren kann. Die Gesellschaft wurde mit diesen Änderungen in die Lage versetzt, vergleichbar zu der Entwicklung des Star Parks auch andere Entwicklungsmaßnahmen auszulösen, um nach entsprechendem Fortschritt der Aktivitäten die Gründung von förderfähigen Tochtergesellschaften zur Fortführung der Projekte durchzuführen.

Die Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH (EVG) nimmt als Komplementärin der EgIG deren Geschäftsführung wahr, vertritt diese und haftet für sie. Mit Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) vom 25. November 2009 erfolgte eine Neufassung des Gesellschaftsvertrags. Zentrales Element der Neufassung ist die Erweiterung der Organe der Gesellschaft um einen Aufsichtsrat. Die notarielle Beurkundung des geänderten Gesellschaftsvertrages erfolgte am 26. November 2009, die Eintragung ins Handelsregister am 14. Dezember 2009.

Der Aufsichtsrat tagte im Jahr 2023 in 3 ordentlichen Sitzungen und befasste sich regelmäßig mit der aktuellen wirtschaftlichen Lage, den laufenden Projekten, dem Jahresabschluss 2022 und dem Wirtschaftsplan 2024 sowie der Mittelfristplanung bis 2028, der neu entwickelten Projekte, welche Inhalt der Neuausrichtung der Gesellschaft sind sowie den aktuellen Ansiedlungsverfahren.

Der Aufsichtsrat behandelte die Aktivitäten der Weiterführung der Entwicklungsmaßnahme Heide-Süd durch die Gesellschaft als Treuhänder der Stadt Halle (Saale).

In mehreren Sitzungen befasste sich der Aufsichtsrat mit Geschäftsführungsangelegenheiten und der Entwicklung und Neuausrichtung der Gesellschaft. Inhalte dieser Neuausrichtung waren vor allem die Leuchtturmprojekte im Strukturwandel Braunkohleausstieg. Die konkreten Arbeitsstände und Planungen des RAW-Geländes und die Suche mit dem Saalekreis nach einem Alternativstandort nach der negativen Entscheidung des Gemeinderates Kabelsketal zur Umsetzung auf dessen Gemarkung waren regelmäßig Inhalt der Beratungen und Beschlussfassungen (z.B. Im Zusammenhang u.a. mit den Jahresabschlüssen und den Wirtschaftsplänen).

Inhalt der Sitzungen waren außerdem die Nacherschließungsprojekte (zwei weitere Bauabschnitte) zur Verbesserung der Infrastruktur und der Bau eines weiteren Gleisanschlusses des Star Park sowie die Umwandlung der Verteilanlagen für Strom und Gas von einer Kundenanlage in ein Netz der allgemeinen Versorgung und der Überführung der Verteilnetzanlagen in Pachtverhältnisse.

B. Darstellung der Lage

Die Stadt Halle (Saale) hatte die EgIG mit der Durchführung der öffentlichen Erschließung des Star Park im Jahr 2007 beauftragt. Die Gesamterschließung mit einem Budget i. H. v. EUR 76,8 Mio. wurde zu 90 % aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe bezuschusst.

In Abstimmung mit der Verwaltung der Stadt Halle (Saale) und dem Wirtschaftsministerium des Landes wurde in Vorjahren für einen ersten Bauabschnitt ein Fördermittelantrag erarbeitet, durch die Stadt Halle (Saale) gestellt und von der Investitionsbank Sachsen-Anhalt mit Bescheid vom 27.09.2019 antragsgemäß positiv beschieden.

Auf dieser Grundlage und im Auftrag der Stadt Halle (Saale) führt die EglG mit ihrer geschäftsführenden Komplementärin, der EVG, diese Erschließung durch, die Ende Januar 2020 im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung zu einer Vergabeentscheidung geführt wurde. Die Erschließungsmaßnahme selbst wurde im Juni 2021 abgeschlossen. Die Prüfung des Verwendungsnachweises durch die Investitionsbank in Bezug auf diesen Bauabschnitt findet derzeit noch immer statt. Die Nacherschließung stellt lediglich einen ersten Bauabschnitt der insgesamt erforderlichen infrastrukturellen Nacherschließung dar. Zwei weitere Bauabschnitte sind als Voraussetzung zur Nutzbarmachung verbliebener Rest-Ansiedlungsflächen erforderlich. Entsprechende Planungen sind in Gang gesetzt worden. Für den zweiten Bauabschnitt der Nacherschließung der Infrastruktur des nördlichen Teils des Star Parks wurde im Oktober 2020 ein weiterer GRW- Fördermittelantrag durch die Stadt Halle (Saale) über eine Investitionssumme von 20,7 Mio. € bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt eingereicht. Es wurde eine Förderung von bis zu 95% beantragt. Die Eigenmittel werden durch die EglG aufgebracht. Eine schriftliche Förderzusage wird seitens der Investitionsbank jedoch erst mit dem Zuwendungsbescheid nach Prüfung der Z-Bau Unterlagen erfolgen. Der Fördermittelantrag wurde durch Einreichung der Z-Bau Unterlagen (Entwurfsplanung) im Oktober 2022 komplettiert. Die Kostenberechnung für diese Maßnahme liegt aktuell bei 22,2 Mio. €.

Die anschließenden Leistungsphasen wurden nahtlos angeschlossen, um nach Erhalt des Zuwendungsbescheides umgehend mit den Baumaßnahmen beginnen zu können. Die Maßnahme soll bis zum Jahr 2026 abgeschlossen sein. Zwischenzeitlich erhielt die EglG am 23.06.2023 die Mitteilung, dass eine Förderung nur noch bis zu 90% möglich sei, wenn das Vorhaben sich in eine regionale Entwicklungsstrategie einbettet und mindestens als eine weitere Voraussetzung die geförderte Infrastrukturmaßnahme im Rahmen einer interkommunalen Kooperation durchgeführt, oder die Maßnahme einen Beitrag zur notwendigen Transformation zu einer klimaneutralen und insgesamt nachhaltigen Wirtschaft leistet oder einen besonderen Beitrag zur Fachkräftesicherung leistet. Eine entsprechende Überprüfung konnte positiv in Bezug auf den Punkt a. abgeschlossen werden und wurde durch ein entsprechendes Schreiben durch den Bürgermeister der Stadt (Halle) an die Staatssekretärin des Wirtschaftsministeriums versandt. Mit Schreiben vom 25.09.2023 wurde uns die Erfüllung der Voraussetzung als Umsetzung in einer interkommunalen Kooperation bestätigt. Die damit notwendige Erhöhung der Eigenmittel kann durch die vorhandenen liquiden Mittel der EglG aufgebracht werden.

Für den 3. Bauabschnitt der infrastrukturellen Nacherschließung des nördlichen Teils des Star Park zur Anbindung mittels Gleisanlage wurde ebenfalls durch die Stadt Halle (Saale) ein Fördermittelantrag erstellt und im Februar 2021 bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt eingereicht. Für die Dauer von der ersten Ausschreibung bis zur Fertigstellung wurden analog der übrigen notwendigen Bauabschnitte der Nacherschließung 5 Jahre eingeplant und ein Investitionsvolumen von 3,1 Mio. € veranschlagt. Die Maßnahme wurde - wie für den zweiten Bauabschnitt der Nacherschließung - mit einer bis zu 95%-igen GRW-Förderung bei der Investitionsbank beantragt. Die Eigenmittel werden durch die EglG aufgebracht.

Der Fördermittelantrag wurde für dieses Projekt ebenfalls durch Einreichung der Z-Bauunterlagen im Oktober 2022 komplettiert und die weiteren Planungen nahtlos angeschlossen. Neue Erkenntnisse des Planungsverlaufes und dadurch stark gestiegene Kostenberechnungen erforderten eine Prüfung eines alternativen Gleisverlaufes. Diese Planung wurde zu Beginn des Jahres 2023 angestoßen und die aktualisierten Z-Bauunterlagen im Juni 2023 mit einer Antragssumme von 2,8 Mio. € eingereicht. Somit befindet sich die Maßnahme wieder unterhalb der ursprünglich beantragten Projektsumme. Die Gesellschaft geht bei diesem Projekt ebenfalls in Vorleistung, um den Zuwendungsbescheid erhalten zu können. Planungsleistungen werden hier ebenfalls nahtlos an die Leistungsphase 3 nach erneuter Einreichung der Z-Bauunterlagen angestoßen, um nach Erhalt des Bescheides unmittelbar mit den Baumaßnahmen beginnen zu können. Diese Maßnahme soll ebenfalls im Jahr 2026 abgeschlossen werden.

Weiterhin war die EVG im Jahr 2023 umfangreich im Auftrag der EglG damit beschäftigt, die Verteilnetzanlagen Strom und Gas ab dem 01.01.2023 von einer Kundenanlage in ein Netz der allgemeinen Versorgung zu überführen. Die Anlagen wurden entsprechend zum Jahresbeginn übergeben und einen Arbeitsprozess mit dem Netzbetreiber initiiert.

Teil der Neuausrichtung der Gesellschaft sollten u.a. die Entwicklung eines interkommunalen Gewerbegebietes der Stadt Halle (Saale) und des Saalekreises und die Entwicklung des RAW- Geländes werden.

Am 25. November 2020 wurde durch den Stadtrat ein Grundsatzbeschluss zur Durchführung der prioritären Investitionsprojekte im Rahmen des Strukturstärkungsgesetzes Kohlereionen in der Stadt Halle (Saale) – Entwicklung RAW-Gelände, Bau eines Gründerzentrums am Weinberg-Campus inklusive Campus Kastanienallee und Schaffung eines klimaneutralen Gewerbegebietes im Strukturwandel gefasst.

Für die Unterstützung der Strukturwandelprozesse in der Stadt Halle (Saale) soll die Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis (EVG) als kommunale Wirtschaftsförderungs- und Projektentwicklungsgesellschaft die federführende Rolle bei der Umsetzung der „Leuchtturmprojekte“ übernehmen.

Vorbereitend zu diesen Maßnahmen wurde durch die EVG im September 2020 ein Antrag auf Förderung im Rahmen des Förderprogramms „Stärkung der Transformationsdynamik und Aufbruch in den Revieren und an den Kohlekraftwerkstandorten – STARK“ beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) gestellt. Mit diesem Förderprogramm, welches Teil des Strukturstärkungsgesetz Kohlereionen ist, können konsumtive Ausgaben beispielsweise für Personal oder Sachmittel zur Umsetzung der Strukturwandelprojekte mit bis zu 90% gefördert werden

Am 21.12.2020 erhielt die EVG als erster Antragssteller bundesweit einen Zuwendungsbescheid für Fördermittel in von Höhe bis zu 2,6 Mio. € bis zum Jahr 2024. Der Zuwendungsbescheid umfasst die Förderung von 3 Projektmanagementstellen zur Organisation der 3 Leuchtturmprojekte (Revitalisierung RAW Gelände, Umsetzung Star Park 2 sowie Bau des Business Development Centers im Technologie Park), eine halbe Stelle Projektassistenz, Sachkosten in Verbindung mit dem Projektmanagement, die externe Vergabe der Gesamtsteuerung der Investitionsvorhaben nach dem Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen, Kosten für die Öffentlichkeitsarbeit sowie öffentliche Beteiligungsprozesse, die wissenschaftliche Begleitforschung des Strukturwandelprozesses und die Erstellung einer Klimabilanz mit bis zu 90% Förderung.

Die Eigenanteile werden per Weiterbelastung durch die EglG an die EVG aufgebracht. Im November 2022 stellte die EVG bei der Investitionsbank einen Antrag auf Übernahme der Eigenanteile und erhielt für das Jahr 2021 die Bewilligung von 100% der Eigenanteile und für die Folgejahre die Bewilligung von 50% der Eigenanteile.

Die für die Umsetzung der Leuchtturmprojekte Star Park 2 und die Revitalisierung des RAW- Geländes wurden am 21.07.2021 entsprechende Beschlüsse durch den Stadtrat gefasst. Die vorbereitenden Maßnahmen zur Fördermittelbeantragung wurden entsprechend noch im Jahr 2021 begonnen, so dass die Gesellschaft am 24.09.2021 die Förderwürdigkeitszusage des Bundes für beide Leuchtturmprojekte nach dem Investitionsgesetz Kohleregionen erhielt.

Im Land Sachsen- Anhalt wurde das Strukturentwicklungsprogramm im Jahr 2021 erarbeitet. Mit diesem Programm wurde die fachliche Grundlage für den Strukturwandel in Sachsen-Anhalt gelegt. Unabhängig davon wurden die prioritären Projekte der Stadt Halle (Saale) vom Land Sachsen-Anhalt als förderwürdig anerkannt. Zur Erarbeitung des Programms wurden 4 Arbeitsgruppen (Wirtschaft, Umwelt, Bildung und Fachkräfte sowie Attraktivität des Reviers) gebildet.

Im Rahmen des Strukturwandelprozesses zur Vorbereitung und Begleitung der investiven Maßnahmen, einschließlich der Beantragung von Fördermitteln, notwendigen Ausschreibungs- und Vergabeprozessen, der Beteiligung der Öffentlichkeit im Strukturwandelprozess, Bewertung von Strukturwandelprojekten sowie der wissenschaftlichen Begleitforschung und Erstellung einer Klimabilanz wurde durch die EVG im Jahr 2021 europaweit die Gesamtsteuerung der Vorhaben Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen für die Stadt (Halle) ausgeschrieben und im August 2021 vergeben.

In der Wirtschaftsplanung wurde beginnend mit dem Jahr 2021 und der Mittelfristplanung bis 2028 entsprechende Personalstellen und Mittel für externe Vergaben in Bezug auf die Projekte des Strukturwandels eingeplant.

Die Gesellschaft nahm mit Datum 01.01.2016 die im Auftrag der Stadt Halle durchzuführende Aufgabe als Entwicklungsträger für das Entwicklungsgebiet Heide-Süd auf.

Sie bedient sich dazu der Unterstützung der SALEG.

Alle anstehenden Aufgaben konnten bislang termingerecht abgearbeitet werden. Im Jahr 2020 wurde die städtebauförderrechtliche Abrechnung fristgerecht zum Ende des Jahres eingereicht. Im Entwicklungsgebiet Heide Süd wurden zu Beginn des Jahres 2020 die Infrastrukturmaßnahmen zur Errichtung der Ein- und Mehrfamilienhäuser im Baugebiet 32.6 am grünen Dreieck abgeschlossen. Nach Fertigstellung der ersten privaten Bauvorhaben wurde beginnend ab dem Jahr 2023 in Bauabschnitten der Straßenendausbau und die Herstellung von Begleitgrün analog der abgeschlossenen Baugebiete in Bauabschnitten begonnen. Für die ehemals für Reihenhäuser vorgesehenen Grundstücke, welche aufgrund des Bedarfes in Einfamilienhausgrundstücke parzelliert wurden, wurden die Verkehrswertgutachten und Exposés erstellt. Die Beurkundungsverfahren in Abstimmung mit den Fachbereichen der Stadt Halle (Saale) wurden für die Einfamilienhausgrundstücke im Jahr 2022 abgeschlossen. Die Vermarktung der Mehrfamiliengrundstücke wurde im Jahr 2021 begonnen und wird inklusive Stadtplatz voraussichtlich im Jahr 2024 abgeschlossen werden.

Die Aufgabengebiete und Tätigkeitsschwerpunkte im abgeschlossenen Jahr 2023 waren und sind:

- die technische und betriebswirtschaftliche Projektbegleitung,
- die Begleitung der entwicklungsrechtlichen Abrechnungen,
- die Durchführung der Wirtschaftsprüfung der „Ordnungsmäßigkeit der Tätigkeiten des Entwicklungsträgers in der Entwicklungsmaßnahme Heide-Süd“
- die Vorbereitung der Erstellung des Wirtschaftsplanes für das HHJ 2024
- Die Erschließung und Durchführung der Baumaßnahmen des Stadtplatzes BG 32.6.
- Beginn und Durchführung des Bauvorhabens im Baugebiet (BG) 32.6 (1.BA, erster Bauabschnitt Straßenendausbau, Klaus-Peter-Rauen-Str. – Stich- und Privatstraßen)
- Entwurfs-/Ausführungsplanung Begleitgrün für BG 32.6 (erster Bauabschnitt (1.BA), Klaus-Peter-Rauen-Str. und Privatstr. bzw. Stichstraßen) und Vorbereitung der Ausschreibung analog den bereits abgeschlossenen Baugebieten in Heide Süd
- Anpassung bzw. Erstellung der Ausführungsplanung für Landschafts- und Straßenbau und des Begleitgrün 32.6
- die Anpassungen der Entwurfsplanung Fußweg Bertha von Suttner Platz
- Ausschreibung und Realisierung der Grundwassersanierungsanlage (GWS) Glockenblumenweg/Schornhorststraße

Ebenso wie im Vorjahr wurde die Koordinierung und Führung des Grundwasser-Monitorings Heide-Süd und des Altlasten-/Umweltmanagements sowie Themen und Projekte des Schall- und Artenschutzes durchgeführt (z. B. am Bertha-von-Suttner-Platz die Fortführung der Umsiedlung von geschützten Tierarten).

Es finden bzw. fand die Begleitung von Übergaben erfolgter Straßen-/Brücken-/Wege-/Landschaftsbaumaßnahmen (z.B. im BG 32.4, 32.5, 32.6, 32.9, 32.10) sowie die Begleitung von Vermessungsleistungen statt (z.B. im BG 32.3, BG 32.4 und BG 32.6.).

Die EVG begleitete die Vermarktung bzw. führte Ansiedlungen im Technologiepark Weinberg Campus durch, wobei einige Grundstücke vermarktet werden, jedoch auch ein Grundstück rückabgewickelt werden musste. Darüber hinaus wurden weitere Ansiedlungsgespräche mit Interessenten durchgeführt. Aktuelle Ansiedlungsgespräche mit Investoren laufen derzeit für die restlichen Gewerbeflächen.

Auch im Haushaltsjahr 2023, wurde durch die Stadt Halle ein gesteigener Aufwand für die oben aufgeführten Planungsaktivitäten, Erschließungs-/Sanierungs- und Unterhaltungsmaßnahmen sowie Vermarktungsaktivitäten aus den Umsatzerlösen aus Grundstücksverkäufen realisiert. Die treuhänderisch verwalteten Gesamtkosten/-Ausgaben beliefen sich für das HHJ 2023 auf ca. 812 TEUR. Dem gegenüber stehen Einnahmen aus Grundstückserlösen von ca. 2,8 Mio. EUR und sonstige Einnahmen von ca. 28 TEUR.

Auch im Star Park wurden neben den notwendigen Erschließungen die Vermarktungsaktivitäten für die letzte vermarktbar Fläche von 3,2 ha unternommen. Die EVG befindet sich nun wieder in Verhandlungen mit potenziellen Investoren für diese Restfläche.

Der Jahresabschluss 2023 der EVG weist einen Jahresüberschuss in Höhe von 62,2 T€ (im Vorjahr: 81,3 T€) aus und liegt damit ca. 47,2 T€ über dem geplanten Gewinn.

Die Geschäftsführung schlägt vor, diesen Jahresüberschuss in die Kapitalrücklage einzustellen.

Die Gesellschaft legt auf der Grundlage einer entsprechenden vertraglichen, sich aus dem Gesellschaftsvertrag der EglG begründenden Regelung den ihr aus der Geschäftsführung und Vertretung der EglG entstehenden Aufwand vollständig auf diese um.

Weiter steht der EVG gemäß Gesellschaftsvertrag der EglG eine Vergütung für die für die EglG übernommene Haftung in Höhe von 1 T€ zu.

Das mit der Stadt Halle für die Entwicklungsmaßnahme Heide-Süd pauschal vereinbarte Jahreshonorar i. H. v. 240 T€ Netto deckte im Jahr 2023 vollständig die mit der Entwicklungsmaßnahme einhergehenden Verwaltungskosten.

Gemäß einem gleichlautenden Beschluss wurde im Jahr 2018 eine Kooperationsvereinbarung zwischen der EVG und dem DLZWWD abgeschlossen, welche die Zusammenarbeit und Abrechnung gegenseitig erbrachter Leistungen rückwirkend ab dem 01.01.2016 regelt. Im Teilhaushalt des DLZWWD sind dabei die Mittel zur Inanspruchnahme von Leistungen nach diesem Kooperationsvertrag auf jährlich TEUR 50 begrenzt.

Das Bankguthaben beträgt zum Stichtag 31.12.2023 369,5 T€ (Vorjahr TEUR 309,1 T€). In den liquiden Mitteln sind Überzahlungen von Fördermitteln enthalten, für die der Weg der Rückzahlung bei der Investitionsbank im Jahr 2024 per Änderungsbescheid festgelegt wurde. Die Überzahlung in Höhe ca. 63,2 T€ ist in den Rückstellungen enthalten. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war während des gesamten Geschäftsjahres 2023 gesichert. Die Erhöhung des Bankguthabens gegenüber dem Vorjahr ergibt sich aus dem Gewinn und der Überzahlung der Fördermittel.

C. Ausblick und Hinweise auf Risiken der künftigen Entwicklung/sonstige Angaben

Der Gesellschaft obliegt als persönlich haftender Gesellschafterin der EglG die Geschäftsführung dieses Unternehmens.

Die sich aus der Unternehmenstätigkeit ergebenden Risiken werden vertraglich so abgesichert, dass, soweit dies nach dem Verursachungsprinzip zugeordnet werden kann, alle im Zusammenhang mit der Erschließung des Industriegebietes stehenden Kosten der EglG direkt zugeordnet und abgerechnet werden.

Risiken ergeben sich für die EVG zunächst ausschließlich aus der Geschäftsführung und Vertretung der EglG sowie durch die ihr als Komplementärgesellschaft der EglG zufallende Haftung für deren Geschäftstätigkeit, insbesondere aus der Verwaltung der geschaffenen Infrastruktur und der Vermarktung der erschlossenen Grundstücke.

Finanzielle bzw. liquiditätsseitige Risiken wurden und werden für die EVG aufgrund des mit der EglG bestehenden Vertrages zur Weiterberechnung entstehender Aufwendungen für deren Geschäftsführung und Vertretung nicht gesehen, soweit für die EglG sichergestellt ist, dass diese ihren sich aus der Erschließung des Industriegebietes und aus weiteren zugeordneten Aufgaben ergebenden finanziellen Verpflichtungen nachkommen kann.

Damit auch nach einer vollständigen Vermarktung der Flächen im Star Park die Nachfrage nach hochwertigen Gewerbeflächen bedient werden kann, wurde die EglG 2020 damit beauftragt, für die Entwicklung eines neuen, interkommunalen Industrie- und Gewerbeparks auf dem haleschen Stadtgebiet sowie im Saalekreis eine entsprechende Machbarkeitsuntersuchung von 3 Gebieten durchzuführen. Im Juli 2021 wurde eine entsprechende Standortentscheidung für das tiefgreifend zu untersuchende Gebiet getroffen, welche auf Basis der derzeit durchgeführten Grobuntersuchung erfolgte. Die Beauftragung der EglG zur Durchführung vertiefender Untersuchungen für diesen Vorzugsstandort erfolgte im Juli auf Basis eines entsprechenden Stadtratsbeschlusses. Die vertiefende Standortuntersuchung wurde im Jahr 2021 und bis in das erste Quartal 2022 durchgeführt und im Anschluss der Öffentlichkeit präsentiert.

Der Gemeinderat und Einwohner Kabelsketals wurden kontinuierlich in den Planungsprozess für den Star Park einbezogen (Informationsveranstaltungen, Ausschusssitzungen, Website, einsehbare Studien etc.). Vertiefend hierzu wurde eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Gemeinderäten, Verwaltung, Projektträgern und Bürgern, gegründet. Ziel war es, offene Fragen und zentrale Kritikpunkte der Gemeinde zu diskutieren und aufzuarbeiten. Im Ergebnis an die vier Arbeitsgruppensitzungen wurde eine inhaltlich umfangreiche und stark detaillierte Beschlussvorlage mit den einzelnen Themen der Arbeitsgruppensitzungen erarbeitet.

Trotz der Überarbeitungen bei den strittigen Themen hat der Gemeinderat Kabelsketal Ende November 2022 mit einer knappen Mehrheit gegen den Grundsatzbeschluss gestimmt und damit die weitere Planung gestoppt.

Die Suche nach einem Alternativstandort wurde im Jahr 2023 durchgeführt. In Frage kamen vier Potenzialflächen in Teutschenthal, Merseburg/ Bad Lauchstädt/ Schkopau und Landsberg, um das Projekt auf den Flächen des Saalekreises zu entwickeln.

Alle vier Standortoptionen wurden anhand einer Bewertungsmatrix mit Grundsatzkriterien wie Lage, Verkehrsanbindung, Vermarktungschancen, Umweltaspekte etc. ausführlich geprüft und bewertet.

Das Auswahlverfahren für den neuen Standort sollte im Jahr 2023 abgeschlossen werden. Die Entscheidung der Lenkungsgruppe des Saalekreises wurde mehrfach vertragt. Am 23.01.2024 hat sich das Gremium allerdings, wie im Lagebericht der für die Umsetzung der kommunalen Vorhaben „Schaffung eines attraktiven Lebensraumes für die industrielle Entwicklung des südlichen Saalekreises und Schaffung eines touristischen Ankers am Geiseltalsee“ und „Goethe Arcadien – Ein Leuchtturmprojekt für Tourismus- und Revierattraktivität im Saalekreis“ entschieden. Damit steht für die Entwicklung des Leuchtturmprojektes Star Park II nicht mehr ausreichend Budget zur Verfügung. Folglich wird eine Umsetzung durch die EglG über das InvKG nun definitiv nicht mehr erfolgen.

Planungsvorbereitungen zur Umsetzung der Revitalisierung des RAW-Geländes schreiten weiter voran: Nach Abschluss einer Erstbewertung der Altlastensituation wurde im Jahr 2023 nach einer Ausschreibung eine weitere, ergänzende Standortuntersuchung in Auftrag gegeben und durchgeführt. Es liegt somit ein umfassenderes Bild von der Altlastensituation auf dem Gelände vor.

Parallel wurde eine Machbarkeitsuntersuchung zur Verkehrserschließung des RAW-Geländes ausgeschrieben, beauftragt und in enger Abstimmung mit den Fachbereichen der Stadt Halle (Saale) durchgeführt.

Weiterhin wurden - in enger Abstimmung mit der Deutschen Bahn und den bisherigen Grundstückseigentümern - die erforderlichen Schritte für die eigentumsrechtliche Sicherung des Geländes eingeleitet. Es wurden von allen Eigentümern Absichtserklärungen für den Verkauf der Fläche an die EglG abgegeben. Außerdem wurde durch die EglG die Rechtsanwaltskanzlei „Petersen Hardraht Pruggmayer“ beauftragt, kommunalrechtlich und auch gesellschaftsrechtlich den geplanten Erwerb des Geländes zu untersuchen.

Außerdem wurde im Dezember ein Aufstellungsbeschluss für den B-Plan durch den Stadtrat gefasst und die Freistellung von Eisenbahnbetriebszwecken weiter vorangetrieben.

Vorbereitende Maßnahmen zur Vorbereitung der Zwischenfinanzierung wurden ebenfalls angestoßen.

Das von der EVG verfolgte Unternehmenskonzept beinhaltet neben Vermarktungsaktivitäten von Grundstücken der EglG (Star Park) auch Aufgaben zur Gewinnung von Neuansiedlungen im Stadtgebiet, u. a. am Riebeckplatz oder anderer Gewerbeflächen im Stadtgebiet Halle (Saale) und Aktivitäten zum wirtschaftlichen Standortmarketing für die Stadt Halle (Saale). Die sich aus diesen Aktivitäten für die Gesellschaft ergebenden Aufwendungen werden der Stadt Halle (Saale) in Rechnung gestellt. Ein diesbezüglicher Kooperationsvertrag ist vom Stadtrat der Stadt Halle (Saale) in dessen Sitzung im April 2018 beschlossen worden, begrenzt die abrechenbaren Leistungen jedoch auf ein Maximum von TEUR 50 pro Jahr.

Mit der Aufstellung des Wirtschaftsplanes 2023 und der Mittelfristplanung bis 2028 wurde in den Gremien der Gesellschaft über die weitere Umsetzung des im Jahr 2014 ausgearbeiteten neuen Geschäftsmodells erneut befunden und eine Fortschreibung beschlossen.

Die Inhalte der Neuaufstellung der Gesellschaft im Rahmen des STARK Förderprogramms als prozessbevollmächtigtes Unternehmen im Strukturwandel Braunkohleausstieg für die Stadt Halle (Saale) waren im Wirtschaftsplan 2023 entsprechend eingeplant und wurden für die Folgejahre fortgeschrieben.

Die darin insgesamt für die EVG vorgesehenen Aufgaben sind eingebettet in ein von der Stadt Halle erarbeitetes Gesamtwirtschaftsförderungskonzept.

Dieses Konzept wurde im Mai 2016 vom Stadtrat der Stadt Halle beschlossen. Die sich daraus ergebenden Auswirkungen sind in der Wirtschaftsplanung für 2024 ff. berücksichtigt.

Die EVG hat auf der Grundlage eines ergangenen Stadtratsbeschlusses mit der Stadt Halle (Saale) einen Vertrag zur Übernahme und Weiterführung der Entwicklungsmaßnahme Heide-Süd abgeschlossen und hat mit Wirkung ab 01.01.2016 die sich daraus begründenden Aktivitäten aufgenommen. Die Gesellschaft wird diese Aufgabe mit eigenen Ressourcen und unter Einbindung eines externen Dienstleisters zu einem mit der Stadt Halle (Saale) vertraglich vereinbarten Entgelt ausführen. Der Abschluss der Entwicklungsmaßnahme hat sich insbesondere in Bezug auf die Entwicklung und Vermarktung des letzten Wohngebietes Am Grünen Dreieck verzögert. Daher ist der Entwicklungsträgervertrag mit der EVG von der Stadt Halle (Saale) unter Anwendung der vertraglich vereinbarten Verlängerungsoption bis zum 31.12.2024 erweitert worden.

Insgesamt wird von einem tragfähigen Bestand des Unternehmens im Mittelfristzeitraum ausgegangen.

MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Mansfelder Straße 56 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	<hr/> 25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Projektträgerschaft zur Errichtung des Mitteldeutschen Multimediazentrums Halle als einem Dienstleistungszentrum, in welchem junge Firmen auf den Gebieten multimedialer Arbeiten tätig sind. Das Unternehmen ist Eigentümer der zu errichtenden Gebäude für das Mitteldeutsche Multimediazentrum Halle. Die Gesellschaft ist Ansprechpartner der Fördermittelgeber für die Errichtung des Mitteldeutschen Multimediazentrums Halle. Gegenstand des Unternehmens ist es weiterhin, Hilfestellung im Umgang mit neuen medialen Technologien anzubieten, um die Leistungsfähigkeit, insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen und deren Gründung, zu fördern und den Arbeitsmarkt nachhaltig zu sichern.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die MMZ GmbH stellt multimediale Ausrüstung und Arbeitsplätze bereit. Damit werden die entsprechenden Unternehmen an den Standort Halle gebunden. Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Standortsicherung und Wirtschaftsförderung. Eine dem Gründungsbeschluss und dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Nowak, Andreas
Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Brederlow, Katharina
	stellv. Vorsitzende	Dr. Wünscher, Ulrike
		Döring, Jan
		Dr. Franz, Henrike
		Geißler, Uwe
		Heinrich, Andreas
		Krischok, Marion
		Rothe, Christian
		Sund, Sven

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	10	8	9

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2023		2022		2021		Veränderungen 2023 zu 2022	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	19.189	98	20.308	98	21.454	98	-1.119	-6
Umlaufvermögen	330	2	407	2	413	2	-77	-19
Rechnungsabgrenzungsposten	3	0	72	0	53	0	-69	-96
Bilanzsumme	19.522	100	20.787	100	21.920	100	-1.265	-6
Passiva								
Eigenkapital	1.029	5	1.035	5	1.058	5	-6	-1
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	17.959	92	19.079	92	20.174	92	-1.120	-6
Rückstellungen	97	0	120	0	75	0	-23	-19
Verbindlichkeiten	420	2	549	3	608	3	-129	-23
Rechnungsabgrenzungsposten	17	0	4	0	5	0	13	325
Bilanzsumme	19.522	100	20.787	100	21.920	100	-1.265	-6

bb) GuV

	2023	2022	2021
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	883	863	835
sonstige betriebliche Erträge	1.129	1.127	728
Personalaufwand	283	240	274
Abschreibungen	1.121	1.151	762
sonstige betriebliche Aufwendungen	569	576	537
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	8	9	11
Ergebnis nach Steuern	32	14	-21
sonstige Steuern	37	37	38
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-5	-23	-59

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2023	2022	2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-0,61	-2,68	-7,05	%
Eigenkapitalrentabilität:	-0,52	-2,19	-5,27	%
Cash-Flow:	1.115	1.127	703	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	503	663	391	T€
Personalaufwandsquote:	14,05	12,07	17,55	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	98,29	97,69	97,86	%
Eigenkapitalquote:	5,27	4,98	4,83	%
Fremdkapitalquote:	94,73	95,02	95,17	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
vermietbare Fläche	6.538,79	6.538,79	6.538,79	m ²
Auslastung	98,85	99,19	97,32	%

f) Lagebericht

I. Darstellung des Geschäftsverlaufs

1. Gesamtentwicklung

Das Geschäftsjahr 2023 stand unter dem Fokus der Verstetigung der einzelnen Geschäftsbereiche. Insbesondere die Vermietung von Veranstaltungsräumen führte zu einer Verbesserung der Umsatzerlöse. Der pandemiebedingte Produktionsüberschuss in den Studiobereichen aus dem Vorjahr hat sich im Berichtszeitraum nicht fortgesetzt. Die Umsatzprognose bei der Vermietung von Postproduktionsstudios konnte nicht erreicht werden.

Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung in insgesamt vier ordentlichen Sitzungen unterstützt und beraten. Dabei stand der kontinuierliche Betrieb der Studio- und Veranstaltungsbereiche im Fokus der Sitzungen. Weitere Schwerpunktthemen waren der Jahresabschluss 2022 und die Wirtschaftsplanung für 2024 ff.

Der Jahresabschluss 2023 schließt bei einer Bilanzsumme von 19.546.614,45 Euro und mit einem über dem Budget liegenden Jahresfehlbetrag von 5.402,36 Euro ab. Das negative Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit wurde durch das außerordentliche Ergebnis positiv beeinflusst. Durch die Berücksichtigung der Ergebnisse einer Betriebsprüfung für die Geschäftsjahre 2018 bis 2020 wurden im Saldo periodenfremde Erlöse von 36 TEUR im Geschäftsjahr realisiert.

Die Gesellschaft erhält seit dem Geschäftsjahr 2015 keinen Verwaltungskostenzuschuss seitens der Gesellschafterin. Die MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH ist seit nunmehr 9 Jahren zuschussfrei.

Die Beschäftigtenzahl lag am Ende des Jahres inklusive der Geschäftsführung bei fünf Personen. Die seit Januar 2023 ausgeschriebene Stelle zur Unterstützung des Empfangs- und Veranstaltungsbereiches konnte ab 01. Juni 2023 qualifiziert besetzt werden. Dies wirkte sich vor allem in Monaten mit hohem Buchungsaufkommen positiv auf die Bewirtschaftung der Veranstaltungsräume aus und führte entsprechend zur Entlastung der bisherigen Situation.

Die vereinbarten monatlichen Raten zur Rückzahlung der beiden beanspruchten Darlehen (Gesellschafterdarlehen [Flutsoforthilfe] in Höhe von 500.000 Euro und ein Darlehen der Saalesparkasse in Höhe von 100.000 Euro) erfolgten wie bereits in den Vorjahren planmäßig.

Die Darlehen wurden seit Januar 2020 bis zum Dezember 2023 in Höhe von 214.009 Euro getilgt.

1. Ertragslage

Der Gesamtumsatz im Berichtszeitraum beziffert sich auf 883 TEUR. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum verbesserten sich die Umsatzerlöse um 20 TEUR (Vorjahr 863 TEUR). Als positiver Effekt sind u.a. die gesteigerten Erlöse aus Bürovermietung (+12 TEUR) und Vermietung der Funktionsräume (+42 TEUR) zu bewerten. Dem gegenüber stehen geringere Erlöse aus der Vermietung der Mischstudios (-37 TEUR).

Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2023 zwar mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 5,4 TEUR ab, liegt jedoch über dem Planfehlbetrag in Höhe von 9 TEUR.

1.2. Finanzlage

Im Berichtsjahr 2023 verminderte sich der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit um 124 TEUR auf -12 TEUR (Vorjahr +112 TEUR).

Der Mittelabfluss im Cashflow aus Investitionstätigkeit (-2 TEUR) lag um 2 TEUR unter dem Vorjahreswert (-4 TEUR).

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit blieb unverändert zum Vorjahr auf TEUR -63 und speist sich aus Tilgungen zu Kreditverbindlichkeiten.

Die Zahlungsmittel waren mit 283 TEUR zum 31. Dezember 2023 (Vorjahr TEUR 360) um 77 TEUR vermindert.

Aufgrund der Verlängerung des Gesellschafterdarlehens in Höhe von 500 TEUR und der Finanzierung der Saalesparkasse ist die Gesellschaft weiter in der Lage, das laufende operative Geschäft zu führen.

1.3. Vermögenlage

Im Vorjahresvergleich verringerte sich die Bilanzsumme um 1.265 TEUR auf 19.522 TEUR.

Der Rücklagenanteil Sonderposten vermindert sich durch Auflösung um 1.120 TEUR und beträgt zum Jahresende 17.959 TEUR (Vorjahr 19.079 TEUR).

Die Rückstellungen vermindern sich zum Vorjahr (120 TEUR) um 23 TEUR auf 97 TEUR.

Die Verbindlichkeiten verminderten sich gegenüber dem Vorjahr (550 TEUR) um 130 TEUR auf 420 TEUR.

2. Wiederaufbau des Gründerzentrums nach Hochwasser 2013

Wie bereits im Lagebericht des Jahres 2022 berichtet, wurde die Prüfung des Verwendungsnachweises Anfang des Jahres 2023 abgeschlossen. Die Wiederherstellung des Gründerzentrums nach dem Hochwasser 2013 wurde damit auch finanziell beendet.

3. Vermietungsgeschäft

Die vermietbare Fläche beträgt 6.538,79 m² und umfasst neben den Büroflächen für die Kreativ- und Medienwirtschaft auch die Veranstaltungs- und Studioräume im MMZ Halle. Die Fläche der Tiefgarage mit ihren 233 Stellplätzen beziffert sich auf 7.756,11 m².

3.1. Arbeits- und Büroflächen

Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Leerstandsquote von durchschnittlich 0,81% auf 1,15% erhöht. Dies entspricht einer durchschnittlichen Leerstandsfläche von 75,20 m² (Vorjahr 53,16 m²).

Im Wirtschaftsplan 2023 war eine Leerstandsquote von 1,5 % (entspricht 98,08 m²) fixiert.

Die durchschnittliche Auslastungsquote lag im Jahr 2023 im Vergleich zum Vorjahr (99,19%) bei 98,85% auf einem weiterhin sehr hohen Niveau.

Durch die vereinbarten Staffelmietverträge erhöhte sich der durchschnittliche Mietpreis pro Quadratmeter leicht von 5,54 Euro in 2022 auf 5,77 Euro im Berichtszeitraum. Die absoluten Umsätze aus Vermietung konnten vom Vorjahr 285 TEUR um 5 TEUR auf 290 TEUR gesteigert werden.

3.2. Produktionsbereiche

Die Produktionsüberhänge aus der Zeit der Pandemie haben sich im Berichtszeitraum nicht fortgesetzt. Die Umsatzerlöse im Jahr 2023 beliefen sich auf insgesamt 64 TEUR und sind damit gegenüber dem Vorjahr (101 TEUR) rückläufig. Der Planansatz (76 TEUR) konnte damit nicht erreicht werden. Die Studios für die Ton- und Bildpostproduktion wurden an 102 Tagen im Geschäftsjahr 2023 (Vorjahr 107 Tage) genutzt. Die nahezu gleiche Auslastung resultiert aus Buchungen des preiswerteren Studios 4 (Tonaufnahmeraum). Rückläufig sind vor allem die Projekte der Bild-Postproduktion (Color Grading). Im Ergebnis der geringen Nachfrage wurden die Produktionskapazitäten umstrukturiert und die Bildbearbeitung ausschließlich in das Studio 1 verlagert. Das Studio 2 wird ab dem Geschäftsjahr 2024 dauervermietet (Neugründung) und zukünftig als Videostudio genutzt werden.

3.3. Präsentations- und Konferenzräume sowie Foyers und sonstige Bereiche

Die Umsätze aus der Vermietung Funktionsräume in Höhe von 113 TEUR konnten gegenüber dem Vorjahr (70 TEUR) nochmals gesteigert werden. Neben dem Panoramasaal und dem Eventraum waren vor allem die Seminarräume ein Vermietungsschwerpunkt. Die Umsätze für den Panoramasaal konnten von 8 TEUR im Jahr 2022 auf 14 TEUR im Berichtszeitraum gesteigert werden. Der Eventraum inklusive Foyer erzielte Umsätze in Höhe von 19 TEUR (Vorjahr 12 TEUR). Die Erlöse für die Seminarräume erhöhten sich von 38 TEUR im Vorjahr um 24 TEUR auf 62 TEUR im Berichtszeitraum. Hauptvermietungszeitraum im Jahr 2023 waren die Monate September, Oktober und November. Hier wurden fast 50 % der Umsätze generiert.

Zur Vereinfachung des internen Workflows wurde im 4. Quartal eine neue Buchungssoftware eingeführt. Die browserbasierte Anwendung reduziert den internen Aufwand von der Angebotserstellung bis zur Abrechnung der einzelnen Buchung deutlich.

3.4. Tiefgarage im Mitteldeutschen Multimediazentrum Halle

Die Einnahmen aus Tiefgaragenvermietung werden kontinuierlich erzielt und dienen u.a. der Querfinanzierung der reduzierten Mieten für Existenzgründer. Der Planansatz (158 TEUR) wurde mit einem erzielten Umsatz von 160 TEUR erreicht. Der Vorjahresumsatz von 160 TEUR konnte wieder erreicht werden. Die 143 Dauerstellplätze wurden im Berichtszeitraum durchschnittlich durch 20 % Hausmieter und 80 % externe Mieter genutzt. Die Tiefgarage im MMZ dient somit auch als Quartiersgarage. Sie trägt zur Entlastung der Parksituation im Wohnumfeld bei. Darüber hinaus werden die übrigen 90 Stellplätze auch bei Veranstaltungen sehr gut genutzt.

4. Netzwerk- und Projektarbeit

Die Gesellschaft ist Mitglied im Kreativwirtschaft Sachsen-Anhalt e.V. [KWSA], im International Academy of Media and Arts e.V. [IAMA], im Sachsen-Anhalt Medien e.V. [SAM], im Bundesverband mittelständische Wirtschaft [BVMW], im Verband der IT- und Multimediaindustrie Sachsen-Anhalt e. V. [VITM], im Förderverein Pro Halle e.V. und im Halle Startup Partners e.V.. Darüber hinaus beteiligt sich die Gesellschaft als Akteur der Postproduktionsallianz (PostProNetwork Halle) zur Verbesserung der Außendarstellung des Postproduktionsstandortes Halle.

Aufgrund der vielseitigen Vereins- und Verbandmitgliedschaft konnte die Gesellschaft an verschiedenen Veranstaltungen teilnehmen und ebenso inhaltlich mitwirken. Darüber hinaus stand das MMZ mit Unterstützung seiner Mieter für Veranstaltungen der Gesellschafterin, bspw. dem Frühjahrsempfang am neuen Planetarium Halle zur Verfügung. Ergänzend fanden Besichtigungstermine mit VertreterInnen der Bundes- und Landespolitik im Mitteldeutschen Multimediazentrum Halle statt. Als einer der Höhepunkte im Jahr 2023 kann die offizielle Auszeichnung des MMZ Halle als „Zukunftsort Sachsen-Anhalt“ benannt werden. Weitere wichtige Termine waren der durch die Staatskanzlei Sachsen-Anhalt initiierte Standortbesuch der Geschäftsführung der ARD Degeto Film GmbH und die Fördermittelübergabe an den Verein science2public, bei dessen Projekt im Bereich der Wissenschaftskommunikation das MMZ Halle als Projektpartner benannt ist.

Die Netzwerkveranstaltung „Bratwurst und Networking“ konnte für die Mieter des MMZ an zwei Terminen im Jahr 2023 durchgeführt werden. Der vom MMZ unterstützte „Webmontag“ findet regelmäßig am letzten Monat eines Monats im MMZ statt.

II. Voraussichtliche Unternehmensentwicklung

1. Gesamtentwicklung

Der Kostendruck aufgrund von Preissteigerungen für Energiekosten, Dienstleistungen der Wartungs- und Servicefirmen sowie hohe Versicherungskosten bleibt weiterhin bestehen. Die Erhöhungen werden mit erhöhten Personal- und Beschaffungskosten begründet. Diese Kostenerhöhungen können durch Mieterhöhungen oder Wechsel der Dienstleistungsunternehmen nur begrenzt kompensiert werden. Bei den Betriebs- und Nebenkosten werden die Kostenerhöhungen entsprechend für die Mieter des MMZ spürbar werden. Bei den Anfragen für die Nutzung der Veranstaltungsräume wurden die Mietpreise bereits angepasst. Entsprechend kommt es häufiger zu Absagen bei Raumbuchungen. Befürchtete großflächige Bürokündigungen sind bisher nicht eingetreten. Allerdings ist das Gründungsgeschehen weiterhin sehr zurückhaltend.

Die Herbstumfrage 2023 der Produzentenallianz (Mitgliederbefragung) geht von einer dramatischen Lage der Film- und Fernsehbranche aus. Mehr als die Hälfte der Produktionsunternehmen beurteilt die wirtschaftliche Lage als schlecht oder sehr schlecht. Dafür werden als Ursachen steigende Herstellungskosten, langsame Prozesse bei den Auftraggebern, sinkende Auftragslage und wachsende Produktionsvolumen von Sendertöchtern angegeben. Als Lösungsansätze werden u.a. die Schaffung eines international wettbewerbsfähigen Steueranreizmodells und die zügige Reform des Filmförderungsgesetzes benannt. Ein Ergebnis zu der seit 2022 angekündigten Reform, insbesondere zur Stärkung des Kinofilms steht weiter aus.

Es ist daher wahrscheinlich, dass der Druck auf die für Kinofilme spezialisierte Studiolandschaft im MMZ weiterhin bestehen bleibt. Als Anbieter von reinen Mietstudios für die Bild- und Tonpostproduktion ist die Gesellschaft auf die Buchung der Postproduktionsdienstleistungen angewiesen. Die Gesellschaft ist somit indirekt von den Förderbedingungen und von der Fördermittelübergabe abhängig.

Mit der kleinteiligen Vermietung von durchschnittlich 20 m²-Büros ist die Gesellschaft trotz aktuell stagnierender Nachfrage gut aufgestellt. Dies ist zwar aufwendig, reduziert allerdings auch das Risiko von großflächigem Leerstand. Dienstleistungsorientierung, günstige Mietkonditionen und Spezialangebote für Gründungswillige werden weiterhin der Erfolgsschlüssel bei der Vermietung sein. Bleiben die Energie- und Bewirtschaftungskosten weiterhin auf dem hohen Niveau, ergibt sich bei der branchenspezifischen Vermietung (Kreativ- und Medienwirtschaft) aufgrund des Kostendrucks bei den Mietern wenig Spielraum für Anpassungen der Kaltmieten. Der bisherige Schwerpunkt der Vermietung an Firmen der Filmwirtschaft verschiebt sich leicht in Richtung der Branchen Medientechnologie, Mediendienstleistungen, IT und Webwirtschaft sowie Dienstleistungen im Social-Media-Bereich.

Laut ursprünglichem Fördermittelbescheid aus dem Jahr 2008 endete die Zweckbindung für den Hauptteil des Gebäudes am 17.07.2023. Für die verbleibenden ca. 500 m² Bürofläche (ehemals Mietfläche MotionWorks GmbH) besteht die Zweckbindung noch bis 31.12.2027. Aufgrund des Hochwasserereignisses 2013 und dem anschließenden Wiederaufbau ist die vom Fördermittelgeber geforderte Bewertung des Fördermittelzeitraums nach der Ertragswertmethode schwierig. Zu diesem Sachverhalt erfolgt zum Zeitpunkt der Berichterstattung die Abstimmung mit dem Fördermittelgeber. Als möglichen Lösungsansatz steht aktuell die Verlängerung der Zweckbindung zur Diskussion.

Das im Jahr 2014 erarbeitete und beschlossene Konzept zur Fortführung der Gesellschaft sieht einen Weiterbetrieb in der bisherigen Form auch über den angegebenen Zeithorizont vor und bildet für die weitere Entwicklung des Gründerzentrums die maßgebliche Grundlage. Die Gesellschaft setzt die darin fixierten inhaltlichen Schwerpunkte kontinuierlich um.

Primäre Schwerpunkte für den zukünftigen Geschäftsbetrieb werden die Kosten- und Prozessoptimierung sowie umsatzsteigernde Maßnahmen bleiben. Die weitere Zuschussfreiheit der Gesellschaft bleibt oberste Zielstellung.

2. Betriebswirtschaftliche Risiken

Risiken aus schwebenden und laufenden Verfahren

Es sind keine Verfahren anhängig.

Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Marktplatz 13
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:	T€	%
Stadt Halle (Saale)	14	55,00
Förderverein Pro Halle e.V.	6	25,00
Förderverein Region Halle (Saale) e. V.	3	10,00
City-Gemeinschaft Halle e.V.	1	5,00
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg	1	5,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Konzipierung, Positionierung und Vermarktung eines unverwechselbaren Profils der Stadt Halle im nationalen und internationalen Rahmen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Der öffentliche Zweck mit welchem die Stadt die Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH betraut hat, liegt in der Planung, Organisation, Koordination und Durchführung des Marketings und der Tourismus- und Kulturförderung der Stadt Halle (Saale) und allen damit im Zusammenhang stehenden Leistungen im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge zur Stärkung des Wirtschafts- und Kulturstandortes Halle (Saale). Hauptzweck ist die Verbesserung der Wahrnehmung und der Lebensqualität der Stadt Halle (Saale) für Bürger, Besucher und Wirtschaft.

Eine dem Gründungsbeschluss, dem geschlossenen Betrauungsakt sowie dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Lange, Mark

Beirat: Vorsitzender
Schaper, Torsten
Angelus, Elvira
Dr. Brock-Harder, Inés
Erben, Matthias
Fleischer, Beate
Garbe, Maria
Schmidt, Claudia

Beirat:

Schmitz, Kai
Schramm, Rudenz
Steinke, Sören

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

d) Beteiligungen

unmittelbar

Volksbank Halle (Saale) eG

T€	%
0	0,00

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2023		2022		2021		Veränderungen 2023 zu 2022	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	47	11	53	12	74	18	-6	-11
Umlaufvermögen	371	86	384	86	318	78	-13	-3
Rechnungsabgrenzungsposten	14	3	9	2	16	4	5	56
Bilanzsumme	432	100	446	100	408	100	-14	-3
Passiva								
Eigenkapital	167	39	155	35	158	39	12	8
Rückstellungen	49	11	36	8	50	12	13	36
Verbindlichkeiten	209	48	147	33	195	48	62	42
Rechnungsabgrenzungsposten	7	2	108	24	5	1	-101	-94
Bilanzsumme	432	100	446	100	408	100	-14	-3

bb) GuV

	2023	2022	2021
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.137	1.023	883
sonstige betriebliche Erträge	1.796	1.671	1.595
Materialaufwand	436	369	228
Personalaufwand	1.352	1.211	1.049
Abschreibungen	18	17	38
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.115	1.101	1.125
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	12	-4	38
sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	12	-4	38

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2023	2022	2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	1,05	-0,36	4,25	%
Eigenkapitalrentabilität:	7,72	-2,35	31,08	%
Cash-Flow:	30	13	76	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	74	67	77	T€
Personalaufwandsquote:	46,10	44,95	42,32	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	10,91	11,88	18,20	%
Eigenkapitalquote:	38,57	34,68	38,79	%
Fremdkapitalquote:	61,43	65,32	61,21	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Anzahl Messeteilnahmen	19	17	4	Anzahl
Anzahl organisierter Events, Veranstaltungen	27	33	21	Anzahl
Teilnehmer an Stadtführungen	40.190	39.585	18.719	Anzahl

f) Lagebericht

I. Grundlagen des Unternehmens

a. Geschäftsmodell

Die Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH (SMG) wurde am 25.06.2003 gegründet, um die Stadt Halle (Saale) zur Marke zu entwickeln, einen Markenkern herauszuarbeiten und nach innen und außen zu kommunizieren.“ Unternehmensleitbild der SMG ist die „Konzeptionierung, Positionierung und Vermarktung eines unverwechselbaren Profils der Stadt Halle (Saale) im nationalen und internationalen Rahmen“. Dazu zählen die Erarbeitung von touristischen Pauschalen, Projekten und Themenfeldern mit Potenzial für die Stadt, die Entwicklung von Leitbildern, die Koordinierung öffentlichkeitswirksamer Aktionen sowie die Schärfung der Innen- und Außenwahrnehmung auf Grundlage eines ganzheitlichen, kooperativen Ansatzes. Die SMG bedient sich dazu der Instrumente des Destinations-, City-, Event- und Kongressmanagements sowie des Marketings und der Public Relations. Siehe Auszug aus dem Gesellschaftervertrag.

Die SMG ist eine städtische Beteiligungsgesellschaft mit der Stadt Halle (Saale) als Mehrheitsgesellschafterin (55 %) sowie 45 % Gesellschafteranteilen privater Interessenvereinigungen bzw. der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU mit 5 %). Die Vereine bündeln die Interessen der Wirtschaft (Förderverein Pro Halle (Saale) e.V. mit 25 %), des Tourismus (Förderverein Region Halle (Saale) e.V. mit 10 %) sowie des Handels (City-Gemeinschaft Halle (Saale) e.V. mit 5 %) im Sinne des Stadtmarketings und leisten einen Anteil an der Finanzierung der Gesellschaft.

b. Zweigniederlassungsbericht

Zweigniederlassungen bestehen aktuell nicht.

II. Wirtschaftsbericht

a. Gesamtwirtschaftliche branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Aufgabenstellungen der SMG vollziehen sich seit ihrer Gründung vor 15 Jahren unter weitgehend gleichbleibenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Insgesamt erfreute sich der Inlands- und Landestourismus bis zum Ausbruch der Covid-19-Pandemie einer steigenden Akzeptanz in der deutschen Bevölkerung. Die positive Gesamtentwicklung Halles und dem daraus resultierenden, ansteigenden Imagegewinn wurden mit Ausbruch der Pandemie gestoppt. Nach 2 Jahren pandemiebedingter Einschränkungen erholte sich der Tourismus im Jahr 2023 wieder. So konnte die Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH wieder mehr Besucher*innen verzeichnen. Auch Events, Tagungen und Kongresse wurde wieder veranstaltet. Damit wurde ein positiver Geschäftsverlauf im Jahr 2023 verzeichnet. Leider ist zu beobachten, dass die Besucher*innen preissensibler geworden sind.

b. Geschäftsverlauf

Als wichtiges Messinstrument für die Zahl von Geschäftsreisen und touristischen Reisen fungieren die Ankunfts- und Übernachtungszahlen der Beherbergungsstatistik des Statistischen Landesamts Sachsen-Anhalt. Da die Auswertung dieser Zahlen den Destinationen immer mit einer Verzögerung von ca. drei Monaten vorliegen, können wir auf die Zahlen bis November 2023 zurückgreifen. Die aktuellen Auswertungen 2023 spiegeln eine Erholung der Reisebranche wider.

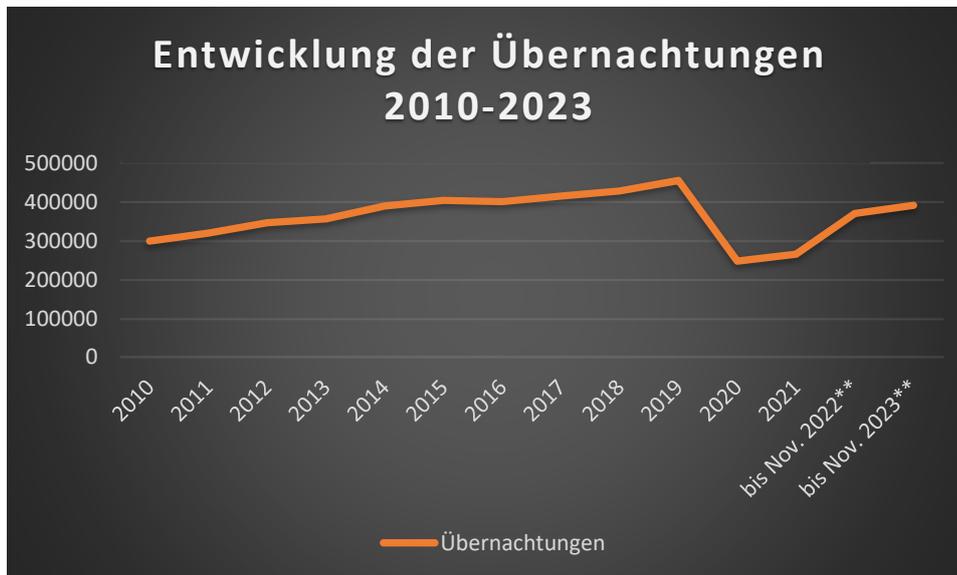
	Bis 11/2023	Veränderung Vorjahr in %
Ankünfte	224.318	+ 6,8
davon Inland	200.854	+6,3
davon Ausland	23.464	+ 11,5
Übernachtungen	392.642	+ 5,6
davon Inland	348.862	+ 4,6
davon Ausland	43.780	+ 14,1
Aufenthaltsdauer	1,8 Tage	0

Die SMG geht in den folgenden Monaten von einer noch stärkeren Erholung aus. Highlights, wie das Großevent 70 Jahre Puppentheater, das Event im Sommer nach 8, sowie die Händelfest-Spiele im Mai/Juni, die durch schönes Wetter geprägten Monate Juli und August mit dem Laternenfest sind u.a. Gründe dafür.

Bis November 2023 wurden in Halle 392.642 Übernachtungen gezählt. Dies ist ein Zuwachs von 5,6 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Damit liegen wir bei den Übernachtungen nur noch knapp 7 % bzw. bei den Ankünften 3,4 % hinter dem erfolgreichen Jahr 2019 zurück. Die durchschnittliche Auslastung der Beherbergungsbetriebe lag bis November 2023 bei 41,3 %. (Landesdurchschnitt 32,6 %, Magdeburg 35,8, Harz 35,4 %)

Insgesamt liegt die Stadt Halle damit in allen Bereichen über dem Landesschnitt.

Tourismusentwicklung in Halle (Saale): Übernachtungstrend von 2010 bis 2023



Businessreisende in Halle

Seit dem Jahr 2019 hat der Bereich "Tagungen und Kongresse" eine neue Abteilung ins Leben gerufen und eine umfassende Neuausrichtung erfahren. Im Zuge der innovativen Kommunikationskampagne "Besser Tagen" wird der Tagungs- und Kongressstandort Halle nun auf professionelle Weise vermarktet. Das Geschäftsjahr 2023 war geprägt von einem vorsichtigen Trend bei Buchungen von Geschäftsreisen, Tagungen und Kongressen. Insbesondere im Bereich der Tagungen und größeren Kongresse verlief das erste Halbjahr eher zögerlich in Bezug auf Buchungen. Jedoch ab der zweiten Jahreshälfte konnten wir eine spürbare Zunahme von Anfragen und Buchungen verzeichnen, die sich sogar bis ins Jahr 2024 erstrecken.

Tourismusentwicklung

Im Aktiv-, Natur- und Wassertourismus unterstützte die SMG die Stadt Halle (Saale) aktiv innerhalb der Europäischen Metropolregion Mitteldeutschland und innerstädtisch mit der Umsetzung von Teilzielen des tourismuswirtschaftlichen Gesamtkonzeptes für die Gewässerlandschaft Mitteldeutschlands. Eine der Handlungsempfehlungen zur Schaffung einer zukunftsgerichteten, tourismuswirtschaftlichen Infrastruktur für Halle und die Region ist die Bündelung der AkteurInnen für den Erhalt der Saale als Bundeswasserstraße sowie die aktiv-, natur- und wassertouristische Nutzung der Saale als Naherholungsgebiet für Kanus, Ruderboote, Motorboote, Wassertaxis und Fahrgastschiffe und für die aktiv- und naturtouristische Zielgruppe wie Spaziergehende, Joggende, Radfahrende und Saale-Schwimmende. Die Bedeutung für den Individual- und Aktivtourismus nahm, während der Covid-19-Pandemie weiter zu und setzte sich auch nach Wegfall von Restriktionen fort.

So freuen wir uns über die deutlich erhöhte Besucherfrequenz in der Tourist-Information und insbesondere über mehr (Tages- Gäste in der Stadt. Das 49-€-Ticket prägte den Sommer 2023 maßgeblich bei Tagesreisenden, allerdings ist spürbar, dass diese Gäste preissensibel sind und durch die günstige Mobilität weniger übernachten.

Die Suche nach GästeführerInnen stellt die SMG stetig vor große Herausforderungen. Im Jahr 2023 wurde die Kooperation mit der Volkshochschule Halle-Saalekreis erfolgreich fortgesetzt. Es wurden 13 Kursteilnehmende als geprüfte GästeführerInnen ausgebildet. Gleich zwei GästeführerInnen wurden direkt unter Vertrag genommen. Zwischenzeitlich mussten die Vergütungen der GästeführerInnen angepasst werden. Daraus resultiert eine deutliche Kostenerhöhung im Bereich Gruppentouristik. Um weiterhin die Durchführung von Führungen quantitativ wie qualitativ durchführen zu können müssen wir unsere Aktivitäten im Bereich der Personalsuche von Gästeführer*innen noch weiter verstärken.

Auswertung touristischer Führungen

	2022	2023	Veränderung in %
Führungen / Anzahl	2.791	2.909	+4,2
Gäste / Anzahl	39.585	40.190	+1,5

Die Entwicklung ist im Jahr 2023 von einem leichten Aufschwung geprägt. Es zeigt sich, dass die SMG weiterhin in ihrer täglichen Arbeit auf die Nachfrage mit passenden Angeboten reagiert. So wurden Führungsrhythmen optimiert, Nischenprodukte werden nur noch auf Anfrage angeboten und Kooperationen mit weiteren Vertriebsstellenpartnern geschlossen.

Beurteilung der Messesaison 2023

Die Kosten für Messeauftritte und Regionalmarketing beliefen sich 2023 auf 8.607,58 € (2022: 6.790,84€). Im Jahr 2023 war die Teilnahme und Ausrichtung von Messen wieder möglich. So konnten wir einige Bestandsmessen besuchen sowie neue Formate als Aussteller nach der Pandemie ausprobieren.

Branchentreffs, Messen und Regionalmarketing

	2022	2023	Veränderung in %
Kosten Messeauftritte	6.790,84	8.607,58	+26,75

Gerade im MICE-Bereich (Meetings, Incentives, Covention und Events) haben wir unsere Messeauftritte verstärkt. Neben regionalen kleineren Formaten war das Stadtmarketing seit langer Pause wieder auf der IMEX in Frankfurt präsent. Die IMEX hat sich dabei aber nicht als Format für potenzielle Anfragen erwiesen und wird aufgrund der hohen Kosten im Jahr 2024 nicht wieder auf dem Messeplan stehen.

Im Geschäftsjahr 2023 wurden aber nicht nur im MICE-Segment Messen durchgeführt, sondern auch die Tourismusmessen (sowohl B2B als auch B2C Messeauftritte) konnten erfolgreich absolviert werden.

Hervorzuheben ist hier die Teilnahme am Tag der Verbände in Berlin, die MICE-Branchentreffs sowohl in Starnberg als auch in Düsseldorf sowie die touristischen Messen wie der RDA-Workshop in Köln und der GTM in Essen. Zudem besuchte die SMG die Schäfer-Touristik Infotage, die Internationale Tourismus Börse in Berlin, die Leitmesse im Tourismus. Eine neue Mitgliedschaft im VPR-Verband (dem Internationalen Verband der Paketer) ermöglicht nun den Zugang zu entscheidenden Messen, wie im November in Wiesbaden. Ein großer Fokus galt bereits im Jahr 2023 dem 41. Tag der Bustouristik, der zugleich Anfang des Jahres 2024 den Auftakt in das touristische Jahr darstellte.

Ausblick Messen 2024

Die SMG wird sich im Jahr 2024 mit dem Tagungs- und Kongressbereich wieder vermehrt an regionalen MICE-Formaten mit Fokus auf Akquise in Mitteldeutschland beteiligen. Selbstverständlich werden auch branchenbedeutsame überregionale MICE-Events besucht. Hier muss aber im Sinne einer strengen Kosten-Nutzen-Betrachtung geprüft werden, ob aus diesen Aktivitäten auch tatsächlich ein nennenswertes Anfragevolumen resultiert. Weiterhin wird die Organisation eines Branchen Trips für Tagungs- und Kongressveranstaltende in Eigenregie geplant. Die touristischen Messen werden im Jahr 2024 eine noch größere Relevanz erhalten. So plant die SMG mit einer Beteiligung an verschiedenen Formaten des VPR, am GTM sowie der ITB. Auf den Prüfstand kommen nun auch wieder Endkundenmessen, dementsprechend wurde das Messebudget für das Jahr 2024 angepasst.

Provisionserlöse: Zimmervermittlung, Ticketing und Veranstaltungsorganisation

	2022	2023	Veränderung in %
Provisionserlöse	40.353,03 €	41.899,97 €	+ 3,83

Das Anfragevolumen im Tagungs- und Kongressbereich bewegt sich auf einem hohen Niveau mit leichten Zuwächsen. Dabei kann für die zusammengefassten Bereiche der Erlöse aus der Organisation von Tagungen und Kongressen, der Zimmervermittlung und des Ticketings von einer vollständigen Erholung und dem Überwinden der Pandemie-bedingten Folgen gesprochen werden.

Wir sehen ein erhöhtes Anfrage- und Buchungsaufkommen, vor allem im Online-Bereich, dem das Stadtmarketing aber mit einem gut vernetzten Channel-Management über den Plattformpartner HS Destination Solution begegnen kann. Die Schnittstelle zum Beherbergungsangebot der Stadt bietet einen zeitaktuellen Überblick über Preise und Verfügbarkeiten und wird sowohl in der Tourist-Information als auch für Einzelbuchungen im Destinationsmanagement und im Tagungs- und Kongressbereich genutzt. Entsprechende Optimierungspotenziale wurden Ende 2023 in mehreren Schulungen besprochen. Für mittelgroße und große Kontingente bei Zimmeranfragen im Rahmen von Tagungen & Kongressen ist das Stadtmarketing aber nach wie vor mit den Beherbergungspartnern in der Stadt vernetzt und optioniert Zimmerkontingente für die Teilnehmenden. Das bedeutet konkret, dass die SMG TagungsteilnehmerInnen entsprechende Buchungslinks zur Verfügung stellt und als Schnittstelle zwischen Tagungsgast, Beherbergungsbetrieb und VeranstalterInnen agiert. Der Service wird gerade bei mittleren und großen Veranstaltungen wie hier in Auszügen zusammengestellt immer häufiger genutzt und schlägt sich in der mittelfristigen Planung bis ins Jahr 2025 nieder.

Übersicht Tagungen und Kongresse 2023 – Auswahl-

- MLU/Institut für Geowissenschaften und Geografie (NKG): 130 Zimmer
- MLU/Institut für Geowissenschaften und Geografie, Tagung NKG: 75 Zimmer
- IT-Planungsrat, Ministerium der Finanzen Magdeburg: 300 Zimmer
- MLU/Sektion Bildung: 70 Zimmer
- MLU /Institut für Gesundheits- und Pflegewissenschaft EORTC: 75 Zimmer
- Fraunhofer Institut/ CAM-Workshop: 100 Zimmer
- SIC: 170 Zimmer
- Sport-VA „Special Olympics S-A“, 30 Zimmer
- MLU/UFZ- Jahrestagung der bodenkundlichen Gesellschaft (DBG): 350 Zimmer
- Uniklinik Halle, DGI (Deutsche Gesellschaft für Immungenetik): 150 Zimmer
- Fahrgastbeirat: 60 Zimmer
- IAMA/Filmmusiktage: 75 Zimmer
- ITEL - Deutsches Lithiuminstitut „LithiumDays 2023“: 100 Zimmer

Für das Jahr 2024 übernimmt der SMG-Kongressbereich laut derzeitigem Planungsstand die Organisation von mehreren großen und mittelgroßen Kongressen:

- DGfE (Deutsche Gesellschaft für Erziehungswissenschaft): 700 Zimmer (1.500 Teilnehmer)
- DGGOE (Deutschen Gesellschaft für Gesundheitsökonomie): 300 Zimmer (700 Teilnehmer)
- Strukturwandel-Konferenz: 200 Zimmer
- BDEW (Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e. V. Landesgruppe Mitteldeutschland): 160 Zimmer
- CAM-Workshop: 100 Zimmer
- Digital History & Citizen Science: 85 Zimmer
- Parteitag DIE LINKE: 370 Zimmer
- IAMA/Filmmusiktage: 50 Zimmer

Ein steigendes Segment ist neben der Zimmervermittlung auch die gesamte Organisation und Betreuung von Tagungen und Kongressen. Dazu gehört neben der Beratung zur Veranstaltungslocation, dem Rahmenprogramm, dem Catering, technischen Aspekten auch das Teilnehmermanagement und die Betreuung vor Ort. Im Jahr 2023 wurde dieser ganzheitliche Service erneut vom Lithium-Institut für die Veranstaltung Lithium Days gebucht. Im Jahr 2024 ist die SMG in der kompletten Veranstaltungsbetreuung der Strukturwandelkonferenz tätig. Insgesamt soll im Rahmen der Kooperation mit der Martin-Luther-Universität auch weiterhin der Fokus auf die Betreuung von wissenschaftlichen Tagungen und Kongressen gelegt werden.

Werbekosten (Marketingprojekte und Kampagnen)

	2022 in €	2023 in €	Veränderung in %
Marketingaufwand	849.635,32	846.940,78	-0,32%
Darunter Projekt-/Marketingaufwand	494.317,00	488.457,75	-1,18 %
darunter Standortmarketing	355.318,32	358.483,03	+0,89%

Für Projekte und sonstige Werbemaßnahmen wurden 2023 insgesamt 846.940,78 € eingesetzt. Die Zahlen bewegen sich damit auf Vorjahresniveau.

Sowohl die professionelle inhaltliche als auch die zahlenmäßige Durchführung von Projekten, Werbekampagnen und das Aufrechterhalten touristischer Services wäre kaum möglich ohne Mitteleinwerbung über Fördermittel, Sponsoringvereinbarungen, Werbepartner:innen. 2023 konnten hier in Summe 285.624,83 € (Vorjahr: 132.057,47 €) akquiriert werden. Das entspricht einer **Finanzierungsquote durch Fremdmittel von 58,47 %**.

Im eigenständigen Projekt "Standortmarketing" beteiligt sich die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU) mit 50 % an den Ausgaben.

Übersicht Marketingkampagnen 2023

1) Standortmarketing

Die Maßnahmen im Bereich des gemeinsamen Standortmarketings der Stadt Halle (Saale), mit der MLU und der SMG wurden in enger Abstimmung fortgeführt und durch weitere Kooperationsprojekte ergänzt.

Insgesamt wurden im Jahr 2023 für das Standortmarketing seitens der SMG 358.483,03€ aufgewendet. Dabei konnten bewährte Projekte und Maßnahmen verstetigt werden und neue Impulse im Kontext der Akquise und Betreuung von Tagungen und Kongressen und zur Vermarktung der Stadt Halle (Saale) als Studienstandort gesetzt werden. Auch in diesem Jahr ist die Maßgabe online first und so wurde der Bereich Online-Kommunikation und Digital Advertising weiter ausgebaut, ohne natürlich die Serviceorientierung zu vernachlässigen und den gesamten Marketing-Mix in der Wahl der Maßnahmen im Blick zu behalten.

Das Gemeinschaftsprojekt „Standortmarketing“ besteht aus zwei Handlungsfeldern:

- **Standortmarketing im Kontext der Studierendengewinnung**
Zentrales Ziel ist die Stadt Halle (Saale) als attraktiven Studienstandort zu positionieren und so die Studierendenzahlen nachhaltig zu sichern und zu steigern.
- **Wissenschaftliches Kongress- und Tagungsmanagement**
Zentrales Ziel ist die nachhaltige Steigerung der Zahl wissenschaftlicher Kongresse und Tagungen in Halle (Saale).

Das Gesamtbudget für die Jahre 2021 bis 2024 beträgt ca. 700.000 € p.a. und setzt sich zu gleichen Teilen aus einer Zuschusserhöhung der Stadt Halle (Saale) und einzuwerbenden Projektgeldern im Rahmen eines Dienstleistungsvertrages mit der MLU zusammen. Ergänzt wird dieses Budget durch avisierte Erlöse durch Beteiligungen Dritter und Erlöse aus Provisionen im Bereich des Tagungsmanagements, die im Jahr 2023 leicht gesteigert werden konnten und bereits in Anfragen für die mittelfristige Planung für das Jahr 2024 und 2025 resultieren.

Im Bereich der Studierendengewinnung konnten planmäßig die folgenden Maßnahmen umgesetzt werden – hier ein Auszug der wichtigsten Themen-

- Teilnahme an Messen zur Studienorientierung (vocatium-Messen bundesweit)
- Teilnahme an Veranstaltungen zur Studienorientierung (Hochschulinformationstag MLU, Welcome Day, Orientierungswoche)
- Online-Kommunikation: Betreiben zeitgemäßer Online-Kanäle - Social Media Kanäle (TikTok, Instagram, YouTube) und zur Verfügung stellen des Info-Hubs DeinHalle mit Blogbeiträgen
- Digital Advertising
- Relaunch des Welcome Bag als nachhaltige Bibliothekstasche und Berücksichtigung der Anforderungen der Projektpartners Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

- Betreiben des Uni-Shops mit Info-Point
- Stadtführungen und Halle-Erlebnisse für die Zielgruppe potenziell Studierende, Start des Formats Kiez-Tour, Besucherpakete
- Videoserie Kiezkenner – Follow me around

Für das Jahr 2024 wird der Fokus noch mehr auf passfähige Angebote für die Zielgruppe der 16- bis 24-Jährigen gelegt und es wird unter dem Einsatz neuer Technologien (Einsatz Künstlicher Intelligenz zur Informationsübermittlung) versucht ein noch passgenaueres Angebot zu unterbreiten und damit die richtigen Anreize für die Studien- und Wohnortwahl Halle (Saale) zu setzen.

2) Strategisches Außen- und Binnenmarketing

Konsequent spielt die SMG auch im Sinne des Tourismuskonzeptes der Stadt für die Imagebildung die Themen Kulturreichtum und Lebens- und Erlebnisqualität durch die "grüne Stadt am Fluss".

Veranstaltungsformate, die auf diese Themen oder innerhalb derer auf spezielle Zielgruppen, wie Familien einzahlen, erfahren seitens der SMG vor allem kommunikative und mediale Unterstützung. So betreute die SMG 2023 u.a.: die Eröffnung des Planetariums, die Lichterwelten im Zoo, den Christopher-Street-Day (CSD), die Lange Nacht der Wissenschaften, das Silbersalz-Festival, die Gemeinsame Museumsnacht Halle-Leipzig, die Aktion "Halle am Meer zu Ausstellungen des Kunstvereins "Talstrasse" und des Kunstmuseums Moritzburg sowie das europaweit einmalige Jazzfestival „Women in Jazz“ und natürlich die Händel-Festspiele wurden medial seitens der SMG mit betreut. Ca. 50.000 € Ausgaben sind der direkten Kulturvermarktung zuzuschreiben.

Die größten und finanziell aufwändigsten Projekte sind hier kurz skizziert:

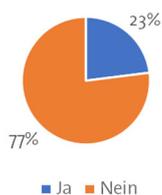
- **Erfolgreiche Bewerbung der Stadt Halle für das Zukunftszentrum Deutsche Einheit und Europäische Transformation**

An Winterschlaf war Anfang 2023 nicht zu denken. Die SMG organisierte in enger Zusammenarbeit mit der Stadt Halle und dem Netzwerk Zukunftszentrum die Kommissionsbereisung, welche maßgeblich der Entscheidungsfindung durch den Bund diente. Als der Zuschlag für die Stadt Halle im Februar verkündet wurde, war das nicht nur genugtuender Lohn für die Arbeit der vergangenen Monate, sondern eine Aufbruchseuphorie welche es nun hinsichtlich vielfältiger Aspekte zu nutzen gilt; - von Stadtumbau, neuer (auch touristischer) Infrastruktur bis hin zum Selbstverständnis und -bewusstsein der eigenen Bevölkerung. Die SMG bleibt für die nächsten Jahre nah dran an diesem spannenden Prozess. Höhepunkte in diesem Zusammenhang waren die äußerst erfolgreiche und publikumswirksame Durchführungen der Veranstaltungen "Baltic Sea Orchestra" aus Danzig in der Händel-Halle und einen Vortrag mit Lech Walesa in der Marktkirche; - europäische Einheit aufgezeigt in Halle.

- **Halle (Saale) on tour auf der Leipziger Buchmesse**

274.000 meist auswärtige Besucher:innen auf der Leipziger Buchmesse und dem Lesefest Leipzig liest mit einer Affinität zu kulturellen Themen sind ein starkes Argument für eine intensive Beteiligung der Stadt Halle. 15.000 Besucher:innen in der hallesaale*-Lounge auf der Buchmesse, sowie 2820 Gespräche sind neben der medialen Präsenz wiederholt als klarer Erfolg für das Stadtmarketing einzuordnen.

Kommen Sie aus Halle
(Saale)?



Besucher:innenbefragung LBM 2023 n=2820

Für 2024 setzt die SMG die Präsenz auf der Buchmesse aufgrund der Projektdichte und Sonderthemen 2024 aus und entscheidet im Rahmen der Wirtschaftsplanung 2025 neu.

- **Den Trend verstanden: Camping in Halle**

Im Jahr 2023 hat das 2022 vorgeplante Projekt Fahrt aufgenommen. Es wurde ein Onlineportal www.camping-halle.de geschaffen, das private und öffentliche Outdoor-Übernachtungsmöglichkeiten in Halle und Umgebung bündelt und auf dem bereits 45.000 Klicks erfasst wurden. Mittels einer Binnenkampagne konnten zusätzlich 33 Stellplätze von 14 privaten Gastgeber temporär gewonnen werden. Infolge einer bundesweiten Tourisuskampagne zeigt die Auswertung, dass fast 500 Gäste die Angebote privater Gastgeber genutzt haben. Positive Synergieeffekte zeigten sich auch bei steigenden Übernachtungszahlen auf öffentlichen Stellplätzen. Halle konnte seine Wettbewerbsfähigkeit als attraktives Reiseziel für Outdoor-Reisende steigern. Gleichzeitig braucht es perspektivisch dringend offizielle Camping- und Stellplätze. Die Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH konnte erfolgreich die hohe Nachfrage in dem Tourismussektor beweisen. Die finanziellen Aufwendungen für das Projekt betragen 2023 77.406,25 € wovon 90 % durch Fördermittel gedeckt sind.

- **"Hier unten leuchten wir" - Laternenfest 2023**

Am letzten Augustwochenende fand das Laternenfest statt. Tausende Menschen besuchten das mehrtägige Event und erfreuten sich an dem vielfältigen Programm, den zahlreichen Ausstellungsständen und Bühnenshows. Die SMG begleitete mit einer umfangreichen Kampagne (Raum Halle + 50km Umkreis) sowie mit eigenen Inhalten für die Weiterentwicklung des Laternenfestes im Kontext der Familienfreundlichkeit. Die emotionale Bindung über die Traditionen des Laternenfestes, insbesondere der nachwachsenden Zielgruppe ist enorm hoch.

Erstmalig in der Geschichte des Laternenfestes bespielte die Theater- und Orchester GmbH Halle eine Bühne und eine Aktionswiese zu ihrer Spielzeiteröffnung in Partnerschaft mit der hallesaale*-Lounge. Auch das ist als deutliches Signal für die genannte Zielgruppe und die Qualitätsansprüche zu verstehen.

Die SMG empfiehlt weiterhin und nachdrücklich ihrem Hauptgesellschafter und Veranstalter des Festes, Angebote für die Zielgruppe Familien weiter auszubauen. Ein Statement für ein Feuerwerk als Gemeinschaftserlebnis für 2024 haben Stadt und SMG bereits abgesetzt.

- **Tourismusoffensive 2023-25**

Über das Corona-Sondervermögen erhält die SMG für die „Tourismusoffensive“ von 2023-25 einen Landeszuschuss von 370 T€. Dabei werden in verschiedenen Teilprojekten pandemieresiliente (digitale) Tourismusangebote geschaffen, um die regionale Tourismuswirtschaft zu stärken. 2023 erfolgte mit Fokus auf den ausländischen Zielmarkt die Erstellung einer mehrsprachigen Landingpage, inkl. der Neukreation touristischer POIs: (Bewegt)bilder, Texte, Audiofiles. In einer int. Tourisuskampagne mit den Themenschwerpunkten Weihnachten und UNESCO hat Halle seinen int. Bekanntheitsgrad als attraktive Reisedestination in S-A und damit seine int. Wettbewerbsfähigkeit gesteigert. 2024-25 werden dig. Erlebnisstadtführungen für Familien mittels Tools wie Podcasts und Gamification-App entwickelt sowie verstärkt barrierefreie Angebote für einen „Tourismus für alle“ entwickelt. Die finanziellen Aufwendungen betragen 2023 81.960,16 € bei einer Förderung von 90 %, was aufgrund eines durchdachten Konzeptes die SMG temporär in die Lage versetzt, tatsächlich signifikant Werbebudget für touristisches Marketing aufzuwenden und gleichzeitig Grundlagen für eine zeitgemäße Kommunikation für die nächsten Jahre zu schaffen. Zudem steht seit November 2023 bis Ende 2025 ein zusätzlicher Mitarbeiter für die Mitarbeit bei der Umsetzung zur Verfügung.

- **Weihnachtsmärkte in Halle**

Der Bekanntheitsgrad der beiden Comicentiere „Finni & Rudi“ liefert mittlerweile einen deutlichen Aspekt zur positiven Wahrnehmung der halleischen Weihnachtsmärkte bei, die vom Stadtmarketing gebündelt beworben werden. Neben der zentralen Website leistet ein bunter Media-Mix an Plakaten, Faltpapier, Anzeigen, Weihnachtsmarkt-Tassen, online-Medien und Social Media Kommunikation einen erheblichen Beitrag in der Publikumsakquise und Imagebildung.

Zusätzlich wurde 2023 der romantische Reiseanlass „German Christmas Markets“ inkl. englischer Landingpage in einer umfangreichen Online-Kampagne für nichtdeutschsprachige Zielmärkte in Belgien, Niederlande, Dänemark, Schweden ausgespielt. In Zusammenarbeit mit der Deutschen Zentrale für Tourismus (DZT), niederländischen Online-Magazinen, Buchungen bei Meta und Google konnte so eine Sichtbarkeit von halleischen Inhalten von ca. 3,3 Mio. Impressionen und ca. 16.000 zusätzlichen Klicks auf die Website im Zeitraum 27.11.-24.12. generiert werden.

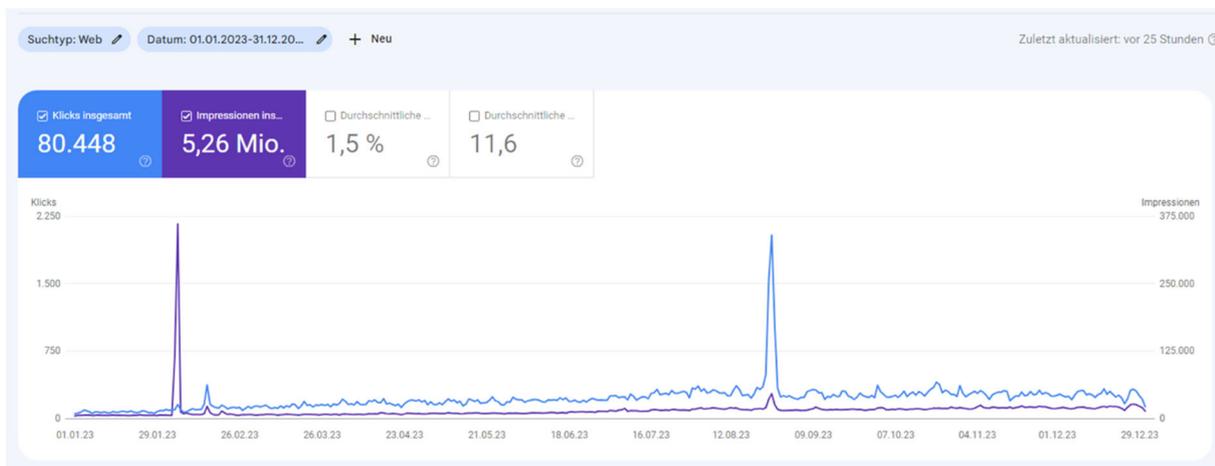


- **Dranbleiben: hohes Tempo im Online-Marketing**

Die gut vernetzten Marketingaktivitäten im Onlinebereich der SMG sind weiterhin ein wichtiger Schlüssel für die Zukunft. Folgende Kenngrößen sind für SMG dabei entscheidend: Halle-Fans auf den firmeneigenen Social-Media-Kanälen erreichen mit Halle-Beiträgen (Posts, Stories, Reels und TikToks), Halle-Bekanntheit über Reichweite steigern, Umsatzsteigerung und Neukund:innen-Gewinnung für den Onlineshop www.hallesaale.shop sowie Verweildauer und Klickzahlen auf den verschiedenen Landingpages www.halle-tourismus.de / www.deinhalle.de erhöhen.

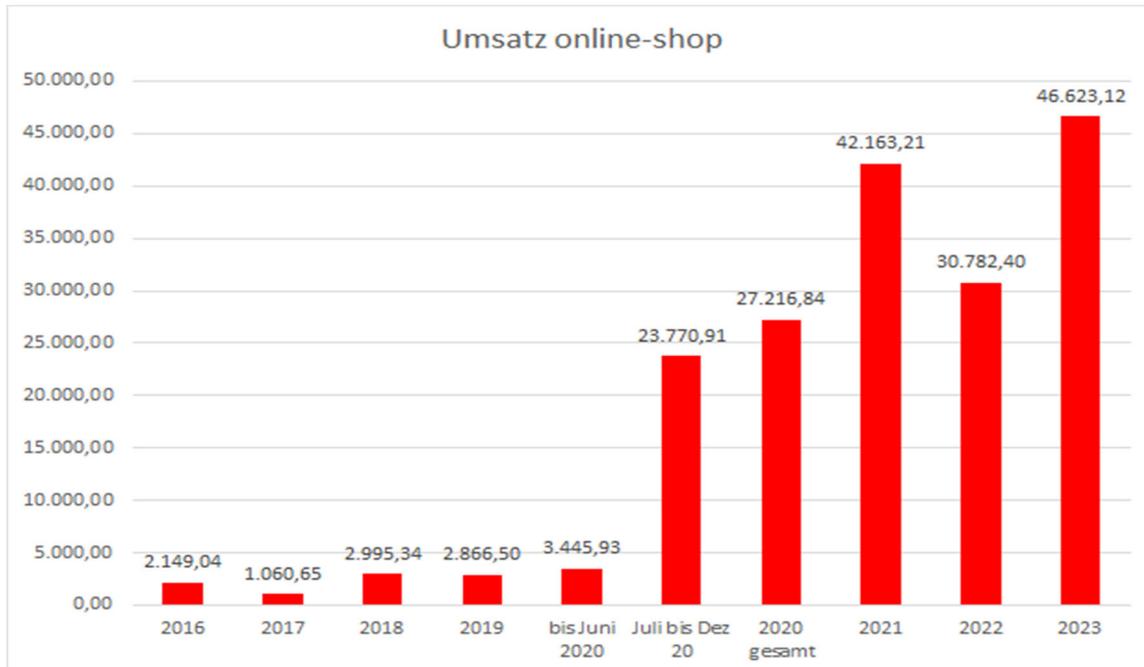
Hier gilt für ein kontinuierliches, organisches Wachsen, besonders zielgruppenaffin zu arbeiten und das richtige Maß, den richtigen Stil, die richtigen Produkte zu finden, um gleichermaßen imagefördernde und umsatzfördernde Effekte zu erzielen. Die Social-Media-Kanäle "VerliebtinHalle" & "DeinHalle" auf Facebook, Instagram, TikTok, YouTube und LinkedIn werben für Halle, hallesche Produkte und dienen ebenso der Imageförderung Halles und der aktiven und intensiven Pflege der Gemeinschaft, um diese langfristig an uns bzw. unsere Angebote zu binden. Die Aktivitäten auf X (vormals Twitter) sind mit Ende 2023 eingestellt worden aufgrund einer zunehmenden Unseriosität der Plattform, welches einen noch höheren personellen Aufwand bedeuten würde. Zudem ist unser Geschäft nicht so sehr auf die tagesaktuelle Kommunikation ausgelegt.

Beispiel: Website verliebtinhalle.de 2023:



Im Zuge der kommenden technischen Neuerungen sind vor allem die Suchmaschinen-KI's weltweit ein Gamechanger. Es wird nicht nur wichtig sein, seine eigene Website aktuell und relevant zu halten, bereits passende Antworten auf vermutete Fragestellungen vorrätig zu haben, sondern intensiv Inhalte auf großen Plattformen gut zu pflegen (Google, Googlemaps, Bing, Tourismusportale, Veranstaltungskalender etc.)

Der Onlineshop www.hallesaale.shop setzt seine Erfolgsgeschichte weiter fort. Im Jahr 2023 konnte das Ergebnis von 2022 deutlich überschritten werden. Auch das durch eine Sonderaktion (Weihnachtsmarkt für Zuhause) geprägte Erfolgsjahr 2021 konnte übertroffen werden. Somit ist ein kontinuierliches Wachstum zu erkennen. Die Arbeiten zur Programmierung, Gestaltung und Onlinewerbung wurden komplett innerhalb des SMG-Teams realisiert, womit das Know-how nunmehr innerhalb der Firma abgerufen werden kann.



Tourist-Information Halle (Saale) mit hallesaale*- & Uni-Shop

	2022	2023	Veränderung in %
BesucherInnenzahl	75.799	52.185	-31,15
Wareneinkaufswert	204.875,77 €	222.633,73 €	+ 8,67
Verkaufserlöse	277.631,89 €	304.739,41 €	+ 9,76

Die Tourist-Information mit hallesaale*- und Uni-Shop (TI) empfing in 2023 31,15 % weniger BesucherInnen als im Vorjahr. (siehe Tabelle). Seit Einführung unseres digitalen Ticketsystems müssen wir leider ein Rückgang der Besucher*innen feststellen. Bisher war es nötig für Buchungen immer die Tourist-Information aufzusuchen. Dies ist nun durch das eTicket nicht mehr nötig.

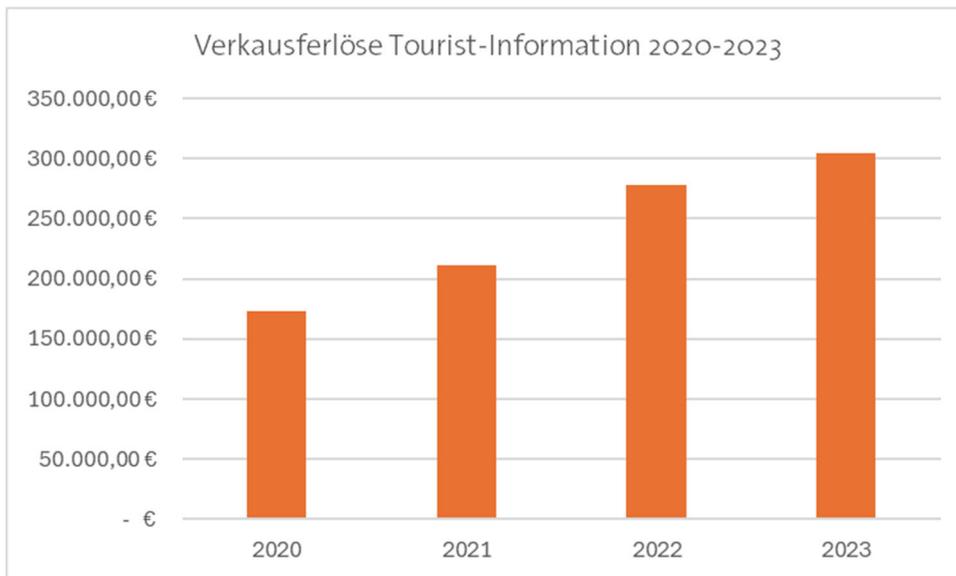
Durch die kontinuierliche Erweiterung des Sortiments wurden mehr Waren eingekauft als im Vorjahr. Das Shop-Sortiment wurde im Jahr 2023 weiter angepasst und umfasst aktuell ca. 400 Artikel.

Die saisonale Fokussierung der Artikel wurde im Jahr 2023 wie in den Vorjahren weitergeführt.

In einem firmeninternen Projektteam wird stetig an der Neuausrichtung der TI und passenden Verkaufsprodukten gearbeitet. So konnte die SMG mit der erfolgreichen Markteinführung des limitierten Klemmbaustein-Sets der Marktkirche zum Weihnachtsgeschäft die Verkaufserlöse ankurbeln.

Ebenso konzentriert sich die SMG darauf, Merchandise-Artikel für und mit den halleschen Highlights zu erstellen (z. Bsp. Planetarium: Socken, Postkarten, Magnete)

Ziel ist, durch einen neuen, frischen Auftritt noch attraktiver für HallenserInnen und Gäste zu werden. Die Steigerung der Aufenthaltsqualität bleibt ein weiteres Ziel. Die stetige Weiterentwicklung führt kontinuierlich zu einer Steigerung der Verkaufserlöse in der Tourist-Information.



VFE-Lage: Darstellung, Analyse, Beurteilung für das Berichtsjahr 2023

a. Finanzlage

	2023 in €	2022 in €	Entwicklung in %	Bemerkungen
Zuschuss GesellschaftInnen	1.626.300,00	1.631.300,00	-0,3	
davon Zuschuss Stadt Halle	1.276.300,00	1.281.300,00	-0,4	für Zukunftszentrum 20.000,00 €
davon Zuschuss Standortmarketing	350.000,00	350.000,00	0,0	Gemeinschaftsprojekt Standortmarketing
Liquide Mittel	249.940,00	250.057,59	-0,05	

b. Ertragslage

	2023 in €	2022 in €	Entwicklung in %
Umsatzerlöse	1.137.093,60	1.023.107,94	11,1
sonstige betriebliche Erträge	1.796.447,62	1.670.726,06	7,5
Personalkosten	1.352.337,92	1.210.747,04	11,7
Materialaufwand	436.299,16	368.986,96	18,2
Abschreibungen	17.812,43	16.654,96	6,9
sonst. betriebliche Aufwendungen	1.115.235,94	1.100.783,51	1,3
sonstige Zinsen u. ä. Erträge	260,69	90,20	189,0
Steuer vom Einkommen u. Ertrag	-0,71	-0,71	0
Zinsen u. ä. Aufwendungen	0,00	0,00	0
sonstige Steuern	186,68	470,69	-60,3
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	11.930,49	-3.718,25	

Die SMG schließt das Geschäftsjahr 2023 mit einem Jahresüberschuss von 11.930,49 € ab. Es wird vorgeschlagen, den Jahresüberschuss auf neue Rechnung vorzutragen.

Der Erfüllungsstand der Positionen des Wirtschaftsplanes wird monatlich durch die Geschäftsführung überwacht und in den Gesellschafterversammlungen vorgetragen.

c. Vermögenslage

Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

Kennziffer	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019
Sachanlagen-Intensität	10,97	11,93	18,20	14,90	7,89
Eigenkapitalquote	38,57	34,68	38,79	34,89	33,17
Fremdkapitalquote	61,43	65,32	61,21	65,12	66,83

Im Jahresabschluss sind alle dem Unternehmen bekannten Vorgänge fürs Jahr 2023 erfasst.

III. Risiko- und Prognoseberichterstattung

a. Risiken

Immer noch besteht für die Gesellschaft ein erhöhtes Risikopotenzial geprägt durch das Umfeld der Pandemieentwicklung bzw. dem noch andauernden Konflikt in der Ukraine und Nahost. Die Ertragslage dominieren zwar klare vertragliche Zusagen der GesellschafterInnen. Doch der andauernde Kostendruck für potenzielle BesucherInnen bzw. Businessreisende führt zunehmend zu einer Preissensibilität unserer Gäste. Dazu erschweren kurzfristig sich ändernde Rahmenbedingungen eine vorausschauende Planung. Es ist damit zu rechnen, dass bei den Gästeankünften, Übernachtungen und Umsatzerlösen trotz einsetzender Erholung ein Defizit zu den Planansätzen 2024 entstehen könnte, sollte sich die Inflation und Konfliktsituation weit ins Jahr 2024 ziehen. Wir bemerken derzeit einen Rückgang bei den Pro-Kopf-Ausgaben in unseren Shops und bei Buchungen insgesamt. Die Deutsche Zentrale für Tourismus erwartet zudem erst eine vollständige Erholung von den Pandemiefolgen ab dem Jahr 2025. Eine Gefährdung der Gesellschaft ist trotz dieser Rahmenbedingungen nicht zu erwarten, da einerseits verbindliche Finanzflüsse der GesellschafterInnen erfolgen und andererseits die variablen Ausgaben für Marketing, Projekte und Wareneinkauf angepasst werden können.

Die Gesellschaft verfügt über eine gesicherte Einnahmeseite mit klaren Zahlungsmodalitäten. Forderungsausfälle sind nicht zu erwarten. Zudem besteht eine langfristige Zusammenarbeit mit den GesellschafterInnen. Verbindlichkeiten werden innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen gezahlt.

Im kurzfristigen Bereich finanziert sich die Gesellschaft überwiegend aus den Guthaben.

b. Chancen

Chancen bestehen für die Gesellschaft im Bereich der Gästegewinnung, insbesondere durch den Bereich Tagungs- und Kongressmanagement, welches weitere Businessgäste gewinnen konnte und viele Tagungen und Kongresse nun nachgeholt werden. Wir gehen von einem starken Erholungs- und Nachholeffekt aus. Geplante Hotelneubauten, welche im Zuge des künftigen Neubaus des Zukunftszentrums für Deutsche Einheit und europäische Transformation entstehen, sollen nun in den kommenden Jahren realisiert werden. Daraus ergeben sich die Erhöhung von Bettenkapazitäten und des Qualitätsstandards. Im Zuge der weiteren Berichterstattung im Zusammenhang mit dem geplanten Bau des Zukunftszentrums wird Halle weiter in den Focus künftiger Gäste rücken. Weiterhin kann die Gesellschaft gerade bei der Bereitstellung eigener Events, Produkte und touristischer Highlights eine Steigerung der Gästeankünfte und Aufenthaltsdauer ermöglichen. Auch im Privatkundenmarkt gehen wir von einer weiter steigenden Nachfrage aus. Die Stadt Halle hat für Gäste insbesondere Städtereisende ein gutes Portfolio. Neue Ausstellungen, Projekte und Highlights wie das Event 70 Jahre Puppentheater werden Gäste nach Halle ziehen. Die Erweiterung der Produktpalette hin zu Trend- und Saisonprodukten soll diese Entwicklung weiter unterstützen.

c. Prognose

Eine Einschätzung zur Entwicklung der Gesellschaft für das Jahr 2024 ist immer noch schwierig und ist von der Hoffnung getragen, dass sich die aktuelle Lage perspektivisch verbessert. Einerseits ist der Großteil der Einnahmen der Gesellschaft von klaren Zusagen der GesellschafterInnen geprägt, andererseits sparen die Menschen bei Geldsorgen eher an Reisen und Aktivitäten im Freizeitsektor, was zu Rückgängen bei den Umsatzerlösen führen könnte.

Neue Produkte und Formate werden weiter zur positiven Wahrnehmung der Gesellschaft führen und damit den Auftrag der GesellschafterInnen zur Installation dieser Gesellschaft weiter stärken.

Nicht finanzielle Leistungsindikatoren lagen zum Zeitpunkt der Berichterstellung nicht vor. Dem Unternehmen stehen monatliche Auswertungen zu finanziellen Leistungsindikatoren wie Cash-Flow, Ergebnis, Einhaltung Plan-Ist in Form der Auswertung des Wirtschaftsplanes vor. Diese Indikatoren werden monatlich abgeglichen und entsprechende, kurzfristige Anpassungen vorgenommen.

Wir planen im folgenden Geschäftsjahr 2024 ein höheres Umsatzvolumen gegenüber dem Ergebnis des Jahres 2023, sind hier aber in Abhängigkeit der weiteren gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Diese Entwicklung insbesondere mögliche negative Effekte bei dem Pro-Kopf-Einnahmen und den zunehmend höheren Kosten bei Personal und Wareneinkauf haben wir bei unserer Planung berücksichtigt.

Wir werden auch künftig immer in der Lage sein, den Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen.

Die SMG plant im Jahr 2024 mit einem institutionellen Zuschuss in Höhe von 1.748.300 €, der in unterschiedlich hohen Raten pro Quartal ausbezahlt wird.

Die Umsatzerlöse der SMG werden im Wirtschaftsplan 2024 mit 1.450.116,00 € (IST 2023: 1.263.844,71 €) geplant, sie wurden der aktuellen Situation angepasst und gehen von einer weiteren Erholung des Reisemarktes aus. Allerdings ist hier entscheidend, welchen Verlauf die gesamtwirtschaftliche Lage nimmt.

Die Kosten für Wareneinkauf für die Tourist-Information werden für 2024 mit 95.000,00 € geplant (IST 2023: 222.633,73 €). Dem geringeren Planansatz wurde der aktuelle Warenbestand sowie der Wegfall des Halloren Shops zugrunde gelegt.

Die betrieblichen Aufwendungen, wie z.B. Mieten/Raumkosten (2024: 86.684,54,00 €) Reinigung/Abfallbeseitigung (2024: 14.500,00 €), Energie (2024: 5.000,00 €), Kfz-Kosten (2024: 9.500,00€) wurden im Jahr 2024 der aktuellen Situation und den stark steigenden Kosten allgemein angepasst. Versicherungen und Buchführungskosten einschließlich Prüfung des Jahresabschlusses wurden in gleicher Höhe wie 2023 geplant.

Die Aufwendungen für die Umsetzung des Projektes Standortmarketing wurden in 2024 (390.000,00 €) der aktuellen Projektplanung und den stark steigenden Kosten angepasst.

Laut Wirtschaftsplan 2024 wird die SMG mit einem Defizit von 11.506,84 € abschließen.

TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Sitz der Geschäftsführung: Heinrich-Damerow-Straße 3 06120 Halle (Saale)	Postanschrift: Weinbergweg 23 06120 Halle (Saale)
-------------------	--	---

Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	26

Gesellschafter:	T€	%
Stadt Halle (Saale)	16	60,00
Saalesparkasse	5	20,00
Stadtwerke Halle GmbH	4	15,00
Industrie- und Handelskammer Halle-Dessau	1	5,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens der Gesellschaft ist es, in der Region Halle Hilfestellung im Umgang mit neuen Technologien anzubieten, um die Leistungsfähigkeit, insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen und deren Gründung, zu fördern und den Arbeitsmarkt nachhaltig zu sichern.

Die Gesellschaft wird jungen Unternehmen

- Räume und Gemeinschaftseinrichtungen im TGZ Halle zur Verfügung stellen,
- ihnen Möglichkeiten einer intensiven fachlichen Zusammenarbeit mit ansässigen Hochschuleinrichtungen bieten und universitäre Leistungen vermitteln,
- ihnen öffentliche und private Beratungsmöglichkeiten anbieten,
- ihnen bei der Deckung des Finanzbedarfs Hilfen aus öffentlichen und privaten Quellen vermitteln und
- ihnen auch nach dem Ausscheiden aus dem TGZ Halle behilflich sein.

Kleinen und mittleren Unternehmen vermittelt die Gesellschaft zur Stärkung der Leistungsfähigkeit sowie zur Sicherung und zum Ausbau von Arbeitsplätzen Beratungsdienste in den Bereichen Technologietransfer und Innovation, der Qualifizierung auf dem Gebiet neuer Technologien sowie Personal- und Informationstransfer.

In Ergänzung ihrer Dienstleistungen und zur Ausnutzung der vorhandenen Kenntnisse führt die Gesellschaft Projekte, z.B. aus den Bereichen Technologietransfer, Informationsvermittlung durch.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Der durch die TGZ GmbH verfolgte öffentliche Zweck ist in der Wirtschaftsförderung, Arbeitsplatz- und Standortsicherung zu sehen.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dr. Schmieder, Ulf-Marten

Aufsichtsrat:

Vorsitzender	Geier, Egbert
stellv. Vorsitzender	Schröter, Reinhard
	Aldag, Wolfgang
	Dr. Bergner, Christoph
	Dr. Fox, Jürgen
	Marquardt, Bertolt
	Walther, René

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	6	5	5

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2023		2022		2021		Veränderungen 2023 zu 2022	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	18.023	79	18.950	81	16.599	70	-927	-5
Umlaufvermögen	4.660	21	4.455	19	7.279	30	205	5
Rechnungsabgrenzungsposten	20	0	17	0	0	0	3	18

Bilanzsumme	22.703	100	23.422	100	23.878	100	-719	-3
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	-------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	14.448	64	14.622	62	14.388	60	-174	-1
Sonderposten für Investitionszulagen	7.079	31	7.854	34	8.630	36	-775	-10
Rückstellungen	443	2	510	2	446	2	-67	-13
Verbindlichkeiten	731	3	436	2	410	2	295	68
Rechnungsabgrenzungsposten	2	0	0	0	4	0	2	

Bilanzsumme	22.703	100	23.422	100	23.878	100	-719	-3
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	-------------	-----------

bb) GuV

	2023	2022	2021
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	4.443	4.653	4.721
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	347	58	231
sonstige betriebliche Erträge	125	465	59
Materialaufwand	2.696	2.259	2.394
Personalaufwand	980	936	890
Abschreibungen	486	481	504
sonstige betriebliche Aufwendungen	927	1.169	1.173
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	7	1
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	104	0
Ergebnis nach Steuern	-174	234	51
sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-174	234	51
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-174	234	51

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2023	2022	2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-3,93	5,03	1,09	%
Eigenkapitalrentabilität:	-1,19	1,63	0,36	%
Cash-Flow:	312	715	555	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	223	235	209	T€
Personalaufwandsquote:	19,94	18,09	17,77	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	79,35	68,09	69,49	%
Eigenkapitalquote:	63,64	62,43	60,26	%
Fremdkapitalquote:	36,36	37,57	39,74	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
vermietbare Fläche	18.083 ¹⁾	16.723	16.723	m ²
Auslastung	97,72	99,60	98,92	%

¹⁾ Stammdatenaktualisierung nach Neuermittlung vermietbarer Flächen

f) Lagebericht

- I. Grundlagen des Unternehmens
 1. Geschäftsmodell des Unternehmens
 2. Forschung und Entwicklung
- II. Wirtschaftsbericht
 1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen
 2. Geschäftsverlauf
 3. Lage
 - a) Ertragslage
 - b) Finanzlage
 - c) Vermögenslage
 4. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren
 5. Gesamtaussage
- III. Prognosebericht
- IV. Chancen- und Risikobericht
 1. Chancenbericht
 2. Risikobericht
 3. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

I. Grundlagen des Unternehmens

1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Gegenstand der TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH (im Folgenden als Gesellschaft bezeichnet) ist es, in der Region Halle Hilfestellungen im Umgang mit neuen Technologien anzubieten, um die Gründung und die Leistungsfähigkeit insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen zu fördern sowie die positive Entwicklung des Arbeitsmarktes nachhaltig zu unterstützen.

Dazu zählt als Kerngeschäft die Vermietung und Betrieb von Infrastruktur für Technologieentwicklung, Gründung und Wachstum im Technologiepark Weinberg Campus in Halle (Saale).

Das weitere Geschäftsmodell umfasst Projekte, Dienstleistungen, Vermarktung und Kooperation mit den ansässigen Unternehmen und der Unterstützung von Gründern in den Bereichen Strategie- und Managementberatung, Projektmanagement und Wissens- und Technologietransfer.

Die Gesellschaft erbringt die oben genannten Aufgaben im Wesentlichen auch für die Bio-Zentrum Halle GmbH, im Rahmen einer Betriebsführungsvereinbarung.

Die Gesellschaft unterhält keine Zweigniederlassungen.

2. Forschung und Entwicklung

Die Berichterstattung über den Bereich Forschung und Entwicklung entfällt, da das Geschäftsmodell diesen Unternehmensbereich nicht vorsieht.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die deutsche Volkswirtschaft ist nach Jahren des Booms durch die Auswirkungen der weltweiten Pandemie und zuletzt vor allem des Krieges in der Ukraine in eine Rezession¹ geraten. Weltweite Tendenzen zur politischen Blockbildung und zu sich verstärkendem Protektionismus trüben die Zukunftsaussichten ebenso ein, wie daraus resultierende Lieferengpässe und Rohstoffknappheiten.

Ein weiteres Ergebnis ist eine im Berichtsjahr weiterhin hohe Inflation², die sich im Januar 2024 leicht auf +2,9 % absenkt³. Zusammengefasst bedingen die weltweiten Entwicklungen zahlreiche gesamtwirtschaftliche, gesellschaftliche und branchenbezogene Risiken und Unsicherheiten, welche im kommenden Geschäftsjahr stets bei strategischen Planungen und insbesondere im operativen Tagesgeschäft zu berücksichtigen sind. Die Ausweitung handels- und geopolitischen Spannungen, vor allem zwischen der EU und Russland oder aber auch mit der VR China stellt die mit Abstand größte Gefahr für die weitere konjunkturelle Entwicklung dar.

Die bereits genannten gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der geopolitischen Unsicherheiten führen zu steigenden Arbeits-⁴ und Energiekosten. Während die explosionsartig gestiegenen Energiekosten zunächst durch staatliche Interventionen⁵ wieder besser kalkulierbar erscheinen, ist ein weiterhin starker Anstieg der Arbeitskosten zu erwarten. Der Fach- und Arbeitskräftemangel führt insbesondere bei Wachstumsunternehmen zu großen Herausforderungen bei der Personalakquisition. In diesem Zusammenhang stehen auch zunehmende Erwartungshaltungen an Personalführung und Personalentwicklung sowie verstärkte Anstrengungen und erhöhte Kosten bei der Organisationsentwicklung.

Für die Kernzielgruppen der Gesellschaft sind die genannten Aspekte wegen der im Wesentlichen internationalen Ausrichtung eine zentrale Rahmenbedingung für die einzelbetrieblichen Entwicklungsperspektiven. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung stiegen im Jahr 2023 leicht um 7 %⁶. Der größte Anteil der diesbezüglichen Ausgaben entfällt auf Spitzentechnologien, insbesondere in den relevanten naturwissenschaftlich-technischen Bereichen. Die im Vergleich zu anderen Regionen eingeschränkten finanziellen und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen im Land Sachsen-Anhalt und der Stadt Halle (Saale) erfordern nach wie vor intensive Ansiedlungs-, Gründungs- und Bestandspflegeaktivitäten sowie innovative Ansätze in der Marktbearbeitung. Der nationale und internationale Standortwettbewerb verschärft sich im Hinblick auf die Zielgruppe technologieorientierter Gründungsvorhaben und Wachstumsunternehmen weiterhin und macht verstärkte Aktivitäten zur Positionierung nötig⁷.

2. Geschäftsverlauf

Für die Gesellschaft hatte 2023 auch ohne Berücksichtigung der beschriebenen Herausforderungen die Sicherung des Mieterbestandes und deren Betreuung hinsichtlich betriebs- und finanzwirtschaftlicher Problemstellungen oberste Priorität. Zudem wurde die Umsetzung der strategischen Planungen zur zielgerichteten Akquisition und zur nutzerspezifischen Ausrichtung weiter vorangetrieben. Dies betrifft sowohl die Ansprache potenzieller Neugründungen und Technologieunternehmen mit Ansiedlungsinteresse als auch die Intensivierung der Kontakte zu Projektträgern und Förderinstitutionen sowie die Beschäftigung mit den relevanten Zukunftsthemen. Mit dem Ziel der Zukunftssicherung wurde das Geschäftsmodell der Gesellschaft weiterführend überarbeitet, insbesondere wurden weitere Leistungsangebote und Geschäftsmodellvarianten entwickelt.

¹ Destatis, (2024), Pressemitteilung Nr. 019 vom 15.01.2024 URL: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/01/PD24_019_811.html#:~:text=Damit%20setzte%20sich%20die%20Erholung,um%200%2C7%20%25%20h%C3%B6her (Abruf 13.05.2024)

² Destatis (2024), Pressemitteilung NR. 020 vom 16.01.2024, URL: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/01/PD24_020_611.html#:~:text=WIESBADEN%20E%80%93%20Die%20Verbraucherpreise%20in%20Deutschland,%2B6%2C9%20%25%20gelegen. (Abruf 14.05.2024)

³ Destatis (2024), Pressemitteilung Nr. 051 vom 09.02.2024, URL: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/02/PD24_051_611.html (Abruf 14.05.2024)

⁴ Destatis (2024), Pressemitteilung Nr. 076 vom 29.02.2024, URL: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/02/PD24_076_62321.html#:~:text=Real%3%B6hne%20steigen%20im%204.&text=Quartal%202023%20gegen%3%BCber%20dem%20Vorjahreszeitraum,Verbraucherpreise%20um%203%2C5%20%25. (Abruf 14.05.2024)

⁵ BMF (2022), Schnelle und spürbare Entlastungen in Milliardenhöhe vom 16.12.2022, URL: <https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Schlaglichter/Entlastungen/schnelle-spuerbare-entlastungen.html#:~:text=Um%20die%20finanziellen%20Auswirkungen%20der,Milliarden%20auf%20den%20Weg%20gebracht.> (Abruf 14.05.2024)

⁶ Destatis (2024), Pressemitteilung Nr. 089 vom 08. März 2024, URL: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/03/PD23_089_218.html

⁷ IW-Kurzbericht 81/2023 (2023), Standortwettbewerb im Wandel vom 02.11.2023, URL: <https://www.iwkoeln.de/studien/melinda-fremerey-julian-sommer-standortwettbewerb-im-wandel.html> (Abruf 14.05.2024)

Im Weiteren wird über den Geschäftsverlauf berichtet. Die Einschätzung der zukünftigen Herausforderungen erfolgt im Prognosebericht und im Risikobericht.

Die Bereitstellung und Vermietung von moderner Infrastruktur für technologieorientierte Gründungs- und Wachstumsunternehmen zählt seit ihrer Gründung zu den Kernaufgaben der Gesellschaft. Der allgemeine Alterungsprozess der technischen und baulichen Infrastruktur erforderte auch im Berichtsjahr ebenso wie in den Vorjahren größere Investitionen in die Instandhaltungsmaßnahmen, um die Attraktivität und Funktionsfähigkeit der Infrastruktur zu erhalten und zukunftsfähig zu gestalten. Im Berichtszeitraum wurden neben der notwendigen allgemeinen Instandhaltung und Reparatur von Anlagen und Nebenanlagen demzufolge auch umfangreiche Mittel zur Modernisierung von Medientechnik und Innenausstattungen im Gebäudebestand eingesetzt.

Daher sind moderate Mietpreiserhöhungen in den kommenden Jahren zur Gewährleistung der Nachhaltigkeit des Geschäftsmodells allerdings notwendig. Dies wurde bereits 2023 teilweise umgesetzt.

Dem Flächenentwicklungskonzept und den Ergebnissen zahlreicher Machbarkeitsstudien entsprechend, wurden im Geschäftsjahr 2023 die Planungen zur Errichtung weiterer Gebäude vorangetrieben. Die Notwendigkeit hierfür ergibt sich aus der guten Positionierung im Wettbewerb und den daraus resultierenden Ansiedlungspotenzialen. Im Berichtsjahr wurden die Überlegungen weiter konkretisiert und fundiert sowie wesentliche Gremienentscheidungen vorbereitet und getroffen. Im ersten Schritt wird ein neues Gebäude für Startups in den frühen Gründungsphasen errichtet und in räumlicher Verbindung mit dem in Sanierung befindlichen ältesten Gebäude der Gesellschaft zum zentralen Innovation Hub des Standortes ausgebaut. Die Planungen der Leistungsphasen 1-3 wurden abgeschlossen, die Finanzierung ist durch einen Zuwendungsbescheid über die Bereitstellung von Fördergeldern sowie durch Fremd- und Eigenkapital gesichert. Das Investitionsvolumen umfasst ca. 17 Mio. €. Baubeginn ist im 2. Quartal 2024. Im zweiten Schritt ist die Errichtung eines neuen hochtechnischen Gebäudes (Business Development Center) geplant. Auch diesbezüglich sind bereits umfangreiche Planungsleistungen erbracht worden. In einem dritten Schritt soll der Neubau eines weiteren Laborgebäudes vorangetrieben werden, das in konzeptioneller und räumlicher Verbindung zum o.g. Business Development Center stehen und ein Leuchtturmprojekt für den Strukturwandel im Mitteldeutschen Revier bilden wird. Für beide Neubauvorhaben wurden Förderanträge erarbeitet und gestellt, Förderzusagen zum Teil bereits gegeben, Grund und Boden über Erbbaurechtsverträge gesichert sowie notwendige Gremienentscheidungen herbeigeführt. Die Projektorganisation (Stabstelle und Projektsteuerung) ist etabliert. Wesentliche Vergaben für Planungsleistungen wurden getätigt.

Die Gründungs- und Wachstumsförderung sowie die Unterstützung des Wissens- und Technologietransfers sind weitere Ziele der Gesellschaft.

Der Ansiedlung, der Gründung und der Unterstützung des Wachstums junger Technologieunternehmen diene im Berichtszeitraum die Fortführung des Weinberg-Campus-Accelerator für Startups und Wachstumsunternehmen.

Da die Gesellschaft über keinen KMU-Status verfügt, wird die Akquisition von eigenbetrieblich nutzbaren Projektgeldern auch zukünftig schwierig bleiben. Vor dem Hintergrund der sich negativ verschärfenden Rahmenbedingungen erwies sich zudem sowohl die Akquisition als auch die Umsetzung von Marktprojekten weiter als schwierig. Ziel ist es, ein breites Spektrum an Dienstleistungen im Bereich Innovation, Gründung und Technologietransfer durch wirtschaftlich tragfähige Angebote auf lange Sicht für den Standort zu sichern. Zu diesem Zweck wurde im Berichtszeitraum das Geschäftsmodell der Gesellschaft überarbeitet und um marktgerichtete Aspekte erweitert. Auf dieser Basis werden im nächsten Geschäftsjahr neue Geschäftseinheiten aufgebaut sowie die Kooperationsbeziehungen mit den regionalen Hochschulen und Forschungseinrichtungen vertieft.

Der Entwicklung weiterer Gründungs- und Transferpotenziale dient die Gründung eines Kompetenzzentrums Wasserwirtschaft. Zu diesem Zweck wurden eine Projektkooperation mit der Halleschen Wasser- und Abfallwirtschaft geschlossen und umfangreiche Fördermittel des Bundes akquiriert. Der Sitz des Kompetenzzentrums befindet sich im Innovation Hub.

3. Lage

a) Ertragslage

Die Ertragslage (in T-€) der Gesellschaft stellt sich im Geschäftsjahr 2023 im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

Die **Betriebsleistung** der Gesellschaft hat sich gegenüber 2022 um 5,0 % (-261 T-€) vermindert und liegt mit 4.915 T-€ um 142 T-€ unter dem Plan. Dabei haben sich die Mieten und abgerechneten Mietnebenkosten um 68 T-€, die Einnahmen aus Projektleistungen um 365 T-€ und den sonstigen betrieblichen Erträgen um 340 T-€ vermindert.

Eine Erhöhung gab es bei den sonstigen Dienstleistungen um 223 T-€. Die Bestandsveränderung an nicht abgerechneten Mietnebenkosten hat sich gegenüber dem Vorjahr um 289 T-€ auch erhöht.

Gegenüber dem Planansatz lagen die Mieten und sonstigen Umsatzerlöse um 367 T-€, sowie die sonstigen betrieblichen Erträge um 36 T-€ über Plan. Unter dem Plan lagen dagegen die Betriebskosten einschließlich Bestandsveränderung (-200 T-€) und die Erlöse aus sonstigen Projekten (-211 T-€).

Zu **Aktivierende Eigenleistungen** für die Bauten BDC und CSME lagen entgegen dem Planansatz (134 T-€) noch keine vor.

Die **Raumkosten der Mieter** und Fremdleistungen erhöhten sich um 438 T-€ auf 2.696 T-€ und verfehlten den Plan um -54 T-€.

Die **Personalkosten** stiegen gegenüber dem Vorjahr um 44 T-€ auf 980 T-€ und liegen damit um 32 T-€ über Plan.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** verminderten sich im Berichtsjahr um einen Betrag von 241 T-€ (-20,7 %) auf 928 T-€ und lagen um 108,2 T-€ unter dem Plan. Gesunken sind dabei die Kosten für Reparaturen und Instandhaltung (-115 T-€), die Werbe- und Reisekosten (-20 T-€) sowie die sonstigen Kosten (-165 T-€). Erhöhungen gab es bei den eigenen Raumkosten (+55 T-€) sowie den Versicherungen und Beiträgen (+3 T-€). Insbesondere die Instandhaltungskosten (+21 T-€), die Werbe- und Reisekosten (+6 T-€) und die Raumkosten (+ 57 T-€) lagen nennenswert über Plan. Dagegen liegen die KFZ-Kosten (-28 T-€), die betrieblichen Steuern (-2 T-€) und die sonstigen Kosten (-108 T-€) unter Plan.

Das **EBITDA** hat sich im Vergleich zu 2022 um 501 T-€ auf 312 T-€ vermindert und lag um 73 T-€ unter dem Plan.

Bei den **Abschreibungen auf Sachanlagen** handelt es sich um planmäßige Abschreibungen in Höhe von 1.261 T-€ (Vorjahr: 1.257 T-€). Die von den Abschreibungen auf Sachanlagen offen zu saldierenden Erträge aus der Auflösung der **Sonderposten für Investitionszuschüsse** ist unverändert bei 775 T-€.

Der saldierte Abschreibungsaufwand beträgt damit 486 T-€ gegenüber 482 T-€ im Vorjahr. Der Planansatz wurde um 44 T-€ unterschritten.

Das **EBIT** beträgt mit -174 T-€ im Berichtsjahr 505 T-€ weniger als im Vorjahr und 29 T-€ weniger als geplant.

Das **Finanzergebnis** hat sich gegenüber dem Vorjahr um 7 T-€ auf 0 T-€ vermindert und lag um +32 T-€ über Plan.

Das **EBT** liegt mit -174 T-€ um -512 T-€ über dem Vorjahreswert und 3 T-€ über Plan.

Die **Steuern vom Einkommen und Ertrag** betragen 0,0 T-€.

Der **Jahresfehlbetrag** beträgt 174 T-€ und liegt damit um 408 T-€ unter dem Vorjahr und +3 T-€ über Plan.

b) Finanzlage

Ziel des Finanzmanagements der Gesellschaft ist es, die jederzeitige Aufrechterhaltung der Liquidität der Gesellschaft zu gewährleisten, also die Fähigkeit die bestehenden und künftigen finanziellen Verpflichtungen in vollem Umfang zu erfüllen. Ferner sollte Liquidität in Höhe der satzungsmäßigen Rücklagen für die Infrastruktur und Bau- und Haustechnikinstandhaltung vorhanden sein.

Zu diesem Zweck hält die Gesellschaft liquide Mittel bereit, die zum Bilanzstichtag des Berichtsjahres rund 3.937,7 T-€ betragen. Aufgrund des Mittelzuflusses aus dem laufenden Geschäftsbetrieb, des Mittelabflusses aus den Investitionen und der Umschichtung von kurzfristigen Geldanlagen hin zu langfristigen Geldanlagen im Laufe des Jahres 2023 haben sich die liquiden Mittel um rund 151,5 T-€ erhöht.

Die Kapitalstruktur (in T-€) der Gesellschaft stellt sich dabei wie folgt dar:

	Bilanz zum 31.12.2023		Bilanz zum 31.12.2022		Änderung ggü.d. Vorjahr in	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	14.447,6	63,6	14.622,0	62,4	-174,4	-1,2
Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	7.079,1	31,2	7.854,5	33,5	-775,4	-9,9
Rückstellungen	442,9	2,0	509,5	2,2	-66,6	-13,1
Lieferverbindlichkeiten	586,9	2,6	284,3	1,3	302,7	106,5
Sonstige Verbindlichkeiten	144,1	0,6	151,6	0,6	-7,5	-4,9
Summe Verbindlichkeiten	731,0	3,2	435,9	1,9	295,2	67,7
Rechnungsabgrenzungsposten	2,0	0,0	0,0	0,0	2,0	0,0
Summe Passiva	22.702,6	100,0	23.421,9	100,0	-719,3	-3,1

c) **Vermögenslage**

Die Vermögensstruktur (in T-€) der Gesellschaft stellt sich wie folgt dar:

	Bilanz zum 31.12.2023		Bilanz zum 31.12.2022		Änderung ggü.d. Vorjahr in	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielles Anlagevermögen	9,3	0,0	2,8	0,0	6,5	232,1
Sachanlagen	18.014,2	79,3	15.947,2	68,1	2.067,0	13,0
Finanzanlagen	0,0	0,0	3.000,0	12,8	-3.000,0	-100
Summe Anlagevermögen	18.023,5	79,4	18.950,0	80,9	-926,5	-4,9
Vorräte	214,3	0,9	0,0	0,0	214,3	
Forderungen	167,6	0,7	282,9	1,2	-115,3	-40,8
Sonstige Vermögensgegenstände Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten, Wertpapiere	3.937,7	17,3	3.786,2	16,2	151,5	4,0
Summe Umlaufvermögen	4.659,8	20,5	4.454,8	19,0	205,0	4,6
Rechnungsabgrenzungsposten	19,3	0,0	17,1	0,0	2,2	13,0
Summe Aktiva	22.702,6	100,0	23.421,9	100,0	-719,3	-3,1

Das **Gesamtvermögen** hat sich gegenüber dem Vorjahr um 719,3 T-€ (-3,1 %) auf 22.702,6 T-€ vermindert. Diese Reduzierung resultiert maßgeblich aus der Verminderung der Finanzanlagen (-3.000,00 T-€), der Forderungen (-115,3 T-€) sowie der Sonstigen Vermögensgegenstände (-45,5 T-€). Das immaterielle Anlagevermögen (+6,5 T-€), die Sachanlagen (+2.067,0 T-€), die Vorräte (+214,3 T-€), die flüssigen Mittel (+151,5 T-€) und der Rechnungsabgrenzungsposten (+2,2 T-€) haben sich dagegen erhöht.

Der Anteil des **langfristig gebundenen Vermögens** am Gesamtvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr geringfügig von 80,9 % auf 79,4 % vermindert.

Bei den mit den Abgängen saldierten Investitionen der Gesellschaft in Höhe von 3.330,7 T-€ und Abschreibungen in Höhe von 1.261,5 T-€ hat sich das **Sachanlagevermögen mit immateriellen Vermögensgegenständen** zusammen auf einen Betrag von 18.023,5 T-€ (+2.073,5 T-€) erhöht. Das **Finanzanlagevermögen** hat sich aufgrund von Umschichtungen von 3.000 T-€ auf 0 T-€ reduziert.

Das **mittel- und kurzfristig gebundene Vermögen** hat sich im Vorjahresvergleich in absoluter Höhe um 205,0 T-€ erhöht, der verhältnismäßige Anteil am Gesamtvermögen erhöhte sich dadurch leicht auf 20,5 % gegenüber 19,0 % im Vorjahr. Grund hierfür ist im Wesentlichen die Umschichtung in das Finanzanlagevermögen.

Die **Vorräte** haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 214,3 T-€ aufgrund noch nicht abgerechneter Mietnebenkosten erhöht.

Der Rückgang der **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** i.H.v. 115,3 T-€ resultiert aus dem Abbau von Forderungen aus Mieten und Dienstleistungen (-125,3 T-€). Dagegen stehen die gestiegenen Forderungen aus Mietnebenkosten (+10,0 T-€).

Die Verminderung der **sonstigen Vermögensgegenstände** um 45,5 T-€ ist auf den Abbau der übrigen sonstigen Vermögensgegenstände (-7,1 T-€), der Forderungen aus der Mieterdirektabrechnung (-70,1 T-€) sowie die angeforderten Projektmittel (-18,7 T-€) zurückzuführen. Dagegen erhöhten sich die Steuererstattungsansprüche (+29,7 T-€) sowie die debitorischen Kreditoren (+20,7 T-€).

Die Erhöhung der **Guthaben bei Kreditinstituten** von 3.786,2 T-€ auf 3.937,2 T-€ resultiert aus dem Mittezufluss aus dem laufenden Geschäftsbetrieb sowie der Rückzahlung von Finanzanlagen über 3.000,0 T-€. Für getätigte Investitionen in Sachanlagevermögen flossen 3.324,4 T-€ ab.

Die Erhöhung der **Aktiven Rechnungsabgrenzung** von 2,2 T-€ ergibt sich aus der Abgrenzung von Versicherungen und Beiträgen.

4. Finanzielle und Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Für unsere interne Unternehmenssteuerung ziehen wir insbesondere die Auslastung der zu vermietenden Räumlichkeiten heran. Darüber hinaus sind weitere wichtige Größen die Höhe der eingeworbenen Projektmittel sowie die Anzahl der betreuten und neu angesiedelten Unternehmen. Hinzu kommen Zielvorgaben in den im Auftrag des Landes Sachsen-Anhalt umgesetzten Projekten zur Gründungsförderung, die im Berichtszeitraum trotz der schwierigen Rahmenbedingungen erfüllt werden konnten.

Insgesamt waren die Gebäude der Gesellschaft im Berichtsjahr im Durchschnitt mit ca. 98,18 % ausgelastet. Temporäre Leerstandszeiten wurden zur Generalinstandsetzung und Modernisierung der Räumlichkeiten genutzt. Zum Bilanzstichtag bestand eine Auslastung i.H.v. 97,72 % der vermietbaren Gesamtfläche.

Die Struktur der Branchen, in denen die Mieter der Gesellschaft tätig sind, setzt sich wie folgt zusammen:

• Biomedizin & Life Sciences (Biotechnologie, Pharma, Medizintechnik, Ernährung)	33,96 %
• Analytik, Sensorik, Geräte- und Anlagenbau	15,09 %
• Softwareentwicklung, IuK-Technologie, Medien	9,43 %
• Neue Materialien, Nanotechnologie, Umwelttechnologie (Green Economy)	9,43 %
• Wissens- und Technologieorientierte Dienstleistungen	05,66 %
• Sonstige Dienstleistungen	26,42 %

Der Mieterbestand umfasste zum Stichtag 53 Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Institutionen der Wissenschafts-, Transfer- und Wirtschaftsförderung.

Finanzielle Leistungsindikatoren sind die Umsatzentwicklung, das Betriebsergebnis und der Cashflow. Zur Entwicklung der Liquidität und der Finanzkraft der Gesellschaft haben wir eine Kapitalflussrechnung erstellt, die zeigt, wie sich die Zahlungsmittel (Kassenbestände, Schecks sowie Guthaben bei Kreditinstituten) der Berichtsgesellschaft im Berichtszeitraum durch Mittelzu- und -abflüsse verändert haben. Dabei wird von uns zwischen Zahlungsströmen aus Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit unterschieden.

In der Geschäftstätigkeit ergibt sich hierbei ein Zufluss von 487 T € (Vorjahr 344 T €), in der Investitionstätigkeit ein Abfluss aus -335 T € (Vorjahr -3.191 T €) und in der Finanzierungstätigkeit sowohl im Berichts- als auch im Vorjahr von 0 T €. Der Zufluss von 151 T € ergibt sich durch die Thesaurierung der Abschreibung auf Gegenstände des Anlagevermögens und der Umschichtung von Finanzanlagevermögen.

5. Gesamtaussage

Unsere Vermögens-, Finanz- und Ertragslage schätzen wir als gut ein. Die Umsatz- und Ergebnisentwicklung entspricht unter Berücksichtigung der erschwerten Rahmenbedingungen den Erwartungen. Unser Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen. Die kurzfristigen Verbindlichkeiten sowie die Rückstellungen sind durch liquide Mittel gedeckt.

III. Prognosebericht

In Erfüllung ihrer gesetzlichen Verpflichtung hat die Geschäftsführung ihre Einschätzungen zur voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft und deren wesentliche Chancen und Risiken in einem Wirtschaftsplan für 2024 sowie in Entwurfsfassungen für die Jahre 2025 bis 2028 gebündelt. Diese Wirtschaftspläne, die als reine Ertragsplanungen zu verstehen sind, ergeben folgendes Bild:

Jahr	Gesamtleistung	Aufwendungen	Finanzergebnis	Ergebnis vor Steuern
	T-€	T-€	T-€	T-€
2024	6.531	6.729	-431	-692
2025	6.975	6.556	-859	-440
2026	6.979	6.543	-847	-411
2027	6.921	6.445	-940	-464
2028	6.337	5.534	-1.131	-328

Durch die Geschäftsführung werden die Entwicklungen der nächsten Jahre insgesamt als verhalten positiv eingeschätzt. Erheblich veränderte Auswirkungen durch die aktuelle Wirtschaftskrise werden bei unveränderter politischer Lage nicht erwartet. Die prognostizierten Fehlbeträge ergeben sich u.a. aus den in den folgenden Jahren zu erwartenden Investitionen in die Bestandsbauten.

Aufgrund der Planung ist davon auszugehen, dass die Mieten wie im Geschäftsverlauf erwähnt moderat steigen werden, um die steigenden Instandhaltungskosten zu decken.

Es wird dabei mit einem leichten Rückgang der Auslastung von ca. 2 % in den Jahren 2024 und 2025 gerechnet.

Bei den Einnahmen ist für 2024 eine Gesamtleistung von 6.531 T € geplant was ein Anstieg von 1.474 T € im Vergleich zum Vorjahr bedeutet. Die geplante Erhöhung der Gesamtleistung ergibt sich vor allem durch die Erträge aus verschiedenen geförderten Projekten und den Mieterhöhungen sowie den gestiegenen Umsatzerlösen aus dem Betriebsführungsvertrag mit dem Bio Zentrum GmbH. Für 2025 wird eine Gesamtleistung von 6.975 T € angestrebt. Auch sind geplante Aktivierte Eigenleistungen für die Neubauten enthalten, in 2024 von 507 T € und 2025 von 926 T €.

Bei den Betriebsausgaben ist eine enorme Steigerung bei den Personalkosten auf 1.990 T € in 2024 zu erwarten, die Aufgrund des erhöhten Personalbedarf der Förderprojekte zurückzuführen ist. Den Ausgaben stehen Fördermittel aus den geförderten Projekten entgegen. Weiter ist geplant das die Ausgaben für Raumkosten in 2024 und 2025 um ca. 30 T € steigen werden. Durch die laufenden Investitionen werden zusätzlich die Abschreibungen in den folgenden Jahren von 486 T € auf 581 T € im Jahr 2024 und auf 636 T € stetig steigen. Die Kosten, wie bereits erwähnt, für Instandhaltung werden in 2024 nochmal auf 575 T € steigen und sollten sich in den folgenden Jahren wieder auf das Niveau vom Berichtsjahr einpendeln. Ein weiterer Anstieg ist in den Sonstigen Kosten zu erwarten, der auch auf die zusätzlichen Kosten der Förderprojekte zurückzuführen ist. Hier ist eine Erhöhung auf 494 T € in den folgenden Jahren geplant. Durch die hohen Instandhaltungskosten ist 2024 ein negatives Betriebsergebnis von 261 T € zu erwarten. In 2025 wird das Betriebsergebnis aber geplant wieder positiv mit 419 T € ausfallen.

Wie bereits 2023 ist für 2024 geplant für die Zwischenfinanzierung der Neubauten ein Darlehen aufzunehmen. Hieraus ist ein Zinsaufwand von 431 T € eingeplant, wodurch das endgültige Ergebnis sich 2024 auf -692 T € beläuft. In 2025 ist ein Zinsaufwand von 859 T € zu erwarten. Dadurch ist hier wie oben bereits aufgezeigt auch mit einem negativen Ergebnis von 440 T € zu rechnen.

IV. Chancen- und Risikobericht

1. Chancenbericht

Chancen im Wettbewerbsumfeld ergeben sich trotz Energie- und Wirtschaftskrise insbesondere aus der strategischen Positionierung der Gesellschaft als Standort für Technologieunternehmen und Gründungsprojekte in den Bereichen Biomedical, Life Sciences, Bioökonomie, Material Sciences und Nanotechnologie, Informationstechnologie und Softwareentwicklung sowie aus der diesbezüglich spezialisierten Infrastruktur, einem dem entsprechenden Branchen- und Technologie-Know-How und aus den umfangreichen Netzwerkkontakten.

Weitere Chancen bieten auch die Entscheidungen der Bundesregierung zum sog. „Kohleausstieg“ bis 2038 und die damit verbundene Notwendigkeit einer nachhaltigen Strukturentwicklung im sog. „Mitteldeutschen Revier“, zu dem auch die Stadt Halle (Saale) gehört. Für diesen Zweck stehen investive und projektbezogene Fördermittel zur Verfügung, die im Rahmen der bereits im Prognosebericht genannten Leuchtturmprojekte für die Region genutzt werden sollen.

Mittel- und langfristig bieten sich für die betreuten Technologieunternehmen und potenzielle Startups auch zukünftig grundsätzlich gute Chancen, unternehmerisches Wachstum zu generieren. Dies hat wiederum zur Folge, dass zusätzlicher Flächenbedarf entsteht. Um diesen in Gebäuden der Gesellschaft realisieren zu können, bedarf es einer detaillierten Kenntnis von unternehmensindividuellen Wachstumspotenzialen sowie einer intensiven Betreuung und proaktiven Begleitung dieser Technologieunternehmen. Zu diesem Zweck werden regelmäßig umfangreiche Kundenbefragungen und Marktanalysen durchgeführt.

Aufgrund des hohen Auslastungs niveaus der Räumlichkeiten in den einzelnen Gebäuden der Gesellschaft besteht die Herausforderung darin, einerseits kurz- bis mittelfristig unternehmensspezifische Bedarfe zu decken und andererseits neue Erweiterungsflächen für diese Bestandsunternehmen und für ansiedlungsinteressierte Wachstumsunternehmen zu schaffen oder zu vermitteln. Mit der Erteilung von Förderzusagen im Dezember 2022 sowie eines Zuwendungsbescheides im Dezember 2023 durch das Ministerium für Wirtschaft, Landwirtschaft, Tourismus und Forsten sowie der Investitionsbank des Landes Sachsen-Anhalt für die Errichtung zweier neuer Gebäude für Startups und junge Wachstumsunternehmen sind diesbezüglich wichtige Meilensteine erreicht.

Das aktuelle Marktumfeld für Unternehmensgründungen stellt sich je nach Technologie- und Branchenschwerpunkt auch ohne die Einflüsse der aktuellen Energie- und Wirtschaftskrise unterschiedlich dar. Während Start-ups mit naturwissenschaftlich basierten Geschäftsmodellen, insbesondere im Bereich Biotechnologie, Life Sciences und Medizin aufgrund der langen Entwicklungsphasen und hohen Markteintrittsbarrieren über einen relativ großen Investitionsbedarf verfügen, besitzen innovative Start-ups mit skalierbaren Geschäftsmodellen im Bereich IT und Softwareentwicklung relativ geringe Markteintrittsbarrieren, gute Entwicklungschancen und eine positive Wahrnehmung bei privaten und institutionellen Investoren. Chancen für die Gesellschaft bieten sich in diesem Zusammenhang kurz- bis mittelfristig sowohl im naturwissenschaftlichen als auch im IT- und Softwarebereich sowie in der Verbindung beider Technologieschwerpunkte. Dies begründet sich vor allem aus der hohen Dichte an universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, der umfangreichen Gründungsförderung aus der Wissenschaft und guten Kontakten zu Investoren. Um diese Potentiale für den Standort nutzen zu können, bedarf es einer weiterführend abgestimmten Kooperation mit den relevanten Akteuren und dem bedarfsorientierten zur Verfügungstellung geeigneter Infrastruktur. Zu diesem Zweck wurden und werden sukzessive weitere Räumlichkeiten im Weinbergweg 23 modernisiert und umgebaut, die unter dem Label „Weinberg Campus Innovation Hub“ in Verbindung mit umfangreichen Dienstleistungsangeboten als Inkubator und Akzelerator für innovative Technologieunternehmen in den genannten Branchen fungieren sollen. Denselben Zweck dient auch der geplante Erweiterungsneubau auf dem Gelände des Innovation Hub (s.o.). Ziel der Aktivitäten ist es, den Standort in den kommenden Jahren als zentralen Ort für Gründung und Wachstum in der Region Halle (Saale) zu positionieren und in der universitären Gründungsförderung entwickelte Gründungsprojekte nachhaltig am Standort zu verankern.

Wachstum junger Technologieunternehmen in den genannten Kernbranchen wird zumeist durch die Erschließung internationaler Märkte generiert. Notwendig sind hierfür belastbare Marktzugänge, Kompetenzen in der Strategieentwicklung und Marktbearbeitung sowie Fach- und Führungskräfte mit internationaler Ausrichtung. Chancen für die wirtschaftliche Entwicklung der betreuten Unternehmen und damit für die Gesellschaft liegen deshalb insbesondere im Auf- und Ausbau sowie in der Nutzung internationaler Kontakte, in der Vernetzung der Standortakteure und im Angebot dementsprechender Dienstleistungen.

Diesbezügliche Überlegungen sind Bestandteil der beschlossenen Zukunftsstrategie 2030, die es in den nächsten Jahren weiterhin plangemäß umzusetzen gilt.

2. Risikobericht

Kurz- bis mittelfristig bestehen durch die Auswirkungen der Energie- und Wirtschaftskrise, den weltweit zunehmenden Protektionismus, politische Instabilitäten bei Handelspartnern, dadurch bedingte Lieferengpässe und die Notwendigkeiten zur Bewältigung der Auswirkungen des Klimawandels zum Teil nur schwer kalkulierbare wirtschaftspolitische Risiken. Aber auch in der mittleren bis langen Frist unterliegt die Gesellschaft im Rahmen der Kategorie "Umfeld- und Branchenrisiken" einem gewissen Risiko. Hintergrund hierfür sind weiterführende Veränderungen der politischen und gesetzgeberischen Rahmenbedingungen, aber auch technische und infrastrukturelle Entwicklungen, die zu nachfolgend aufgeführten Problemstellungen und Herausforderungen führen:

- Ein grundsätzliches Risiko besteht darin, dass alternde Gebäude und vor allem Nebenanlagen funktional oder aus Kundensicht wahrgenommen nicht mehr dem Stand der Technik und den Kundenbedürfnissen entsprechen. In diesem Zusammenhang steht das Risiko einer abnehmenden Attraktivität und Vermietbarkeit der bestehenden Infrastruktur. Aus diesem Grunde sind neben Instandhaltungs- und Wartungsmaßnahmen zukünftig verstärkt umfassende Investitionen zur Modernisierung der bestehenden Infrastruktur notwendig. Die geplanten Modernisierungsmaßnahmen und Neubauvorhaben wirken dem genannten Risiko mittelfristig entgegen.
- Durch die Energiewende und die kriegsbedingte Energiekrise kam es in den vergangenen Jahren zum Teil zu erheblichen Preissteigerungen für Energie. Dies bedeutet für ansässige Unternehmen mit energieintensiver Forschung und Produktion eine Minimierung der Rendite. Dies hat wiederum grundsätzliche Standortnachteile im internationalen Wettbewerb zur Folge. Aus diesem Grunde werden gemeinsam mit dem langjährigen Partner und Gesellschafter Stadtwerke Halle gemeinsame Strategien und Projekte zur Stärkung der Versorgungssicherheit und der Energieeffizienz geplant und umgesetzt werden. Beispiele hierfür sind die Partnerschaften im Rahmen der Energieinitiative und der Roadmap Klimaneutralität.
- Für die Ansiedlung weiterer Unternehmen kommt es im gesamten Technologiepark Weinberg Campus wegen der Spezifika des Standortes zu technischen Einschränkungen. Dies betrifft insbesondere das Lärmkontingent, welches bereits weitestgehend ausgeschöpft ist (Luft/Klimatisierung). Diesbezüglich werden zukünftig weitere Investitionen und Kooperationspartnerschaften zur weiteren Standortentwicklung zwingend notwendig sein.
- Nach wie vor ist eine eher geringere Gründungsneigung in technologieorientierten Geschäftsfeldern zu verzeichnen, da es potenziellen Gründern insbesondere an privatem Eigenkapital fehlt, aber auch weil genügend gut bezahlte Stellen für Akademiker in Industrie und öffentlichen Institutionen angeboten werden. Eine enge Zusammenarbeit mit den gründungsfördernden Einrichtungen der regionalen Hochschulen und Wirtschaftsförderungsgesellschaften sowie mit nationalen und internationalen Kapitalgebern soll diesem Trend entgegenwirken.
- Technologieorientierte Unternehmen unterliegen zumeist langen und kapitalintensiven Zyklen in der Produktentwicklung. Damit verbunden ist die Notwendigkeit einer Finanzierung über privates oder institutionelles Wagniskapital. Da Wagniskapitalgeber stets eine klare Exit-Strategie verfolgen, entstehen standortbezogene Risiken durch potenzielle Verkäufe dieser Unternehmen u.a. an strategische Investoren und dadurch möglicherweise bedingte Standortwechsel. Eine enge Zusammenarbeit mit den Bestandsunternehmen sichert die Kenntnis der Kapital- und Gesellschafterstrukturen und bietet Möglichkeiten zur längerfristigen Berücksichtigung von diesbezüglichen Herausforderungen und zu standortsichernden Maßnahmen.
- Dem zunehmenden Fachkräftemangel, insbesondere bei Ingenieuren und Naturwissenschaftlern, aber auch bei Labor- und Technikkräften muss ausgehend von der demographischen Entwicklung zwingend entgegengewirkt werden. Sollte dies nicht gelingen, birgt dies erhebliche Risiken für Wachstum und Sicherung der Bestandsfirmen. Zugleich ist die Verfügbarkeit von qualifiziertem Personal auch ein wesentlicher Wettbewerbsfaktor für Unternehmensgründungen und Neuansiedlungen. Verstärkte Aktivitäten zur Unterstützung der Unternehmen bei der Fachkräfteakquisition, -qualifizierung und -sicherung stehen in diesem Zusammenhang.

- Im Wettbewerb um Fach- und Führungskräfte erhalten auch nicht monetäre Rahmenbedingungen zunehmende Bedeutung. Dies hat einen wesentlichen Einfluss auf Standortentscheidungen bestehender und ansiedlungsinteressierter Unternehmen. Aktuell sind diese sogenannten weichen Standortfaktoren im Technologiepark Weinberg Campus und damit auch für die Gesellschaft unzureichend entwickelt. Aus diesem Grunde besteht ein mittel- bis langfristig hohes Risiko von Nachteilen im Standortwettbewerb. Diese gilt es schrittweise und in Kooperation mit den wesentlichen Standortakteuren abzubauen. Handlungsansätze ergeben sich u.a. aus regelmäßig durchgeführten Mieterbefragungen und aus Strategieforen zur Standortentwicklung, gemeinsam mit den strukturbestimmenden Wissenschaftseinrichtungen und Unternehmen.

Die im Prognosebericht bereits erwähnte Unsicherheit hinsichtlich der weiteren Entwicklung der aktuellen Energie- und Wirtschaftskrise stellt auch für das Risikomanagement eine enorme Herausforderung dar. Vor allem die mittel- und langfristigen Auswirkungen der Krise auf die Geschäftstätigkeit und den Bestand der Unternehmen im Mieterbestand sind nur schwer zu beurteilen. Nicht zuletzt bestehen operative Unsicherheiten bezüglich der Arbeitsfähigkeit einzelner Dienstleister und allgemeiner Preisentwicklungen im Bereich technisches Gebäudemanagement, Instandhaltung, Wartung und Bau. Aus den genannten Rahmenbedingungen können für die Gesellschaft Risiken entstehen, deren Kalkulation und Prognose zum Teil nicht möglich ist. Im Rahmen des Risikomanagements hat sich die Intensivierung der Entwicklungsgespräche mit Führungskräften der Mieter, der Dienstleister sowie der relevanten Ministerien und der Investitionsbank als wirksames Mittel zur Reduktion dieser Unsicherheiten erwiesen. Gleiches gilt für Teilnahme am wöchentlichen Jour fixe mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden sowie der Zusammenarbeit im Arbeitskreis Wirtschaft der Stadt und der Energieinitiative Halle.

Aufgrund der bisherigen Erfahrungen kann die weitere Entwicklung der Energie- und Wirtschaftskrise für die Berichtsgesellschaft zu folgenden Risiken führen:

- Wie bereits in den Vorjahren, besteht auch im laufenden Geschäftsjahr eine hohe Wahrscheinlichkeit dafür, dass die Generierung von Erlösen über Beauftragungen der Gesellschaft durch Marktpartner in den Bereichen Beratung und Projektmanagement sowie Marketing und Kommunikation weiterhin nur auf sehr geringem Niveau stagniert. Notwendig ist es deshalb, diesbezügliche Akquisitionsbemühungen insbesondere für die mittlere Frist zu verstärken.
- Einige Mieter könnten nicht mehr in der Lage sein, die Miete fristgerecht zu entrichten. Durch individuelle Vereinbarungen könnten die Mietzahlungen kreditiert werden, bis sich die finanzielle Situation auf der Kundenseite wieder stabilisiert hat. Durch entsprechende Liquiditätsreserven kann die Berichtsgesellschaft diese Zahlungsschübe ausgleichen. Sollte es zu einem endgültigen Ausfall der Mieteinnahmen kommen, müsste zeitnah ein Nachmieter gesucht werden, um die Ertragsseite wieder zu verfestigen.

Im Falle der weiteren nochmaligen Verschlechterung der Finanzierungsmöglichkeiten der Mieter durch eine zurückgehende Risikobereitschaft und weitere Zinserhöhungen insbesondere der privaten und institutionellen Investoren in diesen Unternehmen durch eine insgesamt negative gesamtwirtschaftliche Entwicklung kann hier zu einem Risiko in Form von erhöhtem Leerstand führen, der dann ebenfalls die entsprechend dargestellten Konsequenzen nach sich zieht.

Risiken in der kurzen bis mittleren Frist bestehen auch durch die geplanten Neubauvorhaben. Zu nennen sind hierbei Risiken bei der baulichen Umsetzung (z.B. Zeitverzögerungen, bauliche Mängel). Der Risikominimierung dient eine professionelle Projektleitung und -steuerung sowie Bauüberwachung. Finanzielle Risiken, vor allem Liquiditäts- und Zinsrisiken, werden durch die Aufnahme von Fremdkapital für die kurze- und lange Frist sowie durch ein striktes Budget- und Zahlungscontrolling abgesichert. Ein regelmäßiges Reporting (Statusberichte) erfolgt durch die Projektsteuerung an die Geschäftsführung, den Aufsichtsrat und die Gesellschafter.

3. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die in der Gesellschaft Verwendung findenden Finanzinstrumente sind Wertpapiere, Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten. Es handelt sich insoweit nur um Finanzinstrumente im weiteren Sinne. Sicherungsgeschäfte werden von der Gesellschaft nicht getätigt.

Wir verfolgen bei unseren Finanzinstrumenten eine konservative Risikopolitik. Zielsetzung unserer Finanz- und Risikomanagement ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen sämtliche finanzielle Risiken.

3.6 GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG UND SPORT

Bäder Halle GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	300		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadtwerke Halle GmbH	300	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des Gesundheitswesens, des Sports und der Freizeitgestaltung. Die Erfüllung dieses Unternehmensgegenstands erfolgt vorrangig durch die Unterhaltung, Bewirtschaftung und den Betrieb der im Stadtgebiet der Stadt Halle (Saale) gelegenen Hallen- und Freibäder, welche die Gesellschaft von der Stadt zu Eigentum erwirbt. Diese Bäder dienen der Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege, der körperlichen Ertüchtigung und Freizeitgestaltung der halleischen Bevölkerung sowie dem Schul- und Vereinsschwimmen. Die Gesellschaft kann außerdem inner- und außerhalb der genannten Einrichtungen Veranstaltungen durchführen.

Zur Erfüllung des Unternehmensgegenstands gehören auch:

- die wirtschaftliche und sozialverträgliche Gestaltung der Eintrittspreise im Rahmen des öffentlichen und allgemein zugänglichen Badebetriebs;
- die Sicherstellung eines qualitativ und quantitativ ansprechenden Angebots an Hallen- und Freibädern für den öffentlichen Badebetrieb;
- die Absicherung des Schulschwimmens;
- die Absicherung des Vereinsschwimmsports.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Der öffentliche Zweck der Gesellschaft liegt in der Förderung des Gesundheitswesens und des Sports sowie der Freizeitgestaltung und dient der Steigerung der Attraktivität der Stadt.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Waldenburger, Annette

Beirat: Berend, Stephanie
Binner, Simone
Dr. Kreuzfeldt, Annette
Dr. Marquardt, Judith

Beirat:

Friedrich, Holger
Krimmling-Schoeffler, Anja (seit 28.04.2023)
Mehlis, Marion
Michalak, Ingo
Misch, Werner
Ufer, Niklas (bis 27.04.2023)
Walther, René

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2023		2022		2021		Veränderungen 2023 zu 2022	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	11.277	78	10.853	77	10.012	81	424	4
Umlaufvermögen	3.138	21	3.264	23	2.275	19	-126	-4
Rechnungsabgrenzungsposten	103	1	68	0	42	0	35	51
Bilanzsumme	14.518	100	14.185	100	12.329	100	333	2
Passiva								
Eigenkapital	6.859	47	6.854	48	6.850	56	5	0
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	3.976	27	3.576	25	2.779	22	400	11
Rückstellungen	201	2	240	2	114	1	-39	-16
Verbindlichkeiten	3.482	24	3.515	25	2.586	21	-33	-1
Bilanzsumme	14.518	100	14.185	100	12.329	100	333	2

bb) GuV

	2023	2022	2021
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	6.114	6.055	4.791
sonstige betriebliche Erträge	485	301	342
Materialaufwand	3.407	3.202	2.334
Personalaufwand	2.051	2.067	1.521
Abschreibungen	639	646	688
sonstige betriebliche Aufwendungen	546	509	511
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	95	124	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	40	46	54
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	-2
Ergebnis nach Steuern	11	10	27
sonstige Steuern	6	6	26
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	5	4	1

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2023	2022	2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,09	0,06	0,02	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,08	0,06	0,01	%
Cash-Flow:	645	650	689	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	129	120	97	T€
Personalaufwandsquote:	31,08	32,52	29,64	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	77,65	76,48	81,14	%
Eigenkapitalquote:	47,25	48,32	55,56	%
Fremdkapitalquote:	52,75	51,68	44,44	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Besucher öffentliches Baden	239.732	228.197	129.448	Anzahl
Besucher Vereinsschwimmen	151.130	144.576	83.716	Anzahl
Besucher Schulschwimmen	77.436	77.744	41.924	Anzahl

f) Lagebericht

1. Grundlagen der Bäder Halle GmbH
 - 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
 - 1.2. Ziele und Strategien
 - 1.3. Steuerung
 - 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft
2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen
 - 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
 - 2.2. Arbeitsmarkt
 - 2.3. Bevölkerungsentwicklung
3. Geschäftsverlauf
 - 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
 - 3.2. Marktbezogene Entwicklung
 - 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
 - 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
 - 3.5. Personal und Personalentwicklung
4. Lage der Gesellschaft
 - 4.1. Ertragslage
 - 4.2. Finanzlage
 - 4.2.1. Kapitalstruktur
 - 4.2.2. Investitionen
 - 4.2.3. Liquidität
 - 4.3. Vermögenslage
 - 4.4. Gesamtaussage
5. Chancen- und Risikobericht
 - 5.1. Risikomanagementsystem
 - 5.2. Chancen und Risiken
 - 5.3. Gesamtbild
 - 5.4. Umsatzentwicklung
 - 5.5. Investitionen
 - 5.6. Finanzierung
 - 5.7. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der Bäder Halle GmbH

1.1. Geschäftsmodell

Mit Wirkung zum 1. Mai 2010 hat die Bäder Halle GmbH die Bäder der Stadt Halle (Saale) übernommen. Dies sind im Einzelnen die Freibäder Angersdorfer Teiche, Saline und das Nordbad sowie die Schwimmhallen Stadtbad, Saline und Halle-Neustadt.

Grundlagen der Übertragung sind der Beschluss des Stadtrates vom 24. Februar 2010 und der Beschluss des Aufsichtsrates der Stadtwerke Halle GmbH vom 25. März 2010. Am 29. April 2010 erfolgte der Abschluss des Grundstückskaufvertrages zu einem Kaufpreis von insgesamt 6,00 Euro.

Mit Datum 29. April 2010 wurde zwischen der Gesellschaft und der Stadt Halle (Saale) ein Bäderfinanzierungsvertrag abgeschlossen. Dieser regelt in § 3 die „Allgemeine Fehlbetragsfinanzierung“. Die Stadt Halle (Saale) beteiligt sich hiernach an der Finanzierung des laufenden Verlustes der Gesellschaft. Der Bäderfinanzierungsvertrag trat erstmals zum 1. Mai 2010 in Kraft. Am 29. Januar 2021 haben die Stadt Halle (Saale) und die Bäder Halle GmbH die Verlängerung des Bäderfinanzierungsvertrages um weitere zehn Jahre unterzeichnet. Der Bäderfinanzierungsvertrag sichert die Finanzierung des Bäderbetriebes im Zeitraum bis 2030. Er stellt darüber hinaus die Durchführung der notwendigen Ersatzinvestitionen/Instandhaltungen im Rahmen des Bäderkonzeptes der Stadt Halle und die Umsetzung der Sanierung des Stadtbades sicher. Damit kann das vielfältige Angebot für Schulsport, Breiten- und Spitzensport sowie für den öffentlichen Badebetrieb auch zukünftig durch die Bäder Halle GmbH zur Verfügung gestellt werden.

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die Bäder Halle GmbH ist eine 100%ige Tochter der Stadtwerke Halle GmbH.

1.1.2. Geschäftsfelder

Zweck der Bäder Halle GmbH ist die Förderung des Gesundheitswesens, des Sports und der Freizeitgestaltung. Die Erfüllung des Unternehmensgegenstandes erfolgt vorrangig durch die Unterhaltung, Bewirtschaftung und den Betrieb der im Stadtgebiet der Stadt Halle (Saale) gelegenen Hallen- und Freibäder. Diese Bäder dienen der Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege, der körperlichen Ertüchtigung und der Freizeitgestaltung der halleischen Bevölkerung sowie dem Schul- und Vereinsschwimmen.

Im Februar 2013 wurde ein Dienstleistungsvertrag für die im städtischen Besitz befindliche Robert-Koch-Schwimmhalle zwischen der Bäder Halle GmbH und der Stadt Halle (Saale) geschlossen. Auf dieser Grundlage erbringt die Bäder Halle GmbH die technische Dienstleistung zur Betreuung der Anlagen- und Haustechnik, regelt den öffentlichen Badebetrieb mit Kassen- und Badeaufsichtskräften einschließlich der Kassenabrechnung und zeichnet für die Belegungsplanung und Abrechnung der Nutzung durch Schulen und Vereine verantwortlich. Der Vertrag ist mit einer Frist von drei Monaten zum Jahresende beiderseits jeweils kündbar.

Die durch die Bäder Halle GmbH im Jahr 2014 fertiggestellte Ballsporthalle am Standort Nietlebener wird seit dem 1. Juli 2021 an die Stadt Halle (Saale) verpachtet.

1.2. Ziele und Strategien

Die Stadt Halle (Saale) hat in Zusammenarbeit mit der Bäder Halle GmbH (BHG) bereits in der 2. Jahreshälfte 2020 ein Bäderkonzept erarbeitet. Mit dem Konzept verfolgt die Stadt Halle (Saale) das Ziel, die Vielfalt der halleischen Bäderlandschaft für das nächste Jahrzehnt und darüber hinaus zu sichern sowie deren Anziehungskraft für die Bevölkerung der Stadt und aus der Region zu stärken. Dieses Konzept wurde in der Sitzung des Stadtrats vom 16. Dezember 2020 beschlossen und dient der Bäder Halle GmbH als Arbeitsgrundlage. Durch zielgerichteten und effizienten Einsatz der der BHG zur Verfügung stehenden Instandhaltungs- und Investitionsmittel sind die Bäder langfristig zu erhalten und angemessen an den Bedarfen der Nutzer auszurichten.

Das marode hundertjährige Stadtbad ist umfassend sanierungsbedürftig. Die Sanierungskosten belaufen sich auf rd. 26,8 Mio. EUR (netto). Für die Beteiligung an der Finanzierung dieser Sanierung konnten zunächst drei Fördermittelgeber gewonnen werden. Der Bund beteiligt sich mit 13,4 Mio. EUR, das Land Sachsen-Anhalt mit 6,0 Mio. EUR und Stadumbaumittel werden in Höhe von 3,0 Mio. EUR zur Verfügung gestellt. Zuletzt konnte mit der Deutschen Stiftung Denkmalschutz ein vierter Fördermittelgeber gewonnen werden, der sich mit 5,0 TEUR beteiligt. Der verbleibende Anteil von 4,4 Mio. EUR wird von der Bäder Halle GmbH über Gesellschafterdarlehen aufgebracht. Geplant ist die Umsetzung der Gesamtsanierung bis 2026.

Der erste Stand der Vorplanung für die Sanierung des Stadtbades wurde am 30. September 2022 mit einer Kostenschätzung übergeben, welche deutlich über dem Zielwert von 26,8 Mio. EUR lag. Die maßgeblichen Gründe dafür waren Baupreis- und Kostensteigerungen aufgrund neuer Erkenntnisse, welche durch die vertiefende Planung gewonnen wurden. In enger Abstimmung mit Landesdenkmalamt und unterer Denkmalbehörde wurde die Planung intensiv überarbeitet, um das Kostenziel zu erreichen. Im Zuge dieser Bearbeitung wurden Einsparpakete gebildet, die im Falle einer Bereitstellung weiterer Fördermittel auch später wieder in die Bearbeitung aufgenommen werden können. Am 22. Dezember 2022 konnte die Vorplanung freigegeben werden, da das übergeordnete Planungsziel der Einhaltung der vereinbarten Kostenobergrenze von 26,8 Mio. EUR erreicht war.

Hinsichtlich der Sanierung des Stadtbades konnte die Entwurfsplanung am 29. September 2023 vorgelegt und die Prüfung am 1. November 2023 abgeschlossen werden. Der Stadtrat beschloss in seiner Sitzung vom 22. November 2023 die Änderung des Nutzungskonzepts bezüglich der Verringerung vermietbarer Räume, sowie den Entfall der Sanierung des Saunabereiches. Zudem wurde die Beibehaltung der Finanzierung des Eigenanteils in bisheriger Höhe im Rahmen der Zuschusszahlungen zum Bäderfinanzierungsvertrag zur Nutzung der avisierten Bundes- und Landesfördermittel für die Sanierung des historischen Stadtbades beschlossen.

Zur Sicherung der denkmalgerechten Sanierung des Tonnengewölbes wurde durch den Stadtrat im November 2023 die Bereitstellung von 500.000 EUR beschlossen.

Der Bauantrag für die Gesamtmaßnahme wurde am 13. Dezember 2023 bei der Stadt Halle (Saale) eingereicht. Eine Baugenehmigung wird im Juli 2024 erwartet. Die ZBau-Unterlage wurde am 14. Dezember 2023 beim Ministerium der Finanzen (Bauverwaltung) in Magdeburg eingereicht. Der Zuwendungsbescheid wird im April 2024 erwartet. Sofern die Genehmigungen und Bescheide wie geplant bei BHG eingehen, soll mit dem Bau Ende 2024/Anfang 2025 begonnen werden. Die Bauzeit wird voraussichtlich 3 Jahre betragen.

Die Mängelbeseitigung am Beckenkopf im Freibad Nordbad soll nach Beendigung der Freibadsaison 2024 bis zum Beginn der Freibadsaison 2025 erfolgen. Eine erste Zahlung seitens des Verursachers wurde bereits geleistet. Die Notsanierung der Sprunghalle in der Schwimmhalle Neustadt wird im 2. Halbjahr 2024 erfolgen, die Ausschreibung und Vergabe von Planungsleistungen zur Einreichung eines Fördermittelantrages erfolgte im Herbst 2023.

1.3. Steuerung

Die interne Organisation der Bäder Halle GmbH gliedert sich in Betriebsleitung, Objektleitung, technische Einsatzleitung und Geschäftsführung. Die zu bewirtschaftenden Struktureinheiten stellen die Hallen- und Freibäder dar.

Die Planungs- und Berichtsstruktur gliedert sich nach den einzelnen Hallen- und Freibädern. Hauptindikatoren für die Planung, den Bericht und für die Steuerung ist die Höhe des Fehlbetrages, der aus der Differenz von Umsatzerlösen einschließlich der sonstigen betrieblichen Erträge und der Summe aller Aufwendungen der Gesellschaft entsteht.

Der Fehlbetrag wird maßgeblich von der Höhe der Aufwendungen bestimmt, da die Erlöse aufgrund der bewusst sozialverträglichen Eintrittspreisgestaltung für Bäder dieser Art deutlich weniger Einfluss auf das Betriebsergebnis haben.

Einen großen Teil der Aufwendungen stellen die Materialaufwendungen (insbesondere Wasser- und Abwasser/Strom/Wärme/Gas) und Personalaufwendungen in Summe dar. Diese sind auch nur unwesentlich zu beeinflussen. Der Personalaufwand wird auf der Grundlage der wahrzunehmenden Überwachungs- und Kontrollaufgaben sowie entsprechend der Vorschriften zur Verkehrssicherung in Bädern nach Vollbeschäftigteneinheiten (VbE) geplant. Personaleinstellungen erfolgen gemäß der auf der Planung basierenden Stellenpläne.

Abweichungen von diesen wesentlichen Ziel- bzw. Planvorgaben werden monatlich analysiert und die Auswirkungen auf die Fehlbetragsentwicklung bewertet.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

Die Organisation der Gesellschaft hat sich bewährt, Änderungen wurden deshalb nicht vorgenommen.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die trotz der jüngsten Rückgänge nach wie vor hohen Preise auf allen Wirtschaftsstufen dämpften die Konjunktur Deutschlands in 2023. Ebenso beeinflussten ungünstige Finanzierungsbedingungen durch steigende Zinsen und eine geringere Nachfrage aus dem In- und Ausland die konjunkturelle Entwicklung. Hinzu gekommen sind neue geopolitische Unsicherheiten durch den Krieg im Nahen Osten ab Oktober 2023. Insgesamt konnte sich dadurch die Erholung der deutschen Wirtschaft vom tiefen Einbruch im Corona-Jahr 2020 nicht weiter fortsetzen.

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) Deutschlands sank nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes in 2023 um 0,3 % im Vergleich zum Vorjahr. In Sachsen-Anhalt betrug der Rückgang im ersten Halbjahr 2023 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr 3,2 % und fiel damit deutlich stärker der Durchschnitt aller Bundesländer aus (deutschlandweit -0,3 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Die schwache Konjunktur ist ebenfalls nicht spurlos am Arbeitsmarkt vorübergegangen. Dennoch behauptet sich der Arbeitsmarkt angesichts des Ausmaßes an Belastungen und Unsicherheiten nach wie vor gut. Nach Informationen der Bundesagentur für Arbeit sind Erwerbstätigkeit und Beschäftigung so hoch wie nie zuvor und auch 2023 zählt zu den Jahren mit der niedrigsten Arbeitslosigkeit seit der Wiedervereinigung. Die Arbeitslosenquote stieg in Deutschland gegenüber dem Vorjahr um +0,4 Prozentpunkte auf 5,7 %, in Sachsen-Anhalt auf 7,5 % (Vorjahr 7,1 %).

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum 31. Dezember 2023 einen Einwohnerstand von 244.501 (Vorjahr 244.099) aus. Damit konnte die Stadt zum dritten Mal in Folge einen leichten Zuwachs gegenüber dem Vorjahr verzeichnen.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Es gab keine wesentlichen Ereignisse im Geschäftsjahr, die Einfluss auf das Ergebnis genommen haben.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Die Besucherzahlen sind gegenüber dem Vorjahr um ca. 5 % gestiegen. Dabei konnten vor allem in den Schwimmhallen die Besucherzahlen deutlich gesteigert werden. Hauptursache hierfür sind die ungeplanten Schließzeiten der Schwimmhalle Saline im Jahr 2022 zum Zwecke der Lüftungssanierung und Einsparung von Gas. Die Besucherzahlen in den Freibädern sind besonders stark von den Witterungsverhältnissen abhängig. Der Sommer 2023 war zeitweise sehr heiß, aber auch sehr niederschlagsreich und das insbesondere in der Zeit der Sommerschulferien.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Auswirkungen der politischen und rechtlichen Entwicklungen im Geschäftsjahr 2023 auf das Jahresergebnis brachte die 2022 erfolgte Ausrufung der ersten beiden Stufen des „Notfallplan Gas“ der Bundesregierung und die Aufforderung, Gas zu sparen. Bisher erfolgte keine Rücknahme der ausgerufenen Stufe.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Leistungsindikator für die Gesellschaft in Bezug auf den Betrieb der öffentlichen Bäder, die der Grundversorgung dienen, ist die Akzeptanz dieser Einrichtungen durch die Bevölkerung; Messgröße dafür ist die Anzahl der öffentlichen Besucher.

Aus den Eintrittsentgelten von öffentlichen Besuchern sowie aus Zahlungen der Schulen und Vereine auf Grundlage der von ihnen genutzten Kontingente an Wasserflächen erzielt die Gesellschaft die maßgeblichen Umsatzerlöse.

Nutzergruppe	Jahr	2022	2023
Besucher öffentliches Baden Hallenbäder:		123.682	145.213
Besucher öffentliches Baden Freibäder*:		104.515	94.519
Besucher Schulschwimmen:		77.744	77.436
Besucher Vereinsschwimmen:		144.576	151.130

3.5. Personal und Personalentwicklung

Personal BHG 2023

Zum Stichtag 31. Dezember 2023 waren in der Bäder Halle GmbH 49 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Personalstand) und 2 Auszubildende beschäftigt, darunter waren 19 Frauen. In den Monaten Mai bis September haben im Schnitt 7 Saisonkräfte das Unternehmen in den Freibädern „Saline“ und „Nordbad“ unterstützt. Das Durchschnittsalter der Belegschaft betrug 45 Jahre, bei einer mittleren Betriebszugehörigkeit von 9 Jahren.

Da es auf dem Arbeitsmarkt schwierig ist, geeignetes Personal mit der geforderten Qualifikation zu finden, bildet die Bäder Halle GmbH weiterhin selbst Fachangestellte für Bäderbetriebe aus.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bäder Halle GmbH unterliegen zwei Tarifverträgen, zum einem dem Tarifvertrag für Dienstleistungs- Logistik- und Bäderbetriebe vom 19. Februar 2013 und zum anderen, aufgrund von Betriebsübergängen dem Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVöD).

Der dazugehörige Vergütungstarifvertrag Dienstleistungs- Logistik- und Bäderbetriebe wurde für 2023 neu verhandelt und weist eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2024 auf. Dieser lehnt sich ab 2024 an Tarifabschlüsse im Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVÖD) an.

Auch der Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVÖD) wurde in 2023 neu verhandelt und weist eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2024 auf.

Personalentwicklung 2023

Im Kalenderjahr 2023 wurden in der Personalentwicklung die Programme in der Mitarbeitenden- und Führungskräfteentwicklung überarbeitet und um neue Formate ergänzt.

Führungskräfteentwicklung

Im Rahmen der zentralen Führungskräfteentwicklung wurden in 2023 die Themen „Mitarbeitergespräche führen“, „Konflikttraining“, „Gesundheitsstärkend Führen“ sowie „Führen im Generationenmix“ in ein- bis zweitägigen Seminaren angeboten. Teilnehmende, die bereits Führungsverantwortung übernommen haben oder für die Übernahme von fachlichen und / oder disziplinarischen Führungsaufgaben vorgesehen sind, arbeiteten sowohl in Präsenz, als auch virtuell an ihren Führungskompetenzen. Zudem wurde mit den „Führungs-Impulsen“ ein neues Format etabliert. Hier setzen sich die Führungskräfte in drei- bis vierstündigen Terminen mit einer aktuellen Fragestellung austauschorientiert auseinander. Durchgeführt wurden Führungs-Impulse zum Thema „Wie schaffe ich das noch 20 Jahre“, „Führung in der Krise“ sowie „Führung in Sandwichpositionen“.

Im Rahmen der Begleitung von Mitarbeitenden, die erstmalige Führungsverantwortung übernommen haben oder perspektivisch dafür vorgesehen sind, startete im Mai 2023 das Grundlagenprogramm Führung. Bis zum Jahresende haben die Teilnehmenden sich intensiv mit ihrer Führungsrolle auseinandergesetzt und zum Thema Teamführung gearbeitet. Ein Teil der Teilnehmenden hat zudem das sechstägige Intensivprogramm „Führung und Kommunikation mit Mehrwert“ absolviert. Für 2024 ist eine Fortsetzung des Grundlagenprogramms mit Modulen zum „Konflikttraining“, „Gesundheitsstärkenden Führen“ und „Führen in Veränderungsprozessen“ geplant.

Nach einer pandemiebedingten Pause 2020-2022 konnte der moderierte Geschäftsführungs-Austausch wiederaufgenommen werden. Zwei Gruppen arbeiteten rückblickend die Auswirkungen der Pandemie auf die Unternehmen auf und warfen mittels SWOT-Analyse einen strategischen Blick auf die Zukunft.

Zur Kompetenzstärkung der Geschäftsführenden und obersten strategischen Führungsebene der Unternehmen der SWH-Gruppe startete zudem im Herbst 2023 das General Management Programm in Zusammenarbeit mit der HHL (Leipzig Graduate School of Management).

Mitarbeitendenentwicklung

Im Rahmen der zentralen Entwicklungsangebote wurden Workshops und Trainings in den Bereichen Resilienz, Projektmanagement, MS-Office sowie ein Visualisierungstraining angeboten. Des Weiteren wurde das Austausch- und Beteiligungsformat „Zukunftswerkstatt“ eingeführt und sowie ein Sekretariats- und Assistenztag durchgeführt.

Seit 2019 steht mit der elektronischen Bibliothek im Flurfunk allen Mitarbeitenden ein digitales Weiterbildungsangebot mit zahlreichen eBooks und Audio-Lerneinheiten zur Verfügung. Sogenannte Learning Journeys kombinieren eBooks und Audio-Lerneinheiten zu einzelnen Themen, wie z.B: Marketing, Leadership oder persönliche Entwicklung. Nach Absolvierung eines Abschlussquiz kann sich der Teilnehmende ein Zertifikat generieren.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Die Umsatzerlöse inkl. Schul- und Vereinsschwimmen aus dem Badebereich betragen 1.054,0 TEUR (Vorjahr 927,7 TEUR) und liegen damit über dem Vorjahresniveau und nur leicht unter Plan.

Die Erlöse für die Dienstleistung der Bäder Halle GmbH in der Robert-Koch-Schwimmhalle lagen im Jahr 2023 bei 168,1 TEUR (Vorjahr 156,4 TEUR). Die Erlöse aus der Verpachtung der Ballsporthalle betragen 231,3 TEUR, ihnen stehen alle Aufwendungen im Zusammenhang mit der Ballsporthalle, wie Abschreibungen, Erbbauzinsen gegenüber. Aufwendungen für die Grundsteuer aus den Jahren 2017-2021 wurden vertragsgemäß ebenfalls an den Pächter weiterberechnet. Unter den Umsatzerlösen ist das Leistungsentgelt der Stadt Halle (Saale) im Jahr 2023 mit 4.476,5 TEUR ausgewiesen, das im Vorjahr bei 4.559,9 TEUR lag.

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind wie im Vorjahr Erlöse aus Arbeitnehmerüberlassung sowie Auflösungen aus Sonderposten für die Sprunghalle in Halle Neustadt enthalten. Hauptursächlich für den Anstieg der sonstigen betrieblichen Erträge im Jahresvergleich sind die vom Gesetzgeber entschiedenen Entlastungsbeträge für Erdgas und Fernwärme, die im Strompreisbremsengesetz (StromPBG) und im Erdgas-Wärme-Preisbremsengesetz (EWPBG) geregelt sind. Die erhaltenen Entlastungsbeträge werden in einem separaten Konto erfasst und betragen 110 TEUR.

Die Aufwendungen lagen im Jahr 2023 in einigen Bereichen über denen des Vorjahres. Unter den Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe werden vor allem Aufwendungen für Wasser/Abwasser, Strom, Wärme sowie Gas und Dieselkraftstoff in Höhe von 1.244,0 TEUR (Vorjahr 1.085,0 TEUR) ausgewiesen.

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen beinhalten maßgeblich die Aufwendungen für Reinigungsleistung, die in Höhe von 352,6 TEUR (Vorjahr 317,0 TEUR) beansprucht wurden, Fremdleistungen Personal in Höhe von 221,5 TEUR (Vorjahr 105,5 TEUR) sowie Personaldienstleistungen gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 27,6 TEUR (Vorjahr 0,6 TEUR). Der Instandhaltungsaufwand belief sich in 2023 auf 1.304,9 TEUR (Vorjahr 1.415,8 TEUR).

Die Personalaufwendungen liegen bei 2.050,9 TEUR (Vorjahr 2.066,9 TEUR) und somit auf Planniveau.

Das Jahresergebnis der Gesellschaft von 5,3 TEUR im Geschäftsjahr resultiert aus den die Kosten übersteigenden Erlösen aus der Betriebsführung der Robert-Koch-Schwimmhalle und der Verpachtung der Ballsporthalle.

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

Zum 31. Dezember 2023 verfügt die Gesellschaft über ein bilanzielles Eigenkapital in Höhe von 6.859,0 TEUR. Der Anstieg des Eigenkapitals um 5,3 TEUR gegenüber dem Vorjahr resultiert aus der Zuführung des Jahresergebnisses 2023.

Der Sonderposten aus Investitionszuschüssen hat in 2023 einen Anstieg von 400,2 TEUR gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen, bedingt insbesondere durch die Sanierung des Stadtbades.

Infolge der planmäßigen Tilgung der Kreditverbindlichkeiten gegenüber der Deutschen Kreditbank konnten die Kreditverbindlichkeiten der Gesellschaft auch in 2023 kontinuierlich abgebaut werden. Zum 31. Dezember 2023 bestehen noch Darlehensverbindlichkeiten in Höhe von 725,1 TEUR (Vorjahr 1.121,1 TEUR). Die sonstigen Verbindlichkeiten weisen durch die Rückrechnung des Leistungsentgeltes gegenüber der Stadt Halle eine Erhöhung zum Vorjahr auf.

Die Bäder Halle GmbH weist dementsprechend zum Bilanzstichtag 2023 eine Eigenkapitalquote von 47,2 % aus (Vorjahr 48,3 %).

4.2.2. Investitionen

Für den Zeitraum 2021 bis 2030 wurde im Zusammenhang mit der Verlängerung des Bäderfinanzierungsvertrages und unter Berücksichtigung des Bäderkonzeptes der Stadt Halle (Saale) ein sehr umfassender Investitionsplan erarbeitet, der Bestandteil des Nachtrages zum Bäderfinanzierungsvertrag ist und darauf fußt, dass diese Investitionen über Gesellschafterdarlehen finanziert werden. Im Jahr 2023 wurden insgesamt Investitionen in Höhe von 1.063,4 TEUR realisiert. Hiervon wurden allein für die Generalsanierung des Stadtbades 961,8 TEUR verwendet, für diese Maßnahme wurden Fördermittel im Umfang von 22.400 TEUR von Bund, Land und Stadt in Aussicht gestellt. Die Antragsunterlagen dafür wurden im Dezember 2023 eingereicht, die Zuwendungsbescheide werden im April/Mai 2024 nach Prüfung der ZBau-Unterlage erwartet.

4.2.3. Liquidität

Entsprechend dem Bäderfinanzierungsvertrag mit der Stadt Halle erhält die BHG einen jährlichen Betriebskostenzuschuss von der Stadt. Unter diesen Bedingungen ist die Bäder Halle GmbH jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

4.3. Vermögenslage

Am 31. Dezember 2023 beträgt die Bilanzsumme der Bäder Halle GmbH 14.517,8 TEUR, das ist eine Steigerung um 333,0 TEUR gegenüber dem Vorjahr.

Die Vermögenslage wird wesentlich durch die Entwicklung des Anlagevermögens bestimmt. Unter Berücksichtigung von Anlagenabgängen sowie planmäßigen Abschreibungen der Anlagegüter wird zum 31. Dezember 2023 ein Anlagenbestand in Höhe von 11.277,1 TEUR erreicht (Vorjahr 10.853,2 TEUR). Das Umlaufvermögen weist eine Reduzierung im Vergleich zum Vorjahr um insgesamt 125,6 TEUR auf.

Die Passivseite weist einen Anstieg des Sonderpostens für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen auf, welcher für geleistete Anzahlungen im Bau und Investitionen in technische Anlagen und Maschinen verwendet wurde.

4.4. Gesamtaussage

Signifikante Kostensenkungen sind in den von der Bäder Halle GmbH betriebenen Bädern nach den Betriebserfahrungen der zurückliegenden Jahre im laufenden Betrieb nicht mehr möglich. Nach Untersuchungen im Rahmen des Energieaudits wären über Investitionen in energiesparende Technologien wie moderne Anlagen zur Schlammwasseraufbereitung oder Anlagen zur Wärmerückgewinnung z.B. über die Lüftung, noch Einsparpotenziale zu heben. Hierbei ist jedoch abzuwägen, über welchen Zeitraum sich die einzelnen Investitionen amortisieren würden. Die Entwicklung der Energiepreise wird diese Entscheidungen insbesondere im Hinblick auf den Zeitpunkt der Umsetzung stark beeinflussen.

Einnahmesteigerungen kennen im Bereich der Hallen- und Freibäder auch ihre Grenzen, da das öffentliche Schwimmen zu „sozial verträglichen Eintrittspreisen“ erfolgen soll.

Weiterhin ist es das Ziel der Bäder Halle GmbH für die kommenden Jahre, die Besucherzahlen in den Hallenbädern wieder zu steigern und zu stabilisieren. Schwimmen als individuelles und gesundheitsförderndes Bewegungsprogramm für Jedermann soll weiter in das Bewusstsein der Hallenserinnen und Hallenser gerückt werden. Pandemiebedingt erfolgte in den Jahren 2020 bis Anfang 2022 eine Umorientierung in der sportlichen Betätigung, da die Bäder überwiegend geschlossen waren. Jetzt gilt es, die dabei verlorenen Potenziale wieder zurückzugewinnen oder neue Personengruppen für Bewegung im Wasser zu gewinnen. Dazu wird auch die Sanierung des historischen Stadtbades beitragen.

Die Erlöse in den Freibädern werden immer sehr stark von der Witterung in der Saison beeinflusst.

Für die Betreuung der Bäder wird auch weiterhin langfristig der im Bäderfinanzierungsvertrag geregelte Betriebskostenzuschuss der Stadt Halle (Saale) notwendig sein. Durch diese Zahlungen werden gemäß Bäderfinanzierungsvertrag die tatsächlichen Aufwendungen der Bäder Halle GmbH, die aus dem Betrieb der sechs übertragenen Bäder entstehen, vollständig ausgeglichen.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

In der Stadtwerke Halle - Gruppe findet ein konzerneinheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Dieses gruppenweite, bereichsübergreifende System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

5.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31. Dezember 2023 wurden für das Jahr 2024 bei der Bäder Halle GmbH insgesamt 9 Risiken ermittelt (Vorjahr 13). Unter diesen Risiken lassen sich insgesamt keine Einzelrisiken den Gruppen 1 und 2 zuordnen, welche sich wie folgt auf die nachfolgend dargestellten Risikokategorien und Risikogruppen unterteilen:

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Allgemeine Geschäftsrisiken	0	0	0
Finanzrisiken	1	0	0
Führung/Organisation	1	0	0
Marktrisiken	3	0	0
Rechtliche Risiken	4	0	0
Technische Risiken	-	-	-
Gesamt	9	0	0

5.1. Gesamtbild

Zur Vorjahresanalyse sind keine bedeutenden neuen Risiken eingetreten.

5.2. Umsatzentwicklung

In der Wirtschaftsplanung für 2024 sowie in der Mittelfristplanung bis 2028 wurde davon ausgegangen, dass sich die Einwohnerzahlen im relevanten Einzugsgebiet nicht signifikant verändern und damit auch das Besucherpotenzial für die Bäder stabil bleibt. Es muss jedoch gelingen, die verlorenen Besucher in die Hallenbäder schrittweise zurückzugewinnen. Ebenso wurden mittelfristig durchschnittliche Witterungsverhältnisse unterstellt. Aufgrund der ursprünglich bis 2026 geplanten Stadtbadschließung und im Hinblick auf die sich nur langsam normalisierenden Besucherzahlen in den Hallenbädern wurde in den Jahren 2025 und 2026 mit 239.800 Besuchern geplant. Ab dem Jahr 2027 wurde die Normalisierung des Nutzerverhaltens in den Hallenbädern, sowie die Fertigstellung der Sanierungsarbeiten am Stadtbad unterstellt und daraus resultierend mit 292.900 Besuchern geplant. Die Umsatzerlöse im Badebereich steigen in der Mittelfristplanung von 2024 in Höhe von 1.192,4 TEUR bis 2028 auf 1.260,8 TEUR nur marginal aufgrund der eingeplanten Anpassungen der Kostenbeteiligungen der Vereinsnutzer sowie der Schulen und einer Preisanpassung für die öffentlichen Nutzer, an. In allen anderen Bereichen wurde von weitestgehend konstanten Umsätzen in dem Zeitraum der Mittelfristplanung ausgegangen.

5.3. Investitionen

Für das Jahr 2024 sind in Summe 1.378,6 TEUR für Investitionen in den Schwimmhallen und Freibädern geplant. Weitere 1.520,0 TEUR sind für die Sanierung des historischen Stadtbades eingeplant. Das Stadtbad-Gesamtsanierungsprojekt soll bis 2027 umgesetzt werden.

5.4. Finanzierung

Die langfristig geplanten Investitionen werden über Darlehensaufnahme finanziert, was mit der Fortführung des Bäderfinanzierungsvertrages beschlossen wurde. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft ist aufgrund der Vereinbarungen im Bäderfinanzierungsvertrag gesichert. Weiterhin besteht im Rahmen der Cash Pool-Vereinbarung mit der SWH eine Kontokorrent-Kreditlinie von 300,0 TEUR.

5.5. Ergebniserwartung

Für das Geschäftsjahr 2024 werden 2,1 TEUR Ergebnis aus dem Verpachtungsgeschäft der Ballsporthalle und dem Betrieb der Robert-Koch-Schwimmhalle erwartet. Im Planungszeitraum bis 2028 wurde ein konstantes Ergebnis geplant. Bezüglich des Betriebs der sechs übertragenen Bäder wird für das Jahr 2024 ein Zuschussbedarf in Höhe von 5.186,1 TEUR geplant. Auch für die Folgejahre wurde davon ausgegangen, dass die Verluste aus dem Betrieb der sechs Bäder im Rahmen des Bäderfinanzierungsvertrages durch die Stadt Halle (Saale) über den Betriebskostenzuschuss vollständig ausgeglichen werden.

Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Bugenhagenstraße 30
06110 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 30

Gesellschafter:	T€	%
Blinden- und Sehbehindertenverband Sachsen-Anhalt e.V.	9,6	32,00
Deutsche Rentenversicherung Mitteldeutschland	9,0	30,00
Deutsche Rentenversicherung Bund	6,6	22,00
Stadt Halle (Saale)	4,8	16,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von Maßnahmen zur Eingliederung blinder und sehbehinderter und von Blindheit bedrohter Personen in Arbeit, Beruf und Gesellschaft.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Bedeutung für die Stadt Halle (Saale) ist in der durch die Gesellschaft angebotenen Leistung der beruflichen Rehabilitation von blinden und sehbehinderten Menschen zu sehen.

Eine dem Beschluss zur Beteiligung der Stadt Halle (Saale) an der BFW GmbH und dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Kölzner, Kerstin

Verwaltungsrat:

Vorsitzende	Wenderoth, Nicola
stellv. Vorsitzender	Krahl, Hans-Joachim
	Battermann, Jens
	Brederlow, Katharina
	Dönitz, Anke
	Dr. Danek, Simone
	Gellrich, Barbara
	Gering, Horst
	Ideker, Thomas

Verwaltungsrat:

in Sande, Andrea
Leauclair, Ina
Reinhardt, Marlis

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021
	T€	T€	T€
Verwaltungsrat	1	1	0

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2023		2022		2021		Veränderungen 2023 zu 2022	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	9.684	77	10.210	74	10.944	74	-526	-5
Umlaufvermögen	2.926	23	3.584	26	3.907	26	-658	-18
Rechnungsabgrenzungsposten	14	0	16	0	20	0	-2	-13
Bilanzsumme	12.624	100	13.810	100	14.871	100	-1.186	-9

	2023		2022		2021		Veränderungen 2023 zu 2022	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	7.074	56	7.627	55	8.063	54	-553	-7
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	3.705	29	3.883	28	4.069	27	-178	-5
Rückstellungen	116	1	232	2	247	2	-116	-50
Verbindlichkeiten	1.729	14	2.068	15	2.492	17	-339	-16
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0	0	0	0	0
Bilanzsumme	12.624	100	13.810	100	14.871	100	-1.186	-9

bb) GuV

	2023	2022	2021
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	6.157	6.184	7.276
sonstige betriebliche Erträge	422	415	433
Materialaufwand	1.091	855	872
Personalaufwand	4.205	4.154	4.339
Abschreibungen	741	821	825
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.011	1.114	1.260
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4	0	2
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	73	88	102
Ergebnis nach Steuern	-538	-433	313
sonstige Steuern	15	4	1
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-553	-437	312

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2023	2022	2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-8,97	-7,06	4,29	%
Eigenkapitalrentabilität:	-7,25	-5,42	4,03	%
Cash-Flow:	189	384	1.137	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	104	100	115	T€
Personalaufwandsquote:	63,90	62,95	56,28	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	76,43	73,67	73,36	%
Eigenkapitalquote:	56,04	55,23	54,22	%
Fremdkapitalquote:	43,96	44,77	45,78	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Abrechnungstage	33.538,00	36.980,00	47.134,00	Tage

f) Lagebericht**I. Grundlagen des Unternehmens**

1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Die Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH bietet als überregionales Dienstleistungsunternehmen vielfältige Maßnahmen zur beruflichen Rehabilitation für Menschen mit Sehbeeinträchtigungen an. Ziel ist die dauerhafte Eingliederung blinder und sehbehinderter erwachsener Menschen in das Arbeitsleben. Aufgabe des BFW Halle (Saale) ist es, den Menschen mit Sehbeeinträchtigungen durch Qualifizierung, Umschulung, berufliche Anpassungsmaßnahmen und Einzelschulungen die Ausübung einer Tätigkeit auf dem Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Die Erwerbsfähigkeit von Menschen mit Sehbeeinträchtigungen bzw. von Sehbeeinträchtigungen bedrohter Menschen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit zu erhalten, zu verbessern, herzustellen oder wiederherzustellen ist Ziel der Spezialeinrichtung. Das BFW Halle (Saale) sieht sich als ein Spezialanbieter in der Nische für blinde und sehbehinderte Menschen bzw. für spezielle Dienstleistungen rund um das Sehen. Rentenversicherungen, Unfallkassen, Arbeitsagenturen, Arbeitgeber und Jobcenter zählen zu den wichtigsten Kunden.

2. Forschung und Entwicklung

Gegenstand der Entwicklungstätigkeit ist die konsequente Weiterentwicklung bestehender oder neuer Maßnahmenangebote für Menschen mit Sehbeeinträchtigungen mit dem Ziel der Qualitätssteigerung und Verbesserung der Integrationsergebnisse der Teilnehmer. 2023 wurde im Auftrag der Deutschen Rentenversicherung Mitteldeutschland ein Leistungsangebot durch die mitteldeutschen Berufsförderungswerke Dresden, Sachsen-Anhalt, Leipzig, Halle und Thüringen entwickelt. Die Leistung Fallmanagement nach medizinischer Rehabilitation richtet sich an Rehabilitanden, bei denen sich während der medizinischen Rehabilitation -auf Grund multipler Problemlagen- der Bedarf an intensiver persönlicher Begleitung und Koordination von Maßnahmen im Anschluss an die medizinische Rehabilitation zeigt, um eine nachhaltige berufliche Wiedereingliederung zu erreichen. Dieses Leistungsangebot hilft die Lücke zwischen medizinischer und beruflicher Rehabilitation zu schließen und ist für die Weiterentwicklung des BFW Halle (Saale) sehr interessant. Vorbereitet und durch die Deutsche Rentenversicherung Mitteldeutschland eingereicht wurde 2023 im Rahmen des Förderrahmens „rehapro“ das Projekt „FaKT -Fallmanagement im Kontext verminderter Erwerbsfähigkeit: Teilhabebezogene Unterstützung von Versicherten zu Rückkehr in Arbeit“. In diesem Modellprojekt, welches am 01.03.2024 gestartet ist, sollen Versicherte, welche aufgrund einer onkologischen oder neurologischen Erkrankung auf absehbare Zeit erwerbsunfähig sein werden und bei denen es eine begründete Hoffnung auf Reintegration in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung gibt, über eine ganzheitliche, persönliches und individuelles Fallmanagement betreut werden, welches insbesondere auch den psychosozialen Kontext berücksichtigt. Im Projekt PsyCoDiVIA, welches im Dezember 2023 startete und sich mit psychologischen und psychiatrischen Komorbiditäten bei visuell beeinträchtigten Erwachsenen beschäftigt, arbeiten Experten aus den Niederlanden, Kroatien, Ungarn, Belgien und Deutschland (BFW Halle) zusammen. In diesem Nachfolgeprojekt von PsyCoVIA wird bei der gleichen Zielgruppe und den gleichen Erkrankungen das Thema des Assessment und der Diagnostik fokussiert. Ziel des von der Europäischen Union geförderten Projekt ist ein länderübergreifender Austausch von Fachleuten, welche in der Rehabilitation von sehbeeinträchtigten Menschen mit gleichzeitigen psychischen Begleiterkrankungen arbeiten.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogenen Rahmenbedingungen

Das Jahr 2023 war für das Berufsförderungswerk Halle ein weiteres herausforderndes Jahr. Verschiedene Krisen prägen seit etlichen Jahren die berufliche Rehabilitation und damit auch das Berufsförderungswerk Halle. Seit Jahren löst eine angespannte Situation die nächste ab: Wirtschaftskrise, Eurokrise, Klimakrise, Corona und seit 2022 Kriege in Europa und im Nahen Osten mit massiven Auswirkungen auf Energiepreise und Inflation. Die damit verbundenen Veränderungen und Veränderungsgeschwindigkeiten in der Gesellschaft, in der Arbeitswelt und dementsprechend auch in der Rehabilitation waren 2023 schwierige Rahmenbedingungen. Vor allem die durch die Inflation verursachten Preissteigerungen bei gleichzeitigem Belegungsrückgang beeinflussten die wirtschaftliche Situation in der beruflichen Rehabilitation stark. Die Themen Digitalisierung und Barrierefreiheit bleiben 2023 eine Herausforderung. Die weitere Flexibilisierung und Individualisierung der Rehabilitationsprozesse sowie deren schrittweise sinnvolle Digitalisierung unter diesen Gesichtspunkten ist Schwerpunkt der Entwicklungsarbeit, wobei es gilt, die Wirtschaftlichkeit der Gruppengrößen sicherzustellen. Es besteht ein massiver Wettbewerb um potentielle Teilnehmer. Das verändernde Beratungsgeschäft der Leistungsträger, die Veränderung des Arbeitsmarktes sowie die Sorgen und Ängste der Menschen mit Sehbeeinträchtigungen im Zusammenhang mit den bestehenden Krisen stellen die berufliche Rehabilitation vor große Herausforderungen. Der mittlerweile in der gesamten Arbeitswelt, über alle Branchen hinweg und für alle Berufsgruppen angekommene Fachkräftemangel macht für die berufliche Rehabilitation die Personalentwicklung zu einer enormen Herausforderung. Nach wie vor sieht das BFW private Anbieter, die sich mit ihren Angeboten inhaltlich immer mehr denen des BFW Halle (Saale) angepasst haben und in der Regel preislich günstiger sind, als eine Herausforderung an. Hier haben die Berufsförderungswerke aufgrund ihrer Tarifbindung aber auch aufgrund der durch Gesetze, Verordnungen und

Rahmenverträge festgelegten vorzuhaltenden Infrastruktur erhebliche Wettbewerbsnachteile. Die Spezialeinrichtungen sind auf Grund ihrer Spezifik nochmals preisintensiver.

2. Geschäftsverlauf

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie, der Krieg in der Ukraine, der Krieg im Nahen Osten und die daraus folgenden Auswirkungen auf die Inflation haben den Geschäftsverlauf 2023 wesentlich beeinflusst. Prägend für das Geschäftsjahr 2023 war vor allem der massive Einbruch der Belegung in der Geschäftsstelle Berlin, was zu einem weiteren Rückgang der Belegung insgesamt führte. Demgegenüber standen weiterhin bedingt durch die Inflation deutlich gestiegene Kosten, die sich nicht in den Preisen der Maßnahmen widerspiegeln. Die größte Herausforderung für das BFW Halle waren das Tempo und der Zeitdruck der Entwicklungen. Die Probleme und Herausforderungen sind sowohl kumulativ als auch exponentiell und überschneiden sich.

Im Laufe des Jahres 2023 war die Belegung in den Vorbereitungs- und Hauptmaßnahmen daher rückläufig.

Im Jahr 2023 nahmen durchschnittlich 93 Teilnehmer (im Vj. 102 Teilnehmer) an Vorbereitungs- und Hauptmaßnahmen teil. Die Belegung verteilte sich gleichmäßig auf die Deutsche Rentenversicherung Mitteldeutschland, die Deutsche Rentenversicherung Bund sowie die Bundesagentur für Arbeit, wobei die Belegung der Bundesagentur für Arbeit/Jobcenter stark rückläufig waren.

Die Tendenz einer Steigerung kürzerer und individuellerer Schulungsmaßnahmen bestätigte sich auch 2023 im BFW Halle (Saale). Dieser Wandel stellte bei zunehmendem Ökonomisierungsdruck und einer gleichzeitig erwarteten immer individuelleren Dienstleistung in Zeiten der Krisen das BFW Halle vor erhebliche Herausforderungen. Das BFW Halle (Saale) konnte im Jahr 2023 daher trotz der Auswirkungen der Corona-Pandemie sowie unter den aktuellen Bedingungen der Inflation und der Krisen die Bildungsarbeit zur beruflichen Rehabilitation sehbehinderter und blinder erwachsener Menschen und deren Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt mit gleichbleibend hoher Qualität fortführen.

Um mit dem Qualifizierungsprogramm des BFW Halle (Saale) auch künftig wettbewerbsfähig zu bleiben, ist eine permanente Angebotsoptimierung notwendig, die sich an den regionalen und überregionalen Arbeitsmarktchancen und den rehabilitationsspezifischen Voraussetzungen der Teilnehmer orientiert. Ein halbjährlicher Umschulungsbeginn ermöglicht auch bei geringen Teilnehmerzahlen in Verbindung mit einem hohen Grad an Modularisierung der Ausbildungsinhalte ein hohes Maß an Kundenorientierung und Flexibilität. Assessment- und Integrationsmaßnahmen und Einzelmaßnahmen starten regelmäßig in kürzeren Abständen. Auf Grund der Spezifik des BFW Halle (Saale) gehören Einzelmaßnahmen zum Standardangebot des Hauses.

Digitalisierung war für das BFW Halle (Saale) im Jahr 2023 nicht nur in den Projekten präsent. Die Umsetzung der Digitalisierungsstrategie des BFW Halle (Saale) wurde 2023 weiter verfolgt. In dieser Digitalisierungsstrategie sind wichtige Stakeholder einer digitalen Entwicklung sowie die Handlungsfelder definiert. Es wurden technische Lösungen implementiert, die Arbeit damit verstetigt und die digitale Didaktik sukzessive verbessert.

Bei den Assessment-Maßnahmen bewegte sich die Anzahl der Maßnahmentage 2023 positiver als im Vorjahr, jedoch wiederum unterhalb des Planungsansatzes. Dies hat neben den langfristig anhaltenden Auswirkungen der Corona-Pandemie verschiedenste Ursachen. Das sich verändernde Beratungsgeschäft der Leistungsträger sowie die vielen Sorgen und Ängste von sehbehinderten und blinden Menschen sind nur zwei Ursachen.

Die Zertifizierung nach der Norm DIN EN ISO 2001:2015 sowie die Trägerzertifizierung nach der AZAV hat das BFW Halle (Saale) im Jahr 2023 erfolgreich nachgewiesen. Diese Zertifizierung stellt seit 2013 eine notwendige Voraussetzung für die Durchführung der preisverhandelten Maßnahmen dar und gestaltet sich immer anspruchsvoller.

Neben der Anpassung der Marketingmaßnahmen an die wechselnden Rahmenbedingungen galt es, die internen Prozesse konsequent und zügig auf die aktuellen und künftigen Anforderungen der beruflichen Rehabilitation weiterzuentwickeln. Dies erforderte und erfordert Veränderungen in den Akquise Prozessen sowie in der Ausbildungsorganisation. Die Umgestaltung der Qualifikation in einen modularen Aufbau wurden 2023 weitergeführt. Das Thema Personalentwicklung stand im Vordergrund, um u.a. die Spezifik der Sehbehinderten- und Blindenrehabilitation zu schärfen sowie die Entwicklung digitaler Kompetenzen sowohl den Mitarbeitern als auch bei den Rehabilitanden zu fördern. Eine große Herausforderung waren 2023 wiederum das Tempo und der Zeitdruck der Entwicklungen.

2023 waren durchschnittlich 60 (im Vj. 63) Angestellte sowie 3 (im Vj. 3) gewerbliche Arbeitnehmer im BFW Halle (Saale) beschäftigt. 4 Mitarbeitende im Rahmen des Teilhabechancengesetzes unterstützten die Stammebelegschaft. Die Behindertenquote unter den Mitarbeitenden lag bei 17,99 %.

Die Kostensatz- bzw. Preisverhandlungen für 2023 erfolgten auf der Basis einer geplanten Belegung von durchschnittlich 117 Teilnehmern inklusive der Geschäftsstelle Berlin.

Wie in den letzten Jahren war und ist einer der Schwerpunkte der Ausbau und nun – nach vielen Jahren des Wachstums – vordergründig die Konsolidierung der Geschäftsstelle in Berlin. Die abgeschlossenen baulichen Maßnahmen und räumlichen Erweiterungen ermöglichen der Gesellschaft, in Verbindung mit einer eigenen Qualifizierung in Berlin, mittlerweile das Spektrum eines gesamten BFW's abzubilden. Die Geschäftsstelle Berlin trägt zur Belegungssicherung und nachhaltigen Liquiditätssicherung wesentlich bei.

3. Lage

a) Ertragslage

Im Vergleich zum Vorjahr sind die Umsatzerlöse um TEUR 27 gesunken. Dies resultiert aus der gesunkenen Belegung.

Im Berichtsjahr fielen mit 33.538 Abrechnungstagen (im Vj. 36.980) 9,3 % weniger Abrechnungstage in Vorbereitungs- und Hauptmaßnahmen sowie Integrationsmaßnahmen im Vergleich zum Vorjahr an.

Die Erlöse aus den Assessmentmaßnahmen sind um TEUR 77 gestiegen, liegen aber weiterhin mit TEUR 287 unter der Planzahl.

Die anderen laufenden betrieblichen Erträge sind im Jahr 2023 im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Ursache hierfür ist die Auflösung von Rückstellungen (Rückstellung für Altersteilzeit) aufgrund tariflicher Änderungen. Der Materialaufwand ist um 27,6 % gestiegen. Dies resultiert aus den gestiegenen Energiepreisen. Die planmäßige ertragswirksame Auflösung des Sonderpostens betrug 2023 TEUR 178 (im Vj. TEUR 186).

Die Erhöhung des Personalaufwandes um 1,2 % im Vergleich zum Vorjahr geht 2023 auf Tarifierhöhungen zurück.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sanken u.a. auf Grund sinkender Belegung um 9,2%.

Das Betriebsergebnis sank im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 123,9 auf TEUR -468,6.

Planmäßig sinkende Finanzaufwendungen führten zu einer Verbesserung des Finanzergebnisses gegenüber dem Vorjahr um TEUR 19,3.

Die aufgezeigten Entwicklungen ergeben im Jahr 2023 einen Jahresfehlbetrag von TEUR 552,6.

b) Finanzlage

Die Finanzlage ist 2023 durch einen positiven Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von TEUR 11 (im Vj. TEUR 196) gekennzeichnet. Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit ist 2023 durch die Auszahlung in das Anlagevermögen negativ. Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit gestaltet sich planmäßig negativ. Der Finanzmittelfonds sank um TEUR 621. Die Gesellschaft verfügt 2023 über eine gute Liquiditätsausstattung, die es ihr ermöglicht, jederzeit ihren fälligen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

c) Vermögenslage

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist im Geschäftsjahr wiederum dadurch gekennzeichnet, dass das Anlagevermögen die wesentlichste Position der Bilanzsumme darstellt. Die Finanzierung des Anlagevermögens erfolgte im Wesentlichen durch Eigenkapital, Investitionszuschüsse und Darlehen.

Die Investitionen wurden 2023 aufgrund des Belegungsrückgangs deutlich reduziert und lagen schwerpunktmäßig im Bereich IT.

Die Bilanzsumme des BFW Halle (Saale) ist im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 1.186,2 gesunken.

Investitionen in das Anlagevermögen von TEUR 216,1 stehen Abschreibungen in Höhe von TEUR 741,5 gegenüber.

Das wirtschaftliche Eigenkapital (bilanzielles Eigenkapital zuzüglich Sonderposten aus Zuwendungen) beträgt zum 31. Dezember 2023 TEUR 10.779, was einer wirtschaftlichen Eigenkapitalquote von 85,4 % entspricht. Damit ist die Vermögenslage des BFW Halle (Saale) im Jahr 2023 durch eine solide Eigenkapitalausstattung gekennzeichnet.

4. Finanzielle Leistungsindikatoren

Zur internen Unternehmenssteuerung wird im Rahmen des Risikomanagements ein umfangreiches quartalsweise aufgestelltes Reporting genutzt sowie die Anmelde- und Belegungssituation ständig analysiert.

In den Vorbereitung - und Hauptmaßnahmen war die Belegung im Vergleich zum Vorjahr rückläufig. Die Auslastung in den Assessmentmaßnahmen lag leicht über den Vorjahreszahlen, aber noch weit unter den Planungsgrößen. Die Zahl der Rehabilitanden ging weiter zurück. Die Geschäftsstelle Berlin verzeichnete zu Beginn des Jahres 2023 einen signifikanten Belegungsrückgang, welcher im Jahresverlauf nicht aufgeholt werden konnte.

Die Geschäftsführung setzte das unter strategischen Gesichtspunkten und mit externer Begleitung erarbeitete Maßnahmenkonzept zur Stabilisierung der Liquidität des BFW Halle (Saale) im Jahr 2023 weiter um. Trotz dieser Maßnahmen gelang es 2023 nicht, die Ertragsseite zu stabilisieren.

III. Bericht über Zweigniederlassungen

Organisatorisch selbständige Zweigniederlassungen werden von der Gesellschaft nicht unterhalten.

IV. Prognosebericht

Die Ertragslage des BFW Halle (Saale) wird im Wesentlichen von den Ergebnissen der Verhandlungen über die Kostensätze mit den Rehabilitationsträgern und von der Entwicklung der Belegungszahlen in den verschiedenen Maßnahmen der Rehabilitation bestimmt. Die nachhaltigen Auswirkungen der Corona-Pandemie sowie die Auswirkungen der aktuellen Krisen werden die Ertragslage des BFW Halle (Saale) in diesem Jahr weiterhin prägen, da im Jahr 2023 Assessmentmaßnahmen erst zum Ende des Jahres angestiegen sind und daher sich die Belegung 2024 auf einem niedrigen Niveau einpegeln wird. Das BFW Halle (Saale) ist Mitglied des Kommunalen Arbeitgeberverbandes Sachsen-Anhalt und damit an die Tarifentwicklung im vollen Umfang gebunden. Die Kostensatzentwicklung muss neben der Entwicklung der Tarife die durch die Inflation und die Krisen bedingten Kosten berücksichtigen. Bei den Verhandlungen mit den Rehabilitationsträgern zu den Kostensätzen 2024 konnten die geplanten Erhöhungen nicht erzielt werden. Der Krieg in der Ukraine, der Nahostkonflikt, die Klimakrise sowie die weiterhin andauernden Nachwirkungen aus der Corona-Pandemie verstetigen die Situation. Niedrige Belegungszahlen werden damit stark steigenden Kosten gegenüberstehen, die aktuell nicht durch den Kostensatz abgebildet werden.

Das BFW Halle (Saale) ist perspektivisch von den Strategien der Rehabilitationsträger hinsichtlich ihres Belegungsverhaltens abhängig. Auf der Grundlage einer geplanten durchschnittlichen Belegung in den Vorbereitungs- und Hauptmaßnahmen von 110 Teilnehmern und dem Ergebnis der Kostensatzverhandlungen ergibt sich für das Wirtschaftsjahr 2024 ein negatives Jahresergebnis. Bei den Umsatzerlösen sieht das BFW Halle (Saale) im Vergleich zum Jahr 2023 im Jahr 2024 eine leichte Erholung. Dies bezieht sich auf die Umsatzerlöse aller Maßnahmen der beruflichen Rehabilitation. Die Gesellschaft erwartet daher im Jahr 2024 eine Stagnierung der Belegung auf niedrigem Niveau und damit ein negatives Jahresergebnis.

Bei der Planung der Personalkosten wurden die verhandelten Tarifsteigerungen für das Jahr 2024 zu Grunde gelegt. Es sind Investitionen in einem Umfang von TEUR 461 vorgesehen, wobei der Schwerpunkt der Investitionsplanung in der Qualifizierung, dem Bereich Wohnen und im IT-Bereich liegt. Ausgehend von der durchschnittlichen Belegung in den Vorbereitungs- und Hauptmaßnahmen im I. Quartal 2024 von 95 Teilnehmern geht das BFW Halle (Saale) von einem negativen Ergebnis aus. Bei den Assessmentmaßnahmen und Einzelmaßnahmen erwartet das BFW Halle (Saale) eine leichte Erholung, die in den sich normalisierenden Bedingungen bei den Leistungsträgern nach der Corona-Pandemie sowie in den intensivierten Marketingmaßnahmen begründet sind.

Mit externer neutraler Unterstützung wurden durch das BFW Halle (Saale) konkrete und tragfähige Maßnahmen entwickelt, die perspektivisch umgesetzt, zur langfristigen Liquiditätsentwicklung beitragen sollen. Diese Maßnahmen umfassten unter anderem auch die Prüfung der Immobilien und deren Nutzung, welche seit dem 01. Januar 2018 mit der Vermietung der Häuser 2 und 4 umgesetzt wurden. Eine weitere Nutzung dieser Häuser wird derzeit geprüft.

Die Belegung in der Geschäftsstelle Berlin im ersten Quartal 2024 hat sich im Vergleich zum Vorjahr erholt.

Um den Bekanntheitsgrad des BFW Halle (Saale) weiter zu steigern, wird die Intensivierung der Marketingaktivitäten 2024 fortgesetzt. Hierzu werden Analysen durchgeführt, die Kommunikationsformen umgestellt und neue Zugänge erschlossen.

Intensive Gespräche mit den Rehabilitationsträgern erfolgen kontinuierlich. Das derzeitige Maßnahmenangebot des BFW Halle (Saale) wird nach den Anforderungen und Bedarfen der Rehabilitationsträger mit Blick auf den Arbeitsmarkt optimiert. Netzwerke und Kooperationen sowie die Digitalisierung werden zukünftig im Fokus stehen. Die überregionale Beratungstätigkeit wird 2024 weiter optimiert. Generell erfolgt eine Umstellung der Arbeits- und Kommunikationsformen.

Die Infrastruktur mit ihrem denkmalgeschützten Gebäudeensemble sowie deren Bewirtschaftung bewirken nach wie vor unabwendbare hohe Fixkosten, die sich ungünstig auf den Wettbewerb mit andern Anbietern auswirken, deren Betriebskosten geringer sind und bei denen die ohnehin größere Kapazität niedrigere Tageskostensätze möglich macht. Infolge der Kriege, Krisen und der damit verbundenen Preisentwicklungen wird sich diese Situation weiter verschärfen, da davon auszugehen ist, dass die Preise unter anderem für Energie und Fernwärme deutlich steigen werden.

Der Preis, die Dauer der Maßnahme, wohnortnahe Rehabilitation sowie erfolgreiche Integration der Absolventen werden für die Rehabilitationsträger auch künftig zunehmend Kriterien für die Vergabe von Aufträgen darstellen. Hinzu kommen neben den Ansprüchen an die Individualität der Maßnahmen für einen zunehmend multimorbiden Teilnehmerkreis unter den Nachwirkungen der Corona Pandemie sowie den damit verbundenen sich verändernden Arbeitswelten die Anforderungen durch Umsetzung von klimarelevanten Transformationsprozessen in der Rehabilitation.

Das Gebot von Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit sowie Flexibilität verpflichtet das BFW Halle (Saale) als Leistungsanbieter dazu, die Leistungen unter Effizienz- und Effektivitätsgesichtspunkten zu erbringen. Die Kosten steigen und die verhandelten Kostensätze spiegeln diese Kostensteigerungen immer weniger wieder.

Das BFW Halle (Saale) in den kommenden Jahren weiter als Spezialeinrichtung für blinde und sehbehinderte Menschen sowie als Kompetenzzentrum „Rund um das Sehen“ unter veränderten Rahmenbedingungen zu etablieren, wird in den nächsten Jahren weiterhin das Kernziel bleiben. Dabei kommen dem frühzeitigen Erkennen und Gegensteuern von potentiell die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des BFW Halle (Saale) gefährdenden Risiken weiterhin die stärkste Bedeutung zu. Die Risikoberichterstattung erfolgt in Form eines Reportings quartalsweise innerhalb des Unternehmens sowie an die DRV Bund und DRV Mitteldeutschland.

Die Gesellschaft bleibt in ihrem wirtschaftlichen Erfolg mehr denn je und in besonderem Maße von den Rehabilitationsträgern abhängig und unterliegt auch fortan in besonderer Weise politischen Entscheidungen und Gesetzesänderungen.

V. Chancen- und Risikobericht

1. Risiken

a) Branchenspezifische Risiken

Über allem stehen die Nachwirkungen der Corona-Pandemie sowie der Krieg in der Ukraine und die Klimakrise, deren Folgen – zumindest im Umfang – z.Z. nicht kalkulierbar sind. Hier sind alle Szenarien auf globaler und nationaler Ebene und bezüglich aller Lebensbereiche denkbar. Welche gesamtgesellschaftlichen, wirtschaftlichen, gesundheitlichen, finanztechnischen, rechtlichen, sozialen, psychischen, selbst politischen Folgen tatsächlich eintreten, wird vom weiteren Verlauf zunächst in Deutschland, aber auch darüber hinaus bestimmt werden.

Als Herausforderung erweist sich weiterhin die Vereinbarkeit von der geforderten hohen Qualität einerseits und den Sparbemühungen der Leistungsträger andererseits. Durch die Anerkennung privater Bildungsträger als vergleichbare Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation nach § 51 SGB IX verschärft sich der Wettbewerb weiter. Die Angebote der freien Träger passen sich inhaltlich immer mehr denen des BFW Halle (Saale) an, sind preislich unter denen des BFW Halle (Saale) und werden damit sukzessive mehr und mehr durch die Rehabilitationsträger genutzt. Infolge der Nachwirkungen der Corona-Pandemie sowie der Auswirkungen des Krieges in der Ukraine sowie im Nahen Osten wird die Inflation weiter stark ansteigen. Dies hat Auswirkungen auf die Kostenstruktur im BFW Halle, die sich derzeit nicht in den gegenwärtigen Kostensätzen des BFW Halle widerspiegelt.

In Bezug auf die IT-Sicherheit sieht das BFW Halle, dass mit personengebunden Daten arbeitet, die größten Risiken derzeit im Datenabfluss als auch in der Datenverschlüsselung durch Cyberangriffe. Die damit verbundene Absicherung der IT-Systeme ziehen weitere Kostensteigerungen nach sich. Infolge der Auswirkungen des Ukrainekrieges ist derzeit ein Ausfall der kritischen Infrastruktur nicht auszuschließen.

Das BFW Halle (Saale) versteht sich als Spezialeinrichtung für Menschen mit Sehbeeinträchtigungen, als überregional kompetenter Partner der Rehabilitationsträger und der Arbeitgeber. Die strategische Ausrichtung als Kompetenzzentrum „Rund um das Sehen“ ist auch 2024 das Kernziel der Gesellschaft. Hierbei wird die Digitalisierung sowie damit verbunden die Barrierefreiheit eine immer bedeutsamere Rolle spielen.

Ein Risiko sieht das BFW Halle (Saale) darin, dass gegenwärtig Menschen nach partiellem oder vollständigem Sehverlust, ob schlagartig oder schleichend erworben, keine standardisierten Maßnahmen der medizinischen Rehabilitation zur Verfügung stehen und dadurch potentielle Teilnehmer den Weg in eine berufliche Rehabilitation zeitnah nicht finden. Durch das Projekt ORELTA, gefördert durch die DRV Bund, welches seit 2018 läuft und 2020 abgeschlossen wurde, galt es, dieses Risiko näher zu erforschen, eventuelle Versorgungslücken zu eruieren sowie entsprechende Handlungsempfehlungen zu geben. Die Versorgungslücken sind nach wie vor vorhanden.

Die spezielle Kompetenz der Mitarbeiter im BFW Halle (Saale), die sich in der Ergebnisqualität der beruflichen Rehabilitationsmaßnahmen niederschlägt, ist für das Kompetenzzentrum „Rund um das Sehen“ im Sinne einer integrationsorientierten, ganzheitlichen, einzelfallbezogenen und effizienten Rehabilitation unerlässlich. Die Fachkräftegewinnung gestaltet sich auf Grund der gegenwärtigen Arbeitsmarktsituation schwierig.

Das BFW Halle (Saale) ist durch die Spezialisierung befähigt gleichzeitig Strukturen zu entwickeln und Strategien zu erarbeiten, die es ermöglichen, neue Einnahmefelder zu erschließen und zu etablieren. Dies setzt allerdings eine kontinuierliche plankonforme Auslastung der Einrichtung voraus.

Infolge der aktuellen Krisen ist diese kontinuierliche plankonforme Auslastung der Einrichtung eher unsicher. Hier werden sich die Art und Weise der beruflichen Rehabilitation verändern. Digitale Lernformen werden mehr und mehr Einzug halten. Welche Auswirkungen dies auf die Strukturen der beruflichen Rehabilitation im BFW Halle (Saale) hat, ist momentan schwer abzuschätzen. Es ist mit einem teilweisen veränderten Dienstleistungsangebot zu rechnen. Die digitalen Lernformen stellen aus Sicht des BFW Halle (Saale) für Menschen mit Sehbeeinträchtigungen eine Ergänzung im Rahmen der beruflichen Rehabilitation dar, ersetzen können sie diese nicht.

Die berufliche Rehabilitation muss auf Individualisierung und Flexibilisierung setzen und gleichzeitig effektiv und effizient sein. Sie muss den Rehabilitanden und Leistungsträgern nachhaltig den Rehabilitationserfolg sichern. Die berufliche Rehabilitation ist in der Zukunft u.a. auch zur mittel- und langfristigen Bewältigung der Corona-Pandemie mitbestimmend für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland sowie für die Deckung des Fachkräftebedarfes.

Da die Einflussfaktoren auf die berufliche Rehabilitation recht vielfältig und aus verschiedenen Richtungen wirken, wird sich das BFW Halle (Saale) auf erheblich größere Schwankungen sowohl in den Belegungszahlen von Halbjahr zu Halbjahr, als auch in der Art der Maßnahmen einstellen müssen. Aus diesem Grund ist eine Flexibilisierung des Leistungsangebotes extern und vor allem der Handlungsmöglichkeiten intern unerlässlich und die Hauptaufgabe für die nächsten Jahre.

b) Ertragsorientierte Risiken

Das größte Risiko für das BFW Halle (Saale) liegt in der Belegung. In Folge der Corona-Pandemie ist zunächst mit einem Rückgang der Belegung zu rechnen. Eine Belegungsgarantie seitens der Kostenträger besteht nicht. Der Ukrainekrieg wird einen weitgehenden Anstieg der Inflation nach sich ziehen und damit Auswirkungen auf die Kosten der beruflichen Rehabilitation haben. Das BFW Halle (Saale) sieht sich mehr denn je steigenden Personal- und Sachkosten bei nur mäßig steigenden Kostensätzen und unsicherer Entwicklung der Teilnehmerzahlen konfrontiert.

Grundsätzliche Ertragsrisiken werden in den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die berufliche Rehabilitation, der fortschreitenden demografischen Entwicklung und der derzeit sich verändernden Konjunkturlage gesehen, die Auswirkungen auf die Belegung und die zu erwartenden Umsätze haben können.

Ein mögliches Risiko sieht das BFW Halle (Saale) in einer gewissen Abhängigkeit von wenigen Hauptbelegern im Rehabilitationsbereich sowie in der Überregionalität des BFW Halle (Saale), da sich der Arbeitsmarkt in den einzelnen Regionen unterschiedlich gestaltet und die potentiellen Teilnehmer auf Grund ihres sozialen Umfeldes auf eine wohnortnahe Rehabilitation angewiesen sind.

Minimale personelle Veränderungen oder Einsparungen bzw. Veränderungen in den Prozessen können zum Beratungsstau beim Rehabilitationsträger und damit zu einem Rückgang der Belegung im BFW Halle (Saale) führen. Eine weiter sinkende Belegung kann sich für das BFW Halle (Saale) perspektivisch bestandsgefährdend auswirken.

c) Finanzwirtschaftliche Risiken

Das BFW Halle (Saale) hat für das Erkennen wesentlicher Risiken ein umfassendes Kontroll- und Risikomanagement im Rahmen eines Maßnahmenkonzepts erarbeitet. Die eingesetzten Steuerungs- und Überwachungssysteme werden fortlaufend weiterentwickelt, um noch besser das Maß der Risiken bewerten und handhaben zu können. Die mittelfristigen Risiken der Nachwirkungen der Corona-Pandemie, des Klimawandels sowie der Folgen der weltweiten Kriege können im Moment noch nicht abschließend bewertet werden und sind ins Risikomanagement aufzunehmen. Hierzu gehören auch Risiken bei der IT-Sicherheit sowie der Personalentwicklung.

Bei den in einem Maßnahmenkonzept vor der Corona-Pandemie erarbeiteten Szenarien waren mittelfristig keine Liquiditätsgpässe zu erwarten. Voraussetzungen dafür waren stabile Belegungszahlen.

Auf Grund der Corona-Pandemie sowie der Auswirkungen der aktuellen Kriege und Krisen sind Aussagen zur mittelfristigen Liquidität derzeit schwer möglich. Die Aussagen der Rehabilitationsträger, dass das BFW Halle als Spezialeinrichtung ein Alleinstellungsmerkmal hat und die derzeitige Entwicklung der Belegung lässt die Aussage zu, dass 2024 die Liquidität im BFW Halle nicht gefährdet ist. Hierbei muss sich der Trend 2024 bei den Assessmentmaßnahmen weiterhin positiv entwickeln und die Belegungszahlen weiterhin steigen.

2. Chancenbericht

Die Weiterentwicklung der Kooperationen, Netzwerke sowie der Digitalisierung bietet für das BFW Halle (Saale) weitere Zukunftschancen. Derzeit aktuelle Themen, wie alternative Lernformen sowie die Barrierefreiheit von Dokumenten, können für das BFW Halle (Saale) zusätzliche Potentiale darstellen. Es ist davon auszugehen, dass immer mehr Einrichtungen im öffentlichen Bereich hierzu nachfragen und die speziellen Angebote des BFW Halle (Saale) dafür in Anspruch nehmen könnten. Weitere Chancen sieht das BFW Halle (Saale) in Maßnahmen des Marketings und Vertriebs. Die Weiterentwicklung der Geschäftsstelle in Berlin wird als Chance gesehen. Mit der Umsetzung und Weiterentwicklung des Maßnahmenkonzeptes konnte das BFW Halle die Auswirkungen der Corona-Pandemie bisher gut kompensieren. Hierin sieht das BFW Halle (Saale) eine Chance für die zukünftige Entwicklung der Belegungssicherung.

Bundestag und Bundesrat haben im Dezember 2016 das Gesetz zur Stärkung der Selbstbestimmung und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen (Bundesteilhabegesetz – BTHG) verabschiedet. Dies birgt neue Chancen für Menschen mit Behinderungen für die Teilhabe am Arbeitsleben und damit auch für das BFW Halle (Saale).

Alternative Lernformen sind gefragter denn je. Das BFW Halle (Saale) kann zeigen, wozu das BFW in der Lage ist und begleitet die Teilnehmenden individuell und je nach ihren Möglichkeiten. Damit bietet die Krise auch eine Chance zur Weiterentwicklung.

3. Gesamtaussage

Das überregional agierende BFW Halle (Saale) ist weiterhin in einem schwierigen Umfeld, bei gleichzeitig steigenden Personal- und Sachkosten sowie stagnierenden Kostensätzen tätig.

Die langfristigen Folgen der Corona-Pandemie, der Kriege sowie der Krisen sind derzeit für das BFW Halle (Saale) mittel- bis langfristig nicht einschätzbar.

Unter der Voraussetzung einer in etwa auf dem Niveau von 2021 gleichbleibenden Belegung lassen sich bei der Betrachtung der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung des BFW Halle (Saale) derzeit für den Fortbestand der gemeinnützigen GmbH keine existenzbedrohenden Gefahren erkennen. Die Liquiditäts- und Eigenkapitalsituation ist als stabil einzuschätzen, sodass unter Berücksichtigung des erarbeiteten Maßnahmenkonzeptes Liquiditätsgpässe für 2024 nicht zu erwarten sind. Das BFW Halle (Saale) wird die Umsetzung des Maßnahmenkonzeptes unter den Einflüssen der Corona-Pandemie und den Auswirkungen der Kriege mittel- bis langfristig prüfen.

VI. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Das BFW Halle (Saale) richtet sich bei der Verwendung von Finanzinstrumenten grundsätzlich nach der bestehenden Geschäftsordnung sowie nach den Empfehlungen des Bundesversicherungsamtes für Sozialversicherungsträger gemäß SGB IV und setzt, außer Termingelder, derartige Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate nicht ein. Wesentliche Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungseinschränkungen sehen wir derzeit nicht. Bei den Verbindlichkeiten aus Investitionsdarlehen sind ebenfalls feste Verzinsungen vereinbart.

Eigenbetrieb für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale)**

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz	
Anschrift:	Hibiskusweg 15 06122 Halle (Saale)	
Rechtsform:	Eigenbetrieb	
Stammkapital in T€:	25	
Gesellschafter:		T€ %
	Stadt Halle (Saale)	<hr style="width: 100%; border: 0.5px solid black;"/> 25 100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Der EfA verfolgt den Zweck, arbeits- und mittellose Menschen auf dem Weg in ein eigenständiges, selbstbestimmtes und weitestgehend von staatlicher Unterstützung unabhängiges Leben zu begleiten. Ziel ist es, diesen Menschen sowie ihren Kindern, gute Chancen auf soziale Teilhabe in Bildung und Gesellschaft zu ermöglichen. Dazu sollen sie qualifiziert sowie nachhaltig an den Arbeits- und Ausbildungsmarkt herangeführt und integriert werden.

Das betrifft insbesondere die Durchführung von Beschäftigungsmaßnahmen für Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen nach dem SGB II, die Durchführung und Koordination von Fördermaßnahmen im Bereich der Stadtverwaltung nach dem SGB II oder SGB III, die Förderung der Jugendwerkstätten der Stadt Halle (Saale), den Erhalt und Ausbau von beruflichen Kompetenzen und Qualifikationen für Ausbildung und Beschäftigung, die Verwaltung und Weiterleitung von Fördermitteln des Landes, des Bundes und der Europäischen Union, die Umsetzung oder Beteiligung an arbeitsmarktrelevanten Fördermaßnahmen sowie die Umsetzung eines Dienstleistungszentrums Arbeitsmarkt (DLZA).

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Der Eigenbetrieb verfolgt Sozial- und Gemeinwohlinteressen sowie die Förderung der Wirtschaft und damit einen öffentlichen Zweck.

Eine der Satzung des Eigenbetriebes entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des betriebsinternen Risikomanagements sowie der Eigenbetriebssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

** Ein geprüfter Jahresabschluss 2023 lag bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes nicht vor. Das Datenmaterial bezieht sich infolgedessen im Wesentlichen auf den 31.12.2022.

b) Besetzung der Organe

Betriebsleitung:		van Rissenbeck, Goswin	
Betriebsausschuss:	Vorsitzende	Brederlow, Katharina	
		Döring, Jan	
		Haupt, Ute	(seit 30.08.2023)
		Heym, Carsten	
		Schied, Thomas	(bis 29.08.2023)
		Schmeil, Birgit	
		Streckenbach, Johannes	

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Betriebsleitung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2021	
	T€	%	T€	%
Aktiva				
Anlagevermögen	29	0	21	0
Umlaufvermögen	6.938	100	12.772	100
Rechnungsabgrenzungsposten	9	0	13	0

Bilanzsumme	6.976	100	12.806	100
--------------------	--------------	------------	---------------	------------

	T€	%	T€	%
Passiva				
Eigenkapital	37	1	37	0
Sonderposten aus Zuschüssen und Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	580	8	572	5
Rückstellungen	189	3	149	1
Verbindlichkeiten	6.170	88	12.048	94

Bilanzsumme	6.976	100	12.806	100
--------------------	--------------	------------	---------------	------------

bb) GuV

	2022	2021
	T€	T€
Umsatzerlöse	9.566	6.085
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-5.493	-1.238
sonstige betriebliche Erträge	1.400	1.429
Materialaufwand	880	1.112
Personalaufwand	4.431	4.957
Abschreibungen	22	18
sonstige betriebliche Aufwendungen	140	189
Ergebnis nach Steuern	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2022	2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	22	18	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	27	24	T€
Personalaufwandsquote:	80,96	78,98	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,41	0,17	%
Eigenkapitalquote:	0,53	0,29	%
Fremdkapitalquote:	99,47	99,71	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Eigene Maßnahmen mit Arbeitsverträgen	84,00	95,00	Anzahl
Eigene Maßnahmen mit Beschäftigungsvereinbarungen	50,00	46,00	Anzahl
Maßnahmen bei Vereinen und Verbänden	5,00	10,00	Anzahl

f) Lagebericht

Lagebericht 2022 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale)

1. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Im Jahr 2005 sind die Aufgaben des Bereiches Beschäftigungsförderung der Stadt Halle (Saale) in den Eigenbetrieb für Arbeitsförderung (EfA) der Stadt Halle (Saale) überführt worden. Der Eigenbetrieb setzt seitdem arbeits- und sozialpolitische Maßnahmen für die Stadt Halle (Saale) um. Die ihm mit der Einführung des SGB II gestellten Aufgaben konnte der EfA, wie in den Vorjahren, auch im Jahr 2022 erfüllen.

Im Jahr 2022 war die Beigeordnete für Bildung und Soziales, Frau Katharina Brederlow, Vorsitzende des Betriebsausschusses. Der Unterzeichner ist seit dem 01.07.2007 durch Beschluss des Stadtrates zum Betriebsleiter bestellt.

Von Juni bis September 2022 wurde der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2021 durch den Fachbereich Rechnungsprüfung geprüft. Mit dem Prüfbericht wurden keine Einwände gegen die Buchführung des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung erhoben.

Der Jahresabschluss 2021 wurde am 20.12.2022 in den Stadtrat eingebracht, festgestellt und der Betriebsleitung gemäß § 19 Abs. 4 Satz 3 EigBG LSA die Entlastung erteilt.

Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2023 wurde parallel zum Haushaltsplan der Stadt am 20.12.2022 durch den Stadtrat beschlossen.

Arbeitsmarktpolitik in besonderen Zeiten

Rückblick auf die Pandemie:

Seit dem 11.05.2020 werden Maßnahmen und Projekte nur noch unter Vorlage eines individuellen Hygienekonzeptes durchgeführt und bewilligt.

Trotz der auch im Jahr 2022 noch angespannten pandemischen Lage und der enormen Herausforderungen an den SARS-CoV-2 Arbeitsschutz konnten die angebotenen Maßnahmeplätze realisiert werden, auch wenn pandemiebedingt ein entsprechend hoher Krankenstand zu verzeichnen war.

Zur Realisierung hat der Arbeitsschutzausschuss unter Beteiligung des Personalrates und der Fachkraft für Arbeitssicherheit regelmäßig getagt und die betriebsinternen Regelungen regelmäßig an den vorliegenden Verordnungsstand von Bund, Land und Kommune angepasst.

Dies ist nur der Tatkraft und dem Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Eigenbetriebes zu verdanken, die mit der Umsetzung und Realisierung der Maßnahmen und Projekte betraut sind.

Ausblick mit Erfahrungen aus der Pandemie:

Dauerhafter Aufwand

- Digitalisierung:
So viele Arbeitsplätze wie möglich werden mit mobilen Endgeräten ausgestattet. Leider wurden, schon im Jahr 2020 bestellte, mobile Endgeräte erst sehr verspätet geliefert. Bei turnusmäßigen Ersatzbeschaffungen wird geprüft, ob diese Aufgabe auch mobil umsetzbar ist und dann die entsprechende Hardware beschafft.
- Eigene Reinigungskräfte für die Sozialräume zur Einhaltung der Hygienevorschriften und zur Überwachung der Abstandsregeln.
- Gestaffelte Arbeitszeiten, um die gleichzeitige Nutzung von räumlichen Ressourcen zu reduzieren.

Weitere Entwicklungen im Jahr 2022

Der im Jahresabschluss 2014 ausgewiesene Jahresüberschuss wurde entsprechend der mittelfristigen Finanzplanung in den Jahren 2015 bis 2021 für die Umsetzung des Bundesprogramms „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“, dem Landesprogramm „Gesellschaftliche Teilhabe – Jobperspektive 58+“, der Handlungssäule II im Förderprogramm RÜMSA sowie der städtischen Stellen des Bundesfreiwilligendienstes und sofern ausreichend zur weiteren Kofinanzierung für Förderprogramme des Landes und für Arbeitsgelegenheiten eingesetzt. Da das Bundesprogramm „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“ erst verspätet Ende des Jahres 2015 begann, verschiebt sich die Verwendung des Jahresgewinns 2014. Dieser wird nunmehr bis zum Jahr 2027 zur Umsetzung der Projekte genutzt.

Die Parallelität der Beratungen zum Jahresabschluss des Vorjahres und zum Wirtschaftsplan des Folgejahres ermöglichte mittelfristig strategische Entscheidungen zur kommunalen Finanzierung von Eingliederungsleistungen am Arbeitsmarkt für die Jahre 2023 ff.

Der Haushaltsplan der Stadt Halle (Saale) und auch der Wirtschaftsplan 2022 des Eigenbetriebes wurde am 22. Dezember 2021 beschlossen. Der Vollzug des Wirtschaftsplanes 2022 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung wurde durch das Landesverwaltungsamt mit Schreiben vom 22.03.2022 freigegeben. Vor diesem Hintergrund konnte das Geschäftsjahr des Eigenbetriebes entsprechend der im Vorjahr vorgelegten Planungen nur verzögert umgesetzt werden. Die Veröffentlichung des Wirtschaftsplans 2022 und des Jahresabschluss 2021 konnte zum 06.05.2022 erfolgen.

Nach dem Abschlussstichtag gab es im Jahr 2023 keine Vorgänge von besonderer Bedeutung für das Jahr 2022.

Am 23. November 2022 hat der Stadtrat den Betriebsleiter zusätzlich mit der Interims Betriebsleitung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten beauftragt.

Prägend für das Geschäftsjahr 2022 war das Auslaufen der Förderperiode des Europäischen Sozialfond (ESF) im Rahmen der Regionalisierung der Fördermittel des Landes Sachsen-Anhalt. Damit wurden Projekte und Maßnahmen schlussgerechnet, die teilweise seit 2015 liefen.

Darüber hinaus wurde auch das Förderprogramm „Stabilisierung und Teilhabe am Arbeitsleben“ (STaA) abgeschlossen und abgerechnet. Bei diesem Förderprogramm ist hervorzuheben, dass die dort realisierte Maßnahme „Mobilitätshelfer“ nunmehr von der HAVAG selbst, unter anderem mit ehemaligen Teilnehmenden, realisiert wird.

Zeitgleich mussten auch die personellen Ressourcen für die konzeptionelle Ausgestaltung der vom Land Sachsen-Anhalt geplanten Förderrichtlinie „Regio Aktiv“ für den ESF Förderzeitraum bis 2027 bereitgestellt werden.

Darüber hinaus mussten dabei die Neuanträge für die Fördermaßnahmen Familien stärken - Perspektiven eröffnen (FsPe) und Regionale Koordination gestellt werden. Als Herausforderung erwies sich dabei, dass die Richtlinie des Landes Sachsen-Anhalt zum Förderprogramm „Regio Aktiv“ erst im Juni 2022 veröffentlicht wurde, der Maßnahmebeginn aber schon der 01. Juli sein sollte, um eine personelle Kontinuität zu sichern und dem Fachkräftemangel, der auch für den Eigenbetrieb spürbar ist, zu begegnen.

Es ist gelungen die „Regionale Koordination“ und das Förderprogramm „Familien stärken - Perspektiven eröffnen“ ohne Unterbrechung von einer - in die nächste Förderperiode zu überführen.

Für die Umsetzung des 10. SGB II Änderungsgesetzes (10. SGB II ÄG) „Teilhabechancengesetz“, welches im Dezember 2018 durch Bundestag und Bundesrat verabschiedet wurde und zum 01.01.2019 in Kraft getreten ist, hat der Eigenbetrieb gemäß Stadtratsbeschluss aus August 2019 die entsprechenden Stellen seit dem Jahr 2019 realisiert und im Jahr 2021 die Vertragsverlängerung für die betroffenen Beschäftigten realisiert. Bis Heute kommt es hierbei immer wieder zu Verfahrensänderungen. Diese Herausforderung ist für den Eigenbetrieb sehr aufwendig, da jede einzelne Stelle annähernd den gleichen Aufwand wie bei mehrfachbesetzten Maßnahmen erfordert.

Wenn eine tarifliche Lohnsteigerung im Jahr 2023 über das Instrument „steuer- und sozialversicherungsfreier Investitionsausgleich“ erfolgt, besteht die Gefahr, dass diese Lohnsteigerung nicht förderfähig ist und damit zu einer erheblichen Erhöhung des kommunalen Anteils in der Finanzierung führt.

Die Zusammenarbeit mit dem Jobcenter Halle (Saale) hat sich im Geschäftsjahr 2022 stabil gestaltet. Kleine Probleme wurden auf der Arbeitsebene geklärt. Zwischen der Geschäftsleitung des Jobcenters und der Betriebsleitung gab es regelmäßige Zusammenkünfte. Erstmals im Jahr 2021 gab es ein Planungsgespräch unter Einbeziehung der Geschäftsführungen und der Umsetzungsebene im eigenen Hause. Die Zusammenarbeit zwischen der Geschäftsführung des Jobcenters und der Betriebsleitung des Efa war im Geschäftsjahr 2022 geprägt von der inhaltlichen Ausrichtung der Förderinstrumente, dabei insbesondere der Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwand.

Mit Beschlussfassung des Bundes zur Umsetzung des „Bürgergeldes“ teilte das Jobcenter in der Sitzung des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 09.12.2022, 3 Tage vor Beschlussfassung zum Wirtschaftsplan 2023 und zum Jahresabschluss 2021 des Efa, mit, dass dem Jobcenter im Vergleich zum Jahr 2022 für 2023 ein verringertes Budget zur Verfügung stehen wird. Das hat unter anderem Auswirkungen auf die Anzahl der Plätze in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen. Hier besonders die Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwand (AGH). Das hat für den Efa Mindereinnahmen aber auch Minderausgaben zur Folge.

Das Jobcenter Halle hat darum gebeten, die Infrastruktur für Maßnahmen aufrecht zu erhalten, da davon ausgegangen werden kann, dass im Jahr 2024 wieder erheblich mehr finanzielle Mittel für die Maßnahmeumsetzung bereitgestellt werden. Vor diesem Hintergrund wurde noch im Dezember gegengesteuert. Alle unterstützenden Leistungen an Bereitstellung von Technik, Mobilität sowie ein restriktives Personalmanagement wurden umgesetzt, ohne jedoch die Struktur zu zerschlagen.

Darüber hinaus war die Zusammenarbeit mit dem Jobcenter Halle geprägt durch die Weiterentwicklung des Förderprogramm "Familien stärken - Perspektiven eröffnen", des Förderprogramms „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier – BIWAQ“ (BIWAQ), das für die Jahre 2023 bis 2026 neu konzipiert wurde, sowie die Umsetzung und Gestaltung des Teilhabechancengesetzes.

Mit der regionalisierten Gestaltungsmöglichkeit durch die Förderrichtlinie „Regio Aktiv“ für den ESF Förderzeitraum bis 2027 hat das Land Sachsen-Anhalt große Teile der Budgetverantwortlichkeit für die Landesmittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) durch die Schaffung von Regionalen Arbeitskreisen (RAK) an die Gebietskörperschaften übertragen. Durch eine im Frühjahr verhandelte Zielvereinbarung mit dem Land Sachsen-Anhalt beläuft sich das virtuelle Budget der Fördermittel bis 2027 auf ca. 17,8 Mio. EUR.

Vor dem oben benannten Hintergrund war im Jahr 2022 die Betriebsleitung neben den Regelaufgaben vor allem in die Realisierung des Förderprogramms STaA eingebunden.

Eine Budgetbewilligung ab 2017 lag bis zum 30.06.2022 vor. Das damit bewilligte Budget ermöglicht es aber nur mit einer verminderten Anzahl von Teilnehmenden die Restlaufzeit des Projektes zu finanzieren. Vor dem Hintergrund der Personalentwicklung bei der Intensivbetreuung wurden kostenintensive Maßnahmeplätze abgebaut, um die Quantität der Betreuung und Nachbetreuung der Teilnehmenden mit einem hohen Standard bis zum 30.06.2022 aufrecht zu erhalten und zu sichern.

Es ist gelungen das qualifizierte Fachpersonal an andere Förderprogramme mit einer Laufzeit bis zum Jahr 2027 zu binden. Das der Fachkräftemangel sich auch auf kommunale Einrichtungen auswirkt, zeigt sich an der Ausschreibung zur Nachbesetzung der Teamleitung Finanzen und allgemeine Verwaltung. Bisher ist es nach zwei Ausschreibungen nicht gelungen geeignetes Personal zu finden.

Darüber hinaus hat die Weiterentwicklung des Bundesprogrammes BIWAQ mit vier Teilprojekträgerinnen und Teilprojekträgern für die Laufzeit von 2023 bis 2026 sowie die Verwendungsnachweisführung der abgelaufenen Förderperiode entsprechende Kapazitäten gebunden.

Eine unterbrechungsfreie Weiterbeschäftigung der Mitarbeitenden im Förderprogramm ab dem 01.01.2023 konnte nicht gesichert werden. Bedingt durch die, vor dem Hintergrund der Bundestagswahl, erfolgte Umstrukturierung der Bundesministerien erfolgte hier eine neue Zuordnung. Diese führt dazu, dass sich eine geplante Beantragung zur Fortsetzung dieser Arbeit in den Fördergebieten „Soziale Stadt“ weit in das Jahr 2023 (Juli ff.) verschiebt.

Die Teams „Finanzen, allgemeine Verwaltung und Fördermittel“ und „Projekte“ wurden vor besondere Herausforderungen gestellt, die für die nächsten Jahre des Eigenbetriebes prägend sein werden. Im Team „Finanzen, allgemeine Verwaltung und Fördermittel“ ist dies die Finanzierung einzelner Maßnahmen aus mehreren Fördertöpfen, im Team „Projekte“ die Umsetzung der Projekte gemeinsam mit dem Jobcenter aus Bundesmitteln. Hierbei sind die nicht immer kompatiblen Richtlinien miteinander in Einklang zu bringen.

Im Dezember 2022 stellte sich vor dem Hintergrund einer Stadtratsanfrage heraus, dass im Zeitraum 2018 bis 2022 insgesamt 28 vergaberechtskonforme Ausschreibungen Satzungsgemäß nach VOL durchgeführt wurden, von denen 9 nicht dem Eigenbetriebsausschuss vorgelegt wurden. Vor dem Hintergrund nicht harmonisierter Regelungen gibt es nunmehr eine durch das Landesverwaltungsamt, mit Schreiben vom 24.01.2023, dargelegte Auslegung der Verfahrensregel.

Unter Heranziehung dieser Auslegung sind die Vergaben zwar nach VOL, VOB und VOF und damit nach Außen konform, haben aber den Mangel, dass sie, entgegen der Auslegung der internen Verfahrensregel, keinem Ausschuss vorgelegt wurden.

Die Betriebsleitung hat sich für diesen Vorfall entschuldigt, dem Betriebsausschuss umfassend berichtet, eine entsprechende Beschlussvorlage eingebracht und eine klärende Satzungsänderung auf den Weg gebracht.

Am 12. Dezember 2014 hat der EfA die Zertifizierung als zugelassener Träger nach § 178 SGB III von der Deutschen Akkreditierungsstelle GmbH (DAKKS) nach Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung (AZAV) erhalten. Diese Trägerzertifizierung wurde für den Maßnahme- und den Qualifizierungsbereich ausgesprochen. In der Folge sind jährlich Zertifizierungsaudits umzusetzen. Im September des Jahres 2021 erfolgte dann eine komplette Rezertifizierung, die der Eigenbetrieb erfolgreich absolvierte.

Federführend durch das Team „Personal und Qualitätsmanagement“, welches die Rezertifizierung gemäß Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung (AZAV) nach § 184 SGB II konstruktiv umgesetzt hat, ist der Eigenbetrieb in der Lage, sich auch zukünftigen Herausforderungen zeitnah und mit hohem Qualitätsniveau zu stellen.

Der mit der Zertifizierung erhöhte Dokumentationsaufwand kann dabei nur mit einer Mehrbelastung der Mitarbeitenden umgesetzt werden. Darüber hinaus wurde die seit Mai 2018 umzusetzende Datenschutzgrundverordnung und der SARS-CoV-2 Arbeitsschutz in den Regelwerken des Zertifizierungshandbuchs implementiert.

Seit dem Spätherbst 2018 hat sich der Eigenbetrieb in die konzeptionelle Entwicklung eines „Dienstleistungszentrums Arbeitsmarkt“ in der Stadt Halle (Saale) eingebracht. Gemeinsam mit dem Geschäftsbereich Bildung und Soziales wurden für den Jahreswechsel ins Jahr 2020 die formalen Voraussetzungen für die Umsetzungen geschaffen. Dieser strukturelle Umbau gestaltet sich langfristiger als vorhergesehen. Die abschließenden Regelungen können erst mit dem Auslaufen der EU-Förderperiode zum 30.06.2022 bzw. 30.09.2022 erfolgen.

Im Jahr 2023 wird dies bei der oben erwähnten Satzungsänderung berücksichtigt.

Als Förderinstrumente zur Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen sind im Jahr 2022 nachfolgende Förderinstrumente zum Einsatz gekommen:

- Maßnahmen mit Mehraufwandsentschädigung 1,- € Jobs, (seit 01.01.2021 = 2,00 €/Std.) nach § 16 d Abs. 3 Satz 2 SGB II (8 bis 12 Monate Laufzeit),
- Maßnahmen mit Mehraufwandsentschädigung nach § 16 d Abs. 3 Satz 2 SGB II im Förderprogramm „Stabilisierung und Teilhabe am Arbeitsleben“ (STaA) mit einer Laufzeit von bis zu 56 Monaten bis zum 30.06.2022 i. V. m.,
- Intensivbetreuung im Förderprogramm „Stabilisierung und Teilhabe am Arbeitsleben“ (STaA) mit nunmehr einer Laufzeit von 56 Monaten bis zum 30.06.2022,
- Regionale Koordination gemäß Förderprogramm „Regio-Aktiv“ des Landes Sachsen-Anhalt,
- "Familien stärken - Perspektiven eröffnen" Familienintegrationscoaches (FIC) gemäß Förderprogramm „Regio-Aktiv“ des Landes Sachsen-Anhalt,
- Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ) mit vier Teilprojekträgern bis zum 31.12.2022 (Interessenbekundung für das Folgeprogramm ist eingereicht),
- Arbeitsplätze gefördert nach Teilhabechancengesetz, SGB II § 16i für 60 Monate.

Direkt mit dem Eigenbetrieb für Arbeitsförderung wurden damit im Jahr 2022 nachfolgende Plätze in den entsprechenden Förderinstrumenten realisiert:

Förderprogramm	Plätze
Arbeitsgelegenheiten (AGH) mit Mehraufwand*	156 Plätze
STaA AGH mit Mehraufwand*	75 Plätze
Bundesfreiwilligendienst*	34 Plätze
Teilhabechancengesetz nach SGB II § 16i	72 Plätze
Gesamt:	337 Plätze
STaA Intensivbetreuung	75 Plätze
Summe:	412 Plätze

* Maßnahmen mit unterjähriger Laufzeit, auch Mehrfachbesetzung möglich.

Darüber hinaus wurden durchschnittlich 70 Teilnehmende im Förderprogramm BIWAQ und 90 Klientinnen und Klienten im Förderprogramm „Familien stärken – Perspektiven eröffnen“ betreut, sowie im Auftrag des Eigenbetriebes 61 Teilnehmende, gefördert nach § 16 i SGB II, bei der Jugendwerkstatt.

Damit wurden im Jahr 2022 in der Summe 558 Teilnehmerplätze für Teilnehmende über den Efa geschaffen von denen 75 eine zusätzliche Betreuung erhielten. Zur Realisierung dieser Projekte waren im Berichtszeitraum 37 Beschäftigte im Eigenbetrieb beschäftigt, so dass im Jahresdurchschnitt über **595 Beschäftigungsplätze** realisiert wurden. Berücksichtigt man die Mehrfachbesetzungen und die unterjährigen Laufzeiten der Maßnahmen, so waren es im Jahr **2022 insgesamt ca. 900 Personen**.

Vor dem Hintergrund der Schaffung von Langzeitmaßnahmen (36 Monate), hatte es in den Vorjahren eine Verschiebung des Fördermittelzuflusses, weg vom Jobcenter, hin zu EU, Bund und Land gegeben. Dies ist auch bei zukünftigen Maßnahmeplanungen, wie derzeit bei Maßnahmen im Fördermittelprogramm „Regio-Aktiv“, zu berücksichtigen.

Auch für die neue EU-Förderperiode ab 01.07.2022 hat das Land Sachsen-Anhalt diese Vorgehensweise umgesetzt. Die Budgetverantwortung und Budgetverwaltung wurde dabei auf die kommunale Ebene verschoben.

Zur Durchführung der Projekte hat der EfA folgende liquide Mittel erhalten:

	2022	2021
Zuschüsse der Stadt	1.994.000	1.654.144
Sonstige Einnahmen* der Stadt	99.297	89.369
Sonstige Einnahmen sonstige	40.973	18.973
Mittel des Bundes und ESF	570.145	416.669
Mittel des Landes und ESF	534.205	1.724.974
Mittel des Jobcenter Halle	2.241.944	2.343.161
Summe	5.480.564	6.247.290

* Personalkostenerstattungen im Rahmen von und für Förderprogramme über die Fachbereiche Soziales, Bildung, Immobilien und Personal der Stadt Halle (Saale) für die Bewirtschaftung und Umsetzung der im Programm befristeten und finanzierten Personalstellen

Durch einen guten Maßnahmenmix ist es gelungen, den Anteil der Stadt Halle (Saale) an der Finanzierung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen stabil zu halten.

2. Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

2.1. Vermögens- und Finanzlage

Entwicklung des Eigenkapitals

	2022	2021	2020
	TEUR	TEUR	TEUR
Stammkapital	25,0	25,0	25,0
Ergebnisse der Vorjahre	12,0	12,0	12,0
Jahresgewinn/-verlust	0,0	0,0	0,0
	37,0	37,0	37,0

Das Eigenkapital verändert sich jeweils um das Jahresergebnis.

Entwicklung der Rückstellungen

	2021	Inanspruchnahme	Auflösung	Zuführung	2022
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
sonstige Rückstellungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Jahresabschlussprüfung und Prüfung	11,5	11,5	0,0	11,6	11,6
strittige Personal- u. Sachkosten Fördermittel	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
übrige Rückstellungen	137,2	71,0	21,1	132,4	177,5
	148,7	82,5	21,1	144,0	189,1

2.2. Darstellung der Ertragslage

Die Umsatzerlöse sowie der Material- und Personalaufwand sind in großem Maße von der Anzahl, den Laufzeiten und dem Anfang und Ende der Maßnahmen abhängig.

Die Umsatzerlöse und sonstigen betrieblichen Erträge gliedern sich wie folgt:

	2022 (TEUR)	2021 (TEUR)
Zuschüsse des Jobcenter Halle	1.965,9	740,7
Zuschüsse Land / ESF	5.268,7	4.418,6
Zuschüsse Bund	1.713,0	54,3
Zuschüsse Stadt	618,3	871,3
Sonstige betriebliche Erträge	1.378,0	1.411,5
verwendete Spenden	0,0	0,0
Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens	22,1	18,3
	10.966,0	7.514,7

Die Personalaufwendungen für die Belegschaft (einschließlich der Verwaltung) unterteilen sich folgendermaßen:

	2022	2021
durchschnittliche Arbeitnehmerzahl	204	266
<u>Personalaufwendungen in TEUR</u>		
Löhne und Gehälter	3.598,3	4.039,6
Soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung	832,7	917,8
- davon für die Altersversorgung	126,4	133,6
	4.431,0	4.957,4

Die Liquidität konnte ganzjährlich durch kontinuierlichen Mittelabruf und Liquiditätscontrolling gesichert werden.

3. Aufgaben, Entwicklung und Risiken des Eigenbetriebes im Jahr 2023

Die Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit ist und bleibt eine herausragende Aufgabe der Kommunen. Trotz sinkender Arbeitslosenzahlen sind in der Stadt Halle (Saale) derzeit insgesamt 11.149* Personen arbeitslos, davon werden 8.330 bzw. 74,7 %* der Arbeitslosen nach dem SGB II betreut. Die Arbeitslosenquote der Stadt Halle (Saale) beträgt damit 9,3 %*, und liegt somit unverändert weiter über dem Agenturbezirk Sachsen-Anhalt Süd 8,2 %* und erst recht dem Landesdurchschnitt von 7,6 %* und dem Bundesdurchschnitt von 5,7 %*.

* Daten aus dem April 2023

Durch die kriegs-, die flüchtlings- und die coronabedingte Wirtschaftssituation ist davon auszugehen, dass es in den Folgemonaten zu weiteren Veränderungen kommen wird.

Im Jahr 2023 ist neben der konkreten Umsetzung der vorn beschriebenen Förderinstrumente die Umsetzung des Förderprogramms BIWAQ als Begleitprogramm zur Städtebauförderung „Sozialer Zusammenhalt – Zusammenleben im Quartier gemeinsam gestalten“ sowie die Realisierung des „Teilhabechancengesetzes“ als sogenannte öffentliche Arbeit, bzw. eines Aktiv–Passiv-Tausches, die große arbeitsmarkt- und sozialpolitische Herausforderung.

Ein genereller „Passiv-Aktiv-Transfer (PAT)“, der vom Bundesministerium für Finanzen derzeit abgelehnt, vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales jedoch befürwortet wird, könnte der Stadt Halle (Saale) und dem Jobcenter wesentlich **größere Handlungs- aber vor allem Gestaltungsmöglichkeiten** eröffnen. Die strukturellen und finanziellen Voraussetzungen müssen durch den Bund und eine Anpassung des Zuschusses und dessen Struktur an den Eigenbetrieb realisiert werden.

Die Passgenauigkeit der Förderinstrumente für die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes wird in der Trägerversammlung des Jobcenters und für die ESF-Landesförderung im „Regionalen Arbeitskreis“ (RAK) der Stadt Halle (Saale) abgestimmt. Jede Einzelmaßnahme wird hinsichtlich des Eingriffs in den 1. Arbeitsmarkt geprüft. Einig sind sich die Beteiligten Akteure, dass Maßnahmen mit begleitender (Intensiv-) Betreuung und Nachbetreuung, egal in welcher Finanzierungsform, die effektivsten Chancen für eine Eingliederung in den Arbeitsmarkt bieten. Dieses Vorgehen soll im Jahr 2023 mit noch mehr kommunaler Verantwortung gestärkt werden.

Über die arbeitsmarktpolitischen Effekte und die **Auswirkung auf die Sozialversicherungssysteme** hinaus, wird **mit allen Maßnahmen auch eine Wertschöpfung für die Stadt Halle (Saale) erzielt** (vergl. Unterstützung bei der Einrichtung von Wohnungen für Flüchtlinge, Pandemielager, Flut, Schulen, Ordnung und Sauberkeit, Grünanlagen u.a.). Die Schätzungen dazu bewegen sich zwischen dem 10fachen und dem 35fachen des kommunalen Jahreszuschusses an den EfA.

Unter Berücksichtigung der vorgenannten Prioritäten ist es weiterhin notwendig, Maßnahmen mit Mehraufwand, seit dem 01.01.2021 beträgt dieser Mehraufwand 2,00 € je Stunde, zur Heranführung bestimmter Personengruppen an den Arbeitsmarkt durchzuführen, selbst wenn diese die oben benannten Effekte nur teilweise erfüllen. Von den hier Beschäftigten sollen die förderfähigen Teilnehmenden möglichst über eine weitere Förderung nach § 16i SGB II auf den ersten Arbeitsmarkt platziert werden. Vor dem Hintergrund des weiter steigenden Fachkräftemangels sind hier sogar sehr niedrigschwellige Projekte zu entwickeln, mit denen die sogenannten „verfestigten Langzeitarbeitslosen“ wieder an Arbeit herangeführt werden können.

Wenn der Fachkräftemangel die Wirtschaft dazu zwingt, ihr derzeit eigenes geringqualifiziertes Personal zu qualifizieren, werden sich auch Chancen für die „verfestigten Langzeitarbeitslosen“ ergeben. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass diese Erwerbsfähigen in der Lage sind, einen Arbeitstag, eine –woche, einen –monat, ein –jahr und dann das restliche Arbeitsleben durchzuhalten und dabei elementare Schlüsselqualifikationen einzuüben.

Nicht nur hier sind derzeit die perspektivischen Herausforderungen und Zielsetzungen des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung und der arbeitsmarktpolitischen Ausrichtung der Stadt Halle (Saale) zu sehen. Dazu wurde das Dienstleistungszentrum Arbeitsmarkt (DLZA) geschaffen. In den kommenden Jahren werden wir uns den Herausforderungen des Strukturwandels, bedingt durch den Kohleausstieg, stellen müssen. Wenn dieser gelingen soll, wird bis 2038 ein breiter Fachkräftebedarf gedeckt werden müssen. Die Kinder, die bis dahin mit der Ausbildung fertig sein werden, sind schon eingeschult.

Im Sommer 2023 soll ein Projekt „PRAXIS BO“, Praktika für Schülerinnen und Schüler an 19 Schulen für bis zu 1.000 Schülerinnen und Schüler in einer Laufzeit von 36 Monaten starten. Weiterhin befindet sich das Förderprogramm „Selbstfindung – Training – Anleitung – Betreuung – Initiative – Lernen“ (STABIL) für benachteiligte Jugendliche ohne Schulabschluss in der Ausschreibung.

Das DLZA ist die zentrale Anlaufstelle für Hallenserinnen und Hallenser, Unternehmen und Institutionen zum Thema Arbeitsmarkt. Ziel ist es, alle an der Arbeitsmarktgestaltung beteiligten Einrichtungen, Institutionen und Personen zu vernetzen. Das DLZA arbeitet dazu mit dem Jobcenter, der Bundesagentur für Arbeit, dem Eigenbetrieb für Arbeitsförderung, dem Fachbereich Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung, den Institutionen von Bund und Land sowie weiteren Arbeitsmarktakteuren zusammen. Die gesetzlichen Zuständigkeiten werden dabei aber nicht aufgelöst, sondern besser miteinander vernetzt.

Ziel ist es, möglichst viele Menschen als Fachkräfte an die Region und Stadt Halle (Saale) zu binden sowie dem vorhandenen Potential eine Wiedereingliederung in den 1. Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

Im Jahr 2023 erfolgt die inhaltliche Ausschreibung der Förderinstrumente, die dann evaluiert und im Rahmen des virtuellen Budgets bewirtschaftet werden. Sämtliche Finanz- und Personaltransfers, die für die Beantragung, Abrechnung und die Umsetzung der Projekte, Maßnahmen und Netzwerke des DLZA notwendig sind, werden durch die Verwaltung des Eigenbetriebes realisiert und im Haushaltsplan der Stadt Halle (Saale) im Produkt 1.57104 als Gesamtzuschuss für den kommunalen Eigenanteil abgebildet.

Einige Förderinstrumente, die bisher im EfA abgebildet wurden, werden nunmehr inhaltlich dem DLZA zugeordnet. Dazu werden unter anderem die finanzielle Ausstattung des „Hauses der Jugend“ und die Stellen des DLZA in den Finanzplänen des Eigenbetriebes dargestellt.

Für seine Geschäftstätigkeit und zur Mitfinanzierung der Beschäftigungsprojekte sind im Wirtschaftsplan 2023 des Eigenbetriebs für Arbeitsförderung städtische Zuschüsse und Jahresüberschüsse aus den Vorjahren in Höhe von

2.104.144 EURO

eingepplant.

Für die geplanten Maßnahmen sind Eingliederungsleistungen nach SGB II und SGB III sowie Bundes ESF

3.187.042 EURO

und Mittel des Bundes, des Landes und Sonstiger in Höhe von

1.109.240EURO

und sonstige Mittel

100.517 EURO

Zuschuss 2023 der Stadt Halle (Saale)

1.994.000 EURO

für alle Maßnahmen eingepplant.

Da derzeit fast alle Maßnahmen mit einer Laufzeit von 1 bis 3 Jahren bewilligt sind, kann prognostiziert werden, dass die Entwicklung der vom EfA durchschnittlich realisierten Maßnahmen in der Mittelfristplanung für die Jahre 2014 bis 2023 sich derzeit wie folgt darstellt.

2014	650 Maßnahme- Plätze
2015	401 Maßnahme- Plätze
2016	760 Maßnahme- Plätze
2017	896 Maßnahme- Plätze
2018	808 Maßnahme- Plätze
2019	515 Maßnahme- Plätze
2020	662 Maßnahme- Plätze
2021	541 Maßnahme- Plätze
2022	412 Maßnahme- Plätze
2023	421 Maßnahme- Plätze

160 Personen sollen darüber hinaus in weiteren Förderprogrammen betreut werden.

Eigenbetrieb Kindertagesstätten**

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Ernst-Haeckel-Weg 10a 06122 Halle (Saale)		
Rechtsform:	Eigenbetrieb		
Stammkapital in T€:	0		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)		100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Zweck des Eigenbetriebes ist die Förderung der Kinder- und Jugendhilfe und der Erziehung. Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch den Betrieb und die Bewirtschaftung einschließlich Errichtung und Bauunterhaltung von Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, speziell von Kindertageseinrichtungen, in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale) entsprechend den jeweils gültigen Gesetzen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Kindertagesbetreuung einschließlich der Bereitstellung der hierfür erforderlichen Infrastruktur ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Eine der Satzung des Eigenbetriebes entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des betriebsinternen Risikomanagements sowie der Eigenbetriebssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Betriebsleitung:		
	Scherer, Hans-Jürgen	(seit 10.07.2023)
	van Rissenbeck, Goswin	(bis 09.07.2023)
Betriebsausschuss:	Vorsitzende	
	Brederlow, Katharina	
	Bönisch, Bernhard	
	Dr. Lochmann, Mario	
	Dr. Schöps, Regina	(bis 19.12.2023)
	Haupt, Ute	
	Röver, Antje	
	Ryll, Angela	
	Schachtschneider, Andreas	
	Schiedung, Torsten	(seit 20.12.2023)
	Schnabel, René	

** Ein geprüfter Jahresabschluss 2023 lag bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes nicht vor. Das Datenmaterial bezieht sich infolgedessen im Wesentlichen auf den 31.12.2022.

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2022	31.12.2021
	T€	T€
Betriebsausschuss	1	1

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Betriebsleitung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2022		2021	
	T€	%	T€	%
Aktiva				
Anlagevermögen	67.470	85	63.531	86
Umlaufvermögen	12.344	15	10.131	14

Bilanzsumme	79.814	100	73.662	100
--------------------	---------------	------------	---------------	------------

	T€	%	T€	%
Passiva				
Eigenkapital	19.353	24	19.520	26
Sonderposten für Investitionszulagen	46.314	58	41.852	57
Rückstellungen	9.170	12	5.883	8
Verbindlichkeiten	4.878	6	6.336	9
Rechnungsabgrenzungsposten	99	0	71	0

Bilanzsumme	79.814	100	73.662	100
--------------------	---------------	------------	---------------	------------

bb) GuV

	2022	2021
	T€	T€
Umsatzerlöse	55.574	54.009
sonstige betriebliche Erträge	8.878	2.413
Materialaufwand	81	67
Personalaufwand	46.872	43.689
Abschreibungen	2.377	2.281
sonstige betriebliche Aufwendungen	15.169	10.842
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	119	129
Ergebnis nach Steuern	-166	-586
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-166	-586

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2022	2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-0,30	-1,08	%
Eigenkapitalrentabilität:	-0,85	-2,91	%
Cash-Flow:	2.211	1.695	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	72	56	T€
Personalaufwandsquote:	72,72	77,43	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	84,53	86,24	%
Eigenkapitalquote:	24,25	26,50	%
Fremdkapitalquote:	75,75	73,50	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Betreuungsstunden	10.595.739	10.338.679	Stunden
Betreuungskosten ¹⁾	6,09	5,51	€/Std.
davon Personalkosten	4,49	4,29	€/Std.
davon Sachkosten	1,60	1,22	€/Std.
Kinderzahlen (Durchschnittsbelegung)	5.678	5.471	Anzahl

¹⁾ Einmaleffekte (Altersteilzeit, außerordentliche Abschreibungen) wurden herausgerechnet.

f) Lagebericht

Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2022

- I. Grundlagen des Eigenbetriebes Kindertagesstätten**
- II. Wirtschaftsbericht**
 - 1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen
 - 2. Geschäftsverlauf
 - 3. Lage
 - Vermögens-, Finanz- und Ertragslage
 - Finanz- und Leistungsbeziehungen des Eigenbetriebes mit der Stadt Halle (Saale)
 - Wesentliche Steuerfaktoren des Eigenbetriebes
 - 4. Baumaßnahmen und Investitionen
 - 5. Personal
- III. Prognosebericht**
 - 1. Entwicklung der Belegungszahlen
 - 2. Änderung des KiFöG Sachsen-Anhalt – Das KiTa-Qualitätsgesetz
- IV. Chancen- und Risikobericht**
 - 1. Chancenbericht
 - 2. Risikobericht
- V. Zusätzliche Angaben nach § 8 EigBVO**
- VI. Plan-Ist-Vergleich für das Wirtschaftsjahr 2022**

I. Grundlagen des Eigenbetriebes Kindertagesstätten

Der Eigenbetrieb Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) wurde am 01. Januar 2006 durch den Beschluss des Stadtrates vom 07. März 2005 gegründet. Er übernahm die operativen Geschäfte der Kernverwaltung sowie den Betrieb der kommunalen Kindertagesstätten, die nach der Übergabe an freie Träger der Jugendhilfe verblieben sind.

Aktuell betreibt der Eigenbetrieb Kindertagesstätten, bezogen auf das Berichtsjahr 2022, insgesamt 49 Kindertagesstätten und 6 Horte. Der Eigenbetrieb wird als Sondervermögen der Stadt Halle (Saale) geführt und besitzt keine eigene Rechtspersönlichkeit gemäß § 121 KVG LSA.

Die Aufgaben des Eigenbetriebes sind in der Eigenbetriebssatzung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) gemäß § 4 Abs. 1 EigBG festgelegt. Der Gegenstand und Zweck des Eigenbetriebes besteht in der Betreuung, Bildung und Erziehung der Kinder im Rahmen einer ganzheitlichen Konzeption, welche die Förderung der Persönlichkeit des Kindes unterstützen.

Die Satzung legt ebenfalls fest, dass das Rechnungswesen nach den Regeln der doppelten Buchführung zu führen und ein Wirtschaftsplan vorzulegen ist, der aus Erfolgsplan, Vermögensplan und Stellenübersicht besteht.

Der Eigenbetrieb Kindertagesstätten erhebt zur Finanzierung der Gesamtkosten Kostenbeiträge, die jedoch nur einen Teil der anfallenden Kosten decken. Hierzu hat die Stadt Halle (Saale) aufgrund der fehlenden Rechtspersönlichkeit des Eigenbetriebes eine Satzung erlassen, auf deren Grundlage Beiträge erhoben werden.

Der Eigenbetrieb Kindertagesstätten handelt im Auftrag der Gebietskörperschaft und ist befugt, entsprechende Kostenbeitragsbescheide zu erlassen, eine Sonderkasse zu führen und die Beiträge bis zur Vollstreckung eigenverantwortlich einzuziehen.

Die Finanzierung der Kindertagesbetreuung erfolgt gemäß Kinderförderungsgesetz (KiFöG) des Landes Sachsen-Anhalt.

Der Eigenbetrieb verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des § 52 Abs. 2 des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Rahmenbedingungen des Eigenbetriebes werden neben den relevanten landesrechtlichen und kommunalen Vorschriften, insbesondere durch das Kinderförderungsgesetz (KiFöG) und das Bildungsprogramm des Landes Sachsen-Anhalt bestimmt. Das Wirtschaftsjahr 2022 war insbesondere von den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie und der Konsequenzen des Ukraine-Konfliktes geprägt.

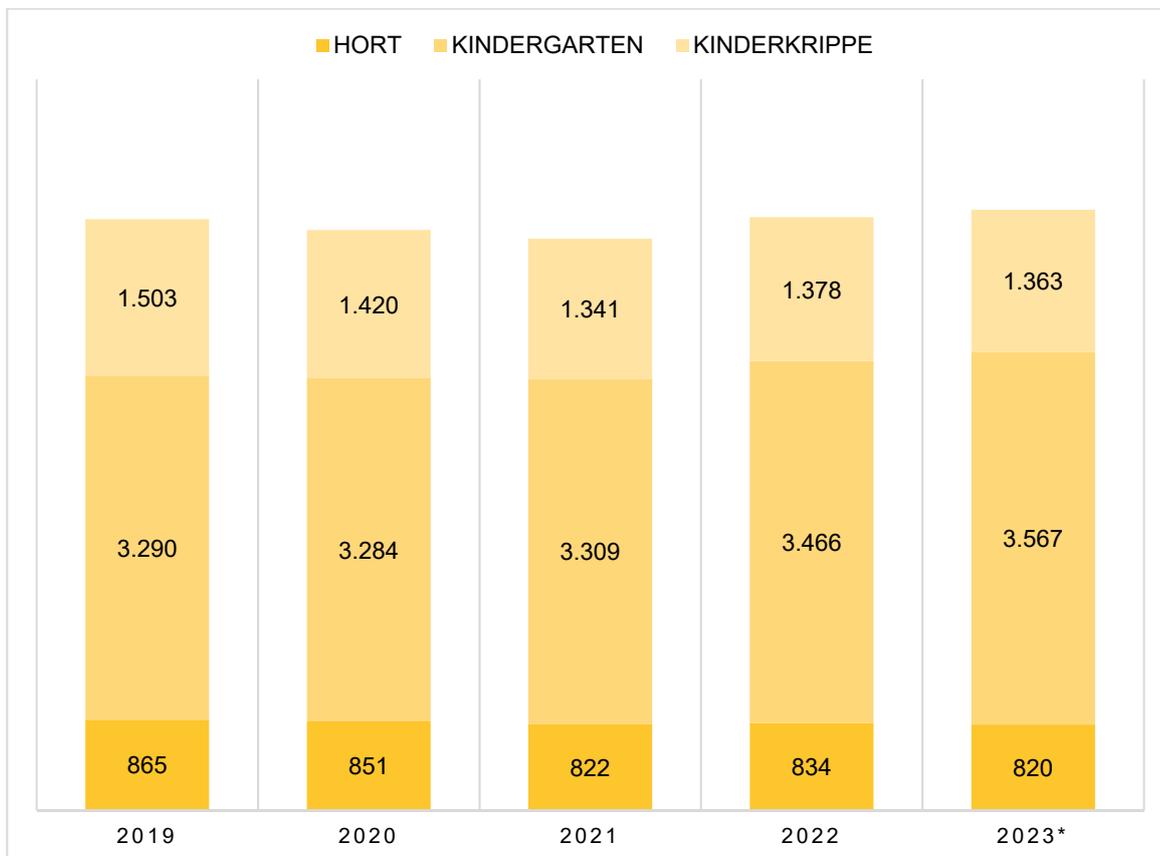
Neben den Einschränkungen der COVID-19-Pandemie und den Preissteigerungen, insbesondere im Energiesektor, galt es, den Flüchtlingen aus der Ukraine eine geeignete Kinderbetreuungsmöglichkeit anzubieten.

2. Geschäftsverlauf

Für das zum 31. Dezember 2022 endende Geschäftsjahr weist der Eigenbetrieb einen Jahresfehlbetrag in Höhe von EUR 166.458,02 aus. Dieser Betrag ist durch bestehende Rücklagen gedeckt. Insgesamt kann die wirtschaftliche Lage des Eigenbetriebes aufgrund des städtischen Fehlbedarfsausgleich als ausgeglichen betrachtet werden.

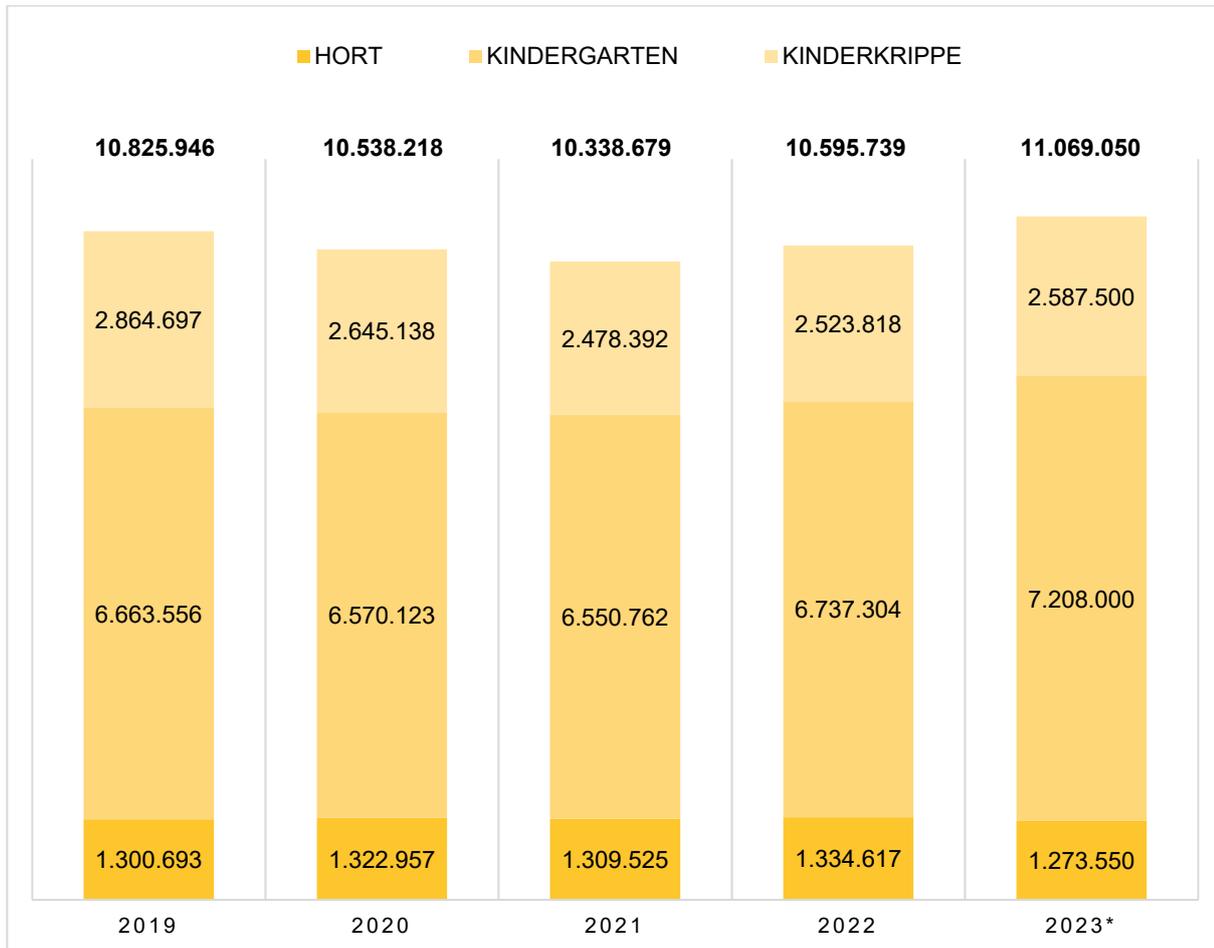
Für das Wirtschaftsjahr 2022 betrug die durchschnittliche Betreuung von Kindern insgesamt 5.678.

Entwicklung der Belegungszahlen



*Planzahlen

Entwicklung Betreuungsstunden



*Planzahlen

Die Anzahl der erbrachten Betreuungsstunden ist gegenüber dem Jahr 2021 um 0,82 Prozent im Wesentlichen durch Anmeldungen aufgrund von Zuwanderungen (Halle Neustadt, Silberhöhe usw.) infolge des Ukraine Konfliktes gestiegen.

3. Lage

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Bilanzstruktur weist gegenüber dem Vorjahr keine wesentlichen Veränderungen auf. Anlagevermögen und Sonderposten sind durch Baumaßnahmen wesentlich gestiegen.

Das Anlagevermögen ist zu 100 % durch Eigenkapital, Sonderposten und langfristige Verbindlichkeiten gedeckt.

Die Entwicklung der Bilanzpositionen Anlagevermögen, Eigenkapital, Sonderposten und langfristige Verbindlichkeiten stellt sich wie folgt dar:

Bezeichnung	Wert in TEUR	Bilanzsumme in Prozent	Vorjahreswert in TEUR	Bilanzsumme in Prozent
immat. VG	3	0	6	0,01
Grundstück/Gebäude	46.061	57,77	42.019	57,04
diverses AV	21.405	26,84	21.506	29,20
Eigenkapital	19.520	24,48	20.106	26,50
Sonderposten	46.314	58,08	41.852	56,82
langfr. Verbindlichkeiten	2.701	3,39	2.959	4,02

Die Bilanzsumme beläuft sich im Wirtschaftsjahr auf TEUR 79.737 damit stieg sie um insgesamt TEUR 6.071 gegenüber dem Bilanzwert zum 31.12.2021.

Bilanzsumme und Anlagevermögen

Jahr	Bilanzsumme in TEUR	Anlagevermögen in TEUR
2018	44.832	37.557
2019	47.922	39.756
2020	61.747	54.236
2021	73.662	63.531
2022	79.737	67.470

In folgenden Positionen der **Bilanz** ergaben sich Veränderungen zum Vorjahr.

Aufgrund der vorgenommenen Korrekturen in den Sicherheitseinbehalten und Anlagen infolge von Doppelbuchungen haben sich auch die Verbindlichkeiten verringert. Diese Anpassung führte zu einer Reduktion der ausstehenden Verbindlichkeiten sowie des Anlagevermögens, ist ergebnisneutral und hat keine Auswirkungen auf das Geschäftsergebnis.

Das Anlagevermögen hat sich insgesamt von TEUR 63.531 auf TEUR 67.470 durch die Investitionen erhöht.

In der Position Anlagen im Bau in Höhe von TEUR 17.247 (Vorjahr: TEUR 16.693) finden sich die Investitionen wieder, die im Berichtsjahr noch nicht abgeschlossen werden konnten.

Zur Entwicklung der einzelnen Investitionen wird auf den Punkt 4 Baumaßnahmen und Investitionen verwiesen.

Der vorhandene Forderungsbestand zum 31.12.2022 wurde entsprechend abgestuft wertberichtigt. Durch ein sachgerecht eingerichtetes Mahnwesen (regelmäßiger, maschineller Mahnlauf) werden die Forderungen aus Kostenbeiträgen weiter reduziert. Einzelvorgänge wurden – wie bereits in den Vorjahren etabliert - in die Vollstreckung übergeben bzw. Ratenverträge abgeschlossen.

Die liquiden Mittel stiegen gegenüber dem Vorjahr auf TEUR 11.427 (Vorjahr: TEUR 8.516). Die verfügbaren Finanzmittel haben sich aufgrund der noch nicht abgeschlossenen Brandschutzmaßnahmen erhöht.

Aufgrund erhaltener Zuwendungen im Rahmen des Innovations- und Investitionsprogramms STARK III des Landes Sachsen-Anhalt sowie erhaltener Zuwendungen der Stadt Halle (Saale) ist der Sonderposten zum Ende des Geschäftsjahres auf TEUR 46.314 (Vorjahr: TEUR 41.852) angestiegen.

Seit Gründung des Eigenbetriebes im Jahr 2006 wurden die Sonderposten pauschaliert gebucht. Bei dieser Pauschalbuchung wurden auch unterschiedliche Nutzungsdauern angenommen, zum Beispiel 10 Jahre für Betriebs- und Geschäftsausstattung, wobei die Abschreibung über eine Poolabschreibung von 5 Jahren erfolgte. Zudem wurde teilweise nicht die korrigierte Fördersumme berücksichtigt. Diese Vorgehensweise korrespondiert über die Jahre nicht mit den Abschreibungen. Der Sachverhalt wurde nunmehr korrigiert und führte zu einer erfolgswirksamen Reduzierung der Sonderposten um TEUR 4.558. Der Betrag wurde den Rückstellungen zugeführt, da mit einer Rückforderung der Stadt Halle (Saale) zu rechnen ist.

Die PPP-Darlehen wurden planmäßig getilgt (Rückgang TEUR -258).

Die Umsatzerlöse entwickelten sich gegenüber dem Vorjahr für das Geschäftsjahr 2022 positiv.

Bestandteile	2022 in TEUR	2021 in TEUR
Kostenbeiträge	3.686	3.579
Zuweisungen KA ¹ -Kinder	1.285	1.388
Zuweisungen Land Sachsen-Anhalt*	19.822	19.792
Zuweisungen Stadt Halle (Saale)	6.048	5.633
Ausgleich Fehlbedarf Stadt Halle (Saale)	20.437	19.754
Zuschüsse öffentlich	7	0
Ermäßigungen	4.236	3.833
Erträge aus Mieten und Pachten	52	30
Summe	55.573	54.009

*inkl. projektbezogener Zuweisungen

Im Wirtschaftsjahr 2022 waren Personalaufwendungen in Höhe von TEUR 46.872 (Vorjahr: TEUR 43.689) zu verzeichnen. Der Anstieg der Personalkosten resultiert vor allem aus der ab 01.04.2022 wirkenden allgemeinen Tarifsteigerung von 1,80%. Zudem wurden im Jahr 2022 die Verhandlungen über eine neue Entgeltordnung für den Sozial- und Erziehungsdienst (SuE) abgeschlossen. Damit in Verbindung stehend wurden zum 01.07.2022 monatliche SuE-Zulagen in Abhängigkeit der Entgeltgruppe von EUR 130,00 und EUR 180,00 eingeführt. Als weiterer kostensteigernder Grund ist eine höhere Jahressonderzahlung im Rahmen der schrittweisen Anpassung an das West-Niveau zu benennen.

Bestandteile der Personalaufwendungen	2022 in TEUR	2021 in TEUR
Löhne/Gehälter	3.094	1.966
davon RST Urlaub / Überstunden / Regenerationstage ges. EB	333	-28
davon RST Rechtsstreitigkeiten	85	0
soziale Abgaben	713	691
Aufwendungen Altersvorsorge	97	81
Insgesamt Verwaltung	3.904	2.737
Löhne/Gehälter	34.621	32.937
soziale Abgaben	6.975	6.713
Aufwendungen Altersvorsorge	1.372	1.302
Insgesamt Kindertagesstätten	42.968	40.951
EB Kita gesamt	46.872	43.689

Die periodenfremden Aufwendungen haben sich um TEUR 4.558 erhöht. Dies resultiert im Wesentlichen aus der Aufwendung der Rückstellung für die Rückzahlung des korrigierten Sonderpostens.

Das Jahr 2022 schließt der Eigenbetrieb mit einem Jahresfehlbetrag nach Risiko und Bewertung in Höhe von TEUR 166 (Vorjahr: Jahresfehlbetrag TEUR 586) ab.

Die Finanzlage des Eigenbetriebes ist geordnet. Durch die erhaltenen Zuweisungen, Kostenbeiträge und Mittel aus der Fehlbedarfsfinanzierung ist der Eigenbetrieb mit ausreichend Liquidität ausgestattet. Der Finanzmittelfonds betrug zum 31.12.2022 TEUR 11.427 und hat sich gegenüber dem Vorjahresstichtag um TEUR 2.911 erhöht. Ursächlich für diese Entwicklung sind insbesondere fehlende Auszahlungen der Mittel für Brandschutzmaßnahmen aufgrund von Bauverzug.

Der Eigenbetrieb war im Berichtszeitraum jederzeit in der Lage, seinen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Anhand der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2023 ist auch weiterhin von einer ausreichenden Liquiditätsausstattung des Eigenbetriebes auszugehen.

¹ Kinder mit Kostenanerkennnis

Finanz- und Leistungsbeziehungen des Eigenbetriebes mit der Stadt Halle (Saale)

Neben der Ausgleichszahlung der Stadt Halle (Saale) und Zuweisungen in Höhe von TEUR 44.697 (Vorjahr: TEUR 43.828) erhielt der Eigenbetrieb projektbezogene Zuweisungen von der Stadt Halle (Saale) und dem Land Sachsen-Anhalt in Höhe von TEUR 1.610 (Vorjahr: TEUR 1.350), Ermäßigungen in Höhe von TEUR 4.235 (Vorjahr: TEUR 3.832) sowie Zuweisungen für KA-Kinder in Höhe von TEUR 1.285 (Vorjahr: TEUR 1.387).

Jahr	Ausgleich Fehlbedarf in TEUR	Zuweisungen in TEUR	Zuweisungen KA-Kinder in TEUR
2018	17.475	17.632	1.621
2019	17.942	23.062	1.606
2020	17.367	23.042	1.584
2021	19.754	24.074	1.387
2022	20.437	24.260	1.285

Wesentliche Steuerungsfaktoren des Eigenbetriebes

Der Eigenbetrieb wird im Wesentlichen über folgende Kennzahlen gesteuert:

- Betreuungsstunden
- Belegungszahlen der Kitas
- Beschäftigtenzahlen (im Durchschnitt)

Steuerungsfaktoren

Jahr	Betreuungsstunden	Belegungszahlen im Durchschnitt	Beschäftigtenzahlen im Durchschnitt
2018	10.744.362	5.574	943
2019	10.828.946	5.657	964
2020	10.538.218	5.556	983
2021	10.338.679	5.471	969
2022	10.595.739	5.678	952

Zur Entwicklung im Zeitablauf ab 2018 wird auf die grafischen Darstellungen unter dem Punkt II.2. Geschäftsverlauf verwiesen.

Für das Jahr 2022 ging der Eigenbetrieb Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) in der Planung von einer Jahresdurchschnittsbelegung von 5.750 Kindern aus. Tatsächlich wurden in 2022 durchschnittlich 5.678 Kinder betreut und der Planwert somit um 72 Kinder unterschritten. Zum Plan-Ist-Vergleich verweisen wir auf die Darstellung in der Anlage zum Lagebericht.

4. Baumaßnahmen und Investitionen

Im Wirtschaftsjahr 2022 wurden folgende Baumaßnahmen fertiggestellt:

- Sanierung der Kindertagesstätte „Kinderinsel“, Friedrich-List-Straße 20, 06110 Halle (Saale)
- Brandschutzmaßnahmen in der Kindertagesstätte „Schneeweißchen und Rosenrot“ sowie in der Kindertagesstätte „Däumeling“

Folgende Baumaßnahmen befinden sich momentan in der Planungs- und Durchführungsphase:

- Ersatzneubau der Kindertagesstätte „Ökolino“ und Erweiterungsbau Hort der Grundschule Diemitz
- Sanierung der Kindertagesstätten „Am Breiten Pfuhl“ und „EINSTEIN“
- Brandschutzmaßnahmen der Kindertagesstätte „Hasenberg“
- Brandschutzmaßnahmen der Kindertagesstätte „Sebastian Kneipp®“
- Brandschutzmaßnahmen der Kindertagesstätten „Kling Klang“ und „Tierhäuschen“
- Brandschutzmaßnahmen der Kindertagesstätten „Maxl“ und „Peter Pan“

5. Personal

Im Wirtschaftsjahr 2022 waren nach § 267 HGB 901,25 Mitarbeitende beschäftigt, diese Zahl ergibt sich entsprechend der gesetzlichen Vorgaben (Mindestpersonalschlüssel KiFöG § 21 Abs. 2) anhand der Kinderzahlen, den in den Betreuungsverträgen vereinbarten Wochenstunden unter Berücksichtigung der Verordnung der Landesregierung. Der im KiFöG festgelegte Mindestpersonalschlüssel sowie die Kinderzahlen und deren Verteilung auf die Produkte Kinderkrippe, Kindergarten und Hort sowie die Betreuungszeitstufen sind die Haupteinflussfaktoren für den für die Betreuung der Kinder erforderlichen Personalbedarf.

Krankenquote in Prozent

Krankenstatistik EB Kita	2022	2021	2020
Einrichtungen	12,37	9,78	8,83
Verwaltung	7,69	4,25	5,85

Die Krankenquote spiegelt eine branchenübliche Situation wider. Die Lockerungen der pandemiebedingten Einschränkungen führten bundesweit zu einer signifikanten Erhöhung der krankheitsbedingten Fehltag.

Aufgrund des Fachkräftemangels ist eine gezielte Personalgewinnung von großer Bedeutung. Um diesem Umstand entgegenzuwirken, ist es unerlässlich, die Ausbildung (PIA) zu gewährleisten und eine stabile Work-Life-Balance zu ermöglichen, die eine harmonische Vereinbarkeit von Familie und Beruf der Mitarbeitenden gewährleistet.

III. Prognosebericht

1. Entwicklung der Belegungszahlen

Im Wirtschaftsjahr 2023 wird auf der Grundlage der Voranmeldungen mit einer Kinderzahl von 5.750 geplant.

Die zu erwartenden Einnahmen aus Kostenbeiträgen belaufen sich laut Planung für 2023 auf TEUR 4.782. Die Zuweisungen lt. KiFöG betragen laut Planung TEUR 25.362, die Ermäßigungen betragen TEUR 4.142 und der Ausgleich der Stadt Halle (Saale) beträgt TEUR 26.571.

Diese Plangrößen sind letztlich abhängig von der Inanspruchnahme der verschiedenen Betreuungszeitstufen sowie der Produkte Kinderkrippe, Kindergarten und Hort und werden vom Eigenbetrieb auf der Grundlage bereits geschlossener Betreuungsverträge sowie bereits bekannter Reservierungen kalkuliert.

Die Kostenbeiträge wurden nach der Bedarfs- und Entwicklungsplanung, der mittelfristigen Prognose der Kinderbetreuungszahlen, nach derzeit geltender Satzung sowie den Vorschriften des KiFöG ermittelt. Zudem wurde im Rahmen der Planung der Kostenbeiträge von der Umsetzung einer neuen Kostenbeitragssatzung und damit in Verbindung stehend von höheren Erlösen von TEUR 600 im Wirtschaftsjahr 2023 ausgegangen. Der Stadtrat hat in seiner Sitzung vom 28.06.2023 dieser Veränderung nicht zugestimmt. Für das Wirtschaftsjahr 2024 hätte dies bei einer Entscheidung für eine neue Kostenbeitragssatzung zu höheren Erlösen von TEUR 1.651 mit entsprechenden Folgewirkungen über das Jahr 2024 hinausgeführt.

Die Zuweisungen seitens des Landes Sachsen-Anhalt bezüglich Kindern mit psychischen und körperlichen Beeinträchtigungen wurden ebenfalls auf der Grundlage der prognostizierten Kinderzahlen geplant.

Änderung des KiFöG Sachsen-Anhalt – Das KiTa - Qualitätsgesetz

Seit dem 01. Januar 2019 gilt in Sachsen-Anhalt das neue Kinderförderungsgesetz (KiFöG). Es hat Familien mit mehreren Kindern bei den Beiträgen stark entlastet und bringt mehr Fachkräfte in die Kitas. Mit dem nächsten Schritt wird nun das Gute-Kita-Gesetz des Bundes umgesetzt. Diese Zuweisungen werden weiterhin durch das KiTa-Qualitätsgesetz (Weiterführung Gute-Kita-Gesetz) ab 01. Januar 2023 abgesichert.

Das Gesetz in Sachsen-Anhalt hat das Ziel, Familien mit mehreren Kindern, die in Kindertagesstätten betreut werden, weiter zu entlasten. Es soll insbesondere Geschwisterkinder berücksichtigen, die einen Hort und eine Kindertagesstätte besuchen. Dadurch wird eine besondere Förderung und Unterstützung für Familien mit mehreren Kindern gewährleistet.

IV. Chancen- und Risikobericht

1. Chancenbericht

Branchenspezifische Chancen

Zur Erreichung seiner Ziele ist der Eigenbetrieb Kindertagesstätten bestrebt, die sich bietenden Chancen frühzeitig zu erkennen und diese verantwortlich zu nutzen. Die wesentlichen Chancen liegen in der Anpassung der Betreuungskapazitäten und der Aus- und Weiterbildung von Fachkräften, um so den Anforderungen des Bildungsprogrammes für Kindertageseinrichtungen des Landes Sachsen-Anhalt „Bildung: elementar – Bildung von Anfang an“ umfassend gerecht zu werden.

Der Eigenbetrieb Kindertagesstätten ist der größte Träger der Stadt Halle (Saale). In 49 Kindertagesstätten und 6 Horten wird eine umfangreiche pädagogische Arbeit bezogen auf das Bildungsprogramm des Landes Sachsen-Anhalt gewährleistet. Dadurch steht den Eltern ein breitgefächertes und vielfältiges Angebot zur Verfügung.

Die Einrichtungen haben einen individuellen Freiraum, um ihre konzeptionellen Schwerpunkte und Ansätze entsprechend der Bedingungen und Bedarfe zu gestalten, so finden die Erkenntnisse z.B. der tiergestützten Pädagogik und das Arbeiten auf der Grundlage des Situationsansatzes im Kita-Alltag Anwendung. Im Eigenbetrieb arbeiten Kitas mit folgenden Zertifizierungen: Sebastian Kneipp © Kita und Reggio-Kita.

Die Kita Heide Süd wurde mit dem Kita-Preis 2023 als beste Kita Deutschlands ausgezeichnet. Diese bedeutende Anerkennung würdigt das außergewöhnliche Engagement und die herausragende Arbeit der Kita im Eigenbetrieb. Die Auszeichnung unterstreicht die Qualität, die nicht nur in der Kita Heide Süd gelebt wird, und ihr Erfolg ist eine Inspiration für die vorbildliche Arbeit.

Der Eigenbetrieb Kindertagesstätten arbeitet als einer von über 200 Netzwerkpartnern seit 2007 eng mit der Stiftung „Kinder forschen“ zusammen und stellt das Bildungsangebot der Stiftung den Kitas und Horten zur Verfügung. Dabei steht die frühe MINT Bildung und Förderung im Mittelpunkt.

Mit einem umfangreichen Bildungsangebot werden die pädagogischen Fachkräfte im Netzwerk - Eigenbetrieb Kindertagesstätten - fortgebildet, um den Kindern der Kindereinrichtungen eine alltägliche Begegnung mit MINT und Fragen der Nachhaltigkeit zu ermöglichen. Die angebotenen Workshops sollen Fachkräfte qualifizieren, das entdeckende Lernen und Forschen bei Kindern zu begleiten und die Lernprozesse bei den Kindern konstruktiv zu gestalten.

Mit dem Konzept einer frühen Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) werden Kinder für ihre Zukunft gestärkt, und sie lernen verantwortungsvoll zu handeln und selbstbestimmt zu denken.

Die Leitungskräfte erhalten ein Fortbildungsangebot, dessen Inhalt konkret auf ihre Rolle in der Einrichtung ausgerichtet ist. Damit werden die erforderlichen Führungs- und Leitungskompetenzen sowie das notwendige fachlich – inhaltliche Wissen gefördert.

Unter dem Motto „Grenzenlos“ wurde am 23. September 2022 der Fachtag für alle Mitarbeitende des Eigenbetriebes im Steintor-Varieté und auf dem Steintor-Campus durchgeführt.

Für viele der Kitas des Eigenbetriebes ist die Verbundenheit zur Stadt Halle (Saale) von großer Bedeutung. So machen sich die Kinder mit Sehenswürdigkeiten und der Geschichte vertraut und beteiligen sich an den Höhepunkten in ihrem Umfeld.

Leistungswirtschaftliche Chancen

Chancen bestehen vor allem in der Verbesserung der Betreuungsqualität in allen Kindertagesstätten. Hierzu wurden am 22.11.2017 Fachstandards durch den Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschlossen. Diese werden nunmehr seit 2018 in allen Einrichtungen umgesetzt. Dies ermöglicht die Einschätzung, ob die Bedürfnisse und Wünsche ausreichend berücksichtigt werden können.

Im Bereich der Platzanmeldung und -vergabe wird bereits seit einiger Zeit mit Wartelisten gearbeitet. So wird eine nachvollziehbare Platzvergabe gewährleistet.

Finanzwirtschaftliche Chancen

Im Hinblick auf die kommenden Jahre setzen wir auf eine nachhaltige Kostenoptimierung, um unsere finanzielle Stabilität zu stärken.

Zur vollumfänglichen Erfüllung der dem Eigenbetrieb Kindertagesstätten seitens der Stadt Halle (Saale) übertragenen Pflichtaufgabe ist diese maßgeblich von einer Ausgleichsfinanzierung abhängig.

2. Risikobericht

Im Rahmen eines branchenüblichen und der Größe des Eigenbetriebes angemessenen Risikomanagements werden Veränderungen regelmäßig analysiert. Externe Empfehlungen als auch neue Entwicklungen werden bewertet und in die Betrachtung mit einbezogen.

Branchenrisiken

Die Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst im Frühjahr 2023 führen zu deutlichen Steigerungen der Personalkosten in 2023.

Im Zuge der Tarifverhandlungen wurde beschlossen, dass ab dem 01. März 2024 eine Tarifsteigerung für den öffentlichen Dienst in Kraft tritt. Zusätzlich wird im Juni 2023 ein Inflationsausgleich in Höhe von EUR 1.240,00 gewährt, und es erfolgen monatliche Zahlungen ab Juli 2023 bis Februar 2024 in Höhe von EUR 220,00. Sämtliche Zahlungen im Rahmen des Inflationsausgleichs sind steuer- und abgabenfrei. Die Gehälter und Vergütungen der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes werden gemäß den Tarifvereinbarungen entsprechend angepasst.

Der Arbeitsmarkt für pädagogisches Fachpersonal ist im Allgemeinen sehr angespannt.

Die immer noch hohe Inflationsrate führt zu steigenden Betriebs- und Baukosten.

Leistungswirtschaftliche Risiken

Der Betreuungsschlüssel in den Kindertageseinrichtungen in Sachsen-Anhalt liegt im Vergleich zu anderen Bundesländern sehr hoch. Dies hat zur Folge, dass das Personal in den Einrichtungen hohen Belastungen ausgesetzt ist, es vermehrt zu Personalausfällen aufgrund von Krankheit kommt und Qualitätsprobleme auftreten.

Strategische Risiken

Die Geburtenzahlen sind in Halle (Saale) weiter rückläufig und werden durch Zuzüge nicht kompensiert. Diese Entwicklung wird mittelfristig zu einem Abbau von Wartelisten und zu einer geringeren Auslastung führen. Dieser Umstand wird in der mittelfristigen Wirtschaftsplanung berücksichtigt.

Die strategischen Risiken des Eigenbetriebes Kindertagesstätten umfassen im Wesentlichen die Auslastung bzw. Kostensituation der einzelnen Einrichtungen. Insgesamt geht der Eigenbetrieb Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) im Jahr 2023 im Jahresdurchschnitt mittlerweile von einer Belegung von 5.750 Kindern aus. Dieses geht aus den bereits für 2023 abgeschlossenen Betreuungsverträgen und den bereits bekannten Reservierungen hervor.

Das Ganztagsförderungsgesetz bringt ab 2026 für Sachsen-Anhalt keine wesentlichen inhaltlichen Veränderungen. Sollten die Grundschulen verstärkt gebundene oder offene Angebote auflegen, könnte dies grundlegende Veränderungen bis zum Schließen der Hortangebote zur Folge haben.

Finanzwirtschaftliche Risiken

Durch die Fehlbedarfsfinanzierung der Stadt Halle (Saale) ist die Liquidität zu jeder Zeit gesichert.

Die Abschreibungsdauer von 50 Jahren für Gebäude birgt aufgrund der intensiven Nutzung im Kindergartenbereich ein erhöhtes Risiko.

Rechtliche Risiken

Änderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen könnten wesentliche Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit des Eigenbetriebes und demzufolge auch auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben.

Das Rechtsverfahren mit dem früheren Betriebsleiter ist noch nicht abgeschlossen, gefährdet jedoch den Bestand des Eigenbetriebes nicht. Rückstellungen sind gebildet siehe Rückstellungsspiegel.

Sonstige Risiken

Die Risiken sind wesentlich von den äußeren Faktoren der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen abhängig.

Gesamtbeurteilung der Risiken

Die Einschätzung der Gesamtrisikosituation ergibt sich aus einer konsolidierten Betrachtung aller wesentlichen Einzelrisiken. Derzeit zeichnen sich keine Risiken ab, die den Fortbestand des Eigenbetriebes gefährden könnten, auch in Verbindung mit anderen Risiken.

Die Klimaschutzgesetzgebung und die damit einhergehenden Anforderungen und Verpflichtungen für den Gebäudesektor stellen uns vor erhebliche Herausforderungen auf dem Weg zur Klimaneutralität der Kindertagesstätten. Eine schrittweise Erarbeitung einer Klimaschutzstrategie ist geplant, die sich an technisch-wirtschaftlichen und finanziellen Gegebenheiten sowie den gesetzlichen baurechtlichen Vorgaben ausrichten werden.

V. Zusätzliche Angaben nach § 8 EigBVO

1. Änderungen im Bestand der zum Eigenbetrieb gehörenden Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte: im Wirtschaftsjahr 2022 gab es keine Veränderungen
2. Änderungen in Bestand, Leistungsfähigkeit und Ausnutzungsgrad der wichtigsten Anlagen: der Eigenbetrieb unterhält 49 Kindertagesstätten und 6 Horte
3. Stand der Anlagen im Bau und die geplanten Bauvorhaben: hierzu wird auf die Angaben im Anhang sowie Abschnitt 4. Baumaßnahmen und Investitionen verwiesen
4. Entwicklung des Eigenkapitals und der Rückstellungen: hierzu wird auf die Angaben im Abschnitt C des Anhangs verwiesen
5. Umsatzerlöse mittels einer Mengen- und Tarifstatistik des Berichtsjahres im Vergleich zum Vorjahr: hierzu wird auf Punkt II.3 des Lageberichts verwiesen
6. Ertragslage: siehe Abschnitt II des Lageberichts
7. Personalaufwand mittels einer Statistik über die zahlenmäßige Entwicklung der Belegschaft unter Angabe der Gesamtsummen der Löhne, Gehälter, Vergütungen, sozialen Abgaben, Aufwendungen für Altersversorgung einschließlich der Beihilfen und sonstigen sozialen Aufwendungen für das Wirtschaftsjahr: hierzu wird auf die Angaben im Anhang und Lagebericht (Abschnitt II.3) sowie auf die bestehenden tariflichen Vergütungen verwiesen. Beihilfen wurden nicht gezahlt
8. Finanz- und Leistungsbeziehungen des Eigenbetriebes: hierzu wird auf die Angaben im Anhang sowie im Lagebericht auf den Abschnitt Finanz- und Leistungsbeziehungen des Eigenbetriebes mit der Stadt Halle (Saale) verwiesen.

**Plan-Ist-Vergleich für das Wirtschaftsjahr 2022
des Eigenbetriebes Kindertagesstätten**

	Plan in EUR	Ist in EUR	+/-	+/-%
1. Umsatzerlöse				
a) Kostenbeiträge	4.900.559,53	3.686.037,42	-1.214.522,11	-24,8
b) Zuweisungen Land Sachsen-Anhalt KA-Kinder	1.624.089,49	1.284.958,95	-339.130,54	-20,9
c1) Zuweisungen Land Sachsen-Anhalt	19.022.701,17	19.239.874,91	217.173,74	1,1
c2) Zuweisungen Stadt Halle (Saale)	6.705.668,60	6.630.570,82	-75.097,78	-1,1
d) Ausgleich Fehlbedarf Stadt Halle (Saale)	21.958.107,23	20.437.016,18	-1.521.091,05	-6,9
e) Ermäßigungen	4.046.148,47	4.235.958,40	189.809,93	4,7
f) Mieterträge	52.400,00	52.358,88	-41,12	-0,1
	58.309.674,48	55.566.775,56	-2.742.898,92	-4,7
2. Sonstige betriebliche Erträge				
a) sonstige Erlöse	756.542,00	7.789.953,86	7.033.411,86	929,7
b) Erträge Auflösung Sonderposten	1.867.340,00	1.095.470,73	-771.869,27	-41,3
	2.623.882,00	8.885.424,59	6.261.542,59	238,6
3. Materialaufwand				
a) Spiel- und Beschäftigungsmaterial	68.000,00	81.324,32	13.324,32	19,6
b) bezogene Leistungen	0,00	0,00	0,00	-
	68.000,00	81.324,32	13.324,32	19,6
4. Personalaufwand				
a) Gehälter	36.979.011,93	37.714.761,79	735.749,86	2,0
b) Sozialabgaben	9.308.848,40	9.156.873,02	-151.975,38	-1,6
c) Sonstige Personalaufwendungen	0,00	0,00	0,00	-
	46.287.860,33	46.871.634,81	583.774,48	1,3
5. Abschreibungen				
a) unbewegliches Vermögen	1.256.970,47	1.189.056,95	-67.913,52	-5,4
b) bewegliches Vermögen	1.741.996,81	1.188.449,70	-553.547,11	-31,8
	2.998.967,28	2.377.506,65	-621.460,63	-20,7
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen				
a) Mieten und Pachten	402.361,12	399.273,79	-3.087,33	-0,8
b) Bewirtschaftung	4.554.980,61	4.279.693,63	-275.286,98	-6,0
c) Bauunterhaltung	3.162.068,68	1.722.123,13	-1.439.945,55	-45,5
d) Versicherungen	248.400,00	224.271,06	-24.128,94	-9,7
e) Druck, Vervielfält. und Reisekosten	93.900,00	175.648,58	81.748,58	87,1
f) Bürokosten	221.286,00	272.121,16	50.835,16	23,0
g) übrige sonstige Kosten	2.773.029,00	8.096.357,58	5.323.328,58	192,0
	11.456.025,41	15.169.488,93	3.713.463,52	32,4
7. Finanzergebnis				
a) Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00	0,00	-
b) Zinsaufwendungen	122.703,46	118.703,46	-4.000,00	-3,3
	122.703,46	118.703,46	-4.000,00	-3,3
8. Jahresergebnis	0,00	-166.458,02	-166.458,02	

Erläuterungen wesentlicher Veränderungen der Plan-Ist-Zahlen 2022**Kostenbeiträge: TEUR - 1.215**

Im Zuge der Planung wurde davon ausgegangen, dass eine neue Kostenbeitragssatzung zu höheren Erlösen aus Kostenbeiträgen i.H.v. 600 TEUR führen würde. Dass diese geänderte Kostenbeitragssatzung im Jahr 2022 nicht verabschiedet wurde, ist ein hauptsächlicher Grund für die Plan-Ist-Abweichung. Zum anderen wirken geringere Kinderzahlen als geplant als auch eine Verschiebung des Produktmixes (Verteilung der Kinder auf die Produkte Kinderkrippe, Kindergarten und Hort sowie auf die Betreuungszeitstufen) erlösmindernd.

Zuweisungen Land Sachsen-Anhalt KA-Kinder: TEUR - 339

Die geringeren Erlöse resultieren aus unter Plan liegenden Kindern mit Kostenanerkennung sowie einer geringeren Nachfrage nach höher vergüteten Betreuungszeitstufen.

Ausgleich Fehlbedarf Stadt Halle (Saale): TEUR - 1.521

Die Planung des Zuschusses zur Finanzierung der Brandschutzmaßnahmen erfolgt vollumfänglich über den städtischen Ausgleich und wird somit als Umsatzerlös im Erfolgsplan des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) ausgewiesen. Im Zuge einer bilanziellen Umordnung erfolgt die Darstellung im Ist nicht in der Gewinn- und Verlustrechnung. Somit kommt es zu der starken und rein darstellerischen Unterschreitung des Planwertes.

sonstige Erlöse: TEUR + 7.033

Diese deutliche Überschreitung des Planwertes resultiert im Wesentlichen aus ungeplanten periodenfremden Erträgen (TEUR + 5.180), welche sich insbesondere aus vorgenommenen Korrekturen des Sonderpostens in Höhe von 4.558 TEUR ergeben. Zudem führen Erstattungen von Krankenkassen im Zusammenhang mit Beschäftigungsverboten und Mutterschutz (TEUR + 766) zu Planüberschreitungen, da diese in der Regel nicht geplant werden. Im Gegenzug entfällt auch die Planung von Personalkosten von im Beschäftigungsverbot und Mutterschutz befindlichen Mitarbeiterinnen. Diese Erstattungen dienen zur Gegenfinanzierung der Kosten, welche im Zusammenhang mit dem Rückgriff auf Vertretungspersonal (Leiharbeitnehmer) anfallen. Zum anderen sind Erlöse aus erfolgswirksamen Auflösungen von Rückstellungen für unterlassenen Instandhaltungen und Zusatzreinigungen (TEUR + 482) und für Rechtsverfahren (TEUR + 128) zu verzeichnen. Weitere Planüberschreitungen ergeben sich aus den Erstattungen in Verbindung mit dem Infektionsschutzgesetz (TEUR + 118) und der Erstattung der gezahlten Energiepreis-pauschale (TEUR + 285).

Erträge Auflösung Sonderposten: TEUR - 772

Die geringeren Erträge resultieren unter anderem aus den Investitionsmaßnahmen Kita Kinderinsel, Kita Stadtzwerge, Kita Albrecht Dürer und Kita Grashüpfer. Dem Planansatz 2022 lagen lediglich (grobe) Schätzungen zugrunde.

Personalaufwand: TEUR + 584

Der höhere Personalaufwand hat seine Ursache in der Rückstellungsbildung für die Altersteilzeit in Höhe von 566 TEUR.

Abschreibungen: TEUR - 621

Die geringeren Abschreibungen resultieren aus den Investitionsmaßnahmen Kita Kinderinsel, Kita Stadtzwerge, Kita Albrecht Dürer und Kita Grashüpfer. Dem Planansatz 2022 lagen lediglich (grobe) Schätzungen zugrunde.

Bauunterhaltung: TEUR - 1.440

Die Planung der Kosten für die Brandschutzmaßnahmen erfolgt vollumfänglich in den Bauunterhaltungskosten, und damit werden diese im Erfolgsplan des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) ausgewiesen. Im Zuge einer bilanziellen Umordnung erfolgt die Darstellung im Ist nicht in der Gewinn- und Verlustrechnung. Somit kommt es zu der starken und rein darstellerischen Unterschreitung des Planwertes (siehe auch Ausführungen zur Planunterschreitung des städtischen Ausgleiches).

übrige sonstige Kosten: TEUR + 5.323

Angesichts der vorgenommenen Anpassungen bei der Auflösung der Sonderposten wird erwartet, dass der zuvor eingegangene Fehlbetrag zurückgezahlt wird. Zur Abbildung dieses Risikos erfolgte die Bildung einer Rückstellung in Höhe von 4.558 TEUR. Zudem wirkt der Tatbestand, dass eine Planung der Kosten für Leiharbeitnehmer nicht erfolgt, da im Zuge der Planung davon ausgegangen wird, dass der erforderliche Personalbedarf vollumfänglich über Festanstellungen gedeckt werden kann. Die angespannte Arbeitsmarktlage hinsichtlich der Verfügbarkeit von Fachkräften führt jedoch dazu, dass auf Leiharbeitnehmer zurückgegriffen werden muss (TEUR + 710). Die Finanzierung erfolgt aus den Erstattungen von Krankenkassen im Zusammenhang mit Beschäftigungsverboten und Mutterschutz.

FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Am Wasserwerk 1
06132 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 26

Gesellschafter:	T€	%
Stadtwerke Halle GmbH	26	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist es, als Komplementärin die Geschäftsführung und die Verwaltung des Betriebsvermögens der Maya mare GmbH & Co. KG, Halle (Saale), zu übernehmen, deren Unternehmensgegenstand die Errichtung und der Betrieb eines Freizeit- und Tourismuszentrums, insbesondere eines Freizeitbades mit angeschlossener Sauna, Fitness-Zentrum etc., auf dem Gelände des Alten Wasserwerks in Halle-Beesen unter Einbeziehung der denkmalgeschützten Gebäude ist.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Maya mare GmbH & Co. KG stellt der Bevölkerung ein Freizeit- und Gesundheitsbad mit angeschlossener Sauna und Fitnessbereich zur Verfügung. Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Steigerung der Attraktivität der Stadt und gesundheitlichen Belangen.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Waldenburger, Annette

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Die Geschäftsführung hat im Berichtszeitraum keine Bezüge von der FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH erhalten.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2023		2022		2021		Veränderungen 2023 zu 2022	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Umlaufvermögen	68	100	68	100	64	100	0	0
Bilanzsumme	68	100	68	100	64	100	0	0
Passiva								
Eigenkapital	60	88	59	87	58	90	1	2
Rückstellungen	4	6	5	7	5	8	-1	-20
Verbindlichkeiten	4	6	4	6	1	2	0	0
Bilanzsumme	68	100	68	100	64	100	0	0

bb) GuV

	2023	2022	2021
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	25	25	25
sonstige betriebliche Aufwendungen	24	24	24
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	1	1	1
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1	1	1

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2023	2022	2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	3,49	3,55	4,12	%
Eigenkapitalrentabilität:	1,50	1,53	1,83	%
Cash-Flow:	1	1	1	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	87,86	86,58	90,48	%
Fremdkapitalquote:	12,14	13,42	9,52	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

1. **Grundlagen der FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH**
2. **Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**
 - 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
3. **Geschäftsverlauf**
4. **Lage der Gesellschaft**
 - 4.1. Ertragslage
 - 4.2. Finanzlage
 - 4.3. Vermögenslage
5. **Chancen- und Risikobericht**
 - 5.1. Risikomanagementsystem
 - 5.2. Chancen und Risiken
6. **Prognosebericht**

1. **Grundlagen der FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH**

Die FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH, Halle (FTZ), wurde von der Stadtwerke Halle GmbH – als deren alleinige Gesellschafterin – gegründet, um als Komplementärin für die Maya mare GmbH & Co. KG, Halle, die Geschäftsführung sowie die Verwaltung des Betriebsvermögens zu übernehmen. Eine operative Geschäftstätigkeit besteht nicht. Gegenstand der Maya mare GmbH & Co. KG ist die Errichtung und der Betrieb eines Freizeit und Tourismus Zentrums, insbesondere eines Erlebnisbades mit Nebenanlagen auf dem Gelände des Alten Wasserwerks in Halle-Beesen unter Einbeziehung denkmalgeschützter Gebäude.

2. **Wirtschaftliche Rahmenbedingungen**

2.1. **Wirtschaftliche Entwicklung**

Die trotz der jüngsten Rückgänge nach wie vor hohen Preise auf allen Wirtschaftsstufen dämpften die Konjunktur Deutschlands in 2023. Ebenso beeinflussten ungünstige Finanzierungsbedingungen durch steigende Zinsen und eine geringere Nachfrage aus dem In- und Ausland die konjunkturelle Entwicklung. Hinzu gekommen sind neue geopolitische Unsicherheiten durch den Krieg im Nahen Osten ab Oktober 2023. Insgesamt konnte sich dadurch die Erholung der deutschen Wirtschaft vom tiefen Einbruch im Corona-Jahr 2020 nicht weiter fortsetzen.

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) Deutschlands sank nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes in 2023 um 0,3 % im Vergleich zum Vorjahr. In Sachsen-Anhalt betrug der Rückgang im ersten Halbjahr 2023 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr 3,2 % und fiel damit deutlich stärker der Durchschnitt aller Bundesländer aus (deutschlandweit -0,3 %).

2.2. **Arbeitsmarkt**

Die schwache Konjunktur ist ebenfalls nicht spurlos am Arbeitsmarkt vorübergegangen. Dennoch behauptet sich der Arbeitsmarkt angesichts des Ausmaßes an Belastungen und Unsicherheiten nach wie vor gut. Nach Informationen der Bundesagentur für Arbeit sind Erwerbstätigkeit und Beschäftigung so hoch wie nie zuvor und auch 2023 zählt zu den Jahren mit der niedrigsten Arbeitslosigkeit seit der Wiedervereinigung. Die Arbeitslosenquote stieg in Deutschland gegenüber dem Vorjahr um +0,4 Prozentpunkte auf 5,7 %, in Sachsen-Anhalt auf 7,5 % (Vorjahr 7,1 %).

2.3. **Bevölkerungsentwicklung**

Die Stadt Halle (Saale) wies zum 31. Dezember 2023 einen Einwohnerstand von 244.501 (Vorjahr 244.099) aus. Damit konnte die Stadt zum dritten Mal in Folge einen leichten Zuwachs gegenüber dem Vorjahr verzeichnen.

3. Geschäftsverlauf

Der Geschäftsverlauf 2023 war von keinen besonderen Ereignissen geprägt.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Die Ertragslage der Gesellschaft weist keine wesentlichen Veränderungen gegenüber dem Vorjahr aus, da die im Zusammenhang mit der Geschäftsführung und Vermögensverwaltung für die Maya mare GmbH und Co.KG anfallenden Aufwendungen auch in 2023 durch die Gesellschaft in vollem Umfang erstattet wurden.

Den betrieblichen Erträgen in Höhe von 25,5 TEUR stehen sonstige betriebliche Aufwendungen in Höhe von 24,2 TEUR gegenüber, so dass 2023 ein Jahresgewinn in Höhe von 0,9 TEUR ausgewiesen wird.

4.2. Finanzlage

Die FTZ verfügt über ein bilanzielles Eigenkapital von 59,9 TEUR. Neben dem Stammkapital der Gesellschaft in Höhe von 25,6 TEUR wird das Eigenkapital durch Gewinnvorräte in Höhe von 33,4 TEUR bestimmt. Unter Berücksichtigung des Jahresergebnisses 2023 in Höhe von 0,9 TEUR ist ein Anstieg des Eigenkapitals um diesen Betrag gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen.

Gemäß § 7 des Gesellschaftsvertrages der Maya mare GmbH & Co.KG bekommt die FTZ die ihr aus der Geschäftsführung entstandenen angemessenen Aufwendungen von der Maya mare GmbH & Co.KG ersetzt. Außerdem erhält sie für die Übernahme der Haftung jährlich eine Vergütung in Höhe von 5 % ihres Stammkapitals. Die Liquidität der Gesellschaft hängt demnach von der Zahlungsfähigkeit der Maya mare ab. Deren Liquidität ist gewährleistet, da die Maya mare GmbH & Co. KG zur Liquiditätssicherung sowie zum Ausgleich von Fehlbeträgen einen jährlichen Betriebskostenzuschuss von der SWH und von der HWS entsprechend ihrer Beteiligungen an der Maya mare erhält. Darüber hinaus ist die Liquidität der Maya mare GmbH & Co.KG durch die bestehende Cash-Pool-Vereinbarung mit der SWH über einen Kontokorrentkreditrahmen in Höhe von 700 TEUR gesichert.

4.3. Vermögenslage

Zum 31. Dezember 2023 verfügt die FTZ GmbH wie im Vorjahr über eine Bilanzsumme von 68,2 TEUR. Die Aktivseite hat zum Stichtag eine leichte Reduzierung des Bankguthabens gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen, während sich der Forderungsbestand gegenüber verbundenen Unternehmen leicht erhöhte.

Auf der Passivseite stieg das Eigenkapital um das Jahresergebnis, während die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und die Rückstellungen leicht sanken.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

Übersicht zum Risikomanagementsystem

In der Stadtwerke Halle - Gruppe findet ein konzernweit einheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Dieses gruppenweite, bereichsübergreifende System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

5.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31. Dezember 2023 wurden bei der FTZ GmbH insgesamt keine Risiken ermittelt (Vorjahr keine).

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Allgemeine Geschäftsrisiken	0	0	0
Finanzrisiken	0	0	0
Führung/Organisation	0	0	0
Marktrisiken	0	0	0
Rechtliche Risiken	0	0	0
Technische Risiken	0	0	0
Gesamt	0	0	0

Das Risikomanagement der Maya mare wirkt als Steuerungsinstrument, um die FTZ vor den Risiken als persönlich haftende Gesellschafterin zu schützen.

Zur Vorjahresanalyse sind keine gravierenden neuen Risiken oder Risikoveränderungen eingetreten. Bestandsgefährdende Risiken bestehen nicht.

6. Prognosebericht

Das Ergebnis der Gesellschaft ist insofern planbar, da außer der vertraglich vereinbarten Haftungsvergütung keine weiteren Umsatzerlöse erzielt werden. Alle Auslagen der Gesellschaft werden entsprechend dem Gesellschaftervertrag der Maya mare GmbH & Co. KG weiterberechnet. Für das Jahr 2024 ist die Liquidität der Maya mare GmbH & Co. KG aufgrund der Zahlungseingänge aus den bereits zugesicherten Betriebskostenzuschüssen der Gesellschafter gesichert. Es wird daher für die Geschäftsjahre 2024 bis 2028 mit einem Ergebnis von ca. 1,0 TEUR gerechnet.

Maya mare GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Am Wasserwerk 1
06132 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH & Co. KG
Haftkapital in T€: 10.226

Gesellschafter:	T€	%
Stadtwerke Halle GmbH	8.426	82,40
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	1.278	12,50
FAB Freizeit-Anlagen Bauten- und Betriebsgesellschaft mbH	522	5,10

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb eines Freizeit- und Tourismuszentrums, insbesondere eines Freizeitbades mit angeschlossener Sauna, Fitness-Zentrum etc., auf dem Gelände des Alten Wasserwerks in Halle-Beesen unter Einbeziehung der denkmalgeschützten Gebäude.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Maya mare GmbH & Co. KG stellt der Bevölkerung ein Freizeit- und Gesundheitsbad mit angeschlossener Sauna und Fitnessbereich zur Verfügung. Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Steigerung der Attraktivität der Stadt und gesundheitlichen Belangen.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH *(vertreten durch Waldenburger, Annette)*

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2023		2022		2021		Veränderungen 2023 zu 2022	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	3.470	51	4.268	69	4.975	77	-798	-19
Umlaufvermögen	3.303	49	1.914	31	1.469	23	1.389	73
Rechnungsabgrenzungsposten	32	0	13	0	13	0	19	146

Bilanzsumme	6.805	100	6.195	100	6.457	100	610	10
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	3.513	52	3.516	57	3.516	54	-3	0
Sonderposten für Investitionszulagen	337	5	573	9	954	15	-236	-41
Rückstellungen	1.132	17	419	7	159	2	713	170
Verbindlichkeiten	1.793	26	1.657	27	1.793	28	136	8
Rechnungsabgrenzungsposten	30	0	30	0	35	1	0	0

Bilanzsumme	6.805	100	6.195	100	6.457	100	610	10
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	-----------

bb) GuV

	2023	2022	2021
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	9.264	7.571	3.898
sonstige betriebliche Erträge	1.535	1.351	1.991
Materialaufwand	4.408	3.150	1.793
Personalaufwand	3.983	3.475	2.037
Abschreibungen	1.337	1.204	1.212
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.103	1.042	781
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	82	11	1
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	6	18	23
Ergebnis nach Steuern	44	44	44
sonstige Steuern	44	44	44
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2023	2022	2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	1.337	1.204	1.212	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	80	74	54	T€
Personalaufwandsquote:	36,88	38,95	34,58	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	51,00	68,88	77,04	%
Eigenkapitalquote:	51,62	56,75	54,46	%
Fremdkapitalquote:	48,38	43,25	45,54	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Besucher	404.561	375.457	195.863	Anzahl

f) Lagebericht

1. Grundlagen der Maya mare GmbH & Co. KG
 - 1.1. Geschäftsmodell
 - 1.1.1. Struktur und Beteiligungen
 - 1.1.2. Geschäftsfelder
 - 1.2. Ziele und Strategien
 - 1.3. Steuerung
 - 1.4. Veränderungen in der Gesellschaft
2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen
 - 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung
 - 2.2. Arbeitsmarkt
 - 2.3. Bevölkerungsentwicklung
3. Geschäftsverlauf
 - 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres
 - 3.2. Marktbezogene Entwicklung
 - 3.3. Politische und rechtliche Entwicklung
 - 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren
 - 3.5. Forschung und Entwicklung
 - 3.6. Personal und Personalentwicklung
4. Lage der Gesellschaft
 - 4.1. Ertragslage
 - 4.1.1. Kapitalstruktur
 - 4.1.2. Investitionen
 - 4.1.3. Liquidität
 - 4.2. Vermögenslage
 - 4.3. Gesamtaussage
5. Chancen- und Risikobericht
 - 5.1. Risikomanagementsystem
 - 5.2. Chancen und Risiken
 - 5.3. Gesamtbild
 - 5.4. Umsatzentwicklung
 - 5.5. Investitionen
 - 5.6. Finanzierung
 - 5.7. Ergebniserwartung

1. Grundlagen der Maya mare GmbH & Co. KG

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

Die Gesellschaft betreibt ein Freizeit- und Erlebnisbad auf dem Gelände des Alten Wasserwerks in Halle-Beesen unter Einbeziehung denkmalgeschützter Gebäude.

Das Bad wurde am 1. April 1999 eröffnet. Die Finanzierung des gesamten Objektes erfolgte u.a. durch einen Zuschuss aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (19.652 TEUR, entspricht rd. 60 % der förderfähigen Ausgaben). Zur Sicherstellung der Liquidität leisten die Gesellschafter SWH und HWS jährlich neu zu vereinbarende Betriebskostenzuschüsse.

Folgende Gesellschafterstruktur besteht:

Stadtwerke Halle GmbH	82,4 %
Hallesche Wasser- und Stadtwirtschaft GmbH	12,5 %
FAB Freizeit-Anlagen Bauten- und Betriebsgesellschaft mbH	5,1 %
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	Komplementärin

1.1.2. Geschäftsfelder

Der Betrieb des Freizeitbades Maya mare zielt darauf ab, neben den Umsatzerlösen aus dem Bade-, Sauna- und Fitnessbetrieb Nebenumsätze in den ergänzenden Sparten Gastronomie, Massage/Wellness und Boutique zu generieren.

1.2. Ziele und Strategien

Das Maya mare versteht sich als Freizeitdienstleister im mexikanischen Stil, der es den Gästen ermöglicht, einen Kurzurlaub vom Alltag zu erleben. Die verschiedenen Wasserflächen im Badebereich bieten unterschiedliche Möglichkeiten für sportliche Betätigungen wie beispielsweise Wassergymnastik, Rehabilitationssport oder Schwimmkurse aller Erfahrungsstufen. Das durchgehend mexikanische Ambiente und die besondere Lage am Rande der Elsteraue verschmelzen zu einer Kulisse, die kombiniert mit den vielfältigen Attraktionen seit jeher zur Vermarktung des Gesamtkonzeptes „Mexikanisches Bade- und Saunaparadies“ genutzt werden. Dieses Alleinstellungsmerkmal schafft einen hohen Wiedererkennungswert. Der weitläufige Saunabereich, mit seiner Vielzahl von Schwitzangeboten, ist aufgrund dieser Lage auch bei Besuchern aus weiterem Umkreis sehr beliebt. Der Badebereich mit seinen Attraktionen zieht vor allem Familien mit Kindern in seinen Bann. Der Gesundheitsclub Viva mare bietet ein ganzheitliches Gesundheitskonzept, stets in Verbindung mit der Nutzung des Badebereiches. Wenngleich das Maya mare über zahlreiche Alleinstellungsmerkmale verfügt, sind neben der erforderlichen Attraktivierung, um gegenüber anderen modernen Freizeitangeboten weiter erfolgreich zu bestehen, auch Sanierungsmaßnahmen in größerem Umfang erforderlich, da die Anlage bereits 24 Jahre alt ist. In dem Konzept „Maya mare 2030“ wurden die erforderlichen Maßnahmen erfasst und priorisiert. Hierbei wird der Stand der Technik ebenso berücksichtigt, wie die Bedürfnisse der Gäste. Durch dieses umfassende Maßnahmenpaket soll das Maya mare auch in den kommenden Jahren wettbewerbsfähig und im Sport- und Freizeitmarkt ein attraktives Angebot bleiben.

Der demografische Wandel ist für den Gesundheitsclub „Viva mare“ nach wie vor eine Chance, da der Mitgliederanteil der über 60-jährigen weiterhin sehr hoch liegt. Mitglieder jüngeren Alters fühlen sich in den großzügigen Trainingsbereichen jedoch ebenso wohl und genießen das Training in anspruchsvollem Ambiente.

1.3. Steuerung

Die interne Organisationseinheit ist in die Struktureinheiten Bad und Service (ehemals Reinigung), Sauna und Wellness, Gastronomie, Fitness, Rezeption/Verwaltung, Technik und Betriebsleitung sowie Geschäftsführung gegliedert.

Die Planungs- und Berichtsstruktur gliedert sich nach den Umsatzerlösen der Bereiche Bad, Sauna, Fitness, Gastronomie, Parkplätze, Boutique und Massage/Wellness sowie den zur Erzielung der Umsatzerlöse notwendigen variablen und fixen Aufwendungen.

Hauptindikatoren für die Planung, den Bericht und für die Steuerung sind die Gästezahlen, die Umsatzerlöse, die variablen und fixen Aufwendungen sowie der Personaleinsatz. Über Kennziffern für den Wareneinsatz wird zudem in den Bereichen Gastronomie und Boutique die Preisgestaltung gesteuert, die die Umsatzerlöse beeinflusst. Die Einhaltung, besser noch die Unterschreitung, der geplanten notwendigen Betriebskostenzuschüsse ist Bewertungsgröße für die Zielerreichung.

1.4. Veränderungen in der Gesellschaft

In diesem Geschäftsjahr gab es keine Veränderungen in der Gesellschaft.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die trotz der jüngsten Rückgänge nach wie vor hohen Preise auf allen Wirtschaftsstufen dämpften die Konjunktur Deutschlands in 2023. Ebenso beeinflussten ungünstige Finanzierungsbedingungen durch steigende Zinsen und eine geringere Nachfrage aus dem In- und Ausland die konjunkturelle Entwicklung. Hinzu gekommen sind neue geopolitische Unsicherheiten durch den Krieg im Nahen Osten ab Oktober 2023. Insgesamt konnte sich dadurch die Erholung der deutschen Wirtschaft vom tiefen Einbruch im Corona-Jahr 2020 nicht weiter fortsetzen.

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) Deutschlands sank nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes in 2023 um 0,3 % im Vergleich zum Vorjahr. In Sachsen-Anhalt betrug der Rückgang im ersten Halbjahr 2023 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr 3,2 % und fiel damit deutlich stärker der Durchschnitt aller Bundesländer aus (deutschlandweit -0,3 %).

2.2. Arbeitsmarkt

Die schwache Konjunktur ist ebenfalls nicht spurlos am Arbeitsmarkt vorübergegangen. Dennoch behauptet sich der Arbeitsmarkt angesichts des Ausmaßes an Belastungen und Unsicherheiten nach wie vor gut. Nach Informationen der Bundesagentur für Arbeit sind Erwerbstätigkeit und Beschäftigung so hoch wie nie zuvor und auch 2023 zählt zu den Jahren mit der niedrigsten Arbeitslosigkeit seit der Wiedervereinigung. Die Arbeitslosenquote stieg in Deutschland gegenüber dem Vorjahr um +0,4 Prozentpunkte auf 5,7 %, in Sachsen-Anhalt auf 7,5 % (Vorjahr 7,1 %).

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum 31. Dezember 2023 einen Einwohnerstand von 244.501 (Vorjahr 244.099) aus. Damit konnte die Stadt zum dritten Mal in Folge einen leichten Zuwachs gegenüber dem Vorjahr verzeichnen.

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Es gab keine wesentlichen Ereignisse im Geschäftsjahr, die Einfluss auf das Ergebnis genommen haben.

3.2. Marktbezogene Entwicklung

Das Maya mare hat mit dem Gesamtprojekt Maya mare 2030 Sanierungs- und Attraktivierungsmaßnahmen zusammengestellt, die eine langfristige Wettbewerbsfähigkeit sichern sollen. Die Besucherzahlen in den ersten Wochen des Jahres 2024 liegen nahezu auf dem geplanten Niveau, sodass die Inflation derzeit noch keine negative Auswirkung auf die Besucherzahlen zu haben scheint. Inwiefern dies beibehalten werden kann, wird beobachtet. Die Aufwendungen für Wärme- und Elektroenergie bewegen sich weiterhin auf einem hohen Niveau. Nach Möglichkeit sollen Einsparungen in anderen Aufwandspositionen zur Kompensation genutzt werden.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklung

Konkrete Auswirkungen der politischen und rechtlichen Entwicklungen im Wirtschaftsjahr 2023 auf das Jahresergebnis konnten nicht explizit ausgemacht werden.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

Im Geschäftsjahr 2023 konnten insgesamt 404.561 Besuchende gezählt werden (2022: 375.457), was einer Steigerung der Gästezahlen zum Vorjahr um 7,8 % entspricht. Ausschlaggebend für diesen Unterschied war die Steigerung der Besucherzahlen vor allem in den Bereichen Bad und Sauna.

Im Bereich Fitness steht das Maya mare im Wettbewerb mit zahlreichen weiteren Anbietern in der Stadt und der Region. Insbesondere die verstärkte Niedrigpreispolitik verschiedener Fitness-Ketten erschwert den Kampf um neue Mitglieder für den Gesundheitsclub „Viva mare“, dessen Mitgliedsbeiträge im oberen Preissegment angesiedelt sind, da die Nutzung des Bades immer inkludiert ist. Mit rund 1.000 Mitgliedern hat der Club zum Jahresende 2023 die Zahl der vormals pandemiebedingten Austritte kompensieren können.

3.5. Forschung und Entwicklung

Die Bereiche Forschung und Entwicklung gehören nicht zu den Geschäftsfeldern der Maya mare GmbH & Co. KG.

3.6. Personal und Personalentwicklung

Zum Stichtag 31. Dezember 2023 waren in der Maya mare GmbH & Co KG 139 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Personalstand) und 4 Auszubildende beschäftigt, davon waren 83 Frauen. Im Personalstand enthalten sind auch 33 geringfügig Beschäftigte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Der Altersdurchschnitt der Belegschaft betrug 40 Jahre, bei einer mittleren Betriebszugehörigkeit von 6 Jahren. Wie in den vergangenen Jahren auch versucht die Maya mare GmbH & Co KG Fachkräfte aus den eigenen Reihen zu gewinnen. Die Maya mare GmbH & Co KG bildet in folgenden Berufen aus:

- Fachangestellte und Fachangestellter für Bäderbetriebe
- Fachfrau und /-mann für Systemgastronomie

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Maya mare GmbH & Co KG unterliegen dem Tarifvertrag für Dienstleistungs-Logistik- und Bäderbetriebe vom 19. Februar 2013. Der dazugehörige Vergütungstarifvertrag wurde für 2023 neu verhandelt und weist eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2024 auf.

Personalentwicklung 2023

Im Kalenderjahr 2023 wurden in der Personalentwicklung die Programme in der Mitarbeitenden- und Führungskräfteentwicklung überarbeitet und um neue Formate ergänzt.

Führungskräfteentwicklung

Im Rahmen der zentralen Führungskräfteentwicklung wurden in 2023 die Themen „Mitarbeitergespräche führen“, „Konflikttraining“, „Gesundheitsstärkend Führen“ sowie „Führen im Generationenmix“ in ein- bis zweitägigen Seminaren angeboten. Teilnehmende, die bereits Führungsverantwortung übernommen haben oder für die Übernahme von fachlichen und/oder disziplinarischen Führungsaufgaben vorgesehen sind, arbeiteten sowohl in Präsenz, als auch virtuell an ihren Führungskompetenzen. Zudem wurde mit den „Führungs-Impulsen“ ein neues Format etabliert. Hier setzen sich die Führungskräfte in drei- bis vierstündigen Terminen mit einer aktuellen Fragestellung austauschorientiert auseinander. Durchgeführt wurden Führungs-Impulse zum Thema „Wie schaffe ich das noch 20 Jahre“, „Führung in der Krise“ sowie „Führung in Sandwichpositionen“.

Im Rahmen der Begleitung von Mitarbeitenden, die erstmalige Führungsverantwortung übernommen haben oder perspektivisch dafür vorgesehen sind, startete im Mai 2023 das Grundlagenprogramm Führung. Bis zum Jahresende haben die Teilnehmenden sich intensiv mit ihrer Führungsrolle auseinandergesetzt und zum Thema Teamführung gearbeitet. Ein Teil der Teilnehmenden hat zudem das sechstägige Intensivprogramm „Führung und Kommunikation mit Mehrwert“ absolviert. Für 2024 ist eine Fortsetzung des Grundlagenprogramms mit Modulen zum „Konflikttraining“, „Gesundheitsstärkenden Führen“ und „Führen in Veränderungsprozessen“ geplant.

Nach einer pandemiebedingten Pause 2020-2022 konnte der moderierte Geschäftsführungs-Austausch wiederaufgenommen werden. Zwei Gruppen arbeiteten rückblickend die Auswirkungen der Pandemie auf die Unternehmen auf und warfen mittels SWOT-Analyse einen strategischen Blick auf die Zukunft.

Zur Kompetenzstärkung der Geschäftsführenden und obersten strategischen Führungsebene der Unternehmen der SWH-Gruppe startete zudem im Herbst 2023 das General Management Programm in Zusammenarbeit mit der HHL (Leipzig Graduate School of Management).

Mitarbeitendenentwicklung

Im Rahmen der zentralen Entwicklungsangebote wurden Workshops und Trainings in den Bereichen Resilienz, Projektmanagement, MS-Office sowie ein Visualisierungstraining angeboten. Des Weiteren wurde das Austausch- und Beteiligungsformat „Zukunftswerkstatt“ eingeführt und sowie ein Sekretariats- und Assistenztag durchgeführt.

Mit dem Entwicklungskompass soll ein neues Feedbacksystem in den einzelnen SWH-Unternehmen eingeführt werden, welches die Entwicklung und Zusammenarbeit im Team stärken und somit einen Beitrag zur Stärkung der Themen Motivation, Lernen, Leistungsbereitschaft und Engagement leisten soll. Neu an diesem Feedbacksystem ist außerdem der 180° Fokus. Neben der jeweiligen Selbsteinschätzung, schätzen die Führungskräfte ihre direkten Mitarbeitenden ein und die Mitarbeitenden haben die Möglichkeit ihre Führungskraft einzuschätzen. Unterstützt wird die Durchführung des Feedbacks mittels digitalem Tool. In 2023 hat das Maya Mare die Einführung des Entwicklungskompasses mit einem Pilotdurchlauf wiederaufgenommen.

Seit 2019 steht mit der elektronischen Bibliothek im Flurfunk allen Mitarbeitenden ein digitales Weiterbildungsangebot mit zahlreichen eBooks und Audio-Lerneinheiten zur Verfügung. Sogenannte Learning Journeys kombinieren eBooks und Audio-Lerneinheiten zu einzelnen Themen, wie z.B: Marketing, Leadership oder persönliche Entwicklung. Nach Absolvierung eines Abschlussquiz kann sich der Teilnehmende ein Zertifikat generieren.

4. Lage der Gesellschaft

4.1. Ertragslage

Die Umsatzerlöse lagen 2023 insgesamt mit 9.264,4 TEUR um 22,4 % über dem Vorjahresumsatz (2022: 7.570,6 TEUR) und um 33,2 % über dem Plan.

Die Aufwendungen für Strom, Wärme und Wasser/Abwasser stellen mit 1.237,8 TEUR (2022: 1.205,6 TEUR) den Hauptanteil des Materialaufwandes dar und liegen mit 2,7 % über Vorjahresniveau.

Der Personalaufwand 2023 beträgt 3.982,8 TEUR (2022: 3.475,4 TEUR). Der Anstieg des Personalaufwandes zum Vorjahr ist im Wesentlichen auf die Tarifsteigerungen zurückzuführen. Aufgrund des zeitlichen Auseinanderfalls von Austritt und Nachbesetzung bei mehreren offenen Stellen und des damit im Zusammenhang stehenden unterplanmäßigen Personalstands, belaufen sich die Aufwendungen 2023 auf Planniveau.

Die Instandhaltungsaufwendungen liegen mit 1.719,9 TEUR (2022: 734,1 TEUR) um 1.149,9 TEUR (> 100 %) über Plan. Die erheblich zum Vorjahr und zum Plan gestiegenen Aufwendungen ergeben sich aus den Preissteigerungen für Materialien und Leistungen für Instandhaltungen sowie durch den altersbedingt gestiegenen Instandhaltungsbedarf in der gesamten Anlage. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind im Geschäftsjahr 2023 mit 1.102,6 TEUR (2022: 1.041,4 TEUR) um 5,9 % gestiegen.

Die leicht über Plan liegenden Abschreibungen im Geschäftsjahr liegen bei 1.337,1 TEUR (2022: 1.204,4 TEUR).

Damit ergibt sich im Geschäftsjahr ein Zuschussbedarf in Höhe von 1.011,4 TEUR, welcher durch die Gesellschafter SWH und HWS gezahlt wurde.

4.2. Finanzlage

4.2.1. Kapitalstruktur

Zum 31. Dezember 2023 verfügt die Gesellschaft über ein bilanzielles Eigenkapital in Höhe von 3.512,8 TEUR. Der Rückgang des Eigenkapitals um 3,4 TEUR gegenüber dem Vorjahr resultiert ausschließlich aus der Entnahme der Zinserträge für die Kapitalkonten.

Der Sonderposten aus Investitionszuschüssen zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur wurde auch in 2023 in Höhe von 391,1 TEUR entsprechend der Nutzungsdauer der bezuschussten Anlagegüter aufgelöst. Dem gegenüber steht eine Zuführung in Höhe von 155,3 TEUR für die Erneuerung der Badewasserpumpen. Im Ergebnis der Auflösung des Sonderpostens, dem Zugang der Fördermittel und der Entnahme der Kapitalkonten hat das wirtschaftliche Eigenkapital einen entsprechenden Rückgang in Höhe von 239,2 TEUR zu verzeichnen.

Infolge der planmäßigen Tilgung der Bankdarlehen gegenüber der Sparkasse und Volksbank konnten die Kreditverbindlichkeiten des Maya mare auch in 2023 kontinuierlich abgebaut werden. Zum 31. Dezember 2023 bestehen demnach keine Darlehensverbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Im Ergebnis der dargestellten Unternehmensentwicklung wird zum Bilanzstichtag 2023 eine Eigenkapitalquote von 51,6 % erreicht (Vorjahr: 56,8 %).

4.2.2. Investitionen

Im Jahr 2023 wurden insgesamt Investitionen im Umfang von 542,0 TEUR getätigt. Ein Großteil davon wurde für den Austausch der Beckenwasserpumpen aufgewendet.

4.2.3. Liquidität

Die Maya mare GmbH & Co. KG weist zum 31. Dezember 2023 einen positiven Finanzmittelfonds in Höhe von 2.918,8 TEUR (Vorjahr: 1.547,0 TEUR) aus. Zusätzliche Betriebskostenzuschüsse der SWH sowie der HWS wurden aufgrund der positiven Entwicklung der Gesamtleistung nicht in Anspruch genommen. Die laufende Liquidität ist zusätzlich durch einen Kontokorrentkreditrahmen im Rahmen der Cash Pool-Vereinbarung mit der SWH in Höhe von 700,0 TEUR gesichert.

4.3. Vermögenslage

Zum 31. Dezember 2023 beträgt die Bilanzsumme der Maya mare GmbH & Co. KG 6.804,8 TEUR, das ist eine Zunahme um 609,3 TEUR gegenüber dem Vorjahr. Die Zunahme resultiert hauptsächlich aus den gestiegenen Forderungen ggü. verbundenen Unternehmen aus Cash Pool. Auf der Passivseite stehen gestiegene Rückstellungen, die planmäßige Auflösung des Sonderpostens sowie der Rückgang der Darlehensverbindlichkeiten gegenüber.

4.4. Gesamtaussage

Erlebnisbäder sind ein Angebot zur Freizeitgestaltung und Sportausübung für jede Altersgruppe. Der hohe Aufwand für Abschreibungen und Kapitaldienst sowie für die laufenden Betriebskosten für derartige Anlagen wird durch die Umsatzerlöse nicht gedeckt und es wird immer der Zuschüsse der Hauptgesellschafter bedürfen, um ein ausgeglichenes Jahresergebnis auszuweisen. Ziel muss es bleiben, diesen Zuschussbedarf aus dem operativen Betrieb nicht ansteigen zu lassen. Dafür ist ein Halten einmal erreichter Gästezahlen im Bade- und Saunabereich sowie der Mitgliederzahlen im Fitnessclub entscheidend.

Für den Sauna- und Wellnessbereich spielt das Verhalten der Zielgruppe von gesundheitsbewussten Erwachsenen auch zukünftig die Hauptrolle, das trifft auch für das Fitnessangebot zu. Dafür ist es besonders wichtig, die Angebote attraktiv und in ansprechender Qualität vorzuhalten. Umfassende Investitionen in den Sanitärbereichen, Duschen und Umkleiden sowie im Bereich von Dampfbad und Caldarium müssen in nächster Zukunft umgesetzt werden. Damit das Maya mare auch mittel- und langfristig seine Gesamtattraktivität nicht verliert, müssen auch Attraktionen wie die vier Großrutschen nach über 24 Jahren der Nutzung in das neue Freizeit-Zeitalter überführt und daher saniert und attraktiviert werden. Neue Technologien, Digitalität sowie energieeffizientere Bau- und Arbeitsweisen werden die zukünftigen Maßstäbe für alle erforderlichen Reinvestitionen sein. Hinzu kommt die intensive Suche nach weiteren Maßnahmen zur Einsparung von Elektro- und Wärmeenergie, um die zukünftig weiter steigenden Aufwendungen für diese Medien auf einem finanzierbaren Niveau zu halten.

5. Chancen- und Risikobericht

5.1. Risikomanagementsystem

In der Stadtwerke Halle - Gruppe findet ein konzerneinheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Dieses gruppenweite, bereichsübergreifende System vereint die Aktivitäten im Umgang mit Risiken.

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potenzielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern/vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

5.2. Chancen und Risiken

Zum Stand 31. Dezember 2023 wurden für das Jahr 2024 bei der Maya mare GmbH & Co. KG insgesamt sieben Risiken ermittelt (Vorjahr acht). Unter diesen Risiken lassen sich insgesamt keine Einzelrisiken den Gruppen 1 und 2 zuordnen, welche sich wie folgt auf die nachfolgend dargestellten Risikokategorien und Risikogruppen unterteilen:

Risikokategorie	Anzahl	Risikogruppe	
		1	2
Allgemeine Geschäftsrisiken	0	0	0
Finanzrisiken	0	0	0
Führung/Organisation	1	0	0
Marktrisiken	1	0	0
Rechtliche Risiken	4	0	0
Technische Risiken	1	0	0
Gesamt	7	0	0

5.3. Gesamtbild

Zur Vorjahresanalyse trat das Risiko steigender Instandhaltungsaufwendungen ein. Entfallen ist das Risiko steigender Personalkosten, da der Tarifabschluss den geplanten Aufwendungen nahezu entsprach. Bestandsgefährdende Risiken bestehen weiterhin nicht.

5.4. Umsatzentwicklung

In der Wirtschaftsplanung für 2024 sowie der Mittelfristplanung bis 2028 wird davon ausgegangen, dass die Einwohnerzahlen im relevanten Einzugsgebiet durchschnittlich stabil bleiben und damit auch das Gästepotenzial für das Maya mare. Ebenso werden durchschnittliche Witterungsverhältnisse unterstellt, die großen Einfluss auf die Gästezahlen und somit auf die Erlöse haben. Es wurden keine Auswirkungen eines möglichen neuen Thermenangebotes im Saalekreis abgeschätzt.

Die Eintrittsentgelte für Bade- und Saunabereich liegen im Durchschnitt, wenn man mit ähnlichen Anlagen in Mitteldeutschland Vergleiche vornimmt. Sie werden regelmäßig angepasst und sind die maßgebliche Basis für die in der Planung erwartete Umsatzerlössteigerung. Bislang wird in den Bereichen Gastronomie, Massage und Shop eine Preisanpassung zum Ausgleich der allgemeinen Preissteigerungen geplant. Weitere Anstiege für Medienkosten wie Wärme und Elektroenergie sowie für Lohnkosten werden nur über adäquate Preisanpassungen abzufangen sein.

5.5. Investitionen

Um die Freizeitanlage langfristig als attraktives Angebot am Markt zu halten, wird es notwendig, innerhalb der nächsten Jahre Ersatzinvestitionen aufgrund von Altersverschleiß in verschiedenen Bereichen zu tätigen. Der Austausch von Lüftungsgeräten und Rutschen sowie die Sanierung der Umkleiden, Duschen und WC-Räume sowie einiger Schwitzräume stellen hierbei notwendige Investitionsschwerpunkte dar.

In der Wirtschaftsplanung 2024 werden Investitionsmittel in Höhe von 458,2 TEUR vorgesehen. Davon entfallen auf Arbeiten am Kassensystem 43,2 TEUR zur Einführung eines neuen Webshops und digitaler Buchungsmöglichkeiten für Kurse und Anwendungen. Weitere 65,0 TEUR wurden für Planerleistungen im Rahmen des Gesamtprojektes Maya mare 2030 eingeplant. Die verbleibenden 350,0 TEUR werden für investive Maßnahmen wie den Austausch der Brandmeldeanlage im gesamten Gebäude, sowie den geplanten Austausch der PC-Technik benötigt. Darüber hinaus müssen Maschinen und Geräte in der Gastronomie sowie im Bereich Technik ersetzt werden, die ihre Verschleißgrenzen erreicht haben. In der Mittelfristplanung 2025 bis 2028 wurden zwischen 350,0 TEUR und 7.213,0 TEUR Investitionsmittel geplant. Hierin sind Maßnahmen aus dem Gesamtvorhaben Maya mare 2030 enthalten, unter anderem die Komplettsanierung der 4 Großrutschen, die Sanierung der WC-, Dusch- und Umkleieräume sowie die Erneuerung der Lüftungstechnik.

5.6. Finanzierung

Die im Rahmen der Mittelfristplanung 2025-2028 vorgesehenen Investitionen werden, mit Ausnahme der Maßnahmen aus dem Gesamtprojekt Maya mare 2030, ausschließlich aus Eigenmitteln finanziert. Für das Projekt Maya mare 2030 wurde eine neue Konzernkreditaufnahme in der Planung berücksichtigt. Für die Liquidität der Gesellschaft und die Sicherung des Fortbestandes der Gesellschaft ist jedoch auch in den Folgejahren die Zahlung eines Betriebskostenzuschusses durch die Gesellschafter unabdingbar.

5.7. Ergebniserwartung

In der Wirtschaftsplanung 2024 wird mit einem Zuschussbedarf von 1.430,3 TEUR geplant. Aufgrund der im Jahr 2025 geplanten dreimonatigen Schließung im Zusammenhang mit den umfassenden Sanierungsmaßnahmen wird für 2025 von einem Zuschussbedarf von 3.003 TEUR ausgegangen. Unter Berücksichtigung der weiteren Zuschusszahlung durch die Hauptgesellschafter wird in den Jahren 2024 bis 2028 ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet.

Oelhaf-Zeysesche-Stiftung

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Glauchauer Straße 68 06110 Halle (Saale)
Rechtsform:	Stiftung
Stiftungsvermögen in T€:	311

Gegenstand des Unternehmens:

Stiftungszweck ist die Unterstützung sozial benachteiligter Einwohner der Stadt Halle (Saale).

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Eine der Satzung entsprechende Tätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des stiftungsinternen Risikomanagements und durch die Stiftungsaufsicht. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Dr. Cremer, Manfred
Stiftungsvorstand :	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd
	stellv. Vorsitzender	Geier, Egbert
		Brederlow, Katharina

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Der Vorstand hat im Berichtszeitraum keine Bezüge erhalten.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2023		2022		2021		Veränderungen 2023 zu 2022	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	311	52	311	52	311	53	0	0
Umlaufvermögen	287	48	281	48	275	47	6	2
Bilanzsumme	598	100	592	100	586	100	6	1
Passiva								
Eigenkapital	598	100	592	100	586	100	6	1
Bilanzsumme	598	100	592	100	586	100	6	1

bb) GuV

	2023	2022	2021
	T€	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	19	21	19
sonstige betriebliche Aufwendungen	13	14	13
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	6	7	6
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	6	7	6
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	7	6	6
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-1	1	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2023	2022	2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	0,97	1,17	1,05	%
Cash-Flow:	6	7	6	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	51,97	52,48	53,10	%
Eigenkapitalquote:	100,00	100,00	100,00	%
Fremdkapitalquote:	0,00	0,00	0,00	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Ackerfläche	219.236,00	219.236,00	219.236,00	m ²
Erbbaufäche	675,00	675,00	675,00	m ²
Gartenfläche	62.777,00	62.777,00	62.777,00	m ²
Verkehrsfläche	143,00	143,00	143,00	m ²
Waldfläche	557,00	557,00	557,00	m ²

f) Lagebericht

Der Vorstand der Oelhaf-Zeysesche-Stiftung hat in seiner Sitzung am 06.05.2024 u.a. folgende Beschlüsse gefasst:

- Feststellung der Jahresrechnung für 2023
- Einstellung in die Rücklage
- Mittelverwendung

Vermögensübersicht

Die Vermögenslage der Stiftung ist stabil, das Stiftungsvermögen wird durch die jährliche Rücklagenbildung gesichert und erhalten.

Die Bilanzsumme erhöhte sich zum Vorjahr um EUR 5.805,56 auf EUR 598.260,99 durch die Erhöhung des Umlaufvermögens.

Die Stiftung generierte Einnahmen in Höhe von EUR 19.651,84. Diese setzen sich im Wesentlichen zusammen aus Pacht (EUR 17.549,62) und Erbbauzins (EUR 1.725,30).

Dem stehen Ausgaben gegenüber in Höhe von EUR 148,85.

Aus dem erwirtschafteten Jahresüberschuss in Höhe von EUR 19.502,99 wurde eine Rücklage nach § 62 Abs. 1 Nr. 3AO in Höhe von EUR 6.501,00 gebildet. Die Rücklage hat sich dadurch auf EUR 135.834,48 erhöht. Das Stiftungsvermögen wird durch die jährliche Rücklagenbildung gesichert und erhalten.

Ideeller Bereich

Im ideellen Bereich liegen im Geschäftsjahr keine Einnahmen vor.

In diesem Bereich sind betriebliche Gesamtaufwendungen in Höhe von EUR 13.697,43 (Vorjahr: 14 TEUR) entstanden.

Diese setzen sich zusammen aus:

• Zuwendung an Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle - für Projekt Erneuerung Telefonanlage Vorstandssitzung vom 11.10.2023: die Mittel wurden Beschlussgemäß zur Verfügung gestellt	EUR	8.918,09
• Verwaltungskosten für Beratungsleistungen lt. Vertrag vom 10.09.2006 zwischen Oelhaf-Zeysesche-Stiftung und Stiftung St. Cyriaci et Antonii zu Halle für 2023	EUR	3.344,50
• Gebührenrechnung vom 16.05.2023 - Erklärung zur Feststellung für Zwecke der Grundsteuer	EUR	1.434,84
Σ	<u>EUR</u>	<u>13.697,43</u>

Der Nachweis der satzungsgemäßen Mittelverwendung wurde durch die Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle vollständig erbracht.

Mittelverwendung in Höhe von EUR 8.222,65

Nach dem Ergebnis der Prüfung durch die Sozietät Hümmerich und Partner wurde die Jahresrechnung in der Sitzung vom 06.05.2024 festgestellt. Danach steht ein Jahresergebnis zur satzungsmäßigen Verwendung in Höhe von EUR 8.222,65 zur Verfügung.

Folgende Mittelverwendung wurde in dieser Sitzung beschlossen:

- Zuwendung in Höhe von EUR 3.222,65 an die Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle für den Erwerb von Pflegebetten für den stationären Pflegebereich in der Glauchaer Straße 68 und im Unterplan 11
- Zufinanzierung in Höhe von EUR 5.000,00 für den Erwerb eines Nutzfahrzeuges

Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Kantstraße 1 06110 Halle (Saale)
Rechtsform:	Stiftung
Stiftungskapital in T€:	12.823

Gegenstand des Unternehmens:

Zweck der Stiftung ist, alten Menschen, insbesondere wenn sie sozial benachteiligt sind, und Menschen mit Behinderungen Pflege, Unterkunft, Verpflegung und Betreuung zu gewähren.

Der Stiftungszweck wird insbesondere verwirklicht durch die Errichtung und den Betrieb von Einrichtungen und Diensten, die der Beratung, Unterstützung, Begleitung und Pflege des vorgenannten Personenkreises dienen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Eine der Satzung entsprechende Tätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des stiftungsinternen Risikomanagements und durch die Stiftungsaufsicht. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Stiftungsvorstand:		Fritschek, Andreas
Stiftungsrat:	Vorsitzende	Brederlow, Katharina
	stellv. Vorsitzender	Geier, Egbert Haupt, Ute Helmich, Dennis Töpper, Gernot

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021
	T€	T€	T€
Stiftungsrat	1	1	1

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für den Stiftungsvorstand wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

d) Beteiligungen

unmittelbar

	T€	%
Bauverein Halle & Leuna eG	19	0,29
Serva GmbH	26	100,00

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2023		2022		2021		Veränderungen 2023 zu 2022	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	50.229	85	51.620	87	52.371	87	-1.391	-3
Umlaufvermögen	9.046	15	7.611	13	7.898	13	1.435	19
Rechnungsabgrenzungsposten	124	0	84	0	60	0	40	48

Bilanzsumme	59.399	100	59.315	100	60.329	100	84	0
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	-----------	----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	26.105	44	24.515	41	23.155	38	1.590	6
Sonderposten aus öffentlicher Förderung	15.396	26	15.853	27	16.487	27	-457	-3
Sonderposten aus nicht öffentlicher Förderung	579	1	604	1	628	1	-25	-4
Rückstellungen	1.232	2	1.443	2	1.481	3	-211	-15
Verbindlichkeiten	15.107	25	16.057	27	17.715	29	-950	-6
Rechnungsabgrenzungsposten	980	2	843	2	863	2	137	16

Bilanzsumme	59.399	100	59.315	100	60.329	100	84	0
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	-----------	----------

bb) GuV

	2023	2022	2021
	T€	T€	T€
Erlöse aus Pflegeleistung	35.004	32.175	30.482
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	48	-36	56
sonstige betriebliche Erträge	536	1.540	1.731
Materialaufwand	7.023	6.921	7.331
Personalaufwand	22.468	20.820	18.617
Abschreibungen	2.326	2.232	2.165
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	651	659	667
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.569	2.631	2.492
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	0	0	38
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	12	1	1
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	41	7	4
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	32	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	316	350	382
Ergebnis nach Steuern	1.590	1.360	1.992
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.590	1.360	1.992
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	1.590	1.360	1.992
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2023	2022	2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	4,54	4,23	6,54	%
Eigenkapitalrentabilität:	6,09	5,55	8,60	%
Cash-Flow:	3.915	3.624	4.158	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	70	67	70	T€
Personalaufwandsquote:	63,13	61,82	57,69	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	80,83	83,32	86,38	%
Eigenkapitalquote:	43,95	41,33	38,38	%
Fremdkapitalquote:	56,05	58,67	61,62	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Altenpflegeplätze	416,00	416,00	416,00	Anzahl
Pflegeplätze für Menschen mit geistiger und seelischer Behinderung	240,00	240,00	240,00	Anzahl

f) Lagebericht

1. Grundlagen der Stiftung

Die Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale wurde im Jahr 1894 gegründet und ist im Stiftungsverzeichnis unter der Nummer 13/93 eingetragen. Seit Gründung verfolgt sie nachfolgende Aufgabe: „Zweck der Stiftung ist, alten Menschen, insbesondere, wenn sie sozial benachteiligt sind, und Menschen mit Behinderungen Verpflegung, Unterkunft und Betreuung zu gewähren. Hierbei werden Bürger der Stadt Halle (Saale) bevorzugt berücksichtigt.“¹

Für die Stiftung sind die steuerbegünstigten Zweckbetriebe von der Körperschaftsteuer und der Gewerbesteuer befreit. Nicht befreit sind die steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetriebe.

Insgesamt verwirklichen ca. 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Dienstleistungen für täglich rund 1.500 Kundinnen und Kunden.

Die Stiftung hat ihre Tätigkeit unverändert im Vergleich zum Vorjahr fortgesetzt. Es gab keine wesentlichen Veränderungen in den Geschäftsfeldern, den Strukturen und der Organisation der Stiftung.

Damit liegt der Schwerpunkt der Arbeit der Stiftung weiterhin auf den Bereichen Alten- und Behindertenhilfe. Zum Bereich Altenhilfe gehören fünf Altenpflegeheime mit 391 Plätzen, zwei Tagespflegen mit 26 Plätzen und ein ambulanter Pflegedienst.

Im Bereich Behindertenhilfe betreibt die Stiftung ein Wohnheim für Menschen mit geistigen Behinderungen und eine Tagesförderung für Menschen mit geistigen Behinderungen. Ferner bietet sie für Menschen mit geistiger Behinderung 21 Plätze in betreuten Wohnungen und 10 Plätze in 4 selbstorganisierten Wohngemeinschaften an.

Für Menschen mit seelischen Behinderungen werden ein Wohnheim mit 48 Plätzen und eine Tagesstätte mit 17 Plätzen sowie 23 Plätze in betreuten Wohnungen angeboten.

Die Stiftung vermietet 243 Wohnungen überwiegend an ältere Menschen. Weiterhin werden Räumlichkeiten für eine Kindertagesstätte und eine Praxis für Physiotherapie vermietet. Der Bestand an zu vermietenden Wohnungen erhöht sich zum Ende des Jahres um die 62 Wohnungen, die im Objekt Bugenhagenstraße 6a/Louis-Braille-Straße 18 vermietet werden. Hierbei handelt es sich um Wohnungen, die durch die Saalesparkasse errichtet wurden. Die Stiftung hat mit der Saalesparkasse einen Mietvertrag zur Anmietung der Objekte abgeschlossen. Die Wohnungen werden durch die Stiftung an die Mieter vermietet.

Unverändert ist die Stiftung 100%ige Gesellschafterin der Serva GmbH, die Dienstleistungen im Bereich Hauswirtschaft, Unterhaltsreinigung, Hausmeisterdienste (Gärtner), Hol- und Bringendienst und Pforte erbringt. In der Serva GmbH sind 99 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt.

2. Wirtschaftsbericht

a) Rahmenbedingungen und Geschäftsverlauf

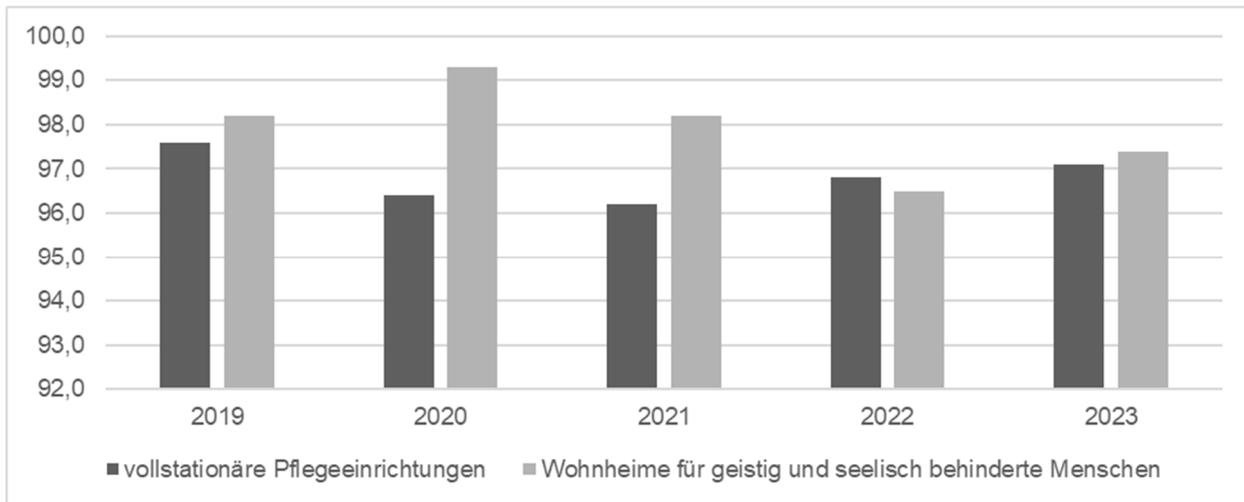
Eine wesentliche Veränderung stellt der Beitritt der Stiftung zur Paritätischen Tarifgemeinschaft zum 01.01.2023 dar. Die Stiftung ist damit erstmals seit 15 Jahren wieder Mitglied in einer Tarifgemeinschaft und wendet einen Tarifvertrag an. Die Erhöhung der Personalkosten um 1.648 Mio. EUR auf 22.468.059 EUR ist im Wesentlichen auf die Anwendung des Tarifvertrages zurückzuführen.

Altenpflege und Bereich der Hilfen für Menschen mit Behinderungen

In den vorangegangenen Jahren hat die Coronapandemie die Arbeit der Stiftung auf vielen Ebenen bestimmt. Im Jahr 2023 gab es hierdurch keine Einschränkungen. Die Bereiche konnten sich wieder verstärkt der inhaltlichen Weiterentwicklung der Angebote widmen.

Die Auslastungsquote in den stationären Einrichtungen der Altenpflege betrug 97,1 %. Damit liegt sie über der Auslastung im Vorjahr von 96,8 %. Im Bereich der Hilfen für Menschen mit Behinderungen ist mit 97,4 % ebenfalls eine verbesserte Auslastungsquote zu verzeichnen (2022: 96,5 %).

¹ § 2 Abs. 1 Satzung



In den Wohnheimen für geistig und seelisch behinderte Menschen ist eine zunehmend höhere Fluktuation festzustellen. Ein Grund im Wohnheim für Menschen mit geistiger Behinderung dafür ist, dass dort nun mehr Klienten aufgrund ihres hohen Alters versterben als in den vorangegangenen Jahren.

Die Entgeltverhandlungen für den Bereich der Behindertenhilfe waren nicht zum 31.12.2022 abgeschlossen. Erst im September konnte mit der Sozialagentur eine Einigung über die Höhe der Entgelte erreicht werden. Die Nachberechnung erfolgte dann ab September 2023. Bis dahin wurden die bisher vereinbarten Entgelte weitergezahlt. Die gestiegenen Personalkosten und sonstigen Kosten mussten die Stiftung aus eigenen Mitteln vorfinanzieren. Bis August waren dies rd. 380 TEUR.

Auf Basis der „Verordnung zum Anspruch auf Testung in Bezug auf einen direkten Erregernachweis des Coronavirus SARS-CoV-2“ wurden der Stiftung bis zum 28.02.2023 die Aufwendungen im Zusammenhang mit der Beschaffung von PoC-Antigen-Schnelltests sowie der Durchführungen erstattet.

Im Jahr 2023 sind Refinanzierungskosten in Höhe von 107 TEUR entstanden (inkl. Beschaffungskosten für Tests). Es wurden rd. 15.000 Tests durchgeführt (Vorjahr 85.000 Tests).

In einem nachgelagerten Nachweisverfahren können etwaige Überzahlungen aufgrund von angeforderten Nachweisen seitens der Pflegekassen (Altenhilfe) bzw. der Kassenärztlichen Vereinigung Sachsen-Anhalt (Eingliederungshilfe) geprüft werden.

Im Bereich der Eingliederungshilfe fanden bisher zwei Nachweisprüfungen statt. Für den Monat Mai 2022 musste die Stiftung 22,60 EUR von den ursprünglich erstatteten 3.649,90 EUR zurückzahlen. Für den 2. Prüfungszeitraum Dezember 2022 liegt noch kein Ergebnis vor.

Im Bereich der Altenhilfe haben bis zum 31.12.2023 noch keine diesbezüglichen Prüfungen stattgefunden.

Vermietung altengerechter Wohnungen, ambulante und teilstationäre Angebote der Altenpflege

Im Jahr 2023 war der Bestand von 243 Wohnungen zu 98,4 % ausgelastet. Überwiegend wird unser Wohnungsangebot von älteren Menschen genutzt. Im September wurde mit der Vermarktung der Wohnungen im 2. Bauabschnitt Bugenhagenstraße begonnen. Hierbei zeigte sich, dass die Nachfrage trotz des für Halle (Saale) hohen Mietpreises von 13,00 EUR Nettokaltmiete / qm, hoch ist. Zum 01.01.2024 waren 53 Wohnungen vermietet. Seit dem 15.04.2024 sind alle 62 Wohnungen vermietet.

Die ambulante Pflege konnte per 31.12.2023 190 Klienten verzeichnen. Zum gleichen Zeitpunkt des vorherigen Jahres waren es 160 Klienten.

Die Paul-Riebeck-Stiftung betreibt zwei Tagespflegen für Menschen mit Pflegebedarf. Eine befindet sich am Standort Akazienhof und eine am Standort Riebeckpark. Insgesamt können dadurch 26 Plätze in der teilstationären Pflege angeboten werden. Die Auslastung am Standort Akazienhof konnte von 79,0 % auf 80,7 % gesteigert werden (2021: 71,0 %). Am Standort Riebeckpark sank die Auslastung im Jahr 2023 von 88,3 % auf 87,1 %.

b) Ertragslage, Finanzlage, Vermögenslage

Insgesamt konnte die Stiftung im Jahr 2023 Erträge von 35.588 TEUR erzielen. Damit sind die Erträge um 1.909 TEUR im Vergleich zum Vorjahr gestiegen.

Die Erlöse verteilen sich auf folgende Geschäftsfelder:

	2023 in TEUR	2022 in TEUR	Veränderung in TEUR
Vollstationäre Altenpflege	20.221	18.177	+2.044
Teilstationäre Altenpflege	577	552	+25
Ambulante Pflege	1.526	1.421	+105
Behindertenhilfe	10.010	9.208	+802
Vermietung	1.832	1.872	-40
Sonstiges	1.422	2.449	-1.027

Maßgeblich für die Umsatzsteigerung sind im Wesentlichen erfolgreiche Pflegesatzverhandlungen. Außerdem wurden notwendige Ersatzinvestitionen über die Entgelte refinanziert.

Die sonstigen Erträge betreffen hauptsächlich Erstattungen der Krankenkassen zum Mutterschutz bzw. Beschäftigungsverbot (271 TEUR), Erstattung Corona-Schnelltests (107 TEUR), Erträge im Rahmen der Ausbildungsumlage (489 TEUR) sowie Erlöse aus dem Stromverkauf der Blockheizkraftwerke (159 TEUR).

Die Aufwendungen für Lebensmittel sind gegenüber dem Vorjahr um 151 TEUR gestiegen. Maßgeblich dafür sind weiter gestiegene Kosten für Energie, Düngemittel und Futtermittel. Darüber hinaus verteuerten der Arbeitskräftemangel und der Mindestlohn die Personalkosten in der Lebensmittelindustrie.

Die Aufwendungen für Wasser, Strom und Wärmeenergie konnten mit 990 TEUR auf dem Niveau des Vorjahres gehalten werden (1.001 TEUR).

Das erzielte Jahresergebnis liegt deutlich über dem geplanten Ergebnis. Im Zeitraum der Planerstellung (August 2022) waren Faktoren wie Steigerung der Energie- und Gaskosten, Inflationsentwicklung und Mindestlohnentwicklungen nur schwer prognostizierbar. Daher wurden diese Risiken zunächst als hoch bewertet. Im Jahresverlauf 2023 sind diese Risiken dann jedoch deutlich abgeschwächt aufgetreten. Ferner konnten im Rahmen von Entgeltverhandlungen günstigere Ergebnisse, als planseitig erwartet, erzielt werden.

Im Jahr 2023 investierte die Stiftung rd. 916 TEUR in das langfristige Vermögen. Davon wurden rd. 402 TEUR für die Neubeschaffung von Mobiliar und Hausausstattungen sowie IT aufgewandt.

119 TEUR wurden in Software (bspw. Speisenmanagement und Buchhaltung) investiert.

Weiterhin wurden für die neuen Wohnungen in der Bugenhagenstraße 6a und Louis-Braille-Straße 182 47 Einbauküchen im Wert von rd. 273 TEUR angeschafft.

Im Berichtszeitraum stieg der Bestand an Zahlungsmitteln bzw. Zahlungsmitteläquivalenten von 5.374 TEUR auf 5.876 TEUR.

Die Finanzierung der laufenden Geschäfte sowie die Durchführung der geplanten Investitionen waren jederzeit sichergestellt.

Das Gesamtvermögen (Bilanzsumme) der Stiftung hat sich zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2023 auf 59.399 TEUR erhöht. Im Vorjahr belief sich das Gesamtvermögen auf 59.315 TEUR. Durch das Jahresergebnis von 1.590 TEUR erhöhte sich das Eigenkapital auf 26.105 TEUR.

Die Eigenkapitalquote ist im Kalenderjahr 2023 gegenüber dem Vorjahr um 2,62 %-Punkte gestiegen.

	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Eigenkapitalquote	33,92 %	33,63 %	35,83 %	38,38 %	41,33 %	43,95

c) finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Cash-Flow-Betrachtung

Der Gesamtcashflow im Geschäftsjahr war mit 480 TEUR positiv. Er setzt sich zusammen aus einem positiven Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 2.496 TEUR, einem Cashflow aus der Investitionstätigkeit in Höhe von - 719 TEUR sowie einem Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit von -1.297 TEUR. Der Finanzmittelfonds hat sich im Berichtszeitraum von 4.918 TEUR auf 5.398 TEUR erhöht.

Personal

Zum Stichtag 31. Dezember 2023 beschäftigte die Stiftung 516 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Damit sind 11 Personen mehr beschäftigt als zum 31.12.2022. Dies ist eine Erhöhung zum Vorjahr um 2,1 %. Die Stiftung erhöhte die die Anzahl der Auszubildenden in den drei Lehrjahren auf 47. Im Jahr zuvor betrug die Anzahl der Auszubildenden noch 41.

Die Mitarbeiterfluktuation ist im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Während im vergangenen Geschäftsjahr insgesamt 99 Personen das Unternehmen verlassen haben, sind es im Berichtsjahr 91 Personen. Dies entspricht einer Fluktuationsquote von 17,6 % (Vorjahr 19,7 %).

Kalenderjahr	Krankenquote	Fluktuationsquote	Durchschnittsalter
2023	8,2%	17,6%	41
2022	8,1%	19,7%	41
2021	5,7%	16,3%	40
2020	5,5%	14,0%	41
2019	5,1%	13,8%	42

Wie in allen anderen Branchen auch, ist die Arbeitsmarktlage äußerst angespannt. Es ist unverändert schwierig, offene Stellen zu besetzen. Dies betrifft inzwischen alle Qualifikationen und Tätigkeitsbereiche.

Die Bindung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an einen Arbeitgeber ist gering. Aufgrund des großen Stellenangebotes besteht eine hohe Bereitschaft den Arbeitgeber zu wechseln.

Durch den Beitritt der Stiftung zur Paritätischen Tariftgemeinschaft (PTG) haben sich die durchschnittlichen Gehälter der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter noch einmal deutlich im Vergleich zum Vorjahr erhöht.

Zum 31.12.2023 haben 446 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen Vertrag zur Überleitung in den PTG unterschrieben. Zum 30.04.2024 haben 464 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen solchen Vertrag unterschrieben. Somit werden seit dem 30.04.2024 464 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach dem PTG vergütet. Dies entspricht einem Anteil von 97,8 % der zum 30.04.2024 beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die Stiftung setzt weiter verstärkt darauf, den Bedarf an Fachkräften durch Ausbildung zu decken. Die Zahl der Auszubildenden für den Beruf der Pflegefachkraft hat sich in den letzten Jahren wie folgt entwickelt.

Ausbildungsjahr 2021	Ausbildungsjahr 2022	Ausbildungsjahr 2023
Einstellungen: 16	Einstellungen: 19	Einstellungen: 15
aktiv: 10	aktiv: 12	aktiv: 9

Auffällig ist die hohe Quote an Auszubildenden, die ihre Ausbildung abbrechen oder die Prüfung nicht schaffen.

Absolventen aus dem Ausbildungsjahr 2018	Absolventen aus dem Ausbildungsjahr 2019	Absolventen aus dem Ausbildungsjahr 2020
Anzahl Ausbildungsstart: 10	Anzahl Ausbildungsstart: 10	Anzahl Ausbildungsstart: 20
Erfolgreich beendet: 8	Erfolgreich beendet: 5	Erfolgreich beendet: 8

Im Jahr 2023 haben erstmals 8 Auszubildende eine Ausbildung zu qualifizierten Pflegeassistenten begonnen. Der verstärkte Einsatz von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit dieser Qualifikation steht im Zusammenhang mit der Umsetzung der Regelungen des § 113 c SGB XI. Nach einer längeren Zeit der wissenschaftlichen Untersuchung hat der Gesetzgeber mit dem neuen Personalbemessungsverfahren Regelungen zu den Personalschlüsseln in der stationären Altenpflege getroffen. Hier ist in Zukunft ein Mix aus Fachkräften, ausgebildeten Assistenten und Assistenten vorgesehen.

3. Prognosebericht

In den kommenden Jahren werden für die Stiftung nachfolgende Themen von entscheidender Bedeutung sein:

- I. Strategieentwicklung Stiftung 2035
- II. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als Hauptfaktor für den Erfolg der Arbeit der Stiftung
- III. Digitalisierung
- IV. Wirtschaftsplan 2024

I. Strategieentwicklung Stiftung 2035

Im Jahr 2022 wurde ein Prozess zur Strategieentwicklung in der Stiftung (Stiftung 2035) in Gang gesetzt. Ziel des Prozesses ist es, eine Strategie für die Weiterentwicklung der Angebote und Strukturen der Stiftung zu entwickeln.

Dabei bestimmen zwei maßgebliche Rahmenbedingungen die Überlegungen:

- A) Es wird in den nächsten 10 Jahren immer schwieriger, die für die Aufrechterhaltung der aktuellen Angebote der Stiftung erforderlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu finden.
- B) Durch die Regelungen der Verordnung über bauliche Mindestanforderungen nach dem Wohn- und Teilhabegesetz (WTG-MindBauVO) müssen die baulichen Strukturen und damit auch die inhaltlichen Angebote in den Altenpflegeheimen Riebeck-Park und Akazienhof, im Wohnheim für Menschen mit seelischen Behinderungen und im Wohnheim für Menschen mit geistigen Behinderungen angepasst werden.

II. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als Hauptfaktor für den Erfolg der Arbeit der Stiftung

Für die Angebote der Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale gilt durchweg, dass sie ausgesprochen personalintensiv sind. Der Gesundheitsbereich ist insgesamt durch einen hohen Bedarf an Arbeitskräften geprägt. Zwischen den Arbeitgebern besteht eine erhebliche Konkurrenz bei der Gewinnung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Diese Situation wird sich in den kommenden Jahren noch verschärfen.

Für die Stiftung ist es deshalb von sehr hoher Bedeutung, den Bedarf an Arbeitskräften zu decken. Die Stiftung setzt hierbei auf die Qualifikation und Ausbildung. Dies spiegelt sich auch in den Ausbildungszahlen wider. Eine Herausforderung ist hier jedoch, dass aus verschiedenen Gründen die Ausbildung nicht erfolgreich beendet wird. Hier werden wir einen Schwerpunkt auf eine Verbesserung der Qualität der praktischen Ausbildung bei uns setzen.

Durch den Beitritt der Stiftung zur Paritätischen Tarifgemeinschaft und der Anwendung des Tarifs seit dem 01.01.2023 werden deutlich attraktivere Gehälter gezahlt. Die Stiftung hat sich mit dem Beitritt wettbewerbsfähig positioniert.

III. Digitalisierung

Die Stiftung verfolgt verschiedene Projekte zur Vereinfachung von Verwaltungsprozessen durch die Nutzung geeigneter Software. Ein erster Schritt war die Umstellung der Pflegedokumentation auf eine EDV gestützte Variante. In Zukunft soll die Vernetzung zwischen den Programmen ausgebaut werden, um so die Effektivität zu verbessern. Die Stiftung sucht darüber hinaus nach geeigneten digitalen Lösungen, die den Arbeitsalltag der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erleichtern und auch für die Unterstützung der Betreuungs- und Pflegeprozesse für die Bewohnerinnen und Bewohner eingesetzt werden können.

Für den Bereich der Altenpflege gilt ab 01.07.2025 die Pflicht zur Anbindung an die Telematikinfrastruktur. Die Telematikinfrastruktur ist ein geschlossenes Netzwerk zum sektoren- und systemübergreifenden sicheren Austausch von Daten. Mit der Umsetzung ergeben sich eine Vielzahl von Detailfragen, die aktuell auch noch nicht geklärt sind. Um Erfahrungen im Umgang mit der TI zu sammeln, wird die Stiftung in einer Einrichtung Voraussetzungen zu deren Einsatz schaffen.

IV. Wirtschaftsplan 2024

Der Vorstand erwartet gemäß Wirtschaftsplanung für 2024 ein positives Ergebnis von ca. 523 TEUR. Die Tarifsteigerungen der PTG und Mindestlohnsteigerungen wurden einkalkuliert.

Mit der EVH wurden bereits im Jahr 2020 Verträge bis Ende 2024 für die Strom- und Gasversorgung geschlossen. Abgesehen von gesetzlichen Anpassungen (Gasspeicherumlage, Regelenergieumlage) sind die Arbeitspreise weiter auf vertraglichem Niveau. Ferner wurden die Miet- und Versorgungskosten sowie die Mieterlöse der Wohnungen des 2. Bauabschnitts Bugenhagenstraße 6a und Louis-Braille-Str. 18 in den Planwerten berücksichtigt.

Der Wirtschaftsplan wird regelmäßig im Rahmen einer Planfortschreibung überprüft und etwaige Änderungen im Stiftungsrat beschlossen.

4. Risikoberichterstattung in Bezug auf die Verwendung von Finanzinstrumenten und rechtliche Rahmenbedingungen

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen insbesondere Wertpapiere, Forderungen und Guthaben bei Kreditinstituten.

Ziel des Finanz- und Risikomanagements ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen finanzielle Risiken jeglicher Art. Die Stiftung verfolgt eine konservative Risikopolitik. Zur Absicherung gegen Liquiditätsrisiko wird für jedes wesentliche Geschäft ein Liquiditätsplan erstellt, der einen Überblick über die Geldaus- und -einkünfte vermittelt.

Soweit bei finanziellen Vermögenswerten Ausfall- und Bonitätsrisiken erkennbar sind, werden entsprechende Wertberichtigungen vorgenommen.

Zur Minderung von Ausfallrisiken verfügt das Unternehmen über ein entsprechendes Debitorenmanagementsystem sowie ein effizientes Mahnwesen.

Unklar ist, wie sich die Kündigung des Rahmenvertrages nach § 131 Abs. 1 SGB IX zum 31.12.2024 auswirken wird. Das Land Sachsen-Anhalt hat den Rahmenvertrag mit Schreiben vom 26.03.2024 gegenüber den Vereinigungen der Leistungserbringer gekündigt. Das Land Sachsen-Anhalt hat parallel zu einer Neuverhandlung des Rahmenvertrages aufgefordert. Konkrete Auswirkungen der Kündigung und der Neuverhandlung auf die Entgeltverhandlungen für das Jahr 2025 lassen sich noch nicht absehen.

Es gibt keine außergewöhnlichen oder unkontrollierten finanzintensiven und sonstigen risikoreichen Geschäftsvorfälle. Bestandsgefährdende Risiken, insbesondere mit Auswirkungen auf die Liquidität der Stiftung, sind für die folgenden 12 Monate nicht zu erkennen.

Serva GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Beesener Straße 15 06110 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	26		
Gesellschafter:		T€	%
	Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	26	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand der Gesellschaft ist die Förderung der Altenhilfe und die Unterstützung hilfsbedürftiger Personen. Der Satzungszweck wird durch planmäßiges Zusammenwirken mit der Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale und anderen steuerbegünstigten Körperschaften verwirklicht durch die Erbringung von Dienstleistungen, insbesondere für Einrichtungen für alte, sozial benachteiligte und behinderte Menschen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Der von der Serva GmbH verfolgte öffentliche Zweck liegt im Bereich der Gesundheitsversorgung, Altenpflege sowie im Sozial- und Gemeinwohlinteresse.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Fritschek, Andreas

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2023		2022		2021		Veränderungen 2023 zu 2022	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	4	1	5	1	4	1	-1	-20
Umlaufvermögen	362	99	349	99	300	99	13	4

Bilanzsumme	366	100	354	100	304	100	12	3
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------	----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	74	20	102	29	81	27	-28	-27
Rückstellungen	70	19	51	14	36	12	19	37
Verbindlichkeiten	222	61	201	57	187	61	21	10

Bilanzsumme	366	100	354	100	304	100	12	3
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------	----------

bb) GuV

	2023	2022	2021
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	4.191	3.890	3.563
sonstige betriebliche Erträge	19	65	54
Materialaufwand	1.465	1.297	1.179
Personalaufwand	2.667	2.553	2.313
Abschreibungen	1	1	3
sonstige betriebliche Aufwendungen	105	83	84
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	-28	21	38
sonstige Steuern	0	0	0
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	0	0	38
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-28	21	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2023	2022	2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-0,67	0,54	1,06	%
Eigenkapitalrentabilität:	-27,46	25,89	47,01	%
Cash-Flow:	-27	22	41	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	42	41	38	T€
Personalaufwandsquote:	63,34	64,55	63,95	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	1,12	1,35	1,36	%
Eigenkapitalquote:	20,14	28,66	26,53	%
Fremdkapitalquote:	79,86	71,34	73,47	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

Stadion Halle Betriebs GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	c/o Stadt Halle (Saale) 06100 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens sind die Erbringung von Betriebsleistungen für das in der Kantstraße in Halle (Saale) gelegene Fußballstadion sowie für weitere Sportanlagen und -einrichtungen in Halle (Saale), insbesondere das kaufmännische und technische Management, die Erbringung von Instandhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten, das Marketing sowie sämtliche weiteren zum Betrieb der Sportstätten notwendigen Leistungen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die durch die Gesellschaft bereitgestellte Sportinfrastruktur fördert den Sport, die Freizeitgestaltung sowie die Wirtschaft und steigert die Attraktivität der Stadt.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Geier, Egbert	
Beirat (bis 11.09.2023), Aufsichtsrat (ab 12.09.2023):¹⁾	Vorsitzende	Dr. Marquardt, Judith	
	stellv. Vorsitzende	Jacobi, Dörte	(bis 31.08.2023)
		Albrecht, Susann	(seit 01.09.2023)
		Biedermann, Paul	
		Eigendorf, Eric	(bis 08.10.2023)
		Ettingshausen, Rüdiger	(bis 21.02.2023)
		Feigl, Christian	
		Haak, Guido	(seit 25.01.2023)
		Heym, Carsten	
		Mämecke, Steve	(bis 24.01.2023)
		Meerheim, Sten	(seit 22.02.2023)
		Müller, Katja	
		Schiedung, Torsten	(seit 09.10.2023)

¹⁾ Mit der Inkraftsetzung des neuen Gesellschaftsvertrages am 12.09.2023 ist der Beirat der Stadion Halle Betriebs GmbH, ohne eine Änderung der Besetzung, in einen Aufsichtsrat umgewandelt worden.

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021
	T€	T€	T€
Beirat (bis 11.09.2023), Aufsichtsrat (ab 12.09.2023)	1	1	2

Der Geschäftsführer erhielt im Berichtszeitraum keine Bezüge von der Stadion Halle Betriebs GmbH.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2023		2022		2021		Veränderungen 2023 zu 2022	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	72	16	87	21	104	31	-15	-17
Umlaufvermögen	358	79	302	74	212	63	56	19
Rechnungsabgrenzungsposten	21	5	21	5	20	6	0	0

Bilanzsumme	451	100	410	100	336	100	41	10
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	28	6	28	7	27	8	0	0
Rückstellungen	5	1	5	1	5	2	0	0
Verbindlichkeiten	320	71	280	68	91	27	40	14
Rechnungsabgrenzungsposten	98	22	97	24	213	63	1	1

Bilanzsumme	451	100	410	100	336	100	41	10
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------	-----------

bb) GuV

	2023	2022	2021
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.410	1.424	1.715
sonstige betriebliche Erträge	0	1	0
Materialaufwand	0	0	6
Abschreibungen	16	17	12
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.394	1.408	1.694
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	2
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	0	0	1
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	1

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2023	2022	2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,02	0,05	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,84	3,15	%
Cash-Flow:	16	17	13	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	15,90	21,30	31,00	%
Eigenkapitalquote:	6,14	6,74	8,15	%
Fremdkapitalquote:	93,86	93,26	91,85	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

A. Wirtschaftsbericht

1. Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

Das Geschäftsjahr 2023 war insbesondere durch die sportliche Entwicklung des Halleschen FC in der 3. Liga geprägt.

Der Verein landete in der Spielzeit 2022/23 auf dem 16. Tabellenplatz und konnte damit den Klassenerhalt sichern. Allerdings befand sich der HFC zwischenzeitlich in Abstiegsgefahr. Erst am vorletzten Spieltag konnte der Ligaverbleib gesichert werden.

Auch in der Saison 2023/24 kämpft der Hallesche FC wiederum um den Abstieg. Zum Ende der Hinrunde nach 19 Spieltagen lag der Verein mit 18 Punkten auf dem 16. Rang, nur einen Punkt vor dem ersten Abstiegsplatz.

Der Verein hat im Geschäftsjahr 2023 die Mietzahlungen und die Betriebskostenvorauszahlungen stets in voller Höhe an die SHBG gezahlt.

Die Einnahmen aus Veranstaltungen außerhalb von vertraglich vereinbarten Liga-Spielen des HFC konnten im Vergleich zum Vorjahr auf gleichbleibendem Niveau gehalten werden. Besondere Einnahmen konnten dabei durch das Abschiedsspiel von Toni Lindenhahn und das Freundschaftsspiel gegen Borussia Mönchengladbach erzielt werden.

Trotz der höheren Energiepreise konnten durch Einsparmaßnahmen die Kosten in etwa auf gleichem Niveau gehalten werden. Aufgrund der für den Rasen besseren Witterung konnten beim Wasserverbrauch Einsparungen erzielt werden.

2. Lage des Unternehmens

Das Berichtsjahr 2023 umfasste einen ganzjährigen Spielbetrieb des HFC in der 3. Liga. Durch die hierbei erzielten Einnahmen und Ausgaben bestand zum Bilanzstichtag ein positiver Liquiditätsbestand in Höhe von Euro T€ 301.

Die wirtschaftliche Lage kann insgesamt als gut bezeichnet werden. Die Gesellschaft war stets in der Lage, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Allerdings wird der Liquiditätsstand keine größeren Investitionen in das Stadion ermöglichen. Dies gilt auch weiterhin.

Die Gesellschaft hat im abgelaufenen Geschäftsjahr ein ausgeglichenes Jahresergebnis erzielt.

B. Bericht über die zukünftige Entwicklung sowie Chancen und Risiken des Unternehmens

1. Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Das Geschäftsjahr 2024 wird weiterhin durch den laufenden Spielbetrieb in der 3. Liga innerhalb des Stadions geprägt.

Der HFC als Hauptnutzer spielt die gesamte Rückrunde der Saison 2023/24 über gegen den Abstieg aus der 3. Liga. Fünf Spieltage vor Schluss steht der Verein mit sechs Punkten Rückstand auf einem Abstiegsplatz. Daher ist es als realistisch einzuschätzen, dass der Hauptmieter HFC in der kommenden Spielzeit in der vierklassigen Regionalliga antreten muss.

Kurzfristig hat dies zunächst keine Auswirkungen auf die Gesellschaft. Alle relevanten Verträge (Namensrechte, Mietvertrag HFC) laufen zunächst wie im bisherigen Umfang weiter, so dass die Entwicklung positiv eingeschätzt wird.

Die Ergebnisse der Sonderveranstaltungen werden sich vermutlich auf einem ähnlichen Niveau bewegen wie im Geschäftsjahr 2023.

2. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Das weitere Geschäftsjahr wird vor allem vom sportlichen Erfolg des Halleschen FC in der 3. Liga geprägt sein.

Sollte der Klassenerhalt des HFC nicht gelingen, könnte mittelfristig eine reduzierte Mietzahlung drohen. Dies wird maßgeblich vom sportlichen Erfolg und der Anpassung des HFC an die wirtschaftlichen Gegebenheiten in der Regionalliga abhängen.

Grundsätzlich wäre die SHBG nicht in der Lage, diese Einnahmenverluste aus eigener Kraft zu kompensieren. Eine signifikante Erhöhung der Einnahmen aus Fremdveranstaltungen ist angesichts der Stadionspezifika nicht realistisch. Eine Senkung der Kosten in dieser Größenordnung wird ebenfalls nicht möglich sein, da der überwiegende Teil sich aus dem normalen Betrieb des Stadions ergibt. Dieser lässt sich in der Regionalliga im Vergleich zur 3. Liga nicht relevant reduzieren, da Medienverbräuche, Rasenpflege und Instandhaltung auf etwa gleichem Niveau verbleiben.

Sollte das Szenario einer Mietreduzierung eintreten, müsste mittelfristig mit der Stadt Halle (Saale) über eine Erhöhung des seit dem Jahr 2011 im Wesentlichen konstanten Zuschusses verhandelt werden.

Im Falle des Klassenerhaltes besteht die wichtigste Aufgabe nach wie vor darin, den Anforderungen des Spielbetriebes der 3. Liga gerecht zu werden und je nach Abhängigkeit vom sportlichen Erfolg des HFC, notwendige Anpassungen wirtschaftlich sinnvoll vorzunehmen und weiterhin den reibungslosen Betrieb zu gewährleisten.

C. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag

Die Stadion Halle Betriebs GmbH hat auf Beschluss des Stadtrates zum 1. März 2024 den Betrieb des Nachwuchsleistungszentrums (NLZ) auf der Silberhöhe übernommen. Dazu wurde mit der Stadt Halle (Saale) ein Betrauungsakt abgeschlossen, der eine jährliche Zuschusszahlung für den Betrieb und die Bewirtschaftung in Höhe von 400 TEUR vorsieht. Am Ende des Geschäftsjahres ist eine Spitzabrechnung vorgesehen, so dass die SHBG eine Trennrechnung zwischen NLZ und Stadion vornehmen muss.

Die SHBG hat zum 1. März 2024 die Rasenpflegeleistungen am NLZ nach einer europaweiten Ausschreibung vergeben. Mit dem HFC wurde ein Nutzungsvertrag abgeschlossen, der eine grundsätzliche Teilung aller Kosten, die durch den Betrieb und die Bewirtschaftung des NLZ entstehen, vorsieht.

Nach den nun erfolgten Vergaben und den bisherigen Erfahrungen mit den Medienverbräuchen ist der vereinbarte Zuschuss für das NLZ auskömmlich.

Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Glauchauer Straße 68 06110 Halle (Saale)
Rechtsform:	Stiftung
Stiftungskapital in T€:	12.382

Gegenstand des Unternehmens:

Zweck der Stiftung ist, sozial - benachteiligten Einwohner der Stadt Halle (Saale) Unterkunft, Verpflegung und kulturelle Betreuung zu gewähren.

Der Stiftungszweck wird verwirklicht, insbesondere durch:

- (a) den Betrieb des Senioren-, Wohn- und Pflegeheimes Hospital St. Cyriaci et Antonii
- (b) altersgerechte Wohnformen sowie die soziale und kulturelle Betreuung alter und pflegebedürftiger Menschen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Eine der Satzung entsprechende Tätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des stiftungsinternen Risikomanagements und durch die Stiftungsaufsicht. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Dr. Cremer, Manfred
Stiftungsvorstand :	Vorsitzende	Brederlow, Katharina
	stellv. Vorsitzender	Geier, Egbert Döring, Jan Kirchert, Christian Scholtyssek, Andreas

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021
	T€	T€	T€
Stiftungsrat	0	0	0

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2023		2022		2021		Veränderungen 2023 zu 2022	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	25.426	92	26.322	93	26.472	91	-896	-3
Umlaufvermögen	2.014	7	1.831	6	2.411	8	183	10
Rechnungsabgrenzungsposten	254	1	243	1	203	1	11	5

Bilanzsumme	27.694	100	28.396	100	29.086	100	-702	-2
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	-------------	-----------

	2023		2022		2021		Veränderungen 2023 zu 2022	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	17.667	64	17.951	63	18.292	63	-284	-2
Sonderposten aus Zuschüssen und Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	2.068	7	2.190	8	2.312	8	-122	-6
Rückstellungen	364	1	393	1	455	2	-29	-7
Verbindlichkeiten	7.407	27	7.672	27	7.831	27	-265	-3
Rechnungsabgrenzungsposten	188	1	190	1	196	0	-2	-1

Bilanzsumme	27.694	100	28.396	100	29.086	100	-702	-2
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	-------------	-----------

bb) GuV

	2023	2022	2021
	T€	T€	T€
Erlöse aus Pflegeleistung	11.048	10.096	9.689
sonstige betriebliche Erträge	677	1.046	1.279
Materialaufwand	2.889	2.421	2.567
Personalaufwand	6.863	6.584	6.192
Abschreibungen	961	946	906
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	123	122	122
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.061	1.302	935
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0	0	0
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	357	352	356
Ergebnis nach Steuern	-283	-341	134
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-283	-341	134

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2023	2022	2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-2,56	-3,38	1,38	%
Eigenkapitalrentabilität:	-1,58	-1,87	0,74	%
Cash-Flow:	678	605	1.040	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	91	88	93	T€
Personalaufwandsquote:	58,53	59,09	56,45	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	91,50	92,30	90,55	%
Eigenkapitalquote:	63,80	63,21	62,89	%
Fremdkapitalquote:	36,20	36,79	37,11	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Pflegeplätze	157,00	157,00	157,00	Anzahl
Pflegetage (vollstationär inkl. Kurzzeitpflege)	55.587,00	55.035,00	52.737,00	Tage
Kapazitätsauslastung Betten	97,00	96,00	94,00	%
Wohneinheiten betreutes Wohnen	97,00	97,00	97,00	Anzahl
Vermietungsstand	97,00	97,00	96,00	%
Mietwohnungen	55,00	55,00	55,00	Anzahl

Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Glauchauer Straße 68 06110 Halle (Saale)
Rechtsform:	Stiftung
Stiftungsvermögen in T€:	344

Gegenstand des Unternehmens:

Stiftungszweck ist die Unterstützung sozial benachteiligter blinder und sehgeschwacher Einwohner der Stadt Halle (Saale).

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Eine der Satzung entsprechende Tätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des stiftungsinternen Risikomanagements und durch die Stiftungsaufsicht. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Dr. Cremer, Manfred
Stiftungsvorstand :	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd
	stellv. Vorsitzender	Geier, Egbert
		Brederlow, Katharina

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Der Vorstand hat im Berichtszeitraum keine Bezüge erhalten.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2023		2022		2021		Veränderungen 2023 zu 2022	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	344	61	344	62	344	62	0	0
Umlaufvermögen	221	39	214	38	206	38	7	3
Bilanzsumme	565	100	558	100	550	100	7	1
Passiva								
Eigenkapital	565	100	558	100	550	100	7	1
Bilanzsumme	565	100	558	100	550	100	7	1

bb) GuV

	2023	2022	2021
	T€	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	18	17	15
sonstige betriebliche Aufwendungen	14	11	13
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2	2	2
Ergebnis nach Steuern	6	8	4
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	6	8	4
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	6	6	5
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	2	-1

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2023	2022	2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	1,13	1,39	0,73	%
Cash-Flow:	6	8	4	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	60,90	61,60	62,46	%
Eigenkapitalquote:	100,00	100,00	100,00	%
Fremdkapitalquote:	0,00	0,00	0,00	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Ackerfläche	444.667,50	444.667,50	444.667,50	m ²
Gartenfläche	7.393,00	7.393,00	7.393,00	m ²

f) Lagebericht

Der Vorstand der Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung hat in seiner Sitzung am 06.05.2024 u.a. folgende Beschlüsse gefasst:

- Feststellung der Jahresrechnung für 2023
- Einstellung in die Rücklage
- Mittelverwendung

Vermögensübersicht

Die Vermögenslage der Stiftung ist stabil, das Stiftungsvermögen wird durch die jährliche Rücklagenbildung gesichert und erhalten.

Die Bilanzsumme erhöhte sich zum Vorjahr um EUR 6.383,75 auf EUR 564.588,38 durch die Erhöhung des Umlaufvermögens.

Die Stiftung generierte Einnahmen in Höhe von EUR 20.157,46. Diese setzen sich im Wesentlichen zusammen aus Pacht (EUR 17.724,58) und Zinsen aus Kontokorrentkreditvertrag mit der Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (EUR 2.000,04).

Dem stehen Ausgaben in Höhe von EUR 572,82 gegenüber.

Aus dem erwirtschafteten Jahresüberschuss in Höhe von EUR 19.584,64 wurde eine Rücklage nach § 62 Abs. 1 Nr. 3 AO in Höhe von EUR 6.528,21 gebildet. Die Rücklage hat sich dadurch auf EUR 109.799,57 erhöht. Das Stiftungsvermögen wird durch die jährliche Rücklagenbildung gesichert und erhalten.

Ideeller Bereich

Im ideellen Bereich liegen im Geschäftsjahr Einnahmen in Höhe von EUR 49,45 nicht verwendeter Stiftungsmittel aus dem Jahr 2022 vor.

In diesem Bereich sind betriebliche Gesamtaufwendungen in Höhe von EUR 13.200,89 (Vorjahr: 10 TEUR) entstanden.

Diese setzen sich zusammen aus:

• Nicht verwendete Mittel	EUR	49,45
• Verwaltungskosten für Beratungsleistungen lt. Vertrag vom 10.09.2006 zwischen Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung und Stiftung St. Cyriaci et Antonii zu Halle für 2021	EUR	3.344,50
• Prüfung Jahresrechnung 2022 und Fertigung Steuerklärung	EUR	666,40
• Vertretungsbescheinigung-Transparenzregister	EUR	15,00
• Mittelverwendung-Zufinanzierung an Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle für den Erwerb von Leselampen für den stationären Bereich	EUR	7.748,48
• Gebührenrechnung vom 16.05.2023-Erklärung zu Grundsteuer	EUR	1.475,96
	Σ	<u>EUR 13.200,89</u>

Der Nachweis der satzungsgemäßen Mittelverwendung wurde durch den Destinatär Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle vollständig erbracht.

Mittelverwendung in Höhe von EUR 7.604,02

Nach dem Ergebnis der Prüfung durch die Sozietät Hümmerich und Partner wurde die Jahresrechnung in der Sitzung vom 06.05.2024 festgestellt. Danach steht ein Jahresergebnis zur satzungsmäßigen Verwendung in Höhe von EUR 7.604,02 zur Verfügung.

Folgende Mittelverwendung wurde in dieser Sitzung beschlossen:

- Zuwendung in Höhe von EUR 7.604,02 an die Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle für den Erwerb von Pflegebetten für den stationären Pflegebereich in der Glauchaer Straße 68 und im Unterplan 11

3.7 KULTUR

Stiftung Händel-Haus

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Große Nikolaistraße 5 06108 Halle (Saale)
Rechtsform:	Stiftung
Grundstockvermögen in T€:	6.591

Gegenstand des Unternehmens:

Die Stiftung verfolgt gemäß ihrem Stiftungszweck die folgenden Aufgaben:

Erforschung und Vermittlung von Leben, Werk und Rezeption Georg Friedrich Händels im Kontext der regionalen und der europäischen Musikgeschichte sowie Verbreitung seines Gesamtwerkes. Dieser Zweck wird insbesondere verwirklicht durch

- Trägerschaft und Unterhaltung des Händel-Museums in Halle (Saale) mit seinen wissenschaftlichen Sammlungen sowie der Musikinstrumentensammlung mit Restaurierungswerkstatt,
- Durchführung der Händel-Festspiele, sonstiger Konzerte, Vorträge und pädagogischer Angebote sowie
- Durchführung von und Mitwirkung bei Forschungsvorhaben.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Stiftung Händel-Haus betreibt die Museen Händel-Haus sowie Wilhelm-Friedemann-Bach-Haus und veranstaltet die Händel-Festspiele Halle. Der öffentliche Zweck der Stiftung umfasst kulturelle und pädagogische Aspekte sowie die Steigerung der Attraktivität und Bekanntheit der Stadt.

Eine dem Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) zur Gründung der Stiftung und der Satzung entsprechende Tätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des stiftungsinternen Risikomanagements und durch die Stiftungsaufsicht. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Direktor:		Birnbaum, Clemens
Kuratorium:	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd
	stellv. Vorsitzender	Dr. Putz, Sebastian
		Bethke, Susanne
		Dr. Fox, Jürgen
		Dr. Marquardt, Judith
		Dr. Wünscher, Ulrike
		Prof. Dr. Maul, Michael
		Prof. Kopp, Peter

Fachbeirat:	Vorsitzender	Prof. Dr. Hirschmann, Wolfgang
		Hoberg, Uwe
		Kaiser, Angela
		Lange, Mark
		Prof. Dr. Fontana, Eszter
		Schirmer, Ragna
	Ehrenmitglied	Sutcliffe, Walter
		Bartoli, Cecilia

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für den Direktor wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2023		2022		2021		Veränderungen 2023 zu 2022	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	7.981	73	8.119	74	8.316	75	-138	-2
Umlaufvermögen	2.976	27	2.807	26	2.818	25	169	6
Rechnungsabgrenzungsposten	2	0	3	0	3	0	-1	-33
Bilanzsumme	10.959	100	10.929	100	11.137	100	30	0

	2023		2022		2021		Veränderungen 2023 zu 2022	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	9.732	89	9.760	89	9.940	89	-28	0
Sonderposten aus Zuschüssen und Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	427	4	377	3	392	4	50	13
Rückstellungen	604	6	583	5	638	6	21	4
Verbindlichkeiten	31	0	46	1	33	0	-15	-33
Rechnungsabgrenzungsposten	165	1	163	2	134	1	2	1
Bilanzsumme	10.959	100	10.929	100	11.137	100	30	0

bb) GuV

	2023	2022	2021
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	86	97	46
Zuschüsse Gesellschafter	2.889	2.856	2.084
sonstige betriebliche Erträge	712	790	340
Personalaufwand	1.171	1.224	1.206
Abschreibungen	211	237	246
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.317	2.443	1.073
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	-16	-20	25
Ergebnis nach Steuern	-28	-181	-30
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-28	-181	-30
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	-28	-181	-30
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2023	2022	2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-33,44	-186,37	-66,79	%
Eigenkapitalrentabilität:	-0,29	-1,85	-0,31	%
Cash-Flow:	182	56	216	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	194	208	145	T€
Personalaufwandsquote:	31,76	32,70	48,82	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	72,82	74,29	74,66	%
Eigenkapitalquote:	88,80	89,30	89,25	%
Fremdkapitalquote:	11,20	10,70	10,75	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Besucher Museum Händel-Haus und Wilhelm-Friedemann-Bach-Haus sowie Veranstaltungen Stiftung Händel-Haus	23.201	19.138	8.053	Anzahl
Besucher Händel-Festspiele	44.000	40.000	0	Anzahl

f) Lagebericht

Bericht Jahresabschluss 2023 Stiftung Händel-Haus Halle (Auszug aus dem Tätigkeitsbericht des Direktors der Stiftung Händel-Haus)

Finanzen

Der Jahresabschluss 2023 wurde gemäß § 16 Satz 3 der Satzung vom Direktor unter Einbeziehung eines Steuerberaters (Masthoff & Karting Steuerberater und Partner mbB, Herr Jens Masthoff) erstellt. Auf Grundlage eines Beschlusses des Kuratoriums auf seiner Sitzung am 15. Dezember 2022 (s. Protokoll TOP 6, Beschluss Nr. 5) wird eine freiwillige Prüfung des steuerlichen Jahresabschlusses 2023, bestehend aus den Einnahmen-Ausgaben-Rechnungen, den Vermögensrechnungen und dem Stiftungsbericht durch einen Wirtschaftsprüfer vorgenommen. Bei der Berichterstattung sollen die Grundsätze des IDW PS 740 beachtet werden.

Der vorliegende Jahresabschluss der gemeinnützigen Stiftung dient dem Nachweis, dass ihre tatsächliche Geschäftsführung auf die ausschließliche und unmittelbare Erfüllung des steuerbegünstigten Stiftungszwecks gemäß § 63 AO gerichtet ist. Dabei kamen handelsrechtliche Vorgaben zur Geltung unter Beachtung der grundsätzlichen Vorschriften der Abgabenordnung für die ordnungsgemäße Buchführung im Sinne der §§ 145, 146, 147 AO und der Gemeinnützigkeit im Sinne des § 52 AO.

Der Jahresabschluss wurde gemäß der oben genannten Prüfungsschwerpunkte von Herrn Dr. Tom Wrankmore (Wirtschaftsprüfer Dr. Tom Wrankmore GmbH & Co. KG Steuerberatungsgesellschaft) geprüft.

Aktiva

Das Aktivvermögen der Stiftung beträgt zum 31.12.2023 € 11,0 Mill. Dies setzt sich im Wesentlichen aus dem laut Satzung nicht veräußerbaren Kunstgut der Stiftung in Höhe von € 6,6 Mill. zusammen. Durch Ankäufe, zweckgebundene Spenden und Schenkungen von Kunstgütern wuchs der Wert im Vergleich zum Jahr 2023 um € 32,7 T.

Das Anlagevermögen verzeichnet als Sachanlagen die Gebäude, die 2009 erstellte Dauerausstellung „Händel – der Europäer“ und die damit in Zusammenhang stehende Rekonstruktion des zerstörten romanischen Gewölbes, die Bauleistungen von Dach und Fassade des Händel-Hauses, die Hofgestaltung, die 2012 neu entstandene Dauerausstellung im W.F. Bach-Haus, das vom Kuratorium beschlossene Projekt zur Errichtung eines Klangstudios als museumspädagogischer Bereich in der Ausstellung des Händel-Hauses, den im Jahr 2016 erfolgten Neubau einer behindertengerechten Toilette im Museumsbereich, den Ausbau der Toilettenanlagen im Verwaltungsgebäude sowie den im Rahmen einer EFRE-Förderung erfolgten Umbau und Errichtung eines behindertengerechten Eingangsbereichs.

Weiteres Vermögen weist die Stiftung in der Büro- und Werkstatttechnik sowie in der EDV-Software auf.

Die Forderungen (#650) hängen u. a. mit der Abgrenzung zum 31.12.2023 für im Jahr 2023 von der Stiftung Händel-Haus gestellter Rechnungen zusammen, die in den ersten Monaten 2024 beglichen wurden.

In den liquiden Finanzmitteln der Stiftung in Höhe von € 2,86 Mill. sind Wertpapiieranlagen in Höhe von € 247 T enthalten. In Konto #917 sind die Anlagen, die gemäß der vom Kuratorium am 29. Juni 2016 beschlossenen Anlagenrichtlinie in folgende Wertpapiere erfolgten:

- Deka-Immobilien Europa
- Deka-Stiftungen Balance
- Deka-Nachhaltigkeits Aktien CF (A)

Bei Erstellung des Wertpapier-Portfolios folgte der Direktor Empfehlungen von Mitarbeiter*innen der Saalesparkasse, die die Anlagenrichtlinie der Stiftung vorliegen hatten. Mit Stichtag 31.12.2023 hatten die Anlagen folgende Werte:

- Deka-Immobilien Europa: € 100.472,1060
- Deka-Stiftungen Balance: € 95.097,46
- Deka-Nachhaltigkeits Aktien CF (A): € 51.500,00

Im aktiven Rechnungsabgrenzungsposten (#990) sind im Jahr 2023 geleistete Anzahlungen für das Wirtschaftsjahr 2023 enthalten. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um Siemens-Gebühren für den Feuerwehranschluss für das Jahr 2024 (€ 1,7 T) sowie die Abgrenzung von Aufwendungen für die Haftpflichtversicherung anteilig für das Jahr 2024 (€ 595).

Passiva

Die Finanzierungsquelle des Vermögens setzt sich vorrangig aus Eigenkapital zusammen. Das Grundstockvermögen (nicht veräußerbare Kunstgüter #1100 und #1101) erhöht sich im Rahmen von Zukäufen (rund € 32,7 T) und Schenkungen (€ 566) von Kunstgütern.

Die Ergebnissrücklagen wurden mit den Jahresabschlüssen vom Kuratorium beschlossen. Eine Liste derjenigen vom Kuratorium beschlossenen Projekte, die aus den Rücklagen der Vorjahre finanziert werden, ist als Anlage 3 beigefügt. Dabei wurden im Jahr 2022 nur geringfügig Rücklagen für steuerbegünstigte, satzungsgemäße Zwecke verwendet.

Der Betrag der verwendeten Ergebnissrücklage vermindert sich geringfügig um € 27,5 T zur Einstellung in die Betriebsmittelrücklage und bleibt konstant bei € 2,37 Mill..

Eine Betriebsmittelrücklage wird gemäß § 62, Absatz 1, Nr. 1 AO in Höhe von € 15 T gebildet (#1075).

Beim Sonderposten mit Rücklageanteil (#1180) handelt es sich um Fördermittelanteile für das durch die Investitionsbank Sachsen-Anhalt im Rahmen des EFRE-Kulturerbe-Programms geförderten Bauprojektes zum Aufbau des barrierefreien Zugangs zum Händel-Haus. Das Bauvorhaben wurde im Kalenderjahr 2020 beendet und die Fördermittelanteile werden über die Laufzeit der Abschreibung kohärent aufgelöst. Diese Auflösung betrug 2023 rd. € 15 T (#2041).

Darüber hinaus wurde im Kalenderjahr 2023 eine projektbezogene Rücklage Erbschaft (#1182) aufgrund des Zuflusses der sich aus der zweckgebundenen Erbschaft von Prof. Rätzer durch den Verkauf des Hauses in Höhe von € 72 T gebildet. Die Finanzierung zweckgebundener Projekte aus diesen Mitteln wird entsprechend aufgelöst. Im Kalenderjahr 2023 wurde für die Erarbeitung des Projektes "Operndatenbank" bereits € 7,3 T beansprucht und entsprechend aufgelöst.

Mit Bewilligung der Altersteilzeit einer Mitarbeiterin im Jahr 2020 wurde eine Rückstellung in Höhe von € 136 T gebildet. Mit Eintritt in die Freistellungsphase ab 1. Januar 2023 erfolgt eine monatliche Auflösung der Rückstellung in Höhe von € 4,7 T gegen die Personalkosten (Höhe in 2023 € 56,4 T).

Bei den Rückstellungen in den Konten #1221, #1222, #1223 und #1224 handelt es sich um Rückstellungen noch ungeklärter Tickets der Händel-Festspiele 2020 und 2021 sowie um die Rückstellung noch ungeklärter Tickets für Konzerte und Veranstaltungen des Händel-Hauses der Jahre 2020 und 2021 mit einem gesetzlichen Rückerstattungsanspruch von 3 Jahren. Bei den Konten #1225 und #1226 handelt es sich um Rückstellungen wegen möglicher Rückzahlungsforderungen von Landesmitteln durch das Landesverwaltungsamt im Zusammenhang mit den Projektförderungen der Händel-Festspiele 2020 und 2021. Aufgrund der mit Schreiben des Landesverwaltungsamtes vom 24.04.2023 erfolgten Anhörung zur Prüfung der Mittelverwendung für die Händel-Festspiele 2020 und dem noch ausstehenden Bescheid über die Verwendungsnachweisprüfung, bleiben die Rückstellungen in unveränderter Höhe bestehen.

Zur Abmilderung möglicher finanzieller Risiken und Kosten bei notwendiger Absage der Open-Air-Konzerte in der Galgenbergschlucht werden € 150 T für die Händel-Festspiele 2024 (#1227) zurückgestellt.

Die sonstigen Rückstellungen (#1220) in Höhe von € 110,4 T wurden u.a. gebildet für:

- Kosten des Steuerberaters zur Erstellung des Jahresabschlusses 2024
- Prüfung des Jahresabschlusses durch einen Wirtschaftsprüfer 2024
- Rückstellung für Investitionsmaßnahmen 2024
- Projektrücklage Digitalisierung Chrysander Nachlass

Bei den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (#1340) handelt es sich um Rechnungen mit Abgrenzung zum 31.12.2023. Diese wurden nach Fälligkeit im Januar 2024 bezahlt.

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten (#1990) enthält die Abgrenzung der im Jahr 2023 generierten Ticketerlöse für die Händel-Festspiele 2024 in Höhe von € 165 T.

Einnahmeüberschussrechnung

Die Stiftung erhielt Spenden im ideellen Bereich in Höhe von € 17 € (#2350).

Bei den Erträgen aus Zinsen und Wertpapieren (#4050 und #4152) sind die Erträge bzw. Wertminderungen der Wertpapieranlagen der Stiftung verzeichnet, die im Herbst 2016 im Rahmen der Anlagenrichtlinie erfolgte. Es ist auch in 2023 aufgrund des Ukrainekrieges und der Energiekrise ein weltweit niedriges Zinsniveau zu konstatieren für Anlagen, die mündelsicher oder nur in einer geringen Risikoklasse erfolgen.

Mit Erstellung des Jahresabschlusses 2023 sowie im Rahmen der Wirtschaftsprüfung erfolgte eine Wertminderung der Wertpapiere um € -23,5 T bei gleichzeitiger Ertragsausschüttung in Höhe von € 5,6 T (# 4152).

Gemäß § 5 Abs. 1 EStG und § 255 HGB sind Wertpapiere in der Bilanz grundsätzlich mit den Anschaffungskosten zu erfassen. Diese können um zulässige Abschreibungen gemindert werden, jedoch stellt die Obergrenze für eine Wertaufholung stets die Anschaffungskosten dar. Dies bedeutet, dass eine Bewertung der Wertpapiere über den Anschaffungskosten in der Regel nicht zulässig ist.

Ein Wertansatz, der über die tatsächlichen Werte hinausgeht ist unzulässig, sodass diese Berichtigung erfolgte.

Einnahmen und Ausgaben zur Verwirklichung der satzungsgemäßen Aufgaben (Museum, Forschung, kulturelle Veranstaltungen wie Händel-Festspiele u.a.m.) sind gemäß § 68 AO dem satzungsgemäßen, nicht steuerpflichtigen Zweckbetrieb zugeordnet. Neben Einnahmen im Rahmen eines Vertrages mit der Stadt Halle (Saale) und dem Land Sachsen-Anhalt (Händel-Festspiele) konnten projektbezogene Fördermittel in Höhe von € 322 T (# 2355) akquiriert werden.

Der Zuschuss des Landes Sachsen-Anhalt 2023 in Höhe von 580.000 € ist für das Projekt „Händel-Festspiele“ zweckgebunden.

Die nichtsteuerbaren Einnahmen betragen € 679 T. Unter den nicht steuerbaren Einnahmen betragen die Ticketerlöse der Händel-Festspiele (# 2010 und # 2011) € 499 T. Die Einnahmen der Eintrittserlöse für die Ausstellungen in den Museen erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um € 9,2 T auf € 61 T (#2015). Die Erlöse für Konzerte im Händel-Haus (#2016) betragen 2023 € 25 T und konnten im Vergleich zum Vorjahr geringfügig um rd. € 2 T gesteigert werden.

Die Lohn- und Gehaltsbuchhaltung wird von der Stadt Halle (Saale) im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages vorgenommen. Die Personalkosten der Stiftung Händel-Haus stiegen für die Mitarbeiter*innen im Jahr 2023 aufgrund der im Rahmen der Tarifeinigung TVÖD vom 22. April 2023 zu zahlenden Inflationsausgleichzahlung im Monat Juni 2023 sowie für die Monate Juli 2023 bis Ende Februar 2024 zu zahlenden monatlichen Sonderzahlungen, sofern die Anspruchsberechtigung erfüllt wurden.

An den tariflichen Erhöhungen im Rahmen des TVÖD partizipieren alle Mitarbeiter*innen, die mit Stiftungsgründung im Rahmen der Betriebsüberleitung zuvor als städtische Angestellte eine Tarifbindung mit dem TVöD besaßen. Ferner partizipierten alle anderen, nicht tarifgebundenen Mitarbeiter*innen und der Direktor an der Tarifierhöhung des TVÖD gemäß dem vom Kuratorium beschlossenen Wirtschaftsplan.

Die Aufwendungen für die Personalkosten fallen niedriger aus, als in der Planungsrechnung für das Jahr 2023 vorgesehen. Aufgrund eines langzeiterkrankten Mitarbeiters sowie verzögerter Stellenneubesetzungen nach Renteneintritt von zwei Mitarbeiter*innen in Ermangelung geeigneter Bewerber blieben diese Stellen mehrere Monate unbesetzt. Wesentliche Leistungen dieser Arbeitsaufgaben wurden ausgeschrieben und an externe Partner vergeben bzw. durch Aufgabenverteilung innerhalb der Stiftung erledigt.

Für die Pflege der Kunstsammlung der Stiftung (#2520) wurden im Jahr 2023 € 26,5 T aufgewendet, wobei sich die Reparatur eines durch Besucher*innen des Museums verursachten Schadens an der historischen Glasharmonika in Höhe von € 14,6 T verbucht wurde. Dieser Schaden wurde zu 100 % von der Kunstgutversicherung der Stiftung Händel-Haus übernommen (# 4040).

In den sonstigen Einnahmen aus Vorjahren (# 2042) sind Gutschriften der Betriebskostenabrechnungen aus den Jahren 2020 und 2021 in Höhe von € 46,4 T enthalten.

Die Sachkosten für die Durchführung der Veranstaltungen (#2530) betragen im Berichtsjahr T 193 € und liegen im üblichen Kostenrahmen der Händel-Festspiele.

Für die gesamte Marketing- und Öffentlichkeitsarbeit der Stiftung inklusive Aufwendungen für die Händel-Festspiele wurden € 222 T (# 2540) getätigt.

Die Raum -und Bewachungskosten betragen 2023 € 494T (# 2666). Es ist eine Kostensteigerung zum Vorjahr um € 58 T zu verzeichnen.

Bau-und Reparaturleistungen konnten in Höhe von € 102 T (# 2667, # 2680) getätigt werden.

Für externe Beratungsleistungen (Mediation) wurden im Kalenderjahr 2023 Ausgaben in Höhe von € 33,4 T getätigt.

Ein professionell geführter wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb, wie er von der Stiftung Händel-Haus betrieben wird, ist für eine gemeinnützige Stiftung eine gute Möglichkeit zur Beschaffung notwendiger zusätzlicher Einnahmen zur Erfüllung ihrer Zwecke.

Im Berichtsjahr 2023 wurde im Rahmen der Wirtschaftsprüfung eine außerplanmäßige Wertberichtigung im Warenbestand des Museumsshops für drei seit 2008/2009 vorhandene Eigenproduktionen nach dem Prinzip des Reichweiteabschlages vorgenommen. Die Wertminderung beträgt insgesamt € -23,0 T und wurde zu gleichen Teilen (je 50 %) dem Zweckbetrieb (# 2536) sowie dem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb (# 6304) zugeschrieben. Dies bedingt den außerplanmäßigen Verlust im wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb in Höhe von € -6,5 T.

Zum Gewinn im ideellen Bereich in Höhe von € 20 T kommen ein Verlust in der Vermögensverwaltung (€- 3 T), ein Verlust im nicht steuerpflichtigen Zweckbetrieb (€ -48,9 T) sowie ein Gewinn im steuerpflichtigen Zweckbetrieb (€ 10 T) hinzu.

Der wirtschaftliche Geschäftsbetrieb weist einen Verlust in Höhe von € - 6,5 T aus, welches sich durch die außerplanmäßige Wertberichtigung des Warenbestandes von drei Artikeln aus Eigenproduktionen der Stiftung Händel-Haus ergibt. Hierzu sei folgendes erläutert: Die Bewertung der Vorräte wurde mit einer systemischen Reichweiteabwertung des Vorratsvermögens der Stiftung für das Kalenderjahr 2023 berichtigt. Bei dem mit einem Reichweiteabschlag korrigierten Warenbestand handelt es sich um drei Artikel aus der Eigenproduktion der Stiftung, welche seit den Jahren 2008/2009 im Umlaufvermögen Warenbestand vorhanden sind. Da diese Produkte im Museumsshop seit mehreren Jahren nur in marginalem Umfang verkauft wurden, ist eine Berichtigung des Wertes des Umlaufvermögens erforderlich. So wurde das Vorratsvermögen in Höhe von € 23 T korrigiert.

Darüber hinaus werden die anteiligen allgemeinen Kosten sowie die anteiligen Personalkosten für den wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb (# 2751 und # 2762) wie in den Vorjahren nach den mit einer im Jahr 2013 durchgeführten Betriebsprüfung durch das Finanzamt Halle über die Jahre 2009 - 2011 vereinbarten Parametern, im steuerfreien Zweckbetrieb zur Verwirklichung der satzungsgemäßen Aufgaben (#2761 und #2762) als Ausgaben für den wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb (#8343 und #8344) berücksichtigt. Diese betragen im Jahr 2023 rund € 40 T. Aufgrund der außerplanmäßigen Wertberichtigung ist der Ertrag aus dem Wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb negativ.

Ergebnis

Im Ergebnis weist die Stiftung Händel-Haus für das Jahr 2023 ein Stiftungsergebnis in Höhe von € - 28.597,15 aus. Damit fällt der Verlust um rund € 137 T niedriger aus, als das im Wirtschaftsplan 2023 ausgewiesene Stiftungsergebnis (€ -165), welches vom Kuratorium in der Sitzung am 30. Juni 2022 beschlossen wurde (siehe Protokoll 10, Beschluss 13). Die Liquidität ist vorhanden.

Auf der Kuratoriumssitzung am 30.09.2014 wurde beschlossen, dass diejenigen Projekte, die vom Kuratorium beschlossen wurden und aus Rücklagen finanziert werden, in Form einer Liste dargestellt werden. Aus diesem Grund wird auf eine detaillierte Beschreibung der Projekte verzichtet, sondern die Liste als Anlage 3 dem Bericht beigelegt. In der Vergangenheit beschloss das Kuratorium stets, dass die jeweils genannten Beträge der beschlossenen Projekte nicht mit Beträgen festgeschrieben werden, sondern dass die Finanzierungsbeiträge für die beschlossenen Projekte untereinander variabel gestaltet werden können.

Zusammenfassende Erläuterung

- Im Kalenderjahr wurde durch gezielte Investitionen begonnen, den in den Jahren der Pandemie 2020 und 2021 verursachten Investitionsstau abzubauen. Es wurde in vielfältige Reparatur- und Investitionsmaßnahmen investiert. So konnte die umfangreiche Gaubensanierung sowie der Einbau einer neuen Brandmeldezentrale im Händel-Haus fertiggestellt werden. Darüber hinaus wurde umfangreich in die Erneuerung der IT-Hardware investiert.
- Aufgrund verzögerter Stellenneubesetzungen und Personalausfall sind geringere Personalkosten zu verzeichnen, als im Wirtschaftsplan 2023 vorgesehen.
- Dem gegenüber stehen Mehrausgaben im Bereich Sachausgaben und für die Raum- und Bewachungskosten.
- Das Kuratorium beschloss in der Vergangenheit für die Wirtschaftsplanungen, dass die Stiftung ihre liquiden Rücklagen allmählich aufbraucht. Eine Dynamisierung der Zuwendungen durch Stadt und Land wurde deshalb bis 2023 nicht angestrebt.
- Die Anschlussvereinbarung zur Finanzierung der Stiftung Händel-Haus für die Jahre 2023 bis 2027 konnte am 21.12.2022 unterzeichnet werden. Damit ist die Finanzierung der Stiftung Händel-Haus bis zum 31.12.2027 gesichert. Im Kalenderjahr 2023 wurde von der Stifterin Stadt Halle (Saale) ein Zuschussbetrag in Höhe von € 1.986.560 sowie vom Land Sachsen-Anhalt zweckgebunden für die Händel-Festspiele ein Betrag in Höhe von € 580.000 zur Verfügung gestellt.

Ergebnisverwendung 2023

Gemäß § 16 Satz 3 der Satzung der Stiftung Händel-Haus und auf Grundlage der gesetzlichen Regelung der §§ 58 und 62 AO schlägt der Direktor folgende Verwendung des Stiftungsergebnisses vor:

Die Gewinne aus dem ideellen Bereich (20.071,79 EUR) und des steuerpflichtigen Zweckbetriebes (9.983,64 EUR) sollen mit den Verlusten des wirtschaftlichen Zweckbetriebes (6.483,05 EUR), im steuerfreien Zweckbetrieb (48.913,65 EUR) und der Vermögensverwaltung (3.255,88 EUR) verrechnet werden.

Der Restbetrag des Verlustes (-28.597,15 EUR) soll durch Entnahme aus der Betriebsmittelrücklage in Höhe von (258.315,00 EUR) und gleichzeitiger Einstellung einer Betriebsmittelrücklage (229.717,85 EUR) verrechnet werden.

Stiftungsergebnis		28.597,15 EUR
Einstellung Betriebsmittelrücklage	§ 61 Abs. 1 AO	229.717,85 EUR
Entnahme Betriebsmittelrücklage	§ 62 Abs. 2 S. 2 AO	258.315,00 EUR
Stiftungsüberschuss / Stiftungsfehlbetrag		0,00 EUR

Theater, Oper und Orchester GmbH Halle

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Universitätsring 24 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb eines Mehrspartentheaters einschließlich Orchester. Dazu gehören auch untergeordnete Nebengeschäfte, die dem Hauptzweck des Theaterbetriebes zu dienen bestimmt sind. Der Theaterbetrieb dient der Förderung von Kunst und Kultur in der Öffentlichkeit.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Der öffentliche Zweck liegt in der Versorgung der Bevölkerung mit Kulturangeboten und der Steigerung der Attraktivität der Stadt.

Eine den Beschlüssen zur Gründung der TOOH und dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		van den Broek, Uta	
Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Dr. Marquardt, Judith	
	stellv. Vorsitzender	Dr. Wend, Detlef	(bis 20.12.2023)
		Dr. Brock-Harder, Inés	
		Dr. Richter, Inge	(seit 21.12.2023)
		Dr. Wünscher, Ulrike	
		Heinemann, Jens	
		Müller, Katja	
		Sedlacek, Michal	
		Vogel, Gerd	

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	2	4	2

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2023		2022		2021		Veränderungen 2023 zu 2022	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	23.011	60	21.985	58	21.972	59	1.026	5
Umlaufvermögen	15.220	40	16.242	42	15.415	41	-1.022	-6
Rechnungsabgrenzungsposten	54	0	24	0	25	0	30	125

Bilanzsumme	38.285	100	38.251	100	37.412	100	34	0
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	-----------	----------

	2023		2022		2021		Veränderungen 2023 zu 2022	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	33.309	87	32.485	85	32.540	87	824	3
Sonderposten aus Zuschüssen und Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	2.124	5	1.349	4	1.430	4	775	57
Rückstellungen	973	3	1.851	5	1.615	4	-878	-47
Verbindlichkeiten	1.418	4	2.144	5	1.648	4	-726	-34
Rechnungsabgrenzungsposten	461	1	422	1	179	1	39	9

Bilanzsumme	38.285	100	38.251	100	37.412	100	34	0
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	-----------	----------

bb) GuV

	2023	2022	2021
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	3.048	2.597	1.122
Zuschüsse Gesellschafter	39.243	38.513	37.349
sonstige betriebliche Erträge	1.892	719	1.879
Materialaufwand	3.430	3.636	2.730
Personalaufwand	33.656	31.890	27.103
Abschreibungen	1.796	1.735	1.415
sonstige betriebliche Aufwendungen	4.461	4.616	3.304
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	10	0	-27
Ergebnis nach Steuern	830	-48	5.825
sonstige Steuern	6	7	-3
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	824	-55	5.828

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2023	2022	2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	27,04	-2,13	519,67	%
Eigenkapitalrentabilität:	2,54	-0,17	21,82	%
Cash-Flow:	2.620	1.680	7.243	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	95	90	87	T€
Personalaufwandsquote:	76,17	76,24	67,17	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	59,82	57,28	58,45	%
Eigenkapitalquote:	87,00	84,93	86,98	%
Fremdkapitalquote:	13,00	15,07	13,02	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Besucher	178.918	187.610	48.297	Anzahl
Vorstellungen, Veranstaltungen	1.438	1.181	451	Anzahl

f) Lagebericht

I. Grundlagen des Unternehmens

1. Rechtliche Grundlagen

Gemäß den Ratsbeschlüssen der Stadt Halle (Saale) vom 26. November 2008 wurden der Verbund Oper/Staatskapelle Halle, das neue theater Halle, das Puppentheater Halle und das Thalia Theater Halle als kommunale Eigen- bzw. Regiebetriebe der Stadt Halle mit allen Vermögensgegenständen und Schulden auf die Theater, Oper und Orchester GmbH Halle (nachfolgend auch „TOOH“) zum 1. Januar 2009 ausgegliedert.

Gegenstand der TOOH ist der Betrieb eines Mehrspartenhauses einschließlich Orchester. Der Theaterbetrieb dient der Förderung von Kunst und Kultur in der Öffentlichkeit.

Organe der Gesellschaft sind Geschäftsführung, Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung.

2. Wirtschaftliche Grundlagen

Zwischen dem Land Sachsen-Anhalt und der Stadt Halle (Saale) wurde am 20. Dezember 2018 der Zuwendungsvertrag über die Förderung der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle für die Laufzeit vom 1. Januar 2019 bis 31. Dezember 2023 geschlossen. Der Zuwendungsvertrag für die Förderperiode vom 1. Januar 2024 bis 31. Dezember 2028 wurde am 21. Dezember 2023 geschlossen. Das Land und die Stadt sind somit bestrebt, den Fortbestand der TOOH als Vollspartenhaus dauerhaft auf eine gesicherte Grundlage zu stellen sowie die künstlerische Qualität zu erhalten und zu fördern. Im Wege der Festbetragsfinanzierungen gewähren das Land Sachsen-Anhalt und die Stadt Halle (Saale) nicht rückzahlbare Zuwendungen.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das Geschäftsjahr 2023 war durch die Kombination von Inflation und hohen Tarifabschlüssen geprägt. Die angespannten Haushalte der Kommunen und Länder stellt die Bühnen und ihre Träger in den nächsten Jahren vor große Herausforderungen.

Die Theaterstatistiken zeigen weiterhin eine zögerliche Rückkehr der Menschen in das öffentliche Leben. Während die Anzahl der Veranstaltungen vorpandemisches Niveau erreichte, liegt die Zahl der Besucher*innen noch deutlich unter der Zahl vorpandemischer Spielzeiten.

Die Pandemie hat mit ihren substanziellen Einschränkungen zu einer Veränderung im individuellen Verhalten geführt und den Trend des stetigen Rückgangs der Besucher*innen erheblich verstärkt.

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und die sich anschließende Energiekrise sowie die gestiegene Inflation haben dazu beigetragen, dass die Verunsicherung der Menschen im Jahr 2023 anhielt. Erst zu m Ende des Kalenderjahres 2023 kehrten die Besucher*innen vermehrt in die Veranstaltungen zu rück.

Am 7. Oktober 2023 erfuhren die Theater mit dem Terror-Angriff der Hamas auf Israel und Israels Militäreinsatz in Gaza eine weitere entsetzliche Bestimmung, die auch die Diskurse um Rolle und Haltung der Kultur dominieren sollte.

Zusammenfassend lassen sich die Herausforderungen der institutionellen Theater im Geschäftsjahr 2023 wie folgt darstellen:

- verändertes Zuschauerverhalten
- Fachkräftemangel
- hoher Altersdurchschnitt der Beschäftigten
- steigende Energie- und Beschaffungspreise
- Sanierungsstau bei Technik und Gebäuden
- Herausforderungen durch Digitalisierung und Transformationsthemen, wie Inklusion, Nachhaltigkeit u. a.

2. Geschäftsverlauf der TOO H

Die im Geschäftsjahr 2023 geplanten Premieren, Konzerte und Wiederaufnahmen konnten überwiegend erreicht werden. Trotz Vorstellungsausfällen, die überwiegend auf die hohen Krankenstände beim Festpersonal und bei den Gästen zurückzuführen sind, konnte die TOO H die im Zuwendungsvertrag vorgeschriebene durchschnittliche Anzahl an Vorstellungen erfüllen.

Die Umsatzerlöse des Geschäftsjahres 2023 liegen über den Umsatzerlösen des Geschäftsjahres 2022, allerdings unter den Planzahlen des Wirtschaftsjahres 2023. Die für das Jahr 2023 geplanten Auslastungen bei uneingeschränkter Platzkapazität konnten nicht erreicht werden. Insbesondere die Sparten Schauspiel und Staatskapelle lagen unter den geplanten Leistungszielen. Ursachen bzw. Sondereffekte lassen sich hier durch den Wechsel in der künstlerischen Leitung Schauspiel und den eingebrochenen Gastspielbetrieb, der nur zögerlich und unter verschlechterten Konditionen zurückkehrt, erkennen.

Eine Kompensation der verminderten Einnahmen durch verminderte Ausgaben war der TOO H auf Grund ihrer Struktur, der hohen Inflation sowie der historisch einmaligen Tarifsteigerungen unmöglich.

In allen Tarifbereichen stiegen die Löhne, Gehälter und Gagen über die im Zuwendungsvertrag prognostizierten Werte. Die Entgelte der Beschäftigten in der untersten Entgeltgruppe stiegen um bis zu 17 %. Die durchschnittliche Entgelterhöhung ab 1. März 2024 beläuft sich auf 11,5 % und ist durch den Zuwendungsvertrag im Jahr 2024 gedeckt.

Ein weiterer Kostentreiber bei den Personalkosten war die vermehrte krankheitsbedingte Beschäftigung von Aushilfen und Einspringern.

3. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die TOO H plante zur Erfüllung ihres kulturpolitischen Auftrages eine unverändert hohe Anzahl an Vorstellungen und Konzerten. Der Bevölkerung wurde damit ein vielfältiges Kultur- sowie Begleitangebot unterbreitet. Ein Vergleich mit den Vorjahren ist hinsichtlich Anzahl der Vorstellungen möglich. Vergleiche anderer Finanzkennziffern haben allerdings wenig Aussagekraft, da die Vorjahre von multiplen Krisen, insbesondere der Pandemie und der Energiekrise geprägt waren.

Das Jahr 2023 brachte wiederum neue wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Herausforderungen, wie Inflations- und Tarifsteigerungen. Mit diesem Bewusstsein sollten die nachfolgenden Analysen gelesen werden.

a) Ertragslage

Umsatzerlöse

Die Einnahmen aus Kartenverkäufen und die Besucherzahlen haben sich wie folgt entwickelt:

	Besucher Ist 2022 (Anzahl)	Besucher Ist 2023 (Anzahl)	Änderung	Einnahmen Ist 2022 (EUR)	Einnahmen Ist 2023 (EUR)	Änderung
Oper	54.698	60.848	11%	1.006.037	1.246.010	24%
Staatskapelle	35.632	43.564	22 %	584.297	673.190	15%
neues theater	34.340	30.136	-12 %	489.303	493.794	1%
Puppentheater	13.219	14.627	11%	273.564	237.814	-13%
Thalia Theater	16.713	17.452	4%	61.731	138.223	124%
TOO H allgemein/ Pädagogik	33.008*	12.291 *	-63 %	10.527	44.050	318 %
	187.610	178.918	-5%	2.425.459	2.833.081	17%

*inkl. Spielzeiteröffnung

Die Übersicht zeigt eine leichte Erholung der Besucherzahlen vor allem in den Bereichen Oper und Staatskapelle wie auch insgesamt Steigerung der Einnahmen aus Kartenverkäufen. Die grundsätzlich positive Entwicklung der Besucherzahlen sollte allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass das vorpandemische Niveau noch nicht erreicht werden konnte.

Die Staatskapelle kann immer noch nicht auf einen vollständig erholten Gastspielbetrieb zurückgreifen, so dass hierdurch Einnahmeverluste zu verzeichnen sind.

Im Schauspiel und Kinder- und Jugendtheater gab es im Jahr 2023 einen Wechsel in der künstlerischen Leitung. Hieraus ergaben sich belastende Sondereffekte auf die Zuschauerzahlen in den Spielstätten neues Theater und Thalia Theater sowie im Bereich TOOH allgemein/Pädagogik.

Der Einnahmerückgang des Puppentheaters ist auf einen dreimonatigen Umbau einer Spielstätte zurückzuführen. Eine Ausweichspielstätte gab es für den Zeitraum des Umbaus nicht. Der Anstieg der Besucherzahl ergibt sich aus Open-Air-Veranstaltungen und Kindervorstellungen.

Die Einnahmesteigerungen beim Thalia Theater ergeben sich aus Faschingsveranstaltungen und der Weihnachtsinszenierung für Kinder. Diese Veranstaltungen konnten im Jahr 2023 wieder stattfinden, nachdem sie in den Vorjahren der Corona-Pandemie ausfallen mussten.

Der Bereich TOOH allgemein/Pädagogik fokussiert sich auf die Zielgruppe der Kinder- und Jugendlichen und erwirtschaftet grundsätzlich niedrige Einnahmen. Da bei Kindern und Jugendlichen das Interesse am Theater geweckt und künftige Besucher*innen gewonnen werden sollen, ist dieser Bereich von großer Bedeutung. Die Angebote der Theatervermittlung liegen auf vorpandemischem Niveau und sind durch Kooperationen mit Schulen und anderen Bildungseinrichtungen unterlegt. Des Weiteren werden im Bereich TOOH allgemein/Pädagogik Open-Air-Veranstaltungen ausgewiesen, zu denen die Besucherzahl im Vorjahr nur geschätzt und im aktuellen Jahr anhand von tatsächlichen Kartenverkäufen erfasst wurden. Die Verminderung der Besucherzahl in diesem Bereich von 33.008 auf 12.291 betrifft vor allem diese Open-Air-Veranstaltungen.

Neben den Umsätzen aus dem Theater- und Konzertbetrieb in Höhe von TEUR 2.833 (Vorjahr: TEUR 2.425) generiert die TOOH sonstige theaternahe Umsätze in Höhe von TEUR 43 (Vorjahr: TEUR 38) und Erlöse aus Nebenbetrieben in Höhe von TEUR 172 (Vorjahr TEUR 134). Die Umsatzerlöse insgesamt konnten somit gegenüber dem Vorjahr von TEUR 2.597 auf TEUR 3.048 gesteigert werden.

Die gemäß Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2023 geplanten Umsatzerlöse von TEUR 3.908 wurden um TEUR 859 verfehlt. Dies ergibt sich vor allem daraus, dass die geplante Anzahl von 220.000 Besucher*innen nicht erreicht wurde.

Zuschüsse

Der Zuwendungsvertrag über die Förderung der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle vom 20. Dezember 2018 sah für das Geschäftsjahr 2023 Zuschüsse von insgesamt TEUR 39.243 (Vorjahr: TEUR 38.514) vor, welche in dieser Höhe ausgereicht wurden. Diese gliedern sich wie folgt auf:

Zuschuss Stadt Halle (Saale)	TEUR	22.652
Zuschuss Land Sachsen-Anhalt	TEUR	10.425
Zuschuss Dynamisierung Stadt Halle (Saale)	TEUR	2.821
Zuschuss Dynamisierung Land Sachsen-Anhalt	TEUR	2.821
Sonderzuschuss (Verstärkungsmittel zur Strukturanpassung)	TEUR	524
	TEUR	39.243

Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge von insgesamt TEUR 1.892 (Vorjahr: TEUR 719) ergeben sich in Höhe von TEUR 1.117 (Vorjahr: TEUR 79) aus der Auflösung von Rückstellungen. Diese Auflösungen betreffen in Höhe von TEUR 948 die Rückstellung für potenzielle Rückzahlungen von Kurzarbeitergeld und SV-Erstattungen. Nach einer im März 2024 abgeschlossenen Prüfung durch die Bundesagentur für Arbeit ergaben sich nur geringfügige Rückzahlungen, und der Restbetrag der in Vorjahren gebildeten Rückstellungen konnte aufgelöst werden.

Materialaufwand

Neuinszenierungen

Die Aufwendungen für Neuinszenierungen setzen sich wie folgt zusammen:

	2023	2022
	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>
Oper	351	393
Schauspiel	125	160
Puppentheater	<u>44</u>	<u>57</u>
	<u>520</u>	<u>610</u>

laufende Inszenierungen

Die laufenden Inszenierungskosten beinhalten Urheberabgaben (TEUR 312), Kosten für Instrumentenpflege (TEUR 148), Technik einschließlich Beleuchtung und Ton (TEUR 120), Ausstattungen (TEUR 96), Theaterwerkstätten (TEUR 35), Ballettschuhe (TEUR 12) und sonstige Inszenierungskosten (TEUR 392). Sie beliefen sich im Geschäftsjahr 2023 auf TEUR 1.115 (Vorjahr: TEUR 1.016).

Honorare

Im Geschäftsjahr 2023 betragen die Honorare für Künstler (Freiberufler) TEUR 1.698 (Vorjahr: TEUR 1.731) und liegen damit -TEUR 34 bzw. 1,9 % unter dem Vorjahr.

Personalaufwand

Der Personalaufwand beläuft sich im Geschäftsjahr 2023 auf TEUR 33.656 (Vorjahr: TEUR 31.890) und liegt damit TEUR 1.766 bzw. 5,5 % über dem Vorjahr. Der Aufwuchs an Personalkosten gegenüber dem Vorjahr begründet sich in den historisch hohen Tarifabschlüssen.

Abschreibungen

Die Abschreibungen belaufen sich im Geschäftsjahr 2023 auf TEUR 1.796 (Vj. TEUR 1.735) und liegen damit im zweiten Geschäftsjahr in Folge unter dem Investitionsvolumen, sodass die buchmäßige Werterhaltung des Anlagevermögens gewährleistet wird.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen TEUR 4.461 (Vorjahr: TEUR 4.616) und liegen damit um TEUR 155 bzw. 3,4 % unter dem Vorjahr. Anstiege sind im Bereich der Gebäudereinigung, der IT-Dienstleistungen und bei den Kfz-Aufwendungen zu verzeichnen. Einsparungen ergeben sich im Bereich Wartung und Instandsetzung von Gebäuden. Hier machen sich die jüngsten Investitionen der vergangenen Jahre in die Gebäude- und der Hausbetriebstechnik bemerkbar, da sich Wartungszyklen verlängern und die neuere Technik mittelfristig zu Einsparpotentialen führt.

Jahresergebnis

Das gemäß Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2023 geplante Jahresergebnis von TEUR 17 wurde unter Berücksichtigung der Gesellschafterzuschüsse von TEUR 39.243 mit TEUR 824 um TEUR 807 übertroffen. Dies ist im Wesentlichen auf Erträge aus der Auflösung der Rückstellung für potenzielle Rückzahlungen von Kurzarbeitergeld und SV-Erstattungen in Höhe TEUR 948 zurückzuführen, die nicht geplant waren.

Finanzlage

Die flüssigen Mittel beliefen sich am Anfang des Jahres 2023 auf TEUR 15.929 und am Ende des Jahres 2023 auf TEUR 15.075. Der Liquiditätsminderung beträgt somit TEUR 854. Sie ergibt sich aus Mittelzuflüssen durch die Gesellschafterin in Höhe von TEUR 39.243, denen höhere Mittelabflüsse aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von TEUR 38.187 und aus der Investitionstätigkeit in Höhe von TEUR 1.910 gegenüberstehen. Die Mittelabflüsse aus der Investitionstätigkeit ergeben sich in Höhe von TEUR 2.822 aus Investitionen, denen Zuschüsse der öffentlichen Hand in Höhe von TEUR 912 gegenüberstehen.

b) Vermögenlage

Der Buchwert des Anlagevermögens zum 31. Dezember 2023 beträgt TEUR 23.011 (Vorjahr: TEUR 21.985). Aufgrund der bis zum Jahr 2019 niedrigen Investitionen in das Anlagevermögen war ein laufender Vermögensverzehr zu beobachten. Diesem Effekt konnte durch eine strukturelle und dauerhafte Erhöhung von Investitionsmitteln entgegengewirkt werden.

Das Stammkapital von TEUR 25 und die Kapitalrücklage von TEUR 27.074 werden in unveränderter Höhe ausgewiesen.

4. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

a) Finanzielle Leistungsindikatoren

Umsatzerlöse und Jahresergebnis:

Es wird auf die Erläuterungen unter 3a) verwiesen.

Eigeneinnahmequote:

Die Eigeneinnahmequote lag im Geschäftsjahr bei 11,9 % (Vorjahr: 8,3%). Sie ist gemäß der Formel des Deutschen Bühnenvereins das Verhältnis der Betriebseinnahmen (Umsatzerlöse und sonstige betriebliche Erträge, ohne Zuweisungen und Zuschüsse) zu den Betriebsausgaben (Materialaufwand, Personalaufwand und sonstige betriebliche Aufwendungen, ohne Abschreibungen).

Eigenkapitalquote:

Im Zuge der Ausgliederung wurde das Vermögen der Regie- und Eigenbetriebe der Stadt Halle in die Theater, Oper und Orchester GmbH eingebracht. Somit ergibt sich eine Kapitalrücklage in Höhe von TEUR 27.074 (Vj. TEUR 27.074). Zum Bilanzstichtag ergibt sich ein Eigenkapital von insgesamt TEUR 33.309 (Vorjahr: TEUR 32.485) und eine bilanzielle Eigenkapitalquote von 87,1 % (Vorjahr: 85,0 %).

Liquidität ersten Grades:

Mittels Festbetragsfinanzierung durch die Stadt Halle (Saale) und das Land Sachsen-Anhalt ist die Erfüllung des kulturpolitischen Auftrages gewährleistet.

Die Liquidität ersten Grades als Verhältnis der liquiden Mittel zur Summe der kurzfristigen Rückstellungen und Verbindlichkeiten ist gegenüber dem Vorjahr von 418,9 % auf 696,3 % gestiegen.

Reinvestitionsquote:

Im Geschäftsjahr wurden Investitionen von TEUR 2.822 getätigt. Das Investitionsvolumen liegt über dem des Vorjahres von TEUR 1.758. Die Reinvestitionsquote als Verhältnis der Investitionen zu den Abschreibungen beträgt 157,1 % (Vorjahr: 101,3 %).

Da einige Investvorhaben aufgrund mangelnder Verfügbarkeit von Baufirmen nicht durchgeführt werden konnten, wurden andere Investitionsvorhaben, insbesondere energetische Investitionen vorgezogen. Das Jahr 2023 erforderte wiederum eine besondere Flexibilität bei der Planung und Durchführung der Arbeiten, da durch die Energiekrise und die Coronapandemie Arbeiten nur verzögert, mit größerem Aufwand oder überhaupt nicht durchgeführt werden konnten. Auch die zunehmende Materialknappheit bzw. Lieferverzögerungen erforderten schnelles planerisches Handeln.

Mit Hilfe von Fördermitteln konnte die Gesellschaft im Jahr 2023 die vollständige Erneuerung der Servertechnik herbeiführen. Hierdurch konnten eine Leistungssteigerung bei der Datenverarbeitung erzielt und Prozesse digitalisiert werden. Gleichzeitig wurde die Speicherkapazität der Serversysteme vervielfacht, um den immer weiter steigenden Datenmengen Rechnung zu tragen.

Als wichtiges infrastrukturelles Projekt baute die Gesellschaft ein umfassendes WLAN-Netzwerk in allen Liegenschaften der TOO H auf. Hiervon profitieren Besucher*innen und Mitarbeitende gleichermaßen. Ebenfalls im Jahr 2023 wurde eine neue kaufmännische Softwarelösung im Bereich Personalwesen in den Produktivbetrieb überführt, die den Mitarbeitenden eine digitale Auswertung zur Verfügung stellt.

b) Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die Zuschauerzahlen sind im Vergleich zum Vorjahr von 187.610 um 8.692 bzw. 4,6 % auf 178.918 gesunken. Die Anzahl der Vorstellungen hat sich um 257 bzw. 21,8 % auf 1.438 erhöht. Die Anzahl der Vorstellungstage hat sich von 309 um 4 bzw. 1,2 % auf 313 erhöht.

Für die Spielzeit 2022/23 wurden die Abos wieder aufgenommen. Gegenwärtig ist die Abonnentenzahl stabil, schwankt allerdings unter den Sparten. Während einzelne Sparten von Kündigungen betroffen sind, konnten andere Sparten durch Zugänge die Verluste kompensieren.

5. Gesamtaussage

In der Gesamtbetrachtung haben sich die Prognosen hinsichtlich der Besuchererwartung nicht bestätigt. Die anhaltende Energiekrise und Inflation sowie die hohen Tarifabschlüsse stellten die Gesellschaft vor weitere Herausforderungen im operativen Geschäft sowie im Investitionsverhalten. Das Geschäftsjahr ist gemessen am kulturpolitischen Auftrag der TOO H und unter Beachtung der komplexen Krisensituation gut verlaufen und weist, bedingt durch die Auflösung von Rückstellungen, einen Jahresüberschuss aus.

Die vorhandene Liquidität stammt aus Einmaleffekten durch den Bezug von Kurzarbeitergeld während der Corona-Pandemie. Im Geschäftsjahr 2023 baute sich diese ab. Zukünftig ist hier kein positiver Trend zu erwarten.

III. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

1. Prognosebericht

Gemäß Wirtschaftsplan sind für das Geschäftsjahr 2024 Umsatzerlöse von ca. TEUR 4.069 und ein leicht positives Jahresergebnis geplant. Gemäß Zuwendungsbescheid ergeben sich Gesellschafterzuschüsse für das Geschäftsjahr 2024 in Höhe von TEUR 41.347. Damit werden diese Zuschüsse um TEUR 2.104 bzw. 5,4 % über denen des Jahres 2023 liegen. Durch Abschluss des Zuwendungsvertrages wird die Gesellschaft für das Jahr 2024 in der Lage sein, den laufenden Theaterbetrieb aufrecht zu erhalten. Sofern künftige Kostensteigerungen nicht durch Gesellschafterzuschüsse und Umsatzzuwächse ausgeglichen werden, müssen entweder die Leistungen der künstlerischen Sparten gekürzt werden, oder es werden negative Ertrags- und Liquiditätsergebnisse erzielt. Hieraus ist die TOO H in ihrer Entwicklung beeinträchtigt.

2 Chancen- und Risikobericht

a) Chancen

Die Gesellschaft hat den kulturpolitischen Auftrag. Sie soll ein breitgefächertes kulturelles Angebot für die Region schaffen und als kulturelles Oberzentrum agieren. Chancen für die künftige Entwicklung der TOO H ergeben sich aus höheren Einnahmen in allen Sparten und insbesondere im Konzertbereich sowie der Wiederbelebung des Gastspielmarktes.

Von Bedeutung für die Entwicklung der TOO H ist die Digitalisierung der Geschäftsprozesse innerhalb der Gesellschaft, aber auch zwischen der Gesellschaft und Dritten. Es wird eine umfassende Digitalisierung auf allen Gebieten angestrebt, mit der Umsetzung von Teilprojekten wurde begonnen.

b) Risiken

Auch das Jahr 2024 wird von multiplen Krisen bestimmt. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, das Kriegsgeschehen im Nahen Osten und aktuelle wirtschaftspolitische Entwicklungen weltweit und in Deutschland führen zu steigenden Material-, Dienstleistungs- und Versorgerpreisen und teilweise nicht ausreichenden Verfügbarkeit von Gütern und Dienstleistungen.

Aus den aktuellen Entwicklungen, den Nachwirkungen der Coronapandemie und sich ändernden Interessen und Lebensgewohnheiten der Menschen ergeben sich für die Entwicklung von Theaterbetrieben große Herausforderungen. Die Besucherzahl bei der TOOH war im Jahr 2023 wie auch bei Theaterbetrieben insgesamt in Deutschland rückläufig. Nach einer Erhebung des IfD Allensbach ist die Anzahl der regelmäßigen Besucher*innen in Deutschland (deutschsprachige Bevölkerung ab 14 Jahre, Theater/Oper/Schauspielhaus) von 2,89 Mio. im Jahr 2019 auf 2,30 Mio. im Jahr 2023 kontinuierlich gesunken. Dies ist ein Rückgang von über 20 %. Vor dem Hintergrund des niedrigen Anteils der jungen Besucher*innen wird es schwierig, die gegenwärtige Besucherzahl in der Zukunft zu halten und die Einnahmen aus Kartenverkäufen zu steigern.

Die Tarifparteien haben für die Jahre 2023 und 2024 Tarife auf historisch einmalig höchstem Niveau abgeschlossen. Die Personalkosten sind durch die Zuschüsse von Stadt und Land für das Geschäftsjahr 2024 gegenfinanziert. Der Zuwendungsvertrag für die Jahre 2024 bis 2028 geht von Dynamisierungsraten im Personalkostenbereich zwischen 2% und 3% aus. Sollten die Tarifverhandlungen Ergebnisse über dieser Dynamisierung erzielen, sind die Personalkosten durch die Zuschüsse von Land und Stadt nicht gegenfinanziert. Die Gesellschaft wäre dann derart belastet, dass die liquiden Mittel in kurzer Zeit aufgebraucht wären.

Im Personalbereich muss sich die Gesellschaft zukünftig auf Grund des Fachkräftemangels insbesondere im Bereich der Bühnentechnik und in den zentralen Bereichen auf Schwierigkeiten in der Nachbesetzung einstellen.

Weiterhin gibt es im Bereich der Investitionen außerhalb des jährlichen Investitionsplanes erheblichen Bedarf, den die Gesellschaft mit eigenen Mitteln nicht decken kann. Wie auch schon im vorherigen Zuwendungsvertrag ist auch im aktuellen Zuwendungsvertrag vom 21. Dezember 2023 vereinbart, dass die Zuwendungen des Landes ausschließlich der Mitfinanzierung der jährlich entstehenden Betriebskosten (alle im laufenden Theaterbetrieb anfallenden Personal- und Sachkosten) dienen. Ausgenommen davon sind Bauinvestitionen. Gerade in diesem Bereich besteht jedoch ein enormer Finanzbedarf, da die Spielstätten und weiteren Gebäude teilweise in sehr schlechtem Zustand sind.

Der Zustand des Gebäudebestandes der Gesellschaft unterliegt einem sich beschleunigenden Verfalls- und Alterungsprozess. Die zur Verfügung stehenden Investitionsmittel lagen viele Jahre betragsmäßig unter den laufenden Abschreibungen des Anlagevermögens. Zwar konnte der seit Jahren fortschreitende Vermögensverzehr bei gleichzeitiger struktureller Unterfinanzierung im Bereich der Investitionen zum Erhalt und zur Erneuerung der Spielstätten ab dem Jahr 2021 gestoppt werden, allerdings muss auch im Geschäftsjahr 2024 und in den Folgejahren mit entsprechend hohen Investitionen geplant werden. Ob sich diese vollständig realisieren lassen werden, ist aufgrund der aktuellen Marktsituation unsicher, da Ausschreibungen teilweise ins Leere laufen und angefragte Fachfirmen keine festen Zusagen abgeben.

Die Gesellschaft versucht weiter, Förderanträge zu stellen. Probleme stellen bei der Genehmigung der Fördermittel die oft sehr knapp gefassten Fertigstellungstermine dar. Außerdem bedürfen nahezu alle Förderungen einer Eigenanteilquote, die in Anbetracht des enormen Investitionsbedarfs sehr schnell mehrere Millionen Euro betragen kann. Weiterhin muss die Gesellschaft eine eigene Kompetenz für die Beantragung, Bewirtschaftung und Abrechnung von Fördermitteln aufbauen. Fachkräfte auf diesem Spezialgebiet sind schwer anzuwerben und sind im aktuellen Stellenplan nicht vorgesehen. Ohne einen personellen und finanziellen Aufwuchs wird es für die Gesellschaft äußerst schwierig, diesen Aufgabenbereich im nötigen Maße abzudecken.

Aus den dargestellten Risiken bezüglich rückläufiger Besucherzahlen, nicht gegenfinanzierter Personal- und Sachkostensteigerungen sowie dem Investitionsbedarf ergeben sich für die TOOH entwicklungsbeeinträchtigende Tatsachen.

Zoologischer Garten Halle GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Fasanenstraße 5a 06114 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	26		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	<hr/> 26	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand der Gesellschaft sind Betrieb und Verwaltung des Zoologischen Gartens Halle sowie die Sicherung seiner zukünftigen Entwicklung.

Die Gesellschaft sichert die Entwicklung des Zoos auf Grundlage aktueller Erkenntnisse der Tiergartenbiologie unter Beachtung der Vorgaben zum Umgang mit der denkmalgeschützten Park- und Zooanlage. Sie verfolgt das Ziel, Wildtiere nach hohen internationalen Standards zu halten und zu präsentieren und die traditionsreiche Kultureinrichtung der Stadt Halle (Saale) für kommende Generationen zu erhalten.

Der Zoo als regionales Naturschutzzentrum fördert die Aufklärung und das Bewusstsein der Öffentlichkeit in Bezug auf den notwendigen Erhalt der biologischen Vielfalt, insbesondere durch Informationen über die zur Schau gestellten Arten und ihre natürlichen Lebensräume sowie durch gezielte, innovative Aktivitäten auf den Gebieten der Zoo- und Umweltpädagogik.

Der Zoo beteiligt sich an europäischen und internationalen Projekten, die zur Erhaltung bedrohter Arten beitragen. Dabei arbeitet er eng mit nationalen und internationalen Partnern zusammen. Schwerpunkt in der Tierhaltung bilden Arten, für die international Erhaltungszuchtprogramme auch mit dem Ziel der Wiederansiedlung von Arten in ihren natürlichen Lebensräumen geführt werden. Im Rahmen der Welt-, Zoo- und Aquarium-Naturschutzstrategie sammelt der Zoo Mittel für Naturschutzprojekte.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Der Zoologische Garten Halle dient naturschutzspezifischen, kulturellen, wissenschaftlichen und pädagogischen Zwecken. Er steigert darüber hinaus die Attraktivität der Stadt.

Eine dem Gesellschaftsvertrag entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Dr. Müller, Dennis
Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Brederlow, Katharina
	stellv. Vorsitzender	Bönisch, Bernhard
		Dr. Lochmann, Mario

Aufsichtsrat:

Mackies, Stefanie
Sagner, Kevin
Sehrndt, Martin

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	1	1	1

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2023		2022		2021		Veränderungen 2023 zu 2022	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	15.123	91	16.459	91	17.561	91	-1.336	-8
Umlaufvermögen	1.434	9	1.580	9	1.621	9	-146	-9
Rechnungsabgrenzungsposten	70	0	67	0	61	0	3	4
Bilanzsumme	16.627	100	18.106	100	19.243	100	-1.479	-8

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	7.408	45	7.229	40	7.079	37	179	2
Sonderposten für rückzuführende Zuschüsse ¹⁾	2.157	13	2.377	13	3.291	17	-220	-9
Sonderposten für Investitionszuschüsse ¹⁾	5.204	31	6.752	37	7.527	39	-1.548	-23
Rückstellungen	864	5	896	5	900	4	-32	-4
Verbindlichkeiten	807	5	699	4	306	2	108	15
Rechnungsabgrenzungsposten	187	1	153	1	140	1	34	22
Bilanzsumme	16.627	100	18.106	100	19.243	100	-1.479	-8

¹⁾ aufgrund der geänderten Zuordnung in den Sonderposten im Jahr 2022 ist eine Vergleichbarkeit mit dem Jahr 2021 nur eingeschränkt möglich

bb) GuV

	2023	2022	2021
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse ²⁾	4.795	3.789	2.769
sonstige betriebliche Erträge ²⁾	6.395	5.629	5.705
Materialaufwand ²⁾	2.927	1.477	986
Personalaufwand ²⁾	4.508	4.270	4.198
Abschreibungen	1.857	1.983	1.824
sonstige betriebliche Aufwendungen ²⁾	1.690	1.507	1.193
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	20	21	24
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	189	160	249
sonstige Steuern	10	10	11
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	179	150	238

²⁾ aufgrund der geänderten Zuordnung in den Positionen Umsatzerlöse und sonstige betriebliche Erträge sowie in den Positionen Materialaufwand, Personalaufwand und sonstige betriebliche Aufwendungen im Jahr 2022 ist eine Vergleichbarkeit mit dem Jahr 2021 nur eingeschränkt möglich

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2023	2022	2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	3,74	3,96	8,61	%
Eigenkapitalrentabilität:	2,48	2,12	3,49	%
Cash-Flow:	2.036	2.133	2.062	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	133	111	105	T€
Personalaufwandsquote:	40,28	45,34	49,54	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	90,92	90,88	91,21	%
Eigenkapitalquote:	44,55	39,93	36,79	%
Fremdkapitalquote:	55,45	60,07	63,21	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Besucher	362.361	324.300	252.000	Anzahl
Tierbestand (Individuen)	1.014	992	1.143	Anzahl
Tierbestand (Arten)	178	172	187	Anzahl

f) Lagebericht

Auf dem 130 m hohen Reilsberg im Norden von Halle gelegen, blickt der Zoologische Garten in Halle (Saale) seit seiner Gründung im Jahr 1901 auf eine wechselvolle Geschichte zurück. Eingebettet in die durch den Mediziner Johann Christian Reil im 19. Jahrhundert angelegte Parkanlage hat sich der Zoo längst von einer klassischen Menagerie in einen international gut vernetzten, wissenschaftlich geführten Zoo entwickelt. Dabei konnte sich der auch liebevoll als Bergzoo bezeichnete Garten trotz seiner eher geringen Größe von 9 Hektar als besucherstärkste Kultur- und Freizeiteinrichtung im Großraum Halle (Saale) fest etablieren. Heute zeigt der Zoo mehr als 1.000 Tiere in ca. 175 Arten in überwiegend nach zooökologischen Gesichtspunkten gestalteten, teils durch Neubau entstandenen und teils durch Zusammenlegungen erweiterten Anlagen. Mit dem Zukunftskonzept „Bergzoo 2031“ hat sich der Zoo vorgenommen, seine Anlagen nach Lebensräumen zu gliedern und zu gestalten, um sich als eine auch überregional attraktive Freizeit- und Bildungseinrichtung mit hohem Erlebniswert fest zu etablieren. Erste Anlagen, wie die für Bergzebras und Elenantilopen, Rote Pandabären und Schopfhirsche, für Pudus und für Löffelhunde, konnten in diesem Zuge bereits umgestaltet werden. Im Jahr 2022 ist es mit der Eröffnung des Anlagenkomplexes „Reilsalm“ gelungen, ein weiteres Großprojekt aus dem Zukunftskonzept „Bergzoo 2031“ zu realisieren. Mit der Umgestaltung der großen Anlage am ehemaligen Vikunjahaus in eine Anlage für Bergkängurus wurde im vergangenen Jahr die Umsetzung des Lebensraumkonzeptes weiter fortgeführt.

Zur Zukunftssicherung des Zoos als öffentliche, für ein breites Publikum zugängliche Bildungs- und Freizeiteinrichtung, die Wildtiere pflegt, ist es zwingend erforderlich, seine Einrichtungen und Tieranlagen immer wieder zu überprüfen und zu optimieren. Diese Verpflichtung ergibt sich nicht nur durch verschärfte Haltungsanforderungen, sondern ist vor allem auch neuen Erkenntnissen in der Tiergartenbiologie und der sich verändernden Sichtweise in der Öffentlichkeit für eine zeitgemäße Zootierhaltung geschuldet. Trotz diverser Neubauten und Renovierungen von Tieranlagen sowie Besucher- und Wirtschaftseinrichtungen in den beiden Jahrzehnten nach der Wiedervereinigung besteht weiterhin ein hoher Investitionsbedarf. Die regelmäßige Renovierung und Instandsetzung bestehender Anlagen, die Überarbeitung älterer Tieranlagen sowie die kontinuierliche Entwicklung der ebenso wichtigen Infrastrukturen sind daher unumgänglich. Nur durch kontinuierliche Investitionen in bestehende und neue Tieranlagen sowie in das weitere Angebot für die Besucher kann es gelingen, sich im Wettbewerb des Freizeitmarktes zu behaupten. Der Bau neuer Tieranlagen oder der Besatz mit neuen Tierarten gibt dabei immer wieder wichtige Besuchsimpulse und trägt so maßgeblich zur Entwicklung und Konsolidierung der Besucherzahlen bei. Stammesbesucher werden durch diese Anreize dazu motiviert, ihren Bergzoo immer wieder neu zu entdecken und ihm die Treue zu halten. Erste Erfolge in diese Richtung zeigt ein Blick auf die Verkaufsstatistik bei den Jahreskarten. So wurden mit 7.098 verkauften Jahreskarten im Jahr 2019 die Verkaufszahlen im Vergleich zum Jahr 2015 (also vor Veröffentlichung des Zukunftskonzeptes, ersten Investitionsmaßnahmen in die Lebensraumthematik und Änderungen in der Marketingstrategie) um 99 % gesteigert und damit quasi verdoppelt – ein sicherer Beleg für den Zuspruch zum Zukunftskonzept „Bergzoo 2031“. Vermutlich führten die Restriktionen im Zuge der Bewältigung der Corona-Pandemie in den Jahren 2020 und 2021 leider erstmals seit 2015 zu einem Rückgang bei der Zahl verkaufter Jahreskarten auf 4.963 im Jahr 2021. Im Jahr 2023 konnten jedoch bereits wieder 6.057 Jahreskarten verkauft werden, so dass es realistisch erscheint, die Verkaufszahlen aus der Zeit vor der Pandemie zeitnah wieder zu erreichen.

Nach dem Ausbruch der Pandemie mit dem neuartigen Coronavirus SARS-CoV 2 ist das zurückliegende Geschäftsjahr 2023 nun das erste Jahr seit Ausbruch der Pandemie, das ohne Störungen des Besucherverkehrs oder Schutzmaßnahme zur Eindämmung der Pandemie verlief. Leider konnten die Zahlen bei den Tagesbesuchen über das ganze Jahr 2023 hinweg die Erwartungen aus dem Wirtschaftsplan nicht erreichen. Sie lagen zum Schluss mit 242.400 Besuchern bei 86,6% im Vergleich zum Wirtschaftsplan und liegen damit auch unter den Besuchszahlen aus dem Vorjahr (285.900 Besucher). Teilweise wurde der Rückgang bei den Tagesbesuchern durch die sehr erfolgreich verlaufenen Veranstaltungen „Gruselzoo“ und die neuen Auflagen der Magischen Lichterwelten „Lost Worlds“ zum Jahresanfang und „1001-Nacht“ über den Jahreswechsel (119.900 Besucher) kompensiert. Die dem Wirtschaftsplan für das Berichtsjahr zu Grunde liegende Besucherzahl von 370.000 wurde schließlich mit insgesamt 362.361 Gästen im Jahr 2023 nur leicht verfehlt.

Als mittelbare Folge des Angriffskriegs Russlands auf die souveräne Ukraine kam es in den letzten beiden Jahren zu massiven Preissteigerungen vor allem bei den Energiekosten. Der Gaspreis an der Börse versiebenfachte sich im Jahr 2022 zwischenzeitlich gegenüber dem Preis zu Beginn des Jahres 2022, der Preis für Strom stieg fast auf das Zehnfache. Erfreulicherweise deckelte die Gaspreisbremse die Kosten. Dennoch war der Aufwand mit TEUR 576 mehr als 3,5-mal so hoch wie im Jahr 2022. Die Preisexplosionen bei den Energieträgern waren und sind wiederum wesentlicher Faktor für die hohe Inflationsrate, die 2023 bei 5,9% (2022 bei 6,9%; Quelle: Statistisches Bundesamt; https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/01/PD24_020_611.html) gegenüber dem Vorjahr lag. Vor diesem Hintergrund wundert es auch nicht, dass die Tarifparteien für den Tarifvertrag im öffentlichen Dienst im Jahr 2022 eine deutliche Lohnsteigerung vereinbart hatten. Für das Jahr 2023 wurden mehrere Einmalzahlungen vereinbart, die in einem Mehraufwand in Höhe von TEUR 237 gegenüber dem Vorjahr resultierten.

Das Jahresergebnis liegt mit TEUR 179 noch leicht über dem Ergebnis aus dem Vorjahr (TEUR 150). Angesichts der großen Herausforderungen im vergangenen Jahr aufgrund der hohen Energiepreise, des Rückgangs bei den Einnahmen aus Tagesticket Erlösen, der Steigerung der Personalkosten und der allgemein hohen Teuerung ist dies insgesamt als beachtlicher Erfolg zu bewerten. Es darf allerdings nicht vergessen werden, dass das Ergebnis vor allem aufgrund eines Einmaleffektes im Zuge des Verkaufes der Villa in der Fasanenstraße 6 für TEUR 748 gerettet wurde. Zudem sank der Bestand an liquiden Mitteln im Berichtsjahr von TEUR 1.020 auf TEUR 823 zum 31.12.23. Ohne den Hausverkauf wäre die Liquidität der Gesellschaft gefährdet gewesen.

Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Die Gesellschaft, eigenständig in der Rechtsform einer GmbH seit dem 1. Januar 1995, dient dem Zweck der Verwaltung des Zoologischen Gartens in Halle (Saale) sowie der Sicherung seiner zukünftigen Entwicklung. Die Erfüllung dieser Aufgabe ist in entscheidendem Maße von der wirtschaftlichen Lage der Stadt Halle (Saale), ihrer Bevölkerung sowie der Bevölkerung der umliegenden Landkreise abhängig. Dies liegt einerseits in dem Umstand begründet, dass die Stadt Halle (Saale) als alleinige Gesellschafterin der Zoologischer Garten Halle GmbH mit einem jährlichen Betriebskostenzuschuss von derzeit TEUR 3.460 (2023 noch TEUR 3.310) etwa 30% des Aufwandes für die Gesellschaft trägt und andererseits in dem Umstand begründet, dass die Gesellschaft über die Umsatzerlöse, die vor allem aus Einnahmen aus Eintrittskarten, Souvenirladen, Parkhaus und Gastronomiepacht, die unmittelbar mit der Kaufkraft der (potentiellen) Besucher im Zusammenhang stehen, mehr als 40% der Einnahmen zur Deckung des Aufwandes erwirtschaftet. Die übrigen Erträge resultieren vor allem aus Investitionszuschüssen, Spenden und Sponsoringleistungen.

Nach den Erfahrungen seit Ausbruch der Corona-Pandemie und der Energiekrise mit der sie bedingenden hohen Inflation kann für den Zoologischen Garten Halle festgestellt werden, dass die Sehnsucht nach Freizeitbeschäftigung und eventuell auch der damit verbundenen Normalität weiter hoch ist. Dies bestätigte sich bereits im Jahr 2022 und im Berichtsjahr insbesondere bei der hohen Zahl von Besuchern bei den Veranstaltungsformaten „Gruselzoo“ und „Magische Lichterwelten“, die trotz der deutlich höheren Eintrittspreise im Vergleich zum Tagesbesuch mit fast 120.000 Besuchern auf dem Niveau vor der Pandemie lag. Sicherlich müssen Großveranstaltungen wie die „Magischen Lichterwelten“ im Zoo weiter kritisch betrachtet werden, sollen sie einen zuverlässigen Beitrag zur Finanzierung des Haushalts der Gesellschaft leisten. Die Kurzfristigkeit der zum Teil drastischen Corona-Schutzmaßnahmen zeigt, wie hoch das Ausfallrisiko für solche Formate sein kann.

Der Rückgang bei der Tagesbesuchern im Berichtsjahr 2023 scheint ein allgemeiner Trend gewesen zu sein. So berichten auch die anderen größeren Zoos und Tierparks in Sachsen-Anhalt von einem Besucherrückgang um 3 bis 6% (Quelle: persönliche Kommunikation). Aus den Medien war zu entnehmen, dass auch die Freibäder ein Besucherrückgang verkraften mussten (Quelle: <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/durchschnittliche-freibad-saison-sachsen-anhalt-100.html>). Unklar bleibt, ob dies vor allem der gesunkenen Kaufkraft und der damit einhergehenden Verunsicherung der potenziellen Besucher im Zuge der Energiekrise oder der eher ungünstigen Witterung im Frühjahr und ab der zweiten Sommerferienwoche mit deutlich mehr Regentagen als in den vergangenen Jahren geschuldet war. Die Verkaufszahlen bei den beiden Veranstaltungsformaten im Bergzoo und die Meldung des Indoor-Erlebnisbades „Maya Mare“ in Halle, das mit knapp 405.000 Besuchern 2023 einen Besucherrekord feierte, lässt hoffen, dass das Wetter hauptsächlich für den Rückgang war.

Schließlich wirkt sich die Verteuerung der Energieträger sicher auf die Entwicklung der zoologischen Gärten aus. Die Zeit der preiswerten Energie scheint zunächst vorüber, solange weiter eine Abhängigkeit von fossilen Energieträgern besteht. Ein Zoo, insbesondere wenn er wie der Zoologischen Garten Halle über eine große Zahl von Tierhäusern mit Arten aus den tropischen Regionen der Erde verfügt, ist ein energieintensives Unternehmen. Durch die Preissteigerungen rücken die Energiekosten im Gesamtbudget damit mehr in den Vordergrund. Betragen diese im Jahr 2022 für Strom und Gas noch ca. 2,8% des Gesamtaufwandes, sind es im Jahr 2023 6,7%. Diese Mehrkosten müssen zum einen erwirtschaftet werden, zum anderen wird die Frage nach den energetischen Kosten bei der Neukonzipierung von Tieranlagen und ganz allgemein der Entwicklung des Tierbestandes zukünftig stärker berücksichtigt werden müssen. Schließlich sind die hohen Energiekosten ein zusätzlicher Anreiz zum Energiesparen und zur energetischen Ertüchtigung der Gesellschaft.

Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Lage der Gesellschaft

Die geringere Besucherzahl im Berichtsjahr wirkte sich erwartungsgemäß auf die Erlöse bei den Eintrittskarten aus. Mit TEUR 1.317 liegen sie -TEUR 151 unter dem Vorjahr. Allerdings zeigen die Verkäufe bei den Jahreskarten keinen rückläufigen Trend und liegen mit TEUR 175 knapp über den Erlösen aus dem Vorjahr (+TEUR 3). Trotz des Rückgangs bei den Tagesbesuchern liegen die Umsatzerlöse bei den mit den Besuchern assoziierten Posten wie dem Zoo-Shop (+TEUR 32), der Verpachtung der gastronomischen Flächen (+TEUR 50), den Parkgebühren (+TEUR 32) und Zooführungen (+ TEUR 15) alle über dem Vorjahr. Dies dürfte vor allem im hohen Besucheraufkommen zu den Veranstaltungen „Gruselzoo“ (35.000 Besucher) und den beiden Auflagen der „Magischen Lichterwelten“ (84.900 Besucher) begründet liegen. Insgesamt wurden Eintrittserlöse für Veranstaltungen in Höhe von TEUR 1.841 vereinnahmt. Das deutliche Plus von +TEUR 1.226 gegenüber dem Vorjahr liegt allerdings in der Verschiebung der Lichterwelten „Lost Worlds“ von Frühjahr 2022 auf den jahresübergreifenden Veranstaltungszeitraum November 2022 bis Februar 2023 begründet.

Gegenüber dem Wirtschaftsplan wirkte sich die Verschiebung des Verkaufs einer Wohnimmobilie in das Berichtsjahr positiv auf das Jahresergebnis aus. Insgesamt konnten im Oktober TEUR 748 verbucht werden. Dieser Verkaufserlös war wichtig, um den Mehraufwand bei den Energiekosten und beim Personal, sowie die Mindererlöse beim Verkauf der Tageseintrittskarten zu kompensieren. Die Liquidität aus dem Immobilienverkauf war ursprünglich für das Investitionsvorhaben rund um den Umbau des rückwärtigen Eingangs des Zoos geplant. Zwischenzeitlich liegt hier der Förderbescheid zur Umsetzung der Maßnahme vor. Die Stadt Halle plant, die nun fehlenden Erlöse aus dem Immobilienverkauf zur Deckung der Eigenanteile im Investitionsprojekt aus dem städtischen Haushalt zu finanzieren.

Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen insgesamt bei TEUR 5.787 und damit +TEUR 201 über dem Vorjahr. Relevant ist hier insbesondere, dass die Gesellschaft im Jahr 2023 ein Sponsoring mit der EVH für die „Magischen Lichterwelten – 1001 Nacht“ abschließen konnte. Zudem konnten mehr Spenden eingenommen werden (+TEUR 38)

Im Jahr 2022 wurde die freiwillige Abgabe eines „Zoo€uros“ eingeführt. Dieser wird beim Erwerb eines Tickets standardmäßig als Spende vorgeschlagen. Der Käufer hat jedoch die Möglichkeit, die Zahlung abzulehnen. Die Einnahmen für den Zoo€uro betragen im Jahr 2023 TEUR 123. Davon sollen 50%, d. h. TEUR 61,5, als Spendenausgabe für Natur- und Artenschutzprojekte verwendet werden. Im Jahr 2023 sind bereits Spenden in Höhe von TEUR 46 an Projekte geflossen, die der Zoo seit vielen Jahren unterstützt. Für den noch nicht ausgeschöpften Betrag ist eine Verwendung in den kommenden Jahren geplant. Die Verpflichtung der zoologischen Gärten zur Mitwirkung beim Artenschutz ergibt sich auch aus der EU-Zoodirektive (Richtlinie 1999/22/EG des Rates). Bis zur Einführung des „Zoo€uros“ hat die Gesellschaft ihre Artenschutzprojekte aus den Umsatzerlösen finanziert (zuletzt zwischen TEUR 10 und 15 pro Jahr). Durch die Spenden der Zoobesucher soll die mögliche Reichweite des Artenschutzengagements deutlich erweitert werden.

Beim Materialaufwand zeigte sich ein sehr variables Bild. Im Berichtsjahr wirkten sich die gestiegenen Energiekosten massiv auf das erwartete Ergebnis der Gesellschaft aus, da die vorherigen Lieferverträge im Jahr 2022 ausliefen und neue Verträge mitten in der Hauptphase der Energiekrise zu sehr ungünstigen Konditionen abgeschlossen werden mussten, die deutlich über den Erwartungen aus dem Wirtschaftsplan 2023 lagen. Über dieses Szenario wurde ausführlich in der Planungssitzung des Aufsichtsrates vom 30.06.2022 beraten und der Geschäftsführer entsprechend ermächtigt, einen solchen Liefervertrag abzuschließen. Die Gesellschaft konnte 2023 jedoch von den Entlastungen der Energiepreisbremse profitieren. Die Mehrkosten für Erdgas für das Jahr 2023 im Vergleich zum Vorjahr betragen dennoch +TEUR 411 und waren damit mehr als 3,5-mal höher. Die Kosten für Strom lagen mit TEUR 156 um +TEUR 54 höher als im Vorjahr. Deutliche Mehrkosten waren auch bei den Futtermitteln zu verbuchen (+TEUR 15). Einsparungen gab es beim Wareneinkauf für den Zooladen (-TEUR 34). Der zu Jahresbeginn einen hohen Warenbestand aufwies, so dass im Jahresverlauf weniger Waren als im Vorjahr eingekauft werden mussten. Den hohen Aufwänden von TEUR 1.470 für die Veranstaltungsformate des Zoos, stehen Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 1.841 und nur schwer zu ermittelnden Mehrerlösen bei den anderen besucherabhängigen Posten (Zooshop, Catering, Parkgebühren; siehe oben) gegenüber.

Die Personalkosten sind im Zuge des ausgehandelten Tarifabschlusses für den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes im Verband der kommunalen Arbeitgeber auf TEUR 4.508 angewachsen. Dies sind +TEUR 237 mehr als im Vorjahr. Zu beachten ist, dass betriebliche Erträge für einzelne Erstattungen zum Beispiel nach dem Mutterschutzgesetz oder im Rahmen von Maßnahmen zur Teilhabe am Arbeitsmarkt nicht mit den Personalkosten saldiert dargestellt werden. Die Abschreibungen verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 126 auf TEUR 1.857. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind zum einen geprägt von der allgemein hohen Teuerung im Berichtsjahr, zum anderen von Mehraufwendungen bei Werbung und Marketing. Der hohe Werbeaufwand sollte dem negativen Besuchertrend aus dem Frühjahr entgegenwirken. Leider blieb ein entsprechender Erfolg bei den Eintrittserlösen vermutlich witterungsbedingt aus.

Die Geschäftsführung ging in ihrem Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2023 von einem positiven Jahresergebnis in Höhe von TEUR 44 aus. Mit TEUR 179 wurde das geplante Ergebnis deutlich übererfüllt. Dies ist jedoch nicht Ergebnis eines störungsfreien Geschäftsverlaufes. Angesichts der großen Herausforderungen im vergangenen Jahr aufgrund der hohen Energiepreise, des Rückgangs bei den Einnahmen aus Tagesticketerlösen, der Steigerung der Personalkosten und der allgemein hohen Teuerung ist im Wesentlichen der Verkauf eines Wohnhauses für TEUR 748 für das noch positive Jahresergebnis verantwortlich. Dies Erlöse fehlen nun für Investitionstätigkeiten. Zu bemerken ist weiter, dass die jährliche Auflösung eines Sonderpostens in Höhe von TEUR 836, der im Zuge der Entschuldung der Gesellschaft durch die Gesellschafterin gebildet wurde, ergebnisverbessernd wirkt. Dieser Effekt wirkt letztmalig im Jahr 2025.

Die Bilanzsumme beläuft sich zum 31. Dezember 2023 auf TEUR 16.628 (Vorjahr: TEUR 18.106). Davon entfallen 90,9 % (Vorjahr: 90,9 %) auf das Anlagevermögen der Gesellschaft. Die liquiden Mittel haben sich im Berichtsjahr im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 197 auf TEUR 823 reduziert und erreichen nun einen Anteil von 4,9 % (Vorjahr: 5,6 %) an der Bilanzsumme. In den liquiden Mitteln sind Auszahlungen von Aktivwerten aus Versicherungen in Höhe TEUR 455 enthalten. Diese werden auf einem separaten Konto der Gesellschaft verwahrt, um Pensionsansprüche hieraus bedienen zu können.

Investitionstätigkeit

Zentrales Ziel des „Zukunftskonzepts Bergzoo 2031“ ist die Weiterentwicklung des Zoologischen Gartens Halle zu einer auch überregional attraktiven Freizeit- und Bildungseinrichtung mit hohem Erlebniswert. Zur Erschließung des Saaletourismus und damit zur Einbindung des Zoos in den Stadttourismus plant die Gesellschaft, den rückwärtigen Eingang des Zoos zur Saale hin in seiner Attraktivität maßgeblich zu verbessern. Der Zoo wird an dieser Seite künftig über ein Turmgebäude mit Erlebnisfahrtstuhl erschlossen. In Höhe der Zoeebene sollen ein spannender Kletterspielplatz und erste Blicke auf die erweiterte Anlage am Elefantenhaus neue Besuchergruppen in den Zoo locken. Die Kolonnaden werden für den Saaletouristen zugänglich gemacht. Es entsteht eine Atmosphäre wie in einer Safarilodge, in der beschattete Sitzplätze künftig zum Beobachten der Tiere einladen. Über eine Brücke über die großzügig erweiterte Tieranlage gelangen die Besucher schließlich in den eigentlichen Zoo. Am 19.08.2019 konnte die HPP Architekten GmbH mit Sitz in Leipzig in einem zweiten Ausschreibungsverfahren als Objektplaner für das Projekt gewonnen werden. Aufgrund der schnellen Bearbeitung und der sehr guten Koordinierung der Planungsleistungen durch das Projektsteuerungsbüro war es möglich, die Planung der Leistungsstufe 3 abzuschließen und bei der Investitionsbank des Landes Sachsen-Anhalt zur finalen Prüfung einzureichen. Diese Prüfung bei der Investitionsbank respektive beim Landesbetrieb Bau- und Liegenschaftsmanagement Sachsen-Anhalt (BLSA) wurden im Berichtsjahr abgeschlossen. Die Stadt Halle als Antragsstellerin für die Förderung der Maßnahmen zur Entwicklung des Saaletourismus erhielt einen positiven Zuwendungsbescheid durch die Investitionsbank Sachsen-Anhalt, der auf den 28.12.23 datiert ist. Die Förderung für die Teilprojekte, die auf dem Erbbaugrundstück der Zoologischen Garten Halle GmbH durchgeführt werden sollen, betragen dabei knapp TEUR 12.100 und somit gut 89% der förderfähigen Kosten. Zusammen mit der Erweiterung der Anlage am Elefantenhaus, die nicht förderfähig ist, wird von einem Gesamtinvestitionsvolumen von TEUR 18.000 ausgegangen. Die Stadt Halle wird die Gesellschaft per Durchführungsvertrag mit der Umsetzung der Maßnahme betrauen. Die Weiterreichung der Fördermittel inklusive der Eigenmittel, die von der Stadt aufgebracht werden sollen, wird ebenfalls vertraglich fixiert. Die Vergrößerung der Außenanlage soll über ein Kredit finanziert werden. Die Stadt Halle hat signalisiert, den dafür notwendigen Kapitaldienst durch eine Erhöhung des Betriebskostenzuschusses der Zoologischen Garten Halle GmbH von zweimal je 100.000€ in den Jahren 2025 und 2026 absichern zu wollen. Erste Gespräche mit potenziellen Kreditgebern fanden bereits statt.

Insgesamt wurden in dem Projekt im Jahr 2023 TEUR 578 aufgewendet. Die Kosten entstanden im Wesentlichen für den Abriss des einsturzgefährdeten Bestandsgebäudes in der Seebener Straße. Der vorzeitige Abbruch des Gebäudes wurde nötig, da das mit der Beobachtung des Gebäudes betraute Ingenieurbüro sich im Frühjahr 2022 nicht länger in der Lage sah, die Standsicherheit weiter zu bestätigen. Die Planungen für den Abriss, die Genehmigung der Baumaßnahme, die Beauftragung des Abrissunternehmens sowie die Einrichtung der Baustelle gelangen noch im selben Jahr. Die Abrissarbeiten wurden in der 6. Kalenderwoche 2023 beendet. Da „Gefahr in Verzug“ bestand, konnte die Erteilung des Förderbescheids für das Gesamtprojekt nicht abgewartet werden. Ein Antrag auf vorzeitigen Maßnahmenbeginn wurde gestellt und durch die Investitionsbank Sachsen-Anhalt bestätigt.

Daneben konnten 2023 weitere kleiner Anschaffungen realisiert werden. Das Gesamtvolumen für Investitionen in Höhe von TEUR 714 verteilt sich dabei auf die verschiedenen Projekte wie folgt (nur Projekte und Anschaffungen mit einem Investitionsvolumen > TEUR 15): Abriss Haus Seebener Str. im Bauvorhaben „Saaleeingang“: TEUR 578, Schlussrechnung Umgestaltung „Saubucht“ zur „Reilsalm“: TEUR 23, Planung Neubau Manulanlage: TEUR 20, Artenschutzpavillon: TEUR 18. Die Finanzierung erfolgte aus Spenden durch die Saalesparkasse und den Förderverein des Zoologischen Gartens Halle, sowie aus eigenen Mitteln.

Personal- und Sozialbereich

Im Berichtsjahr wurden zum zweiten Mal die nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst vorgesehenen, leistungsabhängigen Vergütungsbestandteile auf Grundlage der entsprechenden Betriebsvereinbarung an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausbezahlt. In diesem Rahmen fanden bereichsübergreifende Projekte statt, die jeweils durch einen Teamleiter organisiert wurden. Um die vollen Vergütungsansprüche zu erzielen, mussten die Mitarbeitenden an zwei Einsätzen teilnehmen. Insgesamt kann weiterhin ein positives Fazit für das Ausschüttungsmodell gezogen werden. Die leistungsabhängige Vergütung konnte an alle Mitarbeitenden ausbezahlt werden, die ihre Bereitschaft zur Teilnahme im Vorfeld erklärt hatten. Lediglich zwei Mitarbeiter lehnten dies ab.

Chancenbericht

Der Zoologische Garten Halle ist auch weiterhin eine der besucherstärkste Kultur-, Freizeit- und Bildungseinrichtung im Großraum Halle (Saale). Vor diesem Hintergrund hatte sich die Gesellschafterin dazu entschlossen, den Bergzoo als überregionales Aushängeschild weiter auszubauen und entsprechend zu bewerben. Dabei soll der Zoo ein zentraler und integrativer Bestandteil im Tourismuskonzept der Stadt werden. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, hat die Geschäftsführung der Gesellschaft das Zukunftskonzept mit dem Titel „Bergzoo 2031“ entwickelt. Unter dem Leitsatz „Tiere erleben, Verständnis schaffen, Begeisterung wecken“ sollen die Tieranlagen nach Lebensräumen auf dem Zoogelände gegliedert und erlebbar gemacht werden.

In einer ersten Entwicklungsphase sollen zunächst vordergründige Maßnahmen zur Erreichung dieser Zielsetzung realisiert werden. Der Eingang zur Saale hin soll in seiner Attraktivität deutlich verbessert werden, um die Erschließung des Saaletourismus und damit die Einbindung des Zoos in den Stadttourismus zu ermöglichen. Im Berichtsjahr ist es mit dem Abriss des einsturzgefährdeten Bestandsgebäudes in der Seebener Straße gelungen, die Umsetzung für dieses Großvorhaben weiter voranzutreiben. Zudem wurde der Fördermittelantrag zum Ende des Berichtsjahres positiv beschieden – ein wichtiger Meilenstein für die Umsetzung des Zukunftskonzeptes „Bergzoo 2031“. Insgesamt erhält die Gesellschaft erstmals Fördermittel aus Landes- und Bundesmitteln in Höhe von TEUR 12.100. Die Umsetzung dieses in der Geschichte des Zoos bisher größten Investitionsvorhabens soll im Laufe des Jahres 2029 abgeschlossen werden und damit fast gleichzeitig zur erwarteten Fertigstellung des Zukunftszentrums für Deutsche Einheit und Europäische Transformation, für das die Stadt Halle im März 2023 in einem deutschlandweiten Bewerbungsverfahren den Zuschlag durch den Bund erhielt. Dieses Megaprojekt des Bundes wird die Stadt Halle als touristische Destination maßgeblich prägen und neue Besucher in die Stadt locken. Zusammen mit der geplanten Investition am Saaleingang sieht die Geschäftsführung hier gute Chancen, künftig deutlich mehr touristische Besucher im Bergzoo begrüßen zu können.

Daneben zeigen die Erfahrungen aus den erfolgreich abgeschlossenen Großveranstaltungen „Magische Lichterwelten“, dass solche Formate geeignet sind, eine außergewöhnlich hohe Anzahl von zusätzlichen Besuchern anzusprechen. Diese Veranstaltungen können offenkundig einen wesentlichen Anteil zur Konsolidierung der seit Einführung des Zukunftskonzeptes hohen Besucherzahlen leisten. Besonders erwähnenswert ist dabei, dass es mit diesem Format gelungen ist, Gäste in den sonst eher besucherschwachen Wintermonaten in den Bergzoo zu locken. Durch den Wechsel auf einen Jahresübergreifenden Veranstaltungszeitraum fanden im Berichtsjahr zwei Auflagen der „Magischen Lichterwelten“ statt: Zu Beginn des Jahres „Lost Worlds“ und zum Ende des Jahres „1001 Nacht“. Betrachtet man die beiden Ausstellungen über den gesamten Veranstaltungszeitraum (November 2022 bis Februar 2024), so lässt sich feststellen, dass mit 95.300 („Lost Worlds“) und mit 104.000 („1001-Nacht“) Besuchern an die Erfolge der Vorjahre angeknüpft werden konnte. Die Durchführung einer weiteren Auflage der „Magischen Lichterwelten“ ab Ende Dezember 2024 ist bereits geplant.

Risiko- und Prognosebericht

Weitere Einschränkungen bezüglich der Corona-Pandemie stehen nicht zu befürchten. Einnahmeseitig zeichnet sich noch weiterhin eine Normalisierung hin zu dem hohen Niveau von vor der Corona-Pandemie ab, auch wenn bei den Tageseintritten im Jahr 2023 vermutlich witterungsbedingt ein leichter Rückgang gegenüber 2022 festgestellt werden musste. Die befürchteten negativen Auswirkungen auf die Umsatzerlöse aufgrund einer inflationsbedingt reduzierten Kaufkraft der (potenziellen) Besucher scheinen hierfür nicht ursächlich, zumal bei den preisintensiven Veranstaltungseintritte Zuwächse zu verzeichnen waren. Zudem verfügt die Zoologische Garten Halle GmbH aufgrund der guten Geschäftsverläufe in den zurückliegenden Jahren auch nach den letzten Krisenjahren noch über eine kleine Liquiditätsreserve in Höhe von TEUR 823 zum 31.12.2023.

Bei der Entwicklung der Teuerungsrate zeichnet sich in den ersten Monaten des Jahres 2024 allmählich eine Entspannung ab. Im März lag diese bei +2,2% im Vergleich zum Vorjahresmonat (Quelle: Statistisches Bundesamt; https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/04/PD24_150_611.html) und damit in der Nähe der durch die europäische Zentralbank definierten Zielgröße von 2%. Auch die Kosten für Energieträger sanken bereits im Jahr 2023 wieder deutlich. Für die Jahre ab 2024 konnte Gas wieder zu deutlich günstigeren Konditionen eingekauft werden, so dass sich der Aufwand für Energiekosten wieder an die ursprüngliche Mittelfristplanung der Gesellschaft annähert. Allerdings ist nicht gesichert, dass Gas zur Betreibung des Blockheizkraftwerkes auch im Winter 2024/2025 weiterhin geliefert werden kann. Um die Abhängigkeit der Gesellschaft von nur einem Energieträger zum Heizen der Tierhäuser für die Zukunft abzumildern, werden derzeit die drei Gasbrenner zu einem Gasbrenner, einem Heizölbrenner und einem Brenner, der beide Energieträger nutzen kann, umgerüstet. Diese Maßnahme steht kurz vor ihrem Abschluss. Kontinuierliche Einsparungen beim Energieverbrauch sollen durch Optimierungen der Temperaturen in den Aufenthaltsbereichen der Tiere, Vermeidung des Wärmeverlustes über die Schieber zu den Außenanlagen und über die Dachfenster, den künftigen Austausch der Druckerhöhungspumpen im Wassernetz des Zoos durch hocheffiziente Geräte, sowie durch den fortwährenden Wechsel der Beleuchtungseinrichtungen auf LED-Lösungen erreicht werden.

Die Eintrittspreise wurden im Jahr 2024 angehoben, um die allgemeine Preissteigerung und insbesondere die Steigerungen der Personalkosten aufgrund des aktuellen Tarifabschlusses für den öffentlichen Dienst darstellen zu können. Die Geschäftsführung geht von Kosten für die Erhöhung von knapp TEUR 300 aus. Zur Kompensierung des Mehraufwandes hat die Stadt Halle den Betriebskostenzuschuss der Gesellschaft zum 01.01.2024 um TEUR 150 erhöht.

Die Kultureinrichtung Zoologischer Garten Halle GmbH ist als anerkannt gemeinnütziger Dienstleister in ihrer weiteren Tätigkeit und Existenz auch künftig von den Zuschüssen der Stadt Halle (Saale) abhängig. Sie ist als Non-Profit-Organisation nicht darauf ausgerichtet, Gewinne zu erzielen. Für die nächsten Jahre werden Einnahmen aus Eintritten von 370.000 Besuchern geplant. Für die Folgejahre wird davon ausgegangen, dass nur in geringem Umfang freie liquide Mittel vorliegen, um Mindereinnahmen bei den Eintrittsgeldern oder Mehrausgaben im Aufwand auszugleichen. Zusätzlich ergeben sich noch weitere Risiken aus Pensionszahlungen.

Das in den Betriebsablauf integrierte Risiko-Management-System dient dem Geschäftsführer dazu, Veränderungen in den Bereichen Besucherzahlen, Personal, Tiergesundheit und Aufwand rechtzeitig zu erkennen und zu korrigieren. Der Geschäftsführer informiert die MitarbeiterInnen regelmäßig über die aktuelle Situation auf der Grundlage der monatlich erstellten Einnahmen- und Ausgabenkontrolle. Auf dem Weg eines quartalsweisen Melde- und Informationssystems an die Beteiligungsmanagementanstalt der Stadt Halle (Saale) werden regelmäßige Risikoabschätzungen vorgenommen und geeignete Maßnahmen zur Risikominimierung festgelegt. Der Zoo ist derzeit nicht in Gerichts- und Schiedsverfahren involviert. Ausfallrisiken im Sinne einer Betriebsgefährdung könnten nur durch höhere Gewalt oder bei behördlicher Schließung infolge einer auftretenden Seuche entstehen. Dieses Szenario ist erstmalig in der Geschichte des Zoologischen Gartens Halle (Saale) aufgrund der durch das Coronavirus SARS-CoV-2 verursachten Pandemie eingetreten. Ende Januar 2023 kam es zu einem Ausbruch mit dem hochpathogenen, aviären Influenzavirus, dem Erreger der so genannten Geflügelpest. Der Zoo stand dabei für insgesamt sechs Wochen unter amtstierärztlicher Beobachtung. Ein bereits im Jahr 2022 erstelltes und durch das Veterinäramt der Stadt Halle bestätigtes Biosicherheitskonzept gewährleistete, dass der Vogelbestand des Zoos nicht euthanasiert werden musste, sondern in insgesamt 16 voneinander isolierten Seucheneinheiten unter Beachtung hoher Sicherheitsauflagen betreut werden konnte. Nach dreifacher, negativer Testung des gesamten Bestandes in Abstand von jeweils drei Wochen wurde der Seuchenausbruch im Zoo Halle für beendet erklärt. Das Konzept ermöglicht es, den Zoo trotz des Seuchenausbruchs für Besucher weiterhin zu öffnen. Lediglich einige Tierhäuser mussten schließen. Insgesamt konnte der Tierseuchenausbruch ohne große finanzielle Belastungen erfolgreich eingedämmt werden.

Die Geschäftsführung geht in ihrem Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2024 von einem positiven Jahresergebnis von TEUR 2 aus. Eine deutliche Übererfüllung scheint aus heutiger Sicht aufgrund der über der Erwartung liegenden Gewinne aus der Veranstaltung „Magische Lichterwelten – 1001-Nacht“, der guten Entwicklung bei den Tagesbesuchen vor dem Hintergrund eines milden Frühlings und der Geburt eines Elefantenjungens, des erwarteten Zugangs erster Zahlungen aus den GRW-Fördermitteln für den Abriss des Gebäudes in der Seebener Straße und des unerwarteten Erhalts einer großzügigen Erbschaft sehr realistisch.

3.8 ANSTALTEN DES ÖFFENTLICHEN RECHTS

BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Universitätsring 6a
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: Anstalt des öffentlichen Rechts

Stammkapital in T€: 10

Gewährträgerin:	T€	%
Stadt Halle (Saale)	10	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Zweck der Anstalt ist die Durchführung des Beteiligungsmanagements der Stadt Halle (Saale) im Sinne von § 130 Absatz 4 Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt und für vergleichbare städtische Einrichtungen, insbesondere die Saalesparkasse.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Der öffentliche Zweck folgt aus der Wahrnehmung des durch § 130 Absatz 4 KVG LSA gesetzlich vorgeschriebenen kommunalen Beteiligungsmanagements für die Stadt Halle (Saale).

Eine den Beschlüssen zur Gründung der BMA und der Satzung entsprechende Geschäftstätigkeit unterliegt der fortlaufenden Überwachung im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements sowie der Unternehmenssteuerung. Mangels festgestellten Abweichungen ist die Erfüllung des für die wirtschaftliche Betätigung erforderlichen öffentlichen Zwecks folglich weiterhin gewährleistet.

b) Besetzung der Organe

Vorstand: Heine, Christian

Verwaltungsrat:	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd	
	stellv. Vorsitzende	Dr. Wünscher, Ulrike	
		Döring, Jan	
		Dr. Richter, Inge	(bis 19.12.2023)
		Dr. Thomas, Sven	(seit 20.12.2023)
		Geier, Egbert	
		Heym, Carsten	
		Schramm, Rudenz	
		Steinke, Sören	
		Winkler, Yvonne	
		beratendes Mitglied	Bär, Claudia

c) Gesamtbezüge der Mitglieder der Organe

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021
	T€	T€	T€
Verwaltungsrat	13	13	13

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für den Vorstand wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2023		2022		2021		Veränderungen 2023 zu 2022	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	150	20	155	21	165	24	-5	-3
Umlaufvermögen	605	79	571	78	510	75	34	6
Rechnungsabgrenzungsposten	9	1	7	1	8	1	2	29
Bilanzsumme	764	100	733	100	683	100	31	4
Passiva								
Eigenkapital	491	64	451	62	381	56	40	9
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	14	2	18	2	28	4	-4	-22
Rückstellungen	235	31	240	33	245	36	-5	-2
Verbindlichkeiten	24	3	24	3	29	4	0	0
Passive latente Steuern	0	0	0	0	0	0	0	0
Bilanzsumme	764	100	733	100	683	100	31	4

bb) GuV

	2023	2022	2021
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	233	228	222
sonstige betriebliche Erträge	864	844	856
Personalaufwand	918	857	839
Abschreibungen	8	12	12
sonstige betriebliche Aufwendungen	130	132	159
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	-2	2
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1	-1	5
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	-31
Ergebnis nach Steuern	40	70	96
Jahresüberschuss	40	70	96

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2023	2022	2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:	x	x	x	%
Eigenkapitalrentabilität:	x	x	x	%
Cash-Flow:	48	82	108	T€
Gesamtleistung je Mitarbeitenden:	122	119	120	T€
Personalaufwandsquote:	83,67	79,98	77,85	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	1,62	2,21	3,75	%
Eigenkapitalquote:	64,26	61,54	55,76	%
Fremdkapitalquote:	35,74	38,46	44,24	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

f) Lagebericht

Geschäftsverlauf

Der Geschäftsverlauf der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) - im Folgenden „BMA“ oder „Anstalt“ genannt - richtete sich im Wirtschaftsjahr 2023 im Wesentlichen an folgenden **vom Verwaltungsrat beschlossenen Zielvorgaben** aus:

1. Beteiligungsbericht für das Jahr 2022 nach KVG LSA

Der **Beteiligungsbericht** der Stadt Halle (Saale) für das Jahr 2022 **im Sinne von § 130 Abs. 2 KVG LSA** wurde **fristgerecht erstellt**. Bei der Einbringung der Haushaltssatzung 2024 lag er dem Stadtrat zur Beschlussfassung vor.

Wiederum bewährte sich bei der Erstellung des Berichtes die **von der BMA** mit einem Software-Haus **entwickelte** EDV-technische Lösung, die zu einem **weitgehend automatisierten Prozess** der Berichtserstellung führt.

2. Beteiligungsbericht für das Jahr 2022 in Kurzform

Ein **Beteiligungsbericht** für das Jahr 2022 **in Kurzform** (Kurzbericht) wurde auf Anregung des Verwaltungsrates zum dreizehnten Mal erstellt.

Bezweckt wird eine kurzweilige, graphisch aufgewertete und plakative Darstellung der Aktivitäten der städtischen Beteiligungen. Losgelöst von dem strengen formalistischen Korsett der kommunalrechtlichen Vorschriften soll das Interesse der Bürger/-innen an den städtischen Beteiligungen mit ihren umfangreichen Dienstleistungsangeboten außerhalb der Kernverwaltung geweckt werden.

In elektronischer Form steht er auf der Homepage der Stadt Halle (Saale) zum Download uneingeschränkt zur Verfügung.

3. Verifizierung von Bilanzierungsansätzen städtischer Beteiligungen für die Bilanz der Stadt nach Doppik

Mit der Ermittlung von Bilanzierungsansätzen unmittelbarer städtischer Beteiligungen für die Bilanz ist die Stadt Halle (Saale) bei der Umstellung des städtischen Haushaltes auf die sogenannte „Doppik“ seit dem Jahr 2008 unterstützt worden.

Die Bilanzansätze für den Jahresabschluss 2023 der Stadt Halle (Saale) nach Doppik wurden nach dem Anschaffungskostenprinzip bewertet. Gegenüber dem Bilanzstichtag zum 31. Dezember 2022 verringerten sich die Wertansätze um 12.273 TEUR aufgrund der Entnahme aus der Kapitalrücklage der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG (970 TEUR) sowie der Umgliederung der Anteile an der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH (11.303 TEUR) in das Umlaufvermögen aufgrund des vorgesehenen Verkaufes an die Stadtwerke Halle GmbH.

4. Beteiligungs-Reports

Mit den Beteiligungs-Reports wurde vierteljährlich über die wirtschaftlichen und unternehmerischen Perspektiven der wichtigsten kommunalen Unternehmen und sonstigen Einrichtungen berichtet.

Das erste Ziel des Beteiligungs-Reports besteht in der Risiko-Früherkennung, um dann den Steuerungsbedarf für Beteiligungen benennen zu können.

Als zweites Ziel wird die Erweiterung der Entscheidungsbasis angestrebt, wenn im städtischen Gremiendurchlauf Finanzbeziehungen zwischen dem städtischen Haushalt und den Beteiligungen zu beurteilen sind.

Zahlreiche Entscheidungen zu den Beteiligungen im Konzern der Stadt Halle (Saale) sind durch Informationen aus der quartalsweisen Berichterstattung initiiert bzw. geprägt worden.

5. Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale)

Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung hat die BMA bereits in Vorjahren entworfen. Sie dienen dem Ziel einer Steigerung von Effizienz, Transparenz und Kontrolle der städtischen Beteiligungen. Der Stadtrat hat nach jahrelanger und intensiver Beratung dem Kodex schließlich zugestimmt.

Gesellschaftsrechtliche Wirkung entfaltet der Kodex erst nach seiner rechtswirksamen Transformation für jede Beteiligung. Regelungsbedarf gibt es im Hinblick auf interne Steuerungs- und Überwachungssysteme, auf Geschäftsordnungen der gesellschaftsrechtlichen Organe (z. B. Aufsichtsrat, Geschäftsführung, u. ä.) und auf Gesellschaftsverträge oder vergleichbare Satzungen.

Der Umsetzungs- und Anwendungsprozess wird fortlaufend begleitet und überwacht. Er verläuft planmäßig. Nachfragen zur Steuerung der Beteiligungen in Anwendung des Kodexes wurden geklärt.

6. Optimierung der Mandatsträgerinformationen

Durch das städtische Beteiligungsmanagement werden verschiedenste Unterlagen zur Information der Mandatsträger/-innen erstellt (z. B. „gelbe Blätter“, Jahresabschluss- und Wirtschaftsplan-Reports).

Diese bewährten Unterlagen sollten gemäß dem Ziel zur Verbesserung der Anwenderfreundlichkeit und zur Erhöhung des Service-Levels inhaltlich und gestalterisch optimiert sowie die Datensicherheit erhöht werden. Optimierungspotentiale wurden erfasst und u. a. in folgenden Punkten umgesetzt:

- Erarbeitung jeweils eines Deckblattes für BMA-Reporte (u. a. Wirtschaftsplan) mit wesentlichen Informationen (Ampeln, Tabellen und Diagramme) auf einer Seite,
- Beseitigung von Redundanzen durch die Konzentration begleitender oder vertiefender Informationen auf die Reporttexte und damit Fokussierung der gelben Blätter auf die wesentlichen Informationen,
- Optimierung der Ampelsetzung und stärkere Nutzung von Zwischenstufen (grün/gelb und gelb/rot) zur Ermöglichung einer besseren Differenzierung sowie Erhöhung der Aussagekraft und
- Vorbereitung der Nutzung von Cloud-Lösungen zur Bereitstellung der Mandatsträgerinformationen der BMA.

7. Absicherung einer kodexkonformen Haushaltsplanung der Stadt bezüglich des Beteiligungs-Portfolios

Zielstellungen sind in Umsetzung der Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung der Stadt Halle (Saale), also des „Kodexes“,

- zur **Haushaltsplanung der Stadt**, die Absicherung einer termingerechten Aufstellung und einer
- zwischen Kernhaushalt und Beteiligungsportfolio transparenten Datenbasis und
- zu den **Jahresabschlüssen** der Beteiligungen, zeitnahe Möglichkeiten zur effektiven (Um-)Steuerung zu eröffnen.

Die Ziele eines ordnungsgemäßen **Prozesses** für die Aufstellung und Genehmigung einer **Wirtschaftsplanung 2024** bestehen darin, termingerecht eine spiegelbildliche Planung des Finanzmittelbedarfes sowohl im städtischen Haushalt als auch in den jeweiligen Beteiligungen zu ermöglichen bzw. auf der Grundlage einer transparenten Datenbasis Möglichkeiten zur effektiven (Um-)Steuerung zu schaffen.

Der **Prozess** der Aufstellung, Prüfung und Feststellung eines **Jahresabschlusses** zielt darauf ab, die aus der Analyse des Jahresabschlusses ersichtlichen Erkenntnisse aus einem abgelaufenen Wirtschaftsjahr (**ex-post-Erkenntnisse**) für die Plausibilisierung einer aktuell zu erstellenden Planung einzusetzen.

Die **Beschleunigung** von **Zahlungsflüssen** dient nicht nur der möglichst schnellen Vereinnahmung der Gewinnausschüttungen von Beteiligungen im städtischen Haushalt.

Personalwirtschaftlich soll eine zeitnahe Zahlung von Tantiemen an Führungskräfte einen Anreiz für weitere erfolgreiche Arbeit zum Nutzen des Konzerns Stadt bieten.

8. Übrige Aufgabenschwerpunkte

Die **Mandatsbetreuung** der Mitglieder in Aufsichtsgremien erfolgt zu den jeweiligen Sitzungen insbesondere durch die schriftliche Kommentierung der vorgelegten Unterlagen nebst Empfehlung zur Beschlussfassung, durch koordinierte Vorbesprechungen mit den Mitgliedern der Aufsichtsgremien und durch individuelle Beratungsgespräche.

Außenwirkung über den Konzern Stadt hinaus entfaltete die BMA durch die Unterstützung beim Abschluss einer Vereinbarung über die **Fortführung der Finanzierung der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle** für die Jahre 2024 bis 2028.

Die **Corona-Pandemie**, welche mit Auslaufen der Corona-Maßnahmen zum 7. April 2023 endete, der **Ukraine-Krieg** sowie die übrigen geopolitischen Krisen hatten auf die Erfüllung der satzungsmäßigen Aufgaben der Anstalt im Wirtschaftsjahr 2023 keine Auswirkungen.

Lage der Anstalt

Die Erhöhung der **Bilanzsumme** beruht im Wesentlichen auf dem Jahresgewinn.

Die **immateriellen Vermögensgegenstände** und das **Sachanlagevermögen** sind nahezu vollständig abgeschrieben. Investitionen beschränken sich auf den Ersatz von Ausstattungsgegenständen, die in der Gründungsphase angeschafft wurden.

Die **Finanzanlagen** dienen zur Ausfinanzierung der Pensionszusage an den Gründungsvorstand.

Im **Eigenkapital** wirkte sich in den Vorjahren die Thesaurierung von Jahresgewinnen aufgrund nicht verbrauchter städtischer Transferzahlungen aus. Aufgrund des Jahresgewinns 2023 hat sich das Eigenkapital gegenüber dem Vorjahr erhöht.

Die **sonstigen Rückstellungen** haben sich gegenüber dem Vorjahr um 5 TEUR verringert. Aus der Verpflichtung, die laufenden Leistungen aus der betrieblichen Altersversorgung des ehemaligen Vorstandes um jährlich 1 % zu erhöhen, erhöhte sich die Rückstellung im Wirtschaftsjahr 2023 im Saldo um 0,3 TEUR.

Investitionen werden aus den Transferzahlungen der Stadt Halle (Saale) finanziert und aufwandswirksam dem Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen zugeführt.

Hinsichtlich der Entwicklung des Eigenkapitals, des Sonderpostens für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen und der Rückstellungen wird auf die diesbezüglichen Angaben im Anhang verwiesen.

Die **Ertragslage** ist dadurch gekennzeichnet, dass die zur Finanzierung der Anstalt geleisteten städtischen Transferzahlungen im Wirtschaftsjahr 2023 mit 40 TEUR (Vorjahr: 70 TEUR) nicht vollständig verwendet wurden.

Bedeutende finanzielle Leistungsindikatoren stellen für die Anstalt die Transferzahlungen sowie die Liquidität dar.

Bei der Planung wurde für das Wirtschaftsjahr 2023 von einem Jahresverlust in Höhe von 35 TEUR ausgegangen. Ursachen für die Erzielung eines Jahresgewinns sind hauptsächlich die nicht ausgeschöpften Budgets im Bereich der Fortbildungs- sowie Reisekosten, der Rechts- und Beratungskosten, der Investitionen und der Raumkosten sowie ungeplanten Mehrerträgen.

Transferzahlungen der Stadt Halle (Saale) hat die Anstalt in Höhe von 1.119 TEUR (Vorjahr: 1.094 TEUR) erhalten. Unter Berücksichtigung der abzuführenden Umsatzsteuer wurden davon 1.075 TEUR (Vorjahr: 1.051 TEUR) ertragswirksam vereinnahmt.

Die Quote der um den Investitionsanteil bereinigten Sachkosten im Verhältnis zu den Personalkosten beläuft sich auf 14 % (Vorjahr: 15 %).

Die **Personalkosten** haben sich gegenüber dem Vorjahr erhöht. Im Jahr 2023 erfolgten individualvertragliche Anpassungen der Gehälter für alle Mitarbeitenden. Darüber hinaus erfolgte die anteilige Zahlung einer Inflationsausgleichsprämie an die Belegschaft.

Die übrigen **Sachkosten** bewegen sich entgegen dem Preistrend auf einem stabilen Niveau.

Die **Finanzierung** der Anstalt erfolgt durch Transferzahlungen der Stadt Halle (Saale).

Die **Liquidität** war im Wirtschaftsjahr 2023 ganzjährig gesichert.

Nach den Grundsätzen einer fristenkongruenten Finanzierung dient der **Finanzmittelbestand** zum Stichtag der Erfüllung der vertraglich und betrieblich gebundenen Verpflichtungen im Folgejahr.

Zusammenfassend ergaben sich gegenüber dem Vorjahr in der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage keine wesentlichen Veränderungen.

Ausblick

Die Schwerpunkte der Tätigkeiten werden im Wesentlichen an folgenden **Zielvorgaben durch den Verwaltungsrat** ausgerichtet:

- Erstellung des Beteiligungsberichtes 2023 im Sinne von § 130 KVG LSA,
- Erstellung des Beteiligungsberichtes 2023 in Kurzform,
- Erstellung der Beteiligungs-Reports,
- Public Corporate Governance Kodex - Bericht zur kodexkonformen Anwendung,
- Verifizierung von Bilanzierungsansätzen städtischer Beteiligungen für die Bilanz der Stadt nach Doppik,
- Absicherung einer kodexkonformen Haushaltsplanung der Stadt bezüglich des Beteiligungs-Portfolios und
- Unterstützung bei der Durchführung des Verfahrens zur Neubesetzung von Aufsichtsgremien nach der Kommunalwahl 2024.

Im folgenden Wirtschaftsjahr plant die Anstalt mit einem **Jahresverlust** in Höhe von 44 TEUR bei Transferzahlungen der Stadt Halle (Saale) in Höhe von 1.174 TEUR brutto (1.128 TEUR netto).

Gestiegene Personalkosten in Anerkennung der berufsspezifischen Personalentwicklung infolge der Anpassung an das Vergütungskonzept der Anstalt sowie höhere Kosten für Miet-, Betriebs- und Energiekosten für die Geschäftsräume der BMA wurden nicht vollständig an die Stadt Halle (Saale) weitergegeben. Die Planung wurde gezielt unter Verwendung des bestehenden Gewinnvortrages als Ergebnisbeitrag der Anstalt aufgestellt.

Für das Wirtschaftsjahr 2024 werden keine Auswirkungen aus dem andauernden **Ukraine-Krieg** sowie den übrigen geopolitischen Krisen hinsichtlich der Erfüllung der satzungsmäßigen Aufgaben der Anstalt erwartet.

Risikomanagement

Die BMA hat als Bestandteil ihrer Regelwerke auch ein Qualitäts- und Risikomanagementsystem implementiert.

Das System zur Früherkennung von Risiken richtet das besondere Augenmerk auf die Zufriedenheit der städtischen Entscheidungsträger mit der Unterstützung durch die BMA, zumal sich die Anstalt aus Zuschüssen von der Stadt finanziert.

Insofern wird die Zufriedenheit der städtischen Entscheidungsträger als wesentliche **Chance** der zukünftigen Entwicklung angesehen.

Gleichzeitig stellt die finanzielle Abhängigkeit von der Gewährträgerin Stadt (Halle) ein **Risiko** für die Anstalt dar.

Aus personalwirtschaftlicher Sicht besteht ein weiteres Risiko darin, dass eine fachlich geeignete Nachbesetzung bei dem Wechsel eines Belegschaftsmitgliedes zu einem anderen Arbeitgeber im Konzern Stadt Halle (Saale) wegen der Übernahme weiterführender Aufgaben nicht möglich ist.

Die BMA ist nur mit einer für ein qualitativ hochwertiges Beteiligungsmanagement erforderlichen Fachkräfte-Ausstattung in der Lage, die satzungsmäßigen Aufgaben sach- und fristgerecht zu erbringen. Somit stellen die Mitarbeiterzufriedenheit, eine wettbewerbsfähige Vergütungsstruktur sowie die Attraktivität der Anstalt als Arbeitgeber insgesamt, die wesentlichen nicht finanziellen Leistungsindikatoren der BMA dar.

Angesichts fehlender Standard-Ausbildungen an Hochschulen wären wiederum zeitaufwendige und Personal-Ressourcen bindende Qualifizierungsmaßnahmen erforderlich, bis das neue Belegschaftsmitglied das persönliche Aufgabenspektrum vollständig abbildet.

Zusammenfassend haben sich die Chancen und Risiken der Anstalt gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

Verwaltungsrat:

Moll, Thomas
Müller, Thomas
Prinzler, Torsten
Schaaf, Mario
Schröder, Florian
Schwab, Tobias
Sorge, Alexander

c) Gesamtbezüge der Organe

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021
	T€	T€	T€
Verwaltungsrat	88	90	107

Auf die Angabe der Gesamtbezüge für die Vorstandsmitglieder wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

d) Beteiligungen

unmittelbar	%
Deutsche Sparkassen Leasing AG & Co. KG	0,23
Hallesche Gesellschaft für Wohnen und Stadtentwicklung mbH	100,00
Karla Plattform GmbH	25,00
Merseburger Innovations- und Technologiezentrum Gesellschaft mit beschränkter Haftung (mitz)	23,37
Ostdeutscher Sparkassenverband	4,07
s-Immobilien-gesellschaft Halle mbH	100,00
Sparkassenbeteiligungsverband Sachsen-Anhalt	19,76
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	20,00
mittelbar	%
Reileck Projekt GmbH	100,00

e) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2023		2022		2021		Veränderungen 2023 zu 2022	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Barreserve	779.192	12	643.289	10	1.123.670	19	135.903	21
Forderungen an Kreditinstitute	71.436	1	40.815	1	56.495	1	30.621	75
Forderungen an Kunden	3.429.324	54	3.151.812	51	2.783.939	46	277.512	9
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.296.039	20	1.471.016	24	1.345.698	22	-174.977	-12
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	622.444	10	650.866	11	515.876	9	-28.422	-4
Beteiligungen	11.105	0	10.780	0	10.190	0	325	3
Anteile an verbundenen Unternehmen	1.365	0	18.165	0	18.165	0	-16.800	-92
Treuhandvermögen	45.488	1	48.728	1	56.607	1	-3.240	-7
Immaterielle Anlagewerte	124	0	138	0	143	0	-14	-10
Sachanlagen	158.335	2	137.897	2	117.504	2	20.438	15
Sonstige Vermögensgegenstände	18.928	0	25.248	0	21.125	0	-6.320	-25
Rechnungsabgrenzungsposten	920	0	911	0	1.068	0	9	1

Bilanzsumme	6.434.700	100	6.199.665	100	6.050.480	100	235.035	4
--------------------	------------------	------------	------------------	------------	------------------	------------	----------------	----------

	T€		T€		T€		T€	
	%	%	%	%	%	%	%	
Passiva								
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	534.063	8	438.594	7	447.289	7	95.469	22
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	5.205.762	81	5.117.505	83	4.970.596	82	88.257	2
Treuhandverbindlichkeiten	45.488	1	48.728	1	56.607	1	-3.240	-7
Sonstige Verbindlichkeiten	5.386	0	3.420	0	3.612	0	1.966	57
Rechnungsabgrenzungsposten	1.460	0	2.002	0	244	0	-542	-27
Rückstellungen	49.704	1	30.988	1	34.252	1	18.716	60
Nachrangige Verbindlichkeiten	12.999	0	5.023	0	5.023	0	7.976	159
Fonds für allgemeine Bankrisiken	362.000	6	337.900	5	319.500	5	24.100	7
Eigenkapital	217.838	3	215.505	3	213.357	4	2.333	1

Bilanzsumme	6.434.700	100	6.199.665	100	6.050.480	100	235.035	4
--------------------	------------------	------------	------------------	------------	------------------	------------	----------------	----------

Eventualverbindlichkeiten	48.418		47.768		39.412		650	1
Andere Verpflichtungen	283.721		359.064		309.678		-75.343	-21

bb) GuV

	2023	2022	2021
	T€	T€	T€
Zinserträge	130.518	69.394	59.553
Zinsaufwendungen	27.258	1.936	4.273
Laufende Erträge	21.262	33.050	14.943
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	0	0	67
Provisionserträge	41.845	42.352	41.335
Provisionsaufwendungen	4.997	5.867	4.454
Sonstige betriebliche Erträge	14.145	10.745	11.295
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	78.153	69.772	69.749
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	17.729	14.246	4.947
Sonstige betriebliche Aufwendungen	17.362	6.672	11.716
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführung zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	0	30.122	2.364
Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	5.701	0	0
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	15.622	29	2.947
Aufwendungen aus Verlustübernahme	29	46	0
Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken	24.100	18.400	18.600
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	28.221	8.451	8.143
Steuern vom Einkommen und Ertrag	25.397	6.054	5.740
Sonstige Steuern, soweit nicht unter sonstige betriebliche Aufwendungen ausgewiesen	491	249	274
Jahresüberschuss	2.333	2.148	2.129
Bilanzgewinn	2.333	2.148	2.129

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Rentabilität des Eigenkapitals und des Fonds für allgemeine Bankrisiken:	4,78	3,86	4,05	%
Cash-Flow:	34.301	16.141	7.892	T€
Gesamtleistung ¹⁾ je Mitarbeiter:	383	271	206	T€
Personalaufwandsquote ¹⁾ :	21,39	26,19	33,23	%

¹⁾ Grundlage für die Gesamtleistung bildet die Summe aus Zinserträgen, laufenden Erträgen, Provisionserträgen und sonstigen betrieblichen Erträgen

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Sachanlagenintensität:	2,46	2,22	1,94	%
Quote des Eigenkapitals und des Fonds für allgemeine Bankrisiken:	9,01	8,93	8,81	%
Fremdkapitalquote:	90,99	91,07	91,19	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2023	31.12.2022	31.12.2021	Angaben in
Kundeneinlagen	5.205,8	5.117,5	4.970,6	Mio. €
davon Spareinlagen	1.184,8	1.050,1	1.055,9	Mio. €
Forderungen an Kunden	3.429,3	3.151,8	2.783,9	Mio. €
Filialen	45	45	46	Anzahl
SB-Filialen	10	7	17	Anzahl

f) Lagebericht

Lagebericht der Saalesparkasse 2023

- 1 Entwicklung von Gesamtwirtschaft und Branche**
- 1.1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung
- 1.2 Entwicklung der Finanzbranche
- 2 Geschäftsentwicklung der Saalesparkasse**
- 2.1 Grundlage der Geschäftstätigkeit
- 2.2 Gesamtüberblick zur Geschäftsentwicklung
- 2.3 Kreditgeschäft
- 2.4 Eigenanlagen und Forderungen an Kreditinstitute
- 2.5 Anteilsbesitz
- 2.6 Einlagengeschäft
- 2.7 Wertpapier- und Investmentgeschäft
- 2.8 Verbundgeschäft
- 2.9 Vertrieb und Produkte
- 2.10 Ressourcen
- 3 Vermögenslage der Saalesparkasse**
- 4 Finanzlage der Saalesparkasse**
- 5 Ertragslage der Saalesparkasse**
- 6 Abschließende Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Saalesparkasse**
- 7 Risikobericht**
- 7.1 Risikomanagementsystem und Risikotragfähigkeit
- 7.2 Organisation des Risikomanagements
- 7.3 Risikobetrachtung im Detail
- 7.3.1 Management der Adressenausfallrisiken
- 7.3.1.1 Kundenkreditgeschäft
- 7.3.1.2 Depot A/ Eigenanlagen
- 7.3.2 Management der Marktpreisrisiken
- 7.3.3 Management der Liquiditätsrisiken
- 7.3.4 Management der operationellen Risiken
- 7.3.5 Management der Provisionsrisiken
- 7.3.6 Management der Beteiligungsrisiken
- 7.4 Beurteilung der Risikolage
- 8 Prognosebericht**
- 8.1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung
- 8.2 Entwicklung der Finanzbranche
- 8.3 Geschäftsentwicklung der Saalesparkasse
- 8.4 Chancen und Risiken der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung der Saalesparkasse
- 8.5 Zusammenfassende Würdigung

1 Entwicklung von Gesamtwirtschaft und Branche

1.1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Das abgelaufene Geschäftsjahr 2023 war weltweit nach 2022 weiterhin von hoher Inflation geprägt, wenn gleich die Preissteigerungen in den meisten Ländern nicht mehr so hoch wie zu den Spitzenständen im Herbst 2022 waren. Nach der Prognose des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands ergibt sich aus dem Verlauf im Gesamtjahr 2023 eine reale BIP-Veränderung i.H.v. -0,3%.

Die privaten Konsumausgaben sanken um 0,8%. Dies spiegelt vor allem die Präsenz des Themas Inflation wieder, welches die Kauflust und Konsummöglichkeiten in Deutschland dämpfte.

Die Bautätigkeit in Deutschland wurde durch das 2023 erhöhte Zinsniveau stark gebremst. Zunächst wurde noch der Auftragsbestand bei begonnenen Projekten abgearbeitet. Die Bauinvestitionen sanken im dritten Jahr in Folge, 2023 noch einmal preisbereinigt um 2,1%. Am stärksten war der Rückgang im Wohnungsbau. Das Marktgeschehen für Halle (Saale) und den Saalekreis ist nach der langanhaltenden Boomphase mit steigenden Mieten und Kaufpreisen seit der Zinswende ebenfalls ins Stocken geraten.

Die Arbeitslosenquote ist in Deutschland für das Jahr 2023 um 0,4 Prozentpunkte auf 5,7% gestiegen. Die Zahl der Erwerbstätigen ist mit 45,9 Mio. gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen.

In Sachsen-Anhalt stieg die durchschnittliche Arbeitslosenquote 2023 auf 7,5% gegenüber 7,1% im Vorjahr. Bezogen auf das Geschäftsgebiet der Saalesparkasse sind die Arbeitslosenquoten im Jahr 2023 in der Stadt Halle (Saale) leicht gestiegen und im Saalekreis im Vergleich zum Vorjahr leicht gesunken.

Von Seiten des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt wird für den Saalekreis bis zum Jahr 2035 ein weiterer wesentlicher Bevölkerungsrückgang prognostiziert, für die Stadt Halle (Saale) wird ebenfalls von einer leicht negativen Entwicklung ausgegangen.

1.2 Entwicklung der Finanzbranche

In 2023 haben sich sowohl bei den kurzfristigen Zinsen (3 Monats EURIBOR) als auch im mittel- und langfristigen Laufzeitbereich (5 bis 10-Jahres Zins) die Zinssätze für Bundeswertpapiere im positiven Bereich entwickelt. Im 3 Monatsbereich lag die Spanne im Jahresverlauf bei 2% bis 4% und bei den 10-Jährigen deutschen Staatsanleihen lag die Spanne bei 2,2% bis 2,6%.

Die EZB hat das Leitinsniveau bis Jahresende 2023 um insgesamt 2,5 Prozentpunkte erhöht. Der Zinssatz für die Einlagefazilität der EZB bleibt dabei wegen der auf absehbare Zeit erhaltenen Überschussliquiditätssituation der für die Geldmärkte entscheidende Leitzins. Der Satz der Einlagefazilität erreichte zum Jahresende 4,5%.

2 Geschäftsentwicklung der Saalesparkasse

2.1 Grundlage der Geschäftstätigkeit

Die Saalesparkasse ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Halle (Saale). Das Geschäftsgebiet erstreckt sich auf die Stadt Halle (Saale) und den Saalekreis. Träger der Saalesparkasse sind die Stadt Halle (Saale) und der Landkreis Saalekreis.

Institutssichernde Einrichtung der Saalesparkasse im Sinne des § 23a Abs. 1 KWG ist der Sparkassenstützungsfonds des Ostdeutschen Sparkassenverbandes.

Maßgebliche rechtliche Grundlagen für die Geschäftstätigkeit der Saalesparkasse sind das Kreditwesengesetz (KWG), das Sparkassengesetz des Landes Sachsen-Anhalt (SpkG-LSA), die Sparkassenverordnung des Landes Sachsen-Anhalt sowie die Satzung der Saalesparkasse. Die Organe der Saalesparkasse sind der Verwaltungsrat und der Vorstand (§ 7 SpkG-LSA).

2.2 Gesamtüberblick zur Geschäftsentwicklung

Das Geschäftsvolumen der Saalesparkasse (Bilanzsumme und Eventualverbindlichkeiten) konnte gegenüber dem Vorjahr nochmals gesteigert werden und bewegt sich damit erneut über den Erwartungen.

Der Zinsüberschuss legte mit 26,9 Mio. EUR deutlich über den Planwert von 98,8 Mio. EUR hinaus zu. Das Provisionsergebnis liegt mit 36,8 Mio. EUR auf Planwertniveau von 36,7 Mio. EUR. Die Verwaltungsaufwendungen liegen mit einem Wert von 79,6 Mio. EUR leicht über dem Planwert, der mit 77,3 Mio. EUR angegeben ist, als auch über dem Vorjahreswert.

Insgesamt sind wir mit der Geschäftsentwicklung der Saalesparkasse im Geschäftsjahr 2023 zufrieden.

2.3 Kreditgeschäft

Der Bestand der Forderungen gegenüber Kunden hat sich im Vergleich zum Vorjahr erhöht und stieg um 277,6 Mio. EUR auf 3.429,3 Mio. EUR. Das entspricht einer Steigerung von 8,7%.

Der Bestand der Kommunalkredite bewegte sich mit einer Erhöhung um 28,5% (Vorjahr +2,7%) deutlich über dem Vorjahreswert. Das Kreditvolumen an Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige Personen stieg um 9,9% (Vorjahr 9,3%), es liegt damit unter den Erwartungen i.H.v. 11,0%. Der Bestand von Krediten an Privatpersonen wurde um 10,1% (Vorjahr 14,4%) über die Planvorgaben i.H.v. 7,5% hinaus ausgeweitet. Im Bereich der Konsumentenkredite erhöhte sich der Bestand um 2,2% (Vorjahr 2,6%). Die Steigerung in den genannten Bereichen ergibt sich aus anhaltend starker Kreditnachfrage im gewerblichen Bereich sowie bei Baufinanzierungen. Der Bestand von Schuldscheindarlehen an Unternehmen und öffentliche Haushalte erhöhte sich um 8,3 Mio. EUR bzw. 1,0% gegenüber dem Vorjahr.

Hinsichtlich der Laufzeiten der Ausleihungen war ein Zuwachs sowohl bei den kurz- bis mittelfristigen Krediten (+85,3 Mio. EUR bzw. +26,8%) als auch bei den langfristigen Ausleihungen (+222,4 Mio. EUR bzw. +7,8%) zu verzeichnen.

Im außerbilanziellen Bereich haben sich die Eventualverbindlichkeiten um 1,3% erhöht und die unwiderruflichen Kreditzusagen um 21% verringert.

2.4 Eigenanlagen und Forderungen an Kreditinstitute

Die Eigenanlagen in Wertpapieren und Forderungen an Kreditinstitute verringerten sich bis Ende 2023 um 172,9 Mio. EUR (8,0%) auf insgesamt 1.989,8 Mio. EUR.

Bei der Position der Forderungen an Kreditinstitute ist gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung um 30,6 Mio. EUR auf 71,4 Mio. EUR zu verzeichnen. Das Anlagevolumen erstreckt sich insbesondere auf inländische Kreditinstitute.

Der Wertpapierbestand (Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere) sank um 203,4 Mio. EUR auf 1.918,5 Mio. EUR. Dies entspricht einer Verringerung um 9,6% gegenüber dem Vorjahr. Der Buchwert der verliehenen Wertpapiere hat sich gegenüber dem Vorjahr um 16,3 Mio. EUR bzw. 2,3% auf 680,5 Mio. EUR verringert. Das Anlagevolumen des Wertpapierbestandes besteht hauptsächlich aus Schuldverschreibungen inländischer Kreditinstitute, Unternehmens- und Staatsanleihen sowie Spezialfonds.

Die Saalesparkasse ist Inhaber von Anteilen an diversen Spezialfonds (Buchwerte: 622,4 Mio. EUR). Das in Fonds investierte Vermögen hat sich durch Umstrukturierungen im Jahresverlauf um 28,4 Mio. EUR verringert, darunter sind ca. 88,6% des Fondsvolumens in Immobilien investiert und 10,7% der Anlagen in den Spezialfonds entfallen auf den Bereich Infrastruktur.

2.5 Anteilsbesitz

Das originäre Beteiligungsgeschäft erstreckt sich maßgeblich auf Verbundbeteiligungen mit strategischer Ausrichtung. Die Saalesparkasse weist Beteiligungen über 11,1 Mio. EUR aus, die in Höhe von 6,8 Mio. EUR auf den Ostdeutschen Sparkassenverband sowie in Höhe von 2,8 Mio. EUR auf den Sparkassenbeteiligungsverband Sachsen-Anhalt entfallen.

Zudem hält die Saalesparkasse mit der seit 1998 bestehenden S-Immobilien-Gesellschaft Halle mbH eine 100%-ige Tochtergesellschaft, deren Geschäftszweck im Erwerb, der Entwicklung, der Vermietung, der Verwaltung und dem Verkauf von Immobilien besteht.

Als weiteres verbundenes Unternehmen hat die Saalesparkasse in 2019 100% der Anteile der Halleschen Gesellschaft für Wohnen und Stadtentwicklung mbH (HGWS) mit Sitz in Halle (Saale) erworben. Die Beteiligung mit einem Buchwert von 1,3 Mio. EUR umfasst den Immobilienbestand des Wohnviertels „Pauluspark“ in Halle (Saale), welcher zur Portfoliodiversifizierung der Wohnimmobilien der Saalesparkasse beiträgt. Im Geschäftsjahr 2022 hat die HGWS 100% der Anteile der Reileck Projekt GmbH zu einem Kaufpreis von 18,6 Mio. EUR erworben. Diese plant auf einem bereits in ihrem Eigentum befindlichen Grundstück die Errichtung mehrerer Gebäude zur vorwiegend wohnwirtschaftlichen, aber auch gewerblichen Nutzung. Die mehrere Jahre andauernde Umsetzung des Projektes hat im II. Quartal 2022 begonnen.

Bei der Bewertung des Beteiligungswertes an der Halleschen Gesellschaft für Wohnen und Stadtentwicklung (HGWS) hat sich eine fehlende Werthaltigkeit ergeben. Hier erfolgt die außerplanmäßige Abschreibung auf den ermittelten Beteiligungswert. Die Beteiligung ist zum Vorjahr um 16,8 Mio. EUR zurückgegangen.

2.6 Einlagengeschäft

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden erhöhten sich um 88,3 Mio. EUR (1,7%) auf 5.205,8 Mio. EUR und übertreffen damit nochmals unsere Planannahmen i.H.v. 4.949,6 Mio. EUR.

Insgesamt sind die Spareinlagen um 134,6 Mio. EUR bzw. 12,8 % auf 1.184,7 Mio. EUR gestiegen und bewegen deutlich über dem Vorjahresniveau sowie über dem Planwert i.H.v. 1.141,0 Mio. EUR. Hierfür sind unter anderem die Auflage von neuen Produkten (ZinsPlus und KombiProdukt) sowie das Aufleben bekannter Produktvarianten (Festzinskonto und Sparbrief) auf Grund der attraktiven Verzinsung maßgebend.

Die anderen Verbindlichkeiten gegenüber Kunden entwickelten sich insgesamt rückläufig mit einer Verringerung um 46,4 Mio. EUR. Dabei zeichneten sich die Rückgänge in den Beständen der täglich fälligen Verbindlichkeiten ab welche damit unter dem Planwert liegen.

Das Volumen der bei Kreditinstituten aufgenommenen Gelder erhöhte sich um 91,3 Mio. EUR bzw. 20,8% auf 529,9 Mio. EUR.

2.7 Wertpapier- und Investmentgeschäft

Im abgelaufenen Geschäftsjahr erhöhte sich das Depotvolumen unserer Kunden in den bei unseren Verbundpartner geführten Depots um 70,9 Mio. EUR oder 41,7% auf 240,7 Mio. EUR. Die Anzahl der Fondsdepots von Kunden bei unserem Verbundpartner Deka-Bank erhöhte sich im Jahr 2023 um 1.420 Stück auf 32.200 Stück. Das Depotvolumen unserer Kunden bei der Deka-Bank ist im abgelaufenen Geschäftsjahr um 152,3 Mio. EUR oder 16,9% auf 1.050,6 Mio. EUR gestiegen.

2.8 Verbundgeschäft

Im Versicherungs- und Verbundgeschäft konnten die guten Vorjahreswerte nicht in allen Bereichen bestätigt bzw. übertroffen werden.

Das Gesamtergebnis im Versicherungsgeschäft der Saalesparkasse zeigte für 2023 im Neugeschäft eine Teils gemischte Entwicklung. So lag die Beitragssumme 2023 für die Lebensversicherungen bei 28,8 Mio. EUR und somit 2,5 Mio. EUR über dem Vorjahreswert. Auch im Bereich KFZ konnte eine positive Entwicklung der Beiträge von 749 TEUR in 2022 auf 934 TEUR im abgelaufenen Jahr verzeichnet werden. Bei den Sachversicherungen ging das Ergebnis gegenüber dem Vorjahreswert um 152 TEUR zurück und erreicht einen Wert von 640 TEUR.

Bei den Bausparverträgen konnte die positive Entwicklung aus dem Vorjahr nicht fortgesetzt werden. Das im Jahr 2023 abgeschlossene Volumen liegt bei 133,5 Mio. EUR und damit um 14,9 Mio. EUR unter dem Vorjahreswert.

In Bezug auf die vermittelten Objekte im Geschäft mit der LBS Immobilien GmbH konnte das Vorjahresergebnis (-186,0 TEUR) nicht erreicht werden. Insgesamt wurden 129 Objekte von den Handelsvertretern der Saalesparkasse vermittelt. Der durchschnittliche Kaufpreis je Objekt konnte auf Vorjahresniveau (0,2 Mio. EUR) bestätigt werden. Die in 2023 erzielten Courtagen aus vermittelten Objekten betragen 1,7 Mio. EUR

2.9 Vertrieb und Produkte

Das Produktangebot der Saalesparkasse wurde im Berichtsjahr weiter ausgebaut bzw. bestehende Produktangebote sinnvoll ergänzt. Das Sparkassengirokonto wurde bei unveränderten Preisen für unsere Kunden, um die S-Vorteilswelt und S-Trust ergänzt.

Auch das Angebot für die Vermögensanlage bzw. den Vermögensaufbau wurde mit der Einführung von Smartvermögen und des Sparkassenkapitalbriefs mit Nachrangabrede deutlich erweitert. Während mit der digitalen Vermögensverwaltung der DekaBank (Smartvermögen) der Vermögensaufbau für eine junge oder digital affine Zielgruppe bereits ab geringen Beträgen möglich ist (500€ einmalig oder 25€ monatlich), steht beim Sparkassenkapitalbrief mit Nachrangabrede die langfristige, festverzinsliche Anlage von größeren Anlagebeträgen (ab 50.000€) im Vordergrund. Die Kunden profitieren dabei von einer sehr guten Verzinsung (5,00% p.a. Stand: 31.12.2023).

Mit dem Sparkassen- Modernisierungskredit Klima hat die Saalesparkasse eine neue Variante in ihr Angebot aufgenommen, um ihre Kunden bei energetisch notwendigen Modernisierungsmaßnahmen zu unterstützen.

2.10 Ressourcen

Zum 31. Dezember 2023 waren in der Saalesparkasse 582 bankspezifisch Beschäftigte tätig. Damit hat sich der Personalbestand gegenüber dem Vorjahr leicht erhöht. Der Bestand an 271 Teilzeitbeschäftigten hat sich ebenfalls leicht erhöht. Im Berichtsjahr haben 12 Auszubildende am 1. August 2023 ihre Ausbildung begonnen. Zum Stichtag werden 35 Auszubildende zu Bankkaufleuten ausgebildet. 13 MitarbeiterInnen befinden sich zurzeit in der Arbeitsphase der Altersteilzeit. Die in der Saalesparkasse zur Stellenbesetzung erforderlichen Qualifikationsanforderungen, wie die Ausbildung als Bankkaufmann (m/w/d), zahlreiche Weiterbildungen zum Erwerb weiterführender Qualifikationen sowie die Aufrechterhaltung des erreichten Wissensniveaus bilden eine wichtige Grundlage. Für Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen wurden deshalb im Berichtsjahr 0,5 Mio. EUR aufgewendet.

Zur Intensivierung der Betreuungsqualität wird ein besonderes Augenmerk auf die stetige Aktualisierung der Beratungs- und Systemunterstützung in allen unseren Filialen gelegt.

Über das Netz der Kundenselbstbedienungsgeräte, bestehend aus 93 Geldautomaten, 23 Kontoauszugsdruckern und 53 Überweisungsterminals, wurden im Geschäftsjahr 2023 rund 7,3 Mio. Transaktionen getätigt, wobei an den Geldautomaten rund 995,1 Mio. EUR verfügt wurden.

3 Vermögenlage der Saalesparkasse

Insgesamt belaufen sich die anrechenbaren Eigenmittel der Saalesparkasse zum Jahresende 2023 auf 565,1 Mio. EUR. Die Gesamtkapitalquote nach Capital Requirements Regulation (CRR) lag per 31. Dezember 2023 mit 13,8% über den gesetzlichen Mindestanforderungen (KWG i. V. m. CRR). Dabei hat die Saalesparkasse neben den Mindestgesamtkapitalanforderungen gemäß CRR (8,0%) auch die von der BaFin angeordneten zusätzlichen Kapitalanforderungen gemäß Supervisory Review and Evaluation Process (SREP: 0,5%) sowie die Kapitalpufferanforderungen gemäß § 10c KWG (Kapitalerhaltungspuffer) und § 10d KWG (antizyklischer Kapitalpuffer) einzuhalten. Die Mindestkapitalanforderung für 2023 beträgt inklusive des für die Saalesparkasse individuell festgelegten SREP-Aufschlages und der Kapitalpufferanforderungen 11,82% und wurde somit eingehalten.

Auf der Aktivseite stellen die Ausleihungen an Kunden mit 53,3% (Vorjahr 50,8%) der Bilanzsumme und die Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere mit 20,1% (Vorjahr 23,7%) die bedeutendsten Posten dar.

Auf der Passivseite wird die Kapitalstruktur von den Kundeneinlagen (Verbindlichkeiten gegenüber Kunden) mit 80,9% (Vorjahr 82,5%) der Bilanzsumme dominiert. Darüber hinaus erstrecken sich die Refinanzierungsmittel der Saalesparkasse auf Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (8,3%), die im Vorjahresvergleich (7,1%) gestiegen sind.

Die Ansätze der Aktiv- und Passivpositionen in der Bilanz entsprechen den gesetzlichen Bestimmungen. Mit den zum Jahresultimo 2023 vorgenommenen Einzelbewertungsmaßnahmen, die auch die Bildung von Rückstellungen beinhalten, ist den erkennbaren Risiken und Verpflichtungen ausreichend Rechnung getragen worden.

Die Saalesparkasse hat ihren Bestand an Wertpapieren der Liquiditätsreserve nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Bei den verzinslichen Wertpapieren des Anlagevermögens werden die Anschaffungskosten bzw. die fortgeführten Buchwerte angesetzt.

Geschäfte im eigenen Management der Saalesparkasse wurden ausschließlich in Euro getätigt. Im Eigenanlagengeschäft wurden sechzehn neue Swapgeschäfte zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken abgeschlossen. Drei der Sicherungsbeziehungen endeten planmäßig.

In den bilanzierten Aktivwerten, insbesondere im Wertpapierbestand, bestehen stichtagsbezogen Kursreserven sowie saldierte schwebende Verluste aus Schuldscheindarlehen. Außerdem besteht zur Sicherung gegen die besonderen Risiken des Geschäftszweiges zusätzlich eine Risikovorsorge nach § 340f HGB. Bei Wertpapieren des Anlagevermögens wurde das gemilderte Niederstwertprinzip angewandt. Dadurch wurden, gegenüber einer Bewertung zum strengen Niederstwertprinzip, Abschreibungen in Höhe von 31,6 Mio. EUR vermieden.

Die Saalesparkasse verfügt über eine angemessene Kapitalausstattung, die den Rahmen für die geplanten Geschäftsaktivitäten bietet. Mit der Feststellung des Jahresabschlusses und der Zuführung des Bilanzgewinnes wird die Sicherheitsrücklage 217,8 Mio. EUR (3,38% der Bilanzsumme) betragen.

4 Finanzlage der Saalesparkasse

Die Zahlungsfähigkeit der Saalesparkasse war im Berichtsjahr aufgrund einer Liquiditätsvorsorge zu jedem Zeitpunkt sichergestellt. Die von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) geforderten Liquiditätskennzahlen wurden stets eingehalten.

Die Guthaben, die zur Erfüllung der Mindestreservebestimmungen vorgeschrieben sind, unterhielt die Saalesparkasse bei der Deutschen Bundesbank.

Die Zahlungsverpflichtungen auf der Passivseite sind aufgrund der Niedrigzinsphase in den vergangenen Jahren überwiegend kurzfristig gebunden. Demgegenüber stehen auf der Aktivseite Zahlungsmittel in Form von Guthaben bei der Bundesbank und der Nord/LB sowie liquiden Wertpapieren zur Verfügung. Die unwiderruflichen Kreditzusagen betragen zum Stichtag 283,7 Mio. EUR.

Die Saalesparkasse ist als Mitglied der S-Finanzgruppe Teil eines leistungsfähigen Liquiditätsverbundes und verfügt zur Erfüllung ihrer Zahlungsverpflichtungen über verschiedene Refinanzierungsquellen. Hauptrefinanzierungsquellen stellen neben den Kundeneinlagen die Landesbanken und die EZB dar. Um den Zugang zur Liquiditätsbeschaffung über die EZB zu gewährleisten, verfügt die Saalesparkasse in ausreichendem Maße über notenbankfähige Sicherheiten. Im Jahr 2023 war der Zugang zu den Refinanzierungsquellen jederzeit gegeben. Die Finanzlage ist geordnet und die Saalesparkasse wird aus heutiger Sicht auch zukünftig in der Lage sein, ihre Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen.

5 Ertragslage der Saalesparkasse

Die Saalesparkasse hat folgende wesentlichen Leistungsindikatoren definiert und im Berichtsjahr nachgehalten.

Leistungsindikator	Plan 2023	2023	2022
Gesamtkapitalquote*	15,1 %	13,78 %	13,30 %
Betriebsergebnis I (vor Bewertung) in % der DBS	1,02 %	1,41 %	0,91 %
Cost-Income-Ratio in % der DBS**	55,5 %	47,7%	56,3 %
Personalaufwand in % der DBS	0,73 %	0,71 %	0,67 %
Sachaufwand in % der DBS	0,54 %	0,58 %	0,52 %

* Rechtliche Grundlage: Art. 92 CRR Abs. 1 c – Eigenmittelanforderungen 31.12.2023

** Berechnung: Verwaltungsaufwand / Summe aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, sonstigen ordentlichen Ertrag, sonstigen ordentlichen Aufwand & Nettoergebnis aus Finanzgeschäften

Die nachfolgende Übersicht enthält eine nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten gegliederte Gewinn- und Verlustrechnung des Berichtsjahres und des Vorjahres.

Position	2023 in Mio. EUR	in % der DBS*	% der DBS LSA*	2022 in Mio. EUR	in % der DBS*	% der DBS LSA*
Zinsüberschuss	125,7	2,03	1,91	87,7	1,45	1,51
Provisionsüberschuss	36,8	0,60	0,75	36,5	0,60	0,72
Sonstige betriebliche Erträge	10,3	0,17	0,06	9,1	0,15	0,04
Verwaltungsaufwendungen	-79,6	-1,30	-1,39	-71,9	-1,19	-1,34
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-6,1	-0,10	-0,03	-5,5	-0,09	-0,03
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge, Bewertung und Steuern	87,2	1,41	1,29	55,9	0,91	0,93
Bewertungsergebnis	-20,6	-0,33	-0,61	-25,9	-0,43	-0,60
Neutrales Ergebnis	-13,2	-0,21	0,04	-2,2	-0,04	0,04
Ertragsteuern	-27,0	-0,44	-0,36	-7,2	-0,12	-0,17
Veränderung der Vorsorgereserven (saldiert)	-24,1	-0,39	-0,57	-18,4	-0,30	-0,18
Jahresüberschuss	2,3	0,04	0,36	2,1	0,03	0,02

* Vergleichszahlen: Auswertung Betriebsvergleich 2023 und 2022
 Abkürzungen: DBS – Durchschnittliche Bilanzsumme
 LSA – Land Sachsen-Anhalt

Zu den Ergebnissen im Einzelnen:

Der im Vergleich zum Vorjahr um 38 Mio. EUR bzw. um 43,3% höhere Zinsüberschuss ist weiterhin die bedeutendste Ertragsquelle der Saalesparkasse. Der Planwert von 98,8 Mio. EUR wurde deutlich übertroffen.

Die im Vergleich zum Vorjahr mit 144,4 Mio. EUR (Vorjahr: 93,8 Mio. EUR) deutlich gestiegenen Zinserträge sind maßgeblich mit Zuwächsen im Kundenkreditgeschäft sowie durch zinsbedingte Mehrerträge bei den Forderungen an Kreditinstitute zu erklären. Der Planwert von 129,1 Mio. EUR wurde deutlich übertroffen. Verglichen mit dem Vorjahr war der Zinsaufwand mit 27,3 Mio. EUR (Vorjahr: 2,4 Mio. EUR, Planwert 35,8 Mio. EUR) deutlich erhöht. Dies ist hauptsächlich auf das gestiegene Marktzinsniveau und der Wiedereinführung von festverzinslichen Passivprodukten zurückzuführen. Der mit den Zinserträgen saldierte Ertrag aus den getätigten Zinssicherungsvereinbarungen (Swaps) belief sich auf 8,7 Mio. EUR.

Für die Saalesparkasse ergab sich auf der Grundlage der deutlich gestiegenen durchschnittlichen Bilanzsumme (DBS) eine gegenüber dem Vorjahr höhere Zinsspanne von 2,03% (Vorjahr 1,45%), die über dem Landesdurchschnitt der Sparkassen in Sachsen-Anhalt (1,91%) liegt.

Der Provisionsüberschuss lag mit 36,8 Mio. EUR leicht über dem Niveau des Vorjahres (36,5 Mio. EUR) und auf dem geplanten Wert (36,8 Mio. EUR). Dies ist auf einen höheren Rückgang bei den Provisionsaufwendungen, hier für Vermittlungstätigkeiten Dritter im Kreditgeschäft, zurückzuführen. Dadurch wurden die rückläufigen Provisionserträge, hier Vermittlungsgeschäft und Wertpapierleihegeschäft, überkompensiert.

Die sonstigen betrieblichen Erträge werden wesentlich durch die Grundstücks- und Gebäudeerträge sparkasseneigener Immobilien, deren Bestand durch Neuerwerbungen gestiegen ist, geprägt. Sie bewegten sich mit 10,3 Mio. EUR (Vorjahr 9,1 Mio. EUR) leicht über dem Planwert (9,3 Mio. EUR).

Die Verwaltungsaufwendungen (79,6 Mio. EUR) lagen über dem Niveau des Vorjahres (71,9 Mio. EUR), sie bewegen sich dabei ebenfalls über dem geplanten Niveau (77,3 Mio. EUR).

Die Personalaufwendungen einschließlich der sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung stiegen um 3,2 Mio. EUR auf 43,7 Mio. EUR (0,71% der DBS), Vorjahr 40,5 Mio. EUR, und lagen damit dennoch unter dem Planwert von 44,2 Mio. EUR. In den Planungen wurde auf Grund zu erwartender deutlicher Tarifsteigerungen von einem deutlichen Anstieg des Personalaufwandes für das Jahr 2023 ausgegangen. Durch den von den Planungsannahmen abweichenden Tarifabschluss kommt es zu deutlichen Entlastungen.

Der Sachaufwand lag bei 35,8 Mio. EUR (Vorjahr 31,4 Mio. EUR) bzw. 0,58% der DBS und bewegte sich damit sowohl über dem Planwert als auch über dem Vorjahreswert. Positionen mit höheren Aufwendungen als geplant sind unter anderen Dienstleistungen Dritter, Betriebs- und Geschäftsausstattung und der Werbeaufwand.

Das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge, Bewertung, Steuern und neutralen Ergebnis als bedeutsamer Leistungsindikator hat sich mit 87,2 Mio. EUR um 31,3 Mio. EUR oder 56% gegenüber dem Vorjahresergebnis erhöht. Damit liegt die Saalesparkasse deutlich über dem Planwert (61,9 Mio. EUR).

Insgesamt hat sich das Verhältnis der ordentlichen Aufwendungen zum Bruttoertrag (Cost-Income-Ratio) als bedeutsamer Leistungsindikator mit 47,7% deutlich verbessert (Vorjahr 56,3% / Planwert 55,5%).

Unter Berücksichtigung der Gewinne und Verluste aufgrund von Fälligkeiten und der Veräußerung von Wertpapieren sowie des Ergebnisses aus der Saldierung von Abschreibungen und Zuschreibungen ergibt sich ein positives Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft von 13,7 Mio. EUR (0,22% der DBS). Die Entwicklung ist gegenüber dem Planwert (-3,8 Mio. EUR) und dem Vorjahreswert (-13,7 Mio. EUR) im Wesentlichen geprägt durch die hohen Zuschreibungen auf die Wertpapiere der Liquiditätsreserve.

Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft in Höhe von -6,8 Mio. EUR hat sich im Vergleich zum Vorjahr negativ verändert. Gegenüber den Modellannahmen aus der Planung in Höhe von -10,3 Mio. EUR stellt sich das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft deutlich positiver dar.

Das sonstige Bewertungsergebnis (-27,5 Mio. EUR) fällt sowohl gegenüber dem Planwert in Höhe von -0,6 Mio. EUR als auch gegenüber dem Vorjahr (-8,1 Mio. EUR) deutlich negativer aus. Dies begründet sich auf Grund von Bewertungsmaßnahmen für Grundstücke und Gebäude sowie dem Anteilsbesitz wegen dauerhafter Wertminderungen.

Das Bewertungsergebnis insgesamt stellt sich mit -20,6 Mio. EUR bzw. -0,33% der DBS negativ dar.

Das neutrale Ergebnis fällt mit insgesamt -13,2 Mio. EUR deutlich negativer gegenüber dem Planwert (-1,8 Mio. EUR) aus und stellt sich damit auch schlechter als der Vorjahreswert (-2,2 Mio. EUR) dar. Wesentliche Gründe für die negative Entwicklung des Neutralen Aufwandes gegenüber dem Planwert sind insbesondere Aufwendungen für die Bildung einer Drohverlustrückstellung für den geplanten Bau des Hotels in der Kapellengasse in Halle (Saale). Wesentliche Gründe für die Abweichungen des Neutralen Ertrages gegenüber dem Planwert sind Auflösungen von Rückstellungen für Zinsnachforderungen aus Prämiensparverträgen.

Die Kapitalrendite, berechnet als Quotient aus Jahresüberschuss und Bilanzsumme, beträgt 0,036%.

Zur Stärkung der Kernkapital- und Gesamtkapitalquote soll der Bilanzgewinn in Höhe von 2,3 Mio. EUR mit der Feststellung des Jahresabschlusses der Sicherheitsrücklage zugeführt werden.

6 Abschließende Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Saalesparkasse

Bei geordneten Finanz- und Vermögensverhältnissen verfügt die Saalesparkasse über eine Ertragskraft, die es ihr erlaubt, dass für die weitere Geschäftsentwicklung erforderliche Eigenkapital zu erwirtschaften.

Die jederzeitige Zahlungsfähigkeit war im Geschäftsjahr gewährleistet. Wesentliche Liquiditätsrisiken sind aus der Bilanzstruktur nicht erkennbar.

Insgesamt beurteilen wir die Vermögens- und Finanzlage sowie die Ertragslage im Geschäftsjahr 2023 als zufrieden stellend.

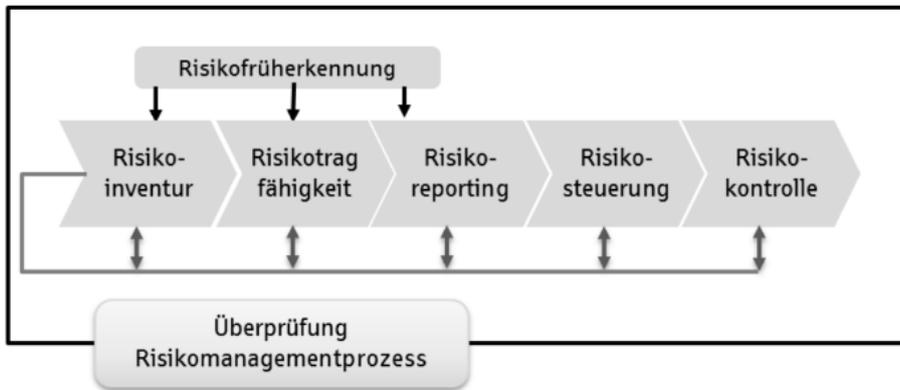
7 Risikobericht

7.1 Risikomanagementsystem und Risikotragfähigkeit

Die nachhaltige Gewährleistung einer stetigen Ertragskraft bei gleichzeitiger Sicherung des Vermögens der Saalesparkasse zur Erfüllung des gesetzten Unternehmenszwecks ist das Grundprinzip der Geschäftspolitik der Saalesparkasse. Dabei nimmt ein aktives Risikomanagement einen hohen Stellenwert ein.

Unter dem Risikomanagement versteht die Saaleparkasse, dass Risiken frühzeitig und regelmäßig erkannt und analysiert, gesteuert und überwacht werden. Der Risikomanagementprozess unterlag im Jahr 2023 Veränderungen infolge der Umsetzung der am 24. Mai 2018 veröffentlichten aufsichtlichen Leitlinien an bankinterne Risikotragfähigkeitskonzepte und der am 29.06.2023 veröffentlichten 7. Novelle der Mindestanforderungen an das Risikomanagement.

Der Risikomanagementprozess stellt sich wie folgt dar:



Die Risikotragfähigkeit umfasst die Ermittlung des Risikodeckungspotenzials, die Risikomessung und die Begrenzung der Risiken durch Risikolimits. Zur Sicherstellung der langfristigen Fortführung der Unternehmenstätigkeit auf Basis der eigenen Substanz und Ertragskraft setzt die Sparkasse ein Risikotragfähigkeitskonzept mit einer regelmäßigen Berechnung der Risikotragfähigkeit (ökonomische Perspektive) und einer Kapitalplanung (normative Perspektive) ein. Die Risikotragfähigkeit wird ergänzt um Stresstests. Erstmals zum 31. März 2023 wurden damit die Anforderungen der am 24. Mai 2018 veröffentlichten aufsichtlichen Leitlinien an bankinterne Risikotragfähigkeitskonzepte umgesetzt. Damit wurde gleichzeitig die bisherige periodenorientierte Sichtweise der Risikotragfähigkeit im Rahmen eines Fortführungsansatzes (Going-Concern) als Steuerungsperspektive abgelöst. In der Geschäfts- und Risikostrategie haben wir die Ziele der Sparkasse für jede wesentliche Geschäftstätigkeit sowie die Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele dargestellt. Konkretisierungen erfolgen durch nachgelagerte Teilstrategien. In mindestens jährlichem Rhythmus überprüft der Vorstand die Strategien und passt diese ggf. an. Die Strategien werden dem Verwaltungsrat zur Kenntnis gegeben und – inklusive möglicher Ursachen im Falle festgestellter Abweichungen von strategischen Zielen – mit diesem erörtert.

Die Festlegung der wesentlichen Risikoarten erfolgt im Rahmen einer Risikoinventur. Ziel der Risikoinventur ist es, mindestens jährlich systematisch Risiken zu identifizieren, um deren Wesentlichkeit beurteilen zu können. Nachhaltigkeitsrisiken wurden als Risikotreiber bei der Beurteilung der Wesentlichkeit der Risiken qualitativ berücksichtigt. Zudem werden regelmäßig quantitative und qualitative Analysen zur Bestimmung von Risiko- und Ertragskonzentrationen vorgenommen. Auf der Grundlage der zuletzt durchgeführten Risikoinventur wurden folgende Risiken in der ökonomischen Perspektive als wesentlich eingestuft:

Risikoart	Risikokategorie
Adressenrisiko	Kundengeschäft Eigengeschäft
Marktpreisrisiko	Zinsänderungsrisiko Spreadrisiko Immobilienrisiko
Liquiditätsrisiko	Zahlungsunfähigkeitsrisiko Refinanzierungskostenrisiko
Operationelles Risiko	

Das Zahlungsunfähigkeitsrisiko als Teil des Liquiditätsrisikos ist dabei zwar gemäß MaRisk als wesentliches Risiko eingestuft. Dieses wird jedoch aufgrund seines Charakters weiterhin nicht explizit in der Risikotragfähigkeit berücksichtigt, da es nicht sinnvoll durch Risikodeckungspotenzial begrenzt werden kann.

Darüber hinaus sind das Beteiligungs- und Provisionsrisiko in der normativen Perspektive wesentlich.

Nachhaltigkeitsrisiken werden im Rahmen der Risikoinventur ebenfalls betrachtet. Im Fokus steht dabei bislang die Bewertung der Nachhaltigkeitsfaktoren aus den Dimensionen Umwelt, Soziales und Unternehmensführung auf die in der Saalesparkasse identifizierten Risiken. Die Nachhaltigkeitsrisiken stellen dabei keine eigene Risikoart dar.

Ziel der Ermittlung der Risikotragfähigkeit in der ökonomischen Perspektive ist die Gewährleistung des Gläubigerschutzes. Die Sparkasse ermittelte zum 31. Dezember 2023 ein ökonomisches Risikodeckungspotenzial von 873,0 Mio. EUR. Das daraus abgeleitete Gesamtlimit von 730,0 Mio. EUR wurde auf die wesentlichen Risiken verteilt und so bemessen, dass eine angemessene Steuerung der Risiken ermöglicht wird. Die wesentlichen Risiken werden, sofern keine außerordentlichen Entwicklungen bestehen, vierteljährlich ermittelt und den Limiten gegenübergestellt. Im Berichtszeitraum wurde das Teilrisikolimit für Operationelle Risiken zum 30.09.2023 überschritten. Als Reaktion hierauf erfolgte eine Limiterhöhung, welche im Zuge der generellen Neufestlegung der Risikotragfähigkeitslimite im Rahmen der Mittelfristigen Unternehmensplanung 2024-2028 umgesetzt wurde. Das bereitgestellte Gesamtlimit reichte sowohl unterjährig als auch zum Bilanzstichtag aus, um die wesentlichen Risiken abzudecken.

Zur Berechnung des gesamtinstitutsbezogenen Risikos wurden für alle wesentlichen Risiken der ökonomischen Perspektive das Konfidenzniveau auf 99,9% und der Risikobetrachtungshorizont auf ein Jahr rollierend festgelegt. In der Saalesparkasse ist der Begriff „Risiko“ in der ökonomischen Perspektive der Risikotragfähigkeit als Quantil der zum Konfidenzniveau gehörenden Wertänderungsverteilung definiert und stellt auf das Risiko als Verlust ab. Sofern erwartete Verluste jedoch bereits im Risikodeckungspotenzial berücksichtigt wurden, wird der Quantilwert um den erwarteten Verlust gemindert und nur der unerwartete Verlust im Risiko angesetzt.

Zwischen den wesentlichen Risikoarten werden keine risikomindernden Diversifikationseffekte berücksichtigt. Die Saalesparkasse berücksichtigt jedoch innerhalb des Marktpreisrisikos zwischen den Risikofaktoren Zinsen und Spreads risikomindernde Diversifikationseffekte.

Das eingerichtete Limitsystem stellt sich zum 31. Dezember 2023 wie folgt dar:

Risikoart	Limit	Limitauslastung	
	Mio. EUR	Mio. EUR	%
Adressenrisiko	145,0	89,7	61,9
Marktpreisrisiko	500,0	327,2	65,4
Refinanzierungskostenrisiko	40,0	29,6	74,1
Operationelles Risiko	45,0	32,4	72,0
Risikotragfähigkeitslimit/Gesamtrisiko	730,0	479,0	65,6

Das Limitsystem fungiert sowohl auf Gesamtrisikoebene als auch auf Ebene der einzelnen wesentlichen Risikoarten als 3-Farben-Ampelsystem und gibt über festgelegte Warnschwellen frühzeitig Signale für die Notwendigkeit des Eingriffs durch eine aktive Risikosteuerung.

Stresstests werden ergänzend zur Risikotragfähigkeit sowohl in der ökonomischen als auch in der normativen Sichtweise durchgeführt. In der normativen Perspektive nutzen wir die Öffnungsklausel der MaRisk durch Anwendung eines Szenarios auf der Grundlage des schweren konjunkturellen Abschwungs. Die konkrete Ausgestaltung erfolgt dabei ausgehend vom schweren konjunkturellen Abschwung in Verbindung mit Zinsanstiegsparametern als Szenario „Stagflation“. Ziel der Stressszenariobetrachtungen ist die Abbildung außergewöhnlicher aber plausibel möglicher Ereignisse. Dies schließt die Betrachtung inverser Stresstests ein, die ihren Fokus auf Ereignisse richten, die die Überlebensfähigkeit der Saalesparkasse gefährden könnten.

Das Stressszenario "Immobilienkrise aufgrund Zinsanstieg" zeigt dabei in der ökonomischen Perspektive die größten Auswirkungen auf unser Risikodeckungspotenzial. Maßnahmen waren nicht zu ergreifen, werden jedoch grundsätzlich vorgehalten. Das Stressszenario „Immobilienkrise aufgrund Zinsanstieg“ ist gekennzeichnet durch einen schnellen Zinsanstieg im Euroraum in Kombination mit einer deutlichen Überbewertung der Preise für gewerbliche und wohnwirtschaftliche Immobilien als Folge der langanhaltenden Niedrigzinsphase und dem starken Anstieg der Kreditvergabe für Immobilienfinanzierungen und entlädt sich in einem europaweiten starken und abrupten Preisverfall der Immobilien. Auch unter Würdigung der durchgeführten Stressszenarien wäre die Risikotragfähigkeit gegeben.

Ziel der Ermittlung der Risikotragfähigkeit in der normativen Perspektive ist die Fortführung der Sparkasse. Hierzu besteht ein zukunftsgerichteter Kapitalplanungsprozess bis zum Jahr 2028, für adverse Betrachtungen bis zum Jahr 2026. Um einen Kapitalbedarf rechtzeitig identifizieren zu können, wurden Annahmen über die künftige Ergebnisentwicklung für das Planszenario sowie für ein adverses Szenario getroffen. In der normativen Perspektive sind alle regulatorischen und aufsichtlichen Anforderungen sowie die darauf basierenden internen Anforderungen zu berücksichtigen. Relevante Steuerungsgrößen sind die Kernkapitalanforderung, die Gesamtkapitalanforderung (SREP¹-Gesamtkapitalanforderung, die kombinierte Pufferanforderung² und die Eigenmittelempfehlung) sowie die Strukturanforderungen hinsichtlich des Kapitals, die Höchstverschuldungsgrenze und die Großkreditgrenze.

Für den betrachteten Zeitraum von 5 Jahren können im Planszenario sowohl die aufsichtlichen Mindestkapitalanforderungen als auch die eigene strategische Zielgröße in Höhe von 13,25% incl. eines zusätzlichen Managementpuffers vollständig erfüllt werden. Auch im Falle der Betrachtung adverser Entwicklungen, in dem die harten Mindestkapitalanforderungen (Kapitalanforderungen gemäß CRR und SREP) zwingend einzuhalten sind, zeigen sich keine Kapitalengpässe. Als adverses Szenario wurde dabei ein schwerer konjunktureller Abschwung in Verbindung mit Zinsanstiegsparemtern (Stagflation) betrachtet.

Die der Risikotragfähigkeit zu Grunde liegenden Annahmen sowie die Angemessenheit der Methoden und Verfahren werden mindestens jährlich überprüft und bei Bedarf angepasst (Validierung).

Die Risikosteuerung umfasst die Analyse sowie die zeitgerechte und situationsabhängige Auswahl und Anwendung der Instrumente zur Risikobewältigung. Hierzu gehört die Simulation der einzelnen Risikoabwehrmaßnahmen hinsichtlich ihrer Wirkung, um gezielt die geeignete Maßnahme auswählen zu können.

Die Saalesparkasse setzt zur Steuerung der Zinsänderungsrisiken derivative Finanzinstrumente ein. Im Produktkatalog der Saalesparkasse sind dafür Zinsswaps vorgesehen. Zu Steuerungs- und Sicherungszwecken erfolgte auch im Geschäftsjahr 2023 der Einsatz von Derivaten in Form von Zinsswaps. Hierfür wurden Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB als Micro-Hedges zur Absicherung möglicher Zinsänderungsrisiken gebildet. Diese werden auch in die verlustfreie Bewertung des Bankbuches einbezogen. Zur Reduzierung der Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch wurden 16 neue Swappeschäfte abgeschlossen. 3 Zinsswappeschäfte wurden fällig. Nähere Angaben sind dem Anhang aus der Übersicht zu den derivativen Finanzgeschäften zu entnehmen.

Die Risikofrüherkennung umfasst die Identifizierung möglicherweise neu aufgetretener Risiken und das Erkennen eines bekannten Risikos sowie die Kommunikation im Rahmen des Risikoreportings. Die Risikofrüherkennung bezieht sich dabei sowohl auf das Eintreten von Risiken als auch auf eine Reduzierung des Risikodeckungspotenzials. Für die frühzeitige Identifizierung von wesentlichen Risiken sowie von risikoartenübergreifenden Effekten haben wir Indikatoren abgeleitet, die auf quantitativen oder qualitativen Merkmalen basieren.

Die Risikokontrolle umfasst die Überprüfung der aufgenommenen Steuerungsmaßnahmen auf Effizienz sowie Effektivität und führt gegebenenfalls erneute Handlungen im Risikomanagementprozess herbei.

Durch das Risikoreporting wird die Risikosituation der Sparkasse abgebildet. Die mindestens vierteljährliche Risikoberichterstattung an den Vorstand umfasst den Gesamtrisikobericht und ergänzende Berichte zu den wesentlichen Risikoarten. Die Berichte enthalten neben quantitativen Informationen auch eine qualitative Beurteilung zu wesentlichen Positionen und Risiken. Auf besondere Risiken für die Geschäftsentwicklung und dafür geplante Maßnahmen wird gesondert eingegangen. Der Verwaltungsrat wird vierteljährlich über die Risikosituation informiert. Neben der turnusmäßigen Berichterstattung ist auch geregelt, in welchen Fällen eine Ad-hoc-Berichterstattung zu erfolgen hat.

Der Sicherung der Funktionsfähigkeit und Wirksamkeit von Steuerungs- und Überwachungssystemen (Interne Kontrollverfahren) dienen neben eingerichteten Funktionstrennungen bei Zuständigkeiten und Arbeitsprozessen auch die Tätigkeiten der Risikocontrolling-Funktion, der Compliance-Funktion und der Internen Revision.

Die Risikocontrolling-Funktion, die aufbauorganisatorisch von Bereichen, die Geschäfte initiieren oder abschließen, getrennt ist, hat die Aufgabe, die wesentlichen Risiken zu identifizieren, zu beurteilen, zu überwachen und darüber zu berichten. Der Risikocontrolling-Funktion obliegt die Methodenauswahl incl. der Überprüfung der Angemessenheit der eingesetzten Methoden und Verfahren sowie der Errichtung und Weiterentwicklung der Risikosteuerungs- und -controllingprozesse. Zusätzlich verantwortet sie die Umsetzung der aufsichtlichen und gesetzlichen Anforderungen, die Erstellung der Risikotragfähigkeitsberechnung und die laufende Überwachung der Einhaltung von Limiten. Sie unterstützt den Vorstand in allen risikopolitischen Fragen und ist an der Erstellung und Umsetzung der Risikostrategie maßgeblich beteiligt. Weiterhin nimmt die Risikocontrolling-Funktion die wesentlichen Aufgaben der IPS-Sanierungsplanung wahr, insbesondere die Unterstützung der Geschäftsleitung bei der ex-ante erfolgenden Krisenvorbereitung und einer ggf. notwendigen Durchführung von Prozessen zur Umsetzung von Handlungsoptionen. Die Saalesparkasse hat die Risikocontrolling-Funktion innerhalb der Leitungsebene der Abteilung Gesamtbanksteuerung angesiedelt.

¹ SREP: Supervisory Review and Evaluation Process (aufsichtlicher Überprüfungs- und Bewertungsprozess), aktuelle SREP-Gesamtkapitalanforderung der Saalesparkasse: 8,5 %

² Kombinierte Pufferanforderung: besteht aus Kapitalerhaltungspuffer, antizyklischem Kapitalpuffer und Systemrisikopuffer für Wohnimmobilien

Die Compliance-Funktion ist organisatorisch innerhalb der Abteilung Gesamtbanksteuerung eingerichtet. Der benannte Compliance-Beauftragte ist fachlich unmittelbar der Geschäftsleitung unterstellt. Zu den wesentlichen Aufgaben dieser Funktion gehören die Identifizierung der wesentlichen rechtlichen Regelungen und Vorgaben, deren Nichteinhaltung zu einer Gefährdung des Vermögens des Instituts führen kann, die Durchführung einer Risikoanalyse, Überwachungs- und Kontrollaufgaben sowie die Ausübung einer Koordinierungs-, Informations- und Kommunikationsfunktion.

Die Interne Revision prüft und beurteilt risikoorientiert und prozessunabhängig die Angemessenheit und Wirksamkeit des Risikomanagements im Allgemeinen und des internen Kontrollsystems im Besonderen sowie die Ordnungsmäßigkeit grundsätzlich aller Aktivitäten und Prozesse. Sie ist dem Vorstand unmittelbar unterstellt und ihm gegenüber berichtspflichtig.

Zur Aufnahme von Geschäftsaktivitäten in neuen Produkten oder auf neuen Märkten wurden Verfahren festgelegt. Zur Einschätzung der Wesentlichkeit geplanter Veränderungen in der Aufbau- und Ablauforganisation sowie den IT-Systemen bestehen Definitionen und Regelungen.

7.2 Organisation des Risikomanagements

Den Aufgabenbereich des zentralen Risikomanagements hat der Gesamtvorstand auf die organisatorisch von den Bereichen Markt und Handel getrennte Abteilung Gesamtbanksteuerung übertragen.

Die operative Verantwortung für die Adressenrisikosteuerung ist vom Markt organisatorisch getrennt in der Abteilung Kreditmanagement angesiedelt. Das Risikocontrolling wird von der Abteilung Gesamtbanksteuerung wahrgenommen.

Die Steuerung und Überwachung der Marktpreisrisiken wird ebenso von der Abteilung Gesamtbanksteuerung verantwortet. Im Bereich der Marktpreisrisikosteuerung der Handelsgeschäfte wird dabei durch die Zuordnung zu dem von Markt und Handel unabhängigen Bereich dem Prinzip der Funktionstrennung nach den MaRisk Rechnung getragen.

Die Saalesparkasse lässt einen Teil ihres Wertpapiervermögens im Rahmen von Spezialfondsmandaten verwalten. Die Anlagerichtlinien werden den direkt gehaltenen Fonds durch die Saalesparkasse vorgegeben und in den regelmäßig stattfindenden Sitzungen des Anlageausschusses überprüft. Die primäre Steuerung dieser Fonds obliegt dem Fondsmanagement. Durch die von den Fondsgesellschaften zur Verfügung gestellten Informationen ist sichergestellt, dass die Fonds in den Risikoüberwachungsprozess eingebunden sind. Des Weiteren werden die Mandate von den jeweiligen Fachbereichen begleitet.

Das operative Liquiditätsrisikomanagement wird von den Abteilungen Treasury / Eigenhandel und Gesamtbanksteuerung / Gruppe Meldewesen durchgeführt. Die Verantwortung für das strategische Liquiditätsrisikomanagement liegt bei den Abteilungen Treasury / Eigenhandel und Gesamtbanksteuerung / Gruppe Risikocontrolling.

Die Steuerung der operationellen Risiken erfolgt zentral durch die Abteilung Gesamtbanksteuerung. Die Verantwortlichkeit für das dezentrale Management operationeller Risiken liegt bei den Führungskräften in den Organisationseinheiten.

Auch die Steuerung der ausschließlich normativ wesentlichen Provisionsrisiken wird von der Abteilung Gesamtbanksteuerung verantwortet.

Für die Steuerung der ebenso normativ wesentlichen Beteiligungsrisiken sind grundsätzlich die gleichen Verantwortlichkeiten wie für die Steuerung der Adressenrisiken festgelegt. In die Initiierung von Beteiligungen ist darüber hinaus auch die Abteilung Treasury / Eigenhandel eingebunden.

7.3 Risikobetrachtung im Detail

7.3.1 Management der Adressenausfallrisiken

Unter dem Adressenrisiko wird ein Verlust in einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position verstanden, die durch eine Bonitätsverschlechterung einschließlich des Ausfalls eines Schuldners bedingt ist. Dabei wird das Adressenrisiko in das Ausfall- sowie das Migrationsrisiko eines Schuldners unterteilt. Das Ausfallrisiko umfasst die Gefahr eines Verlustes, welcher aus einem drohenden bzw. vorliegenden Zahlungsausfall eines Schuldners entsteht. Das Migrationsrisiko bezeichnet die Gefahr eines Verlustes, der sich dadurch ergibt, dass sich die Bonitätseinstufung (Rating) des Schuldners verändert hat.

Ihrer Geschäftstätigkeit entsprechend ist für die Saalesparkasse das Adressenausfallrisiko im Kundenkreditgeschäft, bei den Eigenanlagen einschließlich der Forderungen an Kreditinstitute und der außerbilanziellen Instrumente (Zinsswaps) sowie bei den Beteiligungen inklusive der sonstigen Vermögensgegenstände von größter Bedeutung.

Das Länderrisiko ist Teil des Adressenrisikos im Kunden- und Eigengeschäft und umfasst neben dem Bonitätsrisiko auch das Ländertransferrisiko. Der Schuldner kann ein ausländischer öffentlicher Haushalt oder ein sonstiger Schuldner sein, der seinen Sitz im Ausland und somit in einem anderen Rechtsraum hat.

Kreditausreichungen der Sparkasse erfolgten zu ca. 14 % an Kreditnehmer mit Sitz außerhalb Deutschlands. Diese Anlagen unterliegen einer regelmäßigen Beobachtung der Saalesparkasse im Hinblick auf mögliche Länderrisiken. Österreich, Frankreich und Italien stellen dabei die Sitzländer mit den höchsten Investitionsvolumen dar. Der Schwerpunkt der Anlagen mit Länderrisiken resultiert aus dem Eigengeschäft und liegt in Wertpapieranleihen von Staaten, Banken sowie Unternehmen.

Die wertorientierte Messung des Adressenrisikos für Zwecke der ökonomischen Risikotragfähigkeit erfolgt über eine Monte-Carlo-Simulation mithilfe der Anwendung Credit Portfolio View (CPV). Dabei werden mögliche makroökonomische Rahmenbedingungen (z. B. durch Branchen-Ausfallwahrscheinlichkeiten, Korrelationen, Migrationsmatrizen) und die aktuelle Portfoliostruktur inklusive der Rating- und Sicherheiteninformationen sowie Konzentrationsrisiken berücksichtigt. Die Ergebnisse der simulierten Wertentwicklungen werden zu einer Wertänderungsverteilung zusammengeführt, woraus die erwartete Wertänderung und der Value-at-Risk abgeleitet werden. Das Risiko im Sinne eines Verlustes entspricht dem Quantil der zum Konfidenzniveau gehörenden Wertänderungsverteilung. Auf Ebene der Risikoart Adressenrisiko erfolgt die Risikomessung additiv unter Verzicht auf die Nutzung von Diversifikationseffekten zwischen den Risikokategorien Adressenrisiko im Kundengeschäft und Adressenrisiko im Eigengeschäft. Die Portfoliostrukturen des Kundenkreditgeschäftes, des Depot A sowie der Beteiligungen, die ermittelten Risiken sowie die Limitauslastungen werden vierteljährlich überwacht und die Ergebnisse umfänglich an die Verantwortlichen berichtet. In aggregierter Form erhält der Verwaltungsrat vierteljährlich Auskunft. Eine ad-hoc-Berichterstattung ergänzt das standardisierte Reporting.

7.3.1.1 Kundenkreditgeschäft

Das Adressenrisiko im Kundengeschäft umfasst einerseits die Gefahr eines Verlustes durch einen drohenden bzw. vorliegenden Zahlungsausfall eines originären Kredites sowie von Eventualverbindlichkeiten wie beispielsweise Avale (Ausfallrisiko). Andererseits umfasst es auch die Gefahr, dass Sicherheiten teilweise oder ganz an Wert verlieren und deshalb zur Absicherung der Kredite nicht ausreichen oder überhaupt nicht beitragen können (Sicherheitenverwertungs- und -einbringungsrisiko). Teil des Adressenrisikos im Kundengeschäft ist auch die Gefahr, dass sich im Zeitablauf die Bonitätseinstufung (Ratingklasse) des Kreditnehmers ändert und damit ein möglicherweise höherer Spread gegenüber der risikolosen Zinskurve berücksichtigt werden muss (Migrationsrisiko). Die Steuerung des Adressenrisikos im Kundengeschäft erfolgt auf Portfolio- als auch auf Kreditnehmerebene entsprechend den Vorgaben aus der festgelegten Strategie unter Berücksichtigung der Bonitäten sowie der Größenklassen-, Branchen- und Sicherheitenstruktur (z. B. Volumenbegrenzungen, Einschränkungen der Ratingklasse und Branche).

Der Risikomanagementprozess für das Kundenkreditgeschäft umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Einsatz eines Risikofrüherkennungsverfahrens, das mittels quantitativer (bspw. Rating-/Scoringnote, Auffälligkeiten in der Kontoführung) und qualitativer Kriterien auf der Ebene der Einzelkreditnehmer Risiken identifiziert
- festgelegte Verfahren zur Überleitung von Kreditengagements in die Intensivbetreuung und Problemerkreditbearbeitung
- Einsatz standardisierter Risikoklassifizierungsverfahren (Rating- und Scoringverfahren) in Kombination mit bonitätsabhängiger Preisgestaltung und bonitätsabhängigen Kompetenzen
- regelmäßige Bonitätsprüfung und Beurteilung des Kapitaldienstes
- Trennung der Voten in Markt (1. Votum) und Marktfolge (2. Votum) in Abhängigkeit vom Kreditvolumen und der Risikorelevanz bis in die Geschäftsverteilung des Vorstands
- Ermittlung der Sicherheitenwerte auf Basis der Vorgaben der BelWertV bzw. der sparkassenrechtlichen Beleihungsgrundsätze sowie eine regelmäßige bzw. anlassbezogene Überprüfung der hereingenommenen Sicherheiten und Garantien hinsichtlich ihrer Werthaltigkeit
- Berechnung des Adressenrisikos mit dem Kreditrisikomodell CPV unter Berücksichtigung identifizierter Konzentrationen und Limitierung im Rahmen der Risikotragfähigkeit in der ökonomischen Perspektive

Kundenkreditgeschäft der Sparkasse *	Kreditvolumen	
	31.12.2023	31.12.2022
	Mio. EUR	Mio. EUR
Firmenkundenkredite	1.603	1.520
Privatkundenkredite	1.700	1.607
Kommunen/ Öffentliche Haushalte	329	311
Gesamt	3.632	3.438

* Gliederung entsprechend der internen Berichterstattung

Mit einem Anteil von 46,8% wurde der größte Anteil der Kundenkredite per 31.12.2023 an Privatkunden ausgereicht. Auf Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige Personen entfallen 44,1%.

Der Branchenschwerpunkt zeigt sich im Grundstücks- und Wohnungswesen mit einem Anteil von 31,7% am gewerblichen Kreditgeschäft. Danach folgen Kreditausreichungen für Finanz- und Versicherungsunternehmen sowie in der Energie- und Wasserversorgung.

Die Risikostruktur der Kundenkredite lässt vertretbare Risiken erkennen und wird als unkritisch eingeschätzt. Mit 95,6% ist der höchste Anteil der ungesicherten Kredite der Risikoklasse I (Rating 1 bis 9) mit geringen Ausfallwahrscheinlichkeiten zugeordnet. Insgesamt 2,8% der ungesicherten Kredite entfallen auf die Risikoklasse II (Rating 10 bis 15C) mit höheren Risiken, während die auf die Risikoklasse III (Rating 16 bis 18) entfallenden ungesicherten Kreditteile der Ratingnoten 17 und 18 durch eine Risikovorsorge abgeschirmt sind.

Konzentrationen zeigen sich in Form von volumenbedingten Größenkonzentrationen, volumen- und risikobedingten Branchenkonzentrationen sowie im Bereich der regionalen, grundpfandrechtl. Sicherheiten.

Insgesamt wird das Kundenkreditportfolio als gut diversifiziert eingeschätzt.

Die in den Kreditüberwachungsprozess integrierten Aufgaben führen neben der laufenden Engagementüberwachung zu einer regelmäßigen Überprüfung und Anpassung der Risikovorsorge. Die erforderliche Risikovorsorge ist Gegenstand der internen Berichterstattung und umfasst den nicht durch Sicherheiten gedeckten ermittelten Kapitalanteil notleidender sowie ggf. erstmalig Wert zu berichtigender Engagements sowie Vorsorge für latente Risiken (Pauschalwertberichtigung). Die Entwicklung der Risikovorsorge in 2023 zeigt im Vergleich zum Vorjahr einen deutlichen Anstieg aufgrund gestiegener EWB-Neubildungen bei einer gleichzeitig erhöhten Anzahl der Kreditnehmer. Eine Betroffenheit für das Adressenrisiko infolge andauernd hoher Inflation und Ukraine-Krise deutet sich erstmals an.

7.3.1.2 Depot A/ Eigenanlagen

Das Adressenrisiko im Eigengeschäft umfasst die Gefahr eines Verlustes, der aus einem drohenden bzw. vorliegenden Zahlungsausfall eines Emittenten oder eines Kontrahenten (Ausfallrisiko) resultieren kann. Ebenso besteht die Gefahr, dass sich im Zeitablauf die Bonitätseinstufung (Rating) des Schuldners ändert und damit ein möglicherweise höherer Spread gegenüber der risikolosen Zinskurve berücksichtigt werden muss (Migrationsrisiko). Dabei unterteilt sich das Kontrahentenrisiko in ein Wiedereindeckungs-, ein Vorleistungs- und ein Erfüllungsrisiko.

Zudem gibt es im Eigengeschäft das Risiko, dass die tatsächlichen Restwerte der Emissionen bei Ausfall von den prognostizierten Werten abweichen.

Adressenrisiken aus den Spezialfondsanlagen werden bei der Risikoermittlung im Durchschauprinzip einbezogen.

Die Steuerung des Adressenrisikos des Eigengeschäfts erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie unter besonderer Berücksichtigung der Größenklassenstruktur, der Bonitäten, der Branchen sowie des Risikos der Engagements.

Die wesentlichen Elemente im Risikomanagementprozess für das Depot A/ die Eigenanlagen sind:

- Einsatz eines Risikofrüherkennungsverfahrens mit Überwachung branchen- als auch unternehmensspezifischer Informationen auf Negativmerkmale und regelmäßiger Beobachtung der Entwicklung der Ratings sowie der Asset-Swap-Spreads
- festgelegtes Verfahren zur Überleitung von Emittenten in die Intensivbetreuung und Problemerkreditbearbeitung
- Festlegung von Limiten je Kreditnehmer (Emittenten- und Kontrahentenlimite) sowie Produktgruppen und Ländern
- regelmäßige Bonitätsbeurteilung der Kreditnehmer anhand von externen Ratingeinstufungen sowie eigenen Analysen
- Berechnung des Adressenrisikos mit dem Kreditrisikomodell CPV unter Berücksichtigung identifizierter Konzentrationen und Limitierung im Rahmen der Risikotragfähigkeit in der ökonomischen Perspektive

Die Risikostruktur des Eigengeschäfts zeigt mit einem Anteil von 75,5% im Investment-Grade (Ratingklassen 1 bis 5) sowie 4,2% im Speculative - Grade (Ratingklassen 6 bis 15) vertretbare Risiken auf. Auf die vorhandene Liquidität auf Konten bei der Deutschen Bundesbank entfallen 20,3% des Volumens, für welche kein Rating ausgewiesen wird.

Die Anwendung des Kreditportfoliomodells CPV auf das Depot A zur Identifizierung von Konzentrationsrisiken zeigt temporär bestehende Größenkonzentrationen in Bezug auf der S-Finanzgruppe zugehörige Kreditnehmer. Die Saalesparkasse ist sich dieser Konzentrationsrisiken bewusst und toleriert diese aufgrund der bestehenden Sicherungsmechanismen im Rahmen der S-Finanzgruppe, die Gewähr für den Fortbestand der Institute bieten.

7.3.2 Management der Marktpreisrisiken

Das Marktpreisrisiko wird definiert als Verlust in einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, welcher sich aus der Veränderung von Risikofaktoren ergibt. Als wertbeeinflussende Parameter gelten Zinsen, Spreads, Währungen und Immobilienpreise.

Die Marktpreisrisikosteuerung der Saalesparkasse erfolgt für das Bankbuch durch den Vorstand. Dabei liegt der Fokus nicht nur auf der Überwachung von Zinsänderungsrisiken, die aus Fristeninkongruenzen bzw. inkongruentem Zinsanpassungsverhalten von Passivgeschäften gegenüber den Aktivgeschäften entstehen. In gleichem Maße werden auch die Spreadrisiken (Bonitätsspreads) und die Immobilienrisiken überwacht.

Alle Marktpreisrisiken können bei handelsrechtlicher Betrachtung am Bewertungs- oder Realisationsstichtag zu Verlusten führen. Das Zinsänderungsrisiko kann sich sowohl in einem niedrigeren Zinsüberschuss (Zinsspannenrisiko) als auch in einem zinsinduzierten Bewertungsrisiko aus dem Wertpapiergeschäft niederschlagen.

Das ebenfalls im Marktpreisrisiko abgebildete Immobilienrisiko umfasst sowohl Immobilieninvestitionen unter fremdem Management, die aus Immobilienfonds oder Immobiliengesellschaften resultieren sowie Immobilien im eigenen Management.

Im Rahmen der Risikotragfähigkeitskonzeption werden dabei neben dem Zinsänderungsrisiko auch das Spreadrisiko und das Immobilienrisiko limitiert.

Vierteljährlich werden Simulationen zur Messung und Steuerung der Marktpreisrisiken durchgeführt. Dies erfolgt sowohl für die Immobilien- und Spreadrisiken als auch auf Basis hausindividueller Planungen bzw. Prognosen zur Zins-, Margen- und Bilanzstrukturentwicklung für das Zinsänderungsrisiko. Für Positionen mit unbestimmter Kapital- oder Zinsbindung haben wir mithilfe des Modells der gleitenden Durchschnitte geeignete Annahmen abgeleitet.

Die im Rahmen der ökonomischen Betrachtung der Marktpreisrisiken identifizierten Risikokonzentrationen in Bezug auf Laufzeiten, Spreadklassen und der Struktur des Immobilienportfolios werden im Risikomanagement berücksichtigt.

Die wertorientierte Messung des Marktpreisrisikos für die Zwecke der ökonomischen Risikotragfähigkeit erfolgt unter Verwendung eines Varianz-Kovarianz-Verfahrens in der Anwendung „Marktpreisrisiko IDH (MPR)“. In der Anwendung werden auf Basis der zins- und spreadrisikorelevanten Positionen und zentral durch die SR (S-Rating und Risikosysteme GmbH) bereitgestellter Varianz-Kovarianz-Matrizen für die Risikoparameter die Risikowerte mittels Value-at-Risk bestimmt.

Die Quantifizierung des Risikowertes für das Immobilienrisiko erfolgt über die Anwendung „MPR Immobilienpreisrisiko / caballito“, welches ebenfalls zentral von der SR (S-Rating und Risikosysteme GmbH) bereitgestellt wird. Basis für die Risikomessung ist der durchgeschautete Immobilienbestand, strukturiert nach Länder-Branchen-Kombinationen. Auf Grundlage von repräsentativen Indexzeitreihen diverser Länder-Branchen-Indizes wird ausgehend von historischen Schwankungen der Immobilienindizes in Verbindung mit dem eigenen Bestand die erwartete Wertänderung und damit der Risikowert als Value-at-Risk abgeleitet.

Zusätzlich werden die Zinsänderungsrisiken mit ihrer Auswirkung auf den barwertigen Vermögenswert der Saalesparkasse über den Value-at-Risk quantifiziert. Die Vorgaben der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht besagen, dass Institute im Rahmen eines Standardtests die Auswirkungen einer plötzlichen und unerwarteten Zinsänderung von aktuell +200 Basispunkten und -200 Basispunkten auf den Barwert zu überprüfen haben. Die höchste negative Barwertänderung im Verhältnis zu den regulatorischen Eigenmitteln ergibt den Zinsrisikokoeffizienten. Institute, die als Ergebnis der Berechnungen einen Zinsrisikokoeffizienten größer als 20,0 % aufweisen, gelten als Kreditinstitute mit erhöhtem Zinsänderungsrisiko. Der Zinsrisikokoeffizient der Saalesparkasse lag Ende Dezember 2023 bei 12,5% und damit deutlich unterhalb von 20,0 %. Der Maximalwert wurde im August 2023 mit 14,5% ausgewiesen.

Die Zinsänderungsrisiken, die Spreadrisiken und das Immobilienrisiko werden von ihrer Ausprägung als bedeutsam angesehen. Die Absicherung des Zinsänderungsrisikos einzelner Anleihen bzw. Schuldscheindarlehen erfolgt durch Zinsswaps im Rahmen von Micro-Hedges. Zum Bilanzstichtag bestanden 36 Sicherungsgeschäfte zur Absicherung eines Volumens von 630,4 Mio. EUR nominal.

Neben der Erhöhung der Investitionen in Spezialfonds erfolgten ebenfalls Neuinvestitionen im Rentenportfolio.

Für die im Anlagevermögen der Saalesparkasse befindlichen Wertpapiere wird im Jahresabschluss das gemilderte Niederstwertprinzip angewandt.

Die Risikopositionen der Handelsgeschäfte, deren Abschreibungspotenziale, die realisierten und schwebenden Ergebnisse der Gewinn- und Verlust-Rechnung (GuV) werden handelsstächlich für das Anlagebuch und das Gesamtd Depot ermittelt.

Für Zwecke der Risikotragfähigkeitsrechnung werden für die Marktpreisrisiken in regelmäßigen Abständen Szenarioanalysen (Risikoszenario, Stressszenario) durchgeführt und quantifiziert. Die Basis hierfür bilden die verschiedenen Risikoarten (Zinsänderungsrisiko, Spreadrisiko, Währungsrisiko, Optionsrisiko, Immobilienrisiko), soweit sie im aktuellen Portfolio wesentliche Risiken darstellen. In diesem Rahmen werden auch vorliegende Risikokonzentrationen in den Strukturen identifiziert. So bestehen u.a. Risikokonzentrationen bei den Spreadrisiken (hinsichtlich einzelner Spreadklassen) und im Bereich des Immobilienrisikos unserer Fonds (hinsichtlich der Höhe des verwalteten Volumens pro Fondsmanagement, der Nutzungsart Büro sowie einzelner Standorte innerhalb Deutschlands). Die identifizierten zu beobachtenden Risikokonzentrationen sind z.T. Ergebnis einer strategischen Schwerpunktsetzung bzw. ein Zwischenergebnis beim Aufbau einer geplanten Portfoliostruktur. Unabhängig davon werden bei den regelmäßigen Szenarioanalysen alle Risikopositionen und damit auch die vorliegenden Strukturen vollständig berücksichtigt. Ausgehend von der historischen Entwicklung werden mögliche negative Entwicklungen für jeden Risikotreiber statistisch ermittelt und die Auswirkungen auf die Bestände für jedes Teilrisiko separat bestimmt. Die Marktpreisrisiken aus Immobilienfonds werden dabei anhand eines Benchmarkportfolio-Ansatzes ermittelt. Zinsänderungs- und Spreadrisiken werden im Risikoszenario auf der Basis von integrierten Renditeszenarien und einem Konfidenzniveau von 99,9 % gemeinsam betrachtet und bei der Aggregation mit den übrigen Teilrisiken summiert. Die Stresstestanalysen gehen von einer vollständigen additiven Verknüpfung sämtlicher Teilrisiken, auch der Zinsänderungs- und Spreadrisiken, aus.

Diese Analysen quantifizieren die Auswirkungen außergewöhnlicher Ereignisse und extremer Marktbedingungen auf die Vermögenspositionen der Saalesparkasse. Die Geschäftsführung und die verantwortlichen Bereiche werden über die Ergebnisse der Szenarioanalysen umfassend informiert.

7.3.3 Management der Liquiditätsrisiken

Die Saalesparkasse unterscheidet ihr Liquiditätsrisiko in das Zahlungsunfähigkeitsrisiko sowie in das Refinanzierungskostenrisiko. Unter dem Zahlungsunfähigkeitsrisiko wird die Gefahr verstanden, dass die Saalesparkasse ihren Zahlungsverpflichtungen nicht in voller Höhe oder nicht fristgerecht nachkommen kann. Dieses Risiko wird schlagend, wenn die Zahlungsverpflichtungen das zur Verfügung stehende Liquiditätsdeckungspotenzial übersteigen.

Das Refinanzierungskostenrisiko in der ökonomischen Perspektive ist ein Verlust, der durch die Reduzierung des Liquiditätsbeitrages des Kundengeschäfts entsteht. Zusammen mit dem Liquiditätsbeitrag des Kundengeschäfts wird der Teil des Eigengeschäfts betrachtet, für den kein Marktwert vorliegt (z. B. Tages- und Termingelder). Die Berechnung des Refinanzierungskostenrisikos erfolgt über einen Varianz-Kovarianz-Ansatz mit den wesentlichen Annahmen der Normalverteilung.

Das normative Refinanzierungskostenrisiko als Ertragsrisiko definiert die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert der Refinanzierungskosten. Dabei sind sowohl der negative Effekt aus veränderten Liquiditätsspreads als auch aus einem Abweichen von der erwarteten Refinanzierungsstruktur maßgeblich.

Die Beurteilung des Zahlungsunfähigkeitsrisikos schließt das Marktliquiditätsrisiko ein. Dieses bezieht sich auf die Liquidität von Produkten und Märkten. Es beschreibt die Gefahr, dass aufgrund von Marktstörungen oder unzulänglicher Markttiefe Finanztitel an den Finanzmärkten nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt und/oder nicht zu fairen Preisen gehandelt werden können.

Die Saalesparkasse geht zur Generierung von Erträgen Liquiditätsfristentransformation ein. Liquiditätsfristentransformation liegt vor, wenn kurzfristig zur Verfügung stehende Mittel langfristig investiert werden. Die Fristigkeit stellt dabei auf die Kapital- bzw. Liquiditätsbindung ab. Resultierend aus dem Umfang der Liquiditätsfristentransformation können sowohl das Zahlungsunfähigkeitsrisiko als auch das Refinanzierungskostenrisiko als Risikokategorien des Liquiditätsrisikos schlagend werden. Die Überwachung und Begrenzung beider Risikoausprägungen erfolgt im Rahmen des operativen und strategischen Liquiditätsrisikomanagements.

Um den zukünftigen Liquiditätsbedarf auch bei einem angespannten Marktumfeld zu analysieren, werden im Rahmen von Szenarioanalysen ausgewählte Ereignisse simuliert, die zu einer Belastung der Liquiditätssituation führen. Die Limitierung des zukünftigen Liquiditätsbedarfs erfolgt durch Vorgabe einer strukturellen Mindestliquidität mittels volumenbezogener Limite. Zusätzlich wird im Szenarioansatz eine Reichweite limitiert. Diese definiert den Zeitraum, in dem die Saalesparkasse auch bei Eintritt liquiditätsbelastender Ereignisse unter Heranziehung ihres Liquiditätsdeckungspotenzials über ausreichende Liquiditätsreserven verfügen muss, um zahlungsfähig zu bleiben.

Zur Beurteilung des Risikos der Zahlungsunfähigkeit zieht die Saalesparkasse neben der Auslastung des Volumen- und Reichweitenlimits auch die Höhe der aufsichtsrechtlichen Kennzahlen „Liquidity Coverage Ratio“ (LCR) und „Net Stable Funding Ratio“ (NSFR) heran. Die LCR dient der Messung des kurzfristigen Liquiditätsrisikos. Die Kennzahl beschreibt das Verhältnis der liquiden Aktiva zum Gesamtwert der Liquiditätsabflüsse abzüglich der Liquiditätszuflüsse innerhalb einer 30-tägigen Stressphase. Die NSFR soll sicherstellen, dass ein Institut über eine hypothetische Stressperiode von einem Jahr eine stabile Refinanzierungsstruktur aufweist. Die Kennzahl berechnet sich als Quotient aus der verfügbaren stabilen Refinanzierung (ASF) und der erforderlichen stabilen Refinanzierung (RSF).

Die Zahlungsfähigkeit der Saalesparkasse war im Jahr 2023 zu jeder Zeit gegeben. Im Rahmen der durchgeführten Szenarioanalysen und Auswertungen ergaben sich keine Hinweise auf einen Liquiditätsengpass. Der Überlebenshorizont (Survival Period) lag über der Engpassmarke von 10 Monaten und beträgt per 31.12.2023: 14 Monate. Die Mindestquote für die LCR und NSFR wurde an allen Meldestichtagen eingehalten. Zum Jahresultimo 2023 belief sich die Höhe der LCR auf 219,85%. Die Höhe der NSFR betrug 125,82%.

7.3.4 Management der operationellen Risiken

Operationelle Risiken sind die Gefahren von Schäden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten. Diese Definition schließt die aufsichtsrechtliche Definition operationeller Risiken aus der CRR vollumfänglich ein. Strategische Risiken und Geschäftsrisiken bleiben ausgenommen. Das Reputationsrisiko stellt für die Saalesparkasse ein Folgerisiko operationeller und auch anderer Risiken (zum Beispiel Markt- und Adressenrisiken) dar. Sofern sich Reputationsrisiken auf operationelle Risiken zurückführen lassen, werden sie in die Betrachtung einbezogen. Eine Quantifizierung von Reputationsrisiken ist nicht vorgesehen.

Die Identifikation von Ex-ante-Risiken erfolgt mittels Risikoinventur. In diesem Zuge werden durch strukturierte Interviews mit den Abteilungsleitern und Gebietsdirektoren Einschätzungen über die Risikosensitivität der durch die Befragten verantworteten Prozesse im Institut gewonnen. Zusätzlich kommt es zur Schätzung von Verlustpotenzialen, die sich aus der Eintrittswahrscheinlichkeit von standardisierten und individuellen Risikoszenarien sowie deren qualitativer und quantitativer Bewertung ergeben. Aus der Risikoinventur für die operationellen Risiken 2023 lassen sich die Werte für das jährliche Verlustpotenzial und den realistischen Maximalverlust ableiten, die sowohl zur Validierung des Risikopotenzials im Risikoszenario als auch im Stressszenario der ökonomischen Risikotragfähigkeit einfließen.

Die Schadensfalldatenbank bildet die schlagend gewordenen operationellen Risiken ab. Mit Hilfe der ex post-Betrachtung werden Ursachen analysiert. Damit einher geht die Analyse zur Vermeidung oder Reduzierung von Wiederholungsrisiken. Die Dokumentation der Schadensfälle wird mithilfe standardisierter Erfassungssoftware dezentral aufbereitet und dem zentralen operationellen Risikocontrolling zur Verfügung gestellt. Dort erfolgt die Auswertung der erfassten Schadensfälle. Die Ergebnisse fließen sowohl in das unterjährige Gesamtrisiko-Reporting als auch in das jährliche Berichtswesen zu operationellen Risiken ein. Gleichzeitig ist der Prozess der Schadensmeldung in das Ad-hoc-Berichtssystem integriert. Die Bruttoschadenssummen bilden die Grundlage zur Ermittlung des Limits in der ökonomischen Risikotragfähigkeit.

Zur Quantifizierung operationeller Risiken in der ökonomischen Perspektive der Risikotragfähigkeit setzt die Saalesparkasse das „OpRisk-Schätzverfahren“ der SR Sparkassenrating und Risikosysteme GmbH ein. Die Methodik des OpRisk-Schätzverfahrens beinhaltet, dass die Saalesparkasse zunächst basierend auf ihrer eigenen Verlusthistorie den Median ihrer Gesamtjahresverlustverteilung schätzt. Dieser Median wird zusätzlich mit dem Median des OpRisk-Pools für Schadensfälle adjustiert. Der erwartete periodische Verlust für ein Jahr dient als Ausgangsbasis für die Berechnung des erwarteten barwertigen Verlustes, bei der weitere Faktoren (z. B. Bestandsgeschäftsfaktor, Nachlaufrist) berücksichtigt werden. Im Laufe des Jahres 2023 wurde das zugrundeliegende Parameterset für das Schätzverfahren OpRisk angepasst.

Die innerhalb der Risikoinventur 2023 identifizierten operationellen Risiken ergaben keine bedeutsame Auswirkung auf die Gesamtrisikolage der Saalesparkasse.

Risikokonzentrationen wurden in Bezug auf die Anzahl von Schäden bzw. deren Schadenshöhe sowie im Hinblick auf die Verlustpotenzialschätzung aus der Risikoinventur für operationelle Risiken identifiziert. Diese werden im Risikomanagement berücksichtigt. Die Konzentrationen resultieren einerseits aus den Einzelschäden der Risikokategorie externe Einflüsse. Andererseits sind die Konzentrationen auf gleichgelagerte externe kriminelle Handlungen zurückzuführen, deren Regulierung mit Sensibilisierungsmaßnahmen beim Kunden sowie Präventionsmaßnahmen (Updates im IT-Bereich) einhergehen. Es besteht kein akuter Handlungsbedarf.

Zur Steuerung operationeller Risiken werden verschiedene Maßnahmen eingesetzt, um Schäden vorzubeugen, zu vermeiden oder in ihrer Anzahl bzw. ihrem Schadensausmaß zu begrenzen. Dabei werden die Steuerungsmaßnahmen im Einzelfall unter Kosten- und Nutzenaspekten selektiert.

Die Einhaltung aufsichtsrechtlicher Anforderungen trägt zur Begrenzung operationeller Risiken bei. Darüber hinaus wird für die Steuerung der operationellen Risiken die Vernetzung verschiedener Prozesse und Informationskanäle genutzt, die beispielsweise die Notfall- und Arbeitsschutzbeauftragten, die Beauftragten für Datenschutz und Informationssicherheit sowie den Beauftragten für Compliance (Wertpapierhandelsgesetz) sowie MaRisk-Compliance einbinden. Eine wesentliche Rolle nimmt dabei die „Zentrale Stelle“ ein, die unter anderem mit der Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung betraut ist.

Die Arbeitsabläufe in der Saalesparkasse sowie die Ordnungsmäßigkeit der Prozesse werden über Organisationsrichtlinien geregelt. Die Konzeption der Notfallplanung ist dafür geeignet, wesentliche Prozesse nach einem Störfall weiterzuführen oder wiederherzustellen.

7.3.5 Management der Provisionsrisiken

Provisionsrisiken werden in der Saalesparkasse als Unterrisikoart innerhalb der sonstigen Risiken betrachtet. Das Provisionsrisiko bezeichnet dabei das Risiko, dass der geplante Provisionsüberschuss nicht erreicht wird. Der Großteil des Provisionsüberschusses wird dabei traditionell im originären Kundengeschäft generiert.

Modellbedingt wird das Provisionsrisiko nur in der normativen Perspektive der Risikotragfähigkeit berücksichtigt. In der ökonomischen Perspektive entfaltet die Risikoart, welche sich auf das Neugeschäft fokussiert, hingegen keine Risikowirkung. Grundsätzlich führen bei normativer Betrachtung negative Absatzveränderungen zu einem geringeren Provisionsüberschuss, was sich wiederum negativ auf die Gewinn- und Verlustrechnung und damit auf das normative Risikodeckungspotenzial auswirken kann.

In der Saalesparkasse ergeben sich Risiken im Provisionsüberschuss im Wesentlichen aus Abweichungen zur Vertriebsplanung, über welche monatlich berichtet wird. Zusätzlich wird die Entwicklung des Provisionsgeschäftes in der Saalesparkasse wöchentlich bzw. in Verbindung mit dem kalkulierten Kundengeschäftsergebnis monatlich überwacht und an die Verantwortlichen berichtet. Bei Bedarf werden entsprechende Maßnahmen abgeleitet. Die von der Saalesparkasse angebotenen Produkte und Dienstleistungen unterliegen zum Erhalt ihrer Wettbewerbsfähigkeit einer regelmäßigen Überprüfung und einer aktiven Anpassung an die vorherrschenden Marktbedingungen.

Die für das Jahr 2023 gesetzten Vertriebsziele im Provisionsgeschäft konnten zwar nicht durchgängig erfüllt werden. Unterdurchschnittliche Zielerreichungen konnten jedoch durch die Übererfüllung anderer Bereiche fast vollständig kompensiert werden. Es ergibt sich ein Gesamtzielerreichungsgrad von 99,9% der angestrebten Vertriebsleistung im Provisionsgeschäft. Die Risikosituation in Bezug auf die Vertriebsrisiken aus dem Dienstleistungsgeschäft stellt sich zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2023 insgesamt als unkritisch dar. Auch für das folgende Geschäftsjahr hat die Saalesparkasse ihre Vertriebsplanung auf die Erreichung des geplanten Provisionsüberschusses ausgerichtet.

7.3.6 Management der Beteiligungsrisiken

Das Risiko aus Beteiligungen (Beteiligungsrisiko) umfasst die Möglichkeit einer negativen Abweichung vom Erwartungswert einer Beteiligung und kann sich aus einer negativen Wertänderung der Beteiligung, einer negativen Abweichung zum erwarteten Ertrag (Ausschüttung) sowie dem Risiko eines Nachschusses ergeben. Das Beteiligungsrisiko bezieht sich nur auf die Eigenkapitalbestandteile und nicht auf Kredite an Beteiligungsgesellschaften.

Die Sparkasse steuert ihr Beteiligungsrisiko entsprechend der für das Beteiligungsmanagement festgelegten Strategie. Dabei unterscheidet die Sparkasse nach strategischen und operativen Beteiligungen. Das Beteiligungsportfolio umfasst vorwiegend strategische Beteiligungen durch Tochterunternehmen sowie Beteiligungen innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe.

Neben unmittelbaren Beteiligungen hält die Saalesparkasse auch mittelbar Beteiligungen über den Ostdeutschen Sparkassenverband, den Sparkassenbeteiligungsverband Sachsen-Anhalt sowie über die HGWS, die in das Risikomanagement eingebunden sind.

Der Risikomanagementprozess umfasst im Wesentlichen die regelmäßige

- Bonitätsbewertung mittels einer Risikoklassifizierung
- Auswertung und Beurteilung der Jahresabschlüsse der Beteiligungsunternehmen einschließlich einer Beurteilung der Unternehmensentwicklung, der strategischen Ausrichtung sowie der Marktstellung des jeweiligen Beteiligungsunternehmens
- unterjährige Berichterstattung im Gesamtrisikobericht zur Höhe und Entwicklung der Risiken sowie die Erstellung eines jährlichen Beteiligungsberichts.

Innerhalb der Risikostruktur der unmittelbaren Beteiligungen entfällt das gesamte Volumen auf die Ratingklassen 1 bis 9 mit geringen Ausfallwahrscheinlichkeiten. Volumenbedingte Konzentrationen bestehen aufgrund des Anteils der Buchwerte einzelner strategischer Beteiligungen am Beteiligungsportfolio, welche die Sparkasse u.a. bei Verbundbeteiligungen bewusst eingegangen ist.

Im Rahmen der Risikoermittlung unterliegen die Beteiligungen einer Durchschau auf deren Grundgeschäft. Beteiligungen, die dabei eindeutig einer anderen Risikoart oder -kategorie zugeordnet werden können, werden in dieser Risikoart oder -kategorie abgebildet. Diese Vorgehensweise trifft in der Sparkasse auf Immobilienbeteiligungen zu.

Beteiligungsrisiken stellen als Ergebnis der Risikoinventur ausschließlich eine normativ wesentliche Risikoart dar und werden daher nicht über die ökonomische Risikotragfähigkeit limitiert.

7.4 Beurteilung der Risikolage

Die Saalesparkasse verfügt über Techniken zur Identifikation, Bewertung, Steuerung und Überwachung der Risiken, die ständig an die aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen, die Änderungen des Marktes, die Entwicklung der Geschäfte sowie die Entwicklung der Saalesparkasse angepasst und weiterentwickelt werden. In diesem Zusammenhang erfolgte im Jahr 2023 die Umstellung von der bisherigen periodenorientierten auf die neue ökonomische Risikotragfähigkeitskonzeption gemäß aufsichtlicher Vorgaben.

In der ökonomischen Perspektive der Risikotragfähigkeit waren die Risiken der Saalesparkasse im Jahr 2023 stets mit ausreichend Risikodeckungspotenzial unterlegt. Im Rahmen der Ersteinführung der ökonomischen Risikotragfähigkeit zum 31.03.2023 wurde dabei zunächst ein Gesamtlimit in Höhe von 610 Mio. EUR festgelegt. Dieses wurde im Jahresverlauf jederzeit eingehalten. Eine temporäre Teillimitüberschreitung ergab sich durch die Aktualisierung von Risikomodelparametern für das Operationelle Risiko zum 30.09.2023. Im Zuge der Mittelfristigen Unternehmensplanung 2024-2028 wurden im vierten Quartal 2023 eine Erhöhung des Gesamtlimites auf 730 Mio. EUR und Neuverteilung auf die Risikoarten durchgeführt. Dies erfolgte vor dem Hintergrund der Ergebnisse der Risikoinventur und aktualisierter Parameter insbesondere im Risikomodell zur Ermittlung der Marktpreisrisiken. Das Risikotragfähigkeitslimit in der ökonomischen Perspektive war am Bilanzstichtag mit 65,6% ausgelastet.

Auch in der normativen Perspektive der Risikotragfähigkeit stand im Jahr 2023 jederzeit ausreichend Risikodeckungspotenzial zur Verfügung. Die Mindestanforderungen an die Einhaltung aufsichtlicher Kenngrößen der normativen Perspektive der Risikotragfähigkeit wurden sowohl im Planszenario als auch unter der Berücksichtigung adverser Entwicklungen vollständig erfüllt. Das normative Risikodeckungspotenzial konnte auch im Jahr 2023 durch die erfolgten Reservezuführungen im Zuge des Jahresabschlusses des Vorjahres gestärkt werden.

In der Gesamtbetrachtung beider Perspektiven (ökonomisch und normativ) war und ist die Risikotragfähigkeit der Saalesparkasse derzeit gegeben.

Die durchgeführten Stresstests zeigen darüber hinaus, dass auch außergewöhnliche Ereignisse durch das vorhandene Risikodeckungspotenzial abgedeckt werden können. Aus den durchgeführten Stresstests in der ökonomischen Perspektive ergaben sich im Jahresverlauf die höchsten Risikoausprägungen beim risikoartenübergreifenden Stressszenario „Immobilienkrise aufgrund Zinsanstieg“, jedoch stets ohne Beeinträchtigung der Risikotragfähigkeit. Auch durch die adverse Szenariobetrachtung in der normativen Perspektive in Form des Szenarios „Stagflation“ ergaben sich keine Hinweise auf eine Beeinträchtigung der Risikotragfähigkeit. Maßnahmen waren nicht erforderlich, werden jedoch vorgehalten.

Insgesamt beurteilen wir die Risikolage der Saalesparkasse zum Ende des Jahres 2023 als vertretbar.

Bestandsgefährdende oder entwicklungsbeeinträchtigende Risiken sind aktuell nicht erkennbar. Risiken der künftigen Entwicklung bestehen in erster Linie durch die Regulatorik sowie in weiteren starken Zinsanstiegen, die je nach Ausprägung neben der Wirkung im Zinsergebnis auch zu Bewertungsergebnissen im Depot A oder auch zu einer Drohverlustrückstellung gemäß IDW RS BFA 3 führen könnten. Im Hinblick auf die Regulatorik ist weiterhin mit steigenden Eigenkapitalanforderungen aber auch Risiken aus der Überarbeitung der aufsichtlichen Systematik zur Ermittlung institutsindividueller Kapitalanforderungen zu rechnen, welche mittelfristig die Risikotragfähigkeit weiter einengen könnten. Eventuelle Risiken aus der Zugehörigkeit zur Sparkassen-Finanzgruppe hat die Saalesparkasse im Risikomanagementsystem durch entsprechende Überwachungs- und Controllingmaßnahmen erfasst. Daneben könnte sich eine weitere Verschärfung der aktuellen Immobilienkrise mit weiteren Rückgängen bei den Marktwerten der Immobilien unter anderem auf die Werthaltigkeit der Besicherung im Kreditgeschäft aber auch auf die Werthaltigkeit der Eigenanlagen in Immobilien auswirken.

8 Prognosebericht

8.1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die Chefvolkswirte der Sparkassen-Finanzgruppe prognostizieren für das deutsche BIP 2024 ein Wachstum von 0,3%. Das ist abermals weniger als die zugleich für den Euroraum prognostizierten 0,8% Wachstum. Die Rate für Deutschland würde gerade einmal die Schrumpfung des Vorjahres kompensieren. 2024 wäre damit unter dem Strich das fünfte schwache Jahr in Folge mit einer nur knapp über dem Vor-Pandemie Niveau des realen BIP verlaufenden Wertschöpfung.

Für Ostdeutschland wird seitens des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle im Rahmen der Konjunkturprognose 2024 eine Steigerung des Bruttoinlandsproduktes von 0,7% prognostiziert.

Die Quote der registrierten Arbeitslosen würde nach der Prognose der Chefvolkswirte der Sparkassen-Finanzgruppe für 2024 mit 5,8% (bezogen auf Deutschland) weiter sehr niedrig bleiben. Eine gewisse Unsicherheit geht allerdings noch von der Lohnentwicklung aus. Hier stehen noch einige wichtige Tarifabschlüsse aus. Die Verhandlungsposition der Arbeitnehmer ist aufgrund der Arbeitsmarktlage strukturell stark.

8.2 Entwicklung der Finanzbranche

Der EZB-Rat ist entschlossen, für eine zeitnahe Rückkehr der Inflation zum mittelfristigen Ziel von 2% zu sorgen. Auf Grundlage seiner aktuellen Beurteilung ist der EZB-Rat der Auffassung, dass sich die EZB-Leitzinsen auf einem Niveau befinden, das – wenn es lange genug aufrechterhalten wird – einen erheblichen Beitrag zu diesem Ziel leisten wird.

Aufgrund der steigenden Baukosten und der damit verbundenen geringeren Anzahl an Neubauprojekten ist kurz- bis mittelfristig mit steigenden Mieten insbesondere im Wohnungsbereich zu rechnen. Mittel- bis langfristig wird mit steigenden Immobilienpreisen in Deutschland und Europa gerechnet.

8.3 Geschäftsentwicklung der Saalesparkasse

Unter Berücksichtigung der schwierigen Rahmenbedingungen erfolgte eine vorsichtige Planung der Geschäftsentwicklung. Die Planung erfolgt auf Monatsdurchschnittsbeständen. Der Prognosezeitraum beträgt 3 Jahre.

Aufgrund der bisher stets vorsichtigen Planannahmen konnte in den Vorjahren insbesondere im Kundengeschäft ein Bewertungsergebnis erzielt werden, welches sich jeweils - teilweise sogar deutlich – besser als geplant darstellt. Im Jahr 2023 hat es als Folge der anhaltend schwierigen volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen allerdings erste sichtbare Auswirkungen auf das Adressenrisiko aus dem Kundengeschäft gegeben. Das Bewertungsergebnis hat sich deutlich negativer entwickelt. Es zeigt sich dennoch in etwa auf Planniveau. Die Auswirkungen im Eigengeschäft der Saalesparkasse waren dagegen bislang kaum spürbar bzw. moderat. Auch in Zukunft werden wir dem Adressenrisiko weiterhin größte Aufmerksamkeit schenken. Wir gehen davon aus, die zukünftigen Risiken mit den in der Planung aufgenommenen Werten, welche auch Sicherheitspuffer berücksichtigen, in ausreichendem Umfang berücksichtigt zu haben.

Hinsichtlich der Zinsentwicklung erwarten wir einen deutlichen Rückgang im Geldmarktbereich bis Ende 2026. Anschließend bleiben die Zinsen konstant. Im Kapitalmarktbereich gehen wir ebenfalls von einem Zinsrückgang bis Ende 2026 aus. Dieser fällt jedoch moderater aus als im Geldmarktbereich.

Trotz der schwierigen wirtschaftlichen Lage gehen wir von einer Ausweitung des Kreditgeschäftes aus. Für das Jahr 2024 wird im Privatkundengeschäft ein Wachstum von 5,9% geplant. Das Firmenkundengeschäft stagniert bei -0,1%. Im Kommunalkreditgeschäft gehen wir von einem Rückgang um 3,1% aus. In den Folgejahren erwarten wir deutlich geringere Zuwachsraten im Privatkundengeschäft von rd. 2,8% pro Jahr. Im Firmenkundengeschäft gehen wir grundsätzlich von einer Erholung aus. Die Zuwachsraten liegen bei 2,2-2,4%. Der Rückgang in 2026 ergibt sich durch die geplante Rückführung eines endfälligen Großkredit.

Insgesamt werden die Eigenanlagen 2024 aufgrund hoher Fälligkeiten von Anleihen und Schuldscheindarlehen um 9,6% sinken. Dagegen wird der Bestand an Spezialfonds mit Fokus auf Immobilien- und Infrastrukturinvestitionen mit einer erwarteten Steigerung für 2024 von 10,7% weiter ausgebaut. Zur Begrenzung von Zinsänderungsrisiken werden Zinsswaps eingesetzt. Die vorzuhaltende Mindestreserve wird aus dem aktuellen Mindestreservesoll abgeleitet. Aus Vorsichtsgründen wurde die Erhöhung des Reservesatzes von derzeit 1% auf 3% für Mitte 2024 unterstellt. Weitere Liquiditätsüberschüsse werden in variablen Forderungen an Kreditinstitute geparkt. Im September 2024 erfolgt die Rückzahlung der Verbindlichkeiten aus den sogenannten gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäften des Eurosystems (GLRG III) in Höhe von 250 Mio. EUR.

Für 2024 wird ein Bestandszuwachs der Kundeneinlagen von 1,4% prognostiziert. In den Folgejahren steigt der jährliche Zuwachs der Kundeneinlagen um rd. 1,3%. Durch das gestiegene Zinsniveau und die Wiederaufnahme festverzinslicher Produkte in die Angebotspalette gehen wir von weiteren Umschichtungen aus. Aus den nicht- bzw. geringverzinsten Produkten wie Sichteinlagen und Normalsparen fließen Einlagen in höherverzinsliche Produkte. Zur Stärkung der Eigenkapitalausstattung der Saalesparkasse wurden nachrangige Sparkassenkapitalbriefe in die Produktpalette aufgenommen. Sie qualifizieren sich als Ergänzungskapital.

Der Vertrieb wird im Jahr 2024 auch weiterhin auf den Ausbau des Kreditgeschäftes mit Privat- und Firmenkunden ausgerichtet sein. Die Saalesparkasse plant, die Modelle und Konditionen im Girobereich auch im Jahr 2024 konstant fortzuführen. Gleichzeitig soll der Provisionsertrag aus dem Verbundgeschäft stabilisiert werden. Dieses erfolgt in enger Zusammenarbeit mit den Verbundpartnern, der LBS Ostdeutsche Landesbausparkasse AG, den Öffentlichen Versicherungen Sachsen-Anhalt (ÖSA) und der Deka-Bank.

Den unterschiedlichen Vertriebskanalpräferenzen der Kunden entsprechend, verfolgen wir weiterhin eine konsequente Multikanal-Strategie und haben hierzu den stationären Vertrieb um ein Kundenservicecenter (KSC) ergänzt, in welchem Kunden online oder per Telefon betreut werden. Über alle Kundengruppen hinweg wollen wir die Qualität und Quantität unserer Beratung und Betreuung weiterhin verbessern. Es gilt deshalb, die bestehenden Betreuungs- und Beratungskonzepte der mindestens jährlichen Kundenkontakte zu verstetigen, um auch zukünftig mithilfe der ganzheitlichen, strukturierten und bedarfsorientierten Beratung das marktführende Kreditinstitut im Geschäftsgebiet mit einem Anteil von 56,4% der geführten Girokonten im Geschäftsgebiet nach den Marktanalysen des DSGVO zu bleiben.

Im Hinblick auf die prognostizierte Geschäfts- und Zinsentwicklung erwarten wir für das Geschäftsjahr 2024 einen Zinsüberschuss in Höhe von 111,0 Mio. EUR. In den Folgejahren gehen wir von steigenden Zinsergebnissen bis 121,2 Mio. EUR in 2026 aus, sofern die erwartete Zinsentwicklung eintritt und die geplanten Annahmen im Kundengeschäft erreicht werden können.

Das Ergebnis im Provisionsgeschäft wird sich im kommenden Jahr 2024 bei Erreichen der Vertriebsziele mit 37,0 Mio. EUR auf dem Niveau des Vorjahres bewegen. In den Folgejahren wird für 2025 mit 36,9 Mio. EUR und für 2026 mit 36,7 Mio. EUR eine leicht rückläufige Entwicklung des Provisionsüberschusses unterstellt.

Der Personalaufwand 2024 wird mit 46,9 Mio. EUR erwartet. Für die Jahre 2025 und 2026 werden die Personalaufwendungen aufgrund des geplanten sukzessiven Personalaufbaus und Tarifsteigerungen weiter steigen auf 48,3 Mio. EUR bzw. 50,0 Mio. EUR. Der Sachaufwand des Jahres 2024 wird mit 36,3 Mio. EUR auf dem gleichen Niveau wie 2023 liegen. Im weiteren Planungszeitraum gehen wir im Planjahr 2025 von 34,0 Mio. EUR aus. Für das Planjahr 2026 wird ebenfalls ein konstanter Planwert von 33,9 Mio. EUR erwartet.

Die Gesamtkapitalquote (Leistungsindikator) in Höhe von 14,60% wird sich im Vergleich zum Jahr 2023 im Planjahr 2024 auf einem höheren Niveau bewegen. Für die Jahre 2025 und 2026 wird von einem Anstieg bis auf 15,42% ausgegangen.

Die Cost-Income-Ratio (Leistungsindikator) wird sich in 2024 mit 55,7% über dem Wert des Jahres 2023 bewegen. Unter Berücksichtigung der Planannahmen ist in den Folgejahren eine Ergebnisentwicklung auf einen Wert von 53,0% im Jahr 2025 und 51,2% im Jahr 2026 zu erwarten.

Das Betriebsergebnis vor Bewertung wird sich nach unseren Planungen für das Jahr 2024 mit 66,3 Mio. EUR, was 1,05% der DBS entspricht, deutlich unter dem Niveau des Vorjahres bewegen. Für die Folgejahre gehen wir aufgrund der derzeitigen Zinsentwicklung von höheren Zinsüberschüssen sowie infolgedessen von steigenden Betriebsergebnissen im Jahr 2025 von 72,8 Mio. EUR (1,17% der DBS) und im Jahr 2026 von 79,9 Mio. EUR (1,26% der DBS) und einer guten Ertragslage aus.

Das aktuelle negative wirtschaftliche Umfeld, was insbesondere geprägt ist durch Kriegsgeschehen, die Entwicklung der Inflation sowie gestiegene Zinsen zeigt erste Auswirkungen auf die Adressenrisiken. Wir gehen weiterhin von zeitverzögerten zusätzlichen Belastungen für unsere Bewertungsergebnisse aus. Vor diesem Hintergrund erfolgten die Planungsrechnungen besonders vorsichtig und berücksichtigen zusätzlich zu den methodischen Simulationsrechnungen einen Sicherheitsaufschlag bei der Ableitung der Planwerte für Adressenrisiken für 2024 und 2025. Damit sollen Unsicherheiten in Bezug auf mögliche Folgewirkungen aufgrund der aktuell besonderen Marktsituation berücksichtigt werden.

Aus dem Wertpapiereigengeschäft wird ein Bewertungsergebnis von 0,7 Mio. EUR im Jahr 2024 eingeplant. Der Planwert umfasst dabei sowohl einen adresseninduzierten als auch einen marktpreisinduzierten Prognosewert. Der marktpreisinduzierten Prognosewert enthält die sich aus der prognostizierten Zinsentwicklung ergebenden Bewertungseffekte. Im Jahresabschluss 2022 ergaben sich aufgrund von Kursverlusten erhebliche Bewertungsaufwendungen. Durch den pull to par Effekt erfolgt eine sukzessive Wertaufholung. Der adresseninduzierte Teil des Bewertungsergebnisses dient dabei insbesondere zur Abfederung möglicher Bewertungsrisiken aufgrund der Höhe und des Risikogehaltes unseres inzwischen erreichten Schuldscheindarlehnbestandes und umfasst einen zusätzlichen Sicherheitsaufschlag in Höhe von 2,5 Mio. EUR. Für die Folgejahre wird von negativen Bewertungsergebnissen ausgegangen, die insgesamt zwischen -2,2 und -4,4 Mio. EUR schwanken.

Für das Kundenkreditgeschäft werden im Jahr 2024 steigende Bewertungsaufwendungen in Höhe von -8,0 Mio. EUR erwartet. Neben den Basisparametern der Risiko- und Sicherheitsstruktur beeinflusst dabei das geplante Wachstum im Kreditgeschäft den Vorschauwert sowie ebenso wie beim Wertpapiergeschäft ein zusätzlicher Sicherheitsaufschlag in Höhe von 2,5 Mio. EUR zur Berücksichtigung möglicher Folgewirkungen infolge der aktuell besonderen Marktsituation. In den Folgejahren wird der Bewertungsbedarf im Kundenkreditgeschäft für 2025 auf einem gleichen Niveau wie 2024 und für 2026 auf einem leicht darunter liegenden Niveau prognostiziert.

Das sonstige Bewertungsergebnis wird im Jahr 2024 mit -0,6 Mio. EUR erwartet. Es umfasst insbesondere mögliche Bewertungsaufwendungen für unsere direkt und indirekt gehaltenen Beteiligungen. Für die Folgejahre wird hingegen aktuell von keinem nennenswerten Bewertungserfordernis ausgegangen.

Das Jahresergebnis 2024 soll zur Stärkung der Eigenmittel genutzt werden. Darüber hinaus sollen Vorsorgereserven nach § 340g HGB gebildet werden. Für die Folgejahre sollen weitere Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB zur Stärkung der Eigenmittel getätigt werden. So können langfristig die Einhaltung der erhöhten aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen des Baseler Regelungswerkes sichergestellt werden.

Die Ertragslage insgesamt stellt sich über den Planungshorizont hinweg als auskömmlich dar, sodass aus heutiger Sicht keine bestandsgefährdenden Risiken erkennbar sind. Für den Prognosezeitraum wird aus der Sicht per 31. Dezember 2023 kein Liquiditätsengpass erwartet. Die Auslastungen der Indikatoren zur Früherkennung eines sich abzeichnenden Liquiditätsengpasses liegen alle in unkritischen Bereichen. Die Zahlungsfähigkeit der Saalesparkasse kann damit aus gegenwärtiger Sicht auch für zukünftige Zeiträume sichergestellt werden. Für eine Beeinträchtigung der künftigen Liquiditätslage gibt es derzeit keinen Anhaltspunkt.

Darüber hinaus ist für den Prognosezeitraum weiterhin sowohl die Einhaltung der Gesamtkapitalkennziffer gemäß CRR unter Berücksichtigung des SREP-Kapitalaufschlages als auch der Risikotragfähigkeit sowohl in der ökonomischen als auch der normativen Sichtweise der Saalesparkasse sichergestellt.

8.4 Chancen und Risiken der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung der Saalesparkasse

Sofern sich die Rahmenbedingungen wie unterstellt entwickeln, ist der Vorstand bezüglich der Perspektive für die künftige Geschäftsentwicklung der Sparkasse zuversichtlich.

Insbesondere bei einer konjunkturellen Abschwächung könnten sich gleichwohl weitere Belastungen für die künftige Ergebnis- und Kapitalentwicklung ergeben. Im Vordergrund der Betrachtung stehen dabei insbesondere die für uns bedeutenden Marktpreis- sowie Adressenrisiken.

Die künftigen Zinsänderungsrisiken werden sowohl von möglichen negativen Entwicklungen des Zinsüberschusses als auch von einem zinsinduzierten Bewertungsrisiko aus dem Wertpapiergeschäft, insbesondere bei stark steigenden Zinsen, getrieben. Die Entwicklung des Zinsüberschusses ist maßgeblich von der Zinsstruktur und vom Kundenverhalten abhängig. Mittelfristig werden Chancen zur Steigerung des Zinsüberschusses in der Ausweitung des Kundenkreditgeschäftes sowie in einem moderaten Anstieg und einer Versteilerung der Zinsstrukturkurve gesehen. Risiken, die zu einer Minderung des Zinsüberschusses aus dem Kundenkreditgeschäft führen können, ergeben sich dagegen bei einem Zinsrückgang bzw. einer Verflachung der Zinskurve.

Die Zinsentwicklung nimmt auch Einfluss auf das Bewertungsergebnis Wertpapiere. Stark steigende Zinsen generieren zinsinduzierte Bewertungsrisiken, die wesentlichen Einfluss auf die Ertragslage der Sparkassen haben können. Zu deren Begrenzung wurden Sicherungsgeschäfte abgeschlossen.

Darüber hinaus besteht vor allem bei volatilen Märkten die Gefahr steigender Bonitätspreads, die das Bewertungsergebnis unserer Wertpapiere negativ beeinflussen können.

Die Entwicklung der Immobilienmärkte hat einen wesentlichen Einfluss auf die Erträge und Wertansätze der Immobilienfonds sowie der eigenen an Dritte vermieteten Bestandsimmobilien. Risiken ergeben sich insbesondere aus negativen Preisentwicklungen, erhöhten Leerständen und Angebotsüberhängen. Dem gegenüber sehen wir Chancen bei einer Stabilisierung und ggf. sogar wieder positiveren Marktentwicklung.

Falls es aufgrund der wirtschaftlichen Lage jedoch zu erheblichen Bonitätsverschlechterungen und sinkenden Sicherheitenwerten in Verbindung mit unerwarteten Bewertungsaufwendungen kommt, kann dies die Ertragslage der Saalesparkasse zusätzlich negativ beeinträchtigen.

Die genannten Auswirkungen können zu negativen Abweichungen von den für die bedeutsamsten Leistungsindikatoren getroffenen Ertragsprognosen führen.

Des Weiteren können sich aufgrund regulatorischer Verschärfungen für die Finanzwirtschaft weitere Belastungen ergeben, die insbesondere negativen Einfluss auf die Kapitalentwicklung der Saalesparkasse haben können.

Chancen sehen wir vor allem in einer besser als erwartet laufenden Konjunktur und stärkeren realen Einkommenszuwächsen im Geschäftsgebiet, sowie einer erhöhten Nachfrage nach Immobilien, die die Bautätigkeit stärker als prognostiziert ankurbeln könnte. Dies würde zu einer stärkeren Kreditnachfrage und einem Anstieg des Zinsüberschusses führen.

Chancen sehen wir darüber hinaus auch in der sich ständig weiterentwickelnden Ausrichtung unserer Vertriebsstruktur. Positive Impulse für unser Wachstum und die Ergebnisbeiträge erwarten wir dabei aus der Weiterentwicklung unserer Beratungszentren für das beratungsintensive Geschäft. Die Umsetzung der Betreuungskonzeptionen im Privat- und Firmenkundengeschäft mit einer stärkeren Fokussierung auf Beratung, die Steigerung der Qualitätskultur in Service und Beratung als auch das Ziel- und Anreizsystem könnte zu besseren Vertriebsergebnissen führen.

Generell werden im Geschäftsgebiet, aufbauend auf beispielsweise der Zahl von saldiert nahezu 11.400 neuen Privatgirokonten in den letzten zwei Jahren, noch Potenziale für den Zugewinn von Marktanteilen gesehen, sowohl bei bestehenden Kundenverbindungen als auch bei Unternehmen und Personen, die derzeit nicht Kunden der Saalesparkasse sind. Sofern dieses gelingt, wären weitere Ertragsausweitungen die Folge.

Durch den Zulauf von rund 400 Bewerbungen, 56 Neueinstellungen, keinen Engpässen bei Schlüsselfunktionen und Verjüngung der Belegschaft, sehen wir uns für die Zukunft und dem in der Branche drohendem Fachkräftemangel sehr gut aufgestellt.

Sollte es gelingen, Nachhaltigkeitsaspekte schneller als angenommen in die Kundenprozesse zu integrieren, könnten sich zusätzliche vertriebliche Absatzchancen im Kundenkreditgeschäft und in der Anlageberatung ergeben.

Chancen wollen wir nutzen, indem wir neben der Filialpräsenz in der Fläche und der flächendeckend angebotenen Selbstbedienungstechnik und digitale Vertriebskanäle weiter ausbauen.

Darüber hinaus sehen wir durch eine weitere Intensivierung der Arbeitsteilung mit unseren Verbundpartnern in der Sparkassenorganisation die Möglichkeit, dem Wettbewerbs- und Rentabilitätsdruck zu begegnen.

8.5 Zusammenfassende Würdigung

Die Prognose für die Geschäftsjahre 2024-2026 lässt insgesamt erkennen, dass das durch die Wettbewerbssituation und die Entwicklung der Zinsmärkte beeinflusste Umfeld günstige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse erwarten lässt. Eine auskömmliche Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie die Einhaltung aufsichtsrechtlicher Anforderungen an die Eigenkapitalausstattung, die Verschuldung und die Liquidität können gemäß den Planungen für die Jahre 2024-2026 sichergestellt werden.

Trotz Berücksichtigung der vorgenannten Ausführungen und vorsichtiger Planungsannahmen wird sich das Betriebsergebnis vor Bewertung im Geschäftsjahr 2024 voraussichtlich unter dem Niveau des Jahres 2023 bewegen. Abweichungen gegenüber der Planung können primär durch die Entwicklung an den Geld- und Kapitalmärkten sowie die Konjunktorentwicklung verursacht werden, die sich im Wesentlichen auf den Zinsaufwand für Kundeneinlagen, auf die Erträge aus den Eigenanlagen als auch in Form ggf. erforderlicher Wertberichtigungen auswirken könnten.

Der Vorstand sieht die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Saalesparkasse unter Berücksichtigung der vorgenommenen Simulationen in den kommenden Jahren als geordnet an.